



Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

*Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien*

Band 176

Reihe
Parlamente in Europa 6

Matthias Bauer

Die transnationale Zusammenarbeit sozialistischer Parteien in der Zwischenkriegszeit

Eine Analyse der außenpolitischen
Kooperations- und Vernetzungsprozesse
am Beispiel von
SPD, SFIO und Labour Party

Droste Verlag 2018

Umschlag: Léon Blum auf einem SFIO-Kongress im Jahr 1932
(im Hintergrund die Büste von Jean Jaurès). Fotografie: Mondial Photo-Press
Quelle: <http://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b9051876w>



Copyright © 2018 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Berlin
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2018
www.drosteverlag.de
ISBN 978-3-7700-5339-1

Vorwort

Diese Arbeit schreiben zu dürfen war ein großartiges Geschenk. Ich habe mehrere Monate im Ausland verbracht, konnte drei Jahre lang selbstbestimmt arbeiten und habe an einem Thema geforscht und gearbeitet, das ich alleine ausgesucht habe. Das Endprodukt (= dieses Buch) ist ein tolles Endergebnis – und kann trotzdem nur bedingt zum Ausdruck bringen, wie sehr ich diese Zeit geschätzt habe und auch vermissen werde.

Im Folgenden möchte ich den tollkühnen Versuch wagen, mich bei all jenen Menschen und Institutionen zu bedanken, die mir diesen Lebensabschnitt ermöglicht haben. Das sind zuvorderst das Elitenetzwerk Bayern sowie die Deutschen Historischen Institute in Paris und London, die mich finanziell gefördert haben. Nicht vergessen möchte ich des Weiteren die Mitarbeiter der zahlreichen Archive und Bibliotheken, die ich besucht habe. Besonders hervorheben möchte ich hier das Office universitaire de recherche socialiste, die Archives Nationales (Paris), das Internationale Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam) sowie das Labour Archive and Study Center (Manchester). So viel Hilfsbereitschaft und Herzlichkeit hatte ich nicht erwartet, als ich im Jahr 2008 erstmals ins Ausland aufgebrochen bin.

Besonderen Dank aussprechen möchte ich meinem Doktorvater, Prof. Dr. Andreas Wirsching. Ohne seine fachliche Begleitung und seine Hilfe bei der Projektfinanzierung wäre dieses Forschungsvorhaben mit Sicherheit nicht in dieser Form umsetzbar gewesen. Danken möchte ich auch Prof. Dr. Olaf Asbach, der mir überhaupt erst die Perspektive zur Promotion aufgezeigt hat sowie meinem Zweitprüfer, Prof. Dr. Stefan Grüner, dessen kenntnisreiches Gutachten eine Bereicherung war. Herrn Prof. Dr. Stefan Berger bin ich für seine Gastfreundschaft in Manchester verbunden, die Tipps zur Erforschung der englischen Arbeiterbewegung sowie seine wertvollen Anregungen zur Verfeinerung meines Exposés.

Was meine Augsburger Freunde Peter Keller (!), Roland und Martin Schmitz angeht, so fällt es mir schwer, ihre Verdienste um die Arbeit in Worte zu fassen. Gleiches gilt für Adelheid und Carola Bauer, die sich furchtlos durch die Kapitel gewühlt haben. Ich hoffe, sie alle wissen, was mir ihre Unterstützung bedeutet hat.

Der größte Dank überhaupt gilt meiner Familie sowie meiner Freundin, Rebecca Schachner. Ihre Unterstützung in den letzten Jahren war einzigartig – ob es nun bei der Korrektur der Arbeit war oder im Berufsleben danach. Widmen möchte ich dieses Buch meinen Eltern, Eberhard und Adelheid Bauer, die immer an mich geglaubt haben und mich zu jedem Zeitpunkt meines Lebens unterstützt haben. Ich wüsste nicht, wo ich ohne Euch wäre. Bei der vorliegenden Fassung handelt es sich um eine überarbeitete Version meiner im Sommer 2013 erfolgreich verteidigten Dissertation.

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	13
1. Gegenstand und Fragestellung der Arbeit	14
2. Forschungsstand	17
3. Konzeptionelle Gestaltung	23
4. Quellen	25
Prolog: »Sozialistischer Internationalismus«	29
Begriffliche Genese unter besonderer Berücksichtigung der Ersten Internationale als Vorläufer eines praktischen Internationalismus	29
Erstes Kapitel	
Die Internationale und der Krieg: Transnationale Kooperation des Parteiendreiecks, 1914–1923	37
1. Vorgeschichte: Sozialistischer Internationalismus vor dem Ersten Weltkrieg, 1889–1914	37
1.1. Die Geschichte der Zweiten Internationale, 1889–1904	37
1.2. Stuttgarter Kongress 1907: Generalstreik als ultima ratio?	44
1.3. Die Internationale vor dem Kriegsausbruch, 1910–1914	47
1.4. Exkurs: Dominanz von SPD und SFIO, Außenseiterrolle der Labour Party	50
1.5. Julikrise	52
1.6. Resümee: Mythos Generalstreik	58
2. Zusammenbruch der Zweiten Internationale: Burgfrieden statt Klassenkampf, 1914–1918	60
2.1. »Ein grausam rauhes Erwachen«	60
2.2. Abbruch der Kontakte	63
2.2.1. Deutungsstreit zwischen Hermann Müller und Pierre Renaudel	63
2.2.2. Gescheitertes Treffen in der Schweiz, Gründung der »Entente Socialiste«	65
2.3. Zimmerwald und die Rebellion der Parteiminderheit	70
2.4. Bemühungen zur Rekonstruktion der transnationalen Zusammenarbeit	72
2.4.1. Überblick: Erstarken der Kriegsopposition im sozialistischen Lager	72

2.4.2.	Anknüpfungsbemühungen zwischen USPD, ILP und SFIO.	74
2.4.3.	Die Konferenz von Stockholm	77
2.5.	Resümee: Abbruch der Kontakte	81
3.	Kriegsende und endgültiges Scheitern der Zweiten Internationale (1919–1922)	82
3.1.	Zweite Internationale in Bern 1919: Die Wiederaufnahme internationaler Beziehungen	82
3.1.1.	Vorgeschichte: Waffenstillstand und Wilson-Plan als Katalysatoren	82
3.1.2.	Ziele des Parteidreiecks im Vorfeld	85
3.1.3.	Die Konferenz von Bern (3.–10. 2. 1919): Zwischen Kriegsschuldfrage und bolschewistischer Bedrohung	89
3.1.4.	Motor der Internationale? Über die veränderte Rolle der Labour Party	96
3.1.5.	Die Konferenz von Bern und ihre Auswirkungen auf die Pariser Friedenskonferenz	98
3.2.	Das Parteidreieck im Zeichen der Spaltung: Außenpolitische Konzeptionen, Handlungsspielräume, innerparteiliche Strukturen, Stellung zur Internationale	100
3.2.1.	Labour Party: Außenpolitik zwischen Idealismus und Realismus	101
3.2.2.	Haltung der SFIO, 1919–1922: Reparationsfrage als Sicherheitsproblem	108
3.2.3.	SPD: Im Spannungsfeld von nationaler und internationaler Solidarität	113
3.3.	Transnationale Zusammenarbeit im Zeichen der Spaltung	118
3.3.1.	Abriss: Zweite Internationale, Wiener Internationale, Kommunistische Internationale – Sozialismus zwischen Demokratie und Diktatur	118
3.3.2.	Transnationale Zusammenarbeit im Zeichen der Rekonstruktion der Internationale: SFIO und Labour Party	126
3.4.	Resümee: SFIO und Labour Party: Zweckbündnis und Motor der internationalen Arbeiterklasse?	134

Zweites Kapitel

Das Parteidreieck und die Beeinflussung des internationalen Systems, 1923–1933		137
1.	Fallbeispiel Ruhrkrise: Bewährungsprobe transnationaler Zusammen- arbeit (1922–1923)	137
1.1.	Vorgeschichte: Entstehung und Wirkung des sozialistischen Reparationsplans	138
1.1.1.	Die Amsterdamer Reparationskonferenz	138

1.1.2.	Grenzen der Beeinflussung: Gespaltene Internationale, französische Aggressionspolitik, der Vertrag von Rapallo als Zankapfel zwischen (M)SPD und SFIO	142
1.1.3.	Gewerkschaftsinternationale als Katalysator der Zusammenarbeit zwischen den beiden sozialistischen Internationalen?	148
1.1.4.	Breitscheids Paris-Besuch 1922, Weltfriedenskongress in Den Haag	152
1.2.	Ruhrkrise: Reaktionen von SFIO und Labour Party	155
1.3.	Der Kampf der internationalen Arbeiterbewegung gegen die Ruhrbesetzung: Die Konferenz von Amsterdam	159
1.4.	Diplomatische Initiativen zur Lösung der Ruhrfrage: Albert Thomas, Rudolf Breitscheid, Rudolf Hilferding	165
1.5.	Vorstoß der Labour Party, März 1923	173
1.6.	Gründung der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) in Hamburg	176
1.7.	Streit zwischen SPD und Labour Party: Parteikonferenz über die Ruhrfrage in Easton Lodge	181
1.8.	Tom Shaws Reise ins Ruhrgebiet; gescheiterte Einberufung einer internationalen Sozialistenkonferenz	188
1.9.	Resümee: Die blockierte Modernisierung	194
2.	Locarno und die Modernisierung der Außenpolitik (1924–1926)	195
2.1.	Triumphzug der Sozialdemokratie? Die Ausgangssituation 1924/1925 in Deutschland, Frankreich, Großbritannien	195
2.2.	Die »Modernisierung« der Außenpolitik nach der Ruhrkrise	198
2.2.1.	Londoner Konferenz, Dawes-Plan und die Rolle des Parteiendreiecks	198
2.2.2.	Locarno und die Suche nach Sicherheit: Vorbereitung des Vertragswerkes und informelle Einbeziehung der SPD in den Verhandlungsprozess zwischen Deutschland und Frankreich	208
2.2.3.	Salomon Grumbach und die Reaktion der SFIO auf das deutsche Angebot	215
2.2.4.	Labour Party: Genfer Protokoll als außenpolitische Doktrin	220
2.2.5.	SPD, SFIO vs. Labour Party: Transnationale Debatten zur Lösung des »Sicherheitsproblems«	223
2.2.6.	SAI-Kongress in Marseille	230
2.2.7.	Finales Urteil des Parteiendreiecks über den Sicherheitspakt; Anpassung an den Modernisierungsprozess des internationalen Staatensystems; endgültige Adaption des Wilsonschen Friedensmodells	237
2.2.8.	Vorschlag der ILP: Annäherung an die Kommunistische Internationale	242

2.2.9.	Parteiendreieck und Völkerbund: Deutschlands Aufnahme in den Genfer Bund und der »Fall« Paul-Boncour, 1926	244
2.3.	Resümee: Beitrag des Parteiendreiecks zur Modernisierung des internationalen Systems	250
3.	Weiterentwicklung der kollektiven Sicherheit: Kriegsächtung, Reparations- und Abrüstungsfrage (1926–1929)	251
3.1.	Haltung der SAI sowie des Parteiendreiecks zur Abrüstungsfrage	252
3.2.	SAI: Gründung der Abrüstungskommission	254
3.3.	Verhandlungen von Thoiry: Luxemburger Konferenz der SAI	256
3.4.	Dritter SAI-Kongress in Brüssel, 1928: Differenzen zur Wehrfrage und zur Abrüstung	262
3.4.1.	Vorgeschichte des Kongresses: Stagnation der Verständigungspolitik; Stillstand in der Abrüstungsfrage	262
3.4.2.	Der Brüsseler Kongress der SAI 1928	267
3.5.	Das Parteiendreieck und die internationalen Beziehungen 1928/29: Wahlsieg der SPD, Hoffnung auf Rheinlandräumung – jedoch: Stagnation der Verhandlungen, Erneuerung der »Entente cordiale«, Stillstand	272
3.6.	SPD, SFIO: Panzerkreuzer A als Zankapfel	279
3.7.	Reparationsfrage, Rheinlandräumung, Abrüstung: Das Vierparteientreffen der SAI in London, Februar 1929	283
3.8.	Die Konstituierung des Young-Plans und der »Verrat« der Labour Party	289
3.8.1.	Regierungswechsel in Großbritannien: Verschiebung der Mächtekongstellatation, Fortsetzung der Verständigungspolitik	289
3.8.2.	Informelle Diplomatie des Parteiendreiecks im Vorfeld der Haager Konferenz: Die England-Reise von R. Breitscheid	291
3.8.3.	»Every Conference had to have its crisis« – Den Haag und der erbitterte Widerstand Philip Snowdens gegen den Young-Plan	295
3.8.4.	Haltung der SAI zum Young-Plan: »Pflichterfüllung« statt Profilneurose	296
3.9.	Resümee: Fortsetzung der Verständigungspolitik um jeden Preis	301
4.	Sozialismus im Zeichen der deutschen Katastrophe (1930–1933)	303
4.1.	Abriss: Das Ende der Verständigungspolitik	303
4.2.	Transnationale Zusammenarbeit im Schatten der Krise(n), 1930–1931: Ende der Verständigungspolitik – Ende der Kooperation des Parteiendreiecks?	305
4.3.	Aufstieg des Faschismus in Deutschland, Wiener Kongress der SAI, 1931	310

4.4.	Kriegsverhütung und Abrüstung, 1929–1932	319
4.4.1.	Fortsetzung der Verhandlungen des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses im Völkerbund, Londoner Seemächte-Konferenz 1930	320
4.4.2.	Haltung der SAI respektive des Parteiendreiecks zum Status quo der Abrüstungsverhandlungen	321
4.4.3.	Starke »Agentur der Arbeiterklasse«, schwaches Parteien- dreieck?	324
4.4.4.	Die Abrüstungsfrage auf dem Wiener Kongress 1931	327
4.4.5.	Die Genfer Abrüstungskonferenz des Völkerbundes	330
4.5.	Zusammenbruch der Weimarer Demokratie	337
4.5.1.	Reaktionen der SPD, Reaktionen von SFIO und Labour Party	338
4.5.2.	Der Pariser Kongress der SAI, August 1933	344
4.5.3.	Walter Citrine und der gescheiterte Versuch einer Intervention des IGB	355
4.6.	Resümee: Die deutsche Katastrophe	358
5.	Epilog: Transnationale sozialistische Parteienkooperation nach der deutschen Katastrophe	359
5.1.	Zerwürfnis zwischen SFIO und Labour Party; Zusammenbruch der SAI (1934–1939)	359
5.2.	Ausblick: Die deutsch-französische Zusammenarbeit nach 1945; Fortsetzung der Verständigungspolitik	365

Drittes Kapitel

	Transferprozesse, Akteure, Foren und Formen der Kooperation	371
1.	London, Paris, Berlin: Transnationale Akteure, Foren und Formen der Zusammenarbeit	371
1.1.	Transnationaler Akteur? Versuch einer begrifflichen Definition unter besonderer Berücksichtigung der sozialistischen Parteien- kooperation	371
1.2.	Kontaktformen (1): Persönliche Beziehungen	374
1.2.1.	Eduard Bernstein und seine reformistischen Freunde: SPD und Labour Party	374
1.2.2.	Rudolf Breitscheid und Salomon Grumbach – zwei Sozialdemokratien: SPD und SFIO	377
1.2.3.	»Parteifreunde« unter sich: SFIO und Labour Party	382
1.3.	Kontaktformen (2): Institutionalisierte Beziehungen – ein kursorischer Überblick	385
1.3.1.	Bi- und trilaterale Beziehungen zwischen SPD, SFIO, Labour Party	385
1.3.2.	Graswurzelinternationalismus	392

2. Grundsätze der praktischen Zusammenarbeit: Art und Weise der Kommunikation, Raum- und Zeitvorstellungen, Praktikabilität transnationaler Zusammenkünfte	395
2.1. Über die Bedeutung sprachlicher Kenntnisse für die transnationale sozialistische Zusammenarbeit	395
2.2. Transnationale Akteure und ihre Grenzen: Raum- und Zeitvorstellungen sozialistischer Akteure in der Zwischenkriegszeit . . .	400
3. Exkurs: Konstruktion der deutsch-französischen Zusammenarbeit am Beispiel der SFIO: Publizistik, Nationalparlamente, Parteitage	406
3.1. Sozialistische Presse: Spuren der Zusammenarbeit am Beispiel der französischen Parteizeitung, 1918–1923 und 1928–1930	406
3.2. Nationalparlament & Parteitage: Die Konstruktion des »guten Deutschlands«	413
4. Foren und Formen der Kooperation – ein Resümee	418
4.1. Transnationale Kontakte vor und nach dem Ersten Weltkrieg – Kontinuität und Diskontinuität	418
4.2. Bi- oder multilateral? Beziehungen innerhalb und außerhalb der Internationale	420
4.3. Proletarischer Internationalismus oder transnationales Blendwerk? . .	421
Zusammenfassende Schlussbetrachtung	427
Abkürzungsverzeichnis	434
Quellen und Literatur	435
Personenregister	453

Als die Berner Konferenz am 3. Februar 1919 eröffnet wurde, blieb die Zahl der Teilnehmer überschaubar. Gerade einmal 102 Delegierte aus 26 Ländern hatten sich eingefunden, um über die Zukunft des Sozialismus zu debattieren.¹ Die Vertreter der extremen Linken hatten sich bereits im Vorfeld gegen eine Teilnahme ausgesprochen und sich den Bolschewiki, die von einem Treffen der »Verräter und Gegenrevolutionäre« sprachen, angeschlossen.² Aber auch gemäßigte Kräfte des europäischen Sozialismus haderten mit ihren ausländischen Genossen. So weigerten sich etwa die belgischen Sozialdemokraten, mit den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie, die man für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich machte, an einem Konferenztisch zu sitzen.³

Trotz der Irritationen im Vorfeld war das Treffen der Internationale, welches parallel zum Pariser Friedenskongress in Versailles stattfand, mit großen Erwartungen verbunden. Die »Rumpfkonzferenz« sollte ein Programm für die Neuordnung Europas formulieren und zugleich die Zweite Internationale wiederbeleben.⁴ Im Fokus stand allerdings zunächst ein anderer Punkt: Die Klärung der »Schuldfrage« für den Ausbruch des Weltkrieges. Der französische Sozialist Albert Thomas, der nach Bern gefahren war, um seiner Partei einen Sündenbock präsentieren zu können, bestand darauf, die SPD an den Pranger zu stellen.⁵ Allerdings weigerten sich die deutschen Sozialdemokraten um Otto Wels, die ihnen auferlegte »Alleinschuld« am Ausbruch des Weltkrieges einzugestehen, was er mit seinem Ausspruch »*wir deutschen Sozialdemokraten sind von der Mitschuld am Weltkriege freizusprechen [...]!*« hinreichend deutlich machte.⁶ So wurde die erste sozialistische Nachkriegskonferenz, die eigentlich einen Neubeginn einleiten sollte, vom Schatten der Vergangenheit eingeholt, was in zahlreichen, sehr emotionalen Redebeiträgen zum Ausdruck kam. Nicht Internationalismus und Pazifismus, sondern die von nationalem Chauvinismus ge-

¹ Zu diesem Zeitpunkt existierte die Zweite Internationale nach ihrem faktischen Zusammenbruch 1914 nur noch formal, so dass die Berner »Arbeiter- und Sozialistenkonferenz« einen Neuanfang symbolisieren sollte. Vgl. W. KOWALSKI et.al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 17.

² Vgl. G. A. RITTER (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919, 1980, Bd. 1, S. 38; sowie: W. KOWALSKI et.al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 18.

³ J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 168; hierzu auch: W. ABENDROTH, Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung, 1985, S. 152.

⁴ J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 168.

⁵ Die Kritik von Thomas bezog sich vor allem auf die Bewilligung der Kriegskredite, den »Burgfrieden«, der mindestens bis 1917 angedauert habe sowie den Frieden von Brest-Litowsk. Vgl. G. A. RITTER (Hrsg.), II. Arbeiter- und Sozialistenkonferenz in Bern, S. 204 f.

⁶ Ebd., S. 211.

prägte Suche nach dem Hauptschuldigen für den Kriegsausbruch bestimmte den Auftakt der Konferenz.⁷

Auch wenn die Differenzen auf der Berner Konferenz nicht als repräsentativ für die weitere Entwicklung des europäischen Sozialismus in der Zwischenkriegszeit angesehen werden können, so tritt dennoch ein Kernproblem deutlich hervor, dessen Wurzeln im Vorfeld des Ersten Weltkrieges zu verorten sind: Nach der »Urkatastrophe«⁸ des 20. Jahrhunderts und dem damit verbundenen Einschwenken der sozialistischen Parteien auf eine nationale Linie, was sich in Frankreich in der »Union Sacrée« und in Deutschland im »Burgfrieden« manifestierte,⁹ machte sich zunehmend Skepsis an den Erfolgchancen transnationaler sozialistischer Institutionen und Aktionsformen bemerkbar. Die fortschreitende Integration der Parteien in den Nationalstaat, insbesondere aber die vermeintliche Abkehr vom proletarischen Internationalismus, standen dem Selbstverständnis der Zweiten Internationale, konzentriert gegen nationalchauvinistische Einstellungen anzukämpfen und als internationale Agentur der Arbeiterklasse zu fungieren, diametral entgegen.¹⁰

1. Gegenstand und Fragestellung der Arbeit

Ziel der vorliegenden Dissertation ist es, die länderübergreifende Zusammenarbeit der drei größten und einflussreichsten sozialistischen¹¹ Parteien Europas – der »Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« (SPD), der »Section française de l'Internationale ouvrière« (SFIO) und der britischen »Labour Party« – zu analysieren. Am Beispiel dieser drei Parteien, deren *gemeinsame Geschichte* im Fokus der Untersuchung steht, wird ein differenziertes Bild des Prozesses der gegenseitigen Beeinflussung

⁷ Vgl. S. BERGER, *Ungleiche Schwestern?*, 1997, S. 266.

⁸ G. F. KENNAN, *Bismarcks europäisches System in der Auflösung*, 1981, S. 12.

⁹ Hierzu: T. RAITHEL, *Das »Wunder« der inneren Einheit*, 1996.

¹⁰ Vgl. M. L. GOERGEN, *Militärische und »militaristische« Einstellung in der deutschen und französischen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg*; in: C. JANSEN (Hrsg.), *Der Bürger als Soldat*, 2004, S. 248–297.

¹¹ Es muss an dieser Stelle explizit hervorgehoben werden, dass der Begriff »Sozialismus« nicht exakt definiert werden kann. Eine zeitgenössische Studie von Werner Sombart aus den 20er Jahren besagte, dass es ca. 260 verschiedene Vorstellungen davon gebe, was unter dem Begriff »Sozialismus« zu verstehen sei. In der Geschichtswissenschaft hat sich nichtsdestotrotz eingebürgert, die SFIO als »sozialistische« Partei zu bezeichnen, aufgrund ihres Festhaltens am Marxismus in der Zwischenkriegszeit, während SPD und Labour Party vielmehr als »sozialdemokratische« Parteien begriffen werden, aufgrund ihrer überwiegend reformistischen Orientierung. Sobald von mehreren Parteien die Rede ist (z. B. von SPD, SFIO und Labour Party), ist wiederum von »den sozialistischen Parteien« die Rede, womit sich mutmaßlich die Zugehörigkeit zur Sozialistischen Internationale ausgedrückt finden soll. Auch wenn dieser Sprachgebrauch mitunter irreführend ist, wird er im Folgenden übernommen werden. Grund hierfür ist nicht zuletzt, dass die »sozialistischen« Zeitgenossen durchaus freizügig mit den Begriffen »sozialistisch« bzw. »sozialdemokratisch« umgingen. Hierzu: T. MEYER / K.-H. KLÄR / S. MILLER / K. NOVY / H. TIMMERMANN (Hrsg.), *Lexikon des Sozialismus*, 1986, S. 275.

und »Vernetzung« gezeichnet werden.¹² Gegenstand der Untersuchung sind hierbei sowohl die privaten Beziehungen führender Politiker, der publizistische Austausch, als auch die bilateral respektive institutionell verankerte Kooperation, z.B. im Rahmen der Sozialistischen Internationale.¹³ Explizit betont werden muss, dass die Arbeit *nicht* den Anspruch hegt, die Gesamtheit aller transnational auftretenden Sozialisten in die Analyse zu integrieren. Stattdessen werden die Mitglieder der jeweiligen Parteielite, die sich in besonderem Maße an einem länderübergreifenden Austausch beteiligten, in den Fokus gerückt werden. Diese Vorgehensweise empfiehlt sich insofern, als die Arbeiterbewegung im Hinblick auf ihre Organisationsstruktur von Beginn an transnational organisiert war, wie Marcel van der Linden deutlich machte¹⁴ und die transnationalen Konferenzen und Kongresse in erster Linie von Mitgliedern der Parteiführung dominiert wurden.

Die angestrebte Analyse der »transnationalen Strukturen, Prozesse, Wahrnehmungen, Vernetzungen«¹⁵ am Beispiel von SPD, SFIO und Labour Party bietet große Erfolgsaussichten. Sowohl Großbritannien als auch Frankreich und Deutschland hatten, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, mit den für die Zwischenkriegszeit kennzeichnenden Krisenphänomenen zu kämpfen, die Bezugspunkte für eine solche Studie liefern: wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen des Weltkrieges, die Krise des liberalen Systems und ein zunehmender politischer Radikalismus, um nur einige von ihnen zu nennen. Des Weiteren haben sich die drei Parteien, wie der Historiker Dan S. White zeigt, als wichtigste Vertreter des europäischen Sozialismus in hohem Maß gegenseitig beeinflusst.¹⁶ Stefan Berger bestätigt dies, wenn er beispielsweise konstatiert, dass die Labour Party große Bewunderung für die Organisation der SPD hegte, während der reformistische Flügel der deutschen Sozialdemokratie den Pragmatismus der englischen Schwesterpartei schätzte, woraus sich zum Teil sehr enge Beziehungen zwischen beiden Parteien entwickelt hätten.¹⁷ Auch das Verhältnis zwischen SFIO und SPD war, wie Heinrich August Winkler darlegt, vor allem in der Phase der relativen Stabilisierung Mitte der 20er Jahre von großer Sympathie und gegenseitigem Respekt geprägt, wodurch die Intensität des Austau-

¹² Vgl. S. CONRAD, Doppelte Marginalisierung; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 28, Heft 1, 2002, S. 145–169; hier: S. 169; zu diesem Thema auch: M. P. HANAGAN, An Agenda for Transnational Labor History; in: International review of social history, Bd. 49, Heft 3, 2004, S. 455–474.

¹³ Der Arbeiterbewegungshistoriker Marcel van der Linden definiert die globale oder transnationale Arbeitergeschichte allgemein als eine »weltweite und grenzüberschreitende historische Untersuchung von Lebensumständen, Arbeitsverhältnissen und sozialen Bewegungen, von Arbeitern im weitesten Sinne des Wortes«. Vgl. M. VAN DER LINDEN, Vorläufiges zur transkontinentalen Arbeitergeschichte; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 28, Heft 2, 2002, S. 291–304; hier: S. 292 f.

¹⁴ Vgl. DERS., Transnationale Arbeitergeschichte; in: G. BUDDE / S. CONRAD / O. JANZ (Hrsg.), Transnationale Geschichte, 2006, S. 265–274; hier: S. 272 ff.

¹⁵ D. OWETSCHKIN, Transnationale Parteiengeschichte; in: J. MITTAG (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration, 2006, S. 61–76; hier: S. 70.

¹⁶ D. S. WHITE, Reconsidering European Socialism in the 1920s; in: Journal of Contemporary History, Bd. 16, Heft 1, 1981, S. 251–272; hier: S. 253.

¹⁷ S. BERGER, Ungleiche Schwestern?, 1997, S. 281.

sches zusätzlich verstärkt wurde.¹⁸ Äußerst spannungsgeladen waren hingegen die Beziehungen zwischen Labour Party und SFIO: Die Gefahr eines zu schnellen Wachstums der deutschen Wirtschaft verunsicherte die französischen Sozialisten, weshalb es gerade in den ersten Nachkriegsjahren zu Differenzen mit britischen (und deutschen) Sozialdemokraten kam, die den angestrebten Reparationszahlungen wesentlich kritischer gegenüberstanden.¹⁹ Das Verhältnis zwischen beiden Parteien, Labour und SFIO, blieb schwierig, ehe im Zeitraum der französischen Volksfrontperiode Mitte der 30er Jahre vermehrt Versuche unternommen wurden, die britisch-französischen Beziehungen zu revitalisieren.²⁰

Begreift man die transnationale Geschichte als eine Perspektive, die das »komplexe Geflecht von ›geteilten Geschichten‹ der Moderne« offenbart,²¹ so rücken nicht nur die Austauschprozesse von Regionen und Nationen ins Blickfeld der Untersuchung, sondern auch die immer enger werdenden Beziehungen von Parteien, die vielfach die Grenzen des Nationalen überschritten, hierbei allerdings fast zwangsläufig im Schatten ihrer jeweiligen Nationalstaaten standen.

Da das Mächtesystem der Zwischenkriegszeit in einem hohen Maß von der konfliktreichen »Dreiecksbeziehung« Paris, London, Berlin geprägt war,²² wird in der Dissertation immer wieder die Frage aufgeworfen werden, ob und in welchem Ausmaß die sozialistischen Parteien im Spannungsfeld der Auseinandersetzungen zwischen Paris, London und Berlin – also im Schatten ihrer jeweiligen Nationalstaaten – standen.²³ SPD, SFIO²⁴ und Labour Party transformierten sich in der Zwischenkriegszeit sukzessive von Oppositions- zu *Regierungsparteien*,²⁵ weshalb die Sozialistische Arbeiterinternationale (SAI) – und mit ihr die Idee einer weltweiten Verbrüderung der Arbeiterklasse – mit stark veränderten Rahmenbedingungen konfrontiert

¹⁸ Nach dem »prestigesüchtigen Kräfteressen« des Weltkrieges bestand die Notwendigkeit, die Ära der deutsch-französischen Konfrontation zu beenden und eine Verständigung zwischen beiden Ländern anzustreben. Dieses Vorhaben voranzutreiben hatten sich beide Parteien auf ihre Fahnen geschrieben. Hierzu beispielhaft: H. A. WINKLER, *Klassenkampf versus Koalition*; in: *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 17, 1991, S. 183–219; vgl. H. HAGSPIEL, *Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich*, 1987, S. 95 f.

¹⁹ W. KRIEGER, *Labour Party und Weimarer Republik*, 1978, S. 253–256.

²⁰ S. GRÜNER, *Ambivalente Partnerschaft*; in: *Francia*, Bd. 33/3, 2006, S. 145–152; hier: S. 149 f.

²¹ S. CONRAD, *Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich*, 2006, S. 10.

²² In Folge des Rückzuges der USA aus Europa suchte Großbritannien nach Wegen, den Kontinent zu befrieden, um sich sukzessive von ihm zurückziehen zu können, während Frankreich darauf insistierte, die Bestimmungen des Versailler Vertrages einzuhalten. Diesen zu revidieren hatten sich deutsche Politiker jeglicher Couleur auf die Fahnen geschrieben. A. WIRSCHING, *Großbritanniens Europapolitik und das deutsch-französische Problem nach den beiden Weltkriegen*; in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Bd. 47, 1996, S. 209–224; hier: S. 210 f.

²³ W. ABENDROTH, *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*, 1978, S. 68 f.

²⁴ Die SFIO nahm hier sicherlich eine Sonderrolle ein, insofern sich die Partei insbesondere in den zwanziger Jahren standhaft weigerte, offiziell an einer französischen Regierung zu partizipieren. Vgl. D. NERI-ULTSCH, *Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz*, 2005, S. 152.

²⁵ Vgl. O. NACHTWEY, *Marktsozialdemokratie – Die Transformation von SPD und Labour Party*, 2009, S. 68 ff.

wurde. Die zentrale These der Arbeit lautet hierbei, dass die transnationalen sozialistischen Akteure um Rudolf Breitscheid, Ramsay MacDonald und Léon Blum zunehmend eine »doppelte Loyalität«²⁶ zu Partei und Staat entwickelten und sich in der Zwischenkriegszeit erfolgreich am Prozess der »Modernisierung der Außenpolitik«²⁷ beteiligten. Dieser war geprägt von der Umsetzung des »liberalen Modells« der Friedenssicherung, das, in scharfer Abgrenzung zur Vorkriegszeit, auf Demokratie, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Ende der Geheimdiplomatie sowie freien Welthandel setzte.²⁸ Wie im Verlauf der Arbeit zu zeigen sein wird, machten sich die sozialistischen Akteure diese (liberalen) Prinzipien auch ideologisch zueigen und bemühten sich darum, im steten Austausch mit offiziellen außenpolitischen Kräften, einen Paradigmenwandel zu erzwingen.

2. Forschungsstand

Die Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung ist ein Themenbereich, dem sich in der Vergangenheit, insbesondere seit der Zwischenkriegszeit, zahlreiche Historiker gewidmet haben.²⁹ Während frühere Studien zumeist aus einer nationalen Perspektive heraus geschrieben wurden und sich schwerpunktmäßig darauf beschränkten, die Arbeiterbewegung eines Landes herauszugreifen und zu analysieren, machte sich in den 1970er und 80er Jahren eine Trendwende bemerkbar, in deren Folge eine vergleichende Perspektive auf die europäische Arbeiterbewegung zunehmend im Vordergrund stand.³⁰

Diesbezüglich wurden seit den 1990er Jahren wegweisende Arbeiten geschrieben. Hervorzuheben ist beispielsweise die 1994 veröffentlichte Studie von Katharina Keller, die sich der Frage widmet, inwiefern die SPD eine Modellfunktion für Aufbau und Organisation des italienischen Sozialismus hatte.³¹ Wenige Jahre zuvor publizierte John Horne eine komparatistische Analyse der Arbeiterbewegung in Frankreich und Großbritannien während des Ersten Weltkriegs, in der schwerpunktmäßig diskutiert wird, wie, in welchem Ausmaß und zu welchem Preis die Führungseliten der jeweiligen Arbeiterparteien den Krieg unterstützten.³² Mit der britischen und

²⁶ Werner Conze und Dieter Groh prägten den Begriff der »doppelten Loyalität« als eine Art Erklärungsmodell für die zunehmend nationalstaatliche Integration der SPD vor dem Ersten Weltkrieg. W. CONZE / D. GROH, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung, 1970, S. 114 ff.

²⁷ R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008.

²⁸ Ebd., S. 15–17. Hierzu auch: Vgl. H. MÖLLER, Europa zwischen den Weltkriegen, 1998, S. 24.

²⁹ S. BERGER, Die europäische Arbeiterbewegung und ihre Historiker: Wandlungen und Ausblicke; in: Jahrbuch für Europäische Geschichte, Band 6, 2006, S. 151–182; hier: S. 151.

³⁰ Hierzu u. a.: H. MITCHELL / P. STEARNS, Workers and Protests, 1971; J. KOCKA (Hrsg.), Europäische Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, 1983; G. A. RITTER (Hrsg.), Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, 1984; G. HAUPT, Aspects of International Socialism 1871–1914, 1986.

³¹ K. KELLER, Modell SPD?, 1994.

³² J. HORNE, Labour at War, 1991.

deutschen Arbeiterbewegung befasste sich in jüngster Zeit insbesondere Stefan Berger, der die Entwicklung beider Länder u. a. in seiner Dissertationsschrift untersucht und sich dabei speziell mit der These vom deutschen Sonderweg befasst.³³ Demgegenüber konzentriert sich Marie-Luise Goergen in ihrer 1998 veröffentlichten Studie auf den Ersten Weltkrieg und analysiert die Beziehungen zwischen SPD und SFIO im Hinblick auf Kriegsverhinderungsstrategien und gemeinsamen Aktionsformen.³⁴

Indes ist zu konstatieren, dass die angeführten Arbeiten nur unzureichend auf die transnationalen Verflechtungen zwischen den Parteien eingehen.³⁵ Aus diesem Grund stellt Jürgen Mittag nicht zu Unrecht fest,³⁶ dass dem Thema der »Transnationalisierung von Parteien«³⁷ in der Geschichtswissenschaft zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde.³⁸ Obwohl es bereits vor dem Ersten Weltkrieg länderübergreifende Interaktionen von sich ideologisch nahe stehenden Parteigruppierungen gab, sind ihre gemeinsamen Aktivitäten noch wenig erforscht.³⁹ Um sie analysieren und begreifen zu können, macht es sich die transnationale Geschichtsschreibung zur Aufgabe,⁴⁰ »Erscheinungen, Prozesse und Strukturen« zu untersuchen, »die nicht nur einen, sondern mehrere Nationalstaaten oder gar Kontinente umfassen«.⁴¹ Anders als

³³ S. BERGER, *Ungleiche Schwestern?*, 1997.

³⁴ M.-L. GOERGEN, *Les relations entre socialistes allemands et français à l'époque de la Deuxième Internationale*, 1998.

³⁵ Eine Ausnahme stellt hierbei die Arbeit von Stefan Berger dar, in der die transnationalen Verflechtungen zwischen Labour und SPD in einem abschließenden Kapitel analysiert werden. S. BERGER, *Ungleiche Schwestern?*, 1997.

³⁶ Vgl. J. MITTAG, *Grenzüberschreitende Interaktion politischer Parteien in Europa*; in: DERS. (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration*, 2006, S. 13–60.

³⁷ Unter der »Transnationalisierung« versteht man gemeinhin einen »Prozess der Herausbildung relativ dauerhafter und dichter plurilokaler und nationalstaatliche Grenzen überschreitender Verflechtungsbeziehungen von sozialen Praktiken, Symbolsystemen und Artefakten«. Daraus können schließlich transnationale Gebilde oder imaginierte Gemeinschaften entstehen, die eine eigene Dynamik und Logik aufweisen. Hierzu: L. PRIES, *Transnationalisierung der sozialen Welt?*; in: *Berliner Journal für Soziologie*, Heft 12, 2002, S. 263–272; hier: S. 264. Demgegenüber bezeichnet der Begriff »Transnationalität« die mögliche Konstruktion einer gemeinsamen Identität, »Zugehörigkeitsgefühle, kulturelle Gemeinsamkeiten und alltägliche Lebenspraxis«. D. OWETSCHKIN, *Transnationale Parteiengeschichte*; in: J. MITTAG (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration*, 2006, S. 62 f.

³⁸ Vgl. J. MITTAG, *Grenzüberschreitende Interaktion politischer Parteien in Europa*; in: DERS. (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration*, 2006, S. 17.

³⁹ Ebd., S. 20; hierzu auch: M. VAN DER LINDEN, *Vorläufiges zur transkontinentalen Arbeitergeschichte*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 28, Heft 2, 2002, S. 293 f.

⁴⁰ Vgl. J. OSTERHAMMEL, *Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats*, 2001; DERS., *Transnationale Gesellschaftsgeschichte*; in: *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 27, Heft 3, 2001, S. 464–479; S. CONRAD, *Doppelte Marginalisierung*; in: *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 28, Heft 1, 2002, S. 145–169; M. WERNER / B. ZIMMERMANN, *Vergleich, Transfer, Verflechtung*; in: *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 28, Heft 4, 2002, S. 607–636; K. K. PATEL, *Transatlantische Perspektiven transnationaler Geschichte*; in: *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 29, Heft 4, S. 625–647; Kritisch dazu: H.-U. WEHLER, *Transnationale Geschichte – der neue Königsweg historischer Forschung?*; in: G. BUDDÉ / S. CONRAD / O. JANZ, *Transnationale Geschichte*, 2006, S. 161–174.

⁴¹ D. OWETSCHKIN, *Transnationale Parteiengeschichte*; in: J. MITTAG (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration*, 2006, S. 61–79; hier: S. 64.

beispielsweise beim historischen Vergleich, der das konkrete Beziehungsgeflecht zwischen Nationalstaaten nur unzureichend berücksichtigt,⁴² werden bei einer transnationalen Studie die Vernetzungs- und Kooperationsprozesse, die Wechselbeziehungen zwischen verschiedenen Sprach- und Kulturräumen in den Vordergrund der Analyse gestellt. Damit löst sich die Geschichtswissenschaft von der Vorstellung, dass der Nationalstaat per se die einzige Analyseeinheit ist. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass Nationalstaaten innerhalb einer globalen Gesellschaft existieren, »in der Menschen aus verschiedenen Regionen über Migration, Warenströme, Kriege usw. miteinander in Kontakt stehen«.⁴³ Auch wenn der Nationalstaat als Gegenstand der Analyse beibehalten wird, stehen andere Bezugspunkte im Fokus. Hierzu gehört »die Art und Weise, wie die Grenzen des Nationalen überschritten werden«, welche Beziehungen bei diesem Prozess entstehen, die damit verbundenen Konsequenzen für die handelnden Akteure, sowie die mögliche Konstruktion einer gemeinsamen Identität.⁴⁴ Auf diese Weise findet sich ausgedrückt, dass die transnationale Geschichtsschreibung neue Akzente setzt und das Grenzüberschreitende, die »geteilte Geschichte« in den Vordergrund der Analyse stellt.

Ansätze zu einer transnationalen Arbeiterbewegungsgeschichte finden sich insbesondere in der von Marcel van der Linden verfassten Aufsatzsammlung »Transnational Labour History«.⁴⁵ In zwölf Studien skizziert der Historiker Annäherungen und Interaktionen zwischen verschiedenen Ländern, wobei er sich schwerpunktmäßig mit kommunistischen und sozialistischen Parteien befasst. Im deutschen Sprachraum ist vor allem der von Jürgen Mittag herausgegebene Sammelband »Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation« hervorzuheben, in dem, aus deutscher Perspektive, die länderübergreifende Zusammenarbeit der verschiedenen Parteifamilien mit ihren europäischen Schwesterparteien analysiert wird.⁴⁶ Insgesamt ist jedoch anzumerken, dass sich die regen Forschungsdebatten des frühen 21. Jahrhunderts erst »allmählich« in »empirisch gesättigten Publikationen« niederschlagen.⁴⁷ Das gilt auch für das Feld der grenzüberschreitenden Arbeiterbewegungsgeschichte, wo Studien, die einen trans-

⁴² Ebd., S. 65; grundlegend für die Unterschiede zwischen internationalem Vergleich, Transferanalyse und dem Ansatz der Transnationalisierung: M. WERNER / B. ZIMMERMANN, Vergleich, Transfer, Verflechtung; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 28, Heft 4, 2002, S. 607–636.

⁴³ M. VAN DER LINDEN, Vorläufiges zur transkontinentalen Arbeitergeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 28, Heft 2, 2002, S. 294.

⁴⁴ D. OWETSCHKIN, Transnationale Parteiengeschichte; in: J. MITTAG (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration, 2006, S. 66.

⁴⁵ Vgl. ebd., S. 67.

⁴⁶ Darüber hinaus steht die Frage im Vordergrund, inwiefern aus dem Bestreben der Parteien, transnationale Formen der Kooperation zu etablieren, ein identitätsstiftendes Potential für Europa erwuchs. J. MITTAG (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration, 2006.

⁴⁷ Bezug nehmend auf den Stand der transnationalen Geschichtsschreibung im deutschen Sprachraum: P. GASSERT, Transnationale Geschichte, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 29.10.2012, URL: http://docupedia.de/zg/Transnationale_Geschichte_Version_2.0_Philipp_Gassert?oldid=92887 [zuletzt abgerufen am 1.6.2013].

nationalen Bezug aufweisen, nach wie vor eine Rarität darstellen, auch wenn das »Konzept« der globalen Arbeitergeschichte zunehmend Akzeptanz erfährt.⁴⁸

Was die 1923 gegründete Sozialistische Arbeiterinternationale anbelangt, so wird diese in der Geschichtswissenschaft überwiegend negativ beurteilt: Rolf Steininger bescheinigt der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) eine »Geschichte des Niedergangs«, ohne dabei jedoch zu erklären wie eine gegenteilige »Erfolgsgeschichte« auszusehen hätte.⁴⁹ In die gleiche Kerbe schlagend konstatiert Eberhard Knopp, dass es der SAI zu keinem Zeitpunkt gelungen sei, die außenpolitischen Vorstellungen ihrer Mitgliederparteien auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.⁵⁰ In seinem Standardwerk über die Geschichte der Internationale kommt Julius Braunthal ebenfalls zu keinem guten Urteil über die transnationale Organisation der Arbeiterklasse und unterstellt insbesondere der SPD »fehlendes Protestpotential« im Abwehrkampf gegen die politischen Zentrifugalkräfte.⁵¹ Am deutlichsten äußert sich Werner Kowalski, der in seiner ohnehin tendenziösen Arbeit zu dem Schluss kommt, die SAI sei auf ganzer Linie gescheitert.⁵²

Auch explizite Vorwürfe gegen einzelne Parteiassoziationen lassen sich zu genüge finden: William Lee Blackwood vertritt beispielsweise die These, dass die Geschichte der SAI von den außenpolitischen Ambitionen ihrer Großparteien bestimmt wurde. Hier wirft er der SPD vor, mit ihrer Unterstützung für den Locarno-Pakt 1925 den Beginn einer »verheerenden« Appeasement-Politik eingeleitet zu haben, die 1938 in das Münchener Abkommen mündete.⁵³ Jörg Später unterstellt der Labour Party, dass ihre sozialistischen Theoriemodelle Mitte der 30er Jahre einer rüden »Realpolitik« gewichen seien – sträflich außer Acht lassend, dass eben jene »Realpolitik« bereits Anfang der 20er Jahre programmatisch akzeptiert wurde und zwar nicht nur von der britischen Arbeiterpartei, sondern von der SAI als Ganzes.⁵⁴ Wesentlich differenzierter argumentiert hingegen J. F. Wrynn, indem er einräumt, das Scheitern der Arbeiterinternationale sei nicht allein die Schuld der assoziierten Parteien gewesen, sondern vielmehr eine Folge der schleichenden Zersetzung einer internationalen Verständigungspolitik, die allerdings zwischen 1924 und 1929 durchaus Positives be-

⁴⁸ So widmete sich beispielsweise der 2012 stattfindende Deutsche Historikertag verstärkt der transnationalen Geschichte. Im Rahmen der Veranstaltung wurde u.a. auch die »transnationale Geschichte sozialer Bewegungen« zu einem Thema gemacht. M. RÜRUP, Historikertag 2012: Transnationale Geschichte / Neue Diplomatiegeschichte, in: H-Soz-u-Kult, 12.02.2013, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=2022&type=diskussionen> [zuletzt abgerufen am 1.6.2013].

⁴⁹ R. STEININGER, Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg, 1979, S. 10.

⁵⁰ E. KNOPP, Die Sozialistische Internationale, 1992.

⁵¹ J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 430 ff.

⁵² W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 260.

⁵³ W. L. BLACKWOOD, The Socialist Imprint on International Relations in Interwar Europe; in: M. B. B. BISKUPSKI (Hrsg.), Ideology, politics, and diplomacy in East Central Europe, 2004, S. 80–119; hier: S. 116 ff.

⁵⁴ J. SPÄTER, Vansittart, 2003, S. 103.

wirkt habe.⁵⁵ Diese Deutung wurde in jüngster Zeit insbesondere von Stefan Feucht aufgegriffen, der in seiner wegweisenden Arbeit über die Außenpolitik der SPD⁵⁶ in der Zwischenkriegszeit zu dem Schluss kommt, dass die Partei einen substantiellen Beitrag zur internationalen Verständigungspolitik geleistet habe.⁵⁷

Was die Frage der zunehmend »nationalstaatlichen« Orientierung des Parteien-dreiecks anbelangt, so existieren in der Historiographie zwei herrschende, stark miteinander konkurrierende Theorien: Während Marie-Louise Goergen in ihrer Dissertation über die Zusammenarbeit zwischen SPD und SFIO von 1889 bis 1914 zu dem Schluss kommt, beide Parteien hätten in hohem Maße internationalistisch gedacht und gehandelt,⁵⁸ vertreten Jolyon Howorth und Kevin Callahan eine gegenteilige Meinung und betonen die nationalen Züge der Arbeitervertreter⁵⁹ vor dem Ersten Weltkrieg respektive den »symbolischen« Charakter transnationaler Veranstaltungen.⁶⁰

Für die Zwischenkriegszeit fällt die Interpretation bereits etwas einseitiger aus: Hier konstatiert Stefan Berger, ähnlich wie William Lee Blackwood,⁶¹ dass es trotz des Ausbaus internationaler Kontakte, die insbesondere von den immer besser werdenden Kommunikations- und Transportmöglichkeiten angeregt wurden,⁶² zu einer

⁵⁵ J. F. WRYNN, *The Socialist International and the Politics of European Reconstruction 1919–1930*, 1976, S. 183.

⁵⁶ An dieser Stelle sollten freilich auch die maßgeblichen Arbeiten über die Außenpolitik von SFIO und Labour Party Erwähnung finden: Für die SFIO ist die Arbeit von Richard Gombin nach wie vor das Standardwerk über die Außenpolitik der Partei, ebenso wie die parteigeschichtlich angelegte Biographie von G. Zieburg über Léon Blum. Henry Winkler analysierte die ideengeschichtliche Auseinandersetzung der maßgeblichen Politiker innerhalb der Labour Party über außenpolitische Zielvorstellungen, während Wolfgang Krieger die Beziehungen zwischen Labour Party und Weimarer Republik untersucht. Stefan Berger prüft in seiner Dissertation die Kooperation zwischen Labour und SPD; Jürgen Zarusky nimmt in seiner Arbeit über die SPD und das sowjetische Modell ebenfalls wiederholt Bezug auf den internationalen Sozialismus und damit auch die Außenpolitik der an die Internationale assoziierten Parteien. Eine weitere wichtige Arbeit über die deutsch-französische Zusammenarbeit zwischen SPD und SFIO (bis zur Gründung der kommunistischen Parteien) stammt aus der Feder von Joachim Schröder. R. GOMBIN, *Les socialistes et la guerre*, 1970; G. ZIEBURG, *Léon Blum*, 1963; H. WINKLER, *Paths Not Taken*, 1994; W. KRIEGER, *Labour Party und Weimarer Republik*, 1978; S. BERGER, *Ungleiche Schwestern?*, 1997; J. ZARUSKY, *Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell*, 1992; J. SCHRÖDER, *Internationalismus nach dem Krieg*, 2006.

⁵⁷ S. FEUCHT, *Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933)*, 1998.

⁵⁸ M.-L. GOERGEN, *Les relations entre socialistes allemands et français à l'époque de la Deuxième Internationale*, 1998, S. 847–858.

⁵⁹ J. HOWORTH, *The Left in France and Germany, Internationalism and war: A dialogue of the deaf 1900–1914*; in: E. CAHM / V. C. FISERA (Hrsg.), Bd. 2, 1979, S. 81–100.

⁶⁰ K. CALLAHAN, *Performing Inter-Nationalism in Stuttgart in 1907*; in: *International review of social history*, Bd. 45/1, 2000, S. 51–87; hier: S. 86 f.

⁶¹ W. L. BLACKWOOD, *The Socialist Imprint on International Relations in Interwar Europe*; in: M. B. B. BISKUPSKI (Hrsg.), *Ideology, politics, and diplomacy in East Central Europe*, 2004, S. 80–119.

⁶² S. BERGER, *Internationalismus als Lippenbekenntnis?*; in: J. MITTAG (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration*, 2006, S. 197–213; hier: S. 211 f.

zunehmend nationalstaatlichen Orientierung der Sozialisten kam.⁶³ Hans Mommsen stellt unter denselben Vorzeichen gar die These auf, dass die sukzessive vollzogene Integration in den Nationalstaat, den man nunmehr von innen heraus reformieren wollte, weitaus anziehender gewirkt habe als der proletarische Internationalismus.⁶⁴

Die vorliegende Dissertation wird den Versuch unternehmen, die bislang überwiegend negative Einschätzung der Sozialistischen Arbeiterinternationale im Allgemeinen – sowie SPD, SFIO und Labour Party im Speziellen – in großen Teilen zu revidieren. Anstatt die gemeinsame Geschichte des Parteiendreiecks sowie die Handlungen seiner tragenden Akteure nur als »Kausalkette« zu begreifen, die unweigerlich zum Zusammenbruch des internationalen Sozialismus sowie dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führen musste, werden die jeweiligen außenpolitischen Entscheidungen in einen zwischenstaatlichen Kontext eingebettet und analysiert.⁶⁵ Hierbei sieht sich die Studie in der Tradition einer »Neubewertung« der internationalen Beziehungen, insofern nicht Staat und Nation in den Fokus der Untersuchung gerückt werden, sondern transnationale Organisationen, Strukturen, Akteure und Handlungsgeflechte.⁶⁶

Bei der Darstellung der transnationalen Beziehungen des Parteiendreiecks wird, wie betont werden muss, eine »ideologiekritische« Perspektive angestrebt werden, da die Diskrepanzen zwischen »proletarischer Solidarität« und »nationaler Loyalität« in bisherigen Studien deutlich überbetont wurden.⁶⁷ Stattdessen wird die Idee einer »proletarischen Solidarität« von Beginn an dekonstruiert,⁶⁸ um den Fokus auf die politische Praxis der transnationalen Zusammenarbeit zu richten.

⁶³ Sydney Pollard beantwortet diesen Widerspruch, ähnlich wie Heinrich August Winkler, mit der Unvereinbarkeit von sozialistischer Theorie und reformistischer Praxis: »Das Grundproblem der sozialistischen Bewegung in der Zwischenkriegszeit war die Schwierigkeit, ein fernes Ziel, auf das man sich geeinigt hatte, mit den Notwendigkeiten der praktischen Politik zu vereinbaren.« S. POLLARD, *Krise des Sozialismus in der Zwischenkriegszeit: Großbritannien*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 17, 1991, S. 160–181; hier: S. 181.

⁶⁴ Vgl. H. MOMMSEN, *Arbeiterbewegung und nationale Frage*, 1979, S. 61.

⁶⁵ Als Vorbild dient hier gewissermaßen die Studie von Agnes Blänsdorf über die Rolle der Zweiten Internationale während des Ersten Weltkrieges. Die 1979 angefertigte Arbeit zeigt paradigmatisch die transnationale Kooperation der Parteien auf und unternimmt den Versuch, diese in einen gesamt-europäischen Kontext einzubetten. A. BLÄNSDORF, *Die zweite Internationale und der Krieg*, 1979.

⁶⁶ Die Neubewertung der internationalen Beziehungen geht insbesondere auf den amerikanischen Historiker Paul W. Schroeder zurück, der in seinem 1994 vorgestellten Werk »The transformation of european politics« die internationalen Beziehungen des 19. Jahrhunderts neu kontextualisierte. Hierzu: R. MARCOWITZ, *Von der Diplomatiegeschichte zur Geschichte der internationalen Beziehungen*, in: *Francia*, Bd. 32/3, 2005, S. 75–100; G. KRONENBITTER, *Staaten, Nationen und Internationale Beziehungen als Bezugspunkt historischer Forschung*, in: A. WIRSCHING (Hrsg.), *Oldenburg Geschichte Lehrbuch Neueste Zeit*, 2006, S. 177–194.

⁶⁷ J. BRAUNTHAL, *Geschichte der Internationale*, 1963, Bd. 2; W. KOWALSKI et al., *Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940)*, 1985; J. F. WRYNN, *The Socialist International and the Politics of European Reconstruction 1919–1930*, 1976.

⁶⁸ Wie Georg Hermann in einer Untersuchung über den englischen Bergarbeiterstreik 1926 treffend festgestellt hat, erschöpft sich eine reine Analyse des »kämpferischen Internationalismus« – in diesem

3. Konzeptionelle Gestaltung

Die vorliegende Studie gliedert sich in insgesamt drei zentrale Themenkomplexe:

I. *Die Internationale und der Krieg: Transnationale Kooperation des Parteiendreiecks, 1914–1923*

II. *Das Parteiendreieck und die Beeinflussung des internationalen Systems, 1923–1933*

III. *Transferprozesse, Akteure, Foren und Formen der Kooperation*

Im Ersten Kapitel steht die Geschichte von SPD, SFIO und Labour Party – von der Zweiten Internationale (1889–1914) bis hin zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterinternationale (1923) – im Mittelpunkt der Untersuchung.⁶⁹ Zunächst wird die transnationale Zusammenarbeit im Vorfeld des Weltkrieges analysiert werden, mit einem besonderen Augenmerk auf das »Scheitern« der Arbeiterinternationale im Juli/August 1914. Im Anschluss hieran wird der Frage nachgegangen werden, welche Folgen der Ausbruch des Weltkrieges für die Kooperation des Parteiendreiecks hatte. Den eigentlichen Kern des Kapitels – und den Beginn des *Hauptteils* – bildet der Zeitraum zwischen Kriegsende (1919) und Ruhrkrise (1923), als SPD, SFIO und Labour Party den Versuch unternahmen, die am Boden liegende Zweite Internationale neu zu begründen.

Im Zweiten Kapitel werden die Bemühungen des Parteiendreiecks, den zwischenstaatlichen Verständigungsprozess entscheidend zu fördern, herausgearbeitet werden. Wie bereits betont, war es das Ziel des Parteiendreiecks, die Ausgestaltung des internationalen Staatensystems der Zwischenkriegszeit »positiv« zu beeinflussen, weswegen eine Bewertung der »informellen Diplomatie« der sozialistischen Mittlerfiguren in der Phase der »relativen Stabilisierung« (1924–29), im steten Austausch mit staatlichen Repräsentanten, unabdingbar ist. Hierbei ist es von besonderem Interesse, allgemeine Handlungs- und Entscheidungsspielräume sowie parlamentarische und politische Rahmenbedingungen herauszuarbeiten und entsprechend zu

Fall also insbesondere der ideologisch unterlegten »Gesten« bzw. Propaganda – in der kaum überzeugenden Feststellung der »Ohnmacht« der internationalen Arbeiterbewegung: »*Doch eine Beurteilung des Internationalismus in der Arbeiterbewegung nur nach den Kriterien des Konzepts eines »kämpferischen« Internationalismus, nur an ihren – nicht stattgefundenen – Aktionen erschöpft sich schnell in der Feststellung der Ohnmacht der internationalen Arbeiterbewegung.*« H. G. HERMANN, Der britische Bergarbeiterkampf 1926 und die internationale Gewerkschaftsbewegung: Schwierigkeiten eines »kämpferischen« Internationalismus; in: F. VAN HOTHOOEN / M. VAN DER LINDEN (Hrsg.), *Internationalism in the Labour Movement, 1830–1940*, Bd. 2, 1988, S. 489–517; hier: S. 516.

⁶⁹ Grundsätzlich ist zu betonen, dass die Analyse der »Vorgeschichte« einen unverzichtbaren Bestandteil der Dissertation darstellt, da die tonangebenden Protagonisten der Zwischenkriegszeit in großen Teilen bereits vor 1914 in den jeweiligen Länderparlamenten vertreten bzw. politisch aktiv gewesen waren. Dies trifft beispielsweise in Großbritannien auf die Generation von J. R. MacDonald, A. Henderson, P. Snowden zu; in Frankreich gab es die »vicillards« mit P. Renaudel, A. Thomas, M. Sembat sowie die »jeunes« um die Parteienminderheit (J. Longuet, L.-O. Frossard, P. Faure); im Lager der SPD die »Generation Ebert«, bestehend aus F. Ebert, R. Breitscheid, P. Loebe, P. Scheide-mann, H. Müller. Allen diesen Personen war gemeinsam, dass sie ihr politisches Wirken bereits vor dem Ersten Weltkrieg begonnen hatten und eben dieses insbesondere in der Zwischenkriegszeit fortsetzten, mehrheitlich in verantwortungsvollen Positionen.

kontextualisieren. Daran anknüpfend wird indes gleichermaßen zu analysieren sein, warum die »Verständigungspolitik« des Parteiendreiecks zwischen 1929 und 1933 sukzessive an ihre Grenzen stieß. Abschließend wird die Frage aufgeworfen werden, welche Bedeutung der bi- oder multilateralen Zusammenarbeit von SPD, SFIO und Labour im Vergleich mit anderen transnational agierenden gesellschaftlichen Organisationen zukam.⁷⁰

Im strukturanalytisch verfahrenen Dritten Kapitel werden die transnationalen Verflechtungen zwischen SPD, SFIO und Labour auf privater, publizistischer und institutioneller Ebene analysiert.⁷¹ Ziel ist es, Foren und Netzwerke auszumachen, in denen ein regelmäßiger Austausch stattfand. Daneben wird erstmals der Versuch unternommen, eine realistische Einschätzung der praktischen transnationalen Zusammenarbeit vorzunehmen, die in der Praxis von massiven Sprach- und Organisationsproblemen erschwert wurde, da die handelnden Protagonisten alles andere als polyglotte, von finanziellen und zeitlichen Einschränkungen befreite Globetrotter waren. Am Beispiel der französischen SFIO wird daraufhin die Konstruktion einer deutsch-französischen Zusammengehörigkeit analysiert werden, die maßgeblich über Parteizeitungen und bilaterale Zusammenkünfte gesteuert wurde. Im letzten Teil des Kapitels wird schließlich eine übergreifende Einschätzung der transnationalen Kooperation des Parteiendreiecks vor und nach dem Ende des Ersten Weltkrieges vorgenommen werden.

Was den *Untersuchungszeitraum* anbelangt, so wird sich die Studie vor allem auf den Abschnitt zwischen 1919 und 1933 konzentrieren. Nach dem Zusammenbruch der deutschen Demokratie und dem Exilstatus der SPD kann keineswegs mehr von einer »gleichberechtigten« Zusammenarbeit gesprochen werden, weswegen die Zeit zwischen 1933 und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht mehr im Zentrum der Dissertation stehen wird. Dies liegt nicht zuletzt darin begründet, dass die Vermittlungsarbeit der SAI aufgrund der Erosion des internationalen Staatensystems spä-

⁷⁰ Guido Müller stellt in seiner Habilitationsschrift die These auf, dass »den privaten Vermittlerorganisationen und Verständigungsbewegungen die wichtigste Rolle im Rahmen deutsch-französischer Gesellschaftsbeziehungen« zukam. »Eine solche Bedeutung in Dichte und Dauer konnten die transnationalen Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Großgruppen – wie etwa die Kirchen, Gewerkschaften, Friedensbewegungen, Parteien [...] nie erlangen.« Ob diese Aussage zutreffend ist und welche Bedeutung SPD, SFIO und Labour Party für die länderübergreifende Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien einnahmen – auch nach dem Zweiten Weltkrieg –, wird im Verlauf des Kapitels zu klären sein. G. MÜLLER, *Europäische Gesellschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg*. Das Deutsch-Französische Studienkomitee und der Europäische Kulturbund, 2005, S. 457.

⁷¹ Hierbei wird ein kulturgeschichtlicher Ansatz verfolgt, der hinsichtlich der Parteienkommunikation interaktive Erfahrungen, Bewusstseinsstrukturen, Symbole, bestimmte Sprachriten und Denkfikturen miteinbezieht. Hierzu: T. MERGEL, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik; in: *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 28, 2002, S. 574–606; hierzu auch: J. MITTAG / H. GREBING, Parteienkooperation vor dem Ersten Weltkrieg; in: DERS. (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration*, 2006, S. 168.

testens nach 1935 eingestellt wurde und die transnationale Kooperation in der Folgezeit weitestgehend zusammenbrach.

Konzeption und Zielsetzung der Arbeit stellen etwas grundsätzlich Neues dar, da, wie Stefan Berger darlegt, eine Untersuchung, die den »beziehungsgeschichtlichen Aspekt« – und damit transnationale Kooperationsformen« – in den Vordergrund stellt, für die sozialistischen Parteien der Zwischenkriegszeit noch aussteht.⁷² Wie gezeigt werden soll, vollzog sich die Parteienkooperation zwischen SPD, SFIO und Labour Party mit einer eigenen Dynamik, die nicht nur mit der gängigen Unterscheidung zwischen »nationalstaatlicher Orientierung« und »proletarischem Internationalismus« im Rahmen der Sozialistischen Internationale erklärt werden kann. Indem der Nationalstaat als Analyseeinheit um eine transnationale Perspektive erweitert wird, kann der nationale Tunnelblick überwunden und eine breitere Kontextualisierung erreicht werden. Dies ist insofern dringend erforderlich, als die sozialistischen Parteien der drei Großmächte Deutschland, Frankreich und Großbritannien von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung der Nachkriegsordnung waren.

4. Quellen

Das für die Arbeit relevante Quellenkorpus ist überaus komplex, da die in Frage kommenden Nachlässe, Zeitungsartikel, Parlamentsreden, Flugblätter, Parteitageprotokolle, Wahlaufrufe, Briefe und Broschüren in den Archiven von vier Ländern gelagert werden.⁷³ Dieser Umstand mag neben methodischen und sprachlichen Schwierigkeiten dazu beigetragen haben, dass die transnationalen Verflechtungen von SPD, SFIO und Labour Party in der Zwischenkriegszeit bislang noch nicht untersucht worden sind.

In den Pariser Archiven bilden die F⁷-Bestände (*police générale* – der Sicherheitsdienst des Innenministeriums) der »Archives Nationales« den Kern der Untersuchung.⁷⁴ Hier finden sich einerseits Quellen zu verschiedenen Kongressen und internationalen Konferenzen der SFIO in Frankreich sowie Polizeiberichte über interne CAP-Sitzungen, die einen hohen Quellenwert aufweisen. Die F⁷-Bestände waren insofern von elementarer Bedeutung für die Dissertation, als das Archiv der

⁷² Oftmals vernachlässigen vergleichende Arbeiten »den Transfer von Politpraxis und -programm« und versteifen sich auf eine komparatistisch-kontrastive Analyse von nationalstaatlichen Organisationen. Mit der Untersuchung des Prozesses der gegenseitigen Beeinflussung und Vernetzung wird der Blick stärker auf Berührungspunkte gelenkt, deren Kenntnisnahme auch für die international vergleichende Geschichtsschreibung eine Bereicherung darstellen könnte. S. BERGER, *Internationalismus als Lippenbekenntnis?*, in: J. MITTAG (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration*, 2006, S. 197–213; hier: S. 213.

⁷³ Die Archivmaterialien befinden sich größtenteils in den »Archives Nationales«, dem Archiv der französischen Arbeiterbewegung (beide Paris), dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam), dem Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn), dem Bundesarchiv in Berlin sowie dem Archiv der Labour Party in Manchester.

⁷⁴ Hier insbesondere F⁷/13072–13085.

SFIO während des Zweiten Weltkriegs weitestgehend zerstört wurde und die zahlreichen Aktenbestände der »Sûreté Générale« diesen Malus genügend kompensieren können. Ein Gewinn für die Arbeit waren hier vor allem die von der Sicherheitspolizei angefertigten »Nachlässe«, z. B. von Jean Longuet⁷⁵, Salomon Grumbach⁷⁶, Pierre Renaudel⁷⁷, Albert Thomas⁷⁸ und Léon Blum⁷⁹, da die dort enthaltenen Akten häufig Briefwechsel mit ausländischen Sozialisten enthalten, was insbesondere auf den über Salomon Grumbach angefertigten Bestand zutrifft. Der Elsässer war mit Rudolf Breitscheid die zentrale Vermittlungsfigur zwischen der deutschen und der französischen Arbeiterpartei in der Zwischenkriegszeit, weswegen den Quelldokumenten besondere Bedeutung zukommt.

Unentbehrlich war außerdem das inoffizielle Parteiarchiv der SFIO (»Office de recherche universitaire socialiste (*OURS*)«) mit seinen zahlreichen Zeitungssammlungen,⁸⁰ Flugblättern, Parteitagsberichten und unveröffentlichten Dissertationen, ohne die eine detaillierte Analyse der französischen Arbeiterpartei nicht möglich gewesen wäre. Im Hinblick auf die privaten Beziehungen zwischen deutschen, britischen und französischen Sozialisten müssen außerdem die »offiziellen« Nachlässe von SFIO-Führungsfiguren Erwähnung finden, vor allem der in den »Archives Nationales« gelagerte »Fonds« Albert Thomas sowie der Bestand über Salomon Grumbach in der »Bibliothèque de l'Alliance israélite universelle (AIU)«.

Für die Untersuchung der im Zweiten Kapitel beschriebenen außenpolitischen Aktivitäten des Parteiendreiecks waren zwei Quellenbestände von herausragender Bedeutung: Erstens die Akten der Sozialistischen Arbeiterinternationale, gelagert im Archiv für Sozialgeschichte in Amsterdam (IISG),⁸¹ zweitens die Quelldokumente über das britische »National Executive Committee«⁸² sowie die »Labour and Socialist International«⁸³, die im Labour Parteiarchiv in Manchester aufbewahrt werden. Hier finden sich zahlreiche Protokolle über die transnationalen Zusammenkünfte des Parteiendreiecks, z. B. im Rahmen der SAI-Exekutive, Vierparteienkonferenzen oder Treffen des SAI-Büros. Die Quellen umfassen einerseits interne Diskussionen der anwesenden Arbeitervertreter, Streitpunkte zwischen den Parteien – hier vor allem SPD, SFIO und Labour Party –, strategische Vorgehensweisen sowie Reaktionen auf veränderte außenpolitische Rahmenbedingungen. Kurz gesagt gestatten die Bestände einen Einblick in das Innenleben der Sozialistischen Arbeiterinternationale, genauer gesagt in die Diskussionsprozesse der Führungselite der assoziierten Parteien. Diesbezüglich müssen auch die außenpolitischen Archive in

⁷⁵ F7/15979.

⁷⁶ F7/15961.

⁷⁷ F7/16001.

⁷⁸ F7/16023.

⁷⁹ F7/15933.

⁸⁰ »Le Populaire«, »La vie socialiste«, »La vie du parti«.

⁸¹ IISG, SAI.

⁸² LHASC, National Executive Committee.

⁸³ LHASC, Labour and Socialist International.

Deutschland, Frankreich und Großbritannien erwähnt werden, wo ebenfalls umfangreiche Aktenbestände gelagert werden, in denen sich zahlreiche Berichte über Vermittlungsreisen sozialistischer Politiker finden.⁸⁴ Ohne diese Berichte wäre es kaum möglich gewesen, die sozialistischen Bemühungen, Einfluss auf die zwischenstaatlichen Verhandlungen zu nehmen, nachzuzeichnen.

Im Archiv der Labour Party in Manchester sind neben den genannten Beständen vor allem die Akten des »International Department« sowie des »Advisory Council of International Questions (ACIQ)« von besonderer Relevanz. Das ACIQ fungierte innerhalb der Partei als außenpolitischer »Think-Tank«, weswegen die Bestände einen fundierten Einblick in die strategischen Überlegungen der Parteiführung zu bestimmten außenpolitischen Herausforderungen im Untersuchungszeitraum gewähren. Akten zu den »Fabiern«, die einen großen Einfluss innerhalb der Labour Party ausübten und die inhaltliche Ausrichtung der Partei maßgeblich mitbestimmten, werden im Archiv der »London School of Economics (LSE)« aufbewahrt – hier vor allem über das Ehepaar Sidney und Beatrice Webb.⁸⁵ Interessant ist der Nachlass von B. Webb deshalb, weil sie weitreichende Überlegungen zur Entwicklung der englischen Arbeiterpartei hin zu einer »Funktions-« bzw. »Führungselite« anstellte, die in gewisser Weise auch auf die beiden anderen Parteien, SPD und SFIO, übertragen werden kann. Ein unverzichtbarer Quellenbestand – der Nachlass des englischen Gewerkschaftsführers Walter Citrine – findet sich ebenfalls im Archiv der LSE.⁸⁶ Citrine befand sich 1932/33 in Berlin, wo der IGB seinen Sitz hatte, und fertigte über seine Erfahrungen ein umfassendes Tagebuch an, in dem ausführliche Schilderungen über den Austausch mit SPD-Politikern enthalten sind.

Im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn) sind vor allem die Nachlässe führender SPD-Politiker von Belang. Hervorzuheben sind hierbei die reichhaltigen Aktenansammlungen zu und von Carl Severing, Hermann Müller-Franken, Otto Wels und Paul Levi.⁸⁷ Von großem Gewinn für die Arbeit war insbesondere der Nachlass von Hermann Müller-Franken, der zahlreiche Briefwechsel mit ausländischen Sozialisten beinhaltet und des Weiteren einen Einblick in die strategischen Überlegungen der SPD-Führung in der Zwischenkriegszeit ermöglicht. Weitere Dokumente von und über Hermann Müller finden sich im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde.⁸⁸

Abschließend soll an dieser Stelle noch auf die von der Schillergesellschaft veröffentlichten, zehnbändigen Tagebücher von Harry Graf Kessler verwiesen werden.⁸⁹ Kessler war in der Zwischenkriegszeit in beratender Funktion für das Aus-

⁸⁴ Hier insbesondere im »Public Record Office« in Großbritannien sowie dem Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin.

⁸⁵ LSE, Passfield Papers.

⁸⁶ LSE, Citrine papers.

⁸⁷ AdsD, NL P. Levi, C. Severing, H. Müller-Franken, O. Wels.

⁸⁸ BA, Hermann Müller-Franken.

⁸⁹ Die Tagebucheinträge von Kessler decken sich in großen Teilen mit den Berichten des Auswärtigen Amtes, weshalb gemeinhin von einer hohen Glaubwürdigkeit und Authentizität ausgegangen werden muss. H. GRAF KESSLER, *Das Tagebuch*, Bde. 7/8/9, 2004 ff.

wärtige Amt tätig und unternahm aufgrund seiner exzellenten Vernetzung mit einflussreichen Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland wiederholt Vermittlungsreisen nach Frankreich oder Großbritannien, um den zwischenstaatlichen Verhandlungsprozess substantiell zu beschleunigen. Hierbei arbeitete er unter anderem eng mit den beiden sozialistischen Außenpolitikern Breitscheid und Hilferding zusammen.

Sowohl vor als auch nach dem Ersten Weltkrieg gingen die sozialistischen Zeitzeugen geradezu inflationär mit ihrem Bekenntnis zur »proletarischen Solidarität« um. Aus diesem Grund wird im Folgenden der Versuch unternommen, anhand der Geschichte der Ersten Internationale, die das Selbstbild der sozialistischen Protagonisten über Jahrzehnte hinweg stark beeinflussen sollte, eine kurze Begriffsgenese zu präsentieren. Gibt es so etwas wie einen »idealtypischen Internationalismus«, der von Karl Marx und Friedrich Engels anlässlich der Gründung der Ersten Internationale definiert wurde? Gelang es den frühen Internationalisten der SPD um August Bebel oder Wilhelm Liebknecht, diesen (Ideal-)Vorstellungen gerecht zu werden?

Anhand ausgewählter Beispiele wird veranschaulicht werden, dass sich die Erste Internationale bereits zum Zeitpunkt ihrer Gründung derart ambitionierte Ziele setzte, dass sie – sobald es um die »politische Praxis«, d. h. die konkrete Umsetzung ihrer geistig-moralischen Ansprüche ging – geradezu zum Scheitern verurteilt war.

Begriffliche Genese unter besonderer Berücksichtigung der Ersten Internationale als Vorläufer eines praktischen Internationalismus

Gegründet wurde die Erste Sozialistische Internationale am 28. September 1864. Sie hatte viele geistigen Vorläufer, deren Ideen und Traditionen von der »Internationalen Arbeiterassoziation« (IAA), wie die Erste Internationale offiziell genannt wurde, übernommen und weiterentwickelt wurden.¹ Letztlich war sie ein Sammelbecken höchst unterschiedlicher ideologischer Strömungen, die ihren Ursprung zumeist in den demokratischen Freiheitsbewegungen des frühen 19. Jahrhunderts hatten.² Von entscheidender Bedeutung für die Konstituierung der Arbeiterassoziation per se waren indes nicht nur die geistigen Prädispositionen, sondern vor allem das Mitwirken von Karl Marx als prägendem Kopf der Organisation:³ Obschon die Gründungsinitiative nicht von ihm selbst, sondern von englischen und französischen Arbeiterfüh-

¹ J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1961, Bd. I, S. 19.

² Ebd., S. 28 f.

³ Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass sich der Marxismus in vielen Ländern nicht durchsetzen konnte respektive überhaupt nicht wahrgenommen wurde. Ein Musterbeispiel hierfür ist Großbritannien, da die Schriften von Marx und Engels im Mutterland der Industriellen Revolution lange Zeit ohne Wirkung blieben und von ihnen final zum »Sonderfall« deklariert wurden. H. SCHULZ, Marx und Engels über England, oder der ständige Anfang des unvermeidlichen Endes, 1989, S. 530 ff.; P. WITTIG, Der englische Weg zum Sozialismus, 1982, S. 116.

ren kam, war er es, der die »Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation« und damit das Programm der Ersten Internationale verfasste.⁴

Die Idee einer Überwindung nationaler Schranken, einer weltweiten »Fraternisierung« der Nationen, wurde Mitte des 19. Jahrhunderts von den sozialistischen Bewegungen – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – übernommen. Wie Wilfried Loth darlegt, waren es vornehmlich drei Punkte, die dafür ausschlaggebend waren: Erstens hatten die sozialistischen Gruppen den eigentlich »bourgeoisien«, liberal-demokratischen Gedanken einer Kosmopolitisierung der Weltgemeinschaft adaptiert und machten ihn sich nun, kraft der marxistischen Umdeutung, zu eigen.⁵ Zweitens wurden nicht nur die bestehenden Klassengegensätze kritisiert, sondern auch die Nationen als kapitalistische, miteinander konfligierende Großgruppen, die nach einer überstaatlichen Organisation zur Regulierung bestehender Antagonismen verlangten. Drittens diskreditierten Marx und Engels den Nationalstaat als Instrument der herrschenden Klasse zur Exploitation des Individuums, was einem Aufruf gleichkam, die bestehende Ordnung umzustürzen. Indem, wie die Autoren konstatieren, das Proletariat zunächst die politische Herrschaft ergreife, die »Herrschaft der Bourgeoisie« zerschlage und sich zur »nationalen Klasse« erhebe, sei es zwar »selbst noch national«, jedoch »keineswegs im Sinne der Bourgeoisie«.⁶ Zur näheren Begründung dieser scheinbar unklaren Begriffsbildung führten sie an: »*Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.*«⁷ In dieser radikalen Antithese zum zeitgenössischen Pathos nationalstaatlich orientierter Kräfte kommt klar und deutlich der internationalistische Geist der Bewegung zum Ausdruck. Die Nationalität wurde nicht mehr als ewige, sondern als historisch-soziale Kategorie interpretiert, deren Halbwertszeit endlich war.⁸ Dies beeinflusste die Arbeitergruppen nachhaltig und inspirierte sie nach und nach dazu, den transnationalen Charakter des Manifests anzunehmen und programmatisch zu verarbeiten.⁹

Von einer unmittelbaren Adaption lässt sich dabei allerdings nur bedingt sprechen, da die Bewegung nur teilweise von der dynamisierenden Beschwörung des kommunistischen Manifests erfasst wurde. Die Internationalität der Arbeiterklasse beschränkte sich anfangs vor allem auf die Gewissheit, dass sie im Kern auf eine internationale Völkerverbrüderung abzielt. Unmittelbare Aktions- und Organisationsformen blieben jedoch aus, übrigens sehr zum Ärger von Marx und Engels: Als

⁴ »Die Erste Internationale war eine Phase im geschichtlichen Prozess der Konstituierung der Arbeiterklassen aller Länder als einer internationalen Bewegung [...] Sie verpflanzte in das Bewußtsein der Arbeiter den Gedanken der Solidarität. Sie vererbte den Arbeiterbewegungen aller Länder den Enthusiasmus für eine große Sache. Sie war das Werk von Karl Marx.« J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1961, Bd. 1, S. 200.

⁵ W. LOTH, Sozialismus und Internationalismus, 1977, S. 24.

⁶ K. MARX / F. ENGELS, Manifest der Kommunistischen Partei; in: Karl Marx, Friedrich Engels. Werke, Bd. 4, 1977, S. 479.

⁷ Ebd.

⁸ Vgl. R. ROSDOLSKY, Zur nationalen Frage, 1977, S. 175.

⁹ Hierzu auch: T. MEYER / K.-H. KLÄR / S. MILLER / K. NOVY / H. TIMMERMANN (Hrsg.), Lexikon des Sozialismus, 1986, S. 275.

Ersterer im Gothaer Programm der deutschen Arbeiterpartei nur »stilistisch und inhaltlich verfehlt« Phrasen zum proletarischen Internationalismus las, verfasste er im März 1875 eine Glosse, in der er seiner Empörung wortgewaltig Ausdruck verlieh.¹⁰

Das eigentliche Kernproblem war, dass der Nationalstaat als Bezugspunkt für die sozialistischen Parteien von Marx und Engels unterschätzt wurde, was dazu führte, dass eigene Aussagen über die Interdependenz zwischen Sozialismus und Nation sukzessive revidiert bzw. modifiziert werden mussten. Hans Mommsen konstatiert hier mit Recht eine »entscheidende Defizienz« der marxistischen Theorie, da sich weder bei Marx noch bei Engels eine systematische Analyse des Nationalismus finden lässt.¹¹ Anders formuliert war die Marxsche Analyse des Nationalen zu oberflächlich, zu sehr von der gesellschaftlichen Wirklichkeit entfernt und damit relativ einseitig auf den internationalen Charakter der Bewegung fokussiert, so dass die Anklage gegen die deutsche Sozialdemokratie fast schon apologetische Züge hatte – immerhin ging es darum, die Richtigkeit der eigenen Theorie zu beweisen, weshalb Marx den reduzierten Internationalismus des Gothaer Programms als groben Faux-pas der deutschen Arbeiterklasse wertete.

In diesem Kontext verwundert es etwas, dass Marx fünf Jahre zuvor, nach dem Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges 1870, umgehend Partei ergriffen hatte und den Konflikt von deutscher Seite aus als »Verteidigungskrieg« bezeichnete.¹² Offensichtlich ging es ihm dabei weniger um die Machtverhältnisse in Europa, als vielmehr um die Überlegenheit der eigenen Theorie – sowie die Stärke der deutschen Arbeiterklasse: *»Die Franzosen brauchen Prügel. Siegen die Preußen, so die Zentralisation der state power nützlich der Zentralisation der deutschen Arbeiterklasse. Das deutsche Übergewicht würde ferner den Schwerpunkt der westeuropäischen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegen [...]. Ihr Übergewicht auf dem Welttheater über die französische wäre zugleich das Übergewicht unserer Theorie über die Proudhons etc.«*¹³

Im Gegensatz zu Marx verurteilten August Bebel und Wilhelm Liebknecht die bellizistische Austragung des Konflikts – *»unternommen im Interesse der Dynastie Bonaparte wie der Krieg von 1866 im Interesse der Dynastie Hohenzollern«* – auf das

¹⁰ »Und worauf reduziert die deutsche Arbeiterpartei ihren Internationalismus? Auf das Bewußtsein, daß das Ergebnis ihres Strebens »die internationale Völkerverbrüderung sein wird« – eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund entlehnte Phrase, die als Äquivalent passieren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklasse im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschende Klassen und ihre Regierungen. Von internationalen Funktionen der deutschen Arbeiterklasse also kein Wort! Und so soll sie [...] Herrn Bismarcks internationaler Verschwörungspolitik das Paroli bieten! In der Tat steht das internationale Bekenntnis des Programms noch unendlich tief unter dem der Freibhandelspartei. Auch sie behauptet, das Ergebnis ihres Strebens sei »die internationale Völkerverbrüderung«. Sie tut aber auch etwas, um den Handel international zu machen und begnügt sich keineswegs mit dem Bewußtsein – daß alle Völker bei sich zu Hause Handel treiben.« K. MARX, Kritik des Gothaer Programms; in: MEW, Bd. 19, 1987, S. 24.

¹¹ H. MOMMSEN, Arbeiterbewegung und nationale Frage, 1979, S. 49.

¹² D. GROH / P. BRANDT, »Vaterlandslose Gesellen«, 1992, S. 17 f.

¹³ Marx an Engels, London 20. Juli 1870; in: MEW, Bd. 33, 1976, S. 5; hierzu auch: H.-U. WEHLER, Sozialdemokratie und Nationalstaat, 1971, S. 55.

Schärfste und enthielten sich im Reichstag »als prinzipielle Gegner jedes dynastischen Krieges« ihrer Stimme. Die beiden liberalen Sozialisten begründeten ihre kompromisslose Haltung primär mit der Ablehnung der Hohenzollern-Dynastie, die man in keiner Weise billigen oder unterstützen wollte.¹⁴

Nun ist es nicht das Ziel des Exkurses, den Deutsch-Französischen Krieg, das Gothaer Programm oder diskrepante Aussagen von Marx und Engels zu analysieren, allerdings kann in diesem Zusammenhang zumindest einmal konstatiert werden, dass es unter anderem eben jene, von Marx kritisierten, »vulgärdemokratischen« Lassalleaner gewesen waren, die 1871 gegen die Verlängerung der Kriegskredite gestimmt hatten und sich – ganz im Sinne des kommunistischen Manifests – für ihre Genossen aus Frankreich engagierten, und das obwohl sie zur gleichen Zeit einen durchaus positiven Bezug zu ihrem eigenen Vaterland aufwiesen.¹⁵ Gemeinsam mit den Sektionen der Internationale sowie Teilen des »republikanischen Frankreichs« forderten die SPD-Vorgängerorganisationen, SDAP und ADAV, den sofortigen Rückzug der deutschen Armee und die Aufnahme von Friedensverhandlungen.¹⁶ Die zweite Krieganleihe wurde in Folge dessen abgelehnt, die 1871 gegründete »Pariser Kommune« als Symbol des Protests gegen das monarchistische Deutschland begrüßt.¹⁷ Dementsprechend war die Fortsetzung des Krieges – trotz der Niederlage Napoleons III. – für beide Parteien ein Signum des Verrats an der internationalen Arbeiterbewegung, was zu einer Solidarisierung mit den französischen Arbeitern führte. Auch im Herzen Londons wurden Kundgebungen gegen den Krieg organisiert, auf denen der Pariser Kommune die Grüße der Londoner Arbeiter übermittelt wurden.¹⁸

¹⁴ Darüber hinaus sprachen sie – ganz im Sinne der Internationalen Arbeiterassoziation – die Botschaft aus, »daß die Völker Europas, [...] alles aufbieten werden, um sich ihr Selbstbestimmungsrecht zu erobern und die heutige Säbel- und Klassenherrschaft [...] zu beseitigen«. Marx äußerte sich spätestens nach der Kriegswende von Sedan geringschätzig über die Expansionspolitik Bismarcks; zuvor war der Kampf um die Deutungshoheit innerhalb der Internationale, der zwischen Proudhonisten, Anarchisten und Marxisten ausgetragen wurde, jedoch stark genug gewesen, um den Krieg zunächst zu billigen. Motiviertes Votum der Reichstagsabgeordneten Liebknecht und Bebel in Sachen der 120-Millionen-Krieganleihe; in: H. BARTEL / R. DLUBEK / H. GEMKOW (Hrsg.), August Bebel. Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, 1970, S. 117; zu Marx: Vgl. Marx an Wilhelm Liebknecht, 7. Oktober 1876; in: MEW, Bd. 34, S. 210.

¹⁵ H.-U. WEHLER, Sozialdemokratie und Nationalstaat, 1971, S. 54.

¹⁶ Ebd.; hierzu auch: S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 33.

¹⁷ August Bebels Votum hierzu: »Meine Herren, und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtenruf des Pariser Proletariats ›Krieg uns noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtenruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird.« Die Pariser Kommune – Vorpostengefecht des europäischen Proletariats. Aus der Rede im Deutschen Reichstag gegen die Annexion von Elsass-Lothringen, 28. Mai 1971; in: H. BARTEL / R. DLUBEK / H. GEMKOW (Hrsg.), August Bebel. Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, 1970, S. 117.

¹⁸ J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1961, Bd. 1, S. 175.

Waren Kundgebungen und parlamentarische Unmutsbekundungen das, was sich Karl Marx unter einer weltweiten Verbrüderung der Arbeiterklasse vorgestellt hatte? Eine genaue Definition der »proletarischen Solidarität«¹⁹ hatte er in seiner 1864 verfassten »Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation« zum Besten gegeben: Die unbedingte Notwendigkeit einer länderübergreifenden Solidarisierung, die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung – ungeachtet des nationalen Strebens nach politischer Macht – wurden von ihm zu den wichtigsten Prinzipien einer »Internationalen Arbeiterassoziation« erhoben.²⁰ Alle Mitglieder würden die Verpflichtung eingehen, »*Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anzuerkennen als die Regel ihres Verhaltens zueinander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glauben oder Nationalität.*«²¹ Der gemeinsame Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse sei weder eine lokale, noch eine nationale, sondern vielmehr eine weltumspannende soziale Aufgabe der Gesamtheit der Arbeiter. Dementsprechend definierte Marx die Aufgaben des Zentralrates der Arbeiterassoziation im Sinne einer »*internationalen Agentur zwischen den verschiedenen zusammenwirkenden Gesellschaften [...]*« und verpflichtete die teilnehmenden Gruppierungen zur wechselseitigen Unterstützung in Krisensituationen.²²

Die Gründungsakte der Arbeiterassoziation strotzte nur so vor Idealismus und hochtrabenden Formulierungen. Nur mit einem aufrechten, im Grunde *utopischen* Internationalismus ließen sich die Ziele erreichen, die Interessenkonflikte dauerhaft überwinden und gemeinsame Aktionsformen realisieren. Nach und nach zeigte sich, dass das von Marx eingeforderte Streben nach »politischer Macht« immer schwerer mit dem Anspruch der Organisation in Einklang zu bringen war. Nach dem Ausbleiben der von beiden Theoretikern erwarteten »revolutionären Umwälzungen« blieb den sozialistischen Parteien nichts anderes übrig, als sich den Gegebenheiten anzupassen und sich auch auf nationaler Ebene stärker zu profilieren.²³ Dies galt umso mehr, als die globalen Solidaritätsbekundungen mit der Pariser Kommune in

¹⁹ Hierbei muss sicherlich betont werden, dass der von Marx und Engels skizzierte »Internationalismus« kein genuin sozialistischer Terminus war. Das Bild vom »Konzert der Völker«, »in dem jede Nation frei ihre eigene spezifische Stimme besitzt, aber nicht zum Herrn über die andere sich erhebt«, wurde schon von Gottfried Johann Herder im 18. Jahrhundert gezeichnet und in das Konzept eines bürgerlich-intellektuellen Internationalismus integriert. »Internationalismus« war dementsprechend keine sozialistische Glaubensform – auch wenn sich die Mitglieder der IAA Mühe gaben, eine entsprechende Umdeutung zu erreichen. D. KRAMER, Internationalismus in den deutschen Arbeiterkultur-Organisationen: Eine Problemskizze; in: F. VAN HOTHOOON / M. VAN DER LINDEN (Hrsg.), Internationalism in the Labour Movement, 1830–1940, Bd. 2, 1988, S. 217–232.

²⁰ »*Politische Macht zu erobern ist [...] die große Pflicht der Arbeiterklassen. [...] Die vergangene Erfahrung hat gezeigt, wie Mißachtung des Bandes der Brüderlichkeit [...] stets gezüchtigt wird durch die gemeinschaftliche Vereitelung ihrer zusammenhangslosen Versuche. Es war dies Bewusstsein, das die Arbeiter verschiedener Länder, versammelt am 28. September 1864 in dem öffentlichen Meeting zu St. Martin's Hall London, ansprach zur Stiftung der Internationalen Assoziation.*« K. MARX, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation; in: MEW, Bd. 16, S. 12 f.

²¹ DERS., Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation; in: ebd., S. 15.

²² Ebd., S. 15 f.

²³ H. MOMMSEN, Arbeiterbewegung und nationale Frage, 1979, S. 50 ff.

vielen Ländern dazu führte, dass die sozialistischen Parteien verstärkt staatlichen Repressionen ausgesetzt wurden. Die Erfahrung, dass ein uneingeschränkter Internationalismus negative Folgen für die Partei auf nationalstaatlicher Ebene haben konnte, führte partiell zu einem Umdenken im Lager der Sozialisten und zum Aufstieg reformistischer Kräfte.

Erschwerend hinzu kam, dass im Jahre 1872 der letzte Kongress der Ersten Internationale tagte. Die Auseinandersetzung zwischen Anarchisten und Marxisten hatte erst zur Krise der Internationale und letztlich zur Zersplitterung der Arbeiterassoziation geführt.²⁴ Noch gab es keine gut organisierten, aktiven Arbeiterparteien, die das Rückgrat der Organisation, sowohl finanziell als auch ideell, bilden konnten. In Folge dessen kam es 1876 zur endgültigen Auflösung der von Marx nachhaltig geprägten Internationalen Arbeiterassoziation.²⁵ Die Gründung der Zweiten Internationale sollte erst im Jahre 1889 erfolgen, so dass der internationale Sozialismus mehr als ein Jahrzehnt ohne seine »Internationale Agentur« auskommen musste. Diese scheiterte nicht zuletzt an ihren übertitelten Vorstellungen einer »proletarischen Solidarität«.

In der Folgezeit war die internationale Solidarität der Arbeiterklasse länderübergreifend ein fester Bestandteil der sozialistischen Programmatik: Die Nachfolgeorganisationen verstanden sich dezidiert als Erbe der Arbeiterassoziation und setzten ihre Politik fort. Die Präambel mochte verändert und den Gegebenheiten angepasst werden, doch das Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus, die Bereitschaft und der Aufruf zur grenzüberschreitenden Kooperation blieben stets als Grundkonstituenten erhalten. Hierbei wurde der Begriff »sozialistischer Internationalismus« vor allen Dingen als »Gesinnungsgemeinschaft«, als »internationale Agentur der Arbeiterklasse« definiert, die kurz gesagt zwei Funktionen erfüllen sollte: 1. Informationsaustausch zwischen den assoziierten Parteien; 2. Sofortige praktische Hilfe in Krisen- bzw. Notsituationen. Gedanklicher Kern des Manifests war das »Band der Brüderlichkeit«, welches über nationale Grenzen hinweg wirken sollte.

Allerdings wurde mit keiner Silbe erwähnt, wie die erwähnten »Hilfeleistungen« konkret auszusehen hatten, geschweige denn, wie man die nationalen Verwurzelungen der einzelnen Organisationen zu lösen vermochte, die dem proletarischen Internationalismus diametral entgegenstehen mussten. Damit war der Internationalismus sozialistischer Prägung nicht mehr als ein geistiges Provisorium, das mehr von sei-

²⁴ Diese ergaben sich bereits aus der Tatsache, dass die Mehrheit der Mitglieder der Internationale keine Marxisten waren. Die von Karl Marx formulierte Präambel wurde zwar akzeptiert, jedoch bedeutete dies keineswegs, dass all die vorhandenen Probleme und Meinungsverschiedenheiten plötzlich gelöst waren. Es gab »Vertreter des anti-politischen Genossenschaftssozialismus, Vertreter reformistischer, syndikalistischer, revolutionärer, anarchistischer und utopischer Ideologien, Proudhonisten, Fourieristen, Cabetisten, Banquisten, Bakunisten Marxisten – ein Chaos einander vielfach widerstreitender Ideen.« In den ersten Jahren gab es vor allem eine Auseinandersetzung zwischen Marxisten und Proudhonisten, später zwischen Marxisten und Anarchisten. J. BRAUNTHAL, *Geschichte der Internationale*, 1961, Bd. 1, S. 135.

²⁵ Vgl. A. KRIEDEL, *Les internationaux ouvrières*, 1966, S. 25.

nem utopischen Entwurf einer weltumspannenden Arbeiterorganisation lebte, denn von konkreten Vorschlägen zur Umsetzung. Der »Mythos Internationale« für sich genommen war folglich wesentlich bedeutsamer als die IAA und ihre Nachfolgorganisationen: Die Erste Internationale scheiterte, aber die Vision, das Konzept einer »internationalen Agentur der Arbeiterklasse«, die auszog, um sich von den Ketten des imperialistischen Zeitgeistes zu befreien, lebte fort.

Karl Marx und Friedrich Engels reagierten auf das Scheitern der IAA mit einer Modifikation ihres Theoriegebäudes: Die Gründung einer neuen Internationale sollte erst nach der Schaffung »nationaler Arbeiterorganisationen« erfolgen, so das neue Fazit der beiden Philosophen. Damit wurde der »nationale Nihilismus«, der die frühen Texte der beiden Theoretiker auszeichnete, klar und deutlich abgelehnt, die Originalität eines »sozialistischen« Internationalismus also zumindest partiell dekonstruiert.²⁶ Die Abwandlung der eigenen Theorie steht exemplarisch dafür, dass eine exakte Definition dessen, was gemeinhin unter einer »transnationalen Solidarität« verstanden wird, kaum möglich ist. So wie es zu keinem Zeitpunkt eine einheitliche Definition des Begriffes »Sozialismus« gab,²⁷ darf getrost davon ausgegangen werden, dass die Vorstellung eines »proletarischen Internationalismus« primär als Mythos in den Köpfen der Zeitgenossen kursierte – ohne dass es dabei eine gemeinsame Vorstellung davon gab, wie die Konkretion des Marxschen Dogmas, also der grenzüberschreitende Kampf der Arbeiterklasse, in der praktischen Ausgestaltung aussehen sollte.

Mit Hilfe der Dekonstruktion einer universalen proletarischen Solidarität soll der Blick vor allem auf den wesentlichen Punkt gelenkt werden, der eine Bewertung des transnationalen Sozialismus ausmacht: Der praktischen Zusammenarbeit der sozialistischen Politiker.

Es ist müßig darüber zu diskutieren, ob der pro-kolonialistische Kurs der Zweiten Internationale im Vorfeld des Ersten Weltkriegs einen Bruch mit dem »Idealbild« eines proletarischen Internationalismus implizierte.²⁸ Gleiches gilt für die Frage, ob die Kriegspolitik von SPD, SFIO und Labour Party während des Ersten Weltkriegs sowie die Befürwortung der Wilsonschen Friedenspolitik²⁹ im Anschluss hieran

²⁶ D. KRAMER, Internationalismus in den deutschen Arbeiterkultur-Organisationen: Eine Problemskizze; in: F. VAN HOTHOOEN / M. VAN DER LINDEN (Hrsg.), Internationalism in the Labour Movement, 1830–1940, Bd. 2, 1988, S. 217–232; hier: S. 225 ff.

²⁷ Hierzu: T. MEYER / K.-H. KLÄR / S. MILLER / K. NOVY / H. TIMMERMANN (Hrsg.), Lexikon des Sozialismus, 1986, S. 275.

²⁸ In diesem Kontext stellt Dieter Kramer die provokante These auf, der pro-kolonialistische Kurs der Zweiten Internationale sei ebenfalls eine Form des Internationalismus gewesen. D. KRAMER, Internationalismus in den deutschen Arbeiterkultur-Organisationen: Eine Problemskizze; in: F. VAN HOTHOOEN / M. VAN DER LINDEN (Hrsg.), Internationalism in the Labour Movement, 1830–1940, Bd. 2, 1988, S. 217–232; hier: S. 222 ff.

²⁹ Die Zustimmung zur Wilsonschen Friedenspolitik wird häufig als erster Schritt in Richtung einer reformistischen Außenpolitik interpretiert, die auf dem Zweiten Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Marseille final zu einem Kurswechsel innerhalb der sozialistischen Außenpolitik

überhaupt noch mit der »sozialistischen Idee« in Einklang standen – oder bereits Belege für einen wachsenden Nationalismus waren. Viel entscheidender als diese unscharfe, ideologiezentrische Perspektive sind die Art und Weise, wie Zusammenarbeit perzipiert und organisiert wurde sowie die Beweggründe, die das Handeln der Parteien in diesen Zeitabschnitten bestimmten, im stetigen Bemühen um eine Mehrwert stiftende grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Eben diese Aspekte werden im Folgenden, beginnend mit der Geschichte der Zweiten Internationale – von 1889 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges –, im Fokus der Dissertation stehen.

führte. H. LADEMACHER, Kosmopolitismus, Solidarität und Nation; in: F. VAN HOTHON / M. VAN DER LINDEN (Hrsg.), *Internationalism in the Labour Movement, 1830–1940*, Bd. 2, 1988, S. 371–391; hier: S. 383; Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1974, S. 264.

Erstes Kapitel

Die Internationale und der Krieg: Transnationale Kooperation des Parteidreiecks, 1914–1923

1. Vorgeschichte:

Sozialistischer Internationalismus vor dem Ersten Weltkrieg, 1889–1914

Das Scheitern der Zweiten Internationale im Jahre 1914 hatte maßgeblichen Einfluss auf die Konstituierung ihrer Nachfolgerorganisation, der 1923 gegründeten Sozialistischen Arbeiterinternationale. Dieser Aspekt ist umso stärker zu betonen, als die für die Zwischenkriegszeit maßgeblichen Akteure ihre politische Arbeit en gros bereits *vor* dem Ersten Weltkrieg aufnahmen und die Geschicke ihrer Organisationen federführend mitbestimmten. Aus diesem Grund wird die Geschichte der Zweiten Internationale (1889–1914), unter besonderer Berücksichtigung der *praktischen* Zusammenarbeit des Parteidreiecks, in verkürzter Form in die Analyse integriert werden. Zentraler Bestandteil des Kapitels ist hierbei die Beziehung zwischen den beiden dominierenden Parteien, SPD und SFIO, deren kontroverse Diskussionen über mögliche Kriegsverhütungsstrategien die Arbeiterbewegung polarisierten: Während die SFIO insbesondere nach der ersten Marokko-Krise entschieden für den Generalstreik als »letzte Waffe« der Proletarier gegen den Kriegsausbruch plädierte, sträubte sich die SPD mit allen Mitteln gegen diese Maßnahme.

1.1. *Die Geschichte der Zweiten Internationale, 1889–1904*

Die Gründung der Zweiten Internationale hätte symbolträchtiger nicht sein können: Die Eröffnungssitzung fand am 14. Juli 1889 in Paris statt, am hundertsten Jahrestag der Erstürmung der Bastille.¹ Die Sitzung des internationalen Gründungskongresses wurde von dem frankophilen deutschen Sozialisten Wilhelm Liebknecht² sowie dem Franzosen Edouard Vaillant geleitet, um ein »Zeugnis des Brüderbundes« abzulegen, das »*die Sozialisten Deutschlands und Frankreichs vereinigt*«. ³ Allein, der unter »stürmischem Beifall«⁴ vollzogene, »historische« Schulterschluss zwischen den beiden bedeutendsten Arbeiterorganisationen Europas war mindestens ebenso spontan ins Leben gerufen worden, wie der Gründungskongress der Internationale selbst:

¹ Protokoll des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Paris, abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889; in: Kongress-Protokolle der Zweiten Internationale, Bd. 1, Paris 1889 – Amsterdam 1904, 1975, S. 2.

² Liebknecht hatte sich gemeinsam mit Bebel vehement gegen den deutsch-französischen Krieg 1871 ausgesprochen. Diese Ablehnung brachte ihnen große Sympathie in der Internationale, vor allem aber innerhalb der SFIO ein. Vgl. E. KOLB, *Der Weg aus dem Krieg*, 1989, S. 195–201.

³ Protokolle der Zweiten Internationale, Bd. 1, Paris 1889 – Amsterdam 1904, 1975, S. 2.

⁴ Ebd.

Faktisch hatte die Zweite Internationale zum Zeitpunkt ihrer Gründung keine zentrale Leitinstanz, kein Konzept, kein Sekretariat, keine Statuten – noch nicht einmal der Name stand fest.⁵ Insofern mutet es fast schon komödiantisch an, wenn Wilhelm Liebknecht ein Jahr später in der edierten Ausgabe des Kongresses konstatierte, dass der Internationale Arbeiterkongress zu Paris »der größte Kulturtriumph und die größte Kulturtat des 19. Jahrhunderts war«.⁶

Immerhin sollte sich zumindest eine Maßnahme der Internationale in das kollektive Gedächtnis der Arbeiter einpflanzen: Der Beschluss, am 1. Mai 1890 »eine große internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen«.⁷

Die »den Erdkreis umspannende Aktion des Weltproletariats«⁸ fand in Deutschland allerdings nicht am 1. Mai 1890, sondern, anders als zum Beispiel in Frankreich und Österreich, erst am darauffolgenden Sonntag statt. Die SPD-Führung hatte es aus Furcht vor staatlichen Restriktionen sowie drakonischen Lohnkürzungen für die Arbeiterschaft abgelehnt, die Arbeiter am Maitag 1890 zur Arbeitsruhe aufzurufen.⁹ Auf Initiative der SPD wurde auf dem nachfolgenden Brüsseler Kongress 1891 zu diesem Zweck die ursprünglich vorgeschlagene Resolution verändert, insofern der erste Mai nur dann ein gemeinsamer Fest- und Ruhetag sein könne, wenn dies durch die Umstände in den einzelnen Ländern nicht verhindert werde.¹⁰ Der österreichische Sozialist Victor Adler echauffierte sich daher auf dem Züricher Arbeiterkongress 1893 nicht zu Unrecht über das Verhalten der Deutschen und warf der SPD¹¹ eine unnötige Banalisierung des Ersten-Mai-Gedankens vor.¹²

⁵ »Zweite Internationale« wurde die Organisation von Zeitungen und Historikern genannt. Erst dadurch kam die Organisation zu ihrem heutigen Namen. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1961, Bd. 1, S. 251.

⁶ Protokolle der Zweiten Internationale, Bd. 1, Paris 1889 – Amsterdam 1904, 1975, S. V.

⁷ Ebd., S. 123.

⁸ Liebknecht bemerkte hierzu, ebenfalls im Vorwort der editierten Ausgabe: »Daß es kein Strohfeuer war, was auf dem Kongreß loderte, das hat der 1. Mai dieses Jahres bewiesen, – die erste gewaltige, den Erdkreis umspannende Aktion des Weltproletariats [...]« Ebd.

⁹ Vgl. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1961, Bd. 1, S. 254 ff.

¹⁰ Internationaler Sozialisten-Kongress zu Brüssel, 16.–22. August 1891; in: Protokolle der Zweiten Internationale, Bd. 1, Paris 1889 – Amsterdam 1904, 1975, S. 33.

¹¹ August Bebel zum Vorwurf, die SPD drücke sich am Maitag vor ihrer Verantwortung: »Tausende von Arbeiter werden existenzlos, auf die Straße geworfen; andere werden wegen Kontraktbruch gerichtlich bestraft. [Zuruf der Österreicher: auch bei uns!] Und nach einem Gesetz aus dem Jahre 1891, das geradezu für diesen Zweck ausgearbeitet worden, werden Tausende von deutschen Arbeitern noch dazu mit dem Verlust eines ganzen Wochenlohns bestraft.« Protokoll des internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in der Tonhalle Zürich vom 6. bis 12. August 1893; in: Protokolle der Zweiten Internationale, Bd. 1, Paris 1889 – Amsterdam 1904, 1975, S. 34.

¹² Hierzu: ebd., S. 31 ff.; S. MILLER, Die SPD und die Zweite Internationale; in: K. SCHÖNHOFEN / D. STARITZ, Sozialismus und Kommunismus im Wandel, 1993, S. 136–152; hier: S. 138.

Kennzeichnend für die deutsche Sozialdemokratie, die gemeinsam mit der SFIO von 1889 bis 1914 die dominierende Partei innerhalb der Zweiten Internationale darstellte, war einerseits ihr theoretischer Marxismus sowie andererseits ihr »revolutionärer Attentismus«¹³ – was sich beispielhaft an der Diskussion über die Maikundgebungen manifestierte.¹⁴ Innerparteilich wurde dieser offensichtliche Widerspruch zur Sprache gebracht, als der bayerische Sozialistenführer Georg von Vollmar am 1. 6. und 6. 7. 1891 im Münchner »Eldorado«-Saal für eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien plädierte, gegen die überwiegend marxistisch geprägte Parteiführung agitierte und mit den revolutionären Phantastereien führender Parteideologen abrechnete.¹⁵ Auf dem Hannoveraner Parteitag 1899 kam es infolgedessen zum sogenannten »Revisionismusstreit«, als die reformorientierten Kräfte um Eduard Bernstein eine radikale Änderung des revolutionären Teils des Parteiprogrammes zugunsten einer Politik demokratischer Reformen durchsetzen wollten. Binnen kürzester Zeit wurde das Werk Bernsteins,¹⁶ das innerhalb der SPD strikt abgelehnt wurde, auch im Ausland rezipiert und spaltete die Internationale in Befürworter und Gegner.¹⁷

Die politische Strategie der deutschen Sozialdemokratie war nach 1890 vor allem auf die Eroberung politischer Macht in Form von Wählerstimmen ausgerichtet, um

¹³ Die These des »revolutionären Attentismus« der SPD – politischer Immobilismus, Widerspruch zwischen Theorie und Praxis – darf in der Geschichtswissenschaft durchaus als konsensfähig gelten, wenn auch die langfristigen Folgen der sozialdemokratischen »Stillhaltepolitik«, die Dieter Groh in Folge seiner sozialpsychologischen Analyse als »Fatum« (das die Partei zum Burgfriedenschluss führte) interpretiert, umstritten sind. D. GROH, Negative Integration und revolutionärer Attentismus, 1974, S. 58 f.; kritisch hierzu: Diskussionsbericht; in: Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, 1974, S. 134–149; hier: S. 139–143.

¹⁴ S. MILLER, Die SPD und die Zweite Internationale; in: K. SCHÖNHOFEN / D. STARITZ, Sozialismus und Kommunismus im Wandel, 1993, S. 136–152; hier: S. 138.

¹⁵ Von Vollmars Protest blieb jedoch weitestgehend erfolglos: Im Oktober 1891 wurde auf dem Erfurter Parteitag ein Programm verabschiedet, das den Gegensatz zwischen Arbeiterbewegung und Staat zementierte und die Zugehörigkeit zur Nation negierte. Es war ein Plädoyer für den proletarischen Internationalismus und zugleich gegen den Sozialismus Lassallescher Prägung, der seine politischen Überzeugungen sehr eng mit der deutschen Nationalbewegung verknüpfte. H. MOMMSEN, Arbeiterbewegung und nationale Frage, 1979, S. 49; T. WELSKOPP, Das Banner der Brüderlichkeit, 2000, S. 523; H.-U. WEHLER, Sozialdemokratie und Nationalstaat, 1971, S. 34 f.; hierzu auch: B. MEURER, Bürgerliche Kultur und Sozialdemokratie, 1988; M. LEMKE, Republikanischer Sozialismus, 2008, S. 48 ff.; H.-J. STEINBERG, Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes; in: H. MOMMSEN (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, 1974, S. 52–61; hier: S. 54.

¹⁶ Bernsteins 1899 veröffentlichtes Werk »Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie« machte sich zum Ziel, die – seiner Ansicht nach – überholte revolutionäre Phraseologie ad acta zu legen, sich bürgerlich-liberalen Kreisen gegenüber zu öffnen und damit an die liberalistische Tradition der Sozialdemokratie anzuknüpfen. Bernstein war der Auffassung, dass der Liberalismus ein legitimer Erbe des Sozialismus sei. Grundlegend zur Revisionismusdebatte: E. BERNSTEIN, Aus den Jahren meines Exils (Völker zu Hause), 1918; F. L. CARSTEN, Eduard Bernstein 1850–1932 – eine politische Biographie, 1993.

¹⁷ Vgl. A. KRIEDEL, Die II. Internationale (1889–1914); in: J. DROZ (Hrsg.), Sozialismus, Zweite Internationale und Erster Weltkrieg, Band IX., S. 7–44; hier: S. 25 ff.

in naher Zukunft die Mehrheit im Parlament zu erringen.¹⁸ Aus diesem Grund plädierte die Führung der SPD auch auf internationaler Ebene – genauer: auf dem Londoner Kongress der Internationale 1896 – entschieden für eine Beteiligung der Arbeiter an Wahlen und für die Ausnutzung von Gesetzgebungsprozessen zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen.¹⁹ Deshalb wurde in London auf Initiative der SPD (fast einstimmig) eine Resolution verabschiedet, die den politischen Kampf auf nationaler Ebene als einen der wesentlichen Punkte sozialistischer Agitation definierte.²⁰

Der Pariser Anarchist und Syndikalist Joseph Tortelier sprach sich auf dem Londoner Kongress vehement gegen diese Definition der »politischen Aktion« aus und konstatierte, dass Parlamentarier nichts weiter als »Ehrgeizige« seien, die ihre Versprechen nicht einlösten. Ihm entgegnete Jean Jaurès mit großem Pathos, dass die sozialistische Kammerfraktion in Frankreich ein Garant wider die Reaktion sei im Kampf um wirtschaftliche und sozialpolitische Reformen.²¹ Die Beteiligung an nationalen Wahlen war also, wenn man so möchte, ein Allgemeinplatz wider anarchisistische Elemente für französische und deutsche Sozialisten, die sich längst darüber im Klaren waren, dass die in theoretischen Betrachtungen oft verpönte nationale Ebene nicht ohne Weiteres ignoriert werden konnte.

Der engagierte Auftritt von Jaurès, der konzeptionell einen evolutionären Sozialismus – den schrittweisen Übergang von Kapitalismus zu Sozialismus – vertrat und sich für eine Politik demokratischer Reformen aussprach, kann kaum darüber hinwegtäuschen, dass die französische Bewegung in dieser Zeit höchst disparat war. Insgesamt sechs Strömungen stritten untereinander um den Führungsanspruch, ohne dass eine Zusammenführung der Gruppierungen in Sicht war.²² Erschwert wurden die insbesondere von Jaurès forcierten Einheitsbestrebungen durch die Drey-

¹⁸ Als direkte Reaktion auf die reformistische Bewegung entwickelte Friedrich Engels Mitte der 1890er Jahre die Taktik des »revolutionären Parlamentarismus«: Ziel der Sozialdemokratie sei es, die Mehrheit im Parlament zu erringen, das ostelbische Landproletariat von der sozialistischen Idee zu überzeugen und, sobald die SPD die politische Herrschaft in Deutschland errungen habe, mit der »Revolution« zu beginnen. B. NEFF, »Wir wollen keine Paradedruppen, wir wollen eine Kriegstruppe« ... Die reformorientierte Militärkritik der SPD unter Wilhelm II. 1890–1913, 2004, S. 60 f.; H.-J. STEINBERG, Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes; in: H. MOMMSEN (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, 1974, S. 52–61; hier: S. 55 f.; hierzu auch: D. GROH, Negative Integration und revolutionärer Attentismus, 1974, S. 67.

¹⁹ J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1961, Bd. 1, S. 259 ff.

²⁰ Dabei wurde die »politische Aktion« wie folgt definiert: »Der Kongreß versteht unter politischer Aktion alle Formen des organisierten Kampfes zur Eroberung der politischen Macht und die Ausnutzung der Gesetzgebungs- und Verwaltungseinrichtungen in Staat und Gemeinde durch die Arbeiterklasse zum Zwecke ihrer Emanzipation.« Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses zu London vom 27. Juli bis 1. August 1896. Berlin, Vorwärts, 1896, S. 19.

²¹ Ähnlich äußerte sich auch der Fabier Steadman, der den Antrag unterstützte. Ebd., S. 18 f.

²² Nicht zuletzt deshalb war die deutsche Sozialdemokratie auch innerhalb der Internationale die tonangebende Partei, was sich erst nach der Zusammenführung der verschiedenen französischen Einzelparteien und der Gründung der SFIO im Jahre 1905 ändern sollte.

fus-Affäre,²³ aber auch durch den reformistischen »cas Millerand«,²⁴ der schon bald grenzüberschreitend für Diskussionen innerhalb der Arbeiterbewegung sorgte: Am 29. Juni 1889 wurde der Sozialist Alexandre Millerand in die bürgerliche Regierung von Premierminister Pierre Waldeck-Rousseau berufen, wo er das Ministerium für Handel und Industrie übernahm.²⁵ Jaurès unterstützte Millerand,²⁶ da er befürchtete, dass die Republik kurz vor einem monarchistischen Umsturz stehe, während Guesdisten²⁷ und Blanquisten²⁸ die Entscheidung massiv kritisierten und ein Manifest erließen, in dem sie sich von jeglicher Verantwortung freisprachen.²⁹

Da die Diskussionen über den »cas Millerand« die jeweiligen Landesgrenzen weit überschritten, beschäftigten sich auch die internationalen Sozialistenkongresse mit der Frage der politischen Machteroberung. Karl Kautsky, erklärter Revisionismus-Gegner und einer der profiliertesten Marx-Adepten, wurde damit beauftragt, den vorherrschenden Streit zu schlichten und einen überzeugenden Kompromiss zu formulieren.³⁰ In seinem Antrag, den er 1904 auf dem Amsterdamer Sozialistenkongress präsentierte, sprach sich Kautsky dezidiert gegen den Eintritt sozialistischer Abgeordneter in eine bürgerliche Regierung aus. Doch wurde in einem Nachsatz eine wichtige Einschränkung gemacht: Unter bestimmten Umständen, einer Notlage beispielsweise, die rasches Handeln erforderlich mache, sei es sozialistischen Abgeordneten gestattet, in eine bürgerliche Regierung einzutreten.³¹ Ergo kann es nicht überraschen, dass die Vorlage Kautskys als »Gummiantrag« in die Geschichte des

²³ Aufseiten der französischen Sozialisten beteiligte sich vor allem Jean Jaurès an den Protesten, was bei den konkurrierenden Arbeiterführern, namentlich Jules Guesde und Edouard Vaillant, Unmut hervorrief. Zur Dreyfus-Affäre: D. BERING, Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes, 1982, S. 33 f.; J. JURT, Die Tradition der engagierten Intellektuellen in Frankreich; in: DERS. (Hrsg.), Intellektuelle – Elite – Führungskräfte und Bildungswesen in Frankreich und Deutschland, 2004, S. 33–58, hier: S. 33 ff.

²⁴ G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 74 f.

²⁵ Hintergrund dieses Angebotes war das Begehren von Pierre Waldeck-Rousseau, die Dreyfus-Affäre zu entschärfen, indem ein sozialistischer Minister Teil des Kabinetts werde. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1961, Bd. 1, S. 264; G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 76 f.

²⁶ Grund für die Unterstützung war zudem, dass Millerand in den Jahren zuvor ein entscheidender Förderer von Jaurès gewesen war. C. BLOCH, Die dritte französische Republik, 1972, S. 180 ff.

²⁷ Jules Bazire, genannt Guesde, hatte auf der Seite der Pariser Commune gekämpft und kam im Exil vor allem mit deutschen Sozialisten, insbesondere Marx und Engels, in Berührung. Gemeinsam arbeiteten sie das Programm für die 1879 gegründete »Fédération du Parti des Travailleurs Socialistes de France« aus. Ebd., S. 173 ff. Hierzu auch: S. BERNSTEIN, Jules Guesde, Pioneer of Marxism in France; in: Science and Society, Bd. 4, 1940, S. 29–56.

²⁸ Der auf Louis-August Blanqui zurückgehende »Blanquismus« fußt auf der Idee, eine kleine, fest organisierte und verschworene Gruppe könne »von oben«, d.h. ohne eine entsprechende Massenbasis, eine revolutionäre Umwälzung einleiten. In Frankreich waren vor allem Emile Eudes sowie Edouard Vaillant wichtige Protagonisten der »Blanquisten«. Im Jahr 1905 gehörte Vaillant zu den wichtigsten Gründungsmitgliedern der SFIO. J. Droz, Einfluss der deutschen Sozialdemokratie auf den französischen Sozialismus, 1973, S. 8.

²⁹ J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1961, Bd. 1, S. 264 f.

³⁰ S. MILLER, Die SPD und die Zweite Internationale; in: K. SCHÖNHOFEN / D. STARITZ, Sozialismus und Kommunismus im Wandel, 1993, S. 136–152; hier: S. 140.

³¹ J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1961, Bd. 1, S. 267 ff.

Sozialismus einging, da er rein faktisch einen faulen Kompromiss zwischen reformistischen und revolutionären Strategien formulierte, der eine endgültige Klärung des Sachverhaltes elegant umschiffte.³² Implizit war bereits zur Jahrhundertwende klar, dass die Arbeiterbewegung Schritt für Schritt dem reformistischen Pfad näherkam.

Der eigentliche Kern des Amsterdamer Kongresses war jedoch nicht die resolute Ablehnung des Reformismus selbst, sondern das Rededuell zwischen dem Reformisten Jean Jaurès und dem Marxisten August Bebel, das die grundsätzlichen Konflikte zwischen beiden Strömungen, Reformismus und Marxismus, sehr gut widerspiegelte. Für den Sozialistenführer Jaurès waren Prinzipien wie Gerechtigkeit universaler Natur und genau deshalb weigerte er sich, die Sozialisten aufgrund von klassenkämpferischen Postulaten von ihrer emanzipatorischen Verantwortung zu befreien.³³ Folglich kann es nicht überraschen, dass Jaurès den revolutionären Attentismus der SPD zutiefst ablehnte und sich vehement gegen die Stillhaltetaktik der deutschen Sozialdemokratie aussprach.³⁴ In seiner Rede warf er der deutschen Partei vor, in der letzten Wahl triumphal drei Millionen Stimmen gewonnen zu haben, ohne auch nur ansatzweise politischen Einfluss ausüben zu können. Daraus schloss er, dass der deutschen Arbeiterklasse, der Speerspitze des Marxismus, die revolutionäre Tradition fehle, was sich nicht zuletzt daran bemerkbar mache, dass die SPD das Wahlrecht »von oben« bekommen habe und es sich gleichfalls »von oben« wieder nehmen lasse.³⁵

³² Internationaler Sozialistenkongress zu Amsterdam, 14. bis 20. August 1904; in: Kongress-Protokolle der Zweiten Internationale, Bd. 1, Paris 1889-Amsterdam 1904, 1975, S. 31; Hierzu auch: A. KRIEGL, Die II. Internationale (1889–1914); in: J. DROZ (Hrsg.), Sozialismus, Zweite Internationale und Erster Weltkrieg, Band IX., S. 7–44; hier: S. 28f.

³³ D. GROH, Jean Jaurès und die deutsche Sozialdemokratie; in: U. BRUMMERT (Hrsg.), Jean Jaurès. Frankreich, Deutschland und die Zweite Internationale am Vorabend des Ersten Weltkrieges, 1989, S. 1–17; hier: S. 11.

³⁴ An Bebel gewandt, auf den Wahlerfolg vom Mai 1903 Bezug nehmend, als die SPD 3 Millionen Stimmen auf sich vereinen konnte: *»Ihr habt in euren Blättern ausgerufen: Unser das Reich! Unser die Welt! Nein, das Reich ist nicht euer, ihr seid nicht einmal so sicher, daß ihr in eurer Hauptstadt dem internationalen Sozialismus Gastrecht gewähren könntet (Beifall). [...] Ihr habt die Tatsachen geprüft, befühlt, belauert – aber die Geister waren noch nicht reif. Und da habt ihr vor eurem eigenen Proletariat, vor dem internationalen Proletariat, eure Obnmacht, zu handeln, hinter die Intransigenz theoretischer Formeln verbüllt, die euer ausgezeichnete Genosse Kautsky euch bis an sein Lebensende liefern wird (Beifall und Heiterkeit). [...]«* Internationaler Sozialistenkongress zu Amsterdam, 14. bis 20. August 1904; in: Kongress-Protokolle der Zweiten Internationale, Bd. 1, Paris 1889-Amsterdam 1904, 1975, S. 39.

³⁵ Bezugspunkt dieser Ausführungen war das Königreich Sachsen, in dem die SPD 22 von 23 Wahlkreisen bei der Reichstagswahl 1903 gewinnen konnte. Infolgedessen wurde der Partei das Wahlrecht entzogen, was die SPD, nach Ansicht von Jaurès, leichtfertig hingenommen habe. *»Es hat im deutschen Proletariat Beispiele bewundernswürdiger Hingebung gegeben. Aber es hat in seiner Geschichte keine revolutionäre Tradition. Es hat sich das allgemeine Wahlrecht nicht auf den Barrikaden erobert. Es hat es von oben bekommen. Und wenn man nicht daran denken kann, es denen zu entreißen, die es sich selbst erobert haben, weil sie es leicht zurückerobern können, kann man dagegen wohl daran denken, von oben zu nehmen, was man von oben gegeben hat. Und ihr könnt keine Sicherheit dagegen geben, ihr, die ihr gesehen habt, wie euer rotes Königreich, euer sozialistisches Königreich Sachsen die Fortnahme des allgemeinen Wahlrechts ohne Widerstand über sich ergehen ließ.«* Internationaler Sozialistenkongress zu Amsterdam, 14. bis 20. August 1904; in:

Im Verlauf seiner Gegenrede verteidigte August Bebel die Position der SPD und attackierte zugleich die französische Schwesterpartei. Diese sei drauf und dran im Bündnis mit den Bürgerlichen die Arbeiterklasse zu opfern, und das nur um eine französische Republik zu retten, die bei allen demokratischen Errungenschaften im Grunde genauso kapitalistisch wie das deutsche Kaiserreich sei.³⁶ Besonders interessant ist Bebels Stellungnahme zum Vorwurf, die deutsche Arbeiterklasse habe keine revolutionäre Tradition, drei Millionen Wählerstimmen und sei trotzdem machtlos: »Was hat er (Jaurès, *Anm. d. V.*) denn eigentlich von uns nach dem Dreimillionensieg erwartet? Sollen wir etwa die drei Millionen mobil machen und vor das königliche Schloß ziehen, um den Kaiser abzusetzen? [...]«³⁷

Der Versuch des Reformisten Jaurès, den deutschen und den französischen Genossen »citoyenneté«³⁸ und politischen Pragmatismus einzuhauchen,³⁹ darf getrost als gescheitert bezeichnet werden. Am Ende wurde die »Dresdner Resolution«⁴⁰ mit 25 zu 5 Stimmen angenommen. Von den französischen Vertretern hatte die eine Hälfte für, die andere gegen den Antrag gestimmt. Auf die innerparteilichen Einigungsprozess in Frankreich hatte der Disput indes keinen Einfluss mehr: Trotz der anhaltenden Differenzen, insbesondere zwischen Guesdisten und Jaurèssisten, gelang im Jahre 1905 die Vereinigung der sozialistischen Bewegungen in eine französische Arbeiterpartei, die unter dem Namen »Parti Socialiste – Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO)« gegründet wurde.⁴¹

Kongress-Protokolle der Zweiten Internationale, Bd. 1, Paris 1889-Amsterdam 1904, 1975, S. 38; Vgl. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1961, Bd. 1, 1961, S. 288 ff.

³⁶ Vgl. P. WEBER, Gescheiterte Sozialpartnerschaft – gefährdete Republik?, 2010, S. 49 ff.

³⁷ Internationaler Sozialistenkongress zu Amsterdam, 14. bis 20. August 1904; in: Kongress-Protokolle der Zweiten Internationale, Bd. 1, Paris 1889-Amsterdam 1904, 1975, S. 41 ff.

³⁸ Das Verhältnis der französischen Arbeiterbewegung zur Nation, so auch jenes von J. Jaurès, beschreibt Wilfried Loth als weitaus offener, als das bei der deutschen der Fall war. Insbesondere der Französischen Revolution wurde eine Symbolkraft attestiert, die weit über die Landesgrenzen hinausragte. W. LOTH, Sozialismus und Internationalismus, 1977, S. 24; M. WINOCK, Le socialisme en France et en Europe, XIXe-XXe siècle, 1992, S. 368 f.

³⁹ G. KRUMEICH, Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit den militärpolitischen Ideen von Jean Jaurès; in: E. W. HANSEN / G. SCHREIBER / B. WEGNER (Hrsg.), Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit, 1995, S. 63–73; hier: S. 63.

⁴⁰ Zu Beginn des Kongresses hatte der marxistisch geprägte Teil der französischen Sozialisten, die sogenannten »Guesdisten«, dem Kongress eine Resolution unterbreitet, die sich an den Beschlüssen des letzten SPD Parteitag aus dem Jahr 1903 orientierte. In Dresden hatten die deutschen Sozialdemokraten einen Antrag verabschiedet, der sämtliche reformistische Strömungen verurteilte. Dieser (eigentlich deutsche) Beschluss wurde nun vom linken marxistisch-orthodox geprägten Flügel des französischen Sozialismus in die Internationale hincingetragen. Vgl. S. MILLER, Die SPD und die Zweite Internationale; in: K. SCHÖNHOFEN / D. STARITZ, Sozialismus und Kommunismus im Wandel, 1993, S. 136–152; hier: S. 142.

⁴¹ Vgl. C. BLOCH, Die dritte französische Republik, 1972, S. 183; Hierzu auch: A. BERGOUNIOUX / G. GRUNBERG, Le long remords du pouvoir, 1992, S. 64 ff.

1.2. Stuttgarter Kongress 1907: Generalstreik als ultima ratio?

Wichtiger als die theoretischen Auseinandersetzungen auf dem Amsterdamer Kongress waren indes die realpolitischen Ereignisse der Folgezeit: Der Konflikt zwischen dem Dreibund (Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien) und der anglo-französisch-russischen Allianz, der sich unter anderem im Zuge der Ersten Marokkokrise allzu deutlich manifestierte, war allgegenwärtig im disharmonischen Konzert der europäischen Großmächte.⁴²

Vor diesem Hintergrund kann es kaum überraschen, dass der Stuttgarter Kongress der Zweiten Internationale im Jahr 1907 vor allem um die Themen Imperialismus und Krieg kreiste.⁴³ Die stetig wachsende Kriegsgefahr veranlasste die Verantwortlichen dazu, verstärkt über Interventionsmöglichkeiten nachzudenken, wobei ein international koordinierter Generalstreik in den Fokus rückte. Die grundsätzliche Idee dahinter war, dass die Internationale zumindest theoretisch die Macht besitze, Kriege zu verhindern. Eben deshalb wurden auf dem Stuttgarter Kongress das Verhalten der Mitgliedsparteien im Kriegsfall sowie das grundsätzliche Verhältnis zwischen Arbeiterpartei und Staat diskutiert. Tonangebend waren hierbei insbesondere SPD und SFIO, während die Labour Party weitestgehend außen vor blieb. Die englische Arbeiterbewegung war zwar durchaus präsent auf den internationalen Kongressen und stellte beispielsweise in Amsterdam 1904 die meisten Delegierten, jedoch konnte sie bis einschließlich 1908 keinen nennenswerten Einfluss innerhalb der Zweiten Internationale ausüben. Auch auf dem Stuttgarter Kongress war die britische Arbeiterpartei in hoher Zahl zugegen, jedoch wurden die maßgeblichen Entscheidungen von anderen Arbeiterführern getroffen. Ramsay MacDonald konstatierte retrospektiv, dass es demütigend gewesen sei, herauszufinden, dass jede Arbeiterpartei mit Ausnahme der Labour Party die entscheidenden Fragen bereits im Vorfeld intern diskutiert hatte.⁴⁴

Zum Zeitpunkt des Stuttgarter Kongresses fand antimilitaristische Propaganda insbesondere in Frankreich großen Zulauf. Dort propagierte der Publizist und sozialistische Politiker Gustav Hervé die Idee des Generalstreiks sowie der bewaffneten Insurrektion für den Fall einer Kriegserklärung als probates Mittel im Kampf gegen die »imperialistischen« Kriegsbestrebungen.⁴⁵

In Stuttgart kam es genau deshalb erneut zu einem heftigen Disput zwischen französischen und deutschen Sozialisten, da sich August Bebel stellvertretend für die SPD sowohl gegen die Resolution Hervé, der seinen »Antipatriotismus« auch

⁴² Vgl. G. KRUMEICH, Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg, 1980; für die SPD, siehe: B. NEFF, »Wir wollen keine Paradetruppen, wir wollen eine Kriegstruppe« ... Die reformorientierte Militärkritik der SPD unter Wilhelm II. 1890–1913, 2004.

⁴³ J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1961, Bd. 1, S. 341ff.

⁴⁴ S. BERGER, Ungleiche Schwestern?, 1997, S. 261; hierzu auch: D. J. NEWTON, British Labour, European socialism and the struggle for peace 1889–1914, 1985, S. 167.

⁴⁵ Hervés Grundgedanke lautete, der Arbeiter habe kein Vaterland und sei deshalb von allen patriotischen Pflichten befreit. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1961, Bd. 1, S. 333f.

innerhalb der Internationale umsetzen wollte, als auch gegen die wesentlich moderatere Resolution Jaurès-Vaillant⁴⁶ aussprach.

Die Ablehnung der Hervéschen Resolution begründete Bebel unter anderem mit dem Prestigeverlust, der in Folge einer Desertion drohe.⁴⁷ Wie in Deutschland die Dinge lägen, sehe man an Karl Liebknecht, dem man die Regierung einen Hochverratsprozess anhängen wolle, obgleich er von Hervés Ideen mittlerweile abgerückt sei.⁴⁸ Überhaupt werde die deutsche Sozialdemokratie sehr genau überwacht – »in den Kreisen der deutschen Militärs und des deutschen Generalstrabs verfolgt man diese Agitation sehr genau« –, weshalb, so Bebel, ein umfassender Generalstreik, eine Umsetzung der französischen Vorschläge, für die SPD in der Praxis nicht durchführbar wäre.⁴⁹ Dies sei aber auch gar nicht nötig, wie der deutsche Arbeiterführer hinzufügte, denn »in den maßgebenden Kreisen Deutschlands will niemand den Krieg, zum guten Teil mit Rücksicht auf die sozialistische Bewegung. Hat doch Fürst Bülow mir selbst gegenüber zugegeben, die Regierungen wüßten, was in einem großen europäischen Krieg für Staat und Gesellschaft auf dem Spiel steht [...]«. ⁵⁰

Nicht nur Gustav Hervé,⁵¹ auch Jean Jaurès warnte die Sozialdemokraten davor, die französische Resolution abzulehnen und damit den »Bankrott der Sozialdemokratie« zu erklären, während »die bürgerliche Welt« ob der zahlreichen Vertreter auf dem internationalen Kongress zu Stuttgart erzitterte.⁵² Aufgrund der Intervention

⁴⁶ Im französischen Lager war der Generalstreik als politische Waffe auf dem Kongress der französischen Partei in Nancy 1907 lagerübergreifend gebilligt worden. Aus diesem Grund wurde die dazugehörige Resolution »Jaurès-Vaillant« auch auf dem Stuttgarter Kongress der Internationale zur Abstimmung gestellt.

⁴⁷ »Ich weiß nicht, ob die Hervésche Taktik in Frankreich möglich ist. Ich fürchte, man wird in Frankreich böse Erfahrungen machen, wenn im Kriegsfall die Hervéschen Mittel: Waffenstreik, Fabnenflucht der Reservisten und Landwehrmänner und offene Insurrektion in Anwendung kommen sollten.« Internationaler Sozialistenkongress zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907; in: Kongressprotokolle der Zweiten Internationale, Bd. 2, 1975, S. 82.

⁴⁸ Karl Liebknecht war, gemeinsam mit Rosa Luxemburg, einer der wichtigsten Vertreter eines deutschen Antimilitarismus innerhalb der Sozialdemokratie. Ebd., S. 82; Vgl. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1961, Bd. 1, S. 335.

⁴⁹ Ohnehin hielt Bebel es für illusorisch, mit »Waffenstreikspielereien« den zu erwartenden »Massenschlachten« Einhalt zu gebieten. »Bei unserem ersten Aufruf dazu würden wir ausgelacht werden. Was kommen wird, weiß ich nicht, aber ich weiß, daß dieser Krieg wahrscheinlich der letzte sein wird, und daß er die ganze bürgerliche Gesellschaft aufs Spiel setzt. Wir können also nichts tun, als aufklären und Licht in die Köpfe bringen, agitieren und organisieren.« Generell muss betont werden, dass der »große europäische Krieg« in der Vorstellungswelt der deutschen Marxisten kein grundsätzliches Übel darstellte. Der »Kladderadatsch« wurde zumindest in Teilen der Parteiführung als notwendiger Schritt angesehen, um eine neue Gesellschaftsordnung zu begründen. Internationaler Sozialistenkongress zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907; in: Kongressprotokolle der Zweiten Internationale, Bd. 2, 1975, S. 100f.

⁵⁰ Ebd., S. 83.

⁵¹ Gustav Hervé, der direkt auf Bebel antwortete, nahm die Ausführungen des Arbeiterführers mit »Erstaunen und Trauer« zur Kenntnis. Wenn das kleine Marokko angegriffen werde, dann habe die SPD die Größe, von einem »Angriffskrieg« zu sprechen und das Vorgehen der eigenen Regierung zu verurteilen. Wenn nun aber ein Großkrieg zwischen den Mächten ausbreche, dann unterscheide man plötzlich sehr genau zwischen Verteidigungs- und Angriffskrieg. Ebd., S. 83f.

⁵² Ebd., S. 90.

des Franzosen gab sich Bebel schließlich einsichtig und erbrachte den Vorschlag, eine Subkommission einzusetzen, die den Auftrag erhielt, eine neue Resolution zu verabschieden. Schlussendlich wurde ein Kompromiss vereinbart, der den Plan der Franzosen bis zur Unkenntlichkeit entstellte.⁵³

Es ist müßig darüber zu diskutieren, ob der Stuttgarter Kongress 1907 bereits richtungsweisend für das »Versagen« der Internationale im Juli/August 1914 gewesen sei.⁵⁴ Viel wichtiger ist die Erkenntnis, dass die Blockadehaltung der SPD, die einen verpflichtenden Generalstreik strikt ablehnte, in der Praxis dazu führte, dass den Parteien der Internationale im Kriegsfall eine völlige Interpretationsfreiheit in der Wahl ihrer Protestmittel gewährt wurde. Des Weiteren geht aus der Akzeptanz der Landesverteidigung klar hervor, dass die Arbeiter längst ein Vaterland hatten, das sie im Zweifelsfall auch verteidigen sollten.⁵⁵ Zusehends entwickelten die internationalen Sozialisten also eine »doppelte Loyalität«⁵⁶, so dass die Zugehörigkeit zum Nationalstaat, nicht zuletzt aufgrund der konsequenten Anfeindungen von rechts, eine immer größere Bedeutung einnahm. Eine bedingungslose Solidarisierung der Schwesterparteien – über Ländergrenzen hinweg, ohne Rücksicht auf nationale Verpflichtungen – konnte daher nicht viel mehr als ein utopistisches Gedankenspiel sein.

⁵³ Die neue Resolution verzichtete darauf, den Generalstreik explizit zu benennen: »Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern [...]. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten, und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.« Ebd., S. 102.

⁵⁴ Die Historikerin Susanne Miller kommt zu dem Schluss, dass Stuttgart die entscheidende Weiche für das spätere »Scheitern« der Internationale stellte: »Den Zusammenbruch der Internationale nicht auf den August 1914, sondern auf den August 1907 zu datieren, als ihr Kongress in Stuttgart stattfand, wäre sachlich richtig.« S. MILLER, Die SPD und die Zweite Internationale; in: K. SCHÖNHOFEN / D. STARITZ, Sozialismus und Kommunismus im Wandel, 1993, S. 136–152; hier: S. 138 f.; hierzu auch: J. JOLI, The second international 1889–1914, 1974, S. 51 f.; zur Forschungsdiskussion: S. MILLER, Burgfrieden und Klassenkampf, 1974, S. 21; G. HAUPT, Der Kongress fand nicht statt, 1967, S. 27; M.-L. GOERGEN, Les relations entre socialistes allemands et français à l'époque de la Deuxième Internationale, 1998, S. 874.

⁵⁵ Hierzu der schwedische Sozialist Hjalmar Branting auf dem Stuttgarter Kongress: »Wir müssen dem Vertreter des antipatriotischen Gedankens eigentlich dankbar sein, daß er uns Gelegenheit gegeben hat, unsere vollkommene Einmütigkeit darüber zu zeigen, daß Nationalität und Internationalität keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen sind.« Internationaler Sozialistenkongress zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907; in: Kongressprotokolle der Zweiten Internationale, Bd. 2, 1975, S. 102.

⁵⁶ Dieser Begriff geht auf Werner Conze und Dieter Groh zurück und beschreibt – am Beispiel der SPD – die nach 1900 stärker werdende nationale Integration der deutschen Arbeiterbewegung. W. CONZE / D. GROH, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung, 1970.

1.3. Die Internationale vor dem Kriegsausbruch, 1910–1914

Auf dem Kopenhagener Kongress der Internationale, der im Jahre 1910 zusammentraf, wurde erneut über die Frage des Militarismus und der Abrüstung diskutiert. Wiederholt versuchte die SFIO, in Person von Edouard Vaillant – dieses Mal unterstützt vom englischen Sozialisten Keir Hardie –, den Generalstreik als besonders »zweckmäßig« im Sinne der Kriegsverhinderung anzuerkennen.⁵⁷

Demgegenüber bekämpften die deutschen Delegierten die Abänderung der Stuttgarter Resolution, da man den Antrag als zu revolutionär empfand. Stellvertretend für die SPD-Fraktion hatte sich der Parteilinke Georg Ledebour dezidiert gegen den Generalstreik als verpflichtende Maßnahme im Kriegsfall ausgesprochen: Faktisch seien es die Gewerkschaften, die den Streik bei Bergarbeitern, Metallarbeitern, Transportarbeitern und so weiter durchführen müssten. Jedoch gäbe es keine Sicherheit, »daß die Gewerkschaften zur Durchführung des Generalstreiks stark genug sind. Deshalb dürfen sie uns einen solchen Beschluß auch nicht aufzwingen wollen.«⁵⁸

Letztlich wurde die Resolution Vaillant-Hardie zugunsten eines deutlich schwächeren Antrages abgelehnt. Die Stuttgarter Resolution wurde erneut bekräftigt und das Internationale Sozialistische Büro (ISB) mit dem Auftrag versehen, ein einheitliches Vorgehen im Kriegsfall zu gewährleisten. Damit wurden zumindest zwei Sachverhalte deutlich: *Erstens* nahm die SPD nun endgültig eine Blockadehaltung ein, während die SFIO (und seit dem Kopenhagener Kongress auch die Independent Labour Party⁵⁹) krampfhaft versuchte, die deutschen Genossen zum Einlenken zu bringen. *Zweitens* zeigt eine Analyse der Kongressprotokolle, dass sich die verbalen Demarkationslinien innerhalb der Internationale sukzessive verschoben, insofern sich SFIO und Labour Party zusehends verständigten und gegen die SPD agitierten, so dass realpolitische Fragen (Kolonien, Aufrüstung, Militarismus) analog zur öffentlichen Debatte diskutiert wurden.

In den Jahren 1911 bis 1913 zeigte sich beispielhaft, dass die Internationale schlichtweg unfähig war, ein konkretes Grundsatzprogramm zu formulieren, das den jeweiligen Landesparteien praktische Richtlinien im Konfliktfall zur Verfügung gestellt hätte.⁶⁰ Dies lag nicht zuletzt an der SPD, die, wie Georges Haupt konstatiert, als »Großmacht der Internationale« aufgetreten sei, so dass jeder Vorstoß der französi-

⁵⁷ Internationaler Sozialisten-Kongress in Kopenhagen, 28. August bis 3. September 1910; in: Kongressprotokolle der Zweiten Internationale, Bd. 1, 1975, S. 37 f.

⁵⁸ An die britischen Sozialisten gewandt betonte Ledebour zudem, dass kein Arbeitervertreter solche Forderungen aufstellen dürfe, der nicht im eigenen Land alle Kriegsrüstungen ablehne: »Ich bestreite das moralische Recht zur Stellung eines solchen Antrages jedem, der im eigenen Lande jemals das Budget bewilligt. (Beifall und Unruhe). Ich bestreite es daher vor allem den englischen Parteigenossen, die durch die Budgetbewilligung ihren eigenen Machthabern die Waffen in die Hand geben, mit denen sie später Krieg führen könnten. [...]« Ledebours Äußerung ist insofern zutreffend, als ein Teil der britischen Arbeiterbewegung – die Social Democratic Federation – entschieden für den Ausbau der englischen Flotte eintrat. Ebd., S. 33; vgl. G. HAUPT, Der Kongress fand nicht statt, 1967, S. 34.

⁵⁹ Die Independent Labour Party (ILP) war vor 1914 die wichtigste politische Gruppe innerhalb der Labour Party, die regelmäßig an transnationalen Veranstaltungen teilnahm.

⁶⁰ G. HAUPT, Der Kongress fand nicht statt, 1967, S. 34.

schen Schwesterpartei – ob auf Kongressen oder im ISB – »zum Scheitern« verurteilt gewesen wäre.⁶¹ Das Parteiprogramm der deutschen Sozialdemokratie sei auf innenpolitische Fragen, Wahlerfolge sowie die Revision der bestehenden Ordnung fokussiert gewesen – während die Außenpolitik eine zweitrangige Bedeutung eingenommen habe.⁶² Mit in dieses Bild passt, dass die Zweite Marokkokrise Ende Juli 1911 auf Ansinnen von Bebel zunächst nicht im ISB diskutiert wurde, da er sich dagegen verwehrt, das Pulver der Internationale zu früh zu verschießen und stattdessen für ein abwartendes Verhalten plädierte.⁶³ Auch der außerordentliche Sozialistenkongress in Basel brachte in dieser Hinsicht keinen signifikanten Fortschritt.⁶⁴

Paradoxe Weise verbesserte sich das so schwierige Verhältnis zwischen SPD und SFIO in den Folgejahren zusehends.⁶⁵ In seinen »Memoiren eines Sozialdemokraten« berichtet Philipp Scheidemann davon, dass der Wahlsieg der SPD im Jahre 1912, als jede dritte Stimme an die deutsche Arbeiterpartei ging, von den französischen Genossen ausgiebig als »Sieg des internationalen Sozialismus« gefeiert wurde. Zur Demonstration der echten »Freundschaft und Brüderlichkeit, fand am 30. März 1912 im Pariser »Salle Wagram« eine »erhebende Demonstration« statt, an der auch Scheidemann als deutscher Vertreter teilnahm.⁶⁶

⁶¹ Haupt bezieht sich in seinen Ausführungen vor allem auf das Internationale Sozialistische Büro (ISB), das zwischen 1901 und 1914 16 Mal tagte und als Koordinierungsinstanz vorgesehen war. Jaurès, Vaillant, aber auch der einflussreiche englische Sozialist Hyndman hätten spätestens nach der Zweiten Marokkokrise 1911 krampfhaft versucht, den Druck auf das ISB zu verstärken und eine koordinierte Politik der Internationale im Falle einer Eskalation anzustreben. Dies sei, so Haupt, nicht gelungen, da sich die deutschen Sozialdemokraten vehement dagegen gestäubt hätten. Ebd., S. 37 ff.; hierzu auch: DERS., Programm und Wirklichkeit, 1970, S. 101 ff.

⁶² Bezug nehmend auf diese von James Joll und G. Haupt vertretene These könnte man indes sicherlich kritisch anmerken, dass auch die SFIO oder die Labour Party bei aller internationalistischer Rhetorik keinen wesentlichen Unterschied in ihrer außenpolitischen Konzeption an den Tag gelegt hatten. J. JOLL, The second international 1889–1914, 1974, S. 146.

⁶³ Aus diesem Grund kam es auf dem Jenaer Parteitag der SPD im September 1911 zu erheblichen innerparteilichen Querelen, da sich vor allem die Parteilinke (namentlich Ledebour, Zetkin) in zwei Anträgen gegen die Parteiführung aussprach, die ihrer Ansicht nach die Internationale enttäuscht habe. Hierzu: G. HAUPT, Der Kongress fand nicht statt, 1967, S. 42 ff. Zur ISB-Konferenz: Brief von Bebel an Kautsky, undatiert, vermutlich Mai 1911; in: K. KAUTSKY Jr. (Hrsg.), August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky, 1971, S. 256 f.

⁶⁴ Außerordentlicher Internationaler Sozialistenkongress zu Basel am 24. und 25. November 1912; in: Kongressprotokolle der Zweiten Internationale, Bd. 1, 1975, S. 23.

⁶⁵ Der Historiker Jolyon Howorth argumentiert, dass die SFIO ihre Taktik nach dem Scheitern der Resolution Vaillant-Jaurès auf dem Stuttgarter Kongress 1907 sukzessive geändert habe: In der Folgezeit seien die SFIO-Führer dazu übergegangen, einerseits die Organisationsstärker der SPD zu loben, ihre Wahlerfolge öffentlich zu verkünden, das Verdienst von Karl Liebknecht um die Internationale immer und immer wieder ins Gedächtnis zu rufen – andererseits jedoch, hinter der öffentlichen Fassade, im ISB dezidiert auf die Annahme konkreter Maßnahmen im Kriegsfall zu drängen. J. HOWORTH, The Left in France and Germany, Internationalism and war: A dialogue of the deaf 1900–1914; in: E. CAHM / V. C. FISERA (Hrsg.), Bd. 2, 1979, S. 81–100; hier: S. 89.

⁶⁶ »Es spielte sich nun eine Szene ab, die jeder, dem ein solches Glück zuteil wird, sie zu erleben, für alle Zeit im Gedächtnis behält. Jaurès umarmte mich und sprang buchstäblich mit mir auf der Bühne herum, überglücklich, wie er sagte, weil ich den Ton getroffen, den er heiß ersehnt, dessen Klingen er aber kaum zu erwarten gewagt

Ähnlich erfolgreich verlief die Reise der Führer des rechten SFIO-Flügels, Albert Thomas, der am 24. Februar 1912 mit einem von Jaurès verfassten Manifest nach Berlin fuhr, um eine deutsch-französische Resolution zur Erkämpfung der 40-Stunden-Woche festzulegen.⁶⁷ Es ist sicherlich kein Zufall, dass sich in etwa zur gleichen Zeit auch die *bilateralen* Kontakte zwischen Deutschland und Frankreich verbesserten und beispielsweise auf zwischenstaatlicher Ebene im Frühjahr 1913 ein deutsch-französisches Luftfahrtabkommen beschlossen wurde.⁶⁸

Aufgrund dieser Fortschritte machte sich nicht zuletzt im sozialistischen Lager ein gewisser Zweckoptimismus breit. Auf Anregung der SPD-Politiker Friedrich Stampfer und Ludwig Frank kam es am 11. Mai 1913 zu einer deutsch-französischen Verständigungskonferenz in der Schweiz, genauer gesagt in Bern.⁶⁹ An der Konferenz nahmen neben den sozialistischen Politikern auch bürgerliche Abgeordnete teil, wobei 83 von ihnen aus Frankreich und sechs aus Deutschland kamen.⁷⁰ Zum Abschluss der Versammlung wurde eine deutsch-französische Kampfschrift unterzeichnet, »gegen den länderverwüstenden Krieg, für die gegenseitige Verständigung, für den dauerhaften Völkerfrieden.«⁷¹ Des Weiteren wurde ein interparlamentarisches Komitee gegründet, das v.a. die deutsch-französische Annäherung vorantreiben, aber perspektivisch gesehen auch Großbritannien miteinbeziehen sollte. Ziel war es, eine breite interparlamentarische Aktion anzuberaumen, die die drei großen europäischen Länder – Deutschland, England, Frankreich – und ihre fortschrittlichsten Volksvertreter miteinbezog. Dieses Vorhaben war bereits auf dem Baseler Kongress verbalisiert worden und sollte nun sukzessive realisiert werden.⁷²

Allein, nur mit Worthülsen konnte weder eine deutsch-französische Verständigung herbeigeführt, noch die nationalistischen Kräfte im Zaum gehalten werden. Kaum ein Sozialist war sich dieser Tatsache so sehr bewusst wie Jean Jaurès, dessen

bätte. Das alles sagte er mir, bevor der Beifallsturm sich gelegt hatte und er endlich mit seiner Rede beginnen konnte. [...] Diese Pariser Feier des deutschen Wahlsieges, dem internationale Bedeutung beigemessen wurde, war eine Friedensdemonstration von ungeheurer Wucht.« P. SCHEIDEMANN, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, 1928, Erster Band, S. 222 f.

⁶⁷ G. HAUPT, *Socialism and the great war*, 1973, S. 102 f.

⁶⁸ Wie Friedrich Kießling in seiner grundlegenden Studie über Entspannungsbemühungen im Vorfeld des Ersten Weltkrieges zeigt, waren sowohl der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg, als auch der französische Außenminister Stephan Pichon im Anschluss an die Zweite Marokkokrise sichtlich darum bemüht, die Spannungen zwischen beiden Ländern sukzessive abzubauen. F. KIESSLING, *Gegen den »großen Krieg«?*, 2002, S. 195 ff.; Zur Forschungsdiskussion: K. HILDEBRAND, »Staatskunst und Kriegshandwerk«; in: H. EHLERT / M. EPKENHANS / G. P. GROSS (Hrsg.), *Der Schließenplan*, 2006, S. 21–43; hier: S. 36 ff.

⁶⁹ P. SCHEIDEMANN, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, 1928, Erster Band, S. 227.

⁷⁰ Philipp Scheidemann äußert sich in seinen Memoiren beinahe überschwänglich über den Verlauf des Zusammentreffens: »Das Ergebnis der Konferenz war in jeder Beziehung erfreulich und durchaus befriedigend. Das Bekenntnis einer so großen gemischten Parlamentarierschar zur unbedingten Friedensliebe, sowie die unbedingte Anerkennung des Prinzips der Schiedsgerichte, wie sie in unserem sozialdemokratischen Parteiprogramm gefordert werden, waren erfreuliche Tatsachen. Es wurde eine permanente deutsch-französische Verständigungskommission eingesetzt.« Ebd., S. 227 f.

⁷¹ Vgl. G. HAUPT, *Der Kongress fand nicht statt*, 1967, S. 88.

⁷² Ebd., S. 93.

kritische Artikel selbst in den Zeiten der »Détente« einen pessimistischen Unterton hatten. Bereits im April 1913, gegen Ende des ersten Balkankrieges, konstatierte er, dass Europa nur knapp einer Katastrophe entgangen sei.⁷³ Am 2. Mai 1913, also parallel zur deutsch-französischen Verständigungskonferenz in Bern, veröffentlichte er einen Artikel in der Parteizeitung »L'Humanité«, in dem er offen die Frage stellte, welchen Einfluss die deutschen Sozialisten überhaupt in Deutschland hätten und ob sie tatsächlich den Krieg verhindern könnten. Um Frankreich zu verteidigen, müsse man ohnehin seine Hoffnungen zuallerst auf Frankreich selbst setzen – und nicht auf das Verhalten befreundeter Arbeiterparteien.⁷⁴ Diese schonungslose Offenheit offenbart die Zweifel, die Jaurès bei allen Fortschritten und kleinen Erfolgen⁷⁵ gegenüber der SPD hegte.

1.4. Exkurs: Dominanz von SPD und SFIO, Außenseiterrolle der Labour Party

Wenn bislang fast ausnahmslos das Verhältnis zwischen SPD und SFIO im Vordergrund stand, so darf nicht vergessen werden, dass auch die britische Labour Party innerhalb der Internationale zusehends an Bedeutung gewann. Neben der bilateralen deutsch-französischen Annäherung wurde in sozialistischen Kreisen vor allem die Idee einer Tripelallianz zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien forciert, was dieser Tendenz weiteren Antrieb verlieh.⁷⁶

Trotz der stärkeren Miteinbeziehung der Labour Party nahm die Partei eine eher umstrittene Rolle innerhalb der Internationale ein. Wie Friedrich Weckerlein in seiner grundlegenden Studie zu den Beziehungen zwischen SPD und Labour Party zwischen 1900 und 1918 darlegt, geizten die Briten zwar nicht mit rhetorischen Bekenntnissen und proletarischen Solidarisierungsbestrebungen. Aber sobald es darum ging, die Bekenntnisse *praktisch* unter Beweis zu stellen, offenbarten sich die liberaldemokratischen Wurzeln der Partei sowie das Ausbleiben einer marxistischen

⁷³ J. JAURÈS, Symbole; in: M. BONNAFOUS (Hrsg.), Oeuvres de Jaurès, Bd. 5, 1995, S. 233. Der Artikel wurde am 13. April 1913 in der »Revue de l'Enseignement primaire et primaire supérieur« veröffentlicht.

⁷⁴ J. JAURÈS, L'effort des socialistes allemands; in: M. BONNAFOUS (Hrsg.), Oeuvres de Jaurès, Bd. 5, 1995, S. 240.

⁷⁵ Daher auch der Titel des Artikels, »L'effort des socialistes allemands«. Konkret lobte Jaurès die SPD für ihren Einsatz gegen den »chauvinisme teuton« und konstatierte, dass ihre Erfolge zu wenig Beachtung fänden. Besonders Karl Liebknechts prominente Enthüllung über den »internationalen Rüstungstrust«, die zur Einsetzung einer Untersuchungskommission im Reichstag und der Verurteilung einiger Krupp-Angestellten führte, hob er ausdrücklich hervor. Ebd.; J. HOWORTH, French Workers and German Workers; in: European History Quarterly, Vol. 15, 1985, S. 71–97; hier: S. 82; D. GROH, Negative Integration und revolutionärer Attentismus, 1974, S. 420f.; innerhalb der SFIO gab es durchaus kritische Stimmen wie Charles Andler, der der SPD generell »imperialistische« und »nationalchauvinistische« Tendenzen unterstellte: C. ANDLER, Le socialisme impérialiste dans l'Allemagne contemporaine, 1918; hierzu auch: G. HAUPT, Socialism and the great war, 1973, S. 114f.

⁷⁶ Befürworter dieser Strategie waren in Großbritannien John Robert Clynes, Keir Hardie und Ramsay MacDonald sowie in Frankreich Edouard Vaillant. G. HAUPT, Der Kongress fand nicht statt, 1967, S. 93ff.

Theorie,⁷⁷ weshalb sowohl in ideologischer als auch praxeologischer Hinsicht von massiven Unterschieden gegenüber den kontinentaleuropäischen Parteien gesprochen werden muss.⁷⁸ Die Idee einer deutsch-britisch-französischen Allianz per se wurde daher nicht zufällig vor allem vom Führungsgremium der *sozialistisch* geprägten Independent Labour Party forciert. Das Interesse der ILP-Granden Keir Hardie und Ramsay MacDonald galt nach der Jahrhundertwende verstärkt der Politik des Friedenserhalts in Europa,⁷⁹ weshalb außenpolitischen Fragen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde.⁸⁰ Die Anregung Vaillants, eine deutsch-britisch-französische Verständigung zu fördern, nahm die ILP sehr positiv auf, die Labour Party hingegen nur teilweise.⁸¹ So versuchte Vaillant von 1913 bis 1914 vergeblich, die Führer der Labour Party für sein Projekt zu gewinnen und einen Dreibund zwischen den genannten Ländern anzustreben. Erst im Januar 1914 gelang es ihm, anlässlich des Jahreskongresses der Labour Party in Glasgow, einen Antrag vorzulegen, der von den Briten übernommen wurde und ein friedliches Bündnis zwischen Deutschland, England und Frankreich zum Ziel hatte.⁸² Großartiges Interesse konnte diese Resolution allerdings nicht mehr entfachen, denn im Jahre 1914 gingen die sozialistischen Parteien beinahe kollektiv davon aus, dass das Größte überwunden sei und die Gefahr eines europäischen Krieges gebannt. Deutsch-französische Annäherungsversuche wurden fortgesetzt, ISB-Sitzungen im Frühsommer verschoben und der sozialistische Ökonom Paul Louis suchte nach handfesten Gründen, weshalb sich die Großmächte aufgrund »finanzieller Rückschläge« einen Weltkrieg gar nicht leisten

⁷⁷ Ein Beispiel hierfür: Im Jahre 1905 war das so genannte »Anglo-German Friendship Committee« (AGFC) gegründet worden, das weitestgehend eine *bürgerliche* Friedensorganisation war. Aus diesem Grund hatte sich die SPD geweigert, dem Komitee beizutreten, während Henderson, MacDonald und andere prominente Labour-Politiker Mitglieder wurden. Infolgedessen waren die deutschen Genossen erbost und warfen den Engländern »Komplizentum« mit der Bourgeoisie vor. F. WECKERLEIN, Streitfall Deutschland, 1994, S. 77.

⁷⁸ Nicht zuletzt deshalb fand im Jahre 1908 eine grundlegende Debatte darüber statt, ob die Labour Party Teil der Internationale werden dürfe. Kautsky beantwortete diese Frage mit einem klaren ja und argumentierte kryptisch, dass sich die Labour-Party zwar nicht zum proletarischen Klassenkampf bekenne, ihn jedoch de facto führe und überdies über eine Organisation verfüge, die losgelöst von bürgerlichen Parteien existiere. S. BERGER, Ungleiche Schwestern?, 1997, S. 262 f.

⁷⁹ In seiner Parlamentsrede vom 6. 2. 1911, die die zweite Marokkokrise behandelte, kritisierte er die Politik des britischen Außenministers E. Grey und würdigte die Antikriegspolitik der SPD. Insgesamt sprach er sich dezidiert gegen die »antideutsche« Politik des Außenministers aus. D. J. NEWTON, British Labour, European socialism and the struggle for peace 1889–1914, 1985, S. 296.

⁸⁰ G. A. RITTER, Friedensbewegung in Großbritannien 1914–1918/19; in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 22, 1982, S. 403–471; hier: S. 410 f.

⁸¹ Die Rüstungspolitik Wilhelms II. belastet auch das Verhältnis zwischen deutschen und britischen Arbeitern. Die heftigsten Deutschlandkritiker waren indes keine Mitglieder der Labour Party, sondern Teil der von Henry Hyndman geleiteten Social Democratic Federation (SDF). F. WECKERLEIN, Streitfall Deutschland, 1994, S. 85 ff.

⁸² Zehn Jahre nach Begründung der Entente cordiale, wenige Monate vor Ausbruch des Weltkrieges, sprach sich selbst der Fabier G. B. Shaw für eine »negative« Dreierallianz zwischen den »zivilisierten« Großmächten aus. Überhaupt waren die reformistisch geprägten Anhänger der Fabian Society wie z. B. Sidney Webb an einem Ausgleich mit Deutschland interessiert. G. HAUPT, Der Kongress fand nicht statt, 1967, S. 96; F. WECKERLEIN, Streitfall Deutschland, 1994, S. 82 ff.

könnten.⁸³ Tatsächlich gaben sich die Verantwortlichen der Illusion hin, als transnational agierendes, pazifistisches »Bollwerk« dem kriegserischen Treiben der Imperialisten Einhalt gebieten zu können⁸⁴ – was, wie sich bald herausstellen sollte, ein fataler Irrtum war.

1.5. Julikrise

Am 28. Juli 1914 fielen die Schüsse auf den österreichischen Thronfolger in Sarajewo. Einen Tag später, am 29. Juli, traf das Internationale Sozialistische Büro zum letzten Mal vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges zusammen.⁸⁵ Noch während der Sitzung traf die Nachricht von der Kriegserklärung Österreichs an Serbien ein.

Victor Adler nahm die Ereignisse bestürzt zur Kenntnis und gestand dem ISB die Wehrlosigkeit seiner Partei ein.⁸⁶ Sein Urteil war vernichtend: Demonstrationen in Österreich seien unmöglich geworden, man riskiere sein Leben, müsse mit Gefängnis rechnen, die gesamte Organisation stehe auf dem Spiel. Das österreichische Proletariat habe sich ganz und gar auf den bevorstehenden Jubiläumskongress der Internationale in Wien vorbereitet, mit Krieg habe keiner gerechnet.⁸⁷ Der SPD-Vorsitzende Hugo Haase, der im Anschluss das Wort ergriff, nutzte die Gelegenheit, um die Friedensliebe der deutschen Sozialdemokratie zu unterstreichen, die in Berlin zu Tausenden gegen den Krieg protestiert hätten. Aufgrund der Schwere der Ereignisse empfahl er, umgehend die Rückreise anzutreten und die Sitzung des ISB schnellstmöglich zu beenden – was unter den Anwesenden scharfe Kritik hervorrief.⁸⁸

Wie an den folgenden Äußerungen deutlich wird, war das Hauptanliegen der Verantwortlichen, so rasch wie möglich einen internationalen Kongress einzuberufen. Das ISB sah sich offensichtlich nicht dazu in der Lage, eigenmächtig zu handeln

⁸³ G. HAUPT, Der Kongress fand nicht statt, 1967, S. 98 ff.

⁸⁴ Noch am 25. Juli 1914 schrieb Jean Jaurès: »Kein Tropfen des Blutes eines deutschen Soldaten darf den kriegslüsternen österreichischen Despoten, darf imperialistischen Handelsinteressen geopfert werden. [...] Überall muß der Schrei in den Ohren der Despoten klingen: Wir wünschen keinen Krieg. Nieder mit dem Krieg! Lang lebe die internationale Solidarität!« Zit. n. G. NOLLAU, Die Internationale, 1959, S. 33.

⁸⁵ Vgl. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1961, Bd. 1, S. 355.

⁸⁶ »Ich werde ihnen keine Dinge erzählen, die ihnen allen bekannt sind. Aber sie müssen wissen, daß die provozierende Note Österreichs uns genauso überrascht hat wie alle anderen. Die diplomatischen Schritte mussten uns eine Warnung sein. Aber wir konnten nicht mit dem Krieg rechnen. [...] Die Partei ist wehrlos, alles andere hieße das Bureau zu betrügen.« Protokoll der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus vom 29. bis 30. Juli 1914 in Brüssel; in: Kongressprotokolle der Zweiten Internationale, Bd. 2, 1976, S. 25.

⁸⁷ Des Weiteren äußerte er die Hoffnung, dass der Krieg lokal bleibe und nur die österreichische Sozialdemokratie zu den Opfern zähle. Die Mobilmachung und die nationale Begeisterungswelle führte er auf eine jahrelange Welle der Demagogie zurück. Die Idee eines Generalstreiks sei nichts weiter als eine »Phantasie«. Ebd., S. 26.

⁸⁸ Dem hielten Edouard Vaillant, Emile Vandervelde und Keir Hardie entschieden entgegen, die Sitzung erst dann zu beenden, wenn ein Beschluss gefasst worden sei. Rosa Luxemburg plädierte ebenso wie Haase dafür, so schnell wie möglich die Sitzung zu beenden. Haase ergänzt: »Die Diplomaten handeln immer schnell. Machen wir es ebenso!« Ebd., S. 27.

und klare Anweisungen für die nationalen Arbeitersektionen zu erteilen. Hugo Haase brachte die Erwartungen der Arbeiterführer auf den Punkt: »Ich schlage vor, daß sich die Internationale spätestens Ende nächster Woche in Paris zum Kongreß versammelt. [...] Wir wissen nicht, ob wir Erfolg haben werden. Aber wir müssen unsere Pflicht tun.«⁸⁹ Auch der ansonsten so pragmatisch veranlagte Jaurès konstatierte: »Wir brauchen den Kongreß. Seine Arbeiten und seine Resolutionen werden das Proletariat mit Vertrauen erfüllen.«⁹⁰

Im Anschluss daran kam es zu einem angeregten Wortwechsel zwischen Hugo Haase und Jean Jaurès. Beide beteuerten, dass ihre jeweiligen Regierungen friedliebend und an einer Ausweitung des Konfliktes nicht interessiert seien. Beide erklärten, ihre Anstrengungen fortzusetzen und die Anti-Kriegsdemonstrationen zu forcieren. Zu Konflikten kam es erst, als Haase beteuerte, dass die deutsche Regierung nichts vom österreichischen Ultimatum gewusst habe, was Jaurès klar und deutlich anzweifelte, da sich die Deutschen nach Ansicht Frankreichs »beim ersten Zwischenfall auf die Seite Österreichs« stellen würden. Abschließend äußerte sich Haase vielsagend zur Entscheidung über Krieg und Frieden: »Wir wissen, daß Deutschland den Frieden will, aber wenn Russland eingreift, wird auch Deutschland eingreifen müssen.«⁹¹

Am Folgetag, dem 30. Juli 1914, blieb Keir Hardie den Verhandlungen fern.⁹² Der ILP-Vertreter Bruce Glasier erklärte seine Abwesenheit mit der Enttäuschung der englischen Genossen über den Verlauf der ISB-Sitzung, die sich ein weiteres Mal ausschließlich um die Probleme der Deutschen und Franzosen gedreht habe. Kern der Entrüstung der Briten war die vorgeschlagene Resolution des Bureaus, die das britische Proletariat nicht mit einer Silbe erwähnte.⁹³ Kautsky schlug deshalb vor, den Passus »die Italiener und Engländer werden Deutschland und Frankreich [...] unterstützen.« hinzuzufügen.⁹⁴ Kautskys Vorschlag wurde in den endgültigen Text der Resolution aufgenommen, die Sitzung geschlossen, eine spontane Manifestation anberaumt. Diese fand im Cirque Royal statt, wo Jean Jaurès seine letzte Rede vor seiner Ermordung hielt. Zu Tausenden protestierten die Arbeiter gegen den Krieg und proklamierten den »Guerre à la guerre«⁹⁵ Abschließend wurde vereinbart, den

⁸⁹ Haase wollte den Kongress in Paris stattfinden lassen, da Wien als ursprünglich vorgesehener Tagungsort ob der politischen Wirren ausfiel. Dies brachte die Engländer auf den Plan, die ihrerseits den Kongress in London veranstalten wollten, aufgrund von »terminlichen« Schwierigkeiten. Am Ende wurde Paris als Tagungsort bestimmt. Ebd., S. 27.

⁹⁰ Ebd., S. 28.

⁹¹ Ebd., S. 35 f.

⁹² Es ist im Übrigen bezeichnend, dass unter den britischen Vertretern auf der Sitzung der ISB kein Vertreter der Labour Party anwesend war, dafür jedoch Repräsentanten der ILP sowie der British Socialist Party. Die Fabier hatten beispielsweise frühzeitig erklärt, dass sie an den Sitzungen der SI kein Interesse hätten. F. WÉCKERLEIN, Streitfall Deutschland, 1994, S. 98.

⁹³ Kern der Resolution war folgender Satz: »Die deutschen und französischen Proletariat werden mit all ihren Kräften auf ihre Regierungen einwirken, so wie sie es bis jetzt getan haben, damit diese auf ihre Verbündeten Österreich und Russland Druck ausüben [...]«. Glasier betonte, dass dem Empire realpolitisch die meiste Aufmerksamkeit zuteil werde, es innerhalb der Zweiten Internationale in Form der Arbeiterparteien jedoch keinen nennenswerten Einfluss habe. Ebd., S. 37.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1961, Bd. 1, S. 360.

Kongress der Internationale eine Woche später in Paris einzuberufen. Er sollte niemals stattfinden.

In den folgenden Stunden sprachen sich die Sozialisten Europas vehement gegen kriegserische Auseinandersetzungen aus. Die SFIO begab sich mit einer Delegation, bestehend aus Jaurès, Bracke, Longuet und Marcel Cashin, in den Quai d'Orsay, um mit Nachdruck darauf hinzuweisen, den diplomatischen Druck auf Russland zu erhöhen, um eine Ausweitung des Krieges zu verhindern.⁹⁶ In England versammelten sich die bedeutendsten Arbeiterführer am 2. August zu einer Demonstration, um gegen den Krieg zu agitieren. Auch in Deutschland hatte bereits am 27. Juli eine Antikriegsdemonstration im Berliner Lustgarten stattgefunden.⁹⁷ Und doch beschränkte sich die Taktik der sozialistischen Parteien auf Protestaufrufe – weitergehende Maßnahmen, die bis hin zu Massenstreiks gereicht hätten, wurden allenfalls angedroht.⁹⁸

Am 1. August verweilte Hermann Müller für den Parteivorstand der SPD in Frankreich, um vor Ort mit der französischen Parteiführung und dem Redaktionsstab der »Humanité« auszuloten, wie sich die SFIO im Kriegsfall verhalten würde.⁹⁹ Als er zwei Tage später nach Deutschland zurückkehrte, berichtete er der Fraktion, dass er von den französischen Genossen »liebenswürdig wie immer« empfangen worden sei – zu einer Verständigung sei es jedoch nicht gekommen. Der Standpunkt der SFIO wurde bezeichnenderweise von dem »majoritaire« Pierre Renaudel dargelegt, nachdem Jean Jaurès am 30. Juli von einem französischen Nationalisten erschossen worden war.¹⁰⁰ Dieser stellte fest, dass die SFIO die Kriegskredite bewilligen müsse, sofern Deutschland Frankreich den Krieg erkläre. Die Zustimmung zu den Kriegskrediten war für die SFIO also keine Prinzipienfrage, sondern eine »Wenn-Dann-Formel«.

⁹⁶ Ebd., S. 360 ff.

⁹⁷ Ihren Höhepunkt erreichten die deutschen Demonstrationen zwischen dem 28. und 30. Juli, als Massenkundgebungen in Berlin (30.000 Menschen), Dresden (35.000), Leipzig (50.000), Düsseldorf, Hannover (beide 20.000), Bremen, Mannheim und Köln (alle 10.000) stattfanden. Indes merkt der Historiker G. Eley in seiner grundlegenden Studie »Forging Democracy« nicht zu Unrecht an, »that the meetings were indoors, with no unfolding campaign of open-air rallies and street demonstrations. There was certainly no thought of a general strike. The SPD avoided directly contesting the public mood of ebullient chauvinism, and this made it easier to demobilize the membership when »peace« turned to »national defense.« G. ELEY, Forging Democracy, 2002, S. 125.

⁹⁸ Der CGT drohte beispielsweise am 29. Juli 1914 mit einem französischen Generalstreik. Konträr hierzu hatte der deutsche Abgeordnete Albert Südekum am gleichen Tag, in Abwesenheit Hugo Haases, einen Brief an Bethmann Hollweg verfasst und darin angekündigt, dass die deutsche Regierung keine Streikwelle der Arbeiter zu befürchten habe. A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 32 f.; hierzu auch: K.-H. KLÄR, Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale, 1981, S. 84; deutlicher wird G. Haupt, der der SPD, anders als Blänsdorf, einen aktiven Beistand zu den deutschen Kriegsvorbereitungen unterstellt: G. HAUPT, Der Kongress fand nicht statt, 1967, S. 169.

⁹⁹ A.N. Paris, SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Congrès socialistes, dont celui des Tours en 1920 (1899–1920), Polizeibericht, 17.1.1916, F7/13072.

¹⁰⁰ Vgl. K.-H. KLÄR, Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale, 1981, S. 95.

Paradoxerweise erwarteten die französischen Sozialisten von der SPD, im Reichstag die Kriegskredite »aus Prinzip« abzulehnen.¹⁰¹ Französischen Berichten zufolge tat ihnen Müller sogar diesen Gefallen und sicherte seinen Gesprächspartnern zu, dass die gesamte SPD bei der Abstimmung im Reichstag entweder gegen die Kredite votieren oder eine Enthaltung anstreben würde – eine Zustimmung käme unter keinen Umständen in Frage.¹⁰² Zugleich entgegnete Müller den SFIO-Politikern jedoch, dass Russland der eigentliche Schuldige sei und dass Frankreich – und nicht Deutschland – in der Lage wäre, den Weltkrieg zu verhindern, sofern es genug diplomatischen Druck auf Petersburg aufbauen könne. De facto unternahm er also den Versuch, über die enge Bindung zur SFIO positiven Druck auf Russland auszuüben und dadurch einen Kriegsausbruch zu verhindern – ein Unternehmen, das zweifelsohne zum Scheitern verurteilt war: Von den eigentlichen Entscheidungen pro oder kontra Kriegsausbruch, die sich auf Regierungsebene abspielten, wurden SPD wie SFIO weitestgehend ausgeschlossen.¹⁰³

Philipp Scheidemann notierte in seinen Erinnerungen, dass »unserem Freunde Hermann Müller« im Verlauf der Aussprache mit den französischen Genossen klar geworden sei, »daß die Franzosen für die Kriegskredite stimmen würden«.¹⁰⁴ Dies wurde in der Tat bereits am 1. August deutlich, als Gustav Hervé unter Zustimmung vieler

¹⁰¹ Passend hierzu erschien am 1. August ein von Jean Longuet verfasster Artikel, in dem er über den Friedenswillen der SPD sprach: »Haase a montré l'élan massif du prolétariat allemand, les manifestations de 80 à 100 mille hommes, la réprobation complète de l'opinion allemande presque entière pour une guerre qui serait dirigée contre la France, réprobation que la duplicité gouvernementale a tenté d'éviter d'ailleurs, en évoquant la terreur cosaque et en essayant de tromper jusqu'au bout l'opinion publique par la déclaration de guerre à la Russie. – Il y a dans celle de l'opinion allemande vis-à-vis de la France, un immense espoir de réconciliation.« L'Humanité, 3. August 1914; Hierzu auch: Die Internationale und der Weltkrieg: Materialien gesammelt von Carl Grünberg, 1916, S. 151.

¹⁰² J. DROZ-HUMBERT, Der Krieg und die Internationale, 1964, S. 42 ff.

¹⁰³ In Deutschland wurde das Parlament erst rückwirkend über Entscheidungen informiert und auch in Frankreich wurde die Eigenständigkeit der SFIO gebremst, die zunächst knapp der polizeilichen Verfolgung entging und anschließend nur noch für oder gegen die »union sacrée« stimmen konnte. In Frankreich existierte eine Liste der potentiell gefährlichen Arbeiterführern (»Carnet B«) und tatsächlich war erst am 1. August vom Innenministerium beschlossen worden, dass die Liste nicht zur Anwendung kam – und zwar nachdem klar wurde, dass das Attentat auf Jaurès keine revolutionären Unruhen nach sich ziehen würde, wie zunächst befürchtet. Hinsichtlich der parlamentarischen Mitbestimmung nach dem Kriegsausbruch gelang es der SFIO zwar im Gegensatz zur SPD, Ministerialämter zu übernehmen (z.B. von Albert Thomas, der Munitionsminister wurde) und eigene Vorstellungen einfließen zu lassen (hier insbesondere das feierliche Versprechen der Regierungsträger, keinen Krieg zu erklären, sondern nur einen »Verteidigungskrieg« zu führen). Wenn man allerdings bedenkt, dass dieser Punkt durch die Kriegserklärung Deutschlands ohnehin nicht mehr zur Debatte stand, kann dieser »Verhandlungserfolg« der französischen Sozialisten nur bedingt geltend gemacht werden. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 38; hierzu auch: J.-J. BECKER, Le Carnet B, 1973, S. 48 ff.

¹⁰⁴ Infolge dessen sprach sich eine klare Mehrheit der SPD-Fraktion in einer internen Abstimmung für die Gewährung der Kriegskredite aus. P. SCHEIDEMANN, Memoiren eines Sozialdemokraten, 1928, Erster Band, S. 252 ff.

Parteigenossen in großen Lettern die Botschaft plakatieren ließ: »*Défense nationale d'abord! Ils ont assassiné Jaurès, Nous n'assassinerons pas la France.*«¹⁰⁵

Am 4. August 1914 stimmten die deutschen und französischen Sozialisten in ihren Parlamenten für die Bewilligung der Kriegskredite. Diese Entwicklung war keineswegs absehbar, schien eine Ablehnung der Kredite im Vorfeld – nach gemeinsamer Absprache – durchaus möglich. Selbst der Rechtssozialist Eduard David kokettierte in einer Sitzung der Reichstagsfraktion, die am 31. Juli 1914 stattfand, mit einer Stimmenthaltung, sofern die SFIO genauso handelte.¹⁰⁶

Freilich wäre ein umfassender Generalstreik beziehungsweise eine bewaffnete Insurrektion unrealistisch gewesen – einerseits weil sich die SPD-Führung vehement dagegen sträubte,¹⁰⁷ andererseits weil nationalistische Tendenzen innerhalb der europäischen Arbeiterbewegung stark verbreitet waren und ein koordinierter Generalstreik der Arbeiter, gegen Imperialismus und Krieg, gemeinsam mit den Gewerkschaften, schwerlich umsetzbar gewesen wäre.¹⁰⁸ Allerdings schien eine konzertierte Aktion von SFIO und SPD in den Parlamenten, sprich die *gemeinsame* Ablehnung

¹⁰⁵ Zit. n.: J.-J. BECKER, *La gauche et la grande guerre*; in: DERS. / G. CANDAR (Hrsg.), *Histoire des gauches en France*, S. 313–329; hier: S. 317.

¹⁰⁶ D. GROH / P. BRANDT, »Vaterlandslose Gesellen«, 1992, S. 158.

¹⁰⁷ Noch im Mai 1914 erklärte Hugo Haase in einem Brief an Vaillant: »*Schon die Tatsache, daß die deutschen Genossen in diesem Punkt alle einer Meinung sind, weist darauf hin, daß es sich hier um eine Frage handelt, deren Beantwortung sich aus unserer politischen Situation mit so zwingender Notwendigkeit ergibt, daß Meinungsverschiedenheiten nicht auftauchen. Wäre der Massenstreik namentlich der Waffen-, Munitions-, Transportarbeiter ein geeignetes Mittel zur Verhinderung eines Krieges, so wäre es nach unserer Auffassung ein taktischer Fehler, den Regierungen im voraus anzukündigen, daß wir von diesem Mittel in einem bestimmten Fall Gebrauch machen werden. [...] Das vorgeschlagene Mittel können wir auch schon deshalb nicht als wirksam (efficace) ansehen, weil die Eisenbahnarbeiter, die Arbeiter der staatlichen Militärwerkstätten und der privaten Rüstungsindustrien bei uns zu einem sehr großen Teil unorganisiert sind. Wir würden die Kraft der Internationale schwer verletzen, wenn wir ihr eine Kraft vortäuschten, die wir augenblicklich noch nicht haben. Es wäre auch verfehlt, gegen unsere Gegner Drohungen auszustößen, die wir auszuführen nicht imstande sind. Wir in Deutschland sind trotz unserer intensiven Propaganda gegen den Militarismus noch nicht stark genug gewesen, die Wehrvorlage zu verbindern. Ihr habt trotz Eures bewundernswerten Kampfes gegen das Dreijahresgesetz seine Annahme nicht verbüten und trotz eures glänzenden Wahlsieges nicht seine Aufhebung durchsetzen können. Obgleich uns das nicht gelungen ist, sollen wir dennoch fast in demselben Moment den Glauben erwecken, daß wir im Kriegsfall den Massenstreik durchführen werden?*« Haase an Vaillant, Mai 1914; in: E. HAASE (Hrsg.), *Haase, Sein Leben und Wirken*, 1929, S. 101.

¹⁰⁸ Bezüglich der Integration der Arbeiterparteien in den Nationalstaat, siehe die grundlegenden Studien von Wehler, Howorth, Mommsen. Die Rolle der Gewerkschaft in Deutschland und Frankreich vor 1914 wurde von J. Becker und A. Kriegel untersucht. Beide argumentieren, dass die Gewerkschaften ihren Glauben in den Antimilitarismus verloren hätten. Nur so sei es zu erklären, weshalb Karl Legien am 26. Juli 1914 bei einem Treffen mit seinem Konterpart, Léon Jouhaux, klar und deutlich akzentuierte, dass die deutschen Arbeiter im Kriegsfall marschieren würden. H. MOMMSEN, *Arbeiterbewegung und nationale Frage*, 1979; J. HOWORTH, *The Left in France and Germany, Internationalism and war: A dialogue of the deaf 1900–1914*; in: E. CAHM / V. C. FISERA (Hrsg.), Bd. 2, 1979, S. 81–100; DERS., *Edouard Vaillant. La création de l'unité socialiste en France – La politique de l'action totale*, Paris 1982; Über die Rolle der Gewerkschaften: J.-J. BECKER / A. KRIEGLER, 1914; *La guerre et le mouvement ouvrier français*, 1964, S. 38f.

der Kriegskredite, bis zuletzt denkbar, wie die Äußerungen prominenter Arbeiterführer hinreichend deutlich machen.¹⁰⁹

In seinem letzten Artikel für die *Humanité*, der am 31. Juli publiziert wurde, hatte Jaurès noch davor gewarnt, dass die eigentliche Gefahr für den Frieden nicht die Absichten der jeweiligen Regierungen seien, sondern die Nervosität und die Angst vor den tatsächlichen Intentionen der Gegenseite.¹¹⁰ Diese prophetisch anmutende Aussage traf auf die deutschen und französischen Sozialisten, die sich zwischen nationaler und proletarischer Solidarität entscheiden mussten, zweifelsohne in mehrfacher Hinsicht zu.¹¹¹

Im Gegensatz zu den Führern der deutschen und französischen Sozialisten sprach sich der Fraktionschef der Labour Party im britischen Unterhaus, Ramsay MacDonald, ungewöhnlich deutlich gegen einen Kriegseintritt aus. Noch am 3. August stellte MacDonald in seiner Funktion als Vorsitzender der Parliamentary Labour Party dar, dass es keinen Grund für einen englischen Kriegseintritt gebe, da Englands Sicherheit nicht bedroht sei.¹¹² Doch bereits wenig später beschloss die Parlamentsfraktion der Partei, die Haltung der englischen Kriegsführung zu unterstützen und ein »National War Emergency Committee« zu bilden, um die Interessen der Arbeiterklasse im Krieg zu wahren. Infolgedessen trat MacDonald als Parteivorsitzender zurück.¹¹³ Zwar erließ die Independent Labour Party noch ein Manifest, um ihrer Opposition zum Krieg Ausdruck zu verleihen und sich solidarisch mit den österreichischen und deutschen Arbeitern zu erklären – »Lang lebe der internationale Sozialismus« –¹¹⁴ doch die Labour Party als solches verbündete sich mit den bürgerlichen Parteien zu einem »national government«. Fast zeitgleich schlossen sich auch SPD und SFIO dem jeweiligen nationalen Block – »union sacrée« und »Burgfrieden« – an.¹¹⁵

¹⁰⁹ »Die deutschen wie die französischen Sozialisten [...] dachten bloß noch an eine symbolische Geste der parlamentarischen Minderheitsfraktion anlässlich der Abstimmung über die Kriegskredite, eine Geste, die sich am Besten in Form der Stimmenthaltung hüben und drüben der Vogesen vollziehen ließ. Selbst ein solcher ängstlicher Protest hätte noch eine Mißbilligung des Krieges dargestellt; er wäre in den Schützengräben nicht unbeachtet geblieben, er hätte den Glauben aufrechterhalten.« J. HUMBERT-DROZ, Der Krieg und die Internationale, 1964, S. 42f.

¹¹⁰ *Humanité*, 2. 8. 1914; A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 40.

¹¹¹ Wolfgang Kruse kommt z. B. zu dem Schluss, dass die Reise Müllers nach Paris ausschlaggebend für das deutsche Ja zur Burgfriedenspolitik gewesen sei. Die Antizipation des Verhaltens der französischen Partei durch den Parteivorstand könnte hierbei eine entscheidende Rolle gespielt haben. Vgl. W. KRUSE, Krieg und nationale Integration, 1993, S. 64 f.; hierzu auch: S. MILLER, Burgfrieden und Klassenkampf, 1974, S. 52 f.; J. SCHRÖDER, Internationalismus nach dem Krieg, 2006, S. 49.

¹¹² Vgl. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 41 ff.

¹¹³ Am 4. August schlug der Sekretär der Partei, Arthur Henderson, die Bildung eines »National Peace Emergency Committee« vor, um der Neutralität Ausdruck zu verleihen. Dieser Vorschlag wurde indes abgelehnt – zugunsten des »War Committees«. Vgl. ebd.

¹¹⁴ J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, 43.

¹¹⁵ A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 40 f.; J.-J. BECKER, La IIe Internationale et la guerre; in: Les Internationales et le problème de la guerre au XXe siècle, 1984, S. 9–25; hier: S. 20 f.

In der Folgezeit gab es keine aktionsfähigen und internationalistisch handelnden Massen mehr – die einzelnen deutschen, französischen oder britischen Arbeiter bekamen ihre Stellungsbefehle und befolgten sie. Am 4. August stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Deutschland einmütig für den Krieg, inklusive Karl Liebknecht. Gleiches passierte zeitgleich oder wenig später in Frankreich, Österreich oder Großbritannien. Nur in Serbien stimmten zwei sozialistische Abgeordnete gegen die Kriegskredite – sie blieben die absolute Ausnahme.¹¹⁶

1.6. *Resümee: Mythos Generalstreik*

Der Sozialphilosoph Georges Sorel hatte bereits im Jahr 1906 darauf hingewiesen, dass der Generalstreik ein »Mythos«, ja ein »Hirngespinnst« sei, das vornehmlich in den Köpfen der Menschen existiere, tatsächlich aber keine wirklichkeitsnahe Handlungsoption darstelle.¹¹⁷ Dessen ungeachtet versteifte sich insbesondere die SFIO zwischen 1907 und 1914 darauf, den »Generalstreikmythos« hochzuhalten und gewissermaßen als »Vorschrift« in das Programm der Zweiten Internationale zu integrieren. Dieses Vorhaben wurde insbesondere von der revolutionär-attentistischen SPD konsequent durchkreuzt; vor allem August Bebel machte wiederholt auf die Unmöglichkeit aufmerksam, gesamteuropäisch organisierte Streikmaßnahmen im Kriegsfall durchzuführen. Wie Jolyon Howorth indes luzide festgestellt hat, kann hieraus keinesfalls gefolgert werden, die SPD sei grundsätzlich »nationalistischer« als die SFIO eingestellt gewesen;¹¹⁸ in der Praxis wurde das Generalstreiks-Verdikt von der französischen Partei ebenfalls sehr flexibel gehandhabt.¹¹⁹

Der Schriftsteller Stefan Zweig konstatiert in seiner Autobiographie »Die Welt von Gestern«, er habe den Bekenntnissen der Sozialistischen Internationale im Sommer 1914 Glauben geschenkt und damit gerechnet, die Eisenbahner würden eher die Schienen sprengen als ihre »Kameraden als Schlachtvieh an die Front« zu verladen.¹²⁰ Diese Außenansicht scheint in der Rückschau durchaus dem Selbstbild der sozialistischen Akteure gerecht zu werden, die auf ihren internationalen Kongressen en gros von der Überzeugung geleitet wurden, das internationale Proletariat könne aufgrund seines gewachsenen Einflusses einen »europäischen Krieg« verhin-

¹¹⁶ Vgl. G. NOLLAU, *Die Internationale*, 1959, S. 34 ff.

¹¹⁷ G. SOREL, *Réflexions sur la violence*, 1906.

¹¹⁸ J. HOWORTH, *French Workers and German Workers*; in: *European History Quarterly*, Vol. 15, 1985, S. 71–97; hier: S. 88 f.

¹¹⁹ Ein zentrales Beispiel hierfür ist u. a. der »cas Millerand«, im Zuge dessen sich J. Jaurès dezidiert für die Regierungsbeteiligung der Sozialisten ausgesprochen hatte. R. Luxemburg interpretierte diesen Schritt erbst als Ausverkauf sozialistischer Interessen und – weitaus wichtiger – als Absage an den Generalstreik. Beispielhaft: R. LUXEMBURG, *Nach dem Kongress*; in: *Die Neue Zeit*, Band 2, Nr. 48.

¹²⁰ S. ZWEIF, *Die Welt von Gestern*, 1982, S. 233.

dern.¹²¹ Dies steht beispielhaft dafür, dass die beteiligten Protagonisten in ihrer eigenen Phraseologie gefangen waren und den Bezug zur Realität zumindest partiell verloren hatten. Bedenkt man, dass die Internationale bis zu diesem Zeitpunkt nicht auf die Probe gestellt worden war,¹²² die jeweiligen Nationalstaaten zudem bereits umfassende Pläne entwickelt hatten, die Parteien im Notfall zu »disziplinieren«¹²³ und die Gewerkschaftsbewegung bis dato keine Anstalten gemacht hatte, die »Generalstreikpläne« entsprechend vorzubereiten, dann stellt sich das »Versagen« der Internationale ganz anders dar. Faktisch übten die »großen Drei« um SPD, SFIO, Labour Party den Status von Oppositionsparteien aus, die nur bedingt in der Lage waren, politische Alternativen abzuwägen und einen realistischen Umgang mit ihrer politischen Macht zu praktizieren.¹²⁴

So gesehen war die Internationale respektive das Parteiendreieck keineswegs an einer wie auch immer gearteten »proletarischen Solidarität« »gescheitert«,¹²⁵ sondern in erster Linie an ihrem fehlenden Machtbewusstsein und hier vor allem der Unfähigkeit, politische Kompromisse von den jeweiligen Regierungen zu erzwingen. Die gemeinsame Ablehnung der Kriegskredite nach vorheriger Absprache hätte für SPD, SFIO und Labour Party unter Umständen ein wertvolles »Faustpfand« sein können, um eigene politische Ziele zu verwirklichen. Statt jedoch den offensichtlich Weg der politischen Einflussnahme zu wählen, wurde jahrelang ein »Generalstreikmythos« zelebriert, der intern aufgrund des Protestes der SPD nicht verwirklicht werden konnte. Das führte schließlich dazu, dass der Weg in den kollektiven »Burgfrieden« weitaus naheliegender erschien als eine ernsthafte Auseinandersetzung über realistische Handlungsoptionen.

¹²¹ H. LADEMACHER, Kosmopolitismus, Solidarität und Nation; in: F. VAN HOTHOOON / M. VAN DER LINDEN (Hrsg.), *Internationalism in the Labour Movement, 1830–1940*, Bd. 2, 1988, S. 371–391; hier: S. 379.

¹²² Ebd.

¹²³ Hierzu insbesondere das französische Beispiel: J.-J. BECKER, *Le Carnet B*, 1973.

¹²⁴ Hans-Ulrich Wehler konstatiert diesbezüglich einen ganz allgemein verengten »Denk- und Handlungshorizont« der sozialistischen Bewegung vor 1914. H.-U. WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, 2003, S. 42 f.

¹²⁵ Den Begriff des »Scheiterns« im Hinblick auf ein mögliches »Versagen« der Zweiten Internationale im Julisommer 1914 bewertet H. Lademacher nicht zu Unrecht äußerst kritisch: »Die zwar in keiner Weise berechtigte, gleichwohl rezeptierte Kongruenz von Anspruch und Wirklichkeit hat dem zeitgenössischen und historiographisch gepflegten Wort vom ›Zusammenbruch‹ der Internationale ein gerüttelt Maß an Schuldzuweisung mitgeben können. Was freilich aus dem politischen Kampf der Zeitgenossen beraus (Richtungskämpfe) begreiflich erscheinen will, erweist sich für die Betrachtung im nachhinein nicht mehr als sinnvoll, geht es doch nicht an, dort von einem ›Zusammenbruch‹ zu reden, wo es niemals zum Aufbau einer festen Struktur gekommen, die Autonomie der Parteien der Grundsatz des Verbandes geblieben ist. [...] Von einem Versagen der Parteien zu sprechen (Voraussetzung für das Wort vom ›Zusammenbruch‹) heißt einfach, die Deklamation nach außen zum Maßstab nehmen. Es kommt aber darauf an, solche Deklamationen zu hinterfragen, die Meinungskämpfe zu analysieren und den Zustand einer bis dahin nicht wirklich auf die Probe gestellten internationalen Vereinigung sozialistischer oder sozialdemokratischer Parteien zu untersuchen.« H. LADEMACHER, *Kosmopolitismus, Solidarität und Nation*; in: F. VAN HOTHOOON / M. VAN DER LINDEN (Hrsg.), *Internationalism in the Labour Movement, 1830–1940*, Bd. 2, 1988, S. 371–391; hier: S. 378 f.

2. Zusammenbruch der Zweiten Internationale: Burgfrieden statt Klassenkampf, 1914–1918

2.1. »Ein grausam raubes Erwachen«

Am 1. 11. 1914 schrieb Wladimir I. Lenin: »Die II. Internationale ist tot, vom Opportunismus besiegt. Nieder mit dem Opportunismus, es lebe die nicht nur von den »Überläufern«, sondern auch vom Opportunismus gesäuberte III. Internationale.«¹

De facto hatte sich die Zweite Internationale 1914 weder selbst aufgelöst, noch ihre Arbeit für beendet erklärt. Die Institution existierte formal weiter fort, während die Vorstellung dessen, was die internationale Agentur der Arbeiterklasse alles hätte sein können, jäh zerstört worden war. Für die Zweite Internationale war der Ausbruch des Weltkrieges ein herber Rückschlag, der das bisher Erreichte wie ein Kartenhaus zusammenstürzen ließ. Resigniert und im Bewusstsein des Scheiterns hatten die beteiligten Protagonisten das Trümmerfeld der internationalistischen Verständigungspolitik verlassen, um sich in den folgenden vier Jahren in feindlichen Lagern gegenüberzustehen.²

Ein »grausam raubes Erwachen« konstatierte ein desillusionierter Eduard Bernstein,³ während andernorts versucht wurde, das eigene Verhalten mit nationalistischen Phrasen zu beschönigen: Pierre Renaudel wählte sich nach Kriegsausbruch im Recht und wurde nicht müde, das »Versagen« der SPD zu betonen.⁴ Diejenigen SFIO-Repräsentanten, die zuvor auf der Beerdigung von Jean Jaurès gesprochen hatten, instrumentalisierten die Veranstaltung, um das eigene Vorgehen zu rechtfertigen – wenige Stunden später wurden die Kriegskredite im französischen Parlament debattenlos und einstimmig angenommen.⁵ Selbst Edouard Vaillant, der zuvor lautstark für den Generalstreik als ultimo ratio geworben hatte, sprach sich dezidiert für

¹ Zit. n. G. NOLLAU, Die Internationale, 1959, S. 34 ff.

² »Am 4. August 1914 ist die Internationale gestorben; nicht der Krieg hat sie gemordet, sondern der Verrat der Sozialisten selbst. [...] Sie haben ihre Grundsätze, ihre Seele, ihr Klassengewissen geopfert, um ihre mächtigen Organisationen, ihre Presse und ihre Druckereien zu retten, um das Vaterland in der Gefahr zu verteidigen.« J. HUMBERT-DROZ, Der Krieg und die Internationale, 1964, S. 48.

³ E. BERNSTEIN, Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg, 1915, S. 2.

⁴ »Während die deutschen Sozialisten unfähig waren, in der Stunde der Krise parlamentarisch zu handeln, haben die französischen Sozialisten ihre Vorstellungen bei dem Präsidenten des Ministeriums, das aus dem Willen der Kammer hervorgegangen ist, vervielfacht.« J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 37 f.; hierzu auch: P. RENAUEL, Ou en sommes nous, L'Humanité, 4. 8. 1914.

⁵ R. Poincaré berichtet in seinen Memoiren ebenfalls von dem Gespräch mit Jules Guesde, der ihn darum gebeten habe, ein Appell an das deutsche Volk zu richten: »Ich empfinde auf seinen (gemeint ist der Ministerrat, Anm. d. V.) Wunsch einen Führer der sozialistischen Partei [sic], den Deputierten des Departements Nord, Jules Guesde [...]. Er ist ein unentwegter, ehrlicher Doktrinär mit starren Ideen, trübsinniger Logik, etwas rauber Ausdrucksweise und der Erscheinung eines Apostels mit wallendem Haar und langem Barte. In kurzem herzlichem Tone ruft er mir beim Eintreten und beim Fortgehen ein kollegiales »Heil!« zu. Er, den ich als zurückhaltend, eisig, fast hochmütig kannte, schließt sich mir heute ohne Hintergedanken in vertraulichem Gespräch auf. »Ich glaube«, sagte er zu mir, »sobald ein großer französischer Sieg errungen ist, täte die Regierung der Republik gut, der deutschen Nation in einer amtlichen Kundgebung mitzuteilen, daß wir nicht gegen sie, sondern gegen das Kaiserreich kämpfen.« Im weiteren Verlauf des Gesprächs läßt J. Guesde durchblicken,

diese Politik aus.⁶ Die SFIO sah es als ihre Aufgabe an, die Republik und damit die Errungenschaften der französischen Revolution um jeden Preis zu verteidigen (*«Vive la France démocratique, vive la Révolution»*).⁷ Demgegenüber hatte die SPD aus Perspektive der Franzosen nichts, das es zu verteidigen lohnte – keine Republik, keine Mitbestimmung, keine Freiheit. Stattdessen nur Monarchismus und Barbarei (*«un crime contre la civilisation»*).⁸ Folglich kam es nicht von ungefähr, dass die CGT einen offenen Brief verfasste, an die »républicains allemands« gerichtet, und darin alle »freien Deutschen« aufforderte, die Republik auszurufen.⁹

Im Lager der SPD machte sich erst am 1. August, nach der Verhängung des Kriegszustandes durch das Deutsche Reich, ein Umdenken bemerkbar: Fortan stand die Verteidigung der deutschen Regierung im Vordergrund, jegliche Kritik an den »Gewalthabern« wurde ad acta gelegt.¹⁰ Der Parteivorstand ließ verkünden, dass das internationale Proletariat »bis zur letzten Minute« seine »Schuldigkeit« getan habe, »diesseits und jenseits unserer Grenzen, und alle Kraft angespannt, um den Frieden zu erhalten, den Krieg unmöglich zu machen«.¹¹ Noch am selben Tag erschien der Artikel »Europas Schicksalsstunde«, in dem kurzerhand konstatiert wurde: »Eines ist sicher: die Sozialdemokratie trägt keinerlei Verantwortung an den kommenden Ereignissen.«¹² Im Grunde war bereits nach der deutschen Kriegserklärung klar, dass die Sozialdemokratie ihre »Pflicht« gegenüber dem Vaterland erfüllen würde.¹³ Eduard Bernstein erklärt rückblickend, dass die Reichstagsfraktion am 4. August vorab den Entschluss gefasst hatte, für die Kredite zu stimmen.¹⁴ Ähnlich argumentierte Karl Kautsky, für

dass er keine Einwände hat, die »verlorene Provinz« Elsass-Lothringen zurückzuholen, sofern auf weitere Annexionen verzichtet wird. R. POINCARÉ, *Memoiren*, 1929, S. 76.

⁶ Die politischen Führer der SFIO konnten sich in ihrer patriotischen Begeisterung auf das politische Testament von J. Jaurès berufen, der das Prinzip der Landesverteidigung stets verteidigt hatte. C. BLOCH, *Die dritte französische Republik*, 1972, S. 222 f.

⁷ Vgl. J.-J. BECKER, 1914: *Comment les Français sont entrés dans la guerre*, 1977, S. 341 ff.

⁸ Ebd., S. 158.

⁹ Sowohl bei Renaudel, Cashin, Longuet, aber auch bei den Texten der Gewerkschaften findet sich einvernehmlich eine Differenzierung zwischen »dem deutschen Volk« und seinen Machthabern. »Combattre l'Empire« lautete das Schlagwort, gegen den Kaiser, gegen den Kronprinzen – aber nicht gegen »die Deutschen« per se. Auch die SPD-Propaganda zielte auf diesen Aspekt ab. SPD-Parteivorstand, Aufruf, Vorwärts, 25.7.1914, Extraausgabe; Nr. 45; *Die Internationale und der Weltkrieg*; Materialien gesammelt von Carl Grünberg, 1916, S. 57 f.; zur SFIO: C. MALATO, *Aux républicains allemands*; in: *La Bataille syndicaliste*, 9.8.1914; G. CANDAR / C. PROCHASSON (Hrsg.), *Cashin, Carnets 1906–1907*, 1993, S. 707.

¹⁰ In diesem Kontext muss auf die Fraktionssitzung vom 29. und 30. November 1914 verwiesen werden, im Verlauf derer Scheidemann betonte, dass sich die Sozialisten in Frankreich und England nicht anders als die SPD verhalten hätten. W. DITTMANN, *Erinnerungen*, Bd. 2, 1995, S. 259.

¹¹ Nach Verhängung des Kriegszustandes wurden im ganzen Reich Demonstrationen verboten. *Die Internationale und der Weltkrieg*; Materialien gesammelt von Carl Grünberg, 1916, S. 63 f.

¹² Vorwärts, 1.8.1914, ebd., S. 66.

¹³ Dies geschah, wie Wilhelm Dittmann in seinen Erinnerungen deutlich macht, ohne »Hurrapatriotismus«. W. DITTMANN, *Erinnerungen*, Bd. 2, 1995, S. 253.

¹⁴ *Die Internationale und der Weltkrieg*; Materialien gesammelt von Carl Grünberg, 1916, S. 70 f.; hierzu: E. BERNSTEIN, *Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg*, 1915, S. 19/20.

den bereits vor der Sitzung der Reichstagfraktion feststand, »daß die Regierung ihre geforderten Milliarden erhielt«. ¹⁵ Um die proletarische »Ehre« der SPD zu retten, machte Hugo Haase am 4. 8. 1914 im Reichstag, als er die Zustimmung seiner Fraktion zu den Kriegskrediten begründete, klar und deutlich darauf aufmerksam, dass die Sozialdemokratie die Politik der Regierung stets abgelehnt und mit ihren französischen Brüdern für die Aufrechterhaltung des Friedens gekämpft habe. Doch jetzt stehe das Land vor einer »Schicksalsstunde«, weshalb die Partei für die »Verteidigung des Landes« votieren werde. ¹⁶ Zum Schluss seiner Rede verwies Haase noch auf die Forderung der SPD, den Krieg sofort zu beenden, wenn das »Ziel der Sicherung« erreicht sei. ¹⁷

In der Arbeiterbewegung Englands gab es im Vorfeld des Kriegsausbruches noch heftige Proteste gegen eine mögliche Eskalation. ¹⁸ Als Außenminister Grey allerdings am 3. August verkündete, dass die britischen Streitkräfte eingreifen würden, sobald die Neutralität Belgiens verletzt werde, standen auch die britischen Sozialisten vor einer Zerreißprobe. Und anders als in Frankreich oder in Deutschland gab es für Großbritannien keine unmittelbare Bedrohung, sprich keinen Verteidigungsfall. Damit hatte vor allem die Independent Labour Party zu kämpfen, die »in außenpolitischen Fragen sowie für den Bereich der sozialistischen Internationale als Sprecher der Gesamtpartei auftrat, während und weil der eigentliche Kern der Labour Party, die Trade Unions, sich kaum mit Problemen dieser Art befaßten«. ¹⁹ Daher kommt es nicht von ungefähr, dass die Führer der ILP noch am 3. August im Namen der »British Section of the International Socialist Bureau« ein entsprechendes Manifest verfassten und die Politik Greys scharf kritisierten. ²⁰ Kurze Zeit später folgte ein offizielles Statement der Partei. ²¹ Die wohl schärfste Kritik formulierte Ramsay MacDonald in der Sitzung der Parlamentsfraktion am 5. 8. 1914, insofern er das Vorgehen des Deutschen Reichs explizit verteidigte. ²² Als sich die Labour Party indes kurze Zeit später für die Kriegsunterstützung aussprach, wurden die Anschuldigungen MacDonalds scharf zurückgewiesen. ²³ Das Argument, Grey habe die britische Öffentlichkeit ge-

¹⁵ Die Internationale und der Weltkrieg: Materialien gesammelt von Carl Grünberg, 1916, S. 71.

¹⁶ Ebd., S. 76 f.

¹⁷ Interessant bleibt zu erwähnen, dass die SPD in ihrer Propaganda – ebenso wie die SFIO – an die Arbeiter des Kriegsgegners appellierte (SFIO an die deutschen Arbeiter, SPD an die russischen), um diese dazu aufzurufen, die Regierung zu stürzen und das »reaktionäre« Regime zu beenden. Vgl. ebd., S. 74.

¹⁸ J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 41.

¹⁹ A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 42.

²⁰ W. E. WALLING, The Socialists and the War, 2001, S. 153 f.

²¹ Ebd., S. 154 f.

²² Seine Rede wurde im »Labor Leader« am 13. August veröffentlicht: »Germany did next to nothing for peace, but it is not clear whether she actually encouraged Austria to pursue her Serbian policy. The mobilization of Russia drove Germany to war. Russia and France strove both by open pressure and by wiles to get us to commit ourselves to support them in the event of war. [...]« Ebd., S. 157.

²³ Das in der »Socialist Review« veröffentlichte Protokoll zeigt deutlich die Beweggründe für den Kurswechsel der Partei auf: »Its chief argument for supporting the recruiting campaign is that a German victory would lead to the spread of military despotism and to further wars.« Ebd., S. 160 und 163.

täuscht und Geheimverträge verheimlicht, zählte nicht mehr – genauso wie in Deutschland oder Frankreich vergleichbare Argumente, die gegen einen Kriegseintritt sprachen, letzten Endes ignoriert wurden. Ein positiver Bezug zur Sozialistischen Internationale war in Großbritannien weiterhin vorhanden²⁴ und doch rutschte er auch hier in der Werteskala weit nach unten. Damit hatten SPD, SFIO und Labour Party eine klare Entscheidung getroffen – für das Vaterland, gegen ihre Schwesterparteien.

2.2. Abbruch der Kontakte

Die transnationale Kooperation brach nach dem Ausbruch des Weltkrieges, wie bereits angedeutet, völlig ein: Das Sekretariat der Internationale wurde wenige Tage nach Kriegsbeginn von Brüssel nach Den Haag verlegt und die Exekutive – die nach dem Kriegsausbruch nur noch aus Belgien bestand – spontan durch drei holländische Vertreter ergänzt.²⁵ Nicht nur die SFIO, auch der Parteivorstand der Labour Party sprach sich gegen ein Treffen mit der SPD aus, da man befürchtete, ein Treffen mit den Deutschen könne für eine »Aufweichung« des Kampfeswillens sorgen.²⁶ Kurzum: Von jenem verhängnisvollen August an kommunizierte das Parteidreieck mehrere Monate fast ausschließlich über ihre Parteizeitungen. In den dort verzeichneten Diskussionen, vornehmlich zwischen SPD und SFIO ausgetragen, ging es insbesondere um die »Schuldfrage«, d.h. um eine Beurteilung des Kriegsausbruches durch die jeweiligen Protagonisten.

2.2.1. Deutungsstreit zwischen Hermann Müller und Pierre Renaudel

Wenige Monate nach Kriegsausbruch wurde das Treffen Hermann Müllers mit dem SFIO-Parteivorstand vom 1. 8. 1914, das für die Gewährung der Kriegskredite eine entscheidende Rolle eingenommen hatte, schon bald neu aufgerollt und bewertet. In dem Bestreben, das Verhalten Müllers zu kritisieren, verfasste der französische Deputierte Pierre Renaudel im Frühjahr 1915 einen Artikel für die »L'Humanité« und stellte hierbei die Behauptung auf, Müller habe während des Treffens zugesichert, die SPD-Reichstagsfraktion werde sich in der parlamentarischen Abstimmung entweder ihrer Stimme enthalten oder aber gegen die Kriegskredite stimmen.²⁷

²⁴ Die ILP hielt stellvertretend für den britischen Sozialismus die internationale Flagge hoch. Am 13. 8. wurde im »Labour Leader« ein Statement veröffentlicht, in dem die deutschen Arbeiter als »our comrades« bezeichnet wurden. Die Internationale und der Weltkrieg: Materialien gesammelt von Carl Grünberg, 1916, S. 182; W. E. WALLING, *The Socialists and the War*, 2001, S. 320.

²⁵ C. HUYSMANS, *The Policy of the International*, London 1916, S. 20; hierzu auch: G. A. RITTER (Hrsg.), *Die II. Internationale 1918/1919*, 1980, Bd. 1, S. 4.

²⁶ »Außerhalb Deutschlands sollte niemand, der sich Sozialist nennt, sich dazu begeben, auf einem Kongreß, [...] mit Leuten zusammenzutreffen [...], von denen die Grundsätze des Sozialismus [...] verraten wurde.« Zit. n.: J. BRAUNTHAL, *Geschichte der Internationale*, 1963, Bd. 2, S. 51.

²⁷ »Cette visite se produisit le lendemain même de la mort de Jaurès (que Muller apprit en arrivant à Paris). Premier point faux! Muller ne venait point pour les obsèques de notre ami, mais bien parceque le Parteivorstand

Hermann Müller reagierte umgehend auf diese Anschuldigungen und veröffentlichte am 20.3.1915 eine Erklärung. In dieser bezog er sich zunächst auf die Ausführung Renaudels und stellte fest, er sei keineswegs in einer »unerhörten Art und Weise« am 1.8.1914 in Paris empfangen worden.²⁸ Die gezielte Betonung der freundlichen Aufnahme durch den SFIO-Politiker empfand der Sozialdemokrat offensichtlich als anstößig – nicht zuletzt deshalb, weil »ich [...] bereits am 4.11.1914 festgestellt habe: ›Alle französischen Genossen, mit denen ich anlässlich meines kurzen Aufenthalts in Paris kurz vor Kriegsausbruch zusammen war, sind mir in der gleichen herzlichen Weise entgegengekommen wie in früheren Jahren.«²⁹

Die Behauptung Renaudels, Müller habe hinreichend klar gemacht, dass die SPD unter keinen Umständen die Kriegskredite bewilligen werde, wog indes weitaus schwerer, als der Querverweis auf die freundliche Begrüßung. Hierauf entgegnete Müller wenig überzeugend: »Der Zweck meines Pariser Besuches war, den französischen Genossen mitzuteilen, daß es nach Auffassung des deutschen Parteivorstandes angesichts der außerordentlich gespannten internationalen Lage unmöglich sei, den in der Sitzung des Inter. Sozial. Bureaus vom 29.7. beschlossenen und auf den 9.8. nach Paris einberufenen außerordentlichen internationalen Sozialistenkongreß abzuhalten.«³⁰ Diese Relativierung erscheint insofern unvollständig, als aus den Memoiren von deutschen, französischen und holländischen Arbeiterführern klar hervorgeht, dass Müller auch nach Paris fuhr, um eine gemeinsame Strategie zwischen deutschen und französischen Sozialisten hinsichtlich der Bewilligung der Kriegskredite festzulegen. Die Aufzeichnungen von Philipp Scheidemann, Pierre Renaudel oder Müllers Übersetzer Hendrik de Man³¹ belegen dies zumindest sehr deutlich. Dazu passt ins Bild, dass Müller in

était inquiet sur la gravité de la situation. Sudekum prétend que Muller fut reçu « d'une façon inouïe ». Muller fut reçu avec cordialité. [...] Muller affirma que la socialdémocratie, dans les votes des crédits au Reichstag, voterait contre ou s'abstiendrait si les socialistes français s'abstenaient eux-mêmes. » Zeitungsartikel Renaudels in der Parteizeitung »L'Humanité« vom 26.2.1915; in: Die Internationale und der Weltkrieg: Materialien gesammelt von Carl Grünberg, 1916, S. 39.

²⁸ Im »Vorwärts« erklärte er am 5.11.1914 ferner: »In »Orebro Kurieren«, einem schwedischen Parteiblatt, vom 30.10. finden sich in einem Artikel »Die deutsche Sozialdemokratie und der krieg« Mitteilungen über eine Mission von mir in Paris, die in jeder Beziehung unwahr sind; das geht am deutlichsten daraus hervor, daß bei den angeblichen Verhandlungen deutscherseits ein französisch-deutscher Streik gegen die Mobilmachung vorgeschlagen sein soll. Die deutsche Sozialdemokratie hat die Erklärung des Generalstreiks zur Verhinderung der Mobilmachung stets abgelehnt.« Ebd., S. 43.

²⁹ H. MÜLLER, Erklärung, Vorwärts, 20.3.1915; in: ebd., S. 42 f.

³⁰ Ebd., S. 42.

³¹ Der ebenfalls auf dem Treffen anwesende de Man über Müller bzw. die Pariser Begegnung: »Der deutsche Parteivorstand hatte Hermann Müller, der damals wohl sein bester Kopf war und später als Unterzeichner des Versailler Vertrages und Reichskanzler größere Berühmtheit erlangte, nach Paris geschickt, um festzustellen, ob die deutsche und die französische Sozialdemokratie sich nicht in der Frage der Kriegskredite über ihre Haltung einigen könnten, wenn darüber in den Volksvertretungen abgestimmt werden sollte. Die Mission Müllers verlief ziemlich erfolglos, weil sich während seiner Abwesenheit von Berlin dort zuviel ereignete, wozon er gar nichts wissen konnte. Er erklärte zwar, es sei »ausgeschlossen«, daß die Sozialdemokraten für die Kriegskredite stimmen würden, es sei denn in der unwahrscheinlichsten Hypothese eines plötzlichen russischen Überfalles; diese Erklärung entsprach auch durchaus der Stimmung, die noch am 31. Juli in Berlin herrschte.« H. DE MAN, Gegen den Strom, 1953, S. 114 ff.; hierzu auch: P. SCHEIDEMANN, Memoiren eines Sozialdemokraten,

seinen eigenen persönlichen Aufzeichnungen rückblickend einräumt, primär wegen einer »*Aussprache über die politische Situation*« nach Paris gereist zu sein.³²

Welche Aussagekraft hat der Disput zwischen SPD und SFIO? In erster Linie ist er ein Beleg für das tiefe Zerwürfnis zwischen zwei ehemals eng miteinander kooperierenden Parteien. Allzu weit reichende Schlüsse – in Richtung »Schuldfrage« gehend – sollten allerdings keine gezogen werden. Hendrik de Man, der Müller in Paris simultan übersetzt hatte, machte in seinen Memoiren zu Recht darauf aufmerksam, dass der Deutsche während des ominösen Treffens allenfalls seine persönliche Meinung hätte wiedergeben können, da die Lage in Berlin, insbesondere nach der deutschen Kriegserklärung am 1.8., viel zu unsicher gewesen sei.³³ In diesem Kontext klingt das spätere Eingeständnis Müllers, der zugab, dass seine Aussage, die SPD werde keinesfalls für die Kriegskredite stimmen, vorschnell getätigt worden sei,³⁴ durchaus glaubwürdig.

2.2.2. *Gescheitertes Treffen in der Schweiz, Gründung der »Entente Socialiste«*

Wie tief das Misstrauen zwischen französischen und deutschen Sozialisten bereits gedungen war, wird beispielhaft an den SPD-Protokolle im Jahre 1915 deutlich: Auf einer Sitzung der Reichstagsfraktion vom 7. März bekannte Hermann Molkenbuhr, Mitglied des Parteivorstandes, dass »die Gegner Deutschlands« ihre Hoffnungen auf soziale Unruhen setzten »und die Sozialdemokraten Deutschlands sich gegen das übrige Deutschland« wenden. Dies sei insbesondere innerhalb der SFIO eine weitverbreitete Auffassung.³⁵ Im Anschluss daran erzählte er von einer möglichen Zusammenkunft zwischen SPD und SFIO, die von Pieter Jelles Troelstra organisiert wurde, jedoch letzten Endes nicht stattfand.³⁶ Hintergrund für dieses vor allem von den Sozialdemokraten forcierte Treffen war der Eintritt der SFIO-Politiker Marcel Sembat, Jules Guesde und Albert Thomas in das französische Kriegskabinet. Diese Entwicklung wurde von der SPD-Führung als positives Zeichen gewertet, über die französische Schwesterpartei Einfluss auf den Kriegsverlauf nehmen zu können.³⁷

1928, Erster Band; W. DITTMANN, *Erinnerungen*, Bd. 2, 1995, S. 349; Zu Renaudel: P. RENAUEL, *L'Internationale à Berne*, 1919, S. 40–43.

³² Die Aufzeichnungen Müllers sind abgedruckt in: P. SCHEIDEMANN, *Der Zusammenbruch*, 1921, S. 12 ff.

³³ »Ob man sich aber in Berlin dazu bereit finden würde (gegen die Kredite zu stimmen, Anm. d. V.), konnte Müller natürlich nicht sagen.« H. DE MAN, *Gegen den Strom*, 1953, S. 115.

³⁴ P. SCHEIDEMANN, *Der Zusammenbruch*, 1921, S. 17. In der historischen Forschung wurde die Frage, ob Müller das Gespräch rückwirkend falsch wiedergegeben habe, ergo mit einem klaren nein beantwortet. In der Tat gibt es wenige Argumente, die für die These der Fälschung sprächen, zumal Hermann Müllers Worte in der französischen Version nur durch einen Übersetzer wiedergegeben wurden. Hierzu: S. MILLER, *Burgfrieden und Klassenkampf*, 1974, S. 52 ff. J. SCHRÖDER, *Internationalismus nach dem Krieg*, 2006, S. 54.

³⁵ Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses vom 7. März 1915; in: D. DOWE (Hrsg.), *Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921*, 1980, Bd. 1, S. 51.

³⁶ Ebd., S. 51 f.

³⁷ Ebd.

Bereits im August 1914 hatte es einen Versuch gegeben, direkten Kontakt zur SFIO aufzunehmen: Otto Braun war gemeinsam mit Richard Fischer in die Schweiz gereist, um Tuchföhlung zu Salomon Grumbach aufzunehmen, einem im Elsass lebenden Sozialdemokraten mit hervorragenden Verbindungen zur SFIO. Allerdings ließ die Parteiführung um Renaudel eine telegraphische Anfrage Grumbachs, der sich als Mediator anbot, zunächst unbeantwortet verstreichen. Immerhin brachen Renaudel und Jean Longuet am 22.10.1914 in die Schweiz auf, um ein Mittel zu suchen, »de diminuer la tension haineuse entre les deux peuples et de parer au danger des répressailles.«³⁸ Die Historikerin Agnes Blänsdorf vermutet diesbezüglich, dass Grumbachs Telegramm möglicherweise doch Beachtung fand und die SFIO Interesse gezeigt habe.³⁹ Dessen ungeachtet kam ein solches Treffen zwischen beiden Parteien nicht zustande.

Ohnehin wäre eine solche Annäherung in den rechten Parteiflügeln schwer umstritten gewesen, wie aus dem Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David beispielhaft hervorgeht: »Mitteilung von der geplanten Konferenz mit Parteigenossen der feindlichen Länder. Eine Eselei so etwas mitzuteilen. Die Sache ist außerdem in höchstem Maße bedenklich, da die französischen, belgischen und englischen Sozialisten mit ihren Regierungen zusammenarbeiten. Ich sage Scheidemann und Ebert meine Meinung darüber. Wir dürfen uns nicht der Gefahr aussetzen, uns zu Werkzeugen der feindlichen Regierungen machen zu lassen. – Es ist unter allen Umständen zu verhindern, daß diese und irgendeine andere Aktion den Charakter eines Inden-Rücken-Fallens der eigenen Regierung erhält. Darauf zielen die Haase und Genossen ab. Sie wollen den Konflikt mit der eigenen Regierung Kautsky entwickelt die Auffassung daß die Regierung dem Bankrott entgegengehe, der Krieg für sie schlimm ausgehen werde und dann in der großen Erbitterung gegen die Regierung der Weizen der Revolution reife. Kindisch, wie das meiste, was der gelehrte Mann von sich gibt. Aber er glaubt daran und andere glauben es auch.«⁴⁰

Aus der Perspektive der Sozialdemokratie gab es tatsächlich auch einen triftigen Grund, weshalb große Teile der Partei den französischen Genossen mit Misstrauen begegneten und ein gemeinsames Treffen ablehnten: Anfang September 1914 hatten SFIO und POB (Parti Ouvrier Belge) das Manifest »An das deutsche Volk« veröffentlicht, in dem die Deutschen als Kriegsverursacher dargestellt wurden, die Franzosen jedoch als Kämpfer für Demokratie und Freiheit.⁴¹ Diese Sichtweise trug zweifelsohne dazu bei, dass die Fronten auf beiden Seiten zusätzlich verhärteten,

³⁸ R. ROLLAND, *Journal des années de guerre 1914–1919*, 1952, S. 87 f.; allgemein hierzu: A. BLÄNSDORF, *Die zweite Internationale und der Krieg*, 1979, S. 62; S. MILLER, *Burgfrieden und Klassenkampf*, 1974, S. 240 ff.; S. GRUMBACH, *Das Schicksal Elsass-Lothringens*, 1915; G. CANDAR, Jean Longuet, 2007, S. 121.

³⁹ A. BLÄNSDORF, *Die zweite Internationale und der Krieg*, 1979, S. 62; *Le Populaire*, 6. 8. 1916.

⁴⁰ E. DAVID, Tagebucheintrag vom 4. 2. 1914; in: S. MILLER (Hrsg.), *Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David*, 1966, S. 102.

⁴¹ Ebd., S. 33; A. BLÄNSDORF, *Die zweite Internationale und der Krieg*, 1979, S. 59.

zumindest aus dem Tagebuch von Eduard David lässt sich deutlich herauslesen, dass dem Manifest Missbilligung entgegengebracht wurde.⁴²

Während die geplanten Treffen zwischen SFIO und SPD allesamt scheiterten, kam es zu einer öffentlichen Solidarisierung der alliierten sozialistischen Parteien: SFIO, Labour Party und POB (Parti Ouvrier Belge) versammelten sich im Februar 1916 in London, um ein gemeinsames »Manifest« zu veröffentlichen. Darin wurde erklärt, dass sich die genannten Parteien gegen den deutschen Feind zu einer gemeinsamen Allianz zusammengeschlossen hätten.⁴³ Die Konferenz der »Entente Socialiste«⁴⁴ wurde schließlich am 14. 2. 1915 erstmals offiziell einberufen:⁴⁵ Anwesend waren Mitglieder der SFIO, des CGT, der British Socialist Party, der Independent Labour Party, der Fabian Society, der Labour Party sowie Vertreter aus Russland und Belgien. Vor allem der französischen Partei war daran gelegen, gemeinsame Richtungspunkte festzulegen und mögliche Bedingungen für einen Friedensschluss zu formulieren.⁴⁶ Indes konnten sich die anwesenden Delegierten nur auf eine sehr schwache Resolution einigen,⁴⁷ weshalb sich die beiden tonangebenden Parteien, SFIO und ILP, darum bemühten, das Ergebnis in aller Öffentlichkeit als »nicht verpflichtend« zu präsentieren.⁴⁸

⁴² »Guesde und Sembat haben die italienischen Genossen aufgefordert, mit in den Kampf einzugreifen gegen den Zweibund, für Demokratie und Freiheit. Huysmans und Vandervelde sollen seit langem gegen Deutschland gearbeitet haben.« S. MILLER (Hrsg.), Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David, 1966, S. 32.

⁴³ Réponse au questionnaire en vue de la conférence de Stockholm; in: Pendant la guerre. Le parti socialiste, la guerre et la Paix, 1918, S. 7.

⁴⁴ Wie aus dem Nachlass A. Thomas beispielhaft hervorgeht, wurde die »Allianz« auch von Zeitgenossen als »Entente socialiste« bezeichnet. A.N. Paris, NL Albert Thomas, Brief Thomas an van Kol, 11. 9. 1918, AP/94/410.

⁴⁵ A. ROSMER, Le mouvement ouvrier pendant la première guerre mondiale, Bd. 1, ²1993, S. 202 ff.; O. BOULANGER, L'Internationale Socialiste a vécu, 1915, S. 119 ff. A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 166; P. RENAUEL, Humanité, 16. und 17. 2. 1915.

⁴⁶ Ein zentraler Grund für die SFIO, an den Treffen der »Entente Socialiste« teilzunehmen, war die Befriedigung des linken Flügels, der mit fortschreitender Kriegsdauer immer stärker aufbegehrte. Vgl. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 63 f.; A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 158 ff.; O. H. GANKIN / H. H. FISHER, The Bolsheviks and the World War, 1968, S. 256; Die Konferenz ist am ausführlichsten beschrieben bei: C. CHAMPELLAND / J. MAITRON (Hrsg.), Syndicalisme révolutionnaire et communisme, 1968, S. 92–112.

⁴⁷ Im ersten Teil der Resolution wurde der Sieg der Entente gefordert, eine zweite Resolution brachte zum Ausdruck, dass nach dem Kriegsende eine internationale sozialistische Konferenz abgehalten werden müsse und die dritte Resolution protestierte gegen die innerstaatlichen Repressionen in Russland. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 53; A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 164 f.; hierzu auch: A. ROSMER, Le mouvement ouvrier pendant la première guerre mondiale, Bd. 1, ²1993, S. 202 ff.; O. BOULANGER, L'Internationale Socialiste a vécu, 1915, S. 119 ff.

⁴⁸ Hierzu: A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 166; P. RENAUEL, Humanité, 16. und 17. 2. 1915. Trotz der »Opposition« der ILP darf nicht darüber hinweggesehen werden, dass auch die englische Minderheit einen Sieg der »Entente« bevorzugte. In einem Brief an Jean Longuet bemerkte MacDonald beispielsweise: »I try to feel what my German comrades feel, but I accept fully the wording of the resolution which we carried in London.« L'OURS, Fonds Longuet, Brief von MacDonald an Longuet, 21. 7. 1915, 61APO2.

Der Vorstoß der »Entente Socialiste« wurde vor allem im deutschen Sprachraum kritisch beäugt, da man sich im Frühjahr 1915 endgültig darüber bewusst werden musste, dass die Spaltung der Zweiten Internationale vollzogen war. An einer gemeinsamen Konferenz mit der SPD hatten Franzosen und Belgier, wie bereits geschildert, kein Interesse.⁴⁹ Karl Kautsky kommentierte das Treffen der Entente daher sehr polemisch und erbrachte in einem Brief an August Bebel den Vorschlag, eine Konferenz der Mittelmächte abzuhalten und »das Maul« aufzumachen.⁵⁰ Tatsächlich wurde am 12. April 1915 in Wien eine Konferenz der sozialistischen Parteien der Mittelmächte einberufen: Hieran nahmen u.a. Sozialisten aus Deutschland, Österreich und Ungarn teil. Die in Wien vertretenen Ziele unterschieden sich nur unwesentlich von der Londoner Konferenz – wenngleich ein entscheidender Gegensatz auszumachen war: Den Vertretern der Mittelmächte war im Gegensatz zur SFIO und POB sehr daran gelegen, den Kontakt zur »Entente Socialiste« wieder aufzunehmen.⁵¹ Bereits am 7.3.1915 hatte die SPD-Reichstagsfraktion beschlossen, »eine Verbindung mit unseren Genossen in Frankreich, England und Russland herzustellen.«⁵² Das tatsächliche Vorgehen beider Lager demonstriert indes, wie strategisch die an die Internationale assoziierten Parteien, hier insbesondere SPD und SFIO, mit dem Thema Internationalismus umgingen: Ziel war es in erster Linie, die eigene Seite möglichst gut dastehen zu lassen, als »fortschrittlicher« zu zeigen, weshalb ein Engagement auf internationalem Parkett nichts weiter als ein Mittel zum Zweck war.⁵³

⁴⁹ Anders urteilte Salomon Grumbach über die deutsch-französischen Beziehungen im Jahre 1915: In Deutschland sei die Stellung der Sozialdemokratie noch sehr verworren. Eine ähnliche Rede wie die von Longuet, der für Verständigung eintrete, sei in der SPD noch nicht gehalten worden, so der Elsässer. S. GRUMBACH, *Das Schicksal Elsass-Lothringens*, 1915, S. 127 u. 134 ff.

⁵⁰ »Na – hoffentlich nimmt der Hexensabbat bald ein Ende! [...] (Sollte übrigens die märchenhafte »Konferenz« der Ententeinternationale in London zustande kommen, dann müßten wir »Zentralen« wohl auch das Maul aufmachen!) [...]«. Zu einem anderen Schluss kam Kautsky indes in einem Schreiben an V. Adler: »Die ablehnende Haltung unserer »prinzipiellen Freunde« ist sicher nicht angenehm. Immerhin ist es besser, die Ablehnung kommt von ihnen als von uns. Es ist immer angenehmer, wenn schon Dummheiten gemacht werden, daß die anderen sie machen, als daß sie von uns ausgeht. Unser Gewissen ist salvirt [sic!] [...]«. Kautsky an Adler, 1.2.1915; in: PARTEIVORSTAND DER SOZIALISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (Hrsg.), Victor Adler, 1954, S. 608 f.; Kautsky an Adler, 27.2.1915; in: ebd., S. 613 ff.

⁵¹ So lautete das Ergebnis einer Besprechung zwischen Ebert, Haase, Müller, Molkenbuhr und den Vertretern des Internationalen sozialistischen Büros, Huysmans, Albarda und Troelstra. Über das Treffen in Haag, hierzu auch die Rede von F. Ebert auf der Sitzung des Ausschusses: Protokoll der Sitzung des Parteausschusses vom 7. März 1915; in: D. DOWE (Hrsg.), *Protokolle der Sitzungen des Parteausschusses der SPD 1912 bis 1921*, 1980, Bd. 1, S. 61; S. MILLER, *Burgfrieden und Klassenkampf*, 1974, S. 194.

⁵² Protokoll der Sitzung des Parteausschusses vom 7. März 1915; in: D. DOWE (Hrsg.), *Protokolle der Sitzungen des Parteausschusses der SPD 1912 bis 1921*, 1980, S. 53.

⁵³ Kautsky hierzu: »Aber für die Gegenwart und ihr wichtigstes Problem, das Streben nach Verkürzung des Krieges, für rascheste Herbeiführung des Friedens, wurden die Schwierigkeiten der Verständigung nicht dadurch geringer, daß sie bloß taktischer, nicht prinzipieller Natur waren.« K. KAUTSKY, *Sozialisten und Krieg*, 1937, S. 535.

Die Hoffnung der sozialistischen Parteien der Mittelmächte auf eine gemeinsame Konferenz mit den moderaten Kräften der »Entente Socialiste« wurde jäh zerschlagen, als Arthur Henderson 1915 in das englische Kriegskabinett eintrat und bekannt gemacht wurde, dass die Labour Party den Vorschlag des Exekutivkomitees, eine internationale Sozialistenkonferenz einzuberufen, abgelehnt hatte.⁵⁴ Infolgedessen blieb eine weitere Friedensoffensive der Mittelmächte aus. Zwar wurde in einer Sitzung des SPD-Parteiausschusses vom 30.6.1915 dezidiert auf die »Friedensstimmung« in Frankreich Bezug genommen, jedoch war allen Beteiligten klar, dass Initiativen und Protestaufrufe – ähnlich wie in Deutschland auch – keineswegs die offizielle SFIO-Parteilinie widerspiegeln.⁵⁵ Ohnehin wurde festgelegt, »die Partei weiterhin geschlossen durch die schwere Zeit des Krieges« hindurchzuführen, »damit sie mit ganzer Kraft an die neuen großen Arbeiten herantreten kann, die nach dem Kriege bevorstehen«.⁵⁶ Eine Friedenskundgebung wurde dementsprechend abgelehnt.⁵⁷

Faktisch gab es weder in Frankreich noch in Großbritannien im Lager der Parteimehrheiten von SFIO bzw. Labour Party eine grundlegende Bereitschaft, die Forderung nach Frieden dezidiert zu erheben.⁵⁸ Initiativen Dritter waren dementsprechend zum Scheitern verurteilt.⁵⁹ Innerhalb der SPD vertraten Kautsky und Haase zwar die Ansicht, dass ein persönliches Gespräch zwischen französischen und deutschen Sozialisten eine Einigung bringen könnte, jedoch führten die im Frühjahr und Sommer anberaumten Treffen zwischen SFIO und SPD zu keinem Ergebnis.⁶⁰

⁵⁴ Hermann Müller hierzu auf der Sitzung des Parteiausschusses: »Eine Verhandlung mit den englischen Genossen kam noch nicht zustande; störend wirkte hier der Eintritt Hendersons ins Ministerium. [...] Die französischen Genossen wollen von Verhandlungen nichts wissen, wie Vandervelde nach Holland schrieb. [...] In England marschiert der Burgfriede, wie das Zwangsgesetz für die Munitionsarbeiter beweist. Uebrigens tritt auch MacDonald dafür ein, daß dieser Krieg durchgekämpft werden muss, bis zu einem für England günstigen Ende.« Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses vom 30. Juni und 1. Juli 1915; in: D. DOWE (Hrsg.), Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, 1980, S. 171f.; hierzu auch: A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 174.

⁵⁵ Hermann Müller über die Lage in Frankreich: »In Frankreich ist die Situation die alte. Sicher ist, daß die Friedensstimmung im Lande mächtig wächst. [...] Die offiziellen Führer der Partei: Vaillant, Cachin, Hervé, Renaudel, Compère-Morel, Longuet schreiben noch den alten Stiefel. Sie sind mit der Regierung vollständig solidarisiert, in die inzwischen Thomas als Granaten-Unterstaatssekretär mit ausdrücklicher Zustimmung der Partei entsandt worden ist [...]« Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses vom 30. Juni und 1. Juli; in: D. DOWE (Hrsg.), Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, 1980, S. 172.

⁵⁶ Ebd., S. 190.

⁵⁷ Hierzu unter anderem der Kommentar von E. David, in: ebd., S. 172; E. HAASE (Hrsg.), Haase, Sein Leben und Wirken, 1929, S. 108f.

⁵⁸ Selbst Ramsay MacDonald machte Jean Longuet gegenüber deutlich, dass er – wie die ILP insgesamt – hinter den Beschlüssen der Londoner Konferenz stehe. L'OURS, Fonds Longuet, Brief von MacDonald an Jean Longuet, 21.7.1915, 61APO4.

⁵⁹ Hier muss beispielsweise der Vermittlungsversuch von Hjalmar Branting erwähnt werden, der im Juli 1915 nach Berlin, Genf, Paris, London und Den Haag reiste, um sich einen eigenen Eindruck zu verschaffen und etwaige Vermittlungsmöglichkeiten zu prüfen – ohne Erfolg. Vgl. A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 177ff.; W. DITTMANN, Erinnerungen, Bd. 2, 1995, S. 612f.

⁶⁰ Am 12. April fand ein vierstündiges Gespräch zwischen Bernstein und Renaudel bzw. Longuet in der Schweiz statt. Während der Deutsche ein rührendes Vertrauen gezeigt habe, seien die Franzosen

Salomon Grumbach, der zwischen beiden Parteien vermittelte, kam zu dem Schluss, dass vor allem die Franzosen »krankhaft empfindlich« gewesen seien. Karl Kautsky, der gemeinsam mit Eduard Bernstein in der Schweiz war, resümierte zwar, dass das Treffen im Juli sehr »herzlich« gewesen sei, wie ein Treffen zwischen alten Freunden, in der Sache sei man sich jedoch zu keinem Zeitpunkt näher gekommen.⁶¹ Kautsky und Bernstein hätten einen Verständigungsfrieden auf gleichberechtigter Basis angeboten,⁶² doch Renaudel und Jouhaux, die SFIO und CGT vertraten, forderten die Abspaltung der Minderheit von der Partei sowie die Bereitschaft zur Revolution. Dies war, wie die Deutschen klar machten, zum damaligen Zeitpunkt ein Ding der Unmöglichkeit.⁶³ Damit stand fest: Eine vorzeitige Aussöhnung zwischen SFIO und SPD würde und konnte unter den gegebenen Voraussetzungen nicht stattfinden.

2.3. Zimmerwald und die Rebellion der Parteiminderheit

Während die Annäherung zwischen SFIO und SPD scheiterte und eine internationale Sozialistenkonferenz unmöglich schien, ergriff die italienische sozialistische Partei die Initiative und beschloss, gemeinsam im Mai 1915 mit ihren schweizerischen Genossen eine internationale Konferenz vorzubereiten.⁶⁴ Diese wurde im September 1915 in Zimmerwald abgehalten.⁶⁵

mit einer langen Liste an Vorbedingungen in Erscheinung getreten. Dementsprechend sei, so Grumbach, eine Einigung unmöglich gewesen. Ein zweites Gespräch, das im Juni 1915 stattfand, resümierte Karl Kautsky wie folgt: »Bernstein und ich unternahmen es, gleich nachdem wir mit Haase das ›Gebot der Stunde‹ veröffentlicht hatten (Juni 1915), nach der Schweiz zu gehen [...]. Wir trafen uns im Hause des Rechtsanwalts Brüstlein, ohne Steifheit und Verlegenheit, sehr herzlich, wie alte Freunde. Aber das galt nur für das persönliche Verhältnis. In der Sache kamen wir uns nicht näher. Das Streben nach einem baldigen Verständigungsfrieden erschien ihnen als eine Gefahr für die Demokratie. Ungläubig schüttelten Renaudel und Jouhaux ihre Köpfe, wenn wir darlegten, daß ein Verständigungsfrieden unter Verzicht auf jeglichen Gewinn bereits eine große moralische Niederlage für den Militarismus in den Augen des deutschen Volkes darstellen und die Machtposition des Kaisers und seiner Generale gar sehr erschüttern müsse. Unsere französischen Genossen schieden von uns ohne Groll, in herzlichster Weise, aber ohne jegliche Absicht auf Annäherung unserer Standpunkte. Eine Zusammenkunft des Internationalen Bureaus, zu der die Parteiorganisationen der Franzosen und der Deutschen hätten Delegierte senden können, war bis auf weiteres ausgeschlossen.« K. KAUTSKY, Sozialisten und Krieg, 1937, S. 539 f.; Vgl. A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 181; J. LONGUET, La sainte alliance des peuples émancipés; in: Le Populaire, 12. 11. 1918; G. CANDAR, Jean Longuet, thèse de doctorat, 1995, S. 239.

⁶¹ Hierzu die Briefwechsel zwischen Victor Adler und Karl Kautsky vom 31. 7. 1915 bzw. 7. 8. 1915; in: PARTEIVORSTAND DER SOZIALISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (Hrsg.), Victor Adler, 1954, S. 623 f.

⁶² Ebd.

⁶³ A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 182.

⁶⁴ Grund hierfür war der zu befürchtende Eintritt Italiens in den Ersten Weltkrieg im Mai 1915. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 54 f.

⁶⁵ Das Ziel der »Zimmerwalder Bewegung« lautete, die antimilitaristischen Kräfte zu bündeln und gemeinsam für die Beendigung des Krieges einzutreten. Von einem Wiederaufbau oder einer Neugründung der Internationale war erst einmal nicht die Rede, auch wenn sich die »Zimmerwalder Linke« um Lenin und Trotzki nach und nach auf diese (letztgenannte) Lösung versteifte. Ebd.

Das Parteiendreieck hatte kein Interesse daran, offiziell an der Konferenz teilzunehmen. Folglich versammelte sich in Zimmerwald ausschließlich die innerparteiliche Opposition der respektiven Parteien.⁶⁶ Die SFIO machte in aller Deutlichkeit klar, dass sie der Konferenz nicht beiwohnen werde.⁶⁷ Diese offizielle Absage bestätigte den Beschluss der Londoner Konferenz, nur ein Sieg der Alliierten könne diesen Krieg beenden und dauerhaft Frieden bringen.⁶⁸ Ähnlich resolut reagierte die SPD, die am 23. 4. 1915 ein Rundschreiben an die Bezirks und Landesorganisationen verfasste und darin scharf gegen die Parteiopposition agitierte, insbesondere gegen Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Franz Mehring. Es sei die Pflicht eines jeden Sozialdemokraten, gegen das Treiben der radikalen Linken Front zu machen, so das Fazit.⁶⁹ Ebenfalls erfolglos gestaltete sich der Versuch, die Engländer dazu zu bewegen, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen. Zwar sagte die Independent Labour Party zu – allerdings nur unter Vorbehalt, da ihnen eine internationale Konferenz deutlich zu früh erschien.⁷⁰

Schlussendlich lehnten die Parteien kollektiv ab: Ein Treffen zwischen SPD, SFIO und Labour Party sollte nach Ansicht der Parteiführungen *nach* Kriegsende stattfinden und nicht vorher. Ergo kann konstatiert werden, dass die Zimmerwalder Bewegung stiefmütterlich vom Parteiendreieck behandelt wurde.⁷¹ Dies hatte zur Folge, dass sich die Kriegsoption, u. a. in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, der Deutungshoheit in Sachen transnationale Zusammenarbeit bemächtigte,⁷² weshalb

⁶⁶ Indes muss hinzugefügt werden, dass »gemäßigte« Sozialisten wie z. B. Bernstein oder Kautsky erst gar nicht zur Konferenz eingeladen wurden. Vgl. H. LADEMACHER (Hrsg.), *Die Zimmerwalder Bewegung*, Bd. 1, 1967, S. 31 ff.; A. BLÄNSDORF, *Die zweite Internationale und der Krieg*, 1979, S. 214 f.

⁶⁷ »La C.A.P. rappelle qu'elle s'est refusée à participer à cette réunion [...]«. Pendant la guerre. Le parti socialiste, la guerre et la Paix, 1918, S. 128.

⁶⁸ Hierzu auch der Bericht von L. Martov an Robert Grimm (29. 4. 1915), in dem er die Bemühungen Oddino Morgaris skizziert, die belgischen und französischen Sozialisten für die Bewegung zu gewinnen. H. LADEMACHER (Hrsg.), *Die Zimmerwalder Bewegung*, Bd. 1, 1967, S. 50 ff.

⁶⁹ Bereits auf der Sitzung des Parteiausschusses am 7. und 8. 4. konstatierte Friedrich Ebert hinsichtlich der Zusammenkunft der neutralen Parteien unter der Führung der Schweiz: »Das Vorgehen der Schweizer kann der Sache nicht dienen, ganz abgesehen davon, daß ihr Verlangen (die Internationale wieder aktionsfähig zu machen, Anm. d. V.) undurchführbar ist.« Ebd., S. 58; Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses vom 7. und 8. 4.; in: D. DOWE (Hrsg.), *Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921*, 1980, Bd. 1, S. 62 f.

⁷⁰ O. H. GANKIN / H. H. FISHER., *The Bolsheviks and the World War*, 1968, S. 313.

⁷¹ Nichtsdestotrotz sei die Bedeutung der Zimmerwalder Bewegung durchaus groß gewesen, insofern sie – zumindest nach Einschätzung von Kautsky – in Deutschland zu einer Parteispaltung geführt habe. K. KAUTSKY, *Sozialisten und Krieg*, 1937, S. 545.

⁷² Zimmerwald war de facto die erste Konferenz, auf der deutsche und französische Sozialisten gemeinsam eine Erklärung abgaben (nach Kriegsbeginn). Von Seiten der SPD nahmen Adolf Hoffmann und Georg Ledebour an der Konferenz teil. Die SFIO entsandte keine Deputierten; stattdessen waren Albert Bouderon sowie Alphonse Merrheim vom CGT anwesend. Was die Labour Party anbelangte, so konnte diese nicht teilnehmen da die Regierung die Pässe einbehält. W. DITTMANN, *Erinnerungen*, Bd. 2, 1995, S. 374; H. LADEMACHER (Hrsg.), *Die Zimmerwalder Bewegung*, Bd. 1, 1967, S. 158–160.

im Folgenden die Wiederaufnahme internationaler Beziehungen, angetrieben und vollzogen von der parteiinternen Kriegsoption, im Fokus stehen wird.

2.4. *Bemühungen zur Rekonstruktion der transnationalen Zusammenarbeit*

2.4.1. *Überblick: Erstarken der Kriegsoption im sozialistischen Lager*

Bereits in der SPD-Fraktionssitzung zur Abstimmung der Kriegskredite am 4. 8. 1914 stimmten vierzehn Mitglieder gegen die Bewilligung der Kredite; als die zweite Abstimmung anstand (Dezember 1914) waren es siebzehn Parteigenossen;⁷³ im März 1915 schon zweiundzwanzig; im August 1915 sechsunddreißig – und als die fünfte Abstimmung zur Diskussion stand, votierten sogar dreiundvierzig Mitglieder dagegen (dies entsprach zwei Fünftel der damaligen Reichstagsabgeordneten).⁷⁴ Im Juni 1915 verlangte die »Gruppe Haase« schließlich nach einem Kurswechsel,⁷⁵ wandte sich sukzessive gegen die Parteiführung und verfasste einen Brief an den Vorstand, in dem sie das Ende der Burgfriedenspolitik einforderte.⁷⁶ Dieser Schritt brachte die Parteiminderheit um Hugo Haase, Eduard Bernstein oder Karl Kautsky endgültig in Opposition zum Parteizentrum.⁷⁷ Da die Parteimehrheit keine Anstalten machte, ihre Position zu überdenken, war eine Eskalation nur eine Frage der Zeit:⁷⁸ Die endgültige Trennung vollzog sich im April 1917, auf der in Gotha tagenden Konferenz der Oppositionsgruppen. Unter dem Vorsitz von Wilhelm Bock wurde mit 77 zu 42 Stimmen die Gründung der »Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD)« beschlossen. Zu den bekannten Gründungsmitgliedern gehörten Hugo Haase, Karl Kautsky, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Eduard Bernstein, Franz Mehring, Kurt Eisner und Rudolf Hilferding.⁷⁹

Anders als in Deutschland bekannte sich die SFIO lange Zeit zur Kriegspolitik der Parteiführung. Erst im Frühjahr 1915 begannen Alfred Merrheim, einer der führenden Männer im CGT, und Albert Bourderon, Sekretär der Böttchergewerkschaft, mit der Publikation parteikritischer Pamphlete. Entscheidend für die französische

⁷³ Im Reichstag stimmte Karl Liebknecht bereits im Dezember 1914 öffentlich gegen die Bewilligung der Kredite. Infolgedessen stellte Carl Legien den Antrag, Liebknecht aus der Fraktion auszuschließen. W. DITTMANN, *Erinnerungen*, Bd. 2, S. 267 f. und 279.

⁷⁴ J. BRAUNTHAL, *Geschichte der Internationale*, 1963, Bd. 2, S. 70.

⁷⁵ In der Fraktionssitzung vom 4. 2. 1915 forderten Hoch, Haase und Bernstein eine öffentliche Friedensaktion, ein Friedensmanifest, aufgrund der zeitgleich stattfindenden Proteste in Großbritannien. W. DITTMANN, *Erinnerungen*, Bd. 2, 1995, S. 289 ff.

⁷⁶ Hierbei handelte es sich um das von Haase, Bernstein und Kautsky verfasste »Gebot der Stunde« (veröffentlicht am 11. Juni 1915), in dem ein Eroberungskrieg kategorisch abgelehnt wurde. Ebd., S. 295 ff., S. 325 f., S. 336.

⁷⁷ Ebd., S. 413.

⁷⁸ Vgl. S. MILLER, *Burgfrieden und Klassenkampf*, 1974, S. 117 ff.; Ausführlich hierzu: W. DITTMANN, *Erinnerungen*, Bd. 2, 1995, S. 454 ff.

⁷⁹ Die Haase-Gruppe lehnte – wie die SPD – Zimmerwald ab, da sie eine Spaltung der Internationale befürchtete. Demgegenüber sprachen sich die Gruppen Ledebour/Luxemburg klar und deutlich für Zimmerwald aus. J. BRAUNTHAL, *Geschichte der Internationale*, 1963, Bd. 2, S. 72 ff.

Opposition war indes vor allem der Gesinnungswandel von Jean Longuet, der Mitte 1915 Teil des (gemäßigten) Widerstandes wurde⁸⁰ und gemeinsam mit Adrien Pressmane mit der Gründung der Zeitschrift »Le Populaire de Paris« dem Protest eine Stimme verlieh.⁸¹ Ihre zentrale Forderung lautete, keine Gelegenheit zu versäumen, den Krieg zu beenden und den Kontakt mit den Internationalen aufzunehmen.⁸² Ähnlich wie in Deutschland gründete der Widerstand eine oppositionelle Gruppe im Parlament. Im Nationalrat der Partei hatte die Opposition im Frühjahr 1916 insgesamt 960 gegen 1996 Stimmen, im Dezember bereits 1407 gegen 1437 Stimmen. Ein ähnliches Bild ergab sich im Zentralausschuss der Partei, wo die Minorität von acht auf elf Mitgliedern anstieg, die Majorität hingegen von siebzehn auf vierzehn fiel. Diese krasse Zäsur, die sich in Frankreich und Deutschland um das Jahr 1916 vollzog, führte dazu, dass die Zahl derer, die eine Fortsetzung der Burgfriedenspolitik forderten, rapide sank. In Frankreich ging es sogar so weit, dass Anfang 1917 Jules Guesde und Marcel Sembat aus der Regierung austreten mussten, ob des Drucks der Opposition.⁸³ Wie der Gruppe Haase ging es den Genossen Longuet und Pressmane nicht darum, die Niederlage des eigenen Heeres in Kauf zu nehmen oder die Partei zu spalten. Ziel war es, das Vertrauen der frustrierten Massen zurückzugewinnen, einen raschen Frieden herbeizuführen, die Siegfriedenspolitik und Massenschlachten zu beenden, den toten Punkt des Krieges zu überwinden und die Internationale wiederzubeleben, auch unter Hinzuziehung der ausländischen Sozialisten aus Deutschland bzw. Frankreich.⁸⁴

Wesentlich komplizierter gestaltete sich die Situation in Großbritannien, wo es der ILP nicht gelang, sich entscheidend von der Mutterpartei zu distanzieren. Ein Bruch mit der »Dachorganisation« Labour Party, die ähnlich der Parteimajorität von SPD bzw. SFIO klar an der Kriegspolitik festhielt, wurde mehrfach abgelehnt – selbst dann, als Arthur Henderson im Mai 1915 gemeinsam mit dem Bergarbeiter-

⁸⁰ Der Gesinnungswandel von Jean Longuet wurde parteiintern überaus kritisch gesehen. Dies zeigte sich beispielhaft an Longuets Verhältnis zu seinem Freund und Mitglied der Mehrheitsfraktion, Pierre Renaudel: In einem Brief beschwerte sich Longuet darüber, von Renaudel ignoriert zu werden und wehrte sich zudem gegen den Vorwurf, das Erbe von Jaurès »betrogen« zu haben. Des Weiteren erinnerte er ihn daran, dass er, Renaudel, derjenige gewesen sei, der immerzu »positiv« vom deutschen Proletariat gesprochen und sich mit Bernstein beim Treffen in der Schweiz verständigt habe. Im Februar 1916 begann Longuet damit, ein Buch zum Thema »Karl Marx und Frankreich« vorzubereiten. Darin sollten unter anderem Briefwechsel mit bekannten Sozialisten wie Eduard Bernstein oder Karl Kautsky verzeichnet sein. Zu vermuten ist, dass er damit ein Signal setzen und die Funkstille zwischen SPD und SFIO beenden wollte. L'OURS, Fonds Longuet, Brief von Longuet an Andrew Rothstein, 29. 2. 1916, 61APO1; L'OURS, Fonds Longuet, Brief von Longuet an Renaudel, 10. 8. 1916, 61APO2.

⁸¹ G. CANDAR, Jean Longuet, 2007, S. 130 ff.; Le Populaire, 3. Juillet 1916.

⁸² A.N. Paris, SÉRIE F/7. POLICE GÉNÉRALE, Notes Surveillance des partis et mouvements. Grèves. Généralités. Dossiers classés par départements et par corps de métiers (1849–1914). Syndicats jaunes (1901–1909), F/7/12775. Hierzu auch: C. BLOCH, Die dritte französische Republik, 1972, S. 238.

⁸³ J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 67 f.

⁸⁴ M. REBÉRIOUX, Sozialismus und Erster Weltkrieg; in: J. DROZ (Hrsg.), Sozialismus, Zweite Internationale und Erster Weltkrieg, 1976, S. 45–121, hier: S. 69; hierzu auch: G. CANDAR, Jean Longuet, thèse de doctorat, 1995, S. 247.

führer William Brace und G. H. Roberts in die Regierung eintrat.⁸⁵ Der entsprechende Beschluss des Parteitages vom April 1916 lautete, dass eine Trennung von der Labour Party nicht in Frage komme. Nichtsdestotrotz bekannte sich die ILP weiterhin zu ihren außenpolitischen Idealen und forcierte insbesondere über Keir Hardie und Ramsay MacDonald eine Reunion des ISB.⁸⁶

Zusammenfassend fällt auf, dass ILP, USPD sowie der linke SFIO-Flügel eine Radikalisierung des Widerstandes mehrheitlich ablehnten.⁸⁷ Der Impuls, die transnationale Zusammenarbeit gegen den Widerstand der jeweiligen Parteiführung zu forcieren, lag weniger in dem Bemühen, die sozialistische Bewegung zu radikalisieren, als vielmehr in der Absicht, die Lethargie aufzulösen, in der sich die Internationale seit 1914 befand. Auch wenn »die« Kriegsopposition, wie aus den Ausführungen hervorgeht, nicht als monolithischer Block gezeichnet werden kann, war dieser Beschluss außenpolitischer Konsens. Vor diesem Hintergrund wird im nächsten Kapitel untersucht werden, welche Anknüpfungsbemühungen zwischen den Lagern tatsächlich unternommen wurden.

2.4.2. Anknüpfungsbemühungen zwischen USPD, ILP und SFIO

Aufgrund der Revitalisierung transnationaler Kontakte durch die gemäßigte Kriegsopposition⁸⁸ können die Jahre 1916 bis Kriegsende als »Renaissance« des sozialistischen Internationalismus angesehen werden. Hierbei tat sich insbesondere der Franzose Jean Longuet hervor, der in seinen Aktionen von dem Willen geleitet wurde, möglichst zeitnah eine internationale Sozialistenkonferenz einzuberufen.⁸⁹ Die Vo-

⁸⁵ G. D. H. COLE, A History of the Labour Party from 1914, 1948, S. 25.

⁸⁶ Indes sorgte der plötzliche Tod von Keir Hardie im September 1915 für eine Dämpfung der Anti-Kriegs-Agitation. Im gleichen Monat verweigerte die Regierung der Partei, an der Zimmerwalder Konferenz teilzunehmen. Ursprünglich plante die ILP, zwei Abgeordnete – F. W. Jowett und J. Bruce Glasier – in die Schweiz zu schicken. Ebd., S. 30 f.

⁸⁷ Dieser Umstand markiert einen entscheidenden Unterschied zu den radikalen Abweichlern, die sich in Deutschland und Frankreich um 1917/18 formierten. G. Ledebour konstatierte auf der Zimmerwalder Konferenz: »Wir müssen alles vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, es liege in unserer Absicht, das noch bestehende, wenn auch in die vierte Dimension entschwindende Internationale Sozialistische Bureau zu ersetzen oder ihm Konkurrenz zu machen.« H. LADEMACHER (Hrsg.), Die Zimmerwalder Bewegung, Bd. 1, 1967, S. 162. Vgl. A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 233; hierzu auch: G. ELEY, Forging Democracy, 2002, S. 128 f.

⁸⁸ H. LADEMACHER (Hrsg.), Die Zimmerwalder Bewegung, Bd. 2, 1967, S. 332 ff.; Vgl. A. KRIEGER, Aux origines du communisme français 1914–1920, Bd. 1, 1964, S. 122 ff.; A. ROSMER, Le mouvement ouvrier pendant la première guerre mondiale, Bd. 1, 1993, S. 394 ff.

⁸⁹ Beispielsweise fand im März 1916 ein Treffen zwischen C. Huysmans, Longuet, Bourderon, Raffin-Dugens und dem Deputierten von Haute Vienne, Jean Parvy, statt. Auf diesem Treffen wurde das Anliegen der Zimmerwalder, ein Büro zur Koordinierung ihrer internationalen Aktivitäten aufzubauen, das nach Ansicht vieler in Konkurrenz zum ISB stand, diskutiert. Bereits einige Monate zuvor, im Februar 1916, hatte sich Longuet dafür ausgesprochen, die beiden Bewegungen, Zimmerwald und Internationale, zusammenzuführen. Dies stieß auf massiven Widerstand der Parteimehrheit. Brief von Merrheim an Grimm; in: H. LADEMACHER (Hrsg.), Die Zimmerwalder Bewegung, Bd. 2, 1967, S. 486 f.; A.N. Paris, SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Aufzeichnungen der Pariser Polizei vom

raussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung dieses Anliegens waren glänzend: Insbesondere nach England, aber auch nach Deutschland unterhielt der Marx-Enkel erstklassige Kontakte, die er für sein Anliegen geschickt zu nutzen wusste. In Bezug auf die deutschen Genossen sprach er sich indes nur für eine Kontaktaufnahme mit der USPD aus⁹⁰ – seine Haltung zur MSPD, die er scharf kritisierte, blieb weitestgehend unverändert.⁹¹

Besonders enge Verbindungen unterhielt Longuet v.a. zu Ramsay MacDonald, dem Führer der Independent Labour Party. Beide Politiker waren sich darin einig, dass die Alliierten den Krieg gewinnen müssten, beide wollten die Kontaktaufnahme mit der USPD und beide sprachen sich gegen Annexionen aus. Dementsprechend verwundert es kaum, dass ein Brief MacDonalds in Jean Longuets neu gegründeter Zeitung, »Le Populaire«, veröffentlicht wurde, in dem er die Reorganisation der Internationale forderte.⁹² Wenige Tage später wurde erneut ein Schreiben MacDonalds abgedruckt, in dem er die SFIO-Parteimehrheit, insbesondere Marcel Sembat, scharf kritisierte. Des Weiteren sprach er sich gegen die Instrumentalisierung von Jean Jaurès durch die Parteimajorität aus und behauptete, Jaurès hätte, wenn er noch lebte, auf der Seite von Rolland gestanden und gegen den Krieg gekämpft. »Jaurès, par la magie de son génie vous aurait maintenu à l'abri des nuages empoisonnés de la passion guerrière, de telle sorte que vous auriez été capables d'entendre d'autres voix que celle du canon et du champ de bataille.«⁹³ Dieses Vorgehen von MacDonald war zweifelsohne ungewöhnlich. Zwar war es keine Seltenheit, dass ausländische Arbeiterführer in heimischen Zeitungen publizierten, doch die Deutlichkeit, mit der MacDonald dabei vorging, überrascht durchaus, da sich ein englischer Sozialist de facto in die innerparteiliche Diskussion der SFIO einmischte.

23.2.1916. Notes Surveillance des partis et mouvements. Grèves. Généralités. Dossiers classés par départements et par corps de métiers (1849–1914). Syndicats jaunes (1901–1909), F/7/12775.

⁹⁰ Deutlich wurde das beispielsweise an der ersten Ausgabe der »Populaire« am 6. Mai 1916. Bezug nehmend auf eine nicht näher datierte Reichtagssitzung wurde die USPD und insbesondere Haase in höchsten Tönen gelobt, Scheidemann hingegen scharf kritisiert und direkt in dem Artikel zitiert. J. LONGUET, La crise du socialisme allemand, Le Populaire, 6. Mai 1916.

⁹¹ A.N. Paris, SÉRIE F/7. POLICE GÉNÉRALE, Aufzeichnung der Pariser Polizei vom 19. II. 1916. Notes Surveillance des partis et mouvements. Grèves. Généralités. Dossiers classés par départements et par corps de métiers (1849–1914). Syndicats jaunes (1901–1909), F/7/12775.

⁹² R. MACDONALD, Une lettre de MacDonald, Le Populaire, 20.5.1916.

⁹³ Am 28.5. bzw. 4.6. wurde schließlich eine Fortsetzung des Artikels veröffentlicht. Darin attackierte MacDonald den Führer der Parteimehrheit, Pierre Renaudel: »Je lis régulièrement deux de vos quotidiens, l'Humanité et le Populaire du Centre et ils m'apportent les points de vue de vos deux fractions. Je lis aussi ce que disent vos Hervé et vos Cachin et vos autres membres aux jugements non balancés et aux opinions de girouettes. De tout cela il m'apparaît que mon correspondant dit vrai. Vous commencez à sentir le malaise. Renaudel a protesté qu'il ne voulait pas une paix des gouvernements, mais une paix des peuples et du moment où il voudra résoudre ce problème-là, il se trouvera en face des réalités. Et si Renaudel veut une paix des peuples, comment pourrait-il l'avoir, si ce n'est pas par l'Internationale?« R. MACDONALD, Aux socialistes français, Le Populaire, 27.5.1916. Zur deutschlandpolitischen Position MacDonalds, siehe auch: Le Populaire, 15.6.1916.

Insgesamt fällt auf, dass die »Populaire« verstärkt als Medium diente,⁹⁴ die internationalen Aktivitäten der französischen Minorität zu dokumentieren.⁹⁵ Dadurch wurde vor allem nach außen hin gezeigt, insbesondere in Abgrenzung zur Parteizeitung »Humanité«, dass sich zumindest ein Teil der französischen Bewegung für den Wiederaufbau der Internationale aussprach.⁹⁶ Nicht ohne Bedeutung war, dass mit Jean Longuet der Enkel von Karl Marx sowohl Zeitung als auch Parteiminorität leitete. Mit seinem prominenten Ahnen brachte sich Longuet auffallend häufig in Verbindung und verteidigte seinen Großvater gegen germanophobe Ausschweifungen, was ihn peu à peu von der tendenziell deutschlandkritischen Parteimehrheit ent-rückte.⁹⁷

Parallel zu den Initiativen MacDonalds und Longuets trat das Internationale Sozialistische Büro ab 1916 wieder stärker an die Öffentlichkeit: Auf dem Parteitag der holländischen Sozialisten am 9. Januar 1916 verkündete Camille Huysmans in scharfer Abgrenzung zu Lenins Postulat: »Die Internationale ist nicht tot«. Wenig später brach er zu einer Reise nach London respektive Paris auf, um mit SFIO und Labour Party in Verhandlungen über die Einberufung einer internationalen Sozialistenkonferenz zu treten.⁹⁸ Die Initiative des ISB bzw. Huysmans fällt zeitlich mit dem Aufschwung der Parteiminderheit in Frankreich zusammen, die vom Wiederaufleben des Internationalismus zweifelsohne profitierte.⁹⁹ Auf dem »Conseil National« der SFIO am 9. April 1916 stellte sie die Frage der Internationale in den Mittelpunkt ihrer Agitation und konnte einen Achtungserfolg gegen die Parteimehrheit ver-

⁹⁴ Ziel der »Populaire« war es, aufzuklären, die internationale Zusammenarbeit zu intensivieren und dadurch – nach eigenem Ermessen – den Frieden »vorzubereiten.« P. MISTRAL, Pour les mêmes buts, Le Populaire, 20. 5. 1916.

⁹⁵ Dies wird anhand eines Flugblatts (April 1916) deutlich, das penibel darlegt, wer aus dem Ausland an der Zeitung mitarbeitet und als Korrespondent fungiert. Aufgezählt werden beispielsweise: Bernstein, Kautsky, Branting, MacDonald, Snowden. Zudem nahmen Berichte über Parteitage in Großbritannien oder Deutschland, meist in der Rubrik »La vie internationale« unter besonderer Berücksichtigung der dortigen Minorität veröffentlicht, eine zentrale Rolle in der Gestaltung der Zeitung ein. Le Populaire, 8. 4. 1916, Nachlass Albert Thomas, AP/94/409; Britannicus, Le congrès de Newcastle, Le Populaire, 27. 5. 1916.

⁹⁶ Hierzu auch: J. LONGUET, Déclaration, Le Populaire, 6. 5. 1916.

⁹⁷ Beispielhaft hierzu: DERS., Karl Marx es ses diffamateurs, Le Populaire, 27. 5. 1916.

⁹⁸ Zu diesem Zweck reisten Florentinus Wibaut und Camille Huysmans im Januar 1916 nach London und Paris, mit der Intention, in Frankreich bzw. England mit den sozialistischen Parteien über die Wiedereinberufung der Internationale zu verhandeln. Beide Parteien lehnten jedoch ab. A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 279; hierzu auch: Le Populaire, 15. 10. 1916.

⁹⁹ In ihrer Ausgabe vom 20. April konstatierte die Humanité, dass die Parteiminorität die Mehrheit in den Föderationen Bouches-du-Rhône, Côte-d'Or, Côtes-du-Nord, Creuse, Dordogne, Finistère, Indre-et-Loire, Isère, Jura, Loire, Marne, Haute-Marne, Morbihan, Oise, Rhône, Vaucluse, Haute-Vienne inne habe. Der Führer der Parteimehrheit der SFIO, Pierre Renaudel, reagierte verständlicherweise äußerst gereizt auf den Versuch Huysmans, Einfluss auf die innerparteiliche Landschaft der französischen Sozialisten auszuüben, da die Initiative des ISB-Mitglieds von der SFIO-Minorität geschickt genutzt wurde, immer mehr an Boden zu gewinnen und die Parteirechte zurückzudrängen. A. ROSMER, Le mouvement ouvrier pendant la première guerre mondiale, Bd. 1, 1993, S. 135 ff.; A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 293.

buchen.¹⁰⁰ Allerdings wurden die Signale Huysmans wie auch die Botschaft aus Den Haag, wo im Mai 1916 eine Konferenz der »Neutralen« stattfand, in Deutschland kaum wahrgenommen.

Aus den Ausführungen geht hervor, dass die Verständigungsbereitschaft der (Links-)Sozialisten ab 1916/17 stark anstieg. Eine internationale Konferenz, die einen massiven Fortschritt gegenüber der Sprachlosigkeit der ersten Nachkriegsjahre bedeutet hätte, war dennoch nicht umsetzbar. Ein entscheidender Grund hierfür war die starre Haltung der Majorität insbesondere in Frankreich, wo ein Zusammentreffen mit der deutschen Mehrheitssozialdemokratie strikt abgelehnt wurde.¹⁰¹ Gleiches galt für die Labour Party bzw. die MSPD, die sich gegen die Initiativen des ISB aussprachen. Infolgedessen zerschellten die Anknüpfungsbemühungen von transnationalen Akteuren wie Longuet, MacDonald und Huysmans an der starren Haltung der Majoritäten in Deutschland, Frankreich, Großbritannien. Die im Folgenden skizzierte Einberufung der Konferenz von Stockholm, die im April 1917 hätte stattfinden sollen, stellt diesen Malus nachhaltig unter Beweis.

2.4.3. *Die Konferenz von Stockholm*

Nach den revolutionären Ereignissen in Russland¹⁰² wurden auf Initiative der holländischen und skandinavischen Sozialisten am 22. 4. 1917 Einladungen an alle Parteien der Zweiten Internationale verschickt. Ziel war es, anlässlich der russischen »Friedensbotschaft«,¹⁰³ eine internationale Sozialistenkonferenz einzuberufen, die in Stockholm tagen sollte.¹⁰⁴

Die sozialistischen Vertreter reisten je nach Lagerzugehörigkeit mit unterschiedlichen Intentionen nach Schweden: Die alliierten Mehrheitssozialisten wollten die russischen Vertreter davon überzeugen, durchzuhalten und die Wiederbelebung der Internationale zu blockieren. Demgegenüber bemühte sich die MSPD darum, unter dem Deckmantel der Parteiideologie die politischen Umwälzungsprozesse in Russland positiv hervorzuheben – mit dem Ziel, einen Friedensvertrag zwischen Russland und den Mittelmächten zu erreichen. Bereits im Vorfeld der Konferenz deutete sich also an, dass die Positionen der tragenden Parteien unvereinbar waren. Infolge-

¹⁰⁰ Im Ergebnis wurde auf dem Parteitag deutlich, dass die Parteimehrheit der SFIO eine internationale Konferenz aller Parteien nach wie vor für unmöglich hielt, trotz der Initiative Huysmans. Ebd., S. 303 ff.

¹⁰¹ Renaudel verfasste an Huysmans einen Brief, in dem er klar und deutlich darauf hinwies, eine Verständigung mit der SPD grundsätzlich abzulehnen. Indes muss an dieser Stelle nachdrücklich betont werden, dass Jean Longuet eine ebenso rigide Haltung gegenüber der SPD einnahm, wenn gleich er, im Gegensatz zu Renaudel, deutlich zwischen USPD und MSPD unterschied. Ebd., S. 327.

¹⁰² Hierzu: A. BERKMAN, *The Russian Revolution*, 1917, 2000.

¹⁰³ Der Aufruf der Arbeiter- und Soldatenräte im Februar 1917, die Waffen niederzulegen, wurde von den westeuropäischen Kriegsgegnern als Zeichen gewertet, die Kriegshandlungen zu beenden und auf Verständigung zu setzen. J. BRAUNTHAL, *Geschichte der Internationale*, 1963, Bd. 2, S. 82 ff.

¹⁰⁴ Zur Haltung der deutschen und französischen Sozialisten siehe insbesondere: H. A. WINKLER, *Demokratie oder Bürgerkrieg*; in: *Vierteljahresheft für Zeitgeschichte*, 47, 1999, S. 1–23.

dessen vermag es kaum zu überraschen, dass der Stockholmer Kongress in seiner ursprünglich geplanten Form – als allgemeine Sozialistenkonferenz – niemals stattfinden sollte.¹⁰⁵

Faktisch war Stockholm nach Zimmerwald und Kienthal¹⁰⁶ die größte Herausforderung für das sozialistische Parteiendreieck, nicht zuletzt aufgrund der desaströsen innenpolitischen Situation: Die europäische Arbeiterschaft war kriegsmüde, begehrte zusehends auf und verlangte, vom Hungerwinter 1916/17 gezeichnet, ein rasches Ende der Kampfhandlungen. Die Reaktivierung des ISB und die Annoncierung einer allgemeinen internationalen Sozialistenkonferenz – der Ersten nach dem Krieg – war ein Symbol ihrer Friedenssehnsüchte: Alle Hoffnungen richteten sich auf Stockholm.¹⁰⁷

Die französische Parteiminorität hatte sich rasch positioniert und beschlossen, nach Stockholm zu reisen. Die Parteimehrheit um Pierre Renaudel weigerte sich zunächst, diesen Schritt zu vollziehen – musste allerdings dem Druck der Parteibasis nachgeben.¹⁰⁸ Ähnliches geschah in Großbritannien, wo die Labour Party in ihrem Exekutivkomitee in etwa zur selben Zeit und unter ähnlichen Umständen – widerwillig – vereinbart hatte, an der allgemeinen Sozialistenkonferenz teilzunehmen.¹⁰⁹

Beide Parteien, Labour Party und SFIO, kamen darin überein, vor der Reise nach Stockholm eine interalliierte Sozialistenkonferenz abzuhalten, um über ein gemeinsames Friedensprogramm zu beraten. Die interalliierte Konferenz, die am 28. und 29. August 1917 tagte, gab offiziell bekannt, dass die alliierten Sozialisten an der Stockholmer Konferenz teilnehmen würden. Dieser Schritt war insofern überraschend, als sich die Regierungen der kriegführenden Mächte zuvor geschlossen gegen eine Teilnahme ihrer sozialistischen Parteien ausgesprochen hatten. Folglich setzte auch im Mehrheitsflügel der Parteien sukzessive ein Umdenken ein, wobei

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ In Kienthal zeichnete sich der Bruch Lenins mit den Zimmerwaldern deutlich ab. Während die großen Parteien klare Befürworter einer Stärkung des ISB waren, plädierte die radikale Linke entschieden für einen Neuanfang. Paradigmatisch: H. LADEMACHER (Hrsg.), *Die Zimmerwalder Bewegung*, Bd. 2, 1967.

¹⁰⁷ »Die Stockholmer Konferenz der II. Internationale umfaßt mit allen ihren Vorbesprechungen beinahe ein Viertel des Jahres 1917, von April bis Juni. Sie war geboren, hauptsächlich aus der Initiative unserer holländischen Parteifreunde, vor allem Troelstras, und wurde getragen vom Internationalistischen Bureau. Wer nicht allzu vergesslich ist, wird heute noch fühlen und sich erinnern, welch ungeheures Maß von Hoffnungen sich in aller Welt an diese Friedensanbahnungen der Sozialdemokratie knüpften. Über allen Schützengräben stand der Gedanke an Stockholm wie ein neuer Stern von Betlehem, der zur Krippe des Friedenskindes führen mußte. Während dreier Monate waren alle Gedanken der Millionenbeere auf das Ergebnis der Besprechungen der Arbeiterschaft gerichtet, und es war nur zu verständlich, daß der ergebnislose – und nicht durch unsere Schuld ergebnislose! – Verlauf der Konferenz die Kriegsmüdigkeit und den Abscheu vor kriegsverlängernden Annexionsgelüsten ins Ungemessene steigern mußte.« P. SCHEIDEMANN, *Der Zusammenbruch*, 1921, S. 115.

¹⁰⁸ Die Parteimehrheit vermutete hinter Stockholm eine »piège boche« und sprach sich zunächst entschieden gegen die Konferenz aus. Als sich jedoch eine Menschentraube vor dem Sitzungszentrum versammelt hatte und J. Longuet der jubelnden Menge verkündete, an der Konferenz teilzunehmen, lenkte auch die Mehrheit ein. *L'Humanité*, 14. 5. 1917; G. CANDAR, Jean Longuet, 2007, S. 161.

¹⁰⁹ J. BRAUNTHAL, *Geschichte der Internationale*, 1963, Bd. 2, S. 86.

betont werden muss, dass dieser Wandel ob des innerparteilichen Drucks regelrecht erzwungen wurde.¹¹⁰

Mit in dieses Bild passt, dass die allgemeine Sozialistenkonferenz zu Stockholm nach Planung des ISB bereits am 15. Mai 1917 hätte stattfinden sollen. Dieser Termin wurde allerdings zunächst sowohl von Seiten der Labour Party als auch von der SFIO abgelehnt. Grund hierfür war die bereits geschilderte Haltung des Mehrheitsflügels, keine allgemeine sozialistische Konferenz vor Kriegsende einzuberufen, schon gar nicht mit deutscher Beteiligung. Zu einem Umdenken kam es erst, als Marcel Cachin respektive Arthur Henderson Ende Mai 1917 aus Moskau zurückkehrten, um der Partei einen Eindruck über die dortigen Ereignisse zu verschaffen. Beide Arbeiterführer waren mit dem Auftrag versehen worden, eine Wiederbelebung der Internationale zu verhindern und den Kriegswillen der Russen zu stärken.¹¹¹ Zurück kamen sie als überzeugte Anhänger einer internationalen Sozialistenkonferenz, fest davon überzeugt, dass sich eine Reunion der Internationale nicht verhindern lasse. Erst nachdem also das Vorhaben der Parteimehrheit gescheitert war, die Umwälzungen in Russland zum Stocken zu bringen und den Kriegswillen des russischen Volkes zu stärken, gaben SFIO und Labour Party ihre Fundamentalopposition gegen eine internationale Sozialistenkonferenz auf.¹¹²

Allerdings waren die Differenzen insbesondere zwischen MSPD und SFIO nach wie vor so gewaltig, dass eine gemeinsame Konferenz nur geringe Erfolgchancen bot.¹¹³ Bei einem Treffen am 25. April in Kopenhagen zwischen der deutschen Delegation und Thorvald Stauning, einem dänischen Sozialisten, der zwischen SPD und SFIO vermittelte, bot die deutsche Delegation an, die Grenze Elsass-Lothringens um »20 oder 30 Grenzdörfer« auszutauschen, zugunsten Frankreichs.¹¹⁴ Stauning vermittelte der deutschen Delegation, dass Thomas wie der Mehrheitsflügel insgesamt daran interessiert sei, über die elsass-lothringische Frage hinwegzukommen. Als es Ende Mai 1917 in Stockholm zu einem tatsächlichen Treffen mit Huysmans, Branting, Stauning, Troelstra, van Kol und der deutschen Delegation kam – ohne englische

¹¹⁰ Ebd., S. 98 ff.

¹¹¹ Insgesamt muss betont werden, dass die Ablehnung einer internationalen Konferenz in der englischen Labour Party zum Winter 1916/17 weitaus größer war als innerhalb der SFIO. Dies wurde daran ersichtlich, dass die Rede Hendersons auf dem Kongress der SFIO im Dezember 1916 von den Delegierten kaum noch toleriert wurde, insbesondere da er das Klischee, der preußische Militarismus müsse erst besiegt werden, erneut bemühte. Hier zeichnete sich innerhalb der französischen sozialistischen Partei bereits eine starke Hinwendung zur Haltung der Minorität ab. G. A. RITTER (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919, 1980, Bd. 1, S. 6; zum Auftritt Hendersons: A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 356.

¹¹² Hierzu auch: J.-J. BECKER, Les Français dans la grande guerre, 1980, S. 204–220; B. DUROSELLE, La grande guerre des Français, 1998, S. 199–206.

¹¹³ Die Themenfelder Kriegsschuldfrage, Reparationen für Frankreich und Belgien, das Problem Elsass-Lothringen, die Beseitigung der preussischen Militärmonarchie sowie die mögliche Auflösung Österreich-Ungarns sorgten für die Unmöglichkeit einer Einigung. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 86 ff.

¹¹⁴ P. SCHEIDEMANN, Der Zusammenbruch, 1921, S. 121.

oder französische Beteiligung –, wurde allerdings rasch deutlich, dass Elsass-Lothringen nicht das einzige Hindernis auf dem Weg zur Einigung war: Aus den persönlichen Aufzeichnungen Scheidemanns geht hervor, dass die Schuldfrage eine zentrale Bedeutung einnahm und erst im Anschluss daran über territoriale Fragen debattiert werden sollte.¹¹⁵

Es bedarf keiner besonderen Erklärung, dass die Vorschläge der deutschen Delegation zum Thema Elsass-Lothringen von Albert Thomas, mit dem Thorvald Stauning anschließend sprach, grundsätzlich abgelehnt wurden. P. Scheidemann, dem die Ergebnisse des Gesprächs mündlich mitgeteilt wurden, bemerkte hierzu: »*Neues hat er (Thomas, Anm. d. V.) eigentlich nicht gesagt: Elsass-Lothringen gehöre zu Frankreich; unsere Berufung auf den statistischen Nachweis, daß 90% der Einwohner Deutsch reden, beweise nicht, daß die Einwohner auch deutsch denken und fühlen. In Frankreich wisse man, daß die Elsass-Lothringer wieder zu Frankreich wollen und dergleichen mehr.*«¹¹⁶ Zu guter Letzt habe Thomas, der es im Übrigen ablehnte, direkt mit der MSPD zu verhandeln, einen Kompromiss angeboten: Ein Schiedsgericht sollte nach dem Krieg über den Verbleib Elsass-Lothringens entscheiden.¹¹⁷

An dieser kurzen Skizzierung des Gesprächs wird deutlich, dass die Situation mehr als festgefahren war. Kern des Zerwürfnisses war einmal mehr die Haltung beider Parteien zur Kriegsschuldfrage¹¹⁸ sowie zu territorialen Fragen. Insgesamt setzte sich daher vor allem im Lager der SFIO-Mehrheit die Ansicht durch, dass es keine Opposition im Deutschen Reich gebe, die ernsthaft einen Umsturz betreibe – abgesehen von einigen Randgruppen, die jedoch ohne Einfluss blieben. Daher gelangte man zu der Auffassung, die SPD sei dem nationalistischen Wahn in einer Art »Kadavergehorsam« erlegen.¹¹⁹

In der Folgezeit war es bereits zu spät, neue Anknüpfungsversuche zwischen SPD und SFIO zu bemühen: Die alliierten Regierungen hatten beschlossen, jeden Versuch der Sozialisten, zwischen den Fronten zu verhandeln, zu unterbinden.¹²⁰ Letzt-

¹¹⁵ Ebd., S. 130 ff.

¹¹⁶ Ebd., S. 148.

¹¹⁷ »Das schlimmste ist natürlich für die Franzosen die Frage des Prestiges! – Wir gingen auseinander in der Absicht, eine Lösung zu finden.« Ebd.

¹¹⁸ Aus Sicht der SFIO waren vor allem die deutschen »Kriegsverbrechen« Grund genug, die Schuldfrage intensiv zu diskutieren. Zu »Verbrechen« gehörten aus Sicht der Franzosen und Belgier: Deportationen von belgischen und französischen Arbeitern nach Deutschland, Übergriffe auf die Zivilbevölkerung in Nordfrankreich und Belgien. J. SCHRÖDER, Internationalismus nach dem Krieg, S. 85 f.; Hierzu auch: D. OWETSCHKIN, Internationale Solidarität oder nationale Loyalität? in: K. TENFELDE / H.-C. SEIDEL, Zwangsarbeit im Bergwerk, Bd. 1, Essen 2006, S. 63–72.

¹¹⁹ Die SFIO kam übergreifend zu dem Schluss, dass nur eine Revolution in Deutschland einen wirklichen Fortschritt bringen könne. Dieser »innerparteiliche Burgfrieden« zwischen den französischen Parteiflügeln wurde erst im Mai 1917 wieder angetastet, als Philipp Scheidemann seine Rede unter dem Titel »Frieden der Verständigung« hielt und damit deutlich machte, dass auch die deutsche Parteilichkeit klar und deutlich nach Auswegen suchte und Deutschland zu einem »freiheitlichen« Staatswesen zwingen wollte. Hierzu: H. GROSSHEIM, Sozialisten in der Verantwortung, 1978, S. 60.

¹²⁰ Zum Beispiel blockierte die französische Regierung geplante Friedensgespräche von sozialistischer Seite, die sie per se ausschloss.

lich scheiterte die Stockholmer Initiative also erstens an der Intervention der staatlichen Autorität und zweitens am Starrsinn der alliierten Mehrheitspartei­flügel,¹²¹ die zu spät auf den Ruf nach Stockholm reagierten. Es stellt indes kein Widerspruch dar, dass die gescheiterte Konferenz von Stockholm das Verhältnis der britischen und französischen Sozialisten zu ihren Regierungen nachhaltig trübte: Das Verweigern der Pässe für die französischen Kongressteilnehmer Anfang September 1917 trug wesentlich zur Auflösung der Union Sacrée bei. In Großbritannien sprach sich Minister Henderson für die Teilnahme an der Konferenz aus und geriet deshalb in Opposition zur Regierung – was dazu führte, dass er zurücktreten musste.¹²² Wenn­gleich die Kriegskoalition weiterhin Bestand hatte, so führte der Rücktritt Hender­sons aus dem Kriegskabinett zu einer größeren Eigenständigkeit der Labour Party, die sich sukzessive von der Regierung Lloyd George distanzierte.¹²³

2.5. *Resümee: Abbruch der Kontakte*

Es steht außer Frage, dass es den Mittlerpersonen um MacDonald, Longuet, Kautsky oder Bernstein während des Weltkrieges misslungen war, die transnationale Kooperation zwischen der »Entente Socialiste« und den Parteien der Mittelmächte zu normalisieren. Zwar kam es wiederholt zu Kontakten, diese führten allerdings, wie gezeigt, zu keinem konkreten Ergebnis. Die SFIO pochte auf die deutsche Allein­schuld und forderte territoriale Kompensationen, während die SPD – und später die MSPD – insbesondere den ersten Punkt rigoros ablehnte. Die Gründung der USPD sorgte zwar für eine Entspannung des Verhältnisses zu den französischen Genossen, indes reichte die Ablehnung des Krieges durch einzelne Partei­flügel und -gruppie­rungen nicht aus, um den Gordischen Knoten zu lösen, eine lagerübergreifende Ver­ständigung zu erreichen und inhaltlich an einem Strang zu ziehen – weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene. Erschwerend hinzu kamen die kompli­zierten Reise- und Transportbedingungen, unter denen eine transnationale Zusam­menarbeit stattfinden musste: David Marquand zeigt in seiner Biographie über Ramsay MacDonald sehr anschaulich, dass der britische Politiker mehrfach an einer Ausreise gehindert, kurzzeitig sogar eingesperrt, zwangsrekrutiert und aufgrund sei-

¹²¹ Beispielhaft hierfür: Albert Thomas, der für die SFIO-Mehrheit federführend auf dem Petrogra­der Sowjet verhandelte und den Ausschluss der SPD und der Zimmerwalder als Vorbedingung für eine Konferenz forderte. Des Weiteren verhandelte er getrennt als »Agent der Entente« mit den Russen, verweigerte Longuet und anderen Mitglieder der gemäßigten Parteiminorität die Ausreise­genehmigung und machten den russischen Genossen deutlich, dass er bei Nichtberücksichtigung seiner Kernpunkte (Rückführung Elsass-Lothringens, Klärung der Schuldfrage) darauf verzichten würde, mit den Deutschen zu verhandeln. Dieser hektische Aktivismus von Thomas im April 1917 dokumentiert, wie schwierig bereits die Vorverhandlungen waren. Ebd., S. 151.

¹²² Im Übrigen kam es auch in Großbritannien zu Ausreiseverweigerungen und darüber hinaus auch zu Drohungen der britischen Gewerkschaft der Seeleute und Heizer, die sich weigern wollten, etwaige Konferenzteilnehmer nach Stockholm zu fahren. G. A. RITTER (Hrsg.), *Die II. Internationale 1918/1919*, 1980, Bd. 1, S. 8.

¹²³ Ebd., S. 9.

ner pazifistischen Haltung zum »Staatsfeind« deklariert wurde.¹²⁴ Daraus geht beispielhaft hervor, dass der dürftige lagerübergreifende Kontakt nicht zuletzt eine unmittelbare Folge staatlicher Repressalien war, die eine transnationale Kooperation nahezu unmöglich machten.

3. Kriegsende und endgültiges Scheitern der Zweiten Internationale (1919–1922)

Im folgenden Teil I.3. wird gezeigt werden, welche Anstrengungen die handelnden Protagonisten unternahmen, um den bestehenden Kontaktstopp im sozialistischen Lager nach dem Ende des Weltkrieges zu überwinden. Hierbei muss aber stets berücksichtigt werden, dass der Zerfallsprozess der Zweiten Internationale von 1914–1918 zu großen Teilen von *exakt denselben Akteuren* verantwortet wurde. So ergibt sich das Paradoxon, dass die einstigen »Totengräber« der internationalen Arbeiterassoziation nunmehr für eine Revitalisierung des transnationalen Austausches sorgen sollten. Welche Rolle das Parteiendreieck in diesem Kontext spielte und inwiefern es zu einer Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen SPD, SFIO und Labour Party kam, wird in den folgenden Kapiteln, die zugleich den Beginn des Hauptteils der Dissertation markieren, im Zeitraum von 1919 bis 1922 analysiert werden.

3.1. *Zweite Internationale in Bern 1919: Die Wiederaufnahme internationaler Beziehungen*

3.1.1. *Vorgeschichte: Waffenstillstand und Wilson-Plan als Katalysatoren*

Nach der gescheiterten Konferenz von Stockholm war der Frieden von Brest-Litowsk die nächste Bewährungsprobe für die internationale Sozialdemokratie und hier im Besonderen für die alliierten Sozialisten. Bereits Ende des Jahres 1917, als sich abzeichnete, dass die »Bolschewisten« ein separates Ausscheiden aus dem Krieg für erwägenswert hielten, versuchten die britischen Sozialisten in Kooperation mit dem ISB erneut, eine interalliierte Sozialistenkonferenz einzuberufen. Als diese im Februar 1918 in London zusammentraf, war jedoch bereits deutlich geworden, dass die russischen Vertreter den Friedensvertrag unterzeichnen würden, was im März 1918 dann auch passierte. Ziel der Konferenz war es also nicht mehr, auf Russland einzuwirken,¹ sondern vielmehr ein interalliiertes Friedensprogramm zu formulie-

¹²⁴ D. MARQUAND, Ramsay MacDonald, 1977, S. 186–206.

¹ Brief von Huysmans an Dubreuilh, *Humanité*, 3.1.1918.

ren, ein »Memorandum on War Aims«, ² das den Sozialisten der Mittelmächte wenig später vorgelegt wurde. ³

Die Antwort der sozialistischen Vertreter aus Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien fiel durchaus positiv aus. ⁴ Allerdings führten Verhandlungen zwischen Troelstra und Scheidemann, die im Zuge des Aufenthaltes in Stockholm (August 1917) stattfanden, zu keinem Erfolg, weil sich die SPD nach wie vor weigerte, Elsass-Lothringen als gesamteuropäisches Problem zu bewerten und die Schuldfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Beide Punkte – Klärung der territorialen Frage (Elsass-Lothringen) nebst einer moralischen Bewertung des Krieges (Schuldfrage) – waren für die alliierten Sozialisten allerdings die Vorbedingung schlechthin für das Abhalten einer internationalen Konferenz, weshalb kein Konsens erzielt werden konnte.

Von großer Bedeutung waren diese internen Meinungsverschiedenheiten jedoch nicht mehr: Schlussendlich wurden alle Bestrebungen, doch noch zu einem gemeinsamen Ergebnis zu gelangen, erneut durch die alliierten Regierungen unterwandert, die inoffizielle sozialistische Konferenzen untersagten. ⁵ Insofern war die Chance auf eine Einberufung einer allgemeinen Sozialistenkonferenz endgültig vertan. ⁶

Als im Oktober 1918 die Niederlage Deutschlands besiegelt und der Waffenstillstand ausgehandelt war, beschlossen die alliierten sozialistischen Parteien, einen Weltkongress einzuberufen. ⁷ Einen Monat nach ihrer Tagung, im November 1918, unter-

² Inhaltlich wurde in dem Memorandum das Selbstbestimmungsrecht der Völker betont, weshalb die Antwort der sozialistischen Parteien der Mittelmächte, insbesondere der SPD, durchaus positiv ausfiel. Problematisch war indes, dass Elsass-Lothringen zum Sonderfall deklariert wurde und vor allem aus Sicht der SFIO bereits als territorialer Bestandteil Frankreichs gesehen wurde. Hierzu: The Labour Party and the Trade Union Congress, Memorandum on War Aims, Approved by the Special Conference of the Labour Movement held at the Central Hall, Westminster, London, on Friday, December 28th, 1917, London 1929; Le Populaire, 2. 9. 1917.

³ Zeitgleich fand in London ein Treffen der alliierten Parteiminderheiten in einem Sitzungszentrum der Fabian Society statt, das jedoch ohne Einfluss blieb. Prominente Teilnehmer waren beispielsweise Ramsay MacDonald, Jean Longuet, Paul Mistral, A. Pressemane. Le Populaire, 2. 9. 1917; Le Populaire, 15. 9. 1918.

⁴ Der Antwortbrief von Hermann Müller wurde am 16. 7. 1918 im Vorwärts veröffentlicht. Insgesamt stimmten beide Seiten darin überein, einen Vergleich der Kriegsziele/Friedensbedingungen anzustreben, um einen Konsens zu finden. G. A. RITTER (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919, 1980, Bd. 1, S. 11.

⁵ Von den führenden Sozialisten der alliierten Länder war nur Emile Vandervelde offiziell bevollmächtigt, für sein Land auf der wenige Monate später stattfindenden Friedenskonferenz zu sprechen. Ebd., S. 12 f. und S. 17; J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 167.

⁶ Erschwerend hinzu kam aus sozialistischer Sicht das Eingreifen der amerikanischen American Federation of Labor (AFL), die es sich zum Ziel gemacht hatte, sämtliche Friedensbestrebungen ad acta zu legen. Zu diesem Zweck wurde eine Delegation nach Europa entsandt, die auf der vierten interalliierten Konferenz, die vom 17. bis 20. September 1918 stattfand, für eine erneute Wendung nach rechts sorgte, was Huysmans zu der Bemerkung hinreißen ließ, die erneute Revision sei ein »final act of the parody of internationalism«. G. A. RITTER (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919, 1980, Bd. 1, S. 15.

⁷ Ebd.

zeichneten Huysmans, Henderson, Vandervelde und Thomas eine Einladung, die an die sozialistischen Parteien aller Länder verschickt wurde.⁸ Das bedeutete allerdings auch, dass sich die Vertreter der Siegermächte gleichsam als »Gastgeber« einer allgemeinen Sozialistenkonferenz verstanden, die in Eigenregie über Inhalt und Zielsetzung des Aufeinandertreffens bestimmen konnten. Des Weiteren war die Zusammensetzung der Kommission, bestehend aus den vier genannten Personen, zugleich eine politische bzw. ideologische Botschaft, denn bekanntermaßen waren Thomas, Vandervelde und Henderson Vertreter der Parteimehrheit und damit Wortführer des rechten Flügels ihrer Parteien.⁹ In Zeiten revolutionärer Transformationsprozesse (zunächst in Russland), die in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch in Deutschland und Frankreich ihre volle Dynamik entfalten sollten,¹⁰ war der Widerstreit – und Widerspruch – zwischen reformistischen und revolutionären Tendenzen besonders groß. Dementsprechend war die Einberufung eines Weltkongresses »von oben herab« das entsprechende Signal, welche politische Stoßrichtung die wiederaufgebaute Internationale haben sollte und welche Parteien und –flügel dabei den Ton angeben würden. Ziel war also in ideologischer Hinsicht ganz klar die Abgrenzung vom kommunistischen Modell russischer Prägung.¹¹

Inhaltlich wurde die Berner Konferenz in erheblichem Maß von der Friedensnote Woodrow Wilsons bestimmt. Wilson selbst wollte zwar verhindern, ausschließlich mit der Arbeiterschaft in Verbindung gebracht zu werden, indes entfachten seine Vorschläge in Frankreich und England große Begeisterung in den Reihen der Sozialisten. Die SFIO feierte die Ankunft Wilsons zur internationalen Friedenskonferenz und die Labourites entsandten ihrem »illustrious leader of World Democracy« einen enthusiastischen Willkommensgruß. Beide Parteien waren fest dazu entschlossen,

⁸ J. BRAUNTHAL, *Geschichte der Internationale*, 1963, Bd. 2, S. 167 f.

⁹ Insgesamt kann für das Jahr 1918 festgehalten werden, dass die oppositionellen Strömungen in den alliierten Ländern, mit Ausnahme Italiens, stark zurückgingen. M. REBÉRIOUX, *Sozialismus und Erster Weltkrieg*; in: J. DROZ (Hrsg.), *Sozialismus, Zweite Internationale und Erster Weltkrieg*, 1976, S. 116 f.

¹⁰ Vgl. A. WIRSCHING, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, 1999, S. 61 ff.

¹¹ Die zweite russische Revolution im Frühjahr 1917 hatte bereits eine ungemeine Strahlkraft entwickelt, die u. a. auch auf die (westl.) Kriegsoption Wirkung entfachte. Nachdem mehrere international renommierte Sozialisten im Jahr 1917 nach Russland gereist waren, fasste insbesondere A. Henderson den Entschluss, dass dem Bolschewismus eine »sozialistische« Alternative entgegengestellt werden müsse. Konkret fürchtete der Brite, die russische Revolution könne verheerende Folgen auch für die britische Gesellschaft haben. Eben deshalb machte sich der Pragmatiker Henderson im Verbund mit R. MacDonald und dem Fabier S. Webb daran, ein neues Parteiprogramm der Labour Party zu entwerfen, das erstmals konkrete innenpolitische Ziele formulierte und als »Labour and the new social order« in die Geschichte einging. Wie der Historiker J. M. Winter beispielhaft gezeigt hat, war Hendersons Russlandreise hierfür der entscheidende Impuls. In Deutschland begann sich die SPD seit 1918 scharf von der russischen Revolution zu distanzieren, was eine Übertragung auf Deutschland anbelangte; die »majorité« der SFIO reagierte nahezu gleichförmig. J. M. WINTER, *Arthur Henderson, the Russian Revolution, and the Reconstruction of the Labour Party*, in: *Historical Journal*, Vol. 15 (1972), No. 4, S. 753–773; J. ZARUSKY, *Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell*, 1992, S. 43.

die Politik des amerikanischen Präsidenten zu unterstützen und über seine Vorschläge Einfluss auf ihre Regierungen auszuüben.¹²

Eine eigene, »genuin sozialistische« Außenpolitik zu entwerfen war angesichts der Lagerbildungen und inhaltlichen Divergenzen – insbesondere in Frankreich – unmöglich, weshalb die Unterstützung der 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten einen Kompromisscharakter besaß. Dessen politische Agenda wurde dabei, einem Kaleidoskop gleich, so lange gedreht, bis sich für die Parteiminorität und -mehrheit im sozialistischen Lager das Gesamtbild ergab, das ihnen am besten passte.¹³ Was die Begeisterung für die Person Woodrow Wilson anbelangt, so muss sicherlich betont werden, dass die Jubelstürme bereits wenige Monate nach der Friedensverhandlung stark abebbten.¹⁴ Nichtsdestotrotz blieben Wilsons Ideen von zentraler Bedeutung für den außenpolitischen Horizont des Parteidreiecks in der Zwischenkriegszeit, wie im weiteren Verlauf der Arbeit noch gezeigt werden wird.

3.1.2. Ziele des Parteidreiecks im Vorfeld

In Bern trafen im Februar 1919 die Sozialisten Europas und der Welt zum ersten Mal nach Kriegsbeginn aufeinander. Zu diesem Zeitpunkt war komplett offen, welchen Verlauf die Konferenz nehmen könnte, ob die kriegsführenden Parteien nach der Verletzung ihrer internationalen Pflichten bestraft werden würden, wie man die kommunistische Bewegung bewerten sollte – ja es war nicht mal sicher, dass die Sozialistische Internationale als Organisation weiterhin Bestand haben würde. Kern der Unsicherheit über die Zukunft des internationalen Sozialismus war das Zerwürfnis des Parteidreiecks, das im Krieg auf unterschiedlichen Seiten gestritten hatte.

Auf innerparteilicher Ebene wurden die Mehrheitssozialdemokraten insbesondere in Frankreich und Deutschland von einer immer stärker werdenden Opposition

¹² Hierzu: G. A. RITTER (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919, 1980, Bd. 1, S. 27 f.; J. L. SNELL, The German Socialists and Wilson's peace policy, 1950; J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 171 f.

¹³ Dies wurde beispielsweise im Rahmen der interalliierten »Labour and Socialist Conference« deutlich, die am 20.–24. 2. 1918 veranstaltet wurde. Deren »Memorandum on War aims« muss zwar im Vergleich zu früheren Vorschlägen geradezu moderat bewertet werden, jedoch wurde Elsass-Lothringen trotz Wilsons »Selbstbestimmungsrecht der Völker« weiterhin als »Sonderfall« gewertet: »The Conference declares that the problem of Alsace and Lorraine is not one of territorial adjustment, but one of right, and thus an international problem the solution of which is indispensable if peace is to be either just or lasting.« Inter-Allied Labour and Socialist Conference, London, 20.–24. 2. 1918. Memorandum on War aims; in: Hierzu: G. A. RITTER (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919, 1980, Bd. 2, S. 701.

¹⁴ Auf der Berner Konferenz selbst waren die Erwartungen, die man gegenüber Wilson hegte, bei einigen Arbeiterführern bereits stark zurückgegangen. So bemerkte Hjalmar Branting in seiner Eröffnungsrede: »Wilson hat es versucht, mit seinen 14 Punkten mitten im Kreise der Staatsmänner und Politiker der kapitalistischen Welt gewissermaßen eine geistige Revolution durchzuführen. [...] Aber in Paris, wo jetzt die Sieger der Welt Gesetze vorschreiben, vertritt Wilson nur eine unter mehreren Großmächten und kaum diese einzige in ihrer Gesamtheit.« Statt ausschließlich die Hoffnungen auf Wilson zu bauen, plädierte Branting entschieden dafür, zu alter Stärke zurückzufinden und selbstständig für die Durchsetzung des 14-Punkte-Programmes zu kämpfen. Arbeiter- und Sozialistenkonferenz in Bern, 3. bis 10. Februar 1919; in: ebd., Bd. 1, S. 197.

geplagt, die sich in zunehmendem Maße radikalisierte – während im Inland jede Form der Kooperation mit dem »Feind« äußerst genau geprüft wurde. Die Chancen auf eine rasche Wiederherstellung einer kraftvollen internationalen Organisation waren also zu keinem Zeitpunkt vorhanden. Wenn überhaupt von einer einheitlichen Absicht gesprochen werden kann, dann ging es darum, Schadensbegrenzung zu betreiben (vor allem im Hinblick auf eine zukünftige Nachkriegsordnung), sich langsam aufeinander zuzubewegen, um in ferner Zukunft eine homogene Organisation bilden zu können.

Die französische Delegation,¹⁵ die zu diesem Zeitpunkt tief gespalten war, reiste mit der Motivation nach Bern, die Internationale wiederzubeleben und die Verantwortung der deutschen Sozialisten für den Kriegsausbruch schriftlich zu fixieren. Der letzte Punkt wurde dabei insbesondere von der Parteimehrheit gefordert, vertreten durch Albert Thomas, Pierre Renaudel, Edgard Milhaud und Ernest Poisson.¹⁶ Für eine klare Unterstützung Wilsons sprach sich die Parteirechte nicht aus, ganz im Gegensatz zur von Longuet geführten Minderheit, die sich dezidiert hinter die Friedensnote stellte.¹⁷ Darüber hinaus plädierte sie für einen Sozialistenkongress mit kommunistischer Beteiligung, was die um Renaudel und Thomas gruppierte Majorität wiederum scharf zurückwies.¹⁸ Einig waren sich beide Blöcke in der »Schuldfrage«, wenngleich die SFIO-Parteimehrheit wesentlich stärker darum bemüht war, die deutsche Mehrheitssozialdemokratie zu attackieren und für ihre »Vergehen« zu diskreditieren.¹⁹ Dadurch wollte man Vorwürfen aus dem Inland vorbeugend entgegenreten, die SFIO agiere antipatriotisch und stelle sich auf die Seite des Feindes. Denn bereits die Beteiligung an der internationalen Sozialistenkonferenz war dem bürgerlichen Lager in Frankreich ein Dorn im Auge, ganz zu schweigen von der extremen Rechten.²⁰ Eben deshalb besaß die Berner Konferenz von Anfang an einen Kompromisscharakter für den rechten Parteiflügel: Einerseits ging es darum, teil-

¹⁵ Teilnehmer für die SFIO waren: Marcel Cachin, L. O. Frossard, Jean Longuet, Fernand Loriot, Paul Mistral, Adrien Pressemane, Paul Faure, Raoul Verfeuil (alle Mitglieder der Parteiminderheit), Edgard Milhaud, Ernest Poisson, Pierre Renaudel, Albert Thomas (alle Mitglieder der Mehrheit).

¹⁶ Hierzu: A.N., SÉRIE F/7. POLICE GÉNÉRALE, Jean Longuet, Polizeibericht vom 10.7.1918, F7/15979.

¹⁷ Im Dezember 1918 wurde ein Telegramm von Arthur Henderson, adressiert an W. Wilson, in der *Humanité* abgedruckt. Inhalt des Schreibens: Wilson sollte ganz im Sinne seiner zuvor formulierten 14 Punkte auf der Pariser Friedenskonferenz Einfluss nehmen. Innerhalb der CAP wurde das Telegramm äußerst positiv aufgenommen, man sprach sich sogar für eine Demonstration zu Ehren Wilsons aus, um Hendersons Vorhaben zu unterstützen. Allerdings wurde der Gedanke doch wieder verworfen, insbesondere aufgrund der Intervention von Pierre Renaudel, der sich auf der CAP-Sitzung gegen eine »Beeinflussung der Diplomaten« aussprach. A.N., SÉRIE F/7. POLICE GÉNÉRALE, Pierre Renaudel, Polizeibericht vom 18.12.1919, F7/16001/2.

¹⁸ A.N., SÉRIE F/7. POLICE GÉNÉRALE, Pierre Renaudel, Polizeibericht vom 20.2.1919, F7/16001/2.

¹⁹ Stein des Anstoßes war nicht zuletzt die Billigung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk durch die MSPD. *Humanité*, 16.1.1918; *Humanité*, 17.3.1918.

²⁰ Die Sorge der SFIO, eine Teilnahme an der Berner Konferenz könne negativ aufgenommen werden, war alles andere als unbegründet, wenn man die Reaktionen der Presse im Anschluss daran berücksichtigt. Hierzu: *Liberté*, 6.2.1919; *Liberté*, 2.2.1919; *Le Petit Journal*, 8.2.1919.

zunehmen, ohne dabei »französische Interessen« (Schuldfrage, Elsass-Lothringen) zu diskreditieren. Auf der anderen Seite musste die aufbegehrende Minorität zufriedengestellt werden, um eine mögliche Spaltung der Partei zu verhindern.

Demgegenüber gelang es der britischen Delegation in Bern,²¹ eine im Großen und Ganzen einheitliche Meinung zu vertreten.²² Ziel der Labour Party war es primär, eine internationale Konferenz einzuberufen und den Fortbestand der Internationale zu sichern.²³ Hierfür war man durchaus bereit, Brücken zu bauen, um bestehende Gräben zu überwinden – die insbesondere zwischen SFIO und MSPD bestanden. Auf Initiative der Labour-Vertreter wurde der Beeinflussung einer künftigen Friedensordnung höchste Priorität eingeräumt, weshalb die Politik Wilsons großen Zuspruch fand und insbesondere Arthur Henderson die Ansicht vertrat, eine kraftvolle Botschaft der Berner Konferenz könne die zwischenstaatlichen Friedensverhandlungen positiv beeinflussen.²⁴ Insgesamt muss daher konstatiert werden, dass die englischen Vertreter nur geringfügig über ideologische oder gar moralische Fragen diskutieren wollten und vor allem die politische Praxis im Blickfeld hatten. Der deutschen Vertreter Bernstein, Müller und Jansson fassten in einem undatierten Manuskript die Labour-Strategie wie folgt zusammen: »Die Aufgabe der Deutschen war die Propaganda des Sozialismus und ihre wissenschaftliche Fundierung. Die Aufgabe der Engländer ist es, bei der praktischen Verwirklichung des Sozialismus mit an der Spitze zu marschieren. Die Zeit der Diskussionen ist beendet, der Tag der Tat ist hereingebrochen.«²⁵ Diese überspitzte Darstellung suggeriert, die Labour Party habe das Zepher der SPD übernommen und führe die Internationale nun zur praktischen Verwirklichung ihrer Ziele. Davon konnte freilich, kurz nach Kriegsende, (noch) keine Rede sein, auch wenn die britische Delegation sichtlich darum bemüht war, Frieden zu stiften und einen Konsens anzustreben.

Im Lager der ehemaligen Mittelmächte hoffte die deutsche Mehrheitssozialdemokratie darauf, mit Hilfe der alliierten Sozialisten einen gemäßigten Frieden zu erreichen. Schon im Oktober 1918 bemerkte Brockdorff-Rantzau in einer Denkschrift, dass »durch weitgehende Konzessionen die Friedensstimmung in den feindlichen Ländern« (insbesondere in den breiten Volksschichten) so geschürt werden könne, dass die Führer der Entente zu Friedensverhandlungen gezwungen wären.²⁶ Insofern war

²¹ Teilnehmer für die britische Labour Party: Concemore Thomas Cramp, Arthur Henderson, James Ramsay MacDonald, John McGurk, Ethel Snowden; für die TUC: Margaret Bondfield, Thomas Geenall, Robert Shirkie, George H. Stuart-Bunning, James Henry Thomas.

²² Hierzu: G. A. RITTER (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919, 1980, Bd. 1, S. 45.

²³ Vgl. O. H. GANKIN / H. H. FISHER., The Bolsheviks and the World War, 1968, S. 67.

²⁴ Siehe hierzu ein Interview Hendersons in der Times, in dem er eben diesen Aspekt erörterte. The Times, 24.7.1917.

²⁵ G. A. RITTER (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919, 1980, Bd. 1, S. 47.

²⁶ Die Tatsache, dass der deutsche Gesandte in Bern, Freiherr von Romberg, im Vorfeld der Konferenz durch den bisherigen Chefredakteur der Münchener Post, Dr. Adolf Müller, ersetzt wurde, zeigt, dass diese These durchaus von Relevanz ist. Müller war Sozialdemokrat und konnte umgehend Kontakt zu Huysmans in Bern knüpfen, der ihn über die Haltung der einzelnen Sektionen der Internationale informieren konnte. Dementsprechend wurde die Möglichkeit, über die Arbeiterbewe-

mit der deutschen Beteiligung ein ganz klares Kalkül verbunden: Der internationale Sozialismus sollte Deutschland dabei helfen, eine »gerechte« Friedensordnung zu etablieren. Die Chancen, diese politische Strategie in die Tat umzusetzen, standen trotz des Zerwürfnisses zwischen SFIO und MSPD nicht schlecht, weil es auch im alliierten Lager Arbeiterführer gab, die mit den französischen Forderungen überhaupt nicht einverstanden waren. Hierzu gehörten beispielsweise der Schwede Hjalmar Branting und der Führer der Labour Party, Arthur Henderson: Branting hatte im Verlauf der alliierten Sozialistenkonferenz im Herbst 1918 nachdrücklich für eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen plädiert. Henderson stand in engem Kontakt zum britischen Premier, Lloyd George, und setzte sich in einem persönlichen Schreiben an den Regierungschef mit den französischen Forderungen (Annexion linksrheinischer Gebiete, Reparationen) auseinander. Er ermunterte ihn dazu, deutlich zu machen, dass die britische Regierung die Forderungen Frankreichs nicht unterstützen werde, und stärkte damit die Position Lloyd Georges als Vertreter der britischen Interessen – und denen der britischen Arbeiter.²⁷

An der Konferenz nahmen von Seiten der MSPD Otto Wels, Hermann Molkenbuhr und Hermann Müller teil – einflussreiche Parteimitglieder, gewiss, aber auch nicht die tonangebenden Politiker der Partei.²⁸ Die »erste Garnitur« (hier v.a. Ebert und Scheidemann)²⁹ war zum Zeitpunkt des Berner Zusammentreffens mit der Regierungsbildung in Weimar beschäftigt respektive der Eröffnung der Nationalversammlung und konnte oder wollte daher nicht teilnehmen. Ohnehin ist anzunehmen, dass die Erwartungshaltung von deutscher Seite nicht sehr hoch war. Auch wenn es wie eben beschrieben gute Kontakte zu einflussreichen Arbeiterführern auf der alliierten Seite gab, war die Zukunft der MSPD innerhalb der Internationale ungewiss: Neben den massiven Angriffen der französischen Mehrheit stand zur Debatte, die Partei aufgrund ihrer Entscheidungen aus der Internationale auszuschließen.³⁰ Dies konnte auf der Konferenz verhindert werden, dennoch konnte von einer fühlbaren Beeinflussung der Friedensverhandlungen, wie noch zu zeigen sein wird, keine Rede sein.

Die USPD war auf der Konferenz mit Hugo Haase, Karl Kautsky, Hermann Jäcke und Kurt Eisner vertreten.³¹ Ihr Anliegen war es in erster Linie, die zerbrochenen Kontakte wiederherzustellen und dafür die deutsche Kriegsschuld einzugestehen. Des Weiteren sollte eine klare Distanzierung zur MSPD erfolgen, die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland angeprangert werden, um dadurch weitere Ab-

gung Einfluss auf die Friedensverhandlungen ausüben zu können, durchaus ernst genommen. Ebd., S. 45.

²⁷ Ebd., S. 45 ff.

²⁸ Allgemein zur Berner Konferenz: J. BRAUNTHAL, *Geschichte der Internationale*, 1963, Bd. 2, S. 167 ff.; J. ZARUSKY, *Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell*, 1992, S. 80 ff.

²⁹ S. FEUCHT, *Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933)*, 1998, S. 166.

³⁰ Vgl. ebd.

³¹ Hierzu: R. F. WHEELER, *USPD und Internationale* 1975, S. 58 ff.

spaltungstendenzen linksorientierter Gruppen, die sich deutlich von den Parteimehrheiten distanzieren wollten, zu verhindern. Insgesamt sollte ein Linksrutsch der Internationale erreicht werden, um endgültig mit der Burgfriedenspolitik zu brechen. Hoffnungsträger waren diesbezüglich unter anderem die österreichische Linke um Friedrich Adler, die ILP sowie der linke SFIO-Flügel.³²

Zusammenfassend fällt auf, dass die Ziele der Parteien und Parteiflügel unterschiedlicher nicht sein konnten: Während es der SFIO vor allem darum ging, die »Schuldigen« für 1914 zu bestrafen, bemühte sich die MSPD, mit Hilfe ihrer internationalen Kontakte günstigere Friedensbedingungen zu erzielen. Zwischen diesen beiden Polen stand die um Konzessionen bemühte Labour Party, die im Vergleich zu ihren Schwesterparteien mit dem – ex post betrachtet – aberwitzigen Ziel nach Bern gefahren war, die Internationale wiederzuvereinen und die bestehenden Konflikte einzudämmen.

3.1.3. Die Konferenz von Bern (3.–10. 2. 1919):

Zwischen Kriegsschuldfrage und bolschewistischer Bedrohung

Im Folgenden werden die Beziehungen des Parteidreiecks, wie sie sich auf der Berner Konferenz dargestellt haben, im Fokus stehen. Hierbei muss betont werden, dass die Berner Konferenz in ihrer Bedeutung für den Fortbestand des internationalen Sozialismus nicht hoch genug eingestuft werden kann. Es war der erste Kongress nach Kriegsende, das erste Aufeinandertreffen der verfeindeten Mehrheitssozialdemokraten – und eben deshalb ist eine Analyse der Debatten, anhand der Kongressakten, von zentraler Bedeutung.

Bereits in seiner Eröffnungsrede wies der Präsident der Konferenz, Hjalmar Branting, sehr deutlich darauf hin, dass eine »klare Aussprache« unausweichlich sei: »Es ist außerdem meine tiefe Überzeugung, daß nur durch eine offene Aussprache in diesen Dingen die Atmosphäre geschaffen werden kann, in welcher der Aufbau eines neuen Vertrauens zwischen denen, die doch alle zum selben Ideal emporstreben, möglich sein wird.«³³ Diese euphemistische und zugleich hoffnungsvolle Beschreibung des Aussöhnungsprozesses wurde jäh durch die darauf folgende Debatte unterbrochen. Als Albert Thomas das Wort ergriff, um den Themenkomplex »Kriegsverantwortung« in Eigenregie zu eröffnen, wurde rasch klar, dass er nicht nach Bern gefahren war, um seine tiefe Enttäuschung zu verbergen: »On nous disait: Vos socialistes d'Allemagne, vos camarades d'Alle-

³² Ebd.

³³ »[...] Wir haben es nicht vergessen, wie die erste Internationale nach dem Sturze des französischen Kaisers in Sedan einen anständigen Frieden mit der französischen Republik gefordert hat, und wie Bebel und Wilhelm Liebknecht einer verwilderten nationalistischen Volksstimmung ihres Landes Trotz boten, welche die Annexion von Elsass-Lotbringen gegen den klaren Willen der Bevölkerung verlangte. Es kann jetzt an uns die Reihe sein, mit derselben Bestimmtheit gegen den Annexionismus, von welcher Seite er auch kommen mag, vorzugeben, und im Namen der gesamten sozialistischen Demokratie Europas anständige Friedensbedingungen zu fordern für die neuen Republiken, welche aus den Ruinen der alten Kaiserreiche entstanden sind.« Arbeiter- und Sozialistenkonferenz in Bern, 3. bis 10. Februar 1919; in: G. A. RITTER (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919, 1980, Bd. 1, S. 196.

magne se soumettront en cas de mobilisation et ils marcheront. Nous savions bien combien pesait lourdement sur vous la discipline du militarisme prussien. Nous savions toutes les difficultés de votre action; nous savions que, plus encore que d'autres, vous étiez opprimés, foulés aux pieds, écrasés. Mais nous nous demandions si peu à peu, sous une forme quelconque, votre esprit socialiste ne se manifesterait pas, s'il ne se produirait pas chez vous une attaque contre votre gouvernement impérialiste.»³⁴

Die Rede von Thomas war eine umfassende Generalabrechnung mit der Politik der SPD von 1914 bis 1918, verbunden mit dem Appell, die zukünftige Ausrichtung der Internationale mit klaren Forderungen an die einzelnen Sektionen zu verbinden, die ohne Ausnahme eingehalten werden müssten. Seine sicherlich überzogene Moralpredigt stand letztlich repräsentativ für die gesamte SFIO, die das Vorgehen der Deutschen als »Verrat« interpretierte und ein erneutes Versagen befürchtete.³⁵

Direkt auf Thomas antwortete für die MSPD Otto Wels. Gleich zu Beginn seiner Rede stellte er klar, dass er die Anschuldigungen des Franzosen nicht für »zweckdienlich und nützlich für den Ausbau der Internationale« halte: »Mir scheint die Erklärung des Genossen Thomas aus zwei Teilen zu bestehen, die sich diametral gegenüberstehen und die einander widersprechen. Der erste Teil ist gut und hat einen klugen Sinn, denn er fordert die Aufrichtung der Internationale. Der zweite Teil aber ist meiner Überzeugung nach das Gegenteil des ersten. Ich kann ihn deshalb nicht als klug bezeichnen und kann auch nur sagen, daß ich nicht glaube, daß er der Aufrichtung der Internationale dient, denn er verlangt die Brand-

³⁴ »Camarades, je ne veux pas refaire ici toute la lourde histoire de ces quatre années de guerre. Les crédits ont été votés au Reichstag. Il s'agira encore de savoir dans quelles conditions, de quelles informations vous disposez, comment vous avez été trompés. Mais l'heure est venue où des hommes chez vous ont vu juste. L'heure est venue où Liebknecht le 2 décembre a parlé, où d'autres ont parlé avec lui. L'heure est venue où des documents de plus en plus nombreux ont été publiés, où les révélations se sont multipliées. L'heure est venue où la lumière s'est répandue. Et que faisaient à cette époque les socialistes d'Allemagne? [...] Oui, je l'ai dit en commençant, il faut une internationale solide et puissante; mais il faut une Internationale qui ne soit pas entachée de honte par la défiance mutuelle que la trahison de quelques-uns de ces membres peut apporter à son action ultérieure.« Ebd., S. 204 ff.

³⁵ Ein zweiter wichtiger Punkt in der Rede von Thomas war die Denunzierung der Bolschewisten, die er stellvertretend für den rechten Parteiflügel an den Pranger stellte (»caricature du marxisme et du socialisme«). Damit war endgültig klar, dass sich zumindest die »Majorité« nicht mit einem weiteren Linksrutsch der Internationale abfinden würde. Der Kongress sollte nicht nur die Kriegsschuld der Sozialdemokratie zur Schau stellen, sondern gleichzeitig einen sozialistischen »Schutzwall« gegen jedweden bolschewistischen Einfluss aufbauen. »Il y a des camarades qui disent que la question de la défense nationale se posait de la même manière d'un côté ou de l'autre du Rhin. Il y a des camarades qui disent que le facteur national est un facteur sans doute secondaire et qui nous accusent d'avoir pendant la guerre en accomplissant l'effort que nous avons fait et que nous revendiquons le front haut devant l'Internationale – ils nous accusent d'avoir subordonné le problème socialiste, le problème de la lutte de classes à la lutte pour la défense du pays.« Dieser Hinweis auf die Relevanz der nationalen Integration war zugleich ein klarer Seitenhieb gegen die Zimmerwalder Bewegung respektive all jene, die eine Integration in den Nationalstaat zur Gänze ablehnten. Auch wenn Paul Mistral in einer kurz darauf folgenden Rede stellvertretend für die SFIO Parteimehrheit klarstellte, dass die Internationale die revolutionären Bewegungen in Russland, Deutschland und Österreich noch nicht ausreichend gewürdigt hätte, kann kein Zweifel daran bestehen, dass der Mehrheitsflügel skeptisch bis ablehnend auf einen Linksrutsch reagierte. Arbeiter- und Sozialistenkonferenz in Bern, 3. bis 10. Februar 1919; in: ebd., S. 207.

markung und die Ausschließung eines Teils derjenigen Sozialisten, die er deutlich bezeichnet als in den Reihen der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie sitzend.«³⁶

Wels verwies darauf, dass in Paris ebenfalls imperialistische Kräfte saßen, weshalb es die Pflicht des Berner Kongresses sei, nach vorne zu schauen und alles dafür zu tun, eine gerechte Nachkriegsordnung zu ermöglichen. Dies sei die »Pflicht« des internationalen Sozialismus – die eigentlichen Schuldigen seien in Deutschland bereits bestraft worden: »Wir haben zwanzig Dynastien, haben unsere angestammten Landesväter zum Teufel gejagt, und dies ist der Anfang des Volksgerichtes über die Schuldigen, das in Deutschland begonnen hat. Wir deutschen Sozialdemokraten sind von der Mitschuld am Weltkriege freizusprechen, denn deutsche Sozialdemokraten saßen nicht in den Regierungen; deutsche Sozialdemokraten nahmen nicht teil an den Vorbereitungen zum Kriege. Wir deutschen Sozialdemokraten haben vor dem Kriege und haben am 4. August vor unserem ganzen Volke betont, daß wir uns einig fühlen besonders mit den Sozialdemokraten Frankreichs im Kampfe gegen den drohenden, den hereinbrechenden Weltkrieg.«³⁷

Im Folgenden rekurrierte Wels vor allem auf das französisch-russische Bündnis, bezeichnete es implizit als »Akt der Barbarei« und malte noch einmal das Schreckensgespenst einer russischen Invasion an die Wand, das die SPD dazu getrieben habe, sich zur Landesverteidigung zu bekennen. Zur Bekräftigung seiner Aussagen zitierte er Jaurès, der im Sommer 1914, kurz vor seiner Ermordung, Russland zum Einlenken aufgefordert hatte.³⁸ Des Weiteren warf er Thomas vor, die Sozialdemokratie im Zuge der Verhandlungen von Brest-Litowsk im Stich gelassen zu haben, insofern die SFIO versäumt habe, Druck auf die französische Regierung auszuüben.³⁹ Zum Abschluss seiner Ansprache warnte er noch einmal eindringlich vor

³⁶ Ebd., S. 210.

³⁷ Die folgenden Ausführungen von Wels waren insbesondere Anschuldigungen gegen Thomas: »Statt dessen sucht Thomas hier seine Opfer zu finden. Er fordert, daß auch die Sozialdemokraten die Schuldigen beraussuchen aus der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie. Er denkt nicht daran, daß die Internationale, so imposant auch ihre Vertretung ist, keine geschlossene Internationale darstellt, denn große Teile der Arbeiterschaft sind hier nicht vertreten. Die schweizerische sozialdemokratische Partei hat gestern beschlossen, sich an dieser Konferenz nicht zu beteiligen. Wären die Schweizer gestern zu anderen Beschlüssen gekommen, dann könnte Genosse Thomas heute vielleicht von der Schweizer Delegation hören, dass die ›Scheidemänner‹ nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern zu finden sind, daß sie die Anklage erheben würde gegen Sozialisten sowohl in Frankreich wie in England, die die Politik ihrer Regierungen während der ganzen Dauer des Krieges gestützt haben, daß man die Anklage, sie seien Knechte des Imperialismus, nicht nur gegen die deutschen Sozialdemokraten, sondern auch gegen die in Frankreich erhebt. Wenn der Scheiterbaufen, den der Genosse Thomas für die deutschen Sozialdemokraten der Mehrheit errichten will, brennen soll, dann schleppten jene Arbeitergruppen nicht bloß den Scheidemann und den Ebert heran, daß die verbrennen, sondern da würden die Schweizer dafür sorgen, daß Thomas neben Scheidemann stehen würde.« Ebd., S. 211.

³⁸ Außerdem fügte Wels hinzu: »Wir Sozialdemokraten haben die Methoden der Kriegsführung, wie sie in Belgien betätigt wurden, niemals gebilligt (Zuruf: ›Aber auch nicht bekämpft!‹).« Ebd., S. 216.

³⁹ »Ich frage den Genossen Thomas: Wo blieb euer Protest? Wo bleibt IHR und eure Regierung, als man in Brest-Litowsk tagte? Den Verhandlungen in Brest-Litowsk war der bekannte Funkspruch ›An Alle‹ vorgegangen, erlassen von der Sowjetregierung, und eingeleitet wurden die Verhandlungen mit dem Antrage Trotzki's, sie auf acht Tage zu verschieben, um auch den Regierungen der Entente Gelegenheit zu geben, dorthin zu kommen und die allgemeinen Friedensverhandlungen einzuleiten. Ihr aber kamt nicht! Ihr ließet die Sowjetregierungen allein, und so hemmtet ihr unsere, der deutschen Sozialisten Arbeit und schufet für die deutschen

»pharisäischer Splitterrichterei und eitler Rechthaberei« und betonte, dass beide Seiten Fehler gemacht hätten.

Da sich nun auch die SFIO angegriffen fühlte, entwickelte sich im Folgenden ein munteres Rededuell, im Verlauf dessen sich die Kontrahenten all das an die Köpfe warfen, was sich in vier Jahren Krieg angestaut hatte. Renaudel antwortete direkt auf Wels und erinnerte daran, dass die MSPD nur mit einer Rumpfmannschaft auflaufe, während die eigentlichen Verantwortlichen wie Scheidemann und Ebert zu Hause geblieben seien. Hermann Müller habe bei seinem Besuch in Paris (August 1914) der SFIO die Garantie gegeben, dass die deutsche Regierung keinen Krieg wünsche und die Kriegskredite ablehnen würde. Um diese Anschuldigung beweisen zu können, las Renaudel das Protokoll der gemeinsamen Sitzung vor, das an diesem Tag zum ersten Mal in aller Öffentlichkeit verlesen wurde. Im vollen Wissen, dass die USPD die SPD für schuldig befinden würde, versuchte er außerdem, die anwesenden Parteien in die Pflicht zu nehmen, über die Verantwortlichkeit der deutschen Sozialdemokratie zu richten – auch im Hinblick auf die Ermordung von Liebknecht, der als Erster die Wahrheit über den Krieg ausgesprochen habe.⁴⁰ Ergo muss festgehalten werden, dass Renaudel die Konferenz als Tribunal interpretierte, was er auch in seinem Schlusssatz noch einmal sehr deutlich machte: *«Il faut qu'entre les majoritaires et les minoritaires allemands, l'Internationale juge.»*⁴¹

Kurt Eisner, der im Folgenden für die USPD an das Rednerpult trat, kritisierte die Rede von Wels und gab zu Protokoll, dass die Deutschen ganz alleine schuld am Krieg seien. Die SPD sei dem Irrtum erlegen, der Krieg könne schnell gewonnen werden und habe deshalb die Kriegskredite im Parlament »durchgewunken«. Ganz besonders echauffierte er sich über die brüske Ablehnung des Londoner Manifestes der alliierten Sozialisten im Jahre 1915: *«Ich saß damals in einer Gefängniszelle und schäumte vor Wut, nicht etwa über die Unmoral, sondern über die Dummheit dieser Politik. Denn damals mußte man schon klar sein darüber, wohin wir steuern. Sie, Genossen der Mehrheitssozialisten, haben mitgeholfen, Deutschland in den Abgrund zu betzen.»*⁴²

Hermann Müller, der auf Eisner und Renaudel reagierte, bemerkte in einer sehr rechtfertigenden und vergleichsweise kraftlosen Rede, dass für Deutschland, aber auch für die deutsche Sozialdemokratie in jenem verhängnisvollen Augustsommer die Existenz des deutschen Volkes auf dem Spiel gestanden hätte.⁴³ Beim Kriegs-

Annexionisten die Stimmung, gegen die wir uns vergeblich wehrten und die allein ein Brest-Litowsk möglich machte.» Ebd., S. 218 f.

⁴⁰ *«Nous ne nous sommes pas cachés en France que le jour où nous nous trouverions devant une conférence internationale, nous accepterions d'établir les responsabilités de la majorité allemande et que nous les établirions en face de la minorité allemande. L'Internationale doit choisir entre vous ou eux, ce n'est pas entre vous et nous.»* Ebd., S. 220 f.

⁴¹ Ebd., S. 229.

⁴² Ebd., S. 239.

⁴³ *«Unsere deutschen Parteigenossen sahen die große Gefahr, die ihnen drohte infolge dieser Mobilmachung. Sie sahen das, was ja später in Ostpreußen auch eingetreten ist, sie sahen ihr Land verwüstet und aufs Höchste gefährdet. Sie fürchteten, und auch das trat ein, daß in ganz kurzer Zeit England in diesen Krieg eintreten würde,*

ausbruch selber sei die deutsche Sozialdemokratie einflusslos gewesen, weshalb weitere Vorwürfe überflüssig seien. Ähnlich wie Wels ging auch Müller gegen Ende seiner Rede dazu über, die französischen und englischen Sozialisten für ihre Haltung anzugreifen: »Da, wo ich die deutsche Mehrheitspartei zu verteidigen babe, liegt es mir fern, Vorwürfe erheben zu wollen. Aber das möchte ich sagen, daß, als im Jahre 1917 den Ententesozialisten hintereinander mehrfach die Pässe verweigert wurden für Stockholm, da babe ich auch keinen großen Einfluß auf die Demokratie der westlichen Länder sehen können. [...] Glauben sie, daß man eine internationale Atmosphäre dadurch schaffen kann, daß eine Konferenz, an der zum großen Teil die Sozialisten der kriegsführenden Länder beteiligt sind, die während des ganzen Krieges durch dick und dünn doch auch mit ihrer kapitalistischen Regierung gegangen sind, [...] über unsere deutsche Mehrheitspartei richtet? Wenn ein objektives Urteil gefällt werden soll, kann es nur mit Hilfe der Neutralen gefällt werden [...].«⁴⁴

Die verbale Schlammschlacht zwischen MSPD und alliierten Sozialisten wurde im Folgenden vor allem vom Auftreten der USPD gestört, die klar und deutlich gegen die einstige Mutterpartei aufbegehrte und die Mehrheitssozialdemokraten endgültig in die Defensive drängte. Hier muss insbesondere die Rede des »Cheftheoretikers« der Zweiten Internationale, Karl Kautsky, hervorgehoben werden, der seine ehemaligen Parteigenossen scharf für ihr Verhalten während des Weltkrieges kritisierte, seine Vorwürfe mit detaillierten Berichten stützte und dafür massiven Zuspruch aus dem alliierten Lager erntete.⁴⁵

Es waren vor allem die britische Delegierten, die an einem konstruktiven Ausgang der Konferenz interessiert waren: Ziel der »Labourites« war es, die bestehenden Konflikte zu beenden, ein starkes Signal an die alliierten Mächte auszusenden und

und, wie Wels schon gesagt hat, sie wußten, daß es sich handelte um einen Kampf um Sein oder Nichtsein unseres deutschen Vaterlandes, und sie glaubten, daß sie der Demokratie den schlechtesten Dienst erweisen würden, wenn sie in dieser Situation in erster Linie den Heeren des russischen Zaren hülften, statt zu ihrem Lande zu stehen.« Ebd., S. 250.

⁴⁴ Zum Abschluss seiner Rede sprach er noch eine Warnung aus und machte deutlich, dass die SPD neben der Labour Party die größte Partei der Internationale sei. Eine rasche Genesung der Internationale sei also nicht zuletzt davon abhängig, ob die alliierten Sozialisten der SPD weitere Steine in den Weg legen würden. »Sie dürfen uns keine Bedingungen auferlegen, die wir nach bestem Wissen und Gewissen nicht eingeben können.« Ebd., S. 254.

⁴⁵ Kautsky fand klare Worte und konstatierte beispielsweise, dass es nach Auffassung von Marx, Engels, Bebel und Liebknecht die Pflicht einer jeden Partei sei, jene Regierung zu bekämpfen, die die Sache des internationalen Sozialismus gefährde. Im August 1914 seien sie alle getäuscht worden von Bethmann Hollweg, der einen Verteidigungskrieg im Parlament proklamiert habe. Die Tatsache, dass selbst Liebknecht für die Kredite gestimmt hätte, zeige, dass die Mittel der Täuschung sehr erfolgreich gewesen seien. Doch bald darauf habe sich gezeigt, »daß auch die Behauptung, die Motivierung der Kriegserklärung an Frankreich dadurch, daß Frankreich die Feindseligkeiten eröffnet habe, eine direkte Lüge war, die Bethmann Hollweg im Reichstag vorbrachte.« Als Beleg hierfür führte Kautsky diverse Akten an, die direkt nach der Kriegserklärung zugänglich waren, unter anderem das »deutsche Weißbuch«. Nach Veröffentlichung dieser Schriftstücke – und der Klärung der deutschen »Schuld« – habe die SPD jedoch weiterhin an der Regierung festhalten und sie verteidigt und genau daran manifestiere sich ihre Schuld. Ebd., S. 257.

Einfluss auf die Pariser Friedensverhandlungen nehmen. Hierfür schien ihnen die Haltung der USPD, die innerhalb des alliierten Lagers konsensfähig schien, am zweckdienlichsten zu sein. Dementsprechend stellte sich George H. Stuart-Bunning, der für die Labour Party im Anschluss das Wort ergriff, dezidiert auf die Seite von Kautsky und Eisner, ermahnte aber zugleich die französischen Sozialisten, namentlich Albert Thomas, die Debatte um die »Schuldfrage« nicht auf die Spitze zu treiben: Thomas wolle die verantwortlichen Regierungen zurate ziehen, doch eben diese seien in Deutschland und Österreich bereits abgesetzt worden *»We of the British delegation want to appeal to Thomas, not to turn this war of governments into a war of peoples of the world, most horrible, more terrific than any war which has ever taken place, even this last war.«*⁴⁶ Daran manifestierte sich deutlich das Bestreben der Briten, einerseits die MSPD zu rügen und andererseits eine rasche Einigung der Internationale zu erzielen, um dadurch Einfluss auf die Friedensverhandlungen nehmen zu können. Indem also die USPD unterstützt und Thomas kritisiert wurde, erhielten die MSPD sowie der rechte Flügel der SFIO ein klares Veto, was zugleich ein Signal für die gemäßigten Kräfte sein sollte, aufeinander zuzugehen. Auch Salomon Grumbach, der für die Sozialisten Elsass-Lothringens auf der Konferenz war, stützte die USPD und lobte ihre Haltung als Brückenschlag.⁴⁷ Gleiches galt für Jean Longuet, der für die französische Minorität sprach und sich Stuart-Bunning und Grumbach anschloss. Um erneute Verschärfung der Diskussion zu vermeiden, räumte er mit dem Gerücht auf, Thomas wolle die deutsche Mehrheitspartei aus der Internationale werfen.⁴⁸ Diese vielsagende Andeutung der eigenen Schuld wurde im Folgenden von Friedrich Adler aufgegriffen, der sich gegen die Mehrheitssozialisten in allen Ländern stellte und unverblümt für eine umfassende Aufarbeitung eintrat.⁴⁹

⁴⁶ Ebd., S. 264.

⁴⁷ Zu einem späteren Zeitpunkt der Konferenz, als es zu einer Diskussion über »territoriale Fragen« kam – darunter auch eine Debatte über Elsass-Lothringen – nutzte Grumbach freilich die Gelegenheit, noch einmal in aller Schärfe die bisherige Politik der SPD in dieser Frage zu verurteilen: *»Worin bestand denn das elsass-lothringische Problem während des Krieges innerhalb der Internationale? Darin, daß es nicht möglich war, zwischen der elsass-lothringischen Partei und der deutschen Mehrheitssozialdemokratie eine Verständigung herbeizuführen. [...] Und worin bestand das Versagen der deutschen Mehrheitspartei in dieser Frage? Darin, daß sie die Anerkennung des vollen Selbstbestimmungsrechts der Elsass-Lothringer in der schroffsten Weise ablehnte, ehe der militärische Zusammenbruch Deutschlands sie dazu zwang, ihren Standpunkt zu ändern. Deshalb ist die vor uns liegende Resolution heute kompromittiert: nicht durch die Idee, die sie enthält, sondern durch die Leute, die sie vorschlagen.«* Die Resolution der SPD besagte (vorgelegt durch Molkenbuhr, Müller, Wels), dass der Völkerbund über Elsass-Lothringen urteilen möge. Grumbach echauffierte sich insbesondere darüber, dass genau diese Lösung während des Krieges vehement abgelehnt wurde, unter anderem von den oben angesprochenen Personen. Lob fand er hingegen für Kautsky, Bernstein, Haase und Eisner, die ein Selbstbestimmungsrecht für Elsass-Lothringen bereits im Krieg gefordert hätten. Ebd., S. 265 f. und 354 f.

⁴⁸ *»Est-ce que l'on va demander l'exclusion de l'Internationale de toute la majorité de l'ancien parti social-démocrate allemand? Je ne crois pas que sérieusement Thomas puisse le proposer. S'il a l'intention de le proposer, alors il devrait se rendre compte qu'il y aurait bien d'autres exclusions à faire, en bien d'autres points de l'Europe [...]«* Ebd., S. 273.

⁴⁹ *»Es wird von der französischen Mehrheit, von Thomas und Renaudel, mit Recht polemisiert gegen die Scheidemänner in Deutschland und die Reniers in Österreich, und wir haben gar nichts dagegen, daß diese*

In einer Kommission über die Kriegsschuldfrage⁵⁰ wurde schließlich von der deutschen Delegation erklärt: »Durch die Revolution hat das deutsche Proletariat das alte für den Krieg verantwortliche System gestürzt und zerstört. Die deutsche Sozialdemokratie hat, wie immer man im einzelnen über ihre Politik während des Krieges urteilen mag, jetzt durch die Tat ihren entschlossenen Willen bekundet, all ihre Kraft dem Aufbau der durch den Krieg zerrütteten Welt zu widmen und im Geist und Dienst der Internationale gemeinsam mit den Sozialisten aller Länder im Völkerbund den Sozialismus zu erkämpfen.«⁵¹

Diese Resolution wurde schlussendlich angenommen, mit dem Verweis darauf, dass ein »zukünftiger« internationaler Kongress über die Verantwortlichkeit neu zu urteilen habe. Sofern man den Ausführungen Renaudels Glauben schenken darf, sperrte sich Otto Wels stellvertretend für die MSPD mehrfach gegen diverse Vorschläge von SFIO und USPD, ehe zu guter Letzt der oben angeführte »Kompromiss« verabschiedet werden konnte.⁵² Doch war diese vermeintliche Einigung nichts weiter als eine Vertagung der Vertrauensfrage: Nach außen hin konnte sich die Internationale wieder geschlossen präsentieren, ohne die eigentlichen Probleme (Kriegsverantwortung, Ausrichtung der wiedergegründeten Internationale, zukünftige Zusammenarbeit des Parteiendreiecks) auch nur annähernd gelöst zu haben. Aus den französischen Polizeiberichten geht hervor, dass die SFIO bereits zum Zeitpunkt der deutschen Revolution wieder Vertrauen gefasst hatte und hoffnungsfroh in die Zukunft blickte. Diese Tatsache sagte jedoch gar nichts über die künftige Zusammenarbeit mit der MSPD aus, die nach wie vor als unzuverlässig eingestuft wurde.⁵³ Nicht zuletzt deshalb hatte die SFIO ihre Wahl getroffen und sich für eine Kooperation mit den Unabhängigen entschieden.⁵⁴

Meirbeiten kritisiert werden, um so mehr, als die Linke in Österreich sowie die Unabhängigen in Deutschland während dieses Krieges diese Pflicht erfüllt haben. Aber wir sind nicht der Meinung, daß es sich darum handelt, allein die Scheidemänner in Deutschland zu kritisieren, sondern – und da bin ich ganz einverstanden mit dem Genossen Longuet – daß es sich darum handelt, zu kritisieren die Scheidemänner aller Länder, zu kritisieren die Renner aller Länder, zu kritisieren die Thomas und Renaudels aller Länder.» Ebd., S. 281.

⁵⁰ Die genaue Zusammensetzung der Kommission zur Schuldfrage ist nicht bekannt, da die Quellenangaben divergieren. Gerhard Ritter kommt in seiner kommentierten Quellenpublikation zu dem Schluss, dass Übereinstimmungen bei folgenden Namen bestehen: Branting (Schweden), Wels, Eisner (Deutschland), Longuet, Renaudel (Frankreich), Henderson, Stuart-Bunning (Großbritannien) und Buchinger (Ungarn). Ebd., S. 286.

⁵¹ Ebd., S. 316.

⁵² »Moi-même je soulignai l'erreur de Wels qui paraissait tenir pour nulle l'action possible des socialistes français dans notre démocratie, et par voie de conséquence sur notre gouvernement, mais j'affirmai fortement qu'aucune action efficace contre les velléités d'impérialisme économique ou colonial n'était possible pour bénéfice d'une Allemagne équivoque, et que pour nous, entre Wels ou Eisner, notre choix était fait, et qu'Eisner seul nous paraissait comprendre le véritable intérêt de l'Allemagne nouvelle.« Ebd., S. 319.

⁵³ Zumindest in dieser Hinsicht kann die von H. A. Winkler sowie Jürgen Zarusky vertretene These, die MSPD sei der eigentliche »Konferenzgewinner von Bern« gewesen, angezweifelt werden. H. A. WINKLER, Von der Revolution zur Stabilisierung, 1984, S. 211; J. ZARUSKY, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, 1992, S. 83.

⁵⁴ Le Populaire, 23.11.1918; A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Jean Longuet, Polizeibericht vom 11.12.1918, F7/15979.

Ironischerweise gab es auf dem Kongress schließlich doch noch ein Thema, das lagerübergreifende Übereinstimmung zwischen den Mehrheitssozialisten hervorrief – dann nämlich, als es um die Frage der Diktatur des Proletariats und um den Umgang mit Sowjetrußland ging. Bei der Verurteilung der Bolschewiki standen die deutschen Mehrheitssozialdemokraten zusammen mit Renaudel und Thomas gegen Adler und Longuet. Die entsprechende Resolution über »Demokratie und Diktatur«, auch als »Resolution Branting« bezeichnet, stellte klar, dass die Berner Konferenz »unerschütterlich auf dem Boden der Demokratie« stehe und warnte vor einer »Diktatur der Reaktion«. Gegen diese Resolution stemmten sich Adler und Longuet, die vor einer »Brandmarkung« der russischen Revolution warnten – vergeblich. Die überwiegende Mehrheit des Kongresses stimmte für die Branting-Resolution und bekannte sich damit endgültig zum Weg sozialer Reformen. Das Ziel der sozialistischen Parteien war die »Weiterentwicklung« der Demokratie, nicht die Errichtung einer Diktatur.⁵⁵ Sollte der Weg demokratischer Reformen bis dahin noch in irgendeiner Weise in Frage gestanden haben, so war er (aus Sicht der Zweiten Internationale) spätestens mit dieser Abgrenzung zum »russischen Modell« zementiert.

3.1.4. *Motor der Internationale? Über die veränderte Rolle der Labour Party*

Insgesamt war die Berner Konferenz tatsächlich ein Beleg dafür, dass die englische Arbeiterschaft im Begriff war, die Führungsrolle innerhalb der Internationale einzunehmen. Die ehemalige Vorzeigepartei SPD war gespalten, die SFIO vom Konflikt zwischen Mehrheit und Minderheit gezeichnet – dementsprechend war es nur folgerichtig, dass die britische Arbeiterschaft, die im Vergleich zu ihren Schwesterteilen nahezu geschlossen agieren konnte, die Konferenzziele definierte und für ihre Umsetzung tritt.

Zum Ende des Krieges, im Frühjahr 1918, befand sich die britische Labour Party im Umbruch. Grundsätzlich waren die Diskussionen über die Gestaltung der Nachkriegsordnung ein Katalysator dafür, außenpolitisches Profil zu gewinnen und sich auf diesem Gebiet deutlicher zu positionieren.⁵⁶ In den Jahren zuvor waren außenpolitische Fragen, wie bereits dargelegt, zu großen Teilen von der Independent Labour Party formuliert und vertreten worden. Deshalb kann das 1918 verabschiedete »Memorandum on War aims«, das von der ILP, den Fabians und der Labour Party verabschiedet wurde, getrost als wichtigste außenpolitische Ankündigung in der Geschichte der Partei bezeichnet werden.⁵⁷ Kernstück des Memorandums waren die Verurteilung von Geheimdiplomatie, Imperialismus und Militarismus sowie das Plädoyer⁵⁸ für Demokratie, Selbstbestimmung der Völker und der Konstituierung eines

⁵⁵ F. WIESEMANN, Kurt Eisner, Studie zu seiner politischen Biographie; in: K. BOSL (Hrsg.), Bayern im Umbruch, 1969, S. 411.

⁵⁶ Vgl. W. KRIEGER, Labour Party und Weimarer Republik, 1978, S. 58.

⁵⁷ G. A. RITTER (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919, 1980, Bd. 1, S. 45.

⁵⁸ »Victory has been achieved, and Labour claims no mean share in its achievement. Not only have the workers supplied the vast majority of our soldiers and sailors, and sustained the burden of war at home; the democratic

Völkerbundes. Man geht also nicht fehl in der Annahme, dass die Partei sich in sehr hohem Maße mit den Forderungen Wilsons identifizierte.

In Bern war die Labour Party darum bemüht, die Kerngedanken des Memorandums durchzusetzen und darüber hinaus zwischen den beiden großen Parteien, SFIO und (M)SPD, zu vermitteln. Der britische Gesandte in Bern, Sir Horace Rumbold, schrieb hierzu am 8. 2. 1919 einen Bericht, der die MSPD in keinem guten Licht erscheinen ließ, die Labour Party hingegen äußerst positiv darstellte: »*The German majority Socialists resisted for two days the pressure put upon them to acknowledge their responsibility and were eventually enabled to escape impossible position. Conference accepting carefully worded resolution which to large extent saves their face. General impression is that this compromise was largely affected by sympathy and goodwill of British Delegates who no doubt felt that failing such a compromise Conference would break up and recreation of Internationale at any rate in time to influence Peace Conference would be rendered impossible. Albert Thomas accepted the compromise most unwillingly and is by no means convinced of sincerity of Germans. [...]*».⁵⁹

Die Äußerungen von Sir Rumbold mögen auf den ersten Blick einseitig erscheinen, allerdings existieren mehrere Indizien, die für seine Ausführungen sprechen. Beispielsweise taten sich die britischen Delegierten in Bern mehrfach hervor, wenn es darum ging, die eigentlichen Kernpunkte (Völkerbund, Zukunft der Internationale, Regelung der Reparationsfrage, Umgang mit der KI) zu thematisieren: Der Konferenzbericht über die Vereinten Nationen wurde von dem Gewerkschaftler J. H. Thomas eingeleitet und von Henderson, MacDonald und Snowden unterstützt. Gleichmaßen gab die Labour Party in der Debatte um die territorialen Fragen den Ton an und waren insgesamt darum bemüht, das Gemeinsame zu betonen, konkrete Vorschläge auszuarbeiten, vor allem im Hinblick auf die anstehenden Friedensverhandlungen.⁶⁰ Dass also die Briten am konstruktivsten auf der Konferenz auftra-

diplomacy which found expression in the War Aims of Labour has been one of the most powerful factors in winning the war, and must be the most powerful factor in the rebuilding of the world. The Peace which Labour demands is a Peace of International Co-operation. It declares absolutely against secret diplomacy and any form of economic war, and demands, as an essential part of the Peace Treaty, an International Labour Charter incorporated in the very structure of the League of Free Peoples.« I. DALE (Hrsg.), Labour Party General Election Manifestos, 1900–1997, 2000, S. 16.

⁵⁹ Dazu fügte er folgenden vertraulichen Bericht hinzu: »1. *That British Delegates have built golden bridge for the Germans and played into their hands.* 2. *That Germans have acceptance of resolution which replaced that brought forward by Albert Thomas behaved as if their responsibility were ended and as if they could enter the Internationale on the same terms as Delegates from Entente countries.* 3. *That majority of Delegates listened to speeches of representatives from Poland etc. with obvious impatience thereby showing that in their view question of nationalities is inconvenient as tending to hamper the reinstitution of the Internationale.* 4. *That attitude of Conference towards Bolshevism has betrayed extraordinary timidity.* 5. *That majority of Delegates show ignorance of mentality. Germans were listened to with attention and whatever may have been their feelings there was no trace of passion in their speeches. [...] Interesting situation will now arise that Germans will do their utmost to capture Internationale and exert influence on Paris Conference at a moment when Majority Socialists in Germany are inclining to Right.*« Arbeiter- und Sozialistenkonferenz in Bern, 3. bis 10. Februar 1919; in: G. A. RITTER (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919, 1980, Bd. 2, S. 828 f.

⁶⁰ Vgl. S. BERGER, Ungleiche Schwestern?, 1997, S. 266.

ten und es ihr Verdienst war, dass am Ende ein Konsens gefunden wurde, daran konnte kein Zweifel bestehen. Auch Eduard Bernstein würdigte in seinen »Eindrücken und Beobachtungen im Anschluss an den Berner Internationalen Sozialistenkongress« die Haltung der Briten explizit.⁶¹

Allerdings darf bei allen Lobreden auf die Labour Party nicht vergessen werden, dass die Berner Konferenz die gesteckten Ziele nicht erreichen konnte: Die Frage des Wiederaufbaus der Internationale wurde trotz des Engagements Hendersons und MacDonalds vertagt, was dazu führte, dass eine permanente Kommission, bestehend aus zwei Vertretern aller Parteien und einem Aktionskomitee (Branting, Henderson, Huysmans) die Aufgabe übernahm, sich um die Wiederherstellung der Organisation »in kürzester Zeit« zu bemühen.⁶² Wenn also die britische Delegation nach der Konferenz das Resümee zog, dass »*the Berne Conference in our Judgement fully justified our hopes of its promoters [...] it proves what in the darkest days of the war we never doubted – that the Worker's International is indestructible, [...]*«,⁶³ dann stellt sich diese Einschätzung rückblickend wie ein einziger Euphemismus dar. Von einer erfolgreichen und vielversprechenden Zusammenarbeit des Parteiendreiecks SPD-SFIO-Labour Party konnte nur bedingt die Rede sein – zu groß waren die bestehenden Differenzen, insbesondere sobald es um die »Schuldfrage« der deutschen Sozialdemokratie ging. Nichtsdestotrotz muss festgehalten werden, dass sich die britische Arbeiterpartei, die vor 1914 eher isoliert auftrat, vollkommen verändert präsentierte und als führende Kraft wahrgenommen wurde.

3.1.5. Die Konferenz von Bern und ihre Auswirkungen auf die Pariser Friedenskonferenz

Insgesamt muss betont werden, dass die Berner Konferenz mitnichten ein Kongress war, der von Idealismus geprägt war. Mehr denn je hatte das Zusammentreffen der Arbeitervertreter einen zweckorientierten, von Rationalismus und Pragmatismus geprägten Charakter. Die Rumpffruppe der Zweiten Internationale hatte sich wesentlich bescheidenere Ziele gesetzt, als das in der Vorkriegszeit der Fall war: Im Jahre 1918/19 ging es nicht mehr um Generalstreiks, theoretische Debatten und das Herbeiwünschen revolutionärer Zustände, sondern um die Wiedervereinigung der Ar-

⁶¹ »Was England betrifft, so erklärte mir Arthur Henderson, mit dem ich ein langes Gespräch über diese Fragen hatte, daß man die Reden, die während des Wahlkampfes über die von Deutschland zu tragenden Lasten gehalten wurden, nicht tragisch nehmen dürfe. Heute seien sie schon halb vergessen. [...] Daß die mir besonders nahe stehenden Ramsay MacDonald und Charles Roden Buxton die Agitation für einen guten Frieden zu ihrer besonderen Aufgabe machen, darf ich als bekannt voraussetzen. Obwohl sie bei den Wahlen unterlegen sind, repräsentieren sie doch ein Betracht commendendes Stück öffentlicher Meinung ihres Landes. MacDonald übt, wie sich auf dem Kongress zeigte, als Redner eine wahrhaft faszinierende Wirkung aus und Buxton, der das Deutsche sehr gut beerrscht, bewährte sich als trefflicher Vermittler. Sehr verständig zeigten sich in der Frage der Friedensbedingungen auch die Gewerkschaftsführer Bunning und Thomas.« Arbeiter- und Sozialistenkonferenz in Bern, 3. bis 10. Februar 1919; in: G. A. RITTER (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919, 1980, Bd. 2, S. 831.

⁶² Vgl. ebd., Bd. 1, S. 46 f.

⁶³ Ebd.

beiterklasse im Kampf für Demokratie und Frieden, die Beeinflussung der Nachkriegsordnung sowie die Eindämmung chaotischer und bürgerkriegsähnlicher Zustände.

In der Folgezeit wurde tatsächlich der Versuch unternommen, die Pariser Friedenskonferenz auf Basis der Berner Konferenzergebnisse zu beeinflussen. Doch trotz der gewünschten Zusammentreffen von Vertretern des Aktionskomitees mit Clemenceau,⁶⁴ Lord Robert Cecil,⁶⁵ Lloyd George und Lord Curzon⁶⁶ war der Einfluss der Arbeiterklasse verschwindend gering: Als also am 29. April in Paris der Völkerbundsvertrag veröffentlicht wurde und die deutschen Unterhändler wenige Tage später, am 7. Mai 1919, die Friedensbedingungen präsentiert bekamen, war endgültig klar geworden, dass die sozialistische Mission gescheitert war.

Der »Vorwärts« appellierte daraufhin an die internationalen Verpflichtungen der alliierten sozialistischen Parteien,⁶⁷ während sich die MSPD hinter den Kulissen darum bemühte, ein schnellstmögliches Zusammentreten der permanenten sozialistischen Kommission zu erreichen, um weitere Möglichkeiten, die »großen Vier« zu einem Umdenken zu bewegen, zu eruieren. Allerdings wurde ein Treffen von der Exekutive der II. Internationale verworfen, nachdem weitere Bemühungen, mit den

⁶⁴ Am 16. 2. 1919 wurde Clemenceau von der Permanenten Kommission die Berner Resolution vorgelegt. Er erklärte sich dazu bereit, die Schriftstücke an die Kommissionen der Friedenskonferenz weiterzuleiten. Des Weiteren deutete er an, dass er sich durchaus vorstellen könne, die sozialistische Delegation mit verschiedenen Kommissionen der Pariser Konferenz zusammenarbeiten zu lassen. Der Delegation der II. Internationale gehörten an: Branting, Henderson, Huysmans, Cashin, Albert Thomas, Renaudel, Longuet, MacDonald, Stuart-Bunning. *L'Humanité*, 17. 2. 1919; Vorwärts, 17. 2. 1919; Arbeiter- und Sozialistenkonferenz in Bern, 3. bis 10. Februar 1919; in: G. A. RITTER (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919, 1980, Bd. 1, S. 72.

⁶⁵ Die Gespräche mit Lord Cecil wurden Ende März 1919 anberaumt. Inhalt der Verhandlungen war die zukünftige Satzung des Völkerbundes. Zur Debatte stand, dass Deutschland und Österreich in den Völkerbund aufgenommen werden sollten. Der Satzungsentwurf des Völkerbundes, der von einer alliierten Kommission ausgearbeitet worden war, schloss die Mittelmächte jedoch kategorisch als Mitglieder aus, weshalb das sozialistische Aktionskomitee Kontakt zu Lord Cecil – dem Vorsitzenden der Kommission – aufnahm. Kritikpunkt des Aktionskomitees war zum einen die fehlende Bereitschaft, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, zum anderen wurde bemängelt, dass die zukünftige »League of Nations« undemokratisch zusammengesetzt sei. Nach Ansicht von Ramsay MacDonald, der an den Gesprächen mit Lord Cecil beteiligt war, berücksichtige die Satzung ausschließlich die alliierten Regierungen, während die Vertreter der Parlamente außen vor gelassen werden würden. Des Weiteren sei der Völkerbund in seiner geplanten Form eine Fortsetzung der Kriegsalianz – was zur Folge hätte, dass jedwede Erneuerung des Systems internationaler Beziehungen unmöglich sei. Ebd., S. 72 ff.; D. MARQUAND, Ramsay MacDonald, 1977, S. 250 f.

⁶⁶ In einem ersten Gespräch mit Lloyd George und Lord Curzon, das am 21. 2. 1919 stattfand, wurde der britischen Delegation der Berner Konferenz (Teilnehmende waren u.a. MacDonald und Henderson) zunächst ein Entgegenkommen signalisiert. In Aussicht gestellt wurde, dass Lloyd George einige der Vorschläge – insbesondere jene zu den Themenkomplexen »Selbstbestimmungsrecht der Völker« und »Völkerbund« – aufnehmen würde. Als jedoch einige Wochen später der Versuch unternommen wurde, mit den »großen Vier« zusammenzukommen, um die Verhandlungsführung zu diskutieren, erhielt das sozialistische Aktionskomitee eine Absage. Gleiches galt für ein geplantes Gespräch mit W. Wilson, das ebenfalls nie stattfand. G. A. RITTER (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919, 1980, Bd. 1, S. 73.

⁶⁷ Ebd.; Vorwärts, 10. 5. 1919.

alliierten Regierungsführern zu sprechen, aufgrund von »Terminschwierigkeiten« abgelehnt worden waren.⁶⁸

Faktisch waren die Handlungsmöglichkeiten der sozialistischen Internationale damit erschöpft und der Kampf um die Gestaltung der Nachkriegsordnung endgültig verloren:⁶⁹ Die sozialistischen Abgeordneten waren zwar unmittelbar nach der Berner Konferenz von den alliierten Regierungschefs (v.a. Lloyd George, Clemenceau) zunächst empfangen worden, summa summarum blieb es jedoch bei den üblichen Phrasen und Höflichkeitsgesten, ohne dass die sozialistische Delegation auch nur einen konkreten Ertrag erzielen konnte. Eben deshalb machte eine weitere Konferenz, wie von der MSPD angeregt, keinen Sinn mehr. J. Ramsay MacDonald konstatierte hierzu in einem Tagebucheintrag vom 3. 4. 1919 recht treffend: »*Too many conferences and too many resolutions with no action. Passing a resolution and doing nothing is the best way to dig graves for reputation.*«⁷⁰

3.2. *Das Parteiendreieck im Zeichen der Spaltung: Außenpolitische Konzeptionen, Handlungsspielräume, innerparteiliche Strukturen, Stellung zur Internationale*

Die unmittelbaren Nachkriegsjahre mussten dem Parteiendreieck wie ein Albtraum erscheinen: Der Versailler Vertrag hatte weder verhindert noch modifiziert werden können, SFIO und Labour Party mussten auf parlamentarischer Ebene verheerende Niederlagen hinnehmen und die Zweite Internationale brach sukzessive in sich zusammen, insbesondere aufgrund der Radikalisierung der Arbeiterschaft sowie des Aufstiegs der kommunistischen Parteien.⁷¹

Ein Großteil des internationalen Proletariats hatte mit dem Ersten Weltkrieg und dem Zurschaustellen nationaler Solidarität die Hoffnung verbunden, Gleichberechtigung und soziale Errungenschaften voranzutreiben, zumindest aber den sprunghaften Aufstieg ihrer Arbeiterparteien bis hin zur Regierungsbeteiligung fortzusetzen. Das Resultat war allerdings denkbar entmutigend: In den alliierten Staaten gingen allein die konservativen oder liberalen Kräfte gestärkt aus den Wahlen hervor und im von Revolution und Aufständen aufgewühlten Deutschen Reich zerbrach die von der SPD formierte Weimarer Koalition nur wenige Monate nach ihrem Amtsantritt, unter anderem an den Folgewirkungen des Versailler Vertrages.

Die Möglichkeiten politischer Einflussnahme waren denkbar schlecht, weshalb im Folgenden geprüft werden wird, wie und ob eine transnationale Zusammenarbeit in diesen krisenhaften Jahren stattgefunden hat, oder vielmehr stattfinden konnte. Tatsächlich war der Zeitabschnitt zwischen Berner Konferenz und Ruhrkrise eine permanente Bewährungsprobe für das Parteiendreieck, insofern bis zuletzt unklar war, ob es jemals wieder zu einer Konsolidierung der Sozialistischen Internationale kom-

⁶⁸ G. A. RITTER (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919, 1980, Bd. 1, S. 73.

⁶⁹ R. SIEGEL, Die Geschichte der Zweiten Internationale 1918–1923, 1986, S. 19.

⁷⁰ TNA, PRO, MacDonald Diary, Tagebucheintrag vom 3. 4. 1919, TNA/PRO/30/69/1753.

⁷¹ Hierzu unter anderem: M. BEER, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Band 5, 1923, S. 607–612.

men würde. Die von der SFIO aufgeworfene »Schuldfrage« der deutschen Sozialdemokratie sowie vor allem der Umgang mit der Kommunistischen Internationale sorgten für Disharmonie im sozialistischen Lager – und evozierten eine kurzfristige Abspaltung der ehemaligen Kriegsgegner um USPD, ILP und SFIO. Die Gründung der »Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien« erfolgte am 27. Februar 1921 in Wien und bildete zugleich den Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen linken und rechten Sozialdemokraten respektive Sozialisten.⁷²

In einem ersten Schritt wird am Beispiel jeder einzelnen Partei gezeigt werden, welchen Herausforderungen und Rahmenbedingungen sich die Parteistrategen in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf nationaler und internationaler Ebene stellen mussten. Diesbezüglich werden zunächst einmal die Einflussmöglichkeiten auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene, die außenpolitischen Konzeptionen der tragenden Akteure sowie die Stellung der Partei zur Internationale dargestellt werden. Im zweiten Abschnitt wird es schließlich darum gehen, die konkrete transnationale Zusammenarbeit des Parteiendreiecks einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Die dem Kapitel zugrunde liegende These lautet dabei, dass die Desintegration der einstigen Zweiten Internationale insbesondere auf Basis der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Labour Party und SFIO gestoppt werden konnte.

3.2.1. *Labour Party: Außenpolitik zwischen Idealismus und Realismus*

Wie bereits dargelegt, nahm die britische Labour Party in den ersten Nachkriegsjahren die Führungsrolle in der Internationale ein.⁷³ In einem Pressereport der interalliierten Rheinlandkommission wurde gar konstatiert, dass Großbritannien jetzt »Champion« der Internationale sei.⁷⁴

Indes muss betont werden, dass die Rekonstruktion der Internationale in den außenpolitischen Gedankenspielen der Parteistrategen nur bedingt an erster Stelle stand: Das Primärziel lautete, die ökonomischen Auswüchse des Versailler Vertrages zu revidieren.⁷⁵ Das »Advisory Committee on International Questions« der Labour

⁷² Paradigmatisch: J. F. WRYNN, *The Socialist International and the politics of european reconstruction*, 1976.

⁷³ Dies wird unter anderem daran deutlich, dass das Internationale Büro – der Zweiten Internationale – zu Beginn der 20er Jahre nach London verlegt wurde. LHASC, Executive Committee, Sitzung vom 22. 9. 1920, LP/EC/Minutes/Mai-Dezember 1920.

⁷⁴ »On November 5th, the Executive Committee of the Second International (Henderson, MacDonald, Vandervelde, Wels, Troelstra, Engjberg, Huysmans) issued an appeal to the workers of the world in favour of socialism and in denunciation of Bolshevism, declaring that the realization of Socialism is only possible by democratic means, and that the decisive battle will be fought, not in Russia, but in the lands with the most advanced and mightiest capitalism. The removal to London of the International Organisation had made the Labour Party and the English Trade Unions the champion of the international proletariat.« TNA, PRO, Foreign Office, Inter-Allied Rhineland High Commission, British Department, Press Report No. 5, On the German labour situation, with special reference to international labour, 13. 12. 1920, TNA/PRO/FO/371/4801/149 f.

⁷⁵ Vgl. W. KRIEGER, *Labour Party und Weimarer Republik*, 1978, S. 147; ein Beispiel für die Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie bzw. für anhaltende Diskussionen in der Labour-Parteifüh-

Party,⁷⁶ welches sich aus außenpolitisch versierten Fachleuten unter der Leitung des Fabiers Sidney Webb zusammensetzte, präzierte diese Sichtweise und proklamierte in seiner Resolution vom Juni 1919: »It was urged that in view of the fact that it was impossible to carry on with the work of economic reconstruction without the aid of Germany, Austria and Hungary, and that co-ordination between the various international economic bodies was essential and that recent events had shown that the economic clauses of the Treaty had already broken down, the Labour Party should issue a manifesto declaring its policy on these points and that Mr. J. M. Keynes should be asked to draw up such a manifesto for the use of the Party.«⁷⁷ Die hauptsächliche außenpolitische Zielsetzung der Partei lautete also, die wirtschaftlichen Klauseln des Friedensvertrages zu modifizieren. Anhand der gewählten Formulierungen wird deutlich, dass es keineswegs eine wie auch immer geartete, abstrakte proletarische Solidarität war, die die Parteiführung antrieb, sondern vielmehr handfeste ökonomische Motive.

In der Tat stieg die Arbeitslosenziffer im Großbritannien der Nachkriegszeit rapide an, trotz einer hohen, geradezu euphemistischen Erwartungshaltung an der englischen Börse.⁷⁸ Im Dezember 1920 spitzte sich die Lage zu, als das Arbeitsministerium einen Zustieg von 85.000 Erwerbslosen meldete und in Industriezentren wie Manchester spezielle Einrichtungen geschaffen werden mussten, um den wartenden Menschenmassen vor dem Arbeitsvermittlungsbüro Herr werden zu können.⁷⁹ Dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation musste sich auch die Labour Party stellen und mit eigenen Konzepten die Erwartungshaltung ihrer Wählerschaft zumindest verbal erfüllen – und sich zugleich als Opposition im »Westminster-System« als regierungsfähig zu präsentieren. In außenpolitischer Hinsicht kam man dabei zu dem Schluss, dass »common international action on a very large scale is in fact the only possible method of dealing with this crisis.«⁸⁰

Das Bekenntnis zu einer starken internationalen Zusammenarbeit auch auf zwischenstaatlicher Ebene stand klar und deutlich im Fokus der Bemühungen. Faktisch wurde die Ansicht vertreten, dass eine ökonomische Revitalisierung der insularen Großmacht erst nach der Auflösung der vorherrschenden ökonomischen Blockade

rung über Versorgungsengpässe der deutschen Bevölkerung und mögliche Konsequenzen für Großbritannien findet sich in: LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 17. 6. 1919, IAC/1/52.

⁷⁶ Das »Advisory Committee on International Questions (ACIQ)« wurde aufgrund des Wunsches der Parteiführung nach einem Beraterstab, der sich primär mit außenpolitischen Fragen befassen sollte, ins Leben gerufen. Offiziell gegründet wurde es am 17. 4. 1918, als Sekretäre wurden S. Webb sowie L. S. Woolf bestimmt. Insbesondere in der unmittelbaren Nachkriegszeit kann von einer Deckungsgleichheit zwischen ACIQ und Parteimeinung ausgegangen werden: Das ACIQ fungierte faktisch als »Think Tank« für die Außenpolitik der Partei und besaß eine permanente Beratungsfunktion. W. KRIEGER, Labour Party und Weimarer Republik, 1978, S. 58 ff.

⁷⁷ LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 14. 3. 1920, IAC/1/63.

⁷⁸ M. SCHIPPEL, Weltwirtschaftskrise und internationaler Wiederaufbau; in: Sozialistische Monatshefte, Bd. 27, 1921, S. 78–83; hier: S. 81.

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 22. 3. 1920, IAC/1.

in Europa möglich sei.⁸¹ Diese Perspektive wurde nach außen hin besonders deutlich von H. N. Brailsford artikuliert, der bemüht war, die Idee einer »Economic League of Nations« zu verbreiten.⁸² Auch wenn die Verknüpfung von wirtschaftlichen Zwängen und außenpolitischen Erwägungen zunächst eher ein Randaspekt in der Labour-Propaganda gewesen war, zeigen die internen Strategiepapiere des ACIQ allzu deutlich, dass die Revision des Versailler Vertrages und in erster Linie die *Revitalisierung der europäischen Wirtschaft* ein fester Bestandteil der außenpolitischen Parteistrategie waren.⁸³

Eine Schlüsselrolle sollte hierbei der deutschen Ökonomie zukommen, die nach Ansicht der führenden Politiker um W. Gillies, H. N. Brailsford oder C. R. Buxton unverhältnismäßig stark durch Reparationszahlungen belastet wurde.⁸⁴ Allerdings rief die Kritik am Friedensvertrag offensichtlich ein eher beschränktes Interesse innerhalb der eigenen Arbeiterschaft hervor,⁸⁵ weshalb beschlossen wurde, die Grundsätze der internationalen Sozialdemokratie mit den wirtschaftlichen Interessen Großbritanniens auch nach außen hin argumentativ zu verknüpfen und in die Propagandaarbeit mit einzubinden. Das ACIQ konstatierte diesbezüglich: »[...] *Labour's direct interest in the revision of the economic provisions of the treaty which tend, and perhaps are intended, to place Germany's industry, and especially its export trade, under the control of its commercial and capitalist competitor; this must involve a serious lowering of the standard of living – and the forced emigration of great numbers of German workmen.*«⁸⁶ Faktisch wurde also gezielt versucht, die Benachteiligung deutscher Proletarier als möglichen Schaden für Großbritanniens Wirtschaft – und damit der heimischen

⁸¹ Zunächst aufgrund der Handelsblockade der Alliierten, nach April 1919 aufgrund der ökonomischen Folgewirkungen des Versailler Vertrages. LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 14. 3. 1920, IAC/1/Blatt 63.

⁸² Hierzu auch: H. N. BRAILSFORD, *The Covenant of peace*, 1918.

⁸³ Eine besonders heftige Opposition zur alliierten Friedenspolitik wurde insbesondere von Ramsay MacDonald, P. Snowden und der Independent Labour Party formuliert. Inhaltlich ging es indes weniger um wirtschaftliche Aspekte, sondern vielmehr um das Elend der deutschen Arbeiterklasse, die moralische Verwerflichkeit der Reparationsforderungen sowie den möglichen Zusammenbruch der deutschen Demokratie in Folge der krisenhaften Zustände. Ergänzt wurden die eigenen Einschätzungen, die auch aus Reisen nach Deutschland gewonnen wurden, durch Soldatenberichte von britischen Truppen, die im Rhein Position bezogen. W. KRIEGER, *Labour Party und Weimarer Republik*, 1978, S. 124 f.

⁸⁴ Bereits 1919 erschienen die ersten Labour-Publikationen, die sich mit dem Scheitern der Nachkriegsordnung und der Stigmatisierung des Versailler Vertrages auseinandersetzten. Zu nennen wäre diesbezüglich vor allem die Publikation von Norman Angell, »The Peace Treaty and the Economic Chaos of Europe«, aber auch John Maynard Keynes und sein Werk »The Economic Consequences of the Peace«. Vor allem das Werk von Keynes darf in seiner Bedeutung für die Labour-Propaganda nicht unterschätzt werden. Hierzu: H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 59; N. ANGELL, *The Peace Treaty and the Economic Chaos of Europe*, 1919; J. M. KEYNES, *The Economic Consequences of the Peace*, 1919.

⁸⁵ W. KRIEGER, *Labour Party und Weimarer Republik*, 1978, S. 146 f.

⁸⁶ LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 17. Juni 1919, LP/IAC/2/66.

Arbeiter – darzustellen.⁸⁷ Besonders deutlich wurde diese Strategie in einer Resolution der »Special Emergency Conference on Unemployment and the International Situation« artikuliert: »*The Conference emphatically condemns the foreign policy of the Government since the armistice as being largely responsible for the present industrial condition of the country, and draws attention specifically to the following, which have had a direct and disastrous effect upon British Employment: The destruction of Central Europe trade, [...]. The Scheme of reparation imposed on Germany, which has clearly damaged British production and imports, as in the case of the deliveries of coal and ready making shipping; [...]. The Conference finally declares that until [...] a change in policy has taken place, British industry cannot be healthy [...].*«⁸⁸

In dem Bemühen, sich ein genaues Bild von der Situation in Deutschland machen zu können, wurde auf der Sitzung des ACIQ vom 9. 3. 1921 beschlossen, ein Komitee zu entsenden, um erstens die Situation der deutschen Arbeiter und zweitens die wirtschaftlichen Kapazitäten des Reiches zu überprüfen.⁸⁹ Die Entsendung von britischen Politikern nach Zentraleuropa war keinesfalls ein Novum, bereits auf einer Konferenz des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale in Genua referierten britische Delegierte über die Situation in Deutschland auf Basis ihrer persönlichen Eindrücke.⁹⁰ Ethel Snowden informierte über Kinderarmut in Deutschland, Österreich und Russland, während Ramsay MacDonald ein genaues Bild über die Hungersnot sowie die aufkommende Immoralität in der Weimarer Republik als Folge der wirtschaftlichen Belastung zeichnete.⁹¹ Daher überrascht es kaum, dass auf dem Labour-Parteitag in Brighton, der im Juni 1921 stattfand, eine klare Haltung vertreten

⁸⁷ Hierzu auch die Publikation von Dorothy Frances Buxton aus dem Jahre 1921: »The War for coal and iron.« Inhaltlich machte die Frau von C. R. Buxton mehr als deutlich, dass Erfolg und Misserfolg der britischen Ökonomie nicht von der deutschen Situation zu trennen seien. Kapitel wie »How the coal pays our food«, »British industry's fight for life« oder »The modern Napoleons« dienten der Veranschaulichung der engmaschigen Verflechtung zwischen der britischen und deutschen Ökonomie – oder aber der Diskreditierung des französischen Vorgehens im Allgemeinen. D. F. BUXTON, *The War for Coal and Iron*, 1921.

⁸⁸ Unterzeichnet wurde das Dokument u.a. von Arthur Henderson. LHASC, National Executive Committee, Resolution des »Special Emergency Conference on Unemployment and the International Situation«, 8. 12. 1921. LP/EC/Minutes/Juli-Dezember 1921.

⁸⁹ »Resolved to recommend to the Executive Committee that the Labour Party send a Commission of Enquiry to Germany in order to investigate, among other things, the conditions of the working class in their bearing in Germany's capacity to pay an indemnity and their reaction upon economic conditions in this country.« LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 9. 3. 1921, IAC/1/125. Eine erste Delegation wurde bereits im März 1920 entsandt, unter Beteiligung der SFIO sowie der belgischen Arbeiterpartei, LHASC, Labour and Socialist International, Brief von Gillies an Huysmans, 20. 2. 1920, LSI/10/1/2.

⁹⁰ LHASC, Labour and Socialist International, Konferenz von Genf, 5. 8. 1920, LSI/10/1/8.

⁹¹ »Men were imprisoned because they could not pay their debts. They were not allowed to work. But they could possess no property but had to give it to their creditors. [...] Central Europe cannot feed its children from its own resources. No self-respecting people could endure a system such as that. Exchange of goods ought to be rendered possible and encouraged. Germany should not be allowed to suffer through lack of fertilizers and fodder while Great Britain possessed large supplies of phosphates. They ought to be sent to Germany to ensure adequate harvests.« Ebd.

wurde – pro deutsche Republik, pro europäischen Wiederaufschwung und gegen überzogene Reparationszahlungen.⁹² Eine Stärkung der deutschen Wirtschaft wurde als Schlüssel interpretiert, erstens Frankreichs Vorherrschaft auf dem Kontinent zu stören und zweitens die fragile ökonomische Situation überwinden zu können.⁹³

Dass jedoch Parteitag- und Konferenzbeschlüsse nicht gezwungenermaßen in praktische Politik umgesetzt werden müssen, wird an der massiven Kritik der Independent Labour Party deutlich. Bereits kurz nach Kriegsende echauffierte sich Ramsay MacDonald stellvertretend für die ILP über das passive Verhalten der »Parliamentary Labour Party« (PLP) im britischen Unterhaus.⁹⁴ Als Lloyd George die Eckdaten des Vertrages präsentiert habe, sei die Labour Party auf keinen seiner »eklatanten« Schwachpunkte eingegangen, so MacDonald in seiner Kolumne für den »Glasgow Forward«.⁹⁵ Nach seiner Berlinreise im Juli 1920 zeigte er sich geschockt über die »large hungry eyes« der deutschen Kinder und wies mehr denn je auf die Notwendigkeit einer Revision des Versailler Vertrages hin.⁹⁶

Die Vorwürfe von MacDonald waren, retrospektiv betrachtet, sicherlich berechtigt, insofern sich in praktischer Hinsicht kaum Hilfeleistungen nachweisen lassen, die der deutschen Republik unmittelbar geholfen hätten.⁹⁷ Zwar wurden die Leser des »Labour Leader« jede Woche über die »Situation in Germany« unterrichtet und

⁹² Sussex Daily News, 23. Juni 1921.

⁹³ Insbesondere C. R. Buxton äußerte sich überdeutlich zu den Folgen einer erfolgreichen französischen Machtpolitik: »France will broaden the basis of her power to an enormous extent, if she succeeds in massing under her control the industrial area of Lorraine and Luxemburg [...]. This, apart from future possibilities of development in Russia, would mean by far the strongest complex in Europe to which only America would have anything similar and equal to show.« London School of Economics (LSE) Archives, Buxton Papers, The Ruhr and the Rhineland, 1921–1924. Das Schriftstück wird auf das Jahr 1920 datiert. LSE/NL Buxton/7.

⁹⁴ Im Jahre 1922 wurde MacDonald noch deutlicher und stellte in einem Artikel für den »Forward« die rhetorische Frage: »Where is the Opposition«? Diese vergleichsweise kritische Haltung des späteren Zugpferdes der Partei erklärt sich vor allem aus seiner Biographie heraus: In den frühen 20er Jahren war MacDonald damit beschäftigt, den im Ersten Weltkrieg erlittenen Ansehensverlust zu kompensieren und ein politisches Comeback zu wagen. Seinen Sitz im britischen Unterhaus hatte er aufgrund seiner scharfen Opposition zur Kriegspolitik seiner Partei (und seines Landes) verloren. Er galt infolgedessen als persona non grata und war gezwungen, sich mit klaren Positionen zu profilieren. Insofern überrascht es kaum, dass seine Aussagen ungewohnt radikal erscheinen. Interessant ist indes, dass in etwa zur gleichen Zeit ein ähnlicher Vermerk des ACIQ formuliert wurde, allerdings in Bezug auf die passive Haltung der PLP zum Zeitpunkt der beginnenden Ruhrkrise. Ergo kann zumindest konstatiert werden, dass die im Parlament formulierte, zu »moderate Kritik« der PLP (an der britischen Regierung) nicht nur bei MacDonald, sondern auch im ACIQ auf Ablehnung stieß. Vgl. D. MARQUAND, Ramsay MacDonald, 1977, S. 272 f.; LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 14. 12. 1922, IAC/1; zur Kritik von MacDonald, siehe auch: London School of Economics (LSE) Archives, N.A.C.; I.L.P. Minutes, Minutes of meeting of the National Administrative Council of the Independent Labour Party, 3. 4. 1919, LSE/ILP Minutes/3/11/55.

⁹⁵ Hierzu: D. MARQUAND, Ramsay MacDonald, 1977, S. 251.

⁹⁶ Ebd., S. 260.

⁹⁷ Eine Ausnahme stellen die materiellen Hilfeleistungen dar, die zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland geleistet wurden. Unter dem Motto »save the children« hatte die britische Regierung auf Initiative der Labour Party eine Summe von 200.000 Pfund Sterling bereitgestellt. LHASC, Labour and Socialist International, Konferenz von Genf, 5. 8. 1920, LSI/10/1/8.

die angesprochenen Deutschlandreisen britischer Politiker führten dazu, dass sich mehrere Außenpolitiker der Partei für das Schicksal Deutschlands interessierten oder gar verantwortlich fühlten.⁹⁸ Allerdings konnte diese pro-deutsche Haltung im Lager der außenpolitischen Experten nur bedingt in messbare *politische* Beschlüsse umgemünzt werden, die eine unmittelbare Einflussnahme zur Folge gehabt hätten. Faktisch beschränkte sich die Hilfe auf publizistische Unterstützung in Zeitungen und Zeitschriften sowie auf diverse Finanzspritzen für die deutsche Sozialdemokratie – die indes zweifelsohne beachtlich waren: Von 1918 bis 1923 flossen umgerechnet eine Million Euro von den Kassen der britischen Labour Party auf die Konten der deutschen Sozialdemokratie.⁹⁹ Hierfür waren die erwähnten Reisen in das wirtschaftlich geschwächte Deutschland von entscheidender Bedeutung, weil die vor Ort gewonnenen Eindrücke publizistisch verarbeitet wurden und die Hilfsbereitschaft auf Seiten der Labour-Parteiführung maßgeblich beeinflussten. Die finanzielle Unterstützung selbst ging zu einem großen Teil auf den Einfluss Tom Shaws zurück, der sich äußerst vehement für die Unterstützung der deutschen Schwesterpartei einsetzte.¹⁰⁰

Die finanziell beachtliche Hilfeleistung für die SPD stimmte die ILP jedoch längst nicht zufrieden: Wie MacDonald kritisierte auch Philip Snowden die passive Haltung der PLP, verlangte eine Intensivierung der Propaganda und plädierte weiterhin entschlossen für eine Revision des Friedensvertrages. Des Weiteren warnte er vor einer Idealisierung des Völkerbundes, wie sie von einem Teil der Partei betrieben werde. Anlass für diese Äußerung war gewissermaßen ein außenpolitischer Paradigmenwechsel, der sich innerparteilich abzeichnete: Die Parteiführung um Arthur Henderson favorisierte mehr und mehr die Installierung einer starken internationalen Organisation und bezeichnete dementsprechend die Stärkung des Völkerbundes als eines ihrer Primärziele.¹⁰¹ Eben diesen Punkt kritisierte der linke Parteiflügel um die ILP, für die der Völkerbund nichts weiter als »*the latest topical costume in which Imperialism appears at a fancy dress ball*«, oder aber eine »*League of pharisees*« war.¹⁰²

⁹⁸ W. KRIEGER, Labour Party und Weimarer Republik, 1978, S. 124 f.

⁹⁹ S. BERGER, Internationalismus als Lippenbekenntnis?, in: J. MITTAG (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration, 2006, S. 197–213; hier: S. 208 f.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ Dies wird auch anhand verschiedener Berichte des ACIQ deutlich, in denen die Bedeutung des Völkerbundes, meist von Leonard Woolf, unterstrichen wird. Es war vor allem der rechte Parteiflügel, der auf eine Änderung der außenpolitischen Strategie drängte, während die ILP in erster Linie für eine *Revision von Versailles* und die direkte Unterstützung der deutschen Wirtschaft plädierte. Eine ähnliche Position wurde zwar auch von der Parteiführung um Arthur Henderson vertreten – allerdings mit deutlich geringerer Erwartungshaltung: In seinem politischen Statement »Labour and Foreign Affairs«, das 1922 veröffentlicht wurde, machte er zum Beispiel allzu deutlich, dass bestenfalls eine *graduelle* Veränderung des Friedensvertrages zu erwarten sei. Umso entschiedener plädierte Henderson dafür, sämtliche Hoffnungen der Partei auf den Völkerbund zu setzen, so ineffizient dieser auch momentan sein möge. H. R. WINKLER, Paths not taken, 1994, S. 90; LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 20. 3. 1920, IAC/1.

¹⁰² Eine weitere wichtige Figur diesbezüglich war der Journalist H. N. Brailsford, der ebenfalls der ILP angehörte. In seinen Artikeln warnte er vor einer französischen Dominanz und zeigte wie

Betrachtet man die außenpolitische Entwicklung der Labour Party von 1919 bis 1923, so lässt sich ein großes Verlangen nach einer handlungsfähigen internationalen Organisation feststellen. Eben deshalb versuchte die Partei unter anderem, Verantwortung zu übernehmen und die in sich gesplante Sozialistische Internationale zu vereinen. Die ökonomische Krisis wurde als direkte Folge der exorbitanten Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages interpretiert, weshalb eine Unterstützung der deutschen Republik naheliegend war (ebenso wie Vorbehalte gegenüber dem als zu dominant empfundenen Frankreich).¹⁰³

Da die angestrebte Revitalisierung der Sozialistischen Internationale indes nur sehr schleppend umgesetzt werden konnte, insbesondere nach der Gründung der Kommunistischen Internationale¹⁰⁴ und den damit einhergehenden Komplikationen, gewann der Völkerbund im Denken der führenden Köpfe der Partei sukzessive an Attraktivität,¹⁰⁵ was sich unter anderem daran messen lässt, dass nicht nur Arthur Henderson, sondern auch Ramsay MacDonald ab 1922 dazu überging, die Institution in einem anderen, positiven Licht zu betrachten.¹⁰⁶ Mit in dieses Bild einer »wirklichkeitsnahen« außenpolitischen Orientierung passt aus innenpolitischer Hinsicht der Umstand, dass die Labour Party im Zuge der im Oktober 1922 stattfindenden Unterhauswahl einen großen Erfolg erringen konnte und sich als zweitstärkste Kraft hinter der konservativen Partei zu etablieren schien. Faktisch hatte die Labour Party in den frühen zwanziger Jahren einen beträchtlichen Sprung nach vorne gemacht, was sich nicht nur an den stark anwachsenden Mitgliederzahlen oder der umfassenden Neustrukturierung bemerkbar machte, sondern auch an der mittlerweile realistischen Aussicht, Regierungsverantwortung übernehmen zu können.¹⁰⁷

MacDonald und Snowden Parallelen zum napoleonischen Zeitalter auf. Ähnlich kritisch zeigte sich die »Union of democratic control«, der unter anderem die Labour Politiker E. D. Morel und N. Angell angehörten und die sich im Zuge des Ersten Weltkrieges herausbildete (und aus liberalen und sozialdemokratischen Politikern zusammensetzte). H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 70.

¹⁰³ Diese Haltung wurde in Grundsatzreferaten des ACIQ zur Reparationskrise und der Notwendigkeit der Unterstützung für Deutschland bekräftigt. Hierzu z.B.: LHASC, *Advisory Committee on International Questions, Minutes*, Dokument zur Reparationskrise (ohne Titel), 22. 4. 1921, LP/IAC/Memos 1921–24.

¹⁰⁴ Die Haltung der Labour Party gegenüber der Kommunistischen Internationale wird in einem gesonderten Folgekapitel skizziert werden.

¹⁰⁵ Verweise auf die »True League of Nations« finden sich indes schon in Ende 1921 publizierten Flugblättern, deren Breitenwirkung nicht unterschätzt werden darf. LHASC, *Advisory Committee on International Questions, Minutes*, Flugblatt, 1921, LP/IAC/Memos 1921–24; H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 90f.

¹⁰⁶ Grundlegend zur Haltung der Partei zum Völkerbund war das Dokument von Leonard Woolf mit dem Titel »The League of Nation and Disarmament« – »The real League and the present League«. Kern seiner Ausführungen ist die Idee des Völkerbundes als »Council of Conciliation« sowie die Forderung nach einem Völkerbund der Völker. LHASC, *Advisory Committee on International Questions, Minutes*, *The League of Nation and Disarmament*, 22. 7. 1922, LP/IAC/Memos 1921–24.

¹⁰⁷ Eine große Rolle mag diesbezüglich die Perspektive gespielt haben, Regierungsverantwortung zu übernehmen und sich im Völkerbund selbst, stellvertretend für Großbritannien, zu profilieren. MacDonald selbst war seit Oktober 1922 wieder Mitglied des Parlaments und konnte seine frühere

Dementsprechend ist den Historikern Henry R. Winkler und David Marquand zuzustimmen, wenn sie um 1922 eine entscheidende außenpolitische Kehrtwende der Partei konstatieren – weg von der absoluten Ablehnung der Nachkriegsordnung, hin zu einem deutlich flexibleren und pragmatischeren Politikverständnis unter Miteinbeziehung des Völkerbundes.¹⁰⁸ Eingeleitet wurde dieser Kurswechsel von Arthur Henderson, einem Mann also, der anders als MacDonald oder Snowden kein Mitglied der ILP war und sich dem Extremismus des linken Flügels dementsprechend entziehen konnte. Im Dezember 1922 konstatierte er auf dem Weltfriedenskongress in Den Haag, dass ein europäischer Frieden nur im Rahmen des Völkerbundes koordiniert werden könne.¹⁰⁹ Dieser Satz darf nicht nur als Kampfansage an die partei-internen Kritiker verstanden werden, sondern auch – auf internationaler Ebene – als klare Absage an den ursprünglichen Anspruch der Internationale, die gesteckten Ziele (Kriegsverhütung, Abrüstung, Revision von Versailles) möglichst aus eigener Kraft zu erreichen. Labour wollte mehr denn je einen pragmatischen Politikstil verfolgen und die gesteckten Ziele in Zusammenarbeit mit kooperationsbereiten Kräften im konservativ-liberalen Lager erreichen. Die Rekonstruktion der Internationale war hierfür ein wichtiger, wenngleich nicht zwingend notwendiger Schritt, auch wenn der Organisation weiterhin ein hoher Stellenwert eingeräumt wurde.

3.2.2. *Haltung der SFIO, 1919–1922: Reparationsfrage als Sicherheitsproblem*

Anders als die Labour Party analysierte der »Conseil National« der SFIO die Reparationsfrage in erster Linie als *Sicherheitsproblem*. Zwar wurde dem ökonomischen Wiederaufbau eine wichtige Rolle eingeräumt¹¹⁰ – jedoch hatte das Verhindern einer erneuten Konfrontation zwischen den beiden Staaten dies- und jenseits des Rheins oberste Priorität.

Eine ähnliche Haltung wurde auch von der politischen Mitte sowie der gemäßigten Rechten in Frankreich eingenommen, wenngleich mit dem entscheidenden Unterschied, dass die im Versailler Vertrag fixierten Vertragsbestimmungen dafür sorgen sollten, Deutschland qua »lex contractus« klein zu halten, um die Möglichkeit

Rolle als Aushängeschild der Partei wieder zurückerobern. Überhaupt stand die unmittelbare Nachkriegszeit im Zeichen der Labour Party, die sich binnen kürzester Zeit als bessere Alternative zu den zerstrittenen Liberalen präsentierte. Die Wahl des britischen Unterhauses im selben Jahr verhalf Labour dazu, zweitstärkste Partei nach der »Conservative and Unionist Party« zu werden. F. BÉDARIDA, Der Sozialismus in Großbritannien; in: J. DROZ u. a. (Hrsg.), *Geschichte des Sozialismus*, 1977, Bd. XI, S. 8; H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 92.

¹⁰⁸ Ebd., S. 92 ff.; D. MARQUAND, Ramsay MacDonald, 1977, S. 272 ff.; S. HOWE, Labour and international affairs; in: D. Tanner et al. (Hrsg.), *Labour's First Century*, 2000, S. 119–150.

¹⁰⁹ H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 94.

¹¹⁰ Zum Beispiel auf der Konferenz von Luzern, auf dem die Zweite Internationale kurz nach dem Berner Kongress tagte; Pierre Renaudel konstatierte hier stellvertretend für die SFIO die Notwendigkeit, nach dem Weltkrieg für ein ökonomisches Gleichgewicht zu sorgen. *Le Parisien*, 9. August 1919.

einer erneuten Konfrontation vorab zu minimieren.¹¹¹ Berücksichtigt man Frankreichs politische Ausgangsposition nach dem Krieg, erscheint diese Sichtweise durchaus nachvollziehbar: In der Bevölkerung gab es hohe demographische Verluste – über 1,3 Million französischer Soldaten waren gefallen –, die Geburtenrate war stark zurückgegangen und hinzu kam eine große Zahl von Kriegsinvaliden und Kriegsversehrten.¹¹² Des Weiteren waren die wirtschaftlichen Folgen des Krieges geradezu verheerend für das Land, insofern vor allem die wirtschaftlichen Zentren in Nord- und Ostfrankreich schwer verwüstet wurden.¹¹³ Ebenso schwere Einbußen musste der agrarische Sektor hinnehmen, was zu einer nachhaltigen Störung des Außen- und Binnenhandels führte. Nimmt man dann noch hinzu, dass auch das Nationalguthaben um 25% zurückgegangen war und es in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu einer Inflation kam, so überrascht es kaum, dass die nationale Begeisterung im Begriff war, einer großen Ernüchterung zu weichen. *»Zwei Faktoren hatten zunächst die Nation noch geeint erscheinen lassen: einmal die Hoffnung auf hohe deutsche Reparationszahlungen und zweitens die Unklarheit über die tatsächlichen Kriegsschäden, deren Ausmaß zu diesem Zeitpunkt noch deutlich unterschätzt wurde. In Frankreich hoffte man, nach Kriegsende an die Vorkriegszeit anknüpfen zu können [...]«*¹¹⁴ Daran wird deutlich, dass die erhofften deutschen Reparationszahlungen in der französischen Öffentlichkeit eine Art Stütz- und Kittfunktion einnahmen. Der errungene Sieg und der dadurch entfachte Nationalismus sollten ebenso wie die Aussicht auf rasche materielle Wiedergutmachung dazu beitragen, die aufgebrochenen gesellschaftlichen Konflikte einzudämmen und Frankreich zu alter (wirtschaftlicher) Stärke zu verhelfen.

Eben aus diesem Grund räumten außenpolitische Vordenker wie Vincent Auriol, Léon Blum, Pierre Renaudel oder Albert Thomas der Klärung der Reparationsfrage eine große Rolle ein: Relativ früh schon warnte die Partei vor den eklatanten wirtschaftlichen Folgen des Versailler Friedenswerkes für die europäische Nachkriegszeit und insbesondere für die geschwächte deutsche Republik. Vincent Auriol konstatierte bereits im Jahre 1920 vorausschauend: *»La bataille des réparations est commencée«*¹¹⁵ – und unterstrich damit das dem Vertragswerk innewohnende Konfliktpotential: Für die SFIO waren Reparations- und Sicherheitsfrage nicht voneinander zu trennen, weil die hohen französischen Zahlungserwartungen als systemdestabilisierender Faktor für die deutsche Republik interpretiert wurden. Was also Frankreichs Wiederaufbau forcieren sollte, sei für die deutsche Wirtschaft wiederum Gift, so das

¹¹¹ Zur französischen Deutschlandpolitik im Allgemeinen: L. ZIMMERMANN, Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles zum Dawes-Plan, 1971; J. BARIÉTY, Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale, 1977; W. McDUGALL, France's rhineland Diplomacy, 1978.

¹¹² Hierzu: D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 69 f.; E. L. BOGART, Direct and indirect costs of the great world war, 1919, S. 272 ff.; A. SAUVY, Histoire économique de la France entre les deux guerres, 1965, S. 19–34.

¹¹³ E. L. BOGART, Direct and indirect costs of the great world war, 1919, S. 285 ff.; D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 69 f.

¹¹⁴ Ebd., S. 70.

¹¹⁵ Journal officiel de la République française. Débats parlementaires. Chambre des députés. Comptes rendus in extenso, Paris 1919, S. 4248.

Fazit eines 1921 veröffentlichten Manifests. Daraus wurde von den Sozialisten gefolgert, dass sich der »bloc national« mit seiner Politik selbst ein Bein stelle – vor allem dann, wenn die deutsche Republik an den Folgen der ihr aufoktroierten Reparationszahlungen zusammenbrechen sollte und ein erneutes Zeitalter der Reaktion anbrechen würde.¹¹⁶

Die Ächtung des Vertragswerkes war allerdings aus Sicht der SFIO keineswegs selbstverständlich: Insbesondere die Parteimehrheit um Pierre Renaudel und Albert Thomas haderte mit der Ablehnung des Versailler Vertrages, was sich daran manifestierte, dass sie sich bei der Abstimmung über den Friedensvertrag ihrer Stimme enthielt, während die »Minorité« um Jean Longuet klar dagegen votierte.¹¹⁷ Zu größeren innerparteilichen Querelen aufgrund der außenpolitischen Divergenzen kam es allerdings nicht: Von 1919 bis 1920 profitierte die SFIO-Führung davon, dass kein Parteikongress stattfand, so dass die Parlamentsfraktion nahezu eigenständig in Zusammenarbeit mit der C.A.P. die außenpolitische Linie bestimmen konnte – ohne dabei die Parteibasis miteinbeziehen zu müssen.¹¹⁸ Faktisch konnte man sich auf diesem Wege sukzessive darauf einigen, die Zusammenarbeit mit der durch den Berner Kongress »rehabilitierten« USPD zu forcieren¹¹⁹ und gemeinsam mit den Parteien der ehemaligen »Entente Socialiste« eine Fixierung der zu zahlenden Reparationssumme auszuarbeiten sowie final die »Schuldfrage« der MSPD zu klären. Auf nationaler Ebene sollte die Parlamentsfraktion wiederum Druck auf den bloc national ausüben und dadurch ein Umdenken bewirken.¹²⁰

¹¹⁶ A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Parti socialiste et parti communiste (février-septembre 1921); Appel du parti socialiste, April 1921, F/7/12893.

¹¹⁷ Elf Abgeordnete der SFIO gehörten zudem der zugehörigen Kommission an, die über die Ausarbeitung des Vertrages beraten hatte. Bei der Abstimmung selbst stimmten 49 Abgeordnete gegen den Vertrag, zwei dafür, während sich 33 ihrer Stimme enthielten. R. GOMBIN, *Les socialistes et la guerre*, 1970, S. 13.

¹¹⁸ Ebd., S. 15 f.

¹¹⁹ Ein Beispiel hierfür ist der Gründungskongress der »Zweieinhalften« Internationale in Wien, der am 27. 2. 1921 stattfand. Die Loslösung von der II. Internationale wurde vor allem auf Initiative Friedrich Adlers sowie den drei abtrünnigen Parteien – USPD, SFIO und ILP – betrieben, wobei vor allem die Zusammenarbeit mit der deutschen USPD aus Sicht der französischen Sozialisten als besonders eng beschrieben werden kann. Frühe symbolische Gesten im Hinblick auf eine Verständigung bzw. Annäherung zwischen USPD und SFIO lassen sich hierbei auch auf parlamentarischer Ebene nachweisen. So solidarisierte sich Jean Longuet bereits im September 1919 im französischen Parlament mit den deutschen Unabhängigen. A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Parti Socialiste & Parti Communiste, Polizeibericht vom 7. 3. 1921, F/7/12893; *Liberté*, 3. 9. 1919.

¹²⁰ Einer der wichtigsten Parlamentsredner der SFIO war bereits zu diesem Zeitpunkt Léon Blum. Obschon das Machtvakuum innerhalb der SFIO nach dem Tod von Jaurès lange Zeit ungeklärt blieb, übernahm er sukzessive, gemeinsam mit Auriol, Renaudel oder Longuet, die außenpolitische Führungsrolle. Während Auriol die finanzielle Ebene in seinen Reden abdeckte, bemühte sich Blum vor allem darum, die Folgen des Versailler Vertrages für das europäische Sicherheitssystem in seiner Gesamtheit zu thematisieren. Im französischen Parlament kam er beispielsweise in einer am 15. 4. 1920 gehaltenen Rede zu dem Fazit, dass das Verhältnis zwischen Schuldner und Gläubiger auf einer gegenseitigen Abhängigkeit beruhe und zu fragen sei, ob Frankreich bei aller militärischen Überlegenheit tatsächlich diejenige Macht sei, die den Ton angebe. L. BLUM, *Lutte contre le bloc national*; in: A. MICHEL (Hrsg.), *L'Oeuvre de Léon Blum*, 1972, Bd. 3.1., S. 82 ff.

Anders als in Großbritannien gab es auf parlamentarischer Ebene allerdings *keine* Aussicht auf Regierungsbeteiligung. Die Wahlen von 1919 bescherten der SFIO gerade einmal 68 von 619 Sitze in der französischen Nationalversammlung und die nächste Wahl fand erst im Jahre 1924 statt.¹²¹ Zwar war die unmittelbare Nachkriegszeit in beiden Ländern von der Dominanz der Konservativen geprägt, jedoch kann die beinahe trostlose Situation in Frankreich kaum mit dem englischen Beispiel verglichen werden: Der »bloc national« hatte einen erfolgreichen Wahlkampf gegen das bolschewistische »Schreckgespenst« geführt und konnte infolgedessen 419 von 619 Sitze für sich verbuchen. Die während des Weltkrieges kurzzeitig überwundenen Schranken zwischen Bürgertum und Sozialisten wurden wieder aufgebaut, was in Verbindung mit der allgemeinen Radikalisierung der Arbeiterbewegung zu einer Entfremdung zwischen beiden Lagern führte.¹²² Während der Kampf gegen den Bolschewismus ein Integrationsmittel für politische Mitte und Rechte war, wurde von immer größeren Teilen der Arbeiterbewegung die Orientierung am sowjetischen Modell verlangt sowie der Anschluss an die 1919 gegründete Kommunistische Internationale. Innerhalb der SFIO gipfelten die parteiinternen Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Befürwortern Moskaus schlussendlich in der Spaltung der Partei auf dem Parteitag in Tours (25.–30.12.1920),¹²³ wo die Gründung der »Section française de l'Internationale communiste (SFIC)«, später »Parti Communiste Française (PCF)«, mit überwältigender Mehrheit beschlossen wurde. Dies hatte zur Folge, dass die SFIO materiell und moralisch am Boden lag und die Zukunftsaussichten des Sozialismus in Frankreich mehr als düster aussahen.¹²⁴

¹²¹ Ein grundsätzliches Problem des 1919 geführten Wahlkampfes war, dass die SFIO sich erstens klar von der »Union Sacrée« distanzierte und zweitens Bündniszusage kategorisch ablehnte, auch mit den Liberalen bzw. den Radikalsozialisten. Die nach dem Weltkrieg einsetzende Radikalisierung der Arbeiterbewegung sowie die nicht vorhandene Distanzierung von den Kommunisten führten insgesamt zu einer Marginalisierung der SFIO. Diese Politik erschwerte der Partei indes ein erfolgreiches Abschneiden im bereits angesprochenen Wahljahr 1919. D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 70 f.

¹²² Ebd., S. 71.

¹²³ Kern des Parteitages waren vor allem die tumultuarischen Auseinandersetzungen um den richtigen Kurs sowie die scharfen Anfeindungen gegen Léon Blum, der sich am deutlichsten gegen den Kommunismus aussprach. Der Parteitag müsse sich für Sozialismus oder für Kommunismus entscheiden, so sein Fazit. Einen Mittelweg gebe es nicht. Am Ende stimmten 3208 Abgeordnete für einen Anschluss an die III. Internationale, bei nur 1022 Gegenstimmen. G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 202 f., Grundlegend zur Parteispaltung und den Folgen: T. JUDT, La reconstruction du parti socialiste, 1976; G. LEFRANC, Le mouvement socialiste sous la Troisième République, 1963, 2 Bde.; wichtige Dokumente zur Spaltung zwischen SFIO und SFIC: L'OURS, Publications mensuelle éditée par l'Office Universitaire de Recherche Socialiste. Cahier et Revue, No. 32, 1972: Histoire du Parti Socialiste, SFIO: Troisième partie (1920). La scission; Zum Parteitag im Speziellen: J. CHARLES et al. (Hrsg.), Le congrès de Tours, 1980; aus deutscher Perspektive (zeitgenössisch) siehe auch den Artikel von Hilferding in der »Freiheit« respektive die Rezension hiervon in der »Populaire«: Le Populaire, 14.1.1921 (»Hilferding sur la scission«).

¹²⁴ Das Zeitungsorgan (Humanité) und ein beträchtlicher Teil des Parteieigentums waren den Kommunisten in die Hände gefallen. Als Tageszeitung blieb nur eine sich am Rande des Bankrotts befindende »Populaire de Paris«, einst gegründet von dem Marx-Enkel Jean Longuet. Neben den materiellen Verlusten sowie dem Absprung zahlreicher Abgeordneten, kam schlussendlich noch eine tiefe

Immerhin war der außenpolitische Kurs der Partei zumindest auf den ersten Blick recht eindeutig: Aus der strikten Ablehnung des Versailler Vertrages folgte der Anspruch, die Kriegsschuldfrage von der Reparationspflicht zu trennen. Deutschland sollte die materiellen Schäden bezahlen, allerdings nicht aufgrund des »Siegerrechts«, sondern im Sinne einer »Haftungspflicht« (ähnlich wie in den Wilsonschen 14 Punkten formuliert). Diese insbesondere von Léon Blum formulierte Haltung kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der deutsche Nachbar nach wie vor der Hauptschuldige blieb – selbst wenn konsequent von einem »Schadensersatz« und nicht von einer deutschen »Schuld« gesprochen wurde.¹²⁵ Dieser Kurs setzte sich parteiintern sukzessive durch, auch wenn vor allem die »Majorité« um Pierre Renaudel große Probleme damit hatte, die eigenen Erwartungen zu korrigieren und den vergleichsweise moderaten und auf Ausgleich bedachten Kurs von Blum anzuerkennen.

In Polizeiberichten wurde Renaudel als »bourgeois« Sozialist abgestempelt, der ebenso wie Thomas oder L. Blum mit »imperialistischen Kräften« kollaboriere (im Besonderen wird auf die Rolle von Thomas als Präsident des BIT eingegangen). Dass diese Einschätzung nicht von ungefähr kommt, wird an einem anderen Bericht deutlich, der kurz nach dem Kriegsende (24. 2. 1919) verfasst wurde: Während die CAP tagte, skandierten die Massen außerhalb des Gebäudes die Namen großer Revolutionsführer wie Luxemburg, Liebknecht oder Lenin. Unterdessen sprach sich Pierre Renaudel im »Salle Emile Zola« für eine komplette Demobilisation Deutschlands aus, verlangte eine vollständige Entwaffnung und die Zahlung der geforderten Reparationen, wenngleich er deutlich machte, dass die französischen Forderungen utopisch seien und aufgrund der tumultuarischen Entwicklung in Berlin nicht erfüllt werden könnten. Außerdem gab er zu bedenken, dass die Deutschen auch einfach aufhören könnten zu arbeiten, nur um sich an Frankreich zu revanchieren. Renaudel gehörte auch jenen an, die sich im Lager der SFIO klar für die Rückgabe Elsass-Lothringens ausgesprochen hatten. Auf einem privaten Treffen, das am 10. 3. 1919 stattfand, an dem auch Salomon Grumbach teilnahm, bemerkte er zudem, dass Eisner ein »bayerischer Diktator« sei, Deutschland nicht in den Völkerbund dürfe und der Bolschewismus überall bekämpft werden müsse.¹²⁶

ideologische Desorientierung hinzu: Der Streit um den richtigen Kurs war nach wie vor brandaktuell und der Konflikt zwischen linkem und rechtem Flügel allgegenwärtig. Um nur ein konkretes Beispiel zu geben: Als Albert Thomas im Frühjahr 1921 (nach dem Parteitag von Tours) das Amt des Vorsitzenden des »Bureau International du Travail (BIT)« übernahm, wurde er als französischer »Gustav Noske« bezeichnet und damit als Arbeitverräter gebrandmarkt. A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Parti socialiste et parti communiste (février-septembre 1921), Réunion du Parti Socialiste, 14. Februar 1921, F/7/12893; G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 228 ff.

¹²⁵ Kern des SFIO-Reparationsplans war es, die entstandenen Schäden zu ersetzen, zu einem Teil in Form von Naturalien und dem Einsatz deutscher Arbeitskräfte in Frankreich. Die deutsche Zahlungskapazität sollte bei der Formulierung konkreter Reparationssummen stets berücksichtigt werden. G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 292 ff.

¹²⁶ A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Pierre Renaudel, Polizeibericht vom 24. 2. 1919, F/7/16001/2; A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Pierre Renaudel, Polizeibericht vom 11. 5. 1919, F/7/16001/2; A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Pierre Renaudel, Polizeibericht vom 10. 3. 1919, F/7/16001/2.

Insgesamt geht allerdings aus dem Nachlass von Albert Thomas hervor, dass sich diese teilweise sehr rigide Haltung gegenüber dem deutschen Nachbarn zumindest innerhalb der Parteiführung sukzessive änderte. Mit dazu bei trugen vor allem Deutschlandreisen von SFIO-Politikern wie P. Mistral oder A. Thomas, 1919–1921, die allesamt ein eindeutiges Bild präsentierten: Deutschland liege am Boden und könne die Reparationszahlungen nicht leisten. Diese Einschätzung sorgte auch innerhalb der Parteirechten für ein Umdenken.¹²⁷

Was die Rolle der SFIO innerhalb der Internationale anbelangt, so hatten die französischen Genossen auf dem Berner Kongress zunächst beschlossen, am Wiederaufbau der Zweiten Internationale tatkräftig mitzuwirken. Allerdings schwebte der Partei – anders als der Labour Party – eine Erneuerung der Zweiten Internationale im Geiste des Amsterdamer Kongresses 1904 vor, der sich strikt gegen den Reformismus ausgesprochen hatte. Als zu Beginn der zwanziger Jahre klar wurde, dass die Labour Party andere Pläne verfolgte und nicht nur die strikte Ablehnung der Kommunistischen Internationale, sondern auch das klare Bekenntnis zu legalistischen Strategien einforderte – und damit auch die Abkehr vom Generalstreik und der sozialistischen Doktrin marxistischer Prägung –, trennte sich die SFIO kurzzeitig von der Zweiten Internationale und ihren Sektionen.¹²⁸

Diese Maßnahme war gewiss ein unheilvolles Signal für die internationale Arbeiterschaft, wenngleich an dieser Stelle explizit hervorgehoben werden muss, dass die tatsächliche Bedeutung der »Spaltung« gemeinhin überschätzt wird: Sowohl die französische als auch die britische Partei zeigten ein reges Interesse daran, auch in Zukunft miteinander zu kooperieren und die Disharmonie im sozialistischen Lager möglichst zeitnah zu überwinden, wie in Kapitel 3,3 der Arbeit noch zu zeigen sein wird.¹²⁹

3.2.3. SPD: Im Spannungsfeld von nationaler und internationaler Solidarität

Anders als in Frankreich oder in England bot die Situation im Deutschen Reich, zumindest theoretisch betrachtet, die Möglichkeit eines Neuanfangs – unter der Führung der SPD. Allerdings wurden der Partei durch den Versailler Vertrag sehr klare Rahmenbedingungen gesetzt, weshalb der Aufbau einer »sozialen Demokra-

¹²⁷ Archives Privées, NL Albert Thomas, Brief Thomas an Professor Aulard, 13. Dezember 1921, 94/AP/387.

¹²⁸ Zwar wurde auf dem Kongress in Straßburg 1920 der Anschluss an die KI verhindert, indes wurde auf dem gleichen SFIO Parteitag die Abspaltung von der Zweiten Internationale beschlossen (mit 4330 zu 337 Stimmen). J. BRAUNTHAL, *Geschichte der Internationale*, 1963, Bd. 2, S. 209 f.

¹²⁹ Daran anknüpfend stellt sich die Frage, ob das von Heinrich August Winkler vertretene Postulat, die SFIO habe unter der geistigen Führung Léon Blums den Nachweis erbringen wollen, die einzig legitime Erbin des Marxismus in Frankreich zu sein, auch im Hinblick auf die transnationale Zusammenarbeit aufrecht gehalten werden kann. H. A. WINKLER, *Klassenkampf versus Koalition*; in: *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 17, 1991, S. 183–219; hier: S. 185.

tie« (innenpolitisch) sowie das Verfolgen einer Friedenspolitik (außenpolitisch) nur auf der Grundlage des Friedensvertrages möglich war.¹³⁰ Wie bereits gezeigt, war die Unterstützung der Sozialistischen Arbeiterinternationale, rein realpolitisch betrachtet, kaum relevant gewesen: Eine positive Einflussnahme auf die Pariser Friedenskonferenz sowie die Umsetzung des Wilsonschen 14-Punkte-Plans misslangen vollständig, ein von der Internationale im Juli 1919 anberaumter »Aktionstag« gegen den Versailler Vertrag – geplant waren Demonstration in Frankreich, England, Deutschland – musste kurzerhand abgesagt werden.¹³¹ Zuvor war vor allem über die Kontakte der Labour Party zu Lloyd George versucht worden, die Verhandlungen erst mitzugestalten und anschließend ihr Ergebnis zu revidieren, aber auch dieser Ansatz scheiterte kläglich.

Sämtliche Vermittlungsversuche mit Hilfe der ehemaligen »Entente Socialiste« schlugen also fehl, den englischen und französischen Sozialisten waren aufgrund der Dominanz des konservativ-liberalen Blocks auf parlamentarischer Ebene die Hände gebunden, die MSPD war innerhalb der Internationale isoliert, die innenpolitische Situation in Deutschland katastrophal – kein Wunder, dass die deutschen Sozialdemokraten das Interesse an der transnationalen sozialistischen Zusammenarbeit zusehends verloren. Auf der Parteiausschusssitzung vom 28. und 29. August 1919 machte Otto Wels nicht zu Unrecht deutlich, dass die internationalen Treffen einen höchst provisorischen Charakter hätten und wenig zielführend seien: *»Auch die diesmalige Konferenz in Luzern sollte nur internen, für den kommenden großen Kongress in Genf vorbereitenden Charakter tragen. Es waren eigentlich nur die Franzosen, die die Absicht hatten, dieser Sitzung der permanenten Kommission größeren kongressartigen Charakter zu geben. [...] Wie ein roter Faden zog sich durch die ganzen Verhandlungen, genau wie in Bern, die eine Forderung: Feststellung der Verantwortlichkeiten. Wir deutschen Mehrheitssozialdemokraten wurden von der Mehrheit der Internationale wohl in persönlichem Verkehr freundschaftlich und achtungsvoll begrüßt usw. aber eine gewisse Spannung leugnen zu wollen, wäre töricht, wäre verkehrt. Sie liegt offenbar auf der Hand und liegt darin, was Friedrich*

¹³⁰ Zu den Beratungen der SPD-Fraktion über die Annahme des Friedensvertrages: SPD-Fraktions-sitzung, 20. 6. 1919; in: H. POTTHOFF / H. WEBER (Hrsg.), Die SPD-Fraktion in der deutschen Nationalversammlung, 1919–1920, 1986, S. 101; allgemein zu den Rahmenbedingungen in Deutschland nach 1919: E. KOLB, Internationale Rahmenbedingungen einer demokratischen Neuordnung in Deutschland 1918/1919; in: K. D. BRACHER / M. FUNKE / H.-A. JACOBSEN (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933, 1987, S. 257–284.

¹³¹ In Frankreich wurde der für den 21. Juli 1919 geplante Streik verschoben, in Großbritannien fand er gar nicht statt und lediglich in Deutschland und Italien kam es zu Protestzügen gegen Versailles. Ein sehr eindringlicher (Außen-)Bericht findet sich im Nachrichtenblatt der »Schützenbrigade 21«, das am 22. 7. 1919 verfasst wurde: *»Der Weltgeneralstreik am 21. Juli ist kläglich gescheitert. Der Nieu-Rotterdamse Courant schreibt treffend dazu: da in Frankreich, Italien und England der Streik ein volles Fiasko erlebte, so muß man den Sympathiestreik in Deutschland als lächerliche Komödie ansehen. In Berlin streikte man also aus Sympathie für die Arbeiter der Entente, die selber gar nicht streikten! – Die Internationale und die deutschen Internationalisten haben sich wieder einmal blamiert.«* BHStA-KA Freiwilligensammelstelle der Schützenbrigade 21, Nachrichtenblatt Nr. 52, 22. 7. 1919, Nr. 28.

Adler sagte, daß in der zweiten Internationale immer noch allzu stark Ententepolitik getrieben zu werden scheine.«¹³²

Immerhin äußerte Wels die Überzeugung, dass »bis Genf viel Wasser die Flüsse Europas entlang laufen wird« – und die »Entente-Sozialisten« im Begriff seien, die negativen Absichten ihrer Regierungen zu registrieren.¹³³ Wesentlich mehr Probleme bereiteten ihm die Unabhängigen Sozialdemokraten, die sich in den Kommissionsverhandlungen permanent mit der MSPD streiten würden, so sein Fazit: »Die Unabhängigen haben erklärt, daß sie mit den Verrätern, den deutschen Mehrheitssozialdemokraten, nicht zusammensitzen könnten.«¹³⁴

Die USPD war unter den Parteien, die sich außerhalb Russlands von der Stammpartei abgespalten hatten, die mit Abstand stärkste. In den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 erhielt sie 4.895.000 Wählerstimmen und konnte sich nach der MSPD zur zweitstärksten Kraft mit 180 Abgeordneten im Reichstag aufschwingen.¹³⁵ Somit überrascht es nicht, dass ihr sprunghafter Aufstieg großen Argwohn im Lager der Mehrheitssozialdemokratie hervorrief. Die MSPD ging zwar aus den Wahlen zum deutschen Reichstag von 1919 bis 1930 durchweg als stärkste Fraktion hervor, allerdings hatte sie bei der am 6. Juni 1920 stattfindenden Reichstagswahl – im Vergleich zum Vorjahresergebnis – beinahe die Hälfte der Stimmen verloren. Weil auch die Koalitionspartner der »Weimarer Koalition« Stimmen verloren hatten und ein

¹³² »[...] Die Welt stand eben einmal gegen Deutschland in Waffen und auch die deutsche Sozialdemokratie ist nun mal für die Parteigenossen aus den anderen Ländern der Feind gewesen, gegen den sie sich wandten. Deutschland ist nach der Meinung insbesondere der französischen Parteigenossen, der französischen Mehrheit wie Minderheit, verpflichtet, das Schuldbekenntnis auszusprechen. Wir haben in Bern und in Luzern, mit aller Schärfe und Entschiedenheit erklärt, daß wir ein Schuldbekenntnis unsererseits, ein Schuldbekenntnis der deutschen Sozialdemokratie am Kriege und an der Verlängerung des Krieges nicht aussprechen könnten, daß wir aber die Schuld klarstellen wollen.« D. DOWE (Hrsg.), Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, 1980, Bd. 2, S. 686 f.

¹³³ Ebd., S. 687.

¹³⁴ Wels nahm die Angriffe der USPD als Anlass, sich intern gegenüber dem eigenen Parteivorstand zu rechtfertigen: »Dem Klassenkampf haben wir niemals abgeschworen und hier haben wir nicht die Absicht, ihn uns durch Kompromisse mit dem Bürgertum verwässern zu lassen. Dafür, daß wir gezwungen sind, mit den Bürgerlichen zusammen die Regierung zu bilden, haben wir anderwärts ebenfalls Vorbilder. Wir haben besonderen Grund mit der »Resolution Renaudel« zufrieden zu sein, weil sie beweist, daß die Politik, die der Minister des Auswärtigen in Deutschland betreibt, bei allen Völkern Anklang gefunden hat und deren Regierungen zwingen wird, bei der Ausföhrung des Friedensvertrages in mäßigendem Sinne zu wirken. Als großen Erfolg schreibe ich uns deutschen Mehrheitssozialdemokraten in der Kommission folgendes zu: daß bei der Regelung der wirtschaftlichen Fragen der Absatz 1, der von MacDonald abgefaßt war, eine Änderung erfahren hat, und zwar in der folgenden Richtung, daß ein Zusatzantrag angenommen wurde, der von uns gestellt wurde [...].« Inhalt der in Luzern verabschiedeten Resolution war die baldige Fixierung der deutschen Reparationssumme (unter Berücksichtigung der Situation der deutschen Arbeiter) sowie die Zusage, dass Deutschland seine Kolonien behalten könne. Ebd., S. 30.

¹³⁵ Die Partei war 1919/20 über 800.000 Mitglieder stark, publizierte 55 Tageszeitungen und war damit der KPD in allen Belangen überlegen. Wie Julius Braunthal nicht zu Unrecht anmerkte, mussten die deutschen Kommunisten gegenüber der Stärke der USPD wie eine »Sekte« anmuten – im Gegensatz zur USPD konnten sie zwei Reichstagsmandate erreichen. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 229 f.; zur Geschichte der USPD, siehe: R. F. WHEELER, USPD und Internationale 1975; D. ENGELMANN / H. NAUMANN, Zwischen Spaltung und Vereinigung, 1993.

Zusammengehen mit der DVP intern nicht zu vermitteln war,¹³⁶ war die SPD erst einmal aus der Regierungsverantwortung ausgeschieden, wenngleich ihre starke Rolle im Parlament implizit die Verpflichtung mit sich brachte, bürgerliche Kabinette zu tolerieren. Gegen die Sozialdemokratie konnte vorerst nicht Politik gemacht werden, allerdings auch nicht ohne sie.¹³⁷

Außenpolitisch trat die Mehrheitssozialdemokratie zumindest offiziell für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Wie allerdings Stefan Feucht in seiner Dissertation deutlich macht, wurde die tatsächliche Geltung dieses Grundsatzes 1918/19 in der Baltikumfrage allzu sehr strapaziert.¹³⁸ Zwar sprach sich die Mehrheit der Partei überzeugt für eine konsequente Friedenspolitik aus, indes tat sich ein Teil der Führung um Scheidemann, Ebert und David schwer, mit der Großmachtpolitik des Reiches endgültig zu brechen, was sich in dem Versuch, den Einfluss Deutschlands im Baltikum zu sichern, manifestierte. Eine ähnliche Entwicklung kann indes auch im rechten Flügel der SFIO beobachtet werden, wo die Annexion Elsass-Lothringens konsequent eingefordert wurde¹³⁹ – trotz des gleichzeitigen Versuches, Wilsons 14 Punkte Programm (Völkerbund, Selbstbestimmung der Völker – aber auch die »Rückgabe« Elsass-Lothringens) umzusetzen.

Führende Außenpolitiker waren in den ersten Nachkriegsjahren vor allem die wichtigsten Partei- und Fraktionsführer wie die Vorsitzenden Scheidemann¹⁴⁰ und

¹³⁶ Der Ausgang der Reichstagswahl zum 6. Juni 1920 bedeutete für die Weimarer Koalition aus Zentrum, SPD und DDP insgesamt eine schwere Enttäuschung. Die Verlierer waren vor allem SPD und DDP – zwei Parteien der oben genannten Regierungskoalition. Demgegenüber konnten vor allem die USPD sowie die Rechtsparteien (DVP und DNVP) zulegen. Genauere Analysen zeigen, dass die SPD vor allem ihre Stimmen an die Unabhängigen abgeben musste und eben dieser Linksruck der Arbeiter bereitete den Mehrheitssozialdemokraten große Probleme. Vgl. H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, 1998, S. 138 f.; J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 231.

¹³⁷ Anders als in Frankreich oder in England ergab sich die paradoxe Situation, dass die SPD zwar die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigte, allerdings keine Regierungsverantwortung ausübte. Grund hierfür war vor allem der Umstand, dass die DVP, die als Koalitionspartner 1920 rein rechnerisch betrachtet in Frage gekommen wäre, einen antisozialdemokratischen Wahlkampf geführt hatte, unter anderem mit der Parole: »Von roten Ketten macht uns frei allein die Deutsche Volkspartei.« H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, 1998, S. 140.

¹³⁸ Wie Feucht deutlich macht, war es das Vorhaben des rechten SPD-Politikers August Winnig, der als Generalbevollmächtigter des Reiches für die baltischen Länder eingesetzt wurde, das Baltikum an Deutschland zu binden. Diese Politik wurde von P. Scheidemann, F. Ebert und E. David 1918/19 zumindest toleriert respektive ignoriert. Erst als Winnig den Versuch unternahm, Großmachtpolitik gegenüber England zu betreiben, kam es zu einer Auseinandersetzung mit Winnig und seiner Politik im Baltikum. Dies verstärkte sich um ein Vielfaches, als die MSPD von der Internationale und im Inland von der USPD »ermahnt« wurde. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 216 ff.

¹³⁹ Hierzu muss angemerkt werden, dass es selbst im linken Flügel der SFIO Politiker gab, die eine Rückgabe Elsass-Lothringens einforderten. Unter den Befürwortern dieser Politik befand sich unter anderem der Marx-Enkel Jean Longuet. Le Populaire, 22. 11. 1918.

¹⁴⁰ Zu Scheidemann, siehe auch seine Memoiren: P. SCHEIDEMANN, Memoiren eines Sozialdemokraten, 1928, Erster Band; Literatur über Scheidemann: H. LADEMACHER, Philipp Scheidemann; in: W. VON STERNBURG (Hrsg.), Die deutschen Kanzler, 1998, S. 160–175.

Ebert¹⁴¹ sowie deren Nachfolger Hermann Müller¹⁴² und Otto Wels¹⁴³. Sie alle waren »der Parteiorganisation verpflichtete Funktionäre«, also keine orthodoxen Marxisten, sondern nüchterne Pragmatiker, die sich an einer Politik des Möglichen orientierten.¹⁴⁴ Nach der Vereinigung von USPD/MSPD im Jahre 1922 spielten mit Arthur Crispien, Rudolf Hilferding¹⁴⁵ und Rudolf Breitscheid¹⁴⁶ drei weitere Politiker eine zentrale Rolle im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Während sich Ebert und Scheidemann in der unmittelbaren Nachkriegszeit insbesondere darum bemühten, das bolschewistische »Schreckensgespenst« zu instrumentalisieren und die alliierten Siegerstaaten von günstigen Friedensbedingungen für Deutschland zu überzeugen, trat Hermann Müller, der eine hohe Akzeptanz innerhalb der Partei genoss und regelmäßig mit hohen Wahlergebnissen in den Vorstand gewählt wurde, auch im Austausch mit sozialistischen Schwesterparteien stärker in Erscheinung: So war er beispielsweise auf dem Berner Kongress 1919 zugegen und hatte 1914 zudem als »Vermittler« zwischen SFIO und SPD fungiert, als es um die mögliche Verabschiedung der Kriegskredite ging.¹⁴⁷ Gleichsam präsent auf internationalen Kongressen und Treffen war Otto Wels, der sich wie Müller zu einer »demokratischen Außenpolitik« bekannte und für die Realisierung der Wilsonschen 14 Punkte eintrat.

Allerdings waren die Möglichkeiten der MSPD, sozialdemokratische Zielsetzungen in eine konkrete Außenpolitik zu überführen, eher limitiert. Hierfür waren erstens die komplizierten politischen Bedingungen der SPD in der Weimarer Koalition ausschlaggebend, der Zwang zu Kompromissen mit bürgerlich-liberalen Kräften, sowie zweitens die fehlende institutionelle Einbindung: Im Auswärtigen Amt gab es nur wenige Sozialdemokraten, die in eine hohe diplomatische Stellung berufen wurden,¹⁴⁸ weshalb die Möglichkeiten, »aktiv« Diplomatie zu betreiben, eher beschränkt

¹⁴¹ Vgl. P. KAMPFMEYER, Friedrich Ebert, 1923; W. BESSON, Friedrich Ebert, 1963; H. MOMMSEN, Friedrich Ebert als Reichspräsident; in: DERS. (Hrsg.), Arbeiterbewegung und nationale Frage, 1979, S. 296–317; R. KÖNIG / H. SOELL / H. WEBER, Friedrich Ebert und seine Zeit, 1990; W. MÜHLHAUSEN, Friedrich Ebert 1871–1925, 2006.

¹⁴² M. VOGT, Hermann Müller; in: W. VON STERNBURG (Hrsg.), Die deutschen Kanzler, 1998, S. 191–206.

¹⁴³ H. ADOLPF, Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie, 1971.

¹⁴⁴ S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 104.

¹⁴⁵ C. STEPHAN (Hrsg.), Schriften Rudolf Hilferdings 1904–1940, 1982; W. EUCHNER, Rudolf Hilferding, 1988–1941; in: P. LÖSCHE / M. SCHOLING / F. WALTER, Vor dem Vergessen bewahren, 1988, S. 170–192.

¹⁴⁶ P. PISTORIUS, Rudolf Breitscheid 1874–1944, 1970; M.-D. CAVAILLÉ, Rudolf Breitscheid et la France, 1995.

¹⁴⁷ S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 103f.

¹⁴⁸ August Winnig wurde am 28.12.1918 ins Auswärtige Amt berufen, als Gesandter bei den Regierungen Estlands und Lettlands. Der ehemalige Journalist Adolf Müller erhielt am 19.1.1919 seine Berufung als Gesandter in Bern, ebenso wie zwei weitere Journalisten, Ulrich Rauscher (wurde 1922 nach Warschau gesandt) und Adolph Köster (seit 1919 Reichskommissar in Schleswig). Des Weiteren fungierte Otto Landsberg von 1920 bis 1923 als Gesandter in Brüssel. Nach 1923 wurde allerdings

waren. Hinzu kam außerdem, dass der Personenkreis derjenigen SPD-Angehörigen, die sich mit Fragen der Außenpolitik beschäftigten, äußerst klein war.¹⁴⁹ Somit waren die Chancen, der unmittelbaren Nachkriegszeit einen »sozialistischen« Stempel aufzudrücken, sowohl strukturell als auch inhaltlich äußerst gering. Dieses Dilemma kann gewissermaßen auf das Parteiendreck in seiner Gesamtheit übertragen werden.

3.3. *Transnationale Zusammenarbeit im Zeichen der Spaltung*

Insgesamt muss auf Basis der bisherigen Ausführungen konstatiert werden, dass der Handlungsspielraum des Parteiendreiecks auf nationaler Ebene denkbar klein war. Infolgedessen vermag es kaum zu überraschen, dass die Rekonstruktion der sozialistischen Internationale in den Planspielen der jeweiligen Parteiführung eine große Rolle einnahm. Komplizierte Machtverhältnisse im Parlament sowie geringe Einflussmöglichkeiten auf die Außenpolitik des jeweiligen Nationalstaates waren in keinster Weise ein Novum für SPD, SFIO und Labour Party. Was jedoch die Gestaltungsmöglichkeiten der Parteien in der Selbst- und Fremdwahrnehmung maßgeblich limitierte, war die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung. Die Vorstellung, den Ausbruch des Weltkrieges mit Hilfe einer stets wachsenden Arbeiterinternationale verhindern zu können, hatte sich als Hirngespinnst erwiesen. Dennoch lebte der Glaube an die Kraft der internationalen Bewegung fort, alle drei Parteien setzten große Hoffnungen auf die Rekonstruktion einer vereinten und handlungsfähigen »Agentur der Arbeiterklasse«. Aufgrund dessen wird im Folgenden zu prüfen sein, welche Anstrengungen unternommen wurden, um die in sich zerrissene Bewegung wieder zusammenzuführen – und welche Rolle das Parteiendreck in diesem schwierigen Prozess einnahm.

3.3.1. *Abriss: Zweite Internationale, Wiener Internationale, Kommunistische Internationale – Sozialismus zwischen Demokratie und Diktatur*

Die bereits angesprochene Spaltung der Zweiten Internationale vollzog sich in Wien, wo am 27. Februar 1921 die »Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (IASP)« gegründet wurde.¹⁵⁰ Die Trennung erfolgte einerseits aufgrund des ablehnenden Verhaltens der mehrheitssozialdemokratischen Parteien gegenüber der Kommunistischen Internationale, andererseits aufgrund ideologischer Differenzen zwischen dem linken und rechten Flügel der Zweiten Internationale.

kein Sozialdemokrat mehr ins AA berufen, bis 1932 der sozialdemokratische Pressesprecher, Walter Zechlin, zum Botschafter in Mexico ernannt wurde. Insgesamt wird daran deutlich, wie beschränkt die Möglichkeit für sozialdemokratische Politiker war, im diplomatischen Dienst tätig zu werden. Ebd., S. 111; hierzu auch: P. KRÜGER, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, 1985.

¹⁴⁹ Ebd.

¹⁵⁰ Diese erfolgte vor allem auf Initiative der österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, deren austromarxistischer Topos im Sinne eines integralen Sozialismus die Vereinigung aller Organisationen – inklusive der Kommunistischen Internationale – zum Ziel hatte.

Daher überrascht es kaum, dass die so genannte »Wiener« oder »Zweieinhalbte Internationale« – wie die IASP spöttisch von Karl Radek genannt wurde – von Parteien oder Parteiflügeln gegründet wurde, die dem revolutionären und in sich heterogenen Teil der Zweiten Internationale zugehörig gewesen waren.¹⁵¹ Tonangebende Gruppen waren hierbei in erster Linie: die Independent Labour Party (ILP), die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD), die französischen Sozialisten (SFIO) sowie einzelne Führungsfiguren wie v.a. der österreichische Sozialdemokrat Friedrich Adler.¹⁵²

Inhaltlich legten sich die Parteien der IASP auf ein Programm fest, das den revolutionären Klassenkampf sowie die internationale Klassensolidarität zu ihren wichtigsten Prinzipien erhob. Das war weder innovativ noch originell, sondern schlichtweg eine konsequente Fortführung der Politik der »alten« Zweiten Internationale vor 1914, wie auch Friedrich Adler auf dem Gründungskongress deutlich machte: *»Wir knüpfen an das an, was wir bis zum Juli 1914 als heilige Überzeugung festgehalten haben, daß die Proletarier aller Länder nur einen Feind haben, und das ist die Bourgeoisie aller Länder (Zustimmung).«*¹⁵³ Eben deshalb wollte die IASP sowohl von der reformistischen Zweiten Internationale, als auch von der als zu diktatorisch empfundenen Kommunistischen Internationale Abstand nehmen. Sich selbst nahm die IASP als Kristallisationspunkt wahr, als »wirkliche« Internationale, die mit dem Auftrag versehen wurde, die Arbeiterbewegung unter alten Vorzeichen zu vereinen.¹⁵⁴

Die Aussichten für eine Wiedervereinigung standen keineswegs schlecht: Auch im Lager der Labour Party war eine gewisse Bereitschaft vorhanden,¹⁵⁵ insbesondere auf

¹⁵¹ Zuvor war der Genfer Kongress der Internationale im Juli 1920 der letzte Kongress der »historischen« Zweiten Internationale gewesen, an dem auch die Parteien der späteren Wiener Internationale noch teilgenommen hatten. In Genf wurde im Besonderen vereinbart, die britische Labour Party mit der Rekonstruktion der Internationale zu beauftragen. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 249; LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, Trade Union Congress and Labour Party. International Sub-Committee, 10. II. 1920, LP/IAC/I.

¹⁵² Innerhalb der SFIO gewannen um 1918 die beiden linken Flügel – erstens die moderaten »Zentristen« (Jean Longuet) und zweitens der linke Flügel (Fernand Loriot) – die Mehrheit, was dazu führte, dass im Folgejahr ein Koalitionsbündnis mit bürgerlichen Parteien grundsätzlich negiert wurde. Die Independent Labour Party war als eigenständige Partei Mitglied der Zweiten Internationale und verbreitete in der Nachkriegszeit eine große Stimmung der Unzufriedenheit über den Reformismus der Labour Party sowie den Antibolschewismus der Zweiten Internationale. Durch ihre grundsätzliche Oppositionshaltung zur MSPD befand sich die USPD wiederum in einer gänzlich anderen Perspektive, was den Absprung von der Zweiten Internationale zweifelsohne erleichterte. Wie ILP und SFIO prangerte auch die USPD den Reformismus der alten Internationale an, ebenso wie ihren »Sozialpatriotismus« oder »Antibolschewismus«. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 249 ff.

¹⁵³ Eröffnungsrede von Friedrich Adler auf der Konferenz von Wien am 22. 2. 1921; in: Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien: vom 22.–27. Februar 1921, mit Einleitung von Konrad von Zwehl, 1978, S. 10.

¹⁵⁴ Vgl. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 249 ff.; Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien, 1978, S. V-X.

¹⁵⁵ Bereits am 30. 12. 1920 verfasste Arthur Hendersons einen entsprechenden Brief, in dem er zum Ausdruck brachte, dass die Labour Party den Auftrag erhalten habe, die Internationale zu rekonstruieren. LHASC, Labour and Socialist International, Brief von A. Henderson, 30. 12. 1920, LSI/10/3/2;

die Wiener Internationale zuzugehen und eine »allumfassende Internationale« zu gründen.¹⁵⁶ Als der internationale Gewerkschaftsbund im Frühjahr 1921 ein Treffen aufgrund interner Spaltungstendenzen ablehnte,¹⁵⁷ sprach Henderson auf der Amsterdamer Exekutivsitzung der Zweiten Internationale sogar von einem ersten »Warnzeichen« und erklärte seine Bereitschaft, die Einigungsbestrebungen zu forcieren.¹⁵⁸

Auf der Amsterdamer Konferenz der Zweiten Internationale war auch der ILP-Vertreter J. Ramsay MacDonald zugegen – und das obwohl die Independent Labour Party aus der Zweiten Internationale ausgetreten war und offiziell der IASP angehörte. Einige Monate zuvor, im November 1920, hatte die Labour Party indes das Angebot an MacDonald formuliert, dem internationalen Sekretariat der Zweiten Internationale beizutreten, was er nach einiger Überlegung auch akzeptiert hatte¹⁵⁹ – sehr zum Ärger des späteren IASP-Vorsitzenden Friedrich Adler.¹⁶⁰ Aus Sicht der Labour Party machte die Offerte durchaus Sinn, insofern MacDonald vor und während des Weltkrieges der wohl aktivste transnationaler Akteur innerhalb der eng-

zur Vorgeschichte der Konferenz von Amsterdam: LHASC, Labour and Socialist International, Treffen des Exekutivkomitees der II. Internationale in London, 21.3.1921, LSI/11/1/2.

¹⁵⁶ Ob dieses Vorhaben tatsächlich ernst genommen werden kann oder vielmehr als taktisches Manöver zur Befriedung der rebellischen ILP bewertet werden muss, kann rückblickend nur bedingt geklärt werden. LHASC, Labour and Socialist International, Brief von Gillies an Cecil Harmsworth, 5.10.1921, LSI/10/16/11; als Beleg für das Begehren der Labour Party, eine Konferenz zur Formierung einer »all-inclusive-International« einzuberufen, siehe auch den Briefwechsel Adler-Gillies bzw. Adler-Henderson im Juli 1921; LHASC, Labour and Socialist International, u. a. den Brief von Adler an Gillies, 14. Juli 1921, LSI/10/15/1.

¹⁵⁷ Grund hierfür seien zu befürchtende Spaltungstendenzen im Lager der Gewerkschaften, deren Vertreter zumindest partiell mit der IASP sympathisierten. IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale mit Vertretern der parlamentarischen Fraktionen, 30., 31. März und 1. April 1921. IISG/LSI/5/18.

¹⁵⁸ IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale mit Vertretern der parlamentarischen Fraktionen, 30., 31. März und 1. April 1921. IISG/LSI/5/18.

¹⁵⁹ Bis zu diesem Zeitpunkt war Ramsay MacDonald einer der »Chefkritiker« der Internationale gewesen, weshalb sein noch im Winter 1920 gegebenes Einverständnis, Teil der Exekutive der II. Internationale zu werden, durchaus überrascht. Wenn man allerdings berücksichtigt, dass seine grundsätzliche Ablehnung der Kommunistischen Internationale wesentlich stärker wog, als die Aversionen gegen den reformistischen Flügel, dann erscheint seine Entscheidung, eine Annäherung der beiden sozialistischen Organisationen zu wagen und die linksextremen Vertreter der KI zu isolieren, durchaus plausibel. Seinen Schritt kommentierte er mit den Worten: »*There must be an international apart from the third.*« R. MACDONALD, Outlook, In: Socialist Review, Januar 1921; D. MARQUAND, Ramsay MacDonald, 1977, S. 262 f.; zum Angebot der Labour Party an MacDonald, siehe: LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, Trade Union Congress and Labour Party. International Sub-Committee, 10.11.1920, LP/1AC/1.

¹⁶⁰ Das Angebot akzeptierte er im Dezember 1920, was Friedrich Adler dazu bewog, im Februar 1921 einen verbitterten Brief an R. MacDonald zu verfassen: »*We are glad that we are to be able to work with the ILP at the Vienna Conference, but we are more than sorry that you yourself have chosen a path that cannot be ours.*« Die ILP erteilte MacDonald zur selben Zeit eine Rüge, die indes keine weiteren Folgen hatte. LHASC, Labour and Socialist International, Brief von Adler an MacDonald, 25.2.1921, LSI/10/6/3; hierzu auch: Le Populaire, 8.3.1921.

lischen Arbeiterpartei gewesen war,¹⁶¹ was dem Anliegen der Labour Party, die Spaltung zu überwinden, unbedingt zweckdienlich war.¹⁶²

Bezeichnenderweise war es aber nicht MacDonald, sondern die Repräsentanten der Kommunistischen Internationale, die mit ihrem Angebot zur Einheitsfront das Eis zwischen den drei internationalen Organisationen endgültig brechen konnten.¹⁶³ Im Juli 1921 formulierte der dritte Kongress der KI die Losung »Heran an die Massen« und inaugurierte damit eine Politik, die zunächst von der IASP, dann aber auch von Teilen der Zweiten Internationale wohlwollend als Wille zur Wiedervereinigung der Arbeiterklasse interpretiert wurde.¹⁶⁴ Beide Organisationen beschlossen daraufhin, sich auf den Kurswechsel der KI einzulassen, zuvor allerdings die Annäherungsbemühungen zwischen Zweiter Internationale und IASP zu forcieren.

Ein erster Versuch in diese Richtung wurde in London unternommen, wo im Oktober 1921 zunächst ein Treffen zwischen der IASP und den Vertretern der Labour Party stattfand.¹⁶⁵ Allerdings führten die Unterredungen zu keinem konkreten Ergebnis, weil sich die IASP den Offerten der Briten, die eine Fusion beider sozialistischen Internationalen anvisierten, standhaft verweigerte und allenfalls die »Zusammenfassung proletarischer Kräfte zu gemeinsamen Aktionen« ins Auge fasste.¹⁶⁶

Einen Monat später fand in Brüssel ein Treffen des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale statt, auf dem der angestrebte Einigungsprozess intensiv diskutiert wurde.¹⁶⁷ Zunächst machte Ramsay MacDonald stellvertretend für die Labour Party deutlich, dass die Partei keine Einzelverhandlungen mit der Wiener Internationale führen werde. Damit positionierte sich die Partei eindeutig und stellte sich an die Seite der stark kritisierten MSPD. In Bezug auf die SFIO wurde festgestellt, dass

¹⁶¹ D. MARQUAND, Ramsay MacDonald, 1977, S. 263.

¹⁶² Neben MacDonald nahmen außerdem die Vertreter der SFIO an der Konferenz teil, um ein gemeinsames Reparationsprogramm mit den deutschen und englischen Arbeitervertretern zu beschließen. *Le Populaire*, 9. 4. 1921.

¹⁶³ Vgl. J. BRAUNTHAL, *Geschichte der Internationale*, 1963, Bd. 2, S. 258; hierzu auch: R. SIEGEL, *Die Geschichte der Zweiten Internationale 1918–1923*, 1986.

¹⁶⁴ Zur IASP: Nachrichten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, Deutsche Ausgabe, Jänner 1922, No.1; in: Nachrichten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, Organ der II/2 Internationale, Wien April 1921–Juni 1923, 1973, S. 61; zur Zweiten Internationale siehe auch: LHASC, Labour and Socialist International, Brief von Arthur Henderson, 28. Juni 1921, LSI/11/1/19.

¹⁶⁵ Zur Vorgeschichte der Konferenz: LHASC, Labour and Socialist International, Briefwechsel zwischen A. Henderson und F. Adler, Juni–Juli 1921, LSI/10/15/1.

¹⁶⁶ Die Tatsache, dass die Konferenz zwischen Labour Party und IASP stattfand – die Briten also die Zweite Internationale im Alleingang vertraten –, darf als weiterer Beleg für die Dominanz der Engländer innerhalb der Zweiten Internationale gewertet werden. LHASC, Labour and Socialist International, Konferenz im Caxton Hall, London, den 19. und 20. Oktober 1921, zwischen dem Bureau der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien und dem Exekutivkomitee der Labour Party, LSI/10/17/1.

¹⁶⁷ Teilnehmer waren unter anderem: Ramsay MacDonald (Independent Labour Party), Emile Vandervelde (Parti ouvrier belge, POB), Otto Wels (MSPD). LHASC, Labour and Socialist International, Treffen des Exekutivkomitees der II. Internationale in Brüssel, 22. und 23. November 1921, LSI/11/1/21.

der Kern der Partei die Abspaltung von der Zweiten Internationale mittlerweile be-
reue und eine Reunion anstrebe.¹⁶⁸ Die einzige Frage sei indes, wie man diese He-
erausforderung bewältigen könne, ohne auf der anderen Seite die USPD zu verprel-
len.¹⁶⁹ Nach den gescheiterten Verhandlungen zwischen IASP und Labour Party
habe Jean Longuet einen kritischen Brief der USPD erhalten, die weitere Gespräche
zwischen beiden Organisationen grundsätzlich ablehnte.¹⁷⁰ Die zutiefst verärgerte
SFIO-Führung habe hierauf geantwortet, dass eine rasche Wiedervereinigung der
Internationale dringend angestrebt werden müsse und eine solche Politik auch von
der Partei geschlossen vertreten werde. Emile Vandervelde kam auf Basis dieser Er-
kenntnis zu dem Schluss, dass es von Vorteil wäre, wenn die SFIO – und nicht die
Zweite Internationale – die Konferenz einberufen würde. Wenn die eigene Exekutive
voranpresche, könnte das unter Umständen das falsche Signal sein und missver-
ständlich interpretiert werden, so sein Fazit. Aus diesem Grund empfahl er, den Ge-
neralsekretär der SFIO, Paul Faure, anzuschreiben und ihm – zumindest vordergrün-
dig – die Initiative zu überlassen, was schlussendlich auch umgesetzt wurde.¹⁷¹

Um die Differenzen zwischen Zweiter Internationale und IASP bezüglich einer
Zusammenführung der Internationalen endgültig aus dem Weg zu räumen, wurde
zunächst im Februar 1922 eine Konferenz in Paris anberaumt.¹⁷² Auf dem Treffen
wurde rasch deutlich, dass sowohl die Vertreter der IASP als auch der Zweiten Inter-
nationale starke Zweifel am konzilianten Verhalten der Kommunisten hatten. Der

¹⁶⁸ In dieser Zeit gewannen die Anhänger einer Reunion der beiden sozialistischen Internationalen die Überhand im Lager der SFIO. Dennoch war die beabsichtigte Zusammenführung von Wiener und Zweiten Internationale keineswegs unumstritten: Ein Polizeibericht über ein Treffen des »Conseil National« belegt, dass Longuet weiterhin große Sympathien für die bolschewistische Revolution hegte. Nach einem Streit über die Bewertung Sowjetrusslands wurde Longuet gefragt, wie er zum Bolschewismus und seinen Verbrechen gegen das russische Volk stehe. Darauf antwortete er lapidar: »Je n'ai pas changé. Je défends encore la révolution russe«. A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Parti socialiste et parti communiste (février-septembre 1921); réunion du conseil national du parti socialiste, 14.-2.1921, F/7/12893.

¹⁶⁹ »It was stated that the political position of the French Party was improving, but they suffered from the weakness of a party lacking a popular press. Requests had been made for a loan of money from parties in the Second International, and both the Belgian and the Swedish Parties expressed a willingness to help the French Party unconditionally.« LHASC, Labour and Socialist International, Treffen des Exekutivkomitees der II. Internationale in Brüssel, 22. und 23. November 1921, LSI/11/1/21.

¹⁷⁰ Wie Emile Vandervelde deutlich machte, sei der Brief von Ledebour ausdrücklich an Longuet adressiert gewesen. Dieser könne jedoch kein Deutsch, weshalb er das Dokument S. Grumbach überreichte, der den Text umgehend übersetzte und laut vorlas. Daraufhin sei dann ein Schrei der Empörung durch die SFIO-Delegation gegangen, weil die USPD eine geradezu störrische Haltung an den Tag gelegt habe, was dem Anliegen, sich der Zweiten Internationale wieder anzugliedern, sicher nicht abträglich gewesen sei. Ebd.

¹⁷¹ Auch Tom Shaw sprach sich für diesen Vorschlag aus, während Otto Wels die Ansicht äußerte, dass man Druck auf die Wiener Internationale ausüben müsse, um dadurch einen gemeinsamen Kongress zu erzwingen – eine Auffassung, die von den übrigen Anwesenden geflissentlich ignoriert wurde. Ebd.; hier auch: IISG, International Working Union of Socialist Parties Archive, Brief von Paul Faure an Friedrich Adler, 1.12.1921. IISG/IASP.

¹⁷² IISG, Labour and Socialist International – London Archives, An International Socialist Conference, 4.–6.2.1922. IISG/LSI/23/37.

SFIO-Vertreter Salomon Grumbach stigmatisierte den plötzlichen Gesinnungswandel der Kommunisten beispielsweise als Versuch, ein neues Rekrutierungslager für ihre eigene Internationale zu errichten.¹⁷³ Vor diesem Hintergrund schlug Pierre Renaudel vor, zumindest eine Fusion zwischen Wiener und Zweiten Internationale zu realisieren, sofern die Einigung mit der Kommunistischen Internationale nicht zu realisieren sei. Diese Anregung fand keinen Widerspruch, wenngleich ein endgültiger Beschluss erst auf der Folgekonferenz, die in Frankfurt stattfand, gefasst werden sollte. Anhand der Wortmeldungen kann indes festgestellt werden, dass die Vertreter beider Organisationen eine Fusion favorisierten – mit oder ohne Kommunisten.

Auf der Konferenz in Paris waren die deutschen Sozialdemokraten aufgrund eines Bahnstreikes nicht vertreten gewesen. Wie die Haltung der MSPD hinsichtlich der Kommunisten indes aussah, machte Otto Wels im Vorfeld der Konferenz in einem Brief an Arthur Henderson, verfasst am 31. 1. 1922, deutlich. Faktisch erklärte Wels hierin, dass ein Zusammengehen mit den Kommunisten für seine Partei ausgeschlossen sei.¹⁷⁴ Des Weiteren forderte der Sozialdemokrat vehement, dass die Labour Party unbedingt mit fähigen Leuten auf den Treffen mit der IASP in Frankfurt vertreten sein müsse. Konkret schlug er Tom Shaw vor, dem er offensichtlich auch sprachlich zutraute, der Aufgabe gewachsen zu sein.¹⁷⁵

In Frankfurt, wo sich sowohl Vertreter der Wiener als auch der Zweiten Internationale zu einem »special meeting« versammelten,¹⁷⁶ stellte Otto Wels schließlich vor allen Anwesenden fest, dass die MSPD kein Treffen mit der Kommunistischen Internationale wünsche. Tom Shaw sprach sich gegen die radikale Haltung aus – sah allerdings das Bekenntnis zur demokratischen Ordnung als grundlegende Bedingung für eine Zusammenarbeit der Internationalen an. Demgegenüber machte Friedrich Adler deutlich, »*that the Vienna Union did not want to formulate a common policy on such questions as democracy and universal suffrage as a condition of meeting with the*

¹⁷³ Ähnlich kritisch äußerten sich auch die Labour Vertreter Ben Tillett und Tom Shaw – und überraschender Weise auch Friedrich Adler. Ebd.

¹⁷⁴ Bereits auf der Konferenz von Genf am 5. 8. 1920 hatte Scheidemann für die SPD klargemacht, dass die deutsche Sozialdemokratie 20 Jahre lange die preußischen Junker bekämpft und erst jetzt, 1918/19 reüssiert habe. Daher denke man nicht im Traum daran, die errungene demokratische Grundordnung aufs Spiel zu setzen und die preußischen Junker durch eine »diktatorische Gang« zu ersetzen. LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, Trade Union Congress and Labour Party. International Sub-Committee, 10. 11. 1920, LP/IAC/I; LHASC, Labour and Socialist International, Konferenz von Genf, 5. 8. 1920, LSI/10/1/8. LHASC, Labour and Socialist International, Brief von Otto Wels an A. Henderson, 31. 1. 1922, LSI/11/3/22–24.

¹⁷⁵ Ebd.

¹⁷⁶ Im Archiv der Labour Party wird ein sehr ergiebiges Dokument zu besagtem »special meeting« gelagert, welches am 23. 2. 1922 stattgefunden hatte. Auf diesem Treffen vertreten waren unter anderem: Shaw, Jowett und Tillett (Großbritannien, Labour Party), Wallhead (Großbritannien, ILP), Braun, Wels (MSPD), Ledebour, Crispian (USPD), Longuet, Bracke (SFIO). Das Dokument ist in den Amsterdamer Akten zur Internationale nicht enthalten. LHASC, Labour Party/TUC Joint International Sub-Committee, 1919–1923, the five country international conference, 25.–27. 2. 1922; zur offiziellen Frankfurter Konferenz siehe auch: IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Frankfurter Konferenz, 25.–27. 2. 1922. IISG/LSI/24/1.

communists.¹⁷⁷ Schussendlich wurde beschlossen, dass es Aufgabe der IASP sei, die KI bezüglich einer gemeinsamen Konferenz zu kontaktieren. Damit stand die MSPD mit ihrer radikalen Haltung isoliert da und hatte innerhalb der Zweiten Internationale keine Mehrheit finden können. Der Wille zur Fusion war insbesondere für die Labour Party entscheidender als die Wahrung programmatischer Prämissen, so dass ein Zusammentreffen mit den Kommunisten aus pragmatischen Gründen akzeptiert wurde.¹⁷⁸

Die Konferenz in Berlin, die am 2. April 1922 tagte, war ohne Zweifel ein historisches Ereignis für die Arbeiterbewegung: Zum ersten Mal seit 1914 trafen sich die Vertreter aller Strömungen (IASP, Zweite Internationale, KI) wieder am runden Tisch, um über eine Fusion ihrer Organisationen zu verhandeln. Als es indes zu ersten Diskussionen kam, zeigte sich rasch, dass die bestehenden Differenzen kaum zu überwinden waren: Der Belgier Emile Vandervelde forderte für die Zweite Internationale die Befreiung politischer Gefangener, prangerte die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch die Rote Armee an und forderte weitreichende Garantien.¹⁷⁹ Paul Faure, der als nächster Redner auftrat, äußerte den Wunsch der IASP, eine Einheitsfront mit den Kommunisten herzustellen – allerdings wies auch er mehrfach auf die Diktatur der Kommunistischen Partei in Sowjetrußland hin.¹⁸⁰ Der Vertreter der KI, Karl Radek, war in der Frage Georgiens zu Konzessionen bereit, wies jedoch darauf hin, dass in bayerischen Gefängnissen die Kämpfer der Räterepublik saßen, in den deutschen Zuchthäusern die Kämpfer der Märzaktion. Er schlug deshalb vor, die gefangenen Sozialisten und Revolutionäre auszutauschen, was von Ramsay MacDonald wiederum als »verwerfliche Sorte Handel« bezeichnet wurde.¹⁸¹

Faktisch wurde auf der Konferenz deutlich, dass die kommunistischen Vertreter zu keinen weitreichenden Zugeständnissen bereit waren.¹⁸² Gleichzeitig waren ins-

¹⁷⁷ LHASC, Labour Party/TUC Joint International Sub-Committee, 1919–1923, the five country international conference, 25.–27. 2. 1922.

¹⁷⁸ Eine entsprechende Resolution diesbezüglich wurde bereits auf dem Labour-Parteitag in Brighton, 1921, verabschiedet – mit dem Ziel, die Internationale wiederzuvereinigen. Interessant ist allerdings, dass hierbei nur die Wiener Internationale namentlich erwähnt, die Kommunistische Internationale indes ausgespart wurde. IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Rundbrief von Arthur Henderson, 25. Juni 1921. IISG/LSI/87/1.

¹⁷⁹ Vandervelde kam des Weiteren zu dem Schluss, dass die Kommunisten mit Gendarmen und Henkern gleichzeitig gemeinsame Sache machen, um ihre Ziele zu erreichen. Karl Radek reagierte darauf mit einer Zwischenruf: »Und ihr Bundesgenossen des Königs von Belgien! – Französisches Theater!« Protokoll der internationalen Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922. Herausgegeben vom Neunerkomitee der Konferenz, mit einer Einleitung zum Nachdruck von Konrad Zühl, 1980, S. 15.

¹⁸⁰ Ebd., S. 16.

¹⁸¹ Ebd., S. 20; zu MacDonald, S. 24.

¹⁸² Die Frage der Garantien für die Rückführung politischer Gefangenen, die Emile Vandervelde als Bedingung für eine Kooperation genannt hatte, wurde von Radek äußerst brüsk zurückgewiesen: »Und wir sagen dem Bürger Vandervelde ins Gesicht: Für keinen Groschen Vertrauen! Wir haben dieses Ver-

besondere die Vertreter der Zweiten Internationale darum bemüht, möglichst viel Öl ins Feuer zu gießen und eine Fusion dadurch unmöglich zu machen. Zwar wurde zunächst ein Neunerkomitee einberufen, das nach einigen Verzögerungen am 23. 5. 1922 tagte und die Idee einer internationalen Einheitsfront weiter konkretisieren sollte, allerdings kam es aufgrund gegenseitiger Anschuldigungen zu keiner Einigung.¹⁸³ Bereits zuvor hatte Lenin wenige Tage nach der Berliner Konferenz, am 11. 4. 1922, einen Artikel in der »Prawda« veröffentlicht, in dem er zu dem Schluss kam, dass sich die KI zu teuer verkauft hätte. Das Treffen in Berlin habe wieder einmal gezeigt, dass sich die Vertreter der beiden Internationalen schlauer als die Kommunistische Internationale vorkämen. Schließlich wurden am 1. Mai 1922 in Moskau unter Fahnen demonstriert, die die Inschrift trugen: »*Tod den Mördern von Uritzkij und Wolodarskij, von Liebknecht und Luxemburg! Tod der Bourgeoisie und den Sozialdemokraten.*«¹⁸⁴

Die Einheitsfront scheiterte schließlich am 23. Mai 1922 in Berlin, wo das Neunerkomitee zum letzten Mal tagte. Die Konferenz selbst war schnell beendet, weil sich ihre Teilnehmer heillos in gegenseitigen Anschuldigungen verstrickten.¹⁸⁵ Die Enttäuschung der sozialistischen Vertreter hierüber hielt sich indes in Grenzen: Bereits im August 1922 wurde eine gemeinsame Erklärung zur Rettung der deutschen Republik verfasst (»An die Arbeiter der Welt«), die von Vertretern des IGB, der IASP und der Zweiten Internationale unterzeichnet wurde.¹⁸⁶ Damit war endgültig klar, dass die Fusion zwischen Zweiter Internationale und IASP stattfinden würde, ohne Beteiligung der KI.

In der Exekutivsitzung der IASP, die im Dezember 1922 stattfand, wurde daraufhin die Formierung eines Aktionskomitees verkündet, das aus Vertretern beider Internationalen bestand.¹⁸⁷ Ziel sei es, einen internationalen Arbeiterweltkongress vorzubereiten, der, wie kurz darauf annonciert wurde, in Hamburg stattfinden sollte. Dort wurde, wenige Monate später, am 21. Mai 1923 die Sozialistische Arbeiterinternationale gegründet, was dem monatelangen Zersetzungsprozess einen endgültigen

trauen damit bezahlt, daß wir heute als Feinde hier stehen und erst den Weg zu einer Verständigung suchen müssen und wenn Sie zu uns kommen mit ihren süßen Phrasen von Vertrauen, so sagen wir ihnen ein glattes Nein. Wofür Vertrauen? Für den Krieg? Wofür Vertrauen? Für den Frieden von Versailles, den sie als belgischer Minister mitunterzeichnet haben? Wofür Vertrauen? Für wen Vertrauen?» Ebd., S. 17.

¹⁸³ Nachrichten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, S. 87.

¹⁸⁴ J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 269; Nachrichten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, S. 87. Indes hatte auch die MSPD kein Interesse daran, eine Einigung mit der KI zu erzielen, wie Wels in einem Brief an MacDonald deutlich machte: »Überhaupt wird mir immer klarer, daß die Männer von Moskau nicht die Einigung um jeden Preis, sondern die Zerreißung der 2. Internationale unter allen Umständen zu ihrem Ziel erkoren haben. Der deutsche Parteivorstand ist überzeugt, daß ein schwächliches Nachgeben unsererseits die Vernichtung der Arbeiter der letzten Jahre bedeuten könnte [...]«. IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Conference of the Belgian, Wels an MacDonald, 22. 4. 1922. IISG/LSI/88/22.

¹⁸⁵ Nachrichten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, S. 90.

¹⁸⁶ Ebd., S. 98.

¹⁸⁷ IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Adler an Shaw, 8. 12. 1922. IISG/LSI/10/1 und 6.

Riegel vorschob: Auf dem Hamburger Gründungskongress feierte die Sozialistische Internationale ihre Wiedervereinigung, nach Jahren der Unsicherheit und der drohenden Spaltung – implizit mit einer eindeutig antikommunistischer Ausrichtung.¹⁸⁸

3.3.2. *Transnationale Zusammenarbeit im Zeichen der Rekonstruktion der Internationale: SFIO und Labour Party*

Im Folgenden wird die transnationale Zusammenarbeit zwischen Labour Party und SFIO zwischen 1919 und 1923 analysiert werden. Innerhalb der IASP war die SFIO wie bereits dargelegt die treibende Kraft gewesen, die eine Zusammenlegung beider sozialistischer Internationalen forciert hatte.¹⁸⁹ Diese These findet mehrfach Bestätigung in den Akten, unter anderem in einem Brief von F. Adler an G. Ledebour, in dem der österreichische Parteiführer zu dem Ergebnis kommt, dass die französische Partei zunehmend eine Anlehnung an die Zweite Internationale fordere.¹⁹⁰ Gewiss hatte es zuvor handfeste Gründe gegeben, die die SFIO im Frühjahr 1921 dazu bewogen hatte, aus der von Labour dominierten Zweiten Internationale auszutreten und sich der Wiener Internationale anzuschließen.¹⁹¹ Dies waren zum einen die Aversion der Partei gegen die deutsche MSPD, zum anderen das Bemühen des lin-

¹⁸⁸ Zwar vermied die SAI eine klare Denunzierung der Kommunistischen Internationale und dennoch waren folgende Eckpfeiler vereinbart worden: 1. Das klare Bekenntnis zum Prinzip der Demokratie (»demokratischer Sozialismus«); 2. Die Möglichkeit zur Bildung breiter demokratischer Koalitionen auf nationaler Ebene. Damit war eine klare Abgrenzung zur Kommunistischen Internationale gewährleistet und die Methoden des reformistischen Flügels allgemein akzeptiert worden. Zugespielt formuliert ist die Gründung der SAI durchaus als später Triumph der Reformisten zu bewerten. Zur Gründung der SAI: J. BRAUNTHAL, *Geschichte der Internationale*, 1963, Bd. 2, S. 292 ff.; G. NOLLAU, *Die Internationale*, 1959; J. F. WRYNN, *The Socialist International and the politics of european reconstruction*, 1976, S. 39 ff.

¹⁸⁹ Wie Otto Wels aus gut informierten Quellen zu wissen glaubte, wäre die SFIO sogar aus der Wiener Internationale ausgetreten, sobald Adler und die USPD den Anschluss an die Kommunistische Internationale, der zwischenzeitlich zur Debatte stand, vollzogen hätten. LHASC, Labour and Socialist International, Exekutivsitzung der Zweiten Internationale in Berlin, 5. 4. 1922, LSI/11/6.

¹⁹⁰ IISG, International Working Union of Socialist Parties Archive, Brief von F. Adler an G. Ledebour, 9. 11. 1921. IISG/IASP; aus französischer Perspektive siehe auch den Brief von Paul Faure an Adler, 1. 12. 1920, in dem er darlegt, dass die SFIO ob der Spaltung der internationalen Arbeiterklasse unglücklich sei, die IASP nur als eine Übergangslösung begreife und die schnellstmögliche Wiedervereinigung zumindest mit der II. Internationale wünsche: IISG, NL Friedrich Adler, P. Faure an F. Adler, 1. 12. 1921. IISG, NL Adler, 3/8 (ii).

¹⁹¹ Aus den Quellen geht klar hervor, dass Jean Longuet einer der entscheidenden Protagonisten war, die eine Spaltung forciert hatten. Am 20. 12. 1920, zwei Monate vor der Gründung der IASP, verfasste W. Gillies einen Brief an Longuet, in dem er schwere Vorwürfe erhob: »First of all you have excluded from your invitation to Vienna bodies affiliated to the Second International; that of course includes the British Labour Party. Secondly you have not told the full truth about the action of Parties during the war and the attempts made to get an International Conference whilst the fighting was still on. [...] I am amused for instance with the way you use the expression »the dictatorship of the proletariat« in your manifesto.« Nichtsdestotrotz sprach sich Gillies am Ende seines Briefes dafür aus, miteinander zu diskutieren, anstatt sich gegenseitig die »Tür vor der Nase zuzuschlagen«. LP/LAC/I; LHASC, Labour and Socialist International, Gillies an Longuet, 20. 12. 1920, LSI/10/6/1.

ken Parteiflügels, traumatisiert nach dem Parteitag von Tours, einen Weltarbeiterkongress einzuberufen, die Kommunistische Internationale zu integrieren und eine allumfassende Internationale zu begründen.¹⁹²

Allerdings sollte das Verhältnis zur Labour Party im Kalkül der SFIO-Parteistrategen trotz der Spaltung nicht negativ belastet werden. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass die englische Arbeiterpartei seit jeher dem reformistischen Flügel innerhalb der Internationale angehört hatte und damit programmatisch – zumindest nach 1919 – stark von der französischen Schwesterpartei abwich. Diese widersprüchliche und in sich unlogische Haltung manifestierte sich besonders deutlich in der Person des Linkssozialisten Jean Longuet, der in seinen Kolumnen die MSPD fortwährend für ihre Koalitionspolitik auf nationaler Ebene denunzierte, die Labour Party hingegen – zumindest nach außen hin – als leuchtendes Vorbild zeichnete.¹⁹³ Gleichermassen war auch die britische Arbeiterpartei darum bemüht, die Kontakte zur französischen Schwesterpartei nicht abreißen zu lassen und nach 1920, wie zu zeigen sein wird, deutlich zu intensivieren.

Trotz des offensichtlichen Bemühens, das gegenseitige Verhältnis zu hegen und zu pflegen kam es zwischen 1919 und 1922 zu verschiedenen Auseinandersetzungen zwischen SFIO und Labour Party, was sich sehr anschaulich auf Grundlage der Quellen erklären lässt. Wie aus den Akten des britischen Exekutivkomitees hervorgeht, können hierbei zwei Punkte hervorgehoben werden, die für die Differenzen ausschlaggebend waren:

1. Das Scheitern des anglo-französischen Garantiepaktes 1921.
2. Die massive Kritik der Labour Party an der französischen Regierung.

Ein anglo-französischer Garantiepakt war bereits im Dezember 1919 ein relevantes Thema gewesen, nachdem sich die Vereinigten Staaten geweigert hatten, den Friedensvertrag – und damit den Garantiepakt zwischen Frankreich, Großbritannien und den USA – zu signieren. Aufgrund dessen suchte die französische Regierung nach neuen Optionen, ihr Bedürfnis nach Sicherheit kompensieren zu können. In diesem Sinne erinnerte Aristide Briand die britische Regierung an das nach dem Ende des Kriegs abgegebene Versprechen, einen wechselseitigen Sicherheitspakt zu

¹⁹² Ziel der von Longuet geführten Zentristen war es insbesondere, mit der IASP ein Kristallisationszentrum zu schaffen, das den beiden anderen Internationalen als Vorbild dienen sollte: *„In London oder in Brüssel gibt es eine Organisation der Dekadenz, die ihre Seele verloren hat. Sie hat sie verloren auf dem Felde des Krieges. Sie hat das preisgegeben, was den Stolz der Sozialisten ausgemacht hat.“* Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien: vom 22.–27. Februar 1921, mit Einleitung von Konrad von Zwehl, 1978, S. 12 f. und 49 f.

¹⁹³ Im Juni 1920 – wenige Monate vor der Gründung der IASP – äußerte sich Longuet geradezu schwärmerisch über die Labour Party, die nunmehr einen wahrhaften Internationalismus vertrete und der Arbeiterklasse als leuchtendes Vorbild diene. Seine Euphorie für die Engländer ging sogar so weit, dass er sein Vorhaben, auf die Kommunistische Internationale zuzugehen, stark relativierte und Lenins Forderungen anprangerte. Marx habe vielleicht Probleme gehabt mit der damaligen Labour Party – die heutige Partei sei allerdings eine völlig andere, so sein Fazit. *Le Populaire*, 28. 10. 1920.

vereinbaren.¹⁹⁴ Dieser konnte auf der interalliierten Konferenz von Cannes im Januar 1922 tatsächlich unterzeichnet werden – Lloyd George hatte sich mit Briand auf einen militärischen Garantiepakt geeinigt –, jedoch scheiterte die Ratifikation nach der Rückkehr Briands nach Paris am französischen Ministerrat, insbesondere an Alexandre Millerand, der sich gegen eine Ratifikation unter den vereinbarten Konditionen aussprach, woraufhin Briand seinen Rücktritt einreichte und durch Poincaré ersetzt wurde.¹⁹⁵

Grundsätzlich ging es für Großbritannien zwischen 1919–1922 um die Frage, ob ein solcher anglo-französischer Garantiepakt auch ohne die Beteiligung der Vereinigten Staaten beschlossen werden könne. Das ACIQ der Labour Party bezog hierzu wie folgt Stellung: »It has been ratified by us, but does not become effective, unless America adopts it. [...] A future Labour Government would find its hand tied by this Treaty, if concluded now. The Advisory Committee on International Affairs is unanimous in the opinion that the conclusion of this Treaty should be firmly and publicly opposed.«¹⁹⁶ Diese ablehnende Haltung wurde kurze Zeit später von dem Exekutivkomitee der Partei bestätigt und in der Folgezeit beibehalten.

Wie im Vorfeld des Ruhrkonfliktes im Jahre 1922 – drei Jahre später – deutlich wurde, war die Negierung eines bilateralen Sicherheitspaktes keineswegs eine sporadische, sondern eine *grundsätzliche* Entscheidung gewesen: Das Joint Committee, bestehend aus Labour Party und Trade Unions, brachte am 1.3.1922 klar zum Ausdruck, weshalb die britischen Arbeiter keinen Sicherheitspakt unterzeichnen könnten: »Only an international understanding [...] can preserve the peoples from the menace of new war. This understanding will be realized only through international arbitration, and a true League of Nations, including all peoples, and will be endangered by special military alliances between certain States over and against other States for the purpose of creating balance of power.«¹⁹⁷ Das Ziel der Labour Party, ein Mächtegleichgewicht (»balance of power«) zu schaffen, war also nahezu deckungsgleich mit der offiziellen Außenpolitik des britischen Empires und offensichtlich wichtig genug, das bis dato gute Verhältnis zu Frankreich zugunsten einer »sozialistischen« Gleichgewichtspolitik zu gefährden. Die Ablehnung ging sogar so weit, dass eine mögliche parlamentarische Abstimmung über einen anglo-französischen Pakt mit einem klaren Veto quittiert werden sollte.¹⁹⁸

Der finalen Ablehnung des Sicherheitspaktes ging eine internationale Sozialistenkonferenz voraus, die vom 25. bis 27. Februar 1922 in Frankfurt tagte.¹⁹⁹ Neben der Verabschiedung des sozialistischen Reparationsplanes wurde eine Resolution ver-

¹⁹⁴ P. KRÜGER, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, 1985, S. 162.

¹⁹⁵ Ebd.; S. WHITE, The Origins of Détente, 2002, S. 59 ff.

¹⁹⁶ LHASC, Advisory Committee on International Questions, Memos 1918–1920, Dezember 1919, IAC/Memos/1918–1920.

¹⁹⁷ LHASC, Executive Committee, Sitzung vom 1.3.1922, LP/EC/Minutes/Januar bis Mai 1922.

¹⁹⁸ Ebd.

¹⁹⁹ IISG, Labour and Socialist International – London Archives, The five country international conference, 25.–27.2.1922 IISG/LSI/24/1 f.

fasst, die zur Abrüstungs- und Sicherheitsfrage – und damit auch zum Sicherheitspakt im Speziellen – Stellung beziehen sollte.²⁰⁰ Überraschender Weise fand der mögliche anglo-französische Sicherheitspakt in dem umfassenden Pamphlet jedoch keine explizite Erwähnung.

Wie Rudolf Breitscheid in einem Interview für den Manchester Guardian vom 7.3.1922 anmerkte, seien die Beschlüsse der Frankfurter Konferenz einstimmig verabschiedet worden und als wichtiger Fortschritt im Hinblick auf die Rekonstruktion einer gemeinsamen Internationale zu verstehen.²⁰¹ Breitscheid räumte jedoch im Verlauf des Interviews ein, dass die Beschlüsse von Frankfurt noch nicht »en détail« ausgearbeitet seien und flüchtete sich in Relativierungen.²⁰² Weshalb er so verhalten reagierte, wird erst anhand eines britischen Berichtes über die Frankfurter Konferenz deutlich: Als die Labour-Repräsentanten um Tom Shaw und William Gillies den anglo-französischen Sicherheitspakt zur Sprache brachten, sei das zunächst konstruktive Meeting äußerst kompliziert geworden. Die Labour-Vertreter hätten im Sinne ihrer Partei konstatiert, dass mit bilateralen Verträgen nur neue Hegemonien entstünden, weshalb Tom Shaw eine Absichtserklärung aller anwesenden Parteien gefordert hätte – mit dem Ziel, militärische Allianzen vollständig abzulehnen.²⁰³ Daraufhin habe der belgische Vertreter Camille Huysmans allerdings deutlich gemacht, dass seine Partei bereits ihre Zustimmung zum Militärpakt gegeben habe, auch mit dem Ziel, Belgien miteinzubeziehen.

Was nun die französischen Teilnehmer um Jean Longuet, Paul Bracke und Léon Blum anbelangt, so weigerten sich diese, überhaupt an der Diskussion teilzunehmen. Stattdessen bevorzugten sie eine außerordentliche Aussprache zwischen Labour Party und SFIO, die zu einem anderen Zeitpunkt stattfinden sollte.²⁰⁴ Anders formuliert: Die Entscheidung über den Pakt wurde bewusst vertagt, um mögliche Differenzen zwischen SFIO und Labour Party elegant zu umschiffen.

Öffentliches Credo der SFIO-Politik nach Kriegsende war es immer gewesen, Sicherheit mit und nicht vor Deutschland zu schaffen. Die Versuchung, einen genuin britisch-französischen Garantiepakt zu unterzeichnen, der sich in letzter Konsequenz gegen Deutschland richtete, war jedoch zu groß gewesen, hätte er doch das französische »Sicherheitsdilemma« auf einen Schlag gelöst und damit für eine Entspannung der angespannten internationalen Situation gesorgt.

²⁰⁰ Hier wurde, analog zum bereits zitierten Beschluss der Labour Party, die Schaffung eines »wahren« Völkerbundes gefordert sowie »*disarmament by land and sea and the guarantee of peace between the people*«. Ebd.

²⁰¹ R. BREITSCHIED, Socialists and Peace Problems; in: Manchester Guardian, 7.3.1922.

²⁰² »*It may be objected that they exist only on paper and have not been worked out in any detail. Both objections are valid, but the fact remains that the responsible representatives of international Labour have attained unanimity on the basis of a common program. No Government in the world will, in the long run, be strong enough to disregard these decisions altogether.*« Ebd.

²⁰³ LHASC, Executive Committee, Sitzung vom 1.3.1922, LP/EC/Minutes/Januar bis Mai 1922.

²⁰⁴ Ebd.

Allerdings zeigte sich, dass die Ablehnung der Labour Party tatsächlich grundsätzlich war: Wenige Tage nach dem Frankfurter Treffen lehnte die Exekutivsitzen der britischen Partei den Sicherheitspakt noch einmal kategorisch ab.²⁰⁵ Dieser Entschluss wurde am 2. 5. nochmals bekräftigt – mit dem Hinweis, dass am 15. 3. 1922 inoffizielle Verhandlungen zwischen französischen und englischen Repräsentanten in Paris stattgefunden hätten. Tom Shaw und Ben Tillett waren für Labour vor Ort, allerdings ohne ein konkretes Ergebnis erzielen zu können.²⁰⁶

Immerhin machten Léon Blum und Pierre Renaudel in Paris stellvertretend für ihre Partei deutlich, weshalb ein Pakt zwischen Frankreich und Großbritannien gewinnbringend für die SFIO sein könnte: Frankreich befinde sich in einer schwierigen Situation, sowohl finanziell als auch psychologisch. Ohne ein entsprechendes Bündnis – eine Rückversicherung für Frankreich – wäre die Republik einer erneuten Aggression hilflos ausgeliefert, weshalb die Militärausgaben des französischen Staates zwangsläufig steigen müssten, zumindest nach Ansicht der nationalistischen Kräfte. Diese Kosten seien horrend und verheerend für Frankreichs Wirtschaft, die sich in einer tiefen Finanzkrise befinde, so dass ein anglo-französischer Pakt zumindest partiell zur Besserung beitragen könnte.²⁰⁷ Im Anschluss an das Treffen wurde vereinbart, dass Léon Blum und Vincent Auriol nach London reisen sollten, um einen möglichen anglo-französischen Pakt mit der Parliamentary Labour Party (PLP) zu diskutieren. Dieses Treffen fand am 29. und 30. März 1922 im House of Commons statt – allerdings ohne unmittelbaren Ertrag: Anstatt in der Frage des Garantiepaktes Einigkeit zu erzielen, wurde vereinbart, dass die Parlamentsfraktio-

²⁰⁵ »[...] once again expresses the condemnation by the British Labour Movement of any pact with France [...]«. Dem vorausgegangen war ein Dokument des ACIQ, in dem im Januar 1922 erneut die Ablehnung des Paktes gefordert wurde. Final wurde der Pakt schließlich im April 1922 noch einmal von L. Woolf kritisiert und argumentativ zersetzt, mit direktem Bezug auf die SFIO. Sein Fazit: »You cannot trust Government!« Für ihn sei der Pakt nichts weiter als eine Fortsetzung von Versailles, wie er polemisch anmerkte. Ebd.; LHASC, Advisory Committee on International Questions, Memos, Draft bei G. H. Dickinson, Januar 1922, LP/IAC/Memos 1921–24; LHASC, Advisory Committee on International Questions, Memos, Anglo-French Agreement, L. Woolf, April 1922, LP/IAC/Memos 1921–24.

²⁰⁶ Für die Labour Party waren T. Shaw und Ben Tillett vor Ort, für die SFIO L. Blum, P. Faure, S. Grumbach, P. Mistral, Marius Moutet, J. Presseman, P. Renaudel, M. Sembat sowie J. Zyromski. Auf dem Treffen machte insbesondere Léon Blum deutlich, dass die Unterschiede in der Bewertung des Status quo liegen würden, vor allem im Hinblick auf die zukünftige Rolle des Völkerbundes: »The difference therefore, lay in what was to be done in the intermediary period until the League of nations was functioning fully. The question was therefore only one of expediency.« Jean Longuet räumte diesbezüglich ein, dass die Labour Party längst eine Position eingenommen hätte, die eine Realisierung des Paktes faktisch unmöglich mache. Dennoch sei es wichtig, sich weiter auszutauschen. Nichtsdestotrotz versuchten sowohl Bracke als auch Vandervelde weiterhin, die möglichen Vorzüge des Paktes herauszustreichen und die Labour Party diesbezüglich zu beeinflussen. Shaw blieb jedoch auf seinem Standpunkt und forderte die Vertreter dazu auf, nach London zu kommen, um weitere Diskussionen zu führen. LHASC, Executive Committee, Sitzung vom 2. 5. 1922, LP/EC/Minutes/Januar bis Mai 1922; ein ausführlicherer Bericht findet sich in: IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Anglo-French-Pact, 15. 3. 1922, IISG/LSI/146.

²⁰⁷ Ebd.

nen beider Parteien Memoranden erstellen sollten, um diese nach Anfertigung auszutauschen.²⁰⁸

Zu fragen ist nun, weshalb ein derart großer Aufwand betrieben wurde. Faktisch war die SFIO kein Teil der Zweiten Internationale, die Arbeiterbewegung offiziell also weiterhin gespalten. Eben deshalb liegt die Vermutung nahe, dass die Ablehnung des Garantiepaktes vonseiten der Labour Party gezielt hinausgezögert wurde,²⁰⁹ um den parallel stattfindenden Annäherungsprozess zwischen IASP und Zweiter Internationale nicht zu gefährden – der, wie dargelegt, maßgeblich von der SFIO vorangetrieben wurde.

Für diese These spricht, dass die Briten bereits in den vorherigen Monaten eine ähnliche Politik gegenüber der französischen Schwesterpartei ins Auge gefasst hatten: Als die SFIO im November 1921 mit der Bitte an die Labour Party herantrat, ihre vor der Pleite stehende Parteizeitung »Le Populaire« finanziell zu unterstützen,²¹⁰ wurde im Labour-Exekutivkomitee, Bezug nehmend auf die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz der II. Internationale, folgendes beschlossen: »*It was stated that the political position of the French Party was improving [...] It was believed that assistance of that kind was helping the French Party towards a more sympathetic view with regard to cooperation with the Parties in the Second International in joint action for unity.*«²¹¹ Wenige Wochen zuvor war in einer Exekutivsitzung der Labour Party ein Streit darüber entbrannt, ob ein britischer Delegierter auf den französischen Parteitag nach Paris beordert werden sollte. Zunächst wurde diese Frage mit einem klaren nein beantwortet, bis Tom Shaw intervenierte und ausgiebig über die gehobene Bedeutung der SFIO für die Wiedervereinigung der Internationale referierte. Schlussendlich wurde beschlossen, Tom Shaw aufgrund der aktuellen politischen Situation auf den Parteitag zu entsenden.²¹²

Auf dem bereits skizzierten Treffen der Zweiten Internationale in Brüssel wurde ebenfalls erörtert, dass die SFIO dringend finanzielle Unterstützung für ihre Parteizeitung benötige.²¹³ Daraufhin machte Emile Vandervelde deutlich, dass eine Hilfeleistung der Labour Party zu begrüßen sei, insofern diese dazu beitragen könnte, die SFIO zu einer Rückkehr in die Zweite Internationale zu animieren. Selbst Otto

²⁰⁸ LHASC, Executive Committee, Sitzung vom 1.3.1922, LP/EC/Minutes/Januar bis Mai 1922.

²⁰⁹ Eine definitive Resolution über die Ablehnung des Garantiepaktes war faktisch bereits im Februar 1922 verabschiedet worden, gemeinsam von TUC und Labour Party. Darin wurde final beschlossen: »*The council is opposed to any treaty of alliance with any particular country.*« Trotz dieser definitiven Ablehnung durch das Gremium wurde die SFIO wochen- und monatelang hingehalten. LHASC, Labour Party/TUC Joint International Sub-Committee, 1919–1923, Joint international committee, 1.2.1922.

²¹⁰ Hierzu: A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Léon Blum, Réunion Organisée par la Fédération de la Seine, 4.1.1922, F/7/15933.

²¹¹ LHASC, Exekutivsitzung der Zweiten Internationale in Brüssel, 22. und 23. November 1921, LP/EC/Minutes: Juli bis Dezember 1921.

²¹² LHASC, Executive Committee, Sitzung vom 28.10.1921, LP/EC/Minutes/ Juli bis Dezember 1921.

²¹³ LHASC, Exekutivsitzung der Zweiten Internationale in Brüssel, 22. und 23. November 1921, LP/EC/Minutes: Juli bis Dezember 1921.

Wels sprach sich für diesen Vorschlag aus, weil sich die eigene Organisation dadurch als vorbildlich präsentieren könne und im Vergleich zur IASP schlichtweg effizienter und finanzkräftiger erscheine. Allein die Vertreter der Labour Party um MacDonald, Thomas oder Shaw blieben skeptisch und zweifelten an der Notwendigkeit der Initiative: Blum selbst hätte für die SFIO zwar deutlich gemacht, dass eine Finanzspritze helfen könnte, jedoch befände sich die französische Partei nicht mehr in der Zweiten Internationale, weshalb die Labour Party in dieser Frage eher gespalten sei.²¹⁴ Wie aus den Akten hervorgeht, rang man sich indes dazu durch, eine endgültige Entscheidung zu verschleppen: Erst am 2. 5. 1922 beschloss die Exekutive der Labour Party, *keine* finanzielle Unterstützung zu gewähren – zu einem Zeitpunkt also, als die Berliner Konferenz bereits im Begriff war zu scheitern und die Zusammenführung der beiden sozialistischen Internationalen nur noch Formsache war.²¹⁵

Dass bis zuletzt darauf geachtet wurde, die französischen Genossen nicht unnötigerweise zu verstimmen, zeigt ein Brief von Emile Vandervelde an Ramsay MacDonald. Dieser wurde im Vorfeld der Frankfurter Konferenz verfasst, genauer gesagt im Dezember 1921. In diesem Brief bat Vandervelde inständig darum, »nichts zu unternehmen«, was den Erfolg der französischen Initiative auch nur annähernd gefährden könne. Vandervelde habe persönlich an einer Sitzung der SFIO-Exekutive teilgenommen und wisse um die politische Brisanz des Frankfurter Treffens. Auch wenn das politische Klima in Frankreich ein anderes sei und den Engländern manche Positionen seltsam erscheinen könnten: Ein Scheitern sei unbedingt zu vermeiden – die internationale Arbeiterklasse brauche unbedingt eine vereinte und handlungsfähige Internationale.²¹⁶

Mit diese Entwicklung passt, dass am 15. 5. 1922 ein Treffen in Brüssel stattfand, auf dem Franzosen, Engländer und Belgier den Versuch unternahmen, bestehende Streitpunkte auszuräumen.²¹⁷ Beschlossen wurde erstens, dass ein enger Informationsaustausch stattfinden müsse, um etwaige Differenzen im Keim zu ersticken, zweitens sollten »*political action and campaign and more especially [...] common parliamentary action [...] with the same programme and in the same spirit*« für eine enge Abstimmung sorgen und Erfolge auf parlamentarischer Ebene in den jeweiligen drei Ländern ermöglichen.²¹⁸ Auch in dem Schlussstatement wird das Bemühen deutlich, weitere Konflikte so früh wie möglich eindämmen zu wollen: »*If circumstances demand*

²¹⁴ Ebd.

²¹⁵ »*An appeal from the French Socialist Party to subscribe to Frs. 300,000 of Bons [...] was communicated. A letter was read from the Belgian Labour Party supporting this appeal, and stating that they had already subscribed one half of this loan, i. e., Frs. 150,000, over and above a previous subscription of Frs. 125,000. It was agreed: That we could not recommend the National Committees to subscribe to this loan.*« LHASC, Executive Committee, Sitzung vom 2. 5. 1922, LP/EC/Minutes/Januar bis Mai 1922.

²¹⁶ IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Vandervelde an MacDonald, 24. 12. 1921, IISG/LSI/87/29.

²¹⁷ IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Conference of the Belgian, French and British socialist parties concerning the reparations; Brussels, 17–18 May 1922. IISG/LSI/31/1.

²¹⁸ Ebd.

it a new sitting of this conference will be immediately called by the Belgian Labour Party or at the request of any of the Parties.«²¹⁹

Der zweite Streitpunkt zwischen SFIO und Labour Party war, neben der Debatte über den anglo-französischen Sicherheitspakt, die massive Kritik der britischen Arbeiterpartei an der französischen Regierung.

Wenn man die außenpolitische Strategie der Labour Party zusammenfasst, so war es ihr erklärtes Anliegen, ein *Mächtegleichgewicht* auf dem Kontinent zu schaffen. Infolgedessen wurde eine weitere Stärkung Frankreichs durch ein Militärbündnis rigoros abgelehnt und stattdessen *kollektive Sicherheitsstrategien* im Rahmen des Völkerbundes anvisiert. Hierfür mussten die Labour-Führer allerdings zunächst einmal darlegen, weshalb der alliierte Bündnispartner in Ungnade gefallen war und die einstige »Entente cordiale« keinen Bestand mehr haben sollte. Diesbezüglich war die von Poincaré verfolgte »Politik der Stärke« (1922–1924) ein äußerst brauchbarer Anlass, das französische Vorgehen zu tadeln und eine Stärkung der desaströsen deutschen Wirtschaft einzufordern.²²⁰

Frankreich wurde allerdings nicht erst seit Beginn der Ruhrkrise verbal angefeindet: Bereits im Jahr 1919, im Anschluss an die Pariser Friedenskonferenz, war Georges Clemenceau von Ramsay MacDonald oder auch Arthur Henderson als entscheidendes Hemmnis für die Umsetzung der Wilsonschen Völkerbundpolitik dargestellt worden.²²¹ Trotz der Absicht der »Labourites«, zwischen dem französischen Volk und seinen Machthabern zu differenzieren, gab es innerhalb der Labour Party immer wieder Stimmen, die den einstigen Bündnispartner allzu pauschal als chauvinistischen Kriegstreiber, Nutznießer von Versailles oder zutiefst imperialistischen Staat skizzierten.²²²

²¹⁹ Ebd.

²²⁰ Hierzu: Sussex Daily News, Labour's Parliament. Sympathy for the german workers, 23. Juni 1921.

²²¹ Henderson proklamierte am 2.1.1919, dass der französische Premier jedes nur erdenkliche Opfer bringen würde, um Frankreichs Machtanspruch zu sichern. MacDonald kam in der »Socialist Review« gar zu dem Schluss, dass Clemenceau Napoleon nacheifere: »He stands for the France of the bourgeoisie, the France of capitalists ... the France of Napoleonism and gaudy show, the France that blindly aspires, the France that charged our soldiers for a cup of water and imposed rent for the ground where the bones of the dead are.« Zur Rede von Henderson: The Times, 3.1.1919; Der Artikel von MacDonald wurde in der Socialist Review veröffentlicht: MacDonald, Ramsay, Socialist Review, Juni 1919, S. 197; W. KRIEGER, Labour Party und Weimarer Republik, 1978, S. 177 ff.;

²²² Einer derjenigen Labour Politiker, der sich mit (konstruktiver) Kritik am einstigen Bündnispartner besonders hervortat, war Charles R. Buxton. Er kam Mitte 1922, nach einer Frankreichreise, zu dem Schluss, dass die französische Bevölkerung mehrheitlich lethargisch sei und Deutschland für die wirtschaftlichen Probleme verantwortlich mache. Die zerstörten Gebiete würden von Poincaré als Propagandastücke verwendet werden, wenngleich verschiedene Statistiken längst belegen würden, dass kein Verlust an Lebensqualität stattgefunden hätte. Schärfer hatten sich im Sommer 1920 die Gegner der französischen Außenpolitik geäußert, die wie z.B. Ernest Bevin zu dem Schluss kamen, dass Frankreich eine chauvinistische Politik betreibe und nur nach einem Vorwand zum alliierten Eingreifen suche. W. KRIEGER, Labour Party und Weimarer Republik, 1978, S. 180 ff.; zu Buxton: London School of Economics (LSE) Archives, Buxton Papers, The Ruhr and the Rhineland, 1921–1924, LSE/NL Buxton/7.

Die anhaltende Kritik sorgte im Lager der SFIO für großen Argwohn, weshalb der Besuch von Jean Longuet im »Advisory Committee« der Labour Party am 22. Juni 1922, drei Monate nach der Frankfurter Konferenz, ein geeigneter Anlass war, die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten ausdiskutieren.²²³ Zu Beginn der Aussprache legte Longuet dar, dass seine Argumente nicht unbedingt seine eigene Meinung wiedergeben würden – wohl aber die seiner Partei. Diese Bemerkung unterstreicht, dass Longuet in offizieller Mission unterwegs war und es im Lager der französischen Sozialisten durchaus Gesprächsbedarf gab. Wie der Marx-Enkel daraufhin deutlich machte, seien die antifranzösischen Vorstöße der Briten innerhalb der SFIO sehr kritisch aufgenommen worden, zeugten diese doch »*from a narrowly British point of view*«. Während der französische Imperialismus attackiert werde, habe man über die Verfehlungen des britischen Empires ein Tuch des Schweigens gelegt – insbesondere die Kolonialfrage werde dabei fleißig umgangen.²²⁴ Aus diesem Grund forderte er von der Labour Party eine Erklärung, in der sie nicht nur den französischen, sondern auch den britischen Verzicht auf Reparationszahlungen bemühte. Dies werde in Frankreich Eindruck machen und die Differenzen ein für alle Mal beseitigen, so sein Fazit, »*especially as the British claims would be on the ground of pensions and allowances, etc., and not on the ground of direct material damage*«. ²²⁵

3.4. *Resümee: SFIO und Labour Party: Zweckbündnis oder Motor der internationalen Arbeiterklasse?*

Wie aus den Akten hervorgeht, fand nach Kriegsende eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen französischen und britischen Sozialdemokraten statt. Hierbei wurden die Parteien insbesondere von dem Verlangen geleitet, die einstigen Kontakte der »Entente Socialiste« zur Rekonstruktion der Internationale zu verwenden. Die Frage, ob diese Erkenntnis ausdrücklich hervorgehoben werden muss, ist vor dem Hintergrund der »Doppelbelastung« der beiden sozialistischen Internationalen –

²²³ LHAS, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 22. Juni 1922, LP/IAC/I/135.

²²⁴ In dieser Hinsicht ist ein Bericht der französischen Polizei vom 17. 3. 1921 sehr aufschlussreich. Auch wenn das Treffen über ein Jahr vor dem Besuch Jean Longuets stattfand, wird eben hier die Problematik der englischen Kolonien aufgegriffen. Der »Majoritaire« Pierre Renaudel kam hierbei zu dem Schluss, dass die Engländer auf den Friedensverhandlungen als Erste die deutschen Kolonien thematisiert hätten – noch bevor die Reparationsproblematik von französischer Seite überhaupt eruiert wurde. Grundsätzlich sei er dazu bereit, den französischen Imperialismus zu verurteilen, allerdings geht klar und deutlich aus seiner Ansprache hervor, dass er dafür eine »Gegenleistung« erwartete. Insofern überrascht es kaum, dass Jean Longuet im Folgenden vor allem auf die Verurteilung des britischen Imperialismus durch die Labour Party abzielte. A.N., SÉRIE F/7. POLICE GÉNÉRALE, Pierre Renaudel, Réunion privée, 17. 3. 1921, F7/16001/2.

²²⁵ LHAS, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 22. Juni 1922, LP/IAC/I/135.

»dem nicht überwindenen Nationalismus und der Konfrontation mit der unter den Bolschewiki Realität gewordenen ›Diktatur des Proletariats‹« –²²⁶ eindeutig zu bejahen.

Die Absicht der beiden Parteien, konstruktiv miteinander umzugehen, gemeinsame Ziele zu formulieren und eine auch nach außen hin erkennbare Abstimmung in politischen Fragen anzustreben, war keineswegs selbstverständlich: Vor allem die britische Arbeiterpartei sparte in der Nachkriegszeit nicht an Kritik am ehemaligen französischen Bündnispartner, was zu nachhaltigen Verwirrungen und – final – zur Einberufung der skizzierten Treffen führte. Anhand der Ausführungen wird indes deutlich, dass die Labour Party trotz grundlegender Meinungsverschiedenheiten der wichtigste Ansprechpartner für die SFIO in *machtpolitischen Fragen* war. Obwohl der anglo-französische Garantiepakt vom ACIQ strikt abgelehnt und die französische Regierung mehrfach scharf kritisiert wurde, brach der Kontakt nicht ab, wurde im Gegenteil sogar intensiviert. Das überrascht insofern, als die französische Partei den Parteien der Wiener Internationale programmatisch wesentlich näher stand, vor allem der USDP – und die Labour Party auf der anderen Seite keinen Hehl daraus machte, dass sie der MSPD äußerst positiv gesonnen war.

Im Interesse der Internationale war es allerdings unabdingbar, die Meinungsverschiedenheiten zu begraben und eine gemeinsame Lösung zu finden: Die SFIO stand in der unmittelbaren Nachkriegszeit am Rande der politischen Bedeutungslosigkeit, nach der Parteispaltung auf dem Parteitag von Tours 1920 und der verheerenden Wahlniederlage 1919. Aus diesem Grund war es das erklärte Anliegen insbesondere des rechten Flügels der Partei, die Spaltung der Internationale zu überwinden, mit Hilfe einer gestärkten »Internationalen Agentur der Arbeiterklasse« Druck auf die eigene Regierung auszuüben und sich dadurch für künftige Wahlen besser zu positionieren. Ganz ähnlich waren die Interessen der Labour Party gelagert, die das Ziel hatte, mit Hilfe einer pragmatisch orientierten Internationale die als reaktionär empfundene Pariser Regierung in die Schranken zu weisen. Vor allem die ältere Generation um MacDonald, Henderson, Shaw, Thomas oder Tillett glaubte inständig an die Einflussmöglichkeiten der internationalen Arbeiterklasse, sofern das Prinzip proletarischer Solidarität aufrecht gehalten wurde und die einzelnen Sektionen an einem Strang zogen. Aufgrund dessen strebte Labour einerseits eine versöhnliche Politik gegenüber Deutschland an, insbesondere gegenüber der deutschen Mehrheitssozialdemokratie. Auf der anderen Seite war die Partei um Zugeständnisse an die französische Partei bemüht, deren Aufgabe es sein sollte, die Parteien der Wiener Internationale von einer Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Internationalen zu überzeugen. Eben deshalb war die Zusammenarbeit zwischen SFIO und Labour Party eine »Win-Win-Situation« für beide Parteien.

²²⁶ H. LADEMACHER, Kosmopolitismus, Solidarität und Nation; in: F. VAN HOTHOOEN / M. VAN DER LINDEN (Hrsg.), *Internationalism in the Labour Movement, 1830–1940*, Bd. 2, 1988, S. 371–391; hier: S. 391.

Bezeichnend ist, dass sowohl MSPD als auch USPD aufgrund ihrer extremen Positionen weitestgehend politisch isoliert waren – die MSPD, weil sie eine Politik der Stärke gegenüber der Wiener Internationale einforderte; die USPD, weil sie ein Zusammengehen mit der Zweiten Internationale kategorisch ablehnte. Insofern verwundert es nicht, dass beide Parteien in ihren Organisationen im Hinblick auf die Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Internationalen (Zweite Internationale, IASP) keine große Rolle spielten.

Gleichzeitig drehten sich die sozialistischen Planungsspiele, sobald sie eine zwischenstaatliche Perspektive annahmen, stets um die »deutsche Frage« sowie die zukünftige Rolle von MSPD/USPD. Vor diesem Hintergrund war es alternativlos, die deutschen Parteien in den Annäherungsprozess sukzessive miteinzubeziehen. Der bereits vor 1914 formulierte Grundsatz, dass eine erfolgreiche Internationale ohne SPD, SFIO und Labour nicht funktionieren könne, hatte nach wie vor Bestand. Dies stellte die Ruhrkrise, wie im Folgenden gezeigt werden wird, nachhaltig unter Beweis.

Zweites Kapitel

Das Parteiendreieck und die Beeinflussung des internationalen Systems, 1923–1933

1. Fallbeispiel Ruhrkrise:

Bewährungsprobe transnationaler Zusammenarbeit (1922–1923)

Am 11. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet, mit dem Ziel, die Durchführung der Reparationszahlungen zu sichern.¹ Die von Poincaré forcierte Politik der »produktiven Pfänder« markierte den Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich über die Ausführung des Versailler Vertrages.² Auf die französische Aggression reagierte das Reich mit passivem Widerstand – und brachte sich dadurch an den Rande eines wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs. Am Ende verlor die Weimarer Republik die ungleiche Kraftprobe und musste sich dem Druck des französischen Nachbarn beugen. Tatsächlich war die Niederlage Deutschlands aber nicht ausschließlich eine »Politik der nationalen Demütigung«,³ sondern ein Impuls zur Klimaveränderung im internationalen System der Nachkriegszeit. Der Dawes-Plan 1924 markierte das Ende der Ruhrkrise und zugleich den Beginn einer auf internationaler Verständigung basierten Politik, maßgeblich vorangetrieben durch die angelsächsischen Mächte.

Ziel der Darstellung ist es, die sozialistischen Anstrengungen, die Ruhrkrise zu überwinden, eingehend zu analysieren.⁴ Insbesondere SFIO und Labour Party starteten in Zusammenarbeit mit der SPD eine Reihe von Initiativen und unternahmen den Versuch, Einfluss auf die Politik ihrer Regierungen zu nehmen – mit dem Ziel, den Konflikt unmittelbar zu beenden und Frankreich zur Vernunft zu rufen. Hier stellt sich allerdings die Frage, wie effizient dieses sozialistische »Krisenmanagement« tatsächlich gewesen ist, denn letztlich konnte *keine* der Parteien die zwischenstaatlichen Beziehungen zu ihren Gunsten verändern.⁵

¹ Grundlegend: K. SCHWABE (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923, 1984; J.-C. FAVEZ, Le Reich devant l'occupation franco-belge de la Ruhr en 1923, 1969; D. ARTAUD, Die Hintergründe der Ruhrbesetzung 1923; in: VIZ, 27, 1979, S. 241–259; C. FISCHER, The Ruhr Crisis, 1923–1924, 2003; G. KRUMEICH / J. SCHRÖDER, Der Schatten des Weltkrieges, 2004; L. ZIMMERMANN, Frankreichs Ruhrpolitik, 1971.

² Über die außenpolitischen Entscheidungsprozesse in Frankreich: A.-M. LAUTER, Sicherheit und Reparationen, 2006, S. 290–310.

³ Stresemann vor der ausländischen Presse; in: G. STRESEMANN, Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden, Bd. 1, 1932, S. 246.

⁴ Der Historiker Stefan Feucht stellt diesbezüglich die durchaus provokante These auf, Poincaré habe so agieren können, als hätte es die internationale Arbeiterklasse niemals gegeben. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 221.

⁵ Ebd., S. 236.

Allerdings wurde bislang nur unzureichend untersucht, welche Handlungsspielräume dem Parteidreieck überhaupt zur Verfügung standen, als es darum ging, den Abwehrkampf der jungen deutschen Republik gegen den »imperialistischen Aggressor« zu unterstützen. Für SPD, SFIO und Labour Party war die Ruhrkrise die erste wirkliche außenpolitische Herausforderung – und zugleich eine Chance, die »schmachvolle« Kapitulation von 1914 vergessen zu machen. Die These des vorliegenden Kapitels lautet, dass diese Bewährungsprobe in Anbetracht der Einflussmöglichkeiten und des Handlungsspielraums der beteiligten Protagonisten bestanden wurde, wenngleich das Resultat, oberflächlich betrachtet, äußerst bescheiden ausfiel: Auch wenn die Schlagzahl der Treffen und Initiativen mehr als beachtlich war, scheiterten die Parteien mit ihrer »informellen Diplomatie« schlussendlich bitterlich am Widerstand Poincarés bzw. der französischen Regierung, die die zahlreichen Vorstöße und Vermittlungsbemühungen mit Leichtigkeit abschmetteten.

1.1. *Vorgeschichte: Entstehung und Wirkung des sozialistischen Reparationsplans*

1.1.1. *Die Amsterdamer Reparationskonferenz*

Die wirtschaftliche Belastung der deutschen Republik war nicht erst seit der drohenden Ruhrbesetzung ein relevantes Thema für das Parteidreieck oder die internationale Sozialdemokratie als solches.⁶ Vor allem die MSPD wurde nicht müde, die negativen Folgewirkungen des Pariser Vertragswerkes zu betonen und ihre Schwesterparteien um Hilfe anzurufen: Bereits am 9. Mai 1919, wenige Monate nach der Berner Konferenz, veröffentlichte sie einen Aufruf »to the Socialists of all countries«, in dem sie zum Kampf gegen den Versailler Vertrag aufrief.⁷

Ein eigenes Schuldbekenntnis – wie von der SFIO gefordert⁸ – lehnte die MSPD weiterhin ab, wie Otto Wels auf der Parteiausschusssitzung vom 28./29. August 1919 deutlich machte.⁹ Auf der Konferenz in Luzern, wo sich die Exekutive der II. Internationale im Juli 1919 versammelt hatte, stand die Schuldfrage jedoch zunächst nicht mehr im Fokus der Verhandlungen. Vielmehr seien, so Wels, vor allem praktische Fragen erörtert worden – unter anderem die ökonomischen Folgewirkungen des Ver-

⁶ Zu den Positionen der einzelnen Parteien hinsichtlich des Versailler Friedensvertrages siehe Erstes Kapitel, 3.2.

⁷ Die Autoren wiesen mehrfach darauf hin, dass die deutsche Nation für den Krieg bezahlen werde. Allerdings müsse man erst einmal die Chance erhalten, die eigenen wirtschaftlichen Probleme lösen zu dürfen, um die desaströse Lage im Inland verbessern zu können. Eben das mache der Friedensvertrag mit seinen »tyrannischen« Wirtschaftsklauseln unmöglich. LHASC, Executive Committee, The Preliminary Peace proposals, SPD, 9. 5. 1919, LP/EC/Minutes/Juni-Juli 1919.

⁸ Vgl. Erstes Kapitel, 3.1.3.

⁹ »Wir haben in Bern und in Luzern, mit aller Schärfe und Entschiedenheit erklärt, daß wir ein Schuldbekenntnis unsererseits, ein Schuldbekenntnis der deutschen Sozialdemokratie am Kriege und an der Verlängerung des Krieges nicht aussprechen könnten, daß wir aber die Schuld klarstellen wollen.« Wels machte deutlich, dass die Schuld reaktionärer Kräfte in aller Deutlichkeit unterstrichen werden müsse, eine Schuld der SPD jedoch nicht vorliege. D. Dowe (Hrsg.), Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, 1980, Bd. 2, S. 687.

sailer Vertrages. Auf Initiative von Ramsay MacDonald habe die Zweite Internationale einen Antrag verabschiedet, nach dem »die von Deutschland geforderte Entschädigungssumme« in absehbarer Zeit fixiert werden solle – möglichst zugunsten der Weimarer Republik.¹⁰ Zudem habe das Exekutivkomitee ausdrücklich verurteilt, dass die deutschen Kolonien zu »Mandatsgebieten« des Völkerbundes – unter der Leitung von England und Frankreich – erklärt wurden. Deutschland selbst solle Mandatar seiner Kolonien werden, so das Fazit der Internationale.¹¹

In der Folgezeit blieb es jedoch zunächst bei dieser rein verbalen Verurteilung des Versailler Vertrages durch das Parteiendreieck. Faktisch bestand auch kein dringender Handlungsbedarf, da die Festsetzung der deutschen Gesamtschuld durch die alliierte Reparationskommission erst im April 1921 erfolgen sollte und die praktische Ausführung des Pariser Vertrages damit noch ausstand.¹² Ohnehin wäre eine intensive Kooperation der drei tonangebenden Parteien SPD, SFIO, Labour Party in diesem Zeitabschnitt nur schwer zu realisieren gewesen: Die bereits skizzierte Spaltung der sozialistischen Internationale, die sich 1920 bereits angedeutet hatte und im Februar 1921 mit der Gründung der Wiener Internationale vollzogen wurde, verhärtete die Fronten und erregte den Unmut der verbliebenen Parteien der II. Internationale.¹³

Akut wurde die Reparationsfrage erst im März 1921, als Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg nach dem Scheitern der Londoner Konferenz von alliierten Truppen besetzt wurden.¹⁴ Aufgrund des harschen Vorgehens der alliierten Gläubiger konnte die »deutsche Frage« im sozialistischen Lager nicht länger vertagt werden – eine schnelle Lösung musste her. Zu diesem Zweck tagte das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale am 30.3.1921 in Amsterdam, wo das deutsche Reparationsproblem explizit diskutiert werden sollte.¹⁵ Die Angelegenheit wurde sogar als so gravierend wahrgenommen, dass die Vertreter der konkurrierenden »Wiener Inter-

¹⁰ »Die Summe darf nicht eine solche Höhe erhalten, daß dadurch die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters unter das Niveau der Arbeiter in anderen Ländern herabgedrückt wird.« Ebd.; an diesem Absatz wird konkret die Furcht der Schwesterparteien deutlich, von einem deutschen »Lohndumping« betroffen zu werden. In Großbritannien schürte Labour, wie bereits dargelegt, bewusst die Angst vor deutschen Billigarbeitskräften, die englischen Arbeitern die Stelle streitig machen könnten. Hierzu: LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 17. Juni 1919, LP/IAC/2/66.

¹¹ D. DOWE (Hrsg.), Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, 1980, Bd. 2, S. 687.

¹² Vgl. L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 86 ff.

¹³ Eine lagerübergreifende, konstruktive Zusammenarbeit, die sich nicht nur auf das Verfassen von Pamphleten beschränkt, sondern einen konkreten Aktionsplan beinhaltet hätte, war unter den gegebenen Voraussetzungen kaum umsetzbar. Zur Erinnerung: Die SFIO schloss sich der Wiener Internationale an, während MSPD und Labour Party weiterhin Teil der Zweiten Internationale blieben. Vgl. Erstes Kapitel, 3.3.

¹⁴ Hierzu: L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 100; P. KRÜGER, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, 1985, S. 124.

¹⁵ IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale, 30. März 1921, IISG/LSI/2/1.

nationale« vorab eingeladen worden waren – was aus Perspektive der Briten und Deutschen durchaus Sinn ergab, da die Vertreter der französischen Partei im Kampf gegen die alliierten Mächte eine Schlüsselrolle einnehmen sollten.¹⁶

In Amsterdam machte Ramsay MacDonald gleich von Anfang an deutlich, welche Fragen im Vordergrund stehen sollten: »1. *Wieviel kann Deutschland zahlen*, 2. *Wieviel können wir erhalten, ohne geschädigt zu werden*, 3. *In welcher Form kann Deutschland die Zahlung leisten?*«¹⁷ Dieser wohlwollende Pragmatismus kam der MSPD, die sich wie auf den Konferenzen in Bern und Luzern in der Rolle des Opfers sah, durchaus zupass: Wels betonte, dass die deutsche Regierung unschuldig sei und immer wieder konstruktive Vorschläge unterbreitet hätte – die von Frankreich allesamt abgeschmettert worden seien. Deshalb lobte er die Resolution der Labour Party, die ausdrücklich anerkenne, dass der Friedensvertrag Deutschland finanzielle Verpflichtungen auferlege, die nur noch mit Hilfe »juristischer Wortklauberei« den deutlich moderateren Waffenstillstandsbedingungen entsprechen könnten.¹⁸ Abschließend bemerkte Wels, dass eine internationale Anleihe vonnöten sei, damit Deutschland die erforderliche Summe überhaupt aufbringen könne. Die Lage im Inland sei desaströs und wenn weiter eine Erfüllungspolitik um jeden Preis gefahren werde, könne dies schnell zu einem »dumping« führen, das die deutschen Arbeiter zu »Lohn-drückern« für die alliierten Arbeiter mache.¹⁹ Mit seinem Redebeitrag zielte der

¹⁶ IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale mit Vertretern der parlamentarischen Fraktionen, 30., 31. März und 1. April 1921. IISG/LSI/2/13; faktisch stand jedoch nicht nur die Reparationsfrage im Vordergrund, sondern u.a. der anglo-französische Bündnisvertrag, ebenso wie die mögliche Rekonstruktion der Internationale. Insofern wurde das Anliegen, ausschließlich die »deutsche Frage« zu behandeln, von der Realität eingeholt. Ein weiterer Teilnehmer neben der Wiener und II. Internationale war die Gewerkschaftsinternationale.

¹⁷ Ebd.; sowie: J. F. WRYNN, *The Socialist International and the politics of european reconstruction*, 1976, S. 34.

¹⁸ Gleichzeitig wehrte er sich gegen den Niederländer Pieter Jelles Troelstra, der von Deutschland verlangte, für sämtliche Schäden geradezustehen und überdies die moralische Verantwortung für den Kriegsausbruch zu übernehmen. Nach wie vor besaß die Schuldfrage also politische Brisanz und nach wie vor weigerte sich die SPD, auch nur einen Fußbreit von ihrer alten Position abzurücken »Diese Uebernahme des Wortlauts des Versailler Vertrages seitens der Internationale würde in krassstem Widerspruch zu dem Kampf stehen, den sie in Luzern und Genf gegen den Vertrag proclamiert hat. Dem können wir nie und nimmer unsere Zustimmung geben, während de Brouckères Vorschlag für uns annehmbar ist.« Einen Tag später wurde erneut die Schuldfrage aufgeworfen, was Wels dieses Mal tatsächlich auf die Palme brachte: »In Bern, Luzern, Amsterdam und Genf haben wir über die Frage der Verantwortlichkeit und der Schuld am Kriege verhandelt. Nach dem Zustandekommen des Genfer Beschlusses erklärte Vandervelde: daß die Meinungsverschiedenheiten in der Internationale nun endgültig beseitigt seien. Wenn wir immer wieder mit der Schöpfungsgeschichte anfangen, werden wir nie zu einem praktischen Arbeitsprogramm kommen. Wir können heute nicht der Vertrag von Versailles, dem wir in Genf den Krieg erklärten, zum Buch der Bücher machen.« Bei dieser Ablehnung erhielt Wels die Unterstützung von T. Shaw, der sich ebenfalls gegen Troelstra aussprach. IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale mit Vertretern der parlamentarischen Fraktionen, 30., 31. März und 1. April 1921. IISG/LSI/2/18 und 2/26.

¹⁹ Ebd., 2/23.

Sozialdemokrat vor allen Dingen auf zwei Aspekte ab: Erstens wähnte sich die MSPD klar und deutlich auf die Seite der Labour Party, die im Gegensatz zur SFIO einen geradezu »deutschlandfreundlichen« Kurs verfolgte – zweitens versuchte Wels die Furcht der ausländischen Genossen vor deutschen »Fremdarbeitern« zu schüren, die in Großbritannien oder Frankreich zu deutlich niedrigeren Löhnen eingesetzt werden könnten.

Insbesondere der letzte Argumentationsstrang schien die Delegierten überzeugt zu haben: Zum Abschluss der Amsterdamer Konferenz wurde einvernehmlich beschlossen, dass Deutschland eine oder mehrere internationale Anleihen aufnehmen solle, um die derzeitige wirtschaftliche Situation verbessern zu können. Im Gegenzug werde sich die Republik dazu bereit erklären, dreißig Jahre lang die erforderlichen Annuitäten zu bezahlen.²⁰ Außerdem sei es dringend erforderlich, die im Krieg zerstörten Gebiete so schnell wie möglich wiederaufzubauen. Zu diesem Zweck hätten sich deutsche und französische Arbeiter zusammengefunden und sich dazu bereit erklärt, diese Aufgabe ohne private Bereicherung kapitalistischer Kreise durchzuführen.²¹ Die in Amsterdam vertretenen Delegierten einigten sich darauf, dass die Ergebnisse der Konferenz mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bei den jeweiligen Regierungen durchgesetzt werden sollten.²² Im Hinblick auf ein internationales Schiedsgericht machte die Konferenz deutlich, dass Deutschland so schnell wie möglich in den Völkerbund aufgenommen werden sollte, der ferner zur Klärung der Reparationsfrage angerufen werden sollte.²³

Die Resolution der Konferenz liest sich retrospektiv betrachtet wie ein gangbarer Kompromiss zwischen Siegern und Besiegten. Jedoch wurden die Amsterdamer Beschlüsse, die als »Sozialistischer Reparationsplan« in die Geschichte eingingen, schon bald von der politischen Realität eingeholt: Im Mai 1921 trat die MSPD der Regierung Wirth bei und setzte sich für die Annahme des Londoner Ultimatums und damit des alliierten Zahlungsplans ein. Hintergrund hierfür war das Bemühen der deutschen Politik, eine mögliche Besetzung des Ruhrgebietes zu verhindern und

²⁰ »Die deutsche Regierung sollte sich dann bereit erklären, ein festes Minimum an Jahresraten zu bezahlen, das der Prosperität des Landes angepasst ist. Diese gleitende Skala sollte nicht allein die Ausfuhrziffern, sondern in derselben Art wie gewöhnliche Steuern, die Höhe des Nationalvermögens und des Einkommens berücksichtigen.« Ebd., 2/64.

²¹ »Damit der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sich mit der notwendigen Schnelligkeit vollzieht, muss ein gemischtes System von Sach-, Arbeits- und Geldleistungen angewandt werden. Die von Deutschland zu vollziehenden Leistungen sind auf Reparationen anzurechnen. Die sachlichen Leistungen sind unter Mitwirkung der Gewerkschaften daraufhin zu prüfen, daß sie weder der Arbeiterschaft des liefernden noch des nehmenden Landes zum Nachteil gereichen.« Ebd.; hierzu auch: Die Zweite Internationale über den Wiederaufbau. Resolution der am 30., 31. März und 1. April 1921 in Amsterdam mit Vertretern der parlamentarischen Fraktionen abgehaltenen Konferenz des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale, 1921, S. 7.

²² Hierzu das Statement von Ramsay MacDonald, ebd., S. 4.

²³ »Der Völkerbund, in den Deutschland aufgenommen werden sollte, würde seine Aufgabe verfehlen und die Hoffnung, die die Demokratie der Welt auf seine Entwicklung setzt, enttäuschen, falls er sich der Lösung des Finanzproblems nicht zuwendet [...]«. Ebd., S. 9.

damit die wirtschaftliche und politische Integrität des Reiches um jeden Preis zu erhalten.²⁴

1.1.2. *Grenzen der Beeinflussung: Gespaltene Internationale, französische Aggressionspolitik, der Vertrag von Rapallo als Zankapfel zwischen (M)SPD und SFIO*

Welche Einflussmöglichkeiten hatte das Parteiendreieck zu Beginn der 20er Jahre? Wie aus einer Resolution des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale im Juni 1921 geradezu exemplarisch hervorgeht, waren sich die beteiligten Akteure durchaus im Klaren darüber, dass die eigenen Handlungsoptionen sehr beschränkt waren: »The manifestos of the Second International have, by their number and their ineffectualness, lost all credit with the masses as well as with the governments. Not all the manifestoes of all the existing Internationals and Socialist Parties put together have been able to diminish [...] the appalling account that the Allies are now presenting to Germany [...].«²⁵

Anlässlich der Annahme des Londoner Ultimatums durch die deutsche Regierung forderte das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale die alliierten Regierungen dazu auf, die Aufhebung aller Sanktionen einzuleiten. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, sollte eine stärkere Zusammenarbeit der sozialistischen Parlamentsfraktionen untereinander anvisiert werden. Wenn es schon keine Einheit der Arbeiterklasse gab, dann müsse es zumindest eine Kooperation der Parteien in Krisenzeiten geben, so das Fazit der Delegierten.²⁶ Gleichzeitig wurde jedoch eingeräumt, dass dieser Plan vorerst reines Wunschdenken sei und die eigene Organisation eine tiefe Krise durchlaufe.²⁷ Eben deshalb beschäftigten sich die Zweite, die Wiener und die Kommunistische Internationale vom Sommer 1921 bis hin zur Berliner Konferenz 1922 vornehmlich mit der Schaffung einer »all-inclusive-International« – sprich der Überwindung der gegenwärtigen Spaltung.²⁸

Die Reparationsfrage wurde infolgedessen eher zweitrangig behandelt, was indes auch der realpolitischen Entwicklung geschuldet war: Für den Moment schien die internationale Situation beruhigt, die Annahme des Londoner Ultimatums hatte

²⁴ Hierzu: S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 231; P. KRÜGER, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, 1985, S. 133.

²⁵ IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale, Treffen vom 27. und 28. Juni, IISG/LSI/3/4.

²⁶ Anwesend waren unter anderem: Louis de Brouckère, Otto Wels, Arthur Henderson, Ramsay MacDonald. Ebd., 3/14; die deutsche Übersetzung des Dokuments findet sich im Archiv der Labour Party: LHASC, Labour and Socialist International, Denkschrift betreffs Schaffung eines interparlamentarischen Komitees, nicht datiert, LSI/10/13/1.

²⁷ Grund hierfür sei die bereits angesprochene Spaltung, hervorgerufen durch die Gründung der Wiener Internationale. Das Fehlen einer gemeinsamen internationalen Agentur der Arbeiterklasse führe zwangsläufig dazu, dass sämtliche Energie, die in die Revision des Friedensvertrages investiert werde, wirkungslos verpuffen müsse. »But all these energies are wasted for lack of an organ that will coordinate them and transform them into action, for lack of the Inter-Parliamentary Socialist Committee. The latent energies are there, but they require organization to make them efficient.« Ebd., 3/9.

²⁸ Hierzu: Erstes Kapitel, 3.3.1.

für klare Verhältnisse gesorgt; Deutschland musste die alliierten Forderungen erfüllen und die von Kanzler Wirth forcierte »Erfüllungspolitik« mittragen.²⁹ Für gefühlte Entlastung sorgte zudem die Initiative von Lloyd George, der im Frühjahr 1922 die Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz vorschlug, die sich mit den aktuellen Problemen, insbesondere der wirtschaftlichen Rekonstruktion Europas, beschäftigen sollte.³⁰

Im Vorfeld waren die sozialistischen Parteien selbstredend bemüht gewesen, diese Entwicklungen mit zu beeinflussen. So hatte u. a. der Vorstoß von Lloyd George im Februar 1922 zur Einberufung einer gemeinsamen sozialistischen Konferenz in Paris geführt, an der Vertreter aus Großbritannien, Frankreich, Belgien und Deutschland teilgenommen hatten. Aufgrund des verspäteten Erscheinens der Deutschen war jedoch beschlossen worden, die Debatte über Reparationsfragen zu vertagen.³¹ Ohnehin hatte Otto Wels bereits im Vorfeld in einem Brief an Arthur Henderson deutlich gemacht, dass er der gemeinsamen Konferenz von Zweiter und Wiener Internationale so oder so nur geringe Erfolgchancen einräume, u. a. aufgrund der Anwesenheit der französischen Delegierten.³²

Ende Februar 1922 fand in Frankfurt schließlich eine Fünfländerkonferenz statt,³³ an der die sozialistischen Parteien Deutschlands, Belgiens, Italiens, Englands und Frankreichs teilnahmen.³⁴ Die dort verabschiedete Resolution zur »Rekonstruktion der zerstörten Gebiete« beinhaltete jedoch wenig Neues, sondern war schlichtweg

²⁹ H. A. WINKLER, Von der Revolution zur Stabilisierung, 1984, S. 416; P. KRÜGER, Versailles – Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, 1986, S. 104 ff.; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 224 f.

³⁰ Nachdem allerdings in Frankreich ein Regierungswechsel stattgefunden hatte, Aristide Briand nach dem Scheitern eines anglo-französischen Sicherheitspaktes im Januar 1922 zurückgetreten war und fortan Raymond Poincaré die Geschicke des Landes leitete, minderte sich das Interesse Frankreichs an einer Annäherungspolitik, weswegen Neuverhandlungen über deutsche Reparationszahlungen strikt abgelehnt wurden – so auch auf der Konferenz von Genua, die im April/Mai 1922 stattfand. Der Personalwechsel Briand-Poincaré wurde vom AA aus verständlichen Gründen höchst negativ bewertet. Rathenau konstatierte Graf Kessler gegenüber, Poincaré »versuche jetzt durch kleine Chikanen seiner nationalistischen Kammermehrheit das Maul zu stopfen. [...] Er (Rathenau, Anm. d. V.) kam immer wieder darauf zurück als Einwand gegen jede Möglichkeit einer wirklichen Verständigung.« H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 20. 3. 1922, Bd. 7, S. 424 f.; Erschwerend hinzu kam schließlich noch der Abschluss des Vertrages von Rapallo zwischen Deutschland und der Sowjetunion im April 1922, was von Frankreich als offene Provokation angesehen wurde; Vgl. L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 126; R. BOURNAZEL, Rapallo, Ein französisches Trauma, 1976.

³¹ LHASC, Executive Committee, 7. 2. 1922, LP/EC/Minutes, Januar bis Mai 1922.

³² »Dear Henderson, just like you I am afraid that the Paris Conference is very likely to have no positive results. [...]« LHASC, Labour and Socialist International, Brief von Otto Wels an A. Henderson, 31. 1. 1922, LSI/11/3/22–24.

³³ Nachrichten der IASP, März 1922, S. 71.

³⁴ LHASC, Labour Party/TUC Joint International Sub-Committee, 1919–1923, Bericht über die Frankfurter Konferenz, 24. 2. 1922; hierzu auch: IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Frankfurter Konferenz, 25.–27. 2. 1922. IISG/LSI/24/1.

eine Verfeinerung des bereits 1921 in Amsterdam verfassten Reparationsplans.³⁵ Anders formuliert: Die Resolutionen wiederholten sich und der politische Einfluss blieb weiterhin schwach.

Immerhin gelang es den tonangebenden Parteien sukzessive, sich auf eine gemeinsame Linie zu einigen. Diese Entwicklung ging vor allem auf die SFIO zurück, die an der Ausarbeitung der »Resolution über die Reparationen« maßgeblich beteiligt gewesen war, namentlich Vincent Auriol und Léon Blum.³⁶ Letzterer hatte zuvor mit mehreren Artikeln in der französischen Parteizeitung dafür gesorgt, dass die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde.³⁷ Das Vorgehen von Blum zeigt, dass die französische Partei zunehmend auf einer Linie mit der Labour Party war, was die Verurteilung der Reparationszahlungen anbelangte.

Für einen klaren Bruch in der Bewertung des deutschen Nachbarn sorgte jedoch der im April 1922 vereinbarte Vertrag von Rapallo. Vor allem Léon Blum zeigte sich schwer verärgert über das umstrittene Abkommen: *«Je fais effort, comme on voit, pour pénétrer leurs raisons, pour me placer à leur point de vue. Mais je n'en suis pas moins convaincu qu'ils ont commis une lourde erreur dont les conséquences peuvent être graves.»*³⁸ Der Abschluss des Vertrages zwischen dem kommunistischen Russland und dem demokratischen Deutschland nehme der SFIO den Wind aus den Segeln und beschönige die resolute Politik Poincarés während der Genfer Konferenz, so sein Fazit.³⁹ In seinem

³⁵ Ziel sei erstens die Restauration der zerstörten Gebiete, zweitens wurde die Schaffung einer internationalen Organisation zur Koordination des Wiederaufbaus angeregt. Drittens forderte die Fünfländerkonferenz die Streichung der Militärpensionen, viertens die Streichung der interalliierten Schulden. Punkt fünf umfasste Kredite bzw. Sachleistungen für bedürftige Länder wie z. B. Russland, Punkt sechs die Schaffung eines internationalen Institutes zur Abwicklung von Reparationen, Wirtschaftshilfen sowie zur Internationalisierung der Pensionen. Abschließend wurde siebtens angeregt, sämtliche Streitpunkte einem Schiedsgericht vorzutragen, um künftige Konflikte zu kanalisieren. Ebd.; Nachrichten der IASP, März 1922, S. 73; hierzu auch: J. F. WRYNN, *The Socialist International and the politics of european reconstruction*, 1976, S. 36 ff.; F. MENGES, *Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923*; in: Francia, 4, 1976, S. 625–658; hier: S. 647.

³⁶ Der Kommission zur Prüfung der Reparationsfrage gehörten sowohl Blum als auch Auriol an. Der Vorstand der SFIO hatte bereits anlässlich der Anfang Februar 1922 stattfindenden Konferenz in Paris ausführliche Memoranden ausgearbeitet. Nachrichten der IASP, März 1922, S. 72; an der Ausarbeitung der Resolutionen waren V. Auriol sowie S. Grumbach beteiligt: A.N., *SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Parti socialiste et parti communiste (février-septembre 1921)*, Réunion du Parti Socialiste, 20. 4. 1921.

³⁷ Maßgeblich hierfür waren Blums Reiseberichte infolge eines Deutschlandaufenthalts zum Zeitpunkt der Hyperinflation, die er in drastischen Worten beschrieb. Hierzu: L. BLUM, *L'Inflation en Allemagne*; in: A. MICHEL (Hrsg.), *L'Oeuvre de Léon Blum*, 1972, Bd. 3.1., S. 179 ff.; über seine Reise nach Deutschland, siehe: Blum, Léon, *Le change et les réparations*, *Le Populaire*, 2 Octobre 1921.

³⁸ DERS., *La conférence de Gênes*; in: A. MICHEL (Hrsg.), *L'Oeuvre de Léon Blum*, 1972, Bd. 3.1., S. 193.

³⁹ Ebd., S. 195; hierzu auch: L. BLUM, *Le nationalisme déchaîné veut exploiter le Traité germano-russe*, *Le Populaire*, 20. Avril 1922.

Artikel nahm Blum auch auf Rudolf Hilferding Bezug, der den Vertrag zu seinem Unverständnis verteidigt habe.⁴⁰

Wie unterschiedlich Interpretationen ausfallen können, wird am Beispiel der Labour Party deutlich: Hier wurde der deutsch-russische Vertrag als einfacher Wirtschaftsvertrag interpretiert. Ramsay MacDonald kam in der *Socialist Review* im Mai 1922 zu dem Schluss, dass Deutschland und Russland zum Handeln gezwungen worden seien aufgrund der störrischen Haltung der Alliierten, im Besonderen Frankreichs.⁴¹ Auch das ACIQ urteilte ähnlich: *»There is nothing in the Russo-German-treaty, as it was signed, which any nation can object to and the outcry against it was largely factitious.«*⁴² In Bezugnahme auf die wirtschaftliche Dimension des Vertrages wurde abschließend empfohlen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland bzw. Zentraleuropa umgehend zu forcieren – was letztlich paradigmatisch für die »praxisorientierte« Sichtweise der britischen Arbeiterpartei stand.⁴³

Aufgrund der bestehenden Differenzen zwischen SPD, SFIO und Labour Party wurde im Mai 1922 eine Konferenz in Brüssel einberufen, auf der Sozialisten aus Frankreich, Belgien und England anwesend waren. Einer der zentralen Streitpunkte war der Vertrag von Rapallo,⁴⁴ der Harry Graf Kessler zufolge maßgeblich durch

⁴⁰ Diese Aussage erscheint insofern unvollständig, als Rapallo von einem großen Teil MSPD-Führung äußerst kritisch gesehen wurde und vor seinem Abschluss innerhalb der Reichsregierung von sozialdemokratischen Ministern missbilligt wurde. Beigetreten waren dem Kabinett zuvor unter anderem: Gustav Bauer, Adolf Köster, Robert Schmidt, Gustav Radbruch sowie Georg Gradnauer. Zur Aussage Léon Blums: DERS., *La conférence de Gênes*, in: A. MICHEL (Hrsg.), *L'Oeuvre de Léon Blum*, 1972, Bd. 3.1., S. 193; zur SPD: P. KRÜGER, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, 1985, S. 133.

⁴¹ MacDonald, Ramsay, *Russia and Germany*, in: *Socialist Review*, May 1922, S. 223; nichtsdestotrotz sah man aufseiten des ACIQ dringenden Bedarf, die französischen und belgischen Sozialisten umgehend zu kontaktieren: LHASC, *Advisory Committee on International Questions*, Minutes, 18. 5. 1922, IAC/1; die enge Verknüpfung zwischen der russischen und deutschen Situation wurde bereits im Januar 1922 thematisiert, hier wurde angeregt, Aristide Briand über Lloyd George zu kontaktieren – jedoch musste letzterer kurz darauf sein Amt räumen, woraufhin Poincaré Ansprechpartner war: LHASC, *Labour Party/TUC Joint International Sub-Committee*, 1919–1923, 3. 1. 1922.

⁴² LHASC, *Advisory Committee on International Questions*, Minutes, 10. 5. 1922, LP/IAC/1/167.

⁴³ Dass indes der Rapallo-Vertrag auch in Teilen Großbritanniens umstritten war, sollte zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt werden, wie Friedrich Stampfers Darstellung über die Konferenz von Genua sowie die englischen Regierungsvertreter deutlich macht: *»Auch die Engländer, die keineswegs mit feindseligen Absichten nach Genua gekommen waren, nannten das Vorgehen Deutschlands illoyal und eine Herausforderung Europas. Die Poincaristen triumphierten, das habe man nun davon, von den Deutschen sei eben nichts anderes zu erwarten gewesen. [...] Ein Plan Lloyd Georges, für zehn Jahre eine Art von europäischem Gottesfrieden zu schaffen, kam über den Embryonalzustand nicht hinaus. Schon allein die Reden, die Poincaré, im französischen Lande herumreisend, gegen Deutschland hielt, wie die von Bar le Duc, hätten genügt, den Gedanken eines Gottesfriedens im Keim zu ersticken.«* Zum Bericht Stampfers über die Konferenz von Genua und den Vertrag von Rapallo: F. STAMPFER, *Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik*, 1947, S. 270 f.

⁴⁴ Ein weiterer Streitpunkt war der bereits analysierte anglo-französische Bündnisvertrag (hierzu: Kapitel 3.3.2.). Anwesend auf der Konferenz waren für Frankreich L. Blum, P. Renaudel, J. Longuet sowie M. Sembat, für Großbritannien A. Henderson, T. Shaw, W. Gillies und R. MacDonald. Die belgischen Sozialisten waren unter anderem mit H. de Man und de Brouckère vertreten. IISG, *Labour and Socialist International – London Archives*, *Conference of the Belgian, French and British*

Hilferding konzipiert worden war, weswegen die Kritik von Léon Blum an der Sozialdemokratie nicht gänzlich unberechtigt erscheint.⁴⁵ In Brüssel konnten Meinungsverschiedenheiten wie der deutsch-russische Vertrag laut Konferenzbericht erfolgreich ausgeräumt werden: In einer gemeinsamen Resolution wurde verkündet, dass man fortan einen engen Informationsaustausch sowie eine »intensivere Kooperation« auf parlamentarischer Ebene anstrebe.⁴⁶ Hinsichtlich einer möglichen Ruhrbesetzung durch Frankreich wurde außerdem darauf hingewiesen, dass die ehemaligen Mächte der »Entente Socialiste« nicht gewillt waren, den Vertrag von Versailles nach Belieben auszulegen.⁴⁷ Damit sprach sich die Konferenz klar und deutlich gegen eine willkürliche Bestrafung des deutschen Staates aus und verurteilte das Vorgehen der Alliierten.

Ende gut, alles gut? Aus den britischen Aktenbeständen geht hervor, dass die Brüsseler Beschlüsse keineswegs unumstritten gewesen waren. So hätten sich die französischen Delegierten zunächst mit Händen und Füßen gegen die angestrebten Kompromisse gestraubt. Der von Ben Tillett verfasste Bericht sprach in diesem Kontext deutliche Worte: »*British eyes saw in Germany a future market; the French seemed to see in Germany only a future army of invasion. Britain was really no longer interested in Reparations; it seemed, according to British opinion, the French were willing to push their demand for Reparations to a point which would end in the economic enslavement and political dismemberment of Germany.*«⁴⁸ Die Labour-Vertreter hätten in Brüssel die These vertreten, dass nur eine enge Kooperation Frankreichs mit der deutschen Arbeiterklasse die Zahlung der Reparationen garantieren könne, was durchaus als Kritik an der SFIO interpretiert werden kann.⁴⁹

socialist parties concerning the reparations; Brussels, 17–18 May 1922. IISG/LSI/31/1; wesentlich ausführlicher wird die Konferenz in einem Dokument im Archiv der Labour Party geschildert: LHASC, Labour and Socialist International, Franco-British-Belgian Relations, 17.–18. 5. 1922, LSI/14/1/1.

⁴⁵ Dies betont zumindest Harry Graf Kessler in seinem Tagebuch: »Ich habe jetzt den Eindruck, daß die beiden Haupturheber u. Verantwortlichen des deutsch-russischen Vertrages, Malzahn und Hilferding, aus verschiedenen Ursachen beraus taktisch versagt haben. Beide haben nur die Sache selbst gesehen, aber darüber das Wie, die Ausführung aus dem Auge gelassen [...]«. Weitere involvierte Personen seien u. a. der Außenminister Rathenau sowie Reichskanzler Wirth gewesen. H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Bd. 7, S. 467f.

⁴⁶ LHASC, Labour and Socialist International, Franco-British-Belgian Relations, 17.–18. 5. 1922, LSI/14/1/1.

⁴⁷ »It declares that Article 18, annexe 2, part 8 of the Treaty of Versailles cannot be interpreted by us to give to a Power the right of executing any penalty whatever against Germany, even if in default.« Ebd.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ »The British public did not believe that France was in any real danger, but rather that French policy was provoking danger by encouraging the anti democratic forces in Germany, and driving her in despair into the arms of any other country that would help her. There were very few people in Great Britain who did not believe in the justice of the demand for the restoration of the devastated regions of France and Belgium at the expense of the German people. The British working class were especially convinced that the only policy which would bring reparations to France and Belgium was one which retained the sympathy of the German working class, who alone could get reparations.« Ebd.

Wie Tillett in seinem Bericht über die Brüsseler Sozialistenkonferenz weiter darlegte, hätten die französischen Delegierten um Léon Blum und Pierre Renaudel erklärt, dass Frankreich aufgrund der rapiden ökonomischen Genesung des deutschen Nachbarn verängstigt sei und in absehbarer Zeit einen militärischen Vergeltungsschlag befürchte. Großbritannien kenne solche Ängste nicht, da sich die deutsche Flotte längst auf dem Meeresgrund befinde und die Nordsee breiter als der Rhein sei. Darüber hinaus sei der »Durchschnittsfranzose« der Ansicht, dass Frankreich längst gegen den Staatsbankrott kämpfe und ohne fremde Hilfe nicht überleben könne. Eben aus diesem Grund seien die Reparationen geradezu existentiell für den Fortbestand der »Grande Nation«. Hinzu komme dann noch, dass Frankreich neidisch auf Großbritannien blicke, da sich das britische Empire die deutschen Kolonien sowie Teile der Handelsflotte einverleibt hätte – kurz gesagt also als Gewinner aus den Pariser Friedensverhandlungen hervorgegangen sei.⁵⁰ Abschließend hätten die SFIO-Vertreter zu verstehen gegeben, dass sie in ihrem Statement nur die öffentliche Meinung wiedergäben – und keineswegs die eigene. Zwischen den Zeilen wird allerdings sowohl am britischen als auch am französischen Text deutlich, dass die nationalen Standpunkte durchaus übernommen wurden.⁵¹ Nicht umsonst hätten es die französischen Delegierten laut der Darstellung von Tillett für angebracht gehalten, den französischen Staat zu verteidigen und seinen »imperialistischen Charakter« zu negieren.⁵² Zwar sei das Vorpreschen der französischen Regierung in der Ruhrfrage kritisiert worden, andererseits hätten die französischen Genossen auch dem aufkeimenden »deutschen Militarismus« die Schuld an der Eskalation gegeben.⁵³ Eine mögliche Invasion des Ruhrgebietes durch französische Truppen schloss die SFIO übrigens kategorisch aus, da der Einfluss der französischen Sozialisten so gewaltig sei, dass Poincaré diesen Schritt niemals wagen würde.⁵⁴ Ob diese forsche Aussage aus Sicht der Labour Party glaubwürdig erschien, geht leider nicht aus den Akten hervor.

Trotz der französischen Bedenken konnte am Ende ein gangbarer Kompromiss ausgehandelt werden. Damit schien die Reparationsfrage im sozialistischen Lager zu-

⁵⁰ Die logische Folge daraus sei, dass die Briten »not the same interest as the French in making Germany pay« hätten. LHASC, Labour and Socialist International, Franco-British-Belgian Relations, 17.–18. 5. 1922, LSI/14/1/1.

⁵¹ Dies spricht für die Authentizität des Berichts, insofern der Verfasser Ben Tillett sich augenscheinlich keine große Mühe gab, die unterschiedlichen Standpunkte zu beschönigen.

⁵² »Our French comrades denied that France was imperialistic in the true sense of the word. There was nationalism and militarism, national pride and belief in military power, but no imperialism, no desire for conquest, aggression or expansion, not even amongst the reactionaries.« Ebd.

⁵³ »The arguments of the militarists were reinforced by the belief that Germany was trying to rebuild the military machine, that a strong arm was necessary to compel her to pay what she has agreed to pay. There were two Germanys. In France the strength of the militarist party in Germany was not under-estimated.« Ebd.

⁵⁴ »In the event of an invasion of the Ruhr, Socialists would have powerful allies in French business circles, and the hostility to mobilisation amongst the masses, especially the peasants, was so great that if the Ruhr were occupied, the French General Staff would have to use the troops now under arms. They would not take the risks of a mobilisation.« Ebd.

mindest für den Moment geklärt.⁵⁵ Es überrascht daher nicht, dass die am 23. Juni in London einberufene Konferenz der Zweiten Internationale fast ausschließlich Fragen zur Wiedervereinigung der internationalen Arbeiterklasse behandelte.⁵⁶ Aus einem Bericht des Londoner Büros der Zweiten Internationale geht hervor, dass der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, Otto Wels, eine emotionale Rede über die Errungenschaften der deutschen Revolution hielt, die Ruhrfrage jedoch nicht weiter erörterte. Stattdessen prahlte Wels damit, dass die deutsche Sozialdemokratie die freieste Verfassung der Welt geschaffen habe – und das trotz der totalen militärischen Niederlage und einen unübersehbaren Heeres von Arbeitslosen.⁵⁷ Somit war ein auf den 9. Juli 1922 datiertes Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes das einzige Dokument, in dem dezidiert auf das »deutsche Problem« und die Reparationsfrage Bezug genommen wurde.⁵⁸

1.1.3. *Gewerkschaftsinternationale als Katalysator der Zusammenarbeit zwischen den beiden sozialistischen Internationalen?*

Die Brüsseler Sitzung hatte maßgeblich dazu beigetragen, die außenpolitischen Streitpunkte zwischen beiden Organisationen beizulegen. Die Spaltung zwischen IASP und Zweiter Internationale bestand allerdings weiterhin fort, weshalb die Schlagkraft des internationalen Sozialismus weiterhin sehr gering blieb. Im Vorfeld der Ruhrkrise war es daher vor allem die »neutrale« Gewerkschaftsinternationale, die nach vorne preschte, Initiative ergriff⁵⁹ und kurzerhand einen Kongress in Amsterdam initiierte, der im Juli 1922 gemeinsam mit der Zweiten sowie der Wiener Internationale einberufen wurde. Realpolitischer Hintergrund hierfür war die Entscheidung des interalliierten Anleiheausschusses in Paris, den Antrag der Regierung Wirth auf eine Auslandsanleihe abzulehnen: Auf Druck Frankreichs wurde dem Deutschen Reich ein sechsmonatiges Moratorium gewährt, um die Zahlungen für das Jahr 1922 begleichen zu können.⁶⁰

⁵⁵ Künftig sollten anfallende Streitpunkte sofort ausdiskutiert werden, ein engmaschiger Informationsaustausch wurde vereinbart. Des Weiteren beschlossen die Vertreter der drei Parteien, die Parlamentsfraktionen untereinander abzustimmen. Ebd.

⁵⁶ IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Treffen des Exekutivkomitees der II. Internationale, Zusammenfassung von J. R. MacDonald, 23. 6. 1922, IISG/LSI/39.

⁵⁷ LHASC, Labour and Socialist International, International Labour and Socialist Conference, 18.–19. 6. 1922, LSI/14/4/1.

⁵⁸ Die Konferenz der Gewerkschaftsinternationale fand am 9. 7. statt. IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Edo Fimmen an J. R. MacDonald, 10. 7. 1922, IISG/LSI/31/1.

⁵⁹ Grundsätzlich nahm die Gewerkschaftsinternationale in dieser Zeit eine neutral Rolle ein und bemühte sich darum, als Mediator zwischen IASP und Zweiter Internationale aufzutreten. Der Vorsitzende der Gewerkschaftsinternationale, Edo Fimmen, schrieb an R. MacDonald: »In view of the extremely critical situation in Germany we have been obliged to convene the joint Conference at a very short notice.« Zur Vorbereitung des Kongresses: IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Edo Fimmen an J. R. MacDonald, 10. 7. 1922, IISG/LSI/42/8.

⁶⁰ H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, 1998, S. 181f.

Welche Parteien an dem Zusammentreffen zugegen sein sollten, schien zunächst unklar, weshalb Ramsay MacDonald Otto Wels darum bat, beim Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Edo Fimmen, anzufragen, ob die deutschen Parteien überhaupt anwesend sein dürften.⁶¹ Dies zeigt beispielhaft auf, welche untergeordnete Rolle die MSPD in diesem Zeitabschnitt einnahm: In den Verhandlungen war Deutschland zwar vielfach Gegenstand der Diskussionen, seinen sozialdemokratischen Vertretern blieb jedoch nur die Rolle des Zuschauers vorbehalten. Hauptakteure waren nicht die Sozialdemokraten, sondern die Delegierten aus Frankreich oder Großbritannien – diejenigen Politiker also, deren Regierungen über den Weitergang der Krise bestimmten.

Otto Wels war sich durchaus im Klaren darüber, dass die SPD derzeit kaum Einfluss auf internationalen Sozialistenkongressen besaß, weshalb er die Labour Party inständig darum bat, an der Konferenz teilzunehmen. Offensichtlich sah er die Interessen der deutschen Mehrheitssozialdemokratie noch am ehesten von den britischen Delegierten vertreten.⁶² Zuvor hatte ihm MacDonald indes schriftlich mitgeteilt, dass es der Labour Party nicht möglich sein werde, in Amsterdam zu erscheinen.⁶³ Zur Frage, ob die MSPD an der Konferenz teilnehmen dürfe, meinte Wels fast schon trotzig: *»Mir erscheint es ganz selbstverständlich, daß Deutschland von Anfang an auf der Konferenz vertreten ist, und ich bin informiert, daß der Internationale Gewerkschaftsbund diese Auffassung teilt.«*⁶⁴ Abschließend äußerte er die Hoffnung, dass in Amsterdam der »Unsinn der getrennten Konferenzen« endlich ein Ende nehme und bat MacDonald um Anwesenheit: *»Darum bitte ich dringend, daß Sie, Tom Shaw und Henderson am 20. d. M. in Amsterdam sind. Es kann sich doch darum handeln, daß die ganze Arbeit, die London bisher geleistet hat, hier ihre Krönung findet.«*⁶⁵

Das Treffen von Amsterdam fand schließlich am 18. Juli 1922 statt, unter Beteiligung von nur drei englischen Delegierten.⁶⁶ Abermals fällt auf, dass die Konferenz nicht

⁶¹ IISG, Labour and Socialist International – London Archives, MacDonald an Wels, 10.7.1922, IISG/LSI/42/6.

⁶² IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Wels an MacDonald, 13.7.1922, IISG/LSI/42/19.

⁶³ IISG, Labour and Socialist International – London Archives, MacDonald an Wels, 10.7.1922, IISG/LSI/42/6.

⁶⁴ IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Wels an MacDonald, 13.7.1922, IISG/LSI/42/19.

⁶⁵ Anhand der Wortwahl wird deutlich, welche Hoffnungen Wels auf die Labour Party setzte. Die »Krönung« der bisherigen Arbeit, die London geleistet hatte, konnte faktisch nur eines bedeuten: Die Wiedervereinigung von Wiener und Zweiter Internationale unter Führung der Labour Party, die Deutschland nachweislich wohlgesonnen war. Ebd.

⁶⁶ Dies waren zum einen der Sekretär der Zweiten Internationale, Tom Shaw, H. C. Wallhead für die ILP und J. H. Thomas für die TUC. Zu Beginn wurde darauf hingewiesen, dass Shaw die Reise nur unter »great personal sacrifices« habe aufnehmen können. Grund für die spärliche Anwesenheit der Briten war die Tatsache, dass parallel zum Amsterdamer Treffen eine »joint conference« der britischen Arbeiterbewegung stattfand. Im Vorfeld der Konferenz war Shaw zudem nach Frankreich gereist, um sich mit der SFIO abzustimmen. Gesprächsinhalt war indes – erneut – nicht die Situation in

mit einer Diskussion über die internationale Situation eröffnet wurde, sondern stattdessen bestehende Streitigkeiten der verschiedenen Arbeiterorganisationen thematisierte: Friedrich Adler kritisierte die Zweite Internationale dafür, eine weitere Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien kategorisch auszuschließen.⁶⁷ Dementsprechend sah sich Wels genötigt, in seiner Rede ausführlich darzulegen, weshalb eine Zusammenarbeit zwischen KPD und MSPD/USPD unmöglich sei, ehe er dazu überging, die ökonomische Lage des Reiches zu skizzieren.⁶⁸ Anders als einen Monat zuvor in London, wo er ausschließlich die Errungenschaften der MSPD hervorhob und die allgemeine Situation außen vor ließ,⁶⁹ fand er nun drastische Worte: Deutschland befinde sich an einem Scheideweg, ja am Rande des Zusammenbruchs und sei unbedingt auf Hilfe von außen angewiesen.⁷⁰ Arthur Crispin, der für die USPD in Amsterdam teilnahm, teilte die Ausführungen von Wels und unterstrich vor allem das Erstarken reaktionärer Kräfte in Deutschland. Der Mord an Rathenau zeige, dass es eine immanente Gefahr von rechts gebe – die Republik stehe nun vor dem Abgrund und kämpfe um ihr Überleben. Abschließend betonte Crispin, dass der Abwehrkampf der Sozialdemokratie das Anliegen aller Parteien sei: »*The war which the German workers are waging for union and against capitalism and reaction must be supported internationally*«. ⁷¹ Aus diesem Grund forderte er finanzielle Hilfe für die deutsche Republik ein.

Allerdings wurden die ausführlichen Stellungnahmen der beiden deutschen Arbeiterführer sehr verhalten aufgenommen: Der Vorsitzende der französischen Gewerkschaften, Léon Jouhaux, machte in seiner Rede zwar deutlich, dass eine koordinierte

Deutschland, sondern die dringende Notwendigkeit, die Arbeiterklasse wiederzuvereinigen. Das Manifest der Amsterdamer Konferenz: IISG, Labour and Socialist International – London Archives, To the workers of the world, 20. 7. 1922, IISG/LSI/43/1; hierzu auch: Nachrichten der IASP, August 1922, S. 168; Detaillierter Konferenzbericht von Amsterdam: IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Conference of the Bureau of the International Federations of Trade Unions and the Executives of the Second International and the Working International Union of Socialist Parties, 20. 7. 1922, IISG/LSI/44/23; zur Reise T. Shaws: A. N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Léon Blum, Meeting internationale sur les réparations et la paix, 16. 7. 1922, F/7/15933.

⁶⁷ »*Without indulging in polemics, I should like to draw attention to the fact that the Second International takes a different view of this question. At its London session in June of this year, it declared that, in spite of all solemn asseverations as to the need for unity in the workers movement, it can under no circumstances continue to cooperate with the Third International.*« IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Conference of the Bureau of the International Federations of Trade Unions and the Executives of the Second International and the Working International Union of Socialist Parties, 20. 7. 1922, IISG/LSI/44/22.

⁶⁸ Ebd., 44/25.

⁶⁹ LHASC, Labour and Socialist International, International Labour and Socialist Conference, 18.–19. 6. 1922, LSI/14/4/1.

⁷⁰ »*Powerful mass demonstrations must compel the representatives of reaction to realise that they will set the world ablaze if this policy is continued. German workers are doing what they can against Germany reaction. But it is not enough. The safeguarding of the German Republic is now an international matter.*« IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Conference of the Bureau of the International Federations of Trade Unions and the Executives of the Second International and the Working International Union of Socialist Parties, 20. 7. 1922, IISG/LSI/44/27.

⁷¹ Ebd., 44/29.

internationale Aktion notwendig sei, um der deutschen Republik zu helfen, ebenso wie er einen Zahlungsaufschub (Moratorium) für vertretbar hielt. Gleichzeitig ging er allerdings dazu über, die Deutschen für ihr bisheriges Vorgehen zu kritisieren: Reaktionäre Kräfte hätte es schon immer in Deutschland gegeben, das sei gewiss nicht die Schuld der Entente. Zwar sei die wirtschaftliche Lage in Deutschland desaströs, allerdings trage hierzu in erster Linie die Kapitalflucht bei, nicht die alliierten Länder. Gleichmaßen bemerkte Jouhaux, dass man es auf Seiten der deutschen Regierung bislang versäumt habe, monarchistisch gesonnene Kräfte ihres Amtes zu entheben.⁷²

Die Rede von Jouhaux fand durchaus Anklang, auch im Lager der Labour Party, namentlich bei Tom Shaw.⁷³ Nachdem sich der Belgier Arthur Wauters recht unbefrieden auf die Seite von Jouhaux stellte und deutlich machte, dass in Belgien und Frankreich der Eindruck entstehe, »*that reactionary elements still play too big role in the negotiations between the French and German Governments*«, ⁷⁴ sah sich Otto Wels genötigt, auf den Vorwurf einzugehen, die deutsche Arbeiterklasse kämpfe nicht energisch genug gegen ihre Feinde.⁷⁵ Ein erneuter Disput kam jedoch nicht auf: Jouhaux entschuldigte sich nach der Rede von Wels bei der MSPD und betonte, er habe keine Vorwürfe erheben wollen, sondern die Absicht gehabt, taktische Fehler aufzuzeigen und klar darzustellen, dass die Sicherheit Deutschlands nur dann gewährleistet werden könne, wenn die reaktionären Elemente aus der öffentlichen Verwaltung sowie der Justiz entfernt werden würden.⁷⁶

Schlussendlich wurde eine Kommission einberufen, die damit beauftragt wurde, eine Untersuchung über die Wirtschaftslage in Deutschland im Hinblick auf die wirtschaftlichen Klauseln des Friedensvertrages vorzunehmen. Was diese Kommission im Detail ausarbeiten sollte, wurde nicht näher bestimmt: »*No useful purpose would be served by determining in detail the task of this commission. It will have to present a report to another conference (Hervorhebung d. V.) [...]*«. ⁷⁷ Damit kann der Eindruck nicht vermieden werden, dass das Amsterdamer Treffen keinen signifikanten Fortschritt brachte und im Gegenteil die Ohnmacht der internationalen Arbeiterorganisationen zementierte. Hierzu passt das vernichtende Urteil der Labour-Exekutive, die in ihrem eigenen Bericht zu dem Schluss kam, dass »*the time had passed when general declarations could be effective*«. ⁷⁸

⁷² Aufgabe der Sozialdemokraten sei es fortan, so Jouhaux, die Feinde der Republik mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen, Aufgabe der Internationale sei es hingegen, dafür zu sorgen, dass die deutschen Reparationszahlungen signifikant gesenkt werden würden. Ebd., 44/32.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Arthur Alexis Joseph Wauters war ein Vertreter der belgischen Arbeiterpartei. Ebd., 44/39.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ Ebd., 44/41.

⁷⁷ Als Teilnehmer wurden bestimmt: J. H. Thomas, L. Jouhaux, E. Fimmen (Gewerkschaftsinternationale), O. Wels, T. Shaw, De Brouckère (Zweite Internationale), L. Blum, H. Wallhead, O. Bauer (Wiener Internationale). Ebd., 44/46.

⁷⁸ Ebd.

In Amsterdam war deutlich geworden, dass die Konflikte zwischen SFIO und MSPD keineswegs überwunden waren und die Spaltung der Arbeiterbewegung den Handlungsspielraum der transnationalen Mediatoren stark einengte. Konsequenter Weise wurden fortan die Prioritäten neu verteilt: Als sich Wels, Thomas und Shaw im August 1922 in Prag zur Exekutivsitzen der Zweiten Internationale versammelten, ging es ausschließlich um die Vereinigung der beiden sozialistischen Internationalen, während die Reparationsfrage nicht weiter erörtert wurde.⁷⁹ Die erneuten Anstrengungen der Arbeitervertreter, die Spaltung zu überwinden, sollten sich alsbald bezahlt machen: Bereits wenige Monate später konnte am 10. 12. 1922 in Haag ein erster Durchbruch vermeldet werden, als Vertreter der Exekutiven der Zweiten Internationale und der IASP zusammentrafen und der Beschluss gefasst wurde, dass ein »gemeinsames Aktionskomitee von zehn Mitgliedern« mit dem Ziel eingesetzt werden würde, einen internationalen sozialistischen Kongress vorzubereiten.⁸⁰ Die Wiedervereinigung der Arbeiterklasse war dementsprechend nur noch eine Frage der Zeit. Für das gemeinsame Anliegen des Parteiendreiecks, die Ruhrkrise so schnell wie möglich zu beenden und eine internationale Verständigungspolitik einzuleiten, war diese Entwicklung für den Moment ein äußerst positives Zeichen.

1.1.4. *Breitscheids Paris-Besuch 1922, Weltfriedenskongress in Den Haag*

Während die beiden sozialistischen Internationalen damit beschäftigt waren, mit Hilfe der Gewerkschaftsinternationale einen gemeinsamen Aktions- und Reparationsplan festzulegen und die vorherrschende Spaltung sukzessive zu überwinden, arbeiteten Mittlerfiguren wie Breitscheid oder Hilferding hinter den Kulissen daran, im Austausch mit französischen Politikern wichtige Informationen einzuholen und einen möglichen deutsch-französischen Ausgleich auf zwischenstaatlicher Ebene anzustoßen. Beide Sozialdemokratien verfügten über exzellente Kontakte zur französischen Politik, weshalb informelle Gespräche zur Reparationsfrage durchaus erfolgsversprechend erschienen.

Aus den Tagebucheinträgen Harry Graf Kesslers geht hervor, dass Rudolf Breitscheid im August 1922 in Paris war, um die deutsch-französische Verständigung aktiv mit anzuschieben.⁸¹ Breitscheid habe Reden in Paris und Rouen gehalten und überdies die Gelegenheit genutzt, persönlich mit dem Wiederaufbauminister Louis Loucheur zu sprechen. Er habe ihm gegenüber deutlich gemacht, dass die Franzosen nicht an eine endgültige Niederlage »der Reaktion in Deutschland« glauben könnten. Eben deshalb sei eine Einigung in der Reparationsfrage zwischen Deutschland und Frankreich zurzeit nicht möglich.

⁷⁹ LHASC, Labour and Socialist International, Executive Committee meeting at Prague, 12.–13. 8. 1922, LSI/14/4/1.

⁸⁰ Nachrichten der IASP, Dezember 1922, S. 108.

⁸¹ H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 7. 8. 1922, Bd. 7, S. 542 ff.

Im Anschluss an das Gespräch seien Kessler und Breitscheid gemeinsam weitergefahren, um Salomon Grumbach zu besuchen und weitere Informationen einzuholen: »Nachmittags mit Breitscheid nach Ville d'Avray, Grumbach besuchen, der dort einen prächtigen Besitz hat, schöne villa, grossen, parkartigen Garten. Wir trafen Grumbach eben beim Abreisen und fuhren mit ihm nach Paris zurück. Gespräche drehten sich um die äusserst gespannte internationale Lage u. die deutsch-französischen Beziehungen, da gestern Poincaré zu einer Besprechung mit Lloyd George gefahren, die von den englischen Zeitungen als »die wichtigste seit dem Friedensschluss« bezeichnet wird.«⁸² Für Frankreich gehe es darum, ob die Entente mit England weiter Bestand haben oder aufgelöst werden solle. Grumbach monierte, dass beide Länder diametral entgegengesetzte Ziele gegenüber Deutschland verfolgen würden, weshalb ein Bruch möglich sei. Was die Lösung der deutsch-französischen Reparationsprobleme betraf, so gab sich der Elsässer betont realistisch: Poincaré könne sich nur dann lange an der Macht halten, wenn er den Willen des »bloc national« ausführe. »Wenn Poincaré stürzt und Tardieu ans Ruder kommt«, könne sich die Situation unter Umständen zum Besseren wenden, allerdings sei nicht gewährleistet, dass der »bloc« bei Neuwahlen eine Niederlage erleiden werde.⁸³

Anders formuliert sahen weder Loucheur, noch Breitscheid, noch Grumbach realistische Optionen, einen Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich kurzfristig realisieren zu können. Diese Ansicht wurde in einem Gespräch im November 1922, an dem u.a. Breitscheid, Hilferding, Berthelot, de Jouvenel und Kessler teilnahmen, nochmals bekräftigt: Es sei naiv zu glauben, dass sich Frankreich dazu bereit erklären würde, Deutschland finanziell unter die Arme zu greifen.⁸⁴ Eben dies wäre jedoch im Hinblick auf das Moratorium sowie die desaströse wirtschaftliche Situation in Deutschland nötig gewesen. Die Gründe hierfür waren schnell gefunden: Erstens habe sich Poincaré argumentativ in eine Sackgasse manövriert, zweitens verhalte sich die deutsche Regierung unkooperativ und lasse »positive« Vorschläge zur Lösung der Krise vermissen.

Das Scheitern der alliierten Konferenz von London (9.–11.12.1922), auf der die britischen Delegierten den Versuch unternahmen, Poincaré einen gemäßigten Reparationsplan zu unterbreiten und damit die politische Brisanz der Zahlungsfrage zu mindern, belegt hinreichend, dass die Einschätzung von Breitscheid, Grumbach oder Hilferding, der französische Regierungschef werde nicht von seinem Kurs abweichen, zutreffend war: Bonar Laws Politik der »wohlwollenden Ohnmacht« konnte – erwartungsgemäß – keinen Kurswechsel in der französischen Außenpolitik bewirken, was zur Folge hatte, dass die deutsche Regierung mit dem Rücken zur Wand stand.⁸⁵ Nachdem zuvor Wilhelm Cuno, der am 14. 11. 1922 zum Reichskanzler er-

⁸² Ebd.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Ebd., Eintrag vom 6. 11. 1922, Bd. 7, S. 567.

⁸⁵ P. KRÜGER, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, 1985, S. 194 f.

nannt worden war, erklärt hatte, dass Deutschland für mehrere Jahre keine Reparationen zahlen könne, bestand für die französische Regierung kein Anlass mehr, auf Deutschland zuzugehen und die Rolle des Gläubigers mit moderateren Tönen auszufüllen.⁸⁶ Dementsprechend mehrten sich die Sturmzeichen gegen Ende des Jahres: Botschafter Hoesch berichtete, dass Vorbereitungen zur Ruhrbesetzung getroffen würden und eine Invasion bevorstehe.⁸⁷

In dieser Situation traf sich die internationale Arbeiterschaft auf Einladung des IGB in Den Haag, um ihren Weltfriedenskongress abzuhalten.⁸⁸ Erneut wurden allerdings keine konkreten Maßnahmen beschlossen, sondern stattdessen die »policy of penalties« angeprangert.⁸⁹ Die Resolution strich heraus, dass das Problem der Reparationen unbedingt dem Völkerbund übergeben werden müsse. Zugleich wurden die Arbeitermassen dazu aufgerufen, Widerstand gegen jedwede Form der Gewaltanwendung zu leisten – insbesondere dann, wenn Frankreich bzw. die Entente-Staaten eine Ruhrbesetzung in die Wege leiten würden.⁹⁰ Anders formuliert beschränkte man sich also abermals darauf, ein möglichst konturloses Manifest zu verfassen, das weder eine gemeinsame Linie festlegte, noch in irgendeiner Weise eine konkrete Einflussnahme auf die internationale Situation versprach.⁹¹ Aus diesem Grund stellte Lothar Erdmann in seinem zeitgenössischen Werk zur Rolle der Gewerkschaften während des Ruhrkonfliktes die These auf, dass gemeinsame Kampf- oder Aktionsmaßnahmen letztlich am Widerstand der Gewerkschaften der Entente-

⁸⁶ L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 185 ff.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 11.12.1922, Bd. 7, S. 587; LHASC, Labour and Socialist International, The World Peace Congress, 10.–15.12.1922, LSI/14/7/1.

⁸⁹ Kessler über den Kongress, dem er beiwohnte: »Man fühlte das ist Theater, Ironie, Journalismus, Feuilleton. – Andre ungewollt ironisch-tragischen Situation: während Helene Stöcker das unbedingte Recht jedes Menschen auf sein Leben proklamierte u. damit das Recht auf militärische Dienstverweigerung begründete, ging Friedrich Adler, der Mörder von Stürgkh, wie ein krankes Raubtier, groß, schwer, gebeugt mit den sanften Rautieraugen hinter goldener, blitzender Brille im Saal herum als einer der auf diesem Kongreß Gefeiertesten. [...] Grumbach, rhetorisch und wie ein Stier brüllend, ein elsässischer Danton, der spanische Sozialist Caballero, ein Toreador, Ben Tillett, der historische englische Rote, der als Gentleman in mittleren Jahren erschien, Wels, deutscher Regierungssozialist, Freund von Noske und Friedensapostel, mit der Entrüstung über die Schandtat als Cliché [...]. Was der Kongreß gegen die Ruhrbesetzung tun soll, geht als sehr ernstes Problem um. Der interalliierte Generalstreik ist als Idee noch zu neu und praktisch noch zu wenig vorbereitet. Grumbach u. Buxton haben daher vorläufig nur einen Protest vorbereitet, der als Resolution dem Kongreß vorgelegt werden soll. – Abends spät kam Buxton zu mir ins Hotel, um zu besprechen, was gegen die Ruhrbesetzung hier zu machen wäre. [...] Wir waren uns einig, daß die Generalstreik Aktion durch die Gewerkschaften noch zu neu und unvorbereitet wäre. [...]« Schlussendlich plädierte Kessler dafür, die konkrete Reparationssumme, die Deutschland zahlen solle, von einem Schiedsgericht bestimmen zu lassen. H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 11.12.1922, Bd. 7, S. 587.

⁹⁰ LHASC, Labour and Socialist International, The World Peace Congress, 10.–15.12.1922, LSI/14/7/1.

⁹¹ Vgl. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 235 f.; F. MENGES, Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923; in: Francia, 4, 1976, S. 625–658; hier: S. 648.

Staaten scheiterten,⁹² die sich gegen eindeutige Festlegungen aussprachen und damit ein einheitliches Vorgehen verhinderten: »Der Haager Kongress hat [...] das Tempo der französischen Beschlüsse keinen Augenblick verlangsamte. Poincaré handelte, als ob es eine internationale Arbeiterbewegung, die als politischer Machtfaktor in Rechnung käme, überhaupt nicht gäbe. Bis zu einem gewissen Grade hatte er recht. Das sollte sich bald genug zeigen.«⁹³

Das Parteiendreieck am Vorabend der Ruhrkrise als gespalten und zerstritten darzustellen, hat durchaus eine gewisse Überzeugungskraft.⁹⁴ Hieraus allerdings ein allgemeines »Scheitern« von SPD, SFIO und Labour Party herauszulesen,⁹⁵ wäre mit Sicherheit grob übertrieben. Zwar kann das gemeinsame Treffen zwischen Wiener und Zweiter Internationale als eine Fortsetzung der Geschichte der »großen Gesten« und »kleinen Taten« beschrieben werden – doch auch wenn es keinen konkreten Beschluss gab, sahen sich die französische und englische Arbeiterpartei durchaus zum Handeln aufgerufen: Wie im Folgekapitel zu zeigen sein wird, gab es sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien umfassende Bemühungen, die Ruhrkrise nicht nur verbal anzuprangern, sondern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Bei aller Kritik sollte man sich indes stets vor Augen halten, dass eben diese »Mittel« zwischen 1919 und 1923 äußerst beschränkt waren.

1.2. Ruhrkrise: Reaktionen von SFIO und Labour Party

Im Januar 1923 scheiterte die Pariser Konferenz zur Regelung der Reparationsfrage am Widerstand des französischen Regierungschefs Raymond Poincaré. Infolgedessen erfuhren die Bemühungen der Alliierten, eine gemeinsame Regelung zu finden, ein jähes Ende.⁹⁶ Wenige Tage später, am 10.1.1923, ließ der französische Regie-

⁹² Anders urteilte der Österreicher Friedrich Adler auf dem Weltfriedenskongress. In seiner Rede nahm er insbesondere Bezug auf den Generalstreik sowie den Handlungsspielraum der Arbeiterbewegung im Kriegsfall – und kam diesbezüglich zu dem überraschenden Schluss, dass der IGB anders als 1914 Verantwortung übernehme und dem Proletariat mitteile, dass er dazu bereit sei, allen erdenklichen Widerstand zu leisten: »Indem die Gewerkschaften das Problem in den Mittelpunkt stellen, die Gefahren sehen und dem Proletariat sagen, wir sind bereit, allen Widerstand zu leisten, [...] werden sie im entscheidenden Moment die ganze Kraft einsetzen, um den Krieg zu verhindern.« Nachrichten der IASP, Dezember 1922, S. 109 f.

⁹³ L. ERDMANN, Die Gewerkschaften im Ruhrkampf, 1924, S. 49.

⁹⁴ Jedoch zeigt Kessler beispielhaft auf, dass die ehemals der Zweiten Internationale angehörigen Sozialisten durchaus an einem Strang zogen: »Abends aß ich bei Roden Buxton mit Arthur Henderson u. nachher Thomas. Sie waren alle sehr interessiert, was geschehen würde, wenn die Franzosen die Ruhr besetzten; und natürlich sehr dagegen.« Negativ beschrieb Kessler vor allem den kommunistischen Delegierten Radek, der grundsätzlich »gegen Alles« gewesen sei. H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 15.3.1922, Bd. 7, S. 591 ff.

⁹⁵ Nach Ansicht Erdmanns wäre es ein Zeichen von Mut gewesen, »wenn der Kongress gefordert hätte, dass die Alliierten diese Rechtsfrage und damit die Auslegung des Artikel 18 Anlage II, Teil VIII (Besetzung neuer Gebiete, Anm. d. V.) dem Haager Schiedsgerichtshof oder einer anderen unparteiischen Instanz zur Entscheidung unterbreiten müßten.« L. ERDMANN, Die Gewerkschaften im Ruhrkampf, 1924, S. 49.

⁹⁶ Vgl. L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 3.

rungschef der deutschen Regierung eine Note überreichen, in der er den Vormarsch französischer und belgischer Truppen ankündigte. Noch am gleichen Tag billigte die französische Abgeordnetenversammlung Poincarés Entschluss mit 452 zu 72 Stimmen, woraufhin am 11. 1. 1923 insgesamt sechs Divisionen – eine belgische, fünf französische – in das Ruhrgebiet einmarschierten.⁹⁷

Diese Entwicklung kam für die internationale Arbeiterschaft keineswegs überraschend: Als am 5. und 6. Januar 1923 in Köln die Vorbereitungen für die Organisation des internationalen Sozialistenkongresses stattfanden,⁹⁸ protestierte das Aktionskomitee bereits »mit aller Kraft gegen die Politik, die unter dem Vorwand der Pfandnahme gewaltsame Maßnahmen gegenüber Deutschland, insbesondere die militärische Besetzung des Ruhrgebietes befürchten lässt.«⁹⁹ Insofern rechneten die Arbeiterführer Europas nach dem Scheitern der Pariser Konferenz mit dem Schlimmsten, was auch anhand der kämpferischen Wortwahl hinreichend deutlich gemacht wurde. Im Kölner Volkshaus, wo im Anschluss an das Treffen eine öffentliche Kundgebung stattfand, verkündete Tom Shaw fast martialisch: »Wenn ihr die englische Arbeiterschaft fragt, soll Deutschland zugrunde geben, so wird sie antworten: ›Nein und abermals nein!‹ Und wenn ihr sie fragt, was wollt ihr mit Deutschland pflegen, so wird sie sagen: ›Freundschaft und nicht Feindschaft!‹.«¹⁰⁰

Während Tom Shaw vor allem an die Einheit des internationalen Proletariats appellierte, schlug Otto Wels deutlich kritischere Töne an.¹⁰¹ Er erinnerte das Podium zunächst daran, dass die sozialistische Fünfländerkonferenz im letzten Jahr verkündet habe, dass man das Reparationsproblem prinzipiell gesehen nicht von den Besatzungskosten trennen könne. Konkret meinte er damit: Selbst wenn Deutschland die Wiedergutmachungssumme zahle, werde ein Großteil dieser Gelder von den Besatzungstruppen verschlungen. Damit unterstrich Wels die Sinnlosigkeit des französischen Unterfangens, über eine militärische Invasion wirtschaftliche Vorteile zu erzwingen: Vom November 1918 bis zum Dezember 1922 seien nicht weniger als 4,5 Milliarden Goldmark für die Tilgung alliierter Besatzungskosten bezahlt worden, so sein Fazit.¹⁰²

Noch deutlicher wurde Wels, als er auf die sozialistischen Schwesterparteien zu sprechen kam: In Frankfurt sei vereinbart worden, dass die Vertreter der anderen Parteien die Aufhebung der militärischen Okkupation Deutschlands einfordern sollten. Im Gegenzug habe sich die SPD zu »Wachsamkeit im Hinblick auf die Entwaff-

⁹⁷ Vgl. K. SCHWABE, Zur Einführung; in: Die Ruhrkrise 1923, 1984, S. 1–9; hier: S. 3 f.; L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 145 f.

⁹⁸ Anwesend waren u. a.: T. Shaw (Labour Party), O. Wels, Arthur Crispin (SPD), F. Adler (SDAP) sowie A. Bracke (SFIO). Nachrichten der IASP, Januar 1923, S. 112; IISG, Labour and Socialist International – London Archives, Die Vorarbeiten für den Internationalen Sozialistenkongress, 5./6. 1. 1923, IISG/LSI/50/5.

⁹⁹ Ebd., S. 111.

¹⁰⁰ Gegen Krieg und Imperialismus, Freie Presse, 8. 1. 1923.

¹⁰¹ Internationale gegen Ruhrbesetzung, Vorwärts, 7. 1. 1923.

¹⁰² Ebd.

nung« des Landes verpflichtet. Stand jetzt sei Deutschland entwaffnet, was sogar die alliierten Regierungen anerkannt hätten. Wels vermerkte deshalb, dass die SPD ihre Pflicht erfüllt habe – ganz im Gegensatz zu ihren Schwesterparteien aus dem Ausland: »Es ist klar, daß viele Tatsachen und Ziffern, die dem deutschen Volke bekannt sind, eine ungeheure Erbitterung und besonders in der notleidenden deutschen Arbeiterklasse Gefühle hervorrufen, deren Auswirkungen eines Tages außerordentlich gefährlich werden könnten. Ich muss bei dieser Gelegenheit leider feststellen, daß dieses Tatsachenmaterial, obwohl es aus den parlamentarischen Berichten und aus der deutschen Presse wiederholt hätte entnommen werden können, noch nicht den Weg in die internationale sozialistische Presse gefunden hat.«¹⁰³ Damit unterstellte Wels seinen ausländischen Genossen – insbesondere aus den Entente-Staaten – Untätigkeit bzw. die Vernachlässigung ihrer internationalen Pflichten. Das Aktionskomitee konnte diese Äußerung natürlich nicht unkommentiert stehen lassen, weshalb in der abschließenden Resolution konstatiert wurde: »Das Aktionskomitee hat die Mitteilungen des Genossen Wels über die Missbräuche, unter denen die Bevölkerung der militärisch besetzten Gebiete leidet, mit besonderer Aufmerksamkeit entgegengenommen und fordert die sozialistische Presse auf, diese Tatsachen zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen.«¹⁰⁴

Hatte Wels mit seinem Vorwurf Recht? Auf die Ruhrbesetzung vom 11.1.1923 reagierten sowohl SFIO als auch Labour Party mit Demonstrationen in ihren Ländern, ehe am 26./27. die beiden Internationalen sowie der IGB in Amsterdam gegen den militärischen Einmarsch protestierten.¹⁰⁵ In Frankreich tat sich vor allem Léon Blum hervor, der in zahlreichen Reden und Artikeln Stellung gegen Poincaré bezog und die französische Regierung mit Hohn und Spott überzog.¹⁰⁶ Die Entscheidung der Reparationskommission vom 26.12.1922, Deutschland der Vertragsverletzung zu beschuldigen, kommentierte er mit den Worten: »Der Federhalter des Staatsanwaltes bildet mit dem Säbel des Soldaten die Rüstung Frankreichs.«¹⁰⁷ Die logische Folge daraus sei der Bruch mit England und die politische Isolation im internationalen System der Nachkriegszeit. Am Tag der Ruhrbesetzung war Léon Blum schließlich der einzige Parlamentsredner, der sich mit aller Vehemenz gegen die Invasion aussprach – insbesondere deshalb, weil sie den materiellen Interessen des Landes widerspreche, so sein Fazit.¹⁰⁸ Für diese Meinungsäußerung wurde er vom nationalen Block mit persönlichen Beleidigungen überzogen, im Parlament brachen tumultartige Szenen aus,

¹⁰³ Ebd.

¹⁰⁴ Nachrichten der IASP, Januar 1923, S. 112.

¹⁰⁵ Vgl. F. MENGES, Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923; in: Francia, 4, 1976, S. 625–658.

¹⁰⁶ Léon Blum, L'Allemagne Paiera, Le Populaire, 21.3.1922; Ders., En Allemagne, Le Populaire, 12.7.1922; Ders., L'occupation de la Ruhr – Le Bilan, Le Populaire, 13.2.1923.

¹⁰⁷ Zit. n. G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 302.

¹⁰⁸ Die Übersetzung der Rede wurde von G. Ziebura dankenswerterweise übernommen. Ebd., S. 303; Zum französischen Original, siehe: Journal Officiel, Débats Parlementaire, Chambre, 11.1.1923, S. 20–23.

che der Präsident die Sitzung unterbrechen musste – allerdings nicht ohne vorher festzustellen, dass der Redner keineswegs unfair behandelt worden sei.¹⁰⁹

In Großbritannien wurde die Ruhrbesetzung ebenfalls postwendend verurteilt, Leonard Woolf sprach sich im »New Leader« gar für die Kündigung des Versailler Vertrages aus.¹¹⁰ Doch auch wenn die ILP die Invasion Frankreichs mit dem Burenkrieg verglich und imperialistische Motive unterstellte,¹¹¹ die Parteimehrheit eine massive Propagandakampagne gegen die Besetzung forderte¹¹² und die britischen Gewerkschaften umgehend finanzielle Spenden nach Deutschland überwiesen:¹¹³ Direkte Aktionen – genauer gesagt: Streiks – wurden sowohl von der Partei als auch den Gewerkschaften abgelehnt, sei es nun auf nationaler oder auf internationaler Ebene.¹¹⁴

Dennoch muss ausdrücklich betont werden, dass beide Parteien, SFIO und Labour Party umgehend und mit aller Schärfe auf die Ruhrbesetzung reagierten.¹¹⁵ Insofern muss die Kritik von Otto Wels, die Schwesterparteien der SPD kämen ihren internationalen Pflichten nicht nach, zumindest retrospektiv betrachtet relativiert werden. Sicherlich verzichteten beide Parteien auf umfassende Streikmaßnahmen und sprachen sich überdies, wie im Folgekapitel noch zu zeigen sein wird, gegen einen europäischen Generalstreik aus.¹¹⁶ Allerdings steht wohl außer Frage, dass – kontrafaktisch gesprochen – kein SPD-Mitglied seine Arbeit niedergelegt hätte, wenn die Ruhrbesetzung spiegelverkehrt stattgefunden hätte und deutsche Truppen

¹⁰⁹ Im Verlauf seiner Rede wurde Blum als »protestierender Jude«, Vertreter der »jüdischen Internationale«, Agent Deutschlands oder Vaterlandsverräter bezeichnet. G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 303 f.

¹¹⁰ W. KRIEGER, Labour Party und Weimarer Republik, 1978, S. 274 ff.

¹¹¹ Auf einem Treffen der ILP in Leicester sprach MacDonald von »foolish reparation demands« und prangerte die französische Politik an. Wenige Tage zuvor hatte er sich bereits in Glasgow entsprechend geäußert. Labour's Plan for next Session; in: Times, 5. 2. 1923; British Interest in Reparation; in: Manchester Guardian, 22./23. 1. 1923.

¹¹² Demgegenüber verhielt sich die Parteiführung jedoch auffallend passiv. In einer Sitzung vom 23. 1. wurde zwar konstatiert, dass Demonstrationen und öffentliche Agitation durchaus notwendig seien – allerdings sollten diese nach Vorstellung des Gremiums in Deutschland stattfinden. LHASC, Labour Party/TUC Joint International Sub-Committee, 1919–1923, 23. 1. 1923, LP/EC/Minutes Januar – March 1923.

¹¹³ W. KRIEGER, Labour Party und Weimarer Republik, 1978, S. 275.

¹¹⁴ LHASC, Labour Party/TUC Joint International Sub-Committee, 1919–1923, 23. 1. 1923, LP/EC/Minutes Januar – March 1923.

¹¹⁵ Beispielsweise drohte der SFIO-Politiker Renaudel seinem Gegenüber Painlevé damit, den bürgerlichen Republikanern (Herriot, Painlevé / Parti républicain-socialiste; Parti Radicaux) im Parlament die Unterstützung zu unterziehen, sofern sie für die Regierung stimmen würden. Dies berichtet Harry Graf Kessler, der einem Gespräch zwischen Painlevé, Renaudel, Mouttet, usw. beiwohnte, was anschaulich demonstriert, dass die SFIO eine klare Haltung einnahm bez. der Ruhrfrage. H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 10. 1. 1923, Bd. 7, S. 611.

¹¹⁶ Diese Haltung machte Grumbach bereits am 9. 1. gegenüber Harry Graf Kessler deutlich. Der Deutsche hatte einen Generalstreik angeregt, Grumbach habe sich indes klar dagegen ausgesprochen und stattdessen für die Formel plädiert: »Weiterarbeiten u. feierlicher Protest an die Welt gegen die Gewalt.« H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 9. 1. 1923, Bd. 7, S. 609.

in Frankreich einmarschiert wären.¹¹⁷ Nimmt man dann noch hinzu, dass die SFIO zwischen 1919 und 1924 – nicht zuletzt aufgrund der verheerenden Parteispaltung im Dezember 1920 – politisch marginalisiert war und gerade einmal 68 von 619 Sitzen in der Nationalversammlung inne hatte,¹¹⁸ verlieren die Vorwürfe von Wels, der aus gutem Grund nur Unterstützung »durch die internationale sozialistische Presse« einforderte, zusätzlich an Aussagekraft.

1.3. *Der Kampf der internationalen Arbeiterbewegung gegen die Ruhrbesetzung: Die Konferenz von Amsterdam*

Nach wie vor stand eine endgültige Entscheidung darüber aus, wie die internationale Arbeiterklasse auf die französische Aggressionspolitik reagieren würde.¹¹⁹ Aus diesem Grund trafen sich die Vertreter des IGB sowie der zwei sozialistischen Internationalen am 26./27. 1. 1923 in Amsterdam, um eine gemeinsame Linie festzulegen.¹²⁰ Zur Debatte stand insbesondere die Frage, ob die Arbeiterklasse den radikalen, außerparlamentarischen Weg gehen oder stattdessen für eine Verständigungspolitik werben sollte. Bezüglich einer Mobilisierung der Massen zählte Edo Fimmen in seiner Eröffnungsrede drei verschiedene Möglichkeiten auf: 1. Boykott, 2. Generalstreik in allen Ländern; 3. Generalstreik in bestimmten Ländern bzw. ausgewählten Industrien.¹²¹

Fimmen betonte, dass der Generalstreik in der öffentlichen Wahrnehmung sehr negativ konnotiert sei, aufgrund von diversen Aktionen der Faschisten in Italien bzw. der Kommunisten im Allgemeinen: »*The possibility of the masses responding to an appeal for any form of direct action was not very great.*«¹²² Dass dies jedoch nicht der einzige Grund war, weshalb ein Generalstreik von den Gewerkschaften abgelehnt wurde, machte Fimmen im Folgenden deutlich, als er von einem Treffen des internationalen IGB-Aktionskomitees berichtete, welches im Vorfeld der Konferenz stattgefunden hatte. Aufgabe des Gremiums war es gewesen, herauszufinden, ob ein Generalstreik zum gegebenen Zeitpunkt überhaupt durchführbar war. Hierbei kam das Komitee zu einem kaum überraschenden Ergebnis: »*The French Transport Workers and the Railwaymen could do nothing; the Germans were prepared to do all that was wanted; Britain was*

¹¹⁷ Gegenteilig hierzu: S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 236.

¹¹⁸ Vgl. D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 70 f.; hierzu auch: Erstes Kapitel, 3.2.2.

¹¹⁹ Tom Shaw verfasste am 16. 1. 1923 einen Brief an das Büro der Zweiten Internationale, in dem er konstatierte »*that we should come to some decision on the question of the French advance in the Ruhr. The Trade Union International has already taken steps of its own and we cannot afford to wait without letting our views be known.*« IISG, Labour and Socialist International – London Archives, T. Shaw an das Büro der Zweiten Internationale, 16. 1. 1923, IISG/LSI/16/1.

¹²⁰ IISG, Labour and Socialist International – London Archives, The Situation in the Ruhr. International Conference, 26.–27. 1. 1923, IISG/LSI/57/1.

¹²¹ Ebd.

¹²² Ebd.

not represented.«¹²³ Auf Basis dieser Ausführungen habe der IGB schließlich beschlossen, Generalstreiks kategorisch auszuschließen, so Fimmens Fazit.¹²⁴

Nachdem also klar war, dass es *keine* radikalen Maßnahmen geben würde, unternahm J. H. Thomas – der nach Fimmen das Wort ergriff – den Versuch, alternative Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Aus diesem Grund fragte er den deutschen Delegierten Wels, »*whether international demonstrations in Germany, outside the Ruhr, would help the situation at this moment. If so, the British Movement was prepared to co-operate.*«¹²⁵ Des Weiteren unterbreitete er ihm den Vorschlag, die in Köln stationierten britischen Truppen umgehend aus Deutschland abzuziehen, sofern dies im Interesse des Landes sei.¹²⁶ Den ersten Vorschlag ignorierte Wels zunächst – Demonstrationen konnte die SPD auch ohne die Hilfe der Internationale organisieren. Ganz anders verhielt es sich mit dem möglichen Abzug der britischen Truppen: Hier setzte er zu einer ausführlichen und emotionalen Rede an und warnte davor, Frankreich die Gelegenheit zu geben »*to establish a dominant position in Europe, not only economically but politically.*«¹²⁷ J. H. Thomas schien diese Antwort nur bedingt zufriedenzustellen, weshalb er die Frage in den Raum warf, »*what the British troops were to do if French railwaymen were to assist in the transport of reparation coal through the Cologne area.*«¹²⁸ Ganz offensichtlich beunruhigte ihn die Perspektive, aktiv in den Ruhrkonflikt eingreifen zu müssen. Wels bemerkte daher prompt, dass die deutschen Arbeiter nicht erwarten könnten, dass britische Truppen französische Eisenbahnen aufhalten würden.¹²⁹

Nachdem dieser Konfliktpunkt geklärt schien, widmete sich das Komitee dem Themenpunkt »internationale Demonstrationen«. Hier kam Wels zu dem Schluss, dass die nationalistische Bewegung in Deutschland im Zuge der Ruhrbesetzung einen ungemeinen Auftrieb erfahren habe. Aufgrund dessen sei zu befürchten, dass »*the Nationalist element would indirectly get impetus from these demonstrations if held in Germany.*«¹³⁰ Große Demonstrationen mit ausländischen Gastrednern könnten zwar dazu beitragen, die Moral der Arbeiter in Deutschland zu stärken, jedoch plädierte Wels dafür, diese nur in ausgewählten Städten stattfinden zu lassen. Später revidierte Wels diese Aussage zumindest partiell und kam zu dem Schluss, dass jede

¹²³ Ebd.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Ebd.

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Die Debatte um den möglichen Abzug britischer Truppen war indes auch nach Amsterdam weiterhin akut. Beispielsweise reiste Rudolf Breitscheid im Februar 1923 nach Großbritannien, um vor dem Exekutivkomitee der Labour Party deutlich zu machen, dass ein möglicher Truppenabzug negative Folgen für Deutschland und damit auch die SPD habe, weshalb darum gebeten wurde, auf diesen Schritt zu verzichten. Ebd.; zu Breitscheids diplomatischer Mission: LHASC, Executive Committee, Sitzung vom 12. 2. 1923, LP/EC/Minutes/Januar-März 1923.

¹²⁸ IISG, Labour and Socialist International – London Archives, The Situation in the Ruhr. International Conference, 26.–27. 1. 1923, IISG/LSI/57/1.

¹²⁹ Ebd.

¹³⁰ Ebd.

internationale Demonstration wünschenswert sei. Als Beispiel führte er den Besuch von C. R. Buxton in Berlin an, dessen Rede in seinen Augen ein voller Erfolg gewesen sei. Die anwesenden Sozialisten schienen von Wels' Ausführungen jedoch nur bedingt überzeugt, weshalb der belgische Sozialist Corneille Mertens berechtigterweise die Frage in den Raum warf, ob der Erfolg Buxtons nicht primär damit zusammenhänge, dass er ein Engländer und kein Franzose oder Belgier sei. Alexandre Bracke, der die SFIO vertrat, kam ebenfalls zu dem Schluss, »that French and Belgian speakers would have a rough time in Germany.«¹³¹ Ohnehin vertrat Edo Fimmen die Ansicht, dass es wesentlich sinnvoller sei, Demonstrationen nicht nur in Deutschland abzuhalten, sondern auch in Großbritannien oder Frankreich. Wie anhand der Ausführungen von Bracke indes deutlich wurde, war dies leichter gesagt als getan: Als die SFIO den Versuch unternahm, Rudolf Hilferding als Gastredner für eine Veranstaltung in Lille zu gewinnen, seien die hierfür nötigen Papiere von Poincaré zunächst verweigert worden, weshalb Hilferding nicht nach Frankreich reisen konnte.¹³²

Dass dies nicht die einzigen Probleme waren, mit der die SFIO zu kämpfen hatte, machte Léon Jouhaux im Folgenden deutlich: Nach der Spaltung der französischen Arbeiterbewegung 1921 seien die französischen Gewerkschaften faktisch handlungsunfähig geworden.¹³³ Hinzu komme dann noch, dass praktisch ganz Frankreich der Ansicht sei, dass die Reparationen nicht bezahlt worden seien, Deutschland nicht zahlen wolle und eine Invasion daher unvermeidlich sei. Die Macht der öffentlichen Meinung verhindere ein effektives Vorgehen gegen Poincarés Politik, so sein Fazit. Diesen Ausführungen widersprach Alexandre Bracke, insofern er festhielt, dass ausschließlich nationalistische Kreise an einer »Expansion« des französischen Einflusses interessiert seien. Die überwiegende Mehrheit wolle kein zweites Elsass-Lothringen.¹³⁴ Zum Abschluss der Debatte gab sich Wels kämpferisch und kündigte an, dass die deutschen Sozialdemokraten niemals aufgeben würden. Wenn es Poincarés Wille sei, bis nach Berlin zu marschieren, dann werde man der Welt zeigen, wie ein

¹³¹ Ebd.

¹³² Hilferding war – wie Breitscheid oder Crispian – ein gerne geschehener Gast in Frankreich. Ebd.; zu Hilferding, Breitscheid, Crispian im Allgemeinen: A.N. Paris, SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Congrès socialistes internationaux et nationaux, Le mouvement communiste, socialiste et syndicaliste en Allemagne, Août 1924, F7/13076.

¹³³ »Jouhaux spoke of the difficult situation of the Trade Union Movement owing to the Communist split. He pointed out, for example, how they were paralyzed owing to the weakness of the Railwaymen. There were formerly 3/400,000 organised railwaymen; now they were divided, one in an organization of with a membership of 40,000, another in an organization with 45,000 members, and the remainder unorganized. The miners and port workers were ready for a 24 hours' Strike, but with the situation among the railwaymen could undertake nothing. The Seamen also resented a difficulty.« IISG, Labour and Socialist International – London Archives, The Situation in the Ruhr. International Conference, 26.–27. 1. 1923, IISG/LSI/57/1.

¹³⁴ »It is not the opinion of the masses that annexation is the real reason for the occupation of the Ruhr. But they are under the influence of big industry and the press and the big capitalists of France are endeavoring to come to some agreement with the big industrialists of Germany to the detriment of the French and the German workers.« Ebd.

friedliches Volk eine bis an die Zähne bewaffnete Armee besiegen könne: »*Right will triumph over Might.*«¹³⁵

Während die französische Haltung sehr souverän präsentiert wurde, verhielten sich die Vertreter der belgischen Arbeiterpartei ungewohnt widerspenstig, um nicht zu sagen streitsüchtig: Joseph Wauters vertrat den Standpunkt, dass sich die Öffentlichkeit in seinem Land nicht ohne Grund passiv verhalte, obwohl die überwiegende Mehrheit die Ruhrbesetzung ablehne. Deutschland habe einerseits seine Reparationen nicht bezahlt, was sich überaus negativ auf die belgische Wirtschaft ausgewirkt hätte – zur gleichen Zeit allerdings genug Geld gefunden, um seine Infrastruktur flächendeckend auszubauen. Außerdem stelle sich selbst für die belgischen Arbeiter die Frage, ob die deutsche Demokratie wirklich so sattelfest sei, wie immer behauptet werde.¹³⁶ Zudem könne man den Einmarsch der Franzosen nicht mit der Invasion Belgiens 1914 vergleichen, so Wauters Argumentation, weshalb die Ruhrbesetzung per se an Brisanz verliere. Von der SPD forderte er, der Öffentlichkeit darzulegen, was bislang an konkreten Aktionen unternommen wurde, um ein definitives Reparationsangebot von deutscher Seite aus zu erreichen – ansonsten habe das Land kein Recht, Unterstützung einzufordern.¹³⁷

Ob Wauters Erklärung eine kontroverse Debatte hervorrief, geht aus den Akten nicht hervor.¹³⁸ Nach den Stellungnahmen der Parteien beschäftigte sich die Versammlung mit einem vollkommen anderen Thema: Der Frage, was das Ziel der sozialistischen Propaganda sein sollte. Der Belgier Willem Vliegen sprach sich dafür aus, die gesamte Ruhr- und Reparationsfrage vor das Schiedsgericht des Völkerbundes zu bringen – weshalb dieser Aspekt auch in der sozialistischen Propaganda immer wieder eingefordert werden müsse. Otto Wels schien von diesem Vorschlag durchaus angetan, wenngleich er zu Recht darauf hinwies, dass Deutschland erstens kein Mitglied des Völkerbundes sei und zweitens »hundert solcher Anfragen« gestellt habe, zumeist in Bezug auf die Besetzung der Saar, und das Resultat sehr entmutigend gewesen sei. Trotzdem stimmte er dem Vorschlag zu und kündigte an, ein Treffen des SPD-Parteivorstandes einzuberufen, um diese Frage weiter zu erörtern. Einen kleinen Seitenhieb gegen den Völkerbund konnte er sich jedoch nicht verkneifen, insofern er die Organisation leichthin als »Organ der Entente« bezeichnete. Leipart, der sich nach Wels in die Diskussion einschaltete, hob hervor, dass die SPD einem deutschen Beitritt positiv gegenüberstehe. Im aktuellen Fall müsse Deutschland indes von einer Macht, die dem »Gewicht« Deutschlands entspreche, einge-

¹³⁵ Ebd.

¹³⁶ »*Belgian workers say that they do not see any results by their action. The Germans resisted the Kapp revolt against the Republic by a General Strike. Why do they not take strong action against the Capitalists who are as dangerous as Kapp?*« Ebd.

¹³⁷ Ebd.

¹³⁸ Immerhin kann konstatiert werden, dass auch Otto Wels kein Bedürfnis danach hatte, die belgischen Delegierten besonders respektvoll zu behandeln. Bereits zuvor hatte er sich lautstark über diverse verbale Entgleisungen belgischer Sozialisten echauffiert, die ihre deutschen Genossen als »Boches« beschimpft hätten. Ebd.

laden werden, um sein Anliegen dem Völkerbund zu unterbreiten – »not by Switzerland or Sweden«. ¹³⁹ Dieser Zusatz darf durchaus als Aufforderung an die Schwesterparteien der ehemaligen »Entente« interpretiert werden – die Labour Party insbesondere –, das Anliegen der SPD zu prüfen und praktische Maßnahmen zu ergreifen. ¹⁴⁰

Abschließend wurde traditionsgemäß eine entsprechende Resolution verfasst, um die Ergebnisse zusammenzufassen. Beschlossen wurde: »1. *To carry on a vigorous campaign [...] in all countries by means of the Press, meetings and demonstrations*; 2. *To organize a continuous exchange of precise information [...]*; 3. *To use every effort [...] to submit the question in dispute to the League of Nations, to which Germany must be admitted with the same rights as all the other Powers*; 4. *To draw the attention of the workers particularly to the increasing danger of war [...]*«. ¹⁴¹

Analysiert man die Konferenz von Amsterdam, so fällt rasch auf, dass die Parteien in den meisten Fragen unterschiedlicher Meinung waren und verschiedenartige Ziele verfolgten. Natürlich waren sowohl die SFIO als auch die Labour Party für den sofortigen Abbruch der Okkupation, jedoch gab es, was die Wahl der Mittel anbelangte, kaum Übereinstimmungen. Die SFIO besaß schlechthin zu wenig Rückhalt, um auf parlamentarischer oder außerparlamentarischer Ebene Einfluss ausüben zu können – die Labour Party zog es vor, auf den Völkerbund zu setzen und das ohnehin schon angespannte Verhältnis zu Frankreich nicht zusätzlich zu belasten. ¹⁴² Aus dem Statement des französischen Gewerkschaftsvorsitzenden Jouhaux geht außerdem deutlich hervor, dass zumindest ein Teil der französischen Arbeiterbewegung Zweifel an der Unschuld des deutschen Nachbarn hegte, was z.B. die Bereitschaft

¹³⁹ Ebd.

¹⁴⁰ Daraufhin widmete sich die Amsterdamer Konferenz der Frage, ob denn zum gegebenen Zeitpunkt ein Kriegszustand vorliege. Auch diese Debatte verlief höchst kontrovers, denn während Wels und Troelstra tatsächlich von einem Kriegszustand ausgingen, bat Léon Jouhaux darum, den Status quo etwas weicher zu zeichnen: »*The French workers did not want an official declaration that they were in a state of war. That would be followed by a declaration of martial law, the destruction of their civil liberties, etc. It is believed in France that the action taken by France is in accordance with the Treaty.*« Wels protestierte verständlicherweise gegen diese tendenziöse Interpretation, die, so der Sozialdemokrat, nur den Schluss zulassen könne, die Ruhrbesetzung sei rechters: »*The treaty did not give the French the right to occupy the Ruhr.*« Ebd.

¹⁴¹ Ebd.

¹⁴² Am 22. 1. 1923 erschien in der französischen »Matin« ein Artikel über die englische Politik und die öffentliche Meinung zur Invasion. Vorgestellt wurden erstens Lord Robert Cecil, der englische Außenminister sowie Ramsay MacDonald, als Sprachrohr der Labour Party. Beide Politiker waren sich mehr oder weniger darüber einig, dass es jetzt das Ziel sein müsse, eine internationale Lösung zu finden. Lord Cecil setzte diesbezüglich auf Abrüstung, MacDonald schlug den Völkerbund als unabhängiges Schiedsgericht vor. Die Übereinstimmung zur offiziellen englischen Außenpolitik war also durchaus gegeben und tatsächlich war ein möglicher Bruch mit Frankreich Hindernis genug, entschiedene Maßnahmen zu ergreifen. Eben deshalb war der Gedanke, den Völkerbund anzurufen, der nächstmögliche – und vielleicht auch bequemste Schritt. *Tôt ou tard, déclare lord Robert Cecil, Le Matin*, 22. 1. 1923.

der Gewerkschaften, radikalere Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, verständlicherweise bremste.

Selbstverständlich konnte die SPD mit der »Sympathie« der »überwiegenden Mehrheit« der anwesenden Delegierten rechnen¹⁴³ und trotzdem stellt sich die Frage, ob das Amsterdamer Treffen letztlich nicht doch eine »Bankrotterklärung« der internationalen Arbeiterbewegung war.¹⁴⁴ Gegen diese These spricht, dass bereits Anfang Januar groß angelegte Protestaktionen in Frankreich und Belgien stattfanden, die von Parteien und Gewerkschaften organisiert worden waren. Gleichmaßen initiierte die Internationale unmittelbar nach ihrem Amsterdamer Treffen eine große Demonstration, auf der englische, französische und deutsche Vertreter anwesend waren, ehe Anfang Februar 1923 im französischen Lille eine Veranstaltung deutscher und französischer Sozialisten stattfand.¹⁴⁵ Hinzu kommen dann noch unzählige Beiträge in Parlamenten und Parteiorganen, wobei insbesondere die bereits erwähnten Reden von L. Blum in der Nationalversammlung hervorgehoben werden müssen.

Was den im Vorfeld diskutierten »europäische Generalstreik« anbelangt, so wäre dieser in der Praxis kaum umsetzbar gewesen: In Frankreich – dem einzigen Land, wo eine solche Protestmaßnahme direkte Wirkung gezeigt hätte – waren die Gewerkschaften gespalten, die öffentliche Meinung germanophob, was das Vorhaben, eine kollektive Arbeitsverweigerung zu organisieren, praktisch unmöglich machte. Wenn also leichthin unterstellt wird, die Sozialisten seien sich selbst untreu geworden, vom »Idealweg« abgewichen oder hätten ausschließlich »nationale Interessen« verfolgt,¹⁴⁶ dann stellt sich erstens die Frage, wie eine »ideale« Vorgehensweise überhaupt ausgehen hätte und zweitens, wie realistisch ihre Umsetzung gewesen wäre. Faktisch gab es im Januar 1923 weder eine einhellige Meinung, noch die Möglichkeiten, mit einer oder mehreren transnational koordinierten Aktionen die Regierung Poincaré in die Knie zu zwingen. Insofern war die unter anderem von der Labour Party forcierte Idee, auf eine diplomatische Lösung zu setzen, die vielleicht ehrlichste – und unter den beschriebenen Umständen auch effizienteste Variante.¹⁴⁷ Eben des-

¹⁴³ S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 265; H. A. WINKLER, Von der Revolution zur Stabilisierung, 1984, S. 555.

¹⁴⁴ Hierzu vor allem: M. RUCK, Die freien Gewerkschaften im Ruhrkampf, 1986, S. 120; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 265.

¹⁴⁵ Bereits als die Pariser Konferenz Anfang Januar 1923 scheiterte, organisierten SFIO und CGT Demonstrationen, die am 5.1. sowie am 7.1. in verschiedenen Städten stattfanden. F. MENGES, Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923; in: Francia, 4, 1976, S. 625–658, hier: S. 631ff. und 648; L. ERDMANN, Die Gewerkschaften im Ruhrkampf, 1924, S. 79.

¹⁴⁶ Ebd., S. 81.

¹⁴⁷ Auf einem Treffen des Exekutivkomitees der britischen Gewerkschaften sowie des Labour-Exekutivkomitees, das am 25.1.1923 stattfand, wurde diesbezüglich folgender Entschluss gefasst: »The General Council of the British Trade Union Congress and the Executive Committee of the British Labour Party therefore call upon the British Government: 1. To adopt a policy of definite diplomatic intervention, if possible with the co-operation of the United States Government [...]. 2. To support any proposal which may be put

halb muss die Konferenz von Amsterdam unter dem Gesichtspunkt der transnationalen Zusammenarbeit als gewinnbringend bewertet werden – trotz der vorhandenen Differenzen. Denn wie im Folgenden zu zeigen sein wird, setzte das Parteidreieck voll und ganz auf die Möglichkeit, über informelle diplomatische Kontakte Einfluss auf die Ruhrkrise und hier vor allem die französische, britische und deutsche Regierung zu nehmen.

1.4. *Diplomatische Initiativen zur Lösung der Ruhrfrage: Albert Thomas, Rudolf Breitscheid, Rudolf Hilferding*

Einer derjenigen SFIO-Politiker, der sich über informelle Kontakte in die zwischenstaatlichen Verhandlungen einklinkte, war der »Majoritaire« und Präsident des »Bureau international du Travail (BIT)«, Albert Thomas. Im März 1923 schrieb er an seinen Parteifreund, Pierre Renaudel: *»Nos organisations internationales souffrent de l'état de la politique générale. [...] Nous sommes aujourd'hui suffisamment connus pour qu'on mette en nous beaucoup d'espérance, mais ce qu'on ne connaît pas, c'est notre constitution, et l'impossibilité où nous sommes de faire certaines interventions.«*¹⁴⁸

Diese äußerst resignative Äußerung darf in gewisser Weise bereits als erstes Fazit verstanden werden, denn der Versuch von Thomas im Januar 1923, Poincaré in einem persönlichen Gespräch umzustimmen, scheiterte letztlich sang- und klanglos. Immerhin gelang es ihm, den Weg für diplomatische Verhandlungen freizumachen: Aus den Akten des deutschen Auswärtigen Amtes geht hervor, dass Thomas eine Unterredung mit einem Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, Hans Vogel, hatte, der seine Eindrücke umgehend weiterreichte.¹⁴⁹ Er (Thomas) habe ihm (Vogel) mitgeteilt, am letzten Sonntag bei Poincaré gefrühstückt zu haben, wo er den Eindruck erhielt, dass der französische Regierungschef einen sehr unruhigen Eindruck mache und im Prinzip »jede Lösung willkommen sei, die Frankreich auf ökonomischer Basis etwas

forward at the next meeting of the Council of the League of Nations [...]. 3. To propose that the French and Belgian troops be withdrawn from the Ruhr pending the inquiry by the League into the whole situation. 4. To appeal to the Governments of the Little Entente, and especially Poland and Czechoslovakia, not to yield to any pressure to occupy German territory and by doing so involve Europe in a new war.« Damit stand fest, dass die britische Arbeiterbewegung keine radikalen Maßnahmen wünschte und stattdessen auf die Diplomatie ihrer Regierung setzte. Ohnehin war die Außenpolitik Labours während der Ruhr-Krise höchst konfus, insofern Teile des ACIQs – namentlich L. Woolf – die Kündigung des Versailler Vertrages forderten, die Parteiführung hingegen keinen Bruch mit Frankreich wünschte, die ILP partiell ebenfalls auf eine wohlwollende Neutralität setzte, während die ILP-Mehrheit eine klare Opposition Londons gegen Frankreich forderte. Wie W. Krieger richtig anmerkt, glich Labours Ruhrpolitik einem »Orchester mit verschiedenen Partituren und Dirigenten«. Eben deshalb war es die pragmatischste Lösung, eine multilaterale Diplomatie zu forcieren und radikalere Strategien abzulehnen. LHASC, Executive Committee, Adjourned meeting of the two National Committees, Sitzung vom 25.1.1923, LP/EC/Minutes/Januar-März 1923; W. KRIEGER, Labour Party und Weimarer Republik, 1978, S. 275 ff.

¹⁴⁸ A.N. Paris, NL Albert Thomas, Thomas an Renaudel, 21. 3. 1923, AP/94/385.

¹⁴⁹ PA, Büro RM, Vogel an Geheimrat Bücher, 31.1.1923, 14, Bd. 1, R 28340.

in die Hand gibt.«¹⁵⁰ Dann würde auch die Ruhrbesetzung sofort zurückgezogen werden. Außerdem berichtete Thomas, er habe vernommen, die USA seien an einer Lösung der Ruhrkrise interessiert und würden wirtschaftlich intervenieren, sobald sich Frankreich und Deutschland einig seien. Vogel fasste das Gespräch mit folgendem Vermerk zusammen: »Ich habe den Eindruck, daß man versucht, von französischer Seite an inoffizielle Mittelspersonen heranzukommen.«¹⁵¹

In einem zweiten Schreiben berichtete Vogel von der eigentlichen Unterhaltung mit Thomas.¹⁵² Der SFIO-Politiker habe ihm mitgeteilt, dass er bereits vor einigen Wochen mit Poincaré verhandelt und ihm seine Meinung zu einer möglichen Invasion mitgeteilt habe. Der französische Regierungschef sei, so Thomas, mittlerweile zu Verhandlungen bereit, genauso wie er prinzipiell gesehen die Bereitschaft aufweise, eine gemeinsame Lösung zu finden. In diesem Sinne bot Thomas an, nach Berlin zu fahren und dort mit Reichskanzler Cuno inoffiziell zu verhandeln. Hierfür wolle er sich indes zunächst einmal die Zustimmung Poincarés einholen.¹⁵³ Diese Perspektive gefiel dem Auswärtigen Amt indes nur bedingt, weshalb man mitteilen ließ, dass Thomas in Deutschland jederzeit willkommen sei – jedoch habe seine Reise nur dann einen Sinn, wenn er im Auftrag seiner Regierung sprechen könne. Die Aussicht auf Verständigung wurde in diesem Zeitabschnitt höchst kritisch gesehen, weshalb Geheimrat Bücher wenige Tage später vermerkte: »Solange Franzosen Ruhrgebiet und Rheinland vergewaltigen sehe ich keine Aussicht für Verständigung.«¹⁵⁴ Thomas reiste im Folgenden trotzdem nach Deutschland, genauer gesagt nach Frankfurt, sah jedoch von einer Reise nach Berlin ab, »da er, wie er bemerkte, im Augenblick nicht in der Lage sei, irgendwie offiziell zu verhandeln.«¹⁵⁵ Im Auswärtigen Amt wurde schließlich noch darüber spekuliert, dass Thomas' »Betriebsamkeit« vor allem daher rühre, dass er Angst habe, sein Amt zu verlieren. Deshalb versichere er mittlerweile, dass die Ruhrbesetzung keinen annexionistischen Hintergrund habe, sondern schlichtweg vom Bedürfnis inspiriert sei, die Ruhrfrage endgültig zu regeln.¹⁵⁶ Dennoch wurde der Vorstoß von Thomas nicht durchweg negativ bewertet, weshalb versucht wurde, eine Sonderregelung der »Badenfrage« über diesen informellen Kontakt zu erwirken¹⁵⁷ – allerdings ohne Erfolg: Aus dem darauf folgenden Vermerk, datiert auf

¹⁵⁰ Ebd.

¹⁵¹ Ebd.

¹⁵² PA, Büro RM, Vogel an Geheimrat Bücher, 1. 2. 1923, 14, Bd. 1, R 28340.

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ PA, Büro RM, Geheimrat Bücher an Vogel, 4. 2. 1923, 14, Bd. 1, R 28340.

¹⁵⁵ PA, Büro RM, Adolf Müller an den Reichsminister, 10. 2. 1923, 14, Bd. 1, R 28340.

¹⁵⁶ Aus dem Nachlass von Thomas geht tatsächlich hervor, dass Großbritannien im Juli 1923 den Versuch unternahm, das Budget des BIT zu kürzen. Insofern erscheint die Vermutung, Thomas sei auf Poincaré bzw. die französische Regierung angewiesen, durchaus plausibel. A.N. Paris, NL Albert Thomas, Thomas an Barthelemy, 21. 7. 1923, AP/94/377.

¹⁵⁷ »Vorschlag zunächst unverbindlich (von Thomas, Anm. d. V.), Deutsche Regierung möge Note nach Paris richten, worin Bereitwilligkeit betont würde, internationale Züge trotz Koblenz und sonstigen Opfern wieder einzustellen, wenn Frankreich durch sofortige Aufgabe seiner Besetzung in Baden bekunde, daß mit dieser Aktion weder politische noch militärische Ziele verfolgt werden sollten. Thomas erklärte sich bereit, in diesem Sinne in

den 18.2.1923, geht hervor, dass Thomas inzwischen nach Paris zurückgekehrt sei, Poincaré den oben genannten Vorschlag jedoch grundsätzlich ablehne, weil er ausschließlich eine Lösung der Gesamtfrage akzeptiere.¹⁵⁸ Damit war die Initiative des BIT-Präsidenten endgültig gescheitert.

Etwa zur gleichen Zeit – Anfang Februar 1923 – reisten Hilferding und Breitscheid nach Frankreich bzw. England,¹⁵⁹ um für die SPD Präsenz zu zeigen, mehrere Interviews zu geben und im sozialistischen und bürgerlichen Lager für Unterstützung zu werben. Was war der Hintergrund dieser diplomatischen Offensive? Wie Rudolf Breitscheid in einem Gespräch mit Lord d'Abernon deutlich machte, zweifelte er am Erfolg des passiven Widerstandes,¹⁶⁰ weshalb er auf Verhandlungen setzen wollte.¹⁶¹ In gewisser Weise machte sich also auch im deutschen Lager eine zunehmende Skepsis am Erfolg genuin außerparlamentarischer Initiativen breit.¹⁶²

Paris vorzufühlen. [...] Thomas berichtet auch, daß er mit Hilferding in Paris gesprochen [...]. PA, Büro RM, Adolf Müller an den Reichsminister, 10.2.1923, 14, Bd. 1, R 28340.

¹⁵⁸ Dies hatte zur Folge, dass sich A. Thomas zurückzog und keine weiteren Initiativen mehr unternehmen wollte, wie aus dem Akt hervorgeht: »Thomas [...] bemerkte achselzuckend, es bleibe nichts als abzuwarten.« Ebd.

¹⁵⁹ Über die England-Reise Breitscheids berichtet auch Kessler in seinem Tagebuch. H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 20.1.1923, Bd. 7, S. 634.

¹⁶⁰ Ziel der SPD-Führung war es, über passiven Widerstand – insbesondere Generalstreiks – zu Verhandlungen zu kommen, die französische Regierung also mittels einer rigiden Verweigerungshaltung, die auf deutscher und französischer Seite zu erheblichen Einnahmeverlusten führte, an den Verhandlungstisch zu zwingen. Propagandistisch wurde der Abwehrkampf der Sozialdemokratie zum Klassenkampf der internationalen Arbeiterschaft gegen den französischen Imperialismus stilisiert, aktiver Widerstand bzw. Sabotageakte hingegen abgelehnt. Allgemein: S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 253ff.; F. MENGES, Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923; in: Francia, 4, 1976, S. 625–658, hier: S. 642 f.

¹⁶¹ »In the course of conversation Herr Breitscheid said that his general view was strongly in favor of intervention or rather mediation. He did not see any solution without it, nor did he believe in the final success of German resistance, and he was convinced that, in their hearts, most German politicians favored intervention. Whether a Government which negotiated to-day without first exacting the withdrawal of the French from the Ruhr would survive, he could not say. There was obviously grave danger of nationalistic feeling breaking out and destroying a Government which adopted this attitude.« Des Weiteren habe Breitscheid deutlich gemacht, dass er und seine Parteifreunde strikt gegen einen Abzug der britischen Truppen seien. Wenn Großbritannien Deutschland verlasse, hätte Frankreich freie Hand, so sein Fazit. Eben aus diesem Grund wolle er die Labour-Führung für sich gewinnen, um Druck auf die britische Regierung ausüben zu können, die Truppen weiterhin in Deutschland zu stationieren. Dieser Vorstoß darf als Fortsetzung des in Amsterdam begonnen Disputs zwischen Labour Party und SPD gewertet werden. TNA, PRO, Foreign Office, Mediation between Germany and France, from Lord D'Abernon, 2.2.1923, TNA/PRO/FO/371/8710/178 f.

¹⁶² Auch Breitscheid hatte das Nichtverhandeln der deutschen Regierung noch am 19.1.1923 als nachvollziehbar empfunden. H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 19.1.1923, Bd. 7, S. 633 f.

Breitscheid war bereits kurz nach der Ruhrbesetzung in Paris gewesen, jedoch nur mit mäßigem Erfolg.¹⁶³ weshalb Hilferding Anfang Februar erneut nach Frankreich aufbrach. In Paris redete er mit einigen Vertretern der bürgerlichen Linken – Loucheur, Painlevé, Herriot – sowie Léon Blum, ehe er kurz darauf eine Einladung der SFIO annahm, bei ihrem Parteikongress in Lille vorzusprechen.¹⁶⁴ In den Gesprächen mit bürgerlichen Vertretern wurde Hilferding mitgeteilt, dass die Stellung Poincarés überaus dominant sei, die Aufgabe des passiven Widerstandes allerdings nicht nur von rechten Kräften, sondern auch Teilen des linken Lagers gefordert werde. Überdies herrsche große Sorge vor einem geheimen deutsch-russischen Bündnis, das in Folge des Vertrages von Rapallo geschlossen worden sein könnte, so das Fazit der Pariser Politiker.¹⁶⁵

Auf dem SFIO-Parteitag in Lille, wo Hilferding als Redner auftrat, kritisierte er die französische Ruhrpolitik, wofür ihm die französischen Genossen Applaus spendeten.¹⁶⁶ Paul Faure sprach von einer zukünftigen »deutsch-französischen Verständigung« und am Ende des Parteitages wurde eine Resolution verabschiedet, die am 15. 2. dem Völkerbund bekannt gegeben wurde. Der Text wurde von Blum, Faure, Vandervelde, Roosenbroeck, Hilferding, Matteoti, Walhead unterzeichnet und war mit der Bitte versehen, dass sich der Völkerbund des Konfliktes annehmen möge.¹⁶⁷ In dem Schreiben wurde erneut auf den sozialistischen Reparationsplan verwiesen und außerdem die Forderung erneuert, dass die angelsächsischen Mächte, insbesondere die USA, stärker intervenieren müssten, um der aktuellen Krise wieder Herr werden zu können.¹⁶⁸ Im Anschluss die Beratungen von Lille wurde am 8. 2. in Paris schließlich eine Friedenskundgebung veranstaltet, in deren Verlauf der Ruhreinmarsch abermals scharf verurteilt wurde.¹⁶⁹ Diese Veranstaltung fand zwar ein starkes Echo, indes konnte kein Meinungsumschwung in der französischen Bevölkerung erwirkt werden. Gleichfalls scheiterte das Bemühen der französischen Sozial-

¹⁶³ F. MENGES, Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923; in: *Francia*, 4, 1976, S. 625–658, hier: S. 649.

¹⁶⁴ Die Details der Gespräche wurden von Geheimrat Wever aufgezeichnet, der sich am 12. 2. 1923 mit Hilferding besprach. L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 162.

¹⁶⁵ Ebd.

¹⁶⁶ F. MENGES, Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923; in: *Francia*, 4, 1976, S. 625–658, hier: S. 649.

¹⁶⁷ G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 296.

¹⁶⁸ Die Forderung nach einem Eingreifen der USA wurde insbesondere von der SFIO forciert, da die Streichung der alliierten Schulden bereits zuvor ein Kerngedanke ihres Reparationsplanes war. Im aktuellen Fall ging es freilich vor allem um eine diplomatische Intervention, die jedoch, denkt man diese Initiative weiter, abermals die Frage nach einer möglichen alliierten Schuldentilgung mit Hilfe der USA aufgeworfen hätte, um über amerikanische Gelder möglicherweise einen Abbruch der Besatzung zu erwirken. Der Brief findet sich abgedruckt in: XXI congrès national, Marseille: 30, 31 janvier, 1–2–3 février 1924: rapports de la Commission, Paris 1924, S. 27 ff.

¹⁶⁹ F. MENGES, Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923; in: *Francia*, 4, 1976, S. 625–658, hier: S. 633.

listen – namentlich Blum, Bracke, Bernand, Renaudel –, den amerikanischen Botschafter in Paris im Sinne des oben erwähnten Schreibens zu beeinflussen.¹⁷⁰

Eine ausführliche Zusammenfassung des direkt an die Konferenz anschließenden Treffens internationaler Delegierter in Lille, das zur Anfertigung des oben genannten Schreibens an den Völkerbund führte, findet sich in den Aktenbeständen der britischen Labour Party.¹⁷¹ Im Verlauf des informellen Treffens kündigte Léon Blum zunächst an, dass die SFIO im Parlament Druck auf die Regierung ausüben werde. Sein Kalkül lautete hierbei, dass die Öffentlichkeit einen schnellen Erfolg erwarte. Sobald dieser ausbleibe, werde sich die öffentliche Meinung schnell gegen Poincaré richten, so das Fazit seiner Überlegungen. Hilferding, der nach Blum sprach, klagte die französische Regierung an und betonte, dass die Invasion von langer Hand vorbereitet worden sei. Außerdem verfolge Poincaré nicht nur ökonomische, sondern auch politische Ziele. Eben dieser Aspekt erschwere jeden Versuch, Verhandlungen mit Frankreich aufzunehmen. Vincent Auriol bestätigte Hilferdings Analyse und räumte ein, dass die französische Regierung annexionistische Ziele verfolge und das Ruhrgebiet vollständig kontrollieren wolle. Auf der anderen Seite bemängelte er, dass sich die deutsche Regierung seltsam bedeckt halte und noch keine konkreten Vorschläge unterbreite habe – Poincaré jedoch nur auf *offizieller* Ebene, d. h. von Regierung zu Regierung, verhandeln wolle.¹⁷² Damit verlangte die SFIO von der SPD, ihrerseits aktiv zu werden und Einfluss auf die deutsche Regierung auszuüben; die »informelle Diplomatie« des Parteiendreiecks sollte also keineswegs einseitig verlaufen.

Die Tatsache, dass der französische Regierungschef, wie Auriol deutlich machte, nur mit offiziellen Regierungsvertretern sprechen und verhandeln wollte, bedeutete im Umkehrschluss das Ende jedweder sozialistischer Vermittlungsbemühungen: Der einzige Ausweg bestand darin, über Dritte Druck auf die französische Regierung auszuüben. Eben deshalb favorisierte die Mehrheit der Delegierten in Lille ein Schreiben an den Völkerbund, wenngleich sich einzelne Akteure vehement gegen diesen Vorschlag sträubten: Jean Longuet bezeichnete das Manifest schlechthin als »lächerlich« und attestierte der Genfer Organisation eine Geschichte des Scheiterns. Wie allerdings der belgische Delegierte Wauters zurecht bemerkte, müsse internationale Politik »Schritt für Schritt« entwickelt werden, weshalb man den jetzigen Vorstoß durchaus als ersten Erfolg bewerten könne. Zu einem ähnlichen Schluss kam Renaudel, der überdies noch einmal darauf aufmerksam machte, dass die internationale Arbeiterklasse ohnehin kaum Alternativen habe, da die Durchführung eines Generalstreiks schlicht unmöglich sei.¹⁷³

¹⁷⁰ Hierzu: ebd., S. 634; W. KRIEGER, Labour Party und Weimarer Republik, 1978, S. 263.

¹⁷¹ LHASC, Labour Party/TUC Joint International Sub-Committee, 1919–1923, The Ruhr and Reparations, February 1923, LP/EC/Minutes Januar – March 1923.

¹⁷² Als positives Beispiel führte Auriol den Zahlungsplan der SPD an, der im Vorwärts veröffentlicht wurde. Anders als die SPD habe die deutsche Regierung bislang keine konkreten Vorschläge erarbeitet, was Verhandlungen definitiv im Wege stehe. Ebd.

¹⁷³ Ebd.

In Lille wurde deutlich, dass die SFIO zwar gewillt war, das Ende der Invasion zu erzwingen,¹⁷⁴ allerdings zu keinem Zeitpunkt über die hierfür nötigen Mittel verfügte: Weder die Einzelaktion von Thomas, noch die konzertierte Initiative des Parteitages von Lille waren von Erfolg gekrönt, weshalb die gefassten Beschlüsse kurzfristig gesehen ausschließlich Symbolpolitik waren. Wichtig scheint auch die Erkenntnis, dass auf groß angelegte Streikmaßnahmen auf europäischer Ebene verzichtet wurde. Anders als vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde die Aufgabe radikaler Aktionen indes nicht mehr als Affront gegen die sozialistische Doktrin aufgefasst, sondern allgemein akzeptiert. Langfristig schien sich also eine neue Perspektive aufzutun, indem die handelnden Protagonisten den Versuch unternahmen, entstehende Konflikte im internationalen System mittels informeller Diplomatie und dem Einbeziehen Außenstehender zu internationalisieren. Eben dies wurde im Verlauf eines Gesprächs mit dem amerikanischen Botschafter sowie dem französischen Regierungschef versucht, wenngleich ohne Erfolg.¹⁷⁵

Von Großbritannien durften sich weder SPD noch SFIO Hilfe erwarten, insofern der Inselstaat eine diplomatische Krise mit dem Entente-Partner Frankreich zu jedem Zeitpunkt vermeiden wollte.¹⁷⁶ Diese Perspektive wurde auch von der Labour Party geteilt, weshalb Breitscheids Besuch in London (Februar 1923), wo der Sozialdemokrat mit Diplomaten des britischen Außenministeriums zusammentraf, von Beginn an unter einem schlechten Stern stand.¹⁷⁷ Angeblich besprach sich Breitscheid vor seiner Abreise mit Cuno, was der sozialdemokratischen »Mission« selbstredend einen offiziellen Charakter geben würde.¹⁷⁸ Definitiv belegt werden kann, dass Graf Kessler, der mit Breitscheid nach London reiste, vorab ein Gespräch mit dem Ministerialdirektor des Auswärtigen Amtes, von Schubert, geführt hatte und hierbei den Sozialdemokraten erwähnte.¹⁷⁹ Insofern ist davon auszugehen, dass die England-Reise Breitscheids nicht losgelöst von der offiziellen Außenpolitik unternommen worden war, ergo eine »Vermengung« zwischen sozialistischen und deutschen außenpolitischen Interessen stattfand, die im Hinblick auf die gewünschte

¹⁷⁴ Dementsprechend muss Zimmermann widersprochen werden, wenn er lapidar konstatiert: »Freilich büteten sich die französischen Sozialisten, sich allzu sehr zu exponieren.« L. ZIMMERMANN, *Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik*, 1958, S. 162.

¹⁷⁵ F. MENGES, *Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923*; in: *Francia*, 4, 1976, S. 625–658, hier: S. 634.

¹⁷⁶ S. FEUCHT, *Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933)*, 1998, S. 267.

¹⁷⁷ Das Gespräch zwischen Breitscheid und Vertretern des englischen Außenministeriums fand am 11. 2. 1923 statt und wurde von einem Mitarbeiter des Foreign Office, Miles W. Lampson, aufgezeichnet. TNA, PRO, Foreign Office, Conversation with Dr. Breitscheid, The Marques Curzon of Kedleston to Lord D'Abernon, 15. 2. 1923, TNA/PRO/FO/371/8712/218 f.

¹⁷⁸ S. FEUCHT, *Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933)*, 1998, S. 267.

¹⁷⁹ H. GRAF KESSLER, *Das Tagebuch*, Eintrag vom 20. 1. 1923, Bd. 7, S. 634.

Lösung des Ruhrkonfliktes vom Parteidreieck, insbesondere aber von der SPD, in Kauf genommen wurde.

Vor Ort liefen die Gespräche durchaus erfolgreich: Der ranghohe Mitarbeiter des »Foreign Office«, Miles W. Lampson, der das Gespräch mit dem Deutschen protokollierte, kam zu dem Schluss, dass es Breitscheid aufgrund der »frankophoben Haltung« der »Labourites« erfolgreich gelungen sei, die britischen Genossen in verschiedenen Gesprächen auf seine Seite zu ziehen. Der Sozialdemokrat habe ihm gegenüber deutlich gemacht, »*that the Labour Party intended to press their views vigorously in Parliament*«. ¹⁸⁰ Trotz dieser durchaus beachtlichen Solidaritätsbekundung der britischen Arbeitervertreter habe sich Breitscheid nach Einschätzung Lampsons sehr pessimistisch gegeben, da nicht abzusehen sei, wo die französische Invasion enden würde und was Poincarés eigentliche Ziele seien – was konkret zur Folge habe, dass eine Beeinflussung des französischen Regierungschefs durch sozialistische Mittlerfiguren nicht möglich sei. ¹⁸¹ Abschließend betonte Breitscheid, dass eine Räumung der besetzten Gebiete eine grundlegende Bedingung für jede deutsch-französische Übereinkunft sei. Diesen Standpunkt schien Lampson zu respektieren, wenngleich er unter diesen Bedingungen den deutschen Bemühungen kaum Erfolgsaussichten einräumte: »*I said that in that case there seemed no more to be said, for it was well known that France intended to remain in the Ruhr [...]. This seemed to be new aspect to Herr Breitscheid*«. ¹⁸² Insgesamt sei es für Großbritannien keine Option, die guten Beziehungen mit Frankreich unnötig zu gefährden, so Lampsons klares Fazit.

Wie aus einem Bericht des Auswärtigen Amtes hervorgeht, traf sich Breitscheid in London angeblich auch mit Bonar Law. ¹⁸³ Laut einer Meldung der »Agentur Europa Press« habe der britische Premier Breitscheid eröffnet, England könne seine Vermittlung erst dann anbieten, wenn Deutschland endlich konkretisiere, welchen Teil seiner Reparationspflicht es erfüllen könne. Der Ministerialdirektor des Auswärtigen Amtes, Carl von Schubert, war sich offensichtlich unsicher, wie ernst diese Meldung tatsächlich war und erbat deshalb weitere Informationen. ¹⁸⁴

¹⁸⁰ Breitscheid traf sich einen Tag später, am 12. 2. 1923, mit der Labour Parteiführung sowie der TUC-Führung, um gemeinsam über die Ruhrfrage zu debattieren. Letztlich wurde im Verlauf der Sitzung allerdings kein konkretes Ergebnis vereinbart, da beschlossen wurde: »*That the Executive consider the question and report to the Party meeting*.« Anders formuliert wurde eine Entscheidung vertagt. LHASC, Labour Party/TUC Joint International Sub-Committee, 1919–1923, Joint Meeting, 12. 2. 1923, LP/EC/Minutes Januar – March 1923.

¹⁸¹ Konkret rekurrierte Breitscheid auf das Erstarken der nationalistischen Bewegung in Deutschland, die von der französischen Invasion enorm profitiere. Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma seien Verhandlungen und eben deshalb habe er sich für eine diplomatische Intervention Großbritanniens stark gemacht. Ebd.

¹⁸² Ebd.

¹⁸³ PA, Büro RM, Aufzeichnung Carl von Schubert, 13. 2. 1923, 14, Bd. 1, R 28338; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 269.

¹⁸⁴ »*Erbitte umgehend Drabantantwort, ob tatsächlich Besuch Breitscheids bei Bonar Law stattgefunden und was gegebenenfalls Inhalt dieser Unterredung*.« Aus der Dissertationsschrift von Stefan Feucht geht hervor, dass Breitscheid am 11. 2. zumindest mit dem Sekretär von Bonar Law, Thomas Jones, zusammentraf.

Graf Kessler, der zeitgleich mit Breitscheid in London war, wo er unter anderem MacDonald, Gillies, Henderson und Snowden traf,¹⁸⁵ berichtete ausgiebig von der Haltung der Labour Party über die Ruhrkrise. Wenngleich die »Labourites« scharfe Kritik am Vorgehen Frankreichs übten,¹⁸⁶ so konnte Kessler ihnen mit Ausnahme »moralischer Unterstützung«¹⁸⁷ dennoch keine konkreten Versprechen entlocken.¹⁸⁸ Gemeinsam mit Breitscheid besuchte Kessler am 17. 2. unter anderem H. N. Brailsford, der Sozialdemokrat habe während des Gesprächs allerdings aufgrund einer Grippeerkrankung zumeist »geschwiegen«.¹⁸⁹ Damit waren die England-Reisen von Kessler und Breitscheid weder aus Sicht der deutschen Regierung, noch der SPD, noch der beiden anderen sozialistischen Parteien vielversprechend gewesen:¹⁹⁰ Die Sozialdemokraten mussten einsehen, dass ihre Vermittlungsbemühungen keinen Erfolg brachten, während SFIO und Labour Party dem deutschen Drängen nach mehr Aktionismus eine klar Absage erteilen mussten.

Zwar übte die britische Linke durchaus Kritik am abwartenden Verhalten ihrer Regierung, weigerte sich jedoch, einen möglichen Bruch mit Frankreich zu forcieren,¹⁹¹ weshalb der Völkerbund letztlich, wie schon in Lille von der SFIO angeregt, als Vermittlungsinstanz vorgeschoben wurde. Tatsächlich gab es aus britischer Perspektive gute Gründe, diesen Weg zu gehen, weil das Empire zu diesem Zeitpunkt mit der Regelung der Orientfrage auf der Lausanner Konferenz beschäftigt war, wo man auf die Unterstützung der Entente-Partner, u. a. Frankreich, angewiesen war.¹⁹²

Im Verlauf des Gesprächs habe Jones deutlich gemacht, dass sich Großbritannien neutral verhalten werde und Deutschland sich selbst helfen müsse, ja geradezu in der Pflicht sei, praktische Vorschläge zu unterbreiten. Ebd.

¹⁸⁵ H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 24. 1. 1923, Bd. 7, S. 642 ff.

¹⁸⁶ Ebd., Eintrag vom 25. 1. 1923, Bd. 7, S. 644 ff.; Gespräch mit Snowden und Clynes.

¹⁸⁷ Kessler über ein Gespräch mit MacDonald: »Ich sagte, der Kampf der deutschen Massen gegen die französische Vergewaltigung werde lang und schwer sein; sein Erfolg werde zum Teil abhängen von der moralischen und materiellen Unterstützung, die sie von außen bekämen. Macdonald antwortete: wir könnten von seiten der englischen Arbeiterpartei auf jede moralische Unterstützung rechnen. Dagegen nur auf sehr wenig Geld, weil alle großen englischen Gewerkschaften bereits tief verschuldet seien.« Ebd., Eintrag vom 28. 1. 1923, Bd. 7, S. 649.

¹⁸⁸ Immerhin geht aus den Tagebucheinträgen hervor, dass sich zumindest ein Teil der Labour Party gegen einen britischen Truppenabzug aus Köln aussprach: »Snowdens sind gegen die Zurückziehung. Die öffentliche Meinung in England auf dem Lande und im Norden u. Schottland sei ihrer Meinung zweifelsohne gegen das Rubrabenteuer. In London sei die Stimmung zweifelhafter.« Ebd., Eintrag vom 25. 1. 1923, Bd. 7, S. 644 ff.; Gespräch mit Snowden und Clynes.

¹⁸⁹ Ebd., Eintrag vom 17. 2. 1923, Bd. 7, S. 686 f.

¹⁹⁰ Kessler konstatierte ernüchtert, dass »nicht einmal die Labour Party in ihrer Gesamtheit für einen festen Widerstand gegen die französische Politik zu haben sein würde.« Ebd., Eintrag vom 7. 3. 1923, Bd. 7, S. 722.

¹⁹¹ Zwar erbrachte das ACIQ den Vorschlag, Frankreich das Messer an die Brust zu setzen und hierbei zwei Alternativen aufzuzeigen (Die Forderung lautete: Entweder Frankreich setzt auf Diplomatie oder Großbritannien richtet seine Außenpolitik neu aus), allerdings wurde diese Idee von der Parteiführung verworfen. LHASC, Labour Party/TUC Joint International Sub-Committee, 1919–1923, Advisory on international questions, Minutes, 8. 2. 1923, LP/EC/Minutes Januar–Märch 1923.

¹⁹² Hierzu: L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 164.

Grundsätzlich hatte der Aufruf zur »Selbsthilfe«, wie das Vincent Auriol bereits in Lille ausgedrückt hatte, weiterhin Bestand.¹⁹³ Zwar konnte die Sozialdemokratie jederzeit auf die Unterstützung ihrer Schwesterparteien bauen – diese musste sich allerdings allein schon aufgrund der politischen Machtverhältnisse in Frankreich bzw. Großbritannien in Grenzen halten.¹⁹⁴ Das Konzept einer *indirekten politischen Einflussnahme* hatte sich als perspektivlos erwiesen, da der Versuch von Breitscheid und Hilferding, über ihre persönlichen Kontakte eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich in die Wege zu leiten,¹⁹⁵ an den fehlenden Mitspielern scheiterte, d.h. Protagonisten auf Regierungsebene, die ebenfalls an multilateralen Lösungen interessiert waren und auf Verhandlungen setzten.¹⁹⁶

1.5. Vorstoß der Labour Party, März 1923

Führende britische¹⁹⁷ und französische¹⁹⁸ Politiker bzw. Diplomaten stufen die diplomatischen Initiativen der deutschen Regierung im Frühjahr 1923 – auch jene der SPD – als unzureichend ein im Sinne einer einvernehmlichen Lösung des Ruhrkon-

¹⁹³ LHASC, Labour Party/TUC Joint International Sub-Committee, 1919–1923, The Ruhr and Reparations, February 1923, LP/EC/Minutes Januar – March 1923.

¹⁹⁴ Als Kessler bei MacDonald anfragte, ob die »Parteifreunde« MacDonalds in Frankreich »etwas ausrichten« könnten, antwortete MacDonald, dass die sozialistische Bewegung dort viel zu schwach sei. H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 14. 2. 1923, Bd. 7, S. 682.

¹⁹⁵ Vgl. L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 162; Hierzu: Aufzeichnungen Breitscheid, 21. 2. 1923; in: ADAP, A VII, Nr. 100, S. 222; Aufzeichnungen von Schuberts, 10. 2. 1923; in: ADAP, A VII, Nr. 83, S. 184.

¹⁹⁶ Erschwerend hinzu kam außerdem der Umstand, dass Lord D'Abernon, seines Zeichens englischer Botschafter in Deutschland, persönliche Antipathie gegen Breitscheid hegte und diesen als notorisch pro-französisch einstufte. Ein Gespräch mit Breitscheid, das am 2. 2. 1923 stattfand, fasste er wie folgt zusammen: »In talking with Herr Breitscheid one never quite knows whether the views he expresses are those of his German friends or of the French Embassy. He passes for, and probably is, the main source of French information regarding Germany, information which has not hitherto been characterized by accuracy.« Auch in der Folgezeit galt Breitscheid dem Foreign Office als notorisch pro-französisch und wurde auch dementsprechend negativ eingestuft. Tatsächlich stand Breitscheid, wie von Stefan Feucht herausgearbeitet, in einem engen Kontakt mit dem französischen Botschafter De Margerie. TNA, PRO, Foreign Office, Mediation between Germany and France, from Lord D'Abernon, 2. 2. 1923, TNA/PRO/FO/371/8710/178 f.; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 267 f.; Aufzeichnungen des Ministerialdirektors von Schubert, 10. 2. 1923; in: ADAP, A VII, Nr. 83.

¹⁹⁷ Das Foreign Office übte harsche Kritik an der SPD. Lord D'Abernon kritisierte in seinen Berichten insbesondere R. Breitscheid, der sich – so sein Fazit – immer mehr als »Stimme« der SPD aufführe und seine Ansicht mit der seiner Partei gleichsetzte (2. 3. 1923). TNA, PRO, Foreign Office, Lord D'Abernon an Lord Curzon, 2. 3. 1923, TNA/PRO/FO/371/8719/175; TNA, PRO, Attitude of German moderate socialist party towards occupation of Ruhr, from Lord D'Abernon, 17./18. 3. 1923, TNA/PRO/FO/371/8723/143; Zur Haltung Lord D'Abermons siehe auch: Aufzeichnungen des Ministerialdirektors von Schubert, 10. 2. 1923; in: ADAP, A VII, Nr. 83.

¹⁹⁸ Léon Blum äußerte sich enttäuscht über die Verhaltensweise der Regierung Cuno. V. Auriol hatte bereits in Lille (Februar 1923) deutlich gemacht, dass von der SPD mehr kommen müsse. LHASC, Labour Party/TUC Joint International Sub-Committee, 1919–1923, The Ruhr and Reparations, February 1923, LP/EC/Minutes Januar – March 1923.

fliktes. Am 7.3.1923 fasste die Fraktion der Labour Party im britischen Unterhaus daher den Entschluss, die sozialistischen Fraktionen aus Frankreich, Italien und Belgien einzuladen, um sich über eine gemeinsame Strategie hinsichtlich der Bekämpfung des Ruhrkonfliktes auf parlamentarischer Ebene zu beraten.¹⁹⁹ Die Konferenz selbst fand am 20.3.1923 statt – beschlossen wurde, dass die Konsultationen in den Folgewochen fortgesetzt werden sollten, offensichtlich, weil der derzeitige Informationsstand für ungenügend befunden wurde. Überdies planten die Vertreter der ehemaligen »Entente Socialiste«, je einen Vertreter nach Berlin zu entsenden, um die aktuelle politische Situation ausgiebig zu prüfen und direkt mit der SPD zu verhandeln.²⁰⁰ Diese Handlung darf durchaus als Misstrauensvotum gegenüber der Sozialdemokratie gewertet werden, der eine Lösung der vorherrschenden Krise nicht mehr alleine zugetraut wurde.

Die angesprochene Reise der ehemaligen »Entente Socialiste« nach Berlin wurde bereits wenige Tage später am 25. und 26. März bewältigt.²⁰¹ Wichtigster Bestandteil des Aufenthaltes war eine Neufassung des Frankfurter Reparationsplanes und eine realistischere Schätzung der deutschen Zahlungsleistungen, gemeinsame mit der SPD.²⁰² Diese wurden im Verlauf der Gespräche auf 30 Milliarden Goldmark taxiert, sofern es den direkten Wiederaufbau in Frankreich, Belgien und Italien betraf. Ermöglicht werden sollte die Zahlung durch internationale Anleihen, die binnen fünf Jahren zu erfolgen hatten. Im ersten Jahr der Anleihe wurde komplett auf Zinsleistungen verzichtet, zugunsten der Stabilisierung der deutschen Währung. Ein vom Völkerbund konstituiertes Finanzinstitut sollte die konkrete Umsetzung des Programmes gewährleisten. Als Garantie für die Anleihe fungierten die deutschen Zolleinnahmen sowie das Kontrollrecht über Haushalts- und Finanzgebaren. Nach In-

¹⁹⁹ Von einer raschen Antwort der angesprochenen Parteien kann indes nicht gesprochen werden: Am 13.3. merkte die PLP kritisch an, dass sich die Parteien aus Frankreich, Belgien und Italien bislang noch nicht gemeldet hätten bezüglich einer gemeinsamen Konferenz. LHASC, Parliamentary Labour Party, Minutes 1923 Special Meeting of the Party, 7.3.1923, LP/PLP/Minutes 1923/12 und 13.

²⁰⁰ Ramsay MacDonald fasste die wichtigsten Ergebnisse der Konferenz für die PLP wie folgt zusammen: »1. That a solution of the problems of reparations and national security is necessary in order that a peaceful policy of European reconstruction may be pursued but that behind that solutions there must be no concealed intention of a political character like territorial annexation or the artificial creation of buffer states. 2. That the present policy in the Ruhr offers no solution of either of the above problems and if pursued to its inevitable crisis will increase the political and economic dangers which now beset the European nations. 3. That the amour proper of all Governments is putting obstacles in the way of negotiations. 4. This Conference therefore appoints a Delegation of four, one from each Parliamentary Party, to meet the German Social Democratic Party and discuss with them a) an adaptation to present needs of the Frankfort reparation plans. B) the conditions under which national security can be attained [...]«. LHASC, Parliamentary Labour Party, Minutes 1923 Special Meeting of the Party, 21.3.1923, LP/PLP/Minutes 1923/20.

²⁰¹ Vorwärts, 8.3.1923; Vorwärts, 21.3.1923 und 26.3.1923; P. SCHEIDEMANN, Memoiren eines Sozialdemokraten, 1928, Zweiter Band, S. 432.

²⁰² F. MENGES, Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923; in: Francia, 4, 1976, S. 625–658, hier: S. 652 f.

krafttreten des Reparationsplanes, der vor allem Rudolf Hilferding zuzuschreiben ist, sollte schlussendlich die Räumung des Ruhrgebietes erfolgen.²⁰³

Neben diesen wirtschaftlichen Aspekten sollte das Deutsche Reich außerdem zusichern, für insgesamt 99 Jahre auf jeden Krieg zu verzichten und die bestehenden Grenzen der Rheinstaaen anerkennen. Anders formuliert versuchten die sozialistischen Delegierten also, das französische Sicherheitsbedürfnis zu antizipieren und mit dieser etwas weit gegriffenen Garantie zufriedenzustellen.²⁰⁴ Aber waren diese durchaus weitreichenden und äußerst konkreten Vorschläge auch von Erfolg gekrönt? Am 31. März trafen sich Léon Blum und Vincent Auriol mit Frankreichs Ministerpräsident Poincaré. Im Verlauf des Gesprächs wurde angekündigt, dass DVP, DDP, Zentrum und SPD mit der Überlegung spielten, das Kabinett Cuno zu stürzen und eine gemeinsame Regierung zu bilden. Die entscheidende Voraussetzung hierfür sei allerdings, dass Poincaré den oben genannten Vorschlag zur finalen Lösung der Reparationskrise auch akzeptieren würde – und sei es nur als Verhandlungsgrundlage. Der Putschplan hänge also ganz entscheidend von der Zustimmung des französischen Regierungsplanes ab, wie die sozialistischen Verhandlungsführer versicherten.²⁰⁵

Abermals stellte sich heraus, dass Poincaré keinesfalls an einer schnellen Lösung der Reparationskrise interessiert war: Wie zuvor lehnte er die Vermittlungsbemühungen ab oder reagierte zumindest ausweichend bis ablehnend auf die Vorschläge.²⁰⁶ Erneut verpasste er die Möglichkeit, dem Konflikt eine entscheidende Wendung zu geben und eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen.²⁰⁷ Damit bestätigte sich, dass jeder Lösungsversuch geradezu zum Scheitern verurteilt war, solange die sozialistischen Verhandlungsführer keinen einflussreichen Partner auf Regierungsebene fanden, der ihre Ansichten teilte – oder, als Alternative, selbst Regierungsverantwortung ausübten.

Immerhin hatte die Ablehnung Poincarés einen positiven Effekt für die interne Kommunikation des Parteidreiecks: Mit dem Vorstoß der Labour Party relativierte sich die zuvor geäußerte Kritik an der SPD vollständig. Der von Hilferding maßgeblich vorbereitete Reparationsplan war fest umrissen und eng an den herrschenden Streitfragen zwischen Deutschland und Frankreich – Sicherheit, Garantiefragen, Konkretisierung der Reparationssumme – orientiert. Die von SFIO und Labour Party geäußerte Kritik an der sozialdemokratischen Schwesterpartei hatte sich dem-

²⁰³ L. ZIMMERMANN, *Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik*, 1958, S. 162; siehe auch: LHAS, Parliamentary Labour Party, Minutes 1923 Special Meeting of the Party, 21.3.1923, LP/PLP/Minutes 1923/21–23.

²⁰⁴ F. MENGES, *Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923*; in: *Francia*, 4, 1976, S. 625–658, hier: S. 652 f.

²⁰⁵ Ebd.

²⁰⁶ Hierzu auch: *Le Populaire*, 16.7.1923.

²⁰⁷ F. MENGES, *Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923*; in: *Francia*, 4, 1976, S. 625–658, hier: S. 652 f.

nach erschöpft; es lag fortan alleine an der französischen Regierung, eine Einigung herbeizuführen oder aber zu akzeptieren.

1.6. Gründung der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) in Hamburg

Der offizielle Zusammenschluss zwischen IASP und Zweiter Internationale erfolgte am 21.5.1923 im festlich geschmückten Konferenzsaal des Hamburger Gewerkschaftshauses. Ein Orchester des Hamburger Stadttheaters eröffnete den internationalen Arbeiterkongress, wenig später folgten Begrüßungslieder des Hamburger Männerchors. Ehe die Vorsitzenden Tom Shaw, Otto Wels und Friedrich Adler ihre Plätze am Vorstandstisch einnahmen, trug die »Genossin Lampl« als Prolog Bérangers »Die heilige Allianz der Völker« vor.²⁰⁸

Anwesend waren 620 Delegierte der Zweiten und Zweieinhalbten Internationale aus insgesamt 30 Ländern, die sich erstmals seit Beginn des Ersten Weltkrieges wieder in Eintracht versammelten. Die Veranstalter gaben sich große Mühe, den Gründungskongress der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) als Festakt zu zelebrieren, als sozialreformistische Aussöhnung zwischen Zentristen und Reformisten.²⁰⁹ Wie einst der Pariser Kongress 1889 wurde auch die Hamburger Veranstaltung symbolträchtig von einem französischen (A. Bracke) und einem deutschen Sozialisten (Otto Wels) eingeleitet. Dieser proletarische Schulterschluss zwischen Deutschland und Frankreich stand beispielhaft für das Anliegen, nicht nur die internationale Einheit der Arbeiterklasse wiederherzustellen, sondern auch deren Aktionseinheit. Für die Internationale sei es endlich an der Zeit sich zu wehren, wie Otto Wels hinreichend deutlich machte: »Gegen alle die sich bewusst oder unbewusst als Feinde und Schädiger des arbeitenden Volkes betätigen, wollen wir uns zusammenschließen als eine Geistesgemeinschaft, eine Tatgemeinschaft, eine Kampfgemeinschaft.«²¹⁰

Der propagierte Kampf gegen den Krieg hatte natürlich auch einen realpolitischen Hintergrund – die Ruhrkrise. Alexandre Bracke betonte deshalb gleich zu Beginn seiner Rede, dass die SFIO Seite an Seite mit der deutschen SPD stehe und mit all ihren Kräfte gegen die Besetzung protestiere.²¹¹ Dies geschah noch zu Beginn des

²⁰⁸ Protokoll des ersten Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses, Hamburg, 21. bis 25. Mai 1923, 1974, S. 7.

²⁰⁹ Ebenfalls hervorgehoben wurden die Kontinuitätslinien der SAI, die als direkter Nachfolger der Ersten und Zweiten Internationale verstanden werden wollte, weshalb die geistigen Väter der Vorgängerorganisation – Kautsky, Bernstein, Bebel, Jaurès – in den verschiedenen Reden besonders häufig erwähnt wurden. W. KOWALSKI / J. GLASNECK (Hrsg.), Die Sozialistische Internationale, 1977, S. 28.

²¹⁰ Protokoll des ersten Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses, Hamburg, 21. bis 25. Mai 1923, 1974, S. 16.

²¹¹ »Wir haben den Friedensverträgen unsere Unterschrift verweigert, wir haben protestiert gegen alle Attentate auf die Freiheit der Völker. Wir haben protestiert gegen die Gewalttätigkeit, die die französische Regierung dem französischen Arbeitervolke genau so wie dem deutschen auferlegt (Hört, Hört!). Wir haben protestiert gegen eine Politik, die zur Ruhrbesetzung geführt hat, und was sich augenblicklich an der Ruhr ereignet, ist geradezu ein Muster für die richtige proletarische Taktik. Wir bewundern die Haltung der deutschen Proletarier an der Ruhr, die zugleich verstehen, einem fremden Militarismus einen ruhigen und darum um so stärkeren Widerstand

Kongresses, bevor die Kommissionen (Mandatsprüfung, organisatorischer Neuaufbau) benannt wurden – so als ob die letzten Zweifel an der Haltung der französischen Partei mit Nachdruck ausgeräumt werden sollten. Während im Anschluss an Brackes Rede Arbeiterkinder Blumenkörbe überreichten, nahmen die Delegierten im Hamburger Gewerkschaftshaus ihre eigentliche Arbeit auf.

Interessant ist, dass die Ruhrkrise erst am vierten Kongresstag intensiv im Plenum diskutiert wurde. Zuvor standen vor allem die Organisation der SAI im Mittelpunkt der Diskussion sowie »der internationale Kampf gegen die internationale Reaktion«. ²¹² Die Debatte über den Ruhrkonflikt wurde von dem Fabier Sidney Webb eröffnet, der allerdings in seiner Rede kaum auf die internationale Situation einging und stattdessen eine Eloge auf den »demokratischen Geist« des Sozialismus hielt. Sein Ziel war es ganz offensichtlich, für Parlamentarismus und Völkerverständigung einzutreten – und damit das theoretische Fundament der SAI in klarer Abgrenzung zur Kommunistischen Internationale aufzubauen. ²¹³ Wesentlich pragmatischer argumentierte Rudolf Hilferding, der in einem Grundsatzreferat einen direkten Bezug zum internationalen System herstellte und dabei vor allem die mangelnde Kooperation zwischen den Regierungen anprangerte: *»Die Mächtigen, die den Versailler Vertrag gemacht haben, konnten sich in Versailles selbst nicht einigen über die Höhe der Tributzahlungen. Die Lösung wurde immer wieder hinausgeschoben und der Reparationskommission überlassen, und bis heute ist die Unsicherheit nicht beseitigt. Bis heute ist es nicht möglich gewesen, eine vernünftige Lösung für diese Fragen zu finden. Genossen, es war anders als die Vertreter der sozialistischen Parteien von Frankreich, Belgien, England, Italien und Deutschland zum erstenmal zusammentraten. Wir haben dort Richtlinien aufzeigen können, die seitdem immer mehr erkannt worden sind als die einzige für eine Lösung brauchbare Grundlage. Und warum war das möglich? Weil wir dort zusammengekommen sind nicht nur als Deutsche, Belgier, Franzosen, Italiener und Engländer, sondern weil wir auch zusammengekommen sind als Sozialisten Frankreichs, Italiens, Englands, Belgiens und Deutschland und weil wir uns als Sozialisten verstanden haben.«* ²¹⁴

Damit vertrat Hilferding die Ansicht, dass die Delegierten der sozialistischen Parteien die besseren Verständigungspolitiker seien. Dabei negierte er weder die natio-

entgegenzusetzen und es zugleich vermeiden, denen neue Waffen in die Hände zu drücken, die aus den Taten unserer verantwortlichen Regierung für ihre verderbliche Aktion neue Nahrung ziehen möchten.« Ebd., S. 17.

²¹² Bezug wurde hierbei vor allem auf die Beziehung der SAI zu Russland genommen. Diesbezüglich gab der russische Delegierte Abramowitsch der Hoffnung Ausdruck, dass die Zeit kommen werde, »wo auch die russischen Arbeiter wieder Schulter an Schulter mit den Arbeitern der ganzen Welt den Kampf gegen den Kapitalismus führen werden.« Insgesamt war der Kongress weniger über die Bedrohung durch den Kommunismus besorgt, sondern vielmehr von der Sorge getrieben, die Westmächte könnten erneut einen Kreuzzug gegen Sowjetrussland planen. Ebd., S. 37; J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 289.

²¹³ Eben deshalb kritisierte er jedwede Form der »Anwendung von Gewalt« und insistierte auf Toleranz und Diskussion als »Grundwerte« der Demokratie. Protokoll des ersten Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses, Hamburg, 21. bis 25. Mai 1923, 1974, S. 53.

²¹⁴ Ebd., S. 55.

nalen Interessen der einzelnen Sektionen, noch leugnete er die Probleme, die bei den verschiedenen Gesprächen aufkamen. Zwar betonte er zu Beginn seiner Rede den »sozialistischen Geist« (»weil wir uns als Sozialisten verstanden haben«) – nannte aber vor allem Verständnis und Verständigungsbereitschaft als Grundbedingung für die genannte Übereinkunft zwischen den sozialistischen Parteien, die schließlich zu den Reparationsplänen von Amsterdam und Frankfurt geführt hatten.²¹⁵ Damit sind seine Ausführungen nicht nur als Lobrede auf die sozialistischen Verständigungspolitiker, sondern auch als Forderung zu verstehen – gerichtet insbesondere an die alliierten Regierungen –, vom »Geist der Gewalt« Abstand zu nehmen und eine einvernehmliche Lösung der Reparationsfrage zu finden. Aufgabe der sozialistischen Parteien sei es in der Zwischenzeit, »die neugewonnenen Positionen zu befestigen und auszugestalten und sie dazu zu benutzen, um immer mehr Einfluss auf den Staat zu gewinnen [...]«.²¹⁶

Ganz ähnlich positionierte sich Léon Blum, der in seiner Rede den Versailler Vertrag als Grundübel bezeichnete, als Rückschritt selbst gegenüber denjenigen Verträgen, die in den Jahren und Jahrzehnten zuvor unterzeichnet worden seien:²¹⁷ *»Auf der einen Seite finden wir darin die Spuren jenes Wilson, der besonders in dem Augenblick, in dem er, aus Amerika kommend, in Europa landete, eine große, herrliche, idealistische Zukunft vor Augen hatte. Wir finden in dem Vertrag Spuren dieses neuen Idealismus, Spuren eines modernen Freiheitsgefühls, das alle Unterdrückung von Völkern ablehnt, das dem vollen Selbstbestimmungsrecht der Völker Geltung zu verschaffen sucht. Wir finden in dem Versailler Vertrag unklar und tastend all das, was Wilson ursprünglich gewollt hat, auf der anderen Seite aber finden wir darin auch die harten Spuren derer, die, auf dem alten Wege gehend, die alten Traditionen einer vergangenen Zeit, einer vergangenen Diplomatie aufrechterhaltend, Prinzipien in die Verträge hineinbrachten, die jenem modernen Idealismus in der schärfsten Weise widersprechen.«*²¹⁸ Im Folgenden entwickelte Blum das Konzept einer künftigen Friedensordnung, für die die internationale Verständigung und internationale Aktion die beiden wichtigsten Grundvoraussetzungen seien. Wie Hilferding bezog er sich in seinen Ausführungen auf den Sozialistenkongress in Frankfurt, auf dem der sozialistische Reparationsplan verabschiedet wurde und lobte die beteiligten Protagonisten für ihre Verständigungspolitik.²¹⁹ Zum Abschluss seiner Rede betonte Blum, dass die SFIO in der deutschen Arbeiterschaft den wichtigsten Garanten für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens sehe. Diese Redewendung bürgerte sich in der Folgezeit ein und wurde zu einem Markenzeichen der französischen

²¹⁵ Ebd.

²¹⁶ Der Geschlossenheit des Kapitalismus solle eine Geschlossenheit des Proletariats entgegengestellt werden. Ebd., S. 61.

²¹⁷ Vgl. G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 305.

²¹⁸ Protokoll des ersten Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses, Hamburg, 21. bis 25. Mai 1923, 1974, S. 62.

²¹⁹ Bereits im März 1923 hatte L. Blum auf einer öffentlichen Konferenz in St. Nazaire erklärt, dass die Lösung der Reparationsfrage ausschließlich über eine internationale Verständigungspolitik erreicht werden könne. A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Dossier Léon Blum, Rapport, 18.3.1923, F/7/15933.

Sozialisten für die Charakterisierung der SPD. Den deutschen Sozialdemokraten sicherte Blum außerdem zu, dass die SFIO alles tun werde, um den Militarismus in ihrem Land in seine Schranken zu verweisen und der Demütigung des deutschen Volkes ein Ende zu bereiten.²²⁰ Für seine Rede erhielt Blum tosenden Applaus, Arthur Crispien verglich ihn gar mit Jean Jaurès.²²¹

Am Ende des Kongresses wurde schließlich eine Resolution mit dem Titel »Der imperialistische Frieden und die Aufgaben der Arbeiterklasse« verabschiedet.²²² In Bezug auf die Ruhrkrise konstatierte der Kongress, dass der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete eine der wesentlichen Bedingungen für die materielle und moralische Befriedigung Europas bleibe. Damit erneuerte die SAI die bereits in Frankfurt und Amsterdam genannten Eckpunkte und erklärte abermals, dass für Deutschland eine moralische Pflicht zum Wiederaufbau bestehe. Außerdem appellierte der Kongress (wie zuvor Blum und Hilferding) an die alliierten Regierungen, ein »aufrichtiges Übereinkommen« zu vereinbaren und definierte darüber hinaus den eigenen Verantwortungsbereich sowie die kommenden Aufgaben: »*Pflicht der Internationale ist es [...], auf dem Wege über die am unmittelbarsten interessierten Parteien mit Nachdruck auf die alliierten Regierungen, und ganz besonders auf die französische und belgische Regierung einzuwirken [...].*« Gleichfalls müsse Druck auf die deutsche Regierung ausgeübt werden, um den Weg der Verhandlungen forcieren zu können.²²³

Im Hinblick auf zukünftige Krisen und Konflikte wurde in Hamburg klar vereinbart, dass Beschlüsse der SAI »für alle ihre Teile bindend sind«, die Rechte der Einzelparteien z. B. in außenpolitischen Fragen also eingeschränkt seien.²²⁴ Der Generalstreik wurde von der SAI einerseits als »verpflichtend« im Falle eines Kriegs-

²²⁰ Anders als unmittelbar nach Kriegsende wurde der Kriegsschuldparagraph des Versailler Vertrages nun auch von der SFIO mehrheitlich angeprangert. Dies kann sicherlich damit erklärt werden, dass sich die SPD nun eindeutig zur moralischen Schuld Deutschlands bekannte und daraus die Verpflichtung ableitete, für den entstandenen Schaden aufzukommen. Zu den Ausführungen Blums: Protokoll des ersten Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses, Hamburg, 21. bis 25. Mai 1923, 1974, S. 69.

²²¹ »*Unser Genosse Blum hat gesprochen als ein Vertreter jenes Frankreich, mit dem sich auch trotz alledem das deutsche Proletariat solidarisch fühlt (Stürmischer Beifall). Die tapfere Rede des Genossen Blum hat uns an die großen Geister vieler unserer Vorkämpfer erinnert, an Jaurès (der ganze Kongress erhebt sich und buhlt in einer stürmischen Kundgebung dem Andenken an Jaurès) und andere tapfere Männer, die für die Welt und die Menschheit gekämpft haben.*« Kurz darauf erinnerte Emile Vandervelde an die gefallenen Kämpfer, die ihr Leben für den Sozialismus gegeben hätten: J. Jaurès, H. Haase, R. Luxemburg, K. Eisner, K. Liebknecht. Auch hier wurde also gezielt die Traditionslinie zur II. Internationale gezogen. Ebd., S. 70.

²²² Die Resolution wurde auf Punkt 1 der Tagesordnung gesetzt. Ebd., S. -6-.

²²³ Faktisch nannte die SAI drei zentrale Forderungen, die für die Lösung der Reparationskrise unabdingbar seien: 1. Die Festsetzung der von Deutschland geschuldeten Summe auf einen realistischen und für das Land zahlbaren Betrag; 2. Die Aufstellung eines Zahlungsplanes mit etwaigen Kreditoperationen für Deutschland; 3. Der Abschluss eines Übereinkommens zwischen den alliierten Regierungen, der es ermögliche, die Wiedergutmachungszahlung vollständig für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu verwenden. Hierfür sei indes eine Einigung zwischen den europäischen Alliierten und den USA betreffs einer möglichen Annullierung der Schulden nötig. Ebd.

²²⁴ Vgl. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 286 f.

ausbruches angesehen – bezüglich des Ruhrkonfliktes jedoch nicht explizit erwähnt.²²⁵ In praktischer Hinsicht nahm die Idee einer gesamteuropäischen Arbeitsniederlegung also eine untergeordnete Funktion ein.²²⁶

Was die Zusammenarbeit des Parteiendreiecks anbelangt, so war der Kongress für sich genommen ein Produkt deutsch-französischer Kooperation. Zwar waren die Delegierten der Labour Party maßgeblich daran beteiligt gewesen, dass der Kongress überhaupt stattfinden konnte, indes waren die britischen Vertreter in Hamburg überraschend dezimiert: Arthur Henderson war zwar erschienen, fehlte jedoch nach wenigen Tagen krankheitsbedingt,²²⁷ Ramsay MacDonald zog es vor, in Großbritannien zu bleiben, um seinen Pflichten im britischen Parlament nachzukommen.²²⁸ Damit war Tom Shaw der einzige namhafte Labour-Politiker, der den Kongress vollständig besuchen konnte.

Die deutsche und französische Delegation waren hingegen wesentlich präsenter in den Diskussionen, zahlenmäßig überlegen und aufgrund der Ruhrkrise auch thematisch eng miteinander verflochten.²²⁹ Damit entstand der falsche Eindruck, die neu gegründete SAI sei ein von SPD und SFIO dominiertes Projekt.²³⁰ Faktisch wurde die SAI in ihrer organisatorischen Zusammensetzung weiterhin von britischen Politikern dominiert,²³¹ während der Kongress nach außen hin als deutsch-französisches Projekt verkauft wurde. Dies mag im Hinblick auf die Ruhrkrise ein gelungener pro-

²²⁵ In den Statuten der SAI wurde konstatiert: »Der Kongreß [...] ruft die Arbeiterparteien aller Länder auf, zu diesem Zweck unausgesetzte Aufklärungsarbeit zu leisten, um so die Arbeiter vorzubereiten, jedem Aufruf der internationalen sozialistischen Arbeiterorganisationen auf Arbeitsniederlegung Folge zu leisten, wenn die Friedenspolitik der Internationale versagen und die kapitalistischen Regierungen eine unmittelbare Kriegsgefahr hervorrufen sollten.« IISG, SAI, Internationaler Sozialistischer Arbeiterkongress, Hamburg, II. Resolutionen, 1923, IISG/SAI/7/3.

²²⁶ Nach wie vor war die länderübergreifende Arbeitsniederlegung mehr Mythos als Wirklichkeit, was beispielhaft aus der Konferenz von Amsterdam (Januar 1923) hervorgegangen war, wo ein Generalstreik von französischer Seite grundsätzlich ausgeschlossen wurde – und die englischen Vertreter erst gar nicht erschienen waren, weil sie an einer solchen Debatte kein Interesse hatten. IISG, Labour and Socialist International – London Archives, The Situation in the Ruhr. International Conference, 26.–27.1.1923, IISG/LSI/57/1; Ausführlicher beschrieben in: Kapitel 5.3.

²²⁷ Protokoll des ersten Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses, Hamburg, 21. bis 25. Mai 1923, 1974, S. 88.

²²⁸ Arthur Henderson über das Fehlen MacDonalds: »Unser Freund MacDonald hat sich selbst der Gelegenheit beraubt, hierher zu kommen, weil er als Führer der Opposition im Unterhaus gerade in dieser schwierigen Frage (Debatte über die Ruhrkrise, Anm. d. V.) das Wort nehmen wird.« Ebd., S. 20.

²²⁹ Darüber hinaus wurde gezielt die deutsch-französisch-dominierte Tradition der Arbeiterinternationale bemüht, indem immer wieder auf Jaurès, Bebel und andere Größen der Bewegung rekurriert wurde.

²³⁰ Als die Zusammensetzung der SAI-Exekutive beschlossen wurde, stellte England mit Henderson, MacDonald und Thomas drei Vertreter, während die SFIO mit Bracke und Longuet nur zwei Delegierte nominieren durfte (für Deutschland traten an: Wels, Crispian, Müller). Henderson fungierte zudem als Vorsitzender der Exekutive, Tom Shaw übte gemeinsam mit Adler die Funktion des SAI-Sekretärs aus. Protokoll des ersten Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses, Hamburg, 21. bis 25. Mai 1923, 1974, S. -16.

²³¹ Auch im Vorwärts wurden insbesondere die Schlussreden des Kongresses – Hilferding, Blum – rezipiert, während die englischen Delegierten nur marginal Erwähnung fanden. Vorwärts, 26.5.1923.

pagandistischer Schachzug gewesen sein, der in den Parteizeitungen entsprechend ausgeschlachtet wurde, jedoch keineswegs der Wirklichkeit entsprach.²³²

1.7. *Streit zwischen SPD und Labour Party: Parteikonferenz über die Ruhrfrage in Easton Lodge*

Spätestens mit dem Amsterdamer Kongress (Januar 1923) war klar geworden, dass die internationale Arbeiterschaft auf Verhandlungen statt außerparlamentarische Maßnahmen setzen würde. Dieser eigentlich aus der Not geborene Entschluss wurde in Hamburg von Blum und Hilferding ideologisch untermauert und in ein abstraktes, von einem »modernen Idealismus« (Blum) geprägtes System internationaler Beziehungen eingebettet, dessen entscheidender Katalysator die »Verständigungspolitik« (Hilferding) war.

Aber welche Ergebnisse konnten mit dieser Politik erzielt werden? Die deutsche Reichsregierung hatte am 2.5.1923 bereits den Versuch unternommen, ein »Verlegenheitsangebot« an Frankreich zu formulieren, indem der Gesamtbetrag der Reparationsleistungen auf 30 Milliarden Goldmark festgesetzt wurde – ein Angebot, das in ähnlicher Form schon auf der gescheiterten Pariser Konferenz formuliert worden war. Eine Garantieerklärung für die deutschen Ostgrenzen – wie von Sozialisten in Deutschland und Frankreich gefordert – gab die Reichsregierung indes nicht ab, weshalb intern im Auswärtigen Amt auch eine rasche Ablehnung der Note erwartet wurde. Aufgrund interalliiertter Spannungen zwischen Frankreich und Großbritannien, aber auch Dissonanzen zwischen Frankreich und Belgien, blieb Poincaré jedoch die Genugtuung versagt, Deutschland verbal in die Schranken zu weisen. Stattdessen war er dazu gezwungen, nach Brüssel zu reisen und die deutsche Note »Punkt für Punkt« zu widerlegen.²³³

Das Anliegen der SPD in dieser Situation war es, den Druck auf die Reichsregierung zu erhöhen, um eine Verbesserung des deutschen Angebotes zu erreichen. Wie Hermann Müller, Arthur Crispien und Otto Wels in einem Brief an den SAI-Sekretär Tom Shaw deutlich machten, habe die SPD damit ihre »internationale Verpflichtun-

²³² Ein entsprechend kontroverses Urteil über den Hamburger Kongress findet sich in einem Artikel des kommunistischen Pressedienstes vom 20.5.1923: Darin wird zunächst auf den ehemaligen Vorsitzenden der USPD, G. Ledebour, Bezug genommen, der der SPD sowie der II. Internationale Versagen unterstellt und sich gegen eine Einigung der Arbeiterklasse ausgesprochen habe, stattdessen eine Fusion mit der KI präferiere. Des Weiteren findet eine Rede des »Ruhr-Experten« der Labour Party, C. R. Buxton, Erwähnung, der die Stellungnahme des SFIO-Sekretärs Paul Faure als »ängstlich« bezeichnet habe, da dieser mit keinem Satz auf die Ruhrbesetzung eingegangen sei. Ganz anders sei in Großbritannien Ramsay MacDonald vorgegangen, der sich vehement gegen die französische Aggression zu Wehr gesetzt hätte. Buxton zeichnete seinen Landsmann ergo als leuchtendes Vorbild, während er Faure kritisierte. IISG, SAI, Internationaler Sozialistischer Arbeiterkongress, Hamburg, Kommunistischer Pressedienst, 20.5.1923, IISG/SAI/20/15.

²³³ L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 180 f.

gen« hinreichend erfüllt.²³⁴ Dessen ungeachtet bemerkten die drei Sozialdemokraten unverhohlen, dass der Einfluss der SPD kaum ausreichen werde, um die katastrophale Situation im Inland zu verbessern. Deutschland stehe am Rande des Zusammenbruchs und benötige dringend Hilfe: »*Um es offen auszusprechen: Wir befinden uns am Anfang eines allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zersetzungsprozesses, wie ihn die Welt vielleicht, sogar in Sowjetrußland, noch nicht gesehen hat.*«²³⁵ Eben deshalb riefen sie Tom Shaw an, die Internationale sowie das Exekutivkomitee der Labour Party umgehend über »unsere Auffassung der Situation« zu unterrichten. Beide sollten umgehend bei der Regierung Baldwin vorstellig werden – und zwar mit Nachdruck. Die englische Regierung müsse unbedingt von der »wahren Situation« in Deutschland unterrichtet werden und ihren starken Einfluss in Paris und Brüssel geltend machen. Die Forderung einer Kapitulation Deutschlands könne nicht zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden, so das Fazit der deutschen Sozialdemokraten, die sich vom Einfluss der britischen Labour Party ganz offensichtlich wesentlich mehr erhofften als von ihrer französischen Schwesterpartei: »*Wenn auch die Einflußmöglichkeiten der französischen Sozialisten auf ihre Regierung leider sehr gering sind, so besteht dagegen die Möglichkeit einer verhältnismäßig starken Einflußnahme der belgischen Arbeiterpartei auf die Regierung Theunis. Wir stellen Ihnen daher anheim, als Sekretär der Internationale diejenigen Schritte in Brüssel bei den belgischen Genossen zu unternehmen, die Sie für zweckmäßig halten.*«²³⁶

Auch die deutsche Regierung blieb nicht untätig und unterbreitete Frankreich am 7. Juni ein verändertes Angebot, das jedoch von Poincaré kurzerhand abgelehnt wurde. Die Begründung lautete schlechthin, das deutsche Angebot sei nicht akzeptabel, da die Beendigung des passiven Widerstandes – für ihn weiterhin die Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen – nicht enthalten sei.²³⁷ Das deutsche Angebot war zuvor von der Labour Party, namentlich Ramsay MacDonald und Philip Snowden, ausdrücklich gelobt worden, auch Salomon Grumbach hatte sich optimistisch gezeigt –²³⁸ was indes weder für die SPD noch für die Regierung Cuno von

²³⁴ Am 8. Juni schreiben Wels, Müller, Crispian an den Sekretär der SAI, Tom Shaw: »*Durch unseren unausgesetzten Druck auf die Reichsregierung und auf die bürgerlichen Parteien ist es uns gelungen, das neue deutsche Angebot so verbessern zu lassen, daß es sowohl in Bezug auf die Höhe der Gesamtsumme, die sich aus ihm ergibt, wie auch in der Frage der Garantien dem entspricht, was auf unserer internationalen Konferenz Ende März in Berlin vereinbart worden war. [...] Die Forderung Frankreichs und Belgiens einer Einstellung des passiven Widerstandes als Vorbedingung jeglicher Verhandlungen oder gar einer Prüfung der deutschen Vorschläge läuft auf das Verlangen einer glatten Kapitulation Deutschlands hinaus. Für die französische Regierung ist diese Forderung offenbar nur eine jener Prestigefragen, gegen die wir uns auf unserer Berliner Konferenz allseitig und mit aller Schärfe gewandt hatten.*« IISG, SAI, Brief von Wels, Müller, Crispian an T. Shaw, 8. 6. 1923, IISG/SAI/1408.

²³⁵ Ebd.

²³⁶ Ebd.

²³⁷ L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 180.

²³⁸ In einem Gespräch mit Kessler vom 7. 5. 1923 machte Grumbach deutlich, dass Poincaré nicht jede Diskussion ablehnen werde und zumindest partiell gesprächsbereit sei. Die Idee einer Abspaltung des Rheinlandes sei mittlerweile aufgegeben, wie Grumbach deutlich machte. »Im Ganzen war Grum-

Belang war:²³⁹ Solange die französische Regierung stur blieb und die Kapitulation des Reiches forderte, das Reich eben dies ablehnte, die britische Regierung wiederum auf die Wahrung ihrer Neutralität setzte, konnte beim besten Willen kein Fortschritt erzielt werden.²⁴⁰

Damit erschöpfte sich auch die Trumpfkarte der SPD, auf die Hilfe der britischen Genossen zu setzen, endgültig. Zwar reisten Otto Wels und Rudolf Breitscheid auf Einladung MacDonalds Ende Juni 1923 nach London, um dort an einem Parteitag der Labour Party teilzunehmen.²⁴¹ Indes scheiterte Breitscheids Versuch, die englischen Genossen für ein entschiedeneres Vorgehen gegen Frankreich und für die deutsche Sache zu gewinnen. Ganz im Gegenteil wurde hinter den Kulissen sogar von britischer Seite der Vorwurf erhoben, die SPD füge sich widerstandslos den preußischen Machthabern und weigere sich gleichzeitig, Regierungsverantwortung zu übernehmen – obwohl sie rein numerisch gesehen eben zu diesem Schritt verpflichtet wäre. Als wäre das nicht genug, wurde in den Reihen der Labour Party die Forderung laut, den passiven Widerstand umgehend abubrechen, um Verhandlungen mit Frankreich überhaupt möglich zu machen.²⁴² Aufgrund der fehlgeschlagenen Verhandlungen mit den britischen Genossen empfahl ein offensichtlich frustrierter Breitscheid²⁴³ dem Ministerialdirektor des Auswärtigen Amtes, Carl von Schubert, »unter der Hand« Verhandlungen mit Frankreich aufzunehmen, da »mit England doch nichts anzufangen sei.«²⁴⁴

Die eigentliche Streitfrage zwischen Labour Party und SPD zu diesem Zeitpunkt war allerdings nicht etwa die Übernahme politischer Macht oder der Abbruch des passiven Widerstandes, sondern die mögliche Demilitarisierung des Rheinlandes. Bereits im Februar 1923 hatte Rudolf Breitscheid dem Labour-Exekutivkomitee dar-

bach nicht hoffnungslos«, wie Kessler in seinem Tagebuch vermerkte. H. GRAF KESSLER, *Das Tagebuch*, Eintrag vom 7. 5. 1923, Bd. 7, S. 784 f.

²³⁹ PA, Büro RM, Stahmer an Schubert, 4. 6. 1923, 14, Bd. 1, R 28339.

²⁴⁰ Die französische Haltung wurde auch von der SPD zusehendes negativer konnotiert. So wurde die Reaktion Frankreichs auf die deutsche Note Anfang Mai beispielsweise als geschickter Versuch Poincarés bewertet, eine Lösung der Ruhrkrise unmöglich zu machen. Die SFIO stärkte diese Haltung und vermerkte ihrerseits, dass eine Kapitulation der demokratischen Kräfte in Deutschland nicht zumutbar und auch für Frankreich kontraproduktiv sei. F. MENGES, *Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923*; in: *Francia*, 4, 1976, S. 625–658, hier: S. 636 und 644.

²⁴¹ IISG, SAI, Brief von Wels an T. Shaw, 22. 6. 1923, IISG/SAI/1408.

²⁴² Zur Reise von Wels und Breitscheid: *Daily Telegraph*, 5. 7. 1923; S. FEUCHT, *Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933)*, 1998, S. 311; J. F. WRÝNN, *The Socialist International and the politics of european reconstruction*, 1976, S. 59; *Labour Party Annual Conference Report*, London 1923, S. 22.

²⁴³ Schon Anfang Mai 1923 konstatierte Salomon Grumbach, dass Breitscheid eine »schwere Krisis« durchmache und sich durchweg pessimistisch äußere. Aktuell halte der Deutsche weder eine Einigung auf internationaler Ebene für möglich, noch einen Eintritt der SPD in eine »bürgerliche Regierung«. H. GRAF KESSLER, *Das Tagebuch*, Eintrag vom 7. 5. 1923, Bd. 7, S. 784 f.

²⁴⁴ Ministerialdirektor von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce (London), 25. 6. 1923; in: *ADAP*, A VIII, Nr. 38.

gelegt, dass ein Abzug britischer Truppen nicht erwünscht sei.²⁴⁵ Die Parteiführung schien Breitscheldts Anliegen zunächst zuzustimmen – allerdings bahnte sich im Frühjahr 1923 ein grundlegender konzeptioneller Wandel der außenpolitischen Labour-Strategie an: Anfang März hatte ein ACIQ-Unterausschuss festgestellt, dass die Partei keine stimmige Sicherheitspolitik verfolge. Diese sei jedoch in mehrfacher Hinsicht der Schlüssel zur Lösung der Ruhrkrise, da es im Kern um Sicherheit und nicht um Reparationen gehe.²⁴⁶ Aus diesem Grund wurde ein Unterausschuss des ACIQ damit beauftragt, ein geeignetes Gesamtkonzept zu entwickeln. Dieser erklärte klar Anfang Mai 1923, dass die Partei klar und deutlich zu einer Demilitarisierung des Rheinlandes tendiere und ihre künftige Politik in ein System kollektiver Sicherheit einbetten wolle.²⁴⁷ Folgerichtig forderte auch der Labour-Parteitag Ende Juni 1923 den Abzug britischer Truppen aus dem Rheinland sowie die Einberufung eines Weltfriedenskongresses.²⁴⁸ Zwar war dieser Beschluss innerparteilich umstritten gewesen – insbesondere weil die SPD eben diesen Schritt verhindern wollte –, jedoch setzte sich innerhalb der Parteiführung um Henderson und MacDonald sowie im ACIQ die Ansicht durch, dass nur eine konsequente Abrüstungspolitik den Frieden garantieren könne.²⁴⁹ Hierbei sollte die multilaterale Abrüstungs- und Verständigungspolitik im Völkerbund vorgetragen und umgesetzt werden.²⁵⁰

Dieser außenpolitische Kurswechsel hatte selbstverständlich auch Folgen für die Kooperation mit den ausländischen Schwesterparteien: Als sich das Büro der Zweiten Internationale am 11. Juli in Brüssel versammelte, nahmen die Vertreter der Labour Party erstaunlich viel Rücksicht auf die französischen Delegierten, insofern die bislang geltenden Reparationsbestimmungen der Internationale im Interesse der SFIO aufgeweicht wurden.²⁵¹ Anwesend waren unter anderen: Henderson, Blum, Vandervelde und Troelstra – Otto Wels konnte die Reise aufgrund von Passschwierigkeiten nicht antreten.²⁵² Eigentlich wurde aufgrund dessen beschlossen, keine

²⁴⁵ LHASC, Executive Committee, Sitzung vom 12. 2. 1923, LP/EC/Minutes/Januar-März 1923.

²⁴⁶ LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 8. 3. 1923, IAC/1; hierzu auch: LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 15. 3. 1923, IAC/1.

²⁴⁷ Die Grundkonstituenten des neuen Konzepts lauteten: Multilaterale Abrüstung und Kontrolle der verbleibenden Rüstungsindustrien. W. KRIEGER, Labour Party und Weimarer Republik, 1978, S. 279; J. F. WRYNN, The Socialist International and the politics of european reconstruction, 1976, S. 59.

²⁴⁸ Ebd.

²⁴⁹ Vgl. H. R. WINKLER, Paths not taken, 1994, S. 116 ff.

²⁵⁰ »British Labour denounced the opinion that the existing League was so defective and so perverted by imperialistic policy that nothing could be done with it. [...] if the governments that composed the League genuinely renounced imperialistic, capitalistic, nationalist and belligerent policy, the existent League could provide a framework that, if certain important defects were remedied, might become a powerful instrument of pacifist internationalism.« Indes plante die Parteiführung um Henderson und MacDonald keine blinde Abrüstung – MacDonald sah Europa nach wie vor »bis an die Zähne bewaffnet« –, sondern vielmehr eine »Politik der kleinen Schritte«, mit dem Ziel, eine »Balance of Power« herzustellen. Ebd.

²⁵¹ IISG, SAI, Bureau, The Ruhr Question, 11. 7. 1923, IISG/SAI/BUREAU/599.

²⁵² LHASC, Labour Party/TUC Joint International Sub-Committee, 1919–1923, Bericht über die Brüsseler Konferenz, 13. 7. 1923.

konkreten Beschlüsse zu fassen, jedoch nutzten die anwesenden Delegierten, insbesondere Blum und Vandervelde, die Gelegenheit, ihre Sichtweise über die aktuelle Entwicklung des Ruhrkonfliktes darzulegen.²⁵³ Ersterer stellte die Behauptung auf, dass die Situation in Frankreich so schlecht wie niemals zuvor sei. Die Bevölkerung sei nach wie vor auf der Seite des französischen Präsidenten und die Öffentlichkeit könne sich mit dem Status quo erschreckend gut arrangieren. Grund hierfür sei, dass Frankreichs Ansehen einen irreparablen Schaden erleide, wenn ein sofortiger Truppenabzug befohlen werden würde. Selbst Vertreter der Opposition wie Louis Loucheur kämen deshalb zu der Auffassung, dass ein Zurückweichen der Regierung unmöglich sei. Zwar werde in Frankreich ein Bruch mit England befürchtet, dennoch könne das Land nicht nachgeben, aufgrund der von Poincaré geschaffenen, festgefahrenen Situation. Der Papstbrief habe in Frankreich einen negativen Effekt evoziert;²⁵⁴ Vertreter der katholischen Kirche hätten sich vehement gegen seinen Inhalt ausgesprochen und sich verletzt gezeigt. Blum sagte weiter, er sei der einzige Vertreter in der französischen Kammer gewesen, der sich den Inhalt des Briefes zunutze gemacht habe – jedoch mit durchwachsenem Resultat.²⁵⁵ Anders formuliert vertrat der SFIO-Politiker also die Ansicht, dass es jetzt an Brüssel liege, die Ruhrkrise in die richtigen Bahnen zu lenken: Eine Intervention des belgischen Partners könnte einen größeren Einfluss auf Frankreichs Politik haben, als ein möglicher Bruch mit England, so Blums Fazit.²⁵⁶

Weil Otto Wels das Brüsseler Treffen verpasst hatte, wurde 11 Tage später eine Folgekonferenz einberufen: Diese fand am 22. Juli 1923 in Easton Lodge (London) statt.²⁵⁷ Für die SPD nahm der Vorsitzende Adolf Braun teil,²⁵⁸ der sogleich als erster Delegierter einen Bericht über die Lage in seinem Land präsentierte – und dabei sehr forschende Töne anschlug: »Deutschland ist nicht verloren, aber es befindet sich augenblicklich in einem Zustand heftigsten Fiebers. Die von Tag zu Tag wechselnde Lage birgt

²⁵³ IISG, SAI, Bureau, The Ruhr Question, 11.7.1923, IISG/SAI/BUREAU/599.

²⁵⁴ Hierzu: M. HOFFMANN, Ordnung, Familie, Vaterland, 2008, S. 349 f.

²⁵⁵ IISG, SAI, Bureau, The Ruhr Question, 11.7.1923, IISG/SAI/BUREAU/599.

²⁵⁶ Ferner schlug er die Einsetzung einer internationalen Expertenkommission vor, die Deutschlands Zahlungsfähigkeit feststellen und die Reparationssumme konkret fixieren solle. Dies stellte einen klaren Bruch zur Frankfurter Resolution dar – bislang sollte Deutschland nach sozialistischer Vorstellung nur für den im Krieg entstandenen Schaden aufkommen. Doch auch Arthur Henderson sprach sich für diesen Vorschlag aus und unterstützte Blums Initiative nach Kräften. Ebd.

²⁵⁷ IISG, SAI, Bureau, Parteienkonferenz über die Ruhrfrage, 22.7.1923, IISG/SAI/Bureau/854.

²⁵⁸ Welche Probleme der Besuch Brauns für die Labour Party bereitete und welche Umstände allgemein mit internationalen Sozialistentreffen einhergingen, wird an der folgenden Nachricht von Braun an T. Shaw deutlich: »Wels ist in Karlsbad, Crispin ist auf Urlaub, Müller ist von Berlin unakkömlich, so hat der P.-V. beschlossen, mich zu entsenden. Ich komme am Sonnabend um 9.30 Uhr vormittags in der London Liverpool Street an. Es ist wohl nicht ausgeschlossen, daß Fritz Adler, von dem ich höre, daß er seine Kur in Naubeim unterbrechen will, mit dem gleichen Zuge ankommt. Sollte das nicht der Fall sein, dann wäre ich sehr dankbar, wenn ich am Bahnhofe von einem deutsch oder französisch sprechenden Genossen abgeholt würde. Ich bin sonst mit meinen 10 englischen Worten in London verloren.« IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, Dossier betr. die von der SAI einberufene Konferenz der sozialistischen Parteien Belgiens, Deutschlands und Frankreichs und der Labour Party über die Ruhrbesatzung, Easton Lodge, 22. Juli 1923, IISG/SAI/Vierparteienkonferenz/854.

die Gefahr unvorhergesehener Ereignisse. Das Wichtigste ist deshalb, keine Zeit mehr zu verlieren. Dies ist auch ein Interesse Englands, das, wenn Poincarés Verschleppungstaktik ihr Ziel, Deutschlands Kapitulation, erreicht, diplomatisch besiegt und aus der europäischen Politik ausgeschaltet wäre (Hervorhebung, Anm. d. V.). Notwendig ist vor allem die moralische Stärkung Deutschlands und seiner Arbeiterschaft.«²⁵⁹

Damit appellierte Braun unverhohlen an die Labour Party, im Interesse der deutschen – und englischen – Arbeiterschaft Partei zu ergreifen und in der Ruhrfrage aktiver zu werden.²⁶⁰ Des Weiteren erklärte er, auch als Verhandlungsangebot an die SFIO, dass die SPD durchaus dazu bereit wäre, den passiven Widerstand in »Formen zu überführen«, die für die französische Regierung erträglich seien.²⁶¹ Die deutsche Regierung wolle er wiederum dazu auffordern, den aktiven Widerstand komplett zu unterbinden, da die Gefahr bestehe, »Frankreich könnte eine extreme nationalistische Gewalttat (etwa gegen einen französischen Eisenbahnzug) zum Vorwand der Kriegserklärung und des Marsches nach Berlin nehmen.«²⁶² Damit zeigte sich der SPD-Delegierte Braun in Easton Lodge einerseits kompromissbereit, andererseits sehr forsch, insbesondere gegenüber den englischen Genossen.²⁶³

Retrospektiv betrachtet war das Auftreten der SPD durchaus vielversprechend, insofern die Auswärtigen Ämter in Deutschland, Frankreich, Großbritannien im Juli

²⁵⁹ »Als Mittel könnten hierzu dienen: a) die Einleitung einer diplomatischen Konversation durch eine Rückfrage Englands an Deutschland, woraus sich später mündliche Verhandlungen, wenn möglich aller beteiligten Mächte ergeben könnten; b) eine der deutschen Reichsbank gegebene internationale Anleihe, die das Vertrauen zur deutschen Währung wiederherstellen könnte; c) eine Bekundung des Interesses der Neutralen (Skandinavien, Holland).« Ebd.

²⁶⁰ Die SPD erhielt ebenfalls ein Protokoll der Brüsseler Sitzung vom 11. Juni, so dass Braun über die aktuellen Entwicklungen des Büros informiert war. Léon Blum hatte dafür plädiert, den assoziierten Parteien Kopien der Treffen zugänglich zu machen. IISG, SAI, Bureau, The Ruhr Question, 11.7.1923, IISG/SAI/BUREAU/599.

²⁶¹ Zu diesem Schluss kam man sowohl im Auswärtigen Amt als auch im Lager der SPD. Insofern stellte die mögliche Aufgabe des passiven Widerstandes nur vordergründig ein Entgegenkommen dar. Zwar hatten Gewerkschaften und SPD zusammen mit den Berliner Zentralen am 31. 5. erklärt, den Widerstand trotz Aufnahme von Verhandlungen fortzusetzen, allerdings zeichnete sich wenige Wochen später, auch unter Berücksichtigung der katastrophalen Versorgungssituation, ein Umdenken ab. Vgl. L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 181; H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, 1998, S. 199.

²⁶² IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, Dossier betr. die von der SAI einberufene Konferenz der sozialistischen Parteien Belgiens, Deutschlands und Frankreichs und der Labour Party über die Ruhrbesatzung, Easton Lodge, 22. Juli 1923, IISG/SAI/Vierparteienkonferenz/854.

²⁶³ Abschließend formulierte Braun eine Reihe von praktischen Vorschlägen, die die SPD bei der Reichsregierung für durchsetzbar hielt, womit er unterstrich, dass seine Partei gewillt war, alles auf die diplomatische Karte zu setzen. »Von Seiten Deutschlands: 1. An Stelle von Zahlungsversprechungen auf bestimmte Summen die gesetzliche Überweisung bestimmter Leistungen aus Steuererträgen, Staatsbetrieben, Pfändern usw. zum dauernden Bezug bis zu einem bestimmten Höchstbetrag [...] 2. Sofortige Wiederaufnahme der Sachlieferungen. 3. Scharfe Ablehnung jedes aktiven Widerstandes durch die Regierung. 4. Aufhebung aller Regierungsverordnungen über den passiven Widerstand. B. Von Seiten Frankreichs: 1. Zurückführung der Ruhrbesatzung. 2. Aufhebung der Kriegsgerichtsurteile. 3. Rückgabe der Verwaltung und der Eisenbahn an Deutschland.« Ebd.

1923 längst damit begonnen hatten, ihre diplomatischen Fäden zu spinnen.²⁶⁴ Aufgrund diverser Initiativen der deutschen Regierung, wie z. B. der Note vom 2. 5. 1923 wurde die Hoffnung auf eine diplomatische Einigung nicht aufgegeben. Sicherlich mehrten sich die Stimmen innerhalb der SPD, die einen härteren Kurs gegenüber der Regierung Cuno forderten,²⁶⁵ jedoch war diese Entwicklung zum Zeitpunkt der Sozialistenkonferenz in Easton Lodge noch nicht virulent. Eben deshalb setzte Adolf Braun im Namen seiner Partei weiterhin und mit großem Pathos auf die Verhandlungskarte.

Allerdings zerschlugen sich die Erwartungen der SPD in Easton Lodge bereits wenige Sekunden nachdem der deutsche Delegierte seine Rede beendet hatte: Léon Blum ergriff für die SFIO das Wort und bemängelte, dass seine Partei aufgrund ihrer oppositionellen Haltung über die Absichten der Regierung Poincaré nicht mehr informiert werde. Des Weiteren wiederholte er die Worte, die er bereits in Brüssel am 11. Juli geäußert hatte: Die Lage in Frankreich sei schlechter noch als vor drei Monaten, es gebe keinen Widerstand gegen Poincaré, der außerdem dazu verdammt sei, gegen Deutschland einen Prestigeerfolg zu erzielen.²⁶⁶ Ganz anders stellte sich die Situation in Belgien dar: Emile Vandervelde merkte diesbezüglich an, dass sich die Regierung kompromissbereit zeige. Indes betonte er, dass Belgien immer hinter Frankreich sehen werde, selbst wenn es zu einem Bruch mit England käme.²⁶⁷

Ramsay MacDonald, der als nachfolgender Redner auftrat, versuchte erst gar nicht, die Wogen zu glätten: Das Verhältnis mit Frankreich habe sich massiv verschlechtert, es bestehe ein allgemeines Misstrauen gegenüber der Regierung Poincaré, insbesondere wegen der Kriegsrüstung. Ergo hielt selbst der oberste Labour-Präsident im britischen Unterhaus ein Zerwürfnis nicht für ausgeschlossen. Im Hinblick auf diplomatische Initiativen des Königreiches, wie von Braun eingefordert, äußerte sich MacDonald sehr konkret: Die englische Regierung habe eine Note an die französische Regierung geschickt, deren Inhalt allerdings geheim sei. Das allgemeine Problem sei jedoch, dass sowohl die Regierung als auch die Labour Party gegen einen alliierten Schuldenerlass für Frankreich seien, da dessen militärische Rüstung den angeblich desaströsen wirtschaftlichen Status ad absurdum führe. Abschließend äußerte er sich zu einem möglichen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund: Grundsätzlich spreche sich Großbritannien für einen deutschen Beitritt aus und freue sich, das Land im Kreis der Völkerbundnationen willkommen zu heißen.²⁶⁸ Allerdings konnte sich die SPD von dieser durchaus positiven Reaktion

²⁶⁴ Vgl. L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 181 ff.

²⁶⁵ Vgl. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 314.

²⁶⁶ IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, Dossier betr. die von der SAI einberufene Konferenz der sozialistischen Parteien Belgiens, Deutschlands und Frankreichs und der Labour Party über die Ruhrbesatzung, Easton Lodge, 22. Juli 1923, IISG/SAI/Vierparteienkonferenz/854.

²⁶⁷ Ebd.

²⁶⁸ Ebd.

MacDonalds kaum etwas versprechen, weil eine kurzfristige Aufnahme Deutschlands auszuschließen war.²⁶⁹

Die Schlussresolution des Londoner Meetings betonte, dass die alliierten Regierungen bereits miteinander verhandeln würden. Um Differenzen zwischen den Verhandlungspartnern besser lösen zu können, beschloss die SAI, ihren Sekretär Tom Shaw ins Ruhrgebiet zu entsenden, auf dass sich dieser ein unverfälschtes Bild von der momentanen Situation machen könne. Er sollte dort als »men of confidence« agieren, im Auftrag seiner Partei, der internationalen Arbeiterklasse und der Gewerkschaften. Ziel des Aufenthaltes sei es, herauszufinden, welche Schritte im Sinne einer befriedigenden Lösung der bestehenden Schwierigkeiten unternommen werden könnten.²⁷⁰ Ergo reagierte die SAI – hier insbesondere Labour Party und SPD – sehr flexibel auf die internationale politische Großwetterlage, in dem Bemühen, den beginnenden Verhandlungsprozess mit konstruktiven Vorschlägen zu unterstützen. Was die interne Kommunikation anbelangt, so war es ein höchst geschickter Schachzug der Briten, einen »neutralen« Labour-Vertreter (und zugleich SAI-Sekretär) zu entsenden, der die Lage im Ruhrgebiet im Auftrag der Internationale prüfen sollte, was etwaige Streitigkeiten zwischen SPD und SFIO im Keim unterband und zugleich den deutschen Genossen das Gefühl geben musste, die Labour Party engagiere sich stärker in der Ruhrfrage.

1.8. *Tom Shaws Reise ins Ruhrgebiet; gescheiterte Einberufung einer internationalen Sozialistenkonferenz*

Der Bericht Tom Shaws über seine Reise in das Ruhrgebiet wurde am 20. August 1923 verfasst.²⁷¹ Zu diesem Zeitpunkt hatte das Kabinett Cuno bereits abgedankt

²⁶⁹ Vgl. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 314.

²⁷⁰ Was konkret unter »bestehenden Schwierigkeiten« verstanden wurde, geht aus dem Bericht nicht hervor. Anhand der zuvor stattfindenden Diskussion können indes verschiedene Punkte genannt werden, die aus Sicht der sozialistischen Delegierten zu Differenzen zwischen den Alliierten geführt hatten. Hierzu gehören: Der Abbruch des passiven Widerstandes als Vorbedingung für Verhandlungen, die Berücksichtigung der Lebensbedingungen der deutschen Bevölkerung (aus Sicht der SAI insbesondere des arbeitenden Teils), mögliche Hilfsmaßnahmen sowie die Dringlichkeit, eine schnelle Lösung der Ruhrkrise zu finden. Das Problem bestand aus Sicht der SAI darin, dass die tatsächliche Lebenssituation der deutschen Arbeiter – der Betroffenen – nur bedingt in die Debatte mit einfluss. Eben aus diesem Grund wurde T. Shaw in das Ruhrgebiet entsendet. Dies geschah, wie von S. Feucht vermutet, sicherlich zu einem Teil aus propagandistischen Zwecken. IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, Dossier betr. die von der SAI einberufene Konferenz der sozialistischen Parteien Belgiens, Deutschlands und Frankreichs und der Labour Party über die Ruhrbesatzung, Easton Lodge, 22. Juli 1923, IISG/SAI/Vierparteienkonferenz/854; zur Interpretation: S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 314.

²⁷¹ IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, Bericht über die Lage im Ruhrgebiet, 20. 8. 1923, IISG/SAI/854.

und Gustav Stresemann das Regierungsgeschäft übernommen.²⁷² Die veränderte politische Situation in Deutschland fand indes im Schreiben Shaws keinerlei Erwähnung – vielmehr standen ausschließlich die Lebensbedingungen der Arbeiter im Ruhrgebiet im Fokus: Erwähnung fanden vor allem die Lebensmittelknappheit, die ungenügenden Verkehrsbedingungen, die Hyperinflation sowie das rigide Vorgehen der französischen Besatzer.²⁷³ Bezüglich der Schwierigkeiten vor Ort kam er zu folgendem Schluss: »Meiner Ansicht nach 1. besteht, wenn nicht so schnell als irgend möglich Verhandlungen beginnen, im Ruhrgebiet die Gefahr eines furchtbaren Ausbruchs; 2. ist die Ruhrbevölkerung zu einem vernünftigen Kompromiß durchaus bereit; 3. erkennt die Ruhrarbeiterschaft, daß sie unmöglich erwarten kann, daß die Franzosen ohne vorübergehende Regelung das Ruhrgebiet verlassen und ist daher, sobald Garantien, für eine halbwegs vernünftige Belegung gefunden und die Freiheit zur normalen Arbeit gesichert ist, vollständig bereit, den passiven Widerstand aufzugeben. [...] Ich meine daher, daß wir so sehr als möglich den Druck der öffentlichen Meinung auf die französische Regierung konzentrieren müssen [...]«²⁷⁴

In diesem Sinne unternahm Shaw umgehend den Versuch, Arthur Henderson schriftlich von einem Treffen des sozialistischen Büros in Paris zu überzeugen. Diesen Vorstoß begründete er in seinem Brief am 20. 8. 1923 mit dem voraussichtlichen Scheitern der Verhandlungen auf Regierungsebene, das er für unumstößlich hielt.²⁷⁵ In Paris habe er deshalb versucht, die Parteiführung der SFIO dazu zu bewegen, stärkeren Druck auf Poincaré auszuüben – jedoch ohne Erfolg, weil sowohl Léon Blum als auch Paul Faure unpässlich gewesen seien.²⁷⁶ Aufgrund dessen plädierte er mit Nachdruck für eine Konferenz, an der Vertreter aus Belgien, Frankreich,

²⁷² Am 12. August 1923 hatte F. Ebert Stresemann den Auftrag zur Regierungsbildung erteilt. Zwei Tage später stellte er sein Kabinett vor, darunter vier sozialdemokratische Minister (Robert Schmidt, R. Hilferding, Wilhelm Sollmann und G. Radbruch). Vgl. H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, 1998, S. 204 ff.; Vorwärts, 25. 9. 1923; F. MENGES, Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923; in: Francia, 4, 1976, S. 625–658, hier: S. 645.

²⁷³ Eindrücke sammelte Shaw im Zuge seiner Reisen nach Köln, Dortmund und Essen. In Köln, wo seit Kriegsende britische Truppen stationiert waren, ließ er sich insbesondere über mögliche Maßnahmen zur Linderung der »unmittelbaren Schwierigkeiten« aufklären. IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, Bericht über die Lage im Ruhrgebiet, 20. 8. 1923, IISG/SAI/854.

²⁷⁴ Der Bericht Shaws wurde auch im Vorwärts abgedruckt, wo konstatiert wurde, dass das Schreiben unbedingt Beachtung verdiene. Ebd.; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 324; Vorwärts, 28. 8. 1923.

²⁷⁵ Am 20. 8. schrieb Shaw an Henderson: »You will notice from my report that I am extremely pessimistic as to the future if negotiations are not begun. As France is the principal obstacle to those negotiations I think we must concentrate on her. So please bold yourself in readiness, if you possibly can, for a meeting in Paris as a preliminary perhaps a larger meeting afterwards.« IISG, SAI, Korrespondenz mit angeschlossenen Parteien, Brief von Shaw an Henderson, 20. 8. 1923, IISG/SAI/Korrespondenz/1662.

²⁷⁶ »I tried to see Léon Blum in Paris, but unfortunately he had gone away. I have telegraphed to Paul Faure, asking if it be possible to meet the French representatives, because in my opinion it is absolutely essential that pressure should be brought to bear, if possible, on Poincaré at once.« Ebd.

Großbritannien und Deutschland beteiligt sein sollten.²⁷⁷ Insgesamt machte Shaw mehrfach deutlich, wie ernst es ihm mit seinem Vorschlag war, da er hinsichtlich der anstehenden Verhandlungen äußerst pessimistisch sei und Henderson deshalb inständig darum bat, das internationale Sozialistentreffen so schnell wie möglich zu organisieren.

Hendersons Antwort fiel allerdings sehr verhalten aus: Von den französischen Sozialisten dürfe man sich nicht allzu viel erhoffen, ein Treffen des Büros sei zum derzeitigen Zeitpunkt aufgrund der anstehenden Wahlen unrealistisch und überhaupt könne einzig und allein ein Regierungswechsel in Frankreich die erhoffte Wende bringen.²⁷⁸ Anders formuliert traute Henderson der SFIO nicht im Geringsten zu, die Regierung Poincaré in Verlegenheit zu bringen, weshalb er Shaw kurzerhand vorschlug, das Treffen in London stattfinden zu lassen. Damit sei immerhin gewährleistet, dass er persönlich erscheinen könne.²⁷⁹

Diese pessimistische und durchaus frankreichkritische Einschätzung blieb offensichtlich nicht ohne Wirkung: Als Tom Shaw am 30. August eine Antwort verfasste, zeigte er sich einsichtig und gab Henderson in allen Punkten Recht: »*I am personally extremely doubtful as to the good that could be done by a meeting and agree in every detail with your opinion regarding the French and the Belgian organizations and the conditions here in Britain.*«²⁸⁰ Selbst wenn Großbritannien auf diplomatischer Ebene aktiver werden würde – letztlich sei auch Baldwins Einfluss beschränkt, wie Shaw einräumen musste.²⁸¹ Dementsprechend relativierte er den Tatendrang seines ersten Briefes, den er offensichtlich voll und ganz unter dem Eindruck seiner Ruhrreise verfasst hatte und konzentrierte sich wieder auf die Politik des Möglichen. Letztlich blieb ihm auch keine andere Wahl: Die SFIO hatte mehrfach eingeräumt, keinen maßgeblichen Einfluss auf Poincaré ausüben zu können – also waren der Partei ohnehin die Hände gebunden. Selbst der oftmals aktionistisch auftretende Friedrich Adler, der wenige Tage später einen Brief an Henderson verfasste, musste einräumen, dass eine Konferenz derzeit wenig Sinn machen würde. Stattdessen setzte er seine Hoffnungen auf Gustav Stresemann, »*whose attitude is praised by all*«. ²⁸²

²⁷⁷ Shaw zog Köln als möglichen Treffpunkt in Betracht, um die deutschen Delegierten miteinzubeziehen. Indes zweifelte er am Erfolg dieser Strategie, weshalb er Paris als Versammlungsort vorzog, um zumindest das Erscheinen der SFIO-Politiker sicherzustellen, deren potentieller Einfluss er offensichtlich in der momentanen Situation für wichtiger hielt. Im Hinblick auf die SPD stellte er fest: »*Cologne is surrounded as it were by territory occupied by the Belgians and the French and there is what is known as a »Sperre« or closed area between unoccupied and occupied Germany. As I said it may be extremely difficult for the Germans even to get to Cologne, so that must be taken into consideration when giving your answer.*« Ebd.

²⁷⁸ IISG, SAI, Korrespondenz mit angeschlossenen Parteien, Henderson an Shaw, 29. 8. 1923, IISG/SAI/Korrespondenz/1662.

²⁷⁹ Ebd.

²⁸⁰ IISG, SAI, Korrespondenz mit angeschlossenen Parteien, Shaw an Henderson, 30. 8. 1923, IISG/SAI/Korrespondenz/1662.

²⁸¹ Ebd.

²⁸² IISG, SAI, Korrespondenz mit angeschlossenen Parteien, Adler an Henderson, 11. 9. 1923, IISG/SAI/Korrespondenz/1662.

Trotz der Absage von Henderson bzw. Adler reiste Shaw nach Berlin und Paris, um sich dort mit SPD- und SFIO-Politikern zu beraten. In Deutschland sprach er mit Wels, Braun, Stampfer, Hilferding und Abramowitsch, in Paris mit Bracke und Paul Faure. Das Ergebnis der Gespräche mutet durchaus interessant an: Vor allem die Deutschen hätten sich gegen eine Konferenz ausgesprochen – »*they think that though resolutions might be passed no action could result*«. ²⁸³ Grund für ihre Resignation sei das Scheitern von Baldwins Initiative zur Lösung des Ruhrkonfliktes. ²⁸⁴ Weil die französischen Sozialisten zu einem ähnlichen Schluss kamen, wurde das Treffen schließlich abgesagt, wenngleich Friedrich Adler fast schon trotzig betonte, dass es noch andere Probleme als die Ruhrkrise gebe und eine zeitnahe Zusammenkunft des Büros deshalb so oder so sinnvoll sei. ²⁸⁵ Zuvor hatten Blum und Bracke noch einmal einen letzten Versuch unternommen, Poincaré von einem Entgegenkommen zu überzeugen, um die Regierung Stresemann vor einem weiteren Erstarken der politischen Zentrifugalkräfte, Kommunisten und Nationalisten, zu retten – allerdings ohne Erfolg. ²⁸⁶ Zwar kamen die SFIO-Vertreter zu dem Schluss, dass ihre Démarche durchaus nützlich gewesen sein könnte, weil man Poincaré unmittelbar – auf Basis des Berichtes von Shaw – darlegen konnte, welche politischen und ökonomischen Folgen aus der Ruhrbesetzung erwachsen, jedoch wurde zum Abschluss des Berichts eingeräumt, dass ein unmittelbarer Ertrag nicht zu erwarten sei. ²⁸⁷

²⁸³ Friedrich Adler berichtete ihm einem Brief an Henderson von den Ergebnissen der Paris- und Berlin-Reise Shaws. IISG, SAI, Korrespondenz mit angeschlossenen Parteien, Adler an Henderson, 15. 9. 1923, IISG/SAI/Korrespondenz/1662.

²⁸⁴ Hinsichtlich der Initiative Baldwins muss konstatiert werden, dass sich das englische Foreign Office im Sommer 1923 mehrfach einschaltete, um die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich anzukurbeln. Diesbezüglich muss vor allem die Curzon-Note vom 11. August genannt werden, die den Streit über die Ruhraktion zwischen der belgischen und französischen Regierung öffentlich machte und überdies von britischer Seite klarstellte, dass die Besetzung nach einem Gutachten britischer Kronjuristen rechtswidrig sei. Baldwin selbst hatte sich am 2. August in einer Regierungserklärung zu Wort gemeldet und darin die Veröffentlichung des Notenwechsels angekündigt. Wenige Tage später, am 19. September, verkündeten beide Regierungen allerdings nach einem gemeinsamen Treffen, dass es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England mehr gebe. Damit erschöpfte sich die Hoffnung auf eine diplomatische Intervention Großbritanniens endgültig. L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 184 ff.; H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, 1998, S. 209.

²⁸⁵ IISG, SAI, Korrespondenz mit angeschlossenen Parteien, Adler an Henderson, 15. 9. 1923, IISG/SAI/Korrespondenz/1662.

²⁸⁶ »Die Genossen Bracke und Blum hatten Freitag, den 23. September 1923 10 Uhr vormittags eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré. Die Audienz, um die bereits Dienstag nachmittag auf Grund der neuen Informationen durch Genossen Tom Shaw, dem Sekretär der SAI, der aus Deutschland kam, angesucht worden war, konnte infolge der Verbindung und der Reisen des Ministerpräsidenten nicht stattfinden.« IISG, SAI, Kontakte mit angeschlossenen Parteien, Bericht über dipl. Mission von Bracke und Blum, 16. 9. 1923, IISG/SAI/Korrespondenz/1566; hierzu auch: Bariéty, Les Relations franco-allemandes apres la premiere guerre mondiale, S. 226 f.; F. MENGES, Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923 in: Francia, 4, 1976, S. 625–658, hier: S. 637.

²⁸⁷ Poincaré habe laut Blum und Bracke den Eindruck gemacht, dass er eine Katastrophe in Deutschland – der Zusammenbruch der Demokratie – als Chance betrachte, da in einer solchen Situation

Damit bewegten sich die sozialistischen Initiativen im Kreis und nicht ein einziges Mal war es gelungen, maßgeblichen Einfluss auf die zwischenstaatlichen Verhandlungen nehmen zu können.²⁸⁸ Aufgrund dessen vermag es kaum zu überraschen, dass von weiteren Treffen einstweilig abgesehen wurde, da man überspitzt gesagt der Tatsache Rechnung tragen musste, dass die Verhandlungsbereitschaft der französischen Regierung nicht zu beeinflussen war. Zwar kam es im Oktober noch einmal zu einer Konferenz von IGB und SAI in Brüssel, wo ein erneutes Manifest verabschiedet wurde,²⁸⁹ ebenso wie TUC und Labour Party zeitgleich einen öffentlichen Brief an Lord Curzon verfassten, mit dem Ziel, Druck auf die Regierung Poincaré aufzubauen.²⁹⁰ Allerdings erbrachten diese Propagandainitiativen ebenfalls keinen direkten Ertrag, was offensichtlich auch im Lager der Sozialisten niemanden überraschte: Nicht umsonst war das Ruhrproblem in Brüssel nur graduell behandelt worden – im Fokus standen vielmehr die Lage in Russland, Georgen, Bulgarien, Spanien und Ungarn.²⁹¹ Wie Beatrice Webb in einem Gespräch mit Harry Kessler deutlich machte, könne man aus Sicht Großbritanniens nichts gegen Frankreich unternehmen, wenn man nicht zum Krieg schreiten wolle. Aufgrund dessen brachten auch die Bemühungen der Labour Party keinen greifbaren Erfolg,²⁹² zumal der linke Parteiflügel darauf beharrte, man müsse sich um die Zustände im englischen Proletariat kümmern – und nicht um außenpolitische Belange.²⁹³

Die SAI »scheiterte« genauso wie die englische Regierung in ihrem Bemühen, die aufgezeigte diplomatische Sackgasse zu verlassen, was zur Folge hatte, dass dem neuen deutschen Reichskanzler, Gustav Stresemann und seinem neuen Regierungspartner – der Sozialdemokratischen Partei –,²⁹⁴ nichts anderes übrig blieb, als zu-

demokratische Kräfte die Oberhand gewinnen könnten. Diesen wahnwitzigen Plan hätten die sozialistischen Delegierten immerhin widerlegt, so ihr Fazit. IISG, SAI, Kontakte mit angeschlossenen Parteien, Bericht über dipl. Mission von Bracke und Blum, 16. 9. 1923, IISG/SAI/Korrespondenz/1566.

²⁸⁸ In Frankreich blieb selbst dem einflussreichen Politiker Léon Blum schlussendlich nur die Möglichkeit, auf parlamentarischer und publizistischer Ebene gegen Poincaré (erfolglos) zu agitieren. Beispielfür Blums publizistischen Protest gegen Poincaré, siehe auch seine Polemik über »Poincaré-Ruhr« Bilanz in: *Le Populaire*, 18. 11. 1923.

²⁸⁹ Das Manifest wurde in sämtlichen Parteipressen veröffentlicht. IISG, N120/A9/SAI, Bureau, Dossier betr. der Sitzung in Brüssel, 3.–4. Oktober 1923, IISG/SAI/BUREAU/600.

²⁹⁰ IISG, SAI, Bureau, Labour and the European Situation, IISG/SAI/BUREAU/600.

²⁹¹ IISG, SAI, Bureau, Protokoll betr. der Sitzung in Brüssel, 3.–4. Oktober 1923, IISG/SAI/BUREAU/600.

²⁹² H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 30. 10. 1923, Bd. 7, S. 126 f.

²⁹³ Ebd., Eintrag vom 7. 11. 1923, Bd. 7, S. 136; Gespräch mit E. Snowden.

²⁹⁴ Innerhalb der Regierung Stresemann stellten die Sozialdemokraten vier Minister (Robert Schmidt, R. Hilferding, Wilhelm Sollmann und G. Radbruch). Der Eintritt in die Große Koalition (DVP, DDP, SPD) war innerparteilich durchaus umstritten gewesen, insbesondere weil der Abbruch des passiven Widerstandes praktisch unumgänglich im Hinblick auf weitere Verhandlungen war. Hier fürchteten sozialdemokratische Politiker wie z. B. Hilferding, erneut als Arbeitverräter gebrandmarkt zu werden. Bereits einen Monat später, im September 1923, wurde indes im Parteivorstand die Ansicht vertreten, dass es besser sei, den passiven Widerstand aus eigenen Stücken abubrechen, als am Ende unter ihm zusammenzubrechen. Im gleichen Sinne sprachen sich am 24. September die

mindest einen Teil der französischen Forderungen zu erfüllen: Nach verschiedenen Sondierungen erklärte er am 26. 9. den Abbruch des passiven Widerstandes, ohne dass es unmittelbar danach zu offiziellen Verhandlungen zwischen Paris und Berlin gekommen wäre.²⁹⁵ Stattdessen sicherte sich die französische Regierung in verschiedenen Sonderverträgen mit deutschen Industriellen (MICUM-Verträge) ihre produktiven Pfänder. Immerhin akzeptierte Poincaré am 25. 10. einen englischen Vorschlag, der einem internationalen Gremium die Verantwortung zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit übertrug. Dies hatte zur Folge, dass am 30. 11. Dawes und McKenna berufen wurden, um als Sachverständigen eben diese Tätigkeit auszuüben. Ihr Bericht, der im April 1924 veröffentlicht wurde, führte schließlich im Juli und August 1924 zur Abhaltung der Londoner Konferenz, wo über den sogenannten Dawes-Plan, dessen spätere Verabschiedung die Ruhrbesetzung offiziell beendete, verhandelt wurde.²⁹⁶

Maßgeblich für die Verabschiedung des Dawes-Planes verantwortlich waren die Regierungswechsel in Großbritannien und Frankreich, welche sukzessive einen »weltpolitischen Szenenwechsel« einleiteten.²⁹⁷ In London führte Ramsay MacDonald seit Januar 1924 eine von den Liberalen abhängige Minderheitsregierung an, in Paris musste Poincarés »bloc national« im Mai 1924 eine empfindliche Niederlage hinnehmen, woraufhin eine Allianz aus Sozialisten und Radikalsozialisten die Geschicke Frankreichs leitete.

Damit befanden sich sowohl die Labour Party als auch die SFIO zumindest theoretisch betrachtet in der Position, stärkeren Einfluss auf das internationale System nehmen zu können. Auch wenn die französischen Sozialisten nur indirekt an der Regierung Herriot beteiligt waren – und aus Gründen der Parteiloyalität eine Tolerierungspolitik im Parlament vorzogen²⁹⁸ –, deutete sich ein gravierender weltpolitischer Klimawandel an, begünstigt durch die Regierungswechsel in Frankreich und Großbritannien. Welche Rolle das Parteidreieck während der 1924 beginnenden »Locarno-Ära« einnahm und ob die von der SAI eingeleiteten, bislang allerdings eher ineffizienten Politik der »informellen Diplomatie« in diesem Zeitabschnitt von größerem Erfolg gekrönt war, wird im Folgenden zu klären sein.

verschiedenen Reichstagsfraktionen (mit Ausnahme der DNVP) aus, am 26. 9. wurde der passive Widerstand schließlich abgebrochen. Vgl. H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, ¹1998, S. 204 ff.; F. MENGES, Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923; in: *Francia*, 4, 1976, S. 625–658, hier: S. 645.

²⁹⁵ Vgl. L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 190 f.

²⁹⁶ F. MENGES, Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923; in: *Francia*, 4, 1976, S. 625–658, hier: S. 652 ff.; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 324 ff.; H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, ¹1998, S. 232 ff.

²⁹⁷ Ebd., S. 260.

²⁹⁸ Paradigmatisch: D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 69 ff.

1.9. *Restimee: Die blockierte Modernisierung*

Im Hinblick auf die Ruhrkrise sowie die Haltung des Parteiendreiecks muss abschließend festgehalten werden, dass SPD, SFIO, Labour Party zwischen 1921 und 1923/24 große Anstrengungen unternahmen, die Reparationskrise frühzeitig zu beenden. In Frankreich und Großbritannien wurden mehrfach Demonstrationen gegen die Ruhrbesetzung veranstaltet, in den Nationalparlamenten Partei für die deutsche Regierung respektive die Sozialdemokratie ergriffen und in Parteizeitungen klar und deutlich gegen die französische Aggressionspolitik agitiert. Überdies bemühten sich die Arbeitervertreter im Rahmen verschiedener Gespräche mit Regierungsvertretern darum, ein Einlenken (Frankreich) respektive ein Eingreifen (Großbritannien) zu erreichen und den Konflikt frühzeitig zu beenden. Dieser Umstand belegt anschaulich, dass es bereits 1921/22 – und nicht erst 1924/25 – zu einem regen Austausch zwischen sozialistischen Mittlerfiguren wie Blum, Thomas, Hilferding, Breitscheid, MacDonald und staatlichen Repräsentanten kam.

Wie erklärt sich der zunehmende diplomatische Einfluss sozialistischer Politiker? Neben dem parlamentarischen Erfolg der französischen und britischen Arbeiterpartei, die den Handlungsspielraum der jeweiligen Protagonisten sprunghaft erhöhte, war es vor allem die »Krise der universalen Diplomatie«, ²⁹⁹ die eine solche Entwicklung mit begünstigte: Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges traten parlamentarische Repräsentanten sukzessive in die Fußstapfen der »alten Diplomaten« und erhoben Anspruch auf das Arkanum zwischenstaatlicher Verhandlungen. Dabei war es nicht nur die Konferenzdiplomatie der Staats- und Regierungschefs, die den alten »Berufsdiplomaten« sukzessive in den Hintergrund drängte, sondern auch der steigende Aktionsradius von prominenten Politikern oder Intellektuellen – was sich in zahlreichen informellen Gesprächen und Verhandlungen widerspiegelte. Das Aufkommen der Massenmedien evozierte eine Disbalance zwischen »Geheimnis und Öffentlichkeit«, die von versierten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – und hierzu gehörten auch sozialistische Politiker – durchaus gewinnbringend austariert werden konnte. Damit führte die manifeste Krise der Diplomatie, die sich im Zuge der Ruhrkrise zusätzlich verstärkte, zu einer Multilateralisierung der zwischenstaatlichen Interaktionen. ³⁰⁰

Für den Moment zerschellten die Initiativen sozialistischer Politiker allerdings wiederholt am Widerstand der französischen Regierung, weshalb die auf Verhandlungsbereitschaft basierende Politik des Parteiendreiecks respektive der SAI – vorerst – zum Scheitern verurteilt war. Jedoch war das Vorgehen von SPD, SFIO, Labour Party weitestgehend alternativlos, wie ausdrücklich betont werden muss: Grund hierfür war nicht zuletzt, dass die angedachten »Streikmaßnahmen« in Großbritannien

²⁹⁹ V. STELLER, Zwischen Politik und Öffentlichkeit. Die Pariser Friedensverhandlungen 1919 und die Krise der universalen Diplomatie; in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History, 8 (2011), S. 350–372; hier: S. 350 ff.

³⁰⁰ Ebd.; hierzu auch: G. MÜLLER, Europäische Gesellschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Das Deutsch-Französische Studienkomitee und der Europäische Kulturbund, 2005.

oder Frankreich bereits im Vorfeld rigoros abgelehnt worden waren. So lag das einzige Manko der neuen »Verhandlungsstrategie« des Parteiendreiecks nicht etwa in ihrem fehlenden Pragmatismus, sondern der Tatsache, dass die »Mitspieler« auf Regierungsebene fehlten, die für eine Modernisierung des außenpolitischen Staatensystems dringend erforderlich gewesen wären. Eben deshalb kann für die Zeit zwischen 1919 bis 1923 auch von einer »blockierten Modernisierung« gesprochen werden, da die Voraussetzungen für eine Flexibilisierung der Außenpolitik nicht gegeben waren. Der eigentliche »Durchbruch« in dieser Frage gelang erst nach den Regierungswechseln in Frankreich und Großbritannien und der beginnenden Ära der »relativen Stabilisierung«.

2. Locarno und die Modernisierung der Außenpolitik (1924–1926)

2.1. *Triumphzug der Sozialdemokratie? Die Ausgangssituation 1924/1925 in Deutschland, Frankreich, Großbritannien*

Als am 22. August 1925 um drei Uhr Nachmittag der Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Marseille eröffnet wurde, strotzten die Delegierten nur so vor Selbstbewusstsein. In seiner Eröffnungsrede machte der Vorsitzende Arthur Henderson deutlich, »daß heute alle Parteien der Internationale die historische Mission der Arbeiterklasse klarer erkennen und an den Endsieg des internationalen Proletariats stärker glauben als je zuvor.«¹

In seiner ambitionierten Grußbotschaft betonte der englische Parteiführer, dass die Sozialistische Internationale nach den Wirren des Weltkrieges nicht nur gefestigt und geeint dastehe, sondern auch großartige Erfolge für sich verbuchen könne: »Mehr als 300 Tageblätter und Tausende von Wochen- und Monatsblättern tragen unsere Botschaften in die Massen. Bei sechzehn Wahlen in vierzehn verschiedenen Ländern hat in diesen letzten zwei Jahren die sozialistische Arbeiterschaft elf Siege errungen. Arbeiterregierungen bestehen oder haben bestanden in England, Dänemark und Schweden und unsere Genossen stehen auf wichtigen Posten in den Regierungen Belgiens und der Tschechoslowakei.«² Im nationalen wie im internationalen Maßstab habe die Internationale damit den Punkt erreicht, wo jede einzelne Partei stets die Möglichkeit der Regierungsbeteiligung in ihrer Propagandaarbeit berücksichtigen müsse. Die Beteiligung an Koalitions- oder Minderheitsregierungen, auch die Übernahme alleiniger Regierungsverantwortung, waren für Henderson erstrebenswerte Ziele, sofern diese »der Sache der Arbeiterschaft« dienen würden.

¹ Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1975, S. 236.

² Ebd.

Auch wenn der Brite letztlich für denjenigen Flügel innerhalb der SAI sprach, der sich – anders als z.B. die SFIO-Minderheit oder die ILP –³ dezidiert für Regierungsbeteiligungen aussprach, kann ein Aspekt seiner Ausführungen kaum geleugnet werden: In den Jahren 1924/25 hatte sich das internationale System grundlegend gewandelt und die sozialistischen Parteien (insbesondere in Frankreich und Großbritannien) waren an diesem Prozess maßgeblich beteiligt gewesen. Die »sozialistische Botschaft« wurde also nicht nur »in die Massen« getragen, sondern auch auf zwischenstaatlicher Ebene diplomatisch artikuliert. In der beginnenden Phase der »relativen Stabilisierung«⁴ standen die sozialistischen Parteien nach der Ruhrkrise gefestigter als jemals zuvor in ihrer Geschichte da. Dementsprechend stellte sich auch die »Machtfrage« völlig neu und wie zu zeigen sein wird, wurde sie je nach nationaler Ausgangssituation höchst unterschiedlich beantwortet.

Die Möglichkeit, Regierungsverantwortung zu übernehmen, wurde nicht von allen Parteien respektive Parteiflügeln der SAI begrüßt: Der Sieg des Linkskartells in Frankreich am 11.3.1924 stellte die SFIO z.B. vor eine regelrechte Zerreißprobe, da sich der gemäßigte linke Flügel um Jean Zyromski und Alexandre Bracke vehement gegen eine gouvernementale Teilnahme aussprach, während die Extremisten um Jean Maurin in ihrer Zeitung »L'Etincelle« von einer Einheitsfront mit dem PCF träumten.⁵ Demgegenüber plädierte die Parteirechte um Pierre Renaudel, Vincent Auriol, Salomon Grumbach oder Joseph Paul-Boncour dezidiert für die Option, Teil der Regierung zu werden,⁶ weshalb die Partei kurz vor einer erneuten Spaltung stand.⁷ In dem Bemühen, der SFIO eine solche Belastungsprobe zu ersparen, bekannte sich die Parteimitte um Léon Blum zum Prinzip der »Tolerierungspolitik«. Die »Politik der Unterstützung« bedeutete für Blum, der Parlamentsfraktion so viel Freiheit und Unabhängigkeit zu erlauben, dass die Fortsetzung der Unterstützung für die Regierung immer und immer wieder neu geprüft werden musste. Mit diesem Modell konnte die SFIO Druck auf die Regierung ausüben, deren Politik sogar mitgestalten – ohne aber selbst unmittelbar in der Verantwortung zu stehen. Eben dieser Weg wurde auf dem außerordentlichen Parteitag in Grenoble beschlossen, wo sich Blum gegen die parteiinternen Widersacher behaupten konnte.⁸

³ Vgl. G. LEFRANC, Der Sozialismus in Frankreich von 1919 bis 1939; in: J. DROZ u.a. (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus, 1977, Bd. XIII, S. 62.

⁴ H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, 1998, S. 298.

⁵ Zyromski und Bracke publizierte in ihrer Zeitung »La Bataille Socialiste«. Ebd., S. 63.

⁶ Die sogenannten »Participationistes« befürworteten bereits zuvor eine mögliche Regierungsbeteiligung, wobei vor allem Vincent Auriol in einem Zeitungsartikel vom 23.5.1924 aus verschiedenen Gründen für diese Option plädierte. Hierzu gehörten: 1. Die Verpflichtung der SFIO, dem Willen des Volkes, das einer linken Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen hatte, nachzukommen; 2. Die Aufrechterhaltung der Einheit der SFIO – Auriol interpretierte eine mögliche Tolerierungspolitik als Gefahr für die Parteidisziplin; 3. Die Übernahme von Macht als Erhöhung der Handlungsoptionen für die SFIO. Le Populaire, 23.5.1924.

⁷ Hierzu: G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 331; D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 98.

⁸ Vgl. G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 340–351.

Ganz anders gelagert war die Situation in Großbritannien, wo die Labour Party seit Dezember 1923 die stärkste Fraktion im britischen Unterhaus stellte und kurz darauf die Regierungsverantwortung übernahm.⁹ Arthur Henderson hatte sich zuvor gegen eine Koalitionsregierung mit den Liberalen gestemmt – und stattdessen für eine Minderheitsregierung unter Führung der Labour Party plädiert. Infolgedessen kam es im Vergleich zu Frankreich zu einem überraschenden Rollentausch: Die Sozialisten stellten die Regierung, während die Liberalen eine Tolerierungspolitik anstrebten.¹⁰ Anders als in Frankreich gab es innerparteilich kaum Zweifel an der Entscheidung, Regierungsverantwortung zu übernehmen, zumal das Bekenntnis zum »parlamentarischen Weg« innerhalb der britischen Arbeiterorganisation ohnehin wesentlich ausgeprägter war im Vergleich zur kontinentaleuropäischen Schwesterpartei SFIO.¹¹

An dem »Siegeszug« der sozialdemokratischen Parteien Frankreichs und Großbritanniens, die erstmals nach dem Ende des Weltkrieges parlamentarische Höhenluft schnupperten, partizipierte die SPD nur eingeschränkt: Während Labour Party und SFIO indirekt oder direkt Regierungsverantwortung übernahmen, war es der SPD nicht vergönnt, diesen Schritt zu gehen – obschon sie im Jahre 1924 aus beiden Wahlen als stärkste Fraktion hervorging.¹² Grund hierfür waren zum einen parteiinterne Flügelkämpfe, zum anderen die Weigerung potentieller Koalitionspartner, insbesondere der DVP, eine Wiederauflage der Großen Koalition anzustreben.

Nach dem überaus schlechten Wahlergebnis im Mai 1924¹³ wurde die Möglichkeit, Regierungsverantwortung zu übernehmen, auch von der sozialdemokratischen Parteiführung zusehends kritisch beäugt: Auf Initiative von Hermann Müller wurde auf dem Parteitag in Berlin (Juni 1924) deshalb der Oppositionszustand als »Normalfall« deklariert, während die Regierungsbeteiligung ab sofort den »Ausnahme-

⁹ Im Wahlkampf hatte die Partei zuvor insbesondere für den Freihandel, Vollbeschäftigung und den Völkerbund geworben. Ihr Spitzenkandidat, Ramsay MacDonald hatte seinen Mitbürgern gar »Brot und Rosen« versprochen. Vor allem der Werdegang MacDonalds, unehelicher Sohn eines Bauernmädchens sowie die Tatsache, dass eine »Partei der Revolution« die Geschicke Großbritanniens leiten sollte, stellten eine herbe Zäsur dar. F. BÉDARIDA, *Der Sozialismus in Großbritannien*; in: J. DROZ u. a. (Hrsg.), *Geschichte des Sozialismus*, 1977, Bd. XI, S. 26 ff.

¹⁰ Die Liberalen unter Führung von Asquith ließen sich (unter Zustimmung der konservativen Partei) tatsächlich auf das von Henderson vorgeschlagene Modell ein. Vgl. W. KRIEGER, *Labour Party und Weimarer Republik*, 1978, S. 311 ff.

¹¹ Koalitionsabsprachen als »Merkmal« für die Integration in das jeweilige politische System gab es bereits relativ früh in Großbritannien, z. B. im Jahre 1903, im Zuge der »Entente« zwischen Herbert Gladstone und J. R. MacDonald, in deren Folge in einigen Wahlkreisen nur ein Abgeordneter von Labour Party oder Liberal Party aufgestellt wurde. Diese Form der Zusammenarbeit wurde in den folgenden Wahljahren immer wieder neu aufgelegt. Vgl. S. BERGER, *Ungleiche Schwestern?*, 1997, S. 59 f.; hierzu auch: F. BEALY / H. PELLING, *Labour and Politics*, 1958, S. 125–159.

¹² Die erste Wahl fand am 4. Mai 1924 statt, bei der die SPD 20,5% der Stimmen erreichen konnte. Dieses Ergebnis wurde, auch wenn die Partei erneut die stärkste Kraft im Reichstag war, als katastrophal bewertet. Am 7. Dezember – der zweiten Reichstagswahl – gelang es der Partei indes, ihren Stimmenanteil von 20,5 auf 26% erhöhen. Vgl. H. A. WINKLER, *Weimar, 1918–1933*, 1998, S. 272.

¹³ Hierzu: DERS., *Der Schein der Normalität*, 1987, S. 177–188.

fall« darstellen sollte.¹⁴ Dies war nicht zuletzt eine Reaktion des Parteivorstandes auf die vehemente Kritik des linken Flügels um Robert Dißmann, der die Koalitions politik der letzten Jahre scharf kritisiert hatte.¹⁵ Damit ergab sich also für die SPD, die insbesondere in den Anfangsjahren der Weimarer Republik Regierungsverantwortung übernommen hatte und mit Friedrich Ebert bis 1925 den Reichspräsidenten stellte, eine gänzlich andere Ausgangssituation als für die beiden Schwesterparteien, SFIO und Labour Party.

2.2. *Die »Modernisierung« der Außenpolitik nach der Ruhrkrise*

Trotz der beschriebenen Schwierigkeiten der SPD war der Erfolg der sozialistischen Parteien in Großbritannien und Frankreich definitiv ein Wendepunkt. Dies galt insbesondere für die außenpolitische Ebene, wo die sozialistischen Parteien, so die grundlegende These des folgenden Kapitels, wichtige Verhandlungspartner im zwischenstaatlichen Austausch stellen konnten und damit einen entscheidenden Beitrag zur »Modernisierung« der Außenpolitik lieferten.¹⁶

Der Begriff »Modernisierung« soll in der vorliegenden Arbeit vor allem als Internationalisierung der Außenpolitik verstanden werden, geprägt durch multilaterale Organisationen sowie multilaterale Kooperationsformen.¹⁷ Die Verabschiedung des Dawes-Planes bedeutete den Auftakt der multilateralen Konferenzdiplomatie und die Verabschiedung von der bilateral organisierten Geheimdiplomatie des Ersten Weltkrieges. Die Tatsache, dass in Großbritannien und in Frankreich zwei Parteien direkte oder indirekte Regierungsverantwortung ausüben konnten, die zuvor im Wahlkampf mit Allgemeinplätzen wie Frieden, Kooperation und internationale Entspannung geworben hatten, darf als Teil dieses Entwicklungsprozesses gesehen werden.

2.2.1. *Londoner Konferenz, Dawes-Plan und die Rolle des Parteiendreiecks*

Die Achillesferse des internationalen Staatensystems waren in den Jahren 1924/25 nach wie vor die deutsch-französischen Beziehungen. Das französische Bedürfnis nach mehr Sicherheit war im Zuge der Ruhrbesetzung nicht gelöst worden – ganz im Gegenteil: Faktisch war die unilaterale Politik Poincarés mit dem Widerstand der rheinischen Bevölkerung, dem Stimmungswandel in der französischen Bevölkerung

¹⁴ Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1924, 1974, S. 83.

¹⁵ Ebd., S. 99.

¹⁶ Zur Idee der »Modernisierung der Außenpolitik« in der Locarno-Ära: R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008, S. 9 ff.; hierzu auch: P. KRÜGER, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, 1985, S. 16; G. NIEDHART, Die Außenpolitik der Weimarer Republik, 1999, S. 43 f.; M. HERREN, Hintertüren zur Macht, 2000, S. 2.

¹⁷ Dazu gehören insbesondere: Herausbildung eines Systems kollektiver Sicherheit, Schiedsverträge, Kriegsächtung, Anstieg der Verständigungsbereitschaft. Vgl. R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008, S. 9 f.

und dem Sieg des Linkskartells gescheitert, so dass sich der neue französische Ministerpräsident, Edouard Herriot, aus nachvollziehbaren Gründen zu einer »europäischen Verständigungspolitik« bekannte, ja bekennen musste. Letztlich blieb ihm kaum eine andere Wahl, als eben diesen Schritt zu vollziehen, da sich Frankreich gegen Ende der Ruhrkrise in einem Zustand der »fast vollständigen diplomatischen Isolation« befunden hatte.¹⁸

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit musste Herriot schwierige Verhandlungen mit den alliierten Mächten führen und im Zuge der Londoner Konferenz unter Beweis stellen,¹⁹ dass die französische Regierung zu einem Umdenken bereit war und tatsächlich auf einen Verständigungskurs setzte.²⁰ Konsequenter Weise musste der französische Ministerpräsident die von seinem Vorgänger eingeschlagene Politik revidieren und dem neuen Reparationsplan bzw. Bericht der Expertenkommission zustimmen, der als »Dawes-Plan« in die Geschichtsbücher einging und auf der Londoner Konferenz völkerrechtlich in Kraft gesetzt wurde.²¹

Einer derjenigen Politiker, der maßgeblich dazu beitrug, dass der Dawes-Plan wirksam wurde und die Reparationsproblematik damit entpolitisiert werden konnte, war der englische Premier-Minister Ramsay MacDonald. Seine Strategie sah vor, zur »britischen Interpretation« des Versailler Vertrages zurückzukehren – was konkret bedeutet hätte, Deutschland freie Hand in der wirtschaftlichen Entfaltung zu lassen sowie die territoriale Integrität des Landes zu garantieren.²² Nach dieser Lesart sollte ein erneuter Alleingang Frankreichs künftig unmöglich gemacht werden. Hierfür bot MacDonald Herriot in den Pariser Gesprächen vom 8. und 9. Juli 1924 an, eine »Entente« zwischen Großbritannien und Frankreich zu vereinbaren. Allerdings sollte diese nicht wie im Ersten Weltkrieg durch eine gemeinsame Militärallianz beschlossen werden, sondern sich multilateral, d.h. auf Basis einer gemeinsamen Deutschlandpolitik auszeichnen.²³ Mit diesem kooperativen Politikstil war MacDonald ein wichtiger Wegbereiter jener Verständigungspolitik, die mit der Verabschiedung des Dawes-Planes ihren Anfang fand.

¹⁸ C. BAECHLER, Gustav Stresemann (1878–1929), 1996, S. 447 f.

¹⁹ Hierzu: D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 122. Wichtige Aktensammlungen zur Londoner Konferenz: Proceeding of the London Reparation Conference, Vol. 1, The Interallied Conference, Vol. 2, The International Conference, London 1924; Documents diplomatiques. Conférence de Londres. 16 juillet au 16 août 1924, Paris 1925; Die Londoner Konferenz, Juli-August 1925, 1925.

²⁰ Wie Grumbach in einem Gespräch mit Kessler und Breitscheid deutlich gemacht habe, sei eine »ungünstige« Reaktion der britischen Regierung eine Katastrophe für die linke Regierung in Frankreich, was einen Sturz der versöhnungsfreundlichen Regierung Herriot zur Folge haben könnte. Kessler kam zu dem Schluss: »Man sieht was auf dem Spiel steht: Nichts weniger als der Friede Europas.« H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 22. 6. 1923, Bd. 8, S. 345.

²¹ Vgl. D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 124; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 330 f.; F. KNIPPING, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära, 1987, S. 17 ff.

²² Vgl. W. KRIEGER, Labour Party und Weimarer Republik, 1978, S. 322 f.

²³ Ebd.

War die Evolution des Dawes-Planes nur ein Erfolg des britischen Premier oder auch der Sozialistischen Internationale? Erfolgte der politische Aufstieg MacDonalds in enger Abstimmung mit der SAI oder wurde er auf eigene Faust durchgeführt? Diese Fragen stellen sich sicherlich, wenn man berücksichtigt, dass MacDonald in der Vergangenheit ein wichtiger Protagonist der internationalen Sozialdemokratie gewesen war. Betont werden muss an dieser Stelle jedoch, dass er in seiner Funktion als Premierminister weitestgehend souverän agierte und den Parteiapparat – wie auch die Arbeiterinternationale – in seine Entscheidungen nur bedingt einweihte. Als sich das Exekutivkomitee der SAI im Februar 1924 in Luxemburg versammelte, bat der englische Delegierte Cramp um »Verständnis« für die britische Arbeiterbewegung, die zwar »im Amt, aber nicht an der Macht sei. Die englische Delegation kenne die Absichten MacDonalds nicht im Einzelnen, sie müsse aber Wert darauf legen, daß die zu fassende Resolution nicht den Gegnern Vorschub leiste, die die Arbeiterregierung beschuldigen, unter dem Diktat der Internationale zu stehen.«²⁴ Mit anderen Worten war der Delegierte der Labour Party nicht im Bilde über die Aktivitäten seines Premiers, musste aber trotzdem dafür sorgen, dass auf der Luxemburger Konferenz kein Beschluss gefasst wurde, der die Partei und damit MacDonald in Misskredit bringen könnte.

Auf dem Treffen der SAI-Exekutive in Luxemburg deutete sich aber ohnehin ein Paradigmenwechsel an, insofern die Arbeiterinternationale in Zukunft, so die Vorstellung der Delegierten, einen Beitrag zur »Modernisierung« des Staatensystems leisten sollte: Adolf Braun merkte im Namen der SPD an, dass man sich »kapitalistischen Lösungsvorschlägen« nicht gänzlich entziehen könne.²⁵ Der Belgier Louis de Brouckère äußerte sich ähnlich und würdigte die Erfolge der Verständigungspolitik der letzten Monate, die – seiner Ansicht nach – auch einen sozialistischen Beitrag hätten. Daher plädierte er auch dafür, die Hoffnungen, die mit sozialistischen Verständigungsbemühungen einhergehen würden, in Zukunft nicht zu verkleinern.²⁶ In gewisser Weise findet sich damit bereits der Gedanke ausgedrückt, dass sich die Sozialistische Internationale der von Herriot und MacDonald eingeleiteten internationalen Verständigungspolitik nicht verweigern konnte, wenn sie nicht den Anschluss verlieren wollte. Eben deshalb wurde in der Schlussresolution der Exekutivsitzung beschlossen, dass der Sieg der britischen Arbeiterpartei einen »Fortschritt« darstellte, da die kapitalistischen Regierungen dazu gezwungen werden würden, eine »friedliche ökonomische Lösung des Reparationsproblems zu suchen.«²⁷ Die sich anbahnende »Verständigung« in dieser Frage wurde ausdrücklich gelobt.²⁸

²⁴ IISG, SAI, Sitzung des Exekutivkomitees der SAI am 16. und 17. Februar 1924 in Luxemburg, IISG/SAI/198/3.

²⁵ Ebd.

²⁶ Ebd.

²⁷ IISG, SAI, Sitzung des Exekutivkomitees der SAI am 16. und 17. Februar 1924 in Luxemburg, IISG/SAI/198/19.

²⁸ Ebd.

Diese verständigungsorientierte Politik wurde in der Folgezeit fortgesetzt: Auch im Vorfeld der Londoner Konferenz äußerte sich die SAI verhältnismäßig moderat und gestand dem Plan der Sachverständigenkommission in einer Resolution vom Juli 1924 immerhin zu, »gewisse Ansätze zur Lösung des Problems« zu enthalten.²⁹

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die Arbeiterinternationale den von MacDonald initiierten außenpolitischen Klimawandel zwar begrüßte, ihn jedoch in keinsten Weise mitgestaltete. Die SAI leistete keinen Widerstand, passte sich an, da jeder Schritt zur Modernisierung des internationalen Staatensystems – zumal nach der verheerenden Ruhrkrise – als Fortschritt interpretiert wurde und der britische Premier, trotz seiner Abstinenz und der steigenden Machtfülle, weiterhin als Teil der internationalen Agentur der Arbeiterklasse angesehen wurde.

Wie die Labour Party unterstützten auch SPD und SFIO den Dawes-Plan nach Kräften, was vor allem in Frankreich zu heftigen Auseinandersetzungen führte: Nach der Rückkehr Herriots aus London wurde von konservativer Seite scharfe Kritik an dem Abkommen geübt, die Rede war von einer »annulation des dettes interalliées«. ³⁰ Doch Herriot verteidigte die Ergebnisse der Konferenz in der französischen Kammer und lobte sie als Beginn eines wahrhaftigen Friedens.³¹ Unterstützt wurde er in der Debatte von Léon Blum, der erstens deutlich machte, dass seine Partei die Politik der Regierung unterstütze und zweitens die Gelegenheit nutzte, die Politik Poincaré erneut scharf zu kritisieren.³² Im Hinblick auf die deutsche Republik konstatierte Blum erneut, dass es zwei diametral entgegengesetzte Kräfte gebe: Die Sozialdemokraten und Gewerkschaften auf der einen und die Kräfte der Reaktion auf der anderen Seite. Eben aus diesem Grund sei es unabdingbar, den republikanisch gesinnten, den »guten Teil« Deutschlands mit allen Kräften zu unterstützen.³³ Zum Abschluss seiner Rede versuchte Blum, die inhaltliche Übereinstimmung zwischen Radikalsozialisten und SFIO mit dem nötigen Pathos anzureichern, indem er auf den gemeinsamen Beschluss verwies, die sterblichen Überreste von Jean Jaurès möglichst zeitnah in den Panthéon zu überführen, was dem gemeinsamen Kampf für das Londoner Abkommen zusätzlich einen einheitsstiftenden Moment gab.³⁴

²⁹ Kritisiert wurde allerdings, dass der deutschen Arbeiterklasse höhere Lasten als den kapitalistischen Klassen auferlegt werden würden. Gleichmaßen wurde gefordert, die deutschen Delegierten ebenfalls nach London zur internationalen Regierungskonferenz zu laden, im Sinne der Gleichberechtigung und dem Interesse an einer multilateralen Politik. IISG, SAI, Bureau, 4. Juli 1924, IISG/SAI/BUREAU/602.

³⁰ *Le Temps*, 25. 8. 1924.

³¹ Vgl. D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 125.

³² J.O., Chambre des Députés, 23. 8. 1924, S. 3009–3021.

³³ Für das Londoner Abkommen, das mit 336 gegen 204 Stimmen angenommen wurde, stimmten in der französischen Kammer: SFIO, Parti radical et radical socialiste, Républicains socialistes und die Gauche radicale. Ebd.

³⁴ Ebd.; D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 127.

Für die SPD war die Zustimmung zum Dawes-Plan ebenfalls nie fragwürdig oder gar problematisch gewesen.³⁵ Vielmehr wurde der Versuch, über die Fortsetzung der Erfüllungspolitik zu einer Verständigung zu gelangen, als einzige Alternative zum Konfrontationskurs der Nationalisten in Deutschland und Frankreich aufgefasst, weshalb die Londoner Konferenz insgesamt sehr wohlwollend interpretiert wurde.³⁶

Die anerkennende Haltung von SPD und SFIO gegenüber der Reparationskonferenz war keineswegs überraschend: Wie im Folgenden zu zeigen sein wird, beteiligten sich beide Parteien intensiv an der *praktischen Ausarbeitung* der Verständigungspolitik. Die grundlegende These lautet hierbei, dass man klar und deutlich zwischen SAI und Parteidreieck differenzieren muss: Während sich die internationale Agentur der Arbeiterklasse darauf beschränkte, die internationale Entwicklung zu kommentieren, waren beide kontinentaleuropäische Schwesterparteien *aktiv gestaltend* am Verhandlungsprozess beteiligt.

Auf der Londoner Konferenz wurde die SPD – wenn auch inoffiziell – von Rudolf Breitscheid vertreten, der hinter den Kulissen im Sinne der Partei auf den französischen Ministerpräsidenten einwirken sollte.³⁷ Breitscheid war bereits einen Monat vor der Konferenz, im Juni 1924, in Paris gewesen, um mit Herriot unter anderem über die brisante Räumungsfrage zu sprechen. Begleitet wurde er dabei von dem elsässischen SFIO-Politiker Salomon Grumbach.³⁸

Die Ergebnisse des Gesprächs fasste Breitscheid schriftlich zusammen und schickte sie anschließend an den deutschen Außenminister, Gustav Stresemann.³⁹ Aus deutscher Perspektive war die diplomatische Mission des Sozialdemokraten ein herber Rückschlag, denn Herriot machte deutlich, dass er das Ruhrgebiet nur dann von französischen Truppen räumen lassen werde, wenn Deutschland im Gegenzug »neue Pfänder« anbiete.⁴⁰ Der Grund für dieses plötzliche Abweichen vom Dawes-Plan, der keine weiteren produktiven Pfänder vorsah, war aus Sicht des französischen Ministerpräsidenten die unsichere politische Zukunft des Nachbarlandes: »*Man weiß nicht wie Deutschland in fünf oder zehn Jahren aussehen wird. Wenn es dann eine Regierung gibt, die nicht zahlen will, – was dann?*«⁴¹ Allein, diese Forderung wäre für die deutsche Delegation in London schlichtweg untragbar gewesen. Daher beriet

³⁵ Vgl. J. ZARUSKY, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, 1992, S. 189.

³⁶ Das Abkommen per se wurde sogar für so populär gehalten, dass die SPD eine Volksabstimmung für den 4. Mai vorschlug – über das Reparationsabkommen. Vgl. H. A. WINKLER, Der Schein der Normalität, 1987, S. 190.

³⁷ Ebd.

³⁸ Hinweise auf die Anwesenheit Breitscheids in Paris finden sich auch in den Tagebüchern von Graf Kessler. In einem Eintrag vom 24. 6. 1924 berichtet dieser von einer Sitzung im »Carnegie Institut«, wo er als Hauptredner aufgetreten sei. Breitscheid und Grumbach seien u. a. im Podium gesessen und hätten sich an der anknüpfenden Diskussion, die sich um den Friedenswillen Deutschlands drehte, beteiligt. H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 24. 6. 1924, Bd. 8, S. 348f.

³⁹ PA, Büro Staatssekretariat, Brief von Breitscheid an Stresemann, 21. Juni 1924, A Bd. 3: R 28900.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Ebd.

sich Breitscheid im Anschluss des Gespräches sofort mit Grumbach, um das weitere Vorgehen zu besprechen – mit dem Ziel, Herriot von seiner Meinung abzubringen: »Ich habe sofort Grumbach, dem die Sache auch sogleich bedenklich vorkam, Moutet und Renaudel in Bewegung gesetzt, und sie haben mir zugesagt, alles zu tun, um Herriot von einem nicht ungefährlichen Weg abzubringen. Sie meinten, man solle diese Idee in ihrer Bedeutung nicht überschätzen. Der Einfluß der Sozialisten werde ihn hindern von der Route des Dawesgutachtens, das keine anderen Pfänder vorsehe, abzubringen. Herriot habe sich noch nicht eingearbeitet, und taste noch ein wenig umher.«⁴²

Wie aus dem Tagebuch von Harry Graf Kessler hervorgeht, trafen sich einige verständigungsorientierte Kräfte, darunter auch Breitscheid und Grumbach, am 27. 6. 1924 zu einem gemeinsamen Frühstück, an dem u. a. der französische Innenminister, Duvernoy, teilnahm. Im Verlauf des Gesprächs sei die Ansicht vertreten worden, dass man eine »gemeinsame Front« bilden müsse im Kampf gegen die »Kräfte der Reaktion«, auch auf Regierungsebene: »Duvernoy, Riedt, Breitscheid, Grumbach waren einer Meinung, daß sie möglichst bald, wenn nicht einen gemeinsamen Feldzugsplan, so doch eine Methode der Zusammenarbeit entwickeln sollten; so daß der eine Premierminister oder Reichskanzler zum andren in vertrauliche Beziehungen träte, u. ihn im voraus von seinen Schritten u. Äußerungen in Kenntnis setzte, um Überraschungen u. falsche Schlüsse zu vermeiden.«⁴³ Diese kooperative Politikvorstellung hatte durchaus einen realpolitischen Hintergrund: Kessler kam zu dem Schluss, dass Breitscheid von der Haltung Herriots »enttäuscht« sei und sich insgeheim die SFIO an der Schaltzentrale der französischen Regierung wünsche. Diese Einschätzung deckt sich in gewisser Weise mit dem Brief Breitscheids an Stresemann.⁴⁴ Grumbach machte Kessler gegenüber deutlich, dass es in Paris zudem zu einer SFIO-Konferenz über den derzeitigen Stand der französischen Außenpolitik gekommen sei, an der auch Breitscheid teilgenommen habe.⁴⁵

Während der Londoner Konferenz leistete Breitscheid im Juli/August 1924 schließlich mit seinen inoffiziellen Bemühungen einen wichtigen Beitrag zur Verhandlungsführung, wie unter anderem aus dem Nachlass von Gustav Stresemann hervorgeht.⁴⁶ In seinen Aufzeichnungen berichtete der deutsche Außenminister durchaus positiv über das Treffen zwischen Breitscheid und Herriot, insbesondere weil der Sozialdemokrat wichtige Erkenntnisse über die Lage im französischen Lager liefern konnte: »Gegen Abend kam Dr. Breitscheid zu uns, der, wie er mitteilte, 2 1/2 Stunden mit Herriot gesprochen hatte. Er schilderte Herriot als vollkommen zusammen-

⁴² Ebd.

⁴³ H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 27. 6. 1924, Bd. 8, S. 350 f.

⁴⁴ PA, Büro Staatssekretariat, Brief von Breitscheid an Stresemann, 21. Juni 1924, A Bd. 3: R 28900.

⁴⁵ H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 1. 7. 1924, Bd. 8, S. 360.

⁴⁶ Allgemein hierzu: R. LINKHAMMER, Die Außenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Zeit der Weimarer Republik, 1955, S. 118 ff.; P. PISTORIUS, Rudolf Breitscheid 1874–1944, 1970, S. 221 ff., 254 ff.

*gebrochen unter der Last der Konferenz und unter seiner Umgebung, die voller Intrigen sei.*⁴⁷ Der französische Ministerpräsident habe Breitscheid vorgeschlagen, die Ruhräumung erst nach Ablauf der alliierten Militärkontrolle erfolgen zu lassen sowie einen Sicherheitspakt zwischen beiden Ländern zu beschließen, um die Gefährdung Frankreichs in Zukunft ausschließen zu können. Des Weiteren wurde angeregt, einen Handelsvertrag zu vereinbaren.⁴⁸ Stresemann antwortete darauf, dass ein Zusammenhang zwischen Militärkontrolle und militärischer Räumung parlamentarisch nicht durchsetzbar wäre, ein Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich allerdings schon. Indes konnte bereits eine Woche später, am 15. August 1924, ein entscheidender Fortschritt erzielt werden, als Herriot über den SFIO-Politiker Salomon Grumbach mitteilen ließ, dass eine schrittweise Umsetzung des Abzuges durchaus im Bereich des Möglichen liege.⁴⁹ Wenige Stunden später, am 16. August 1924, wurde der Dawes-Plan schließlich verabschiedet.

Es war nicht zuletzt das Engagement MacDonalds, das einen solchen Kompromiss möglich gemacht hatte.⁵⁰ Stresemann vermerkte hierzu in seinen Notizen, dass ihm der britische Premier zuvor in einem persönlichen Gespräch mitgeteilt habe, »stärksten Einfluss« auf Herriot ausüben zu wollen – offensichtlich nicht ohne Erfolg.⁵¹ Die Konferenztaktik von MacDonald bestand im Wesentlichen darin, Herriot von der dringenden Notwendigkeit einer sofortigen Ruhräumung zu überzeugen. Sein schlagendes Argument lautete hierbei, dass die Anleihen amerikanischer Privatbanken (circa 40 Millionen Pfund) an Deutschland nur dann erfolgen würden, wenn das Land nicht mehr besetzt sei. Es bedarf keiner besonderen Begründung, dass die deutsche Republik nur mit Hilfe besagter Kredite dazu in der Lage war, ihren Reparationsverpflichtungen nachzukommen.⁵² Insofern besaß die Drohkulisse MacDonalds einen für Frankreich materiell höchst relevanten Aspekt, den Herriot in seiner weiteren Vorgehensweise mit berücksichtigen musste. Das galt umso mehr, als der britische Premier in seinem Anliegen vom britischen Vertreter in der Reparationskommission, Sir John Bradbury, von General Dawes sowie vom amerikanischen Botschafter, Frank B. Kellogg, maßgeblich unterstützt wurde.⁵³

Aus den Ausführungen geht exemplarisch hervor, dass der Anteil der sozialistischen Akteure am Zustandekommen des Londoner Vertragswerkes enorm war – im Fall von SPD und SFIO insbesondere auf einer informellen Basis. Diesbezüglich muss hervorgehoben werden, dass die Mittlerfiguren keinem bestimmten Beschluss der

⁴⁷ PA, NL Gustav Stresemann, 7. August 1924, 7172/H156296–4620 (August, 1924, Londoner Konferenz).

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ PA, Referat Deutschland, Deutsche Delegation London 2, 15.8.1924, Aufzeichnungen Stresemann, 1 Aa3.

⁵⁰ Über die im Anschluss an die Konferenz stattfindenden britisch-französischen Verhandlungen, siehe auch: Echo de Paris, 8.9.1924; Homme Libre, 7.9.1924.

⁵¹ Ebd.

⁵² W. KRIEGER, Labour Party und Weimarer Republik, 1978, S. 327.

⁵³ Ebd.

Internationale folgten und weitestgehend auf sich allein gestellt waren. Das SAI-Bureau hatte sich im Februar 1924 zwar darauf verständigt, »alles Notwendige« zu tun, um das deutsche Reparationsproblem zu lösen,⁵⁴ jedoch gab es kein konkretes außenpolitisches Strategiepapier, das ein gemeinsames Vorgehen konkretisiert hätte. Damit wurde transnationalen Akteuren wie Breitscheid, Grumbach, Blum, Hilferding oder MacDonald ein relativ großer Handlungsspielraum gegeben, ohne dass ein besonderer Wert auf die Wahrung einer nicht näher definierten »sozialistischen« Außenpolitik gelegt wurde.

Das Fehlen eines gemeinsamen Strategiepapiers vermag allerdings nicht zu überraschen, da die Mächtekonstellation im internationalen Staatensystem zu Beginn des Jahres 1924 aus sozialistischer Perspektive alles andere als vielversprechend war: Noch am 11.1. monierte Breitscheid in einem Interview, dass es keine allzu große Hoffnung auf eine Verständigungspolitik gäbe, weil sich die Haltung Poincarés keinen Deut verändert habe.⁵⁵ Daran konnte auch das Bemühen MacDonalds, mit dem französischen Ministerpräsidenten zu verhandeln, herzlich wenig ändern.⁵⁶ Die pessimistische Haltung des Sozialdemokraten erscheint durchaus nachvollziehbar, wenn man berücksichtigt, dass sämtliche Verständigungsinitiativen der SAI zwischen 1922 und 1924 abgeschmettert worden waren. Somit bestand für die transnationalen Mediatoren auch zunächst kein besonderer Anlass, an einen nachhaltigen Klimawechsel im internationalen Staatensystem zu glauben. Was allerdings die Perspektive völlig veränderte, war der Regierungswechsel in Frankreich und der Sieg des Linkskartells.⁵⁷ Bereits im Juli 1924, wenige Tage vor der Londoner Konferenz und nur wenige Monate nach Breitscheids Interview, notierte Eric Phipps, englischer Botschafter in Frankreich, dass Léon Blum in einem Gespräch mit ihm den »Poincarismus« für tot erklärt habe.⁵⁸ Insofern deutete sich nach dem Sieg des Linkskartells ein sehr plötzlicher Perspektiv- und Paradigmenwandel im Lager der Sozialisten an, die, zumindest in Frankreich und Großbritannien, erstmals unmittelbaren Einfluss auf zwischenstaatliche Verhandlungen nehmen konnten.

Auf diese ruckartige Entwicklung reagierte die SAI als Organisation, wie bereits dargelegt, verdächtig langsam, was einzelnen Akteuren – insbesondere aus den Füh-

⁵⁴ IISG, SAI, Sitzung des Exekutivkomitees der SAI am 16. und 17. Februar 1924 in Luxemburg, IISG/SAI/198/19.

⁵⁵ PA, Büro Staatssekretariat, Telegramm vom 11.1.1924, Büro Staatssekretär: A Bd. 2: R 28899k.

⁵⁶ Ohnehin wurde im Auswärtigen Amt mehrfach kolportiert – unter anderem gegenüber Breitscheid – dass sich die Labour-Regierung in ihrer Innen- und Außenpolitik unwesentlich von der Vorgängerregierung unterschied. Hierzu: PA, Büro Staatssekretariat, Lageprotokoll zur innenpolitischen Situation in England, 18. Februar 1924, Büro Staatssekretär: A Bd. 2: R 28899k; PA, Büro Staatssekretariat, Dufour an Schubert, London den 21.2.1924, Büro Staatssekretär: A Bd. 2: R 28899k.

⁵⁷ Im Nachlass Stresemanns findet sich ein ausführlicher Bericht über die innenpolitische Lage in Frankreich sowie dem Verhalten der SFIO im Falle eines Regierungswechsels. PA, NL Gustav Stresemann, Bericht über die innenpolitische Lage in Frankreich, 14.5.1924, 7169/ H155656–9250 (Mai bis Juni 1924).

⁵⁸ TNA, PRO, Foreign Office, Telegram Mr. Phipps, 25. Juli, TNA/PRO/FO 371/10541; Hierzu auch ein Artikel Blums zum Wiederaufleben der internationalen Beziehungen, siehe: *Le Populaire*, 4.5.1924.

rungsgremien des Parteiendreiecks – die Gelegenheit eröffnete, mittels eigener Kontakte und Initiativen aktiv zu werden. Mit in dieses Bild passt, dass es auch in der Folgezeit einen regen Kontakt zwischen Blum und dem britischen Botschafter gab, der einzig und allein dem Ziel gewidmet war, den Londoner Vertrag mittels informeller Kontakte oder Beziehungen zum Abschluss zu bringen und dadurch die eingeleitete Verständigungspolitik fortzusetzen – wenn auch zunächst mit eher mäßigem Erfolg: Als die Ratifizierung des Abkommens im französischen Parlament anstand, mahnte Blum den britischen Diplomaten Phipps bzw. die britische Regierung dazu an, »to give Herriot something to show on his return to Paris for the great concessions which he had made.«⁵⁹ Konkret bezog er sich auf die interalliierten Schulden und verlangte unter anderem, dass Frankreich in den nächsten vier Jahren keinen Beitrag zahlen sollte.⁶⁰ Dieser weitreichende Vorschlag wurde vom britischen Finanzministerium verständlicherweise umgehend abgelehnt,⁶¹ zumal zu diesem Zeitpunkt bereits klar schien, dass der Vertrag im französischen Parlament unterzeichnet werden würde.⁶² Stattdessen wurde auf der Londoner Konferenz vereinbart, die Frage der interalliierten Schulden einer Expertenkommission zu übergeben.⁶³

Auch wenn, wie am Beispiel Blums und seiner gescheiterten Einflussnahme auf die britische Außenpolitik deutlich wird, die Initiativen des Parteiendreiecks keineswegs eine reine »Erfolgsgeschichte« waren, so leisteten die Sozialdemokraten – insbesondere Rudolf Breitscheid, Salomon Grumbach und Ramsay MacDonald – dennoch einen wichtigen Beitrag zur Unterzeichnung des Londoner Vertragswerkes.⁶⁴ Warum das Dawes-Abkommen vom Parteiendreieck als Fortschritt betrachtet wurde, wird am Anschaulichsten in einer Rede von Rudolf Hilferding deutlich, der das Übereinkommen auf dem Berliner Parteitag 1924 als »einzig unmittelbar mögliche Lösung« der Reparationsfrage bezeichnete.⁶⁵ Dieser »realistisch« anmutende Duktus war keineswegs neu: Bereits in den Jahren zuvor hatte sich das Parteiendreieck in außenpolitischer Hinsicht an einer »Politik des Möglichen« orientiert, weshalb die Rede Hilferdings nahtlos auf die beteiligten Parteien bzw. Protagonisten übertragen

⁵⁹ TNA, PRO, Foreign Office, Aufzeichnung Mr. Phipps vom 10./11. 8. 1924, TNA/PRO/FO 371/10541.

⁶⁰ »M. Blum replied that, broadly speaking a solution whereby France would be relieved of all payments for, say, four years and until she had obtained from Germany the five milliards of gold marks still due to her for payments in the devastated regions, would be considered fair. The Spa percentages should, moreover, be revised.« TNA, PRO, Foreign Office, Aufzeichnung Mr. Phipps vom 10./11. 8. 1924, TNA/PRO/FO 371/10541.

⁶¹ TNA, PRO, Foreign Office, Lampson an Phipps, 20. 8. 1924, TNA/PRO/FO 371/10541.

⁶² Ebd.

⁶³ R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008, S. 162; hierzu auch: Oeuvre, 7. 9. 1924.

⁶⁴ Kritisch wurde im AA indes der Beitrag von Ph. Snowden bewertet, der im Zuge der Londoner Konferenz wiederholt mit »ultra-deutschen« Standpunkten aufgefallen sei. Snowden habe der deutschen Delegation mit seinem »150%igen Deutschtum« große Schwierigkeiten bereitet, womit vermutlich v. a. dessen Frankophobie gemeint ist. Eben dies räumte Stresemann in einem Gespräch mit H. G. Kessler ein. H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 26. 8. 1924, Bd. 8, S. 406.

⁶⁵ Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte, Bd. 381, S. 808 (Hilferding); hierzu auch: H. A. WINKLER, Der Schein der Normalität, 1987, S. 191.

werden kann. Wie bereits dargelegt, fehlten in der Vergangenheit allerdings die »Mitspieler« auf Regierungsebene, die für eine Verständigungspolitik dringend nötig gewesen wären. Dies änderte sich im Jahre 1924 schlagartig mit den Regierungswechseln in Großbritannien und Frankreich, da sich sowohl die Labour-Party als auch das Linkskartell für multilaterale Vereinbarungen im Sinne einer Politik des Ausgleichs aussprachen.⁶⁶

Für die sozialistischen Parteien eröffnete sich damit erstmals die Möglichkeit, den Verständigungsprozess aktiv mit zu gestalten und als Ansprechpartner zu positionieren. Beispielhaft hierfür steht ein Gespräch von Rudolf Breitscheid und Salomon Grumbach mit Edouard Herriot im September 1924, in dem letzterer den Vorschlag unterbreitete, dass Deutschland doch endlich »dem Völkerbund beitreten« solle. Er bat Breitscheid und Grumbach darum, die französische Befürwortung des deutschen Beitritts auch an Ramsay MacDonald weiterzuleiten, der sich bereits zuvor in Genf für diesen Schritt stark gemacht hatte.⁶⁷

Mit anderen Worten hatte die internationale Sozialdemokratie binnen weniger Monate stark an Format und Einfluss gewonnen. Möglich wurde das nicht zuletzt deshalb, weil die Außenpolitik von SPD, SFIO und Labour Party prinzipiell offen gestaltet wurde, d. h. viel Interpretationsspielraum zuließ. Die jeweiligen Parlamentsfraktionen agierten in der Praxis nicht etwa dogmatisch, sondern ausgesprochen »gouvernemental«,⁶⁸ weshalb die offizielle Politik ihres jeweiligen Nationalstaates, zumindest seit dem Beginn der »Verständigungsära«, nach Kräften unterstützt wurde. In diesem allzu grob gesteckten Rahmen hatten Politiker wie Léon Blum, Salo-

⁶⁶ Eingeräumt werden muss gewiss, dass die bereits im November 1924 erfolgte Abwahl der Regierung MacDonald, nur wenige Monate nach seiner Amtsübernahme, in diesem Kontext einen Rückschritt darstellte. Vgl. F.-J. BRÜGGEMEIER, *Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert*, 2010, S. 145.

⁶⁷ Im Zuge der Diskussion über den möglichen Völkerbundsbeitritt Deutschlands kam es zu einer intensiven Kooperation zwischen Breitscheid, Grumbach, MacDonald, Henderson, die allesamt in Genf darum bemüht waren, einen solchen Meilenstein der internationalen Beziehungen – wenige Monate nach dem Ende der Ruhrkrise – zu ermöglichen. Ständigen Kontakt habe Breitscheid nach der Darstellung Graf Kesslers zu Otto Wels bzw. dem Reichspräsidenten Ebert gehalten, die von ihm über den Fortschritt der Verhandlungen informiert wurden. Schlussendlich wurden die Initiativen allerdings vom deutschen Auswärtigen Amt torpediert: Ein deutscher Beitritt wurde von Stresemann, vor allem aufgrund der ungeklärten Schuldfrage, als »übereilt« angesehen und daher vertagt. Angekündigt wurde stattdessen ein »alsbaldiger« Beitritt, ohne konkretes Eckdatum. H. GRAF KESSLER, *Das Tagebuch*, Eintrag vom 5. 9. 1924, Bd. 8, S. 426 ff.; Eintrag vom 10. 9. 1924, S. 437 ff.; Eintrag vom 13. 9., S. 448 ff.; Gespräch zwischen Kessler und Müller/Loebe/Wels: Eintrag vom 16. 10. 1923, S. 516; guter Überblick über den möglichen dt. Völkerbundbeitritt 1924: J. ZARUSKY, *Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell*, 1992, S. 189 ff.

⁶⁸ Die Vorstellung, dass die Parteien »gouvernemental« agierten, sobald es um die Außenpolitik ging, geht auf Michael Stürmer zurück. In Bezugnahme auf die SPD konstatierte er, dass die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, sobald es um außenpolitische Themen ging, ihre innenpolitischen Konflikte »abstrahierte« und sich mit den Zielen der offiziellen deutschen Außenpolitik identifizierte. Dieser Gedanke kann, zumindest ab Mitte 1924 (mit dem Ende der Ära Poincaré), auch auf die SFIO übertragen werden. Die Labour Party wies in Bezug auf ihre außenpolitische Linie, ähnlich wie die SPD, seit Kriegsende ein hohes Maß an Übereinstimmung mit ihrer Regierung auf. Vgl. M. STÜRMER, *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik*, 1967, S. 110.

mon Grumbach, Rudolf Breitscheid, Rudolf Hilferding, Arthur Henderson oder Ramsay MacDonald ausreichend Spielraum, ihre eigenen Vorstellungen zu entwickeln und durchzusetzen.

2.2.2. *Locarno und die Suche nach Sicherheit: Vorbereitung des Vertragswerkes und informelle Einbeziehung der SPD in den Verhandlungsprozess zwischen Deutschland und Frankreich*

Im Zuge der Londoner Konferenz wurde der Versuch unternommen, die Rückkehr zum internationalen Faustrecht zu verhindern und stattdessen kooperative und gewaltfreie Beziehungen zu etablieren. Ein grundlegender Streitpunkt, der nach wie vor ungelöst schien, war hierbei das wechselseitige Bedürfnis nach Sicherheit. Die französische Regierung hatte erkannt, dass die Stabilisierung des internationalen Systems nicht ohne einen deutsch-französischen Interessenausgleich möglich sein würde, weshalb beide Staaten zu Kompromissen bereit sein mussten.⁶⁹ Grundsätzlich gab es zwei zentrale Ansätze zur Lösung des Sicherheitsdilemmas: Erstens eine Fortführung des französisch-englisch-amerikanischen Garantiepakts von 1919 (oder aber zumindest eine separate Allianz zwischen Frankreich und Großbritannien), zweitens der Ausbau des kollektiven Sicherheitssystems des Völkerbundes.⁷⁰ Die erste Variante scheiterte u.a. am Widerstand Großbritanniens, das bündnispolitische Verpflichtungen auf dem Kontinent ablehnte. Dementsprechend blieb der Ausbau des kollektiven Sicherheitssystems die wohl realistischste Option, sowohl die französische Sekuritätspolitik als auch die deutsche Restaurationspolitik zu berücksichtigen und überdies eine Phase der Entspannung und Verständigung einzuleiten.⁷¹

Vor allem für die deutschen und französischen Sozialisten war die Sicherheitsfrage ein Kardinalproblem: Die Ruhrkrise hatte den Parteien vor Augen geführt, dass eine angemessene Antwort auf das französische Sicherheitsdilemma vonnöten war, um stabile außenpolitische Bedingungen zu ermöglichen. Insbesondere die SPD hatte

⁶⁹ H. MÖLLER, Europa zwischen den Weltkriegen, 1998, S. 49.

⁷⁰ S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 332 ff.

⁷¹ Die Idee eines kollektiven Sicherheitssystems kann, wie Ralph Blessing in seiner Dissertation darlegt, als eines der zentralen Elemente des Modells liberaler Friedenssicherung bezeichnet werden. Die »kollektive Sicherheit« ist dabei vergleichbar mit dem älteren Modell der »Balance of powers«, wobei im erstgenannten Fall das Prinzip der Abschreckung eine wesentlich größere Rolle spielt: Während die »Balance of powers« von einem Gleichgewicht der Kräfte ausgeht und ein übergreifendes Bündnis nicht zwingend voraussetzt, orientiert sich das System »kollektiver Sicherheit« am Prinzip der Abschreckung sowie an der Macht aller gegen potentielle Aggressoren. Ein »Außen« ist in diesem Modell nicht mehr vorgesehen, ebenso wenig wie es »Gegner« bzw. konfrontative Politikstrategien geben sollte. Der Schwerpunkt liegt also auf kooperativen Handlungsstrategien – mit dem Ziel, den Frieden nicht nur zu sichern, sondern nach Möglichkeit zu garantieren. R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008, S. 185.

erfahren müssen, dass außenpolitische Krisen und deren wirtschaftliche Folgen zu einem Aufstieg extremistischer Kräfte führen konnten, die den politischen Einfluss der Sozialdemokratie auf lange Sicht erheblich gefährden mussten.⁷² Eben deshalb unterstützte die SPD in ihrer Rolle als »mitregierende Oppositionspartei«⁷³ die Regierung Luther, deren Sicherheitsinitiative vom 9. Februar 1925 – dem Angebot einer Garantie der deutschen Westgrenzen – eine Politik des Interessenausgleichs zwischen Deutschland und Frankreich einleitete und damit dem sozialdemokratischen Konzept friedlicher Konfliktlösungen entsprach. Diesbezüglich verkündete der »Vorwärts«, dass die Frage der europäischen Sicherheit von so überragender Bedeutung sei, »daß sie getrennt von allen innenpolitischen Angelegenheiten betrachtet werden muss«.⁷⁴

Das deutsche Angebot kam für die SPD, vor allem aber für Rudolf Hilferding und Rudolf Breitscheid keineswegs unvermittelt: Im Verlauf einer Unterredung zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Schubert sowie Hilferding, wurde die SPD noch vor der Übergabe des Memorandums an die französische Regierung über den genauen Inhalt der Initiative informiert.⁷⁵ Damit versuchte das Auswärtige Amt gezielt, die deutsche Sozialdemokratie in den Verhandlungsprozess miteinzubeziehen. Auslöser hierfür war, wie aus dem Tagebuch von Harry Graf Kessler hervorgeht, ein wenige Tage zuvor stattfindendes Gespräch Kesslers mit von Schubert und dem deutschen Botschafter in Paris, Hoesch, in dem er den Vorschlag erbrachte, »jemanden zu Blum zu schicken, der die Sache mit ihm sogar bis in die Einzelheiten berede und ihn veranlasse zu Herriot hinzugehen.«⁷⁶ Schubert dachte zuerst an Rudolf Breitscheid, der ein »gegebener Vermittler« sei, räumte jedoch ein, dass der Sozialdemokrat sich nicht in Frankreich bewegen könne, »ohne daß die ganze Nationalisten Presse in Paris schreie«. Infolgedessen habe man, wie Kessler in seinem Tagebuch vermerkte, Rudolf Hilferding als Mittlerfigur auserkoren, »er fabre so wie so [sic!] zu irgend einer Besprechung nach Paris«.⁷⁷

Das Anfang Februar 1925 stattfindende Gespräch zwischen Hilferding und von Schubert trug – ebenso wie die jüngsten außenpolitischen Entwicklungen – erfolgreich dazu bei, dass die SPD davor zurückschreckte, die Reichsregierung zu stürzen.⁷⁸ Ursprünglich war Hilferding ins Auswärtige Amt gekommen, um v. Schubert ganz offiziell mitzuteilen, dass die französischen Sozialisten Breitscheid und ihn dazu aufgefordert hatten, am 8. 2. zum Parteikongress nach Grenoble zu fahren so-

⁷² Vgl. R. BEHRING, Option für den Westen. Rudolf Hilferding, Curt Geyer und der antitotalitäre Konsens; in: M. SCHMEITZNER (Hrsg.), Totalitarismuskritik von links, 2007, S. 135–160; hier: S. 138.

⁷³ Vgl. H. A. WINKLER, Der Schein der Normalität, 1987, S. 251; K. RIESEBERG, Die SPD in der Locarno-Krise, Oktober/November 1925; in: VfZ 30, 1982, S. 130–161; hier: S. 134.

⁷⁴ Ebd.; Vorwärts, 25.3.1925.

⁷⁵ PA, Büro Staatssekretär, FS, Aufzeichnungen v. Schuberts vom 3. 2. 1925, Bd. 1, Bl. 51–56.

⁷⁶ H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 29. 1. 1925, Bd. 8, 1923–1926, S. 587 ff.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Ausschlaggebend für den Bruch wären in erster Linie innenpolitische Differenzen gewesen. Vgl. K. RIESEBERG, Die SPD in der Locarno-Krise, Oktober/November 1925; in: VfZ 30, 1982, S. 130–161; hier: S. 134 f.

wie anschließend nach Paris zu kommen, um gemeinsam »in vertraulicher Atmosphäre« die deutsch-französischen Beziehungen zu diskutieren.⁷⁹ Diesbezüglich wird vermutet, dass die SFIO bereits im Vorfeld über die britisch-französischen Gespräche informiert worden sei und nun den Kontakt zu den deutschen Genossen suche.⁸⁰ Wahrscheinlicher ist jedoch, dass Hilferding und Breitscheid nach Rücksprache mit der Partei und dem Auswärtigen Amt vereinbart hatten, den französischen Parteitag zu besuchen und Léon Blum davon zu überzeugen, auf Herriot einzuwirken. Die Tagebucheinträge Kesslers erwecken jedenfalls den Anschein, als sei die Vermittlungsreise der beiden Sozialdemokraten eine kurzfristige Reaktion auf die Kammerrede Edouard Herriots vom 28.1.1925, in deren Verlauf er Deutschland militaristische Tendenzen unterstellte und die Sicherheitsfrage in den Mittelpunkt seiner Überlegungen rückte.⁸¹

Die strategische Unterredung zwischen Schubert und Hilferding im Vorfeld stand jedenfalls gänzlich ganz in diesem Kontext: Beide teilten die Auffassung, dass die Lösung der Sicherheitsfrage oberste Priorität besitze und der Schlüssel für alle anstehenden Streitfragen (Entwaffnungs- oder Räumungsfrage) sei.⁸² Schubert eröffnete Hilferding, dass Frankreich die Sicherheitsfrage seiner Meinung zufolge dazu nutzen werde, alle anstehenden Fragen zuungunsten Deutschlands zu entscheiden. Aus diesem Grund sei man selbst aktiv geworden und habe bereits »Sondierungen« eingeleitet. Der Erfolg der deutschen Note hänge aber ganz bestimmt davon ab, dass dieses Vorhaben vertraulich behandelt werde. Aus diesem Grund bat er Hilferding darum, die sozialistische Presse zur Zurückhaltung anzuhalten, was ihm dieser auch umgehend versicherte. Im Gegenzug zielte der Sozialdemokrat auf einen raschen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ab, um die Verhandlungsposition der Republik aufzubessern. Zum Abschluss des Gesprächs garantierte er dem Staatssekretär, dass er mit den französischen Sozialisten, insbesondere Léon Blum, sprechen und ihnen die deutsche Initiative schmackhaft machen werde. Überdies werde er, Hilferding, versuchen, Herriot »unter der Hand« davon abzubringen, etwaige »garanties physiques« für die Lösung der Sicherheitsfrage zu verlangen.⁸³ Im Denken des französischen Ministerpräsidenten konnte eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich nur dann erfolgen, wenn sich die deutsche Regierung zu weitreichenden Garantien bereit erklären würde. Ziel der sozialdemokratischen »Botschafter« war es daher, Herriot von dieser Idee abzubringen, da eine erneute Preisgabe deut-

⁷⁹ Hierzu auch: Internationale Information, Vor dem französischen Parteitag, 29.1.1925, Bd. II, 1925; ebd., Die Internationale auf dem franz. Parteitag, 12.2.1925.

⁸⁰ S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 341.

⁸¹ H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 29.1.1925, Bd. 8, S. 584f.

⁸² PA, Büro Staatssekretär, FS, Aufzeichnungen v. Schuberts vom 3.2.1925, Bd. 1, Bl. 51–56.

⁸³ »Ich bat Herr Hilferding, doch seinen Einfluss bei seinen französischen Freunden dahin auszuüben, daß sie Herrn Herriot dazu brächten, von diesen Garantien Abstand zu nehmen und sich vielmehr den vertraglichen Garantien zuzuwenden. Herr Hilferding teilte vollkommen meine Meinung und versprach mir, unter der hand und ganz vertraulich in diesem Sinne zu wirken.« Ebd.

scher Interessen aus Sicht der Reichsregierung – und der SPD – untragbar gewesen wäre.

Nicht zuletzt deshalb war die diplomatische Mission Hilferdings bzw. Breitscheids von hohem Wert für das Auswärtige Amt, was auch von Schubert so interpretierte: Zwei Tage später berichtete er dem deutschen Botschafter in Paris, Leopold von Hoesch, dass das Gespräch zwischen ihm und Hilferding hervorragend verlaufen sei.⁸⁴ In Bezug auf die informellen diplomatischen Kontakte der SPD und ihrem Wert für das Auswärtige Amt zog der Staatssekretär dabei ein überraschend positives Fazit: »Ich glaube, daß die beiden deutschen Sozialdemokraten uns auch in der Sicherheitsfrage eine gewisse Hilfestellung geben können und auch geben werden. Herr Hilferding war außerordentlich verständig und ich glaube dasselbe nach meinen letzten Erfahrungen auch von Herrn Breitscheid annehmen zu können. Sollten Dich die Herren aufsuchen, so würde ich Dich bitten, sie sehr freundlich zu empfangen, ihnen gegenüber aber meinen Brief an dich nicht zu erwähnen. Ob Du ihnen etwas von der wohl dann inzwischen erfolgten Demarche sagen kannst, lässt sich natürlich im Augenblick schwer beurteilen. Ich glaube, daß man ihnen ein ziemlich weitgehendes Vertrauen schenken kann, andererseits aber müssen wir eben doch versuchen, in Zukunft solche diplomatischen Erörterungen ganz geheim zu führen. Wenn dies gelingt, so können wir in Zukunft selbst solchen Herren gegenüber in der Geheimhaltung keine Ausnahme machen.«⁸⁵ Damit hatte von Schubert den Eindruck gewonnen, dass die SPD ihren Beitrag zur Lösung des Sicherheitsproblems leisten wollte. Die Tatsache, dass er sich von den diplomatischen Kontakten der Sozialisten – zumindest temporär – einen positiven Effekt für die anstehenden Verhandlungen erhoffte, lässt dabei tief blicken, zumal von Hoesch bereits am 1. 2. das Vorhaben geäußert hatte, persönlich den Kontakt zu Blum und Herriot zu suchen.⁸⁶ Offiziell hergestellt wurde dieser aber nun von den Sozialdemokraten, wie das ursprünglich auch Kessler vorgeschlagen hatte.⁸⁷

Vom 8.–12. Februar vertraten Hilferding und Breitscheid die SPD auf dem französischen Parteitag in Grenoble.⁸⁸ In seiner Rede auf dem Parteitag lobte Hilferding, der von S. Grumbach übersetzt wurde, die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen, mahnte aber zugleich dazu an, den eingeschlagenen Kurs fortzusetzen. Seiner Argumentation zufolge habe die SPD bei der letzten Wahl nur deshalb so schlecht abgeschnitten, weil sie mit ihren außenpolitischen Positionen kaum Erfolge für sich verbuchen konnte. Deshalb seien reaktionäre und extremistische Kräfte auf dem Vormarsch in Deutschland. An die französischen Genossen appellierte Hilfer-

⁸⁴ PA, Büro Staatssekretär, FS, Schubert an Hoesch, 5. 2. 1925, FS, Bd. 1, R29082.

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ PA, Büro Staatssekretär, FS, Hoesch an Schubert, 1. 2. 1925, Bd. 1, R29082.

⁸⁷ H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 29. 1. 1925, Bd. 8, S. 584f.

⁸⁸ Vgl. Parti Socialiste, Section française de l'Internationale Ouvrière. XXIIe Congrès National. Tenu à Grenoble, les 8, 9, 10, 11 et 12 Février 1925. Compte Rendu Sténographique, Paris 1925; Internationale Information, Vor dem französischen Parteitag, 29. 1. 1925, Bd. II, 1925; ebd., Die Internationale auf dem franz. Parteitag, 12. 2. 1925.

ding, Druck auf die Regierung auszuüben, umso rasch wie möglich eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen.⁸⁹

Ebenso wie Hilferding unterstützte auch Rudolf Breitscheid die deutsche Sicherheitsinitiative: In einem Interview mit der »Neuen Züricher Zeitung« konstatierte er, dass die Regierung Luther keineswegs eine nationalistische Politik betreibe und sah in ihr einen zuverlässigen Partner für Frankreich. Luther führe sein Kabinett mit straffer Hand und habe sich wiederholt für die deutsch-französische Annäherung ausgesprochen.⁹⁰ Wie sein Parteigenosse plädierte er dezidiert für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sowie die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems. Nur mithilfe außenpolitischer Erfolge sowie der politischen Gleichstellung Deutschlands könne der Gefahr, welche von reaktionären Kräften wie den Deutschnationalen ausgehe, begegnet werden. »Aber wir [Sozialdemokraten, Anm. d. V.] sind überzeugt, daß nur ein Einvernehmen, in welchem Deutschland nicht Objekt, sondern mitbestimmender Teil ist, seinen Zweck erfüllen wird.«⁹¹ Konkret forderte Breitscheid also ein Entgegenkommen der Franzosen sowie einen Dialog auf Augenhöhe. Gleichzeitig erklärte er sich verständnisvoll gegenüber der Furcht der Franzosen, einen wertlosen Garantiepakt, der jederzeit gebrochen werden könne, zu unterzeichnen. Dieser Angst versuchte er mit schlüssigen Argumenten entgegenzutreten: Ein Sicherheitspakt, in dem die deutsche Republik mitbestimmender Faktor und nicht nur Objekt sei, werde nach Ansicht des Sozialdemokraten ein anderes Schicksal erleiden als das 1919 geschlossene »Abkommen mit Wilson und Lloyd George.«⁹²

Die diplomatische Mission der beiden SPD-Politiker trug maßgeblich dazu bei, die SFIO von der Notwendigkeit zu überzeugen, die deutsche Initiative mit Wort und Tat zu unterstützen. Dies geht aus der wohlwollenden Rezeption der Rede Hilferdings in der französischen Presse beispielhaft hervor.⁹³ Für das Auswärtige Amt hatte sich die Involvierung der Sozialdemokraten also durchaus gelohnt: Auch wenn es Differenzen in der Bewertung des Ist-Zustandes gab,⁹⁴ unterstützten Breitscheid und Hilferding sowohl die Regierung Luther als auch die deutsche Sicherheitsinitiative.⁹⁵ Das war keineswegs selbstverständlich, wenn man die Perspektive der SFIO in das Fazit miteinbezieht: Der französische Parteiführer Léon Blum war im Vorfeld

⁸⁹ Hierzu: Le peuple, 9. 2. 1925; Homme Libre, 9. 2. 1925; Avenir, 7. 2. 1925.

⁹⁰ Neue Züricher Zeitung, 22. 2. 1925.

⁹¹ Ebd.

⁹² Berücksichtigt man, dass Stresemann der SPD im Jahre 1926 in Aussicht stellte, einen Delegierten im Völkerbund zu stellen, kann dies durchaus als Eigenwerbung Breitscheids gewertet werden. Ebd.; zum Schreiben Stresemanns: PA, NL Stresemann, Stresemann an Müller, 9. 8. 1926, Bd. 26, Dok. H 159318–322/330; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 345.

⁹³ Oeuvre, 9. 2. 1925; Le Populaire, 9. 2. 1925; Homme libre, 9. 2. 1925; Le Peuple, 9. 2. 1925.

⁹⁴ Feucht nennt hier insbesondere die Völkerbundfrage, das Genfer Protokoll sowie die deutsch-russischen Beziehungen. Vgl. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 345.

⁹⁵ Hierzu auch die Bemerkung im Tagebuch von Harry Graf Kessler, dem Hilferding sagte, dass man »sogar für das nationalistische Kabinett Luther in Frankreich gut Wetter zu machen versucht« habe. H. GRAF KESSLER, Tagebücher 1918–1937, 1961, S. 440.

der deutschen Initiative mehr als verärgert über das Verhalten der Regierung Luther. Zwar attestierte er dem Kanzler eine pazifistische Grundhaltung, zweifelte jedoch an der Möglichkeit, mit Deutschland einen Garantiepakt zu vereinbaren.⁹⁶ Insofern war es von zentraler Bedeutung, dass Breitscheid und Hilferding in Grenoble unmissverständlich Partei für die deutsche Regierung ergriffen.

Dass die sozialistische Verständigungsinitiative für das Auswärtige Amt äußerst relevant war, wird des Weiteren an dem Bericht des Staatssekretärs von Schubert deutlich, der sich am 20. 2. mit Hilferding über die Ergebnisse der Pariser Reise besprach:⁹⁷ Tatsächlich hatte Hilferding in Grenoble die Gelegenheit erhalten, sich mit Blum unter vier Augen zu unterhalten. Er habe dem französischen Parteiführer im Verlauf des Gesprächs deutlich gemacht, dass man mit der Regierung Luther »ganz gut französischerseits« verhandeln könne, weshalb einer Sicherheitsinitiative nichts im Wege stünde.⁹⁸ Blum habe daraufhin erwidert, dass sich die Situation nicht ganz so einfach für ihn darstelle: »Einmal sei in England die Labourregierung ersetzt worden durch die konservative Regierung Chamberlains und andererseits sei in Deutschland wider Erwarten keine zuverlässige republikanische Regierung ans Ruder gekommen.«⁹⁹ Offensichtlich konnte Hilferding sein Gegenüber trotzdem davon überzeugen, auf Herriot positiv einzuwirken und den deutschen Verhandlungsführern »keine Schwierigkeiten« zu bereiten. Er versprach abschließend sogar, Herriot »in dem gewünschten Sinn« zu beeinflussen. Das Gespräch der beiden Sozialdemokraten fand unmittelbar vor den Verhandlungen zwischen dem deutschen Botschafter und Herriot statt.¹⁰⁰

Schubert gegenüber äußerte Hilferding die Vermutung, dass die Franzosen immer noch auf die Verwirklichung des Genfer Protokolls hoffen würden.¹⁰¹ Deshalb hätte Blum deutlich gemacht, dass ein Sicherheitsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich nur dann zustande kommen könne, wenn dieser nicht gegen das Genfer Protokoll verstoße, welches regionale Abkommen außerhalb des Völkerbundes ablehnte.¹⁰² Hier ist zu vermuten, dass im Vorfeld des Gesprächs eine Unterredung zwischen Labour Party und SFIO stattgefunden hatte. Denn faktisch lehnte die Labour Party, wie noch zu zeigen sein wird, jedes Abweichen vom Genfer Protokoll, das ursprünglich von Ramsay MacDonald im Jahre 1924 initiiert wurde, rigoros ab. Hil-

⁹⁶ TNA, PRO, Foreign Office, Telegram Mr. Phipps, Zusammenfassung eines Gesprächs mit Léon Blum, 2. 2. 1925, TNA/PRO/FO 371/11045/837.

⁹⁷ PA, Staatssekretariat, Aufzeichnungen von Schuberts, 20. 2. 1925, FS, Bd. 2; R 29084.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ Das Genfer Protokoll wurde im Herbst 1924 von Ramsay MacDonald und Edouard Herriot in die Satzung des Völkerbundes aufgenommen. Allerdings weigerte sich die nachfolgende englische Regierung Baldwin, das Werk zu ratifizieren. Faktisch sah das Abkommen vor, dass im Angriffsfall auf einen Mitgliedstaat alle an den Völkerbund assoziierten Staaten beistehen sollten. Damit sollte die bestehende Sicherheitslücke geschlossen und zugleich das Völkerbunds-Prinzip aufrechterhalten werden. Regionale Abkommen, wie sie im Vorfeld des Ersten Weltkriegs geschlossen wurden, lehnte das Protokoll ab, stattdessen sollte das Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit herrschen. Außerdem wurde die allgemeine Abrüstung gefordert. Hierzu: A. PFEIL, Der Völkerbund, 1976, S. 86–69.

¹⁰² Vgl. R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008, S. 208.

ferding mutmaßte diesbezüglich, »daß zwischen Frankreich und England sehr viel über den Sicherheitspakt geredet wird.«¹⁰³ Die zuvor stattfindende Unterredung zwischen dem britischen Botschafter Phipps und L. Blum unterstützt diese These durchaus.¹⁰⁴ Generell schien Hilferding über den Widerstand der Labour Party äußerst beunruhigt, weshalb er sich in Paris zusätzlich mit dem französischen Diplomaten Pierre Comert traf, der als Generalsekretär des Völkerbundes amtierte. Dieser erklärte Hilferding, dass durchaus die Möglichkeit bestünde, dass Großbritannien das Genfer Protokoll in veränderter Form unterzeichnen werde.¹⁰⁵

Aus den Ausführungen geht hervor, dass die beiden SPD-Vermittler, Breitscheid und Hilferding, maßgeblich zu einem erfolgreichen Start der offiziellen deutschen Vermittlungsbemühungen beitrugen. Mit Hilfe ihrer Kontakte zu Léon Blum gelang es, die SFIO auf die Seite der Befürworter der deutschen Initiative zu ziehen und den französischen Ministerpräsidenten, Edouard Herriot, in diesem Sinne zu beeinflussen. Sowohl die SPD als auch das AA teilten hierbei die Auffassung, dass das französische Regierungsoberhaupt von Blum »abhängig sei«,¹⁰⁶ weswegen der Frankreich-Aufenthalt von Hilferding und Breitscheid von gehobener Relevanz für die deutsche Außenpolitik war. Trotz der durchaus vorhandenen Differenzen zwischen SPD und dem Auswärtigen Amt¹⁰⁷ unterstützte die Partei die offiziellen deutschen Bemühungen einer Annäherungspolitik mit Frankreich und fungierte hierbei als Wegbereiter derselben. Aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit standen die beiden Mittlerfiguren nicht im Verdacht, als Anwälte des deutschen Nationalismus aufzutreten, sondern wurden stattdessen, wie anhand der gemäßigten französischen

¹⁰³ PA, Staatssekretariat, Aufzeichnungen von Schuberts, 20. 2. 1925, FS, Bd. 2; R 29084.

¹⁰⁴ In einem Gespräch mit dem britischen Botschafter Phipps unterstellte Léon Blum der britischen Regierung, einen gesonderten Sicherheitspakt z. B. zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien aufgrund des 1924 verabschiedeten Genfer Protokolls, welches regionale Abkommen außerhalb des Völkerbundes ablehnte, sabotieren zu wollen. Aufgrund dieser sehr negativen Überlegungen habe Blum nach Auffassung des Botschafters einen äußerst deprimierten Eindruck gemacht. Auf Basis dieser Informationen kann deshalb konstatiert werden, dass der Besuch Breitschids und Hilferdings von zentraler Bedeutung für die (in der Folgezeit zunehmend) positive Haltung der SFIO gegenüber einem Sicherheitspakt zwischen Deutschland und Frankreich war. TNA, PRO, Foreign Office, Telegram Mr. Phipps, 2. 2. 1925, TNA/PRO/FO 371/11045/837.

¹⁰⁵ H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 18. 2. 1925, Bd. 8, S. 592 f.; PA, Staatssekretariat, Aufzeichnungen von Schuberts, 20. 2. 1925, FS, Bd. 2; R 29084; PA, Büro Staatssekretär, FS, Aufzeichnungen v. Schuberts vom 3. 2. 1925, Bd. 1, Bl. 51–56; das Auswärtige Amt befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits in Gesprächen mit der englischen Regierung hinsichtlich eines möglichen Sicherheitspaktes zwischen Deutschland und Frankreich. Vgl. P. KRÜGER, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, 1985, S. 272.

¹⁰⁶ H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 29. 1. 1925, Bd. 8, S. 586.

¹⁰⁷ Hierzu gehörten die unterschiedliche Gewichtung der Völkerbundfrage, des Genfer-Protokolls sowie die deutsch-russischen Beziehungen im Allgemeinen. Während die SPD durchaus dazu bereit war, die Beziehungen zu Russland zu belasten, war das AA mehr denn je daran interessiert, Rücksicht auf die russlandfreundlichen Gruppierungen im Inland zu nehmen. Vgl. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 345.

Presse überaus deutlich wird, als Mediatoren zwischen beiden Ländern wahrgenommen.

Aus den Quellen geht indes hervor, dass sich die SPD-Politiker mit ihrer veränderten Rolle nicht immer wohl fühlten: Laut Harry Graf Kessler hegte Rudolf Hilferding im April 1925 ernsthafte Zweifel an der Redlichkeit seines Tuns und stellte offen in Frage, ob die SPD weiterhin die deutsche Außenpolitik unterstützen solle. *»Hilferding meinte entschieden Nein! Bisber hätten er und seine Freunde sogar für das nationalistische Kabinett Luther in Frankreich gut Wetter zu machen versucht; jetzt sei es damit aber aus. Er rate auch mir, die Finger davon zu lassen. Man würde sich nur nutzlos kompromittieren und um jeden Kredit bringen.«* Dessen ungeachtet gibt es keine Belege dafür, dass diese vehemente Ablehnung konkrete Folgen hatte bzw. eine Abkehr vom bisherigen Kurs evozierte.¹⁰⁸

2.2.3. Salomon Grumbach und die Reaktion der SFIO auf das deutsche Angebot

Summa summarum wurde die deutsche Sicherheitsinitiative durchaus wohlwollend in Frankreich und Großbritannien aufgenommen.¹⁰⁹ Zweifel gab es allerdings weiterhin an der Vertrauenswürdigkeit der deutschen Regierung, die insbesondere in Frankreich als latent nationalistisch angesehen wurde. Unter anderem deshalb stattete Salomon Grumbach dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Carl von Schubert, gemeinsam mit seinem Freund Rudolf Breitscheid im März 1925 einen Besuch ab.¹¹⁰

Grumbach äußerte sich zu Beginn des Gesprächs sehr besorgt über die öffentliche Meinung in Frankreich und machte die DNVP als Hauptschuldigen aus: Seiner Ansicht zufolge würde die deutsche Sicherheitsinitiative in Frankreich deshalb mit großem Misstrauen aufgenommen werden, weil sie von einer deutschen Regierung mit deutschnationalem Einschlag ausgingen. Ein Großteil der Bevölkerung vermute »eine gegen Frankreich gerichtete Absicht« hinter den deutschen Vorschlägen.¹¹¹ Auch wenn der Staatssekretär in seinen Aufzeichnungen hervorhob, dass Grumbach über die »Stimmung« im eigenen Land referierte – und nicht über die Seinige –, so erhält der Leser doch den Eindruck, dass der französische Sozialist wie seine Landsleute an den Absichten der deutschen Regierung zweifelte.

Gemeinsam mit Breitscheid bemühte sich Carl von Schubert darum, Grumbach wieder zu beruhigen. Seine Argumentation war durchaus triftig: Sowohl der deutsche Kanzler als auch der Außenminister hätten bereits früheren Kabinetten angehört, die ihre ehrlichen Absichten in der Vergangenheit unter Beweis stellen konnten. Außerdem sei die Tatsache, dass eine Regierung mit Beteiligung der Deutschnationalen einen solchen Vorschlag unterbreite, Beweis genug für die kon-

¹⁰⁸ H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 27. 4. 1925, Bd. 8, S. 681.

¹⁰⁹ Vgl. P. KRÜGER, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, 1985, S. 277.

¹¹⁰ PA, Staatssekretariat, Aufzeichnungen von Schuberts, 9. 3. 1925, FS, Bd. 2; R 29084.

¹¹¹ Ebd.

tinuierliche Außenpolitik Deutschlands. »Ich fragte dann Herrn Grumbach, ob nicht im Gegenteil man französischerseits Wert darauf legen müsse, dass ein solcher Pakt von einer Regierung geschlossen würde, an der Deutschnationale Teil hätten, die auf diese Weise gezwungen würden, einen solchen Pakt mit zu indossieren. Dies gebe doch Frankreich schließlich für die Zukunft eine größere Garantie, als wenn dieser Pakt gegen die starke Opposition von rechts von einer links gerichteten Regierung abgeschlossen worden wäre.«¹¹² Grumbach pflichtete von Schubert in diesem Punkt durchaus bei, gab aber gleichzeitig zu bedenken, dass »gewissen französischen Kreisen« dieses Argument schwer beizubringen sei. Er selbst sei den deutschen Vorschlägen gegenüber höchst skeptisch gewesen, wie der Sozialist einräumen musste, weil eine deutschnationale Regierung in Deutschland an der Macht sei. Mittlerweile habe er sich allerdings von der Unrichtigkeit seiner Argumentation überzeugt.

Wichtig war die Mitteilung Grumbachs, dass er kurz vor seine Abreise die Gelegenheit erhielt, mit dem französischen Ministerpräsidenten, Edouard Herriot, zu sprechen. Dieser habe ihm versichert, dass er die deutschen Vorschläge »ganz objektiv und ernsthaft« prüfen wolle. Herriot honoriere die Tatsache, dass Deutschland aus eigener Initiative heraus an Frankreich herangetreten sei.¹¹³ Allerdings sei eine Einigung beider Länder noch in weiter Ferne, so die Einschätzung Grumbachs. Vor allem die Behandlung der Ostfrage erwecke großes Misstrauen in Frankreich, da »eine Änderung der Ostgrenzen« der »Ausgangspunkt« für »eine Änderung der Grenzen im Westen« sein könne.¹¹⁴ Mit anderen Worten gab es also von französischer Seite erhebliche Zweifel an der deutschen Sicherheitsinitiative. Die Tatsache, dass sich Grumbach vor seiner Abreise mit Herriot getroffen hatte, belegt zwar nicht, dass sein Gespräch mit von Schubert offiziellen Charakter hatte – immerhin ist aber davon auszugehen, dass es mindestens darum ging, die Ernsthaftigkeit der deutschen Absichten auf Leib und Magen zu prüfen. Dies galt umso mehr, als sich Frankreich im März 1925, außenpolitisch betrachtet, in einer durchaus prekären Situation befand, da der gewünschte trilaterale Pakt zwischen Frankreich, Großbritannien und Belgien kaum zu realisieren war und tatsächlich auch wenige Tage nach dem Gespräch zwischen Grumbach und dem Auswärtigen Amt endgültig scheiterte.¹¹⁵ Insofern war von Schubert sehr daran gelegen, die Bedenken des Franzosen zu zerstreuen, da man in dem SFIO-Politiker offensichtlich einen potentiellen Verbün-

¹¹² Ebd.

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ Zusätzlich würden die anstehenden Verhandlungen von polnischer Seite erschwert, da »die Polen alles aufbieten, um die französische öffentliche Meinung aufzupeitschen. Das sei ihnen auch gelungen.« Da die Abgeordneten in der französischen Kammer nach Ansicht Grumbachs »keine blasse Ahnung« von der Ostfrage hätten, könnte das Projekt – d. h. der Sicherheitspakt zwischen Deutschland und Frankreich – im französischen Parlament zu Fall gebracht werden. Ebd.

¹¹⁵ Das endgültige Scheitern des Paktes löste in Regierungskreisen tiefe Bestürzung aus. Vgl. R. BLESSING, *Der mögliche Frieden*, 2008, S. 227; hierzu auch: C. A. WURM, *Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung*, 1979, S. 262.

deten vermutete und der deutschen Sicherheitsinitiative gewisse Erfolgschancen einräumte.¹¹⁶

Ein weiterer wichtiger Punkt war der deutsche Wunsch, dem Völkerbund beizutreten. Grumbach bemerkte hierzu, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf Sowjet-Russland nehme. Daher vermute man in Frankreich einen neben dem Rapallo-Vertrag abgeschlossenen »Geheimpakt« zwischen beiden Ländern, der Deutschland Zurückhaltung auferlege. Breitscheid und von Schubert versicherten dem Franzosen ausdrücklich, dass ein solcher Vertrag nicht existiere und dass Deutschland aus verschiedenen Gründen dazu gezwungen sei, auf Russland Rücksicht zu nehmen.¹¹⁷ Die Haltung von Breitscheid überrascht, da die SPD hinter den Kulissen keineswegs mit der Meinung des Auswärtigen Amtes in dieser Frage einverstanden war. Offensichtlich war aber auch Breitscheid sehr daran gelegen, Grumbach von der Idee abzubringen, dass Deutschland einen Geheimvertrag mit Russland unterhalte.¹¹⁸ Gleichfalls sekundierte der SPD-Politiker dem Staatssekretär von Schubert in der Frage der »éléments stables«: Breitscheid machte deutlich, dass er neu zu schaffende Organe, die Deutschland kontrollieren sollten, für unerträglich halte. Grumbach stimmte den beiden Deutschen in diesem Punkt zu.¹¹⁹

Zum Abschluss des Gesprächs ließ der Franzose durchblicken, dass er seinen Parteifreund, den französischen Delegierten im Völkerbund, Joseph Paul-Boncour, höchst kritisch bewertete.¹²⁰ Dieser hatte sich in der Vergangenheit stark für eine permanente Kontrolle im Rheinland eingesetzt – von Schubert sprach von einem »Regime im Rheinland« –, was selbst Grumbach für übertrieben hielt. Wie Breitscheid und von Schubert zu Recht anmerkten, hatte Frankreich durch das Londoner Abkommen bereits weitreichende finanzielle Garantien erhalten und mit dem ange-

¹¹⁶ Der Staatssekretär erklärte Grumbach deswegen ausführlich, was ein Schiedsvertrag mit Polen in realiter zu bedeuten hatte und dass kein Anlass zur Sorge für Frankreich bestehe. Offensichtlich gelang es von Schubert tatsächlich, Grumbach im Interesse des Auswärtigen Amtes zu beeinflussen: »Herr Grumbach ging durchaus auf diese Ideen ein und ließ auch durchblicken, daß vielleicht die Sache anders sich wenden könne, wenn die Polen den Bogen zu sehr überspannten und die Gefahr im Osten übertrieben. Ich erwiderte, sie seien meiner Ansicht nach auf dem besten Weg hierzu.« Ebd.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Die sowjetische Regierung fürchtete durch einen Völkerbundeintritt die »Verwestlichung« Deutschlands und damit den Verlust des Quasi-Bündnispartners. Das Auswärtige Amt versuchte durchaus, auf diese Bedenken Rücksicht zu nehmen, unter anderen aufgrund russlandfreundlicher Gruppierungen intern. Demgegenüber stellte die SPD den Erfolg der Sicherheitsinitiative an die erste Stelle, nahm in dieser Frage also eine andere Haltung als das AA ein. Zur Haltung der SPD in dieser Frage: J. ZARUSKY, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, 1992, S. 189; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 345.

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Die Nominierung Paul-Boncours, der sich als Abgeordneter Frankreichs und nicht der SFIO betrachtete, wurde innerhalb der Partei höchst kritisch bewertet. Paul-Boncour fungierte nicht nur als Delegierter des Völkerbundes, sondern war zugleich Mitglied der Heereskommission, der Kommission für auswärtige Angelegenheiten der französischen Kammer sowie Vorsitzender des Studienkomitees des Obersten Rates der nationalen Verteidigung. Hierzu: ebd., S. 345; ADAP, A XII, Nr. 99, Anm. 14, S. 239.

strebten Sicherheitspakt zudem eine weitere politische Garantie in Aussicht gestellt bekommen.¹²¹ Grumbach bewertete diesen Punkt offensichtlich ähnlich und sicherte der deutschen Regierung seine Unterstützung zu, um den Sicherheitspakt realisieren zu können. Gleichzeitig bedauerte er allerdings, dass das Genfer Protokoll nicht zustande gekommen sei. Von Schubert sah sich hier noch einmal dazu genötigt, aus deutscher Sicht klarzustellen, dass es keineswegs die Absicht der deutschen Regierung sei, das Genfer Protokoll »totzumachen«. Vielmehr könnte der Sicherheitspakt einen Vorläufer bilden zu einer »internationalen Abmachung nach dem Muster des Genfer Protokolls.« Offensichtlich gefiel dem Franzosen diese Aussicht, weshalb von Schubert darum bemüht war, seinen Vorstoß positiv zu zeichnen: »Herr Grumbach hatte hierfür großes Verständnis.«¹²²

Wie aus dem Tagebuch Harry Graf Kesslers hinreichend hervorgeht, hatte die Deutschlandreise Grumbachs eine überaus positive Wirkung auf die Haltung der SFIO: Am 31.3. trafen sich Grumbach und Kessler in Paris und besprachen unter anderem den Status quo der deutsch-französischen Beziehungen.¹²³ »Er gab mir eine Darstellung der Stellung der französischen Sozialisten zu unserem Vorschlag. Er hat in Berlin eine Unterredung mit Schubert gehabt u. darüber dem Parteivorstand hier berichtet. Er sagt: er selbst u. auch die Partei sei überzeugt, daß die deutsche Regierung den Vorschlag in gutem Glauben gemacht habe; aber Mißtrauen herrsche gegen die englische Regierung, da sie den Vorschlag nur deshalb günstig aufgenommen habe, weil sie in ihm einen Sturmbock zur Zerstörung des Protokolls sehe.«¹²⁴ Konkret warf Grumbach der englischen Regierung vor, das Genfer Protokoll zerstören zu wollen. Grundsätzlich seien die französischen Sozialisten aber der Ansicht, man dürfe das deutsche Angebot, die Grenze zu garantieren, nicht zurückweisen. Gespräche mit Herriot hätten ergeben, dass er diese Ansicht teile. Allerdings fordere die SFIO, dass der Pakt im Rahmen des Völkerbundes unterzeichnet werden solle. »Die französischen Sozialisten würden sich aber zufriedengeben, wenn der Eintritt Deutschlands u. der Abschluß des Paktes *pari passu* stattfinden.«¹²⁵ Dementsprechend hielten Grumbach und die SFIO weiterhin am Genfer Protokoll fest, das von der Labour Party geradezu heroldhaft gegen die britische Regierung verteidigt wurde. Gespräche zwischen Kessler und einem Vertrauten MacDonalds hatten diesbezüglich ergeben, dass die Labour Party keinen Pakt akzeptieren könne, der gegen das Protokoll verstoße.¹²⁶

Die Deutschlandreise Salomon Grumbachs stellt nachhaltig unter Beweis, dass sich die SFIO in den Annäherungsprozess einklinkte. Innerhalb der französischen Partei setzten sich Blum und der Elsässer Grumbach für die Unterstützung der deutschen Initiative ein – offensichtlich mit Erfolg, wie der Tagebucheintrag von Harry Graf

¹²¹ PA, Staatssekretariat, Aufzeichnungen von Schuberts, 9.3.1925, FS, Bd. 2; R 29084.

¹²² Ebd.

¹²³ H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 31.3.1925, Bd. 8, S. 659 f.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Ebd.

¹²⁶ Ebd., Gespräche vom 22. und 23. März 1925, S. 651 ff.

Kessler unter Beweis stellt. Hier geht man sicher nicht fehl in der Annahme, dass das vorab stattfindende Gespräch zwischen Grumbach, Breitscheid und von Schubert in Berlin von entscheidender Bedeutung war für die deutschlandfreundliche Haltung der SFIO, ebenso wie der Frankreich-Aufenthalt von Hilferding und Breitscheid. Während der Unterredung im Auswärtigen Amt tat sich vor allem Letztgenannter darin hervor, die Positionen der Reichsregierung gegenüber Grumbach zu verteidigen. Damit verhalf er der deutschen Initiative – aus Sicht der französischen Sozialisten – zu einer gewissen Glaubwürdigkeit.

Insgesamt fällt auf, dass die deutschen und französischen Sozialisten spätestens seit Juli 1924 eine veränderte Rolle im zwischenstaatlichen Verhandlungsprozess einnahmen, den sie nicht mehr als Beobachter kommentierten, sondern aktiv mitgestalteten. Dieser außenpolitische Paradigmenwechsel wurde auch in ideologisch-programmatischer Hinsicht begleitet: Bereits auf dem Berliner Parteitag der SPD im Jahre 1924 wies ihr maßgebliche Theoretiker, Rudolf Hilferding, darauf hin, dass die Außenpolitik der Partei eine »Politik der Realitäten« und keine »Politik der Utopie« sein dürfe.¹²⁷ Die Basis einer solchen »realistischen« Außenpolitik seien ökonomische Entwicklungstendenzen sowie die »außerordentlich wichtigen staatlichen Machtinteressen« – was impliziert, dass sich die Friedenspolitik der SPD weniger an ideologischen Maßstäben, sondern realpolitischem Kalkül orientieren sollte. Insofern lag der »informellen Diplomatie« der sozialistischen Mittlerfiguren auch eine theoretische Fundierung zugrunde, die wenig später, genauer gesagt auf dem Marseiller SAI Kongress 1925, desgleichen auf internationaler Ebene Anerkennung fand.

Innerhalb der SFIO fand das Konzept einer »pragmatischeren« Außenpolitik zunehmend Anerkennung: Die Parteiführung vertrat die Auffassung, dass die in der Vergangenheit geschlossenen Abkommen, die zur Verbesserung der internationalen Lage beigetragen hatten (Dawes-Plan, Genfer Protokoll), maßgeblich auf den Einfluss der sozialistischen Parteien zurückzuführen gewesen seien. Insofern folgte auch Grumbachs Besuch in Deutschland einer gewissen »Parteilogik«, die vor allem von Léon Blum vertreten wurde, der der Auffassung war, nur der internationale Sozialismus könne das internationale Staatensystem reformieren.¹²⁸ Auch für die SFIO ging es also darum, indirekten Einfluss auf den Verhandlungsprozess zu nehmen, der zum Abschluss eines Sicherheitspaktes zwischen Deutschland und Frankreich führen sollte. Léon Blum hatte in diesem Kontext bereits im Februar 1925 sein Konzept kollektiver Sicherheit in der französischen Kammer präsentiert.¹²⁹ Dabei ging es ihm vor allem darum, die Notwendigkeit der internationalen Solidarität auch auf zwischenstaatlicher Ebene zu unterstreichen. Hinsichtlich des deutsch-französischen Sicherheitspaktes kam Blum zu dem Schluss, dass dieser zwar ein regionaler Vertrag sei und damit per definitionem gegen das Genfer Protokoll verstoße. Aller-

¹²⁷ Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1924, 1974, S. 196.

¹²⁸ Hierzu: Oeuvre, 18. 8. 1925.

¹²⁹ G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 311.

dings sei dennoch das Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit gewährleistet, da es sich um einen Pakt der Gleichberechtigung handle, der etwaige Streitpunkte auf eben diesem Wege löse. Wie von Schubert oder Breitscheid interpretierte auch Blum einen möglichen deutsch-französischen Sicherheitspakt als »Vorarbeit« für künftige Verträge.¹³⁰ Damit bekannte sich also auch die französische sozialistische Partei zu einem pragmatischen Politikbegriff. Kennzeichnend ist hierbei, dass die Eckpfeiler ihrer Außen- und Sicherheitspolitik – Abrüstung, kollektive Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit – anders als vor 1923/24 nicht mehr als »Diktat« des Versailler Vertrages, sondern als elementarer Bestandteil eines noch zu schaffenden kollektiven Sicherheitssystems interpretiert wurden.¹³¹

2.2.4. *Labour Party: Genfer Protokoll als außenpolitische Doktrin*

Anders als SFIO und SPD, die hinsichtlich ihrer außenpolitischen Vorstellungen überwiegend »gouvernemental« agierten, verfolgt die Labour Party trotz ihrer Bejahung von Regierungsverantwortung und pragmatischen Lösungen ein relativ starres Programm. Dreh- und Angelpunkt der außenpolitischen Zielvorstellungen der englischen Arbeiterpartei war in diesem Kontext das Genfer Protokoll.¹³²

Im Anschluss an die Londoner Konferenz hatten der französische Ministerpräsident, Edouard Herriot und der englische Premierminister, Ramsay MacDonald, im Sommer 1924 eine Konferenz über Abrüstung und wechselseitige Hilfe im Angriffsfall vereinbart. Diese fand Anfang September in Genf statt.¹³³ In seiner Rede vor dem Völkerbund am 3. 9. 1924 verkündete MacDonald das Ende militärischer Allianzen und die Schaffung eines Systems der »perfekten Sicherheit«.¹³⁴ Der »New Statesman« besang den Auftritt des britischen Premiers in den höchsten Tönen und behauptete, MacDonald könne in Anbetracht seiner beeindruckenden Präsenz getrost den cäsarischen Vers »ich kam, sah und siegte« in sein Tagebuch eintragen.¹³⁵ Auch wenn die unmittelbare Antwort Herriots wesentlich zurückhaltender ausfiel, wurde am 2. Oktober 1924, nach wochenlangen Verhandlungen, das »Genfer Protokoll« von der Völkerbundsversammlung angenommen. Der Kerninhalt des Dokuments lautete, dass Angriffskriege geächtet wurden und alle Völkerbundmitglieder sich dazu verpflichteten, dem Land, das einen solchen Angriffskrieg führen wolle, ihrerseits den Krieg zu erklären.¹³⁶ Auch wenn die Resolution auf Initiative Frankreichs nicht als »MacDonald-Resolution« in die Geschichte eingehen sollte,¹³⁷ sondern vielmehr zu einem anglo-französischen Pakt etikettiert wurde, sah man die Ver-

¹³⁰ Ebd.

¹³¹ Hierzu: R. GOMBIN, *Les socialistes et la guerre*, 1970, S. 140.

¹³² Vgl. H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 155 f.

¹³³ Vgl. D. MARQUAND, *Ramsay MacDonald*, 1977, S. 351.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Zit. n. D. MARQUAND, *Ramsay MacDonald*, 1977, S. 353.

¹³⁶ Vgl. R. BLESSING, *Der mögliche Frieden*, 2008, S. 217.

¹³⁷ TNA, PRO, MacDonald Diary, Tagebucheintrag vom 21. 9. 1924, TNA/PRO/30/69/1753.

abschiedung des Protokolls in erster Linie als Leistung des britischen Premierministers an.

Ironischerweise sprach sich MacDonald allerdings bereits kurz nach seiner Rückkehr aus Genf gegen das Protokoll aus: »*I came to the conclusion that the alteration that was required was the very smallest fraction of a change in the angle of vision.*«¹³⁸ Konkret hatte er dem britischen Völkerbundsdelegierten, Lord Parmoor, zuvor erklärt, dass seine Unterschrift allenfalls eine »Empfehlung« für seine Regierung sei, allerdings keinen »bindenden Charakter« besitze. Hintergrund hierfür waren die anglo-französischen Diskussionen über Sinn und Zweck des Genfer Protokolls: Aus französischer Sicht war ein »Militärpakt« erforderlich – aus der Perspektive Großbritanniens ein bloßer Verzicht auf Gewaltanwendung. Einen allgemeinen Sicherheitspakt könne das Inselreich, so MacDonald, erst dann akzeptieren, wenn der Völkerbund universal gemacht werde – sprich die USA, Deutschland und Sowjetrußland zum Eintritt bewegt werden würden.¹³⁹ Eben deshalb erklärte der englische Premierminister in einem Brief Herriot gegenüber, dass man die jetzige Fassung des Protokolls nicht als »Evangelium« auffassen dürfe.¹⁴⁰ Die Tatsache, dass die Nachfolgeregierung Baldwin den Pakt stellvertretend für Großbritannien ablehnte, musste dem Labour-Politiker also nur bedingt missfallen haben.¹⁴¹ MacDonald, der ein überzeugter Pazifist war, favorisierte eine »idealistische« Version des Protokolls – und eben kein verkapptes anglo-französisches Militärbündnis. Anders als sein Parteifreund Arthur Henderson, der sich klar und deutlich für Sanktionen aussprach und damit der Position Frankreichs nahe kam, war MacDonald der Auffassung, dass sich eine inter-

¹³⁸ Zit. n.: J. F. WRYNN, *The Socialist International and the politics of european reconstruction*, 1976, S. 79.

¹³⁹ Vgl. L. ZIMMERMANN, *Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik*, 1958, S. 247 f.

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Wolfgang Krieger vermutet hinter der Ablehnung MacDonalds eine »Verschwörung« des britischen Militärs: Bereits einen Tag nach der Veröffentlichung des Genfer Protokolls übte das »Committee of Imperial Defence (CID)« harsche Kritik an der Vereinbarung. Das Foreign Office hatte zuvor angekündigt, dass das Protokoll vom CID, den entsprechenden Ministerien und im Parlament ausgiebig diskutiert werde, um die Situation zu entschärfen. Allerdings verkündete die Admiralität kurz darauf, dass die britische Flotte – und damit das Empire – durch das Protokoll in Gefahr gerate, da eine erhebliche Reduktion der Flottenstärke zu befürchten sei. Wenige Tage später ließ MacDonald schlussendlich verkünden, dass seine Unterschrift nur eine »Empfehlung« für seine Regierung sei, allerdings keinen verpflichtenden Charakter habe. Ergo habe der britische Premier bereits kurz nach der Unterzeichnung den Interessen seiner Militärs nachgegeben, so das Fazit von Krieger. De facto müssen allerdings noch andere Faktoren in das Urteil des Premiers mit eingeflossen sein: Der MacDonald-Biograph Marquand vermutet beispielsweise, dass dem Briten vor allem der Kompromisscharakter des Protokolls missfallen haben dürfte. Auf Initiative der Franzosen war beschlossen worden, dass Staaten, die sich der Abrüstungsverpflichtung entziehen wollten, als »Aggressoren« zu gelten hätten. Insgesamt sollte das Protokoll nach Ansicht von Herriot mit »Exekutivgewalt« gesichert werden – was zumindest partiell der französischen Vorstellung von einem Militärpakt entsprach. Eben dies lehnte MacDonald, ganz im Gegensatz zu A. Henderson, der die Verhandlungen begleitet hatte, ab. Vgl. R. BLESSING, *Der mögliche Frieden*, 2008, S. 209; W. KRIEGER, *Labour Party und Weimarer Republik*, 1978, S. 352; D. MARQUAND, *Ramsay MacDonald*, 1977, S. 355 f.

nationale Organisation allein auf den guten Willen ihrer Mitglieder verlassen bräuchte, um eine effiziente Politik verfolgen zu können.¹⁴²

Nach der Abwahl der Regierung MacDonald wurde weiterhin am Genfer Protokoll festgehalten. Wichtig ist hier vor allem die Erkenntnis, dass sich die Labour Party einer »idealistischen« Version des Protokolls verschrieb und folglich den im Völkerbund ratifizierten und von der Regierung Baldwin abgelehnten Beschluss nur als »ersten Schritt« in die richtige Richtung betrachtete.

Nach seinem Scheitern im Herbst 1924 wurde der Versuch unternommen, MacDonald in seiner Funktion als »public leader« abzusetzen, allerdings ohne Erfolg.¹⁴³ Insofern war personell wie auch inhaltlich eine gewisse Kontinuität gewährleistet, weshalb die am Völkerbund orientierte außenpolitische Linie, welche die Umsetzung der Grundsätze des Genfer Protokolls als zentrale Aufgabe begriff, beibehalten wurde. Selbst das ansonsten eher realpolitisch beeinflusste ACIQ sprach sich für die Beibehaltung dieser Politik aus.¹⁴⁴

Zwar wurde auf dem Parteitag der Labour Party in Liverpool im Herbst 1925 erneut scharfe Kritik an dieser Vorgehensweise geübt –¹⁴⁵ desgleichen nahm die Labour-Presse zumindest in Teilen eine ambivalente Haltung gegenüber dem Protokoll ein –,¹⁴⁶ allerdings war das Schriftstück bis zur Konkretisierung der Locar-

¹⁴² Bezeichnenderweise führten diese Unterschiede in der Bewertung allerdings zu keinem offenen Konflikt, da die Labour-Regierung wenige Wochen nach Unterzeichnung des Protokolls abgewählt wurde. H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 161; W. KRIEGER, *Labour Party und Weimarer Republik*, 1978, S. 351.

¹⁴³ Dieser Versuch wurde insbesondere von dem Gewerkschaftsführer und außenpolitischem Experten, Ernest Bevin, unternommen. Allerdings sprach sich der Parteichef Arthur Henderson gegen diesen Vorstoß aus, da er trotz aller Rivalität zu MacDonald nach wie vor in ihm das Zugpferd der Partei sah. Egon Wertheimer urteilte über Henderson, er traue ihm nicht zu, die Führung der Partei zu übernehmen. Ähnlich verhalte es sich mit Clynes, weswegen man an MacDonald festhalten müsse, obwohl dieser einen »Christus-Komplex« habe und sich mehr als Missionar denn als Politiker begreife. Vgl. H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 155; H. GRAF KESSLER, *Das Tagebuch*, Eintrag vom 22. 3. 1925, Bd. 8, S. 649.

¹⁴⁴ Konkret bemerkte das ACIQ zum Genfer Protokoll: »*The Committee recommends that the Party's policy on the Protocol should be formulated as follows: the Party stands by the Protocol on the ground that it furnishes the only practical plan at present for obtaining disarmament and substituting arbitration [...]. The Committee recommends this policy on the assumption that the Protocol would be ratified simultaneously by Germany, France and Great Britain.*« LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 11. 2. 1925. L//IAC/I/236i.

¹⁴⁵ Neben der TUC um Ernest Bevin, die bereits das Dawes-Abkommen höchst kritisch bewertet hatten, sprach sich auch die ILP zusehends gegen die Politik von MacDonald aus. Nichtsdestotrotz war der Parteitag in Liverpool ein Triumph von MacDonalds Führerschaft, denn faktisch konnte er sich gegen seine Konkurrenten erfolgreich behaupten. Vgl. H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 157 ff.; D. MARQUAND, *Ramsay MacDonald*, 1977, S. 425 ff.

¹⁴⁶ Insbesondere »Clarion« und der »New Statesman« sprachen sich sukzessive gegen ein Festhalten am Genfer Protokoll aus. Demgegenüber nahm das »Labour-Magazine« eine eher positive Haltung ein, insbesondere der Personenkreis um G. N. Barnes und P. Noel-Baker. Die ILP bzw. der »New Leader« um H. N. Brailsford kritisierten das Protokoll in Teilen, vor allem hinsichtlich der Definition des »aggressiven Verhaltens«, welches den eigentlichen Beistandspakt aktivieren sollte. Wesentlich

no-Verträge der vielleicht wichtigste Fixpunkt im außenpolitischen Denken der Partei.¹⁴⁷

Von besonderem Interesse ist die Haltung der Labour Party deshalb, weil sie sich mit ihrem Festhalten am Genfer Protokoll innerhalb der SAI zusehends isolierte und dabei im Vorfeld der Locarno-Verträge vor allem mit der SFIO und der SPD in Konflikt geriet. Die beiden kontinentaleuropäischen Parteien hatten sich zwar ebenfalls dem Genfer Protokoll verschrieben, interpretierten den möglichen Sicherheitspakt zwischen Deutschland und Frankreich allerdings anders als ihre britische Schwesterpartei: Sowohl SFIO als auch SPD bejahten den Sicherheitspakt und sahen in ihm einen wichtigen Fortschritt, der das internationale System – hier vor allem die deutsch-französischen Beziehungen – sukzessive entlasten konnte. Demgegenüber wollte die Labour Party nur eine »ganzheitliche Lösung« akzeptieren, die im Rahmen des Völkerbundes verabschiedet wurde, und keinen genuin deutsch-französischen Pakt. Im Folgenden wird daher beschrieben werden, mit welchen Argumenten die drei Parteien in einem transnationalen Rahmen aufeinandertrafen – vor allem aber, ob hierbei eine besondere »deutsch-französische Zusammenarbeit« zwischen SPD und SFIO festgestellt werden kann.

2.2.5. *SPD, SFIO vs. Labour Party: Transnationale Debatten zur Lösung des »Sicherheitsproblems«*

Innerhalb der SAI wurde das Genfer Protokoll seit dem Frühjahr 1924 intensiv diskutiert.¹⁴⁸ Dabei kristallisierte sich heraus, dass die Sozialistische Internationale das Protokoll nach Möglichkeit unterstützen würde.¹⁴⁹ Ein triftiger Grund hierfür war

aggressiver trat P. Snowden auf, der die »blinde« Unterstützung für das Protokoll scharf kritisierte. Vgl. H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 163 ff.

¹⁴⁷ »Die Partei ist der Ansicht, daß England alles, was in seinen Kräften steht, tun soll, um die Annahme der Grundsätze des Protokolls und die Abhaltung der Abrüstungskonferenz zu sichern.« Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass bis zuletzt keine Konkretisierung erfolgte (insbesondere im Hinblick auf mögliche Sanktionen), obwohl es erhebliche Meinungsverschiedenheiten gab, insbesondere zwischen Henderson und MacDonald. Harry Graf Kessler beschrieb Henderson als waschechten »John Bull«, der einen einmal gefassten Entschluss rigoros durchzusetzen wusste. MacDonald hingegen sei ein Kelte, dem man ein »zweites Gesicht« durchaus zutrauen würde. Internationale Information, Die englische Arbeiterpartei und das Genfer Protokoll, 19. 3. 1925, Bd. II, 1925; H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 22. 3. 1925, Bd. 8, Eintrag vom 19. 3. 1925, Bd. 8, S. 640.

¹⁴⁸ Am 27. März 1924 wurde ein Rundbrief an die assoziierten Parteien verschickt, worin klar der Versuch unternommen wurde, die Debatte über die Arbeiterinternationale – sprich »zentral« – zu koordinieren: »Die Geschäftscommission der SAI bat den Wunsch, die Meinungen der Mitglieder unserer Exekutive über die Frage der Garantieverträge im Kriegsfall, die den Völkerbund in nächster Zeit beschäftigen wird und die Taktik, die die Arbeiterklasse diesem Projekt gegenüber einzuschlagen bat, kennen zu lernen. [...] Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn sie uns ihre Ansicht, oder die Ansicht eines Genossen ihres Landes, der sich besonders mit diesen Problemen beschäftigt, bekanntgeben könnten.« IISG, SAI, Politische Fragen, Garantieverträge, Rundbrief von F. Adler, 27. 3. 1924, IISG/SAI/Politische Fragen/1171/1.

¹⁴⁹ Beispielhaft hierfür steht die Sitzung der SAI-Exekutive im September 1924, die im Zuge der Sechzigjahrfeier der Internationale in London stattfand. Léon Blum und H. N. Brailsford wurden im Rahmen der Exekutivsitzung damit beauftragt, ein Exposé zum Thema der Garantieverträge zu er-

unter anderem, dass gleich mehrere Sozialisten aus unterschiedlichen Ländern am Entstehungsprozess beteiligt gewesen waren und das Ergebnis maßgeblich unterstützt hatten (für Frankreich: Joseph Paul-Boncour; für Großbritannien: Arthur Henderson, Ramsay MacDonald).

Die zu Beginn des Jahres 1925 verstärkte aufkommende deutsche Sicherheitsinitiative änderte zunächst herzlich wenig an dieser außenpolitischen Grundhaltung. Um das Genfer Protokoll nach außen hin weiter zu unterstützen, wurde im März 1925 auf Initiative der Labour Party eine Absichtserklärung an die Arbeiterparteien aus Deutschland, Belgien, Frankreich und Großbritannien verschickt, in der die Parteien ihre schriftliche Zustimmung erklären sollten.¹⁵⁰ Auf Wunsch der Briten sollte sich die Arbeiterinternationale weiterhin klar positionieren und ihre Unterstützung für das Völkerbundsprojekt zum Ausdruck bringen. Dass dadurch recht unverhohlenen Kritik an der gegenwärtigen außenpolitischen Entwicklung geübt wurde – hier vor allem an der deutschen Sicherheitsinitiative, wie MacDonald offen einräumte –,¹⁵¹ stand freilich auf einem anderen Blatt. Der tatsächliche Hintergrund für den Vorstoß der Labour Party war nach eigenen Angaben eine zeitnahe Abstimmung im britischen Unterhaus, wo das Genfer Protokoll am 24. 3. 1925 zur Debatte stand.¹⁵² Zu diesem Zweck wurde unter anderem eine nationale Kampagne für das Protokoll initiiert, mit dem Ziel »eine große Volksbewegung dafür entfesseln zu können«.¹⁵³

Wie bereits dargelegt, unterstützten SPD und SFIO die deutsche Sicherheitsinitiative zu diesem Zeitpunkt (März 1925) bereits nach Kräften. Aus diesem Grund fiel die Antwort der deutschen Sozialdemokraten auf den Brief der Labour Party erwartungsgemäß sehr verhalten aus: Otto Wels, der stellvertretend für seine Partei antwortete, stellte zwar fest, dass sich Fraktion und Parteivorstand vollkommen darüber einig wären, »auf dem Boden des Genfer Protokolls« zu stehen.¹⁵⁴ Allerdings beton-

stellen. Im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung von SAI und IGB wurde das Genfer Protokoll indes eindeutig priorisiert und die Möglichkeit, separate Garantieverträge abzuschließen, delegitimiert. Internationale Information, SAI-Exekutivsitung, 27.–29. 9. 1924, Bd. I, 1924, No. 2; zur gemeinsamen Sitzung von IGB/SAI: Internationale Information, Bureau-Sitzung von IGB und SAI, 3./4. 1. 1925, Bd. II, 1925.

¹⁵⁰ Unterzeichnet werden sollte folgender Text: »We, the undersigned representatives of the Labour and Socialist Parties of Belgium, France, Germany and Great Britain, appeal to the peoples of our respective countries who are so vitally affected by the problems presented in the search for peace, to use every effort to secure the ratification of the Geneva Protocol, with any amendments that may be decided upon as a result of further discussions in the League of Nations.« IISG, SAI, Politische Fragen, Garantieverträge, Rundbrief Tom Shaw, 19. 3. 1925, IISG/SAI/PolitischeFragen/1175/31.

¹⁵¹ In einem Gespräch zwischen Harry Graf Kessler und R. MacDonald merkte der britische Politiker klar und deutlich an, dass er strikt gegen den deutsch-französischen Pakt sei. H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 22. 3. 1925, Bd. 8, Eintrag vom 11. 3. 1925, Bd. 8, S. 632 ff.

¹⁵² IISG, SAI, Politische Fragen, Garantieverträge, Rundbrief Tom Shaw, 19. 3. 1925, IISG/SAI/PolitischeFragen/1175/31.

¹⁵³ H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 22. 3. 1925, Bd. 8, Eintrag vom 11. 3. 1925, Bd. 8, S. 632 ff.

¹⁵⁴ IISG, SAI, Politische Fragen, Garantieverträge, Brief von Otto Wels an T. Shaw, 30. 3. 1925, IISG/SAI/PolitischeFragen/1175/41.

te er ebenso, »daß wir aus Realitätsgründen zu anderen Fragen der Sicherung Stellung nahmen, entsprechend der Absprache, die in Brüssel zwischen uns und Léon Blum stattgefunden hat. Die waren, wie Ihr Euch entsinnen werdet, folgende: Wir treten ein 1.) Für das Genfer Protokoll, falls das nicht durchführbar... 2.) Für allgemeine Garantieverträge und wenn auch die nicht zu erreichen... 3.) Für eine andere Lösung, über die insbesondere die deutschen und französischen Sozialdemokraten sich vorher verständigen.«¹⁵⁵

Wenn man miteinbezieht, wie stark die SPD bereits in die Sicherheitsinitiative des Auswärtigen Amtes involviert war, kann durchaus die These aufgestellt werden, dass die Partei längst nicht mehr an den Erfolg des Genfer Protokolls glaubte. Intern wurde bereits »eine andere Lösung« – in diesem Fall der deutsch-französische Sicherheitspakt – bevorzugt, im Übrigen gemeinsam mit der SFIO. Die Tatsache, dass Wels dezidiert auf ein Gespräch zwischen Léon Blum und ihm verwies, um seine Argumentation zusätzlich zu stützen, spricht diesbezüglich Bände. Ein an die SAI gerichtetes Schreiben vom 2. 4. zeigt zwar, dass die deutschen Sozialdemokraten darum bemüht waren, die Wogen zu glätten, indem zunächst behauptet wurde, »identischer« Auffassung mit der Labour Party zu sein.¹⁵⁶ Allerdings bedarf es keiner großen Prophetie um zu behaupten, dass die beiden Parteien völlig unterschiedliche Ansichten vertraten. Tatsächlich kritisierte die SPD den Entwurf der britischen Arbeiterpartei scharf und verteidigte die Vorgehensweise der deutschen Regierung. Der Verfasser des Schreibens war abermals Otto Wels, der zu dem Schluss kam, dass das Rundschreiben der Labour Party, »dem wir unsere Unterschriften geben sollen [...] die gegenwärtige politische Sachlage nicht klar kennzeichnet.«¹⁵⁷

Das Anliegen von Wels wurde von Seiten der SAI durchaus ernst genommen: Wenige Tage nach dem Schreiben des SPD-Politikers ließ die Geschäftskommission der Arbeiterinternationale verkünden, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt wohl am sinnvollsten wäre, auf eine von MacDonald angeregte Kundgebung¹⁵⁸ gänzlich zu verzichten. Stattdessen wurde vorgeschlagen, die Debatte auf dem nächsten Treffen des SAI-Exekutivkomitees weiterzuführen.¹⁵⁹

¹⁵⁵ Ebd.

¹⁵⁶ IISG, SAI, Politische Fragen, Garantieverträge, Brief von Otto Wels an die SAI, 2. 4. 1925, IISG/SAI/PolitischeFragen/1175/42.

¹⁵⁷ Ebd.

¹⁵⁸ Im Rundschreiben der SAI wurde hierzu Folgendes vermerkt: »Genosse MacDonald hat die Anregung gemacht, ob man nicht in der Frage des Genfer Protokolls, das am nächsten Dienstag (24. ds.) im Unterhaus zur Debatte stehen wird, eine Kundgebung der sozialistischen Parteien der vier in erster Linie beteiligten Länder, also Belgien, Deutschland, Frankreich, England möglichst rasch zustande bringen könnte. Und zwar geht der Gedanke dahin, daß von jedem Land zwei Genossen die allgemein bekannt und insbesondere mit den Fragen der auswärtigen Politik auch in offizieller Funktion zu tun hatten, die Kundgebung zeichnen.« IISG, SAI, Politische Fragen, Garantieverträge, Rundbrief Tom Shaw, 19. 3. 1925, IISG/SAI/PolitischeFragen/1175/31.

¹⁵⁹ IISG, SAI, Politische Fragen, Garantieverträge, Brief von Adler an die SPD, 3. 4. 1925, IISG/SAI/PolitischeFragen/1175/47; hierzu auch: Internationale Information, Sitzung der Exekutiv der SAI, 14. 5. 1925, Bd. II, 1925.

Das Treffen des Exekutivkomitees fand am 9./10. Mai in Paris statt, sprich wenige Wochen nach der Debatte über die gemeinsame Kundgebung.¹⁶⁰ Vor allem die britische Arbeiterpartei wollte das Treffen dazu nutzen, ihre Haltung gegenüber dem Sicherheitspakt deutlich zu machen. Ziel war es dabei, die deutsche Initiative zumindest zu rügen, um damit die Prinzipien des Genfer Protokolls weiterhin am Leben zu erhalten. Daher machte Arthur Henderson¹⁶¹ stellvertretend für seine Partei deutlich, »*that the International should do everything in its power to keep the principles of the Protocol alive [...]*«. ¹⁶² Es sei keineswegs klar, ob der Sicherheitspakt mit den Prinzipien des Genfer Protokolls konform gehe, oder ob die allgemeine Abrüstung, die von der Labour Party dringend eingefordert wurde, mit inbegriffen sei. Eben deshalb müsse sich die Internationale die Frage stellen, ob der Sicherheitspakt in der jetzigen Form erstrebenswert sei.

Léon Blum entgegnete Henderson, dass sich auch die SAI den gegebenen Realitäten anpassen müsse: Die entscheidende Frage laute hierbei, was denn passieren würde, wenn das Protokoll am Ende nicht unterzeichnet werde – auch damit müsse sich die Internationale befassen. Hier zweifelte auch der französische Sozialistenführer am Erfolg des Genfer Protokolls und war eben deshalb darum bemüht, die britischen Zweifel zu zerstreuen. Seiner Ansicht nach weise die deutsche Sicherheitsinitiative ohnehin erstaunliche Parallelen zu einem 1923 verfassten Dokument der Internationale auf. Konkret spielte Blum auf den sozialistischen Reparationsplan vom 25./26. März 1923 an,¹⁶³ der unter anderem von Tom Shaw, Rudolf Hilferding, Rudolf Breitscheid sowie Vincent Auriol konzipiert worden war und dabei erstens den deutschen Eintritt in den Völkerbund forderte und zweitens den Versuch unternahm, das französische Sicherheitsbedürfnis mit weitreichenden Garantieerklärungen zu befriedigen.¹⁶⁴ Abschließend betonte Blum, dass es für alle Parteien der Internationale schwer werden würde, eine rein negative Haltung gegenüber der deutschen Sicherheitsinitiative einzunehmen – was als klare Spitze gegen die Labour Party zu verstehen war.¹⁶⁵

¹⁶⁰ LHASC, LSI, Exekutivkomitee, Paris, 9./10. 5. 1925, LSI/14/18/1.

¹⁶¹ Während MacDonald eher abwägend argumentierte, sprach sich Henderson, wie Harry Graf Kessler in seinen Tagebüchern deutlich macht, am deutlichsten gegen den Sicherheitspakt aus. H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 22. 3. 1925, Bd. 8, Eintrag vom 11. 3. 1925, Bd. 8, S. 632 ff.

¹⁶² LHASC, LSI, Exekutivkomitee, Paris, 9./10. 5. 1925, LSI/14/18/1.

¹⁶³ Zum sozialistischen Reparationsplan aus dem Jahre 1923, siehe auch: L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 162; siehe auch: LHASC, Parliamentary Labour Party, Minutes 1923 Special Meeting of the Party, 21. 3. 1923, LP/PLP/Minutes 1923/21–23.

¹⁶⁴ LHASC, LSI, Exekutivkomitee, Paris, 9./10. 5. 1925, LSI/14/18/1.

¹⁶⁵ Immerhin muss eingeräumt werden, dass Teile der Labour Party zumindest seit dem Frühjahr 1925 kritisch mit der starren Position von MacDonald, Brailsford und Henderson umgingen: Die politischen Vertrauten von R. MacDonald, Delisle Burns und Lee Smith, sahen die ablehnende Haltung der Parteiführung z.B. durchaus mit Skepsis, ebenso wie der Finanzexperte Ph. Snowden. H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 22. 3. 1925, Bd. 8, Eintrag vom 17. 3. 1925, Bd. 8, S. 640; Eintrag vom 20. 3. 1925, Bd. 8, S. 648.

Otto Wels, der nach Blum das Wort ergriff, war sichtlich darum bemüht, die diplomatischen Offerten seiner Regierung in einem möglichst positiven Licht erscheinen zu lassen: Die deutschen Vorschläge hätten die Politiker in seinem Land regelrecht begeistert und er zweifle keine Sekunde daran, dass sie ein Schritt in die richtige Richtung seien – auch im Hinblick auf das Genfer Protokoll. Die kritische Haltung der Labour Party könne er durchaus nachvollziehen – immerhin befinde sich die britische Arbeiterpartei auf der harten Oppositionsbank –, allerdings sei die Situation in Deutschland grundverschieden und daher auch anders zu bewerten. Die Regierung Luther werde von der extremistischen Rechten für die Sicherheitsinitiative heftig attackiert und eben deshalb bat Wels die SAI, keine Resolution zu unterzeichnen, die den Erfolg der deutsch-französischen Verhandlungen gefährden könnte.¹⁶⁶

Daraufhin verabschiedete das Exekutivkomitee eine Resolution, die das Genfer Protokoll weiterhin favorisierte, die deutsche Initiative allerdings nicht zurückwies. Damit wurde die Brüsseler Resolution der Internationale, die zu Beginn des Jahres 1925 verabschiedet worden war und sich dezidiert das Genfer Protokoll aussprach, erneut bekräftigt.¹⁶⁷ Auf Initiative von Alexandre Bracke (SFIO) und Otto Bauer (SDAP) wurde indes eine Zusatzresolution in Angriff genommen, die der veränderten Situation Rechnung tragen sollte. Folgende Passage wurde dabei von der Labour Party scharf kritisiert: »*At the same time the Executive is unanimous that it is the duty of the L.S.I. as long as the Geneva Protocol cannot be ratified, to support also pacts of guarantee of a more limited character, under the condition that England, France and Belgium on the one hand, and Germany on the other, are included in the pact and that the security of both sides be equally guaranteed [...]*«.«¹⁶⁸

Henderson erklärte, dass eine Zusatzresolution dieser Machart ausnahmslos den britischen Konservativen, die das Genfer Protokoll rigoros ablehnten, in die Hände spielen würde.¹⁶⁹ Des Weiteren zweifelte er am Zustandekommen des Sicherheitspaktes: Zum gegebenen Zeitpunkt habe die SAI zu wenig Informationen über das deutsche Angebot, dessen Bewertung noch ausstehe, und die Verhandlungen befänden sich außerdem nach wie vor in einem kritischen Stadium. Die Kritik des Briten hatte zur Folge, dass der Zusatzantrag tatsächlich gestrichen wurde – stattdessen einigte man sich darauf, eine Sonderkonferenz des SAI-Büros einzuberufen, um

¹⁶⁶ LHASC, LSI, Exekutivkomitee, Paris, 9./10. 5. 1925, LSI/14/18/1.

¹⁶⁷ Hierzu: Vorwärts, 12. 5. 1925; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 377.

¹⁶⁸ LHASC, LSI, Exekutivkomitee, Paris, 9./10. 5. 1925, LSI/14/18/1.

¹⁶⁹ Eine Lesart der rigiden Haltung der Labour Party lautet, dass die Partei an dem Genfer Protokoll nur deshalb so krampfhaft festhielt, weil sie es als Regierungspartei befürwortet und mit gestaltet hatte – die konservative Regierung nach dem Regierungswechsel indes nun alles daran setze, das Protokoll zu zerstören. Daher sei die britische Arbeiterpartei gewissermaßen in der »Pflicht« gewesen, das Abkommen am Leben zu halten und sich der konservativen britischen Regierung zu erwehren. MacDonald bestätigte dies indirekt in einem Gespräch mit Kessler im März 1925. H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 11. 3. 1925, Bd. 8, S. 632.

den Grundsatzkonflikt, der sich zwischen SPD/SFIO auf der einen und der Labour Party auf der anderen Seite abspielte, ein für alle Mal klären zu können.¹⁷⁰

Tatsächlich wurde das »Sicherheitsproblem« im Lager der Engländer äußerst kritisch bewertet, wie ein Brief von Tom Shaw an Arthur Henderson hinreichend deutlich macht:¹⁷¹ Unter den gegebenen Umständen sei es dringend erforderlich, das angedachte Treffen des Büros möglichst zeitnah einzuberufen – ansonsten laufe man Gefahr, vier Parteien mit vier unterschiedlichen Meinungen in ihren jeweiligen Länderparlamenten über den Sicherheitspakt abstimmen zu lassen.¹⁷² Hendersons Antwort auf diesen Vorschlag fiel äußerst resolut aus: Die Labour Party sei dazu bereit, ein solches Treffen anzuberaumen, allerdings stehe die Partei nach wie vor hinter den Prinzipien des Protokolls »*and will strongly oppose any pacts of guarantee of a limited character which are of the nature of Alliances or Groups of Nations and are not based on the principles of the Protocol.*«¹⁷³

In der Folgezeit gelang es der Labour Party, ihre Blockade-Haltung auch in London, wo am 4. Juli ein Treffen des SAI-Büros stattfand, aufrecht zu halten.¹⁷⁴ Trotz der Bemühungen von SPD und SFIO, die Zustimmung der Internationale für den Sicherheitspakt zu erwirken, setzten sich die Briten also vorerst durch. Der Sicherheitspakt wurde vom sozialistischen Büro für nicht ausreichend erachtet, weil erstens die Forderung zur allgemeinen Abrüstung nicht darin enthalten war, zweitens das Prin-

¹⁷⁰ Stefan Feucht stellt diesbezüglich die Vermutung auf, dass sich hier bereits eine Revision der bisherigen SAI-Position (volle Unterstützung für das Genfer Protokoll) andeutete. Hier muss allerdings erstens betont werden, dass das Protokoll allenfalls seit Frühjahr 1924 eine Rolle innerhalb der SAI spielte und zweitens, dass das Projekt als solches von Ramsay MacDonald respektive der Labour Party forciert wurde – und nur bedingt von SFIO oder SPD. Ergo handelt es sich hierbei um ein Vorhaben, das von den anderen Parteien zwar unterstützt, jedoch keineswegs als unumstößlicher Bestandteil der außenpolitischen Doktrin betrachtet wurde (ohnehin ist zu fragen: welche außenpolitische Doktrin?). Die Tatsache, dass sowohl die französische als auch die deutsche Arbeiterpartei die deutsche Sicherheitsinitiative unterstützten, belegt dies hinreichend. Insofern sollte in der Bewertung der Pariser SAI-Exekutivsitzen vom 9./10. Mai viel eher darauf rekurriert werden, dass das Genfer Protokoll als solches allenfalls seit kurzer Zeit ein Bestandteil der SAI-Außenpolitik gewesen war – und dass die Labour Party mit ihrem Versuch, dieses fest in das Programm zu verankern, gescheitert war. Vgl. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 377.

¹⁷¹ IISG, SAI, Korrespondenz mit den angeschlossenen Parteien, Labour Party, Shaw an Henderson, 21. 5. 1925, IISG/SAI/Korrespondenz/1664/11.

¹⁷² Zwar wurde der Brief offiziell im Namen des SAI-Sekretariats verfasst – es liegt jedoch auf der Hand, dass Shaw als Teil der Labour-Führung auch die Interessen der britischen Arbeiterpartei vertrat. Im Hinblick auf den Sicherheitspakt kann im Übrigen konstatiert werden, dass seine Mutmaßung, es gebe momentan »vier Parteien mit vier unterschiedlichen Meinungen« nicht die Realität widerspiegelte. Faktisch hatten sich SPD und SFIO darauf geeinigt, den Sicherheitspakt zu unterstützen. Ebd.

¹⁷³ IISG, SAI, Korrespondenz mit den angeschlossenen Parteien, Labour Party, Henderson an Shaw, 22. 5. 1925, IISG/SAI/Korrespondenz/1664/15.

¹⁷⁴ Hierzu: K. RIESEBERG, Die SPD in der Locarno-Krise, Oktober/November 1925; in: VfZ 30, 1982, S. 130–161; hier: S. 135 ff.; Vorwärts, 9. 7. 1925; IISG, SAI, Bureau, Sitzung vom 4. 7. 1925, IISG/SAI/Bureau/608 und 611.

zip der Schiedsgerichtsbarkeit nur bedingt gewährleistet wurde (im Sicherheitspakt war keine Schlichtung in politischen Streitfragen vorgesehen), drittens die Schiedsverträge zwischen Deutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Frankreich nur unter Garantie einer Macht (Frankreich) vereinbart werden sollten, und viertens der Verdacht bestand, dass sich der Vertrag in letzter Konsequenz gegen Sowjet-Russland wendet.¹⁷⁵ Infolgedessen beschloss das Büro, dass »kein Teilvertrag« beschlossen werden sollte, der in irgendeiner Form im Widerspruch zum Genfer Protokoll stehe.¹⁷⁶ Damit war erneut eine Formulierung »ex negativo« geschaffen worden, die den deutsch-französischen Sicherheitspakt zwar nicht gänzlich ausschloss, zumindest aber deutlich machte, dass die SAI weiterhin das Protokoll favorisierte. Ein signifikanter Fortschritt gegenüber der Pariser Exekutivsitung vom 9. 5. konnte also nicht erwirkt werden, die Labour Party hatte ihre Zweifel erneut kenntlich machen können. Abschließend wurden die einzelnen Mitgliederparteien dazu aufgefordert, ihre unterschiedlichen Meinungen und Ansichten schriftlich niederzulegen, um diese auf dem bevorstehenden SAI-Kongress in Marseille kundzutun.

Dass das Treffen in London alles andere als ein Fortschritt war, wird an einem Brief deutlich, den Pierre Renaudel am Folgetag an Friedrich Adler verfasste. Darin unterbreitete Renaudel den Vorschlag, ein gesondertes Treffen zwischen den belgischen, französischen und deutschen Sozialisten abzuhalten.¹⁷⁷ Implizit ging der Franzose also bereits davon aus, dass die Labour Party nicht klein begeben und weiterhin am Genfer Protokoll festhalten würde. Aufgrund der ähnlichen Interessenlage zwischen SFIO und SPD, die beide an dem Zustandekommen des Sicherheitspaktes interessiert waren, erschien eine bi- oder trilaterale Kooperation – außerhalb der SAI – in diesem Fall mehr als sinnvoll.¹⁷⁸

Tatsächlich fand das von Renaudel angeregte Zusammentreffen von SPD, SFIO und POB am 20. Juli in Brüssel statt.¹⁷⁹ Inhaltlich legten sich die drei Parteien darauf fest, den Sicherheitspakt zu unterstützen und machten dies in einer entsprechenden Stellungnahme kenntlich.¹⁸⁰ Damit hatten sich sowohl die deutsche als auch die französische Arbeiterpartei über die Internationale hinweggesetzt und plädierten trotz aller Unklarheiten entschieden für die Realisierung des deutsch-französischen Si-

¹⁷⁵ Anwesend waren beim Treffen des SAI-Büros unter anderem: A. Henderson, T. Shaw, O. Wels, P. Renaudel. IISG, SAI, Bureau, Sitzung vom 4. 7. 1925, IISG/SAI/Bureau/608 und 611.

¹⁷⁶ »In Bezug auf die in Diskussion stehenden Vorschläge eines Sicherheitspaktes fordert die SAI, bei Aufrechterhaltung ihres Standpunktes, daß alle Anstrengungen gemacht werden sollen, um eine endgültige Durchführung des Genfer Protokolls zu erlangen, einstweilen, solange dieses Ergebnis nicht erzielt werden kann, die angeschlossenen Parteien auf, darüber zu wachen, daß kein Teilvertrag im Widerspruch zu den oben niedergelegten Grundsätzen beschlossen werde.« Ebd.; Internationale Information, Sitzung des Bureaus der SAI, 9. 7. 1925, Bd. II. 1925.

¹⁷⁷ IISG, SAI, Korrespondenz mit angeschlossenen Parteien, SFIO, Renaudel an Adler, 5. 7. 1925, IISG/SAI/Korrespondenz/1615/8.

¹⁷⁸ Hierzu auch: R. GOMBIN, *Les socialistes et la guerre*, 1970, S. 122 f.

¹⁷⁹ Über das Brüsseler Zusammentreffen: K. RIESEBERG, *Die SPD in der Locarno-Krise*, Oktober/November 1925; in: VfZ 30, 1982, S. 130–161; hier: S. 137.

¹⁸⁰ Hierzu auch die Rede von Léon Blum auf den Kongress von Marseille im August 1925; Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1975, S. 136 f.

cherheitspaktes. Diese Haltung kann genau genommen als Verstoß gegen die Statuten der SAI bewertet werden, die sich in Bezug auf ihre äußere Politik sehr deutlich positionierte: Gemäß der Beschlüsse des Hamburger Gründungskongresses (1923) war die Autonomie der Einzelparteien in außenpolitischen Fragen eingeschränkt und die Geltungsmacht der Internationale anzuerkennen.¹⁸¹ Aufgabe von SPD und SFIO wäre es also gewesen, eine endgültige Klärung innerhalb der Internationale abzuwarten und erst dann eine gemeinsame Kooperation anzustreben. Tatsächlich wurde die deutsche Sicherheitsinitiative aber bereits seit Beginn des Jahres 1925 von beiden Parteien unterstützt!

Diese Entwicklung war vor allem der deutschen Arbeiterpartei zuzuschreiben, die sich von Anfang an dezidiert hinter die Regierung Luther stellte und mit Hilfe ihrer beiden »Diplomaten« – Breitscheid und Hilferding – auch die SFIO von den Vorzügen der deutschen Offerte sukzessive überzeugen konnte. Im Verbund mit den französischen Genossen gelang es auch innerhalb der SAI, jedweden Versuch der Labour Party, vom Genfer Protokoll abweichende Abkommen offiziell zu verurteilen, abzuschmettern und stattdessen eine graduelle Aufweichung der außenpolitischen Doktrin zu erreichen.¹⁸² Trotz alledem stand eine *finale* Klärung der Sicherheitsfrage noch aus, weshalb der SAI-Kongress in Marseille, der im August 1925 stattfinden sollte, einen geradezu programmatischen Charakter hatte.

2.2.6. SAI-Kongress in Marseille

Der zweite Kongress der Sozialistischen Arbeiterinternationale nahm am 22. August 1925 in Marseille seine Arbeit auf.¹⁸³ Bereits in seiner Eröffnungsrede machte der Vorsitzende Arthur Henderson deutlich, dass der »Sicherheitsfrage« beim diesjährigen Kongress der SAI eine gesteigerte Bedeutung zukam.¹⁸⁴ Dabei war es dem Briten offensichtlich ein wichtiges Anliegen, die Vorzüge des Genfer Protokolls möglichst überschwänglich darzustellen und dadurch ein klares Statement abzugeben: »Die Entwicklung der sozialistischen Politik in dieser alles überragenden Frage (Kriegsverbindung, Anm. d. V.) hat ihren Ausdruck gefunden in dem Genfer Protokoll zur friedlichen Beilegung internationaler Streitfälle. Ich betrachte dieses Werk als die unmittelbare Leistung der sozialistischen Arbeiterparteien, und die in ihm niedergelegte Politik ist meiner Ansicht nach die einzige wirksame Methode, den Weltfrieden zu erhalten. [...]«¹⁸⁵

¹⁸¹ Vgl. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 286.

¹⁸² Vgl. K. RIESEBERG, Die SPD in der Locarno-Krise, Oktober/November 1925; in: VfZ 30, 1982, S. 130–161; hier: S. 136.

¹⁸³ Hierzu: J. F. WRYNN, The Socialist International and the politics of european reconstruction, 1976, S. 83 ff.; IISG, SAI, Zweiter Kongreß. Marseille, 1925, IISG/SAI/ Zweiter Kongreß. Marseille, 1925/23 ff.

¹⁸⁴ Henderson selbst hatte im Jahre 1925 eine ausführliche Broschüre über das Genfer Protokoll veröffentlicht. Hierzu auch: A. HENDERSON, Labour and the Geneva Protokoll, 1925; Fundort: IISG, SAI, Genfer Protokoll, IISG/SAI/Genfer Protokoll/1175.

¹⁸⁵ Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1975, S. 238 f.

Nach dieser Eloge auf das Protokoll kam Henderson selbstredend auch auf den »konkurrierenden« Sicherheitspakt zu sprechen. In dem Bemühen, die bisherigen Fortschritte zu relativieren, stellte der Labour-Politiker dabei folgende Rechnung auf: Welche wie auch immer geartete Haltung die sozialistischen Arbeiterparteien gegenüber dem angedachten Sicherheitspakt zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Belgien auch einnehmen würden – niemals könne er das gleiche Ergebnis erzielen wie das Protokoll. Immerhin hatte Henderson offensichtlich begriffen, dass die britische Arbeiterpartei ihre Position aufweichen musste, um sich innerhalb der SAI nicht weiter zu isolieren. Deshalb gelangte er zu der Erkenntnis, dass der Sicherheitspakt nicht »zwingend« gegen das Protokoll verstoßen müsse.¹⁸⁶

Bereits im Vorfeld des Kongresses hatte Ramsay MacDonald den Versuch unternommen, die Meinungsverschiedenheiten zu relativieren. So ließ er in einem im »Vorwärts« veröffentlichten Artikel durchblicken, dass seine Partei durchaus dazu bereit sei, ihre Position hinsichtlich des Genfer Protokolls zu revidieren.¹⁸⁷ Andererseits geht aus einem Gespräch des britischen Botschafters Eric Phipps mit dem französischen Sozialistenführer Léon Blum hervor, dass die Situation längst nicht so entspannt war, wie MacDonald dies in seinem »Vorwärts«-Artikel suggerierte: Im Verlauf der Unterredung zwischen dem französischen Sozialisten und dem britischen Botschafter, die wenige Wochen vor dem Kongress in Marseille stattfand, echauffierte sich Blum mehrfach über die Labour Party, die sich partout weigere, vom Genfer Protokoll abzuweichen.¹⁸⁸ Somit kann nur bedingt von einer »versöhnlichen Haltung der Labour Party« gesprochen werden,¹⁸⁹ da die britische Arbeiterpartei erst gegen Ende des Jahres 1925 endgültig dazu bereit war, ihre Position zu revidieren.¹⁹⁰ In dieser Zeit nahm insbesondere der parlamentarische Flügel (PLP) eine grundlegende Oppositionshaltung gegenüber dem Außenminister Austen

¹⁸⁶ Ein solcher Kompromiss bahnte sich bereits im März 1925 an infolge der England-Reise von Harry Graf Kessler, im Verlauf derer er unter anderem mit den wichtigsten Labour-Politikern Gespräche führte. Hier kristallisierte sich die Lösung heraus, dass die Labour Party dann einem Sicherheitspakt zustimmen werde, wenn dieser nicht grundsätzlich gegen das Protokoll verstoße, sondern vielmehr eine »Brücke« darstellen könne hin zur Realisierung des Genfer Protokolls. H. GRAF KESSLER, *Das Tagebuch*, Eintrag vom 18.3.1925, Bd. 8, S. 643.

¹⁸⁷ In derselben Ausgabe des Vorwärts veröffentlichte Hermann Müller einen Artikel über die Notwendigkeit zur Umgestaltung des Völkerbundes. Zudem konstatierte er, dass ein weiteres Festhalten am Genfer Protokoll kontraproduktiv sei, sofern der mögliche Abschluss eines Sicherheitspaktes dadurch erschwert werde. Insgesamt betrachtete er den Sicherheitspakt als eine erste »Etappe« zur Befriedung Europas sowie zur Schaffung eines wirklichen Völkerbundes. Otto Wels vertrat in seinem Artikel, der ebenfalls am 23.8. veröffentlicht wurde, eine ähnliche Meinung und konstatierte zudem, dass sich die SPD in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der Internationale befinde. Damit unternahm Wels zugleich den Versuch, parteiinterne Kritik am Verhalten der deutschen Arbeiterpartei zu unterbinden. S. FEUCHT, *Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933)*, 1998, S. 379.

¹⁸⁸ TNA, PRO, Foreign Office, Telegram Mr. Phipps, 3.8.1925, TNA/PRO/FO 371/11046.

¹⁸⁹ S. FEUCHT, *Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933)*, 1998, S. 380.

¹⁹⁰ Paradigmatisch: H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 164 ff.; J. F. WYNN, *The Socialist International and the politics of european reconstruction*, 1976, S. 82 f.; hierzu auch das umfassende

Chamberlain ein, der den Sicherheitspakt im Namen der konservativen Regierung Baldwin befürwortete.¹⁹¹ In gewisser Weise befand sich die Führungsriege um MacDonald und Henderson also auch in einem »strategischen Dilemma«, da sie auf nationaler Ebene kein Interesse daran haben konnte, ihre Oppositionshaltung aufzugeben – andererseits aber von SPD und SFIO zu eben diesem Schritt gedrängt wurde.

In Marseille wurde die eigentliche Debatte über die »internationale sozialistische Friedenspolitik« erst am 23. 8. eröffnet, also einen Tag nach Kongressbeginn. Als erster Delegierter erhielt Charles R. Buxton das Wort, der für die Labour Party vortrug. In Verlauf seiner Rede machte er deutlich, dass Genosse Henderson eingangs bereits ausführlich über das Genfer Protokoll gesprochen habe, weshalb er sich einer weiteren Erörterung enthalte.¹⁹² Diese Zurückhaltung war für die britische Arbeiterpartei nicht unüblich, die bereits auf vorherigen Kongressen in programmatischer Hinsicht einen sehr geschlossenen Eindruck hinterlassen hatte. Stattdessen erörterte Buxton insbesondere die Nachteile des Sicherheitspaktes und stigmatisierte das Abkommen als potentiellen Zankapfel, der die Staaten Europas ob seiner klaren Spitze gegenüber Russland in zwei Lager teilen würde.¹⁹³ Die Befürworter des Paktes würden sich der Illusion hingeben, den Frieden mit einer Reihe von Verträgen sicherstellen zu können. Jedoch biete das Abkommen weder einen Abrüstungsplan an, noch könne es militärische Aktionen verhindern: *»Eine militärische Aktion könnte nämlich auf Grund eines einseitigen Beschlusses einer der Parteien unternommen werden.«*¹⁹⁴ Überdies monierte Buxton, dass der Pakt in seinen Grundzügen nicht etwa auf Gleichheit basiere, sondern auf Ungleichheit, denn eine Vertragsseite sei bis an die Zähne bewaffnet (Frankreich), während die andere (Deutschland) vollkommen entwaffnet sei. Aus diesem Grund kam er zu dem Schluss, dass der Sicherheitspakt mit dem Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit eng verbunden werden müsse: *»Aber das eine muß feststehen: wir können einem beschränkten Pakt nur dann zustimmen, wenn er nicht außerhalb des Rahmens des Völkerbundes geschlossen wird.«*¹⁹⁵

Im Folgenden ergriff Rudolf Hilferding das Wort. Dass der Deutsche eine vollkommen andere Position als sein Vorredner vertreten würde, war mehr als offensichtlich: Hilferding hatte in den Wochen und Monaten zuvor mehrfach deutlich gemacht, dass die Außenpolitik der internationalen Sozialdemokratie eine Politik der

Statement von Norman Angell, verfasst im Auftrag des ACIQ: LHASC, Advisory Committee on International Questions, Memos 1924–36, November 1925.

¹⁹¹ H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 164 ff.

¹⁹² Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1975, S. 257.

¹⁹³ Grundsätzlich wurde der Sicherheitspakt im Lager der Labour Party als ein mögliches »deutsch-englisch-französisches Abkommen« interpretiert, das sich »gegen Russland« richte. H. GRAF KESSLER, *Das Tagebuch*, Eintrag vom 5. 3. 1925, Bd. 8, S. 617 ff.

¹⁹⁴ Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1975, S. 257.

¹⁹⁵ Ebd.

Realitäten sein müsse und eben keine Politik der Utopie.¹⁹⁶ Deshalb forderte er mit Nachdruck, den Status quo der internationalen Politik anzuerkennen und die eigene Vorgehensweise danach abzustimmen.¹⁹⁷ Hilferding rekurrierte darauf, dass die Neuorganisation der bestehenden Ordnung nur mit der Unterstützung der internationalen Sozialdemokratie verwirklicht werden könne. Die Masse der arbeitenden Bevölkerung nehme aktiv an diesem Prozess teil und müsse deshalb »die Macht ihres Bewusstseins in die politische Waagschale werfen«.¹⁹⁸ Abermals akzentuierte er, dass die Phase des utopischen Pazifismus abgeschlossen und der Zeitabschnitt des realen Pazifismus begonnen werden müsse »und zwar deswegen, weil wir nicht mehr an die Menschlichkeit, an die allgemeine Vernunft, an die Gefühle des Abscheus vor dem Morden des Krieges appellieren, sondern weil wir uns auf die reale, wachsende Macht des Proletariats, auf seine wachsende Feindschaft gegen den Krieg, auf die politische Kraft der Arbeiterbewegung stützen.«¹⁹⁹ Die Stellung der Internationale zum Krieg habe sich keinesfalls verändert – neu sei der Kampf nur in der *Methode*, weil eben nicht mehr der Generalstreik das Mittel der Wahl sei, sondern »die politische Neuorganisation Europas und der Welt«, die Schritt für Schritt erfolgen müsse.

Was konkret unter einer »Neuorganisation« zu verstehen sei oder wie man diese bewerkstelligen könnte, machte Hilferding im Folgenden anhand seiner Formel zur »politischen Dreifaltigkeit« deutlich:²⁰⁰ »Die Völkerbundpolitik muss ausgestaltet werden, und es ist unsere Formel, die heute gesiegt hat, die Formel, die verlangt, daß die Völkerbundpolitik verwirklicht werden soll: Sicherheit, Schiedsgericht, Abrüstung.«²⁰¹ Indem der Sozialdemokrat in seiner Rede die Leistung von MacDonald, Henderson, Herriot und Paul-Boncour namentlich erwähnte und bewusst hervorhob, nahm er der Labour Party geschickt den Wind aus den Segeln. Hilferdings einfache Botschaft lautete, dass auch die deutsche Sozialdemokratie die gleichen utopischen Zielsetzungen verfolgte, wie alle anderen Parteien auch. Somit gab er sich ebenfalls große Mühe, die allgemeine Abrüstung als »wichtigste der realen Garantien des wirklichen Friedens« hervorzuheben, was zuvor bereits Henderson und Buxton formuliert hatten.²⁰²

¹⁹⁶ H. A. WINKLER, Der Schein der Normalität, ²1987, S. 191.

¹⁹⁷ »Denn es gibt für uns Sozialisten heute kein wichtigeres, kein unmittelbarer Ziel als die Verhütung des Krieges. Denn, Genossen und Genossinnen, schlecht genug ist es, daß wir im Kapitalismus noch leben und unser ganzes Leben ist nur lebenswert, weil wir den Kampf gegen den Kapitalismus führen, aber unfassbar und verabscheuungswürdig ist der Gedanke, daß wir noch einmal sterben sollen für den Kapitalismus (Hervorhebung im Text, Anm. d. V.).« Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1975, S. 259.

¹⁹⁸ Ebd.

¹⁹⁹ Hierzu auch: Vorwärts, 24. 8. 1925.

²⁰⁰ Zum Rededuell zwischen Hilferding und Buxton siehe auch: Arbeiterzeitung, Wien, 27. 8. 1925; Leipziger Parteizeitung, 28. 8. 1925; Arbeiterzeitung, 28. 8. 1925.

²⁰¹ Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1975, S. 262; zur Hervorhebung der »Politischen Dreifaltigkeit« im außenpolitischen Denkmodell Hilferdings siehe auch: S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 381.

²⁰² Ebd.; Vorwärts, 24. 8. 1925.

Nach diesen eher theoretisch gehaltenen Phrasen kam Hilferding auf den Sicherheitspakt zu sprechen: Das Genfer Protokoll sei zwar in programmatischer Hinsicht ein wichtiger Schritt, allerdings kein real existierendes Abkommen. Aus diesem Grund müssten bis zur Ratifizierung des Protokolls alle »Zwischenschritte« unternommen werden, die in dieselbe Richtung zielten: *»Wir wollen keinen Schritt unterlassen, der die Möglichkeit gibt, das Genfer Protokoll später zu verwirklichen, wenn dieser Schritt geeignet ist, die aktuelle Kriegsgefahr zu vermindern.«*²⁰³ Im Anschluss daran widmete er sich dezidiert der britischen Labour Party und versuchte die bestehenden Konflikte zu relativieren: Spannungen habe es in der Internationale immer gegeben und es gäbe auch Differenzen, die vom »internationalen Geist beseelt« seien. Mit diesen Worten reichte Hilferding den britischen Genossen im übertragenen Sinne die Hand, nannte ihre Skepsis »verständlich« und forderte sie zudem dazu auf, mit der SPD und der SFIO gemeinsam an »einer Front« zu kämpfen.²⁰⁴ Aus der Tatsache, dass sich die deutsche Arbeiterpartei längst mit den französischen Genossen geeinigt hatte und Seite an Seite mit ihnen für die Verwirklichung des Sicherheitspaktes stritt, machte der Sozialdemokrat überhaupt keinen Hehl mehr: *»Für uns kontinentale Sozialisten ist es lebenswichtig, daß wir einen Schritt vorwärts tun, daß mit diesem vergifteten Hass in der auswärtigen Politik zwischen Deutschland und Frankreich aufgeräumt wird.«*²⁰⁵ Damit kann also durchaus ein Wendepunkt in der Geschichte der internationalen Sozialdemokratie ausgemacht werden: Vielleicht zum ersten Mal nach 1919 gab es eine starke Interessenkonvergenz zwischen deutschen und französischen Sozialisten, die sich praktisch unter Ausschluss der britischen Arbeiterpartei, die bislang unbestritten die dominanteste Rolle innerhalb der SAI eingenommen hatte, auf eine bestimmte politische Linie einigen konnten – und diese mittels informeller Diplomatie nach außen hin vertraten.

²⁰³ Damit hielt der Sozialdemokrat also ein kraftvolles Plädoyer für die Annahme des Sicherheitspaktes durch die SAI. Auch die Briten versuchte Hilferding gezielt zu überzeugen, ihre Meinung zu revidieren, indem er bezeugte, »alle Anstrengungen« unternehmen zu wollen, *»die Gegenseitigkeit, das obligatorische Schiedsgericht und die Unterstellung der Schiedsgerichtsverträge unter die allgemeine Garantie des Völkerbundes [...] zu verwirklichen. Gelingt uns, in diesem Sinne die Verhandlungen über den Pakt zu beeinflussen, gelingt es uns, zwischen Deutschland und Frankreich vor allem, aber auch zwischen Deutschland und dem Westen überhaupt, zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn zur Entspannung zu kommen, dann, glaube ich, werden alle Bestrebungen für eine Verwirklichung des Genfer Protokolls, für eine Durchführung der Abrüstung nicht gehindert werden, sie werden im Gegenteil dadurch gefördert werden.«* Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1975, S. 264 f.

²⁰⁴ *»Es ist durchaus verständlich, daß unsere englischen Genossen mit Stolz darauf hinweisen, daß es ihre Regierung war, die zusammen mit der von unseren französischen Freunden unterstützten Regierung Herriot in Genf das große Werk geleistet hat; es ist durchaus verständlich, sage ich, wenn unsere englischen Genossen das Genfer Protokoll so hoch schätzen und so fest halten wollen, daß sie fürchten, es könnte ihnen der Sicherheitspakt im Kampfe um das Genfer Protokoll Hindernisse bereiten. Aber ich glaube, auch hier ist die internationale Gesinnung dasjenige, was die Labour Party mit uns in dieselbe Front, in dieselbe Linie führen wird.«* Ebd., S. 265.

²⁰⁵ Ebd.

Am Folgetag begann Léon Blum mit seiner Rede zur internationalen Friedenspolitik.²⁰⁶ Der französische Sozialistenführer unterstrich erneut, dass der Grundgedanke zur deutschen Sicherheitsinitiative dereinst von sozialistischen Politikern erbracht wurde: Bereits im Jahre 1922 hätten Breitscheid, Hilferding, Müller, Auriol, Huysmans und Tom Shaw einen allgemeinen Garantiepakt eingefordert.²⁰⁷

In Bezugnahme auf das Genfer Protokoll konstatierte er, dass es falsch sei zu sagen: »Das Protokoll, nichts als das Protokoll, das Protokoll oder gar nichts von alledem.«²⁰⁸ Wie zuvor Hilferding merkte also auch Blum an, dass man erst die Zwischenschritte nehmen müsse, um irgendwann einmal weiteren großen Schritt nach vorne machen zu können. In diesem Kontext sei die Position der Labour Party grundverkehrt: »England kann nicht Nein sagen, wenn Frankreich und Deutschland iberseits zu einem Ja entschlossen sind, und es geht auch nicht an, dem Vorschlag des Genossen Buxton zu folgen und jeder einzelnen Nation und jeder einzelnen Parlamentsfraktion in jedem Lande die Freiheit ihrer Entscheidung zu überlassen. Der Kongreß ist berufen, diese Frage so oder so positiv zu beantworten.«²⁰⁹

Der Schulterschluss zwischen SPD und SFIO war damit offiziell vollzogen und die Labour Party vorläufig isoliert.²¹⁰ Im Folgenden räumte Blum allerdings ein, dass der Sicherheitspakt im Geiste des Genfer Protokolls verfasst werden würde und dass es die Aufgabe der SAI sein müsse, den Weitergang der Verhandlungen im Sinne des Protokolls zu beeinflussen. Auch der Franzose war also darum bemüht, der britischen Arbeiterpartei die Gelegenheit zu eröffnen, Verbesserungsvorschläge zu äußern und damit die eigene Würde zu wahren. Wie Hilferding ließ Blum indes keinen Zweifel daran, dass sich sowohl die deutsche als auch die französische Partei für den Pakt aussprechen würde.²¹¹

Das auffällige Werben um die Zustimmung der Briten hatte aus Sicht von SPD und SFIO durchaus einen triftigen Grund: Sowohl der deutschen als auch der französischen Parteiführung musste klar gewesen sein, dass der Segen der SAI die parteiinterne Unterstützung für den deutsch-französischen Sicherheitspakt maßgeblich beeinflussen würde. Nicht umsonst hatte Rudolf Breitscheid auf dem SPD-Parteitag in Heidelberg, der wenige Wochen nach dem SAI-Kongress stattfinden sollte, mehrfach darauf abgezielt, dass die sozialistische Arbeiterinternationale felsenfest hinter

²⁰⁶ Eine kritische Rezension seiner Rede, siehe: Echo de Paris, 7. 9. 1925.

²⁰⁷ Hierzu: L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 162; siehe auch: LHASC, Parliamentary Labour Party, Minutes 1923 Special Meeting of the Party, 21. 3. 1923, LP/PLP/Minutes 1923/21–23.

²⁰⁸ Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1975, S. 270.

²⁰⁹ Ebd.

²¹⁰ Hierzu auch: J. ZARUSKY, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, 1992, S. 194.

²¹¹ Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1975, S. 271 f.

der deutschen Initiative stünde – was eine glatte Lüge war.²¹² Genau genommen war der Pakt weder in Frankreich noch in Deutschland unumstritten,²¹³ weshalb beide sozialistischen Parteien auf einen positiven SAI-Beschluss angewiesen waren, übrigens auch im Hinblick auf die Alltagspolitik und die damit verbundenen Auseinandersetzungen mit rivalisierenden Parteien insbesondere auf dem rechten und konservativen Flügel, die sich einen negativen Bescheid der SAI mit Sicherheit zunutze gemacht hätten. Um die Zustimmung der Arbeiterinternationale zu erhalten, war die Zustimmung der Labour Party vielleicht nicht zwingend notwendig, zumindest aber hilfreich – vor allem wenn man berücksichtigt, dass MacDonald und Henderson über weitreichende Kontakte zu führenden britischen Politikern verfügten, die für künftige Verhandlungen von gehobener Relevanz sein könnten.

In Marseille gelang es den deutschen und französischen Sozialisten schlussendlich, ihre Position durchzusetzen: Am 27. 8. wurde die Resolution zur internationalen sozialistischen Friedenspolitik verkündet – hierbei kam es den Verfassern darauf an, *»auf der einen Seite zu kritisieren, was an dem Sicherheitspakt auszusetzen ist, aber auf der anderen Seite doch ins Auge zu fassen, was wir gutheißen müssen, was uns ein Fortschritt zu sein scheint.«*²¹⁴

Bezeichnenderweise erhielt Arthur Henderson als erster Redner die Gelegenheit, die Resolution zu »würdigen«. Dabei räumte er ein, dass es innerhalb der Kommission »große Schwierigkeiten« gegeben habe, die man jedoch erfolgreich ausräumen konnte.²¹⁵ Die Labour Party habe innerhalb der Kommission immerhin durchsetzen können, dass künftige Entwürfe zu Sicherheitsverträgen auf einer Sonderkonferenz im Einvernehmen mit der SAI-Exekutive geprüft und diskutiert werden müssten.²¹⁶ Insoheim hatte sich die britische Arbeiterpartei also eine Art Interventionsrecht geschaffen, insofern jede Fassung vor ihrer Verabschiedung den Segen der SAI-Exe-

²¹² Breitscheid verkündete in Heidelberg – an die parteiinternen Kritiker des Unterstützungskurses für die Regierung Luther gerichtet –, dass der Gedanke eines »Sicherheitspaktes« nicht nur der Parteraison folge, sondern auch jener Linie, die auf »zahlreichen Konferenzen unserer Internationale festgelegt worden ist.« Sozialdemokratischer Parteitag 1925. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Heidelberg 1925, 1974, S. 248.

²¹³ In Frankreich waren neben den parteiinternen Kritikern um Jean Zyromski und A. Bracke zunächst auch eher gemäßigte Sozialisten wie Léon Blum oder Salomon Grumbach aus verschiedenen Gründen skeptisch ob der Erfolgchancen der deutschen Sicherheitsinitiative. Hier mussten insbesondere Hilferding und Breitscheid Überzeugungsarbeit leisten, bis sich der gemäßigte bzw. rechte Flügel um Blum, Grumbach, Renaudel oder Paul Faure für den Pakt aussprach. Auch die Richtungsdiskussion innerhalb der SFIO über Sinn und Zweck der »Unterstützungspolitik« schlossen die außenpolitische Entscheidung, die Regierung Herriot zu unterstützen, in gewisser Weise mit ein, auch wenn die Innenpolitik, ähnlich wie in Deutschland, wesentlich stärker im Zentrum der Kritik stand. Hierzu: G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 311; D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 177 ff.

²¹⁴ Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1975, S. 318 f.; zu den Streitigkeiten innerhalb der Kommission siehe auch: Arbeiterzeitung, 30. 8. 1925.

²¹⁵ Der Kommission gehörten unter anderem Hilferding, Renaudel und Buxton an.

²¹⁶ Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1975, S. 319 f.

kutive erhalten musste.²¹⁷ Im Gegenzug mussten die Labourites indes auf ihre allzu starre Fixierung auf das Genfer Protokoll verzichten und die deutsche Sicherheitsinitiative akzeptieren, was durchaus als Niederlage der Briten interpretiert werden muss. Zwar betonte Henderson abschließend, dass der Geist des Genfer Protokolls weiter fortleben würde – dem neutralen Beobachter musste jedoch klar geworden sein, dass die Resolution des Kongresses die beiden kontinentalen Arbeiterparteien klar bevorzugte und die englische Arbeiterpartei zu einem Umdenken zwang.²¹⁸ Hendersons Floskeln konnten an dieser Tatsache rein gar nichts ändern.

Die Folgeredner Breitscheid, Blum und De Brouckère gaben sich zwar große Mühe, das Genfer Protokoll vordergründig regelrecht anzupreisen. Allerdings machten sie keinen Hehl daraus, dass sie sich eine realistische und praxisorientierte Außenpolitik der SAI wünschten. Aus diesem Grund ergriffen sie klar und deutlich Partei für den Sicherheitspakt und lobten die Resolution von Marseille als wichtigen Schritt in die richtige Richtung.²¹⁹

Parallel zum Marseiller Kongress (August 1925) deutete sich eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich auf Regierungsebene an. Die französische Antwortnote vom 24. 8. 1925 beinhaltete den Vorschlag über einen möglichen Sicherheitspakt in direkte Verhandlungen einzutreten.²²⁰ Damit nahm das Abkommen konkrete Formen an, was natürlich auch den sozialistischen Parteien nicht verborgen bleiben konnte. Umso größer wurde die Notwendigkeit seitens der SAI, eine eindeutige Position zu beziehen und die bestehenden internen Konflikte zu beenden. Dieses Ziel konnte mit dem Kongress 1925 erreicht werden, weshalb die SAI, aller idealistischen Rhetorik zum Trotz, durchaus angemessen auf die Entspannungstendenzen im internationalen System reagierte. Das war, zusammenfassend gesprochen, insbesondere ein Verdienst von SPD und SFIO.

2.2.7. *Finales Urteil des Parteidreiecks über den Sicherheitspakt; Anpassung an den Modernisierungsprozess des internationalen Staatensystems; endgültige Adaption des Wilsonschen Friedensmodells*

Der angestrebte Sicherheitspakt zwischen Deutschland und den Westmächten wurde vom 5. bis 16. Oktober in Locarno verhandelt und paraphrasiert.²²¹ Kern des Ver-

²¹⁷ Zudem durften Sicherheitsverträge nicht im Widerspruch zu im Völkerbund verabschiedeten Schiedsgerichtsverträgen stehen, was eine weitere Einschränkung bedeutete. Hier war also von der Labour Party klar der Versuch unternommen worden, das Verabschieden von Sicherheitsvereinbarungen, die sich außerhalb des Völkerbundes bewegten, zu erschweren. Ebd.

²¹⁸ Zur Haltung von MacDonald und Henderson, siehe auch: H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 167 ff.

²¹⁹ Hierzu auch: J. F. WRYNN, *The Socialist International and the politics of european reconstruction*, 1976, S. 84 f.

²²⁰ Vgl. R. BLESSING, *Der mögliche Frieden*, 2008, S. 236 ff.; P. KRÜGER, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, 1985, S. 294 ff.

²²¹ Hierzu: ebd., S. 299; R. BLESSING, *Der mögliche Frieden*, 2008, S. 241.

trages war der Garantiepakt zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien und Großbritannien, der die deutsch-französische sowie deutsch-belgische Grenze gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages bestätigte.²²²

Vor allem in Deutschland, genauer gesagt im sozialdemokratischen Lager, wurde das Ergebnis geradezu euphorisch gefeiert. Von einem »Sieg des Friedens«, einem »weltgeschichtlichen Ereignis« oder einer »Zeitenwende« war im Vorwärts die Rede, was die Zustimmung der SPD für die Reichsregierung Luther abermals unterstreicht.²²³ Indes war die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Locarno-Verträge zu diesem Zeitpunkt mehr als unklar: Nach der »Fahnenflucht« der Deutschnationalen musste die SPD, obwohl nicht Mitglied der Regierung, in die Bresche springen und für die Ratifizierung des Abkommens Sorge tragen. Diese Option wurde im Reichsvorstand, namentlich von Wels, Müller und Hilferding, zunächst aus nachvollziehbaren Gründen abgelehnt, da man die DNVP nicht aus der Verantwortung entlassen wollte.²²⁴ Stattdessen wurde über eine Reichstagsauflösung diskutiert, da man, wie es Breitscheid formulierte, auf keinen Fall der »Lückenbüßer für die Deutschnationalen« sein wollte. Jedoch machte sich bereits am 6. November, wenige Wochen nach der Konferenz von Locarno, ein Umdenken in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bemerkbar. Einflussreiche Sozialdemokraten wie Breitscheid oder Paul Löbe kamen zu der Einsicht, dass Neuwahlen herzlich wenig an der momentanen Konstellation ändern könnten – weshalb eine Kurskorrektur, die Zustimmung für die Locarno-Verträge im Parlament und der Verbleib in der Opposition gefordert wurde.²²⁵

Auch der Paradigmenwechsel der Labour Party könnte ein entscheidender Grund für die Haltung der SPD gewesen sein, auf Neuwahlen zu verzichten und den Pakt von Locarno im Parlament zu billigen.²²⁶ In einem Telegramm des britischen Botschafters, Lord D'Abernon, berichtete dieser von einem Deutschland-Aufenthalt MacDonalds. Letztgenannter habe sich mit den sozialdemokratischen Parteiführern

²²² Als Garantiemächte fungierten hierbei Großbritannien und Italien: Bei einem möglichen Einmarsch belgischer oder französischer Truppen in Deutschland oder einem deutschen Angriff deutscher Truppen auf Belgien oder Frankreich würden Italien oder Großbritannien zugunsten des Angegriffenen eingreifen. Damit waren die französischen »Sanktionen« unmöglich gemacht worden – ebenso wie eine gewaltsame Änderung der Westgrenzen durch den deutschen Nachbarn. Darüber hinaus wurde vereinbart, dass etwaige Streitfragen schiedsgerichtlich geklärt werden sollten, sofern keine diplomatische Lösung möglich war. Die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen (Deutschland und die Tschechoslowakei, Deutschland und Polen) erfolgte ohne Schiedsklausel, wobei Frankreich als Garantiemacht fungierte. Abschließend wurde Deutschlands Eintritt in den Völkerbund durch den Vertrag schriftlich fixiert. P. KRÜGER, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, 1985, S. 299.

²²³ H. A. WINKLER, *Der Schein der Normalität*, 1987, S. 256; Vorwärts, 7. 10. 1925.

²²⁴ Hierzu: K. RIESEBERG, *Die SPD in der Locarno-Krise*, Oktober/November 1925; in: VfZ 30, 1982, S. 130–161; hier: S. 142 ff.

²²⁵ Ebd., S. 144 f.

²²⁶ Vgl. ebd., S. 146; hierzu auch: Telegramm Nr. 402 des britischen Botschafters in Deutschland, Lord D'Abernon, an das Foreign Office vom 28. 10. 1925; TNA, PRO, Foreign Office, Telegram Lord D'Abernon, 28. 10. 1925, TNA/PRO/FO 371/10714.

unterhalten und dabei den Eindruck gewonnen, dass die SPD bezüglich der Option, Neuwahlen zu veranschlagen, keine einheitliche Meinung vertrete.²²⁷ In den Gesprächen habe MacDonald dezidiert die Position vertreten, dass die SPD um keinen Preis Neuwahlen abhalten dürfe, im »Interesse Europas«: »*In his conversations with Socialist leaders Mr. MacDonald has exercised beneficial influence in urging them to subordinate party interests to general welfare of Europe. He pressed them not to insist on a general election before signature of pact in London. If indeed a general election was necessary at all it could be deferred until after London.*«²²⁸ D'Abernon war im Verlauf seiner Unterredung mit MacDonald also zu der Erkenntnis gelangt, dass dieser die SPD erfolgreich beeinflussen konnte, was er offensichtlich sehr positiv bewertete.

Was den angesprochenen außenpolitischen Kurswechsel innerhalb der britischen Arbeiterpartei anbelangt, so lässt sich im Anschluss an den Kongress von Marseille ein allgemeiner Stimmungsumschwung feststellen.²²⁹ Final äußerte sich diese Kehrtwende in der Zustimmung der Labour Party zum Sicherheitspakt im britischen Unterhaus am 18. November 1925.²³⁰ Der Beschluss, die Locarno-Verträge anzunehmen, wurde zuvor in einer internen Sitzung am 17.11. mit 53 zu 10 Stimmen angenommen. Sicherlich forderte die Partei in einer Resolution »weitere Schritte« ein, die zur Realisierung des Genfer Protokolls führen sollten, allerdings änderte dies wenig daran, dass sich die Labour Party der internationalen Entwicklung erfolgreich angepasst hatte.²³¹

Der Historiker William Lee Blackwood stellt in diesem Kontext die These auf, dass das Einlenken der Labour Party eine »Zeitenwende« innerhalb der Internationale symbolisiere: Nach 1925 sei die SPD die dominierende Partei innerhalb der SAI gewesen, bis hin zum Zusammenbruch der deutschen Demokratie im Jahre 1933.²³² In der Locarno-Frage sei es der deutschen Partei gemeinsam mit der SFIO erfolgreich gelungen, die britische Arbeiterpartei zu marginalisieren und den »fatalen« Sicherheitspakt, der den Beginn der Appeasement-Politik markiere, gegen alle SAI-internen Widerstände durchzusetzen. Sein finales Urteil lautet, dass es das Münchener Abkommen 1938 ohne die Locarno-Verträge niemals gegeben hätte, die wiederum maßgeblich von SPD und SFIO vorbereitet worden seien: »*Without European socia-*

²²⁷ Während Hilferding unbedingt Neuwahlen abhalten wolle, spreche sich der Ministerpräsident Preußens, Otto Braun, dezidiert gegen diese Option aus. »*Other leaders realise that a general election will probably lead to no clear or beneficial result.*« Ebd.

²²⁸ Ebd.

²²⁹ Vgl. H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 164 ff.

²³⁰ Vgl. K. RIESEBERG, Die SPD in der Locarno-Krise, Oktober/November 1925; in: *VfZ* 30, 1982, S. 130–161; hier: S. 146

²³¹ LHASC, Parliamentary Labour Party, Minutes 1925, 17.11.1925.

²³² W. A. BLACKWOOD, The Socialist Imprint on International Relations in Interwar Europe; in: M. B. B. BISKUPSKI (Hrsg.), *Ideology, politics, and diplomacy in East Central Europe*, 2004, S. 80–119; hier: S. 116.

lism, the pacification-appeasement duo would, in all likelihood, never have seen the light of day.«²³³

Dieser Interpretation muss in mehrfacher Hinsicht widersprochen werden: Zwar ist die Beobachtung, dass sich SPD und SFIO in außenpolitischen Fragen zunehmend annäherten, zweifelsohne korrekt. Allerdings war die »Marginalisierung« der Labour Party allenfalls temporärer Natur, da die Weiterentwicklung der kollektiven Sicherheit, insbesondere in der Abrüstungsfrage, nur in enger Abstimmung mit der britischen Partei erfolgen konnte. Die »Labourites« waren ein zentraler Bestandteil des internationalen Internationalismus, was sich nicht zuletzt personell in der Person Arthur Hendersons widerspiegelte, der weiterhin als Vorsitzender der Organisation fungierte.

Die darüber hinaus gezogene Analogie – von Locarno bis hin zum Münchener Abkommen – mag eine treffende Charakterisierung der britischen Außenpolitik zwischen den Weltkriegen sein,²³⁴ jedoch keine schlüssige Beschreibung der internationalen Beziehungen zwischen 1923–29. Berücksichtigt man die Ausgangssituation im Jahr 1923, so war Locarno nicht der Sargnagel der europäischen Diplomatie, sondern ein wichtiger Schritt hin zu einem »System der kollektiven Sicherheit«.²³⁵

Nach der Zustimmung der Labourites zum Sicherheitspakt verlief das Treffen des SAI-Exekutivkomitees vom 4./5. 11. 1925 ausgesprochen konfliktfrei.²³⁶ Zwar wurde zu Beginn des Meetings bedauert, dass eine Verwirklichung des Genfer Protokolls nicht erreicht werden konnte – jedoch wurde betont, dass die Verträge von Locarno einen »ersten Schritt« darstellten »towards the pacification of Europe«. Im Protokoll wurde diesbezüglich geradezu euphemisch vermerkt: »[...] *The Treaties of Locarno are a confession that the method of regulating relations between nations by violence, a method which has always been fought by international Socialism, has now proved a failure.*«²³⁷

Damit bekannte sich die SAI-Exekutive endgültig zum Sicherheitspakt und führte ihre »gouvernementale Außenpolitik«, die sich nach 1919 im Kern an den liberalen Grundsätzen Woodrow Wilsons orientierte, weiter fort. Mit der Zustimmung zu den Locarno-Verträgen räumte die internationale Arbeiterschaft ein, dass jenes zwischenstaatlich fixierte Abkommen einen gangbaren Kompromiss darstellte, der auch von der Arbeiterinternationale akzeptiert werden konnte. Maßgeblich hierfür war, dass die SAI seit dem Zeitpunkt ihrer Gründung stets auf aktuelle Entwicklungen im internationalen System reagiert und ihre Forderungen und Resolutionen den gegebenen Realitäten angepasst hatte. Dies implizierte aber, dass die seit 1924 eingeleitete Phase der internationalen Entspannung zwar mit sozialistischer Beteiligung eingeleitet wurde, jedoch nur bedingt eine genuin »sozialdemokratische« oder »so-

²³³ Ebd.

²³⁴ G. NIEDHART, Geschichte Englands im 19. und 20. Jahrhundert, ³2004, S. 156 f.

²³⁵ R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008, S. 447.

²³⁶ Eine ausführliche Darstellung der Resolution findet sich in: LHASC, LSI, Exekutivkomitee, Paris, 9./10. 5. 1925, LSI/19/1.

²³⁷ Ebd.

zialistische« Handschrift trug²³⁸ – was, par conséquence, ebenfalls ein Widerspruch zu den Thesen Blackwoods markiert.

Wie Ralph Blessing in seiner Dissertation zur »Modernisierung der Außenpolitik« in den Jahren 1923–29 notiert, waren es vor allem die Einflüsse des »liberalen Modells« auf das internationale System, die einen Modernisierungsschub überhaupt erst ermöglichten. Hierzu zählte er an vorderster Stelle das Friedensmodell von W. Wilson – und hier vor allem die Punkte »Herbeiführung eines gerechten Friedens«, »Demokratisierung der Nationalstaaten«, »Selbstbestimmungsrecht der Völker«, »Ende der Geheimdiplomatie«, »Friedenssicherung durch Durchsetzung des Freihandels«, »Regelung aller Konflikte durch den Völkerbund«,²³⁹

Die aufgezählten Punkte, die in den Folgejahren dem Idealbild einer internationalen Staatengemeinschaft entsprachen, wurden von der Sozialistischen Arbeiterinternationale in großen Teilen übernommen und in die außenpolitische Doktrin integriert, deren Zustandekommen einen fortwährend komplizierten Diskussionsprozess voraussetzte. Faktisch lässt sich bereits anhand der Positionen der beiden wichtigsten Befürworter des Sicherheitspaktes – SPD und SFIO – feststellen, dass die außenpolitische »Haltung« des Parteiendreiecks stets volatil war und neu verhandelt werden musste. Zwar sprachen sich beide Parteien für den Pakt aus, allerdings aus höchst unterschiedlichen Beweggründen: Während die SFIO Locarno vorrangig danach bewertete, ob der Frieden in Europa sicherer gemacht werden konnte und die Bedürfnisse des französischen Nationalstaates damit »saturiert« werden würden, hatte die deutsche Sozialdemokratie wesentlich komplexere Bedürfnisse. Mit dem Sicherheitspakt verband die SPD vor allem die Hoffnung, Deutschland aus seiner isolierten Stellung im internationalen System zu befreien und zur Gleichberechtigung führen zu können, die in Versailles nicht erfolgt war. Nationale Beweggründe standen also besonders stark im Fokus, was sich – wie bereits beschrieben – unter anderem an der engen Zusammenarbeit zwischen SPD und Auswärtigem Amt manifestierte.²⁴⁰

Unter diesen Umständen überrascht es nicht, dass sich sozialistische Mittlerpersonen wie Breitscheid, Blum oder Hilferding weniger an eigenen Prämissen oder denen ihrer Partei orientierten, sondern vielmehr an den gegebenen außenpolitischen Realitäten. Hilferdings realistischer Pazifismusbegriff war ein gangbarer Versuch, eben diesen Anpassungsprozess auch auf theoretischer Ebene zu fassen. Im Vorfeld des Marseiller Kongresses hatte die SAI kein hinreichend akzeptiertes außenpoliti-

²³⁸ Diese Analyse folgt der These Horst Lademachers, der die Außenpolitik der SAI als »Kopie« der Wilsonschen (Friedens-)Politik zeichnet: »Die Parteien der Internationale stellten keine eigene friedenspolitische Konzeption vor, sondern übernahmen einen Vorschlag aus der ›großen Politik‹, der etwa den Vorstellungen der russischen Februarrevolutionäre am nächsten kam. Das heißt aber auch: Indem die Internationale die Wilsonschen Punkte als Leitlinie künftiger Friedensordnungen rezipierte, verzichtete sie auf eine eigene außenpolitische Analyse.« H. LADEMACHER, Kosmopolitismus, Solidarität und Nation; in: F. VAN HOTHOOEN / M. VAN DER LINDEN (Hrsg.), *Internationalism in the Labour Movement, 1830–1940*, Bd. 2, 1988, S. 371–391; hier: S. 383.

²³⁹ R. BLESSING, *Der mögliche Frieden*, 2008, S. 16.

²⁴⁰ Hierzu: U. HOCHSCHILD, *Sozialdemokratie und Völkerbund*, 1980, S. 141f.

sches Programm, was am Beispiel der Debatte über den Sicherheitspakt allzu deutlich wurde. Insofern besaß Hilferdings programmatischer Vorstoß fast schon die Funktion eines Versuchsballons, der dieses Dilemma beheben und der internationalen Arbeiterschaft suggerieren sollte, die SAI verfüge nunmehr über einen fixen außenpolitischen Plan. Indes konnten die transnationalen Mittlerfiguren den bestehenden Annäherungsprozess auf zwischenstaatlicher Ebene allenfalls forcieren – letztlich waren sie auf Mitspieler, insbesondere in den Auswärtigen Ämtern, weiterhin angewiesen. Die Fragilität dieser Strategie lag auf der Hand, da der Modernisierungsprozess der internationalen Politik (Herausbilden eines Systems kollektiver Sicherheit, Schiedsverträge, Kriegsächtung, Anstieg der Verständigungsbereitschaft) zu keinem Zeitpunkt unumkehrbar blieb und nur eine Option von vielen darstellte. Zugespitzt formuliert war das Verfolgen einer »modernen« Außenpolitik keineswegs das Ziel der beteiligten Nationalstaaten, sondern nur eine Methode zum Erreichen anderer Ziele – zum Beispiel der Revision des Versailler Vertrages.²⁴¹ Folglich stand auch die Außenpolitik des Parteidreiecks, die sich von einer Fortführung der »Locarno-Politik« abhängig machte, auf tönernen Füßen.

2.2.8. *Vorschlag der ILP: Annäherung an die Kommunistische Internationale*

Wie sehr die SAI-Mehrheit Gefallen an dem dezidiert reformistischen Kurs gefunden hatte, wird an dem Vorstoß des ILP-Delegierten Fenner Brockway deutlich, der im Februar 1926 den Vorschlag unterbreitete, eine gemeinsame Konferenz mit der Kommunistischen Internationale abzuhalten. Ziel solle es dabei sein, eine »all-inclusive-International« zu gründen, gemeinsam mit den Kommunisten.²⁴²

Die Reaktion der SAI, vor allem aber der Labour Party, auf diesen Vorschlag war geradezu vernichtend: Arthur Henderson merkte stellvertretend für die britische Arbeiterpartei an, dass die ILP mit ihrem Anliegen gegen sämtliche Parteibeschlüsse der letzten Jahre verstoße – insbesondere gegen den auf dem Parteitag in Liverpool gefassten Vorsatz, die Kommunistische Partei aus den Reihen der britischen Arbeiterpartei auszuschließen.²⁴³ Abgesehen davon hätte die ILP in Marseille ausreichend

²⁴¹ Wie R. Blessing und H. Hagspiel treffend formulieren, gestaltete sich der Modernisierungsprozesses der Außenpolitik äußerst schleppend. Sowohl im außenwirtschaftlichen Bereich, als auch auf politischer, kultureller und zivilgesellschaftlicher Ebene stand stets der jeweilige nationale Standpunkt im Vordergrund und äußerst selten eine dezidiert »multinationale« Zielsetzung sowie das Verfolgen einer Annäherungs- und Verständigungspolitik. Die Modernisierung der Außenpolitik in den Jahren 1923–29 war also nur bedingt das Ziel der jeweiligen Staaten, sondern vielmehr eine Methode zum Erreichen anderer Ziele wie z.B. die Durchsetzung von Revisions- oder Requisitionsforderungen. Vgl. R. BLESSING, *Der mögliche Frieden*, 2008, S. 446 f.; H. HAGSPIEL, *Die Auffassung und die Benützung von Konzepten der »neuen Diplomatie« in der deutsch-französischen Verständigungspolitik (1924–1928)*; in: J. BARIÉTY / A. FLEURY, *Mouvements et initiatives de paix dans la politique internationale*, 1987, S. 335–353; hier: S. 351.

²⁴² LHASC, LSI, Treffen der britischen Sektion des Exekutivkomitees, 17. 2. 1926, LSI/14/21/1.

²⁴³ IISG, SAI, Moskau und die unabhängige Arbeiterpartei, Arthur Henderson, Februar 1926, IISG/SAI/234/1.

Gelegenheit gehabt, ihr Anliegen vor der »höchsten Instanz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale« – dem Kongress – vorzubringen. Genau das sei aber nicht passiert, weshalb der Vorschlag der Unabhängigen nicht ernst genommen werden könne. Darüber hinaus verwies Henderson auf die bisherigen Beziehungen zwischen KI und SAI: »Die Idee, die sozialistischen und die kommunistischen Arbeiterparteien in einer Internationale zusammenzufassen, ist nicht neu. Sie wurde auch in der Kommunistischen Internationale im Jahre 1922 erörtert, und wurde durch diese offiziell als »utopisch und schändlich« abgewiesen.« Damit gäbe es, so Henderson, nicht den geringsten Grund, eine gemeinsame Konferenz mit den Kommunisten abzuhalten.²⁴⁴

In diesem Sinne äußerte sich auch die SAI-Exekutive in einer umfangreichen Stellungnahme. Zu Beginn des Schreibens wurde vermerkt, dass »die Frage der praktischen Durchführbarkeit dieses Vorschlags der ILP« bereits zuvor durch die KI entschieden worden sei, indem die Kommunisten die Forderung der britischen Unabhängigen höchst polemisch kommentiert hätten.²⁴⁵ Ergo stelle die Einheit der Arbeiterklasse zum gegebenen Zeitpunkt nichts weiter als eine Illusion dar; eine mögliche Aktionseinheit zwischen SAI und KI würde eine Schwächung und keine Stärkung der internationalen Arbeiterschaft hervorrufen. Das Statement der SAI war an Deutlichkeit kaum zu überbieten: Die übereinstimmende Auffassung der Exekutive lautete, dass eine gemeinsame Aktionseinheit mit der Kommunistischen Internationale grundsätzlich abgelehnt werden müsse.²⁴⁶ Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass zum Abschluss des Schreibens fast schon obligatorisch bemerkt wurde, dass eine »allumfassende Internationale theoretisch gesprochen weiterhin wünschenswert sei: »Aber die stärkste Bürgschaft, daß dem entsetzlichen Kräfteverbrauch der Arbeiterklasse, der in den Spaltungen begründet ist, Einhalt getan wird, liegt in dem stetigen und unbeirraren Fortschritt des Aufbaus der sozialistischen Arbeiterinternationale. Je kräftiger sie wird, umso näher ist der Tag, wo das Weltproletariat wieder vereinigt sein wird in einer allumfassenden Internationale.«²⁴⁷ Zum gegebenen Zeitpunkt besaß diese zukunftsgerichtete, fast schon utopisch anmutende »Vision« einer geeinten Arbeiterklasse allerdings keinerlei Gültigkeit, wie aus dem Memorandum allzu deutlich hervorging.

Im Vorfeld der Exekutivsitzung war F. Brockway mit der Bitte an Adler herangetreten, den Beschluss der Labour Party, die das Gesuch der ILP wie bereits darge-

²⁴⁴ Ebd.

²⁴⁵ Adler bemerkte hierzu, dass der Vorschlag der ILP in der »Prawda« mit Hohn und Spott überzogen worden sei – was bereits als Antwort ausreiche, um die Meinung der KI ausreichend einschätzen zu können. IISG, SAI, Rundschreiben von F. Adler, 11. 3. 1925, IISG/SAI/235/1.

²⁴⁶ Hintergrund für den Vorstoß der ILP war unter anderem der Vorschlag der Komintern, eine gemeinsame Kampagne zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter zu organisieren. Zuvor war in Großbritannien der erste Generalstreik in der Geschichte des Landes ausgebrochen, weil den Bergarbeitern einschneidende Lohnsenkungen angedroht wurden. Dies nahm die Komintern zum Anlass, eine Aktionseinheit mit der SAI respektive der britischen Arbeiterpartei in dieser Frage anzustreben. Hierzu: W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 78 ff.

²⁴⁷ IISG, SAI, Rundschreiben von F. Adler, 11. 3. 1925, IISG/SAI/235/1.

legt rigoros ablehnte, von der SAI kommentieren zu lassen.²⁴⁸ Anstatt allerdings den britischen Unabhängigen Recht zu geben, wurde das Anliegen der ILP final von der SAI-Exekutive zurückgewiesen, mit 247 zu 2 Stimmen.²⁴⁹ Damit wurde der Labour Party also Recht gegeben, die sich mit Händen und Füßen gegen die aufbegehrenden Unabhängigen im eigenen Lager zur Wehr setzte. Grundsätzlich wurde die ablehnende Haltung der SAI gegenüber einer möglichen Einheitsfront in den Folgejahren beibehalten, weshalb der Beschluss der SAI-Exekutive vom April 1926 paradigmatisch für die antikommunistische Haltung der Arbeiterinternationale steht, die sowohl von der britischen als auch von der deutschen und französischen Arbeiterpartei bis 1933 beibehalten wurde.²⁵⁰

Nicht zuletzt deshalb war der Marseiller Kongress 1925 der Ursprung für eine enge transnationale Zusammenarbeit des linken Flügels – vor allem zwischen ILP und SPD –, der sich mit dem erneut bekräftigten Bekenntnis zum Reformismus schwer tat. Das implizite Plädoyer des Ex-Marxisten Hilferding für eine enge Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien in außenpolitischen Fragen sowie die ablehnende Haltung der SAI gegenüber Sowjetrußland waren für innerparteiliche »Dissidenten« wie Brockway, Jowett, Seydewitz, Rosenfeld oder Levi Anlass genug, die Kontakte untereinander zu forcieren und die Schaffung eines linken SAI-Flügels anzuberaumen.²⁵¹ Diese Entwicklung steht letztlich beispielhaft dafür, dass Hilferdings »realistischer Pazifismus« innerhalb der SAI mehrheitsfähig, aber alles andere als unumstritten war, da diese Entwicklung einherging mit einem positiven Bezug auf das kapitalistische System insgesamt.

2.2.9. *Parteiendreieck und Völkerbund: Deutschlands Aufnahme in den Genfer Bund und der »Fall« Paul-Boncour, 1926*

Nach der Annahme der Verträge von Locarno im deutschen Reichstag beschloss die Regierung Luther / Stresemann im Februar 1926, Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund zu beantragen.²⁵² Die deutsche Sozialdemokratie bemerkte hierzu, dass es zwar sehr bedauerlich sei, dass dieser Schritt nicht bereits einige Jahre zuvor erfolgt sei, erklärte sich jedoch mit dem Vorschlag der Reichsregierung selbstredend einverstanden.²⁵³

Die Schwesterparteien der deutschen Arbeiterpartei, SFIO und Labour Party, hatten sich bereits in den vergangenen Jahren äußerst positiv hinsichtlich einer Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund geäußert und hielten de facto seit der Grün-

²⁴⁸ IISG, SAI, Brockway an Adler, 26. 2. 1926, IISG/SAI/1701/11.

²⁴⁹ IISG, SAI, Stellungnahme der SAI-Exekutive, 11. 4. 1925, IISG/SAI/239/1.

²⁵⁰ Hierzu: W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 80–87.

²⁵¹ Vgl. S. BERGER, Ungleiche Schwestern?, 1997, S. 270; W. BUSCHAK, Das Londoner Büro, 1985, S. 30–65.

²⁵² Hierzu: H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, 1998, S. 310.

²⁵³ Vgl. U. HOCHSCHILD, Sozialdemokratie und Völkerbund, 1980, S. 205.

dung der SAI im Jahre 1923 an dieser Haltung fest.²⁵⁴ Während die Labour Party bereits in den unmittelbaren Nachkriegsjahren eine überwiegend positive Haltung gegenüber dem Völkerbund vertreten hatte und eine Aufnahme Deutschlands unbedingt nahe legte,²⁵⁵ tat sich die französische Partei wesentlich schwerer mit dem Genfer Bund und stigmatisierte ihn als ineffizient und imperialistisch. Die Negativfolie der SFIO änderte sich erst gegen Ende des Ruhrkonfliktes zwischen 1923 und 1924, als die bisherigen Gegner des Völkerbundes um Jean Longuet, Pressemane und Paul Faure ihre Haltung revidierten und im Folgenden die Auffassung vertraten, dass die immerzu präsente Kriegsgefahr nur durch eine stärker werdende Arbeiterbewegung und mit Hilfe einer supranationalen Organisation eingedämmt werden könnte.²⁵⁶ Hintergrund für diesen Paradigmenwechsel war der sich abzeichnende Popularitätsverlust des bloc national sowie der Sieg des Linkskartells im Jahre 1924, was mit einer steigenden Machtperspektive der SFIO einherging. Grundsätzlich wurde die internationale Lage seit dem Hamburger Kongress der SAI (1923) deutlich positiver beurteilt – eine Entwicklung, an der die französische Arbeiterpartei, nach Ansicht Léon Blums, maßgeblichen Anteil hatte, insbesondere durch die Umsetzung des Dawes-Plans, des Genfer Protokolls sowie der Locarno-Verträge.²⁵⁷ Ziel der SFIO war es fortan, einen universalen und demokratischen Völkerbund zu schaffen, weshalb die Partei, allen voran Léon Blum, ebenfalls auf einen deutschen Beitritt drängte.²⁵⁸

Unter diesen Umständen vermag es kaum zu verwundern, dass auch die SAI in ihren Stellungnahmen und Resolutionen ein besonderes Gewicht auf die Aufnahme Deutschlands in den Genfer Bund legte.²⁵⁹ Zwar kritisierte die SAI nach wie vor, dass der Völkerbund »unvollständig« sei, da ihm weder die USA noch die UdSSR angehörten, jedoch wurde, als die Aufnahme Deutschlands im September 1926 erfolgt war, zumindest eingeräumt, dass der Genfer Bund kein »Werkzeug des Entente-Kapitalismus« mehr sei.²⁶⁰ Insofern wandelte sich das Verhältnis der SAI zum Völkerbund grundlegend und die 1925 in Marseille beschlossene Hinwendung zu einer reformistischen Friedenspolitik verstärkte diese Entwicklung zusätzlich.

²⁵⁴ IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, Dossier betr. die von der SAI einberufene Konferenz der sozialistischen Parteien Belgiens, Deutschlands und Frankreichs und der Labour Party über die Ruhrbesatzung, Easton Lodge, 22 Juli 1923, IISG/SAI/Vierparteienkonferenz/854.

²⁵⁵ Hierzu: Labour Party General Election Manifestos, S. 16; H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 70; vgl. auch: Kapitel 3.2.1.

²⁵⁶ Hierzu siehe auch die Notizen der französischen Polizei hinsichtlich der positiver werdenden Haltung der SFIO gegenüber dem Völkerbund. A.N. Paris, *Ligue des droits de l'homme* Polizeibericht, März-Juli 1923, F7/12884.

²⁵⁷ Vgl. G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 310.

²⁵⁸ Vgl. U. HOCHSCHILD, *Sozialdemokratie und Völkerbund*, 1980, S. 174 f.

²⁵⁹ P. KIRCHEISEN, *Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Versuch einer reformistischen Friedenspolitik*, 1978, S. 14 f.

²⁶⁰ Hierzu: Dritter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Brüssel, 5.–11. Aug. 1928, 1974, Bd. 1, S. 65 f.

Problematisch war indes, dass der Völkerbund auch mit sozialistischer Beteiligung nicht etwa zu einem »Völkerbund der Völker« mutierte, sondern stattdessen auf dem Status quo verharrte. Tatsächlich konnten die von linken Regierungen entsandten Vertreter den Völkerbund nur bedingt »im Sinne des Sozialismus« beeinflussen.

Ein prominentes Beispiel hierfür war der »Fall Paul-Boncour«, der innerhalb der SAI für großes Aufsehen sorgte:²⁶¹ Nach dem Sieg des Linkskartells in Frankreich 1924 forderte die SFIO die Entsendung eines Sozialisten in die französische Völkerbundsdelegation. Nachdem sowohl Léon Blum als auch Pierre Renaudel, die sich zu diesem Zeitpunkt die Meinungsführerschaft innerhalb der Partei teilten, ein solches Mandat abgelehnt hatten, wurde Joseph Paul-Boncour im Mai 1924 von der Kammerfraktion sowie der CAP der SFIO einstimmig als Delegierter vorgeschlagen. Bei der Nominierung hatten sich selbst Kritiker des Völkerbundes wie etwa Jean Longuet oder Pressemane zurückgehalten, nur Jean Zyromski und die Parteilinke übten Kritik an der Entscheidung der SFIO.²⁶² Grundsätzlich wurde die Nominierung Paul-Boncours, der dem rechten Flügel der Partei angehörte, also begrüßt.

Solange die französische Partei die Regierung unterstützte, gab es de facto keinerlei Schwierigkeiten mit der Präsenz Paul-Boncours im Völkerbund. Erst als SFIO in die Opposition zurückkehrte, kam es zum Konflikt, da ein Sozialist die »antisozialistische Politik« der Regierung Poincaré, die sich seit Juli 1926 im Amt befand, unterstützen musste. Auf Antrag Léon Blums beschloss das CAP deshalb, in Zukunft ständig prüfen zu dürfen, ob die Zustimmung zur Ernennung Paul-Boncours weiter aufrechterhalten werden könne. Ergo wollte sich das oberste Parteigremium das Recht herausnehmen, Paul-Boncour die Zustimmung zu verweigern, sofern dies für nötig gehalten wurde. Eine finale Entscheidung könne allerdings nur die SAI treffen, so das Fazit der »Commission administrative permanente«.²⁶³

Innerhalb der SAI wurde der Fall Paul-Boncour ebenfalls als großes Problem wahrgenommen: Wie Otto Bauer in der Exekutivsitzung vom 15. Mai 1926 deutlich machte, stünden die jüngsten Reden und Beschlüsse Paul-Boncours im Widerspruch zur offiziellen Politik der SAI, was als Ärgernis empfunden wurde.²⁶⁴ Friedrich Adler sah sich deshalb zu der Aussage genötigt, man müsse grundsätzlich zwischen zwei Kategorien von sozialistischen Delegierten unterscheiden: Denjenigen, die eine sozialistische Regierung vertreten würden und jenen, die eine bürgerliche Regierung

²⁶¹ U. HOCHSCHILD, Sozialdemokratie und Völkerbund, 1980, S. 177; P. KIRCHSEIN, Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Versuch einer reformistischen Friedenspolitik, 1978, S. 14; W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 95f.

²⁶² U. HOCHSCHILD, Sozialdemokratie und Völkerbund, 1980, S. 177.

²⁶³ Vgl. G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 312.

²⁶⁴ Vgl. P. KIRCHSEIN, Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Versuch einer reformistischen Friedenspolitik, 1978, S. 15. Beispielsweise hatte sich die SAI für die Demokratisierung des Völkerbundes eingesetzt (April 1926), während Paul-Boncour die Auffassung vertrat (Mai 1926), dass die Großmächte einen ständigen Ratssitz bekommen müssten. IISG, SAI, Paul Boncour und der Völkerbund, Brief der SAI Exekutive, 15. 5. 1926, IISG/SAI/Paul-Boncour/249/34.

unterstützen.²⁶⁵ Abschließend forderte die SAI eine Stellungnahme der SFIO zum Fall Paul-Boncour.

Das Antwortschreiben der SFIO wurde am 17. Juli 1926 von Jean Baptiste Sévéric verfasst, nach dem Parteitag von Clermont-Ferrand. Teil des Schreibens war eine gekürzte Stellungnahme Paul-Boncours, in der Letztgenannter deutlich machte, dass er stets »volle Handlungsfreiheit« von Briand erhalten habe und sich seine Ratschläge und Entscheidungen keineswegs dem Verdikt einer bürgerlichen Regierung unterworfen hätten.²⁶⁶ Sévéric machte deutlich, dass sich der Parteivorstand mit der Stellungnahme Paul-Boncours befasst und darauf aufbauend beschlossen hätte, dass das vorliegende Problem nur durch den erweiterten Parteivorstand, der sich morgen in Paris treffen werde, besprochen werden könne.²⁶⁷

Schlussendlich wurde vom erweiterten Parteivorstand beschlossen, *»daß die Frage auf internationaler Grundlage durch die Exekutive der SAI gelöst werden soll. Weiters hat er beschlossen, daß die Delegierten der Sozialistischen Partei Frankreichs in der Exekutive sich gegen die Annahme einer Delegation zum Völkerbund durch einen Sozialisten aussprechen sollen, wenn diese von einer bürgerlichen Regierung ausgeht.«*²⁶⁸ Anders formuliert wurde eine endgültige Entscheidung über die Frage der Völkerbundvertretung also an die SAI abgewälzt.²⁶⁹

Allerdings weigerte sich die SAI, der Bitte der SFIO nachzukommen: So beschloss das Exekutivkomitee der SAI in einer äußerst schwachen Resolution, dass eine endgültige Entscheidung in der Frage der Völkerbundvertretung den nationalen Parteien selbst überlassen bleiben musste. Damit wurde der »Schwarze Peter« also an die jeweiligen Länderfraktionen zurückgegeben, die künftig souverän entscheiden sollten.²⁷⁰ Die Entscheidung des Exekutivkomitees überrascht insofern, als die SAI

²⁶⁵ IISG, SAI, Paul Boncour und der Völkerbund, Brief der SFIO, 17.7.1926, IISG/SAI/Paul-Boncour/249/38.

²⁶⁶ Ebd.

²⁶⁷ Einige Tage zuvor (am 5. Juli) hatte Adler einen persönlichen Brief an Sévéric verfasst und darin konstatiert, dass es für ihn vollkommen irrelevant sei, ob sich Paul-Boncour mit den Beschlüssen der SFIO in Einklang befinde. Viel entscheidender sei die Frage, ob er sich im Sinne der SAI äußere. *»Und daß seine Rede in Polen, die eine Verherrlichung des polnischen Militarismus war, und Sowjet-Russland Liebe zum Völkerbund durch die Drohung mit polnischen Soldaten einprägen will, in scharfen Gegensatz zur Politik der SAI, wie sie in den Resolutionen der Kongresse von Hamburg und Marseille niedergelegt ist, steht, braucht keine weiteren Erörterungen.«* Abschließend machte Adler indes deutlich, dass dies nur seine persönlichen Ansichten seien und nicht die der SAI. In Polen hatte Paul-Boncour zuvor den polnischen Militarismus mit den Worten »es lebe Marschall Pilsudski« verherrlicht. Pilsudski war zuvor von Arthur Henderson als »Militärdiktator« oder »Unzurechnungsfähiger« beschimpft worden. IISG, SAI, Paul Boncour und der Völkerbund, Brief von F. Adler, 5.7.1926, IISG/SAI/Paul-Boncour/249/40.

²⁶⁸ IISG, SAI, Paul Boncour und der Völkerbund, Brief der SFIO, 19.7.1926, IISG/SAI/Paul-Boncour/249/41.

²⁶⁹ Eine Zusammenfassung der bisherigen Briefwechsel wurde am 21. Juli 1926 von F. Adler an die Parteien der SAI versendet. IISG, SAI, Paul Boncour und der Völkerbund, Brief von F. Adler, 21.7.1926, IISG/SAI/Paul-Boncour/249/42.

²⁷⁰ IISG, SAI, Sitzung des Exekutivkomitees, 28./29. August 1926, IISG/SAI/Exekutivkomitee/245/14.

demzufolge freiwillig darauf verzichtete, den jeweiligen Länderparteien eine einheitliche Haltung aufzuerlegen. Hintergrund für diesen Verzicht war ein vorheriger Streit zwischen den französischen Delegierten auf der einen und den britischen und skandinavischen Delegierten auf der anderen Seite: Die dänischen und schwedischen Sozialdemokraten hatten die SAI informiert, dass sie den französischen Standpunkt ablehnen und überdies die Kompetenz der SAI, auf diesem Gebiet international bindende Beschlüsse zu fassen, nicht anerkennen würden. Dieser Argumentation konnte sich die SAI nicht verschließen, weshalb am 27. 8. 1926 eine erneute »Gummiresolution« veröffentlicht wurde: »*Dort, wo rein sozialistische Regierungen bestanden oder bestehen, wie früher in England und Schweden und gegenwärtig in Dänemark, hat sich als vollständig selbstverständlich ergeben, daß die sozialistischen Regierungen ihre sozialistischen Vertreter nach Genf entsenden.*«²⁷¹ Schlussendlich enthielt sich die SAI-Exekutive eines klaren Urteils.

Innerhalb der französischen Partei wurde der Konflikt zwischen Befürwortern und Gegner einer ständigen Völkerbundsvertretung niemals ganz überwunden. Der rechte Flügel um Grumbach und Emile Kahn verteidigte den Völkerbund, da er ihn für perfektibel hielt – und selbst Léon Blum sah keinen gravierenden Konflikt zwischen einem »sozialistischen Völkerbundesdelegierten« und der »sozialistischen Doktrin« per se. Hingegen monierte der linke Flügel um Bracke und Zyromski weiterhin, dass ein Sozialist, der für eine bürgerliche Regierung im Völkerbund tätig werde, fast schon zwangsläufig eine imperialistische Politik vertreten müsse.²⁷² In den Folgejahren blieb das Thema weiterhin aktuell – bis Paul-Boncour schließlich von der SFIO dazu aufgefordert wurde, seinen Posten als ständiger Vertreter Frankreichs im Völkerbund aufzugeben, was dazu führte, dass er im Jahre 1931 den Entschluss fasste, seine Partei zu verlassen.

Der Fall Paul-Boncour kann nicht losgelöst von der innerfranzösischen Debatte über das Für und Wider einer sozialistischen Regierungsbeteiligung betrachtet werden: Seit Januar 1926 war Léon Blum diesbezüglich um eine grundsätzliche Klärung bemüht, weshalb er auf dem außerordentlichen Parteitag in Paris seine berühmte Unterscheidung zwischen »conquête de pouvoir« und »exercice de pouvoir« präsentierte.²⁷³ Ersteres bezeichnete den revolutionären Akt der Machteroberung, Letzteres die Ausübung der Macht im parlamentarischen System, die für Sozialisten nur in Ausnahmefällen – Krieg, Bedrohung der Demokratie – vertretbar sei. Im Hinblick

²⁷¹ IISG, SAI, Der Völkerbund und die sozialistische Arbeiterinternationale, 27. 8. 1926, IISG/SAI/249/1.

²⁷² Vgl. G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 312.

²⁷³ Hierzu: L. BLUM, Le Parti Socialiste et la participation ministérielle; in: DERS. (Hrsg.), Le Parti Socialiste et la participation ministérielle, 1926, S. 3–33; hierzu auch: G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 331 ff.; A. BERGOUNIOUX, L'évolution doctrinale du socialisme français dans l'entre-deux-guerres; in: E. COLOTTI (Hrsg.), L'Internazionale operaia e socialista tra le due guerre, 1983/84, S. 1157–80; H. A. WINKLER, Klassenkampf versus Koalition; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 17, 1991, S. 183–219; hier: S. 188.

auf die Frage der Regierungsbeteiligung kam Blum zu dem Schluss, dass in Frankreich nur eine Koalition mit der bürgerlich-progressiven radikalsozialistischen Partei denkbar sei, in Form der bereits praktizierten Unterstützungspolitik, womit der programmatische Vordenker der SFIO die voneinander divergierenden Parteiströmungen erfolgreich integrieren und die Kontroverse um die Partizipation vorerst beenden konnte.²⁷⁴ Wie H. A. Winkler zurecht bemerkt, ging damit ein Verlust an Machtoptionen einher, der allerdings in Frankreich zu verschmerzen war, da sich die Situation grundlegend von der Lage unterschied, in der sich insbesondere die deutsche Sozialdemokratie befand: Die von der SFIO praktizierte »Politik der Diagonale« hatte keinerlei Folgen für den Fortbestand des Regierungssystems, da ein Versagen der Regierungsbeteiligung/Regierungsunterstützung durch die Sozialisten – anders als in Deutschland – keine systemdestabilisierenden Folgen gehabt hätte.²⁷⁵ Auch hatte dieser aufgrund innerparteilichen Querelen entstehende Konflikt um die Frage der Regierungsbeteiligung kaum Folgen für den außenpolitischen Kurs der Partei: Wie im folgenden Kapitel noch zu zeigen sein wird, setzte die SFIO-Führung ihren »Locarno-Kurs« fort und agierte weiterhin »gouvernemental« im Sinne der Stabilisierung des internationalen Systems, insbesondere in Zusammenarbeit mit der SPD.

Insgesamt muss betont werden, dass der Völkerbund mehr und mehr zur Hauptform der reformistischen Friedenspolitik der SAI wurde. Dies manifestierte sich deutlich anhand der Unterstützung für den deutschen Beitritt durch die französischen und englischen Sozialisten.²⁷⁶ Der Fall Paul-Boncour stellte in diesem Kontext zwar zunächst einen Rückschritt dar, jedoch kann hier zu keinem Zeitpunkt von einer »Revision« des eingeschlagenen reformistischen Kurses gesprochen werden. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass die »gouvernementale« Außenpolitik der SFIO, die dem innenpolitischen Schlingerkurs entgegengesetzt war, mit der Anprangerung Paul-Boncours kaschiert werden sollte.

Weitreichende Folgen hatte der »Fall« Paul-Boncour ohnehin nicht: Die SAI-Exekutive hatte in einer neuen »Gummiresolution« den Beschluss gefasst, jede Partei souverän entscheiden zu lassen, um dadurch einen internen Konflikt zwischen den einzelnen Sektionen zu umgehen. Damit war die unmittelbare Beteiligung von Sozialdemokraten in den Institutionen des Völkerbundes legitimiert worden – was eine sinnvolle und letztlich nötige Ergänzung zum bereits eingeschlagenen außenpolitischen Kurs im Zuge der »Locarno«-Politik darstellte.

²⁷⁴ Vgl. G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 331ff.

²⁷⁵ H. A. WINKLER, Klassenkampf versus Koalition; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 17, 1991, S. 183–219; hier: S. 188.

²⁷⁶ Vgl. P. KIRCHEISEN, Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Versuch einer reformistischen Friedenspolitik, 1978, S. 14.

2.3. *Resümee: Beitrag des Parteiendreiecks zur Modernisierung des internationalen Systems*

Aus den Ausführungen geht hervor, dass die sozialistischen Mittlerpersönlichkeiten einen wichtigen Beitrag zum zwischenstaatlichen Annäherungsprozess – und daran anknüpfend: der Modernisierung des internationalen Staatensystems – geleistet haben. Voraussetzung hierfür waren die Regierungswechsel in Großbritannien und Frankreich, die einen außenpolitischen Klimawechsel nachhaltig begünstigten.

Wie die Tagebücher des Kosmopoliten Harry Graf Kessler beispielhaft deutlich machen, konnten die transnationalen sozialistischen Akteure bei ihrer Vermittlungsarbeit auf ein hervorragendes Netzwerk zurückgreifen, in dem die Parteizugehörigkeit per se keine große Rolle spielte. So trafen sich Breitscheid und Hilferding während ihrer Zeit in Frankreich nicht nur mit SFIO-Politikern wie Blum, Auriol, Grumbach oder Renaudel, sondern auch mit einflussreichen französischen Politikern wie Herriot oder Loucheur.²⁷⁷ Gleichmaßen wurden dem deutschen Kanzler Marx von Kessler wichtige und einflussreiche Persönlichkeiten in London vorgestellt bzw. empfohlen, hierunter auch MacDonald oder Snowden.²⁷⁸ Aus den Akten des »Foreign Office« kann wiederum gefolgert werden, dass Léon Blum regelmäßigen Kontakt zum britischen Botschafter in Paris, Phipps, pflegte,²⁷⁹ so wie sich im Allgemeinen ein immer enger werdender Austausch zwischen führenden Sozialisten und einflussreichen Diplomaten feststellen lässt.²⁸⁰

Andererseits weist Jürgen Mittag²⁸¹ nicht zu Unrecht darauf hin, dass insbesondere die Außenpolitik der SPD kaum über eine Unterstützung der Außenpolitik Stresemanns hinausgereicht hätte,²⁸² was letztlich beispielhaft dafür stehe, dass die Partei nicht dazu in der Lage gewesen sei, ein »europapolitisches Programm« zu entwickeln. Zu fragen ist allerdings an dieser Stelle, wie dieses »Programm« ausgesehen hätte, geschweige denn ob es in der politischen Praxis überhaupt durchführbar gewesen wäre. Zugespitzt formuliert zeigen bereits die zahlreichen Konflikte zwischen SPD, SFIO, Labour Party sowie zwischen Berlin, Paris, London über den deutsch-französischen Sicherheitspakt beispielhaft auf, dass eine Unterstützung des Modernisierungsprozesses mittels einer informellen Diplomatie, im Windschatten von Stresemann und Briand, alternativlos war. Natürlich ist dem Ministerialdirektor

²⁷⁷ H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 5. 9. 1924, Bd. 8, S. 425 f.

²⁷⁸ Ebd., Eintrag vom 3. 8. 1924, S. 382 ff.

²⁷⁹ Hierzu z. B.: TNA, PRO, Foreign Office, Telegram Mr. Phipps, 25. Juli, TNA/PRO/FO 371/10541.

²⁸⁰ So lassen sich anhand der Akten mehrfach Gespräche zwischen Blum und Hoesch, Hoesch und Breitscheid/Hilferding, Breitscheid und Sthamer, MacDonald und Sthamer Blum und Phipps nachzeichnen.

²⁸¹ J. MITTAG, Sozialdemokratische Parteienkooperation, 2008, S. 1–21; hier: S. 7; im Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/06100.pdf> [zuletzt abgerufen am 1. 6. 2013].

²⁸² Ebenfalls kritisch zum »Beitrag« der Sozialisten zur Diplomatie der Zwischenkriegszeit: W. L. BLACKWOOD, German Hegemony and the Socialist International's Place in Interwar European Diplomacy; in: *European History Quarterly*, Bd. 31/1, 2011, S. 101–140; hier: S. 103.

von Schubert zuzustimmen, wenn er konstatiert, dass es für Deutschland weitaus besser sei, wenn eine »Rechtsregierung« internationale Abkommen abschließe, weil sie dann ausnahmsweise auch »daran gebunden sei«.²⁸³ Ein ausgefeiltes »europapolitisches Programm« der SPD respektive der SAI hätte an diesem Umstand aber kaum etwas ändern können, was letztlich als Akklamation für Hilferdings Konzept einer »realistischen Außenpolitik« verstanden werden kann.

3. Weiterentwicklung der kollektiven Sicherheit: Kriegsächtung, Reparations- und Abrüstungsfrage (1926–1929)

Mit dem deutschen Beitritt zum Völkerbund im September 1926 wurde ein großer Schritt hin zur Universalität des Genfer Bundes getan. Dieser verlor endgültig das Stigma, ein bloßes Machtinstrument der Entente-Mächte zu sein, die sich über die im Ersten Weltkrieg unterlegenen Staaten hinwegsetzten. Für die Weiterentwicklung der kollektiven Sicherheitsstrukturen im Genfer Bund war es von entscheidender Bedeutung, die bereits begonnen Ansätze fortzuführen und damit endgültig von der Machtpolitik der Vorkriegszeit Abstand zu nehmen.¹

Ein wesentlicher Bestandteil war hierbei die Abrüstungsfrage.² Das Ideal des Völkerbundes, wie er von Woodrow Wilson erdacht wurde, sollte insbesondere durch die Erfüllung zweier wesentlicher Bedingungen umgesetzt werden: Erstens die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit, zweitens die substantielle Abrüstung der im Zuge des Krieges hochgerüsteten Nationen.³ Bislang waren Verhandlungen diesbezüglich vor allem am französischen Staat gescheitert, der zu allererst das eigene Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen suchte, ehe die Reduktion der eigenen Armee ernsthaft in Betracht gezogen wurde.⁴ Eben deshalb war Locarno ein wichtiger Schritt auch aus Sicht des deutschen Auswärtigen Amtes gewesen, um die Gleichberechtigung Deutschlands unter anderem in der Frage des »Kriegsapparates« zu erreichen.⁵ Hinzugefügt werden muss, dass auch die angelsächsischen Mächte ein vitales Interesse an der Entmilitarisierung hatten, insofern sie wirtschaftliche und

²⁸³ H. GRAF KESSLER, *Das Tagebuch*, Eintrag vom 19. 2. 1925, Bd. 8, S. 592 ff.

¹ Hierzu: R. BLESSING, *Der mögliche Frieden*, 2008, S. 265.

² Vgl. J. F. WRYNN, *The Socialist International and the politics of european reconstruction*, 1976, S. 90; S. FEUCHT, *Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933)*, 1998, S. 419 f.

³ Die Abrüstung nahm in Wilsons 14-Punkte-Plan eine zentrale Stellung ein. Hiernach sollten die Mitglieder des Völkerbundes ihre Truppen sowie den Wehretat reduzieren und etwaige Konflikte schiedsgerichtlich im Rahmen des Völkerbundes klären. Der Völkerbundsrat sollte einen allgemeinen Abrüstungsplan ausarbeiten und dabei den besonderen Bedingungen der jeweiligen Länder (Bevölkerung, Geographie) Rechnung tragen. Hierzu: L. ZIMMERMANN, *Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik*, 1958, S. 441.

⁴ Vgl. R. BLESSING, *Der mögliche Frieden*, 2008, S. 285.

⁵ Vgl. M. SALEWSKI, *Zur deutschen Sicherheitspolitik in der Spätzeit der Weimarer Republik*; in: VfZG, 1974, S. 121–147; hier S. 123 f.

finanzpolitische Ordnungsfaktoren eng mit der Möglichkeit zur Truppenreduzierung verknüpften. Dies führte dazu, dass die Abrüstungsfrage in der Folgezeit ein veritables Element der internationalen Politik darstellte, während sie in der Vergangenheit eher ein Kernbestand pazifistischer Wunschvorstellungen gewesen war.

3.1. *Haltung der SAI sowie des Parteidreiecks zur Abrüstungsfrage*

Der erfolgreiche Abschluss der Locarno-Verträge evozierte einen Perspektivwechsel im Lager der kontinentaleuropäischen Sozialdemokratie: Der »Geist von Locarno« sowie der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wurden beispielsweise im Lager der SPD als Vorboten einer sozialdemokratischen Ära gesehen und dementsprechend euphorisch gefeiert.⁶ Die überschwängliche Beurteilung der Sicherheitsverträge führte zu der Überzeugung, dass die begonnene Politik der Verständigung fortgesetzt werden sollte. In Deutschland erwarteten sich die Sozialdemokraten hiervon einen Beitrag zur Sicherung der Demokratie auf nationaler Ebene – und auf internationaler Ebene die Möglichkeit, eine friedliche Revision des Versailler Vertrages zu erreichen, um dadurch nationalistische Kritiker im Inland in die Schranken verweisen zu können und den eigenen politischen Einfluss zu vermehren.⁷ Auch wenn eine offizielle Unterstützung der deutschen Außenpolitik in Form einer Regierungsbeteiligung aufgrund der massiven Differenzen zwischen dem linken SPD-Flügel und dem rechten Flügel der DVP nicht möglich war, so wurden die außenpolitischen Maßnahmen Stresemanns dennoch im Parlament mitgetragen. In der Zwischenzeit konzentrierte sich die Sozialdemokratie unter diesen Umständen weiterhin auf ihre informelle Diplomatie und versuchte, z. B. mit der Entsendung von Breitscheid in die deutsche Völkerbunddelegation, über Umwege Einfluss auf die deutsche Außenpolitik zu nehmen.⁸ Die Abrüstungsfrage war hierbei ein wesentlicher Bestandteil der Parteidoktrin.

Auch im Lager der SFIO machte sich im Zuge der Modernisierung der Außenpolitik ein vergleichbarer Perspektivwandel bemerkbar: Die Abrüstungsfrage wurde nicht mehr als Diktat des Versailler Vertrages gesehen, sondern vielmehr als Möglichkeit, ein System kollektiver Sicherheit erschaffen zu können.⁹ Wie Léon Blum im August 1925 auf dem Marseiller Kongress der SAI deutlich machte, seien Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit nicht voneinander zu trennen: »*Wir sagen: Sicherheit durch Schiedsgericht und durch Abrüstung. Der Schiedsgerichtsvertrag sichert eine Lösung der Streitfragen und die Entwaffnung ist schon deshalb nötig, weil sie allein die Gewähr bietet, daß die Schiedsgerichtsverhandlungen tatsächlich wirksam werden.*«¹⁰ Diese Formel – eine

⁶ Vgl. H. A. WINKLER, *Der Schein der Normalität*, 1987, S. 256; Vorwärts, 7.10. 1925.

⁷ Vgl. S. FEUCHT, *Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933)*, 1998, S. 428.

⁸ Vgl. H. A. WINKLER, *Der Schein der Normalität*, 1987, S. 259–268.

⁹ Vgl. R. GOMBIN, *Les socialistes et la guerre*, 1970, S. 140.

¹⁰ Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1975, S. 26.

dezenzte Korrektur von Hilferdings »Dreifaltigkeits-Theorem« – wurde von der SAI später übernommen und mit der Forderung nach regionalen Abrüstungsverträgen verbunden.¹¹ In diesem Kontext ist hervorzuheben, dass die SFIO ähnlich wie die SPD eine sehr konkrete, an politischen Sachfragen orientierte Haltung vertrat. Nach Auffassung L. Blums war eine kollektive Abrüstung unabdingbar für Frankreich und Europa: Diese begriff er 1. ... als materielle Voraussetzung für jegliche Sozialreformen auf nationaler Ebene; 2. ... als Grundbedingung, um den Frieden in Europa zu wahren; 3. ... als Möglichkeit für Frankreich, die gewünschte Entmilitarisierung des deutschen Nachbarn vertraglich neu zu fixieren, auf einer gleichberechtigten Basis, im Völkerbund.¹² Ziel war es hierbei, im Zuge einer »Politik der kleinen Schritte« sukzessive Fortschritte zu erzielen, was die Parallelität des SFIO-Ansatzes zur realistischen Außenpolitik Hilferdings nachhaltig deutlich macht.

Demgegenüber war der Pazifismus der Labour Party in der Zeit der relativen Stabilisierung weitaus idealistischer angelegt, als das bei den kontinentaleuropäischen Schwesterparteien der Fall war.¹³ Nachdem deutlich wurde, dass sich das Genfer Protokoll in absehbarer Zeit nicht realisieren lassen würde, legte die britische Parteiführung alles daran, die Abrüstungsfrage entscheidend zu forcieren: Das ACIQ vermerkte hierzu in einer im Juli 1926 stattfindenden Sitzung, dass die Arbeiterpartei die Abrüstungsfrage neu befruchten und im House of Commons unbedingt zur Diskussion stellen müsse.¹⁴ Auf der Jahreskonferenz der Partei in Margate wurden die Arbeiter dazu aufgerufen, ihren Regierungen deutlich zu machen, dass sie im Falle einer Kriegsandrohung umgehend mit der Organisation allgemeinen Widerstands beginnen würden, einschließlich der Verweigerung des Wehrdienstes, der Waffenproduktion, usw.¹⁵ Diese Haltung wurde in einer Sitzung des »International Committee« (Februar 1927), an der auch eher konservative Parteiführer wie Arthur Henderson teilnahmen, bekräftigt und weiter ausgearbeitet.¹⁶ Anders formuliert vertrat die britische Arbeiterpartei nach dem Abschluss der Locarno-Verträge einen nahezu utopischen Pazifismus, der stark an die Position von SPD und SFIO – respektive der Zweiten Internationale – vor 1914 erinnerte. Egon Wertheimer, Auslandskorrespondent des Vorwärts in London, unternahm im Jahre 1929 den Versuch, diese geradezu paradoxe Entwicklung rückwirkend zu erklären. Dabei kam er zu dem Schluss, dass die militärischen Instinkte in Großbritannien im zurückliegenden Jahr-

¹¹ Le Populaire, 30. 9. 1926.

¹² Dieses Drei-Punkte-Programm für Frankreich geht auf einen Artikel L. Blums in der Populaire zurück. Le Populaire, 14./15. 12. 1927.

¹³ P. KIRCHEISEN, Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Versuch einer reformistischen Friedenspolitik, 1978, S. 4.

¹⁴ Die Haltung der britischen Delegierten im Völkerbund sei konstruktiv – aber dennoch verbesserungswürdig. Konkret plädierte das ACIQ dezidiert für weitreichende und unilaterale Abrüstungsmaßnahmen. LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, Juli 1926.

¹⁵ P. KIRCHEISEN, Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Versuch einer reformistischen Friedenspolitik, 1978, S. 4.

¹⁶ LHASC, National Executive Committee, Internationales Komitee, 3. 2. 1927, LHASC/ LP/EC/ Minutes, Februar 1927.

zehnt verkümmert seien, ebenso wie im pazifistischen Amerika. Das kriegerische »Heldentum« sei nahezu ausgestorben und der Mythos des gewonnenen Krieges liege zertrümmert am Boden. Nach jahrhundertelangen Eroberungszügen und territorialen Annexionen sei die britische Nation mittlerweile saturiert und paralysiert – was sich in der Haltung der britischen Arbeiterpartei nahezu beispielhaft widerspiegeln.¹⁷ Gewiss, der Wahrheitsgehalt der tendenziösen Äußerungen Wertheimers darf sicherlich bezweifelt werden. Jedoch gab es tatsächlich einen entscheidenden Unterschied zwischen der SPD/SFIO auf der einen und der Labour auf der anderen Seite: Die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen spielte im Denken der britischen Arbeiterpartei eine vollkommen untergeordnete Rolle.¹⁸ Dementsprechend vermag es kaum zu verwundern, dass die Abrüstungsfrage von der Labour Party wesentlich radikaler beantwortet wurde, als das bei SPD oder SFIO der Fall war.¹⁹

3.2. *SAI: Gründung der Abrüstungskommission*

Hintergrund für die steigende Relevanz der Abrüstungsfrage im sozialistischen Lager war die parallel laufende internationale Entwicklung in dieser Frage: Im Dezember 1925 formierte der Völkerbundsrat die »Vorbereitende Kommission für die Abrüstungskonferenz«, die im Mai 1926 zum ersten Mal tagte.²⁰ Mit der Gründung einer solchen Kommission im Völkerbund verband die SAI große Hoffnung – unter anderem deshalb, weil Joseph Paul-Boncour damit beauftragt wurde, die französische Delegation in der »Vorbereitenden Kommission« anzuführen,²¹ ebenso wie Louis de

¹⁷ E. WERTHEIMER, Die Außenpolitik der britischen Arbeiterpartei; in: *Der Kampf*, 22, 1929, S. 508.

¹⁸ P. KIRCHHEISEN, Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Versuch einer reformistischen Friedenspolitik, 1978, S. 4.

¹⁹ Selbst der Linksrutsch der ILP seit dem Marseiller Kongress 1925 konnte an dieser Tatsache nichts ändern. Der führende Außenpolitiker der britischen Arbeiterpartei, Ramsay MacDonald, echauffierte sich zwar mehrfach über die »cheap thoughts« der ILP, die einen sofortigen Übergang vom Kapitalismus hin zum Sozialismus mit aller Macht erzwingen wolle. Allerdings wurde die ILP-Resolution zur »war resistance«, die gemeinhin auf die einfache Formel »Throw down your weapons« reduziert werden kann, auf der Jahreskonferenz in Margate allgemein akzeptiert. Der Historiker Henry R. Winkler stellt diesbezüglich die These auf, dass die Labour-Führung keinen großen Wert auf die Verhinderung solcher »utopischer« Resolutionen gelegt hätte, da sie ohnehin keine Bedeutung für die praktische Ausgestaltung der Außenpolitik gehabt hätten. Anders formuliert sei die ILP-Resolution also zugunsten einer »Wohlfühl-Politik« angenommen worden in Margate, ohne dass sie praktische Bedeutung gehabt hätte. Dies wurde im Lager der kontinentaleuropäischen Sozialisten durchaus anders gesehen. Am Beispiel der unterschiedlichen Konzepte zur »Landesverteidigung« innerhalb der SAI wird noch zu zeigen sein, dass die idealistisch anmutende Haltung der Labour Party in der Abrüstungsfrage durchaus kontrovers diskutiert wurde, insbesondere innerhalb des Parteidreiecks. Vgl. H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 170 f.

²⁰ Vgl. J. F. WRYNN, *The Socialist International and the politics of european reconstruction*, 1976, S. 91.

²¹ Anders als im zuvor dargestellten Konflikt zwischen SFIO und Paul-Boncour hatte sich der sozialistische Vertreter im Vorfeld die Erlaubnis seiner Partei eingeholt, die Kommission anführen zu

Brouckère, der als Vertreter Belgiens vertreten war.²² Da die SAI, hier vor allem SPD und SFIO, bereits in der Vergangenheit »bürgerliche« Projekte unterstützt hatte – zuletzt im Zuge der Ausarbeitung der Locarno-Verträge –, war es nur folgerichtig, einen erneuten (zwischenstaatlichen) Kompromiss anzustreben und die eigene Strategie mit den im Völkerbund vertretenen Zielvorstellungen abzugleichen.

Im Zuge dieser Entwicklung ließ das SAI-Sekretariat im Juli 1926 einen Rundbrief versenden, in dem die Gründung einer Abrüstungskommission angekündigt wurde.²³ Bereits zum 9. August 1926 konnte eine definitive Zusammensetzung der Kommission lanciert werden,²⁴ der de Brouckère, Müller, Bracke, Cramp, Albarda sowie Deutsch angehören sollten.²⁵ Die Konstituierung der Abrüstungskonferenz per se verlief alles andere als konfliktfrei: Insbesondere die SPD – genauer gesagt Otto Wels – übte harsche Kritik an der kurzfristigen Einberufung derselben.²⁶ Desgleichen echauffierte sich die ILP, wenn auch aus anderen Motiven, auf der Züricher Sitzung des Exekutivkomitees, die am 11./12. April 1926 stattfand, über die fehlende Beteiligung der Sowjetunion an den Konferenzen des Völkerbundes und forderte in diesem Kontext erneut die Schaffung einer allumfassenden Internationale unter Beteiligung der KI.²⁷ Die Anpassung der SAI an den Modernisierungsprozess des internationalen Systems sollte indes nahtlos fortgesetzt werden, weshalb der Vorstoß der ILP brüsk zurückgewiesen wurde.²⁸

Die erste Sitzung der Abrüstungskommission fand am 26. August 1926 statt. Die Delegierten stellten hierbei mit Besorgnis fest, dass die einzelnen Sektionen vollkommen unterschiedliche Meinungen verträten, weshalb erneut an einer gemein-

dürfen. Dies machte P. Renaudel im Rahmen einer Exekutivsitzung der SAI in Zürich deutlich. LHASC, LSI, Executive Committee, 14. 4. 1926, LSI/14/21/1/1.

²² P. KIRCHHEISEN, *Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Versuch einer reformistischen Friedenspolitik*, 1978, S. 8.

²³ IISG, SAI, Abrüstungskommission, Brief des SAI Sekretariats, 26. 7. 1926, IISG/SAI/Abrüstungskommission/758/3.

²⁴ Internationale Information, Die Sitzung der Exekutive der SAI, 4. 9. 1926, Bd. 3, 1926, S. 154 ff.

²⁵ IISG, SAI, Abrüstungskommission, Brief des SAI Sekretariats, 9. 8. 1926, ISG/SAI/Abrüstungskommission/759/2.

²⁶ Wels teilte Adler postalisch mit, dass er die Einberufung einer Rüstungskonferenz »ohne Vorbereitung« für vollkommen zwecklos halte, zumal die SPD zeitgleich eine Sitzung des Parteivorstandes eingeplant hätte. Das »Timing« der SAI wurde von Seiten der deutschen Sozialdemokraten also für verbesserungswürdig gehalten. Daraufhin unternahm Adler in einem ausführlichen Schreiben den Versuch, die SAI-Initiative erklärbar zu machen und den gewählten Zeitpunkt ihrer Konstituierung näher zu erläutern. IISG, SAI, Abrüstungskommission, Brief des SAI Sekretariats, 26. 7. 1926, IISG/SAI/Abrüstungskommission/758/3; ebd., Telegramm von O. Wels an F. Adler, 4. 8. 1926; ebd., Brief des SAI Sekretariats, 9. 8. 1926.

²⁷ Vorgelegt wurde das Memorandum von Fenner Brockway, der in Zürich zum ersten Mal initiativ wurde und seinen Traum von einer Aktionseinheit mit der Komintern durch einen Linksrutsch der SAI zu erreichen suchte. LHASC, LSI, Executive Committee, 14. 4. 1926, LSI/14/21/1/1; IISG, SAI, Dossier betr. die Sitzung in Zürich, 28.–29. August 1926, ISG/SAI/Abrüstungskommission/250; Vgl. W. BUSCHAK, *Das Londoner Büro*, 1985, S. 11 ff.

²⁸ Vgl. ebd., S. 14.

samen und vor allem einheitlichen Linie gefeilt werden sollte.²⁹ Zu diesem Zweck versendete die SAI-Abrüstungskommission, die Arbeitsmethode der »Vorbereitende Kommission« des Völkerbundes nachahmend,³⁰ Fragebögen an die Mitgliedsparteien der SAI.³¹

Diese eigentlich gute Idee konnte sich in praktischer Hinsicht nicht im Geringssten bewähren: Am Ende antworteten nur fünf Parteien auf den Fragebogen der SAI-Abrüstungskommission (die deutsche Sozialdemokratie; die unabhängige Arbeiterpartei in Großbritannien; die sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens; die niederländischen und österreichischen Sozialdemokraten), während die übrigen Parteien eine Beantwortung verweigerten, was die eigentliche Intention der Initiatoren, eine gemeinsame Linie festzulegen, ad absurdum führte.³² So verkam die Arbeit der Abrüstungskommission aufgrund der fehlenden Beteiligung der einzelnen Sektionen zu einer nutzlosen »Fleißarbeit«, deren akademische Erörterungen kaum Relevanz für die Politik der SAI respektive des Parteiendreiecks als solches besaß.

3.3. *Verhandlungen von Thoiry: Luxemburger Konferenz der SAI*

Wesentlich bedeutsamer als die innenpolitischen Querelen der SAI war der außenpolitische Impuls von Briand und Stresemann zur Gesamtlösung der deutsch-französischen Beziehungen: Realpolitischer Hintergrund war die heimliche arrangierte Zusammenkunft von Briand und Stresemann am 17. September in einer Gastwirtschaft des kleinen Dorfs im französischen Jura, Thoiry.³³ Im Verlauf der Unterredung zwischen den beiden Außenpolitikern und ihrer Entourage wurde von beiden Seiten der Versuch unternommen, die »Gesamtregelung« der deutsch-französischen Probleme zu erreichen, was im Rahmen der Möglichkeiten tatsächlich gelang.³⁴

²⁹ Dritter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Brüssel, 5.–11. Aug. 1928, 1974, Bd. 1, S. 81.

³⁰ Vgl. P. KIRCHSEIN, Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Versuch einer reformistischen Friedenspolitik, 1978, S. 9.

³¹ Folgende fünf Fragen sollten dabei von den Einzelparteien beantwortet werden: 1. [tab] »Sollten sobald als möglich die auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Länder eingeladen werden, sich darüber zu äußern, welche Abrüstungsmaßnahmen sie für ihren Teil zuzustimmen bereit sind? 2. [tab] Falls es nicht gelingt, zu einer allgemeinen Abrüstungskonvention zu gelangen, sollen Anstrengungen gemacht werden, um gebietsweise Abrüstungsvereinbarungen herbeizuführen? 3. [tab] Auf welche Weise sollen die von einzelnen Ländern freiwillig durchgeführten Abrüstungsmaßnahmen gefördert werden? 4. [tab] Soll eine internationale Kontrolle der Rüstungen und der Produktion zu Kriegszwecken eingerichtet werden und auf welche Weise kann diese Kontrolle wirksam gemacht werden? 5. [tab] Inwieweit haben die angeschlossenen Arbeiterparteien die Möglichkeit, in ihrem eigenen Lande das Ausmaß der Kriegsvorbereitungen festzustellen und wirksam zu kontrollieren?« IISG, SAI, Abrüstungskommission, Materialien I, 26. 8. 1926, IISG/SAI/Abrüstungskommission/760/70.

³² Als Beleg hierzu: IISG, SAI, Abrüstungskommission, Materialien I, 26. 8. 1926, IISG/SAI/Abrüstungskommission/760/63.

³³ Hierzu: H.-O. SIEBURG, Das Gespräch zu Thoiry 1926; in: E. SCHULIN (Hrsg.), Gedenkschrift Martin Göhrling, 1968, S. 320; H. HAGSPIEL, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, 1987, S. 317.

³⁴ Ebd., S. 320.

Allerdings wurden die »Absprachen von Thoiry«³⁵ ex post höchst unterschiedlich aufgenommen: Während sich in Deutschland bereits 10 Tage nach dem Treffen von Briand und Stresemann ein »Thoiry-Ausschuss« bildete, wurde auf der anderen Seite des Rheins auf solche Planspiele gänzlich verzichtet. Grund hierfür war die große Ablehnung, auf die der Vorstoß Briands im französischen Kabinett stieß, was zur Folge hatte, dass wilde Mutmaßungen über etwaige geheime Vereinbarungen und Zugeständnisse hervorgerufen wurden, die der französische Außenminister seinem deutschen Kollegen gegenüber geäußert hätte. Die beiden Außenpolitiker hatten sich im Verlauf der Verhandlungen vom realpolitischen Kontext ihrer Länder entfernt, was vor allem in Frankreich scharfe Kritik evozierte, aufgrund der weitreichenden Konzessionen an Deutschland. Stresemann kam infolgedessen zu dem Schluss, dass Thoiry eben nicht die deutsch-französische Realität darstellte und Briand ebenso wenig »Frankreich« repräsentierte, sondern nur einen kleinen Teil davon.³⁶

Selbstredend stand auch das Vierparteientreffen der Sozialisten aus Deutschland, England, Frankreich und Belgien, das am 21./22.11.1926 in Luxemburg stattfand, gänzlich unter dem Eindruck der »Absprachen von Thoiry«.³⁷

Wie Rudolf Breitscheid im Vorfeld in einem Gespräch mit Stresemann deutlich machte, waren die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich der eigentliche Anlass für die Sozialisten, sich in Luxemburg zu versammeln und den derzeitigen Stand der deutsch-französischen Beziehungen zu diskutieren. Stresemann fasste das Gespräch mit dem Sozialdemokraten wie folgt zusammen: »Herr Dr. Breitscheid teilte mit, daß am 7. November die Vertreter der sozialistischen Parteien von England, Frankreich, Belgien und Deutschland zusammenkämen und man auch bei dieser Gelegenheit die Räumungsfrage und die ganze Thoiry-Frage erörtern werde. Ich sagte Dr. Breitscheid, daß es mir schiene, als wenn man jetzt so taktieren müsste, daß in allererster Linie die Frage der Militärkontrolle zu Ende geführt werden müsse, damit diese nicht als Alldruck auf den Beziehungen zwischen beiden Ländern laste. In der Thoiry-Sache könne man vorläufig nicht weiterkommen, da man in Frankreich teils darauf warte, ob Poincaré sich balle – was Dr. Breitscheid und ich als wahrscheinlich ansehen – teils auf das Ergebnis der amerikanischen Wahlen hinschaue und jedenfalls vor Dezember oder auch vor Januar eine Entscheidung in der Frage der Schuldenerkenntnis garnicht erwartet werden könnte.«³⁸ Die französischen Sozialisten seien grundsätzlich mit der Rheinlandräumung einverstanden, so das Fazit des Sozialdemokraten.

³⁵ 1. Reduzierung der Besatzungstruppen, 2. Räumung der 2. und 3. Zone; Rückgabe des Saargebiets an Deutschland; 4. Abschaffung der Militärkontrolle; 5. Kommerzialisierung eines Teils der deutschen Eisenbahn-Obligationen zugunsten Frankreichs; 6. Neutralität Frankreichs in der Frage um Eupen und Malmedy. Hinzu kam dann noch die Mobilisierung von Reparationsobligationen durch das Deutsche Reich. R. BLESSING, *Der mögliche Frieden*, 2008, S. 351.

³⁶ Vgl. H. HAGSPIEL, *Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich*, 1987, S. 321.

³⁷ IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, Luxemburg, 21./22.11.1926, SAI/Vierparteienkonferenz/903.

³⁸ PA, NL, Gustav Stresemann, Bd. 45, Aufzeichnung v. 1.11.1926, H162876–78.

Was Breitscheid Stresemann gegenüber jedoch verschwiegen hatte, waren die grundlegenden Aversionen im Lager der internationalen Sozialdemokratie gegenüber dem Erfolg der deutsch-französischen Annäherungspolitik. Vor allem die SPD blickte neidisch auf den deutschen Außenminister, der sich seit einigen Monaten im Ruhm des außenpolitischen Fortschritts sonnen konnte. Tatsächlich waren vor allem Briand und Stresemann die Männer der Stunde, während die Sozialdemokraten weitestgehend außen vor gelassen wurden – obwohl auch sie einen gewichtigen Anteil am bislang Erreichten gehabt hatten.

Am 27. Oktober 1926, wenige Wochen nach dem Treffen von Thoiry, hatte Otto Wels deshalb einen Brief an Friedrich Adler geschrieben, in dem er seinem Unmut über diese »propagandistische« Schiefelage Luft verschaffte: *»Es handelt sich für uns um agitatorische und praktische politische Fragen. Das agitatorische Moment sehen wir darin, daß die Politik der Internationale in gewissem Sinne im Völkerbund fortgeführt wird und daß Leute wie Stresemann, Schubert und Schacht, Briand und Loucheur auf der anderen Seite, die Früchte der Politik in agitatorischer Beziehung ernten, die uns zufallen müssten. Daß die englische Arbeiterpartei in gleichen Masse daran interessiert wäre wie wir, glaubten wir nach der Aufnahme des Macdonaldschen Genfer Protokolls in England entnehmen zu dürfen.«*³⁹

Ziel der Sozialdemokratie sei es, so Wels, eine eigene Lösung der Thoiry-Frage anzustreben und sich diesbezüglich mit den französischen, englischen und belgischen Genossen kurzzuschließen. Dabei sollten »gemeinsame Richtlinien« für die sozialdemokratische Außenpolitik gefunden werden, damit man der Festsetzung einer Endsumme für die deutschen Reparationszahlungen näher kommen könne: *»Die englischen und französischen Genossen fühlen mit uns die dringende Notwendigkeit, die Sozialdemokratie in der europäischen Befriedungsfrage wieder in stärkeren Maße führend zu machen. [...] Ich schreibe diesen Brief heute, weil Breitscheid, mit dem ich die Unterredungen geführt habe, erst gestern nach hier zurückgekommen ist und ich der Zustimmung der betreffenden Genossen, mit Ausnahme der Engländer, die noch nicht geantwortet haben, sicher bin.«*⁴⁰ Aus dem Brief von Otto Wels folgt, dass Breitscheid zuvor in Frankreich gewesen war, um sich mit der SFIO in dieser Frage zu beraten.

Tatsächlich finden sich im politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, abermals im Nachlass von Stresemann, entsprechende Dokumente, die den Auslandsaufenthalt von Breitscheid hinreichend dokumentieren. Breitscheid fertigte während seiner Frankreich-Reise Notizen an und sendete diese anschließend an Stresemann.⁴¹ Dieser Vorgang überrascht insofern, als sich Wels in etwa zeitgleich in dem bereits skizzierten Brief an Adler darüber beschwerte, dass die Sozialdemokratie in der öffentlichen Darstellung zu wenig Aufmerksamkeit erhalte.⁴² Der enge Informationsaustausch zwischen Breitscheid und Stresemann hinterlässt vor diesem Hintergrund

³⁹ IISG, SAI, Zweiter Vierparteienkonferenz, 1926, Brief Wels an Adler, 27.10.1926, IISG/SAI/Vierparteienkonferenz/903.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ PA, NL Gustav Stresemann, Bd. 45, Brief v. Breitscheid an Stresemann, 27.10.1926, H162876–78.

⁴² IISG, SAI, Zweiter Vierparteienkonferenz, 1926, Brief Wels an Adler, 27.10.1926, IISG/SAI/Vierparteienkonferenz/903.

einen seltsamen Beigeschmack. Fakt war allerdings, dass sich Breitscheid im Rahmen der Verständigungspolitik längst den Rang einer eigenständigen Kraft erarbeitet hatte, deren Primärziel es war, den eingeschlagenen Weg des Friedens und der Verständigung fortzuschreiten.⁴³ Eine Fortsetzung dieser Politik auf zwischenstaatlicher Ebene wäre ohne die Mithilfe des Außenministers respektive der jeweiligen Regierungen nicht möglich gewesen.

In seinen Aufzeichnungen kam Breitscheid zu dem Schluss, dass eine Fortsetzung der Thoiry-Politik durchaus realistisch sei: »Mein Gesamteindruck ist der, daß in Frankreich nach wie vor der ernste Wille zu einer Verständigung mit Deutschland besteht, und daß man auf dem in Thoiry eingeschlagenen Wege weiter zu gehen entschlossen ist. Die hier und da auftauchenden Meldungen über einen Rückschlag in der öffentlichen Meinung sind falsch, obwohl natürlich zuzugeben ist, daß bestimmte Persönlichkeiten mindestens das Tempo verlangsamten möchten. Zu diesem gehört sicher auch Poincaré, obwohl mir sowohl Blum und Auriol, die kürzlich eine längere Besprechung mit ihm hatten, wie auch Briand versicherten, daß der französische Ministerpräsident sich in einer ganz anderen und wesentlich günstigeren Stimmung befinde als vor zwei oder drei Jahren.«⁴⁴

Der Paris-Aufenthalt Breitscheids, den er im Oktober 1926 absolvierte, unterteilte sich in zwei Etappen, wie aus den Aufzeichnungen hervorgeht: 1. Die Gespräche mit französischen Parteifreunden über die Einberufung einer internationalen Konferenz;⁴⁵ 2. Eine Unterredung mit dem französischen Außenminister, Aristide Briand, über den gegenwärtigen Stand der deutsch-französischen Beziehungen.⁴⁶ Im Verlauf des Gesprächs mit Briand, an dem auch Grumbach und Blum teilnahmen, habe der französische Außenminister die Ansicht vertreten, dass er die Mehrheit des französischen Volks auf seiner Seite wisse und eine Fortführung der Aussöhnung beider Länder nach wie vor im Bereich des Möglichen liege. Insgesamt habe Briand größten Wert darauf gelegt, etwaige Missverständnisse und Zweifel im Rahmen der Unterhaltung mit Breitscheid zu zerstreuen. Allerdings sei er nicht dazu imstande gewesen, gewisse »technische« – oder vielmehr: wirtschaftliche – »Schwierigkeiten«, die mit einer Intensivierung der Annäherung einhergehen könnten, zu zerstreuen: »Es handelt sich da in erster Linie um die ablehnende Haltung der Bank von England und die zweifelbafte Stellung Amerikas gegenüber der Mobilisierung der Eisenbahnobligationen.«⁴⁷ Die mögliche Kommerzialisierung der Eisenbahnobligationen war ein fixer Bestandteil der Vereinbarungen von Thoiry zwischen Stresemann und Briand, ebenso wie

⁴³ Hierzu: P. PISTORIUS, Rudolf Breitscheid 1874–1944, 1970, S. 257 f.

⁴⁴ PA, NL Gustav Stresemann, Bd. 45, Brief v. Breitscheid an Stresemann, 27. 10. 1926, H162876–78.

⁴⁵ Besonders engen Kontakt pflegte Breitscheid in den 20er Jahren zu Blum, Auriol, Grumbach, Renaudel. Während seiner Paris-Reise im Oktober 1926 traf sich der Sozialdemokrat u. a. mit den oben genannten Personen sowie dem belgischen Sozialisten de Brouckère. Dies klärt unter anderem auch die Frage, wie sich die SPD die Zustimmung Belgiens, eine Vierparteienkonferenz abzuhalten, versichern konnte. Vgl. P. PISTORIUS, Rudolf Breitscheid 1874–1944, 1970, S. 223; PA, NL Gustav Stresemann, Bd. 45, Brief v. Breitscheid an Stresemann, 27. 10. 1926, H162876–78.

⁴⁶ Nach Gesprächen mit den erwähnten SFIO-Politikern war Breitscheid von A. Briand, der von seiner Anwesenheit über Dritte erfahren hatte, zum Frühstück eingeladen worden. Ebd.

⁴⁷ Ebd.

die Mobilisierung von Reparationsobligationen.⁴⁸ Ein wesentlicher Bestandteil für die Zustimmung der Washingtoner Regierung und die Öffnung des amerikanischen Marktes sei allerdings die Unterzeichnung des französisch-amerikanischen Schuldenabkommen,⁴⁹ was bislang, so Briand, am Widerstand Poincarés gescheitert sei.⁵⁰ Der Finanzminister Louis Loucheur, der ebenfalls mit Breitscheid sprach, habe den Vorschlag erbracht, dass Deutschland seine Unfähigkeit zur dauernden Leistung der Zahlungen aus dem Dawes-Abkommen erklären solle. Dieser Schritt sei die einzige Möglichkeit, Amerika an den Verhandlungstisch zu bringen.⁵¹ In Bezug auf den Abzug der französischen Truppen aus dem Rheinland bzw. der französischen Militärkontrolle hätten alle Gesprächspartner, auch diejenigen sozialistischer Provenienz, deutlich darauf hingewiesen, dass ein Verzicht auf Kontrollen nicht vermittelbar sei. Das Auswärtige Amt solle deshalb darüber nachdenken, was für Deutschland in dieser Hinsicht »erträglich« sei. Als weiterer Punkt wurde u.a. die endgültige Festsetzung der deutschen Reparationssumme genannt, auf Basis der derzeitigen Zahlungsmöglichkeiten des deutschen Staates.⁵²

Darauf aufbauend kam Breitscheid zu dem Schluss, dass die Rheinlandräumung insbesondere von der französischen Linken, aber auch von Briand akzeptiert werde. Was den Fortschritt des in Thoiry eingeschlagenen Kurses betraf, so erkannte der Sozialdemokrat gewissermaßen einen »Stillstand«,⁵³ da man in Paris zunächst abwarten wolle, ob sich Poincaré in seinem Amt halten könne. Ein weiterer Punkt, der eine Stagnation evoziere, seien die bevorstehenden Wahlen in den USA, weshalb im Hinblick auf die Weiterentwicklung der deutsch-französischen Beziehungen insgesamt kein allzu großer Fortschritt erwartet werden könne. Eben dies wurde von Breitscheid höchst kritisch bewertet, da ein allzu langes »Hinziehen« der Thoiry-Frage sehr riskant sei in Bezug auf die innenpolitische Situation in Deutschland, da bei einem Ausbleiben der Rheinlandräumung ein Stimmungsumschwung zuungunsten der Verständigungspolitik zu befürchten sei. Unter anderem deshalb räumte er dem Luxemburger Treffen der Sozialdemokraten im November 1926 einen hohen Stellenwert ein.⁵⁴

Das Luxemburger Vierparteientreffen, das am 21./22. 11. 1926 stattfand und vom Berliner Abendblatt bezeichnenderweise als »Thoiry-Konferenz« etikettiert wurde,⁵⁵ ist

⁴⁸ Vgl. R. BLESSING, *Der mögliche Frieden*, 2008, S. 351.

⁴⁹ Hierbei handelte es sich um das sogenannte »Mellon-Béranger-Abkommen« zur Regelung der französischen Kriegsschulden in den USA. Vgl. ebd., S. 352.

⁵⁰ PA, NL Gustav Stresemann, Bd. 45, Brief v. Breitscheid an Stresemann, 27. 10. 1926, H162876–78.

⁵¹ Ebd.

⁵² Ebd.

⁵³ Hierzu: Vorwärts, 17. 11. 1926.

⁵⁴ PA, NL Gustav Stresemann, Bd. 45, Aufzeichnung v. 1. 11. 1926, H162876–78.

⁵⁵ H. ADOLPH, *Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939*, 1971, S. 215; Berliner Abendblatt, 25. 10. 1926.

vergleichsweise schlecht dokumentiert. Überliefert ist immerhin die Resolution der Konferenz, deren Inhalt in vielfacher Hinsicht aufschlussreich ist.⁵⁶

Zu Beginn der »Deklaration der Luxemburger Konferenz« hoben die Autoren hervor, dass sie ausdrücklich bedauern würden, dass die in Thoiry angestrebte Verständigung nicht viel früher umgesetzt wurde, »obwohl die sozialistischen Parteien der beteiligten Länder bereits seit Kriegsende den Weg der Befriedung gewiesen hatten.«⁵⁷ Offensichtlich war es SPD, SFIO, POB und Labour Party ein besonderes Anliegen, den Beitrag der internationalen Sozialdemokratie zur Verständigungspolitik deziert hervorzuheben. In diesem Sinne wurde »das System der Locarno-Verträge« ausdrücklich gelobt, da es eine dauerhafte Befriedung der Rheingrenzen erreicht habe. Die Initiative hierzu sei insbesondere aus dem sozialistischen Lager gekommen, da die SAI bereits im Jahre 1923 von einer solchen Lösung der internationalen Spannungen gesprochen hätte. Als zweiter Punkt wurde die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund herausgepickt – und auch hier kamen die Autoren zu dem Schluss, dass es bereits im Jahr 1925, genau genommen auf dem SAI-Kongress in Marseille, einen gleichlautenden Vorschlag gegeben hätte.⁵⁸ Die im Vorfeld des Vierparteientreffens geäußerte Kritik von Otto Wels, der bemängelt habe, dass Politiker wie Stresemann oder Briand die »Früchte« der Verständigungspolitik ernten würden, während die internationale Sozialdemokratie leer ausginge,⁵⁹ hatte offensichtlich einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

Viel entscheidender als der Versuch einer Selbststilisierung war jedoch die Bewertung des Status quo in den internationalen Beziehungen: Ziel der in Luxemburg versammelten Parteien war es, mit Hilfe einer internationalisierten Kontrolle Deutschlands die Beschleunigung der Rheinlandräumung zu erreichen und dadurch die Abrüstungsfrage, deren zufriedenstellende Beantwortung eng mit der Lösung der deutsch-französischen Differenzen zusammenhing, entscheidend voranzubringen.⁶⁰ Eben deshalb wurde der konkrete Vorschlag unterbreitet, eine »internationale Abrüstungskommission« ins Leben zu rufen. Besagtes Gremium sollte maximal bis

⁵⁶ Anwesend waren in Luxemburg u.a.: Breitscheid, Müller, Crispian, Schmidt, Sollmann Wels (Deutschland), Auriol, Blum, Braacke, Paul-Boncour, Renaudel, Faure (Frankreich), Gillies, Roberts (England). IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, 21./22. 11. 1926, IISG/SAI/Vierparteienkonferenz/905/22; hierzu auch: Internationale Information, Vierländerkonferenz in Luxemburg, 27. 11. 1926, Bd. 3, 1926, S. 237.

⁵⁷ IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, Deklaration, IISG/SAI/Vierparteienkonferenz/905/1.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ IISG, SAI, Zweiter Vierparteienkonferenz, 1926, Brief Wels an Adler, 27. 10. 1926, IISG/SAI/Vierparteienkonferenz/903.

⁶⁰ »Nach Feststellung der Erfüllung der militärischen Ausstiegsklauseln des Versailler Vertrags durch die deutsche Regierung ist die interalliierte Militärkommission aus Deutschland zurückzuziehen. Der Völkerbund ernimmt eine aus Vertretern von Bundesmitgliedern bestehende zivile Kommission, in der Deutschland vertreten ist, und die für eine Übergangszeit, in der die Abrüstungskontrolle für alle Mitglieder des Völkerbundes noch nicht geregelt ist, das Recht erhält, zu prüfen, ob die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinsichtlich der Entmilitarisierung des linken Rheinufers und der rechtsrheinischen neutralen Zone nicht verletzt werden [...].« Hierzu auch: IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, Le Populaire, Zeitungsartikel, ohne Datum, IISG/SAI/Vierparteienkonferenz/905/19/20.

1935 – dem Jahr, in dem der Versailler Vertrag die Besetzung der deutschen Gebiete offiziell beendete – Geltung besitzen.⁶¹ Eine darüber hinaus gehende Regelung sollte nicht verwirklicht werden, sondern stattdessen in eine allgemeine Konvention aller im Völkerbund vertretenen Parteien überführt werden.⁶²

Die vorgeschlagene Regelung einer internationalisierten »Abrüstungskommission« ist in erster Linie als Kompromiss zwischen der deutschen und der französischen Partei zu interpretieren: Während die SFIO darauf pochte, eine akzeptable Lösung der Sicherheitsfrage zu verwirklichen, wollte die SPD ein weiteres »Finanzgeschäft« à la Thoiry verhindern und stattdessen die Rheinlandräumung von der Reparationsfrage trennen.⁶³ Diese Zielsetzung konnte in Luxemburg erreicht werden,⁶⁴ allerdings war dieser innersozialistische Kompromiss der SAI, das kann an dieser Stelle bereits vorweggenommen werden, keine Lösung für die zwischenstaatlichen Beziehungen: Der 1929 verabschiedete Young-Plan verknüpfte die Rheinlandräumung mit der Reparationsfrage und setzte damit eben das um, was Wels und die SPD in Luxemburg zu verhindern suchten.⁶⁵

3.4. *Dritter SAI-Kongress in Brüssel, 1928: Differenzen zur Wehrfrage und zur Abrüstung*

3.4.1. *Vorgeschichte des Kongresses: Stagnation der Verständigungspolitik; Stillstand in der Abrüstungsfrage*

Im Anschluss an die Luxemburger Konferenz konnten auf zwischenstaatlicher Ebene keine signifikanten Fortschritte erzielt werden. Dies galt sowohl für die Abrüstungsfrage, als auch für die Weiterentwicklung der deutsch-französischen Verständigung im Allgemeinen.⁶⁶ Die dritte Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission im Völkerbund, die vom 21. März bis zum 26. April 1927 stattfand, blieb weitestgehend erfolglos, da in so gut wie allen Fragen, wie der Quai d'Orsay bemängelte, profunde Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten. Aus Sicht der französischen Regierung habe das Abrüstungsproblem die Frage der Sicherheit in den Hintergrund gedrängt; allerdings müsse erst das akute Sicherheitsproblem gelöst werden, ehe ein

⁶¹ Des Weiteren wurde die Resolution mit der Forderung an den Völkerbund verbunden, so schnell wie möglich eine allgemeine Abrüstungskonferenz einzuberufen. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 439.

⁶² IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, Deklaration, IISG/SAI/Vierparteienkonferenz/905/1; Vorwärts, 31. I. 1928.

⁶³ In Thoiry scheiterte die Rückgabe des Saarlandes und der Rheinlandräumung am französischen Wunsch nach wirtschaftlicher Hilfe. L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 314 ff.

⁶⁴ Vgl. H. ADOLPH, Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939, 1971, S. 215.

⁶⁵ Ebd.; Vorwärts, 1. 12. 1929.

⁶⁶ Vgl. P. KRÜGER, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, 1985, S. 353; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 443.

Fortschritt in der Abrüstungsfrage erzielt werden könnte. Bis dahin werde der französische Staat an seinen Pfändern (Rheinland) weiter festhalten.⁶⁷

Dementsprechend war das Jahr 1927 im Hinblick auf die zwischenstaatlichen Beziehungen vor allem von Stillstand geprägt.⁶⁸ Weder konnte die aus deutscher Sicht heiß ersehnte Rheinlandräumung erreicht, noch ein Fortschritt in der Abrüstungsfrage erzielt werden.⁶⁹ Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass Rudolf Breitscheid erneut nach Frankreich reiste, um für Deutschland im April 1927 auf dem SFIO-Parteitag in Lyon zu werben, pro Abrüstung und Rheinlandräumung.⁷⁰ Wie aus einem Artikel der »Liberté« hervorgeht, habe Breitscheid im Rahmen seines Frankreich-Aufenthaltes auf geradezu penetrante Art und Weise die deutschen Interessen vertreten – ohne Rücksicht auf die »internationale Solidarität«. Auf einem Bankett, das im Anschluss an den Parteitag stattfand – daher auch die Artikelüberschrift »entre Schnorrers« –, habe der Sozialdemokrat eine Rede gehalten und deutlich gemacht, dass man sich die Freundschaft seines Nachbarn erst einmal verdienen müsse, womit er auf die Räumung des Saarlandes sowie des Ruhrgebietes anspielte, die seiner Ansicht nach unbedingt erfolgen müsse. Die »Liberté« kam infolgedessen zu dem Schluss, dass der Deutsche eine Realpolitik vertrete, die den Auffassungen Stresemanns sehr ähnlich sei und die herzlich wenig mit dem üblichen sozialistischen Pathos gemeinsam habe. Fast schon empört prangerte der Verfasser des Artikels an, dass die französischen Sozialisten unbedingt auf diese Anmaßung hätten reagieren müssen – doch faktisch hätten weder Blum noch Grumbach den Mumm gehabt, auf Breitscheids »dreiste« Rede zu antworten. Dies entlarve die französischen Sozialisten als Antipatrioten, so der logische Umkehrschluss des Autors. Blum, der einige Zeit später das Wort ergriff, habe schlussendlich vor den Deutschen kapituliert und Breitscheid die volle Unterstützung der SFIO zugesichert.⁷¹

Allerdings war die offizielle Linie der deutschen Außenpolitik nicht unumstritten im Lager der SPD: Das Erstarken reaktionärer Kräfte in Deutschland erschwerte den Unterstützungskurs für die Reichsregierung, da die Kritik aus den eigenen Reihen massiv anstieg und die Unterstützung für die Politik Stresemanns sukzessive zur Belastung wurde. Das »Verhältnis zur staatlichen Macht« schien also brüchig zu sein, auch wenn die gouvernementale Außenpolitik letztlich fortgesetzt wurde.⁷²

⁶⁷ Vgl. R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008, S. 294.

⁶⁸ Mit in dieses Bild passt, dass von Schubert Kessler gegenüber deutlich machte im November 1927, er habe den Glauben an den Völkerbund verloren. »Es sei wie vor 1914. Wie damals ein Wettrennen stattgefunden habe zwischen den Kräften, die den Frieden sichern wollten, und denen, die auf einen Krieg zutrieben, und wie damals fast die Friedenskräfte gesiegt hätten.« H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 22. 11. 1927, Bd. 9, S. 169.

⁶⁹ Immerhin zog die interalliierte Militärkontrolle am 31. 1. 1927 aus Deutschland ab. Vgl. H. HAG-SPIEL, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, 1987, S. 339.

⁷⁰ Hierzu: Le Peuple, 18. 4. 1927; Populaire, 20. 4. 1927.

⁷¹ Liberté, 20. 4. 1927.

⁷² Seit dem Heidelberger Parteitag der SPD 1926 mehrten sich kritische Stimmen innerhalb der Partei, insbesondere um Paul Levi, die eine friedliche Außenpolitik der »Bourgeoisie« für »Lug und Trug« hielten. Winkler, H. A. WINKLER, Der Schein der Normalität, ²1987, S. 333 und 338.

Die Rüge des linken SPD-Flügels manifestierte sich beispielweise auf dem Parteitag in Kiel 1927, wo sich Rudolf Breitscheid sowohl für seine Teilnahme in der deutschen Völkerbundsdelegation,⁷³ als auch für die Zusammenarbeit mit Stresemann energisch verteidigen musste.⁷⁴

Das scheinbar nibelungenartige Festhalten Breitscheids an dem deutschen Außenminister darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Sozialdemokrat ebenso wie seine Partei kritisch mit der deutschen Reichsregierung ins Gericht ging;⁷⁵ Im September 1927, als die Vollversammlung des Völkerbundes die Vorbereitende Abrüstungskommission dazu aufforderte, ihre Arbeit zu beschleunigen, hätten die französischen Politiker Aristide Briand und Joseph Paul-Boncour, wie aus einem internen Bericht des Auswärtigen Amtes hervorgeht, Tuchföhlung mit Breitscheid aufgenommen. Ziel der Franzosen sei es hierbei gewesen, die Stagnation der deutsch-französischen Beziehungen in den Zeiten des »Bürgerblocks« in beiden Ländern zu durchbrechen und mit Breitscheid ins »Geschäft« zu kommen.⁷⁶ Den Sozialdemokraten wurde unterstellt, gemeinsam mit Briand und Paul-Boncour die deutsch-französische Annäherung so lange zu blockieren, bis eine Linksregierung in Deutschland ins Amt komme: *»Seit mehreren Tagen beobachte ich, daß Briand und Paul-Boncour enge Föhlung mit Breitscheid nehmen und Unterhaltung über Stresemanns Besprechungen führen, die sich auf eine französisch-deutsche Verständigungspolitik beziehen, die nach dem Zustandekommen einer Linksregierung in Deutschland und Frankreich, also nach den Wahlen, geführt werden soll. Von den Sozialisten ist ebenfalls die Annahme des Genfer Protokolls zugesichert und ein Ostlocomo in Aussicht gestellt worden. Breitscheid empfiehlt den Franzosen, der jetzigen deutschen Reichsregierung keine Zugeständnisse zu machen und die Wahlen abzuwarten. Diese Intrige ist zum Teil an der Haltung Briands gegenüber Stresemann schuld.«*⁷⁷

⁷³ Die Tatsache, dass Breitscheid für die deutsche Völkerbundsdelegation tätig wurde, empfand der deutsche Außenminister, Gustav Stresemann, als wichtiges Signal in Richtung Frankreich. Insofern versuchte Stresemann umgehend bei Hermann Müller zu intervenieren, als Breitscheids Teilnahme an der Delegation parteiintern zur Debatte stand. Ein Fernbleiben der SPD könne in Frankreich dazu führen, dass rechtsgerichtete Kreise eine »Umorientierung« der deutschen Außenpolitik konstatieren könnten, was die Fortsetzung der deutschen Verständigung erheblich erschweren musste. Insofern war Breitscheids Verbleib in der Völkerbundsdelegation auch nach Auffassung des Außenministeriums ein entscheidender Schlüssel für den Erfolg der deutschen Außenpolitik. Hierzu: P. PISTORIUS, Rudolf Breitscheid 1874–1944, 1970, S. 224f.

⁷⁴ SPD Parteitag in Kiel, Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Kiel 1927, S. 244.

⁷⁵ *»Aber das Verhältnis von Stresemann und Schubert sei jetzt leider nicht mehr gut. Schubert habe Stresemann in Genf manchmal tagelang nicht sprechen können. Dadurch sei unter anderem auch das Unheil mit der Tannenbergrede verschuldet worden, weil Stresemann Schubert nicht empfangen habe, der ihm den vom Rechts Kabinett in Berlin nachträglich revidierten Text der Rede vorlegen wollte.«* H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 8. 10. 1927, Bd. 9, S. 153; die »Tannenberg-Rede« des Reichspräsidenten Hindenburg führte unter anderem zu einem diplomatischen Nachspiel, insofern Stresemann ein klärendes Gespräch mit dem französischen Botschafter, de Margerie, führen musste.

⁷⁶ Vgl. P. PISTORIUS, Rudolf Breitscheid 1874–1944, 1970, S. 269.

⁷⁷ PA, NL Stresemann, Aufzeichnung ohne Unterschrift, Telephonat vom 21. September 1927, Bd. 59, Dok. H 7369/ H 166253.

Inwieweit dieser Vorwurf zutrifft, bleibt fraglich, zumal Breitscheid nach dem tatsächlichen Zustandekommen einer SPD-Regierung unter Hermann Müller im Jahre 1928 zunächst zur Vorsicht anriet und ein deutsches Vorpreschen in der »Okkupations-Frage« für bedenklich erachtete.⁷⁸ Ein weiterer Punkt, der gegen eine »Intrige« Breitscheids spricht, war das angespannte Verhältnis zwischen SPD und SFIO in der Wehr- und Abrüstungsfrage in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre: Eine Übereinkunft zwischen beiden Parteien gestaltete sich höchst problematisch, da die französischen Genossen eine geradezu penetrant staatsbejahende Haltung gegenüber der Heeresorganisation in Frankreich einnahmen. So stimmte die SFIO im März 1927, zwischen Scylla und Charybdis navigierend,⁷⁹ einstimmig für die Gesetzesvorlage zur »Organisation der Nation im Kriege«, die von Joseph Paul-Boncour – einem Sozialisten – eingebracht wurde.⁸⁰ Ziel des Gesetzes war es, im Kriegsfall alle Franzosen in die militärische Landesverteidigung miteinzubeziehen, unabhängig von Alter oder Geschlecht. Hintergrund für diesen Vorstoß war die gewollte Integration des französischen Proletariats in die französische Armee – auf den ersten Blick also ein »sinnvoller« Schritt hin zur Emanzipation der französischen Arbeiterklasse. Tatsächlich wurden dem Staat jedoch die Mittel gegeben, die Rechte der Arbeitnehmer im Mobilmachungsfall außer Kraft zu setzen und im Interesse der »défense nationale« zur Landesverteidigung zu verpflichten. Die Aktionsfreiheit von Partei und Gewerkschaft wäre außer Kraft gesetzt und a priori in den Dienst jeder beliebigen Regierung der französischen Republik gestellt worden.⁸¹ Dementsprechend erregte das Gesetz auch außerhalb Frankreichs für Aufsehen, insofern ein Sozialist (Paul-Boncour) dazu beigetragen hatte, 1. die französische Heeresorganisation zu optimieren und 2. die Rechte des französischen Proletariats zu schwächen.

Allerdings darf die Gesetzesvorlage von Paul-Boncour keineswegs als »Paradigmenwechsel« der SFIO in der Abrüstungsfrage interpretiert werden.⁸² Während Léon Blum die Verkleinerung des Heeres seit Mitte der zwanziger Jahre als »Schlüssel« zur »pazifistischen Diplomatie« interpretierte,⁸³ vertrat der rechte Flügel der Partei die Auffassung, dass nur die Schaffung einer internationalen Armee den Frieden

⁷⁸ Vgl. P. PISTORIUS, Rudolf Breitscheid 1874–1944, 1970, S. 269.

⁷⁹ Das Verhalten der SFIO zwischen 1927 und 1932 war, wie Daniela Neri-Ultsch darlegt, ein ständiger Balanceakt zwischen Parteidoktrin und politischer Taktik. Die Zustimmung zur Wehrpolitik war nicht unumstritten, allerdings setzte sich der rechte SFIO-Flügel um Grumbach, Renaudel und Paul-Boncour letzten Endes durch. Vgl. D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 211 ff.

⁸⁰ J. PAUL-BONCOUR, Entre deux guerres, Souvenir sur la IIIe République, Bd. 2: Les lendemains de la victoire 1919–1934, 1944, S. 244.; allgemein: W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 95; Vgl. D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 310 ff.; G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 314 f.

⁸¹ W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 95.

⁸² Hier muss Kowalski, der der SFIO implizit »nationalistische« Allüren unterstellt, klar widersprochen werden. Ebd.

⁸³ Vgl. G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 314 f.

garantieren könne.⁸⁴ Trotzdem herrschte innerhalb der französischen Arbeiterpartei weitestgehend Konsens darüber, dass Frankreich die Initiative ergreifen und eine zukünftige Abrüstung von einer internationalen Kontrolle (Völkerbund) überwacht werden und außerdem nach dem Prinzip der Reduzierung und nicht der Limitierung vonstatten gehen müsse.⁸⁵

Innerhalb der SAI verneinten vor allem die österreichische und deutsche Sozialdemokratie das Eintreten für eine »Miliz-Armee« Jaurès-scher Prägung,⁸⁶ da man sich dadurch innenpolitisch zu sehr an die Politik der nationalistischen Parteien anlehnen würde.⁸⁷ Beide Parteien verlangten von der Exekutive, dass sie baldigst Klarheit in dieser Frage schaffen müsse.⁸⁸ Jedoch gelang es der SAI bis zum dritten Kongress in Brüssel 1928 nicht, die Differenzen in der Abrüstungsfrage zu klären. Der Status quo im Jahr 1927 sah demnach wie folgt aus: Die englische ILP forderte die totale Abrüstung,⁸⁹ der SFIO verlangte es nach einer Miliz-Armee⁹⁰ und Hermann Müller forderte für die SPD die Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage ein,⁹¹ mit dem Verweis darauf, dass eine weitere Abrüstung des deutschen Heeres aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrages ohnehin keinen Sinn machen würde. Der Versuch der SAI-Abrüstungskommission, dieses offensichtliche Chaos aufzulösen und die verschiedenen Positionen zu vereinheitlichen, scheiterte wie bereits dargelegt an der Tatsache, dass die ausgeteilten Fragebögen nur von fünf Parteien beantwortet wurden. Aus diesem Grund hatte der 1927 veröffentlichte Kommissionsbericht kaum Aussagekraft – de facto ein Armutszeugnis der SAI, die vieles

⁸⁴ Problematisch war hierbei indes die höchst unterschiedliche Bewertung des Völkerbundes: Während L. Blum und der linke Flügel den Genfer Bund kritisch sah, wurde eben dieser von Renaudel und dem rechten Flügel leidenschaftlich verteidigt. Deshalb trat Letztgenannter auch für die Schaffung einer Völkerbundarmee ein und bezeichnete die einseitige Abrüstung Frankreichs als »Häresie«. Die Kontroversen über die Fragen der Sicherheit und Landesverteidigung führten zu Beginn der 30er Jahre zur erneuten Spaltung der SFIO, als zunächst Paul-Boncour aus der Partei austrat und sich 1933 die Neosozialisten um Déat und Renaudel formierten. Hierzu: R. GOMBIN, *Les socialistes et la guerre*, 1970, S. 155; D. NERI-ULTSCH, *Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz*, 2005, S. 311 f.; *Le Populaire*, 25. 9. 1924; *Le Populaire*, 2. 10. 1924; *La vie Socialiste*, 21. 7. 1928.

⁸⁵ Vgl. D. NERI-ULTSCH, *Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz*, 2005, S. 312.

⁸⁶ Zum Miliz-Begriff der SFIO, wie er von Jaurès ersonnen wurde: J. JAURÈS, *Die neue Armee*, 1913.

⁸⁷ *Internationale Information, Sozialdemokratie und Wehrfrage*, Bd. 6.1, 1929, S. 8.

⁸⁸ Diese Position wurde insbesondere von Otto Bauer auf dem SAI-Kongress der Exekutive 1927 vertreten: »Wenn wir den Kampf für die Wiederherstellung der allgemeinen Wehrpflicht aufnehmen, dann würden wir in der Gesellschaft derer sein, die die Wiederherstellung der alten Militärmacht wünschen.« IISG, SAI, Dossier betr. die Sitzung in Brüssel. 11.–12. September 1927, SAI/Exekutive/291/13; IISG, SAI, Abrüstungskommission, Brief von H. Müller an F. Adler, 15. 2. 1927, IISG/SAI/Abrüstungskommission/760/33.

⁸⁹ IISG, SAI, Dossier betr. die Sitzung in Brüssel. 11.–12. September 1927, SAI/Exekutive/291/17.

⁹⁰ W. KOWALSKI et al., *Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940)*, 1985, S. 95.

⁹¹ IISG, SAI, Abrüstungskommission, Brief von H. Müller an F. Adler, 15. 2. 1927, IISG/SAI/Abrüstungskommission/760/33.

besser machen und im direkten Vergleich zum Völkerbund mit gutem Beispiel voran gehen wollte.⁹²

Am Vorabend des dritten Kongresses lagen der SAI neben den Fragebögen der internen Abrüstungskommission insgesamt drei neue Resolutionen zur Reduzierung der Streitkräfte vor – von der ILP, der Labour Party und der SPS.⁹³ Die Tatsache, dass die englischen Sozialisten zwei verschiedene Anträge eingereicht hatten (ILP und Labour Party), lässt bereits darauf schließen, wie konfus die Situation tatsächlich war, sowohl parteiintern als auch innerhalb der Internationale.⁹⁴ Inwiefern es auf dem Brüsseler Kongress unter diesen ungünstigen Voraussetzungen gelang, die internen Konflikte zu klären und eine einheitliche Position in der Abrüstungsfrage und dem »Verhalten der Proletarier im Kriegsfall« zu finden, wird im folgenden Kapitel zu klären sein.

3.4.2. *Der Brüsseler Kongress der SAI 1928*

Zum Zeitpunkt des Brüsseler Kongresses erreichte die internationale Entspannungspolitik zumindest auf offizieller Ebene ihren Höhepunkt: Mit der Unterzeichnung des »Kriegsächtungspakts« in Paris durch den amerikanischen Außenminister Kellogg und seinem französischen Kollegen Briand im August 1928 schien ein wichtiger Fortschritt in den zwischenstaatlichen Beziehungen gelungen zu sein.⁹⁵ Dies galt vor allem deshalb, weil mit den USA und wenig später der UdSSR zwei Mächte an dem Kriegsächtungsvertrag teilnahmen, die abseits des Völkerbundes standen.⁹⁶ Die fünfzehn Unterzeichnerstaaten, darunter auch Deutschland, gelobten feierlich, auf den Krieg als Mittel der Politik gänzlich zu verzichten und sich zur friedlichen Streitschlichtung zu bekennen. In der Weltöffentlichkeit wurde dadurch die Hoffnung geschürt, einen entscheidenden Schritt in Richtung einer aufrechten Verständigungspolitik gegangen zu sein und eventuell sogar eine endgültige Lösung aller Streitfälle und Konflikte gefunden zu haben.

⁹² W. KOWALSKI et al., *Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940)*, 1985, S. 101.

⁹³ IISG, SAI, Kongress in Brüssel 1928, Dokumente zu Punkt 2 der Tagesordnung, SAI/Brüssel/56/1.

⁹⁴ Während die ILP auf dem Marseiller Kongress der SAI 1925 keine eigenen Positionen vertreten und sich der Stammpartei – der Labour Party – inhaltlich weitestgehend anschlossen hatte, begann sie nach 1925 sukzessive damit, eigene Resolutionen einzubringen, z. B. hinsichtlich der möglichen »all-inclusive-International«, im Verbund mit der KI. Das Entwickeln von eigenen Argumentationssträngen, die öffentlich verkündet wurden und inhaltlich stark von der offiziellen Parteilinie divergierten, war der Labour Party selbstredend ein Dorn im Auge, weshalb der Versuch unternommen wurde, die »Emanzipation« der ILP so stark wie möglich zu behindern. Vgl. W. BUSCHAK, *Das Londoner Büro*, 1985, S. 19; H. R. WINKLER, *Paths not taken*, 1994, S. 172 ff.; zu den Resolutionen von ILP und Labour Party: IISG, SAI, Dritter Kongress Brüssel, 1928, Resolutionen, IISG/SAI/Brüssel/55 u. 56.

⁹⁵ Vgl. H. HAGSPIEL, *Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich*, 1987, S. 344; R. BLESSING, *Der mögliche Frieden*, 2008, S. 312 ff.; P. KRÜGER, *Friedenssicherung und deutsche Revisionspolitik*; in: VfZ, 22, 1974, S. 227–257.

⁹⁶ Vgl. R. BLESSING, *Der mögliche Frieden*, 2008, S. 312.

Als der Kongress der Sozialistischen Arbeiterinternationale im »Maison du peuple« in Brüssel am 5. August 1928 seine Pforten öffnete, war die internationale Politik zunächst ein untergeordnetes Thema: Nachdem der Präsident, Arthur Henderson, seinen Platz eingenommen hatte, erhoben sich alle Anwesenden von ihren Plätzen und der Arbeitergesangverein »l'Echo du peuple« sang die Internationale.⁹⁷ Nach diesem feierlichen Akt erklärte Emile Vandervelde den Kongress offiziell für eröffnet und Arthur Henderson begann mit seiner Eröffnungsrede.⁹⁸

Dieser eher schablonenhafte und selbstreferentielle Eröffnungsakt darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Brüsseler Kongress mehr denn je im Schatten der großen Politik stand: Sowohl Henderson als auch sein Folgeredner, Emile Vandervelde, forderten unverblümt die Räumung des Rheinlandes und die internationale Abrüstung. Am nächsten Tag titelte der Vorwärts dementsprechend: »Die Friedensfanfare von Brüssel – Das Weltproletariat fordert Frieden, Räumung, Abrüstung.«⁹⁹ Diese deutlichen Forderungen mussten sowohl der SPD, als auch der deutschen Reichsregierung gut gefallen haben, die anlässlich der Unterzeichnung des Briand-Kellogg-Paktes einen neuen Vorstoß unternommen hatte, die Rheinlandräumung noch offensiver zu verlangen. Der Räumungsanspruch per se war von Frankreich indes nicht anerkannt worden, was Poincaré mit der öffentlichen Meinung im Inland begründet hatte.¹⁰⁰ Dessen ungeachtet forderte die SAI-Exekutive in Brüssel eine sofortige Räumung des Rheinlandes.

Passend zum Briand-Kellogg-Pakt, den die überwiegende Mehrheit der SAI strikt ablehnte,¹⁰¹ wurde der SAI-Kongress von ambitionierten Friedensreden ausgefüllt. Beispielsweise erinnerte Rudolf Breitscheid an die deutsche Invasion in Belgien 1914 und zog zur Erheiterung der anwesenden Delegierten amüsante Parallelen zur Ist-Zeit – dem »Einmarsch« der SPD auf dem Brüsseler Kongress: »Wir Deutschen sind mit besonderen Gefühlen des Dankes nach Brüssel gekommen. Auf uns lastet schmerzlich die Erinnerung an die Augusttage 1914. Wenn damals selbst Bethmann Holweg von dem Unrecht sprach, das Belgien geschah, wieviel schmerzlicher müssen wir Sozialisten dieses Unrecht empfinden! Wir schulden daher den belgischen Genossen eine Wiedergutmachung und die besteht [...] vor allem darin, daß wir mit besonderem Eifer für den Frieden wirken wollen. Heute sind wir wieder in Belgien einmarschiert, nicht Armeekorps wie damals, nur 100 Mann stark. [...] Wir sind als Armee des Friedens einmarschiert.«¹⁰² Unterstützung erhielten Breitscheid und die SPD insbesondere von den französischen Genossen –

⁹⁷ Dritter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 3, Teil 2, Abteilung V-IX Berichte und Verhandlungen, 1974, S. VI. 4.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Vorwärts, 6. und 7. 8. 1928.

¹⁰⁰ Vgl. L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 357 f.

¹⁰¹ Eine Ausnahme stellte hierbei die SFIO dar, die den Pakt – weil es zumindest partiell eine »französische Initiative« war – durchaus begrüßte. Vgl. J. F. WRYNN, The Socialist International and the politics of european reconstruction, 1976, S. 110.

¹⁰² Vorwärts, 7. 8. 1928.

allen voran Léon Blum –, die einen offiziellen Antrag für die Rheinlandräumung auf dem Kongress einbrachten.¹⁰³ Blum machte stellvertretend für die SFIO deutlich, dass die Internationale in ihrem gegenwärtigen Zustand zwar noch zu schwach sei, ihre Forderungen »restlos durchzubringen«, allerdings sei sie bereits stark genug, ihren Anschauungen Nachdruck zu verleihen.¹⁰⁴ Diese Formel, die mit »stürmischem Applaus« gefeiert wurde, konnte indes kaum über das eigentliche Dilemma der internationalen Arbeiterbewegung hinwegtäuschen: Faktisch konnten die deutsche und die französische Sozialdemokratie zwar Einigkeit demonstrieren auf dem Weltkongress der SAI und ihre Forderungen propagandistisch untermalen – tatsächliche Auswirkungen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen hatte die deutsch-französische Initiative in Sachen Rheinlandräumung jedoch mitnichten.

Hinsichtlich des Status quo des internationalen Systems gab sich die SAI trotz des erzielten Etappensieges zwischen Briand und Kellogg gewohnt überkritisch: Am Kellogg-Pakt wurde bemängelt, wie Henderson deutlich machte, dass die Unterzeichnung nicht etwa unverzüglich, sondern verspätet erfolgt war.¹⁰⁵ Wie auf den Kongressen zuvor wollte sich die SAI also als »bessere« Alternative zur zwischenstaatlichen Politik darstellen, was einer gewissen Ironie nicht entbehren konnte: Tatsächlich war die Verflechtung zwischen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale bzw. ihren Sektionen und dem internationalen Staatensystem mit seinen »reaktionären« Regierungen niemals größer gewesen. Indem Henderson forderte, dass die Regierungen endlich Farbe bekennen müssten im Völkerbund und insbesondere die Abrüstungsbemühungen forcieren sollten, lenkte er allenfalls von der Schwäche des eigenen Lagers ab.¹⁰⁶ Im Grunde waren die sozialistischen Parteien bislang keineswegs geeinter in der Abrüstungsfrage gewesen, als das in der Völkerbundversammlung und den daran beteiligten Regierungen der Fall gewesen wäre.

Indes konnte auf dem Brüsseler Kongress gerade in der Abrüstungsfrage ein überraschender Kompromiss zwischen den zuvor entzweiten Fraktionen erzielt werden: Die Redebeiträge von Hugh Dalton (Labour Party), Renaudel (SFIO), Brockway (ILP) und Arthur Crispian erzeugten eine konsensuale Atmosphäre, da sich die Diskutanten inhaltlich nicht im Geringsten widersprachen. Genau genommen beschränkten sich die Wortmeldungen auf die Aussage, dass allgemeine Abrüstung unabdingbar sei, um den Frieden in Europa und der Welt aufrechterhalten zu können.¹⁰⁷ Wie aus den Aktenbeständen der britischen Arbeiterpartei hervorgeht, konnten sämtliche Divergenzen im Vorfeld geklärt werden, u.a. im Rahmen der SAI-Exekutive, wo der finale Bericht der Abrüstungskommission erstmals präsentiert

¹⁰³ Vorwärts, 10. 8. 1926.

¹⁰⁴ Ebd.

¹⁰⁵ Dritter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 3, Teil 2, Abteilung V-IX Berichte und Verhandlungen, 1974, S. VI. 10.

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Hierzu z.B. der Beitrag von Crispian. Ebd., S. VI. 145.

wurde.¹⁰⁸ Dementsprechend verwundert es kaum, dass die Redner auf dem Brüsseler Kongress auf die gemeinsame Resolution verwiesen und ansonsten auf eine offene Diskussion verzichteten.

Die SAI-Resolution zu Militarismus und Abrüstung – das bislang umfangreichste und detaillierteste Dokument in dieser Frage – erweckte den Anschein völliger Einstimmigkeit zwischen den Delegierten.¹⁰⁹ Darin gefordert wurde die völlige Abrüstung zu Land, zu Wasser und in der Luft, unablässige Aufklärung der Arbeiter über Gefahren und Risiken der Rüstung sowie von der Arbeiter-Internationale selbst *»alle Regierungen unter den stärkst möglichen Druck zu setzen«*.¹¹⁰ Darauf folgend wurden eine Reihe von allgemeinen Forderungen erhoben, die insbesondere die internen Konflikte zwischen den Parteien unterbinden sollten. Wie bereits dargelegt, tendierte die SFIO zur Milizarmee, während die Labour Party eine Berufsarmee befürwortete und der Landesverteidigung per se wesentlich kritischer gegenüberstand.¹¹¹ Um diesen Konflikt zu klären, wurde in der Resolution des Brüsseler Kongresses verlangt, dass jede Nation *»die gleiche Freiheit in der Wahl ihres Heeresystems«* haben müsse. Diese auf den ersten Blick harmlose Formulierung war in Bezug auf die bestehenden Konflikte des Parteiendreiecks ein wahrer Geniestreich: Erstens wurde der SPD das lang ersehnte Recht auf Gleichberechtigung gewährt, zweitens wurde der Labour Party die Legitimität der Berufsarmee zugestanden und drittens wurde die Milizarmee der SFIO implizit akzeptiert. Damit konnte der Konflikt um die *»richtige«* Heeresform, der eine interne Einigung in der Abrüstungsfrage stets blockiert hatte, doch noch überwunden werden. Im letzten Teil der Resolution wurde schließlich der Versuch unternommen, die Funktion eines internationalen Rüstungsübereinkommens,¹¹² die Konstituierung des Heeres,¹¹³ die Art der Kriegsführung¹¹⁴ sowie die

¹⁰⁸ Das Treffen der SAI-Exekutive im Februar 1928 schuf inhaltlich eine wichtige Grundlage für die in Brüssel präsentierte Resolution. Zwar bereitete die SAI-Abrüstungskommission das Pamphlet inhaltlich vor – darüber abgestimmt wurde jedoch im Rahmen der SAI-Exekutive. Auf dem Treffen anwesend waren unter anderem: Renaudel, Bracke, Longuet (SFIO); Henderson, Cramp, Kirkwood, Gillies (Labour Party); Crispin, Müller Wels (SPD). LHASC, LSI, SAI Exekutive, 25./26. 2. 1928, LSI/15/13.

¹⁰⁹ Vgl. W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 103 ff.

¹¹⁰ Die SAI betrachte es als ihre Pflicht aller sozialistischen Arbeiterparteien: *»1. Die Aufnahme eines Gesetzes in die Gesetzgebung ihres Landes zu erlangen, das jede militärische oder industrielle Mobilisierung ausschließt [...]; 2. Den stärkst möglichen Druck der Massen, selbst in der revolutionärsten Form gegen jede Regierung aufzubieten, die es im Falle eines internationalen Konfliktes ablehnt, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen und zum Kriege schreitet.«* Hierzu: Dritter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 3, Teil 2, Abteilung V-IX Berichte und Verhandlungen, 1974, S. IX. 7.

¹¹¹ Vgl. W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 94 ff.

¹¹² *»Die Hauptaufgabe eines Rüstungsübereinkommens muß sein, dafür Sorge zu tragen, daß kein Staat sofort bei Ausbruch eines internationalen Konflikts große Massen ausgebildeter und bewaffneter Truppen zu einem Angriff bereit hat.«* Daher müsse das Abkommen für möglichst geringe Heeresgrößen in den Kasernen sowie kleine Waffenvorräte Sorge tragen. Dritter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale,

Gewaltenteilung zwischen Heer und Parlament auf nationaler Ebene im Kriegsfall¹¹⁵ näher zu definieren.

Insgesamt stellte diese Resolution für die SAI und ihre reformistisch geprägte »realistische« Außenpolitik weder einen Fort- noch einen Rückschritt dar.¹¹⁶ Die nationale Souveränität der Parteien sowie die Notwendigkeit parlamentarischer Mitbestimmung wurden erneut anerkannt und sogar bekräftigt. Auf der anderen Seite wurden klassenkämpferische Aspekte zwar relativ stark hervorgehoben (gefordert wurde z. B. ein »rücksichtsloser Kampf gegen den Kapitalismus«),¹¹⁷ jedoch war dies für SAI-Resolutionen und die dazu gehörigen Deklamationen weder ein Novum noch besonders unüblich. Die Tatsache, dass die »Totalitarismuskritik« der SAI, maßgeblich vorbereitet von den russischen Renegaten Abramowitsch und Rusanov, ihre Stoßrichtung sowohl gegen den Faschismus als auch gegen den Kommunismus lenkte, unterstreicht die »reformistische« und »anti-totalitaristische« Stoßrichtung des Brüsseler Kongresses zusätzlich und macht hinlänglich deutlich, dass es keinen »Linksrutsch« der SAI geben sollte.¹¹⁸

Mit anderen Worten war die »realistische« Außenpolitik aus Sicht der Delegierten alternativlos. Paradigmatisch hierfür steht die SAI-Resolution zu Militarismus und Abrüstung – und hier vor allem die im zweiten Artikel nachdrücklich betonte »Pflicht« aller sozialistischen Parteien, Gesetzesvorhaben zu unterstützen, die »jede militärische oder industrielle Mobilisierung« ausschlossen.¹¹⁹ Implizit wurde damit vonseiten der SAI eine Fortsetzung des bisherigen Unterstützungskurses durch die sozialistischen Parteien verlangt, die in der Vergangenheit, wie z. B. in Deutschland

Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 3, Teil 2, Abteilung V-IX Berichte und Verhandlungen, 1974, S. IX. 9 ff.

¹¹³ Wenn sich ein Land für die Wehrpflicht statt der Berufsarmee entscheide, solle die Dienstpflicht des einzelnen Absolventen auf eine bestimmte Zeit befristet sein, so das Fazit der SAI-Resolution. Des Weiteren solle die Zahl der möglichen Wehrdienstleistenden limitiert werden. Ebd.

¹¹⁴ Hierzu waren folgende Punkte vorgesehen: 1. Verbot von Gaskriegen; 2. Beschränkung der Zahl schwerer Geschütze; 3. Beschränkung der finanziellen Aufwendungen für das Heer; 4. Internationale Kontrolle für Erzeugung von Kriegsmitteln. Ebd.

¹¹⁵ Verfügungsgewalt der Parlamente über Heer und Flotte; Verbot der Verwendung militärischer Kräfte in Konflikten zwischen Kapital und Arbeit; Beseitigung aller Schranken, die das Heer vom Volk trennt; Demokratisierung des Heeres. Ebd.

¹¹⁶ Diese Aussage steht in Widerspruch zur Arbeit Stefan Feuchts, der den Brüsseler Kongress als klaren Rückschritt wertet. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 458.

¹¹⁷ Ebd.; Dritter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 3, Teil 2, Abteilung V-IX Berichte und Verhandlungen, 1974, S. IX. 12.

¹¹⁸ Auch die Theoriedebatte zum Thema »Die wirtschaftliche Situation der Nachkriegszeit und die ökonomische Politik der Arbeiterklasse« war weitestgehend von reformistischen Theorien bestimmt worden. Zum Thema Totalitarismustheorie: ebd., S. VII. 49 ff.; W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 106 f.; zum Thema wirtschaftliche Situation der Nachkriegszeit: Dritter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 3, Teil 2, Resolutionen, 1974, S. IX. 20 f. Zur Kolonialresolution, siehe: ebd., S. IX. 23.

¹¹⁹ Ebd., Bd. 3, 2., Resolutionen, S. IX. 7.

die SPD oder in Frankreich die SFIO, eigentlich bürgerlichen Regierungen ihre Zustimmung für den eingeschlagenen Verständigungskurs auf außenpolitischer Ebene gegeben hatten.¹²⁰

3.5. *Das Parteiendreieck und die internationalen Beziehungen 1928/29: Wahlsieg der SPD, Hoffnung auf Rheinlandräumung – jedoch: Stagnation der Verhandlungen, Erneuerung der »Entente cordiale«, Stillstand*

Kurz nach dem Brüsseler Kongress der SAI wurde, am 27. 8. 1928, der bereits angesprochene Briand-Kellogg-Pakt von den Außenministern der Großmächte in Paris unterzeichnet. Dieses oft geschmähte Abkommen besaß, wie Ralph Blessing überzeugend darlegt, durchaus das Potential, die internationalen Beziehungen zu »modernisieren«.¹²¹ Dies galt umso mehr, als aus Washington vermehrt positive Signale kamen, sich stärker in der Frage der Kriegsverhütung zu engagieren.¹²² In der Vergangenheit war das Engagement der USA, wie am Beispiel der Locarno-Verträge oder des Dawes-Planes zu sehen, stets ein Katalysator für die Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen gewesen.¹²³ Unter anderem deshalb war die Verabschiedung des Paktes ein potentiell wichtiger Schritt im Hinblick auf die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems.¹²⁴

Wenig Bewegung gab es jedoch in Bezug auf konkrete Fragen der Außenpolitik: Mit der Schaffung einer britisch-französischen »Quasi-Entente« 1928/29 verringerte sich der Verhandlungsspielraum der deutschen Regierung. Im Juli 1928 kam es zu einem Abrüstungskompromiss zwischen England und Frankreich, der aufgrund von Indiskretionen der Öffentlichkeit bekannt wurde. Inhaltlich sollte die französische Regierung Großbritannien in der Seerüstung unterstützen, während Frankreich im Gegenzug hierfür eine wohlwollende Haltung hinsichtlich der Landesverteidigung zugesichert wurde.¹²⁵ Dieser Kompromiss richtete sich gegen den deutschen

¹²⁰ Eine zeitgenössische Zusammenfassung des Brüsseler Kongresses anlässlich der Buchpräsentation der SAI, formuliert von A. Bracke, findet sich in: Internationale Information, Die SAI am Brüsseler Kongress, 6. 4. 1929, Bd. 6.1., 1929, S. 120.

¹²¹ Vgl. R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008, S. 325 f.; Allerdings wurde der Kellogg-Pakt nur verhalten positiv im Auswärtigen Amt aufgenommen. Wie der Leiter der Rechtsabteilung, Friedrich Gaus, gegenüber Harry Graf Kessler deutlich machte, zweifelte das AA mehr und mehr an dem Verständigungswunsch Frankreichs. H. GRAF KESSLER, Das Tagebuch, Eintrag vom 29. 5. 1928, Bd. 9, S. 185.

¹²² R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008, S. 325 f.

¹²³ Hierzu auch: J. BARIÉTY, Le »Plan Briand Kellogg de renonciation à la guerre« de 1928; in: J. HEIDEKING / G. HUFNAGEL / F. KNIPPING, Wege in die Zeitgeschichte, 1989, S. 448–459; hier: S. 449.

¹²⁴ Klaus Hildebrand spricht hinsichtlich der Verabschiedung von einem »moralischen Qualitätssprung«, insofern Krieg von offizieller Seite geächtet wurde. Insgesamt wurde der Pakt jedoch bereits von Zeitgenossen, z.B. von Paul-Boncour, in späteren Jahren von den Anhängern der realistischen Schule, scharf kritisiert. R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008, S. 325.

¹²⁵ Vgl. J. JACOBSON, Locarno Diplomacy, 1972, S. 187 ff.; R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008, S. 368 ff.

Wunsch nach Gleichberechtigung in der Wehrfrage, da die geforderte Abrüstung zu Lande durch den englisch-französischen Ausgleich blockiert wurde. Während die SPD diese Entwicklung positiv bis neutral bewertete,¹²⁶ war die Reichsregierung geradezu entrüstet über die Erneuerung der »Entente cordiale«.¹²⁷

Im Kontext der »informellen Diplomatie« des Parteiendreiecks gab es zunächst keine allzu großen Fortschritte. Grund hierfür war nicht zuletzt, dass sich in der Vergangenheit vor allem die deutschen Sozialdemokraten – insbesondere Breitscheid und Hilferding – als Vermittler hervorgetan hatten. De facto war der Handlungsspielraum der dt. Reichsregierung, nach Thoiry und im Schatten der englisch-französischen Entente, jedoch weitestgehend eingengt. Insofern gab es auch für die sozialdemokratischen »Diplomaten« wenig Anlass, sich verstärkt in den komplizierten Verhandlungsprozess einzumischen.

Dies änderte sich jedoch im Zuge des Wahlsiegs der SPD im Mai 1928: Für die Sozialdemokratie war der Wahlsieg das beste Ergebnis seit 1919 gewesen und es bestand berechtigter Anlass, dass sich die linksorientierte Regierungsumbildung in Deutschland positiv auf die deutsche Außenpolitik auswirken würde.¹²⁸ Zur Erinnerung: Noch im September 1927 hatte der französische Außenminister Briand gegenüber Breitscheid angedeutet, dass eine nach links orientierte Reichsregierung dazu führen würde, dass die Rheinlandfrage binnen von drei Monaten geklärt werden könne.¹²⁹

Dementsprechend unternahm die SPD im Sommer 1928 den Versuch, die mögliche Räumung des Rheinlandes erneut zu forcieren. In diesem Sinne muss auch der SAI-Kongress in Brüssel interpretiert werden, der hinsichtlich der Räumungsfrage die Botschaft in die Welt getragen hatte, dass sich die internationale Arbeiterschaft klar und deutlich für einen sofortigen Truppenabzug ausspreche.¹³⁰ Hier lassen die deutlichen Wortmeldungen der französischen Sozialisten, insbesondere von Léon Blum, auf eine vorherige Absprache zwischen SPD und SFIO schließen, wie an späterer Stelle noch näher ausgeführt wird.

Bereits vor dem Brüsseler Kongress bemühte sich Rudolf Breitscheid im Zuge seiner Parisreise im Juni 1928 darum, Kontakt mit Briand aufzunehmen und dadurch die zwischenstaatlichen Verhandlungen anzukurbeln. Aus den Aufzeichnungen des deutschen Botschafters in Paris, Leopold v. Hoesch, geht diesbezüglich hervor, dass es tatsächlich zu einem Gespräch zwischen beiden Politikern gekommen war.¹³¹ Briand habe Breitscheid zum Wahlsieg der SPD gratuliert und zugleich darauf hin-

¹²⁶ Vgl. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 462.

¹²⁷ Vgl. R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008, S. 308.

¹²⁸ Zum Wahlsieg der SPD und der komplizierten und langwierigen Regierungsbildung: H. A. WINKLER, Der Schein der Normalität, 1987, S. 532 ff.

¹²⁹ PA, NL Stresemann, Aufzeichnung ohne Unterschrift, Telephonat vom 21. September 1927, Bd. 59, Dok. H 7369/ H 166253.

¹³⁰ Hierzu: Vorwärts, 7. 8. 1928.

¹³¹ PA, Deutsche Botschaft, Paris, Aufzeichnungen v. Hoesch, 6. 6. 1928, 1 Fr 3 adh, 1, Bd. 14, Nr. 623.

gewiesen, dass eben dieser einen äußerst günstigen Eindruck in Frankreich gemacht habe. Das Wahlergebnis müsse geradezu eine »Genugtuung« für Deutschland nach sich ziehen, so die vielsagende Andeutung des französischen Außenministers. Implizit gab Briand also zu verstehen, dass ein Fortschritt in den deutsch-französischen Beziehungen durchaus im Bereich des Möglichen liege, ja sogar wahrscheinlich sei. Es sei im Interesse Frankreichs, wenn die Deutschnationalen möglichst klein gehalten werden würden, weshalb ein Erfolg der SPD-geführten Regierung auch im Interesse Frankreichs sei.¹³²

Die Rheinlandräumung betreffend präsentierte sich Briand äußerst konziliant: Konkret schwebte ihm eine Abkürzung der Räumungsfrist für die zweite Zone vor. Er kündigte an, demnächst einen Ministerrat einzuberufen, um sich mit diesem Projekt zu befassen. Allerdings räumte er gleichermaßen ein, dass eine Gesamträumung zum gegebenen Zeitpunkt nicht möglich wäre, »die Dinge seien noch nicht reif«.¹³³ In der Tat bestand für Frankreich auch kein Grund, die Räumungsfrage zu erzwingen, insofern die zeitgleich stattfindende Erneuerung der englisch-französischen Entente ausreichend Handlungsspielraum für den Quai d'Orsay implizierte.¹³⁴ Breitscheid erwiderte hierauf, dass sich seine Partei mit der Räumung der zweiten Zone anfreunden könne, dies sei bereits ein großer Erfolg für die deutsche Außenpolitik.¹³⁵

Während seines Paris-Aufenthaltes traf sich Breitscheid außerdem mit dem franz. Ministerpräsidenten, Raymond Poincaré. Dieser habe ihm gegenüber ebenfalls Glückwünsche ob des Wahlausgangs mitgeteilt und eine Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen in Aussicht gestellt. Allerdings habe Poincaré, so Breitscheids Fazit, deutliche Zweifel an der möglichen Räumung der zweiten Zone geäußert. Er wolle den Vorschlag nicht ablehnen, »er verbinde aber damit vorläufig den Gedanken an zwei Bedingungen: einmal müsse Deutschland sich nochmals schriftlich verpflichten, daß es bis zum Jahre 1935 die Reparationszahlungen anstandslos leisten werde; zum anderen dürfe die vorzeitige Räumung der zweiten Zone keine Präzedenz für die Frage der Räumung der dritten Zone bilden.«¹³⁶ Abschließend habe der französische Ministerpräsident eine Regelung der Räumungsfrage vom Verhalten der USA und den anstehenden Wahlen abhängig gemacht. Poincaré vertrat allerdings die Ansicht, dass sich die USA weniger »willfährig« und »optimistisch« hinsichtlich der deutschen Obligationen zeigten. Aufgrund dieser Einschränkungen und der erneuten Kopplung der Räumungsfrage an die Reparationsobligationen bzw. die alliierten Schulden, kam Breitscheid zu dem wenig erbaulichen Schluss, dass »die Realisierbarkeit

¹³² Ebd.

¹³³ Ebd.

¹³⁴ J. BARIÉTY, Le »Plan Briand Kellogg de renonciation à la guerre« de 1928; in: J. HEIDEKING / G. HUFNAGEL / F. KNIPPING, Wege in die Zeitgeschichte, 1989, S. 448–459; hier: S. 449; L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 356 ff.

¹³⁵ PA, NL Stresemann, Aufzeichnung ohne Unterschrift, Telefonat vom 21. September 1927, Bd. 59, Dok. H 7369/ H 166253.

¹³⁶ Ebd.

einer *Regelung à la Thoiry*« nicht möglich sei. Dem deutschen Botschafter Hoesch gegenüber gab der Sozialdemokrat zu verstehen, dass Poincarés Forderungen nicht mit »den Gesetzen der Logik« in Einklang zu bringen seien. Deutschland habe sich bereits zur Leistung der Reparationszahlungen verpflichtet, weshalb die erneute Forderung des französischen Ministerpräsidenten nach neuen Verpflichtungen bis 1935 nur im Kontext einer Angst vor deutschen Revisionsabsichten zu verstehen sei, die Poincaré selbstredend zu verhindern suchte.¹³⁷ Auch Streseemann gegenüber teilte Breitscheid diese Bedenken mit und verkündete, dass »Poincaré ein erhebliches Hindernis« sei. Er empfahl weitere Sondierungen »unter der Hand« in Washington, London und Paris, um die Optionen der deutschen Regierung auszuloten.¹³⁸

Eigentlich, so könnte man annehmen, war diese Situation wie geschaffen für die sozialistischen »Mittlerpersönlichkeiten«. Sondierungen »unter der Hand« hatte es bereits in der Vergangenheit gegeben, insbesondere unter Beteiligung von transnationalen Akteuren aus dem sozialistischen Lager wie Blum, Hilferding oder Breitscheid – was in der »Locarno-Ära« zu durchaus vorzeigbaren Resultaten geführt hatte. Allerdings konnte in der jetzigen Phase der europäischen Außenpolitik, die von kritischen Zeitgenossen aus dem nationalistischen Lager als »Paktomanie« bezeichnet wurde,¹³⁹ kein nennenswerter politischer Fortschritt mit Hilfe der transnationalen sozialistischen Parteienkooperation erzielt werden. Die deutsch-französische Politik und mit ihr die internationalen Beziehungen waren in eine neue Phase – jene der »Normalisierung« – eingetreten, in der verschiedene Projekte (v.a. Rheinlandräumung, Abrüstung, Reparationen) zwar weiterhin aktuell blieben, jedoch nach keinem sofortigen Durchbruch verlangten.¹⁴⁰ Seit dem Inkrafttreten des Dawes-Planes hatte sich der Annäherungsprozess erheblich beschleunigt, was sich anhand von zahlreichen Konferenzerfolgen und Verträgen (Locarno; Genf; Thoiry) belegen lässt. Allerdings riss die Kette der großen Erfolge, die in der öffentlichen Wahrnehmung insbesondere von Briand und Streseemann erzielt wurden, eigentlich schon nach 1926 abrupt ab und wich stattdessen einer abwartenden Politik der »stillen Hand«. Diese Entwicklung wurde vor allem Streseemann zusehends als »Erfolglosigkeit« ausgelegt – aus deutscher Sicht hatte Frankreich seine Nachkriegskrise überwunden und arbeitete nun offensiver daran, seine Stellung in Europa zu verteidigen, u. a. mit seiner Osteuropapolitik oder mit dem britisch-französischen Marineabkommen. Während in Deutschland also von einer »Blockade« der Verständigungspolitik die Rede war, wurde in Frankreich eben dieser Stillstand, wie Hermann Hagspiel schlüssig darlegt, paradoxerweise als Anlass betrachtet, an der Annäherungspolitik weiter festzuhalten.¹⁴¹

¹³⁷ Ebd.

¹³⁸ PA, NL Streseemann, Breitscheid an Streseemann, 16.7.1928, Bd. 68, Dok. 000186.

¹³⁹ Dieser Ausdruck kam Ende der 20er Jahre auf und wurde vor allem von nationalistischen Kritikern an der deutsch-französischen Verständigung verwendet. Als Gipfel dieser Entwicklung wurde der Briand-Kellogg-Pakt angesehen, dessen Nutzen durchaus fragwürdig bleibt. Hierzu: H. HAGSPIEL, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, 1987, S. 348.

¹⁴⁰ Vgl. ebd.

¹⁴¹ Ebd., S. 383.

Grundsätzlich war die Bereitschaft der französischen Öffentlichkeit, bestehende Konfliktfelder aus eigener Initiative auszuräumen, denkbar gering, wie am folgenden Beispiel deutlich wird: Auf dem SAI-Kongress in Brüssel im August 1928 hatten sich SFIO und SPD unisono für die Rheinlanddräumung ausgesprochen, wie bereits mehrfach hervorgehoben. Das Problem hieran war jedoch, dass die französischen Sozialisten für diesen Schulterschluss mit den deutschen Sozialdemokraten nach ihrer Heimkehr nach Frankreich schwer angefeindet wurden, insbesondere von national-konservativen Politikern und Journalisten.¹⁴² Bereits im Vorfeld des SAI-Kongresses war es nach einem Treffen des »Conseil National« der SFIO im Juli 1928 zu ähnlichen Verbalinjurien gekommen. Grund hierfür war die Forderung der französischen Arbeiterpartei, die Rheinlanddräumung müsse »unverzüglich« und »ohne Gegenleistung« erfolgen.¹⁴³ Diese Forderung wurde von nationalkonservativen Kreisen, aber auch von den Radikalsozialisten, als »Ausverkauf« französischer Interessen bewertet.¹⁴⁴ Kritisiert wurde vor allem Léon Blum, dessen »Naivität« und »fehlender Patriotismus« mehrfach angeprangert wurde. Der französische Sozialistenführer hatte sich bereits anlässlich des SPD-Wahlsieges im Mai 1928 überschwänglich über die deutsche Sozialdemokratie geäußert,¹⁴⁵ weshalb ihm der erneute Versuch, für das Anliegen der Deutschen Partei zu ergreifen, übel genommen wurde. Auch Rudolf Breitscheid, dessen Arbeit im französischen Sprachraum eher positiv bewertet wurde, geriet in das Visier der Kritiker: Ihm wurde unterstellt, er werde als Nächstes an der Revision des Dawes-Planes arbeiten, nachdem er Blum bereits für »seine« Rheinlanddräumung gewonnen habe. Das Echo der Kritiker fiel unter anderem deshalb so negativ aus, weil die SFIO, trotz der eher bescheidenen Wahlergebnisse, nach wie vor einen großen politischen Einfluss ausübte. Offensichtlich sah man in nationalistischen Kreisen daher eine akute Notwendigkeit, möglichst vehement gegen die Anhänger des Verständigungskurses vorzugehen, um eine bedingungslose Rheinlanddräumung verhindern zu können.¹⁴⁶ Ausgenommen aus der Kritik war allein Paul-Boncour, der sich als einziger parteiinterner Konkurrent gegen Blums Unterstützungskurs stellte und dafür überwiegend Lob erhielt.¹⁴⁷ Insgesamt wurde also gezielt der Eindruck erweckt, die SFIO stünde gänzlich im Schatten der SPD, die hinter den Kulissen die Außenpolitik der französischen Arbeiterpartei konzipiere. Diese Diffamierung hatte konkret zur Folge, dass die außergewöhnlich intensive Kooperation zwischen SFIO und SPD in dieser Phase keinen nennenswerten Effekt auf die Weiterentwicklung der offiziellen deutsch-französischen Beziehungen erzielen konnte.

¹⁴² Eine Presseschau hierzu findet sich in den englischen Aktenbeständen: TNA, PRO, Foreign Office, Telegram Mr. Henderson, 15. August 1928, TNA/PRO/FO/371/12902.

¹⁴³ Zum Treffen des »Conseil National« der SFIO, siehe: Liberté, 16.7.1928.

¹⁴⁴ Kritik an der SFIO, siehe: Le Temps, 3.10.1928; Débats, 16. Juli 1928; Victoire, 19.6.1928.

¹⁴⁵ Le Populaire, 14.6.1928 und 20.6.1928.

¹⁴⁶ Zu diesem Aspekt siehe auch: TNA, PRO, Foreign Office, Telegram Mr. Henderson, 15. August 1928, TNA/PRO/FO/371/12902.

¹⁴⁷ Le Temps, 3.10.1928.

Der daraus resultierende Stillstand war insbesondere deshalb äußerst bedenklich, weil sich zur gleichen Zeit in Deutschland ein »nationaler Block« um DNVP, Stahlhelm und NSDAP gruppierte, der die auf Verständigung basierende deutsche Außenpolitik grundlegend in Frage stellte. Eben aus diesem Grund war die deutsche Außenpolitik und mit ihr die Regierung Müller auf rasche Erfolge angewiesen.¹⁴⁸ Diesbezüglich setzte der Kanzler seine Hoffnungen auf die bewährte Strategie der »informellen Diplomatie«, um weitere »Sondierungen« mit Paris und London zu initiieren. Allerdings konnte eine von H. Müller angeregte Londonreise Breitscheids nicht realisiert werden und der Paris-Aufenthalt des Sozialdemokraten hatte, wie bereits dargelegt, ebenfalls keinen nennenswerten Erfolg gebracht.¹⁴⁹

An dieser – aus deutscher Perspektive – höchst misslichen Situation änderte sich herzlich wenig bis zum Wahlsieg der Labour Party im Sommer 1929. Grund hierfür war insbesondere das britisch-französische Zusammenrücken zu einer »Handlungsgemeinschaft zwischen Briand und Chamberlain« (zwischen September 1928 und Juni 1929), das zu einer Isolation der Reichsregierung führte.¹⁵⁰ Trotz des Wahlsieges der SPD war es also nicht gelungen, die Rheinlandräumung von der Reparationsfrage zu entkoppeln, weshalb die hochgesteckten Erwartungen nicht erfüllt werden konnten.

Auch die ambitionierte Rede von Hermann Müller vor dem Völkerbund im September 1928, wo er den erkrankten Außenminister Stresemann vertrat, konnte an diesem Dilemma wenig ändern.¹⁵¹ In Genf leitete Müller die deutsche Delegation und führte mehrere Gespräche mit Politikern der ehemaligen Siegermächte. Im Verlauf seiner Rede vor der Völkerbundtagung stellte er in Absprache mit dem Auswärtigen Amt die Abrüstungsfrage in den Mittelpunkt seiner Argumentation. Sein Vorwurf lautete, dass die ehemaligen Siegermächte die Abrüstung gezielt »verschleppt« hätten, weshalb es seit dem Abschluss des Kellogg-Paktes auch keine Fortschritte in dieser Frage gegeben hätte.¹⁵² Dieser Einwurf wurde von Briand als »pazifistische Propaganda« abgetan.¹⁵³

Indes machte die deutsche Delegation ihren Gesprächspartnern jedoch mit einigem Erfolg deutlich, dass die Weimarer Republik dringend einen außenpolitischen Erfolg benötigte, da ihr ansonsten großer politischer Schaden zugefügt werden würde.¹⁵⁴ Ähnlich wie in den Konferenzen der SAI pochte die Sozialdemokratie also auf

¹⁴⁸ Vgl. H. A. WINKLER, *Der Schein der Normalität*, 1987, S. 532 f.; K.-D. BRACHER, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, 1978, S. 240–245; S. FEUCHT, *Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933)*, 1998, S. 461 f.

¹⁴⁹ PA, NL Stresemann, Breitscheid an Stresemann, 16.7.1928, Bd. 68, Dok. 000186.

¹⁵⁰ Hierzu: J. JACOBSON, *Locarno Diplomacy*, 1972, S. 225 f.

¹⁵¹ Liberté, 13.9.1928.

¹⁵² Hierzu: F. KNIPPING, *Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära*, 1987, S. 39 f.

¹⁵³ Vgl. J. JACOBSON, *Locarno Diplomacy*, 1972, S. 196 f.

¹⁵⁴ Vgl. S. FEUCHT, *Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933)*, 1998, S. 464.

ihren »Sonderstatus« aufgrund der sich weiter fortsetzenden Erosion der politischen Mitte in Deutschland und den daraus resultierenden Folgen für das demokratische System. Wie aus dem Exposé Rudolf Breitscheids, der als parlamentarischer Vertreter der Völkerbundsdelegation angehörte, hervorgeht, sei das deutsche Anliegen, die Räumung der zweiten Zone zu erwirken, von französischer Seite jedoch schroff abgewiesen worden.¹⁵⁵

Überraschenderweise konnte schlussendlich doch noch ein Kompromiss vereinbart werden: In einem gemeinsamen Kommuniqué wurde erklärt, dass eine Räumung des Rheinlandes offen thematisiert und perspektivisch gesehen in Aussicht gestellt werde. Diese Entwicklung wertete Breitscheid als »Erfolg«, auch wenn er kritisch anmerkte, dass das Auswärtige Amt nach wie vor wenig Konkretes in der Hand halte und die eigentlichen Verhandlungen erst noch beginnen müssten.¹⁵⁶ In der Tat waren die Bedenken des Sozialdemokraten mehr als berechtigt, da das gemeinsame Kommuniqué retrospektiv betrachtet alles andere als ein Durchbruch war: Der deutsche Räumungsvorstoß im September 1928 wurde von den Locarno-Partnern aufgefangen und mit eigenen Interessen und Forderungen gekontert.¹⁵⁷ Deshalb war der September-Beschluss des Völkerbundes nichts weiter als ein Auftakt für ein zwei Jahre währendes Ringen zwischen Deutschland, Frankreich und England um die richtige Umsetzung des neuen Verhandlungspaketes.¹⁵⁸ Die logische Folge hieraus war ein monatelanger Stillstand.

Das Parteiendreieck konnte diese Entwicklung allenfalls aus der Distanz betrachten, ohne allerdings einen nennenswerten Einfluss auf den zwischenstaatlichen Verhandlungsprozess nehmen zu können. Aufgrund dessen überrascht es kaum, dass unmittelbar nach dem Brüsseler Kongress (August 1928) kein Treffen von SPD, SFIO und Labour Party stattfand. Zwar bemühte sich die SFIO im Anschluss an die Völkerbundstagung darum, ein Vierparteientreffen einzuberufen¹⁵⁹ – jedoch ohne Erfolg. Das Anliegen der französischen Parteiführung wurde im Lager der Labour Party aus nachvollziehbaren Motiven abgelehnt: Das Exekutivkomitee der britischen Arbeiterpartei kam zu dem Schluss, »*that the Committee is not in favor of such a Conference, unless*

¹⁵⁵ Die deutsche Delegation hatte zuvor die Verknüpfung von Reparations- und Räumungsfrage klar und deutlich zurückgewiesen. Dadurch hätten die Verhandlungen nach Einschätzung von R. Breitscheid einen relativ starren Charakter erhalten, da es »von Vorneherein« klar gewesen sei, dass es zu »keiner Einigung« kommen würde. Ebd.; AdsD Bonn, NL Müller, Exposé des Genossen Dr. Breitscheid an H. Müller über die Völkerbundstagung, 29. September 1928, 1/HMAG 000027.

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ So forderte die französische Regierung die Installierung einer Schlichtungskommission sowie eine Revision des Dawes-Planes nach den Vorstellungen der französischen Regierung. Vgl. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 464.

¹⁵⁸ Vgl. F. KNIPPING, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära, 1987, S. 44.

¹⁵⁹ Dieses fand für gewöhnlich im Beisein der belgischen Arbeiterpartei statt, die neben dem Parteiendreieck teilnahm. IISG, SAI, Dritter Vierparteienkonferenz, 1929, IISG/SAI/Vierparteienkonferenz/909.

it be called for a sufficiently urgent matter.«¹⁶⁰ Aus diesem Grund wurde ein internationales Treffen rundweg abgelehnt.

Weder die SAI noch das Parteidreieck besaßen die Möglichkeiten, in diesem schwierigen zwischenstaatlichen Prozess, der überwiegend von Stillstand geprägt war, einen sinnvollen Beitrag zu leisten. Wie Franz Knipping schlüssig darlegt, waren die Differenzen zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien auf zwischenstaatlicher Ebene tatsächlich fundamentaler Natur.¹⁶¹ Eben deshalb war jeder Versuch der internationalen Sozialdemokratie, zwischen den Fronten zu vermitteln, zum Scheitern verurteilt – wie die diplomatischen Vorstöße von Rudolf Breitscheid nachhaltig unter Beweis stellen.

Auch die französischen und englischen Sozialisten waren alles andere als untätig gewesen: Die Erneuerung der »Entente Cordiale« wurde sowohl von der SFIO also auch von der Labour Party rigoros abgelehnt.¹⁶² Aber die anglo-französische »Quasi-Entente«, die einen deutsch-französisch-britischen Ausgleich erheblich erschwerte, war trotz des sozialistischen Protests zustande gekommen. Und das obwohl Léon Blum im französischen Parlament höchst alarmiert darauf aufmerksam gemacht hatte, dass Großbritannien künftig seine Flotte nach Belieben aufstocken könne – und dafür auch noch den Segen Frankreichs erhalte. Ähnlich entrüstet äußerte sich die Labour Party, die das in amerikanischen Zeitungen versehentlich publizierte anglo-französische Abkommen als Rückkehr zur »Geheimdiplomatie« anprangerte.¹⁶³ Die »Quasi-Entente« konnte jedoch nicht mehr verhindert werden – was zur Folge hatte, dass die Weiterentwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen (Abrüstung, Reparationen, Räumungsfrage) bald ins Stocken geriet.

3.6. SPD, SFIO: Panzerkreuzer A als Zankapfel

Was eine gewinnbringende Kooperation des Parteidreiecks außerdem erschwerte, war die Tatsache, dass die Beziehungen zwischen SPD und SFIO nach dem Sommer 1928 stark angespannt waren. Grund hierfür war der geplante Bau des Panzerkreuzers A, der am 10. 8. 1928 annonciert und von den französischen Sozialisten mit großem Befremden aufgenommen wurde.¹⁶⁴

Der Panzerkreuzerbau war von der SPD-Führung zähneknirschend akzeptiert worden, da es sich hierbei um eine »Erblast« des Kabinettes Marx IV handelte, das den Bau des Schiffes an erster Stelle initiiert hatte. Reichswehrminister Groener machte sich das Projekt zueigen und pochte im August 1928 auf seine Durchführung. Konkret drohte er mit seinem Rücktritt und wurde in diesem Anliegen von

¹⁶⁰ LHASC, National Executive Committee, 25. 9. 1928, LHASC/ LP/EC/Minutes, Juli-September 1928.

¹⁶¹ Vgl. F. KNIPPING, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära, 1987, S. 44.

¹⁶² Hierzu: J. F. WRYNN, The Socialist International and the politics of european reconstruction, 1976, S. 111 f.

¹⁶³ Ebd.

¹⁶⁴ Hierzu: H. A. WINKLER, Der Schein der Normalität, ²1987, S. 541.

Reichspräsident Hindenburg unterstützt, der sich für den Reichswehrminister starkmachte. Im Falle einer Zurückweisung wäre das Ende der Regierung Müller wenige Wochen nach ihrer Formierung wahrscheinlich gewesen, da sich die DVP ebenfalls auf den Panzerkreuzerbau festgelegt hatte. Eben deshalb rang sich die SPD zu einer Tolerierung durch.¹⁶⁵

An der Entscheidung, den Panzerkreuzerbau zu veranlassen, waren aus Sicht der SPD-Führung gleich mehrere Aspekte problematisch: Erstens hatte sich die Sozialdemokratie im Reichstagswahlkampf (Mai 1928) dezidiert gegen den Bau des Kreuzers ausgesprochen und dabei die Parole »Kinderspeisung statt Panzerkreuzer« vertreten.¹⁶⁶ Die Parteibasis war also nicht zu Unrecht in hohem Maße irritiert, um nicht zu sagen verärgert, was sich sehr bald schon in tumultuarischen Protesten widerspiegelte. Zweitens wurde das Kabinett exakt am 10. August 1928 über den Beginn der Bauarbeiten am Panzerkreuzer A informiert – also an eben jenem Tag, als die letzte Sitzung des internationalen Sozialistenkongresses in Brüssel stattfand.¹⁶⁷ Hierbei war vor allem die Tatsache, dass Rudolf Hilferding im Jahre 1926 die SAI-Abrüstungskommission ins Leben gerufen hatte, um im Sommer 1928 in seiner Funktion als Reichsfinanzminister den Bau des Panzerkreuzers zu billigen, nur äußerst schwer vermittelbar.

Die SFIO reagierte mehr als erbost auf den Entschluss der SPD-Führung und solidarisierte sich umgehend mit der sozialdemokratischen Basis: Oreste Rosenfeld konstatierte, dass der Panzerkreuzerbau sämtliche Abrüstungsbemühungen sabotiere und Léon Blum sah sich in einem Beitrag dazu verpflichtet, die SPD an ihre internationale Solidarität zu erinnern.¹⁶⁸ Es sei die Pflicht und Schuldigkeit der deutschen Arbeiterbewegung, die SFIO nicht den hämischen Kommentaren der französischen Nationalisten hilflos auszusetzen, wo die französische Arbeiterpartei doch in der Vergangenheit alles daran gesetzt hatte, die SPD nach allen Regeln der Kunst zu unterstützen. Der Kommentar von Blum war alles andere als unberechtigt, immerhin gerieten die französischen Sozialisten im Spätsommer 1928 tatsächlich ins Visier ihrer nationalistischen Kritiker.¹⁶⁹ Grund hierfür war die krasse Unterstützung, die die SFIO der deutschen Schwesterpartei in den vergangenen Monaten in der Frage der Rheinlandräumung zukommen ließ.¹⁷⁰ Indes musste sich insbesondere Léon Blum auch parteiinternen Kritikern stellen, was die Verärgerung über das Verhalten der deutschen Schwesterpartei erheblich vergrößerte.

¹⁶⁵ Ebd.; vgl. W. WACKER, Der Bau des Panzerschiffes »A« und der Reichstag, 1959; C. SEVERING, Mein Lebensweg, Band 2, 1950, S. 137 f.; W. DITTMANN, Erinnerungen, Bd. 3, 1995, S. 944 f.

¹⁶⁶ Vgl. J. F. WRYNN, The Socialist International and the politics of european reconstruction, 1976, S. 110 ff.

¹⁶⁷ Vgl. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 471.

¹⁶⁸ Populaire, 14. 6. 1928; Le Populaire, 20. 6. 1928; H. A. WINKLER, Klassenkampf versus Koalition; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 17, 1991, S. 183–219; hier: S. 194.

¹⁶⁹ Le Temps, 3. 10. 1928; Débats, 16. Juli 1928; Victoire, 19. 6. 1928.

¹⁷⁰ Beispielfhaft: Vorwärts, 7. 8. 1928.

Auch innerhalb der SPD-Führung regte sich Widerstand – und zwar nicht nur gegenüber der eigenen Basis, sondern auch gegenüber der französischen Schwesterpartei: Aus dem Nachlass von Hermann Müller geht beispielsweise hervor, dass sich der deutsche Reichskanzler regelmäßig über den aktuellen Stand des SFIO-Meinungsbildes über den Panzerkreuzerbau informieren ließ. Die Widerworte aus dem Lager der SFIO am Verhalten der deutschen Regierung nahm er dabei höchst kritisch auf, wie an diversen Textauszügen zu zeigen sein wird. Informationen erhielt Hermann Müller von einem Informanten namens »Lenz« direkt aus Paris, der dem Kanzler von der Meinung der französischen Genossen zur Frage des Panzerkreuzerbaus Bericht erstattete.¹⁷¹ Positives hatte der Informant über Léon Blum zu berichten, der sich relativ moderat über den Panzerkreuzerbau geäußert und dabei wiederholt daran erinnert habe, dass man sich im Grunde zu unnütz aufrege. Ganz anders verhalte sich Paul-Boncour, der das Bild vom revanchelüsternden Deutschland regelrecht heraufbeschwöre und permanent auf die »deutsche Gefahr« rekurriere.

Als Lenz sich bei Léon Blum erkundigte hätte, ob die in Deutschland bzw. innerhalb der SPD geführte Debatte über den Panzerkreuzerbau den »Feldzug« der SFIO gegen die konservativen Kräfte im Inland (angestrebte Rheinlandräumung) ungünstig beeinflussen könnten, verneinte er dies überraschenderweise: *»Nur wird man uns französischen Sozialisten bei unserem weiteren Eintreten für die Räumung des Rheinlandes die Frage vorlegen, ob man den deutschen Sozialisten vertrauen darf, die einerseits bei ihrem Wahlfeldzug gegen den Panzerkreuzer Propaganda machten und andererseits der Militärbürokratie den Sieg geben.«*¹⁷² Die sozialistische Parteizeitung »Populaire« habe, so Lenz, zunächst geschwiegen, am 18. und 19. August jedoch einen Artikel über den Panzerkreuzerbau veröffentlicht. Verfasser dieser Artikel war Léon Blum, der dezidiert deutlich machte, dass es falsch sei, wenn die SPD Signale aussende, die von den Gegnern der SFIO falsch interpretiert werden könnten – nämlich als ein Zögern, energisch mit der nationalistischen Politik der Vergangenheit zu brechen.¹⁷³ Insgesamt habe Blum die Debatte als drastischen »Missklang« im deutsch-französischen Verhältnis tituliert. Nichtsdestotrotz seien sowohl die »Populaire« als auch Blum darauf aus, Distanz zu wahren und sich nicht in innerdeutsche Verhältnisse einzumischen.¹⁷⁴ Ein führender SFIO-Politiker habe Lenz gegenüber erklärt, weshalb der Panzerkreuzerbau in Frankreich scharf kritisiert werde: *»In einem Moment, wo die russische Regierung mit den innerrussischen Getreidelieferungen die größten Schwierigkeiten hat, wo im Balkan die italienische Gefahr infolge der albanischen Königserklärung erneut gefahrvoll wächst, hätte man sich in Deutschland von allem kriegesischen Anstrich stärker fernhalten sollen.«* Lenz schloss den Brief an Müller mit dem Fazit, dass der Panzerkreuzerbau innerhalb der SFIO sehr ernst aufgenommen werde. Von einer sozialis-

¹⁷¹ AdsD Bonn, NL Müller, Lenz an Müller, Paris, den 20. August 1928, 1/ HMAG 0000.

¹⁷² Léon Blum; Übersetzung von Lenz. Ebd.

¹⁷³ Le Populaire, 18. und 19. 8. 1928.

¹⁷⁴ AdsD Bonn, NL Müller, Lenz an Müller, Paris, den 20. August 1928, 1/ HMAG 0000.

tischen Regierung hätte man eine solche Politik nicht erwartet, so das Urteil der Franzosen.¹⁷⁵

In seinem Antwortschreiben erwiderte Müller wirsch, dass die »Franzosen urteilen, ohne den Sachverstand zu kennen. Es handelt sich bei der Inangriffnahme des Baus des Panzerkreuzers A um den Bau eines Ersatzschiffes, und war eines der wenigen Schiffe, die der Versailler Vertrag uns zugebilligt hat.« Für Müller war die Entscheidung für den Bau kein Sieg der »Militärbükratie«, sondern ein im Reichstag gefällter Beschluss. Im Übrigen glaube er, wie Blum, nicht daran, dass der Bau den Entschluss der SFIO, die Rheinlandräumung anzustreben, negativ beeinflusse.¹⁷⁶

Um die Friedensliebe der SPD zu unterstreichen erinnerte Müller zudem an die kritischen Julitage vor 1914: »Als die französische Regierung Straßendemonstrationen für den Frieden verbot, hat die Humanité darauf hingewiesen, daß die deutschen Sozialisten unter den Linden gegen den Krieg demonstrierten. Wer angesichts dieser Tatsache an der Friedensliebe der deutschen Sozialisten zweifelt, fälscht Geschichte.« Des Weiteren hätten die Sozialisten in Deutschland niemals behauptet, dass sie nicht marschieren würden, wenn es die politische Lage erforderlich mache. August Bebel habe nie einen Zweifel daran gelassen, dass die Deutschen handeln würden, wenn ein deutsch-russischer Krieg mit französischer Beteiligung ausbräche. Weiter: »Die deutschen Mehrheitssozialisten haben während des Krieges die Auffassung vertreten, daß es sich in diesem Kriege, wie Bebel 1913 gesagt hat, um Sein oder Nichtssein Deutschlands handelte. Die französischen Militaristen haben die Richtigkeit dieses Satzes bestätigt, indem sie Deutschland den Gewaltvertrag von Versailles aufzwangen. Ich glaube mich deutlich genug ausgedrückt zu haben.«¹⁷⁷

Dennoch evozierte die Panzerkreuzerdebatte kein Zerwürfnis innerhalb der bilateralen Beziehungen zwischen SFIO und SPD,¹⁷⁸ wenngleich der bedingungslose Unterstützungskurs Léon Blums für die SPD bezüglich der Rheinlandräumung deutlich ins Wanken geriet.¹⁷⁹ Dies zeigte sich bereits im Vorfeld der Panzerkreuzerdebatte, anlässlich des SFIO Parteitages sowie des SAI-Kongresses in Brüssel im Sommer 1928: Vor allem die Blumsche Forderung nach einer »bedingungslosen Räumung« stieß dem rechten SFIO-Parteiflügel sauer auf, wie an einem Briefwechsel zwischen Pierre Renaudel und dem BIT-Präsidenten, Albert Thomas, beispielhaft deutlich wird.¹⁸⁰ Beide Politiker vertraten ebenso wie der Völkerbundsabgeordnete

¹⁷⁵ Ebd.

¹⁷⁶ AdsD Bonn, NL Müller, Müller an Lenz, 22. August 1928, 1/ HMAG 0042.

¹⁷⁷ Ebd.

¹⁷⁸ Was den Bau des Panzerkreuzers anbelangt, so begann am 15. 11. 1928 die Reichstagsdebatte über den Antrag der SPD auf Einstellung des Projekts. Der Antrag wurde jedoch mit 257 zu 202 Stimmen zurückgewiesen. Eine Regierungskrise bzw. der drohende Bruch der Koalition konnte hierdurch vermieden werden. Vgl. H. A. WINKLER, Der Schein der Normalität, 1987, S. 546 ff.

¹⁷⁹ Kritisch zu Blum bezüglich seiner außenpolitischen Haltung: Victoire, 19. Juni 1928.

¹⁸⁰ Thomas zeigte sich verwirrt ob der Haltung seiner Partei zur Evakuierung des linken Rheinuferes. Er sei ja für die Räumung, wie er Renaudel gegenüber deutlich machte, jedoch wehre er sich gegen die Formulierung der »bedingungslosen Räumung«. In gewisser Weise befand sich der rechte SFIO-Flügel um Boncour, Renaudel und Thomas auf einer Linie mit dem französischen Außenminister, Aristide Briand. Dies überrascht keineswegs, da eben diese Protagonisten auch eine Regierungsbetei-

Paul-Boncour die Auffassung, dass die Forderungen der SFIO deutlich zu weit gingen und dass eine »sofortige« und »bedingungslose« Rheinlandräumung nicht umsetzbar sei.¹⁸¹ Die Ende August aufkommende Debatte über das deutsche Rüstungsprojekt trug vor diesem Hintergrund nicht dazu bei, die widerstrebenden Meinungen innerhalb der französischen Arbeiterpartei auf einer mittleren Linie zu vereinigen – ganz im Gegenteil. Zwar wäre es übertrieben, von einer »Entzweiung« zwischen SPD und SFIO zu sprechen, eine »Erschütterung« des bilateralen Verhältnisses kann hingegen schon festgestellt werden. Aufgrund der widersprüchlichen Haltung der französischen Genossen war die SPD darauf angewiesen, sich anderweitige Unterstützung in der Frage der Rheinlandräumung zu suchen. Die SFIO war, wie im Folgenden zu zeigen sein wird, aus der Perspektive der deutschen Parteiführung nicht mehr der erste Ansprechpartner. Diese Rolle wurde fortan von der britischen Labour Party übernommen.

3.7. *Reparationsfrage, Rheinlandräumung, Abrüstung: Das Vierparteientreffen der SAI in London, Februar 1929*

Wenige Wochen nach dem Brüsseler Kongress der SAI unternahm die SFIO den Versuch, eine Vierparteienkonferenz einzuberufen. Der Generalsekretär der französischen Arbeiterpartei, Paul Faure, informierte die britische Arbeiterpartei darüber, dass sich die CAP für eine gemeinsame Konferenz ausgesprochen habe. Grund hierfür sei die aktuelle internationale Situation, die einer Klärung bedürfe.¹⁸² Dieses Anliegen wurde von der britischen Arbeiterpartei, wie bereits dargelegt, zunächst zurückgewiesen, da die Parteiführung im September 1928 nicht an einer solchen Konferenz interessiert war. Begründet wurde diese Haltung mit der fehlenden »Notwendigkeit« – was durchaus als Reaktion auf die Stagnation der zwischenstaatlichen Verhandlungen interpretiert werden kann.¹⁸³ Indes deutete sich zum Jahreswechsel 1928/29 in den Reihen der Labour Party eine Neubewertung der internationalen Situation an,¹⁸⁴ weswegen das »International Department«, vertreten von William Gillies, ab dem Januar 1929 damit begann, die Vierparteienkonferenz der sozialistischen Parteien, die in London stattfinden sollte, vorzubereiten.¹⁸⁵ Es ist hierbei sicherlich kein Zufall, dass die Vierparteienkonferenz **zeitgleich** mit der Eröffnung der Sachverständigenkonferenz zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit stattfin-

ligung der SFIO, gemeinsam mit den Radikalsozialisten, stark befürworteten, sehr zum Ärger des linken Flügels um A. Bracke oder J. Zyromski. A.N. Paris, NL Albert Thomas, Brief Thomas an Renaudel, 25. 8. 1928, AP/94/385; zur Frage der Regierungsbeteiligung: H. A. WINKLER, Klassenkampf versus Koalition; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 17, 1991, S. 183–219; hier: S. 195 ff.

¹⁸¹ Le Temps, 3. 10. 1928.

¹⁸² IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, Faure an Henderson, 14. 9. 1928, IISG/SAI/1678/6.

¹⁸³ LHASC, National Executive Committee, 25. 9. 1928, LHASC/ LP/EC/Minutes, Juli-September 1928.

¹⁸⁴ Hierzu: LHASC, National Executive Committee, 5. 11. 1928, LHASC/ LP/EC/Minutes, Oktober-Dezember 1928.

¹⁸⁵ IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, Henderson an Gillies, 23. 1. 1929, IISG/SAI/1678/8.

den sollte, die am 9.2.1929 unter dem Vorsitz von Owen Young ihre Arbeit aufnahm.¹⁸⁶

Was den transnational abgewickelten Planungsprozess der Vierparteienkonferenz anbelangt, so wurde die SPD selbstredend in eben diesen miteinbezogen. Wie aus den Akten der SAI hervorgeht, gab es im Vorfeld allerdings ein kleines Missverständnis, aufgrund dessen sich Otto Wels genötigt sah, einen Brief an Henderson zu verfassen.¹⁸⁷ Der Anlass hierfür war ein Memorandum, das im Vorfeld der Konferenz verfasst und vorab an die Parteien entsandt worden war. In dem Antwortschreiben, das Otto Wels im Januar 1929 unterzeichnet hatte, war vonseiten der SPD behauptet worden, dass die deutsche Sozialdemokratie mit jeder Tagesordnung einverstanden sei, die von den Franzosen vorgeschlagen werde. Diese Formulierung beschämte Wels, wie er Henderson gegenüber allzu deutlich machte: »In dem Memorandum, das Sie an die Parteien entsandten, die an der Vierländerkonferenz teilnehmen, befindet sich in dem von mir am 3.1. an Sie gerichteten Schreiben ein Fehler, auf den ich aufmerksam machen muss. Es heißt darin, daß die deutsche Sozialdemokratie mit jeder Tagesordnung einverstanden sei, welche von den französischen Parteigenossen vorgeschlagen [...]. Durch einen Diktierfehler ist der Satz unvollständig aufgenommen worden, denn es heißt »und die Zustimmung unserer belgischen und englischen Freunde gefunden hat.« Es kommt mir natürlich auf die Zustimmung der Engländer sehr wesentlich an [...].«¹⁸⁸

Die Vierparteienkonferenz der SAI traf am 9.2.1929 in London zusammen. Die teilnehmenden Parteien kamen wie bereits auf vorherigen Konferenzen aus Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Belgien. Grund für die Einberufung der Vier-Länder-Konferenz waren die Themenfelder Reparationen, Rheinlandräumung und Abrüstungsfrage. Hier galt es, das weitere Vorgehen zu beraten und eine gemeinsame politische Linie zu verabschieden.¹⁸⁹ Im Anschluss an das Londoner Treffen sollte eine SAI-Exekutivsitzung stattfinden, um die Beschlüsse der Konferenz zu beraten. Damit sollte gewährleistet werden, dass sowohl die tonangebenden Parteien als auch die SAI als solches ausreichend berücksichtigt werden.¹⁹⁰

Folgende Punkte wurden in London beschlossen: Erstens wurde ein Aktionsprogramm der SAI-Exekutive verabschiedet, welches das Entsenden von Petitionen an den Völkerbund beinhaltete. Zweitens wurden die teilnehmenden Parteien dazu angehalten, auf parlamentarischer Ebene auf einen raschen Abschluss der Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission zu drängen. Drittens sollten die Maifeier-

¹⁸⁶ Vgl. L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 368.

¹⁸⁷ Die Zusammenfassung des Briefes findet sich mit Zitat in: IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, Henderson an Gillies, IISG/SAI/1678/13.

¹⁸⁸ Ebd.

¹⁸⁹ Allgemein zur Konferenz: IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, SAI/Vierparteienkonferenz/909.

¹⁹⁰ Hierzu: Vorwärts, 1.2.1929; Vorwärts, 10.2.1929; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 467; LHASC, National Executive Committee, 27.2.1929, LHASC/ LP/EC/Minutes, Februar 1929.

lichkeiten 1929 ganz im Zeichen der Abrüstung stehen, weswegen an diesem Tag verschiedene Propagandainitiativen vonseiten der SAI gestartet werden sollten. Viertens und letztens wurde von der SAI-Exekutive eine engere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften angedacht.¹⁹¹ Inhaltlich wurden des Weiteren die »allgemeinen Grundsätze« der vorherigen Konferenzen von Frankfurt a.M. (1922) und Luxemburg (1926) bestätigt, was zu bedeuten hatte, dass eine Revision des Versailler Friedensvertrags in der Reparationsfrage angestrebt werden sollte.¹⁹²

Der programmatische Höhepunkt der Londoner Beschlüsse war indes nicht die Reparationsfrage, sondern die Entsendung von dreizehntausend Petitionen nach Genf anlässlich der Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission.¹⁹³ Interessant ist hierbei zu erwähnen, dass die Anträge zum einen von kleinen sozialistischen Ortsgruppen und zum anderen von großen Organisationen mit Zehntausenden von Mitgliedern verfasst worden waren.¹⁹⁴ Diese Petitionen wurden anschließend nach Genf versendet,¹⁹⁵ wo sie nach Auffassung von Wels und de Brouckère, die ernsthaft an einen positiven Effekt zu glauben schienen,¹⁹⁶ die »Verschleppung« der Abrüstungsverhandlungen überwinden sollten.¹⁹⁷ Die SAI erhoffte sich von dem »Petitionssturm« also eine Beschleunigung der zwischenstaatlichen Verhandlungen – was sich jedoch als Humbug erwies. Immerhin wusste man im Lager der SPD sehr wohl, dass man den Wahlen in Großbritannien, die im Sommer 1924 stattfinden sollten, wesentlich größere Bedeutung als den SAI-Petitionen beizumessen hatte.¹⁹⁸ Dies war ein entscheidender Unterschied der SPD-Führung gegenüber dem Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterinternationale, das sich dem idealistischen Trug-

¹⁹¹ Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 25. Juli bis. 1. Aug. 1931, S. 68 f.

¹⁹² Hierzu: Internationale Information, Tagungen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 6.1., 1929, S. 60.

¹⁹³ Ausführlich in: IISG, SAI, Abrüstungspetition, 1929, SAI/Abrüstungspetition/1178.

¹⁹⁴ Hierzu: J. F. WRYNN, *The Socialist International and the politics of european reconstruction*, 1976, S. 67; W. KOWALSKI et al., *Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940)*, 1985, S. 142; F. SCHÖBER, *Der internationale Reformismus und die Reparationsfrage*, 1984, S. 159 ff.; S. FEUCHT, *Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933)*, 1998, S. 468.

¹⁹⁵ Die »Aktion zur Abrüstung« wurde gemeinsam mit dem IGB vorbereitet. Internationale Information, Tagungen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 6.1., 1929, S. 60.

¹⁹⁶ Ambivalenter wurde die Aktion innerhalb der SFIO interpretiert: Renaudel lobte den Schritt in der Populaire, während Léon Blum hingegen konstatierte, dass die Zeit, in der der Völkerbund Begeisterung weckte, vorbei sei. *Le Populaire*, 22.2.1929; Internationale Information, Tagungen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 6.1., 1929, S. 79 f.

¹⁹⁷ Vierter Kongress der SAI, S. 70 f. (Rede de Brouckères hierzu); Vorwärts, 16. 4. 1929.

¹⁹⁸ Überhaupt muss nach wie vor von einem gehobenen Stellenwert der Labour Party innerhalb der Arbeiterinternationale ausgegangen werden. Als Arthur Henderson, der an der Exekutivsitzung nicht teilnehmen konnte, seinen Rücktritt als Vorsitzender einreichen wollte, erhob sich großer Protest innerhalb der SAI-Exekutive, die Henderson regelrecht bedrängte, den Posten weiter zu übernehmen. Internationale Information, Tagungen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 6.1., 1929, S. 64.

bild eines »Völkerbunds der Völker« allzu gerne hingab.¹⁹⁹ Tatsächlich befasste sich die Abrüstungskommission des Völkerbundes nur am Rande mit den zahlreichen SAI-Petitionen, ohne dass dabei ein bestimmter Effekt feststellbar gewesen wäre. Weder der SAI noch den tonangebenden sozialistischen Parteien um SPD, SFIO und Labour Party war es gelungen, die zwischenstaatliche Blockade aufzubrechen. Dies überrascht indes keineswegs, da die Probleme auf Regierungsebene schlechthin zu vielschichtig waren, als dass ein transnationaler Parteienverbund eine Universalösung hätte präsentieren können.²⁰⁰

Was die Reparationsfrage anbelangt, so gelang es der SAI mitnichten, ein realistisches Programm zu verabschieden: Die Erneuerung der Beschlüsse von Frankfurt und Luxemburg bedeutete nichts anderes als die Artikulation des Wunsches der sozialistischen Parteien, die deutschen und interalliierten Schulden zu drosseln und die bislang geltenden Bestimmungen aufzuheben.²⁰¹ Im Prinzip wurde also ein »deutschlandfreundlicher« Reparationsplan eingefordert, der, wie noch am Beispiel des Young-Plans zu zeigen sein wird, in keinsten Weise umsetzbar war. Interessant ist hierbei zu erwähnen, dass die Erneuerung der Frankfurter Beschlüsse von 1922 sowohl im Lager der Labour Party, als auch innerhalb der SPD und der SFIO akzeptiert wurde.²⁰² Dieser Umstand muss deshalb mit aller Deutlichkeit hervorgehoben werden, weil die Labour Party nach ihrem Regierungsantritt im Mai 1929 alles daran setzte, den Young-Plan, der den Beschlüssen der Frankfurter Konferenz diametral widersprach, umzusetzen.

Fernab aller Kritik an der SAI muss akzentuiert werden, dass die Zahl der Initiativen des Parteiendreiecks, hier verstanden als Fortsetzung der informellen Diplomatie, keineswegs abnahm.²⁰³ Dies wird beispielhaft an einer Unterredung zwischen dem SPD-Politiker Victor Schiff und dem französischen Ministerpräsidenten, Raymond Poincaré, deutlich, die unmittelbar nach der Londoner Vierparteienkonferenz stattfand.²⁰⁴ Inhaltlich ging es dabei um die innenpolitische Situation in Deutschland, die Vierparteienkonferenz der SAI, die anstehenden Wahlen in Großbritannien sowie

¹⁹⁹ S. FEUCHT, *Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933)*, 1998, S. 468.

²⁰⁰ Vgl. F. KNIPPING, *Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära*, 1987, S. 55f.

²⁰¹ IISG, SAI, *Abrüstungspetition*, 1929, SAI/*Abrüstungspetition*/1178.

²⁰² Anwesend waren in London u.a. die tonangebenden Protagonisten der künftigen Labour-Regierung: Snowden, MacDonald, Henderson. Vgl. J. F. WRYNN, *The Socialist International and the politics of european reconstruction*, 1976, S. 67.

²⁰³ Im Rahmen der Vierparteienkonferenz wurde erneut die Notwendigkeit zur Umsetzung der von W. Wilson formulierten 14 Punkte betont. Somit hatte sich der außenpolitische Horizont der internationalen Sozialdemokratie – trotz des zwischenstaatlichen Verhandlungsstopps – keineswegs verändert. *Internationale Information*, Aufruf an die Arbeiter aller Länder, 28.3.1929, Bd. 6.1., 1929, S. 114 ff.

²⁰⁴ Hierzu: AdsD, NL Müller-Franken, *Niederschrift über eine Unterredung mit R. Poincaré*, aufgezeichnet von V. Schiff, 16.2.1929, 1/HMAG000029.

die Möglichkeit einer frühzeitigen Rheinlandräumung. Die Niederschrift der Unterredung wurde dem deutschen Reichskanzler Hermann Müller zugesandt.

Zu Beginn des Gesprächs mit Schiff bedauerte Poincaré, dass die französische Partei sehr schwach in London vertreten gewesen sei. Er habe den SFIO-Politiker Vincent Auriol ausdrücklich über die außenpolitische Zielsetzung Frankreichs informiert – dieser habe jedoch wie die meisten anderen namhaften Sozialisten krankheitsbedingt absagen müssen.²⁰⁵ Diese beiläufige Bemerkung Poincarés weist ein weiteres Mal klar und deutlich darauf hin, dass die SFIO – wie die SPD oder die Labour Party – eng mit außenpolitischen Institutionen respektive den hierfür zuständigen Politikern kooperierte.

Im Folgenden befragte Poincaré den Sozialdemokraten Schiff über die deutsche Innenpolitik – er befürchtete eine Krise des parlamentarischen Systems –²⁰⁶ und erkundigte sich nach seiner Meinung über die bevorstehenden Wahlen in England. Sowohl Schiff als auch Poincaré waren sich hierbei darüber einig, dass R. MacDonald einen Fehler begehe, wenn er eine Koalition mit den Liberalen kategorisch ausschließe.²⁰⁷

Der eigentliche Kerninhalt der Unterhaltung zwischen Schiff und Poincaré war die Rheinlandräumung. Der französische Ministerpräsident vertrat die Haltung, dass er seine »grundsätzliche Bereitwilligkeit zu einer Politik der frühen Rheinlandräumung unter gewissen Garantien bewiesen« habe. Die Experten seien zusammengetreten und er, Poincaré, hoffe darauf, dass mittlerweile ein befriedigendes Ergebnis vorliege, das eine zeitnahe Räumung ermögliche. Indes machte Victor Schiff sein Gegenüber darauf aufmerksam, dass die Frage der Rheinlandräumung längst nicht mehr im Mittelpunkt der deutschen Politik stehe, »als die deutsche öffentliche Meinung nicht mehr bereit ist, eine frühe Räumung durch besondere Sonderleistungen und Zugeständnisse finanzieller Art zu erkaufen. Vor zweieinhalb Jahren noch – zur Zeit von Thoiry – wäre es vielleicht anders gewesen.«²⁰⁸ Seit Thoiry sei allerdings viel Zeit verstrichen und mittlerweile sei der ursprünglich vorgesehene Räumungstermin nur noch wenige Monate entfernt.²⁰⁹ Anders formuliert vertrat Schiff also die Auffassung, dass die deutsche Regierung nicht länger auf Verhandlungen mit Frankreich angewiesen sei, zumindest nicht in der Räumungsfrage.

²⁰⁵ Blum, Bracke und Auriol seien zu krank gewesen, um teilnehmen zu können und Grumbach sei aufgrund der Interpellationsdebatte im Völkerbund über das Elsass in Paris geblieben, wie Poincaré Schiff gegenüber deutlich machte. Ebd.

²⁰⁶ »Jedenfalls sind die fortwährenden Krisen für ein so junges parlamentarisches Staatswesen wie Deutschland sehr ungesund und sogar gefährlich in einer Zeit, in der der Faschismus sich überall auszudehnen bestrebt ist.« An späterer Stelle des Gesprächs bezog sich Poincaré auch noch auf den Stahlhelm und schlug eine »Allianz gegen den Faschismus« zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien vor. Ebd.; zur innenpolitischen Krise in Folge des Führungswechsels des Zentrums im Januar/Februar 1929 siehe auch: H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, 1998, S. 377 f.

²⁰⁷ AdsD, NL Müller-Franken, Niederschrift über eine Unterredung mit R. Poincaré, aufgezeichnet von V. Schiff, 16. 2. 1929, 1/HMAG000029.

²⁰⁸ Ebd.

²⁰⁹ Vgl. R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008, S. 128 ff.

Dieser Aussage trat Poincaré, der offensichtlich wenig Interesse an einer Abwertung des wohl wichtigsten französischen Faustpfandes hatte, mit dem Argument entgegen, dass die Besatzung immerhin noch ein Jahr andauere. Schiff entgegnete hierauf fast schon lapidar: *»Wenn man aber schon zehn Jahre besetzt ist, kommt es auf ein Jahr mehr oder weniger für die Bevölkerung nicht so sehr an. Und das gilt sogar für die dritte Zone. Dieser Stimmungswechsel in den letzten zwei Jahren ist eine Tatsache, die wir Sozialdemokraten vielleicht später empfunden haben als andere, aber sie ist nun einmal vorhanden.«*²¹⁰ Je später die Räumung erfolge, desto geringer sei ihr Nutzen für die deutsch-französische Annäherung.

Im Folgenden versuchte der französische Ministerpräsident, die Argumente von Schiff abzuschwächen. Darüber hinaus machte er deutlich, dass er ebenfalls eine deutsch-französische Aussöhnung wünsche und dass er eine baldige Regelung aller Probleme ins Auge fasse. Dessen ungeachtet war die Haltung von Schiff kaum an Direktheit zu überbieten gewesen: Die SPD und die deutsche Regierung sprachen sich zwar weiterhin für die vorzeitige Rheinlandräumung aus, allerdings war eben diese kein Kerninhalt ihrer diplomatischen Forderungen mehr. In ihrer Haltung wurde die SPD auch von der Vierparteienkonferenz bestärkt, die, wie Schiff deutlich machte, eine identische Position vertrete.²¹¹

Welchen Zweck SPD, SFIO und Labour Party mit dieser deutlichen Positionierung verfolgten, kann aus den Akten leider nicht erschlossen werden. Ergo sind an dieser Stelle nur Vermutungen möglich, warum und weshalb die vorzeitige Rheinlandräumung vernachlässigt wurde. Schlüssig erscheint das Argument von Schiff, dass die sozialistischen Parteien wie die deutsche Regierung keine allzu großen Hoffnungen auf einen zwischenstaatlichen Ausgleich setzten. Außerdem geht man sicherlich nicht fehl in der Annahme, dass das Parteidreieck zwei zentrale Entwicklungen auf internationaler Ebene abwarten wollte: 1. Den Ausgang der Wahlen in Großbritannien und die mögliche Neuorientierung der britischen Außenpolitik;²¹² 2. Das Gutachten der Sachverständigenkonferenz unter dem Vorsitz von Owen Young zur Klärung der Reparationsfrage. Die Mächtekonstellation zwischen den Locarno-Mächten war aufgrund der bereits erwähnten englisch-französischen Quasientente zu starr,²¹³ als dass allzu große Sprünge möglich gewesen wären, weshalb auch die informelle Diplomatie der Sozialisten wirkungslos verpuffte. Auf Basis dieser Ausführungen ist anzunehmen, dass eine »abrupte« oder »ganzheitliche« Lösung der Abrüstungs- und Reparationsfrage von vornherein ausgeschlossen wurde

²¹⁰ AdsD, NL Müller-Franken, Niederschrift über eine Unterredung mit R. Poincaré, aufgezeichnet von V. Schiff, 16. 2. 1929, 1/HMAG000029.

²¹¹ Ebd.

²¹² Bezüglich der Wahlen in Großbritannien veröffentlichte Arthur Henderson im »Daily Herald« vorab eine umfangreiche Standortbestimmung, in der er seiner Partei große Chancen auf den Wahlsieg einräumte. Diese selbstbewusste Haltung wurde auch gegenüber den ausländischen Genossen vertreten und innerhalb der SAI-Zeitschrift »Internationale Information« entsprechend artikuliert. Daily Herald, 16. 1. 1929; Internationale Information, Henderson über die englischen Wahlen, Bd. 6.1., 1929, S. 19.

²¹³ Vgl. F. KNIPPING, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära, 1987, S. 55 ff.

– nicht nur von sozialistischer Seite: Das deutsche Auswärtige Amt erließ noch im Mai 1929 einen Runderlass, mit der Aufforderung, Geduld zu zeigen und die weitere Entwicklung des internationalen Staatensystems in Ruhe abzuwarten.²¹⁴ Dies galt umso mehr, als der erhoffte Durchbruch in Genf auch nach dem Antritt der Labour-Regierung in Großbritannien zunächst ausblieb.²¹⁵

3.8. Die Konstituierung des Young-Plans und der »Verrat« der Labour Party

3.8.1. Regierungswechsel in Großbritannien: Verschiebung der Mächtekonstellation, Fortsetzung der Verständigungspolitik

Zu Beginn des Jahres 1928 waren der Wilhelmstraße glaubwürdige Informationen zugespielt worden, Poincaré arbeite an einer Fortsetzung der Thoiry-Gespräche. Nachdem sich diese Hoffnung in der Folgezeit zerschlagen hatte, immerhin aber die »Liquidierung des Krieges« im Zuge des Kellogg-Briand-Paktes erreicht werden konnte, stand im Jahre 1929 die Neuregelung der Reparationsfrage an.²¹⁶ Auftakt hierfür war ein Communiqué der Außenminister Großbritanniens, Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Italiens und Japans im Herbst 1928, in dem die Forderung nach einer sofortigen Rheinlandräumung mit der endgültigen Regelung der Reparationsfrage verknüpft wurde.²¹⁷ Aufgrund dessen wurde von Februar bis Juni 1929 die bereits erwähnte Expertenkommission unter dem Vorsitz von Owen D. Young konstituiert, der zwischen den Parteien als »Mediator« verhandeln sollte. Auch wenn das im Sommer 1929 präsentierte Ergebnis von den Historikern majorativ als ein für Deutschland eher erfreulicher Beschluss gewertet wird,²¹⁸ war der Widerstand der deutschen Sachverständigen erheblich. In der Tat kann ein Aspekt des Young-Plans kaum geleugnet werden: Die Regierungen Frankreichs, Belgiens und Italiens stellten exorbitant hohe Forderungen an das Deutsche Reich, das bis 1988, 59 Jahre lang, pro anno 2,5 Milliarden Reichsmark überweisen sollte. So lautete das Ergebnis des im August 1929 vorgestellten Gutachtens der Sachverständigenkonferenz,²¹⁹ das nebenbei bemerkt klar und deutlich gegen die 1922 getroffenen Frankfurter Beschlüsse der SAI »verstieß«.

²¹⁴ Ebd., S. 56.

²¹⁵ Im SPD-Jahrbuch wurde rückblickend über das Jahr 1929 und den Völkerbund festgestellt: »Aus der Praxis des Völkerbundes sind für das vergangene Jahr keine außergewöhnlichen Ergebnisse mitzuteilen. Deutschland und eine Reihe anderer Mächte haben im laufenden Jahre das Genfer Protokoll wegen Verbots des Gaskrieges ratifiziert. – Es sind Bestrebungen im Gange, eine zunächst innereuropäische Wirtschafts- und Handelsverständigung dadurch einzuleiten, daß durch einen mehrjährigen Zollwaffenstillstand die Möglichkeit einer systematischen internationalen Wirtschaftspolitik geschaffen wird. [...]« SPD (Hrsg.), Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1929, 1930, S. 21.

²¹⁶ Hierzu: L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 353 ff.; H. HAGSPIEL, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, 1987, S. 425 ff.

²¹⁷ Vgl. P. KRÜGER, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, 1985, S. 428 ff.

²¹⁸ Zu den Ergebnissen der Konferenz sowie den Details des Reparationsplanes, siehe u.a.: H. HAGSPIEL, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, 1987, S. 427.

²¹⁹ Vgl. K. HILDEBRAND, Das vergangene Reich, 2008, S. 499 f.

Dennoch stellte die sich abzeichnende Fortsetzung der Verständigungspolitik im Zuge des Young-Plans einen deutlichen Fortschritt gegenüber den »verlorenen Jahren« zwischen Thoiry und Den Haag dar.²²⁰ Die wichtigste Voraussetzung hierfür war, wie Franz Knipping glaubwürdig darlegt, eine Verschiebung jener Mächtokonstellation, die zwischen dem Herbst 1926 und dem Frühjahr 1929 für einen relativen Verhandlungsstau gesorgt hatte. Ein entscheidender Faktor hierfür war die Neubesetzung der britischen Regierung im Sommer 1929.²²¹

In London hatte sich im Sommer 1929 eine neue Regierung konstituiert. Die Labour Party stieg im Zuge der Wahlen in Großbritannien vom 30. Mai zur stärksten Partei auf,²²² während die Konservativen eine empfindliche Niederlage hinnehmen mussten.²²³ Der neue und alte Labour-Premier lautete Ramsay MacDonald, Außenminister wurde Arthur Henderson,²²⁴ Schatzkanzler Philip Snowden.²²⁵ Die Wahlen in Großbritannien waren vor allem für die SPD ein großer Hoffnungsträger gewesen. Bereits im Oktober 1928 war MacDonald in Berlin gewesen, wo er den anwesenden Delegierten bei seiner Rede vor dem deutschen Reichstag große Hoffnungen gemacht hatte: Die Rheinlandräumung sei für ihn eines der zentralen Themen der europäischen Verständigung, so sein Fazit.²²⁶ Während seines Aufenthalts in Paris, den er kurz darauf im Dezember 1928 absolvierte, schlug MacDonald wesentlich kritischere Töne an und forderte eine Intensivierung der französischen Abrüstungsbemühungen.²²⁷ Insofern durfte die SPD wie das Parteiendreieck als solches berechnete Hoffnungen hegen, dass der Regierungswechsel in Großbritannien einen Klimawechsel im internationalen System zugunsten einer nachhaltigeren Verständigungspolitik bewirken würde.

Jedoch blieb der erhoffte Durchbruch zunächst aus: Die britische Arbeiterpartei vermochte weder innen- noch außenpolitisch genuin sozialistische Akzente zu setzen und verlor im Zuge der Weltwirtschaftskrise gänzlich die Kontrolle über das Regierungsgeschäft, weshalb die zweite Regierung MacDonald überwiegend negativ

²²⁰ F. SIEBERT, Aristide Briand: 1862–1932, 1973, S. 427 ff.

²²¹ Vgl. F. KNIPPING, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära, 1987, S. 55 ff.

²²² Im März 1929 bemerkte das Internationale sozialistische Büro, dass die Labour Party »im unwiderstehlichen Vormarsch« sei. Die »Siegeshoffnungen« der Internationale wurden in einem äußerst euphorisch klingenden Text mit den Wahlsiegen in Großbritannien, Dänemark, Belgien und Holland begründet. Internationale Information, Aufruf an die Arbeiter aller Länder, 28. 3. 1929, Bd. 6.1., 1929, S. 116.

²²³ Hierzu: D. CARLTON, MacDonald versus Henderson, 1970, S. 15 f.; G. D. H. COLE, A History of the Labour Party from 1914, 1948, S. 222; D. HOWELL, MacDonald's Party: Labour Identities and Crisis 1922–31, 2002; D. MARQUAND, Ramsay MacDonald, 1977, S. 489 ff.

²²⁴ In der SAI internen »Internationalen Information« wurde die Nominierung Hendersons in den höchsten Tönen gelobt, auch wenn man gleichzeitig bedauerte, dass Henderson seinen Vorsitz innerhalb der SAI niederlegen müsse. Internationale Information, Arthur Henderson, 14. 6. 1929, Bd. 6.1., 1929, S. 238.

²²⁵ Vgl. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 369 ff.

²²⁶ The Times, 16. 10. 1928; The Miner, 25. 10. 1928.

²²⁷ Manchester Guardian, 11. 12. 1928; Daily Telegraph, 11. 12. 1928.

bewertet wird.²²⁸ In ihrem Parteiprogramm »Labour and the Nation« hatte die Labour Party noch für einen Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung plädiert und die hierfür nötigen Schritte aufgezählt. Jedoch fand der graduellen »Übergang« hin zu einer besseren, einer sozialistischen Gesellschaft nie statt: Höhepunkt der Demaskierung sozialistischer Propaganda war der Zerfall der Labour-Regierung im Sommer 1931 aufgrund interner Streitigkeiten über die Kürzung der Arbeitslosenversicherung, die von Teilen der Parteiführung befürwortet wurde.²²⁹ Auch die Außenpolitik der britischen Regierung stand im Kreuzfeuer der Kritik. Erwähnenswert ist dieser Aspekt deshalb, weil die kritischen Stimmen überwiegend aus dem sozialistischen Lager kamen. Grund hierfür war vor allem die Politik des Labour-Schatzkanzlers, Philip Snowden, im Zuge der ersten Haager Regierungskonferenz über den Young-Plan (August 1929), die an späterer Stelle noch diskutiert werden wird.²³⁰

3.8.2. *Informelle Diplomatie des Parteiendreiecks im Vorfeld der Haager Konferenz: Die England-Reise von R. Breitscheid*

Grundsätzlich wurde der Young-Plan bzw. die Einberufung der Sachverständigenkonferenz (Frühjahr 1929) im Lager des Parteiendreiecks positiv angenommen.²³¹ Eben deshalb arbeiteten SPD, SFIO und Labour Party im Vorfeld der Ersten Haager Konferenz im Hintergrund an der Realisierung des Young-Plans, indem über informelle Kontakte der Sozialisten zwischenstaatliche Vorverhandlungen initiiert wurden. Vor allem die SPD tat sich darin hervor, sämtliche Kanäle miteinzubeziehen, um einen für Deutschland günstigen Ausgang der bevorstehenden Verhandlungen zu erreichen.

²²⁸ R. SKIDELSKY, *Politicians and the Slump. The Labour Government of 1929–1931*, 1967.

²²⁹ Im Juli 1931 hatte die Arbeitslosigkeit in Großbritannien bereits 2.750.000 Arbeiter ergriffen, weshalb über die Annahme amerikanische Staatsanleihen diskutiert wurde. Die New York Reserve Bank knüpfte diese jedoch an die Einschränkung der Staatsausgaben, weshalb der Finanzminister, P. Snowden, die Kürzung der Arbeitslosenversicherung vorschlug. Eben diese hätte im Zuge des Wahlkampfes erhöht werden sollen. R. MacDonald sprach sich für diesen Schritt aus, der Außenminister A. Henderson und die Gewerkschaften stemmten sich jedoch dagegen. Schlussendlich zerbrach die Labour-Regierung unter anderem an dieser Frage, woraufhin der englische Premier MacDonald im Auftrag des Königs ein »National Government« formierte und in der Folgezeit von seiner Partei als »Verräter« gebrandmarkt wurde. Vgl. J. BRAUNTHAL, *Geschichte der Internationale*, 1963, Bd. 2, S. 370 ff.; kritisch zu dem negativen Bild über R. MacDonald: D. MARQUAND, *Ramsay MacDonald*, 1977.

²³⁰ Hierzu: IISG, SAI, Bureau, Briefwechsel über die Konferenz im Haag, August 1929, IISG/SAI/Bureau/635; W. KOWALSKI et al., *Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940)*, 1985, S. 142 f.; J. F. WRYNN, *The Socialist International and the politics of european reconstruction*, 1976, S. 67.

²³¹ *Internationale Information*, Wir fordern die Abrüstung, 13. 4. 1929, Bd. 6.1., 1929, S. 143; ebd., *Der Kampf um die Abrüstung*, 16. 4. 1929, Bd. 6.1., 1929, S. 147 ff.

Zu diesem Zweck unternahm Hermann Müller bereits im Juni 1929 den Versuch, direkte Tuchfühlung mit dem frischgebackenen englischen Premierminister aufzunehmen, um ihm zu dessen Wahlsieg zu gratulieren und nebenbei vorzuschlagen, gemeinsam für den Frieden in Europa zu streiten.²³² Aus deutscher Sicht gab es in der Tat gute Gründe, sich an die britische Regierung anzulehnen: Wie Egon Wertheimer in einem Brief an Hermann Müller deutlich machte, sei die Labour Party »absolut entschlossen, mit der möglichst baldigen Räumung des Rheinlandes zu beginnen. Sie hält es naturgemäß für richtig, ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich und Belgien durchzusetzen.«²³³ Zuvor hatte sich Wertheimer mit dem britischen Staatssekretär im Foreign Office, Hugh Dalton, über die anstehenden zwischenstaatlichen Verhandlungen zur Klärung der Reparations- und Räumungsfrage unterhalten. Dieser habe deutlich gemacht, »daß seine Regierung entschlossen ist, die Truppen alleine zurückzuziehen, falls sich aufseiten Frankreichs oder Belgiens eine Verzögerung über den September hinaus einstellen sollte.«²³⁴ Die Forderung nach einer Verknüpfung der Rheinlandräumung mit der Saarfrage wurde von Dalton kritisch gesehen: Er sei der Meinung – »und er spricht hierbei die Auffassung Hendersons und MacDonalds aus, wie ich weiß« – dass man im Verlauf der anstehenden Verhandlungen diesen Punkt zurückziehen müsse. Die britische Regierung habe zwar Verständnis für die deutsche Position, allerdings könne sie der Regierung Müller in der Saarfrage keine Unterstützung gewähren.²³⁵ Insgesamt spreche sich die Labour Party für die unveränderte Annahme des Young-Plans aus, so das Fazit Wertheimers.²³⁶

Auf Basis dieser wichtigen Erkenntnisse begab sich Rudolf Breitscheid im Juni/ Juli 1929 wieder auf Reisen.²³⁷ Seine erste Station war Paris, um sich mit den SFIO-Führern zu treffen.²³⁸ Ziel war es, die Unterstützung der französischen Schwesterpartei in der Frage der Rheinlandräumung einzuholen, wie auch aus den Akten-

²³² »I am standing at the top of the German government like you of the English one. I know, that we are in perfect harmony, that all must be done, to save peace of Europe, which guarantees the welfare of our nations.« MacDonald nahm die Botschaft Müllers wohlwollend auf, antwortete, er wolle mit dem deutschen Kanzler den Frieden in Europa sichern. AdsD, NL Hermann Müller-Franken, Müller an MacDonald, 8. 6. 1929, 1/HMAG 000043/283; Antwort MacDonalds (mehrere Briefe): AdsD, NL Hermann Müller-Franken, MacDonald an Müller, 1/HMAG 000056–59.

²³³ AdsD, NL Hermann Müller-Franken, Wertheimer an Müller, 24. 6. 1929, 1/HMAG 000028/41.

²³⁴ Ebd.

²³⁵ Ebd.

²³⁶ Bereits zum 1. Mai 1929 hatte die britische Arbeiterpartei ein umfassendes Manifest veröffentlicht, in dem die Modifikation der britischen Friedenspolitik besonders hervorgehoben wurde. Verfasst wurde das Schriftstück von Clynes, MacDonald, Henderson sowie Morrison. Inhaltlich forderte die Labour Party einen Kurswechsel in der britischen Außenpolitik sowie eine Fortsetzung der internationalen Verständigungspolitik. Daily Herald, 1. 5. 1929; Internationale Information, Manifest der britischen Arbeiterpartei, 6. 5. 1929, Bd. 6.1., 1929, S. 174.

²³⁷ PA, NL Stresemann, Breitscheid an Stresemann, 22. 7. 1929, Bd. 83, H000150.

²³⁸ Im Vorfeld war Breitscheid darum bemüht, Tuchfühlung mit Stresemann aufzunehmen, um ein Gespräch zwischen ihm und Grumbach zu arrangieren. PA, NL Stresemann, Breitscheid an Stresemann, 1. 6. 1929, Bd. 81, H170046 ff.

beständen der französischen Polizei hervorgeht.²³⁹ Grundsätzlich gestaltete sich die Position der französischen Sozialisten diesbezüglich latent chaotisch, insofern der Young-Plan teilweise befürwortet, teilweise abgelehnt wurde,²⁴⁰ was indes von der konservativen französischen Presse, die der SFIO »Verrat« unterstellte, konsequent ignoriert wurde.²⁴¹ Ob es Breitscheid gelang, die Haltung der SFIO im gewünschten Sinne zu beeinflussen, geht aus den Quellen leider nicht klar genug hervor. Belegt wird jedoch, dass sich der Sozialdemokrat mehrfach exponierte und offensiv für die Räumung eintrat.²⁴² Des Weiteren beteiligte sich Breitscheid, gemeinsam mit Vandervelde und Adler, auch an den Feierlichkeiten zur Einweihung des neuen Pariser Parteihauses der SFIO.²⁴³

Im Anschluss hieran reiste Breitscheid nach London. Dort traf sich der Sozialdemokrat mit Hugh Dalton sowie einigen anderen wichtigen Labour-Persönlichkeiten, darunter Henderson, um die britische Haltung bez. des Young-Plans auszuloten. Im unmittelbaren Vorfeld hatte sich Hermann Müller postalisch an Breitscheid gewandt und die Bitte geäußert, bei William Gillies nachzufragen, ob ein Aufenthalt des Sozialdemokraten momentan überhaupt erwünscht sei von der Labour Party.²⁴⁴ Der Reichskanzler gab sich demnach sehr vorsichtig und wollte die transnationalen Kontakte der SPD im Vorfeld der zwischenstaatlichen Verhandlungen nicht allzu offensichtlich ausspielen. Grundsätzlich empfahl er Breitscheid aber, die Reise vom Auswärtigen Amt finanzieren zu lassen, da sein Aufenthalt in der britischen Hauptstadt auch »im deutschen Interesse liege«.²⁴⁵

Im Anschluss an seine London-Reise fertigte Breitscheid einen umfassenden Bericht an, den er an Stresemann, Müller, Hilferding und Sthamer versandte. In dem Dokument wies Breitscheid dezidiert darauf hin, dass »meine Reise jedes amtlichen Charakters entbehre«.²⁴⁶ Das hielt den Sozialdemokraten allerdings nicht davon ab,

²³⁹ A.N. Paris, *Activités socialistes. Classement départemental* (1926, 1928–1932), Seine, Polizeibericht, 29. Juli 1929, F7/13080; Peuple, 1.7.1929.

²⁴⁰ Vgl. G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 309.

²⁴¹ Hier wurde der französischen Partei unterstellt, sie arbeite mit den »europäischen Sozialistenführern« zusammen, gegen die französische Regierung: Beispielsweise wurde im Figaro darüber spekuliert, dass es eine »internationale Absprache« zwischen Blum, MacDonald und Müller gäbe, um die gemeinsamen Vorstellungen in punkto Reparations- und Rheinlandfrage gemeinsam umsetzen zu können. Ein Briefwechsel Hermann Müllers mit Breitscheid, in dem sich ersterer dezidiert über die SFIO beschwerte, belegt jedoch, dass diese Absprache entweder niemals vereinbart wurde, oder aber erstaunlich schlecht funktionierte. Figaro, 11.6.1929; kritisch zur »deutschlandfreundlichen« Haltung der SFIO siehe auch: Ami du Peuple, 12.6.1929; zum Briefwechsel Müller – Breitscheid: AdsD Bonn, NL Müller, Brief von Hermann Müller an Rudolf Breitscheid, Bad Mergentheim vom 10. Juli 1929, 1/HMAG 000012.

²⁴² A.N. Paris, *Activités socialistes. Classement départemental* (1926, 1928–1932), Seine, Polizeibericht, 29. Juli 1929, F7/13080; Peuple, 1.7.1929.

²⁴³ Internationale Information, Einweihung des Pariser Parteihauses, 30.6.1929, Bd. 6.2., 1929, S. 307.

²⁴⁴ AdsD Bonn, NL Müller, Brief von Hermann Müller an Rudolf Breitscheid, Bad Mergentheim vom 10. Juli 1929, 1/HMAG 000012.

²⁴⁵ Ebd.

²⁴⁶ PA, NL Stresemann, Breitscheid an Stresemann, 22.7.1929, Bd. 83, H000150.

für die anstehenden Verhandlungen in Den Haag höchst relevante Informationen einzuholen: »Festzustellen ist erfreulicherweise, daß bei der Labour-Regierung der ernste und dringende Wille vorhanden ist, die gemeinsame Räumung des Rheinlandes alsbald auf die Annahme des Young-Plans folgen zu lassen. Sowohl von Dalton wie von Henderson wurde mir die Frage vorgelegt, ob wir, wenn die Franzosen nicht räumen wollen, einen separaten Abzug der Engländer wünschen.«²⁴⁷ Wie zuvor Wertheimer konnte auch Breitscheid die für Deutschland höchst relevante Botschaft übermitteln, dass die Labour-Regierung unbedingt gewillt war, die Rheinlandräumung so bald wie möglich in die Tat umzusetzen – zur Not auch gegen französischen Willen.

Was Briands Vorschlag einer internationalen »Feststellungs- und Schlichtungskommission« (Commission de Constatation et de Conciliation) anbetraf,²⁴⁸ so teilte der britische Außenminister, Henderson, offensichtlich die Auffassung der deutschen Regierung: Eine Ausdehnung der Kommissionsarbeit über 1935 hinaus werde auch von britischer Seite aus verneint.²⁴⁹ Gleichmaßen lehne Henderson die Verknüpfung von Rheinlandräumung und »Mobilisierbarkeit der deutschen Zahlungen«, die von französischer Seite eingefordert wurde, strikt ab. Breitscheid vermerkte hierüber in seinen Aufzeichnungen: »Als ich die in französischen Kreisen angeblich auf amerikanische Anregung hin aufgetauchte Idee einer solchen Verkuppelung vorbrachte, wurde Henderson fast erregt und meinte, die Franzosen hätten keinerlei Recht, neue Bedingungen vorzuschreiben. Wenn der Young-Plan angenommen sei, müsse eben geräumt werden.«²⁵⁰

Der Eindruck Breitscheids lautete, dass die britische Regierung den Young-Plan eins zu eins umsetzen wolle. Eben deshalb sei Henderson zu keinem großen Entgegenkommen bereit gewesen, als Breitscheid die Saarfrage thematisiert habe:²⁵¹ »Er (Henderson, Anm. d. V.) hielt sich an das Genfer Communiqué vom Vorjahr. Darin sei von der Saar nicht die Rede. [...] Henderson warnte dringend davor, die Saarfrage ausdrücklich auf die ›Agenda‹ zu setzen und hielt so gar die Formulierung ›mit dem Young-Plan zusammenhängende politische Angelegenheit‹ für bedenklich, da die Franzosen sofort fragen würden,

²⁴⁷ Ebd.

²⁴⁸ Diese Kommission sollte u.a. die Demilitarisierung des Rheinlandes nach dem Abzug der alliierten Truppen überwachen. Problematisch war hierbei, dass die deutsche Regierung eine Beschränkung der Arbeit der CCC bis 1935/36 forderte, während Frankreich dazu neigte, den zeitlichen Rahmen der Überwachung möglichst auszudehnen, um das aus französischer Sicht nach dem Truppenabzug entstehende »Sicherheitsleck« zu schließen. Hierzu: F. KNIPPING, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära, 1987, S. 41; R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008, S. 362 u. 385.

²⁴⁹ PA, NL Stresemann, Breitscheid an Stresemann, 22.7.1929, Bd. 83, H000150.

²⁵⁰ Ebd.

²⁵¹ Das Saarland wurde im Zuge des Versailler Vertrages aus dem Deutschen Reich ausgegliedert und stand 15 Jahre unter dem Mandatsgebiet des Völkerbundes. In der zweiten Hälfte der 20iger Jahre unternahmen die deutschen Reichsregierungen diverse Versuche, eine wirtschaftliche Angliederung des Saarlandes zu erreichen. Hierbei ging es insbesondere um die lukrativen Saargruben. Im Zuge des Young-Plans konnte schließlich erreicht werden, dass Verhandlungen zur Saarfrage aufgenommen wurden. Vgl. R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008, S. 387; zur Saarfrage im Kabinett Müller, siehe: Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930, Band 2, August 1929 bis März 1930, Dokument Nr. 293, Chefbesprechung vom 17. September 1929, Saarfrage; M. VOGT (Hrsg.), 1971.

was darunter zu verstehen sei, und sie dann ihrerseits möglicherweise noch mit anderen Dingen kämen.«²⁵² Sachlich habe er zwar nichts gegen die deutschen Forderungen einzuwenden, allerdings erscheine es ihm am besten, wenn die deutschen Vertreter das Thema im Verlauf der Generaldebatte hintenanstellen würden. Breitscheid vermerkte hierzu, dass ihm die englische Unterstützung zweifelhaft erscheine, »obwohl ich mich sehr lebhaft bemühte, Henderson den deutschen Standpunkt nahe zu bringen.«²⁵³

Die England- und Parisreise von Rudolf Breitscheid demonstriert, dass es innerhalb des Parteiendreiecks weiterhin einen regen diplomatischen Austausch gab. Während sich die SAI zurückhielt und in erster Linie wohlwollende Neutralität wahren wollte, bemühte sich die Regierung Hermann Müller darum, mit Hilfe inoffizieller »Vorverhandlungen« mit der britischen Regierung eine günstige Ausgangsposition für die anstehende Haager Konferenz zu erreichen. Inwiefern es gelang, während der Haager Konferenz eine für Deutschland bzw. das Parteiendreieck günstige Position einzunehmen, wird im Folgekapitel in einem kurzen Abriss diskutiert werden.

3.8.3. »Every Conference had to have its crisis« – Den Haag und der erbitterte Widerstand Philip Snowdens gegen den Young-Plan

Im Haag (August 1929) zeigte sich recht schnell, dass die informellen Vorarbeiten der sozialdemokratischen Mittlerpersönlichkeiten keinen Effekt auf den Konferenzverlauf selbst hatten. Dieser war in erster Linie von der geradezu störrischen Haltung des frankophoben englischen Finanzministers Philip Snowden geprägt: Der Brite forderte wie bereits angedeutet einen höheren Reparationsanteil für Großbritannien sowie ein rasches Ende der Sachlieferungen, die dem britischen Export schaden würden.²⁵⁴ Bereits im Vorfeld der Haager Konferenz hatte er aus seiner Ablehnung für den Young-Plan kaum einen Hehl gemacht.²⁵⁵ Weil er die öffentliche Meinung Großbritanniens hinter sich wusste – nach seiner Rückkehr wurde ihm vom britischen König aufgrund seines »patriotischen Verhaltens« ein Empfang bereitet –, konnte er die parteiinternen Umstimmungsversuche geflissentlich ignorieren und an seinem Kurs festhalten.²⁵⁶ Dementsprechend hatten die Beschwichti-

²⁵² PA, NL Stresemann, Breitscheid an Stresemann, 22.7.1929, Bd. 83, H000150.

²⁵³ Abschließend berichtete Breitscheid über den Ärger der Briten über die schwierige Suche nach einem Tagungsort für die Konferenz, die »Auseinandersetzungen« zwischen Snowden und Henderson sowie seine Einschätzung, dass die Labour-Regierung gefestigt dastehe und noch »eine ganze Weile« im Amt bleibe. Ebd.

²⁵⁴ Hierzu: J. JACOBSON, Locarno Diplomacy, 1972, S. 285; P. HEYDE, Das Ende der Reparationen, 1998, S. 50 ff.; Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930, Band 2, August 1929 bis März 1930, Dokument Nr. 260, Staatssekretär Meissner an Staatssekretär Pünder, 7. August 1929.

²⁵⁵ Hierzu: D. CARLTON, MacDonald versus Henderson, 1970, S. 38 ff.

²⁵⁶ Im Verlauf der Haager Konferenz wandte sich der US-amerikanische Bankier Lamont an MacDonald mit der Bitte, seinen Finanzminister zur Mäßigung aufzurufen. Tatsächlich gewährte MacDonald jedoch volle Handlungsfreiheit, die er Snowden in einem Telegramm übermittelte. Ebd., S. 53.

gungsversuche von Henderson, der sich im Vorfeld für Deutschland stark gemacht hatte, kaum Einfluss auf den Schatzkanzler.

Problematisch war hierbei, dass Snowdens Forderungen den erbitterten Widerstand Frankreichs auf den Plan rief: Briand machte im Verlauf der Haager Konferenz mehrfach deutlich, dass eine Rheinlandräumung nicht ohne die Lösung der Finanz- bzw. Reparationsfrage umgesetzt werden könne. Hieran konnte auch Hendersons Ankündigung, Großbritannien werde zur Not einseitig abziehen, wenig ändern.²⁵⁷ Dieser Entwicklung stand die deutsche Delegation geradezu hilflos gegenüber, weil sie kaum Druckmittel in der Hand hielt: Stresemann betonte zwar den möglichen Schaden für die deutsch-französischen Beziehungen im Falle eines Scheiterns der Konferenz, jedoch war das Repertoire deutscher Verhandlungskunst damit bereits erschöpft.²⁵⁸

Schlussendlich gelang es am 28. 8. 1929, doch einen Kompromiss zu vereinbaren: Die Annuitäten wurden zugunsten Großbritanniens erhöht, außerdem erhielt das Inselreich die Überschüsse der noch anfallenden Dawes-Zahlungen, die im Vergleich zum Young-Plan wesentlich höher ausfielen. Damit konnte Snowden einen Großteil seiner Forderungen gegenüber Frankreich durchsetzen.²⁵⁹ Am 31. August unterzeichneten die im Haag versammelten Teilnehmer ein Protokoll, welches den Young-Plan befürwortete. Im Hinblick auf das Rheinland wurde vereinbart, die Räumung bis zum 30. Juni 1930 vollständig durchzuführen. Die noch ungelösten Probleme wurden im Zuge der zweiten Haager Konferenz, die vom 3. bis 20. Januar 1930 stattfand, verhandelt.²⁶⁰

3.8.4. Haltung der SAI zum Young-Plan: »Pflichterfüllung« statt Profilneurose

Aus der Perspektive der Sozialistischen Arbeiterinternationale und ihrer tragenden Akteuren war Snowdens politischer »Amoklauf« äußerst relevant: Indem der Brite die Aufschlüsselung der Reparationsleistungen zugunsten Großbritanniens unter Verzicht auf Warenlieferungen einforderte, ignorierte er die Frankfurter Reparationsbeschlüsse der SAI von 1922 und rekurrierte stattdessen auf den Beschluss der »imperialistischen Regierungen« in Spa (1920).²⁶¹

Trotz dieses Affronts verhielt sich das SAI-Bureau indes sowohl vor als nach der Haager Konferenz erstaunlich neutral gegenüber der sich abzeichnenden Konstituierung des Young-Plans: Die SAI-Exekutive hatte weder in London (Februar 1929)

²⁵⁷ Vgl. R. BLESSING, *Der mögliche Frieden*, 2008, S. 386.

²⁵⁸ Vgl. J. JACOBSON, *Locarno Diplomacy*, 1972, S. 317.

²⁵⁹ Vgl. D. CARLTON, *MacDonald versus Henderson*, 1970, S. 386.

²⁶⁰ Zur Bewertung des Young-Plans: ebd., S. 387; P. HEYDE, *Das Ende der Reparationen*, 1998, S. 49 f.

²⁶¹ Vgl. W. KOWALSKI et al., *Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940)*, 1985, S. 142.

noch in ihrer im Juli 1929 stattfindenden Sitzung dafür gesorgt,²⁶² dass der Young-Plan, dessen groben Umriss bereits zum Zeitpunkt der Einberufung der Sachverständigenkonferenz zu erahnen waren, in irgendeiner Art und Weise kritisiert wurde.²⁶³ Faktisch erhob die SAI keine grundsätzlichen Einwände gegen das Ergebnis der Sachverständigenkonferenz, das offensichtlich innerhalb der Exekutive mehrheitsfähig war.²⁶⁴ Im SPD-Jahrbuch wurde hierzu, eine Presseerklärung der SAI zitierend, bemerkt: »Kurz vor dem Zusammentritt der Haager Konferenz verwies die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale auf die unermüdlichen Bemühungen der deutschen, englischen, französischen und italienischen Sozialisten, die darauf gerichtet waren, die Lösungen zu finden, nach denen sich unter dem Druck der Ereignisse und der öffentlichen Meinung die Regierungen orientieren müssen in Bezug auf: 1. [...] Reparationen [...]; 2. Den Rückzug der ausländischen Truppen aus dem Rheinland; 3. Die Abrüstung zur See, zu Land und in der Luft. [...] Die Annahme des Young-Planes muß notwendigerweise die Räumung des Rheinlandes ohne weiteren Aufschub [...] zur Folge haben.«²⁶⁵

Während der Young-Plan akzeptiert wurde, bot das Verhalten Philip Snowdens im Speziellen durchaus Anlass zur Kritik: Am 25. August verfasste der einflussreiche belgische Sozialist Emile Vandervelde einen Brief, der wenig später an die Mitglieder des SAI Bureaus versandt und in der »Internationalen Information« publiziert wurde. Darin bezog er sich ausdrücklich auf die Haager Regierungskonferenz, erinnerte an die Reparationsbeschlüsse der SAI – und entlud seinen Zorn gegen den britischen Schatzkanzler:²⁶⁶ »Bei unserer Züricher Tagung haben wir in einer einstimmig beschlossenen Resolution an die Beschlüsse von Frankfurt und Hamburg erinnert, die die durch Deutschland zu leistenden Zahlungen einzig auf die eigentlichen Reparationen beschränken (unter Ausschluß der Militärpensionen). Seit dem ersten Tag der Konferenz verteidigt jedoch Snowden, übrigens von seinen politischen Freunden unterstützt, leidenschaftlich eine These – die Aufrechterhaltung der Prozentsätze von Spa – die ihn in eine sehr starke Stellung gegen-

²⁶² Im Zuge der Sitzung der SAI Exekutive am 28. Juli wurde gefordert: »1. Die endgültige Regelung des Problems der Reparationen in Verbindung mit dem der Schulden. 2. Den Rückzug der ausländischen Truppen aus dem Rheinland. 3. Die Abrüstung zur See zu Land und in der Luft.« Die Annahme des Young-Planes müsse die Räumung des Rheinlands zur Folge haben, so das Fazit der Exekutive. Explizit wurde auf das Anliegen MacDonalds, die Abrüstung zur See zu forcieren, eingegangen und entsprechend positiv hervorgehoben. Im Rahmen der Züricher Sitzung waren anwesend: Crispin, Stelling, Vogel (SPD); Bracke, Longuet (SFIO); Brockway, Gillies, Jenkins (Großbritannien). Internationale Information, Internationale und Regierungskonferenzen, 28.7.1929, Bd. 6.2., 1929, S. 312 ff. und 318.

²⁶³ Gewiss, die »Demokratisierung« des Völkerbundes blieb freilich ein Kampfbegriff der SAI-Publikationen, jedoch zielten eben diese mehr auf Strukturveränderungen ab, als dass sie konkrete und aktuelle Fragen der internationalen Beziehungen thematisierten. Internationale Information, Die Abrüstungsaktion der Internationale, April 1929, Bd. 6.1., 1929, S. 164 ff.

²⁶⁴ Hierzu: W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 142.

²⁶⁵ SPD (Hrsg.), Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1929, 1930, S. 266 f.

²⁶⁶ Die folgenden Briefwechsel zwischen Adler, Roosbroek und Vandervelde sind deshalb von Relevanz für die Dissertation, weil die drei sozialistischen Autoren dezidiert Bezug auf das Parteiendreieck nahmen und ihre Ausführungen über das internationale System Rückschlüsse auf die Beziehungen zwischen SPD, SFIO und Labour Party zulassen.

über Briand und Jaspar bringt [...]»²⁶⁷ In Anbetracht der deutlichen Haltung von Snowden hätten die sozialistischen Zeitungen, so Vandervelde, widersprüchliche Positionen eingenommen und sich entweder für oder gegen seine Forderungen ausgesprochen. Der »Daily Herald« unterstütze den britischen Schatzkanzler, während der ILP-geführte »New Leader« das genaue Gegenteil verkünde. Der »Vorwärts« teile die Meinung Snowdens, während Blum und er (Vandervelde) den Briten scharf kritisieren würden. »Und diese Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialisten sind umso gefährlicher, als in der Zwischenzeit die Rechtsparteien die Situation ausnützen, um die öffentliche Meinung Frankreichs gegen die Internationale aufzubetzen und vor allem um die Rheinlandräumung Bedingungen und Terminen zu unterstellen, die wir alle einmütig als unzulässig beurteilen.«²⁶⁸ In dieser schwierigen Situation »brilliere« die Internationale vor allem durch ihr Schweigen. Damit warf Vandervelde der SAI unverblümt Untätigkeit vor angesichts der aktuellen internationalen Entwicklung.²⁶⁹

Die Ausführungen des Belgiers machen deutlich, dass das Parteidreieck in der Frage des Young-Plans gespalten war.²⁷⁰ Während sich SPD und Labour Party gegenseitige Schützenhilfe gewährten, wettete die SFIO gegen die neuen Reparationsforderungen und kritisierte den britischen Schatzkanzler Snowden. Wie aus den zahlreichen Artikeln des SFIO-Parteiführers, Léon Blum für die »Populaire« hervorgeht, bewertete er das Vorpreschen Snowdens im Haag äußerst kritisch, weil er den bisherigen »Reparationskonsens« der SAI aufkündigte.²⁷¹ Demgegenüber stellte sich die SPD respektive der England-Experte Victor Schiff schützend vor den britischen Finanzminister und verlangte von der SFIO, die Beschlüsse der Exekutive nicht als »Dogmen« zu betrachten.²⁷² Auch der Vorsitzende des International Department der Labour Party, W. Gillies, kritisierte Blum für sein Festhalten an althergebrachten

²⁶⁷ IISG, SAI, Bureau, Briefwechsel zwischen Vandervelde und Van Roosbroek, 25. 8. 1929, IISG/SAI/Bureau/635.

²⁶⁸ Ebd.

²⁶⁹ Aufgrund dessen forderte er die Einberufung einer Bureau-Sitzung: »Ich weiß wohl, dass es nicht leicht ist, die Maschine so schnell, wie man es wünschen würde, in Gang zu bringen. Ich glaube sogar, daß es nicht möglich ist, – aus einer Reihe von Gründen und seien es bloß materielle – das Bureau so oft einzuberufen, wie es wünschenswert wäre. Aber trotzdem bin ich überzeugt, daß, wenn die Geschäftskommissionen tagen können, wir uns darüber einig geworden wären, daß im gegenwärtigen Fall etwas zu geschehen habe. Soll man jetzt etwas unternehmen?« Allerdings sei es – vom gegenwärtigen Standpunkt aus betrachtet – entweder zu früh oder zu spät, das Bureau einzuberufen. Anders formuliert war Vandervelde also ratlos in Anbetracht der aktuellen politischen Situation und hier vor allem der Möglichkeit, der SAI, überhaupt Einfluss nehmen zu können. Ebd.

²⁷⁰ Internationale Information, Die S.A.I. und die Haager Konferenz, Emile Vandervelde, 7. 9. 1929, Bd. 6.2., 1929, S. 361 ff.

²⁷¹ Hierzu div. Artikel von L. Blum, der grundsätzlich »kein persönliches Problem« mit Snowden habe, seine Politik jedoch scharf kritisiere: Le Populaire, 8. 8. 1929; Le Populaire, 9. 8. 1929; Le Populaire, 10. 8. 1929; Le Populaire, 14. 8. 1929; Le Populaire, 16. 8. 1929.

²⁷² »Über dies sind Resolutionen der Internationale, die in einer bestimmten politischen und wirtschaftlichen Situation gefasst wurden, kein Dogma, an dem auch dann starr festzuhalten ist, wenn sich diese Situation nach Jahren wesentlich verändert hat. [...] Deshalb vermag ich auch nicht die hartnäckigen Versuche Grabams und Snowdens im Haag, eine Herabminderung der deutschen Sachleistungen zu erzielen, als einen Verstoß gegen internationale Beschlüsse ansehen.« V. SCHIFF, Haag und Internationale. Eine Entgegnung auf Vander-

Glaubenssätzen und verteidigte das Vorgehen Snowdens.²⁷³ Schiff und Gillies erklärten unisono, dass die Frankfurter Resolution ausschließlich für den Wiederaufbau zerstörter Gebiete Relevanz besitze. Da der Wiederaufbau bereits abgeschlossen sei, könne man nicht wie bislang auf Warenlieferungen zurückgreifen. Davon abgesehen habe die Internationale immer mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die Warenlieferungen nicht zulasten der Arbeiter ausfallen sollten – eben das sei aber z.B. bei deutschen Kohlelieferungen der Fall, die negative Folgen für den britischen Kohlenexport hätten, wie auch Snowden mehrfach hervorgehoben hatte.

Die Antwort Friedrich Adlers auf den Vorwurf Vanderveldes, das SAI-Bureau verhalte sich zu passiv, ließ nicht lange auf sich warten: Am 29. August verfasste der SAI-Generalsekretär einen langen Brief an den belgischen Sozialisten, in dem er ihm deutlich zu verstehen gab, dass seine Bedenken vollkommen überzogen seien.²⁷⁴ Zwar bedaure auch er die Uneinigkeit der SAI, jedoch »zähle ich diesen Fall zu den weniger Schlimmen.«²⁷⁵ Eigentlich seien nur drei Punkte von Interesse für die Arbeiterinternationale: »1. Daß die Befriedung Europas durch die endgültige Regelung der Reparationen und die Räumung der besetzten Gebiete fortschreite. 2. Daß die englische Labour-Regierung keine Niederlage erleide, ganz abgesehen davon, ob ihre Einstellung von vornherein die zweckmäßigste war. 3. Daß wenn möglich Mussolini einen échec erleide.«²⁷⁶ Eben diese Punkte seien im Zuge des Young-Plans erreicht worden, weshalb das Abkommen aus sozialistischer Perspektive nur zu begrüßen sei. Den in der Kritik stehenden Phillip Snowden betreffend nahm Adler ebenfalls eine deutliche Position ein: Der Brite habe seinen Standpunkt auf der Vierländerkonferenz im Februar klar und deutlich kenntlich gemacht, weshalb ihm jetzt kein Vorwurf gemacht werden könne.²⁷⁷ Keiner der damals anwesenden Delegierten habe einen konkreten Beschluss gewünscht, weshalb die derzeitige Kritik in gewisser Weise heuchlerisch sei. »Sie haben sicher recht, daß Snowdens Forderung zunächst auf die Beschlüsse von Frankfurt und Hamburg keine Rücksicht zu nehmen scheint. Aber das Ergebnis vom Haag hat doch gezeigt, daß, wenn auch recht gekünstelt den Forderungen Snowdens Rechnung getragen werden konnte im Rahmen der Grundsätze des Youngplans.«²⁷⁸

veldes Kritik; in: Vorwärts, 18. 9. 1929; Internationale Information, Eine Entgegnung auf Vanderveldes Kritik, V. Schiff, 20. 9. 1929, Bd. 6.2., 1929, S. 386 ff.

²⁷³ Gillies hierzu: »Vandervelde bedauert, daß die Internationale die Argumentation Snowdens nicht vorher durchberaten habe. Die Internationale kann nur sich selbst einen Vorwurf darüber machen. Die britische Delegation hat mehr als ein Mal Gelegenheit zur Diskussion geboten. Snowden selbst und auch MacDonald haben am 8. und 9. Februar 1929 in London der französischen, belgischen und deutschen Partei genügen Gelegenheit zur Diskussion gegeben [...]« Internationale Information, Die Internationale und die Haager Konferenz, W. Gillies, 28. 9. 1929, Bd. 6.2., 1929, S. 389 ff.; Vgl. W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 142 f.

²⁷⁴ IISG, SAI, Bureau, Adler an Vandervelde, 29. 8. 1929, IISG/SAI/Bureau/635.

²⁷⁵ Ebd.

²⁷⁶ Ebd.

²⁷⁷ Dieser Hinweis darf als weiterer Beleg dafür gelten, dass Wrynns These, Snowden habe die Arbeiterklasse »verraten« und seine Thesen »geheim gehalten«, mehr als fragwürdig ist. J. F. WRYNN, The Socialist International and the politics of european reconstruction, 1976, S. 67.

²⁷⁸ IISG, SAI, Bureau, Adler an Vandervelde, 29. 8. 1929, IISG/SAI/Bureau/635.

Der SAI-Generalsekretär Adler schien sich der Tatsache, dass die SAI im Konzert der Großmächte eine untergeordnete Rolle einnahm, durchaus bewusst zu sein. Bezug nehmend auf die Relevanz der SAI-Beschlüsse für die Außenpolitik der Einzelparteien stellte er fest: *»Sicher haben wir das größte Interesse, daß die einzelnen angeschlossenen Parteien die Beschlüsse der SAI in der politischen Praxis strikt zur Grundlage nehmen. Aber das, was im Dawesplan und im Youngplan in Erscheinung tritt, und wofür die Sozialistischen Parteien, wie ich glaube mit Recht, in den Parlamenten gestritten haben und stimmen werden, enthält zum Teil Bestimmungen für die man durchaus nicht die Autorität der Internationale in Anspruch nehmen könnte.«*²⁷⁹ Die Tatsache, dass der Young-Plan »in Teilen« den sozialistischen Forderungen der letzten Jahre entsprach, genügte Adler daher voll und ganz. Ähnlich wie Victor Schiff plädierte er dafür, die Beschlüsse der SAI nicht als »Dogmen«, sondern als ungefähre Richtlinien zu begreifen.

Eine Intervention der SAI hielt Adler im aktuellen Fall ohnehin für gänzlich unnötig. Dies hätte die britische Arbeiterregierung, die dringend auf außenpolitische Erfolge angewiesen sei, nur unnötig unter Druck gesetzt. *»Sicher beurteilen wir heute, wo die Gefahr eines Scheiterns der Konferenz vorbei ist, die Sache nicht mehr unter dem Druck, unter dem wir noch vor einigen Tagen standen. Aber auch damals bestand neben dem Wunsch eines günstigen Ergebnisses im Haag doch auch der nicht nur für England, sondern für die ganze Internationale wichtige Gesichtspunkt, daß die Labour Party möglichst gekräftigt aus ihrer ersten großen weltpolitischen Verhandlung hervorgehe.«*²⁸⁰ Der Erfolg habe Snowden Recht gegeben, so Adlers Fazit. Wenn die Internationale nun dazu übergehe, rückwirkend Kritik an dessen Vorgehen zu üben und sich zum Beispiel auf die Seite seiner Kritiker wie z.B. Brailsford schlage, der »die ganze Aktion Snowdens von Grund auf für verfehlt ansah«, dann stehe dennoch der Erfolg der Labour Party über dem Interesse der SAI.²⁸¹ Eine kritische Auseinandersetzung sei also ohnehin nur eingeschränkt möglich, weshalb Adler für eine abwartende Haltung des Bureaus plädierte. Sicherlich bezahle die Internationale für ihre Rücksichtnahme auf die englische Arbeiterpartei, insofern sie keine Werbung in eigener Sache betreiben könne. Allerdings sei dieser Aspekt zu vernachlässigen, zumal sowohl die SPD als auch die Labour Party vorab darum gebeten hätten, jede »Übereilung im Eingreifen« zu unterlassen. *»Die Warnung wäre noch viel energischer gewesen, wenn wir versucht hätten, während der Haager Konferenz das Bureau zu irgend einer Aktion zu veranlassen. Es wäre den deutschen Genossen, aber vor allem den englischen Genossen als eine gefährliche Beeinträchtigung ihrer Handlungsfähigkeit ihrer Vertreter im Haag erschienen. Man mag bedauern, daß die Internationale so wenig zentralistisch in Erscheinung treten kann, aber so lange wir es mit Koalitionsregierungen oder schwachen Minderheitsregierungen zu tun haben, müssen wir, glaube ich, mit diesen gegebenen Tatsachen rechnen.«*²⁸² Adler schloss seinen Brief an

²⁷⁹ Ebd.

²⁸⁰ Ebd.

²⁸¹ F. Adlers Begründung für das zaghafte Vorgehen der SAI im Fall Snowden lautete wie folgt: *»Eine Intervention der SAI, in welcher Form sie erfolgt wäre, hätte dasselbe Resultat, das heute vorliegt, aus einem Erfolg der Labour Party in einen Mißerfolg in den Augen der englischen Bourgeoisie verkehrt.«* Ebd.

²⁸² Ebd.

Vandervelde mit dem Vermerk, dass er seine Tätigkeit derzeit nur unter der Prämisse der »Pflichterfüllung« ausüben könne – zu mehr sei die SAI derzeit nicht in der Lage.²⁸³

3.9. *Resümee: Fortsetzung der Verständigungspolitik um jeden Preis*

Der chaotische Konferenzverlauf im Haag demonstriert, dass die Vorarbeiten des Parteiendreiecks keine Garantie auf eine raschere diplomatische Einigung darstellten. Obwohl sich insgesamt zwei sozialistische Parteien, Labour Party und SPD, in der Regierungsverantwortung befanden, war die ablehnende Haltung des britischen Finanzministers Snowden – einem Sozialisten – ausreichend, um den tatsächlichen Verhandlungsprozess ungemein zu erschweren. Ein klar zu erkennendes »Plus« an Verständigung aufgrund der Parteifreundschaft zwischen SPD und Labour Party kann eben deshalb nicht festgestellt werden. Die Haager Turbulenzen sollten auf der anderen Seite nicht darüber hinwegtäuschen, dass z. B. der England-Besuch Breitscheids, wo er unter anderem den britischen Außenminister Henderson traf, alles andere als ein loser Austausch zwischen »Gesinnungsgenossen« war, sondern ein wichtiger Teil des Verhandlungsprozesses, an dessen Ende der Young-Plan schlussendlich schriftlich fixiert werden konnte. Der Gebrauch der halboffiziellen Kanäle der Sozialisten war zwar mit Sicherheit keine »conditio sine qua non« für den erfolgreichen Abschluss des Verhandlungen, wie am Beispiel von Locarno bzw. dem Dawes- oder Young-Plan gezeigt, dafür aber ein äußerst hilfreicher und erleichternder Faktor.

Generell wurde der Young-Plan vom Parteiendreieck nach seiner Präsentation überwiegend positiv konnotiert, immerhin konnten drei zentrale Punkte erreicht werden: 1. Die exakte Datierung der Rheinlanddräumung; 2. Die Aufhebung des Kontrollsystems in Deutschland; 3. Die endgültige Festlegung der Reparationssumme.²⁸⁴

Die ungewollte Verballhornung der Frankfurter bzw. Amsterdamer SAI-Beschlüsse, die mit der Verabschiedung des Young-Plans einherging, wurde unter diesen Voraussetzungen stillschweigend akzeptiert, zugunsten einer Fortsetzung der bürgerlich-liberalen Verständigungspolitik.²⁸⁵ Damit fand in gewisser Weise auch

²⁸³ In seinem Antwortschreiben gab sich Vandervelde nach diesen offenen Worten seines Vorsitzenden betont milde und konstatierte, »daß das Schlussresultat der Haager Konferenz in allen sozialistischen Kreisen wirkliche Genugtuung hervorrufen müsse und daß die Probleme, die die Konferenz beherrschten, – und vor allem die Rheinlanddräumung – ohne den großen Sieg der Labour Party im Mai nicht auf so glückliche Weise gelöst worden wäre.« IISG, SAI, Bureau, Vandervelde an Adler, 2. 9. 1929, IISG/SAI/Bureau/635.

²⁸⁴ Vgl. W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 143.

²⁸⁵ Diese Fortsetzung manifestierte sich auch u. a. daran, dass sich die Internationale weiterhin dezidiert vom Kommunismus distanzierte. Ein Abdriften nach Links kann also mitnichten konstatiert werden. In der »Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen« wurde beispielsweise ein klares Statement gegen Imperialismus, Faschismus und Bolschewismus ausgesprochen und die staatliche Verfolgung von Sozialisten deutlich angeprangert (Im Zuge der Züricher Sitzung

die »realistische Außenpolitik« Hilferdings weiterhin Anwendung, weshalb die Zustimmung zum Young-Plan durch das Parteiendreieck keineswegs negativ konnotiert werden muss. Die von dem Arbeiterhistoriker J. F. Wrynn vertretene Auffassung, die Labour Party habe die SAI »verraten«, entbehrt dementsprechend jedweder Grundlage. Zwar ist Wrynn einerseits zuzustimmen, wenn er zu dem Schluss kommt, Snowden hätte auch bereits im Februar 1929, während der Londoner Vierländerkonferenz, seine Pläne klarer kenntlich machen können.²⁸⁶ Andererseits sollte klar gemacht werden, dass der britische Schatzkanzler keinen »Verrat« an der Arbeiterbewegung beging, indem er im Namen seines Landes eine andere Aufschlüsselung der Reparationsleistungen verlangte. Erstens fand die Politik der Labour Party die Akzeptanz ihrer Schwesterpartei aus Deutschland (die ganz besonders von den Konsequenzen des Young-Plans betroffen war), zweitens war die Rücksichtnahme auf nationale Interessen und Befindlichkeiten durch sozialistische Politiker kein Novum, sondern Usus – und zwar mindestens seit der Konstitution der Zweiten Internationale 1889.

Ganz abgesehen davon sollte gemeinhin davon ausgegangen werden, dass die Beschlüsse der SAI spätestens seit Locarno allenfalls eine *Orientierungsfunktion* besaßen und wie Victor Schiff darlegte, nicht länger als »Dogmen« verstanden wurden.²⁸⁷ Zugespitzt formuliert erhielt eine »Politik des Möglichen« in den Führungsgremien der Parteien immer den Vorzug gegenüber theoretischen Erwägungen oder schwer umsetzbaren Resolutionen, die den verantwortlichen Protagonisten diplomatische Fesseln anlegten. Infolgedessen überrascht es kaum, dass der Young-Plan vom Parteiendreieck übereinstimmend ratifiziert wurde. Die Parlamentsfraktion der SFIO stimmte in ihrer Sitzung vom 25. 3. 1930 für den Vertrag und Léon Blum hob in der »Populaire« darauf ab, dass das Abkommen ganz und gar in Übereinstimmung mit der internationalen Aktionseinheit zu betrachten sei und überdies die in Frankfurt und Amsterdam aufgeworfenen Richtlinien vollkommen erfülle. Zwar sei der Young-Plan keineswegs perfekt, jedoch gerecht und fortschrittlich genug, um den eingeschlagenen Verständigungskurs fortzusetzen.²⁸⁸ Kurz zuvor war der Vertrag auch im Reichstag verabschiedet worden mit dem Stimmen der SPD, die den Young-Plan als bestmögliche Lösung der Reparationsfrage interpretierte.²⁸⁹ Die Labour Party

im August 1929, am Beispiel der Sozialistenverfolgungen in Litauen). Internationale Information, Sitzung des Arbeitsausschusses der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen, 31. 8. 1929, Bd. 6.2., 1929, S. 346; Internationale Information, Tagung des Bureaus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, 23./24. 11. 1929, Bd. 6.2., 1929, S. 500 ff.; zur Position der Labour Party: Daily Herald, 29. 11. 1929; zur Haltung der SFIO bzw. L. Blums, siehe der Artikel »Vom Zarahismus zum Faschismus«: Le Populaire, 22. 11. 1929.

²⁸⁶ J. F. WRYNN, The Socialist International and the politics of european reconstruction, 1976, S. 68.

²⁸⁷ Internationale Information, Eine Entgegnung auf Vanderveldes Kritik, V. Schiff, 20. 9. 1929, Bd. 6.2., 1929, S. 386 ff.

²⁸⁸ Le Populaire, 26. 3. 1930; G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 309.

²⁸⁹ Hierzu: W. KEIL, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Band II., Stuttgart 1948, S. 364 ff.; SPD (Hrsg.), Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1929, 1930, S. 382 ff.

hatte sich bereits zuvor als initiiierende Partei für den Reparationsplan ausgesprochen, was ihre Zustimmung miteinschloss.

Der Young-Plan selbst trat schlussendlich am 9. 5. 1930 in Kraft, im Anschluss an die zweite Haager Regierungskonferenz.²⁹⁰ Eine lange Laufzeit sollte dem Vertragswerk indes nicht beschert bleiben: Aufgrund der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands kam es am 20. Juni 1931 zum sogenannten »Hoover-Moratorium«, nachdem auf Initiative Großbritanniens Gespräche zwischen den Alliierten und den USA über die mögliche Aussetzung der deutschen Reparationszahlungen anberaunt worden waren. Im Zuge der Lausanner Reparationskonferenz, die am 16. Juni 1932 stattfand, wurde wenig später das Ende der Reparationszahlungen verkündet.²⁹¹

4. Sozialismus im Zeichen der deutschen Katastrophe (1930–1933)

4.1. *Abriss: Das Ende der Verständigungspolitik*

Im April 1929 wurde in den Medien kolportiert, dass Aristide Briand nach dem Abschluss der Reparationsverhandlungen an einer europäischen Zollunion arbeite sowie dem Ausbau der deutsch-französischen Industriekartelle.¹ Tatsächlich informierte sich Briand bei Stresemann im Juni 1929, was dieser von einer solchen Regelung halte. Aufgrund der latent antiamerikanischen Stoßrichtung äußerten sich indes sowohl Stresemann als auch die britische Regierung, die die Rolle der Dominions in Gefahr sah, recht verhalten, woraufhin Briand den Entschluss fasste, verstärkt in der Öffentlichkeit für seinen »Europaplan« zu werben. In diesem Sinne forderte der französische Außenminister im September 1929 vor dem Völkerbund die Schaffung von »liens fédéral« zwischen den europäischen Staaten.² Die Antwort Stresemanns auf diesen Vorschlag fiel sehr verhalten aus, anders als der pathetisch auftretende Franzose betonte der deutsche Außenminister nüchtern und sachlich die wirtschaftlichen Vorzüge des »Europaplans«, kritisierte aber auch seine antiamerikanische Stoßrichtung.³ Die Details des Briandschen Europakonzeptes sollen im Folgenden nicht näher diskutiert werden: Fakt war, dass der Plan scheiterte, insbesondere am Widerstand des deutschen Außenministers, der aus nachvollziehbaren Gründen das deutsche Streben nach Gleichberechtigung nicht aufgeben wollte und daher die Zementierung des politischen status quo zugunsten der Schaffung einer nicht näher konkretisierten europäischen Föderation unmissverständlich negierte.⁴

²⁹⁰ Zeitgenössisch hierzu die Zusammenfassung von Adolph Sturmthal in der Internationalen Information: Internationale Information, Der Young-Plan, Juli/August 1929, Bd. 6.2., 1929, S. 320 ff.

²⁹¹ Hierzu: F. SCHÖBER, Der internationale Reformismus und die Reparationsfrage, 1984, S. 179 ff.; A. RITSCHL, Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934, 2002, S. 179 ff.

¹ Vgl. H. HAGSPIEL, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, 1987, S. 472 ff.

² Ebd.

³ Vgl. P. KRÜGER, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, 1985, S. 502 und 523 ff.

⁴ Vgl. R. BLESSING, Der mögliche Frieden, 2008, S. 454 ff.

In der Folgezeit änderte sich das politische Grundverhältnis zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland binnen kürzester Zeit grundlegend: Im Oktober 1929 starb der deutsche Außenminister, Gustav Stresemann. Sein unmittelbarer Nachfolger, Julius Curtius, vertrat einen wesentlich »nationaleren« Kurs als sein namhafter Vorgänger.⁵ Kurze Zeit später stürzte in Paris das letzte Kabinett Briand, insbesondere aufgrund der Unzufriedenheit der Parlamentsmehrheit über den in Den Haag vereinbarten Räumungsbeschluss.⁶ Zwar blieb Briand weiterhin Chef im Quai d'Orsay, jedoch verengten sich die Handlungsspielräume des Außenministers unter den Regierungen André Tardieu gravierend. Hinzu kam des Weiteren, eine britische »Abkehr« vom Kontinent, nachdem im Zuge des Young-Planes gewissermaßen eine Wahrung des Gleichgewichts zwischen Deutschland und Frankreich – und damit eines der klassischen Ziele britischer Außenpolitik – erreicht worden war. Die Tatsache, dass zu diesem Zeitpunkt eine Labour-Regierung an der Macht war, änderte hieran herzlich wenig.⁷

Ein weiterer Klimasturz vor allem in den deutsch-französischen Beziehungen eignete sich von Frühjahr bis Sommer 1930: Im März 1930 zerbrach die Große Koalition unter Hermann Müller nach der Verabschiedung des Young-Plans an der Frage der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.⁸ Daraufhin wurde Zentrumsführer Heinrich Brüning Chef eines Minderheitskabinetts, das er mit Hilfe des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung konsolidierte. In der Folgezeit wurde das Hauptaugenmerk auf die »zügige Wiederrichtung einer deutschen Großmachtstellung« gelegt,⁹ was klar und deutlich zulasten der Verständigungspolitik ging. Dies machte sich auch personell bemerkbar, insofern der enge Stresemann Mitarbeiter im Auswärtigen Amt und Co-Architekt der Locarno-Politik, Carl von Schubert, im Juni 1930 durch Bernhard von Bülow, dem Enkel des ehemaligen Reichskanzlers, ausgetauscht wurde. Infolgedessen kam es sukzessive zur Zerrüttung der deutsch-französischen Beziehungen, was den Abbau der Annäherungspolitik nach sich zog.

Wie Ralph Blessing schlüssig darlegt, scheiterte die Modernisierung der Außenpolitik – und damit auch die Fortsetzung der internationalen Verständigung – gegen Ende der zwanziger Jahre.¹⁰ Hierfür waren verschiedene Faktoren ausschlaggebend, unter anderem der immer stärker aufkeimende Revisionismus in Deutschland, das nie enden wollende französische Sicherheitsbedürfnis, die Weigerung der USA und Großbritannien, eine Führungsrolle einzunehmen sowie die sich stetig verschärfenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Spannungen im Schatten der Weltwirtschaftskrise. Indes sollen die Gründe für den Zusammenbruch des internationalen

⁵ Vgl. H. HAGSPIEL, *Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich*, 1987, S. 456 ff.; Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 561.

⁶ Vgl. D. NERI-ULTSCH, *Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz*, 2005, S. 219.

⁷ F. KNIPPING, *Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära*, 1987, S. 94.

⁸ Vgl. H. A. WINKLER, *Weimar, 1918–1933*, 1998, S. 361 ff.

⁹ F. KNIPPING, *Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära*, 1987, S. 141 f.

¹⁰ R. BLESSING, *Der mögliche Frieden*, 2008, S. 466.

Systems nicht Gegenstand der Analyse sein: Viel wichtiger ist die Erkenntnis, dass die zwischen 1923 und 1929 begonnene Modernisierung der Außenpolitik erst wieder nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fortgesetzt wurde, während die Zeit zwischen 1930 und 1945 von einer fortschreitenden Zersetzung der Verständigungs-ära geprägt war. Dementsprechend stellt sich im Folgenden die Frage, wie das Parteidreieck auf diesen schleichenden Erosionsprozess reagierte und wie eine transnationale Zusammenarbeit unter diesen Vorzeichen organisiert wurde.

4.2. *Transnationale Zusammenarbeit im Schatten der Krise(n), 1930–1931: Ende der Verständigungspolitik – Ende der Kooperation des Parteidreiecks?*

Das abrupte Ende der »Locarno-Ära« blieb alles andere als folgenlos für die transnationale Parteienkooperation: Zwischen der Weltwirtschaftskrise und dem Wiener Kongress brach der Kontakt zwischen SPD, SFIO und Labour Party regelrecht ein und fand allenfalls sporadisch statt. Welche Gründe hierfür in erster Linie ausschlaggebend waren, kann rückblickend nicht exakt bestimmt werden. Indes steht außer Frage, dass die politischen und wirtschaftlichen Umstände in dieser Etappe äußerst ungünstig waren (einsetzende Erosion des Staatensystems, zunehmende innerparteiliche Probleme von SPD, SFIO, Labour Party) und die zeitaufwendigen transnationalen Treffen daher nur eingeschränkt realisiert werden konnten.

In Deutschland ging die Phase relativer Stabilität mit der Ablehnung des »Brüning-Kompromisses« und der daran anknüpfenden Demission des Kabinetts Müller zu Ende.¹¹ Rudolf Hilferding kommentierte die darauf folgende Verschiebung der innenpolitischen Machtbalance von der Legislative zur Exekutive vielsagend mit dem Hinweis, dass die eigentliche Gefahr für den deutschen Parlamentarismus nicht von außen, sondern von innen drohe: »*Ajax fällt durch Ajax' Kraft.*«¹² Die SPD selbst hatte vornehmlich aus Unzufriedenheit mit der Koalitionspolitik der beiden Regierungsjahre »*ein Ende mit Schrecken einem vermeintlichen Schrecken ohne Ende*« vorgezogen und damit ein Präsidialsystem sowie die Gefahr der Entparlamentarisierung nach der Verabschiedung des Young-Plans billigend in Kauf genommen.¹³

Die SFIO respektive Léon Blum reagierte zunächst höchst euphorisch auf die Verabschiedung des Reparationsplans im deutschen Reichstag und lobte die Politik der Regierung Müller als »*oeuvre de paix*«. ¹⁴ Den anschließenden Regierungswechsel von Müller zu Brüning versuchten die französischen Sozialisten, anders als Hil-

¹¹ H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, ¹1998, S. 371 ff.

¹² Aus diesem Grund sprach sich R. Hilferding als einer der wenigen Politiker der Sozialdemokratie für die Option aus, die Kompromissformel H. Brünings, der den Streit um die Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge vertagen wollte, anzunehmen und dadurch die »Preisgabe des Parlamentarismus« (Winkler) zu verhindern: »*Gerade diese Gefahr zu vermeiden, war ja stets ein zwingendes Moment für die Sozialdemokratie, in den schwierigsten Situation die Verantwortung zu übernehmen.*« Ebd., S. 371 ff.; E. KOLB / W. MÜHLHAUSEN, Demokratie in der Krise, 1997, S. 90 ff.

¹³ Vgl. H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, ¹1998, S. 374.

¹⁴ Le Populaire, 29. 3. 1930; Le Populaire, 30. 3. 1930.

ferding, dezidiert herunterzuspielen: Am 2. 4. 1930 veröffentlichte Blum einen Artikel in der »Populaire«, in dem er einen Vergleich zwischen deutschen und französischen Nationalisten zog und dabei zu dem Schluss kam, dass die französischen Ängste vor einem deutschen »Rechtsruck« bzw. vor einem Abbruch der Verständigungspolitik übertrieben seien.¹⁵ Damit wurde der Rechten im eigenen Land eine geradezu lachhafte Dramatisierung der deutschen Verhältnisse vorgeworfen.¹⁶ Der eigentliche Grund für die bedingungslose Solidarisierung mit dem deutschen Nachbarn war die Verlustangst der französischen Sozialisten, die ihre Meriten der Locarno-Ära in Gefahr sahen. Während die konservativen oder bürgerlichen Medien im Scheitern des Kabinetts Müller eine »Zeitenwende« sahen,¹⁷ interpretierte die SFIO die Ereignisse in Deutschland paradoxerweise als »letztes Aufbäumen« der Nationalisten. Auch wenn Léon Blum in der Folgezeit immer wieder Zweifel an der Richtigkeit seines Deutschlandbildes aufkommen ließ und ein mögliches »Nachgeben« gegenüber Deutschland stets kritisch analysierte,¹⁸ so kann ein Aspekt seiner Politik – und der seiner Partei – kaum geleugnet werden: Das Primärziel lautete, die SPD in ihrem Kampf für den Erhalt der Demokratie bedingungslos zu unterstützen.

Um die »Aktionseinheit« zwischen deutschen und französischen Sozialisten auch nach außen hin zu demonstrieren, wurden symbolische Verbrüderungsrituale in Form von gemeinsamen Propagandaveranstaltungen unternommen: Wenige Monate vor dem Zerfall der Regierung Müller trafen sich Repräsentanten von SPD und SFIO auf Initiative des BIT-Präsidenten Albert Thomas in Champigny, wo vor mehr als einem Jahrzehnt, im Sommer 1914, noch nationalistische Kundgebungen gegen die Deutschen stattfanden. In Champigny feierten beide Parteien im Winter 1929 die deutsch-französische Annäherung und stellten sich symbolisch gegen die Eiszeit auf internationaler Ebene nach dem Tod Gustav Stresemanns.¹⁹ In einem der zahlreichen Polizeiberichte wurde hierzu vermerkt, dass sich mehr als 2500 Personen am »monument aux Morts de la Guerre 1870–1871« versammelt hätten. Albert Thomas, der als Redner auftrat, nannte die Veranstaltung »un progrès décisif vers le rapprochement franco-allemand«. Er erinnerte mit Nachdruck daran, dass die deutsche SPD immer im Sinne einer deutsch-französischen Verständigung aufgetreten sei und für die Etablierung einer friedlichen Welt gestritten habe. Im gleichen Sinne äußerten sich

¹⁵ »Le cabinet Brüning qui s'est présenté hier même devant le Reichstag est un gouvernement de concentration bourgeoise. [...] Quelle confiance avoir, s'écrient-ils, dans un gouvernement où les nationalistes ont pénétré et d'où les socialistes sont exclus? Comment supposer qu'il exécutera loyalement le Plan Young? [...] Nos chateaux, qui dénoncent si vertement Hugenberg et sa séquelle sont-ils donc incapables d'un retour sur eux-mêmes? Les Hugenberg français sont-ils moins nocifs que les Franklin-Bouillon et que les marin allemands?« Le Populaire, 2. 4. 1930.

¹⁶ Le Populaire, 17. 9. 1930; Vgl. H. HAGSPIEL, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, 1987, S. 481.

¹⁷ Ebd.; Temps, 15. 9. 1930; allgemein zu den Haltungen der verschiedenen Medien: F. GOGUEL, La politique des partis sous la IIIe république, Bd. 1, 1946, S. 408 f.

¹⁸ Vgl. R. GOMBIN, Les socialistes et la guerre, 1970, S. 101.

¹⁹ Liberté, 30. 11. 1929; Volonté, 30. 11. 1929; Victoire, 3. 12. 1929; A.N. Paris, Activités socialistes. Classement départemental (1926, 1928–1932), Seine, Polizeibericht, ohne Datum, F7/13080.

Otto Wels, der für die SPD vor Ort war sowie die Leuchtgestalt der SFIO, Léon Blum.²⁰

Auf außenpolitischer Ebene konnte die Zusammenarbeit der beiden Parteien wenig zur Geltung kommen: Während die SPD nach dem Zerfall der Großen Koalition kaum außenpolitische Reizpunkte setzen konnte und sich aufgrund staatspolitischer Erwägungen dazu entschloss, die Regierung Brüning zu unterstützen, um dadurch »parlamentarische Überlebenshilfe« zu leisten,²¹ schwelte im Lager der Franzosen weiterhin der nie enden wollende Konflikt zwischen »Participationnistes« und »Antiparticipationnistes«, der die SFIO regelrecht zerfraß.²² Der eigentliche Anlass für den wiederaufkeimenden Streit war ein Regierungsangebot Edouard Daladiers an die SFIO, der nach dem Scheitern des Briand-Kabinettes mit der Regierungsbildung beauftragt worden war. Die sozialistische Parlamentsfraktion neigte dazu, das Angebot anzunehmen, während sich Teile der CAP um Bracke dezidiert gegen diese Option aussprachen.²³ Auf der Sitzung des Nationalrats am 28.10.1929 wurde schließlich in zähen Verhandlungen beschlossen, das Regierungsangebot Daladiers abzulehnen, sehr zum Ärger des rechten SFIO-Flügels um Salomon Grumbach oder Paul-Boncour.

Neben den parteiinternen Konflikten fand in Frankreich zwischen 1930–32 eine Polarisierung des Parteiensystems statt, die es der SFIO zusätzlich erschwerte, ihre außenpolitischen Positionen in eine konkrete Politik umsetzen zu können: Der Einfluss der französischen Arbeiterpartei auf die konservative Regierung Tardieu war de facto äußerst beschränkt.²⁴ Hinzu kam des Weiteren, dass sich der rechte Flügel der Radikalsozialisten, aufgrund der Unfähigkeit der SFIO, Regierungsverantwortung zu übernehmen, zunehmend vom einstigen Partner distanzierte, was den Handlungsspielraum der SFIO zusätzlich einengte und die Partei marginalisierte.²⁵

²⁰ A.N. Paris, *Activités socialistes. Classement départemental* (1926, 1928–1932), Seine, Polizeibericht, 1.12.1929, F7/13080.

²¹ W. PYTA, *Weimarer Republik*, 2004, S. 115.

²² Vgl. D. NERI-ULTSCH, *Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz*, 2005, S. 222.

²³ Ebd.; Zu den parteiinternen Diskussionen: *Le Populaire*, 29. und 30.10.1929.

²⁴ D. NERI-ULTSCH, *Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz*, 2005, S. 226.

²⁵ Hintergrund hierfür war der Konflikt zwischen Parteimehrheit und Minorität über die Frage der Regierungsbeteiligung, der insbesondere auf dem Pariser SFIO-Kongress, der vom 25. bis 26. Januar tagte, ausgefochten wurde. Der auf dem Kongress anwesende österreichische Sozialist Friedrich Adler fasste die Streitigkeiten wie folgt zusammen: »Rückblickend wird wohl niemand, weder die Minderheit noch die Mehrheit den Pariser Kongress vom 25. und 26. Januar zu den Ruhmesblättern in der Geschichte des französischen Sozialismus rechnen. [...] So kam die Mehrheit schon in gereizter Stimmung zu den Verhandlungen, die Minderheit verstimmt durch die Niederlage, deren sie nach dem Ergebnis der Abstimmungen in den Parteisektionen sicher sein musste, und alle, Mehrheit und Minderheit noch erfüllt von der Leidenschaft, mit der in der Presse und in den Versammlungen um den Sieg gerungen worden war. Einzig Léon Blum stellte sich immer wieder mit aller Hingebung in deren Dienst.« Grundsätzlich sprach sich Adler dafür aus, die Frage der Regierungsbeteiligung nicht zu verteuern: »Wer Koalitionsregierungen überhaupt prinzipiell ausschließt, ist entweder ein Bolschewik, [...] oder ein Utopist, der seinen Wunsch nach einem geradlinigen Anstieg des Proletariats an die Stelle der Wirklichkeit setzt [...]« Internationale Information, Die französischen Sozialisten und die Regierungsbeteiligung, Friedrich Adler, 4. 2. 1930, Bd. 7.1., 1930, S. 59 ff.; als Antwort hierauf, siehe: ebd., Eine Richtigung, Pierre Renaudel, 12. 4. 1930, S. 217 ff.

Teile der SPD hatten in der Vergangenheit mehrfach den Versuch unternommen, Einfluss auf die Geschehnisse in Frankreich zu nehmen: Hierbei hatten insbesondere Breitscheid, Hilferding oder Kautsky großes Interesse daran gezeigt, dass die französische Schwesterpartei die Machtfrage der Regierungsbeteiligung positiv beantworten würde. Ende 1929 mischte sich insbesondere der ehemalige Cheftheoretiker der deutschen Sozialdemokratie, Karl Kautsky, in die laufende Debatte ein. Am 1. 1. 1930 veröffentlichte Pierre Renaudel einen Briefwechsel mit ihm in der Parteizeitung »Populaire«, in dessen Verlauf der Versuch unternommen wurde, die Position der »participationnistes« positiv umzudeuten und mit marxistischen Phrasen zu rechtfertigen.²⁶ Dieser Schachzug Renaudels, der sich innerhalb der SFIO seit jeher positiv zur Frage der Regierungsbeteiligung bekannt hatte, war äußerst klug gewählt: Der Marxist Karl Kautsky war zwischen 1889 und 1914 der tonangebende sozialistische Intellektuelle gewesen und hatte das Programm der Zweiten Internationale maßgeblich mit beeinflusst. Weil sich vor allem der linke SFIO-Flügel zu den Prinzipien der »vergangenen« Zweiten Internationale bekannte, deren Grundsätze fast schon »kanonische« Geltung besaßen,²⁷ musste das Machtwort Kautskys, der zugab, dass er seine Meinung zur Koalitionsfrage längst geändert habe, wie ein Paukenschlag wirken.²⁸ Zuvor hatte er bereits in Renaudels Zeitschrift »La vie socialiste« für die Regierungsbeteiligung der SFIO geworben.²⁹

Eine der wenigen Bemühungen, mittels informeller Kontakte einen Bezug zur aktuellen außenpolitischen Situation herzustellen, stammte aus der Feder von Rudolf Breitscheid. Der Sozialdemokrat teilte seinem Freund Salomon Grumbach postalisch mit, dass er bei einer Befreiungskundgebung des Reichsbanners die Autoren der deutsch-französischen Verständigung ausdrücklich gelobt habe, darunter auch den französischen Außenminister: *»Vielleicht wird es Briand freuen, wenn Du ihm mitteilst, daß ich gestern bei der von 50 bis 60 Tausend Menschen besuchten Befreiungskundgebung des Reichsbanners auch seiner als einem der Helfer am Werke gedacht habe. Ich habe unter dem Beifall der Versammelten ausgeführt, daß ich in dieser Stunde auch des französischen Außenministers Briand gedenken mußte, von dem ich wisse, daß er alles getan habe und tue, um die Kluft zwischen unseren beiden Nationen zu überbrücken.«*³⁰ Dieser kurze Verweis auf die außenpolitischen Beziehungen mutet aus der Perspektive Breitscheids fast wie ein Versuch an, sich bei A. Briand in Erinnerung zu rufen. Dieser Vorstoß kam nicht von ungefähr: Trotz der zahlreichen Kontakte zwischen SPD und SFIO in besagtem Zeitabschnitt war der Einfluss auf die zwischenstaatlichen Beziehungen nie geringer gewesen: Anders als zwischen 1924 und 1929 nahmen die deutsch-fran-

²⁶ Le Populaire, 1. 1. 1930.

²⁷ H. A. WINKLER, Klassenkampf versus Koalition; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 17, 1991, S. 183–219; hier: S. 184.

²⁸ »En vérité, j'ai changé mon opinion depuis la révolution. Je crois que celle-ci a apporté une situation nouvelle et des expériences nouvelles.« Le Populaire, 1. 1. 1930.

²⁹ La vie socialiste, 19. 1. 1929; La vie Socialiste, 21. 12. 1929.

³⁰ A.N., Paris, NL Salomon Grumbach, Breitscheid an Grumbach, 1. 7. 1930, Grumbach F/7/15961.

zösischen Beziehungen und hier vor allem die aktive Gestaltung der Außenpolitik in den Planspielen des Parteidreiecks eine untergeordnete Rolle ein.

Zum Abschluss des Kapitels stellt sich schließlich die Frage, welche Rolle die Labour Party zwischen 1929 und 1931 einnahm und ob sich z.B. zwischen der deutschen, französischen und der britischen Arbeiterpartei ähnlich intensive Kontakte feststellen lassen wie zwischen SFIO und SPD. Eine Antwort hierauf kann aufgrund der schlechten Aktenlage nur bedingt geliefert werden, wenngleich konstatiert werden muss, dass die wenigen nachweisbaren Spuren transnationalen Engagements durch die Labour Party den Schluss zulassen, dass eben jenes höchst stiefmütterlich behandelt wurde.

Beispielsweise erbrachte die SFIO im Rahmen einer SAI-Exekutivsitzen im Juli 1930 den Vorschlag, gemeinsame Demonstrationen abzuhalten, um auf diesem Wege für eine Fortführung der Abrüstungsverhandlungen zu streiten. Dieser Gedanke wurde allerdings von der Labour Party, wie aus den Akten des »National Executive Committee« hervorgeht, rundum abgelehnt: »*Mr. Gillies reported that the Executive of the Labour & Socialist International had adopted a resolution with a view to Disarmament Demonstrations being held throughout Europe at the end of October and the beginning of November.*«³¹ Auf Initiative von Henderson fasste die britische Partei den Entschluss, »affiliated organizations« darum zu beten, dem Vorschlag der SAI »besondere Aufmerksamkeit« zu widmen. Die Anregung der SFIO, die Labour Party sei herzlich dazu eingeladen, Gastredner nach Frankreich zu entsenden, wurde aus Zeitgründen in aller Freundschaft zurückgewiesen.³² Im gleichen Zeitraum wurde eine Einladung der SPD, an den Geburtstagsfeierlichkeiten zu Ehren Eduard Bernsteins teilzunehmen, abgesagt.³³

Indes muss an dieser Stelle betont werden, dass sich die Absagen 1930/31 nicht nur im Lager der Labour Party häuften: Sowohl die SPD als auch die Labour Party untersagten z.B. ihren prominentesten Parteimitgliedern, auf den 1931 anberaumten Wiener Kongress der SAI zu fahren. In beiden Fällen waren es »nationale Verpflichtungen«, die Auslandsreisen unmöglich machten. Der Vorsitzende des »International Department«, William Gillies, ließ sich hierbei persönlich von MacDonald versichern, dass es völlig ausreiche, wenn nur die Unterstaatssekretäre nach Wien fahren würden, während die Minister in London blieben.³⁴ Gleichmaßen geht aus einem Brief Adlers hervor, dass die SPD-Politiker Breitscheid, Hilferding, Wels und Hertz

³¹ LHASC, National Executive Committee, Exekutivsitzen, 4. 10. 1930, LHASC/ LP/EC/Minutes, Juli-Oktober 1930.

³² Immerhin entsandte die Labour Party einige Monate zuvor einen Delegierten zum SFIO Parteitag nach Bordeaux. Eine komplette »Isolierung« der Partei von der Internationale kann also trotz Regierungsverantwortung nicht konstatiert werden. LHASC, National Executive Committee, Exekutivsitzen, 30. 4. 1930, LHASC/ LP/EC/Minutes, April-Juni 1930.

³³ LHASC, National Executive Committee, Exekutivsitzen, 22. 1. 1930, LHASC/ LP/EC/Minutes, Januar-März 1930.

³⁴ LHASC, LSI, Brief Gillies an MacDonald, 18. 3. 1931, LHASC/LSI/17/1/32.

aufgrund der »aktuellen Krisensituation« erst verspätet nach Wien fahren könnten.³⁵

Ungeachtet der sich insgesamt häufenden Termin- und Zeitprobleme fällt auf, dass die Akten der Labour Party wenig verwertbare Informationen bezüglich der transnationalen Parteiaktivitäten aus den Jahren 1930/31 hergeben.³⁶ Dies mag zum einen an der Tatsache gelegen haben, dass sich die Partei in der Regierungsverantwortung befand und im Gegensatz zu den beiden Schwesterparteien, SFIO und SPD, ihr Land durch die Weltwirtschaftskrise manövrieren musste.³⁷ Zum anderen kann der Partei jedoch, gemessen an der Führungsrolle, die sie innerhalb der Internationale nach 1919 eingenommen hatte, ein wachsendes Desinteresse an der transnationalen Parteienkooperation unterstellt werden. Dafür spricht zunächst einmal, dass die Labour Party bereits auf dem Brüsseler Kongress 1928 massive Probleme hatte, ihre Delegierten zu einer Teilnahme zu bewegen und Arthur Henderson händeringend damit beschäftigt war, Gewerkschaftsmitglieder zu requirieren, um gegenüber den kontinentaleuropäischen Arbeiterparteien nicht numerisch ins Hintertreffen zu geraten.³⁸ Des Weiteren zeigt die bereits geschilderte Ablehnung gemeinsamer Demonstrationen,³⁹ dass die Labour-Führungsebene der SAI als eigenständigem Akteur kaum Handlungsmöglichkeiten einräumte. Ergo muss eine krasse Diskrepanz zwischen den Kontakten zwischen SFIO/SPD auf der einen sowie zwischen diesen beiden Parteien und der Labour Party auf der anderen Seite festgestellt werden.

4.3. *Aufstieg des Faschismus in Deutschland, Wiener Kongress der SAI, 1931*

Im Herbst 1930 gelang es der politisch bis dato belanglosen NSDAP, ihre Stimmzahlen schlagartig zu vervielfachen: Im Zuge der Reichstagswahlen vom 14. Septem-

³⁵ LHASC, LSI, Brief Adlers an das Büro der SAI, 19.7.1931, LHASC/LSI/17/1/51.

³⁶ In der Internationalen Information wurde immerhin ein 20 Minuten dauernder Radiobericht erwähnt, in dem die »internationale Zusammenarbeit« von W. M. Citrine und P. J. Noel Baker diskutiert wurde. Internationale Information, Radiovorträge über internationale Zusammenarbeit, April 1930, Bd. 7.1., 1930, S. 55.

³⁷ Zumindest aus der zweiten Amtsführung MacDonald resultierte, wie B. Webb in einem ihrer Artikel deutlich macht, eine gewisse Entfremdung der tonangebenden Protagonisten, namentlich wurde MacDonald genannt, von den ursprünglichen Parteizielen. Grund hierfür sei in erster Linie die Notwendigkeit, Koalitionen mit bürgerlichen Kräften zu schließen, neue Kontakte in die »Bourgeoisie« zu knüpfen und in anderen Kreisen zu verkehren. Wenig verblümt unterstellte Webb MacDonald, er sei einmal zu oft in den englischen Grafschaften ein- und ausgegangen. Hier (negative) Auswirkungen auf die transnationale Verständigungsarbeit herauszulesen (MacDonald war auch hier lange Zeit das entscheidende Zugpferd der Labour Party), erscheint durchaus schlüssig. LSE, Passfield Papers, B. und S. Webb, IV 23; A Note on MacDonald's Government of 1929; veröffentlicht in: Political Quarterly, Vol. I, No. 1 (Jan. 1930), pp. 104–109, unter dem Titel: »The disappearance of the governing class«.

³⁸ LHASC, LSI, Henderson an C. T. Cramp, 26.6.1928, LSI/17/1/6.

³⁹ LHASC, National Executive Committee, Exekutivsitzung, 30.4.1930, LHASC/ LP/EC/Mi-
nutes, April-Juni 1930.

ber 1930 schwang sie sich über Nacht zur zweitstärksten Partei im Reichsgebiet auf – und wurde damit zu einem veritablen Machtfaktor der Weimarer Republik.⁴⁰

Wie reagierte die Sozialdemokratie, wie reagierte das Parteiendreieck respektive die SAI auf die faschistische Bedrohung? Auf *nationaler Ebene* verständigte sich die deutsche Arbeiterpartei, wie bereits kurz umrissen, auf eine Tolerierung der »Präsidialregierung« Brüning.⁴¹ Die Sozialdemokraten betrachteten eben diese als ein großes Übel, das allerdings ungleich kleiner sei, als eine mögliche Hitlerregierung, die auf Brüning folgen könnte. Eben deshalb rang sich die SPD gegen die massiven parteiinternen Widerstände zu einer Tolerierungshaltung durch. Dieser Kurs zwang die Partei indes sukzessive dazu, sich an die Regierungspolitik anzupassen und weitreichende Kompromisse einzugehen – so zum Beispiel in der Panzerkreuzerdebatte, die im Frühjahr 1931 neu aufgerollt wurde.⁴²

Nachdem die letzte Debatte bereits fast für ein Zerwürfnis zwischen SPD und SFIO gesorgt hatte, richtete sich Breitscheid postalisch an Salomon Grumbach, um diesen entsprechend vorzuwarnen. Die SPD sei zwar gegen den Panzerkreuzerbau, müsse in Anbetracht der politischen Situation in Deutschland jedoch taktieren. Die Fraktion werde sich im Rahmen der Abstimmung vermutlich enthalten, zumindest aber nicht gegen die Vorlage stimmen. »*Ich teile Dir das alles mit, damit ihr unsere Situation versteht und auch in der Presse usw. auf sie Rücksicht nehmt.*«⁴³ Insofern wurde vonseiten der SPD gezielt der Versuch unternommen, einen erneuten offenen Clinch zwischen beiden Parteien zu vermeiden und stattdessen die Tolerierungspolitik der deutschen Arbeiterpartei erklärbar zu machen.

Die Sorgen der SPD waren jedoch unbegründet: Im Oktober 1930 hatte bereits eine gemeinsame Sitzung von IGB und SAI im Kölner Rathaus stattgefunden, wo beide Gremien von der Überzeugung geleitet wurden, dass die SPD »*in dieser äußerst schwierigen Situation bisher vermocht(e), die faschistischen Bestrebungen zu durchkreuzen.*«⁴⁴ Mit diesem Beschluss sollte der Sozialdemokratie in ihrem Abwehrkampf der Rücken gestärkt werden, auch gegen die nicht unerheblichen Widerstände im eigenen

⁴⁰ Vgl. H. A. WINKLER, Der Weg in die Katastrophe: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, 1987, S. 198 f.

⁴¹ Vgl. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 378.

⁴² Vgl. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 493.

⁴³ A.N. Paris, NL Grumbach, Breitscheid an Grumbach, 24. 2. 1931, Grumbach F/7/15961.

⁴⁴ Ein weiterer Punkt der Kölner Sitzung waren konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Folgende Forderungen wurden hierbei u.a. erhoben: 1. Massnahmen zur Aufrechterhaltung der Löhne; 2. Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung; 3. Kürzung der Arbeitszeit; 4. Ausbauen der Altersversorgung; 5. Heraufsetzung des Schulentlassungsalters; 6. Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Insgesamt muss betont werden, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor allem von der SAI organisiert wurde. Bi- oder Trilaterale Maßnahmen von SPD, SFIO und Labour Party gab es wenn überhaupt nur am Rande, weswegen der Themenkomplex »Wirtschaftskrise« in der vorliegenden Dissertation eher zweitrangig behandelt wird. Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 1, 1974, S. I. 14 f.; Internationale Information, Die Kölner Beratungen, 27./28. 10. 1930, Bd. 7.2., 1930, S. 605.

Lager.⁴⁵ Von der SFIO, namentlich Léon Blum erhielt die SPD außerdem Unterstützung in der Frage ihres parlamentarischen Vorgehen – konkret ist hiermit die Tolerierungspolitik der SPD im deutschen Reichstag gemeint –, welches der SFIO-Parteiführer seiner Leser- und Zuhörerschaft ausgiebig zu erklären versuchte, stets versehen mit dem Totschlagargument, die deutsche Sozialdemokratie werde die Weimarer Demokratie vor den reaktionären Kräften retten.⁴⁶ Am 21. 2. 1931 versammelte sich die Exekutive der SAI außerdem in Zürich, um gemeinsame Maßnahmen zur Lösung der Arbeitslosigkeit zu diskutieren.⁴⁷ Zuvor wurde der internationalen Sozialdemokratie in einem Bericht des SAI-Sekretariats, der in der »Internationalen Information« veröffentlicht wurde, suggeriert, dass der »Grundstock der deutschen Demokratie« weiterhin unangetastet bleibe, trotz des bemerkenswerten Aufschwungs der politischen Zentrifugalkräfte.⁴⁸ Augenscheinlich war die zentrale Instanz des internationalen Sozialismus darum bemüht, den deutschen Genossen die Kritik an ihrer Tolerierungspolitik von den Schultern zu nehmen, indem durchweg das Bild von der »sozialdemokratischen Festung« gezeichnet wurde. Dementsprechend lenkte die SAI ihre Kritik vor allem nach Polen und Italien, um die dortigen Verbrechen anzuprangern, während die deutsche Situation gezielt kleingeredet wurde.⁴⁹ Gleichmaßen wurden die 1931 stattfindenden Prozesse gegen menschwistische Sozialdemokraten in den Vordergrund der Propaganda gerückt und die Gegensätze zwischen Kommunismus und Sozialismus erneut hervorgehoben.⁵⁰ Der Austritt von dreißig KPD-Mitgliedern, die zurück in die Reihen der SPD wechselten, war der »Internationalen Information« eine gesonderte Pressemitteilung wert.⁵¹ Auch in dem Nachruf auf Hermann Müller, der am 20. 3. 1931 an den Folgen einer Gallenblasenoperation verstorben war, wurde bewusst das Bild eines sozialdemokratischen Heroen gezeichnet, der seine Partei im Abwehrkampf um die deutsche Republik angeführt hatte. Um es mit den Worten Léon Blums auszudrücken: »Die deutsche Sozialdemokratie verliert diesen starken und sicheren Führer in einem Augenblick, in dem sie sich in einem besonders schwierigen Abschnitt ihres Kampfes befindet, in der Zeit der

⁴⁵ Exemplarisch sei hier der Leipziger Parteitag der SPD im Juni 1930 genannt – der Letzte vor dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes 1945 –, auf dem die Enthaltung der SPD-Fraktion und die Tolerierungspolitik der Partei im Zentrum der linken Kritik stand, vorgetragen von Max Seydewitz, Kurt Rosenfeld und Heinrich Ströbel. Hierzu: W. BUSCHAK, Das Londoner Büro, 1985, S. 43 ff.; hierzu auch: J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 380.

⁴⁶ Bereits auf einer Rede in Narbonne, die Blum bei dem Kongress der Sozialistischen Jugend hielt, betonte er, dass die SPD klar und deutlich gegen Aufrüstungsbestrebungen agitiere. Internationale Information, Léon Blum über die Abrüstung, 3. 11. 1930, Bd. 7.2., 1930, S. 632 ff.; Le Populaire, 5. 6. 1931.

⁴⁷ Zur Exekutivsitung siehe: Internationale Information, Internationale Beratungen in Zürich, 28. 2. 1931, Bd. 8.1., 1931, S. 89.

⁴⁸ Ebd., Bericht des Sekretariats der SAI, 14. 2. 1931, S. 55.

⁴⁹ Ebd., Diktaturjustiz, 18. 2. 1931, S. 76.

⁵⁰ Ebd., Der Moskauer Schandprozess, Léon Blum, 4. 3. 1931, S. 122 ff.; hierzu auch: ebd., Der Moskauer Prozess, Emile Vandervelde, 21. 3. 1931, S. 127 ff.; ebd., Breitscheid über den Moskauer Prozess, 17. 3. 1931, S. 132.

⁵¹ Ebd., ohne Datum, 1931, S. 125.

heroischen Opfer, die sie auf sich genommen hat, um dem Nationalismus Hitler's den Weg zu verammeln, um den Bestand der Republik zu sichern. Jeder Tag stellt sie vor schwere Gewissensfragen: Erst gestern wieder die Frage der Militärkredite im Reichstag. Und zu dieser Prüfung kam noch die Trauer. Wir nehmen Anteil an der einen wie an der andern. Die internationale Solidarität würde wenig bedeuten, wenn sie sich nur an Festtagen und in Augenblicken des Sieges offenbarte.»⁵²

Auch auf dem SAI-Kongress in Wien erhielt die Sozialdemokratie weitreichende Unterstützung von ihren Schwesterparteien, die sich, wie noch zu zeigen sein wird, allesamt verständnisvoll gegenüber der politischen Situation in Deutschland zeigten. Daran konnten auch die Differenzen bezüglich der Errichtung einer deutsch-österreichischen Zollunion, die von der SPD befürwortet, von der SFIO strikt abgelehnt wurde, herzlich wenig ändern.⁵³

Eröffnet wurde der Kongress am Samstag, den 25. Juli 1931 um drei Uhr Nachmittags in der Wiener Konzerthalle. Nachdem das Präsidium die Plätze eingenommen hatte, ertönte im Orgelklang die Melodie der »Internationale«. Daraufhin brachte ein Arbeitersängerchor drei Chöre zum Vortrag, beim »Lied der Arbeit« – der Hymne der österreichischen Sozialdemokratie – sowie der »Internationale« erhob sich der Kongress und »sang stehend mit.«⁵⁴

Die zentralen Themenfelder des Kongresses lauteten: Abrüstung / Kriegsgefahr; Lage in Deutschland / Kampf dem Faschismus; Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise.⁵⁵ Hierbei kam der Lage in Deutschland die größte Aufmerksamkeit zu, insbesondere im Hinblick auf den Zusammenbruch der deutschen Banken Mitte Juli 1931.⁵⁶ Unter dem Punkt 2 der Tagesordnung »Die Lage in Deutschland und Zentraleuropa und der Kampf der Arbeiterklasse um die Demokratie« diskutierte die SAI über ihre Hand-

⁵² Der Artikel Blums wurde zuvor in der *Populaire* veröffentlicht. Ebd., Hermann Müller's Tod in der sozialistischen Presse, Léon Blum über Hermann Müller, 28. 3. 1931, S. 156 ff.; hier finden sich weitere Nachrufe, z. B. von Vandervelde, dem »Daily Herald«, dem »Vorwärts« sowie der Wiener Arbeiterzeitung.

⁵³ Der Vorwärts äußerte sich positiv gegenüber den Plänen zur Errichtung einer Zollunion zwischen Österreich und Deutschland. Demgegenüber gab sich Léon Blum in der »Populaire« höchst reserviert gegenüber dem Entwurf eines Zollvertrages: »Die Nachricht von dem Entwurf eines Zollvertrags zwischen Deutschland und Österreich hat unvermittelt unserer nationalistischen Presse ein Stichwort gegeben. Die Verträge sind verletzt! Die Eingliederung Österreichs in Deutschland, der Anschluss ist jetzt schon vollzogen! Nur wenig fehlt und wir stehen vor einem »Kriegsfall! [...]« Auch der »Daily Herald« nannte die mögliche Zollunion problematisch und verglich sie mit dem Wurf einer Bombe in die europäische Diplomatie. Ebd., Die Verhandlungen über eine österreichisch-deutsche Zollunion und die sozialistische Presse, 2. 4. 1931, S. 164 ff.

⁵⁴ Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 2, S. VI. 4; über den Kongress siehe auch: Internationale Information, Wiener Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, 18. 7. 1931, Bd. 8.2., 1931, S. 366.

⁵⁵ Allgemeine Informationen zur Arbeit der SAI im Hinblick auf die Bekämpfung der Wirtschaftskrise im Jahr 1931 finden sich u. a. in: Internationale Information, Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, 24. 1. 1931, Bd. 8.1., 1931, S. 20 ff.; ebd., SAI und IGB über Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, S. 23 ff.

⁵⁶ Vgl. F. SCHÖBER, Der internationale Reformismus und die Reparationsfrage, 1984, S. 178.

lungsoptionen, mit Schwerpunkt auf der wirtschaftlichen Entwicklung. Dabei tat sich insbesondere der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer als Ideengeber hervor, der mit seiner Resolution die ökonomischen Aspekte der deutschen Misere zu analysieren und zu beheben versuchte. Zu diesem Zweck unterbreitete er den Vorschlag, dass sich die kapitalstarken Länder wechselseitig in Krisenzeiten unterstützen sollten.⁵⁷ Dieser geradezu utopisch anmutende Gedanke, der erst zwei Jahrzehnte später, beginnend mit dem Abkommen von Bretton-Woods 1944, realisiert werden konnte, schloss die Formierung einer Internationalen Bank für Aufbau und Entwicklung mit ein, die die wechselseitigen Hilfeleistungen koordinieren sollte.⁵⁸

Verbunden wurde die Resolution Bauers mit einer zentralen politischen Forderung: Der Streichung der deutschen und alliierten Zahlungsleistungen. »*Nie ist eine Voraussage des internationalen Sozialismus durch die Erfahrung so furchtbar bestätigt worden wie unsere Voraussage, die wir vom Anfang an gemacht haben, daß es keine Gesundung der Weltwirtschaft ohne Streichung der interalliierten Kriegsschulden gibt, die allein ihrerseits erst die Lösung der Reparationsfrage, die Befreiung Deutschlands von einem untragbaren Druck möglich macht.*«⁵⁹ Damit stellte sich Otto Bauer also bewusst in die Kontinuität sozialistischer Forderungen und machte deutlich, dass sich seine Resolution im Einklang mit den Grundsätzen der SAI befand.

Léon Blum machte stellvertretend für die SFIO deutlich, dass er die Resolution Otto Bauers voll und ganz unterstützen würde.⁶⁰ Er sei davon überzeugt, dass die Kraft der Sozialdemokratie ausreichen werde, um gegen die Mächte der Diktatur und der Reaktion den Sieg zu erringen. Um ihr eine Waffe mehr zu geben, habe die SAI klarer als je zuvor den Gedanken einer Revision des Friedensvertrages in ihre Resolution aufgenommen. Hilfe für Deutschland mit ausländischem Kapital sei, so Blum, nicht nur hilfreich, sondern müsse unverzüglich und ohne Bedingungen gewährt werden: »*Je veux simplement dire qu'il est nécessaire, qu'il doit être fourni sans délai, il doit être fourni sans conditions, car toutes les conditions politiques enlèveraient précisément à ce témoignage de solidarité internationale son efficacité politique.*«⁶¹

Allerdings formierte sich auch Widerstand gegen die Resolution Otto Bauers: Anders als die SFIO sprach sich die Labour Party gegen die Option aus, Kreditzahlungen an Deutschland zu erbringen. Hierbei mag die Tatsache, dass die Labour Party zum Zeitpunkt des Wiener Kongresses Regierungsverantwortung ausübte, eine entscheidende Rolle gespielt haben:⁶² Dementsprechend lehnte James Maxton, Führer der ILP, Kredite von kapitalistischen Regierungen für kapitalistische Regie-

⁵⁷ Vgl. Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 2, S. VI. 96.

⁵⁸ Vgl. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 382.

⁵⁹ Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 2, S. VI. 95.

⁶⁰ Zusammenfassend hierzu: Arbeiter-Zeitung, 25.7.1931. In der Ausgabe vom 25. Juli finden sich auch Artikel von Kautsky, Wels und Albarda zum Thema der »Rettung der deutschen Republik«.

⁶¹ Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 2, S. IV. 108.

⁶² J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 383.

rungen kurzerhand ab. Diese Situation sei mit kapitalistischen Methoden nicht mehr zu retten, so sein Fazit. »*You may postpone the final catastrophe, but you do not solve the problem, and this Congress, if it accepts the resolution of the Political Committee, I charge with not having faced the problem but having turned its back and walked away from it.*«⁶³ Inwiefern die Haltung der rebellischen ILP die Meinung der Stammpartei widerspiegelte,⁶⁴ darf bezweifelt werden. Die Tatsache indes, dass sich Großbritannien in einer Kreditkrise befand und die Labour-Regierung hierauf Rücksicht nehmen musste, machte die Hoffnungen Bauers und der SAI auf eine einvernehmliche finanzielle Lösung ohnehin zunichte.⁶⁵

Fernab der Debatte über die Vergabe von Krediten darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die von Léon Blum erwähnte »Revision« des Versailler Vertrages, die in Wien besonders stark von der SAI eingefordert wurde, an bestimmte Bedingungen geknüpft war: Die Kongressisten strebten nicht nur unverzügliche Kredithilfen an, sondern auch eine Neuregelung der Reparationen. Hierbei wurde zunächst einmal konstatiert, dass Deutschland zahlungsunfähig sei – was allerdings keineswegs bedeuten sollte, dass die sozialistischen Parteien aus Großbritannien, Frankreich und Belgien ihre Haltungen bez. der Reparationsfrage grundsätzlich revidieren würden. Nein, die Streichung der deutschen Reparationslast wurde weiterhin zur Gänze an die Streichung der interalliierten Schulden gekoppelt. Demgemäß war ein in Wien von Hilferding formulierter Antrag zur Streichung der Reparationszahlungen abgelehnt worden.⁶⁶ In der Schlussfassung der Kongressresolution wurde daher erneut bekräftigt, dass die »vollständige Annullierung der alliierten Kriegsschulden« heute »notwendiger denn je« sei.⁶⁷

Nicht zu Unrecht wird bemängelt, dass die SAI in Wien keine eigenständige Resolution verfasste, die auf die eigene Stärke gebaut hätte, sondern stattdessen abermals auf das Zusammenspiel mit »bürgerlichen« Kräften und Organisationen vertraute.⁶⁸ Diese Zwangslage offenbarte sich in mehrfacher Hinsicht: Der deutsche Faschismus wurde von Otto Bauer in erster Linie als wirtschaftliches Dilemma interpretiert,⁶⁹ weshalb die SAI von den kapitalistischen Staaten wechselseitige Kredithilfen einforderten. Sinn und Zweck der sozialistischen Bemühungen war also weiterhin die

⁶³ Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 2, S. VI. 140.

⁶⁴ Zum Resolutionsantrag der ILP, die jede Form der Tolerierungspolitik rigoros ablehnte, siehe auch: IISG, SAI, Vierter Kongress, Wien, Resolution ILP, IISG/SAI/167/13.

⁶⁵ Gegen die Vorwürfe der ILP setzte sich Rudolf Breitscheid zur Wehr, der sich jedwede Kritik an den Vorgängen in Deutschland verbitte. Vorwärts, 1. 8. 1931.

⁶⁶ Vgl. F. SCHÖBER, Der internationale Reformismus und die Reparationsfrage, 1984, S. 180.

⁶⁷ Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 2, S. X. S. 9.

⁶⁸ Hierzu: W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 158.

⁶⁹ Der Resolutionsentwurf Otto Bauers findet sich auch in: IISG, SAI, Vierter Kongress, Wien, Resolution Otto Bauer, IISG/SAI/168/3.

Systemstabilisierung und nicht etwa die »Eigenständigkeit«, was sich unter anderem auch an der Weiterführung der Frontstellung gegen den kommunistischen »Klassenfeind« manifestierte, insofern eine Aktionseinheit mit kommunistischen Kräften weiterhin abgelehnt wurde.⁷⁰

Dem Parteidreieck als solches gelang es auf dem Wiener Kongress mitnichten, ein Zeichen zu setzen.⁷¹ Zwar wurde der Kongress symbolträchtig von Bracke und Wels eröffnet,⁷² indes war es nicht an der SPD oder der SFIO, das Treffen der internationalen Arbeiterschaft inhaltlich zu bestimmen. Hier tat sich allein der austromarxistische Theoretiker Otto Bauer hervor, der mit seinem Resolutionsentwurf zumindest den Anschein erweckte, die SAI habe eine konkrete Vorstellung davon, welche Maßnahmen für die Rettung der deutschen Republik vonnöten wären. Gewiss, retrospektiv wurde der Versuch unternommen, den Wiener Kongress als einzigartige Solidarisierung zwischen Deutschland und Frankreich respektive SPD und SFIO zu stilisieren. »Frankreich und Deutschland sprechen«, titelte die Wiener Arbeiterzeitung und bezog sich hierbei vor allem auf den Dialog zwischen Breitscheid und Blum anlässlich möglicher Hilfeleistungen für die deutsche Republik.⁷³ »Nationale Egoismen« seien unangebracht, wie der französische Sozialistenführer sehr zur Freude des Sozialdemokraten verkündete. Allerdings zeigte die Debatte um die Revision des Versailler Vertrages, dass die Betonung nationaler Befindlichkeiten weiterhin Usus innerhalb der internationalen Arbeiterschaft war: Eine bedingungslose Streichung der deutschen Reparationslasten akzeptierte die SFIO nur unter der Voraussetzung, dass die interalliierten Schulden ebenfalls entfallen würden. Insofern ist die von Vandervelde in der Rückschau gelobte »völlige Übereinstimmung aller Sektionen der Internationale« hinsichtlich der politischen Lage in Deutschland allenfalls als wohl platzierter Propagandabeitrag des Belgiers in der »Internationalen Information« zu bewerten.⁷⁴

⁷⁰ Dies zeigte sich bereits in den Monaten vor dem Wiener Kongress. Am 10. 2. veröffentlichte Vandervelde einen Artikel in der Internationalen Information über die »Terrorwelle in der USSR«. Hierbei konstatierte er: »Fast kein Tag vergeht, ohne daß die sozialistische Presse aller Länder die terroristischen Akte der Stalin'schen Diktatur brandmarkt [...]« Internationale Information, Eine neue Terrorwelle in USSR, Emile Vandervelde, 10. 2. 1930, Bd. 7.1., 1930, S. 75 ff.; ebd., Von den Sozialisten ausserhalb der SAI, 6. 3. 1930, S. 127 ff.; weitere Stellungnahmen gegen den »Moskauer Prozess« von Blum, Vandervelde, Abramowitsch und Adler: ebd., Der Moskauer Prozess und die SAI, ohne Datum, vermutl. Juli 1931, Bd. 8.2., S. 383 ff.; zur Ablehnung des PCF-Angebotes durch Paul Faure: ebd., Einheitsfront oder Einheitsfrontmanöver, Paul Faure, 19. 9. 1931, S. 428.

⁷¹ Dessen ungeachtet insistierte Vandervelde in der Rückschau darauf, dass die »überwältigende Mehrheit der Teilnehmer am Wiener Kongress mit gestärktem Vertrauen« nach Hause zurückgekehrt seien. Ebd., Nach dem Wiener Kongress, Emile Vandervelde, 22. 8. 1931, S. 389.

⁷² Arbeiter-Zeitung, 28. 7. 1931.

⁷³ Arbeiter-Zeitung, 1. 8. 1931.

⁷⁴ Interessanterweise kritisierte Vandervelde in seinem Beitrag, dass die Resolution des Wiener Kongress keine besondere Breitenwirkung entfacht hätten. So habe sich Léon Blum darüber beschwert, »daß das große Publikum in Frankreich (und, wenn auch in geringerem Maße, in England) ziemlich mangelhaft darüber unterrichtet worden ist, was in Wien gesagt und getan wurde.« Internationale Information, Nach dem Wiener Kongress, Emile Vandervelde, 22. 8. 1931, S. 389.

Was die Labour Party anbelangt, so war der Wiener Kongress alles andere als eine Glanzstunde für die Briten gewesen: Während die Delegierten von SFIO und SPD aus der ersten Partei-Garnitur stammten, waren die politischen Vertreter der britischen Arbeiterparteien weitestgehend unbekannt. Im Prinzip war der Vorsitzende des »International Department«, William Gillies, der einzige wirklich bekannte Vertreter der Labour Party gewesen, der in Wien vertreten war.⁷⁵ Erschwerend hinzu kam außerdem, dass die Parteielite der britischen Arbeiterpartei kurz nach dem SAI-Kongress Ende August 1931 in sich zusammenfiel: Am 23. 8. fasste der britische Premier Ramsay MacDonald den Entschluss, die Arbeitslosenversicherung zu kürzen, mit Unterstützung seines Schatzkanzlers, Philip Snowden. Als sich Arthur Henderson gegen diese Maßnahme aussprach, begab sich MacDonald am Folgetag zum König, um ihm seine Demission zu überreichen. Als der noch amtierende Premier von seiner Palast-Visite zurückkehrte, teilte er seinen Kollegen mit, der König habe ihn mit der Bildung einer »Nationalregierung« – unter Beteiligung aller Parteien – beauftragt. Die Führer der anderen Parteien, Stanley Baldwin (Konservative Partei) und Sir John Simon (Liberales Partei) hätten bereits ihr Einverständnis erklärt, unter ihm als Ministerpräsidenten dem Kabinett beizutreten.⁷⁶ Die Partei selbst reagierte erbost auf MacDonalds »Desertion« und strafte das ehemalige Aushängeschild der Labour Party mit Verachtung.⁷⁷ Auf der Jahreskonferenz der Partei, die einige Wochen später in Scarborough stattfand, wurde sowohl MacDonald als auch Snowden und Thomas die Parteimitgliedschaft entzogen.⁷⁸ Als wäre das nicht genug, kam es in etwa zur gleichen Zeit zu weiteren Spaltungen im Lager der Labour Party: Die ILP beschloss im Jahre 1932 auf der Parteikonferenz in Bradford, sich von ihrer Stammpartei zu trennen.⁷⁹ Gleichmaßen fasste Sir Oswald Mosley, immerhin Mitglied des Parteivorstandes, den Entschluss, eine eigene Partei zu gründen, so dass die Labour Party gewissermaßen eine Dreifachspaltung um 1931/32 über sich ergehen lassen musste. Das alles führte dazu, dass die britische Arbeiterschaft im Zuge der im Herbst stattfindenden Wahlen massive Stimmverluste in Kauf nehmen musste und im Parlament nur noch durch eine kleine, fast einflusslose Truppe vertreten war.⁸⁰ Triumphaler Sieger des Wahlabends waren die Konservativen gewesen, die eine überwältigende Mehrheit im Parlament auf sich vereinen konnten, während MacDonalds neue Partei, die »National Labour Party«, nur einen Bruchteil der Stimmen der Labour Party gewinnen konnte.

⁷⁵ Zur Delegiertenliste: Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 2, VIII, S. 4.

⁷⁶ Hierzu: J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 372 ff.; D. CARLTON, MacDonald versus Henderson, 1970, S. 197 ff.

⁷⁷ Vgl. D. MARQUAND, Ramsay MacDonald, 1977, S. 648 ff.

⁷⁸ Vgl. zum Parteiausschluss MacDonalds: Internationale Information, Die britische Arbeiterpartei und die »nationale Regierung«, 5. 9. 1931, Bd. 8.2., 1931, S. 404.

⁷⁹ Internationale Information, Zum Austritt der ILP aus der Labour Party, F. Adler, 13. 8. 1932, Bd. 9.2., 1932, S. 463; entsprechende Dokumente zum Austritt der ILP finden sich: ebd., S. 483–487.

⁸⁰ Vgl. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 375.

So ergab sich das Paradoxon, dass die einzige Hoffnung der SAI – die britische Arbeiterregierung – in sich gespalten daniederlag und bereits zum Zeitpunkt des Wiener Kongresses kurz vor ihrer Auflösung stand. Damit war die Resolution der internationalen Sozialdemokratie zur Revitalisierung der deutschen Wirtschaft, wie sie von Otto Bauer angedacht war, auf Sand gebaut. Zwar gelang es im Zuge der Konferenz von Lausanne immerhin, die Streichung der deutschen und interalliierten Schulden zu erreichen,⁸¹ jedoch war dies nicht der SAI-Initiative geschuldet, sondern schlichtweg ein Resultat der desaströsen deutschen Wirtschaftslage, die in dem Baseler Gutachten der Sachverständigenkonferenz am 18. August auch von offizieller Seite konstatiert wurde.⁸²

Dass die im Rahmen des Wiener Kongresses angekündigten wirtschaftlichen Maßnahmen wenig Substanz bzw. Erfolgchancen hatten, wird nicht zuletzt an einem Beschluss von IGB und SAI aus dem Frühjahr 1933 deutlich: Hier beschlossen das SAI-Büro sowie der IGB-Vorstand in einer gemeinsamen Verlautbarung, dass alle Aktionen zu wirtschaftlichen Fragen künftig vom IGB durchzuführen seien. Eine vormals eingerichtete, gemeinsame Kommission zu Wirtschaftsfragen, der beide Organisationen angehört hatten, wurde konsequenterweise aufgelöst.⁸³ Die Bekämpfung der Wirtschaftskrise vonseiten der SAI respektive des Parteiendreiecks, die wie Otto Bauer ausführlich darlegte der Schlüssel zur Bekämpfung der politischen Radikalisierung sei, scheiterte sang- und klanglos.

Indes muss auf der anderen Seite eingeräumt werden, dass es geradezu absurd wäre, von der Sozialistischen Arbeiterinternationale eine Lösung der Weltwirtschaftskrise zu erwarten. Gemessen am sinkenden Einflussbereich der Parteien sowie der Krise der Verständigungspolitik war ein durchschlagender Erfolg schlechthin unmöglich. Dementsprechend gilt es, die gefassten Resolutionen und Vorschläge unter realistischen Vorzeichen zu bewerten und die Kritik an der Arbeiterinternationale⁸⁴ in Relation zu setzen: Die Anregungen Otto Bauers waren politisch nicht umsetzbar – dennoch war das Vorhaben, weiterhin auf den zwischenstaatlichen Annäherungsprozess zu setzen, alternativlos. Die Tatsache, dass im Zuge der Lausanner Konferenz mit der »Gesamtlösung der Reparationsfrage« ein Verhandlungserfolg erzielt werden konnte,⁸⁵ ist zugespitzt formuliert ein positives Zeugnis für –

⁸¹ Vgl. F. SCHÖBER, *Der internationale Reformismus und die Reparationsfrage*, 1984, S. 182.

⁸² Vgl. H. GRAML, *Zwischen Stresemann und Hitler*, 2001, S. 169 ff.; vgl. F. SCHÖBER, *Der internationale Reformismus und die Reparationsfrage*, 1984, S. 184.

⁸³ IISG, SAI, Wirtschaftskommission, 28/1933, IISG/SAI/Wirtschaftskommission/853; hierzu auch: W. KOWALSKI et al., *Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940)*, 1985, S. 186.

⁸⁴ Vgl. F. SCHÖBER, *Der internationale Reformismus und die Reparationsfrage*, 1984, S. 184; vgl. J. BRAUNTHAL, *Geschichte der Internationale*, 1963, Bd. 2, S. 375 ff.

⁸⁵ Die »Gesamtlösung« der Reparationsfrage, wie sie im Zuge der Lausanner Konferenz unter dem Vorsitz von MacDonald auf zwischenstaatlicher Ebene erreicht wurde, entsprach ohnehin dem Beschluss des SAI-Büros vom 24. und 26. Januar, das im Vorfeld der Regierungskonferenz tagte. Auf diesem Treffen beharrten SFIO, Labour Party und POB auf die Streichung der alliierten Schulden, weswegen der in Lausanne erzielte »Schlusspakt« der Regierungen, der eine einseitige Streichung der

und nicht gegen – die strategische Vorgehensweise der SAI. Eine allzu dogmatisch-doktrinäre Positionierung der internationalen Arbeiterklasse wäre zutiefst kontraproduktiv gewesen und hätte die bestehenden Probleme definitiv vergrößert.

4.4. *Kriegsverbütung und Abrüstung, 1929–1932*

Neben der Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise war die Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen ein dominierendes Element innerhalb der Arbeiterinternationale.⁸⁶ Im Mai 1929 wurde hierzu von SAI-Seite verkündet: »Die Schwierigkeiten, die die Abrüstung bietet, können nur unter dem stärksten politischen Druck überwunden werden. Diesen Druck durch eine ständige und energische Aktion in den Massen und Parlamenten zu üben, ist Aufgabe der sozialistischen Arbeiterparteien.«⁸⁷

Dieser Losung entsprechend ging auf der im April 1929 stattfindenden Sitzung der Vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes ein »Petitionssturm« der Arbeiterinternationale ein.⁸⁸ Auch auf ihren Maikundgebungen nahm die SAI-Exekutive deutlichen Bezug auf die Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes.⁸⁹ Darüber hinaus plante die SAI, über die im Völkerbund vertretenen Genossen direkten Einfluss auf die Geschehnisse in Genf zu nehmen. Zu diesem Zweck wurde die »Kommission für die Probleme des Völkerbundes« ins Leben gerufen, die alle sozialdemokratischen Regierungsvertreter zusammenführen sollte, ohne dass dabei der Verdacht entstehen konnte, sie handelten auf Befehl der Internationale.⁹⁰

interalliierten Schulden vorsah, voll und ganz die Zustimmung der SAI fand. Vgl. H. GRAML, Zwischen Stresemann und Hitler, 2001, S. 169 ff.; Zur Sitzung des SAI-Büros: Internationale Information, Sitzung des Bureaus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, 24./25.1.1932, Bd. 9.1., 1932, S. 38 f.

⁸⁶ Vgl. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 497.

⁸⁷ Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 1, S. I. 54.

⁸⁸ In seinem Aufruf an die Arbeiter aller Länder bemerkte das Internationale Sozialistische Büro am 28. März 1929, dass die Notwendigkeit zur Abrüstung bereits von W. Wilson eingefordert wurde und unbedingt verwirklicht werden müsse: »Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale bat die Arbeiter aller Länder auferufen, in der Form eines Petitionssturms zu bekunden, daß sie erwarten, die Sehnsucht der Völker nach dem Frieden werde endlich bei den Regierungsvertretern in Genf ihren Ausdruck finden.« Internationale Information, Aufruf an die Arbeiter aller Länder, 28. 3. 1929, Bd. 6.1., 1929, S. 114 ff.

⁸⁹ Ebd.; vgl. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 497.

⁹⁰ Des Weiteren wurde auf Antrag von Albarda und Gillies ein »Aktionsplan« der SAI zusammengestellt, der die nächsten Tätigkeiten der SAI in der Abrüstungsfrage spezifizieren sollte. Internationale Information, Der Kampf um die Abrüstung, 24. 5. 1930, Bd. 7.1., 1930, S. 299 ff.; W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 136.

4.4.1. *Fortsetzung der Verhandlungen des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses im Völkerbund, Londoner Seemächte-Konferenz 1930*

Der Vorbereitende Abrüstungsausschuss des Völkerbundes trat nach fünfjährigen Vorverhandlungen ein letztes Mal im November 1930 zusammen.⁹¹ Nach wie vor war die Unvereinbarkeit der französischen und deutschen Haltung das entscheidende Hindernis, welches einen Durchbruch in der Abrüstungsfrage verhinderte: Während Reichskanzler und Auswärtiges Amt die Auffassung vertraten, dass ein Abrüstungsabkommen sowohl die Mannschaften unter der Fahne als auch die ausgebildeten Reserven umfassen sollte, vertrat Frankreich die gegenteilige Auffassung und pochte auf die Suprematie der eigenen Landstreitkräfte sowie die Einhaltung der Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages durch Deutschland.⁹²

Keine Unterstützung erhielt die französische Regierung in ihrer Haltung aus dem angelsächsischen Lager: Im Zuge der Londoner Seemächte-Konferenz aus dem April 1930 war es zwar gelungen, den britisch-amerikanischen Flottengegensatz zu überwinden und die Arbeit der Abrüstungskommission wieder aufzunehmen.⁹³ Allerdings hatte es die französische Regierung in London nicht vermocht – wie zuvor anvisiert –, eine diplomatisch günstige Ausgangsposition einzunehmen.⁹⁴ Die Furcht des Auswärtigen Amtes vor einer »Mittelmeer-Entente«, gegen die deutsche Regierung gerichtet, erwies sich damit als unbegründet.⁹⁵ Das Ergebnis der Londoner Seeabrüstungskonferenz darf retrospektiv als Initialzündung zur Wiederaufnahme der allgemeinen Abrüstungsverhandlungen interpretiert werden.

⁹¹ Zum ersten Mal war der Vorbereitende Abrüstungsausschuss im Mai 1926 zusammengetreten. Hierzu: L. ZIMMERMANN, *Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik*, 1958, S. 448 ff.

⁹² Vgl. F. KNIPPING, *Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära*, 1987, S. 137 ff.

⁹³ Zur Geschichte der Seeabrüstung: *Internationale Information.*, 1. 4. 1930, S. 196.

⁹⁴ Letztlich scheiterte der Versuch, die eigene Seeabrüstung zugunsten von britischen Konzessionen bei der Landrüstung zu verwenden, wenngleich Frankreich am Ende der Verhandlungen nur einem Teil des Londoner Flottenvertrages beitrug und sich damit ein diplomatisches Druckmittel für künftige Abrüstungsverhandlungen offen hielt, u.a. in der Frage der Landrüstung. Inhaltlich hatte die französische Regierung auf ein eigenes »Tonnagebedürfnis« zur Verteidigung der Kolonialgebiete insistiert – auch aufgrund des deutschen Panzerkreuzerbaus –, weshalb ein Beitritt zum Dreimächte-Abkommen, das eine Limitierung der Tonnagen aller Kampfschiffe vorsah, abgelehnt wurde. Vgl. F. KNIPPING, *Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära*, 1987, S. 177.

⁹⁵ Wie aus den Quellen hervorgeht, wollte sich die Arbeiterregierung MacDonald in diesem Punkt deutlich von der konservativen Vorgängerregierung distanzieren. Aufgrund dessen wurde das geheime Übereinkommen mit der französischen Regierung, das in der zweiten Hälfte der 20er Jahre fixiert wurde, beigelegt und stattdessen eine offene Initiative mit dem Ziel der Verständigung zwischen den Seemächten gestartet. Dies führte schlussendlich zur Einberufung der Londoner Seeabrüstungskonferenz. Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 1, S. I. 55.

4.4.2. Haltung der SAI respektive des Parteidreiecks zum Status quo der Abrüstungsverhandlungen

Die Exekutive der SAI beriet sich vom 11. bis zum 13. Mai 1930 in Berlin über die Ergebnisse der Londoner Konferenz.⁹⁶ In einer offiziellen Stellungnahme wurde die Haltung der Labour-Regierung während der Konferenz lobend erwähnt.⁹⁷ Dieser Interpretation schloss sich auch die SPD an, die im »Vorwärts« die Verhandlungsergebnisse sowie die Arbeit der Labour-Regierung positiv hervorhob.⁹⁸

Insgesamt wurden die Ergebnisse der Londoner Konferenz von der SAI als wichtiger »Schritt zur Beschränkung der Rüstungen zur See« bewertet.⁹⁹ Scharf kritisiert wurde indes die Blockadehaltung Frankreichs sowie Italiens, die sich geweigert hatten, ihre »Tonnagebedürfnisse« zu drosseln.¹⁰⁰ Die SFIO wurde aufgrund dessen dazu aufgerufen, die Entwicklung der französischen Seerüstung aufs Schärfste zu bekämpfen.¹⁰¹ Die Unterstützung für die Position der britischen Regierung ging diesbezüglich sogar so weit, dass IGB und SAI ein Manifest verabschiedeten, um sich mit der Labour Party respektive der englischen Regierung zu solidarisieren.¹⁰² Kritisiert wurde auch der beabsichtigte Bau des deutschen Panzerkreuzers B, der »den Admiralstäben der anderen Staaten einen willkommenen Vorwand für die technische Erneuerung der Kriegsflotte und damit für eine Ausdehnung der Rüstung liefert.«¹⁰³

⁹⁶ Eine gesonderte Konferenz über die »gegenwärtige Lage der Londoner Seeabrüstungskonferenz« von SAI und IGB fand bereits im März 1930 statt. Internationale Information, Gemeinsame Sitzung der beiden Internationalen, 3. 3. 1930, Bd. 7.1., 1930, S. 114; hierzu auch das »Bulletin der SAI vom 7.3.: ebd., S. 203/204.

⁹⁷ »Die SAI stellt fest, daß die britische Arbeiterregierung durch Lord Robert Cecil ihre Absicht kundgetan hat, in der Frage der Herabsetzung der Rüstungen zu Land und in der Luft umfassendere Vorschläge zu machen oder wieder aufzunehmen, als sie die konservative Regierung formuliert hat.« W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 134; Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 1, S. I. 57.; hierzu auch: Internationale Information, Der Kampf um die Abrüstung, 17. 5. 1930, Bd. 7.1., 1930, S. 276 ff.

⁹⁸ S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 487.

⁹⁹ Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 1, S. I. 59.

¹⁰⁰ »Frankreich hat sich auf »absolute Bedürfnisse« berufen, deren Aufrechterhaltung ein dauerndes Hindernis für eine Beschränkung der Rüstungen zur See darstellen würde« Ebd.

¹⁰¹ Dieser Aufgabe kam die SFIO allerdings offensichtlich nur teilweise nach: In einem Artikel Emile Vanderveldes wurde heftige Kritik am Verhalten Frankreichs und der SFIO geübt, insofern der Belgier konstatierte, bis auf Blum und einige Sozialisten sei ganz Frankreich von der Regierung Tardieu und ihren Positionen eingenommen gewesen. Internationale Information, Vor dem Ersten Mai, E. Vandervelde, 26. 4. 1930, Bd. 7.1., 1930, S. 233; Zur Haltung L. Blums, der das Vorgehen der eigenen Regierung Tardieu scharf kritisierte: Internationale Information, Léon Blum über die Seeabrüstungskonferenz, ohne Datum, Bd. 7.1., 1930, S. 231; gleichermaßen: ebd., Die französischen Sozialisten und die Seeabrüstung, S. 147.

¹⁰² Internationale Information, Die Friedenspolitik der britischen Arbeiterregierung, Februar/März 1930, Bd. 7.1., 1930, S. 161 ff.; allgemein zur Unterstützung der brit. Regierung durch die SAI: Wrynn, The Socialist International, S. 101, 75 f.

¹⁰³ In diesem Kontext wurde die Haltung der SPD, die gegen den Panzerkreuzer agitierte, gelobt. Kritisiert wurde des Weiteren der Bau von Befestigungsanlagen in Frankreich und Belgien. Vierter

Dem Völkerbund wurde vonseiten der Exekutive vorgeworfen, dass die Vorbereitende Abrüstungskommission einen »Vertragsentwurf schon längst hätte« ausarbeiten können.¹⁰⁴ Die SAI werde in einen »ständigem Kampf« eintreten, »bis das Ziel, die völlige Abrüstung erreicht ist«. In ihrer Sitzung vom August 1930 rief die Exekutive daher »die Arbeiter aller Länder von neuem auf zu einer Aktion für den Frieden und für die Abrüstung.«¹⁰⁵ Zu diesem Zweck wurden im Oktober 1930 zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen in verschiedenen europäischen Ländern organisiert, wie Friedrich Adler in einem Rundschreiben befriedigt feststellte.¹⁰⁶ In Frankreich habe z.B. eine Kundgebung am 19. Oktober stattgefunden,¹⁰⁷ unter Beteiligung der Jugendorganisationen sowie diverser Parteigenossen aus Italien und Belgien. Indes war es der deutschen Sozialdemokratie nicht gelungen, eine ähnliche Demonstration zu organisieren, in Verbindung mit der internationalen Jugendkundgebung, »hat[te] [die Partei, Anm. d. V.] aber eine Reihe lokaler Veranstaltungen eingeleitet.«¹⁰⁸ Keine Nachricht erhielt das Sekretariat indes aus Großbritannien,¹⁰⁹ was die Vermutung zulässt, dass die Empfehlung der SAI, Demonstrationen abzuhalten, nicht befolgt worden war.

Die Aktionen der an die SAI assoziierten Parteien sowie der SAI-Exekutive können durchaus als »belebend« angesehen werden. Allerdings war der Aktionismus der Internationale nicht unproblematisch, da sich die Exekutive sowie die gemeinsame SAI-Kommission zur Abrüstungsfrage sukzessive auf vollkommen utopische Positionen verständigten, die im Mai 1930 in Berlin in einem umfangreichen Aktions-

Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 1, S. I. 59; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 488.

¹⁰⁴ Ebd.

¹⁰⁵ Teilnehmer waren unter anderem: Longuet, Brache, Renaudel, Crispin, Brockway, Compton, Gillies. Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 1, S. I. 62; Internationale Information, Sitzung der Exekutive der SAI, 18. bis 22. 8. 1930, Bd. 7.2., 1930, S. 484 ff.

¹⁰⁶ IISG, SAI, Abrüstungskommission, Brief an die Mitglieder der Exekutive, 24. 10. 1930, IISG/SAI/Abrüstungskommission/773/11.

¹⁰⁷ Ein Bericht über die Demonstrationen in Frankreich findet sich in: Internationale Information, Die Aktion der französischen Sozialisten, 10.–18. Oktober, Bd. 7.2., 1930, S. 748 ff.

¹⁰⁸ IISG, SAI, Abrüstungskommission, Brief an die Mitglieder der Exekutive, 24. 10. 1930, IISG/SAI/Abrüstungskommission/773/11.

¹⁰⁹ Zu vermuten ist, dass die Demonstrationen von der Labour Party abgelehnt wurden. Genauer gesagt ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die bereits an vorheriger Stelle erwähnte Sitzung der Parteiführung, die im Oktober 1930 stattfand, den Beweis für diese These liefert: Im Rahmen des Labour-Treffens wurden Demonstrationen für Abrüstung, die auf Anraten der SAI zeitnah stattfinden sollten, von der Parteiführung abgelehnt und an mit der Labour Party befreundete Organisationen weiter delegiert. LHASG, National Executive Committee, Exekutivsitung, 4. 10. 1930, LHASG/LP/EC/Minutes, Juli–Oktober 1930. Indes fand eine Protestkundgebung gegen die Regierungsmethoden Pilsudskis statt, Anfang Oktober 1930: Internationale Information, Die englischen Gewerkschaften gegen Pilsudski, ohne Datum, Bd. 7.2., 1930, S. 590; gleichermaßen beteiligte sich ein Labour Politiker, George Hicks, an Demonstrationen in Deutschland gegen den Faschismus (November 1930): Internationale Information, Gegen die Rüstungen, November 1930, Bd. 7.2., 1930, S. 695.

programm fixiert wurden.¹¹⁰ Zwar wurden Teile dieser Forderungen bereits auf dem Brüsseler SAI-Kongress erhoben, allerdings einigten sich SAI und IGB¹¹¹ nun offensichtlich darauf, die Rüstungshöchstgrenzen für die Verliererstaaten des Versailler Vertrages als allgemeine Forderungen für alle Staaten anzuwenden, d.h. auch für die Siegermächte.¹¹² Eben dieser Punkt war neu und in keinsten Weise umsetzbar, wie die bisherigen Verhandlungen des Völkerbundes zur Abrüstungsfrage klar und deutlich zutage gebracht hatten.¹¹³

Anhand der Abrüstungsbemühungen der SAI zwischen 1929 und 1931/32 werden verschiedene Aspekte deutlich: Während die Labour Party zumindest bis zum »Ver-rat« ihres bis dato prominentesten Politikers, MacDonald,¹¹⁴ auf die Verhandlungen im Rahmen des Völkerbundes vertraute, pochte die SFIO auf ein möglichst konturiertes Programm der SAI-Exekutive sowie ein Aktionsprogramm, das gemeinsam mit dem IGB schlussendlich verwirklicht werden konnte. Programmatisch näherte sich die SFIO dabei jenen Kräften der SAI an, die »revolutionäre Maßnahmen« forderten. Kernelement der französischen Partei war die »Verweigerung des Budgets« im Kriegsfall – eine Forderung, die bereits im Vorfeld des Ersten Weltkriegs getätigt worden war.¹¹⁵

Die SPD stand in diesem Zeitabschnitt gewissermaßen »zwischen den Stühlen«, weil sie einerseits auf einen Fortschritt der zwischenstaatlichen Verhandlungen hoffte und der veränderten innenpolitischen Situation im Zuge der Septemberwahlen 1930 Rechnung tragen musste, andererseits aber auch programmatisch der eigenen »Abrüstungsdoktrin« Rechnung zu tragen hatte und Rechnung tragen wollte, d.h. wie die SFIO immer stärker auf außerparlamentarische Aktionen setzte und die eigenen Forderungen zuspitzte.¹¹⁶ Hieran war jedoch problematisch, dass die Vorstel-

¹¹⁰ Internationale Information, Der Kampf um die Abrüstung, 24. 5. 1930, Bd. 7.1., 1930, S. 299 ff.; Ebenso: S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 488; Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 1, S. I. 66 f.

¹¹¹ Die gemeinsame Abrüstungskommission von IGB und SAI wurde im Februar 1931 gebildet. Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, Bd. 1, S. I. 69.

¹¹² Vgl. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 489.

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ In diesem Kontext muss indes betont werden, dass MacDonald erst nach seinem Entschluss, ein »national government« zu formieren, von den internationalen Sozialisten verstoßen wurde. Zuvor wurde die Arbeit der britischen Arbeiterregierung in einer einjährigen Bilanz ihrer Arbeit lobend hervorgehoben (Sommer 1930). Internationale Information, Ein Jahr britische Arbeiterbewegung, Mai/Juni 1930, Bd. 7.1., 1930, S. 350 ff.

¹¹⁵ Hierzu auch die Verhandlungen des französischen Parteitages vom Juni 1931, auf dem minutiös ein Abrüstungsplan formuliert wurde, insbesondere auf Initiative Paul Faures und Léon Blums. Internationale Information, Zum französischen Parteitag, 6. 6. 1931, Bd. 8.2., 1931, S. 310.

¹¹⁶ Als Beleg für das stärker werdende »revolutionäre« Potential der SPD kann ein Dokument aus dem Oktober 1931 angeführt werden, das von der Parteiführung in der »Internationalen Information« lanciert wurde. Hierin wurden geradezu groteske Parolen verwendet, die offensichtlich den subversiven Charakter der deutschen Arbeiterpartei unterstreichen sollten: »Kampf dem internationalen Ka-

lungen von SFIO und SPD, die zu dem bereits dargestellten Aktionsprogramm von SAI und IGB geführt hatten, keinen Fortschritt darstellten, sondern die eigenen Handlungsoptionen eher limitierten. In diesem Kontext erscheint die Haltung der Labour Party, die ihrerseits auf einen zwischenstaatlichen Verhandlungserfolg setzte und die Resolutionen der SAI allenfalls stiefmütterlich behandelte, weitaus gewinnbringender – auch wenn sich die britische Partei damit klar von den beiden Schwesterparteien abhob und im Widerspruch zur »proletarischen Solidarität« stand.¹¹⁷

Thesenhaft kann die Formel aufgestellt werden, dass die vom Parteiendreieck zwischen 1924 und 1928 verfolgte Verständigungspolitik nur deshalb so gut funktionieren konnte, weil sie sich programmatisch auf die Verfolgung der Wilsonschen Grundsätze beschränkte. Der unausgesprochene Konsens beschränkte sich insbesondere im Lager von SPD und SFIO auf die simple Bereitschaft, »alles« zu fördern, was einer internationalen Annäherung dienen konnte. In dem Moment, wo ein konkretes, klar formuliertes Programm verfolgt wurde – siehe hierzu das »Aktionsprogramm« von SAI und IGB zur Abrüstung (1931) oder auch das Festhalten am Genfer Protokoll durch die Labour Party (1924/25) –, wurden die internen Diskussionen komplizierter und eine Kooperation mit bürgerlichen Politikern erschwert. Auch wenn die Erosion des internationalen Staatensystems nach 1929/30 mit Sicherheit weitaus schwerer wog als der Dogmatismus der SAI, so sollte dennoch konstatiert werden, dass der nunmehr einsetzende »Trend«, den fehlenden politischen Einfluss mit doktrinärem Sozialismus zu kompensieren, sowohl durchsichtig als auch kontraproduktiv war.

4.4.3. Starke »Agentur der Arbeiterklasse«, schwaches Parteiendreieck?

Diese Gedanken aufgreifend soll im folgenden Kapitel der Frage nachgegangen werden, ob die drei einflussreichsten Parteien der Internationale – SPD, SFIO, Labour Party – weiterhin die außenpolitische Führungsrolle bezüglich der transnationalen Aktivitäten des internationalen Proletariats ausübten. Immerhin geht aus den Forde-

pitalismus! [...] Staatsberrschaft über die Banken! Volksberrschaft über die Volkswirtschaft! Schutz der Arbeiter und der Krisenopfer vor Not, Hunger und Kälte!» S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 489; Internationale Information, Ein Aufruf der deutschen Sozialdemokratie, 10.10.1931, Bd. 8.2., 1931, S. 475.

¹¹⁷ Immerhin hatte es die Labour Party nicht für nötig erachtet, sich an den gemeinsamen, transnational organisierten Demonstrationen im Oktober 1930 zu beteiligen. Insofern ist Stefan Feucht zu widersprechen, wenn er konstatiert, dass sich die drei großen europäischen sozialistischen Parteien »weitestgehend einig« waren. In Bezug auf das Aktionsprogramm der SAI, das zuletzt auf den Wiener Kongress 1931 weiter präzisiert wurde, kann gewiss eine Einigkeit herausgelesen werden. Allerdings bestand in der Wahl der Mittel, wie die Abrüstungsforderungen vorgetragen werden sollten, in praktischer Hinsicht ein klarer Dissens, wie am Verhalten der Labour Party deutlich wird. LHASC, National Executive Committee, Exekutivsitzung, 4.10.1930, LHASC/LP/EC/Minutes, Juli-Oktober 1930; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 497.

rungen und Formulierungen der deutschen und französischen Parteistrategen zumindest zwischen den Zeilen hervor, dass die dominante Stellung der drei Großparteien immer brüchiger und der Ruf nach einer starken »internationalen Agentur der Arbeiterklasse« immer lauter wurde. Hierzu passt, dass der fragilen deutschen Arbeiterpartei von den ausländischen Genossen bereits eine Art »Sonderstatus« eingeräumt wurde in Bezug auf die anstehenden Reparationsverhandlungen. Hintergrund hierfür war insbesondere die deutsche Bankenkrise, die sich seit dem Frühjahr 1931 immer stärker bemerkbar machte und im Spätsommer noch einmal zuspitzte. »Die Nachrichten aus Deutschland sind ernst, außerordentlich ernst«, wie Léon Blum, auf die Währungs- und Kreditkrise anspielend, im Oktober 1931 feststellte.¹¹⁸ Nur eine entschlossene internationale Aktion der Regierungen könne der Krise jetzt noch Einhalt gebieten, so das Fazit des Franzosen.¹¹⁹

Zu diesem Zweck soll an dieser Stelle ein zeitgenössisches Dokument des belgischen Sozialisten Emile Vandervelde angeführt werden, der sich in einem im Juli 1930 veröffentlichten Artikel kritisch mit den Einflussmöglichkeiten der SAI auseinandersetzte. Hierbei zog er erstens einen interessanten Vergleich zwischen der Vor- und Nachkriegssituation und stellte zweitens einen unmittelbaren Bezug zum Parteiendreieck und seinen diplomatischen Einflussmöglichkeiten her.¹²⁰ Zunächst äußerte Vandervelde sich lobend über die internationale Entwicklung – das Ende der militärischen Besatzung in Deutschland, die Ergebnisse der Seeabrüstungskonferenz – um anschließend der Frage nachzugehen, ob die »internationale Agentur der Arbeiterschaft« ihr Potential voll ausschöpfe oder stattdessen nur mit halber Kraft agiere: *»Unter diesen Umständen fragen sich manche Genossen, wie wir wohl wissen, ob die Internationale alles tut, was in ihrer Macht steht und was daher zu tun ihre Pflicht ist, um die Demokratie und den Frieden erfolgreich zu verteidigen. Ich will den Versuch machen, diese Frage so objektiv wie möglich zu beantworten. Es gab eine Zeit, ich denke dabei an die Vorkriegsverhältnisse, da wir eine Vereinigung von meistens recht schwachen Oppositionsgruppen waren und es bei einem vorhandenen oder drohenden internationalen Konflikt zwangsläufig unsere einzige Zuflucht war, an die öffentliche Meinung zu appellieren. Derartige Aufrufe haben sicherlich auch jetzt noch ihre volle Wirksamkeit [...]. Andererseits aber werden die Genossen [...] gut daran tun, die Bedeutung dessen, was sie mit anderen Mitteln tun kann und auch wirklich tut, nicht zu unterschätzen.«*¹²¹

Vandervelde gab zu bedenken, dass die »gemeinsamen Beratungen unserer deutschen und französischen Genossen« in der Saar-Frage wesentlich mehr ausrichten könnten, als direkt von der SAI geplante Kundgebungen. Und solange die Labour Party in Groß-

¹¹⁸ Ebd., Die Deutsche Krise, Léon Blum, 10. 10. 1931, Bd. 8.2., 1931, S. 471 ff.

¹¹⁹ »Was hat man getan um ihr (der Krise, Anm. d. V.) zu begegnen? Zweifellos stellt man jetzt in den zuständigen Ministerien die Liste der Beamten und Grossunternehmer zusammen, welche die deutsch-französischen Studienkommission bilden werden! Wenn die Zeiten nicht so schwer wären für Millionen armer Menschen, so könnte man wirklich darüber lachen.« Ebd.

¹²⁰ Ebd., Die Aufgabe der Internationale und ihre Aktionsmöglichkeiten, Emile Vandervelde, 26. 7. 1930, Bd. 7.1., S. 407 ff.

¹²¹ Ebd.

britannien an der Macht sei, werde »*sie Bestrebungen, in Europa neue Ursachen der Unsicherheit oder des Zusammenstoßes hervorzurufen, in Schach halten*«. ¹²² Damit gab der Belgier den realistischen Pazifisten in der Arbeiterinternationale Recht und stellte sich dezidiert gegen die Kritiker aus dem linken Flügel, die der SAI mehr revolutionären Aktionismus einhauchen wollten: ¹²³ »*Zur Lösung dieser Frage werden aber internationale Demonstrationen, so wuchtig diese auch sein mögen, nicht viel beitragen können.*« ¹²⁴

Vanderveldes Plädoyer für eine bedingungslose Fortsetzung der Verständigungspolitik muss äußerst ambivalent bewertet werden. Tatsächlich befürworteten selbst Mitglieder der rechten Parteiflügel, wie z. B. Paul-Boncour, umfassende Demonstrationen der SAI, weshalb die Haltung des belgischen Politikers keineswegs die Meinung der Gesamtheit des internationalen Proletariats widerspiegelte. ¹²⁵ Wie bereits dargelegt, machte sich zumindest im Lager der SPD sowie in den Reihen der SFIO sukzessive ein starkes Umdenken zugunsten außerparlamentarischer Aktionen bemerkbar.

Als Beleg für diese Entwicklung kann auch der 1931/32 stattfindende Briefwechsel zwischen Breitscheid und Grumbach angeführt werden. Darin bat Breitscheid seinen französischen Freund mehrfach darum, die eigene Regierung anzurufen und Kredit-hilfen für das Deutsche Reich auszuhandeln. Der deutsche Sozialdemokrat äußerte sich zunehmend verzweifelt über die außen- und innenpolitische Situation und räumte einem zwischenstaatlichen Verhandlungserfolg kaum Chancen ein. Grumbach hob auf der anderen Seite in einem 1932 verfassten Schreiben hervor, dass er nicht einsehe, »*warum man Monarchisten und Hitlerianern mitten im Wahlkampf gegen Euch, dieses immerhin zugkräftige Argument schenken sollte [...]*«. ¹²⁶ Dementsprechend wurden zwischenstaatlichen Annäherungsbemühungen selbst von prominenten Mittlerfiguren im sozialistischen Lager aus verschiedenen Gründen kaum Erfolgsmöglichkeiten eingeräumt. Eine graduelle Distanzierung von zwischenstaatlichen Verhandlungen war die logische Folge hiervon, ebenso wie eine starke Verschiebung – weg vom Parteiendreieck, hin zur SAI.

¹²² Ebd.

¹²³ Vgl. W. BUSCHAK, Das Londoner Büro, 1985, S. 47.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ So sprach sich Paul-Boncour am 18. Juli 1930 in einem Artikel der Populaire eindeutig für »begeisterte« Aktionen der SAI aus, um die internationale Politik »zur Ohnmacht« zu verurteilen durch internationale »Strafaktionen«, in Form von gemeinsamen Demonstrationen der internationalen Arbeiterschaft sowie groß angelegten Kundgebungen. Internationale Information, Zunächst – Rüstungsstillstand, J. Paul-Boncour, 18. 7. 1930. Bd. 7-2., 1930, S. 426.

¹²⁶ A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Salomon Grumbach, Brief von Breitscheid an Grumbach, 24. 2. 1931, F7/15961; A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Salomon Grumbach, Brief von Breitscheid an Grumbach, 13. 10. 1931, F7/15961; A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Salomon Grumbach, Brief von Breitscheid an Grumbach, 4. 6. 1932, F7/15961; A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Salomon Grumbach, Brief von Breitscheid an Grumbach, 12. 7. 1932, F7/15961.

4.4.4. Die Abrüstungsfrage auf dem Wiener Kongress 1931

Die eingangs erwähnte, letzte Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes, die zwischen November und Dezember 1930 stattfand, brachte keine Ergebnisse ein. Deutschland konnte die eigenen Vorstellungen in der Frage der Landesabrüstung nicht durchsetzen, demgegenüber war es der französischen Regierung gelungen, die angelsächsischen Mächte auf ihre Seite zu ziehen.¹²⁷ Die Hoffnung auf eine politische Lösung der Abrüstungsfrage hatte sich also zerschlagen, weil die deutsche Delegation nicht dazu bereit war, ihre Zustimmung zum Konventionsentwurf zu erteilen. So war bereits abzusehen, dass der Beginn der offiziellen Abrüstungskonferenz, die in Genf im Februar 1932 stattfinden sollte, mit großen Problemen behaftet war.¹²⁸

Im Vorfeld der Genfer Konferenz unternahm die SAI erneut den Versuch, Einfluss auf den Gang der Abrüstungsverhandlungen zu nehmen.¹²⁹ Auf dem Wiener Kongress wurde im Sommer 1931 ein umfangreicher Forderungskatalog präsentiert, der dem bereits dargestellten gemeinsamen Aktionsprogramm von SAI und IGB in weiten Teilen nachempfunden war.¹³⁰ Zusätzlich hierzu wurden die »Forderungen an den Völkerbund« präsentiert; beide Dokumente bezogen sich klar und deutlich auf die Vorbereitende Abrüstungskommission in Genf. Im Resolutionsentwurf wurde der Anspruch erhoben, dass Verlierer- und Siegerstaaten gleichberechtigt behandelt werden sollten, auf dem Rüstungsniveau der besiegten Länder.¹³¹ Des Weiteren wurde vorgeschlagen, ständige Institutionen zu schaffen, die sich bis zur endgültigen Liquidierung jedweder Kriegsgefahr mit der Durchführung von Abrüstungsmaßnahmen beschäftigen sollten.¹³² In Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit wurde erneut der Wille bekräftigt, Demonstrationen in Grenzorten und Großstädten abzuhalten sowie einen weiteren »Petitionssturm« zu initiieren. Interessant ist hierbei zu erwäh-

¹²⁷ F. KNIPPING, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära, 1987, S. 187f.

¹²⁸ F. P. WALTERS, A history of the league of Nations, Bd. 1, 1952, S. 442.

¹²⁹ Intern wurde im Vorfeld der Genfer Konferenz versucht, innersozialistische Zwistigkeiten zu lösen. Hierzu gehörte im Besonderen das Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion, das von SFIO/Labour Party abgelehnt, von der SPD wiederum befürwortet wurde. Im Rahmen der Züricher Sitzung des SAI Büros (Mai 1931) wurde die SPD dazu angehalten, die Union zugunsten einer gesamteuropäischen Lösung fallen zu lassen. Zur Presseschau im Vorfeld: Internationale Information, Die Verhandlungen über eine österreichisch-deutsche Zollunion und die sozialistische Presse, 2. 4. 1931, S. 164 ff.; Zur Züricher Sitzung: ebd., Sitzung des erweiterten Bureaus der SAI, 9. 5. 1931, S. 232; hierzu auch der konsensorientierte Artikel von Otto Bauer: ebd., Die Internationale und die deutsche Zollgemeinschaft, Otto Bauer, 16. 5. 1931, S. 224f.

¹³⁰ Zur Entstehungsgeschichte: Internationale Information, Die internationale Aktion für die Abrüstung, 18. 4. 1931, Bd. 8.1., 1931, S. 185; hierzu auch: IISG, SAI, Abrüstungskommission, IISG/SAI/ Abrüstungskommission/777: Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 1, S. I. 63; hierzu auch: Internationale Information, Gemeinsame Abrüstungsaktion des IGB und der SAI, 20. 5. 1931, Bd. 8.1., 1931, S. 268.

¹³¹ Vgl. W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 150.

¹³² Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 23. Juli bis 1. August 1931, Bd. 1, S. I. 63.

nen, dass die elf Diskussionsredner, darunter Albarda, Renaudel, Deutsch oder de Brouckère, den eingebrachten Entwurf für ein »realisierbares Programm« hielten, das dem Genfer Forum vorgelegt werden sollte.¹³³ Allerdings betonte Renaudel beispielsweise, dass ein Scheitern der Abrüstungskonferenz sehr viel wahrscheinlicher sei als ein schlagender Erfolg.

Dass die SAI insgeheim an einem Fortschritt in der Abrüstungsfrage zweifelte, wird an ihrem »Alternativplan« deutlich, der sich bereits implizit mit einem möglichen »casus belli« befasste. Auf Initiative der SFIO, die wenige Wochen vor Kongressbeginn auf ihrem Parteitag in Tours beschlossen hatte, mögliche Kriegskredite in jedem Fall parlamentarisch zu verweigern, wurde eben dieses Dekret auf die internationale Ebene übertragen und im Plenum der SAI diskutiert.¹³⁴ Damit wurde die Pflicht zur Verweigerung von Kriegskrediten sowie zur Verfolgung einer allgemeinen, vollständigen und gleichzeitigen Abrüstung auf Initiative der SFIO von der SAI akzeptiert. In der zugehörigen Abstimmung konnten sich die Befürworter dieses Kurses klar und deutlich behaupten. Kritik gab es zwar an der völkerbundsorientierten Politik der SAI, weswegen die ILP, die polnischen Unabhängigen sowie die Delegierten der Schweiz ihre Stimme verweigerten, jedoch konnte auch diese »organisierte Opposition« kaum etwas an der Tatsache ändern, dass sich die SAI-Mehrheit durchsetzte.¹³⁵ Ziel war es, mit Hilfe der britischen Arbeiterbewegung Einfluss auf die Genfer Verhandlungen zu nehmen.

Der bereits angesprochene Zerfall der britischen Arbeiterregierung im Sommer 1931 musste den »Realisten« innerhalb der SAI wie eine Götterdämmerung erscheinen.¹³⁶ Von 1929 bis 1931 hatte die MacDonald Regierung die Führungsrolle in den Abrüstungsverhandlungen eingenommen und ein Fortschritt auf diesem Gebiet zur »Chefsache« erklärt.¹³⁷ Maßgebliche Unterstützung erfuhren die tonangebenden Politiker um Henderson, MacDonald oder Gillies von der SFIO, die nach 1929 ebenfalls damit begann der Abrüstungsfrage oberste Priorität einzuräumen.¹³⁸ Nach dem »Scheitern« der britischen Arbeiterregierung wurden diese Hoffnungen indes jäh zerschlagen. Die Septemberwahlen in Deutschland 1930, die »nationale Wende«

¹³³ W. KOWALSKI et al., *Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940)*, 1985, S. 150.

¹³⁴ IISG, SAI, Wiener Kongress 1931, Resolutionsentwürfe der Parteien, IISG/SAI/Wiener Kongress/Resolutionen/167.

¹³⁵ Das Aktionsprogramm von SAI und IGB wurde ohnehin einstimmig gebilligt. Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, Bd. 2, S. VI. 79; W. KOWALSKI et al., *Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940)*, 1985, S. 150.

¹³⁶ Vgl. D. MARQUAND, Ramsay MacDonald, 1977, S. 648 ff.; J. BRAUNTHAL, *Geschichte der Internationale*, 1963, Bd. 2, S. 375.

¹³⁷ Vgl. S. FEUCHT, *Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933)*, 1998, S. 496.

¹³⁸ Vgl. ebd.; R. GOMBIN, *Les socialistes et la guerre*, 1970, S. 141; G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 314; D. NERI-ULTSCH, *Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz*, 2005, S. 310.

der deutschen Außenpolitik¹³⁹ sowie die wachsende Außenseiterrolle der SFIO in Frankreich 1931/32¹⁴⁰ taten ein Übriges, um einen Kurswechsel innerhalb der SAI herbeizuführen. Damit rückte der »proletarische Klassenkampf« respektive die »revolutionäre Taktik«¹⁴¹ immer stärker in den Fokus der politischen Strategien, während die »realistische Außenpolitik« Hilferdings an Bedeutung verlor. So vermag es kaum zu überraschen, dass die außerparlamentarischen Aktivitäten unmittelbar nach dem Wiener Kongress stark anstiegen: Im Herbst 1931 starteten SAI und IGB eine erneute Petitionskampagne; im Februar traten international renommierte Sozialisten wie Breitscheid oder Salomon Grumbach in Belgien auf, um in dortigen Großstädten auf Massenkundgebungen zu sprechen; zur gleichen Zeit fanden vergleichbare Veranstaltungen in Deutschland statt, wo Paul Faure oder der IGB-Vorsitzende Walter Citrine als Redner auftraten,¹⁴² ehe die SAI im Januar 1932 in den Niederlanden (Amsterdam, Den Haag) Präsenz zeigte und dort weitere Massenkundgebungen abhielt.¹⁴³ Faktisch waren die Aktivitäten der Internationale für das Par-

¹³⁹ Problematisch war insbesondere die zusehends nationalistische Außenpolitik der deutschen Regierung nach 1930. Paradigmatisch hierfür steht der Vorschlag, eine österreichisch-deutsche Zollunion einzurichten, die unter dem Deckmantel einer Fortführung des Briandischen Europaplan in die Tat umgesetzt werden sollte. Zum Problem der Zollunion: P. KRÜGER, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, 1985, S. 535; Unvollständig: S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 498 f.; Vorwärts, 8. 5. 1931; 27. 5. 1931; Zur »deutschen Krise« und der Bewertung derselben innerhalb der SAI im Allgemeinen: A. SCHIFRIN, Die Internationale und die deutsche Krise; in: Die Gesellschaft, Bd. 2, 1931, S. 294–213; Zur deutsch-österreichischen Zollunion im Spiegel der sozialistischen Presse siehe: Internationale Information, Die Verhandlungen über eine österreichisch-deutsche Zollunion und die sozialistische Presse, 2. 4. 1931, S. 164 ff.; zur Revision der deutschen Haltung; ebd., Sitzung des erweiterten Bureaus der SAI, 9. 5. 1931, S. 232.

¹⁴⁰ Das Linksbündnis in Frankreich zwischen Radikalsozialisten und SFIO – das den Sozialisten große Einflussmöglichkeiten in außenpolitischer Hinsicht eröffnet hatte – stand ab 1931/32 nach dem Scheitern der Regierungsbildung unter Beteiligung der SFIO im Schatten der Krise. D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 211.

¹⁴¹ Auf dem Kongress wurde eine Rückkehr zur revolutionären Taktik angekündigt. Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, Bd. 2, S. VI. 79 ff.

¹⁴² Zu den Reden der Sozialisten, siehe: Für die Abrüstung, Beilage der internationalen Information, hrsg. v. der gemeinsamen Abrüstungskommission der SAI und des IGB, Nr. 2, 1. 2. 1932.

¹⁴³ Allein in Deutschland seien 2.437 sozialdemokratische Veranstaltungen abgehalten worden, wo laut SAI 630.604 Personen teilnahmen; die an den Völkerbund versendeten Petitionen belaufen sich auf 3.275 Dokumente. In Frankreich seien 1554 Petitionen angenommen worden, die SFIO habe mehrere Demonstrationen abgehalten, an denen 10.000 Personen teilgenommen hätten. In Großbritannien seien wiederum von 2.069.697 Mitgliedern Petitionen eingesammelt worden. Inwiefern diese von der Internationalen Information publizierten Zahlen stimmen, bleibt indes fraglich. W. WETTE, Friedenspolitische Bestrebungen der deutschen Sozialdemokraten in der Zwischenkriegszeit; in: E. GRÖBL (Bearb.), Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, 1983, S. 185–218; hier: S. 202 ff.; W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 168; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 501; Für die Abrüstung, Beilage der internationalen Information, hrsg. v. der gemeinsamen Abrüstungskommission der SAI und des IGB, Nr. 3, 1. 2. 1932; Internationale Information, Bericht über die Abrüstungspetition, 6. 2. 1932, Bd. 9.1., 1932, S. 57 ff.

teindreieck die einzige Möglichkeit, sich substantiell in den Abrüstungsprozess mit einzubringen und sich entsprechend Gehör zu verschaffen. Anders als zu Zeiten der »Locarno-Ära« gab es kaum Optionen, sich via informeller Kontakte einzuschleusen und entsprechenden Einfluss auszuüben. Mit dem Abklingen der Verhandlungsbereitschaft und der Renaissance der nationalistischen Diplomatie der Vorkriegszeit wurde auch die Rolle der SAI auf das Vorkriegsniveau zurückgeworfen. Daher war die anvisierte Rückkehr zur »revolutionären Taktik« nur ein logischer und unter den gegebenen Voraussetzungen nachvollziehbarer Schritt. In diesem Kontext muss, um diesen Abschnitt abzuschließen, die These bekräftigt werden, dass der Geltungsverlust von SPD, SFIO und Labour Party, der nahezu zeitgleich stattfand, mit einem Aufleben der SAI einherging.¹⁴⁴

4.4.5. Die Genfer Abrüstungskonferenz des Völkerbundes

Am 2. Februar 1932 begannen in Genf unter dem Vorsitz Arthur Hendersons die Abrüstungskonferenzen des Völkerbundes. Anwesend waren über 60 Staaten, darunter auch die Regierungsoberhäupter der betreffenden Länder.¹⁴⁵ Reichskanzler Brüning forderte im Vorfeld die allgemeine Abrüstung sowie daran anknüpfend Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung ein, während der französische Delegationschef Tardieu für eine Bevorzugung der Siegerstaaten plädierte, denen die Beibehaltung schwerer Waffen zugestanden werden sollte.¹⁴⁶ Damit schien bereits vor Konferenzbeginn klar, dass keine rasche Einigung zu erwarten war. Tatsächlich zogen sich die Verhandlungen im Völkerbund bis Ende Februar hin, ohne dass ein Ergebnis präsentiert werden konnte.¹⁴⁷

Nichtsdestotrotz waren die Beobachter insbesondere aus dem sozialistischen Umfeld keineswegs negativ gestimmt: Am 6. Februar übermittelte Emile Vandervelde gemeinsam mit Léon Jouhaux den angekündigten »Petitionssturm« von IGB und SAI und übermittelte in Genf in einer zensierten Rede vor halbleerem Saal die Po-

¹⁴⁴ Beispielhaft hierfür steht auch die Stellungnahme Léon Blums, der im November 1931 auf einer Sitzung des SAI Büros in seiner »Ansprache zur wirtschaftlichen Situation« nicht mehr auf bi- oder trilaterale Absprachen mit SPD oder Labour Party verwies, sondern eine groß angelegte, zentral gesteuerte Initiative der SAI zur Lösung der Wirtschaftskrise einforderte. »Es ist die Pflicht der Internationale in großen Zügen dieses Programm zu zeichnen.« Internationale Information, Sitzung des erweiterten Bureaus, 2. II. 1931, Bd. 8.2., 1931, S. 518 ff.; zu den pauschal vorgetragenen Abrüstungsforderungen siehe: ebd., Der Rüstungsstillstand, Oktober 1931, S. 529; ebd., Die Abrüstungsforderungen der SAI und des IGB, 12. 12. 1931, S. 597 ff.

¹⁴⁵ Hierzu: L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 460; W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 168.

¹⁴⁶ Begründet wurde diese Haltung mit dem Argument, dass diese Waffen einem ständigen internationalen Polizeitrupp unterstehen sollten und damit eine Stärkung der kollektiven Sicherheit zum Ziel hätten. L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 463 ff.

¹⁴⁷ Vgl. F. P. WALTERS, A history of the league of Nations, 1952, Bd. 2, S. 501 ff.

sitionen der internationalen Arbeiterschaft.¹⁴⁸ Konkret forderte er die Gleichberechtigung zwischen Siegern und Besiegten, ganz im Sinne der deutschen Delegation.¹⁴⁹ Der Ton Vanderveldes in Genf war hierbei keineswegs bescheiden: »*Wir sind nicht hier um Bitten vorzubringen oder Hoffnungen auszudrücken, sondern um Forderungen zu vertreten.*«¹⁵⁰ In der Tat: Die SAI war stark darum bemüht, ihre Tätigkeit im Rahmen der Abrüstungskonferenz ein weiteres Mal zu intensivieren,¹⁵¹ auch wenn die Erfolgsaussichten hierfür kaum geringer sein konnten.¹⁵²

In Frankreich trat vor allem Léon Blum auf den Plan, um die öffentliche Meinung im gewünschten Sinne zu beeinflussen: Als die Abrüstungskonferenz in Genf eröffnet wurde und Tardieu die Gelegenheit erhielt, seinen Plan vorzulegen, äußerte sich Blum in einem abschließenden Artikel schwer enttäuscht über das Verhalten des französischen Regierungschefs:¹⁵³ Sein Ministerpräsident fordere nicht realisierbare Sicherheitsbedingungen ein, so das Fazit des Sozialistenführers: Die Schaffung einer Völkerbundarmee könne allenfalls am Ende der Verhandlungen stehen und nicht am Anfang, weshalb der Tardieu-Plan keinen großen Wert besitze.¹⁵⁴ Demgegenüber äußerte sich der rechte Parteiflügel wesentlich aufgeschlossener und kommentierte das Vorhaben Tardiens überwiegend positiv. Grund hierfür war nicht zuletzt, dass der Völkerbundvertreter Frankreichs, Paul-Boncour, in der Vergangenheit wiederholt für die Völkerbundarmee eingetreten war – und eben diese Forderung war seit jeher ein fixer Bestandteil des rechten SFIO-Flügels um Renaudel oder Paul-Boncour gewesen.¹⁵⁵ Insofern vermag es kaum zu überraschen, dass Erstgenannter klar Position

¹⁴⁸ Der Text der Petition lautete: »[...] Daber fordern wir von den auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Regierungen, daß sie endlich zu positiven Handlungen übergeben. Ein Vertrag muss abgeschlossen werden, der sofort eine großzügige Herabsetzung der Heeresbestände, des Kriegsmaterials in allen Formen und der Militärausgaben sichert und zur vollständigen, allgemeinen und kontrollierten Abrüstung führt.« Internationale Information, Bericht über die Abrüstungspetition, 6. 2. 1932, Bd. 9.1., 1932, S. 57.

¹⁴⁹ W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 168; Für die Abrüstung, Beilage der internationalen Information, Nr. 4, 7. 2. 1932.

¹⁵⁰ Des Weiteren trat Léon Jouhaux als Redner des IGB in Genf auf. Internationale Information, Rede von Emile Vandervelde, 7. 2. 1932, Bd. 9.1., 1932, S. 62.

¹⁵¹ Bereits am 6. 1. wurde der »Internationalen Information« verkündet: »Demonstrationen und Massenversammlungen« zu organisieren. In Antwerpen, Brüssel, Gent, Charleroi und Mons seien bereits im November 1931 große Demonstrationen organisiert worden. Internationale Information, Die Abrüstungsaktion der SAI und des IGB, 6. 1. 1932, Bd. 9.1., 1932, S. 8; ebd., Tagungen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, 16. 1. 1932, S. 15; ebd., Sitzung des Bureaus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, 24./25. 1. 1932, S. 38.

¹⁵² Der Aktionismus der Arbeiterinternationale schlug sich, wie bereits erwähnt, in zahlreichen Demonstrationen nieder, die in mehreren Ländern abgehalten wurden. Hierzu: Internationale Information, Die Abrüstungsaktion der SAI und des IGB, 1. 2. 1932, Bd. 9.1., 1932, S. 40 ff.; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 501 ff.

¹⁵³ Vgl. D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 313.

¹⁵⁴ Le Populaire, 13. 4.–15. 4. 1932.

¹⁵⁵ La vie Socialiste, 19. 3. 1932; zur Haltung Paul-Boncours im Allgemeinen: Paul-Boncour, Joseph, Entre deux-guerres, Souvenir sur la Troisième République, Bd. 2, S. 268–271.

bezog und Tardieu eher lobte denn tadelte. Was Léon Blum anbelangte, so schöpfte der außenpolitische Vordenker der Partei erst wieder mit dem Hoover-Memorandum vom Juli 1932 die Hoffnung, dass die Genfer Verhandlungen doch noch einen günstigen Ausgang nehmen könnten.¹⁵⁶ In einer Sonderbotschaft vom 22.4.1932 erbrachte der amerikanische Präsident, nach zahlreichen Sonderverhandlungen seines Außenministers u.a. mit der französischen Regierung, den Vorschlag, das Mindestmaß an Sicherheit zu wahren und allen Nationen Streitkräfte auf dem deutschen Niveau zuzugestehen.¹⁵⁷ Diese Forderung entsprach in weiten Teilen den Vorstellungen Blums, weshalb er den Vorstoß Hoovers ausdrücklich befürwortete.¹⁵⁸ In der Folgezeit versuchte er daher, in zahlreichen Artikeln seine Hoffnungen zu artikulieren und gleichzeitig die französische Öffentlichkeit von den Vorzügen des Hoover-Plans zu überzeugen.¹⁵⁹

Interessant ist, dass die SPD die deutschen Vorschläge hingegen eher wohlwollend bewertete.¹⁶⁰ Dies erscheint insofern konsequent, als die deutsche Delegation um Nadolny grundsätzlich darauf insistierte, die allgemeinen Abrüstungsbestimmungen an die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages anzugleichen. Konkret hätten die Siegermächte nach diesem Modell so lange abrüsten müssen, bis sie das Niveau der Verliererstaaten erreicht hätten.¹⁶¹ Im Kern entsprach dies dem

¹⁵⁶ D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 313; bereits der erste Vorstoß Hoovers hinsichtlich eines Moratoriums wurde vom belgisch-französischen Umfeld begrüßt: Vandervelde nannte ihn einen »Lichtstrahl aus dem gewitterschwangeren Himmel«. Internationale Information, Reparationen, Kriegsschulden und Abrüstung, Emile Vandervelde, 25.7.1931, S. 378.

¹⁵⁷ Vgl. L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 468.

¹⁵⁸ Blum über den Hoover-Plan: »Der Hoover-Plan verbindet die beiden unter dem Namen der qualitativen und quantitativen Abrüstung bekannten Systeme. Er sieht vor allem die Abschaffung und das strikte Verbot gewisser genau umschriebenen Kriegswaffen vor: der Tanks, der beweglichen Schwerartillerie, der für die chemische Kriegsführung erforderlichen Stoffe, der Bombardierungsflugzeuge. Er schlägt ferner eine weitgehende Herabsetzung der Gesamtheit der Land- und Seerüstungen vor. [...] Ach, wenn Frankreich diesen Vorstoß gemacht hätte!« Generell muss davon ausgegangen werden, dass das Hoover-Memorandum von der SAI äußerst positiv bewertet wurde. A. MICHEL (Hrsg.), L'Oeuvre de Léon Blum, 1972, Bd. 3.2. Paris 1972, S. 196–225; das obige Zitat findet sich in: Internationale Information, Zum Hoover-Plan, Léon Blum, 23.6.1932, Bd. 9.2., 1932, S. 334 ff.; Positiv gewürdigt wurde Hoovers Vorschlag auch von E. Vandervelde: Internationale Information, Unterstützen wir den Vorschlag Hoovers, Emile Vandervelde, 2.7.1932, Bd. 9.2., 1932, S. 363. Zur Haltung des SAI Bureaus über das Hoover Moratorium: ebd., Zu den amerikanischen Abrüstungsvorschlägen, 16.7.1932, S. 390.

¹⁵⁹ Le Populaire, 23.6.1932; 26.6.1932; 10.7.1932; 16.7.1932; 20.7.1932 sowie den 23., 24., 26., 27. 28. und 31.7.1932.

¹⁶⁰ S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 507; Vorwärts, 18.12.1932.

¹⁶¹ Diese Forderung wurde auch von R. Breitscheid auf dem Züricher Treffen der SAI im Mai 1932 noch einmal bekräftigt: »Deutschland fordert das Recht auf Gleichheit in der Rüstung; Aber die deutsche Arbeiterklasse will diese Gleichheit nicht verwirklicht sehen durch eine Wiederaufrüstung Deutschlands, sondern durch die Abrüstung der Siegerstaaten.« Internationale Information, Die Beschlüsse der Züricher Abrüstungskonferenz, 22./23.5.1932, Bd. 9.1. 1932, S. 253 ff.

»Aktionsprogramm« der SAI, weshalb die Zustimmung der Sozialdemokraten mit dem Forderungskatalog des Wiener Kongresses im Einklang stand.¹⁶²

Was die britische Haltung anbelangt, so fungierte Arthur Henderson in seiner Funktion als Präsident der Genfer Abrüstungskonferenz gemeinhin als Vermittler zwischen der deutschen und französischen Position.¹⁶³ Zuvor hatte sich der Brite verständnisvoll gegenüber der französischen Auffassung geäußert, zugleich jedoch diplomatisch zu verstehen gegeben, dass er die einzelnen Forderungen im Detail kaum nachvollziehen könne.¹⁶⁴ Die Rolle als »Mediator« führte SAI-intern dazu, dass Henderson im Mai 1932 als »Strohmann« der Arbeiterinternationale ausgerufen wurde: »Der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Walter M. Citrine, stellte in seiner Eröffnungsrede einleitend fest, daß die Genfer Abrüstungskonferenz die Hoffnungen, die bei ihrer Eröffnung in sie gesetzt worden sind, bitter enttäuscht hat, umso mehr, als ein Mann auf ihr den Vorsitz führt, zu dem die Arbeiter aller Länder das größte Vertrauen haben und von dem sie wissen, daß er alles tun wird, um der Konferenz zu einem Erfolg zu verhelfen – unseren Genossen Henderson.«¹⁶⁵

Die zwischenstaatlichen Verhandlungen verliefen in der Folgezeit keineswegs erfolgreich: Nachdem die Verhandlungen der Großmächte zu keinem konkreten Ergebnis geführt hatten und auch die bilateralen Gespräche, z.B. zwischen Frankreich und Deutschland,¹⁶⁶ keinen nachweisbaren verhandlungspolitischen Erfolg bringen konnten,¹⁶⁷ versammelten sich SAI und IGB im Mai 1932 in Zürich deshalb zu weiterführenden Gesprächen über den Status quo der Abrüstungsverhandlungen.¹⁶⁸ Für die Konferenz meldeten sich die SAI-Parteien sowie insgesamt 80 angeschlossene Organisationen, darunter der IGB, das Frauen- und Jugendkomitee sowie diverse Einzelgewerkschaften.¹⁶⁹ Summa summarum blieb den Vertretern der internationalen Arbeiterschaft indes nicht viel mehr als die bittere Erkenntnis, dass die Verhandlungen in Genf zu keinem konkreten Fortschritt in den Abrüstungsver-

¹⁶² Hierzu auch: W. WETTE, Friedenspolitische Bestrebungen der deutschen Sozialdemokraten in der Zwischenkriegszeit; in: E. GRÖBL (Bearb.), Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, 1983, S. 185–218; hier: S. 202 ff.

¹⁶³ Vgl. J. CALLAGHAN, The Labour Party and foreign policy, 2007, S. 102.

¹⁶⁴ Vgl. G. SCHULZ, Zwischen Brüning und Hitler, 1992, S. 455.

¹⁶⁵ Internationale Information, Die Beschlüsse der Züricher Abrüstungskonferenz, 22./23. 5. 1932, Bd. 9.1., 1932, S. 253 ff.

¹⁶⁶ Zwischen Februar und April/Mai 1932 kam es zu einigen Unterredungen zwischen Brüning und Tardieu, die allerdings keinen konkreten Erfolg erwirkten. Brüning bemerkte zwar, er sei »100 Meter vor dem Ziel gescheitert«, jedoch waren die Gegensätze zwischen den beiden Verhandlungspartnern schlichtweg zu groß, als dass eine Einigung möglich gewesen wäre. S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 508 ff.; L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 465 ff.

¹⁶⁷ Ebd.

¹⁶⁸ Vgl. W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 169.

¹⁶⁹ Internationale Information, Für die Abrüstung, 18. 6. 1932, S. 305 ff.

handlungen geführt hatten. Dieses Fazit wurde in den Reden Citrines, de Brouckères, Jouhaux' und Vanderveldes gezogen – resigniert bekannten sich die Vertreter auch zu ihrem Scheitern.¹⁷⁰ In diversen Resolutionen einigten sich die Arbeitervertreter darauf, den Regierungen einen »schlechten Willen« zu unterstellen, womit der Hauptschuldige ausgemacht werden konnte.¹⁷¹ De Brouckère kam in seiner Rede zu dem Schluss, dass die Tagung der SAI einem »Kriegsrat« gleiche in Anbetracht der tragischen Umstände.¹⁷² »Wir halten hier etwas ab, was ein wenig einem Kriegsrat gleicht. Wir fragen uns: Was sollen wir inmitten der tragischen Umstände tun? Was sollen wir gegen die Krise tun? Was für den Frieden? [...] ich wünschte, daß beim Verlassen dieser Konferenz unsere Losung lautet: gegen den Raubtierkapitalismus der Rüstungsfabrikanten und gegen den Faschismus und Halbfaschismus aller Länder. So werden wir unseren Überlieferungen treu bleiben. Als der englische Sozialismus sich entwickelte, geschah es im Zeichen des Chartistismus. Als Proudhon die französischen Sozialisten, die französischen Proletarier zum Handeln aufrief, sagte er ihnen: Erobert vor allem eure politische Fähigkeit. Und als in der unvergesslichen Versammlung in London die Erste Internationale gegründet wurde, erschien ein Redner auf der Tribüne, den der Vorsitzende mit den Worten ankündigte: Dr. Karl Marx, deutscher Demokrat. Wir haben der Demokratie eine Bedeutung, einen Sinn, einen Inhalt gegeben. Wir werden nicht zulassen, daß man ihr heute diesen Inhalt raube.«

Breitscheid, der als deutscher Hauptredner auftrat, kritisierte die Bestimmungen des Versailler Vertrages, forderte Rüstungsgleichheit für das Deutsche Reich ein, erinnerte an die Bedrohung der deutschen Demokratie durch die politischen Zentrifugalkräfte der Weimarer Republik und plädierte insgesamt für eine stärkere Rolle der SAI, die ab sofort die Führungsrolle ausüben solle. Grundsätzlich waren Breitscheids Äußerungen von einem großen Pessimismus gezeichnet: Dem Völkerbund unterstellte er ein Versagen auf ganzer Linie und die Bereitschaft der »bürgerlich-kapitalistischen« Regierungen, zwischenstaatliche Verhandlungserfolge zu ermöglichen, sei gänzlich verfliegen.¹⁷³

¹⁷⁰ Die Redebeiträge von Vandervelde, Citrine, Albarda und Schevenels, die am 22. Mai auf der gemeinsamen Abrüstungskonferenz von IGB und SAI gehalten wurden, wurden »live« im Radio übertragen. Ebd.

¹⁷¹ Die Opposition um Fenner Brockway bekräftigte erneute ihren Standpunkt, insbesondere mit dem Vermerk, dass die SAI ihre Hoffnungen auf Sand bauen würde. Zu diesem Zeitpunkt diskutierten die Vertreter des linken Flügels bereits intensiv über einen möglichen Austritt aus der SAI. Vgl. W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 169; W. BUSCHAK, Das Londoner Büro, 1985, S. 61 ff.

¹⁷² Internationale Information, Das Problem der Abrüstungskonferenz, De Brouckère, 20. 8. 1932 in der II veröffentlicht, die Rede wurde am 22. 5. gehalten, Bd. 9.2., 1932, S. 504–512.

¹⁷³ Hierzu: IISG, SAI, Abrüstungskommission, Züricher Konferenz, 22./23. 5. 1932, IISG/SAI/Abrüstung/910/56 ff.; Vgl. Internationale Information, Für die Abrüstung, Nr. 8, 28. Mai 1932; Internationale Information, Freiheit, Spezialartikel für die II, Rudolf Breitscheid, 9. 7. 1932, Bd. 9.2., 1932, S. 368; über die Probleme der SPD im Wahlkampf siehe auch den Artikel Vanderveldes über das »Vorwärts Verbot«, das fünf Tage andauerte: ebd., Das Vorwärts-Verbot, Emile Vandervelde, Juli 1932, S. 371 f.; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 512 ff.

In Bezug auf die Ergebnisse der Züricher Konferenz muss betont werden, dass die dort gefassten Beschlüsse in keinsten Weise eine substantielle Neuerung darstellten. Vielmehr bekannte sich die SAI weiterhin zu den Ergebnissen der Wiener Konferenz sowie zum gemeinsam verabschiedeten Aktionsprogramm von SAI und IGB. Es kann vor diesem Hintergrund kaum bestritten werden, dass die Abrüstungseuphorie der internationalen Arbeiterschaft im Zuge der Genfer Verhandlungen stark gedämpft wurde.¹⁷⁴ Faktisch besaß die SAI kein einziges Druckmittel, um ihre Forderungen in Genf durchzusetzen.

Hoffnung kam, wie bereits dargelegt, erst wieder auf, als die Hooversche Sonderbotschaft im Sommer 1932 publik gemacht wurde.¹⁷⁵ In einer Sitzung des SAI-Büros vom 25. Juni 1932 wurde geradezu euphorisch erklärt, dass die Abrüstungsfrage vor entscheidenden Beschlüssen stehe.¹⁷⁶ Darauf aufbauend wurde die Arbeiterschaft dezidiert dazu aufgerufen, die Hoover-Vorschläge wie ihre eigenen zu behandeln und entsprechend zu unterstützen.¹⁷⁷ Problematisch war indes, dass die Vorschläge des amerikanischen Präsidenten eine geringe Halbwertszeit hatten: Die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA, die Hoover im November 1932 gegen Franklin D. Roosevelt verlieren sollte, verhinderten in der Folgezeit eine Involvement in europäische Problemfelder: Auf einmal wurde von amerikanischer Seite aus argumentiert, die Abrüstungsfrage sei ein Problem Europas und die USA ohnehin nicht an den Versailler Vertrag gebunden.¹⁷⁸ Indes wurde das deutsche Memorandum auf Initiative des französischen Generalstabes um General Weygand am 11. September abgelehnt; die englische Regierung schloss sich dieser Meinung am 18. September an, so dass die deutsche Initiative auf ganzer Linie scheiterte – und damit auch die Verhandlungen.¹⁷⁹

Auch die SPD lehnte das deutsche Angebot ab und machte dies in einem Artikel in der »Internationalen Information« hinreichend deutlich: »Die Reichsregierung hält nun den Zeitpunkt für gekommen, für Deutschland die Freiheit zur Ausgestaltung seiner Wehrmacht zu beanspruchen. [...] Die Sozialdemokratie hält deshalb die wehrpolitische Ak-

¹⁷⁴ Internationale Information, Für die Abrüstung, Nr. 8, 28. Mai 1932; siehe auch: Internationale Information, Zu den amerikanischen Abrüstungsvorschlägen, 16. 7. 1932, Bd. 9.2., 1932, S. 390.

¹⁷⁵ Im Anschluss an die Bureau Sitzung unternahm die SAI des Weiteren den Versuch, einen Anti-Kriegskongress einzuberufen unter Mitwirkung von Romain Rolland und Henri Barbusse – mutmaßlich um größere Unterstützung im bürgerlichen Lager für die eigene Agitation zu erhalten und der eigenen Stimme mehr Gewicht zu verleihen. Internationale Information, Ein Briefwechsel über den Anti-Kriegskongress, 23. 7. 1932, Bd. 9.2., 1932, S. 400 ff.

¹⁷⁶ Ebd., Nr. 23, 1932; »Für die Abrüstung«, Nr. 11, 16. 7. 1932.

¹⁷⁷ Vgl. W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 169.

¹⁷⁸ Vgl. M. WALA, Weimar und Amerika, 2001, S. 99; L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 468 ff.; C. W. SCHÄFER, André François-Poncet als Botschafter in Berlin (1931–1938), 2004, S. 123 ff.; S. NADOLNY, Abrüstungsdiplomatie 1932/33, 1978, S. 190–194.

¹⁷⁹ Ebd.

tion der Reichsregierung für verfehlt.«¹⁸⁰ Die SFIO respektive Léon Blum verkündete darauffolgend in der Populaire: »Der Schritt des Herrn von Neurath beim französischen Botschafter wirft ein so ernstes und so dringliches Problem auf, daß ihm gegenüber alles andere in den Hintergrund tritt. Die Haltung der Sozialistischen Partei Frankreichs ist die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und wird gewiß die des internationalen Sozialismus sein. Wie Rosenfeld in so klarer und scharfer Weise ausgeführt hat, sind wir entschieden gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands.«¹⁸¹

Auch der kurze Zeit später veröffentlichte »Herriot-Plan«,¹⁸² der zunächst den Zuspruch Léon Blums fand,¹⁸³ konnte keine Einigung herbeiführen. Ein Scheitern der Abrüstungsverhandlungen war ergo nur noch eine Frage der Zeit. Zwar kam es am 11. 12. 1932 zu einem Teilerfolg, als Großbritannien, Frankreich, Italien und die USA dem Reich eine grundsätzliche Gleichberechtigung in einem noch zu schaffenden Sicherheitssystem zugestanden, jedoch war diese »Fünfmächteerklärung« keineswegs der erhoffte Durchbruch.¹⁸⁴ Gewiss, Deutschland kehrte aufgrund dieser Entwicklung an den Verhandlungstisch zurück, jedoch konnte ein konkreter Konsens bis zum Zerfall der deutschen Demokratie 1933 nicht mehr gefunden werden. Auch der MacDonald-Plan, der im März 1933 präsentiert wurde, führte keine Einigung herbei und scheiterte am Widerstand Frankreichs.¹⁸⁵ Die Bemühungen der

¹⁸⁰ Hierzu: Internationale Information, Zum deutschen Rüstungsmemorandum, 19. 9. 1932 Bd. 9.2., 1932, S. 556 ff.

¹⁸¹ Arthur Henderson bemühte sich in der Folgezeit darum, Kontakt zu von Neurath aufzunehmen und Deutschland zu einer weiteren Teilnahme an den Verhandlungen zu bewegen. Le Populaire, 3. 9. 1932; Über Hendersons Brief an Neurath, siehe: ebd., Abrüstung als Vorwand für die Aufrüstung?, W. Schevenels, 8. 10. 1932, S. 586 ff.

¹⁸² Faktisch wurde von französischer Seite erneut der Versuch gestartet, eine Art europäische Milizarmee zu installieren, die in einem System gegenseitiger Hilfeleistungen zum Einsatz kommen sollte. Vgl. S. NADOLNY, Abrüstungsdiplomatie 1932/33, 1978, S. 196 ff.; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 522; L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 470.

¹⁸³ Blum erklärte sich zunächst positiv über den Herriot Plan, distanzierte sich allerdings wenige Wochen später davon. Grund hierfür war seine Erkenntnis, dass der Plan keine »Gleichheit in der Abrüstung« fordere, sondern eine »Gleichheit der Aufrüstung«. Die SPD hatte Herriots Vorschlag anders als Blum von Beginn an skeptisch bewertet. G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 318; Le Populaire, 23., 24., 25., 26., 27., 28., 31. 7. 1932.

¹⁸⁴ Vgl. L. ZIMMERMANN, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, 1958, S. 471; S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 521.

¹⁸⁵ Der Plan führte dazu, dass Léon Blum ein letztes Mal Hoffnung auf eine Einigung schöpfte, allerdings scheiterte das Vorhaben am Widerstand der französischen Regierung. Damit hatte sich die Aussicht auf eine rasche Einigung endgültig zerschlagen. Vgl. G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. 1, S. 321; Le Populaire, 12., 16., 17., 18., 22., 24., 25. 3. 1933.

SAI, insbesondere Arthur Hendersons,¹⁸⁶ den Verhandlungsprozess positiv zu beeinflussen, waren vergebens gewesen.¹⁸⁷

Was den Einfluss des Parteiendreiecks in diesem Zeitabschnitt anbelangt, so war dieser geradezu marginal: Mit Ausnahme Hendersons konnte kein deutscher, französischer oder englischer Sozialist Einfluss auf den Verhandlungsprozess nehmen. Die Labour Party laborierte an dem »Verrat« MacDonalds, die SFIO an der von den Neosozialisten forcierten Parteispaltung, während die SPD, vom im Juli 1932 stattfindenden »Preußenschlag« gezeichnet,¹⁸⁸ den Zerfall der Weimarer Republik aufzuhalten suchte. »Ach, wenn Frankreich diesen Vorstoß gemacht hätte!«, hatte Léon Blum in einem Artikel zum Hoover-Plan Ende Juni 1932 noch geschrieben –¹⁸⁹ in diesem Satz kommt die Hilflosigkeit, die die tonangebenden Protagonisten gegenüber der »großen Politik« verspüren mussten, paradigmatisch zum Ausdruck, weil sie der Erosion des internationalen Staatensystems rein gar nichts entgegenzusetzen hatten, weder auf nationaler, noch auf internationaler Ebene.

4.5. Zusammenbruch der Weimarer Demokratie

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler berufen.¹⁹⁰ Einen Tag zuvor hatte Präsident von Hindenburg seinen Widerstand endgültig aufgegeben und dem »böhmischen Gefreiten« seinen Segen erteilt, nachdem sein Vorgänger im Reichskanzleramt, Kurt von Schleicher, bereits am 28.1. aus dem Amt gelobt worden war.¹⁹¹

Zu diesem Zeitpunkt war das Verfassungsgefüge der Weimarer Republik bereits weitestgehend zerstört worden, angefangen mit der Formierung der Präsidialkabinet-

¹⁸⁶ Zur Initiative Hendersons: Internationale Information, Abrüstung als Vorwand für die Aufrüstung?, W. Schevenels, 8.10.1932, S. 586 ff.; kurz darauf trat Henderson indes von der Führung der britischen Arbeiterpartei zurück; dessen ungeachtet fungierte er bis 1933 als Vorsitzender der Genfer Abrüstungskonferenz: ebd., Der Rücktritt Hendersons, 29.10.1932, S. 624 ff.; auch nach der Macht ergreifung reiste Henderson nach Deutschland, um über eine Fortführung der Abrüstungsverhandlungen zu diskutieren. Aufgrund der Kritik aus den eigenen Reihen wurde sein Vorgehen offiziell von der SAI verteidigt: Internationale Information, Hendersons Besuch bei Deutschlands Henker, Juli 1933, Bd. 10.2., 1933, S. 385 ff.

¹⁸⁷ Auch eine erweiterte Sitzung des SAI Büros vom September 1932, im Zuge derer beschlossen wurde, die begonnenen »Aktionen« weiterzuführen, erbrachte summa summarum kein Ergebnis. Internationale Information, Sitzung des erweiterten Bureaus der SAI, 1.10.1932, Bd. 9.2., 1932, S. 574; ähnlich beschrieben auch in: S. FEUCHT, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), 1998, S. 521; Zur Dezember Sitzung: Internationale Information, Sitzung des Bureaus der SAI, 17.12.1932, Bd. 9.2., 1932, S. 710 ff.

¹⁸⁸ H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, ³1998, S. 501 ff.

¹⁸⁹ A. MICHEL (Hrsg.), L'Oeuvre de Léon Blum, 1972, Bd. 3.2. Paris 1972, S. 196–225; das obige Zitat findet sich in: Internationale Information, Zum Hoover-Plan, Léon Blum, 23.6.1932, Bd. 9.2., 1932, S. 334 f.

¹⁹⁰ Hierzu u.a.: H. MOMMSEN, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar, 1998; A. WIRSCHING, Die Weimarer Republik, ²2008.

¹⁹¹ Vgl. H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, ³1998, S. 589 ff.

te im Jahre 1930.¹⁹² Mit der »Machtergreifung« Hitlers endete nicht nur die erste deutsche Demokratie, sondern zugleich die Rechts- und Verfassungsstaatlichkeit des Deutschen Reiches. An seine Stelle trat ein Unrechtsregime, dessen Machtanspruch mittels einer »pseudo-legalen Ordnung« legitimiert wurde.¹⁹³

4.5.1. *Reaktionen der SPD, Reaktionen von SFIO und Labour Party*

Während in der Wilhelmstraße am 30. 1. 1933 die letzten Hürden genommen wurden auf dem Weg zum Ende der Demokratie, tagte nicht weit davon entfernt der Parteivorstand der SPD.¹⁹⁴ Im Rahmen der Sitzung wurde beschlossen, keine Aktionseinheit mit den Kommunisten anzustreben und stattdessen »Entschlossenheit« zu demonstrieren.¹⁹⁵ Diese Haltung wurde insbesondere von Rudolf Breitscheid postuliert, der den erkrankten Otto Wels als Vorsitzenden vertrat.¹⁹⁶ Löbe und Stampfer forderten Massenprotestaktionen gegen das vermutete Kabinett Hitler-Papen – indes schlugen sich Otto Braun, Rudolf Hilferding sowie der stellvertretende ADGB-Vorsitzende Eggert ebenfalls auf die Seite Breitscheids. Das Credo lautete: Wenn Hitler auf verfassungsmäßigem Wege Reichskanzler wird, dann könne kaum etwas dagegen unternommen werden. Dementsprechend gab Breitscheid die allgemeine Order aus, keine außerparlamentarischen Aktionen zu unternehmen und stattdessen eine streng legalistische Haltung einzunehmen. Dieser Entschluss des Parteivorstandes fand auch die Zustimmung der »Eisernen Front«, während die KPD-Führung weiterhin den Versuch unternahm, eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten in die Tat umzusetzen und groß angelegte Streikmaßnahmen zu unternehmen.¹⁹⁷

Kurzum: Wie bereits zum Zeitpunkt des Staatsstreiches der Papen-Regierung gegen Preußen am 29. Juli 1932 verzichtete die sozialdemokratische Führung auf Widerstand.¹⁹⁸ Die innenpolitische Order der Sozialdemokratie war von einem

¹⁹² Vgl. A. WIRSCHING, *Die Weimarer Republik*, 2008, S. 45.

¹⁹³ Vgl. H. A. WINKLER, *Weimar, 1918–1933*, 1998, S. 595 ff.

¹⁹⁴ Vgl. DERS., *Der Weg in die Katastrophe: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, 1987, S. 858 f.

¹⁹⁵ Ebd., S. 858 f.; F. STAMPFER, *Erfahrungen und Erkenntnisse*, 1958, S. 260.

¹⁹⁶ Hierzu auch: *Internationale Information*, *Die deutsche Sozialdemokratie und die Regierung Hitler-Papen*, 8. 2. 1933, Bd. 10.1., 1933, S. 53.

¹⁹⁷ Zur Begründung dieses Vorgehens siehe auch die Veröffentlichung eines Vorwärts-Artikels von Friedrich Stampfer in der *Internationalen Information*. *Internationale Information*, *Wieder Bülowplatz, Bemerkungen zu einer kommunistischen Demonstration*, 15. 2. 1933, Bd. 10.1., 1933, S. 66 ff.; Vgl. H. A. WINKLER, *Weimar, 1918–1933*, 1998, S. 593 f.

¹⁹⁸ Die hieran anknüpfende Forschungsdebatte lässt sich wie folgt umreißen: Während z. B. Bracher und Matthias in ihren Arbeiten die These vertreten, die SPD habe mit dem Verzicht auf Widerstand eine entscheidende Gelegenheit verpasst den Gang der Geschichte der verändern, betonen aktuellere Arbeiten (Pyta, Möller, Orlow, Schaefer), dass die SPD gute Gründe hatte, auf außerparlamentarische Aktionen zu verzichten. Grund hierfür sei in erster Linie die Erwerbsituation (sechs Millionen Arbeitslose), die Streiks geradezu unmöglich machte; des Weiteren war – im Fall des Preußenschlags – keineswegs geklärt, ob sich die preußische Polizei loyal verhalten würde. Ergo bestand keine Aussicht auf einen erfolgreichen Widerstand, so das Fazit. Hierzu: H. A. WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, 2000, Bd. 1, S. 646 ff.; kontrovers: K. D. BRACHER, *Die Auflösung der Weimarer Republik*,

streng demokratisch-legalistischen Kurs geprägt,¹⁹⁹ um sich vorbehaltlos auf den Boden der Verfassung stellen zu können. Hieran anknüpfend stellt sich die Frage, wie das Zurückweichen der SPD vor den Aggressionsakten der NSDAP innerhalb der SAI interpretiert wurde, insbesondere vom Parteiendreieck. In den Reihen der Arbeiterinternationale machte sich in der ersten Jahreshälfte 1933 bereits laute Kritik an dem legalistischen Kurs der Organisation bemerkbar; konkret wurde vom linken Flügel eine Neuorientierung der SAI eingefordert.²⁰⁰

Indes war die Arbeiterinternationale unmittelbar nach dem Zerfall der deutschen Demokratie wie paralysiert. Betrachtet man beispielsweise die ansonsten so zahlreichen Zeitungsartikel, Briefe des Parteiendreiecks oder aber die Resolutionen des SAI-Büros, so lassen sich kaum Aussagen feststellen, die einen direkten Bezug zu den deutschen Ereignissen herstellen. Erst im März 1933 kommentierte Léon Blum erstmals die Ereignisse in Deutschland, indem er die SPD für ihren legalistischen Kurs scharf kritisierte.²⁰¹ Zuvor war im Februar 1933 in der »Internationalen Information« eine Nachricht über eine Parteiratssitzung der SFIO veröffentlicht worden, die auf Antrag Grumbachs eine Sympathiekundgebung zugunsten der deutschen Sozialdemokratie beschlossen hatte.²⁰² Das SAI-Büro bezog im Februar zu den Wahlen in Deutschland erstmals Stellung und solidarisierte sich mit den deutschen Arbeitern und ihrem Kampf gegen den Faschismus.²⁰³ Zugleich wurde eingeräumt, dass die Niederlage der SPD eine Katastrophe für die Internationale sei, die sie in ihren Grundfesten regelrecht erschütterte. In der Folgezeit wurde versucht, »die Wahrheit« über die Verhältnisse in Deutschland zu verbreiten, insbesondere über den Nazi-Terror auf den Straßen.²⁰⁴

Klar abgelehnt wurde in den Reihen der SAI eine mögliche Einheitsfront mit den Kommunisten.²⁰⁵ Der Aufruf der Komintern, eine Aktionseinheit zwischen KI und

¹⁹⁷⁸, S. 525; E. MATTHIAS / R. MORSEY (Hrsg.), *Das Ende der Parteien 1933*, 1960, S. 127 ff.; bez. der Aussichtslosigkeit des Widerstandes der SPD (u.a.): H. SCHULZE, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung*, 1977; W. PYTA, *Gegen Hitler und für die Republik*, 1989, S. 386 ff.

¹⁹⁹ Vgl. S. BREJORA, *Gewalt für die Demokratie?*, Magisterarbeit, München 2008, S. 103.

²⁰⁰ Vgl. W. KOWALSKI et al., *Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940)*, 1985, S. 180.

²⁰¹ *Le Populaire*, 1.3.1933.

²⁰² *Internationale Information*, Parteirat der französischen Sozialisten, 15.2.1933, Bd. 10.1., 1933, S. 60 f.

²⁰³ W. KOWALSKI et al., *Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940)*, 1985, S. 181; *Internationale Information*, Bd. 8., 1933, S. 79 f. Das entsprechende Dokument der SAI findet sich in: LHASC, National Executive Committee, Appeal by the Bureau of the Socialist International, 20.2.1933, LP/EC/Minutes, Januar bis März 1933; siehe auch: *Internationale Information*, Aufruf des Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, 20.2.1933, Bd. 10.1., 1933, S. 78 ff.

²⁰⁴ Hierzu: ebd., *Die dringendste internationale Pflicht: Verbreitung der Wahrheit über Deutschland*, 4.3.1933, Bd. 10.1., 1933, S. 101 f.

²⁰⁵ Eine der klassischen Streitfragen der Geschichtswissenschaft bezieht sich auf die Spaltung der Arbeiterklasse, insbesondere im Jahre 1933. Hier wird die These vertreten, dass ein Kampf gegen den Faschismus möglich gewesen wäre, wenn sich die SAI bzw. die SPD rechtzeitig zur Einheitsfronttaktik bekannt hätten. Der mittlerweile in Fachkreisen vertretene Konsens besagt indes, dass die Unterschiede zwischen beiden Organisationen – sowohl in Deutschland als auch international – zu

SAI herzustellen, wurde vom Büro bereits am 6. 3. zurückgewiesen.²⁰⁶ Zwar bezog sich die SAI in ihrer Stellungnahme positiv auf das Angebot der Komintern, jedoch lehnte sie die Bedingung, Verhandlungen zwischen den Parteien und nicht zwischen den beiden Internationalen einzuleiten, rigoros ab. Faktisch befürchteten die sozialistischen Führer weiterhin ein »kommunistisches Manöver«, das sich insgeheim gegen die Sozialdemokratie richtete.²⁰⁷ Im Rahmen der Züricher Sitzung der SAI (18./19. 3.) war das Angebot der Komintern kein Thema mehr. Zusammenfassend hatte die Internationale mit ihren Beschlüssen jegliche Kooperation zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auf nationaler Ebene blockiert.²⁰⁸

Darauf aufbauend gilt es festzuhalten, dass die Haltung der SAI-Führung in den ersten Monaten nach der Machtergreifung Hitlers von Konzeptionslosigkeit geprägt war.²⁰⁹ Weder gelang es, eine einheitliche, von allen Parteien akzeptierte Haltung festzulegen, noch ein konkretes »Aktionsprogramm« gegen den Faschismus zu präsentieren. Faktisch beschränkte sich die SAI darauf, das internationale Proletariat mit Unterstützung der schreibenden SPD-Zunft über die Verhältnisse in Deutschland zu informieren. So wurde z. B. die Rede von Otto Wels vom 23. 3. 1933 (»Freiheit und Leben könnt ihr uns nehmen, die Ehre nicht«) zur Gänze in der II veröffentlicht.²¹⁰

Allerdings muss dieses harte Urteil – abgesehen von der Frage, was überhaupt hätte getan werden *können* – bei näherem Betrachten relativ werden: Tatsächlich war es der ausdrückliche Wunsch der SPD, die Presse der Arbeiterinternationale zur Mäßigung aufzurufen.²¹¹ Das Ergebnis einer Unterredung zwischen Wels, von Pa-

groß gewesen wären, als dass eine gemeinsame Aktionseinheit möglich war. Hierzu u. a.: H. A. WINKLER, Streitfragen der deutschen Geschichte, 1997, S. 83 ff.

²⁰⁶ Internationale Information, Bd. 12, 1933, S. 104.

²⁰⁷ Vgl. W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 182; Internationale Information, Bd. 21, 1933, S. 165 ff.; Bd. 25, 1933, S. 205; Bd. 33, 1933, S. 286.

²⁰⁸ Diese rigorose Haltung blieb nicht folgenlos: Insbesondere die POB kritisierte die Resolution der SAI scharf und die ILP beschloss gar, aus der SAI auszutreten (15.–18. 4. 1933). Doch die SAI ließ sich nicht von ihrem Kurs abbringen und untersagte den assoziierten Parteien die Teilnahme am antifaschistischen Arbeiterkongress, der vom 4.–6. 7. 1933 stattfand. Hierzu muss gesagt werden, dass sich innerhalb der SAI-Exekutive wie auch im Büro der Internationale ein deutlicher Bruch abzeichnete: Während z. B. Friedrich Adler deutliche Sympathien für das Angebot der Kommunisten äußerte, wehrten sich insbesondere Vertreter der britischen aber auch der deutschen Arbeiterpartei dezidiert gegen die Annäherungsversuche der Komintern. Zur Debatte über eine mögliche Teilnahme am Amsterdamer Antifa-Kongress: W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 183 ff. Zur Ablehnung der Labour Party, die das Angebot der Komintern klar und deutlich im Rahmen ihrer Exekutivsitzung ablehnte: LHASC, Nationale Executive Committee, Sitzung vom 22. 3. 1933, LP/EC/Minutes, Januar bis März 1933.

²⁰⁹ W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 183 ff.

²¹⁰ Internationale Information, Die Rede von Wels, 27. 3. 1933, Bd. 10.1., 1933, S. 143–147.

²¹¹ E. MATTHIAS / R. MORSEY (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, 1960, S. 170. Im März 1933 veröffentlichte die SPD zudem ein Dokument in der II, in dem sie sich ausdrücklich für die internationale Unterstützung bzw. die bewiesene »Treue« der ausländischen Genossen bedankte: Internationale Information, Ein Aufruf der Deutschen Sozialdemokratie, März 1933, Bd. 10.1., 1933,

pen, Löbe, Vogel und Hertz mit Hermann Göring lautete, dass die SPD von den Nationalsozialisten für jeden negativen Bericht, der in einer ausländischen Zeitung veröffentlicht wurde, verantwortlich gemacht werden würde.²¹² Eben deshalb führten eine Reihe prominenter Sozialdemokraten im März 1933 in das Ausland, um die sozialistischen Schwesterparteien zur Mäßigung anzurufen. Victor Schiff fuhr nach Holland, England, Belgien, Frankreich, Stampfer nach Österreich und in die Tschechoslowakei, Paul Hertz nach Dänemark und Schweden und Otto Wels in die Schweiz.²¹³ Hintergrund hierfür war die Einschätzung der SPD-Führung, dass es in der Tat »blödsinnige Sensationsberichte« im Ausland gegeben hätte,²¹⁴ die einen falschen Eindruck erwecken müssten. Deshalb wurden die ausländischen Genossen dazu angehalten, Gerüchte und Zuspitzungen in ihren Artikeln zu vermeiden, wenngleich sie weiterhin darum gebeten wurden, die »ungeschminkte Wahrheit« über die Vorfälle in Deutschland zu verkünden.

Allerdings wurde dieser Wunsch nur bedingt erfüllt: Am 20. 3. protestierte Otto Wels gegen Falschmeldungen der »Internationalen Information« zum Thema »politische Gefangene« und setzte sich telefonisch mit Adler in Verbindung;²¹⁵ Es gelte, die Wahrheit zu verkünden und keine Falschaussagen zu verbreiten; die SAI müsse sich zwar eine eigene Taktik überlegen, dabei aber unbedingt auf das Recht der freien Meinungsäußerung in Deutschland Rücksicht nehmen, so das Fazit des Sozialdemokraten.²¹⁶ Und als wäre das nicht genug, verkündete Wels am 30. 3. 1933 telegraphisch seinen Austritt aus dem Büro der SAI. Hintergrund hierfür war die bereits diskutierte Züricher Konferenz der SAI-Exekutive, auf der Resolutionen zum Thema »Faschismus« und »Einheit der Arbeiterbewegung« verkündet worden waren.²¹⁷ Der genaue Wortlaut von Wels' Austrittsgesuch lautete: »Die von dem Bureau der SAI ohne Einladung und Mitwirkung deutscher Vertreter gefaßten Beschlüsse veranlassen mich aus dem Bureau der SAI auszutreten.«²¹⁸

S. 112 f., zugleich wurde von der SPD – namentlich F. Stampfer – das Bild von der eisernen und unerschütterlichen deutschen Arbeiterpartei gezeichnet, die dem nazistischen Sturm trotzen werde: ebd., Ein Ruhmestag der Partei, F. Stampfer, 5. 3. 1933, S. 113 f.; Karl Kautsky betonte in einem Spezialartikel für die II, es sei die Pflicht der SPD, mit den Waffen zu kämpfen, die ihr bereits zu Zeiten des Sozialistengesetzes geholfen hätten: »[...] hingebende selbstlose Treue, Bebarrrlichkeit, geistige Überlegenheit.« Ebd., Was nun? Betrachtungen zum 5. März, Karl Kautsky, 18. 3. 1933, S. 116 ff.

²¹² IISG, NL Paul Hertz, Brief Paul Hertz' an Alfred Faust, 13. 8. 1948, Akt 3.

²¹³ E. MATTHIAS / R. MORSEY (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, 1960, S. 170; hierzu auch: H. ADOLPH, Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939, 1971, S. 267.

²¹⁴ So das Fazit F. Stampfers über die Zeitungsberichte der ausländischen Schwesterparteien. E. MATTHIAS / R. MORSEY (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, 1960, S. 170.

²¹⁵ Internationale Information, 1933/I, S. 152 ff.; IISG, SAI, Parteikorrespondenz, Wels an Adler, 28. 3. 1933, IISG/SAI/Korrespondenz/1534.

²¹⁶ Ebd.

²¹⁷ Vgl. H. ADOLPH, Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939, 1971, S. 268.

²¹⁸ Crispin, Johannes Stelling, Hans Vogel sowie Wels traten aus dem Bureau aus, die SPD blieb jedoch ein Teil der Internationale. IISG, SAI, Korrespondenz, Wels an Adler, 30. 3. 1933, IISG/SAI/Korrespondenz/1535.

Natürlich war der spektakuläre Austritt des Sozialdemokraten rein taktischer Natur und der innenpolitischen Situation in Deutschland geschuldet.²¹⁹ Allerdings war es, aus der Perspektive des sozialistischen Auslands betrachtet, das falsche Signal zur falschen Zeit, weshalb sich Adler dazu verpflichtet sah, Wels in Form eines öffentlichen Briefes zu kritisieren.²²⁰ Vor allem die französische SFIO echauffierte sich unaufhörlich über den legalistischen Kurs der SPD und prangerte die deutsche Schwesterpartei regelrecht an. Blum und Faure sprachen von einem »legalistischen Skrupel«, ²²¹ der von dem Liebknechtschen Verdikt, »an unserer Gesetzesmäßigkeit müssen unsere Feinde untergehen« geprägt worden sei.²²²

Zur Erinnerung: Die SFIO hatte sich seit der Verabschiedung des Dawes-Planes durchgehend für die SPD starkgemacht. Sie hatte die von Breitscheid und Hilferding vorgetragenen Forderungen nach einer deutschen Gleichberechtigung 1924–33 unterstützt, die Panzerkreuzerdebatte 1928/31 wohlwollend interpretiert und den »Tolerierungskurs« des Präsidialkabinetts Brüning von 1930–32 verteidigt. Jetzt allerdings, im Angesicht des Scheiterns der deutschen Republik, fand der Unterstützungskurs für den deutschen Nachbarn ein jähes Ende. Grund hierfür war nicht die schwächliche Position der Sozialdemokratie per se, sondern die Art und Weise, wie sie mit der Bedrohung umging. In der Folgezeit ging die SFIO dazu über, sich hierarchisch und ideologisch über die deutsche Sozialdemokratie zu stellen und zu demonstrieren, dass die französische Arbeiterbewegung die bessere Strategie verfolgte.²²³ Beinahe pathetisch hatten SPD und ADGB vor 1933 darauf rekurriert, dass Deutschland nicht Italien sei, dass die Weimarer Republik nicht vor dem Faschismus kapitulieren werde²²⁴ und mit mindestens ebenso viel Pathos erklärten Blum und Jouhaux jetzt, dass sie nicht davor zurückschrecken würden, den legalistischen Kurs aufzugeben und die »Generalstreikwaffe« anzuwenden.²²⁵ Kurzum: Die SFIO dis-

²¹⁹ Retrospektiv erklärte Wels seinen Entschluss mit seinem Wunsch, die Partei zu retten und ihren Untergang zu verhindern. H. ADOLPH, *Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939*, 1971, S. 268.

²²⁰ »Ebenso wie wir entschlossen sind, die Verbreitung falscher Nachrichten, die nur im Interesse unserer Gegner liegt, entgegenzutreten, ebenso sehr sind wir entschlossen, unsere ganze Kraft dafür einzusetzen, um die Wahrheit über Deutschland, so weit und so intensiv, als es uns nur möglich ist, zu verbreiten. An der Erfüllung dieser moralischen Verpflichtung wird uns keine Einschüchterung und keine Drohung der heutigen Herrschenden in Deutschland hindern.« Anders formuliert: Adler sah sich »moralisch« im Recht und warf der SPD-Führung, insbesondere O. Wels, recht unverblümt vor, ihre internationale Pflicht zu vernachlässigen und sich von den »Herrschenden« einschüchtern zu lassen. Die SAI setzte ihre Informationspolitik in der Folgezeit fort und engagierte sich auch in praktischer Hinsicht für die SPD, insofern ein Spendenaufruf zur Unterstützung der deutschen Arbeiterklasse am 24. 4. 1933 erlassen wurde. Internationale Information, *Austritt Otto Wels aus dem Bureau der SAI*, 1. 4. 1933, Bd. 10.1., 1933, S. 152 ff.; ebd., *Hilfe für Deutschlands Arbeiterklasse*, 24. 4. 1933, S. 177.

²²¹ Zur Rede L. Blums: J.O., *Chambre des députés, Débats parlementaires*, S. 937.

²²² I. AUER, *Nach zehn Jahren: Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes*, 1913, S. 99; zur Kritik P. Faures: P. FAURE, *Au seuil d'une révolution*, 1934, S. 203 ff.; allgemein: P. WEBER, *Gescheiterte Sozialpartnerschaft – gefährdete Republik?*, 2010, S. 980.

²²³ Ebd.

²²⁴ Vgl. W. PYTA, *Gegen Hitler und für die Republik*, 1989, S. 96 f.

²²⁵ G. ZIEBURA, *Léon Blum*, 1963, Bd. 1, S. 454 f.

tanzierte sich von ihrer deutschen Schwesterpartei und sah sich in ihrem bisherigen Kurs bekräftigt, Koalitionen mit bürgerlichen Parteien elegant zu umschiffen.²²⁶

Anders als die SFIO hatte sich die Labour Party vor 1933 kaum mit dem Faschismus auseinandergesetzt. Rasch wurde jedoch deutlich, dass die Machtergreifung durch die NSDAP keinen Regierungswechsel, sondern vielmehr einen Bruch mit der deutschen Demokratie zur Folge hatte.²²⁷ Paradigmatisch hierfür stand für die Labour Party die politische Verfolgung der deutschen Sozialdemokratie, deren Verbleib im deutschen Parteiensystem nicht mehr gesichert schien.²²⁸ Die beginnende Auslöschung der SPD versetzt die britische Arbeiterpartei in einen Alarmzustand und zwang sie zu einer Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Im März 1933 veröffentlichten Labour Party und TUC ein Pamphlet mit dem Titel »*Democracy versus Dictatorship. British Labour's Call to the people*«, in dem klar und deutlich eine Abgrenzung zwischen Demokratie auf der einen und Faschismus bzw. Kommunismus auf der anderen Seite vorgenommen wurde.²²⁹

Eine wirkliche Auseinandersetzung mit der SPD fand innerhalb der Labour Party vor allem im »International Department« statt, das von Gillies geleitet wurde. Dieser unternahm früh den Versuch, Kontakt mit der SPD herzustellen und sich hierbei einen Überblick über die aktuelle Situation zu verschaffen. So trat er beispielsweise im Februar 1933 an Otto Wels heran, um einen Korrespondenten der Times vorzustellen, der vor Ort über die Ereignisse berichten sollte.²³⁰ In London traf er sich im April 1933 mit dem SPD-Politiker Karl Höltzman, einem der Mitbegründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Im Verlauf des Gesprächs legte Höltzman Gil-

²²⁶ Immerhin verteidigte Léon Blum die SPD vor dem Vorwurf der Kommunisten, die SPD habe einen Exklusivvertrag mit Hitler unterzeichnet, der sie zum Abhalten von Konferenzen befähigte, während die kommunistischen Genossen verfolgt und getötet werden würde. Dieser von dem französischen PCF – namentlich M. Cashin – verfolgten Haltung trat Blum entschieden entgegen, was jedoch die allgemeine Kritik am Verhalten der SPD kaum minderte. Internationale Information, Die Sozialdemokratische Konferenz in Berlin, 20. 5. 1933, Bd. 10.1., 1933, S. 230 f.

²²⁷ Vgl. C. BUSSFELD, *Democracy versus Dictatorship: Die Herausforderung des Faschismus und Kommunismus in Großbritannien*, 2001, S. 168 f.

²²⁸ Vgl. M. NEWMAN, *Democracy versus Dictatorship: Labour's Role in the Struggle against British Fascism 1933–1936*, in: *History Workshop Journal*, 1978, S. 67–88; hier: S. 68.

²²⁹ Die Partei rief in ihrer Publikation zu einer Solidarisierung der Arbeiterbewegung auf und warnte vor der faschistischen Bedrohung: »*If the British Working-Class, however, hesitate now between majority and minority rule and toy with the idea of Dictatorship, Fascist or Communist, they will go down to servitude such as they have never suffered.*« Damit nannte die Partei drei Ausprägungen des Totalitarismus: Faschismus, »Dictatorship« und Kommunismus. Anders formuliert setzte die Parteiführung um G. Lansbury, der Henderson seit 1932 ersetzt hatte, also ihren strikt antikommunistischen Kurs fort. *Democracy versus Dictatorship. British Labour's Call for the People*, Labour Party National Executive Committee and Sub-Committee, Minutes and Papers, 24. 3. 1933. Hierzu passend auch der Aufruf der Labour Party vom März 1933, den Kommunismus zu bekämpfen: LHASC, Labour Party, International Department, Germany LP/ID/WG/COM/2 March 24, 1933.

²³⁰ »*I have the pleasure to introduce to you Mr. H. R. S. Phillpotts, a representative of the »Daily Herald«, who is going to Germany tomorrow as German correspondent for the »Daily Herald«. I am sure that you will give Mr. Phillpotts all the assistance which he may require during his stay in Germany.*« LHASC, Labour Party, International Department, Germany, Gillies an Wels, 23. 2. 1933, ID/GER/8/13.

lies dar, dass die Schwäche der SPD vor allem daraus resultiere, dass sie in der Frühphase der Revolution keine Personalwechsel vorgenommen hätte und die »Kräfte der Reaktion« weiter im Amt bleiben durften.²³¹ Diese Perspektive wurde u.a. auch in dem »Prager Manifest« der SPD von Hilferding vertreten.²³²

Das Gespräch machte durchaus Eindruck auf den Briten: Zwar kam Gillies zu dem Schluss, dass man dem SPD-Politiker Höltermann fehlende Loyalität vorwerfen könne – immerhin habe er seine Partei äußerst negativ bewertet. Allerdings habe der Deutsche keineswegs den Eindruck gemacht, dass er der Sozialdemokratie Schaden zufügen wollte – ganz im Gegenteil: »*I am bound to add that in fact his conversation did not make any such impression on my mind, nor did he lead me to think that he was in favour of the re-armament of Germany.*«²³³

Dementsprechend wurden die Argumente des Deutschen durchaus ernst genommen und in die allgemeine Ermittlungsarbeit mit aufgenommen: Anders als die SFIO verzichtete die Labour Party vorerst auf boshafte Zeitungsartikel und unternahm stattdessen den Versuch, ein vollständiges Bild über die Geschehnisse in Deutschland zu zeichnen.²³⁴ Indes sollte trotz dieser besonnenen Vorgehensweise nicht der Eindruck entstehen, die Labour Party habe dem Verhalten der SPD per se mehr Verständnis entgegengebracht: Im Rahmen der britisch-deutschen »Vorwärts-Affäre«, die sich 1941 im Londoner Exil zutrug, wurde allzu deutlich, dass sich Gillies rückblickend ganz und gar nicht mit dem demokratisch-legalistischen Kurs der SPD anfreunden konnte. Der internationale Sekretär der Labour Party hatte retrospektiv ein internes Memorandum angefertigt, in dem er das Verhalten der SPD im Kaiserreich und am Vorabend des Dritten Reichs scharf kritisierte. Friedrich Stampfer bekam über Umwege die Details des Papierses zu Gesicht und schrieb daraufhin einen erbosten Brief an Gillies. Unterstützt wurde er dabei von Philip Noel-Baker, der für die SPD Partei ergriff und das Verhalten der Mehrheitssozialdemokraten – von Gillies als »National Socialists« bezeichnet – verteidigte. Daraus entwickelte sich in der Folgezeit eine Art Parteitribunal der Labour Party, das die sich im Exil befindlichen deutschen Sozialdemokraten unter einen gehörigen Rechtfertigungsdruck setzte. Hier beschloss das »National Executive Committee« der Labour Party im Jahr 1942, dass Gillies in allen Anklagepunkten Recht zu geben sei.²³⁵

4.5.2. Der Pariser Kongress der SAI, August 1933

Das eigentliche Tribunal über die deutsche Sozialdemokratie sollte vom 21. bis 25. August 1933 in Paris stattfinden, wo sich die Vertreter der SAI-Exekutive ver-

²³¹ LHASC, Labour Party, International Department, Germany, Gesprächsaufzeichnung Gillies – Höltermann, 24. 4. 1933, ID/GER/8/13.

²³² Vgl. H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, 1998, S. 600.

²³³ LHASC, Labour Party, International Department, Germany, Gesprächsaufzeichnung Gillies – Höltermann, 24. 4. 1933, ID/GER/8/13.

²³⁴ Vgl. C. COLLETTE, The international faith, 1998, S. 76.

²³⁵ Hierzu: J. SPÄTER, Vansittart, 2003, S. 334 ff.

sammelten.²³⁶ Zu diesem Zeitpunkt war das sozialdemokratische Parteivermögen bereits beschlagnahmt und »die Periode, wo wir hoffen konnten, durch die Ausschaltung von Vorwänden für Gewaltmaßnahmen etwas zu retten« endgültig beendet.²³⁷ Ein Teil des SPD-Parteivorstandes emigrierte nach Prag, während der andere Teil den Entschluss fasste, weiter in Berlin zu verweilen, ehe die Partei am 22. Juni 1933 endgültig verboten und den sozialdemokratischen Politikern ein Berufsverbot ausgestellt wurde.²³⁸

In Paris wurde die Sitzung der SAI-Exekutive am Montag, den 21. August 1933 im »Maison de la Mutualité« eröffnet. Der Tagesordnungspunkt lautete »Die Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung in der Zeit der faschistischen Reaktion«.²³⁹ Dass es hierbei indes vor allem um den Zusammenbruch der deutschen Demokratie ging, machte Adler bereits in seiner Eröffnungsansprache deutlich: »Die Aufgaben unserer Konferenz haben sich, seit sie zum ersten Male in Aussicht genommen worden ist, erheblich verschoben. Den Beschluß, diese Konferenz abzuhalten, fassten wir zum ersten Male lange vor der Machtergreifung Hitlers. Aber wir hatten schon damals das Gefühl, daß eine große prinzipielle Aussprache über unsere Aufgaben nötig sei. Seit dem März dieses Jahres hat die Exekutive in wiederholten Beratungen festgestellt, daß wir auszugeben haben von den Ereignissen in Deutschland, daß diese Ereignisse eine neue Lage für die Internationale geschaffen haben.«²⁴⁰

In Paris versuchte die Internationale vor dem Hintergrund des Scheiterns der Weimarer Republik, die bestehenden Streitpunkte auszuräumen, um endlich eine gemeinsame Taktik festzulegen. Die »Fehler« der SPD standen dabei zunächst außen vor – viel wichtiger war die Suche nach einem gemeinsamen Aktionsprogramm

²³⁶ Siehe: IISG, SAI, Exekutive, Protokoll internationale Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Paris, 21.–25. 8. 1933, IISG/SAI/Exekutive/420 ff.; Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 5, Paris, Maison de la Mutualité, 21.–25. 8. 1933, 1976; hierzu auch: Internationale Information, Die internationale sozialistische Konferenz, August 1933, Bd. 10.2., 1933, S. 431–496.

²³⁷ Internationale Information, Brief Otto Wels an das SAI-Bureau, 17. 3. 1933, Bd. 1, 1933, S. 282.

²³⁸ E. MATTHIAS / R. MORSEY (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, 1960, S. 185 ff., wie bereits erwähnt hatte die SAI in den Monaten zuvor Hilferufe gestartet, um den deutschen Flüchtlingen eine Ausreise zu ermöglichen. Dies wurde im Rahmen der im Mai stattfindenden Tagung von IGB und SAI in Paris noch einmal bekräftigt; gleichermaßen wurde die Notwendigkeit einer sofortigen Abrüstung – insbesondere vor dem Hintergrund der veränderten Situation in Deutschland – betont: Internationale Information, Sitzung des Bureaus der SAI / die beiden Internationalen tagen, 25. 5. 1933, Bd. 10.1., 1933, S. 237–241.

²³⁹ Für die SPD nahmen teil: Siegfried Aufhäuser, Karl Böchel, Erich Ollenhauer, Friedrich Stampfer, Otto Wels; als Gäste waren geladen: Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding. Wesentlich zahlreicher war die SFIO vertreten mit Blum, Bracke, Grumbach, Longuet, Marquet, Pivert, Renaudel, Auriol, Zyromski sowie zahlreichen Gästen. Für die Labour Party waren Jennie Adamson, Joseph Compton, George Dallas, Hugh Dalton, W. Gillies, Barbara Gould, George Lansbury sowie Marie Sutherland vor Ort. Weitere Teilnehmer stammten aus der Sozialistischen Jugendinternationale, dem IGB sowie dem internationalen Frauenkomitee (IFK). Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 5, Paris, Maison de la Mutualité, 21.–25. 8. 1933, 1976, S. 1.

²⁴⁰ Ebd., S. 3 f.

im Kampf gegen den Faschismus.²⁴¹ Das Problem war hierbei, wie Adler luzide ausführte, dass die »Genossen in Großbritannien und Skandinavien« ein geringes Interesse daran hätten, in ihren Ländern gegen den Faschismus mobilzumachen: »Die Genossen in den Ländern, wo die Demokratie der reaktionären faschistischen Attacke nicht in gleicher Stärke ausgesetzt ist, haben eher ein Interesse daran, daß man über die Probleme gar nicht spricht;²⁴² es ist für ihre Agitation und Propaganda viel einfacher, wenn sie die Probleme nur so weit behandeln, als sie in ihren Ländern in Erscheinung treten.«²⁴³

Adler versuchte, der Apathie der Briten und Skandinavier in seinem Beitrag entschieden entgegenzutreten, indem er auf die Notwendigkeit einer internationalen Solidarisierung hinwies. Kritik an der deutschen Arbeiterpartei konnte sich der Österreicher an dieser Stelle nicht verkneifen: Die SPD habe sich 1923 in Hamburg klar und deutlich gegen eine »programmatische Festlegung ausgesprochen«, aus nationalen Motiven heraus. Nun, in der Stunde der Not, sei sie plötzlich brennend daran interessiert, dass die SAI an einem Strang ziehe und ein übergreifendes »Aktionsprogramm« formuliere.²⁴⁴

Auch Adler plädierte für ein gemeinsames Programm, allerdings müsse eben dieses unterschiedliche Aufgaben für die einzelnen Parteien enthalten. Denn: Aus dem Scheitern der Weimarer Republik könne man keineswegs die Lehre ableiten, dass der Faschismus in allen Ländern unbedingt kommen *müsse*. Verallgemeinerungen seien daher unangebracht und es sollte allen Genossen klar sein, dass es auch kapitalistische Länder gebe, die ein Erfolgsmodell darstellten. Damit wandte sich der Österreicher gegen eine mögliche Radikalisierung der eigenen Organisation und begründete diese Haltung mit der Formel: »Die Lehre, daß der Weg der Demokratie ungangbar

²⁴¹ Ein wichtiger Grund für das anfänglich wohlwollende Umgehen mit der SPD mag die Entschuldigung Otto Wels' gewesen sein, die im Mai 1933 in der II veröffentlicht wurde. Darin begründete Wels seinen Austritt aus dem Bureau mit der Furcht vor umfassenden Pogromen gegen die SPD – wie sie zeitgleich gegen die deutschen Juden stattgefunden hätten. »Ich beschloß daher, auf eigene Faust und unter persönlicher Verantwortung in die Bresche zu springen und sandte an das Sekretariat der SAI jenes Telegramm, das meinen Austritt aus dem Bureau ankündigte.« Internationale Information, Otto Wels an das Bureau der SAI, 18. 5. 1933, Bd. 10.1., 1933, S. 281 f.

²⁴² Paradigmatisch hierfür steht die britische Labour Party, die sich vor 1933, wie bereits skizziert, kaum oder nur geringfügig mit dem Faschismus auseinandergesetzt hatte. Vgl. C. BUSSFELD, Democracy versus Dictatorship: Die Herausforderung des Faschismus und Kommunismus in Großbritannien, 2001, S. 168 f.

²⁴³ Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 5, Paris, Maison de la Mutualité, 21–25. 8. 1933, 1976, S. 5.

²⁴⁴ Zum Hintergrund: Otto Wels hatte im Juli 1933 ein ausführliches Schreiben an F. Adler verfasst, indem er Demonstrationen in ganz Europa forderte: »Wir möchten ihnen deshalb den Vorschlag machen, durch das Sekretariat die Aufforderung an alle uns angeschlossenen Parteien zu richten, uns zu unterstützen und in allen Ländern Versammlungen und Demonstrationen zu veranstalten. In diesen Kundgebungen könnten Beschlüsse gegen das »Mordregime« gefasst werden, die die Parteien der Regierung ihres Landes übermitteln mit der Forderung, jede Arbeit mit dieser Mörderregierung abzulehnen, um einem Deutschland es Rechts und der Menschenwürde den Weg zu bereiten.« Diese politische Kehrtwende überrascht vor allem insofern, als Wels wenige Monate zuvor noch das SAI Büro verlassen hatte, um jedes »Anecken« zu vermeiden. IISG, SAI, Korrespondenz, Wels an Adler, 24. 7. 1933, IISG/SAI/Korrespondenz/3449.

ist, die lehnen wir von vornherein ab, die halten wir für eine Irrlehre.»²⁴⁵ Es sei daher die Pflicht der Internationale, ihre Demokratien zu verteidigen, so sein Fazit.

Warum Adler eine »Aussprache« forderte, wird vor allem dann deutlich, wenn man sich den eigentlichen Konfliktfeldern des Pariser Kongresses widmet: Der linke Flügel der SAI forderte eine komplette Neuorientierung der SAI und eine Offensive im Zeichen des »revolutionären Sozialismus«. Nach ihrer Auffassung sollte Paris der Ausgangspunkt für ein verändertes Auftreten der Internationale sein, mit einem Mehr an Protest und außerparlamentarischen Aktionen. Diese Haltung wurde von Teilen der SFIO vertreten, der PSI (italienische Sozialistische Partei), der SP (sozialistische Partei der USA), der sozialistischen Arbeiterpartei Estlands sowie der belgischen POB.²⁴⁶ Gegen diese Gruppe kämpfte die rechte Mehrheit der SAI, die ein klares Bekenntnis zur Demokratie einforderte und eine Rückkehr zu »alten Kampfmethoden« dezidiert ablehnte. Diese Position wurde vor allem von der Labour Party und den skandinavischen Parteien eingenommen sowie von Teilen der SPD, der SFIO und der niederländischen und belgischen Sozialdemokratie.²⁴⁷

Indes wurde auch von eher »zentristisch« orientierten Politikern wie Blum, Adler oder Bauer harsche Kritik am bisherigen Kurs der SAI geübt. In diesem Sinne echauffierte sich der SPD-Politiker Aufhäuser vor allem gegen den Beschluss der Internationale, die Faschisten auf »eigenem Boden« – d. h. auf nationaler Ebene – zu bekämpfen: *»Was schlimmer ist, und nicht nur Deutschland betrifft, das ist der ideologische Zusammenbruch, für den man nicht so leicht Ersatz schaffen kann. Danach sollte die Strategie und Taktik der Internationale bestimmt werden. Wenn ich die Debatte hier zusammenfasse, wir haben zu entscheiden in allen Ländern: wollen wir den Faschismus mit seinen eigenen Waffen schlagen, glauben wir es an Nationalismus mit den Faschisten aufnehmen zu können?«*²⁴⁸ Anstatt den Kampf alleine zu führen, müsse es eine transnationale Initiative geben, ein gemeinsames Programm, das die Attraktivität der Sozialistischen Arbeiterinternationale drastisch erhöhe und Hoffnung wecke. In Deutschland blicke zur Stunde eine »große Armee namenlose(r) Proletarier« sehnsüchtig auf diesen Kongress und erhoffe sich ein deutliches Signal.²⁴⁹ Anders als die Mehrheit der Vertreter aus Frankreich oder Großbritannien – aber auch die seiner eigenen Partei – plädierte Aufhäuser für revolutionäre Maßnahmen, die in »revolutionären Zeiten« die einzig richtige Antwort seien.

²⁴⁵ Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 5, Paris, Maison de la Mutualité, 21.–25. 8. 1933, 1976, S. 10.

²⁴⁶ W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 188 f.

²⁴⁷ Ebd.

²⁴⁸ Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 5, Paris, Maison de la Mutualité, 21.–25. 8. 1933, 1976, S. 185 f.

²⁴⁹ Ebd.

Der Forderung nach revolutionären Erhebungen wurde allerdings nicht entsprochen: Otto Bauer unternahm zwar den Versuch, in seiner Schlussresolution einen Kompromiss zu erzielen, der beiden Seiten gerecht werden sollte, räumte jedoch ein, dass ihm dies kaum gelungen sei.²⁵⁰ Abschließend wurde von der SAI vermerkt, dass die Arbeiterklasse in jenen Ländern, die vom Faschismus akut bedroht seien, »mit allen Mitteln« gegen ihn ankämpfen solle – in allen anderen Fällen wurden die Arbeiter dazu aufgerufen, ihre Demokratie zu erhalten und zu verteidigen. Diese Aufteilung entsprach den unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Ländern, so dass jede Partei entsprechend ihrer Bedürfnissen und Anforderungen aktiv werden konnte.²⁵¹

Diese Maßnahme war durchaus nachvollziehbar: Wie Friedrich Adler bereits in seiner Eröffnungsrede deutlich gemacht hatte, bestand z. B. für die britische Labour Party kaum ein Grund, sich mit allen Kräften gegen den Faschismus zu stemmen.²⁵² Nicht ohne Grund zielte Hugh Dalton in seiner Ansprache darauf ab, die Stabilität der britischen Demokratie besonders hervorzuheben und die Notwendigkeit des »revolutionären Kampfes« zu relativieren. Grundsätzlich sei die britische Demokratie wesentlich beständiger als ihre kontinentaleuropäischen Pendanten, nicht zuletzt aufgrund der Anziehungskraft der britischen Arbeiterpartei. Zwar habe die Labour Party in der letzten Wahl viele Stimmen verloren – »the penalty of democratic institutions« –, jedoch werde die Arbeiterpartei schon bald wieder reüssieren. Abschließend suggerierte Dalton, dass die Stabilität der britischen Demokratie vor allem auf das Mehrheitswahlrecht zurückgehe, das dem Verhältniswahlrecht weit überlegen sei: »[...] I believe our system to be far superior to the proportional representation which prevails in any country on the continent.«²⁵³ Darauf aufbauend kann man durchaus die These wagen, dass es der Labour Party in Paris vor allem darum ging, ein »Abdriften« der SAI nach links zu verhindern und auf Basis der »bewährten« Mittel weiter zu agieren.

Der Pariser Kongress der SAI scheiterte darin, ein gemeinsames Aktionsprogramm zu verfassen. Zu unterschiedlich waren die Vorstellungen der einzelnen Parteien sowie die Ausgangsbedingungen in den verschiedenen Ländern. Vermutlich hätte

²⁵⁰ W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 190.

²⁵¹ Ebd.

²⁵² Die »British Union of Fascists« wurde von der Labour Party zwar entschieden bekämpft, jedoch gelang es weder der BUF noch ihrem politischen Pendant, der CPGB (Communist Party of Great Britain), zu einem bestimmenden Faktor des politischen Alltags zu werden. Im Kampf gegen die beiden politischen Zentrifugalkräfte konnte die Labour Party daher gezielt auf einen strikt legalistischen Kurs setzen und die Bewegungen als »antidemokratisch« und »extremistisch« stigmatisieren, zumal auch die Conservative Party ähnliche Ziele verfolgte und gemeinsam mit der Arbeiterpartei Faschismus und Kommunismus strikt ablehnte. Auch wenn die politische Propagandaarbeit der Labour Party beträchtlich war, kann ein Vergleich mit den politischen Verhältnissen in Deutschland und Frankreich kaum unterschiedlicher ausfallen. Vgl. C. BUSSFELD, Democracy versus Dictatorship: Die Herausforderung des Faschismus und Kommunismus in Großbritannien, 2001, S. 301 ff.

²⁵³ Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 5, Paris, Maison de la Mutualité, 21.–25. 8. 1933, 1976, S. 86 f.

es keine Rolle gespielt, wenn die gemeinsame Versammlung des internationalen Proletariats niemals stattgefunden hätte. Allein anhand der Diskussion über den künftigen Umgang der SAI mit der Komintern wird bereits deutlich, dass die verschiedenen Positionen der tonangebenden Parteien um SFIO und Labour Party nicht mehr zu vereinen waren: Während sich Léon Blum zumindest für Kontakte mit der Komintern aussprach,²⁵⁴ fabulierte Hugh Dalton von einem »Socialist Commonwealth«, ohne eine mögliche Einheitsfront in seine Überlegungen auch nur ansatzweise mit einzubeziehen.²⁵⁵ Entsprechend ambivalent fiel der bereits angesprochene Schlussbericht von Otto Bauer aus, der die internen Diskussionen über die Streitfragen des Kongresses als Berichterstatter für die Kommission stellvertretend analysierte und zusammenfasste: »Die Debatte, die in dieser Konferenz der Kommissionsberatung vorausgegangen ist, und die Debatte in der Kommission selbst haben gezeigt, welche tiefe Meinungsverschiedenheiten über verschiedene Fragen zwischen den einzelnen Parteien und innerhalb der einzelnen Parteien bestehen.«²⁵⁶ Darin findet sich bereits ausgedrückt, dass die internen Konflikte, die v.a. zwischen Labour Party und SFIO ausgetragen wurden, kaum zu überwinden waren.

Positiv hob Bauer die französische SFIO hervor, deren Aussagen und Vorschläge »auf uns alle den allergrößten Eindruck gemacht« hätten.²⁵⁷ Konkret bezog sich Bauer auf den Parteitag der SFIO, der vom 14.–17. Juli in Paris stattgefunden hatte. Im Rahmen des Pariser Parteitages wurde die Haltung Léon Blums, der Koalitionen mit bürgerlichen Parteien weder befürwortete noch ablehnte, erneut zur Parteidoktrin erhoben.²⁵⁸ Das Signal, das von dem Parteitag ausging, lautete, dass der Erhalt der französischen Demokratie nicht durch die vom rechten Parteiflügel geforderte parlamentarische Zusammenarbeit mit bürgerlich-liberalen Kräften gesichert werden könne.

Blum drängte im Gegensatz zu den britischen Genossen dezidiert auf die »Eini-gung des Proletariats«, ²⁵⁹ von der er sich erhoffte, sie werde der Arbeiterklasse »neu-

²⁵⁴ Ebd., S. 42.

²⁵⁵ Ebd., S. 87.

²⁵⁶ Ebd., S. 273.

²⁵⁷ Ebd.

²⁵⁸ Insgesamt muss konstatiert werden, dass das Signal des Pariser Parteitages vom Juli 1933 klar und deutlich in Richtung einer Einheitsfront sowie einer Intensivierung der außerparlamentarischen Maßnahmen (»Aufstand der Massen«) abzielte. Die »Participationnistes« unter Renaudel, Déat, Grumbach oder Marquet drängten auf eine Regierungsbeteiligung – und erlitten auf dem Pariser Parteitag eine empfindliche Niederlage. Im November 1933 trennten sich die »Neosozialisten« infolgedessen von der Partei und gründeten die »Parti Socialiste de France« (PSdF), der 28 Abgeordnete der Kammerfraktion angehörten. Die neue Partei hatte eine deutlich »nationalere« Stoßrichtung. Hierzu: D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 340 ff.; G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. I, S. 442 ff.; Speziell zum Pariser Parteitag, siehe: Parti Socialiste (Section Française de l'Internationale Ouvrière). XXXe Congrès Nationale, les 14, 15, 16, et 17 juillet 1933, Paris; Rede Blums auf dem Parteitag: Le Populaire, 17.7.1933.

²⁵⁹ Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 5, Paris, Maison de la Mutualité, 21.–25. 8. 1933, 1976, S. 286.

en Mut« im Kampf gegen den Faschismus einflößen.²⁶⁰ Offensichtlich hatte der Gedanke an eine mögliche Einheitsfront mit den Kommunisten auch den Geschmack Otto Bauers getroffen, der daran anknüpfend betonte, »daß die furchtbarsten und schwersten Opfer, die eine Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus beibringen muß, immer noch leichter sind als die Opfer, die der Sieg des Faschismus einer ohne Gegenwehr niedergeworfenen Arbeiterklasse auferlegt.«²⁶¹ Implizit wurde der von Blum und Bauer eingeforderte »Aufstand der Massen« – dem eine Einheitsfront vorausgehen sollte – also von beiden Rednern als »Opfer« angesehen, welches die SAI nun *unbedingt* erbringen müsse. Damit einher gehen sollte die Abkehr vom »legalistischen Kurs« sowie das Bekenntnis zu revolutionären Strategien.

Konsequenterweise bedauerte Otto Bauer in seinem abschließenden Statement, dass die Vorschläge Léon Blums innerhalb der Kommission nicht umgesetzt werden konnten, ohne die »Blockierer« dabei namentlich zu nennen.²⁶² Er sprach an mehreren Stellen von der »Unvollkommenheit« der jetzigen Resolution, die für einen großen Teil der SAI allenfalls ein Provisorium sein könne. Dessen ungeachtet plädierte er dafür, die »alten Einheitsfrontmanöver endgültig zurückzuweisen« und »alles, was in unserer Macht liegt« zu unternehmen, um die Einheit der Arbeiterklasse herbeizuführen.²⁶³

»*Mebr Internationalismus, mebr Klassenkampf und mebr Internationalität!*« Diese von Robert Grimm ausgesprochenen Worte sollten nach Ansicht vieler Sozialisten das Motto des Pariser Kongresses sein, welches der europäischen Arbeiterschaft im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus Mut und Kraft spenden sollte.²⁶⁴ Der Protest der britischen und skandinavischen Delegierten verhinderte indes den erhofften Linksrutsch der SAI und führte wie bereits dargelegt dazu, dass sich die Internationale untereinander zerstritt.

Zu fragen ist nun, welche Rolle die zwischenstaatliche Ebene in den Überlegungen der Sozialisten einnahm. Zur Erinnerung: Noch 1925 hatte Hilferding auf dem Marseiller Kongress der SAI eine »realistische Außenpolitik« eingefordert und die

²⁶⁰ Im Rahmen seiner Rede hatte Blum zuvor betont, dass die Arbeiterklasse einen moralischen Stimulus brauche – und dies könne nichts anderes als die Wiedervereinigung der Arbeiterklasse sein. Ebd., S. 169 f.

²⁶¹ Ebd., S. 285.

²⁶² Gemeint war damit insbesondere die britische Labour Party. Diese hatte bereits im März 1933 den Entschluss gefasst, keine gesonderten Verhandlungen mit der kommunistischen Partei Großbritanniens sowie der »abtrünnigen« ILP führen zu wollen. Resolution der SAI zur »Einheitsfront«: ebd., S. 314; zum Beschluss der Labour Party, keine Verhandlungen mit ILP oder CPGB anzustreben: LHASC, National Executive Committee, Sitzung vom 22. 3. 1933, LP/EC/Minutes, Januar bis März 1933. Gegenteilige Meinung zur Frage der Einheitsfront, siehe: W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 190 ff.

²⁶³ Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 5, Paris, Maison de la Mutualité, 21.–25. 8. 1933, 1976, S. 287.

²⁶⁴ Der Rede von Grimm, der die Geschichte der SAI nach 1923 als »Scheitern« bezeichnete, widersprach Otto Wels entschieden, indem er auf die vielen Erfolge nach 1923 hinwies. Ebd., S. 57; zur Rede von Wels: S. 100.

Trias »Sicherheit, Schiedsgericht und Abrüstung« zum »spiritus sanctus« der Arbeiter-internationale erklärt.²⁶⁵ In Paris spielte die »gouvernementale Außenpolitik« allerdings kaum eine Rolle mehr: Zwar betonte der englische Delegierte Hugh Dalton in seiner Ansprache, dass man den Völkerbund noch nicht aufgeben dürfe, indes hatte er diese Meinung relativ exklusiv. Dalton machte indes deutlich, dass er nicht verstehen könne, weshalb einige Sozialisten eine so tiefe Abneigung gegen den Völkerbund hätten. Arthur Henderson habe in seiner Zeit als Labour-Außenminister ausreichend unter Beweis gestellt, dass man den Völkerbund unter sozialistischen Vorzeichen »verwenden« könne.²⁶⁶ Ganz abgesehen davon sei die Zusammensetzung des Völkerbundes keineswegs so »bourgeois« wie oft behauptet, sondern vielmehr bunt gemischt: »When he went to Geneva, he did not find the Assembly of the League completely devoid of Socialist comrades. Sweden, Denmark, Czechoslovakia and many other nations represented there sent Socialists, either as a majority or as a part of their delegation. A sort of sentimental boycott of the League of Nations by countries which are still democratic would, I think, be a great mistake. That is the view of our delegation [...]«. ²⁶⁷ Interessanterweise bezog sich auch Léon Blum in seiner Rede auf den Völkerbund und machte dabei deutlich, dass die SAI einen Beschluss, der dem Erhalt des Friedens in Europa diene, kaum ablehnen könne – »même de mains sanglantes«. ²⁶⁸ Damit findet sich bereits ausgedrückt, dass »zentristisch« orientierte Politiker wie Léon Blum weiterhin auf zwischenstaatliche Verhandlungen im Rahmen des Genfer Bundes setzten – auch wenn sie ihnen nur geringe Erfolgchancen einräumten. Auch Otto Bauer betonte in seinem Abschlussbericht, dass es das Ziel der SAI sein müsse, »die großen Fragen der internationalen Politik« beeinflussen zu wollen, »dazu gehört vor allem die Frage der Internationalen Abrüstungskonferenz, der wir von Anfang an stärkste Aufmerksamkeit zugewendet haben«. ²⁶⁹

Diesem Wunsch entsprechend enthielt die Schlussresolution des Pariser Kongresses eine Aufforderung an den Völkerbund enthielt, seine Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen, »avec la ferme volonté d'aboutir à une réduction affective des armements.« ²⁷⁰ Die bisherige Politik der SAI, zwischenstaatliche Entwicklungen, die in Richtung Abrüstung/Kriegsverhinderung zielten, zu unterstützen, wurde dementsprechend fortgesetzt. Der eigentliche »Bruch« mit dem Hilferdingschen Theorem fand also keinesfalls auf Initiative der sozialistischen Parteien statt, sondern war eine unmittelbare Folge der politischen Eiszeit auf internationaler Ebene.

²⁶⁵ Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1975, S. 264.

²⁶⁶ Zur Rolle Hendersons zwischen 1929 und 1933 siehe auch eine höchst positive Bewertung von Léon Blum aus dem Jahr 1933, in der er Hendersons Entschlossenheit und seine Verdienste für den Sozialismus rühmte. Internationale Information, Ein Sieg der Labour Party und des internationalen Sozialismus, Léon Blum, 16. 9. 1933, Bd. 10.2., 1933, S. 511 f.

²⁶⁷ Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 5, Paris, Maison de la Mutualité, 21.–25. 8. 1933, 1976, S. 84.

²⁶⁸ Ebd., S. 167 ff.

²⁶⁹ Ebd., S. 289.

²⁷⁰ Ebd., S. 317.

Abschließend bleibt zu klären, ob das »Versagen« der SPD im Rahmen des Pariser Kongresses tiefergehend analysiert wurde. Hier muss betont werden, dass die Konferenzleitung ausdrücklich die Bitte äußerte, auf öffentliche Kritik an der deutschen Arbeiterpartei zu verzichten.²⁷¹ Indes kam es dennoch zu heiklen Zwischenmeldungen, u. a. vom SAI-Sekretär Friedrich Adler sowie Pietro Nenni (PSI).²⁷² Harte Rüge musste die deutsche Arbeiterpartei auch aus dem französischen Lager ertragen, als Pierre Renaudel an das Rednerpult trat und die Politik der SPD von 1919 bis 1933 regelrecht sezierte. Konkret warf er der deutschen Schwesterpartei vor, die Terminologie der »Bourgeoisie« übernommen und auf eine eigene, differenzierte Beurteilung verzichtet zu haben. Als Paradebeispiel hierfür nannte er den Versailler Vertrag, der auch von der SPD als »Diktat« bezeichnet worden sei.²⁷³ Die politischen Konsequenzen dieser übernommenen Abfassungen seien verheerend, weil sich die deutschen Genossen im Kampf um die Republik der Sprache ihrer Feinde bedient hätten: »[...] et s'associant à leur formules, nos camarades se sont un peu affaiblis dans leur lutte pour la démocratie allemande.«²⁷⁴ Wesentlich deutlicher wurde er allerdings, als er den Zusammenbruch der deutschen Demokratie 1933 mit der Vorkriegssituation 1914 verglich und – Jean Jaurès zitierend – den »revolutionären Attentismus« der deutschen Sozialdemokratie offen anprangerte: Die SPD verfüge weder über ein »revolutionäres« Proletariat, noch habe sie die Mittel, revolutionäre Aktionen in die Tat umzusetzen.²⁷⁵ Implizit warf Renaudel den Sozialdemokraten damit vor, sie hätten tatenlos mit angesehen, wie ihre Demokratie zugrunde gerichtet wurde – ebenso wie sie vor 1914 trotz ihrer nominellen Stärke versagt hätten.

Der SPD-Vorsitzende Otto Wels, der als erster Redner der Sozialdemokratie auftrat, war zunächst darum bemüht, die Wogen zu glätten: Zu Beginn seiner Ansprache bedankte er sich dafür, dass die Kritik der Internationale an der SPD »getragen war von durchaus kameradschaftlichem Geist«.²⁷⁶ Die Hintergründe für die vermeintlichen »Fehler« der SPD, die zum Zerfall der Demokratie geführt hätten, seien bereits von Otto Bauer in einem Artikel für den »Kampf« ausreichend dargelegt worden. Warum er den Angriff Renaudels für absurd hielt, machte Wels im Folgenden deutlich: »Wir hatten die Macht eben nicht, denn wir standen den Generalstäben der ganzen Welt gegenüber. Und der Friedensvertrag von Versailles wie Genosse Renaudel ihn genannt haben will, wurde erst ein Jahr später unterschrieben. Wie verschieden die Fehler gesucht werden, das zeigte uns gerade Renaudel heute, als er uns deutschen Sozialdemokraten den Vorwurf machte, daß wir uns die Diktion der Bourgeoisie vom Friedensdiktat gar zu sehr

²⁷¹ Vgl. W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 191.

²⁷² Zur Rede Nennis siehe: Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 5, Paris, Maison de la Mutualité, 21.–25. 8. 1933, 1976, S. 30 ff.

²⁷³ Ebd., S. 66.

²⁷⁴ Ebd., S. 67.

²⁷⁵ Ebd., S. 65.

²⁷⁶ Ebd., S. 99.

zu eigen gemacht hätten. Genosse Renaudel, das war leider nicht nur die Diktion der Bourgeoisie, sondern es war die Feststellung einer historischen Tatsache.«²⁷⁷

Hätte man, so Wels, auf gleichberechtigter Ebene mit der jungen deutschen Republik verhandelt, dann »wäre vielleicht manches anders geworden«. Aber damals sei eben »diktiert worden« und »aus diesem Diktat kam später der Diktator (Hervorhebung d. V.)«. Die SPD hätte in all den Jahren gespürt, dass der »Zermürbungskrieg gegen die deutsche Demokratie« seine eigentliche Kraft aus dem Versailler Vertrag gewinnen konnte. Kurzum: Otto Wels war nicht nach Paris gekommen, um sich Kritik an der eigenen Partei stillschweigend anzuhören. Vielmehr ging es ihm darum, die deutsche Arbeiterpartei zu salvieren, indem er das Scheitern der Weimarer Republik geradezu als Determinismus aufgrund der schwierigen außenpolitischen Situation nach 1919 darstellte. Die künftige Geschichtsschreibung werde die Zeit zwischen 1914 und 1933 als eine Periode fortwährender Belastungen für das deutsche Volk bewerten und die Anstrengungen seiner demokratischen Kräfte für den Erhalt der Demokratie entsprechend würdigen. Wenn man bedenke, wie schlecht sich Europa gegenüber Deutschland verhalten, wie hartnäckig es auf die Erfüllung des Friedensvertrages bestanden habe, dann müsse man nicht nur von einem Versagen der Internationale sprechen, sondern von einem Versagen Europas, ja einem Versagen der ganzen Welt.²⁷⁸

Im Folgenden zog Wels Parallelen zwischen 1923 und 1933: Damals, vor zehn Jahren, habe er bereits vor der »faschistischen Gefahr« auf dem Hamburger Gründungskongress der Arbeiterinternationale gewarnt. Mittlerweile habe der Faschismus obliegen können, wofür es nach Ansicht des Deutschen zwei Gründe gebe: Innerhalb des Nationalstaates sei es den Nationalsozialisten gelungen, die Besitzenden für sich zu gewinnen und die Furcht vor kommunistischen Putschen für sich zu instrumentalisieren. Auf außenpolitischer Ebene sei die deutsche Republik »vom Tage ihrer Entstehung« so sehr malträtirt worden, dass »eine sehr kräftige politische Schulung« notwendig sei, »um nationalistischen Strömungen überhaupt Widerstand leisten zu können«. Wenn die deutsche Republik jetzt zusammenbreche, dann sei das eine europäische, eine weltumspannende Angelegenheit, die weitreichende Folgen nach sich zöge – »dann bricht alles zusammen, worauf sich die Hoffnung und das Vertrauen auf die Wiederherstellung eines wirklichen Friedens stützt«.²⁷⁹

Die Tolerierungspolitik der SPD nach 1930 werde der SPD, so Wels als »stärkster Fehler« angekreidet, »man sagt, damals zerstörten wir den Boden der Demokratie«. Die Koalitionspolitik verteidigte der Sozialdemokrat indes mit dem Hinweis, dass die SPD zu keinem Zeitpunkt die Mehrheit im Parlament innegehabt habe – »das Bürgertum hat in der Demokratie das Kampfmittel entdeckt, mit dem es die Arbeiterbewegung niederhalten könnte«. Auf der anderen Seite war es jedoch die Pflicht der SPD, sich mit

²⁷⁷ Ebd., S. 100.

²⁷⁸ Ebd., S. 108. Hierzu auch: H. ADOLPH, Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939, 1971, S. 292.

²⁷⁹ Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 5, Paris, Maison de la Mutualité, 21.–25. 8. 1933, 1976, S. 104.

all jenen Kräften auf der bürgerlichen Seite zu verbünden, die einen Erhalt der deutschen Demokratie versprochen. So sei die Partei beispielsweise dazu gezwungen worden, Hindenburg zu wählen, weil die Wahlpolitik der kommunistischen Partei ansonsten schon zu einem früheren Zeitpunkt Hitler zur Macht verholfen hätte.

Auch für den fehlenden Protest der SPD gegen den »Preußenschlag« hatte Wels eine schlüssige Begründung parat: *»Ich habe in der Exekutive unseren Kampf um die Republik geschildert. Ich bin dort auf alle gegen uns erhobenen Vorwürfe eingegangen, insbesondere, daß wir uns nicht mit den Mitteln der Gewalt, der Insurrektion am 21. Juli 1932 gegen den Staatsstreich erhoben haben. Ich habe darauf geantwortet, daß wir die Massen zur Demokratie erzogen hatten, daß die Arbeiterschaft schon in der Periode der Inflation soweit geschwächt war, daß sie anders den Kampf für die Republik siegreich zu führen nicht mehr imstande war. Der Parlamentarismus war mehr und mehr für alle Zweige der Arbeiterbewegung der Kampfbojen überhaupt geworden, auch für die Gewerkschaften.«*²⁸⁰ Faktisch sei die SPD permanent dazu gezwungen worden, eine »Politik des kleineren Übels« zähneknirschend zu tolerieren. Wenn die Enttäuschung der ausländischen Genossen groß sei über das Verhalten der deutschen Arbeiterpartei, *»dann nehmen Sie es nicht übel, wenn ich sage, die Enttäuschung kann nur dort groß sein, wo man über die Schwierigkeiten Deutschlands nicht richtig informiert ist oder sich nicht die Mühe gab, sie zu begreifen. Uns in Deutschland war die Politik des kleineren Übels aufgezwungen, und ich habe in der Exekutive das Bild gebraucht, daß die würgende Schlange des kleineren Übels uns schließlich den Atem nahm.«*²⁸¹

Die Verteidigungsrede von Wels war an Deutlichkeit kaum zu überbieten gewesen. Die Kritik an seiner Partei wies er scharf zurück, insbesondere mit dem Argument, objektive Faktoren wie der Versailler Vertrag oder die Außenpolitik der alliierten Mächte hätten eine gesunde Entwicklung der ersten deutschen Demokratie verhindert. De facto versteckte sich Wels hinter den Fehlern der Entente-Mächte, ohne dabei näher auf die subjektiven Faktoren, d. h. die Defizite der eigenen Politik, einzugehen. Hier behält Erich Matthias²⁸² sicherlich Recht, wenn er darauf hinweist, wie sich das sozialdemokratische Selbstbewusstsein – vom »Zwang der Verhältnisse« getrieben – weitestgehend selbst determinierte:²⁸³ Das Überbetonen der Entwicklung und das Unterschätzen der »subjektiven historischen Tat« darf in der Tat als klassisches sozialdemokratisch-kauskyanisches Denken interpretiert werden, das bereits vor 1914 von Jean Jaurès angeprangert wurde.²⁸⁴ Dass Wels' Auftritt nicht

²⁸⁰ Ebd., S. 107.

²⁸¹ Ebd., S. 109.

²⁸² Bezüglich des Preußenschlags kam der Historiker Erich Matthias zu dem Schluss: *»Erst die Resignation der Sozialdemokratie und die offene Demonstration ihres fehlenden Machtwillens am 20. Juli 1932 schalteten die Partei als ernstzunehmenden politischen Faktor aus.«* Auch wenn die Unterstellung eines fehlenden »Machtwillens« fraglich bleibt, so muss immerhin auf Basis der folgenden Ausführungen von Wels konstatiert werden, dass eben diese Kritik auch schon 1933 von ausländischen Genossen in der SAI-Exekutive artikuliert wurde. E. MATTHIAS / R. MORSEY (Hrsg.), *Das Ende der Parteien* 1933, 1960, S. 144.

²⁸³ Ebd., S. 196–202.

²⁸⁴ H. ADOLPH, *Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939*, 1971, S. 293.

nur positiv angenommen wurde, wird an einem Brief von Paul Hertz an Rudolf Breitscheid deutlich, indem Hertz die Vermutung äußerte, Wels fürchte sich davor, erneut vor die Anklagebank gesetzt zu werden – »dagegen will er sich wehren.«²⁸⁵ Tatsächlich wurden gewisse Parallelen zwischen 1919 und 1933 gezogen – z. B. von Renaudel –, so dass diese »Sorge« nicht gänzlich aus der Luft gegriffen scheint. In der Rückschau räumte Wels indes ein, er wäre »gerne weggeblieben«, allerdings habe er sich als einer der »geschlagenen Generale« in der Pflicht gesehen, in Paris zu erscheinen. Die »siegreichen Generale« innerhalb der Internationale betrachtete er höchst abschätzig – »das sind doch nur die, die noch keinen solchen Krieg zu führen hatten.«²⁸⁶

4.5.3. *Walter Citrine und der gescheiterte Versuch einer Intervention des IGB*

War die Katastrophe aufzuhalten? Hätte die politische Linke – und damit auch die Sozialdemokratie – die Machtergreifung Hitlers verhindern können? Warum beharrte die SPD auf ihrem strikt legalistischen Kurs, anstatt den Kampf um die deutsche Republik aufzunehmen? Welche Rolle spielten die SAI respektive der IGB im Zeitraum der Machtergreifung? Gab es *aktive* Versuche, die Haltung der Sozialdemokratie zu beeinflussen, oder wurde der Zerfall der deutschen Demokratie nur mit Worten bekämpft?²⁸⁷

Einblick in einen Teil dieser Fragen, die »mittlerweile zu Mythen geworden sind«,²⁸⁸ gewährt der Nachlass von Walter Citrine – insbesondere im Hinblick auf die versuchte Einflussnahme ausländischer Sozialisten auf die strategische Ausrichtung der SPD bzw. des ADGB im Jahr 1933.²⁸⁹ Der englische Gewerkschaftsführer und Generalsekretär des IGB (1928–45) verbrachte während seiner Amtszeit mehrere Monate in Deutschland, was ihn dazu veranlasste, ein Tagebuch mit dem Titel »Visits to Germany« anzufertigen. Aus den Memoiren geht hervor, dass der Brite während seiner Deutschland-Reisen mehrfach mit sozialdemokratischen Politikern, insbesondere dem anglophilen Victor Schiff, in Kontakt kam und hierbei den Versuch unternahm, die SPD zum Widerstand aufzurufen. Dieser Vorstoß scheiterte allerdings an den deutschen Sozialdemokraten, die sich schlicht weigerten, mit Citrine zu kooperieren. Dementsprechend scheint der bereits skizzierte Austritt von Otto Wels aus dem Bureau der SAI tatsächlich Ausdruck einer attentistischen Haltung der Sozialdemokratie gewesen zu sein, die sich auch im Austausch mit auslän-

²⁸⁵ IISG, NL Paul Hertz, Brief an R. Breitscheid, 16. 8. 1933, IISG/Hertz/XVI.

²⁸⁶ Zit. n. H. ADOLPH, Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939, 1971, S. 294.

²⁸⁷ Siehe hierzu der bereits skizzierte Pariser Kongress der SAI: IISG, SAI, Exekutive, Protokoll internationale Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Paris, 21.–25. 8. 1933, IISG/SAI/Exekutive/420 ff.; hierzu auch: Internationale Information, Die internationale sozialistische Konferenz, August 1933, Bd. 10.2., 1933, S. 431–496.

²⁸⁸ H. A. WINKLER, Weimar, 1918–1933, 1998, S. 595.

²⁸⁹ LSE, Citrine papers, TUC, »Visits to Germany«, 1/14.

dischen Genossen widerspiegelte. Anstatt nun allerdings dazu überzugehen, der SPD erneut »eklatantes Versagen« vorzuwerfen,²⁹⁰ wäre es weitaus hilfreicher, die eigentlichen Gründe für die Ablehnung zu erfahren. Hierüber gewähren die Tagebücher Citrines durchaus einen interessanten Einblick, wie im Folgenden zu zeigen sein wird.

Am 15. Februar 1933 brach Citrine nach Deutschland auf, um an einer Sitzung des IGB in Berlin teilzunehmen.²⁹¹ Grund für die Einberufung der IGB-Führung war die politische Situation in Deutschland, genauer gesagt die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler.²⁹² Den Eindrücken des IGB-Sekretärs zufolge, die er schriftlich in seinem Tagebuch festhielt, sei es keine große Überraschung, dass sich die Sozialdemokratie eher passiv verhalte gegenüber der nazistischen Bedrohung: »*The Nazis are mainly young men and they are evidently trained fairly well [...]. They are much better than the Socialist Reichsbanner force both in physique and training [...].*«²⁹³ Ganz ähnlich können die Aussagen von Victor Schiff interpretiert werden, mit dem sich Citrine in Berlin persönlich traf. Der Sozialdemokrat habe im Verlauf der Unterhaltung deutlich gemacht, weshalb er aktiven Widerstand ablehne – nicht etwa aus ideologischen Gründen, sondern aus Angst um die eigene Familie, dem Verlust des Arbeitsplatzes und des erworbenen Status: »*I can speak freely to you, Mr. Citrine, because you are an Englishman. It is your habit to treat matters in confidence. You deal with things in a different way from our other continental comrades. I am not a coward but I have a wife and two children depending on me. Any German who speaks to foreigners about the conditions in his country and says what I am saying to you is liable to imprisonment for anything up to twenty years. It may come to me but naturally I don't want it. I am known as a prominent man in the Socialist Party. I am the correspondent of the 'Daily Herald' but I cannot say the things I want to them.*«²⁹⁴ Schiff machte des Weiteren deutlich, dass die nationalsozialistische Partei das Machtmonopol längst an sich gerissen habe. Der »Vorwärts« sei für acht Tage verboten worden, weitere Restriktionen könnten folgen. Im Hinblick auf aktive Opposition gegen das Hitler-Regime wusste Schiff nur über »Gerüchte« aus Bayern zu berichten, die ihm vor einigen Tagen zugespielt worden seien.

Nach der Unterredung mit Schiff schien Citrine verständlicherweise höchst »alarmiert«, weswegen er im Verlauf des IGB-Exekutivtreffens²⁹⁵ einen Vergleich zur Frühphase des faschistischen Italiens anstellte, und den Vorsitzenden des ADGB, Leipart, um eine ausführliche Stellungnahme bat. Offensichtlich hatte der Brite insbesondere Angst davor, dass die NSDAP das Radio völlig einnehmen und als Pro-

²⁹⁰ H. MOMMSEN, Die Sozialdemokratie in der Defensive; in: DERS. (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, 1974, S. 106–133; hier: S. 108 f.; 115.

²⁹¹ LSE, Citrine papers, TUC, »Visits to Germany«, 1/14, Eintrag vom Januar/Februar 1933, S. 61.

²⁹² Ebd., S. 63.

²⁹³ Ebd., S. 69 f.

²⁹⁴ Citrine räumt ein, dass er die Unterhaltung mit Schiff nur rekonstruieren könne. Dessen ungeachtet scheint es wahrscheinlich, dass der Inhalt korrekt wiedergegeben wurde. Ebd., S. 70 f.

²⁹⁵ G. VAN GOETHEM, The Amsterdam International, 2006, S. 47.

pagandainstrument zur Einschüchterung instrumentalisieren könnte. Leipart bejahte diese Gefahr, machte allerdings sogleich darauf aufmerksam, dass politische Fragen im Allgemeinen der SPD obliegen würden und nicht der Gewerkschaft.²⁹⁶ Dessen ungeachtet beschloss das IGB nach einer Diskussion, an der u. a. Schevenels und Jouhaux teilnahmen, drei Maßnahmen in Erwägung zu ziehen: 1. Die ausländischen Genossen von der desaströsen Situation in Deutschland zu informieren; 2. Den Versailler Vertrag gegen Hitler zu verwenden;²⁹⁷ 3. Kontakt zur SAI herzustellen. In finanzieller Hinsicht wurde vonseiten des IGB erwogen, der deutschen Arbeiterbewegung verstärkt unter die Arme zu greifen.²⁹⁸

Allerdings scheiterten die Bemühungen, aktiven Einfluss zu nehmen, in der Folgezeit an den Auflösungserscheinungen der Sozialdemokratie. Finanzielle Hilfeleistungen wurden zwar gewährt,²⁹⁹ allerdings habe Otto Wels mehrfach betont, dass keine Hilfe nötig sei, was die holländische Arbeiterpartei dazu veranlasst habe, finanzielle Unterstützung zu verweigern. Grundsätzlich sei eine transnationale Kooperation kaum zu realisieren: Die sozialdemokratischen Führer seien von Januar bis März kaum zu erreichen gewesen, weswegen weiterführende Unterstützungsmaßnahmen zum Scheitern verurteilt waren, so das Fazit von Citrine.³⁰⁰ Adler und Vandervelde hätten Schevenels auseinandergesetzt, dass die SPD-Führung keinen Kontakt zum Ausland wünsche und sich ganz auf die Situation in Deutschland konzentrieren wolle. Grundsätzlich sei dies allerdings verständlich, insofern sich die deutschen Politiker kaum vorstellbaren Gefahren aussetzen müssten, um ihre Arbeit weiter zu verfolgen.³⁰¹

Ende März 1933 sei Schiff nach London gefahren – »as a result of blackmail« – und berichtete von dem Verbot der sozialdemokratischen Zeitungen.³⁰² Den genauen Inhalt des Gesprächs mit Göring, der die SPD wie bereits dargelegt unter Androhung physischer Gewalt dazu zwang, die internationale sozialistische Berichterstattung über das Unrechtsregime einzustellen, wollte Schiff nicht preisgeben. Allerdings schilderte er Citrine die wichtigsten Punkte der Unterredung. Konkret bat er die britische Arbeiterpresse darum, allzu kritische Kommentare über das Hitler-Regime zu unterlassen.³⁰³ Daraufhin reiste Schiff weiter nach Paris, um das Gesuch der SPD, kritische Berichte aus dem Ausland zu unterbinden, den französischen Genossen mitzuteilen. Citrine merkte abschließend an, dass das National Executive Committee von Labour Party und TUC dem Antrag des Deutschen stattgegeben habe.

²⁹⁶ LSE, Citrine papers, TUC, »Visits to Germany«, Eintrag vom Januar/Februar 1933, 1/14, S. 71 ff.

²⁹⁷ Der Versailler Vertrag sollte gegen das »nazi arming« eingesetzt werden. Eine nähere Definition des von L. Jouhaux formulierten Vorschlags wurde nicht erbracht.

²⁹⁸ Ebd., S. 73–92.

²⁹⁹ Ebd., Eintrag vom März 1933, S. 13.

³⁰⁰ Ebd., S. 29.

³⁰¹ »It was dangerous for the Socialist comrades to be at home because of the danger to their families if an attack was made.« Ebd., S. 31.

³⁰² Ebd., Eintrag vom 27. 3. 1933, S. 1 f.

³⁰³ Ebd., S. 9.

Zweifelsohne muss betont werden, dass das Tagebuch von Walter Citrine keine völlig neuen Erkenntnisse bringt hinsichtlich der realpolitischen Geschehnisse. Dennoch scheint ein Aspekt seiner Ausführungen – die Gründe der SPD-Elite, auf Widerstand zu verzichten – bislang in der Forschung eher stiefmütterlich behandelt worden zu sein. Dies gilt besonders für die emotional-psychologischen Dispositionen der handelnden Akteure.³⁰⁴ Wie Victor Schiff dem britischen Gewerkschaftsführer Citrine ausführlich darlegte, war seine attentistische Haltung nicht nur ideologischen Gründen geschuldet, sondern schlicht und ergreifend ein Resultat von Angst: Schiff fürchtete den Verlust seines Arbeitsplatzes bzw. seines Status, physische Gewalt gegen sich und seine Familie sowie juristische Konsequenzen. War diese (subjektive) Haltung tatsächlich singulär innerhalb der SPD, nach dem Zusammenbruch der deutschen Demokratie, dem »preußischen Schießerlass« (Februar 1933)³⁰⁵ und dem drohenden Verlust der beruflichen, häuslichen und finanziellen Existenz? Von Crispian ist überliefert, er leide seit der Machtergreifung unter Depressionen und könne daher an keinen internationalen Konferenzen mehr teilnehmen.³⁰⁶ Breitscheid habe im politischen Exil häufig unter depressiven Stimmungen gelitten, wie seine Frau Tony deutlich machte;³⁰⁷ von Otto Braun wird Ähnliches berichtet.³⁰⁸ Hinzu kommen außerdem die zahlreichen politisch motivierten Morde der Weimarer Republik,³⁰⁹ die im Lager der Sozialdemokraten einen tiefen Eindruck hinterlassen haben mussten. Ergo kann durchaus die These vertreten werden, dass ein Rekurrenieren auf politische Dispositionen innerhalb der SPD-Führung unter Umständen nicht ausreicht, um ihr Verhalten im Jahr 1933 adäquat erklären zu können.

4.6. *Resümee: Die deutsche Katastrophe*

Mit dem Zusammenbruch der deutschen Demokratie fand auch die Zusammenarbeit des Parteiendreiecks ein jähes Ende: Auf internationaler Ebene – innerhalb der SAI – verlor die SPD nach und nach ihren Status als eigenständige politische Kraft, weshalb eine Fortsetzung einer gleichberechtigten Kooperation, wie im folgenden Epilog zu zeigen sein wird, nicht mehr möglich war.

³⁰⁴ Dies gilt umso mehr als die Erforschung psychologischer Dispositionen bezüglich historischer Prozesse noch in ihren Kinderschuhen steckt. A. HANNIG, Angst und die Balkanpolitik Österreich-Ungarns vor dem Ersten Weltkrieg; in: P. BORMANN / T. FREIBERGER / J. MICHEL, Angst in den internationalen Beziehungen, 2010, S. 93–114; hier: S. 93 ff.

³⁰⁵ Vgl. D. SCHUHMAN, Gewalt als Methode der nationalsozialistischen Machteroberung; in: A. WIRSCHING (Hrsg.), Das Jahr 1933, 2009, S. 135–155; hier: S. 144.

³⁰⁶ M. BUCHHOLZ / B. ROTHER (Hrsg.), Der Parteivorstand der SPD im Exil: Protokolle der Sopade 1933–1940, 1995, S. 16.

³⁰⁷ R. BERNDT, Rudolf Breitscheid (1974–1944); in: O. DANKELMANN (Hrsg.), Lebensbilder europäischer Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts, 1995, S. 109–120; hier: S. 115.

³⁰⁸ H. ADOLPH, Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939, 1971, S. 240.

³⁰⁹ Erwähnt werden müssen hier die Fememorde an Haase und Eisner in der Revolutionsphase, das gescheiterte Blausäure-Attentat auf Philipp Scheidemann, ebenso wie der misslungene Mordversuch am Vorsitzenden der bayerischen SPD, Erhard Auer. H.-U. WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, 2003, S. 410 f.

Kann dem Parteiendreieck, kann der Internationale politisches »Versagen« unterstellt werden im Abwehrkampf gegen die politischen Zentrifugalkräfte?³¹⁰ Es steht außer Frage, dass diese allzu tendenziöse Einschätzung entschieden verneint werden muss. Weder die SAI noch das Parteiendreieck verfügten über adäquate Mittel, die politischen Ereignisse in Deutschland in ihrem Sinne zu verändern. Selbst wenn man die transnationale Perspektive einschränkt und allein das Vorgehen der SPD auf nationaler Ebene bewertet, bleibt das Urteil unverändert: So ist sich die Forschung weitestgehend darin einig, dass eine realistische Aussicht auf erfolgreichen Widerstand nicht bestanden hat.³¹¹

Analysiert man die transnationale Zusammenarbeit von SPD, SFIO und Labour Party zwischen 1929 und 1933, so fällt auf, dass die Strategie der »Locarno-Ära«, auf internationale Verständigung und informelle Diplomatie zu setzen, bereits zum Zeitpunkt des Young-Plans aufgegeben worden war. Stattdessen rückte die SAI als Kristallisationszentrum des politischen Widerstandes gegen den Abbruch der Verständigungspolitik (erneut) in den Fokus. Doch obwohl die Arbeiterinternationale große Bemühungen unternahm, insbesondere die Abrüstungsverhandlungen zu forcieren, konnte kein durchschlagender Erfolg errungen werden. Ähnlich wie zum Zeitpunkt der Ruhrkrise fehlten auf internationaler Ebene die Mitspieler, um eine verständigungsorientierte Politik umzusetzen, weshalb die transnationalen Aktionen sowohl des Parteiendreiecks als auch der SAI einem »quichottischen« Kampf gegen Windmühlen gleichkam.

5. Epilog:

Transnationale sozialistische Parteienkooperation nach der deutschen Katastrophe

5.1. *Zerwürfnis zwischen SFIO und Labour Party; Zusammenbruch der SAI (1934–1939)*

Das Fazit des Pariser Kongresses nahm sich höchst bescheiden aus: Die Gegner antifaschistischer Massenaktionen setzten sich durch, weshalb eine Neuorientierung der SAI nicht stattfinden konnte.¹ Zwar hatte sich im Rahmen des Kongresses herauskristallisiert, dass die Schar der Befürworter von »revolutionären Aktionen« sprunghaft angestiegen war – insbesondere in jenen Ländern, die vom Faschismus akut bedroht waren –, jedoch konnte sich diese Gruppe nicht behaupten. Insofern

³¹⁰ H. MAYER, Die deutsche Novemberrevolution und die internationale Sozialdemokratie 1933; in: Marx-Engels Stiftung (Hrsg.), 75 Jahre deutsche Novemberrevolution, 1994, S. 229–235; hier: S. 231.

³¹¹ Dies gilt nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Erfahrungshorizontes der maßgeblichen Zeitgenossen. H. SCHULZE, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, 1977, S. 747–757; H. MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, 1985, S. 570 ff.; allgemeiner Überblick, siehe: A. WIRSCHING, Die Weimarer Republik, 2008, S. 115.

¹ Vgl. W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 197.

war nicht nur die SPD, sondern auch die SAI als Ganzes von einer »Paralyse des Willens« ergriffen.²

Die einstmals bestimmenden Arbeiterparteien – SPD, SFIO und Labour Party – waren aus verschiedenen Gründen nicht mehr dazu in der Lage, der Sozialistischen Arbeiterinternationale die nötigen Impulse zu geben, um die transnationale Zusammenarbeit der internationalen Arbeiterbewegung zu fördern. Die Gründe hierfür sind mannigfaltig: Alle drei Parteien mussten im Verlauf der dreißiger Jahre verhängnisvolle Spaltungen über sich ergehen lassen;³ der bislang verfolgte Kurs des »Nur-Parlamentarismus« auf außenpolitischer Ebene war nicht mehr mehrheitsfähig – weder innerhalb der SAI, noch zwischen den drei Parteien;⁴ die ideologischen Grabenkämpfe zwischen SFIO und Labour Party verhinderten außerdem eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den zwei verbliebenen Großparteien.⁵

Zu fragen ist indes, welche Optionen die SAI überhaupt noch hatte. Hilferding mahnte im Rahmen einer Sitzung der Exekutive, dass nur eine entschlossene Friedenspolitik zwischen Frankreich, Großbritannien und Russland den Frieden retten könnte.⁶ Das Problem hieran war jedoch nach wie vor die rigide Haltung der Arbeiterinternationale gegenüber einer Aktionseinheit mit den Kommunisten. Generell waren die Handlungsmöglichkeiten der SAI sehr begrenzt: Bereits 1935 sah Léon Blum die Internationale am Ende angelangt, die Kriegsverhütung sei endgültig gescheitert.⁷ Er forderte eine hierarchische Neustrukturierung der SAI und daran an-

² In der Folgezeit widmete sich die SAI vor allem der Situation in Österreich und unternahm bereits auf dem Parteitag der österreichischen Arbeiterpartei den Versuch, den Genossen Zuversicht zu spenden. Zu diesem Zweck wurden unter anderem Léon Blum und Emile Vandervelde auf den Parteitag entsandt, die dort vorsprachen. Entkleidet man indes insbesondere die Rede L. Blums ihrer Propaganda, wird abermals allzu deutlich, dass die SAI kaum Optionen hatte, nennenswerten Einfluss auszuüben auf die internationalen Politik: »In diesem tragischen Kampfe, Genossen, sind wir mit Euch, wir, unsere Partei, die französische Arbeiterschaft war mit Euch gestern wir sind es heute, wir werden es morgen sein, was immer kommen mag.« Der Nationalrat der britischen Labour Party hatte bereits zuvor konstatiert, dass es zu verhindern gelte, dass die politische Reaktion das freie Österreich beseitige. Vgl. R. STEININGER, Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg, 1979, S. 10; Zum österreichischen Parteitag, siehe: Internationale Information, Die Internationale auf dem österreichischen Parteitag, 21. 10. 1933, Bd. 10.2., 1933, S. 557 ff.

³ Spaltungsbewegungen fanden in den frühen dreißiger Jahren in allen drei Parteien statt: Die linksgerichtete SAP trennte sich von der SPD; die ILP von der Labour Party und die »Neosozialisten« von der SFIO. Grundlegend hierzu J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2.

⁴ W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 198.

⁵ Hierzu z.B. der Brief von F. Adler an W. Gillies, in dem er von gravierenden Verstimmungen zwischen Franzosen und Briten ob der Frage der Einheitsfront spricht. IISG, SAI, Korrespondenzen, Adler an Gillies, 11. Juli 1936, IISG/SAI/Korrespondenzen/1684.

⁶ Breitscheid vertrat diesbezüglich eine wesentlich realistischere Perspektive und konstatierte, dass sich gewiss noch keine gemeinsame Außenpolitik ergebe, nur weil sich die sozialistischen Parteien aus Großbritannien und Frankreich vertragen würden. IISG, SAI, Exekutive, Sitzung der Exekutive, 17. und 18. Mai 1936, Antrag Hilferding, IISG/SAI/Exekutive/475; zu Breitscheid: IISG, NL Hertz, Breitscheid an Hertz, 20.7.1935, IISG/NL Hertz/XVI.

⁷ Le Populaire, 13. August 1935.

knüpfend mehr Kompetenzen für die »internationale Agentur der Arbeiterklasse«.⁸ Die von der SFIO geforderte »antifaschistische Aktionseinheit« mit der Komintern – die insgeheim als »Patentlösung« für die gegenwärtige Krise verkauft wurde – kam allerdings niemals zustande, auch wenn Léon Blum und Paul Faure 1934/35 die Erwartung äußerten, dass Gesuche der Kommunisten nicht mit einer einfachen »Abweisung« beantwortet werden würden.⁹ Doch wie schon zuvor wandten sich die Parteien aus Skandinavien und Großbritannien dezidiert gegen eine mögliche Aktionseinheit; die Labourführung verdächtigte die Komintern gar, die britische Bewegung dem Diktat der russischen Regierung unterwerfen zu wollen.¹⁰

Kurzum: Die Einheitsfrontangebote der Komintern von 1935–37 wurden allesamt in verschiedener Art und Weise abgelehnt. De Brouckère und Adler bemühten sich zwar, die Aktionseinheit herzustellen, was sich unter anderem an gemeinsamen Communiqués – z. B. zum Spanischen Bürgerkrieg – äußerte, jedoch konnte eine offizielle »Einheitsfront« zu keinem Zeitpunkt umgesetzt werden; ungeachtet der in Frankreich realisierten Volksfront zwischen SFIO und PCF.¹¹ Als es auch in der Folgezeit zu keiner Annäherung zwischen beiden Organisationen kam und das Münchner Abkommen von allen Parteien stillschweigend toleriert wurde,¹² sah sich Adler 1939 dazu genötigt, seine Demission als SAI-Sekretär einzureichen und in einem abschließenden Memorandum umfassende Kritik an der britischen Arbeiterpartei zu üben.¹³ Der daran anknüpfende Disput, der in erster Linie zwischen Adler

⁸ Ebd.

⁹ W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 217.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Zur französischen Volksfront siehe u. a.: H. KÖLLER, Für Demokratie – Brot – Frieden, 1996; W. LOTH, Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert, 1995.

¹² Die französische Arbeiterpartei wurde aufgrund ihrer pazifistischen Haltung vor eine regelrechte Zerreißprobe gestellt: Nachdem große Teile der Partei im Parlament für das Münchner Abkommen gestimmt hatten, kam es zu Massenaustritten und folglich zu einer signifikanten Schwächung der Partei, die sie an den Rand der Auflösung brachte. Vom fundamentalen Friedenswillen Léon Blums geprägt, der einen Konflikt mit dem Naziregime ausschloss, griff die erste Volksfrontregierung (1936–1937) den abwartenden Kurs der Vorgängerregierungen auf. Ziel war die Aufrechterhaltung des Friedens, wobei neue Konzessionen an das Deutsche Reich nicht ausgeschlossen wurden. Interessant ist, dass die britische Labour Party hinsichtlich des Münchner Abkommens eine diametral entgegengesetzte Haltung einnahm und die Politik Chamberlains scharf kritisierte. Während die SFIO das Abkommen also begrüßte, schwang sich die britische Partei um ihren Wortführer C. Attlee zum eigentlichen Kritiker an der Appeasement-Politik auf. H.-J. HEIMSOETH, Der Zusammenbruch der Dritten Französischen Republik, 1990, S. 29; F. TAUBERT, Das Deutschlandbild der französischen Linken in der Zeit der Volksfront; in: M. GRUNEWALD / J. SCHLOBACH (Hrsg.), Médiations – Vermittlungen, 1992, Bd. 1, S. 333–341, hier: S. 337 f.; zur Haltung der Labour Party, siehe: W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 258 ff.; J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 517.

¹³ Friedrich Adler zur Haltung der Labour Party in einem 1939 veröffentlichten Manifest: »Wenn die britische Arbeiterpartei sich auf den Standpunkt restloser Autonomie stellen will, wenn sie gemeinsame Aktion nur insoweit anerkennt, als sich andere Parteien ihrer autonomen Aktion anschließen, dann bedeutet die Erklärung, daß die Grundsätze der SAI nicht mehr anerkannt werden, das offene, ehrliche Einbekenntnis, daß die Voraussetzungen der internationalen Organisation, die am Hamburger Gründungskongress geschaffen wurden,

und Gillies ausgetragen wurde, spielte keine allzu große Rolle mehr: Im Mai 1940 wurde die deutsche Offensive entfesselt, während die SAI-Exekutive noch immer mit personalpolitischen Problemen beschäftigt war, ohne die gegenseitigen Animositäten auch nur ansatzweise gelöst zu haben.¹⁴ Schlussendlich hörte die Arbeiterinternationale 1940 auf zu existieren, auch wenn sie formal erst 1947 aufgelöst wurde.

Was die Kontakte zwischen den drei Arbeiterparteien anbelangt, so muss die Zeit nach 1933 höchst ambivalent bewertet werden: Das Verhältnis der SPD zur Labour Party war beispielsweise sehr problematisch, da die britische Arbeiterpartei den deutschen Genossen gegen Ende der dreißiger Jahre das Recht absprach, als eigenständige Kraft auf dem internationalen Plateau zu wirken.¹⁵ Diskussionen über die Verlegung des Parteivorstandes nach London, geführt von Hans Vogel und Erich Ollenhauer, wurden zunächst verworfen, auch weil das Misstrauen gegenüber der britischen Partei sehr groß war.¹⁶ Im Jahr 1941 kam es schließlich zu einem tatsächlichen »Entfremdungseffekt« zwischen den Exilgruppen insbesondere aus Deutschland und Österreich sowie der Labour Party, als das sogenannte »Preparatory Committee for the reconstruction of the International« geschaffen wurde.¹⁷ In diesem Komitee, dem neben dem Belgier Huysmans auch G. Dallas und W. H. Green angehörten, wurde ein Quasi-Zweikammer-System eingeführt, das zwischen »feindlichen Sozialisten« (Deutschland, Österreich, aber auch Spanien, Italien) und alliierten Sozialisten unterschied. Ein weiteres Konfliktfeld ergab sich außerdem daraus, dass sich der Parteivorstand der SPD grundsätzlich der Labour Party unterwerfen sollte, was in den Reihen der Labour Party zwar zunächst kritisiert, letztlich aber doch toleriert wurde.¹⁸ Wie sehr die Belange der Sozialdemokraten diskreditiert wurden, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass weder deutsche noch österreichische Sozialisten zu den vorbereitenden Besprechungen zur Wiedergründung der Internationale 1945 in London eingeladen wurden.

Während es in London immerhin zu einer »Interessenvertretung« im Kampf gegen das Dritte Reich kam, konnte eine solche Gruppe in Paris nicht realisiert werden.¹⁹ Grund hierfür war insbesondere, dass Frankreich von der Parteiführung als unsicher

hinfällig geworden sind.« IISG, SAI, Bureau, Memorandum von F. Adler, Juni 1939, IISG/SAI/Bureau/559.

¹⁴ R. STEININGER, Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg, 1979, S. 14 ff.

¹⁵ Vgl. M. BUCHHOLZ / B. ROTHER (Hrsg.), Der Parteivorstand der SPD im Exil: Protokolle der Sopade 1933–1940, 1995, S. 377 f.

¹⁶ Kontakte hatte die deutsche Gruppe um W. Sander vor allem mit H. Dalton, C. Attlee, P. Noel-Baker sowie E. Bevin. Vgl. L. EIBER, Die Sozialdemokratie in der Emigration, 1998, S. XCVIII.

¹⁷ Diese Namensgebung geht auf W. Gillies zurück; die tatsächliche Arbeitsbezeichnung lautete zunächst »International Committee«. Ziel der Vereinigung sollte es sein, die Internationale unter neuen Vorzeichen zu begründen. R. STEININGER, Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg, 1979, S. 21.

¹⁸ L. EIBER, Die Sozialdemokratie in der Emigration, 1998, S. VCVIII.

¹⁹ R. BEHRING, Demokratische Außenpolitik für Deutschland, 1998, S. 251 f.

bewertet und London ab 1939 zum Zentrum der politischen Emigration auserkoren wurde.²⁰ Gewiss, es kam zu Kontakten zwischen dem Pariser SPD-Vorstand und der SFIO-Führung,²¹ allerdings war das politische Gewicht im Exilland Frankreich sehr gering, weshalb Hans Vogel noch im Januar 1940 konstatierte, er sei mit der Arbeit in Paris höchst unzufrieden.²² Wie in London kam es für die SPD auch in Paris zu erheblichen Komplikationen: Breitscheid notierte bereits im Jahre 1933, dass der Erhalt einer »carte d'identité« erschwert sei, da man Angst vor etwaigen Nazi-Provokateuren habe.²³ Dessen ungeachtet war die französische Hauptstadt Mitte der dreißiger Jahre das bevorzugte Exilland, was sich anhand zahlreicher Aktenbestände belegen lässt. Für die dort ansässigen Sozialdemokraten war die SFIO jedoch, wie bereits implizit aus der Aussage Vogels hervorgeht, eher Hindernis denn Katalysator beim Aufbau einer separaten Organisation. Ein wichtiger Grund hierfür waren die Differenzen aufgrund der von den Franzosen anvisierten Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Die politischen Gräben zwischen beiden Parteien waren diesbezüglich so groß, dass selbst Rudolf Breitscheid, der in Paris zu einem Befürworter der Volksfront geworden war, jeden Kontakt mit der franz. Parteiführung vermied. Die Kontakte zur SFIO hielt ab 1934 nicht Breitscheid, sondern ein junger SPD-Politiker namens Heinrich Ehrmann.²⁴ Gut funktionierte hingegen die Organisation des Flüchtlingsstroms nach Frankreich: Hier kam es zu einer engen Kooperation zwischen der SPD und dem elsässischen SFIO-Politiker Salomon Grumbach,²⁵ der aufgrund seiner Funktion als Präsident der Einwanderungskommission der SFIO sowie

²⁰ Auch Rudolf Breitscheid, der von 1933 bis 1940 in Paris lebte, beteiligte sich nur bedingt am politischen Geschehen in Frankreich selbst. Zwar verfasste er Artikel für sozialistische Zeitungen aus Belgien, der Schweiz und Frankreich, indes kann die Arbeit kaum mit der Tätigkeit des Prager Vorstandes verglichen werden. Ein Grund, weshalb er nicht bzw. kaum in französischen Zeitungen publizierte, war eine direkte Folge der französischen Presse-Politik, Artikel eines ehemaligen deutschen Ministers nicht abzu drucken. M.-D. CAVAILLÉ, *Rudolf Breitscheid et la France*, 1995, S. 320 ff.

²¹ Hierzu u. a. der ausführliche Bericht von E. Ollenhauer über die Aktivitäten der SOPADE in Frankreich, in dem von Zusammenkünften mit dem Führungszirkel der SFIO die Rede ist: A.N., documents saisis par la police française ou allemande au domicile d'émigrés allemand en France, Bericht von Ollenhauer, Juli 1938, F/7/14874.

²² B. SEEBACHER-BRANDT, Ollenhauer. Biedermann und Patriot, 1984, S. 254.

²³ Breitscheid warnte sogar vor einer möglichen Emigration nach Frankreich; in der Tat löste die französische Regierung in den 30er Jahren mehrere Flüchtlingslager auf. U. LANGKAU-ALEX, *Deutsche Volksfront, 1932–39*, 2004, Bd. 1, S. 41 ff.

²⁴ Ebd., S. 119; IISG, NL Paul Hertz, Breitscheid an Hertz, 14. 1. 1933, IISG/NL Hertz/XVI.

²⁵ Nach dem Pariser Kongress gründete die SFIO das Comité Matteotti Français und rief in ihrer Parteizeitung dazu auf, das Komitee finanziell zu unterstützen. Dem Exekutivkomitee gehörten an: Dupont (CGT), Grumbach (SFIO), Schevenels (IGB) und Gerhard Kreyszig (ehemals ADGB). Persönliche Differenzen hinderten das Komitee indes daran, seine Aufgabe adäquat auszuüben, weshalb die Kontakte zu Grumbach eminent wichtig waren zur Organisation des Flüchtlingsstroms. Ursprünglich war der Matteotti-Fond Mitte der 20er Jahre ins Leben gerufen worden für die Opfer des Mussolinischen Faschismus. Hierzu: U. LANGKAU-ALEX, *Deutsche Volksfront, 1932–39*, 2004, Bd. 1, S. 127; *Internationale Information*, Bd. 22, 1933, S. 177 f.

aufgrund seiner Kontakte zum Völkerbund und dem französischen Außenministerium zahlreichen Sozialdemokraten die Einreise nach Frankreich ermöglichte.²⁶

Die Kontakte zwischen SFIO und Labour Party sind äußerst schwer zu skizzieren, was unter anderem daran liegen mag, dass die ideologischen Differenzen so gravierend waren, dass an eine konstruktive Zusammenarbeit kaum zu denken war.²⁷ Zwar lassen sich vereinzelt Spuren über die interparlamentarische Union bzw. das »Anglo-French parliamentary committee« finden,²⁸ inhaltlich kann jedoch kaum bestimmt werden, inwiefern die Zusammenkünfte jener Organisationen fruchtbar waren. Insgesamt muss sowieso betont werden, dass die Labour Party *spätestens* nach 1938 kaum Interesse daran hatte, die Internationale in der bestehenden Form fortzusetzen, da vor allem Gillies, der zu diesem Zeitpunkt der wohl bestimmende internationale Labour-Akteur war, die Ansicht vertrat, seine Partei werde von den Exilparteien »majorisiert« und daraufhin auf Distanz zur SAI ging.²⁹ Während die Labour Party isolationistische Tendenzen hegte, war die SFIO darum bemüht, in mehrfacher Hinsicht eine Zwischenstellung einzunehmen und 1. Zwischen den Gegnern und radikalen Befürwortern einer »Volksfront« zu vermitteln; 2. Anhänger und Gegner von zwischenstaatlichen Verhandlungen mit dem Dritten Reich zusammenzuführen.³⁰ Dieser Versuch scheiterte jedoch gründlich am massiven Widerstand des rechten SAI-Flügels, wobei abermals hervorgehoben werden muss, dass sich vor allem Gillies mehrfach als »stürmischer« Gegner der Einheitsfront hervortat.³¹ Exemplarisch sei diesbezüglich die von Langkau-Alex kurz skizzierte Sitzung der SAI-Exekutive im Jahr 1936 genannt, auf der Gillies eine Vierparteienkonferenz (SFIO, Labour Party, KPdSU, PCF) rigoros ablehnte. Ziel der Konferenz sollte es sein, die nationalen Bemühungen gegen den Faschismus auf internationaler Ebene zu koordinieren und zugleich auf zwischenstaatlicher Ebene ein Bündnis zwischen UdSSR, Frankreich und Großbritannien voranzuschieben.³²

²⁶ Paradigmatisch hierzu: A.N., Salomon Grumbach, F/7/15961.

²⁷ Hierzu auch: M. DREYFUS, *L'Europe des socialistes*, 1991, S. 141 f.

²⁸ AIU, Fonds Salomon Grumbach, Comité parlementaire anglo-française, AP 17/084.

²⁹ Gillies war auch derjenige Sozialist, der bezüglich der Exilanten von »communazis« sprach und eine Intensivierung der Kontakte ablehnte. Der Austritt von O. Wels aus dem Büro der SAI 1933 spielte dementsprechend in Gillies Hände und verleitete ihn dazu, seine Paranoia gegen »kommunistische Sympathisanten« auszuweiten. Konsequenterweise lehnte er in den Folgejahren, wie bereits mehrfach betont, den Aufbau einer Volksfront respektive eine Aktionseinheit mit der Komintern rigoros ab. Die dezidiert anti-deutsche und antikommunistische Haltung von Gillies trug maßgeblich dazu bei, dass sich die Labour Party von der SAI sukzessive distanzierte. R. STEININGER, Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg, 1979, S. 13; C. COLLETTE, *The international faith*, 1998, S. 78 ff.; zu den Diskussionen innerhalb der Internationale siehe vor allem den Briefwechsel Adler-Gillies: IISG, SAI, Korrespondenz, Briefwechsel zwischen Adler und Gillies, 1932–38, IISG/SAI/Korrespondenz/1680 ff.

³⁰ U. LANGKAU-ALEX, Deutsche Volksfront, 1932–39, 2004, Bd. 2, S. 112; IISG, NL Hertz, Hilferding an Hertz, 12. 3. 1936, IISG/NL Hertz/XVI.

³¹ U. LANGKAU-ALEX, Deutsche Volksfront, 1932–39, 2004, Bd. 2, S. 110 und S. 132.

³² Ebd.

Zwar gab es bilaterale Bemühungen zwischen Labour Party und SFIO, die Konflikte beizulegen,³³ indes konnte die englische Partei zu keinem Zeitpunkt umgestimmt werden. Mehr noch, im Rahmen der Sitzung der SAI-Exekutive im Juni 1937 drohten die antikommunistisch orientierten Parteien mit Austritt, sofern Adler und de Brouckère die Einheitsfront gegen ihren Willen realisieren würden.³⁴ Dementsprechend waren die Kontakte zwischen SFIO und Labour Party zumindest im eng gesteckten Rahmen der Führungsebenen der Parteien nichts weiter als eine Fortsetzung der Konflikte innerhalb der SAI, hier insbesondere zwischen Gegnern und Befürwortern einer »europäischen Volksfront«.³⁵

5.2. *Ausblick: Die deutsch-französische Zusammenarbeit nach 1945; Fortsetzung der Verständigungspolitik*

In seiner Monographie über die europäischen Gesellschaftsbeziehungen³⁶ der Zwischenkriegszeit stellt Guido Müller die These auf, dass »den privaten Vermittlerorganisationen und Verständigungsbewegungen die wichtigste Rolle im Rahmen deutsch-französischer Gesellschaftsbeziehungen« zugekommen sei. »Eine solche Bedeutung in Dichte und Dauer konnten die transnationalen Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Großgruppen – wie etwa die Kirchen, Gewerkschaften, Friedensbewegungen, Parteien [...] nie erlangen.«³⁷

³³ In einem Brief an W. Gillies erwähnt F. Adler 1936, dass die französische SFIO vorhabe, einen Delegierten nach London zu schicken, um erneut eine »Vierparteienkonferenz« anzuregen und bestehende Probleme auszusprechen. IISG, SAI, Korrespondenz, Briefwechsel zwischen Adler und Gillies, 11. 6. 1936, IISG/SAI/Korrespondenz/1684.

³⁴ W. KOWALSKI et al., Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), 1985, S. 247 f.

³⁵ Vor allem die von deutschen Emigranten erträumte zwischenstaatliche Kooperation eines »Dreibundes« (Großbritannien, Sowjetunion, Frankreich) wurde von der Labour Party rigide abgelehnt. Sanktionen gegen Hitlerdeutschland nach der Rheinlandbesetzung 1936 wurden ebenfalls negiert, da die Arbeiterpartei zu diesem Zeitpunkt noch im Einklang mit der Appeasement-Politik ihrer Regierung stand. Im Rahmen der Exekutivsitzung der SAI im März 1936 argumentierten Labour Party und TUC diesbezüglich, dass die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages von keinem Staat eingehalten worden wären und der russisch-französische Beistandspakt (1936) außerdem der erste Bruch des Locarno-Paktes gewesen sei. Dementsprechend wurden Sanktionen gegen Hitlerdeutschland nach der Rheinlandbesetzung von der SAI abgelehnt. U. LANGKAU-ALEX, Deutsche Volksfront, 1932–39, 2004, Bd. 2, S. 110 ff.; Internationale Information, Nr. 10, S. 90 f.

³⁶ »Gesellschaftsbeziehungen« definiert Müller als »non-governmental-relations«, gemeint sind damit gesellschaftliche und kulturelle »Vernetzungen« und wechselseitige »Durchdringungen«. Müller untersucht in seiner Studie Organisationen, »die als soziale Bewegungen und gesellschaftliche Beziehungen auf den auf den deutsch-französischen außerstaatlichen Beziehungen aufbauten, um eine europäische Einigung auf Staats- und Gesellschaftsstrukturen jenseits der nationalstaatlichen Ebene anzustreben.« G. MÜLLER, Europäische Gesellschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Das Deutsch-Französische Studienkomitee und der Europäische Kulturbund, 2005, S. 2.

³⁷ Konkret bezieht sich Müller dabei auf den »Europäischen Kulturbund« und das »Deutsch-Französische Studienkomitee«. Letzteres habe seiner Ansicht nach eine »höhere Bedeutung für den Austausch zwischen Eliten in Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Kultur« erlangen können, als »die Botschaften, die auswärtigen Ämter, die wirtschaftlich-industriellen Kooperationen und die Zusammenarbeit von Parteien.« Ebd., S. 457.

Wie bereits ausführlich dargelegt, kann diese These in Bezug auf das Parteiendreieck respektive die sozialistischen Parteien als solches *nicht* bestätigt werden. Die Phase der »relativen Stabilisierung« und damit einhergehend die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich auch auf gesellschaftlicher Ebene trägt nachhaltig die Handschrift sozialistischer Mittlerfiguren wie Léon Blum, Rudolf Breitscheid, Salomon Grumbach oder Rudolf Hilferding. Des Weiteren kann anhand der Parteienkooperation nach 1945 belegt werden, dass die begonnene Arbeit an der Realisierung einer europäischen Verständigung fortgesetzt wurde: Beispielsweise übernahm die Labour Party, wie Rolf Steininger deutlich macht, nach ihrem Wahlsieg am 5. Juli 1945 eine Schlüsselrolle im Hinblick auf die Eingliederung des besiegten Deutschlands in das westliche Staatensystem.³⁸ Gleichmaßen bemühte sich die SFIO darum, eine alternative Deutschlandpolitik zu konzipieren, die sich vom destruktiven Modell de Gaulles, der zunächst eine Zerschlagung des deutschen Wirtschaftspotentials anvisierte, deutlich distanzierte.³⁹

Am Beispiel der französischen SFIO kann beispielhaft belegt werden, dass sich die außenpolitischen Vorstellungen der Partei bereits während des Weltkrieges deutlich von den Vorstellungen de Gaulles bzw. des nationalkonservativen Widerstandes abhoben. »Que faire de l'Allemagne?« – ein Wiedererstarken der deutschen Nation müsse, so General de Gaulle, tunlichst vermieden werden, nur so könne die französische Sicherheit gewährleistet werden. 1944 forderten die Sozialisten das genaue Gegenteil: Deutschland dürfe nicht am Boden gehalten werden, da ein erneuter Revanchismus der Deutschen zu befürchten sei: »[...] *les dangers de revanche nationale que présenteraient tout démembrement de l'Allemagne et toute annexion des territoires spécifiquement allemands.*«⁴⁰ Eine »Wiederauflage von Versailles« wurde von den Sozialisten demnach kategorisch abgelehnt, Deutschland dürfe nicht gedemütigt werden: »*Il faudra veiller à ce que le prolétariat allemand, première victime du national-socialisme, n'ait pas à supporter trop lourdement les conséquences des crimes commis par ses dirigeants, avec la complicité ou la complaisance des dirigeants des autres pays capitalistes.*«⁴¹

Das Konzept der französischen Sozialisten lässt sich eng mit der »europäischen Idee«, der Schaffung eines supranationalen Staatensystems in Europa, in Verbindung bringen. Frankreich sollte demzufolge kein übermächtiger, omnipräsenter Nationalstaat sein, sondern vielmehr Teil eines europäischen Staatensystems, dessen Struktur Kooperation und nicht Dominanz verhielt.⁴² Bereits im Jahre 1942 erschien in der sozialistischen »Combat« ein Artikel, in dem die europäische Nachkriegsord-

³⁸ R. STEININGER, Reform und Realität. Ruhrfrage und Sozialisierung im Kontext anglo-amerikanischer Deutschlandpolitik 1947/48; in: VIZ, 27, Heft 2, 1979, S. 167–240; hier: S. 168.

³⁹ D. ORLOW, Sozialistische Deutschlandpolitik: S.F.I.O., SPD und die Zukunft Deutschlands 1945–1950; in: Francia, Forschungen zur westeuropäischen Geschichte, Bd. 26/3, 1999, S. 19–48; hier: S. 19 f.

⁴⁰ R. QUILLLOT, La S.F.I.O. et l'Exercice du pouvoir 1944–1958, 1972, S. 302.

⁴¹ K. SCHÜLE, Politische Determinanten und Schwerpunkte im Deutschlandbild der Résistance, 1974, S. 49.

⁴² Vgl. R. SCHREINER, Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944–1948, 1985, S. 26.

nung diskutiert wurde: *«Nous voulons fondre en une harmonieuse synthèse un individualisme conquérant et un sens généreux de la communauté. La révolution que nous portons en nous est l'aube d'une civilisation nouvelle. C'est là qu'est le sens de la guerre civile mondiale. L'histoire nous enseigne l'élargissement constant des frontières. Les Etats-Unis d'Europe – étape vers l'unité mondiale – seront bientôt une réalité vivante pour laquelle nous combattons.»*⁴³

Die Idee der »Vereinigten Staaten von Europa« demonstriert den internationalistischen Anspruch der Sozialisten in einem – allgemein gesprochen – eher deutschlandfeindlichen und nationalistischen Klima. Die Vorstellung der »Combat« bezog sich ausdrücklich auch auf Deutschland, was in einer 1943 erschienen Ausgabe der »Populaire« bekräftigt wurde. In »Le problème allemand«, wie der Titel der Juliausgabe lautete, plädierte das sozialistische Parteiorgan dezidiert für die Möglichkeit der Rehabilitierung des deutschen Volkes. Dafür solle ein noch zu schaffendes föderiertes Europa sorgen.⁴⁴

Einer der einflussreichsten Befürworter dieses Deutschlandbildes war der Buchenwaldhäftling Léon Blum, dessen internationalistisches Verständnis die Idee der »organisierten Internationale« hervorbrachte. Der ehemalige Fraktionsvorsitzende der SFIO hatte bereits in den zwanziger Jahren versucht, den »idealistischen Humanismus des Frühsozialismus und die Klassenanalyse des Marxismus zu einer harmonischen Einheit zu verbinden.«⁴⁵ Blums Sozialismusbegriff hatte einen stark universalistisch geprägten Ansatz, was folgerichtig auch eine Politik über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus erforderlich machte. Konkret äußerte sich dies in seinem Integrationskonzept für die Lösung des Deutschlandproblems: »Que faire de l'Allemagne?« Blum beantwortete diese Frage betont internationalistisch. Deutschland solle rasch einen gleichberechtigten Status erlangen und in ein supranationales Staatensystem integriert werden. Interessant ist hierbei, dass auch Blum – ähnlich wie die gaullistische Position – von einer Kollektivschuld der Deutschen ausging. Anstatt jedoch eine Zerstückelung des Landes zu fordern, wollte Blum Deutschland mit Hilfe einer internationalen Staatengemeinschaft disziplinieren.

Die unmittelbare Nachkriegszeit war demzufolge von erheblichen konzeptionellen Unterschieden zwischen Gaullisten und Sozialisten geprägt: Unter dem Motto »Sécurité et charbon« wollte die SFIO Sicherheit mit und nicht – wie bei de Gaulle und Bidault intendiert – vor Deutschland schaffen. Eine territoriale Zerstückelung lehnten die Sozialisten mehrheitlich ab, obgleich die Vorstellungen über die Dauer

⁴³ Combat et Révolution. Combat, n 34, septembre 1942; in: H. MICHEL / B. MIRKINE-GUETZÉ-VITCH (Hrsg.), Les idées politiques et sociales de la Résistance (Documents clandestins – 1940–1944), 1954, S. 143–145; hier: S. 144 f.

⁴⁴ Le problème allemand. Le Populaire, juillet 1943 (édition zone-sud); in: ebd., S. 380–381, hier: S. 381.

⁴⁵ »Aufgabe des Sozialismus ist es, die Idee vom Fortschritt der Menschheit zu zunehmender Selbstverwirklichung, auf der schon der griechisch-lateinische Humanismus, die christliche Zivilisation und der historische Materialismus beruhen, in der modernen Gesellschaft zu realisieren.« W. LOTH, Sozialismus und Internationalismus, 1977, S. 26 f.

der Besatzungs- und Umerziehungszeit erheblich variierten.⁴⁶ Die sozialistische Vision des zukünftigen (West-) Europa sah keinen übermächtigen französischen Nationalstaat, sondern vielmehr eine gleichberechtigte Föderation vor, in die Deutschland und Frankreich gleichsam eingebettet werden sollten. Die französische Besatzungspolitik wurde von der SFIO scharf kritisiert, da die deutschlandpolitischen Vorstellungen wenig mit den Zielen der Militäradministration gemeinsam hatten. Indes verhinderte die politische Konstellation der Nachkriegszeit eine Neuorientierung der Besatzungspolitik, da den Sozialisten in der Dreiparteienkoalition (»tripartisme«) zunächst die Rolle des kleinsten Koalitionspartners zufiel.⁴⁷ Dies hinderte die Partei jedoch nicht daran, verschiedene Projekte, die in Richtung einer europäischen Integrationspolitik zielten, nachhaltig zu unterstützen – u.a. die EGKS bzw. den Schuman-Plan 1949 sowie kurz zuvor den »Marshall-Plan«.⁴⁸

Was die sich neu formierende SPD anbelangte, so wurde die Politik Kurt Schumachers, der die »nationale Idee« nicht alleine den Konservativen überlassen wollte, von Teilen der SFIO argwöhnisch beäugt. Pessimistische Stimmen argumentierten, die deutsche Demokratie stehe auf tönernen Füßen.⁴⁹ Nichtsdestotrotz gab es bereits im Herbst 1945 erste Kontakte zwischen der SFIO und der SPD, was in der Folgezeit intensiviert wurde. Französische Sozialisten reisten in die deutsche Zone und besuchten dort Parteitage, es wurde ein Mittelsmann zwischen beiden Parteien bestimmt und schon bald wurde die SPD wie selbstverständlich als künftiges Mitglied der Sozialistischen Internationale angesehen. Während die britische Labour Party weitaus zurückhaltender auftrat, zeigten die französischen Sozialisten Verständnis für die deutschen Sozialdemokraten und trugen entscheidend dazu bei, dass die SPD schließlich im November 1947 in die Sozialistische Internationale aufgenommen wurde.⁵⁰

Insgesamt ist zu betonen, dass insbesondere die SFIO nach 1945 an der Realisierung eines supranationalen Staatensystems respektive der »Vereinigten Staaten von Europa« mitwirkte. Wilfried Loth stellt diesbezüglich die These auf, dass die französische Partei aktiv an der Realisierung dessen beteiligt gewesen sei, »*was in Anbetracht der weltpolitischen Machtverhältnisse und des Bewusstseinsstands der übrigen politischen Kräfte in Frankreich [...] zu verwirklichen war: eine relative Stabilisierung des europäischen Rahmens, die Integration Westdeutschlands in das westliche Staatensystem und mit der Montanunion der Beginn nationenübergreifender europäischer Wirtschaftspla-*

⁴⁶ Während der sozialistische Politiker und Herausgeber der »Populaire«, Oreste Rosenfeld, bereits 1945 einen Abzug der Truppen forderte, plädierten Teile der S.F.I.O. für eine 30 bis 50jährige Besatzungszeit. Vgl. D. ORLOW, Sozialistische Deutschlandpolitik: S.F.I.O., SPD und die Zukunft Deutschlands 1945–1950; in: Francia, Forschungen zur westeuropäischen Geschichte, Bd. 26/3, 1999, S. 19–48; hier: S. 35 ff.

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 36.

⁴⁸ C. KRELL, Sozialdemokratie und Europa, 2009, S. 293 ff.

⁴⁹ Vgl. D. ORLOW, Sozialistische Deutschlandpolitik: S.F.I.O., SPD und die Zukunft Deutschlands 1945–1950; in: Francia, Forschungen zur westeuropäischen Geschichte, Bd. 26/3, 1999, S. 19–48; hier: S. 37.

⁵⁰ Vgl. ebd., S. 40 ff.

nung«. ⁵¹ Demgegenüber taten sich sowohl Labour Party als auch SPD zunächst eher schwer damit, die Verwirklichung supranationaler Konzepte anzustreben. Mit Ausnahme der »Europe Group of the Parliamentary Labour Party« wurde im Inselreich auch im sozialistischen Lager ein regelrechter Euroskeptizismus verbreitet, der sich in Folge der Oppositionsphase 1951 und folgende weiter verstärkte. ⁵² Gleichermassen beschränkte sich die SPD bis in die fünfziger Jahre hinein außenpolitisch auf den Wunsch nach politischer Gleichberechtigung, ehe sich im Zuge der Römischen Verträge sowie der Neuausrichtung der Außenpolitik unter Erich Ollenhauer ein Umdenken bemerkbar machte. Unter Willy Brandt konnte die SPD schließlich die Metamorphose zur »europophilen Partei« erfolgreich bewerkstelligen. ⁵³ Trotz der vorhandenen Brüche muss summa summarum betont werden, dass die europäische Integration, das Konzept supranationaler Organisationen auch nach 1945 im sozialistischen Lager – hier vor allem SFIO sowie SPD – großen Anklang fand. Vor diesem Hintergrund muss die These Guido Müllers, private Vermittlerorganisationen hätten in »Dichte und Dauer« größere Nachhaltigkeit entfachen können als Parteiorganisationen, mit großer Skepsis bewertet werden. Dies gilt umso mehr, als die privaten Verständigungsinitiativen der Zwischenkriegszeit, wie Jacqueline Plum deutlich machte, gemeinhin als »Elitephänomen« bezeichnet werden müssen und nach 1945 sowohl personell als auch inhaltlich neu konzipiert wurden, was mitnichten für eine große Nachhaltigkeit spricht. ⁵⁴ Diesem Wandel hatten sich die Parteien nur bedingt zu unterwerfen, weil sie bereits in der Zwischenkriegszeit Ansätze zum »Graswurzelinternationalismus« verfolgten. Nicht zuletzt deshalb kann dem Parteiendreieck sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht eine höhere Breitenwirkung bzw. Nachhaltigkeit im Verfolgen ihrer politischen Ambitionen zugesprochen werden.

⁵¹ W. LOTH, Sozialismus und Internationalismus, 1977, S. 293; J. GLASNECK, Léon Blum, 2003, S. 205.

⁵² C. KRELL, Sozialdemokratie und Europa, 2009, S. 213.

⁵³ J. MITTAG, Sozialdemokratische Parteienkooperation, 2008, S. 1–21; hier: S. 10; im Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/06100.pdf> [zuletzt abgerufen am 1. 6. 2013].

⁵⁴ J. PLUM, Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1955, Diss., 2005, S. 59 ff.

Drittes Kapitel

Transferprozesse, Akteure, Foren und Formen der Kooperation

1. London, Paris, Berlin:

Transnationale Akteure, Foren und Formen der Zusammenarbeit

Wann und wo versammelten sich die transnational operierenden Parteienvertreter? Wurden die Treffen eher bilateral oder im Rahmen der Internationale organisiert? Waren die teilnehmenden Sozialisten Mitglied ihrer jeweiligen »Parteielite«, oder vielmehr einfache »Parteisoldaten«? Wurde die Kommunikation untereinander durch Sprachprobleme erschwert, oder kann gemeinhin von einer reibungslosen Verständigung ausgegangen werden? Erschwerten Zeitknappheit, Verkehrsschwierigkeiten oder finanzielle Engpässe den transnationalen Austausch?

Nachdem bereits die gemeinsame Geschichte des Parteiendreiecks zwischen 1889 und 1939 skizziert wurde, sollen in diesem eher strukturell angelegten Kapitel die »Foren und Formen« der Kooperation im Fokus der Untersuchung stehen. In einem ersten Schritt wird der Versuch unternommen, den »transnationalen sozialistischen Akteur« idealtypisch zu definieren und den Handlungsspielraum, über den er im Zuge seiner grenzüberschreitenden Tätigkeit verfügte, adäquat zu bestimmen. Im Anschluss daran werden die Beziehungen des Parteiendreiecks sowohl auf institutioneller als auch auf persönlicher Ebene skizziert werden – Ziel ist es hierbei, einen Überblick über die Art und Weise des transnationalen Austausches zu präsentieren. Darauf folgend werden die Grenzen der Zusammenarbeit vermessen; der Schwerpunkt liegt dabei auf kritischen Faktoren wie Zeit, Raum, Geld, Transport, Sprachkenntnissen. Wie ein Zusammengehörigkeitsgefühl gezielt konstruiert wurde, wird am Beispiel der französischen SFIO in einem Exkurskapitel deutlich gemacht, ehe im abschließenden Teil ein Resümee über den tatsächlichen Stellenwert des »proletarischen Internationalismus« gezogen wird.

1.1. Transnationaler Akteur? Versuch einer begrifflichen Definition unter besonderer Berücksichtigung der sozialistischen Parteienkooperation

Grundsätzlich können die grenzüberschreitenden Aktivitäten des Parteiendreiecks nur bedingt auf einer rein institutionellen Ebene umschrieben werden. Eine Geschichte der Transnationalisierung von Parteien muss sich daher immer auch der Akteursebene zuwenden.¹ Grenzüberschreitende Beziehungen werden nicht von

¹ Vgl. M.-L. GOERGEN, *Les relations entre socialistes allemands et français à l'époque de la Deuxième Internationale*, 1998, S. 15 ff.

Organisationen hergestellt, sondern von Individuen,² weshalb ein personenzentrierter Bezug gewissermaßen die »conditio sine qua non« einer Studie transnationaler Kooperationsprozesse darstellt.

Diese Perspektive mag insofern überraschen, als sozialdemokratische Parteien – hier insbesondere die deutsche Sozialdemokratie –³ häufig als zentralistisch-hierarchische Organisationen gezeichnet werden, deren Mitglieder einem starken Anpassungsdruck unterworfen waren.⁴ Aber waren die auf internationalen Kongressen vertretenen Delegierten von SPD, SFIO und Labour Party tatsächlich nur ohnmächtige Botschafter ihrer Parteien? Vier Argumente sprechen dafür, dieses Denkmuster zumindest partiell zu relativieren:

Erstens waren diejenigen transnationalen sozialistischen Akteure, die auf Kongressen oder speziellen Parteikonferenzen zugegen waren und hierbei als Wortführer auftraten, fast ausnahmslos Mitglied der Parteielite in ihrem Herkunftsland, verfügten daher über einen großen Handlungs- und Entscheidungsspielraum und waren zumeist federführend an Beschlüssen der jeweiligen Parteiführung beteiligt;⁵

Zweitens waren die zahlreichen transnationalen sozialistischen Konferenzen und Zusammenkünfte »in praxi« als »Meinungsaustausch« angelegt, der sich nicht auf dem Reißbrett planen ließ und von persönlichen Ansichten und Überzeugungen geprägt war;

Drittens agierten die handelnden Akteure während ihrer Reisen räumlich und inhaltlich von ihren Stammparteien getrennt und waren daher zwangsläufig darauf angewiesen, ihre Organisation nach eigenem Ermessen zu vertreten;

Viertens fungierten sie in der Regel parteiintern als »Experten« für Außenpolitik sowie transnationale Zusammenarbeit und erhielten im Rahmen der Treffen des Parteivorstandes oder auf Konferenzen und Parteitagen die Gelegenheit, ihre Einschätzung mitzuteilen und auf diesem Wege Einfluss auszuüben.

Zweifelsohne handelten die Delegationen im Auftrag ihrer jeweiligen Landespartei, so dass es keinem Akteur zustand, die offizielle »Parteilinie« im Rahmen transnationaler Treffen nach eigenem Gusto zu verändern. Diesem Bild entsprechend fanden

² Vgl. J. SCHRÖDER, *Internationalismus nach dem Krieg*, 2006, S. 15f.

³ Vgl. F. WALTER / P. LÖSCHE, *Die SPD: Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei; zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*, 1992, S. 174.

⁴ Alle drei sozialistischen Parteien verlangten von ihren Mitgliedern beispielsweise strikte Fraktionsdisziplin. D. NERI-ULTSCH, *Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz*, 2005, S. 54; T. RAITHEL, *Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationskrisen der 1920er Jahre*, 2005, S. 295; G. A. RITTER, *Parlament und Demokratie in Großbritannien. Studien zur Entwicklung und Struktur des politischen Systems*, 1972, S. 347.

⁵ Die jeweiligen Landesparteien stellten ihren Mitgliedern mehrere Möglichkeiten zur Verfügung, sich an diversen Reisen und Austauschen zu beteiligen (u.a. auch auf Kongresse der SAI). Dieser »Graswurzelinternationalismus« darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass die maßgeblichen Debatten und Entscheidungen von der jeweiligen Führungselite getroffen wurden. Eben deshalb beschränkt sich der hier vorgestellte Kreis auf einige wenige Personen, was zur Folge hat, dass eine Definition des idealtypischen Akteurs diesen Umstand mit berücksichtigen muss.

ausgeprägte Konflikte zwischen der Funktionslogik der Parteien und ihren transnationalen Akteuren von 1889 bis 1933 nur in Ausnahmefällen statt. Die eigene Partei war faktisch der erste und wichtigste Bezugspunkt für die handelnden Personen, was auch von der Sozialistischen Arbeiterinternationale zumindest inoffiziös zu keinem Zeitpunkt angezweifelt wurde. Die Tatsache, dass die jeweiligen Akteure zu meist Teil der jeweiligen Parteielite ihrer Nationalstaaten waren, mag hierbei eine wichtige Rolle gespielt haben.

Trotzdem erarbeiteten sich die »transnationalen Mittlerfiguren«⁶ ausreichend Spielräume, innerhalb derer es möglich war, eigene Einschätzungen und Überzeugungen in den Entscheidungsprozess auf nationaler und transnationaler Ebene mit einfließen zu lassen. Beschlüsse, die innerhalb der SAI gefasst wurden, hatten Auswirkungen auf die außenpolitische Konzeption der Nationalparteien – und umgekehrt –, weswegen diejenigen Delegierten, die zwischen beiden Ebenen vermittelten, automatisch eine besondere Stellung innerhalb der Partei einnahmen.

Zu fragen ist indes, wie ein »transnationaler Akteur« anschaulich definiert werden kann. Eine allgemeingültige Begriffserklärung gibt es nicht,⁷ weshalb an dieser Stelle nur ein Versuch erfolgen kann, dieses Dilemma zu lösen. Eine schlüssige Definition stammt aus der Feder von Volker Bornschie, der die Akteursebene wie folgt erläutert: *»Transnationale Akteure sind Mitglieder von sozialen Verbänden, für deren materiell, ideell oder politische interessengeleitete Handlungen die einzelnen Staaten nicht mehr den ausschließlichen Orientierungsrahmen darstellen. Sie sind in einer nach wie vor national gegliederten Welt mehr als bloß multikulturell oder multinational, wenn sie sich an einem Bezugs-*

⁶ Zur Definition der »Mittlerfigur« in Abgrenzung zum »Intellektuellen«: Während sich die Sozialfigur des Mittlers dadurch auszeichnet, dass sie in ein bestimmtes kulturelles Milieu eingebunden ist und erst dort ihre Fähigkeiten entfalten kann, beruft sich der »kulturschaffende« Intellektuelle auf seine mediale Präsenz, seine Reputation, um politisches Engagement auszuüben. Dahingehend lässt sich festhalten, dass die Netzworkebildung für die Mittlerperson weitaus entscheidender ist. Primär über private Initiativen, Vortragsreisen und bilaterale Kontakte in Erscheinung tretend unterscheidet sich die Mittlerfigur somit durch ihre Eingebundenheit in ein bestimmtes Milieu von dem »omnipräsenten« Intellektuellen. Vgl. F. BEILECKE, Netzwerke und Intellektuelle. Konzeptionelle Überlegungen zur politischen Rolle eines zivilgesellschaftlichen Akteurs; in: DERS. / K. MARMETSCHKE (Hrsg.), Der Intellektuelle und der Mandarin, 2005, S. 49–65; hier: S. 65; Vgl. K. MARMETSCHKE, Zwischen Feindbeobachtung und Verständigungsarbeit: Edmond Vermeil und die französische Germanistik in der Zwischenkriegszeit; in: ebd., S. 503–526, hier: S. 505; H. M. BOCK / K. MARMETSCHKE, Mittlerpersönlichkeiten. Neuere biographische Arbeiten zur Mittlerfunktion zwischen Frankreich und Deutschland; in: Lendemains, Bd. 98/99, 2000, S. 239–257, hier: S. 243.

⁷ Faktisch wird in der transnationalen Forschung einerseits von Institutionen oder Organisationen als »transnationalen Akteuren« gesprochen, andererseits aber auch häufig die Mikroebene (Individuen) mit demselben Begriff belegt. Beispielsweise wird in einer Studie über die internationale Geschichte von Deutschland, Großbritannien und Amerika von einer Kanzlei gesprochen, die als »transnationaler Akteur« bezeichnet wird; häufig wird auch die EU als »transnationaler Akteur« bezeichnet. Insofern darf allgemein von einer begrifflichen Unschärfe ausgegangen werden. Hierzu: P. DOLATA-KREUTZKAMP, Transnationale Akteure in transnationalen Wirtschaftsbeziehungen; in: U. LEHMKUHL / C. WURM / H. ZIMMERMANN (Hrsg.), Deutschland, Großbritannien, Amerika: Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert, 2003, S. 137–154; hier: S. 152; zur EU als »transnationalem Akteur«: T. BEICHELT, Deutschland und Europa, 2009, S. 209.

rahmen orientieren, der eine Ebene jenseits des bloßen Zusammenlebens verschiedener Kulturen betont.»⁸ Diese Definition, aus der sich sowohl der nationale als auch der transnationale Bezugsrahmen ableiten lässt, kann auf die sozialistischen Politiker angewendet werden und wird daher im Folgenden übernommen – wenngleich eine entscheidende Einschränkung vonnöten ist: Wie bereits mehrfach betont, darf zu keinem Zeitpunkt außer Acht gelassen werden, dass diejenigen Protagonisten, die sich in regelmäßigen Abständen an transnationalen Zusammenkünften beteiligten, in auffallend hoher Zahl Mitglied der jeweiligen Parteielite waren. Die Beteiligung an transnationalen Entscheidungsprozessen, beispielsweise im Rahmen der SAI, setzte weitreichende Kompetenzen auf nationaler Ebene voraus; gleichermaßen war die Kontaktaufnahme mit nicht-sozialistischen Akteuren – Regierungsvertretern, ranghohen Mitarbeiter in den Außenministerien, Diplomaten – nur mittels eines gut funktionierenden Netzwerkes sowie hervorragender persönlicher Kontakte realisierbar, die fast ausschließlich in den Führungszirkeln der Parteien gegeben waren. Aus diesem Grund werden die persönlichen und institutionalisierten Kontakte im Folgenden näher beleuchtet werden.

1.2. *Kontaktformen (1): Persönliche Beziehungen*

Was die transnationalen Kontakte zwischen den Parteien anbelangt, so muss hierbei grundsätzlich zwischen *persönlichen* und *institutionalisierten* Beziehungen unterschieden werden. Diese Differenzierung erscheint deshalb notwendig, weil die Formen des grenzüberschreitenden Austausches stark voneinander divergierten: Transnationale Akteure, die sich beispielsweise im Rahmen der SAI-Exekutive im Auftrag ihrer Parteien regelmäßig versammelten, unterhielten deshalb noch lange keine persönlichen Beziehungen untereinander. Begriffe wie der von Marx propagierte »proletarische Internationalismus« – der das »Band der Brüderlichkeit« grenzüberschreitend knüpfen sollte – suggerieren dem Betrachter eine geradezu homogene internationale Arbeiterbewegung, deren Kontakte durch und durch von einem freundschaftlichen Austausch geprägt waren. Häufig war jedoch das genaue Gegenteil der Fall, weswegen eine exakte Unterscheidung dringend notwendig ist. Diesbezüglich muss auch hervorgehoben werden, dass Akteure, die intensive Freundschaften zu ausländischen Sozialisten pflegten, dazu in der Lage waren, aufgrund ihrer eigenen Netzwerke als Verbindungspersonen zwischen den Parteien zu fungieren.

1.2.1. *Eduard Bernstein und seine reformistischen Freunde: SPD und Labour Party*

Ein regelmäßiger Kontakt zwischen deutschen und englischen Sozialdemokraten lässt sich bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts feststellen. So verbrachten Karl Marx und Friedrich Engels viele Jahre in Großbritannien und pflegten in diesem Zeitabschnitt ihre zahlreichen, wenn auch eher oberflächlichen Beziehungen

⁸ V. BORNSCHIER, Weltgesellschaft. Grundlegende soziale Wandlungen, 2004, S. 563.

zu britischen Sozialisten wie Keir Hardie oder Edward Aveling.⁹ Auch in der Folgezeit kam es zu regen Kontakten: Die britischen Genossen um den Parteigründer Keir Hardie oder den Kommunalpolitiker und späteren Minister Herbert Morrison zeigten sich schwer beeindruckt von der Organisation der deutschen Sozialdemokratie und sahen in ihr ein »role model«, das sie auf die Labour Party zu übertragen suchten. Unter diesem Vorsatz besuchte Morrison zwischen 1910 und 1930 mehrere deutsche Städte, um sich von der SPD-Struktur entsprechend inspirieren zu lassen.¹⁰

Bereits kurz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges fuhren mehrere Labour-Politiker nach Deutschland, um einen persönlichen Eindruck von der deutschen Republik zu erhalten.¹¹ Diese Post-Kriegs-Aufenthalte müssen zunächst eher ambivalent bewertet werden, da sie primär der Aufklärung der eigenen Partei dienten denn einer transnationalen Kontaktaufnahme mit der MSPD oder USPD. In den insbesondere im Manchester Guardian veröffentlichten Reiseberichten ging es darum, ein möglichst Mitleid erweckendes Bild von der Weimarer Republik zu zeichnen und die eigene außenpolitische Linie – Kritik am Versailler Vertrag – mit Fakten zu untermauern. Beispielsweise beschrieb H. N. Brailsford die Deutschen im Verlauf seiner im Juni 1919 unternommenen Europareise als »reumütiges Volk«, während er die Franzosen als übertrieben rachsüchtig zeichnete.¹² Ganz ähnlich äußerte sich auch Keir Hardie, der nebenbei feststellte, dass er sich daran erfreue, dass die britische Botschaft in Berlin vom Krieg verschont geblieben sei.¹³

Die Reisen nach Deutschland wurden in den Folgejahren fortgesetzt, insbesondere im Vorfeld des Ruhrkonfliktes:¹⁴ So reiste z. B. der von Bernstein hervorgehobene Deutschlandexperte Charles Rodan Buxton zu Beginn des Jahres 1923 in das Ruhr-

⁹ S. BERGER, *Ungleiche Schwestern?*, 1997, S. 234.

¹⁰ Ganz allgemein übernahm die SPD zur Zeit der Zweiten Internationale ob ihrer Organisationsstruktur die Funktion eines »role models« für andere Parteien. Vgl. O. NACHTWEY, *Marktsocialdemokratie – Die Transformation von SPD und Labour Party*, 2009, S. 47f.; zu Morrison im Speziellen: S. BERGER, *Herbert Morrison's London Labour Party in the Interwar Years and the SPD: Problems of Transferring German Socialist Practices to Britain*; in: *European Review of History*, Vol. 12, Nr. 2, Juli 2005, S. 291–306.

¹¹ W. KRIEGER, *Labour Party und Weimarer Republik*, 1978, S. 153ff.

¹² F. M. LEVENTHAL, *Towards Revision and Reconciliation: H. N. Brailsford and Germany, 1914–1949*; in: A. BRIGGS / J. SAVILLE (Hrsg.), *Essays in Labour History 1918–1939*, Vol. III, London 1977, 163–189.

¹³ W. KRIEGER, *Labour Party und Weimarer Republik*, 1978, S. 153ff.

¹⁴ So beschloss das NEC der Labour Party im Jahr 1921: »*Resolved to recommend to the Executive Committee that the Labour Party send a Commission of Enquiry to Germany in order to investigate, among other things, the conditions of the working class in their bearing in Germany's capacity to pay an indemnity and their reaction upon economic conditions in this country.*« LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 9.3.1921, IAC/1/125. Eine erste Delegation wurde bereits im März 1920 entsandt, unter Beteiligung der SFIO sowie der belgischen Arbeiterpartei, LHASC, Labour and Socialist International, Brief von Gillies an Huysmans, 20.2.1920, LSI/10/1/2; auch auf der Konferenz von Genua 1920 war von Reisen britischer Delegierten nach Deutschland die Rede: LHASC, Labour and Socialist International, Konferenz von Genf, 5.8.1920, LSI/10/1/8.

gebiet,¹⁵ um sich einen Eindruck über die aktuelle Situation vor Ort zu verschaffen.¹⁶ In Berlin sei Buxton, wie Otto Wels auf einer Konferenz der SAI-Exekutive im Februar nachhaltig akzentuierte, auf einer Demonstration von den deutschen Genossen gefeiert worden für seinen Auftritt.¹⁷ Zu diesem Bild passt auch, dass sich im Nachlass Buxtons, der in der »London School of Economics« gelagert wird, zahlreiche Hinweise auf seine Verbindungen zur Weimarer Republik finden lassen, hier vor allem zahlreiche Veröffentlichungen über die Ruhrkrise und ihre Konsequenzen für Europa.¹⁸

Ein besonderes Verhältnis zu Deutschland unterhielt Ramsay MacDonald, der ähnlich wie die Fabier um Sidney und Beatrice Webb sowie G. B. Shaw ein sehr enges Verhältnis zu Bernstein pflegte.¹⁹ Dessen politische Überzeugungen wurden maßgeblich durch seine englischen Kontakte beeinflusst,²⁰ für die er wiederum eine Art intellektuelle Vaterfigur darstellte. Vor allem zwischen MacDonald und Bernstein entwickelte sich ein reger Austausch, der selbst während des Ersten Weltkrieges und danach anhielt.²¹ Dieser Umstand ist äußerst wichtig für die Beziehungen zwischen SPD und Labour Party, da der spätere englische Premierminister MacDonald, der die Außenpolitik seiner Partei maßgeblich beeinflusste, zweifelsohne über ein positives Deutschlandbild verfügte. Dies zeigte sich auch unter anderem daran, dass er die SPD um 1910 und Folgejahre gegen Kommentare von Robert Blatchford oder H. M. Hyndman verteidigte, die scharfe Kritik am deutschen Sozialismus übten.²² Zwar finden sich nach 1923 nur wenige Spuren von persönlichen Kontakten zwischen dem britischen Politiker und deutschen Sozialdemokraten –²³ wie z. B. zwischen MacDonald und dem deutschen Kanzler Müller im Jahre 1928 –,²⁴ indes mag dies auch der Tatsache geschuldet sein, dass der Brite nach 1924 im Zuge seiner

¹⁵ Zur gleichen Zeit reiste Tom Shaw im Auftrag der SAI ins Ruhrgebiet, um sich einen Eindruck zu verschaffen. IISG, SAI, Vierparteienkonferenz, Bericht über die Lage im Ruhrgebiet, 20.8.1923, IISG/SAI/854.

¹⁶ LHASC, Labour and Socialist International, Konferenz von Genf, 5.8.1920, LSI/10/1/8.

¹⁷ IISG, Labour and Socialist International – London Archives, The Situation in the Ruhr. International Conference, 26.–27.1.1923, IISG/LSI/57/1.

¹⁸ Hierzu: London School of Economics (LSE) Archives, Buxton Papers, The Ruhr and the Rhineland, 1921–1924, LSE/NL Buxton/7.

¹⁹ Vgl. L. CARSTEN, Eduard Bernstein 1850–1932 – eine politische Biographie, 1993, S. 61f.

²⁰ Hierzu auch: R. FLETCHER, Revisionism and Empire, 1984.

²¹ Bernstein war z. B. während seiner Londoner Zeit ein gerne geschehener Gast im Hause MacDonalds. S. BERGER, Ungleiche Schwestern?, 1997, S. 239 f.; L. CARSTEN, Eduard Bernstein 1850–1932 – eine politische Biographie, 1993, S. 159.

²² Vgl. F. WÉCKERLEIN, Streitfall Deutschland, 1994, S. 88; S. BERGER, Ungleiche Schwestern?, 1997, S. 238 ff.

²³ Im Oktober 1924 nahm Bernstein an einer Feier der SAI zu Ehren von Karl Marx teil, die in London stattfand. Internationale Information, Die Sechzigjahrefeier der Internationale, 18.10.1924, Bd. 1, 1924, No. 1.

²⁴ Müller gratulierte MacDonald 1929 zu dessen Sieg bei der britischen Unterhauswahl. Ein Jahr zuvor war MacDonald nach Berlin gereist, um mit dem Kanzler Müller sowie weiteren führenden Sozialdemokraten Gespräche zu führen. AdsD, NL Hermann Müller-Franken, Müller an MacDonald, 8.6.1929, 1/HMAG 000043/283; Antwort MacDonalds (mehrere Briefe): AdsD, NL Her-

Tätigkeit als Labour-Premier und dem stärkeren parlamentarischen Einfluss seiner Partei wesentlich intensiver in die administrative Arbeit eingebunden war.

Nach 1933 kam es sukzessive zu einem Bruch in den Beziehungen zwischen englischen und deutschen Sozialdemokraten. Beispielhaft hierfür steht der Vorsitzende des »International Departments«, William Gillies, der die deutschen Exilanten mit Argusaugen beobachtete und ihnen das Recht auf Gleichberechtigung innerhalb der Internationale nach dem Parteiverbot der SPD absprach.²⁵ Auch die nach London geflohenen Sozialdemokraten wurden von Gillies höchst negativ gesehen: Seinem Weltbild zufolge waren die geflohenen SPD-Politiker potentielle »communazis«²⁶ – ein Begriff, der hinreichend deutlich macht, dass der Brite nicht nur Angst vor nationalsozialistischen Überläufern hatte, sondern zugleich radikal antikommunistisch eingestellt war.²⁷

Insgesamt fällt auf – wie Stefan Berger zu Recht bemerkt –,²⁸ dass die Kontakte zwischen Labour Party und SPD vor allem zwischen reformistisch eingestellten Politikern stattfanden. Eine Ausnahme mag hierbei das »Londoner Büro« der Linksozialisten darstellen, das nach dem Wiener Kongress 1931 seine Arbeit aufnahm.²⁹ Dessen ungeachtet kann hervorgehoben werden, dass die britischen Sozialdemokraten in erster Linie an ihren reformistischen Pendants in Deutschland Interesse hatten, während z. B. die sozialistischen Parteien Südosteuropas vielmehr an revolutionär-marxistischen Politikern wie Liebknecht, Kautsky oder Luxemburg Gefallen fanden.³⁰

1.2.2. *Rudolf Breitscheid und Salomon Grumbach – zwei Sozialdemokratien: SPD und SFIO*

Ein enger Kulturtransfer zwischen SPD und SFIO lässt sich bereits weit vor dem Ersten Weltkrieg festmachen: So nahmen z. B. prominente deutsche Sozialisten wie Karl Kautsky, Paul Singer, Wilhelm und Karl Liebknecht zwischen 1904 und 1914 an mehreren SFIO-Kongressen teil und verschafften sich einen fundierten Eindruck über die organisatorischen Fortschritte der Genossen »d'outre-Rhin«.³¹ Die Kontak-

mann Müller-Franken, MacDonald an Müller, 1/HMAG 000056–59; hierzu auch: S. BERGER, *Ungleiche Schwestern?*, 1997, S. 242 f.

²⁵ R. STEININGER, *Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg*, 1979, S. 13; C. COLLETTE, *The international faith*, 1998, S. 78 ff.

²⁶ Ebd.

²⁷ W. KOWALSKI et al., *Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940)*, 1985, S. 247 f.

²⁸ S. BERGER, *Ungleiche Schwestern?*, 1997, S. 243.

²⁹ Paradigmatisch: W. BUSCHAK, *Das Londoner Büro*, 1985.

³⁰ S. BERGER, *Ungleiche Schwestern?*, 1997, S. 243.

³¹ Hierzu: M.-L. GOERGEN, *Paris, un lieu de rencontre pour les socialistes allemands et français avant 1914*; in: M. KÖNIG (Hrsg.), *Deutsche Handwerker, Arbeiter und Dienstmädchen in Paris*, 2003, S. 169–194; hier: S. 170 ff.

te zwischen beiden Parteien können dabei durchaus als freundschaftlich beschrieben werden: Beispielsweise äußerte sich Philipp Scheidemann in seinen Memoiren geradezu euphorisch über seine Reise nach Paris (1912). Hierbei hob er vor allem eine SFIO-Demonstration hervor, die zur Feier des Wahlsieges der SPD in Paris organisiert worden war: »Es spielte sich nun eine Szene ab, die jeder, dem ein solches Glück zuteil wird, sie zu erleben, für alle Zeit im Gedächtnis behält. Jaurès umarmte mich und sprang buchstäblich mit mir auf der Bühne herum, übergücklich, wie er sagte, weil ich den Ton getroffen, den er heiß ersehnt, dessen Klingen er aber kaum zu erwarten gewagt hätte. [...]«³²

Begegnungen dieser Art können indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Verhältnis zwischen beiden Parteien durchaus von Vorurteilen geprägt war.³³ Während die Franzosen die SPD als perfekt organisierte, disziplinierte Partei mit dem eklatanten Makel einer fehlenden revolutionären Tradition charakterisierten,³⁴ beschrieben die deutschen Genossen ihr französisches Pendant schlechthin als »chaotisch«.³⁵ Diese sicherlich nicht gänzlich unbegründeten Befangenheiten taten den persönlichen Beziehungen vor 1914 zunächst jedoch keinen Abbruch: Transnationale Mittlerfiguren wie Wilhelm und Karl Liebknecht, Clara Zetkin, Rosa Luxemburg sowie Toni Senders auf deutscher Seite, Paul und Laura Larfargue, Jules Guesde, Edouard Vaillant sowie Albert Thomas auf französischer Seite, tauschten im Rahmen ihrer Begegnungen Meinungen und Informationen aus und vermochten hierdurch die Bilder vom Anderen zumindest partiell zu verändern.³⁶

Während des Weltkrieges kam es indes – analog zu den institutionellen Beziehungen – zu dem bereits dargestellten *Kontaktabbruch* auf persönlicher Ebene. Vor allem die französischen Genossen wurden als »krankhaft empfindlich« geschildert,³⁷ nachdem die SPD die Kriegskredite im Sommer 1914 mit verabschiedet hatte und damit, so die Meinung der SFIO-Politiker, das Prinzip der proletarischen Solidarität verletzt hatte. Freilich wurde im Lager der französischen Arbeiterpartei sukzessive zwi-

³² P. SCHEIDEMANN, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, 1928, Erster Band, S. 222 f.

³³ Vgl. C. KRELL, *Sozialdemokratie und Europa*, 2009, S. 94 f.

³⁴ Jean Jaurès bemerkte hierzu auf dem Amsterdamer Kongress der Zweiten Arbeiterinternationale (1904) an Bebel gewandt, auf den Wahlerfolg der SPD vom Mai 1903 Bezug nehmend: »Ihr habt die Tatsachen geprüft, befühl, belauert – aber die Geister waren noch nicht reif. Und da habt ihr vor eurem eigenen Proletariat, vor dem internationalen Proletariat, eure Ohnmacht, zu handeln, hinter die Intransigenz theoretischer Formeln verhüllt, die euer ausgezeichneten Genosse Kautsky euch bis an sein Lebensende liefern wird (Beifall und Heiterkeit.) [...]« Internationaler Sozialistenkongress zu Amsterdam, 14. bis 20. August 1904; in: Kongress-Protokolle der Zweiten Internationale, Bd. 1, Paris 1889-Amsterdam 1904, 1975, S. 39.

³⁵ Während eines Pariser Aufenthaltes besuchte W. Liebknecht einen Kongress der französischen Sozialisten und kam hierbei in Bezug auf die französische Organisationskunst zu einem allzu kritischen Urteil: »Kein Blatt Papier, kein Schreibzeug, keine Posteinrichtung, keine Vorkehrung für rasche Drucklegung der Anträge, etc. – nichts, rein gar nichts war anfänglich vorhanden.« Zit. n. M.-L. GOERGEN, Paris, un lieu de rencontre pour les socialistes allemands et français avant 1914; in: M. KÖNIG (Hrsg.), *Deutsche Handwerker, Arbeiter und Dienstmädchen in Paris*, 2003, S. 169–194; hier: S. 172.

³⁶ Zur genauen Auflistung der transnationalen Kontakte siehe paradigmatisch: Dies, *Les relations entre socialistes allemands et français à l'époque de la deuxième Internationale*.

³⁷ Hierzu die Briefwechsel zwischen Victor Adler und Karl Kautsky vom 31. 7. 1915 bzw. 7. 8. 1915; in: *PARTEIVORSTAND DER SOZIALISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS* (Hrsg.), Victor Adler, 1954, S. 623 f.

schen »bösen« und »guten« Deutschen unterschieden,³⁸ zumal nach der Abspaltung der Kriegsgegner um Haase, Kautsky, Liebknecht, Luxemburg von der Mehrheitssozialdemokratie,³⁹ allerdings waren persönliche wie institutionelle Beziehungen zwischen deutschen und französischen Sozialisten zunächst ein Tabuthema.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verliefen die Kontakte zwischen SPD und SFIO zunächst sehr schleppend an: De facto wurde vor allem die MSPD von der SFIO gemieden,⁴⁰ was sich paradigmatisch auf dem Berner Kongress der Zweiten Internationale manifestierte, als Albert Thomas eine Generalabrechnung mit der Mehrheitssozialdemokratie präsentierte.⁴¹ Immerhin kam es zeitgleich zu Kontaktaufnahmen mit einigen USPD-Politikern; Pierre Renaudel hob beispielsweise in einem persönlichen Gespräch mit Bernstein hervor, dass alle Flügel der SFIO an einem engeren Austausch mit den Unabhängigen interessiert seien.⁴²

Ein wirklich »neues« Kapitel wurde bei SPD und SFIO jedoch erst im Zuge der Ruhrkrise aufgeschlagen. Hier taten sich sukzessive zwei Mittlerfiguren hervor, die außerordentlich eng zusammenarbeiteten und deren persönliche Beziehungen den Austausch zwischen beiden Ländern entscheidend befruchteten: Die Rede ist von Rudolf Breitscheid und Salomon Grumbach. Beide Politiker pflegten bereits vor dem Ersten Weltkrieg Kontakte, u.a. im Berliner Szenecafé »Josty«, wie aus den Erinnerungen von Hedwig Wachenheim exemplarisch hervorgeht.⁴³ Die Sozialistin zeichnete in ihren Memoiren ein äußerst schmeichelhaftes Bild von Grumbach, während Breitscheid eher ambivalent bewertet wurde: *»Gelegentlich kam auch Breitscheid, der an Stampfers Korrespondenz mitarbeitete. Er war sehr intelligent, von beachtlicher historischer Bildung, witzig und außerordentlich sprachgewandt. [...] Breitscheid arbeitete nicht viel; es war immer, als ob er die Last der Arbeit nicht zu tragen vermöchte. Entschlüsse, auch politische, konnte er nur schwer fassen. Er ließ sich leicht beeinflussen. Eine Zeitlang, ehe er*

³⁸ In den Polizeiberichten der Police Générale lassen sich mehrfach Stimmen aus dem Lager der SFIO ausmachen, die sich lobend über das Verhalten von Liebknecht, Luxemburg oder H. Haase äußerten. Beispielsweise konstatierte Marcel Cashin im April 1916, dass sich zumindest Karl Liebknecht und Hugo Haase ihrer internationalen Verpflichtungen besinnen würden. Auch Jean Longuet äußerte sich in diesem Sinne und plädierte darauf aufbauend für eine Kontaktaufnahme zu den Kriegsoppositionellen. Zur Aussage Cashins: A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Congrès socialistes, Polizeibericht vom 14. 2. 1916, F7/13072; Zu Longuet: A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Congrès socialistes, Polizeibericht vom 19. 11. 1916, F7/13072.

³⁹ Vgl. S. MILLER, Burgfrieden und Klassenkampf, 1974, S. 117 ff.

⁴⁰ Insbesondere der linke SFIO-Flügel distanzierte sich von der Mehrheitssozialdemokratie. Jean Longuet forderte beispielsweise einen Rücktritt der handelnden Politiker auf Seiten der MSPD, ehe eine erneute Kontaktaufnahme möglich sei. A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Jean Longuet, Polizeibericht 19. 9. 1919, F7/15979.

⁴¹ Arbeiter- und Sozialistenkonferenz in Bern, 3. bis 10. Februar 1919; in: G. A. RITTER (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919, 1980, Bd. 1, S. 207.

⁴² Ebd., S. 832.

⁴³ Ebenfalls häufig anzutreffen im Café Josty waren die Österreicher R. Hilferding, F. Stampfer und K. Kautsky, die sich ebenfalls rege an der transnationalen Zusammenarbeit beteiligten. Insbesondere Hilferding pflegte enge Kontakte zur SFIO. H. WACHENHEIM, Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie. Memoiren einer Reformistin, 1973, S. 42 f.

Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion wurde, arbeitete er für den *Manchester Guardian*, und dessen Korrespondent Fredrick Voigt bestimmte oft seine politische Haltung. – Häufig im Josty dabei war Salomon Grumbach, der vor dem Krieg Redakteur der *Mülbauser Volkszeitung* war und 1914 von der Schweiz nach Frankreich ging, ein urgescheiter, witziger, lebhafter Mann, mit all dem Temperament, das Breitscheid, außer bei seinen Reden, fehlte.«⁴⁴

Ungeachtet seiner »politischen Sprunghaftigkeit« war Rudolf Breitscheid der wohl zentrale transnationale Akteur seiner Partei. Dies galt vor allem für die Kontakte zur SFIO: Léon Blum, Vincent Auriol, Joseph Paul-Boncour und Salomon Grumbach nannte er seine Freunde⁴⁵ und das englische »Foreign Office« unterstellte ihm bezeichnenderweise, notorisch »pro-französisch« zu sein.⁴⁶ In der »Locarno-Ära« erarbeitete sich Breitscheid aufgrund seiner Verständigungspolitik und auf Basis seiner privaten Kontakte einen politischen Status, den der Breitscheid-Biograph Peter Pistorius als auf einer Augenhöhe mit Stresemann oder Briand liegend beschrieb.⁴⁷ Diese Einschätzung ist gewiss übertrieben, dessen ungeachtet konnte sich der Rheinländer in der französischen Öffentlichkeit einen durchaus prominenten Status erarbeiten: Im Jahre 1926 bemerkte die linksgerichtete »Ère Nouvelle« nicht zu Unrecht, der deutsche Beitritt in den Völkerbund hätte sich ohne die Präsenz und Glaubwürdigkeit Rudolf Breitscheids noch Jahre hinausgezögert.⁴⁸

Gleichermaßen intensiv beteiligte sich Salomon Grumbach an der deutsch-französischen Aussöhnung. Vor dem Ersten Weltkrieg war er Teil der SPD und arbeitete als Journalist u. a. für den »Vorwärts« als Korrespondent in Paris; nach 1918 wurde er französischer Staatsbürger und trat in die SFIO ein.⁴⁹ Früh warnte er vor den totalitären Bedrohungen, Faschismus und Kommunismus, weswegen er sich u. a. 1920 auf dem Parteitag in Tours der von Léon Blum geführten Minderheit anschloss, die eine Mitgliedschaft zur Kommunistischen Internationale ablehnte und parallel hierzu die SPD vor den revolutionären Umtrieben der Kommunisten in Deutschland warnte.⁵⁰ Während er vor dem Weltkrieg als Frankreichkenner fungierte und hier insbesondere enge Kontakte zu Jean Jaurès pflegte, trat er nach dem Kriegsende in

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ P. PISTORIUS, Rudolf Breitscheid 1874–1944, 1970, S. 223.

⁴⁶ Lord D'Abernon schrieb 1922 einen Brief an das britische Außenministerium, in dem er sich über Rudolf Breitscheid echauffierte und ihm »pro-französische« Tendenzen unterstellte. 1923 wurde in einer Kurzbiographie des Foreign Office über den Deutschen gar konstatiert: »Is generally considered pro-French (in fact regarded almost as an agent in French pay) owing to his connection with French Socialists and to the flattery bestowed upon him by various Frenchmen e.g. Loucheur, who pursued him all over Paris on his last visit there. [...] Possibly the best orator in the Reichstag. Keeps in with our Embassy as well as with the French.« TNA, PRO, Foreign Office, Views of Herren Breitscheid and Hilferding, 7. 11. 1923, TNA/PRO/FO 371/7539; TNA, PRO, Foreign Office, Herr Breitscheid's Visit zu London, 13. 2. 1923, TNA/PRO/FO 371/8712.

⁴⁷ P. PISTORIUS, Rudolf Breitscheid 1874–1944, 1970, S. 257.

⁴⁸ Ère Nouvelle, 12. 9. 1926.

⁴⁹ G. BADIA, Salomon Grumbach – ein anonymer Interpret französisch-deutscher Politik, in: H. ROUSSEL / L. WINKLER (Hrsg.), Rechts und links der Seine. Pariser Tageblatt und Pariser Tageszeitung 1933–1940, 2002, S. 95–113; hier: S. 96.

⁵⁰ Ebd.

Frankreich als Deutschlandexperte auf und setzte sich federführend für die deutsch-französische Annäherung ein.⁵¹

An dieser Stelle muss der Vollständigkeit halber eingeräumt werden, dass die engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Breitscheid und Grumbach durchaus kritisch bewertet wurden von einigen Zeitgenossen. So äußerte sich bspw. der Dichter Kurt Tucholsky in der Zwischenkriegszeit unter dem Pseudonym »Ignaz Wrobel« beinahe spöttisch über die Beziehung der beiden Sozialdemokraten und unterstellte Rudolf Breitscheid keine freundschaftlichen, sondern nationalistische Interessen im Umgang mit der SFIO: »Die französische Sozialdemokratie hat ausgezeichnete Leute in ihren Reihen, und es steht einem Deutschen, der einen Wolfgang Heine, Gustav Noske, Otto Braun, Fritz Ebert an der Macht gesehen hat, nicht an, einer fremden Sozialdemokratie etwas über Opportunismus zu erzählen. [...] Glaubt Herr Grumbach alles, was ihm sein Freund Breitscheid erzählt? Dann leistet er seiner Partei und seinem Lande keinen guten Dienst. Dieser Dienst bestände in folgendem: Wir vermissen an der französischen Sozialdemokratie die klare und eindeutige Geste über den Rhein, wir vermissen sie an Herriot, wir vermissen sie an Frankreich. Mit einer Kammerrede ist da nichts getan. Die abergläubische Furcht, »sich in die Innenpolitik eines fremden Landes zu mischen«, zeigt, daß hier kein neuer Staatsbegriff aufgetaucht ist. Frankreich spricht immer von »Deutschland«. Sähe es schärfer hin, so sähe es: Eine sehr starke nationalistische Gruppe mit monarchistischem Kern.«⁵²

Was die Freundschaft zwischen Breitscheid und Grumbach anbelangt, so kann leider nur bedingt ein vollständiges Bild gezeichnet werden; Zeitzeugen zufolge war Grumbach zwar ein sehr geselliger Mensch, jedoch ein äußerst schlechter Briefschreiber.⁵³ Immerhin finden sich in den Aktenbeständen der französischen Polizei einige Briefwechsel zwischen Breitscheid und Grumbach. In den Dokumenten ging es fast ausschließlich um die deutsch-französische Annäherung respektive die Gefährdung eben dieser nach 1929. Um nur ein Beispiel anzuführen: Im Jahr 1931 schrieb Breitscheid an Grumbach und bat ihn darum, Deutschland finanziell zu Hilfe zu eilen und mit Hilfe der französischen Sozialisten Stimmung für dieses Vorhaben zu machen: »Wie viel wäre zu bessern, wenn die Welt und vor allem Frankreich sich entschließen könnte, Deutschland zu Hilfe zu eilen. Nur eine großzügige mit Hilfe des bei Euch und in Amerika aufgestapelten Goldes kann die Erleichterung bringen, die die Stoßkraft des Radikalismus verringern würde. [...]« Im Postscriptum des Briefes wandte sich die Ehegattin – Tony Breitscheid – direkt an Grumbach und erinnerte ihn daran, dass er seine Wolljacke im Hause Breitscheid habe liegen lassen und bat ihn darum, bald wieder nach Berlin zu kommen.⁵⁴

⁵¹ H. GRAF KESSLER, Tagebücher, 1918–37, 1961, S. 77.

⁵² I. WROBEL, Zwei Sozialdemokratien; in: Die Menschheit, 3. 4. 1925, Nr. 14; hierzu auch: K. TUCHOLSKY, Gesammelte Werke in zehn Bänden, Band 4, 1975, S. 82–85.

⁵³ F. TAUBERT, Salomon Grumbach; in: H. ABRET / M. GRUNEWALD, Visions Allemandes de la France (1871–1914), 1995, S. 373–388; hier: S. 377.

⁵⁴ A.N., SÉRIE F/7, POLICE GÉNÉRALE, Salomon Grumbach, Brief von Breitscheid an Grumbach, 13. 10. 1931, F7/15961; weitere Briefe finden sich in der gleichen F7 Serie – thematisiert wird vor allem die Zeit zwischen 1931–33, hier vor allem der drohende Zusammenbruch der deutschen Demokratie.

Die Kooperation zwischen SPD und SFIO wurde auch nach der Machtergreifung Hitlers fortgesetzt. Maßgeblich verantwortlich hierfür war – Salomon Grumbach. Mindestens 3000 deutsche Sozialdemokraten emigrierten u. a. durch seine Vermittlung nach Frankreich und hatten hier die Gelegenheit, sich mit französischen Spitzenpolitikern in Verbindung zu setzen.⁵⁵ Insbesondere Léon Blum, Salomon Grumbach, Jean Longuet nahmen sich der ehemaligen Sozialdemokratie an und fungierten als Ansprechpartner. Zwar beschwerten sich deutsche Exilpolitiker, hier vor allem Erich Ollenhauer, mehrfach über das geringfügige »französische Tempo«, die »schlechte Organisation« oder die funktionsunfähige französische Bürokratie,⁵⁶ indes muss auch hervorgehoben werden, dass sich die SFIO tatsächlich Mühe gab, die deutschen Genossen zu umgarnen und zu integrieren. So erhielt Otto Wels nach seiner Flucht nach Frankreich eine Wohnung im »Butte Rouge«, einer modernen Bauhaussiedlung in einem Pariser Vorort, außerdem wurde der deutschen Polit-Elite die Möglichkeit gegeben, im prominenten »Quartier latin« ihre Arbeit in groß angelegten Büroräumen fortzusetzen.⁵⁷

1.2.3. »Parteifreunde« unter sich: SFIO und Labour Party

Während die Beziehungen zwischen SPD/Labour Party sowie SPD/SFIO weitestgehend positiv umschrieben werden müssen, waren die Kontakte zwischen französischen und britischen Arbeitervertretern wesentlich spannungsgeladener. Dies zeigte sich bereits an den handelnden Akteuren und ihre Bewertung der jeweiligen Schwesterpartei: Ramsay MacDonald rügte die französischen Genossen in seinen Tagebucheinträgen beispielsweise mehrfach für ihre Undisziplinertheit, bezeichnete sie als »savages as regards punctuality«.⁵⁸ Der spätere BIT-Präsident Albert Thomas monierte wiederum während des Ersten Weltkrieges, dass die englische Arbeiterbewegung noch lange Zeit keine dominante Rolle innerhalb der Arbeiterinternationale spielen werde. Überdies zweifelte er ernsthaft an der politischen Intelligenz der englischen Genossen und tat sich augenscheinlich schwer damit, sie überhaupt als »Sozialisten« zu bezeichnen.⁵⁹

Trotz der vorhandenen ideologischen und organisatorischen Differenzen kam es vor und während des Weltkrieges zu intensiven Kontakten zwischen britischen und französischen Arbeitervertretern. Hervorgehoben müssen an dieser Stelle zwei Mittlerfiguren, die bereits den Austausch zur SPD entscheidend befruchtet hatten: Ramsay MacDonald und Jean Longuet. Der Marx-Enkel Longuet rekurrierte in seinen zahlreichen Publikationen häufig darauf, dass sein prominenter Großvater einen

⁵⁵ Zahlreiche Belege für die Mitteltätigkeit Grumbachs nach 1933 finden sich in: A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Salomon Grumbach, F7/15961.

⁵⁶ B. SEEBACHER-BRANDT, Ollenhauer. Biedermann und Patriot, 1984, S. 178 ff.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ TNA, PRO, MacDonald Diary, Tagebucheintrag vom 22. 7. 1930, TNA/PRO/30/69/1753.

⁵⁹ A.N., NL Albert Thomas, Brief von Thomas an Doady, 9. 1. 1918, AP/94/391.

Großteil seines Lebens in Großbritannien verbracht hatte.⁶⁰ In diesem Sinne bemühte er sich früh darum, seine Kontakte zum Inselreich auszubauen, was anhand einiger Brieffreundschaften, u.a. mit dem führenden britischen Sozialdemokraten Keir Hardie, nachgezeichnet werden kann.⁶¹ Die enge Freundschaft zwischen MacDonald und Longuet entwickelte sich vor allem während des Ersten Weltkrieges: Beide Politiker vertraten entgegen der offiziellen Parteilinie den Standpunkt, dass der Krieg umgehend beendet werden müsse.⁶² Dementsprechend konzentrierten sie sich im Rahmen ihres Austausches darauf, die handlungsunfähige und in sich zerrissene Arbeiterinternationale neu zu formieren und gegen die Kriegstreiber im eigenen Lager zu positionieren.⁶³

Die Aktivitäten der Sozialisten fokussierten sich auf einen wechselseitigen Meinungsaustausch über den Stand der Antikriegsbewegung im eigenen Land⁶⁴ sowie gemeinsame Zeitungsartikel für Longuets Hausblatt »Le Populaire«.⁶⁵ Des Weiteren wurden während des Weltkrieges mehrere Treffen zwischen Longuet und MacDonald anberaumt, unter anderem mit dem Ziel, gemeinsam Gespräche mit ausländischen Sozialisten zu führen und sie von der Notwendigkeit einer Kriegsopposition zu überzeugen.⁶⁶ Hierfür eigneten sich im Besonderen die Treffen der alliierten Sozialisten, die von den jeweiligen Regierungen nicht unterbunden wurden.⁶⁷

Auch nach dem Ende des Weltkrieges riss der Kontakt keineswegs ab: Beispielsweise fungierte Jean Longuet als Mitarbeiter des »New Leader« von Brailsford sowie

⁶⁰ Humanité, 3. 12. 1918; Neben den Kontakten zu MacDonald traf sich Longuet außerdem während seiner Aufenthalte in Großbritannien häufig mit den Labour Politikern Lansbury, Dalton sowie Robert Dell, einem Journalisten des Manchester Guardian. Hierzu: G. CANDAR, Jean Longuet (1876–1938), thèse de doctorat, 1995.

⁶¹ Hierzu u. a.: L'OURS, Fonds Longuet, Brief von Hardie an Longuet, 12. 6. 1913, 61APO4.

⁶² MacDonald sprach sich bereits vor dem Kriegseintritt Großbritanniens gegen eine Involvierung des Inselreiches aus; Longuet begann nach 1915 und den Abspaltungsbewegungen in der deutschen Sozialdemokratie damit, die offizielle Parteilinie zu hinterfragen, woraufhin er sich sukzessive gegen den rechten Parteiflügel stellte. Vgl. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 41 ff.; G. CANDAR, Jean Longuet (1876–1938), thèse de doctorat, 1995, S. 130 ff.; Le Populaire, 3. Juillet 1916.

⁶³ L'OURS, Fonds Longuet, Brief von MacDonald an Longuet, 21. 7. 1915, 61APO4.

⁶⁴ L'OURS, Fonds Longuet, Brief von MacDonald an Longuet, 4. 5. 1917, 61APO4.

⁶⁵ MacDonald verfasste mehrfach Artikel in Longuets Hausblatt »Le Populaire«, das wenige Jahre später die Funktion einer offiziellen Parteizeitung einnahm. Hier vertrat er u. a. anderem die provokative Ansicht, dass J. Jaurès, wäre er noch am Leben, gegen den Krieg eingetreten wäre. MacDonald, Ramsay, Une lettre de MacDonald, Le Populaire, 20. 5. 1916.

⁶⁶ MacDonald weigerte sich bereits 1915, eine Alleinschuld der Deutschen zu akzeptieren und setzte sich im Rahmen der alliierten Konferenz für eine rasche Beendigung des Kriegszustandes ein. Diese Haltung traf insbesondere auf die harsche Ablehnung der französischen Delegation. Vgl. J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 63 f.; A. BLÄNSDORF, Die zweite Internationale und der Krieg, 1979, S. 161.

⁶⁷ Konkret zu einem Treffen zwischen MacDonald und Longuet im Anschluss an die Berner Konferenz in Mailand: Populaire, 6. Juni 1919; weitere Artikel über Treffen zwischen beiden Sozialisten, die die Rekonstruktion der Internationale zum Zweck hatten: Echo de Paris, 8. 9. 1919; Vérité, 4. 6. 1919; Le Populaire, 20. 4. 1919; Le Populaire, 5. 4. 1919.

der offiziellen Parteizeitung, dem »Daily Herald«. ⁶⁸ Des Weiteren reiste er mehrfach nach Großbritannien auf Parteitage der Labour Party und fungierte als »Vermittler« seiner Partei in kritischen Fragen. ⁶⁹ Gleichmaßen setzte sich der spätere BIT-Präsident Albert Thomas für eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien ein und pflegte unter anderem eine enge Freundschaft zum Parteiführer, Arthur Henderson. ⁷⁰ Thomas war seit 1916 Mitglied der »Anglo-French-Society« und plädierte auch nach Kriegsende für eine Fortsetzung der »Entente socialiste«. ⁷¹

Nach den Wahlsiegen der britischen Arbeiterpartei in den Jahren 1924 und 1929 wurde auch im französischen Lager ausgiebig gefeiert. Léon Blum sprach sogar, den Sieg der Labour Party zum Vorbild nehmend und die parteiinternen Querelen außer Acht lassend, von einem »Modell MacDonald« und Jean Longuet hegte große Hoffnungen in die britische Arbeiterregierung – »un grand espoir pour l'Europe«. ⁷² Ein Jahr nach dem ersten Wahlsieg der Labour Party – die Regierung war bereits gescheitert – lud Longuet die tragenden Akteure des Labour-Governments zu einem Interview ein, das im »Populaire« veröffentlicht wurde. Hierzu gehörten: Die Minister Philip Snowden, Margaret Bondfield sowie Fenner Brockway als kritischer Antipode. ⁷³ Nicht anwesend war Ramsay MacDonald, der für ein Interview nicht zur Verfügung stand und höflich absagte. Rückblickend wertete Longuet die fehlende Bereitschaft des britischen Premiers, für seinen französischen Freund ein Interview zu geben, als eine frühe ideologische Abkehr des späteren »Arbeiterverrätters«. ⁷⁴

Insgesamt muss betont werden, dass die Beziehungen zwischen beiden Parteien nicht das Niveau der Kooperation von SPD/SFIO oder SPD/Labour Party erreichten. Dies galt vor allem für die persönliche Ebene, von einigen prominenten Ausnahmen wie Longuet oder MacDonald abgesehen. Grund hierfür war nicht zuletzt das eher negative Frankreichbild einiger Labour-Vertreter: Insbesondere Edward Snowden – in Teilen auch MacDonald –, stand der französischen Republik kritisch gegenüber. Erstgenannter vermutete in Frankreich einen »Feind des britischen Weltreiches« und brandmarkte den einstigen Verbündeten als permanente Gefahr für den

⁶⁸ Im Jahr 1933 verbrachte Longuet beispielsweise mehrere Monate in Großbritannien, was nachhaltig unterstreicht, dass der »Verrat« des Arbeiterführers MacDonald 1931 den Kontakten zwischen Longuet und seinen britischen Genossen keinen Abbruch tat. G. CANDAR, Jean Longuet (1876–1938), thèse de doctorat, 1995, S. 623.

⁶⁹ Hierzu z. B. die diplomatische Mission Longuets im Jahr 1922, als er über einen anglo-französischen Bündnispakt mit der britischen Parteiführung verhandelte. LHASA, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 22. Juni 1922, LP/IAC/I/135.

⁷⁰ Kurz vor seinem Tod 1932 veranstaltete Thomas, gesundheitlich bereits stark angegriffen, ein Frühstück in Genf, das er zu Ehren seines Freundes Arthur Henderson gab. Internationale Information, Zum Gedächtnis von Alber Thomas, Emile Vandervelde, 4. 6. 1932, Bd. 9.1., 1932, S. 275.

⁷¹ A.N., SÉRIE AP, NL Albert Thomas, Brief von Thomas an Davray, 2. 12. 1919, AP/94/391.

⁷² Zu Blum: A.N., SÉRIE F7, POLICE GÉNÉRALE, Fédération de Seine, Polizeibericht, 28. 3. 1928, F7/13080. Zur Haltung Longuets: Le Populaire, 2. 6. 1924; 31. 1. 1929.

⁷³ G. CANDAR, Jean Longuet (1876–1938), thèse de doctorat, 1995, S. 294; Le Populaire, 26., 27., 29. 6. 1926 sowie 1.–2. 7. 1930.

⁷⁴ G. CANDAR, Jean Longuet (1876–1938), thèse de doctorat, 1995, S. 294.

Weltfrieden.⁷⁵ Ein weiteres Missverständnis ergab sich aus der Weigerung des Mehrheitsflügels der britischen Arbeiterpartei, eine Einheitsfront mit den Kommunisten anzustreben. Diese Haltung stand der SFIO diametral entgegen, die nach 1934/35 an einer gemeinsamen Volksfront mit dem PCF arbeitete, was innerhalb der Internationale für großen Missklang zwischen britischen und französischen Genossen sorgte. Die in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre nachrückende Generation um Gillies, Morrison, Attlee und Dalton verstand sich zwar als »antifaschistisch«, eine aktive Involvierung in den Spanischen Bürgerkrieg wurde dennoch abgelehnt.⁷⁶ Eine politische Grundlage für eine intensive politische Zusammenarbeit zwischen SFIO und Labour Party war unter diesen Voraussetzungen nur noch bedingt gegeben, was sich letztlich auch in den persönlichen Kontakten zwischen britischen und französischen Arbeitervertretern widerspiegelte.

Wenn man ein übergreifendes Fazit ziehen möchte, so waren die länderübergreifenden Beziehungen zwischen sozialistischen Politikern beobachtbar von einem gewissen »Nutzwert« geprägt. Es waren häufig »politische Freundschaften«, die dazu dienten, Kräfte zu bündeln, ähnlich gelagerte Interessen zu verdichten und gemeinsame Ziele zu erreichen. Somit stand die »Beziehungspflege« immer auch in einem politischen Kontext – sei es nun um Einblicke in eine Schwesterorganisation zu erhalten (Morrison), das außenpolitische Netzwerk zu erweitern (Breitscheid, Grumbach) oder die eigene politische Agenda voranzubringen (Longuet).

1.3. *Kontaktformen (2): Institutionalisierte Beziehungen – ein cursorischer Überblick*

Im hier vorgestellten Kapitel sollen die *offiziellen Parteikontakte* zwischen SPD, SFIO, Labour Party im Vordergrund der Analyse stehen. Hierunter sind zu verstehen: Offizielle Delegationen der Parteien auf ausländischen Parteitag; Organisation des publizistischen Austauschs; Demonstrationen mit Beteiligung ausländischer Genossen;⁷⁷ parteinahe Organisationen mit transnationaler Ausrichtung; institutionalisierte Beziehungen innerhalb der Internationale.

1.3.1. *Bi- und trilaterale Beziehungen zwischen SPD, SFIO, Labour Party*

Die gegenseitigen Besuche auf Parteitag besaßen insbesondere für die Herausbildung einer »proletarischen Solidarität« eine gehobene Bedeutung: Wie bereits dargestellt war in der Regel nur eine kleine Zahl sozialistischer Akteure an regelmäßigen transnationalen Zusammenkünften beteiligt. Insofern konnte auf den jährlich stattfindenden Parteitag demonstriert werden, dass der internationale Sozialismus kein bloßes Konstrukt der jeweiligen Propagandamaschinerie war, sondern tatsäch-

⁷⁵ Vgl. R. and I. TOMBS, *That Sweet Enemy: The French and the British from the Sun King to the Present*, 2006, 524.

⁷⁶ Vgl. J. SPÄTER, *Vansittart*, 2003, S. 103.

⁷⁷ S. BERGER, *Ungleiche Schwestern?*, 1997, S. 245.

lich gelebt wurde – unter Beteiligung zahlreicher Abgeordneten. Dieser Umstand war, wie in einem der Folgekapitel noch verdeutlicht wird, ein wichtiger Aspekt der sozialistischen Außen- und Selbstdarstellung.

Zu gegenseitigen Besuchen auf Parteitage kam es bereits kurz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges: Auf dem Straßburger Kongress der SFIO waren sowohl ein deutscher als auch ein britischer Delegierter vor Ort, um den anwesenden französischen Delegierten zu demonstrieren, dass die Sozialistische Arbeiterinternationale auch nach der »Urkatastrophe« weiter fortlebte.⁷⁸ Die Tradition wechselseitiger Besuch wurde in der Folgezeit fortgesetzt, trotz der bestehenden Unsicherheit über die Fortexistenz der Arbeiterinternationale nach ihrer Aufspaltung in die Zweite, Wiener und Kommunistische Internationale.⁷⁹

Vor allem die Kongresse der SFIO entwickelten sich in den Folgejahren zu einem internationalen Treffpunkt: Während der Kasseler Kongress der MSPD eher spärlich besucht wurde und mehrheitlich skandinavische Sozialisten vor Ort waren,⁸⁰ wurde auch der Folgekongress der SFIO 1921 in Paris sowohl von englischen als auch deutschen Delegierten besucht.⁸¹ Ein entscheidender Grund für die stiefmütterliche Behandlung der MSPD war mit Sicherheit die Tatsache, dass zu diesem Zeitpunkt bereits eine Spaltung der Internationalen vorherrschte und die SFIO der Wiener, die MSPD hingegen der Zweiten Internationale angehörte,⁸² weswegen der USPD-Kongress in Halle von Jean Longuet besucht worden war,⁸³ während sowohl in Kassel (1920) als auch in Görlitz (1921) keine englischen oder französischen Delegierten anwesend waren.⁸⁴ Die ILP-Delegierten um Ramsay MacDonald, Philip Snowden besuchten ebenfalls ausschließlich die an die Wiener Internationale assoziierten Parteien, in diesem Fall: USPD und SFIO.⁸⁵ So vermag es nicht zu verwundern, dass

⁷⁸ Anwesend waren Hermann Müller (MSPD) sowie Ph. Snowden (ILP). Parti Socialiste (Section Française de l'International Ouvrière): XVIIIe Congrès National, Février 1920, Strasbourg. Rapports de la Commission Administrative Permanente. Paris, Librairie Populaire, Paris 1920, S. 73; zu Snowden im Speziellen: Humanité, 26. 2. 1920.

⁷⁹ Hierzu: J. BRAUNTHAL, Geschichte der Internationale, 1963, Bd. 2, S. 248 ff.

⁸⁰ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Kassel vom 10. bis 16. Oktober 1920 – Bericht über die Frauenkonferenz abgehalten in Kassel am 9. und 10. Oktober 1920. Anhang: Bericht des Parteivorstandes über das Geschäftsjahr 1919 – Bericht der Reichstagsfraktion – Bericht der Fraktion der Nationalversammlung, 1920.

⁸¹ Anwesend waren: Wallhead (ILP) sowie Crispian (USPD). Parti Socialiste (Section Française de l'International Ouvrière): XIXe Congrès National, 29.30.31 Octobre – 1^{er} Novembre 1921, Paris. Rapports de la Commission Administrative Permanente. Rapport du Groupe Socialiste au Parlement, 1921.

⁸² Die bereits angesprochene Spaltung der Zweiten Internationale vollzog sich in Wien, wo am 27. Februar 1921 die »Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (IASP)« gegründet wurde.

⁸³ Hierzu: Le Populaire, 18. 10. 1920.

⁸⁴ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921 – Reichsfrauentag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 17. und 18. September 1921 in Görlitz, 1921, S. 6 f.

⁸⁵ LHASC, Executive Committee, Sitzung vom 18. 10. 1921, LP/EC/Minutes/ Juli bis Dezember 1921.

ausländische Delegierte aus England und Frankreich lange auf sich warten ließen und es drei volle Jahre dauern sollte, ehe auf dem Parteitag der Mehrheitssozialdemokraten in Augsburg im Jahr 1922 – der parallel zum Wiedervereinigungsparteitag in Nürnberg stattfand – erstmals nach Kriegsende zwei Delegierten der englischen Arbeiterpartei zu einem Kongress erschienen.⁸⁶

Inhaltlich fällt auf, dass die ausländischen Delegationen selten konkrete politische Forderungen stellten, sondern vielmehr einen Bericht über den Status der eigenen Arbeiterpartei abliefern, um die anwesenden Delegierten zu informieren. Zumeist verlasen die ausländischen Delegierten Grußbotschaften und bedankten sich recht höflich für die Einladung. Um nur ein Beispiel zu geben: Auf dem Parteitag der wiedervereinigten SPD in Berlin 1924 hielt eine als »Miss Bell« vorgestellte Britin eine Rede vor den deutschen Delegierten und wurde hierbei simultan übersetzt. Inhaltlich rekurrierte sie auf den parlamentarischen Erfolg der Labour Party, schilderte die derzeitige politische Situation in Großbritannien, forderte die Gleichberechtigung von Mann und Frau und hoffte auf die Mehrheit im Parlament: »*In diesem Sinne bringt Genossin Bell die Grüße der Labour Party, insbesondere auch von einem Kongreß von tausend sozialistischen Frauen, der eine lebendige Manifestation des Willens der britischen Arbeiterschaft war. Sie glaubt an die gemeinsame Befreiung, an eine neue Zivilisation und an den Sieg des Sozialismus für die ganze Menschheit (lebhafter Beifall).*«⁸⁷

Ein ganz anderes Bild gab Rudolf Breitscheid ab: Auf dem SFIO-Kongress in Lyon hielt er eine Grundsatzrede über die internationalen Beziehungen und forderte vor den französischen Delegierten die Räumung des Saarlandes und des Ruhrgebietes.⁸⁸ Freundschaft müsse man sich erst verdienen, wie Breitscheid betonte, und wurde in seinen Forderungen von Léon Blum und Salomon Grumbach auf dem Parteitag unterstützt. Es bedarf keiner besonderen Erklärung, dass der Auftritt des Deutschen in der französischen Presse höchst ambivalent bewertet wurde.⁸⁹ Auftritte wie von Breitscheid stellten eher eine Ausnahme dar: Im Regelfall waren die ausländischen Parteidelegierten nicht darauf erpicht, unbequeme Botschaften zu überbringen, sondern beschränkten sich in ihren Reden darauf, den idealtypischen sozialistischen Gastdelegierten zu mimen, der kurz und knapp über die Aktivitäten

⁸⁶ Bei den Abgeordneten handelte es sich um die britischen Delegierten Ammon und Davies. Protokoll der sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg, Gera und Nürnberg 1922 – Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Augsburg vom 17. bis 23. September 1922, über die Verhandlungen des Parteitages der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Gera vom 20. bis 23. September 1922, über die Verhandlungen des Einigungsparteitages abgehalten in Nürnberg am 24. September 1922, Berlin, 1923, S. 6.

⁸⁷ Sozialdemokratischer Parteitag 1924 – Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz. Der Parteitag tagte vom 11. bis 14. Juni 1924 in Berlin im preußischen Landtagsgebäude. Die Frauenkonferenz am 15. Juni 1924 ebendort, 1924, S. 55.

⁸⁸ Parti Socialiste (Section Française de l'International Ouvrière): XXI^e Congrès National Tenu à Lyon les 17, 18, 19 et 20 avril 1927. Compte rendu sténographique, 1927, S. 66 f.

⁸⁹ In einem Artikel der *Liberté* wurde Grumbach und Blum vorgeworfen, sie hätten ihr Land verraten. Breitscheid wurde als arroganter Deutscher mit hartem Akzent gezeichnet, der unverschämte Forderungen gestellt habe. *Liberté*, 20. 4. 1927.

der eigenen Partei berichtete und der Schwesterpartei solidarische Grüße übermittelte. Genau hierin liegt auch der entscheidende Unterschied zwischen den benannten »Mittlerfiguren« und idealtypischen »Gastdeligierten«.

Zu offiziellen Kontakten, die eine gewisse Breitenwirkung entfachten, kam es nicht nur im Rahmen von Parteitag, sondern auch auf Demonstrationen und Kundgebungen. Demonstrationen mit ausländischen Delegierten hatten insbesondere im Lager der deutschen und französischen Arbeiterpartei eine gewisse Tradition: Bereits im Jahr 1912 reiste Scheidemann nach Paris, um den Friedenswillen der deutschen Sozialdemokratie vor Ort zu bekunden.⁹⁰ Diese Tradition wurde in der Zwischenkriegszeit weiter fortgesetzt: Beispielsweise fanden vor Beginn der Genfer Abrüstungskonferenz umfassende Demonstrationen der sozialistischen Arbeiterinternationale in verschiedenen Grenzorten und Großstädten Europas statt. Ausgeführt wurden die Kundgebungen jedoch nicht von der SAI-Exekutive oder dem SAI-Bureau, sondern von den jeweiligen assoziierten Parteien – was die starke Bedeutung der Einzelparteien unterstreicht.⁹¹

Ein weiterer Dreh- und Angelpunkt der institutionalisierten Parteikontakte war die journalistische bzw. publizistische Zusammenarbeit. Hierbei lassen sich durchgehend intensive Kontakte feststellen, was zweifelsohne mit der gehobenen Relevanz der jeweiligen Parteiblätter für die sozialistische Propaganda erklärt werden kann: Faktisch waren die zahlreichen Artikel von und über renommierte ausländische Sozialisten in den Parteizeitungen ein wichtiger Faktor für die Zurschaustellung proletarischer Solidarität.⁹²

Was die publizistische Zusammenarbeit zwischen SPD und Labour Party angeht, so lassen sich zahlreiche Verbindungen ausmachen. Festzustellen ist hierbei, dass die Berichterstattungen von Seiten der Parteivorstände längst systematisiert worden waren: Auslandskorrespondenten wie Robert Dell in Großbritannien oder Egon Wertheimer in Großbritannien berichteten den Parteifreunden in ihren jeweiligen Ländern über die Ereignisse vor Ort und bemühten allzu häufig einen direkten Ver-

⁹⁰ P. SCHEIDEMANN, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, 1928, Erster Band, S. 222 f.

⁹¹ So kam es in Deutschland und Frankreich zu einer Reihe von Massenkundgebungen von SPD respektive SFIO, wo mehrere ausländische Sozialisten anwesend waren. Beispielsweise sprach Paul Faure in Bremerhaven über die anstehenden Abrüstungsverhandlungen und in Paris referierten Tom Shaw, Toni Sender und Emile Vandervelde über einen möglichen internationalen Rüstungsstopp. Auch in London kam es zu umfassenden Kundgebungen, dort sprachen u.a. Breitscheid sowie Jouhaux vor. Hierzu: *Internationale Information*, Die Abrüstungsaktion der SAI und des IGB, 1. 2. 1932, Bd. 9.1., 1932, S. 40 ff.

⁹² Beispielsweise sei an dieser Stelle die »Populaire« angeführt. Da sich das SFIO-Organ als internationalistische Zeitschrift begriff, wurde ausländischen Gästen stets eine gesonderte Rubrik in den Berichten eingeräumt (»les délégués étrangers«). Gleiches galt für die parteioffiziösen stenographischen Berichte über den Parteitag. Sowohl SPD als auch SFIO berichteten in ihren Parteitagspublikationen über ausländische Delegierte – im Gegensatz zur Labour Party, die ihren Gästen keine gesonderte Rubrik widmete. Beispielsweise, zu Breitscheids Besuch in Lyon: *Le Populaire*, 20. 4. 1927.

gleich mit der Situation im Heimatland.⁹³ Robert Dell publizierte seine Artikel über Deutschland im »Manchester Guardian« oder im »New Statesmen« und erklärte sich darin solidarisch mit der Friedenspolitik der deutschen Sozialdemokratie.⁹⁴ Exzellente Kontakte nach Großbritannien unterhielt desgleichen Victor Schiff, der außenpolitische Redakteur des »Vorwärts«. Auch zwischen SPD und SFIO kam es zu einer ähnlichen Systematisierung der Presse: Salomon Grumbach arbeitete vor dem Weltkrieg als Auslandskorrespondent des »Vorwärts« in Paris,⁹⁵ in der Zwischenkriegszeit wurde diese Rolle u. a. von dem SPD-Politiker Jakob Altmeier ausgeübt.⁹⁶ Vonseiten der SFIO⁹⁷ arbeitete u. a. Daniel Guérin als Journalist in Deutschland, insbesondere im Jahr 1933, als er mit dem Fahrrad Deutschland durchquerte und eine Art Reisebericht anfertigte, der später in der »Populaire« veröffentlicht wurde.⁹⁸ Was die Verknüpfungen zwischen Labour Party und SFIO anbelangt, so fungierten zunächst George Slocombe und in den dreißiger Jahren Jack Sandford als Korrespondenten des »Daily Herald« in Paris, während Jean Longuet den Gegenpart für die SFIO übernahm.⁹⁹

Darüber hinaus bemühten sich die Herausgeber der sozialdemokratischen Zeitschriften darum, ausländische Sozialisten für Spezialartikel zu gewinnen, insbesondere zu transnationalen Themenfeldern wie die internationale Politik, Theorie-Debatten im Allgemeinen sowie Entwicklungen innerhalb der Internationale.¹⁰⁰ Beispielsweise verfasste Albert Thomas einen Artikel für die »International Labour Review« über die Rolle des BIT¹⁰¹ Vincent Auriol und Léon Blum schrieben ebenso wie die Sozialdemokraten Victor Schiff, Max Beer, Rudolf Breitscheid, Friedrich

⁹³ Generell sollte indes betont werden, dass die Korrespondenten häufig wechselten, weshalb die hier präsentierten Namen keineswegs die gesamte Zwischenkriegszeit abdecken. Eine vollständige Liste der für die im Ausland tätigen Journalisten zu präsentieren, kann rückwirkend nicht mehr erstellt werden. Grund hierfür ist nicht zuletzt, dass viele Autoren anonym schrieben. Zu den britischen und deutschen Korrespondenten im Speziellen: S. BERGER, Internationalismus als Lippenbekenntnis?, in: J. MITTAG (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration, 2006, S. 197–213; hier: S. 207 f.

⁹⁴ Ebd.; hierzu auch: LSE, NL Robert Dell, LSI/1/9 bzw. 5/11.

⁹⁵ F. TAUBERT, Salomon Grumbach; in: H. ABRET / M. GRUNEWALD, Visions Allemandes de la France (1871–1914), 1995, S. 373–388; hier: S. 373 f.

⁹⁶ C. MOSS, Jakob Altmeier. Ein jüdischer Sozialdemokrat in Deutschland (1889–1963), Diss., 2003.

⁹⁷ Indes muss betont werden, dass die »Populaire« keine festen Auslandskorrespondenten hatte. Eben dies wurde von Jean Longuet auf dem SFIO-Parteitag in Nancy 1929 kritisiert. Hintergrund hierfür waren unter anderem die permanenten finanziellen Probleme der Zeitung. Parti Socialiste (Section Française de l'Internationale Ouvrière): XXVIe Congrès National, 9–12 juin 1929, Nancy, Compte Rendu Sténographique, 1929, S. 68 ff.

⁹⁸ Seine Eindrücke wurden auch gesondert publiziert, siehe hierzu: D. GUÉRIN, Sur le fascisme: I- La peste brune; II- Fascisme et grand capital, 1965.

⁹⁹ G. SLOCOMBE, The tumult and the shouting: the memoirs of George Slocombe, 1936, S. 49.

¹⁰⁰ S. BERGER, Internationalismus als Lippenbekenntnis?, in: J. MITTAG (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration, 2006, S. 197–213; hier: S. 207.

¹⁰¹ A. THOMAS, The International Labour Organisation: Its Origins, Development and Future; in: International Labour Review, vol. 1, January 1921, S. 5–22.

Stampfer, Karl Kautsky, Max Westphal, Theodor Cassau, Richard Seidel, Siegfried Aufhäuser, Hermann Schlimme, Paul Hertz, Max Fechner und Fritz Naphtali für das »Labour Magazine«, das offizielle Parteimagazin der Labour Party.¹⁰² Im Gegenzug verfassten britische und deutsche Sozialdemokraten Artikel in der wohl prominentesten französischen Zeitschrift, der »Vie Socialiste« des rechten Parteiflügels, herausgegeben von Pierre Renaudel.¹⁰³ Zu den Artikelschreibern in der »Vie Socialiste« gehörten zwischen 1926 und 1933 v. a. Karl Kautsky, Ramsay MacDonald, Arthur Henderson.¹⁰⁴ In Bezug auf die Zeitschriftenpublikationen per se muss jedoch erwähnt werden, dass die häufigsten Publikationen ausländischer Sozialisten in der Zwischenkriegszeit im »Labour Leader« erschienen. Während die deutsche Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg mit den »Sozialistischen Monatsheften«¹⁰⁵ oder der nach 1923 eingestellten »Neuen Zeit«¹⁰⁶ die beiden maßgeblichen internationalen Theorieorgane stellte, verlagerten sich die Debattenbeiträge sukzessive nach Großbritannien. Dies änderte sich nach 1924, als Rudolf Hilferding seine Zeitschrift »Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik« ins Leben rief.¹⁰⁷

Zu den institutionalisierten Beziehungen muss auch der organisatorische Austausch zwischen den Parteien gezählt werden. Wie Stefan Berger deutlich macht, erfolgten transnationale Kontakte nicht nur unter der Prämisse, Informationen auszutauschen oder bestimmte politische Richtlinien festzulegen. Vielmehr ging es häufig auch darum, Erkenntnisse über die Struktur der jeweiligen Schwesterpartei zu gewinnen

¹⁰² S. BERGER, Internationalismus als Lippenbekenntnis?, in: J. MITTAG (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration, 2006, S. 197–213; hier: S. 208.

¹⁰³ Häufig über die SAI berichtet bzw. das sozialistische Ausland wurde auch in der »bataille socialiste«, herausgegeben von Jean Zyromski. Jedoch konnte das Organ des linken Parteiflügels kaum ausländische Gastjournalisten für sich gewinnen. Eine Ausnahme stellt hierbei Rudolf Breitscheid dar, der 1934 einen Artikel zur »Krise des französischen Sozialismus« veröffentlichte.

¹⁰⁴ Das offizielle Parteimagazin »La vie du Parti« weist hingegen kaum Spuren transnationaler Autoren respektive Begegnungen auf.

¹⁰⁵ Während die »Neue Zeit« die offizielle Parteizeitschrift der SPD darstellte, waren die revisionistisch orientierten »Sozialistischen Monatshefte« kein Parteiorgan. Bebel unternahm sogar den Versuch, die Veröffentlichungen des Herausgebers, Joseph Bloch, zu untersagen. Zwischen 1900 und 1914 veröffentlichten unter anderem Jean Jaurès, Jean-Baptiste Séverac, Albert Thomas, Ramsay MacDonald, G. Bernhard Shaw, Beatrice Webb, James Keir Hardie zahlreiche Artikel in den »Monatsheften«.

¹⁰⁶ Hier publizierten u. a.: Louis Dubreuilh, Jean Jaurès, Charles Rappaport, Albert Thomas, Jules Guesde, Edouard Vaillant, R. MacDonald, Keir Hardie.

¹⁰⁷ Bereits 1924, zur Gründung, verfassten S. Grumbach (»Wahlen in Frankreich«), Emile Vandervelde sowie andere namhafte Sozialisten aus dem Ausland Artikel für Hilferdings Zeitschrift. Des Weiteren wurden diverse ausländische Werke rezensiert, hier u. a. MacDonalds »Die Auswärtige Politik der Arbeiterpartei«. Im zweiten (Jahres-)Band, 1925, wurde die Rezensionspraxis fortgesetzt – u. a. wurden Bücher von Sidney und B. Webb rezensiert, indes finden sich kaum Beitragende aus England und Frankreich. Erst 1927 findet sich wieder ein Artikel von Brailsford über »Die verlorene Schlacht der englischen Bergarbeiter«. Immerhin kann darauf aufbauend konstatiert werden, dass die SPD wieder ein (inoffizielles) Parteiorgan besaß, in dem ausländische Sozialisten regelmäßig publizierten, nach dem Einstellen der »Neuen Zeit«.

und gegebenenfalls auf die eigene Partei zu übertragen.¹⁰⁸ Beispielhaft sei an dieser Stelle die Zusammenarbeit zwischen SPD und Labour Party angeführt, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg vor allem auf die Initiative von Herbert Morrison hin angeregt wurde.¹⁰⁹ Der organisatorische Austausch zwischen beiden Parteien war auch in der Zwischenkriegszeit äußerst rege: Beispielsweise stellte das Komitee im Mai 1928 – ein Jahr vor den britischen Unterhauswahlen – den Antrag, die deutsche Arbeiterpartei umgehend zu kontaktieren und sich sämtliche Flugblätter zusenden zu lassen. Ziel war es hierbei, die eigene Wahlkampfpropaganda zu verbessern: »*Mr. Jowett suggested the advisability of obtaining a full set of the leaflets issued by the German Socialists during recent General Election, particularly those with references to women, and that, after translation, they might profitably be adapted to the Party's needs in connection with the General election.*«¹¹⁰ Die deutsche Arbeiterpartei reagierte bereits einen Monat später auf das Gesuch der Briten und verschickte Wahlkampfmaterial sowie »*pieces of soap with various canvassing verses on them.*«¹¹¹ Wie aus dem Schreiben hervorgeht, hatte die deutsche Arbeiterpartei im Vorfeld ihres Berliner Wahlkampfes 1928 circa 500.000 Seifen mit aufgedruckten Stimmwerbungen angefertigt. Offensichtlich war der Verfasser des Briefes – Konrad Ludwig – etwas unsicher, ob die Seifen auch in Großbritannien gut ankämen, weswegen er fast entschuldigend einräumte, dass Stimmwerbungen in Berlin nicht als Korruption angesehen werden würden. Neben seinen Ausführungen über den Inhalt des Paketes gab er der Labour Party hilfreiche Tipps für ihren anstehenden Wahlkampf: Diesbezüglich hob er hervor, dass die deutsche Wahlkampfpropaganda immer stärker »amerikanisiert« werden würde. Weil auch die politischen Gegner der Sozialdemokratie immer raffiniertere Propagandamethoden anwenden würden, sei auch die SPD dazu gezwungen, ihre Taktiken zu verfeinern: »*At the last election technical achievements as regards propaganda were used in the campaign by all the big parties. As far as the S.D. Party was concerned, cinematographs on Lorries were very successful, going from place to place with an S.D. election film. In the same way the speeches of well-known party leaders and the battle songs of the workers on gramophone records were broadcast by means of loud speakers.*«¹¹² Ein Jahr später schickte der SPD-Parteivorstand Fritz Heine nach Großbritannien, um dort als Wahlbeobachter zu arbeiten und seine Erfahrungen auf Basis der deutschen Walkämpfe ein-

¹⁰⁸ S. BERGER, Internationalismus als Lippenbekenntnis?; in: J. MITTAG (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration, 2006, S. 197–213; hier: S. 207.

¹⁰⁹ Morrison unternahm den Versuch, die Londoner Labour Party nach deutschen organisatorischen Strukturen umzubilden. Ebd.

¹¹⁰ Jowett war ILP Politiker und pflegte insbesondere zu den linken SPD-Politikern wie Seydewitz, Rosenfeld und Levi intensive Kontakte. Dies gilt im Besonderen für die Zeit nach 1928, als sich das »linke Netzwerk« im Vorfeld des Brüsseler Kongresses der SAI konstituierte. LHASC, National Executive Committee, Sitzung vom 23. 5. 1928, LP/EC/Minutes, Mai bis Juni 1928; W. BUSCHAK, Das Londoner Büro, 1985, S. 30–65.

¹¹¹ Verfasst wurde das Schreiben von Konrad Ludwig, der nach dem Tode Friedrich Eberts mit dem Aufbau der Ebert-Stiftung beauftragt worden war. LHASC, National Executive Committee, Sitzung vom 23. 5. 1928, LP/EC/Minutes, Mai bis Juni 1928.

¹¹² Ebd.

zubringen,¹¹³ was beispielhaft dafür steht, dass der organisatorische Austausch zwischen den Parteien eine wichtige Rolle einnahm; ähnlich wie vor 1914 nahm die deutsche SPD hierbei weiterhin eine Art Vorbildfunktion ein.

1.3.2. *Graswurzelinternationalismus*

Auch wenn die zahlreichen transnationalen Zusammenkünfte im Regelfall von Vertretern der Parteivorstände dominiert wurden, war die Beteiligung an internationalen Veranstaltungen per se mitnichten ein reines Elitephänomen. SPD, SFIO und Labour Party beteiligten sich gemeinhin in großen Zahlen an den in verschiedenen Ländern stattfindenden SAI-Kongressen, was im Umkehrschluss bedeutet, dass sich die Parteidelegationen nicht nur aus Mitgliedern des Parteivorstandes zusammensetzten. Verschiedene Spezialstudien zur internationalen Arbeiterbewegungskultur zeigen paradigmatisch auf, dass partei- oder gewerkschaftsnahe Interessengruppen bereits vor dem Ersten Weltkrieg den Versuch unternahmen, sozialtouristische Aktivitäten – und damit den transnationalen proletarischen Austausch innerhalb der Parteibasis – anzuregen.¹¹⁴ Wie Christine Collette in ihrer maßgeblichen Studie »The International Faith« am Beispiel der britischen Arbeiterkultur deutlich macht, ermöglichten Organisationen wie die »International Tramping Tours (ITT)« oder die »Workers Travel Association (WTA)« einen regen Kontakt zwischen britischen und kontinentaleuropäischen Arbeitern auf einer »Graswurzelebene«.¹¹⁵ Nach dem Ersten Weltkrieg war dem proletarischen Tourismus in Großbritannien gewissermaßen ein Durchbruch gelungen, insofern die WTA im Jahr 1925 bereits 6.000 Reisen u. a. auf den europäischen Kontinent organisieren konnte. Die Zielsetzung der Organisation war hierbei definitiv politisch motiviert: Auf ihren Reisen sollten die britischen Arbeiter in großer Zahl Kontakte mit ausländischen Sozialisten knüpfen, Freundschaften schließen und dadurch einen erneuten Weltkrieg unmöglich machen.¹¹⁶ Im Jahr 1931 gelang es der WTA, insgesamt über 13.000 Ferienaufenthalte zu ermöglichen, darunter eine Vielzahl nach Kontinentaleuropa. Bis 1933 konnten insgesamt 63.000 Buchungen verzeichnet werden. Der Erfolg der Organisation lässt

¹¹³ S. BERGER, Internationalismus als Lippenbekenntnis?, in: J. MITTAG (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration, 2006, S. 197–213; hier: S. 204f.

¹¹⁴ Zur internationalen Arbeiterbewegungskultur im Allgemeinen: F. BOLL (Hrsg.), Arbeiterkulturen zwischen Alltag und Politik. Beiträge zum europäischen Vergleich in der Zwischenkriegszeit, 1896; S. JONES, The European Workers' Sport Movement and Organised Labour in Britain between the wars, in: European History Quarterly, Bd. 18, 1988, S. 3–32.

¹¹⁵ C. COLLETTE, The international faith, 1998, S. 102f.; hierzu auch: DIES., »Friendly spirit, comradeship and good-natured-fun.« Adventures in Socialist Internationalism, in: International Review of Social History, Bd. 2, 2003, S. 225–244.

¹¹⁶ Das Motto der Organisation lautete: »See the world and meet its workers.« Problematisch war indes, dass die WTA nach 1926 aufgrund der zunehmenden ökonomischen Krise einen Richtungswechsel vollziehen musste. In der Folgezeit wurden weniger Reisen ins Ausland anvisiert, sondern vielmehr der Inland-Tourismus angeregt. Vgl. R. HACHTMANN, Tourismus-Geschichte, 2007, S. 107; R. KOSHAR, German travel cultures, 2002, S. 102f.

sich u. a. auch an der Zahl prominenter Befürworter ablesen, immerhin partizipierten sowohl Morrison, Dalton, Bevin als auch William Gillies an den »WTA-Tours«. ¹¹⁷ Diese genuin britische Entwicklung war mehr als fortschrittlich: In Deutschland wurde beispielsweise erst im Jahr 1929 auf Initiative des »Rechtsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit« über den Aufbau einer umfassenden Arbeiterreisevereinigung diskutiert, während die französischen Bemühungen in diesem Spektrum als weitestgehend unbekannt gelten dürfen.

Zu weiteren transnationalen Begegnungen kam es im Rahmen der »Summer Schools«, die von der Fabian Society organisiert wurden. ¹¹⁸ Überhaupt engagierten sich ILP sowie Fabian Society geradezu vorbildlich auf dem Gebiet der Arbeitererziehung und organisierten in der Zwischenkriegszeit mehrere internationale Tagungen und Sommerschulen, im Rahmen derer die Teilnehmer die Gelegenheit erhielten, Kontakte zu knüpfen und Erfahrungen auszutauschen. ¹¹⁹ Unterstützung erhielten sie hierbei von der Sozialistischen Jugendinternationale sowie der Erziehungsmaternationale. ¹²⁰ Ebenfalls sehr erfolgreich war die Arbeitersportinternationale, die sich nach dem Ersten Weltkrieg neu zusammenfand und im Jahr 1925 bereits über 1,5 Millionen Mitglieder aufweisen konnte. Die Mehrzahl der Delegierten kam aus Deutschland, der Tschechoslowakei und Österreich, indes nahmen auch britische Delegierte an der Organisation teil. ¹²¹ Über den Anteil französischer Delegierter ist im Allgemeinen wenig bekannt, indes wird in der »Populaire« von einem deutsch-französischen »Arbeiterfußballmatch« gesprochen, das im Jahr 1928 stattgefunden hatte. In dem Artikel wird darauf verwiesen, dass die Tradition internationale Fußballspiele 1924 eingesetzt und in der Folgezeit fortgeführt worden sei. ¹²² Des Weiteren muss im Hinblick auf die sportiven Aktivitäten der internationalen Arbeiterschaft die sogenannte »Arbeitersportolympiade«, die erstmals 1925 in Frankfurt stattfand, in diesem Kontext besonders hervorgehoben werden. ¹²³

Damit kann festgehalten werden, dass der beschriebene »Graswurzelinternationalismus« vor allem in der Zwischenkriegszeit stark anstieg. In Bezug auf das Parteien-dreieck kam es insbesondere zwischen Vertretern der britischen und deutschen Arbeiterpartei zu einem regen Austausch, während die SFIO weitestgehend außen vor blieb. Die tatsächliche Bedeutung von »Sommerschulen« oder Reisen ins Ausland für die Konstituierung einer »proletarischen Solidarität« per se können retrospektiv allerdings kaum nachgezeichnet werden. Zwar existierten einige Erfahrungsberichte,

¹¹⁷ C. COLLETTE, *The international faith*, 1998, S. 103.

¹¹⁸ Vgl. I. BRITAIN, *Fabianism and culture: a study in British socialism and the arts c. 1884–1918*, 1982, S. 181ff.; P. WITTIG, *Der englische Weg zum Sozialismus*, 1982, S. 340.

¹¹⁹ S. BERGER, *Internationalismus als Lippenbekenntnis?*, in: J. MITTAG (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration*, 2006, S. 197–213; hier: S. 205.

¹²⁰ C. COLLETTE, *The international faith*, 1998, S. 111f.

¹²¹ Ebd., S. 113f.

¹²² *Le Populaire*, 27. 5. 1928. Das erste Arbeiterfußballmatch datiert auf den April 1920 und wurde zwischen England und Frankreich ausgetragen: *Le Populaire*, 5. 4. 1920.

¹²³ Vgl. C. COLLETTE, »Friendly spirit, comradeship and good-natured fun.« *Adventures in Socialist Internationalism*; in: *International Review of Social History*, Bd. 2, 2003, S. 225–244; hier: S. 231f.

jedoch kann aufgrund der hohen Fluktuation der Teilnehmer, der schwankenden Beteiligung im Allgemeinen und dem fehlenden Aktenmaterial kein allzu realistisches Bild von der tatsächlichen Relevanz dieser Organisationen gezeichnet werden. Aufgrund dessen beschränken sich die entsprechenden Studien zumeist auf die Feststellung, dass der Parteiaustausch auch auf »Graswurzelebene« »sehr intensiv« gewesen sei.¹²⁴

Ohnehin muss die Frage gestellt werden, ob die Verbreitung eines internationalistischen – oder vielmehr: kosmopolitischen – Gedankenguts via Film und Literatur nicht wesentlich gewinnbringender und effektiver war im Sinne einer »Erziehung« der Arbeiter hin zu Internationalismus und Pazifismus (eben dies wurde im Rahmen der proletarischen Veranstaltungen beabsichtigt), als es der eher eng gefasste proletarische »Graswurzelinternationalismus« der Arbeiterkulturorganisationen jemals sein konnte. So stellt Dieter Kramer nicht zu Unrecht die These auf, dass u.a. die Romane Jack Londons weitaus größere Relevanz für die Verbreitung von Toleranz und Internationalismus gehabt hätten, als die Aktivitäten der Arbeiterkulturorganisationen: *»Vor allem die Romane Jack Londons und B. Travens, [...] sind hier zu nennen. In dieser Literatur und bei den genannten Bewegungen (die es in dieser Massenhaftigkeit ja vor 1914 nicht gab) wird eine prinzipielle Toleranz den Kulturen (als anderen fremden Lebensformen, Gewohnheiten, Sitten, usw.) gegenüber erzeugt, die weiter reicht [...] als der auf Kriegsverbinderung mit Hilfe von Politik oder Generalstreik orientierte Internationalismus der II. Internationale.«*¹²⁵ Aufgrund dessen muss ein Fazit über die transnationale Arbeiterkulturbewegung der Zwischenkriegszeit höchst ambivalent ausfallen: Zwar belegt der insbesondere von der britischen Arbeiterbewegung forcierte »Graswurzelinternationalismus« recht anschaulich, dass eine Verbreitung internationalistischer Ideen auch innerhalb der Partebasis angestrebt wurde, jedoch sollte die Suggestion einer außerordentlichen Breitenwirkung jener Graswurzelinitiativen tunlichst unterlassen werden.

¹²⁴ Zu Erfahrungsberichten, siehe u.a.: Odsun: die Vertreibung der Sudetendeutschen; Begleitband zur Ausstellung, 1995, S. 51; Reden zum Gedenken an Wenzel Jaksch (1896–1966), Wegbereiter deutscher Ostpolitik, 1999, S. 35; K. KORSCH, Recht, Geist und Kultur: Schriften 1908–1918, Bd. 1, 2007, S. 310; M. BEER, A History of British Socialism, Bd. 2, 2002, S. 294.

¹²⁵ D. KRAMER, Internationalismus in den deutschen Arbeiterkultur-Organisationen: Eine Problem-skizze; in: F. VAN HOTHON / M. VAN DER LINDEN (Hrsg.), Internationalism in the Labour Movement, 1830–1940, Bd. 2, 1988, S. 217–232; hier: S. 231.

2. Grundsätze der praktischen Zusammenarbeit: Art und Weise der Kommunikation, Raum- und Zeitvorstellungen, Praktikabilität transnationaler Zusammenkünfte

2.1. *Über die Bedeutung sprachlicher Kenntnisse für die transnationale sozialistische Zusammenarbeit*

Am 5. Februar 1915 notierte Eduard David in sein Tagebuch: »*Aussprache mit Ebert und Scheidemann über die geplante internationale Konferenz. Ich weise darauf hin, daß die dort erscheinenden Sozialisten aus Frankreich, Belgien, England im engsten Einverständnis mit ihren Regierungen handeln, daß an Diskretion nicht zu denken und jedes Wort in die Akten der feindlichen Regierungen wandert. Gefahr von schlimmen Mißverständnissen und Unterstellungen infolge mangelhafter Sprachkenntnisse. [...] Ich rate, falls man die Konferenz besuchen will, jedenfalls neben Haase und Ebert noch Hermann Müller mitzunehmen, schon wegen der Sprachkenntnisse.*«¹

In Davids Tagebucheintrag findet sich die enorme Relevanz von Sprachkenntnissen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit beispielhaft ausgedrückt. Der dem rechten Parteiflügel angehörende Sozialdemokrat hatte offensichtlich Angst davor, ein gemeinsames Gespräch mit französischen Sozialisten könne aufgrund sprachlicher Missverständnisse eine für die SPD ungünstige Situation evozieren. Diese Sorge war keineswegs unbegründet: Zwischen SPD und SFIO fand ein regelrechter Deutungskrieg statt,² der insbesondere über die jeweiligen Parteiblätter ausgetragen wurde.³ Daraus entstand in der Folgezeit in reger und keineswegs freundschaftlicher Meinungsaustausch über die Parteiblätter, der offensichtlich durch ein sprachliches, aber auch gedankliches Missverständnis hervorgerufen wurde.⁴

Warum Eduard David gerade Hermann Müller, dessen Zeitungsbeiträge den Konflikt zwischen SPD und SFIO in diesem Zeitabschnitt zusätzlich angefeuert hatten, auf das bevorstehende Treffen mit den französischen Genossen schicken wollte, geht aus dem Tagebucheintrag nicht hervor. Unabhängig davon kann hervorgehoben werden, dass Sprachkenntnisse auch nach einem zeitgenössischen Ermessen unabdingbar waren für eine sinnvolle und konstruktive transnationale Zusammenarbeit. Dies galt im Besonderen für informelle Zusammenkünfte von Sozialisten, wo im Regelfall kein Übersetzer zugegen war, was zur Folge hatte, dass die

¹ David, Eduard, Tagebucheintrag vom 5.2.1915; in: S. MILLER (Hrsg.), Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David, 1966, S. 102 ff.; zu Longuet: Y. LACAZE, L'opinion publique française et la crise de Munich, 1991, S. 388.

² Vgl. Erstes Kapitel, 2.2.

³ Konkret ging es hierbei um die nicht erfolgte Ablehnung der Kriegskredite durch SPD bzw. SFIO sowie um die Suche nach einem »Schuldigen«. A.N. Paris, Congrès socialistes, dont celui des Tours en 1920 (1899–1920), Polizeibericht, 17.1.1916, F7/13072.

⁴ H. DE MAN, Gegen den Strom, 1953, S. 114 ff.; hierzu auch: P. SCHEIDEMANN, Memoiren eines Sozialdemokraten, 1928, Erster Band; W. DITTMANN, Erinnerungen, Bd. 2, 1995, S. 349; Zu Renaudel: Die Internationale und der Weltkrieg: Materialien gesammelt von Carl Grünberg, 1916, S. 40 ff.; P. RENAUEL, L'Internationale à Berne, 1919, S. 40–43.

Arbeitervertreter entweder auf eigene Sprachkenntnisse oder jene ihres Gegenübers angewiesen waren. Selbst auf SAI-Kongressen kam es vor, dass die Reden prominenter Arbeitervertreter von sozialistischen Delegierten übersetzt werden mussten: Im Jahr 1925, auf dem Marseiller Kongress der Arbeiterinternationale, nahm sich Rudolf Breitscheid beispielsweise der undankbaren Aufgabe an, den Redebeitrag des prominentesten SFIO-Redners, Léon Blum, simultan ins Deutsche zu übertragen.⁵

Die damit einhergehenden Probleme liegen allerdings auf der Hand: Die sich in der Zwischenkriegszeit versammelnden Arbeitervertreter, die sich an internationalen Konferenzen beteiligten, verfügten zwar in großen Teilen über eine »gehobene« Bildung,⁶ jedoch ging eben diese nicht zwangsläufig mit formidablen Sprachkenntnissen einher. Dementsprechend wäre es schlichtweg falsch, eine flüssige Kommunikation zwischen den Akteuren vorauszusetzen – in der Praxis war oftmals das genaue Gegenteil der Fall. Indes wird die Bedeutung des Beherrschens einer Fremdsprache, auch als Grundlage des »Fremdverstehens«,⁷ in den bislang publizierten Studien zur

⁵ Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1975, S. 136 f.

⁶ Léon Blum studierte einige Semester an der »École Normale Supérieure«, ebenso wie Albert Thomas; Pierre Renaudel war Tierarzt, Jean Longuet ein ausgebildeter Jurist, Breitscheid hatte Nationalökonomie studiert, Salomon Grumbach arbeitete, auch wenn aus einfachen Verhältnissen stammend, als Journalist und pflegte bereits in frühen Jahren Kontakt zu Künstlerkreisen; Hilferding absolvierte ein Studium der Medizin, Nationalökonomie und Finanzwirtschaft. Indes gibt es durchaus andere Beispiele, die dem Bild der »aristokratischen Führungselite« widersprechen: Hermann Müller war kaufmännischer Gehilfe, Ramsay MacDonald ein einfacher Büroangestellter, Arthur Henderson ein Eisengießer, Otto Wels ein Tapezierer. Zu den genannten SFIO-Politikern: G. ZIEBURA, Léon Blum, 1963, Bd. I; S. BERSTEIN, Léon Blum, 2006; J. LACOUTURE, Léon Blum, 1977; D. GUÉRIN, Albert Thomas au BIT 1920–1932, 1996; G. CANDAR, Jean Longuet, 2007; R. STÜBLING, Salomon Grumbach – ein Elsässer in Frankfurt, in: F. KÖNIG / R. STÜBLING (Hrsg.), Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Friedensfreunde, 1985; G. BADIA, Salomon Grumbach – ein anonymen Interpret französisch-deutscher Politik, in: H. ROUSSEL / L. WINKLER (Hrsg.), Rechts und links der Seine. Pariser Tageblatt und Pariser Tageszeitung 1933–1940, 2002, S. 95–113; COMPÈRE-MOREL et al (Hrsg.), *Encyclopédie socialiste: syndicale et coopérative de l'internationale ouvrière*, 1912, S. 160. Zur SPD siehe: M. VOGT, Hermann Müller, in: W. VON STERNBURG (Hrsg.), Die deutschen Kanzler, 1998, S. 191–206; H. ADOLPH, Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939, 1971; W. EUCHNER, Rudolf Hilferding, 1988–1941, in: P. LÖSCHE / M. SCHOLING / F. WALTER, Vor dem Vergessen bewahren, 1988, S. 170–192; P. PISTORIUS, Rudolf Breitscheid 1874–1944, 1970; M.-D. CAVAILLÉ, Rudolf Breitscheid et la France, 1995. Zur Labour Party: D. MARQUAND, Ramsay MacDonald, 1977; F. M. LEVENTHAL, Arthur Henderson, 1989.

⁷ Die Autoren Christ und Bredella zeigen in ihrer Studie zum Thema »Fremdverstehen« paradigmatisch, dass das Erlernen bzw. Beherrschen einer Fremdsprache Grundlage für das Verständnis der Überlegungen des jeweiligen Gegenübers ist. Dies gilt selbstredend auch für Gespräche mit Nicht-Muttersprachlern. In Bezug auf die sozialistische Parteienkooperation ist diese Erkenntnis keineswegs unerheblich, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass die jeweiligen transnationalen Akteure bei ihren zahlreichen Begegnungen zumindest theoretisch den Versuch unternahmen, eine wie auch immer geartete »proletarische Solidarität« zu pflegen und aufrecht zu halten. Ein gewisses Verständnis für den Gesprächspartner – in diesem Fall die ausländischen Genossen – muss hierbei vorausgesetzt werden. Vor diesem Hintergrund waren Sprachkenntnisse fast schon unabdingbar. H. CHRIST / L. BREDELLA, Didaktik des Fremdverstehens im Rahmen einer Theorie des Lehrens und Lernens fremder Sprachen, in: Dies. (Hrsg.), Didaktik des Fremdverstehens, 1995, S. 8–19; hier: S. 8.

(sozialistischen) Zusammenarbeit konsequent ausgespart bzw. geflissentlich ignoriert. Grund hierfür ist sicherlich die relativ dürftige Quellenlage, da Kongressprotokolle oder stenographische Berichte kaum Auskünfte über sprachliche Defizite oder Kommunikationsprobleme geben.

Damit läuft die transnationale Geschichtsschreibung aber Gefahr, die Interaktion und Kommunikation der Gegenwart auf die Vergangenheit anzuwenden – sträflich außer Acht lassend, dass die Umstände grundverschieden waren. Studien, die sich auf grenzüberschreitende Beziehungen der Ist-Zeit konzentrieren, setzen gemeinhin fundierte Sprachkenntnisse voraus und beschreiben den idealtypischen Akteur als polyglotten, kommunikativen Menschen: »Um ein interkulturelles Eigenes zu behalten, pflegen transnationale Akteure Netzwerke und kulturelle Kenntnisse jenseits von nationalen Grenzen. Sie beherrschen und nutzen mindestens zwei Sprachen.«⁸ Diesem Bild entsprechen die in der vorliegenden Dissertation untersuchten transnationalen sozialistischen Akteure jedoch nur eingeschränkt: Die Quote sprachlicher Missverständnisse war ungemein hoch. Dementsprechend wird im Folgenden der Versuch unternommen, erstmals eine realistische Einschätzung der praktischen Kommunikation zwischen den Parteivertretern von SPD, SFIO und Labour Party anhand einiger ausgewählter Beispiele vorzunehmen.

Am 16. Juli 1922 fand in Paris ein »meeting international sur les réparations et la paix« statt.⁹ Grund für das Zusammentreffen war das Bemühen der internationalen Sozialisten, eine gemeinsame Linie in der Reparationsfrage zu vereinbaren. Zu diesem Zweck war der englische Delegierte Tom Shaw extra nach Frankreich gereist, um sich mit den französischen Genossen in dieser Frage zu besprechen. Aus dem Polizeibericht geht jedoch hervor, dass die Kommunikation zwischen den Arbeitervertretern keineswegs unproblematisch verlief: Konkret monierte der zuständige Beamte, Shaw habe »notre langue avec quelque fantaisie« gesprochen.¹⁰ Den Redebeitrag des Briten reduzierte er auf die simple Botschaft, die Sozialisten aus Frankreich und Großbritannien müssten sich besser kennenlernen. Viel wichtiger schien ihm die Erkenntnis, dass Tom Shaw von seinen französischen Genossen ausgelacht worden sei für dessen rudimentäre Sprachkenntnisse.

Zwei Jahre zuvor war Philip Snowden im Februar 1920 nach Straßburg gereist,¹¹ um dem SFIO-Kongress beizuwohnen. Ebenfalls anwesend in Straßburg war der deutsche Sozialdemokrat Hermann Müller, der den französischen Delegierten die Botschaft übermittelte, Deutschland und die SPD würden alles daran setzen, den

⁸ C. DUCHÊNE-LACROIX, Von französischen zu plurikulturellen Archipelen: Lebensformen von Franzosen in Berlin; in: F. KREUTZER / S. ROTH, Transnationale Karrieren, 2006, S. 240–259; hier: S. 248.

⁹ A.N., SÉRIE F/7, POLICE GÉNÉRALE, Léon Blum, Polizeibericht vom 16. 7. 1922, F7/15933.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Hierzu: Parti Socialiste (Section Française de l'International Ouvrière): XVIIIe Congrès National, Février 1920, Strasbourg, Rapports de la Commission Administrative Permanente. Paris, Librairie Populaire, 1920.

Versailler Vertrag einzuhalten und zu erfüllen – was, wie aus dem Kongressprotokoll hervorgeht, große Zustimmung im französischen Lager hervorrief.¹² Als sich Snowden zu Wort meldete, sprach er, wie aus einem Bericht der »Humanité« hervorgeht, mit »großem Pathos« über die Zukunft der Arbeiterinternationale.¹³ Das Problem hieran war allerdings, dass keiner der SFIO-Delegierten verstehen konnte, was der britische Arbeitervertreter »en détail« vermitteln wollte. Snowden wurde simultan von Jean Longuet übersetzt, der dieser Aufgabe offenbar nur bedingt gewachsen war: Der Verfasser des Artikels kam zu dem Schluss, dass sich Longuet zwar redlich bemüht hätte, Snowdens Rede zu übersetzen – aber offensichtlich nur mit mäßigem Erfolg.¹⁴

Einige Monate nach dem Straßburger Kongress der SFIO fand in Halle ein Kongress der USPD statt. Jean Longuet wohnte dem Kongress bei und wurde während seiner Rede von Toni Sender übersetzt,¹⁵ die über gute Französischkenntnisse verfügte¹⁶ und dementsprechend keine Probleme mit dieser Aufgabe hatte. Ganz ähnlich verhielt es sich auf der anderen Seite des Rheins mit dem Elsässer Salomon Grumbach, der beispielsweise die Rede von Rudolf Hilferding auf dem Kongress von Grenoble ins Französische übertrug.¹⁷

Über gute Deutschkenntnisse verfügte nicht nur Salomon Grumbach, sondern auch der ergreiste Linke Alexandre Bracke. Anlässlich seines 70. Geburtstages erinnerte Jean Longuet in einer in der »Internationalen Information« veröffentlichten Laudatio an die zahlreichen Übersetzungen deutscher »Klassiker«, die Bracke ins Französische übertragen hatte: »*Muß man daran erinnern, daß wir ihm die meisterhaften Übersetzungen von Kautsky, Bebel, Mehring, Rosa Luxemburg, Fritz Adler zu verdanken haben? Daß er als Siebzigjähriger mit prächtigem Eifer begonnen hat, die gesammelten Werke von Engels ins Französische zu übersetzen?*«¹⁸ Auch Toni Sender beschreibt Bracke in ihrer Autobiographie als ausgewiesenen Deutschlandkenner und Übersetzer von vielen wichtigen Werken. Senders machte hierbei indes deutlich, dass Bracke die deutsche Sprache nicht aktiv beherrschte, sondern sich vielmehr auf einen passiven Sprachwortschatz beschränkte: »*Wir scharten uns alle um Père Bracke, unseren Abgeordneten in der Deputiertenkammer [...]. Er spricht keine Fremdsprachen, aber er liest und versteht mehrere und hat viele wichtige ausländische Werke, insbesondere der deutschen Wissenschaft, ins Französische übersetzt.*«¹⁹

¹² Daran mochte auch die Tatsache nichts ändern, dass der Versailler Vertrag von den SFIO-Delegierten wenige Stunden zuvor mit 1420 zu 54 Stimmen abgelehnt wurde. Ebd., S. 73.

¹³ Humanité, 26. 2. 1920.

¹⁴ Diese Aussage überrascht insofern, als Longuet gemeinhin gute Englischkenntnisse attestiert werden. Ebd.

¹⁵ Hierzu: Le Populaire, 18. 10. 1920.

¹⁶ Vgl. J. STEEN / G. WEIDEN, Tony Sender 1888–1964: Rebellin, Demokratin, Weltbürgerin, 1992, S. 25; hierzu auch die Autobiographie von Senders über ihre Zeit in Frankreich: T. SENDER, Autobiographie einer deutschen Rebellin, 1981, S. 49 ff.

¹⁷ Homme Libre, 9. 2. 1926; Le Peuple, 9. 2. 1926.

¹⁸ Internationale Information, Bracke, von Jean Longuet, 23. 9. 1931, Bd. 8.2., 1931, S. 440.

¹⁹ T. SENDER, Autobiographie einer deutschen Rebellin, 1981, S. 53.

Bekannt ist auch, dass Léon Blum Kenntnisse über die deutsche Sprache besaß und zumindest Briefe aus Deutschland lesen konnte. So schreibt Breitscheid mit einer gewissen Selbstverständlichkeit an Blum im Jahr 1930: »Entschuldigen Sie, daß ich Ihren Brief in deutscher Sprache beantworte. Ein französischer Brief würde mir zu viel Schwierigkeiten machen.«²⁰ An anderer Stelle machte Breitscheid kenntlich, dass Blum die deutsche Sprache zumindest schriftlich beherrsche, weswegen er keine Bedenken habe, einen Brief in deutscher Sprache zu verfassen.

Was Rudolf Breitscheid angeht, so werden ihm gemeinhin gute Französischkenntnisse zugeschrieben.²¹ Der Finanzexperte der SFIO und spätere französische Präsident, Vincent Auriol, urteilte über Breitscheid: »Breitscheid est rhénan. Tout imprégnée de culture française, son éloquence magnifique utilisait toutes les finesses de notre langue. Sa sensibilité le rapprochait de nous.«²² Von dem Rheinländer ist überliefert, dass er sich flüssig auf SFIO-Kongressen ausdrücken konnte, wenngleich die Berichte hierüber stark variieren. Ein anonymes Autor schrieb in der »Liberté« über Breitscheids Aussprache: »Le citoyen Breitscheid se leva le premier. Représentant les socialistes allemands, il parlait avec un lourd accent tudesque que les picbets de notre joli vin rosé, ingurgités à la régélate, arrivaient tout juste à rendre plus rauque, plus agressif.«²³ Eine gegenteilige Meinung wurde im Jahr 1928, anlässlich der Präsentation der deutschen Völkerbundsdelegation, von dem Autor der »Ère Nouvelle«, G. Lebas, präsentiert, der den Deutschen in den höchsten Tönen lobte, auch wegen seiner sprachlichen Fertigkeiten: »Le visage romantique du socialiste Rudolf Breitscheid est bien connu chez nous, et c'est justement couronner son inlassable labeur pacifiste que de permettre à sa voix éloquente de confirmer solennellement le succès d'une cause qu'il a été longtemps presque seul à défendre dans son pays.«²⁴

Ob man Breitscheid für seine Französischkenntnisse nun loben oder tadeln sollte, steht nicht im Vordergrund der Analyse. Fakt ist, dass Akteure mit Sprachkenntnissen bevorzugt an der transnationalen sozialistischen Zusammenarbeit teilnahmen. Dies gilt in besonderem Maße für Breitscheid und Grumbach, die im Zeitraum der Locarno-Ära besonders intensiv an der Realisierung einer deutsch-französischen Verständigung beteiligt waren. Zwar waren mangelnde Fremdsprachenkenntnisse kein Ausschlusskriterium für eine Beteiligung an der länderübergreifenden sozialistischen Kooperation, dennoch liegt es auf der Hand, dass insbesondere bilaterale Zusammenkünfte auf Mittlerfiguren mit entsprechenden Kenntnissen angewiesen waren. Eben hierzu gehörten Akteure wie Longuet,²⁵ Breitscheid und Grumbach.

Ein weiteres Beispiel für die große Relevanz von Sprachkenntnissen findet sich in den Akten der Sozialistischen Arbeiterinternationale: Im Jahr 1924 trat Friedrich Adler an Eduard Bernstein heran, um ihn darum zu bitten, an einer Feier zum Ge-

²⁰ IISG, Rudolf Breitscheid, Brief von Breitscheid an Blum, 8. 8. 1930, IISG/Breitscheid/1–23.

²¹ Hierzu: M.-D. CAVAILLÉ, Rudolf Breitscheid et la France, 1995, S. 36 f.

²² Ebd., S. 36.

²³ Liberté, 20. 4. 1927.

²⁴ Ère nouvelle, 12. 9. 1928.

²⁵ LHASC, Advisory Committee on International Questions, Minutes, 22. Juni 1922, LP/IAC/I/135.

dächtnis der Gründung der IAA teilzunehmen und dort als Gastredner aufzutreten. Bernstein antwortete umgehend und erklärte, »daß es mir eine Ehre sein wird an der von Ihrem Ausschuss geplanten Feier [...] teilzunehmen.«²⁶ Bezogen auf seine Rede schlug der Sozialdemokrat vor, als Vertreter der deutschen Sozialisten zunächst in deutscher Sprache zu sprechen, um anschließend in die englische Sprache zu wechseln. In seinem Antwortschreiben äußerte sich Adler indes skeptisch über dieses Vorhaben: »Besten Dank für ihre Zusage. Was die Sprache Ihrer Rede betrifft, so ist dafür einzig der Gesichtspunkt der Zeitersparnis maßgebend. Eine deutsche Rede wird gehalten – von Greulich – aber wir haben natürlich das dringendste Interesse die Zahl der Uebersetzungen möglichst einzuschränken.«²⁷ Aus diesem Grund bat er Bernstein darum, seine Rede in englischer Sprache zu halten, »da Vandervelde französisch, Abramowitsch und Bauer wahrscheinlich auch deutsch« sprechen müssten. Eben deshalb bestehe kein »politisches Bedürfnis«, die Rede Bernsteins ebenfalls in deutscher Sprache zu halten.²⁸ Das Anliegen Adler stellte kein Problem für den sprachlich versierten Sozialdemokraten dar: Bernstein antwortete prompt und erklärte sich bereit, »gleich Englisch zu sprechen.«²⁹ Die Tatsache, dass bis auf Bernstein kaum ein Delegierter – nicht mal Vandervelde, Bauer oder Abramowitsch – der englischen Sprache ausreichend mächtig war und die hieraus entstehenden Übersetzungsaufgaben enorme praktische Probleme (»Zeitverzögerung«) verursachten, belegt hinreichend die Vorzüge von Fremdsprachenkenntnissen für die transnationale Zusammenarbeit.

2.2. *Transnationale Akteure und ihre Grenzen: Raum- und Zeitvorstellungen sozialistischer Akteure in der Zwischenkriegszeit*

Am 24. November 1930 sendete der Adler-Mitarbeiter Adolph Sturmthal einen Bericht an Rudolf Breitscheid über den derzeitigen Stand der SAI-Völkerbundskommission. In seinem Begleitbrief erinnerte er den Deutschen daran, dass er (Breitscheid) sich bereit erklärt hätte, über die wirtschaftlichen Arbeiten des Völkerbundes sowie das Briandsche Memorandum ein Referat zu halten. »Ich bitte Sie, uns mitzuteilen, ob und welches Material Sie hierfür benötigen.«³⁰

Breitscheid schien über den Brief weniger erfreut zu sein und antwortete erst zwei Monate später. Aus dem Schreiben geht hervor, dass sich Breitscheid weder an seine Zusage, ein Referat zu halten, erinnern konnte, noch an den eigentlichen Termin der bevorstehenden Sitzung der Völkerbundskommission: »Da auf meinem Schreibtisch im Fraktionsbüro jetzt durch Dritte Ordnung geschaffen wird, finde ich beim besten Willen nicht mehr die Zuschriften der SAI, in denen mir der Termin der Sitzung, an der ich teilnehmen soll, und das Thema, über das ich zu referieren habe, mitgeteilt werden. Ich wäre ihnen daber

²⁶ IISG, SAI, Korrespondenz, Bernstein an Adler, 3. 9. 1924, IISG/SAI/Korrespondenz/866/3.

²⁷ IISG, SAI, Korrespondenz, Adler an Bernstein, 18. 9. 1924, IISG/SAI/Korrespondenz/866/4.

²⁸ Ebd.

²⁹ IISG, SAI, Korrespondenz, Bernstein an Adler, 23. 9. 1924, IISG/SAI/Korrespondenz/866/6.

³⁰ IISG, SAI, Korrespondenz, Adler an Breitscheid, Kommission Probleme Völkerbund, 24. 11. 1930, IISG/SAI/Korrespondenz/852/2.

sehr dankbar, wenn sie mich noch einmal benachrichtigen wollten.«³¹ Anschließend machte Breitscheid darauf aufmerksam, dass er vermutlich nicht anwesend sein könne, »da wahrscheinlich außer den Tagen vom 15. bis 17. wegen der parlamentarischen Lage wieder alles am Platze sein muß«. ³² Anders formuliert hatte der Sozialdemokrat also weder die Zeit noch die Muße, an einem internationalen Zusammentreffen der SAI-Völkerbundskommission teilzunehmen und hierbei einen Vortrag zu halten.

Der kurze Briefwechsel zwischen Breitscheid und Sturmthal macht auf ein wesentliches Problem der transnationalen sozialistischen Zusammenarbeit in der Zwischenkriegszeit aufmerksam: Trotz der gemeinhin verbesserten Transportmöglichkeiten³³ wurde die gemeinsame Terminfindung vor dem Hintergrund der zunehmenden Integration sozialistischer Akteure in das politische System ihrer jeweiligen Nationalstaaten und der damit einhergehenden Mehrfachbelastung immer schwerer. Sozialistische Akteure im Frankreich, Deutschland und Großbritannien der Zwischenkriegszeit hatten trotz der vorhandenen Unterschiede ihrer politischen Systeme³⁴ eines gemeinsam: Die relative Distanz ihrer Parteien zum parlamentarischen und politischen System löste sich zunehmend auf, was zur Folge hatte, dass sich die einstigen Oppositionsparteien sukzessive zu Regierungsparteien transformierten. Wie Beatrice Webb am Beispiel der zweiten MacDonald Administration bzw. der Labour Party im Jahr 1929 deutlich machte, bildete sich aufgrund dessen innerhalb der Partei eine neue »Funktionselite« heraus, die sich von der Stammpartei abkoppelte und in einen zunehmenden Dialog mit anderen Parteien und Schichten eintrat.³⁵ Die hieraus entstehenden Konflikte zwischen Parteibasis, Parlamentsfraktion und Parteiführung sollen nicht Gegenstand der Analyse sein – Fakt war indes, dass die zunehmende Beanspruchung der sozialistischen Akteure zunehmend zu einer Belastung für die transnationale sozialistische Zusammenarbeit wurde.³⁶

Daher vermag es nicht zu überraschen, dass die Terminfindung von Exekutivsituationen, Rüstungskonferenzen, Kongressen häufig zur Diskussion stand. Diese Probleme waren keineswegs neu: Bereits im Vorfeld des Ersten Weltkrieges kam es re-

³¹ IISG, SAI, Korrespondenz, Breitscheid an Sturmthal, Kommission Probleme Völkerbund, 7.2.1931, IISG/SAI/Korrespondenz/852/12.

³² Ebd.

³³ S. BERGER, Internationalismus als Lippenbekenntnis? in: J. MITTAG (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration, 2006, S. 197–213; hier: S. 211.

³⁴ Hierzu auch: A. WIRSCHING (Hrsg.), Herausforderungen der parlamentarischen Demokratie, 2007.

³⁵ LSI, Passfield Papers, IV 23; A Note on MacDonald's Government of 1929; veröffentlicht in: Political Quarterly, Vol. I, No. 1 (Jan. 1930), pp. 104–109, unter dem Titel: The disappearance of the governing class.

³⁶ Die SAI reagierte auf ihre Art und Weise auf die zunehmende Doppelbelastung sozialistischer Akteure, indem die Übernahme eines Amtes auf nationaler Ebene (Regierung) und internationaler Ebene (SAI) vermieden wurde. Dies führte allerdings zu einer Fluktuation vor allem im englischen Lager, insofern eine Vielzahl transnationaler Akteure sowohl an der ersten als auch der zweiten Labour-Regierung beteiligt war. Auf dem Wiener Kongress 1931 nahmen deshalb mit Ausnahme von W. Gillies nur in der zweiten Reihe stehende Delegierte teil (Gillies sprach von »Unterstaatssekretären«). LHASC, LSI, Brief Gillies an MacDonald, 18.3.1931, LHASC/LSI/17/1/32.

gelmäßig zu Diskussionen über Ort und Zeitpunkt anstehender Zusammenkünfte. So wurde selbst im Rahmen der Julikrise 1914 trotz der Gefahr eines Weltkrieges höchst angeregt über den bevorstehenden Sozialistenkongress diskutiert: Haase wollte den Kongress in Paris stattfinden lassen, da Wien als ursprünglich vorgesehener Tagungsort ob der politischen Wirren ausfiel. Dies brachte die englischen Delegierten auf den Plan, die ihrerseits den Kongress in London veranstalten wollten, aufgrund von »terminlichen« Schwierigkeiten. Am Ende wurde Paris als Tagungsort bestimmt.³⁷

In der Zwischenkriegszeit wurde mindestens ebenso intensiv über bevorstehende Termine debattiert: Als Friedrich Adler³⁸ anlässlich der bevorstehenden Tagung der Abrüstungskommission des Völkerbundes im August 1926 die hierfür zuständige SAI-Kommission erstmals einberufen wollte, weigerte sich Otto Wels, diesem Anliegen nachzukommen. Per Telegramm verkündete er: »Halte Ruestungskonferenz ohne Vorbereitung fuer zwecklos.«³⁹ Wenige Tage später wandte er sich außerdem postalisch an den SAI-Sekretär und argumentierte, der Vertreter der SPD – Hermann Müller – sei zurzeit nicht in Berlin und könne vermutlich nicht nach Zürich kommen.⁴⁰ In seinem Antwortschreiben beklagte Adler sich darüber, dass es in letzter Zeit sehr schwer wäre, gemeinsame Sitzungen anzuberaumen. Hierbei erwähnte er die Exekutivsitzen der SAI, deren terminliche Festsetzung offensichtlich höchst problematisch war.⁴¹ Die Vertagung der Sitzung der hauseigenen Abrüstungskommission kam für ihn nicht Frage: »Ich glaube [...] daß es trotzdem notwendig ist, daß die Kommission zusammentritt, nicht nur um sich zu konstituieren, sondern auch um die Lage einer Besprechung zu unterziehen.«⁴²

Was räumliche Vorstellungen und Bedeutungszuschreibungen anbelangt, so tat sich v. a. die Labour Party sehr schwer damit, Zusagen zu internationalen sozialistischen Zusammenkünften zu erteilen. Dies lag aber nicht zwangsläufig am fehlenden Willen der Parteivertreter, sondern auch an der räumlichen Distanz zwischen dem Inselstaat und dem Kontinent. So waren Treffen in London oder Manchester für die

³⁷ Protokoll der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus vom 29. bis 30. Juli 1914 in Brüssel; in: Kongressprotokolle der Zweiten Internationale, Bd. 2, 1976, S. 27.

³⁸ Auch Friedrich Adler kann in diesem Kontext gewissermaßen als »Paradebeispiel« angeführt werden. Im Jahr 1924 reichte er seine Demission als Sekretär der SAI ein, da sich der Sitz des Sekretariats in London befand und er als Sekretär dazu gezwungen war, zwischen Wien und London zu pendeln. Aufgrund »familiärer« Schwierigkeiten sah er sich infolgedessen dazu gezwungen, seinen Rücktritt bekannt zu geben, der allerdings kurz darauf wieder zurückgenommen wurde, weil die SAI Adler zuliebe ihren Sitz nach Zürich verlegte, was ihn davon überzeugte, weiter für die Organisation zu arbeiten. Internationale Information, Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, 24. 12. 1924, Bd. II, 1925, No. 2.

³⁹ IISG, SAI, Abrüstungskommission, Wels an Adler, 4. 8. 1926, IISG/SAI/ Abrüstungskommission /759/1.

⁴⁰ IISG; SAI, Abrüstungskommission, Wels an Adler, 13. 8. 1926, IISG/SAI/ Abrüstungskommission /759/5.

⁴¹ IISG, SAI, Abrüstungskommission, Adler an Wels, 18. 8. 1926, IISG/SAI/ Abrüstungskommission /759/6.

⁴² Ebd.

Kontinentalsozialisten schwer zu realisieren, während ein Meeting in Paris wiederum problematisch für die Labour-Vertreter war. Hinzu kamen, insbesondere 1923 und 1929, diverse finanzielle Beschränkungen, die ausschweifende Reisepläne zusätzlich erschwerten: Im Zuge der Ruhrkrise macht Tom Shaw darauf aufmerksam, dass ein Treffen des Bureaus in London kaum Aussicht auf Erfolg habe, insbesondere aufgrund der schwierigen finanziellen Situation in Deutschland: »*As for London, there would be tremendous difficulties in the way. For instance with the mark at anywhere up to 30 millions to the pound would be almost impossible for the Germans.*«⁴³ Kurze Zeit später beschwerte sich Shaw in einem Schreiben an Wels: »*MacDonald hat mir gesagt, daß die Franzosen und die Belgier sich verweigert haben nach London zu kommen.*«⁴⁴ Auch in den Folgejahren, als die Treffen des Bureaus oder der Exekutive häufig in London stattfanden, wurden anberaumte Zusammenkünfte im Easton Lodge von Vertretern der SFIO, SPD oder POB mehrfach verschoben.⁴⁵

Darüber hinaus weigerte sich die Labour Party mehrmalig, an kontinentaleuropäischen Kongressen oder Parteitage teilzunehmen. So wurde am 18. 10. 1921 beschlossen, keinen britischen Delegierten nach Frankreich zu entsenden, wo ein Zusammentreffen von Vertretern der Wiener Internationale stattfand. Erst auf Initiative Tom Shaws entschied man, doch einen Vertreter zu entsenden, aufgrund der angespannten Situation zwischen Zweiter und Wiener Internationale.⁴⁶ Das zögerliche Vorgehen hinsichtlich transnationaler Treffen machte sich vor allem im Zuge der ersten Regierung MacDonald und danach bemerkbar: Nach 1925/25 kam es zu immer weniger Besuchen englischer Delegierter auf Parteitage kontinentaleuropäischer Schwesterparteien.⁴⁷ Diese Entwicklung gipfelte quasi in dem dritten Kongress der SAI in Brüssel 1928, als Henderson Rundbriefe an Gewerkschaft und Partei entsenden musste, um die 120 Mann starke deutsche Delegation mit einer ähnlich mächtigen britischen Vertretung zu kontern.⁴⁸

Was die »Reisesträpazen« transnationaler Akteure im Allgemeinen anbelangt, so muss indes festgestellt werden, dass die wenigen zeitgenössischen Betrachtungen geradezu harmlos erscheinen, wenn man sie mit den Terminfindungsschwierigkeiten auf organisatorischer Ebene vergleicht: Während die Bestimmung eines gemein-

⁴³ Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass ein Treffen am 13. 11. abgesagt wurde (SAI-Bureau). Otto Wels hatte keinen finanziellen Spielraum, um zu reisen; MacDonald musste wegen der anstehenden Neuwahlen pausieren; Léon Blum konnte nicht erreicht werden. IISG, SAI, Korrespondenz, Shaw an Henderson, 30. 8. 1923, IISG/SAI/Korrespondenz/1662/4; zu den Terminschwierigkeiten: IISG, SAI, Bureau, Terminschwierigkeiten, 13. 11. 1923, IISG/SAI/Bureau/600 ff.

⁴⁴ IISG, SAI, Korrespondenz, Shaw an Wels, 26. 6. 1923, IISG/SAI/Korrespondenz/1408/11.

⁴⁵ Hierzu, u. a.: IISG, SAI, Korrespondenz, Adler an Shaw, 3. 6. 1925, IISG/SAI/Korrespondenz/1664/19.

⁴⁶ LHASC, National Executive Committee, Internationales Komitee, 18. 10. 1921, LHASC/ LP/EC/ Minutes, Juli bis Dezember 1921.

⁴⁷ So wurden 1925/1926 Grußbotschaften postalisch versandt, anstatt eigene Delegierte zu entsenden. Siehe hierzu die jeweiligen Exekutivsitzungen: LHASC, National Executive Committee, LHASC/ LP/EC/1925/1926.

⁴⁸ LHASC, National Executive Committee, Exekutivsitzung, 27. 6. 1928, LP/EC/Minutes, Mai bis Juni 1928.

samen Tagungsortes häufig Konflikte zwischen den Parteien auslöste, verlief die Entsendung von einzelnen Parteidelegationen ins Ausland im Regelfall unkompliziert: So teilte der SPD-Politiker Adolf Braun dem englischen Genossen Tom Shaw im Jahr 1923 mit, er werde um 9.30 Uhr vormittags an der »London Liverpool Street« ankommen, eventuell sogar gemeinsam mit Friedrich Adler. *»Es ist wohl nicht ausgeschlossen, daß Fritz Adler, von dem ich hörte, daß er seine Kur in Nauheim unterbrechen will, mit dem gleichen Zug ankommt. Sollte das nicht der Fall sein, dann wäre ich sehr dankbar, wenn ich am Bahnhof von einem deutsch oder französisch sprechenden Genossen abgeholt würde.«*⁴⁹ Diese unverkrampfte Vorstellung von Zeit und Raum lässt die vor allem postalisch ausgetragenen Diskussionen um mögliche Termine und Tagungsorte wiederum in einem schwachen Licht erscheinen.

Daraus kann gefolgert werden, dass die Auslandsreisen an sich durchaus zu bewältigen waren – zumindest dann, wenn sie von der Partei finanziert wurden, was, mit Ausnahme der Ruhrkrise bzw. der Weltwirtschaftskrise und den damit einhergehenden finanziellen Schwierigkeiten, weitestgehend der Fall war. Dies gilt umso mehr, als die Sozialistische Arbeiterinternationale ihren Schwerpunkt klar auf Europa setzte und außereuropäische Reisen bzw. Aktivitäten die Ausnahme waren.⁵⁰ In der Zwischenkriegszeit finden sich folgerichtig weder Berichte über beschwerliche Zugfahrten, noch über komplizierte Einreisebedingungen.⁵¹ Viel schwieriger war es, die nationalen und internationalen Verpflichtungen unter einen Hut zu bringen: Sozialistische Akteure sprachen in Bezug auf ihre Parteiaktivitäten permanent von »Zeitknappheit«, nahmen die berufliche Belastung also aus subjektiver Perspektive als enormen Stressfaktor wahr. Diese Tendenz verstärkte sich um ein Vielfaches, wenn zur Belastung des politischen Alltags die Ausübung politischer Ämter auf Regierungs- oder internationaler Ebene hinzukam. Allein die Vorstellung über die begrenzten Zeitressourcen, die keinen wissenschaftlich nachweisbaren Parametern folgte, sondern höchst individuell gestaltet wurde, führte in der Praxis dazu, das transnationale Miteinander wesentlich komplizierter zu gestalten.

Dass es unter diesen Bedingungen dennoch zu einer bemerkenswert hohen Zahl länderübergreifender Treffen kam, kann nicht zuletzt mit dem Pflichtbewusstsein der handelnden Akteure begründet werden: Die »internationale Pflicht« zu erfüllen, war ein immer wiederkehrendes Motiv des transnationalen Sozialismus. Bereits Karl Marx sprach von der »Pflicht« der Arbeiterbewegung zur proletarischen Solidarität⁵² und Hugo Haase äußerte sich in der Julikrise wie folgt: *Wenn in Paris Russen, Österreicher, Franzosen, Deutsche, Italiener und so weiter gemeinsam ihre Stimme zum Protest erheben, können wir mit Zufriedenheit feststellen, daß wir unsere Pflicht erfüllt haben.*

⁴⁹ IISG, SAI, Korrespondenz, Braun an T. Shaw, 17.7.1923, IISG/SAI/Korrespondenz/854/8.

⁵⁰ Vgl. S. BERGER, Internationalismus als Lippenbekenntnis?; in: J. MITTAG (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration, 2006, S. 197–213.

⁵¹ Die bewilligte oder nicht bewilligte Einreiseerlaubnis war noch vor dem Ende des Weltkrieges ein Ausschlusskriterium für etwaige Reisestrapazen gewesen.

⁵² K. MARX, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation; in: MEW, Bd. 16, S. 12 f.

Wir wissen nicht, ob wir Erfolg haben werden. Aber wir müssen unsere Pflicht tun.»⁵³ Gleichmaßen wurde auf dem Brüsseler Kongress der SAI 1928 verkündet, es sei die »Pflicht« einer jeden Arbeiterpartei, für die Abrüstung zu streiten⁵⁴ und jedes Gesetzesvorhaben zu unterstützen, das diesem Vorhaben diene;⁵⁵ Léon Blum sprach 1931 von der »Pflicht« der SAI ein Programm gegen die Wirtschaftskrise zu entwerfen⁵⁶ und auch die schonungslose Berichterstattung über das nationalsozialistische Deutschland wurde vonseiten der Arbeiterinternationale als unbedingt »verpflichtend« angesehen.⁵⁷

Daraus geht hervor, dass die transnationalen Zusammenkünfte von Arbeitervertretern keineswegs eine rein freiwillig erbrachte Wahlübung waren, sondern wahrhaftig zum sozialistischen Selbstverständnis gehörten. »Proletarische Solidarität« zu demonstrieren, war somit eine Pflichtübung, die Teilnahme an länderübergreifenden Treffen eine »Frage der Ehre«. Zusammengefasst wurden die räumlichen Distanzen von sozialistischen Mittlerfiguren nur bedingt als Hindernis empfunden, sondern vielmehr unter dem Eindruck einer generellen »Dynamisierung und Individualisierung moderner Raum- und Kommunikationsstrukturen« perzipiert.⁵⁸ So überrascht es wenig, dass Akteure wie Jean Longuet oder der Finanzexperte der SFIO, Vincent Auriol bereits zu Beginn der zwanziger Jahre nach Amerika reisten, dass Sitzungen des Exekutivkomitees binnen einer Jahresfrist in drei bis vier unterschiedlichen Orten stattfanden und zusätzliche Treffen und Kongresse ebenfalls in verschiedenen Ländern einberufen wurden. In den Quellen ist von zunehmenden Telefonaten die Rede und dem Besitz von Automobilen – weshalb wiederholt bemerkt werden muss, dass die Arbeitervertreter durchaus in das Bild des sich dynamisierenden Raumes der Zwischenkriegszeit mit hineinpassten. Nachteilig wirkte sich hingegen die steigende berufliche Belastung aus: Gerade die Übernahme von Regierungsverantwortung oder von verantwortungsvollen Positionen in nationalen wie supranationalen Organisationen wurde häufig als »Belastung« empfunden, was unmittelbar zur Folge hatte, dass die handelnden Personen über Zeitknappheit klagten und ihren »internationalen Pflichten« immer weniger nachkommen konnten.

⁵³ Protokoll der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus vom 29. bis 30. Juli 1914 in Brüssel; in: Kongressprotokolle der Zweiten Internationale, Bd. 2, 1976, S. 27.

⁵⁴ Dritter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 3, Teil 2, Abteilung V-IX Berichte und Verhandlungen, 1974, Resolutionen, S. IX. 7.

⁵⁵ Ebd., Bd. 3.2., Resolutionen, S. IX. 7.

⁵⁶ Internationale Information, Sitzung des erweiterten Bureaus, 2. II. 1931.

⁵⁷ Ebd., Die dringendste internationale Pflicht: Verbreitung der Wahrheit über Deutschland, 4. 3. 1933, Bd. 10.1., 1933, S. 101f.

⁵⁸ A. GEPPERT / U. JENSEN / J. WEINHOLD, Verräumlichung. Kommunikative Praktiken in historischer Perspektive, 1940–1930; in: Dies. (Hrsg.), Ortsgespräche. Raum und Kommunikation im 19. und 20. Jahrhundert, 2005, S. 15–52; hier: S. 37.

3. Exkurs:

Konstruktion der deutsch-französischen Zusammenarbeit am Beispiel der SFIO:
Publizistik, Nationalparlamente, Parteitage

Im Folgenden wird am Beispiel der französischen Arbeiterpartei gezeigt werden, wie Zusammengehörigkeit gezielt »konstruiert« und »dekonstruiert« wurde. Thematisch wird hierbei die sozialistische Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der französischen Arbeiterpartei exemplarisch herausgegriffen und aus französischer Perspektive skizziert werden. Dabei wird zunächst anhand der sozialistischen Presse, anschließend am Beispiel von Parlamentsdiskussionen sowie Parteitagebatten demonstriert werden, dass die Wahrnehmung der deutschen Schwesterpartei sehr großen emotionalen Schwankungen unterlag, die indes gezielt gesteuert und den aktuellen politischen Rahmenbedingungen angepasst wurden.

3.1. *Sozialistische Presse: Spuren der Zusammenarbeit am Beispiel der französischen Parteizeitung, 1918–1923 und 1928–1930*

Zu einer Dekonstruktion des positiven Bildes von der sozialdemokratischen Schwesterpartei kam es im französischen Lager insbesondere während des Ersten Weltkrieges. In diesem Zeitabschnitt war das Verhältnis zwischen SFIO und (M)SPD alles andere als unproblematisch: Insbesondere Scheidemann, David, Ebert und Noske wurden in der von Jean Longuet herausgegebenen »Populaire« als »Arbeiterverräter« gebrandmarkt¹ und die offizielle Parteizeitung »Humanité« bemühte sich darum, ein möglichst detailliertes Bild der aus ihrer Sicht fragwürdigen SPD-Aktivitäten zu zeichnen: Mittels eines »collaborateur particulier« wurden interne Informationen aus dem deutschen Lager in der französischen Parteizeitung veröffentlicht, hier vor allem die von rechten Sozialdemokraten formulierte Kritik an der SFIO. Bei dem »speziellen Mitarbeiter«, der aus dem Lager der SPD Informationen an die SFIO weitergab, handelte es sich nach bisherigen Erkenntnissen um den Redakteur »Homo«, der ebenfalls Artikel für die »Humanité« verfasste – unter bürgerlichem Namen als Salomon Grumbach bekannt. Die von ihm weitergeleiteten Informationen waren durchaus relevant: Anlässlich der im Oktober 1916 stattfindenden »Reichskonferenz« der SPD wurden in der »Humanité« beispielsweise Diskussionsbeiträge von Eduard David oder Gustav Noske wortgetreu übersetzt und in der

¹ Hierzu u.a.: Le, Populaire, 29. 4. 1918 (»Le procès des socialistes allemands«); 15. 6. 1918 (»Le point de vue des socialistes majoritaires allemands«); 5. 7. 1918 (»Albert Thomas et Ph. Scheidemann«); 20. 8. 1918 (»Les majoritaires allemandes et la paix de Brest-Litowsk«); 16. 9. 1918 (»Les majoritaires allemands et l'Internationale«); 1. 1. 1919 (»Ebert et Scheidemann gardent le pouvoir«); 21. 6. 1919 (»Scheidemann a démissionné, Noske remplaçait«); 22. 6. 1919 (»sous la règle de Scheidemann«); 7. 3. 1921 (»Notre Tactique«).

französischen Zeitung abgedruckt.² Auch Reichstagsreden wurden regelmäßig in der *Humanité* wiedergegeben und mit Insiderwissen angereichert.³

Zur gleichen Zeit bemühten sich die Redakteure um Jean Longuet oder Paul Mistral darum, die sich um 1916/17 formierenden unabhängigen Sozialdemokraten sowie den Spartakusbund als »positives« Zeichen hervorzuheben und für ihren Widerstandsgeist zu loben.⁴ Eine Reichstagsrede von Hugo Haase (April 1916) wurde beispielsweise vollständig in der »*Humanité*« übersetzt,⁵ Artikel von Kautsky über Jaurès und die Zukunft der Arbeiterinternationale zitiert⁶ und die Aktivitäten von Liebknecht und Luxemburg sowohl in internen Sitzungen als auch in den Parteizeitungen als »Hoffnungsschimmer« interpretiert.⁷

Anders formuliert wurde im Lager der französischen Sozialisten also eine »Zwei-Deutschland«-Theorie aufgestellt und kultiviert. Während die MSPD zumindest bis 1921/22 zu den Kräften der Reaktion gezählt wurde, erhielten die Kriegsgegner um USPD und SB eine Art Sympathiebonus. Anlässlich des gemeinsamen Austritts von SFIO und USPD aus der Zweiten Internationale verkündete die »*Populaire*« stolz: »*Les Indépendants sont d'accord avec nous*«. Parallel hierzu berichtete die französische Parteizeitung boshaft über die »Vorwärts«-Berichterstattung anlässlich des Straßburger Kongresses der SFIO im März 1920. Das deutsche Parteiblatt habe den französischen Sozialisten vorgeworfen, die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung zu forcieren: »*Le Vorwärts accuse l'Humanité et le Populaire d'encourager la scission du Parti socialiste allemand [...]*«. ⁸

Die kritischen Berichte über die SPD nahmen erst ab, als sich die französische Armee an der Ruhr manifestierte. Mit dem französischen Militarismus hatte die »*Populaire*« einen neuen Feind gefunden, den es zu schlagen galt.¹⁰ Zu diesem Zweck waren die französischen Sozialisten sogar bereit, sich mit den deutschen und britischen Mehrheitssozialdemokraten zu treffen und im März 1921 einen gemeinsamen Reparationsplan in Amsterdam zu formulieren und diesen Schritt entsprechend in der *Populaire* als Fortschritt zu zelebrieren.¹¹ Dessen ungeachtet blieb die MSPD ein allzu beliebtes Feindbild, weswegen es kaum überrascht, dass »Schei-

² Konkret sei der Vorwurf erbracht worden, die SFIO habe versprochen, gegen den Zarismus zu kämpfen und unterstütze ihn nun politisch während des Weltkrieges. *Humanité*, 15. 10. 1916; *Humanité*, 16. 10. 1916.

³ *Humanité*, 4. 11. 1916 (»Discours de E. Bernstein«).

⁴ Hierzu: *Le Populaire*, 29. 8. 1918 (»Je fais appel à une révolution allemande«); 21. 10. 1918 (»Haase, Ledebour et le Vorwärts«); 19. 1. 1919 (»Karl Liebknecht et Rosa Luxemburg«).

⁵ *Humanité*, 15. 4. 1916.

⁶ *Humanité*, 13. 8. 1916.

⁷ In der Rückschau über Luxemburg und Liebknecht siehe auch der Artikel von Longuet: *Populaire*, 20. 1. 1919.

⁸ *Le Populaire*, 7. 3. 1920.

⁹ *Le Populaire*, 30. 3. 1920.

¹⁰ *Le Populaire*, 7. 4. 1920; *Le Populaire*, 22. 5. 1920.

¹¹ *Le Populaire*, 9. 4. 1921.

demann und Noske« für ihren Antikommunismus sowie ihre »reaktionäre Politik« regelmäßig denunziert wurden.¹²

Nach der Besetzung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf durch französische Truppen im März 1921 präsentierte sich vor allem Léon Blum als Ankläger Frankreichs und setzte sich kritisch mit der Politik seiner Regierung auseinander.¹³ In einem seiner Artikel setzte der Sozialistenführer die »Zwei-Deutschland«-Theorie Longuets fort und unterschied zwischen einem »guten« und einem »bösen« Deutschland.¹⁴ Sogar der rechte Flügel forderte in der »Populaire« eine konzertierte »internationale Aktion« und plädierte dafür, Deutschland zur Hilfe zu eilen.¹⁵ Mit in dieses Bild passt, dass die innenpolitische Entwicklung in Deutschland permanent kommentiert und hierbei insbesondere auf die schwierige Versorgungslage hingewiesen wurde sowie die Unmöglichkeit, die geforderten Reparationszahlungen zu erbringen.¹⁶ Zur Untermauerung des Geschriebenen wurde ein Artikel Rudolf Breitscheids (»le docteur Breitscheid«) zitiert, der in der Folgezeit als Sinnbild des »guten Deutschlands« skizziert wurde.¹⁷ Wenige Tage später wurde eine Rede Arthur Crispiens, gehalten in Paris anlässlich der Gedenkfeier zu Ehren Jean Jaurès', in der »Populaire« wortgetreu abgedruckt,¹⁸ ehe erneut die Meinung Breitscheids (»Discours«) in der französischen Parteizeitung zum Thema Krieg und Frieden wiedergegeben wurde.¹⁹

Auch wenn Breitscheid und Crispian selbstverständlich Mitglieder der USPD waren, so muss dennoch festgestellt werden, dass die Rehabilitierung der deutschen Schwesterpartei MSPD mit der Anprangerung der Ruhrbesetzung durch die SFIO sowie der Wiederannäherung von IASP und Zweiter Internationale durchaus einherging. Nicht umsonst sprach Breitscheid in seinem Artikel dezidiert von »der« deutschen Sozialdemokratie, die gegen den Krieg eintrete und Demonstrationen organisiere und von »den deutschen Arbeitern«, die sich geschlossen gegen die französische Aggression wendeten.²⁰

Offensichtlich sollte in diesem Zeitraum eine generelle Aufwertung des sozialdemokratischen Nachbarn erwirkt werden. Paradigmatisch für diese These steht die Veröffentlichung von August Bebels Tagebüchern in der »Populaire« (»Pages de ma vie«) – wohlgermerkt auf der Titelseite.²¹ Inhaltlich wurde hierbei vor allem auf die bewegte Vita des verstorbenen sozialdemokratischen Führers abgezielt, sein Kampf

¹² In einem Artikel für die französische Parteizeitung verlangt J. Longuet den endgültigen Bruch mit der »Internationale Scheidemanns« und fordert einen Neuanfang. *Le Populaire*, 7. 3. 1921.

¹³ *Le Populaire*, 8. 5. 1921 (»Qui paiera?«).

¹⁴ *Le Populaire*, 9. 5. 1921 (»Que va faire de l'Allemagne«).

¹⁵ *Le Populaire*, 20. 5. 1921.

¹⁶ *Le Populaire*, 6. 6. 1921 (»L'Allemagne et l'Exécution du traité du paix«).

¹⁷ *Le Populaire*, 9. 6. 1921 (»Un article de Rudolf Breitscheid«).

¹⁸ *Le Populaire*, 26. 6. 1921; 28. 6. 1921; 31. 6. 1921; hierzu auch der Artikel von Crispian (»Réflexions politiques sur mon voyage à Paris«), *Le Populaire*, 14. 8. 1921.

¹⁹ *Le Populaire*, 6. 8. 1921.

²⁰ Ebd.

²¹ Hierzu u. a.: *Le Populaire*, 28. 8. 1921; 30. 8. 1921; 2. 9. 1921; 4. 9. 1921; 6. 9. 1921; 14. 9. 1921.

für die SPD, die Zeit im Gefängnis, seine Friedensliebe sowie sein »internationales Pflichtbewusstsein«. Zwar wurde gleichzeitig immer wieder Kritik an der MSPD geübt,²² indes nahm die Zahl jener Artikel rapide ab, ehe am 24. 9. 1922 die »unité socialiste allemande« – die Fusion von USPD und MSPD – gefeiert werden konnte.²³ Die Tatsache, dass die in der »Populaire« anerkannten USPD-Führer um Breitscheid, Crispian, Hilferding nunmehr Teil der wiedervereinigten SPD waren, wirkte offensichtlich beruhigend und führte zu einer generellen Aufwertung der deutschen (sozialdemokratischen) Arbeiterbewegung im französischen Lager.

Im Zeitraum der Ruhrkrise 1922/23 tat sich Léon Blum als Chefkritiker der französischen Regierung hervor. In seinen Artikeln bezog er sich permanent auf die »deutschen Genossen«, nannte sie »nos camarades indépendants et social-démocrates«²⁴ und nahm sie verbal in den Kreis der befreundeten Parteien auf – »nous socialistes«.²⁵ In der französischen Parteizeitung »Le Populaire« begann Blum bereits im März 1922 mit seiner Artikelserie »L'Allemagne paiera«, in deren Verlauf er immer wieder die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands akzentuierte.²⁶ Überdies wurde er nicht müde, permanent über die »erschreckende« Lage der deutschen Arbeiter zu berichten, wie zum Beispiel in seinem Artikel »En Allemagne«, wo er unter anderem auch die Folgen der Hyperinflation thematisierte und zu dem Schluss kam, dass es die Aufgabe der Entente-Mächte sei, für wirtschaftliche Stabilität in Deutschland zu sorgen: »Il faut que tous les États du monde coopèrent pour stabiliser le change allemand comme les autres changes avariés, pour rendre à l'Allemagne et aux États producteurs leur capacité normale d'exportation [...]«. Nach der Ruhrbesetzung zog Blum regelmäßige Bilanz und bewertete das »Abenteuer von »Poincaru-Ruhr«, wie er den französischen Regenten Poincaré spöttisch nannte, als vollendetes Desaster. Diesbezüglich kam er am 13. 2., wenige Tage nach Beginn der Invasion zu dem wenig schmeichelhaften Schluss: »Nous étions entrés dans la Ruhr pour y chercher du charbon et du coke. Motif pour les uns, prétexte pour les autres. Et je suis obligé de répéter, une fois de plus, que la Ruhr qui nous livrait un million de tonnes par mois avant l'occupation, ne nous fournit plus rien depuis que nous en sommes les maîtres.«²⁷ Bezogen auf die deutsche Arbeiterklasse kam Blum dabei wiederholt zu der Erkenntnis, »Poincaruhr« stütze mit seinem Vorgehen die deutsche Monarchie und schwäche all jene Elemente, die sich im eigentlichen Sinn für die Demokratie einsetzen würden: »C'est la République allemande marquée pour une chute prochaine, au profit de la réaction monarchiste et revancharde.«²⁸ In diesem Kontext machte der französische Politiker hinreichend deutlich, dass es allein an der deutschen

²² »Les mauvaises raisons des Majoritaires«: Le Populaire, 27. 9. 1921.

²³ Le Populaire, 24. 9. 1922; Le Populaire, 27. 9. 1922; 28. 9. 1922.

²⁴ Le Populaire, 21. 3. 1922.

²⁵ Le Populaire, 12. 7. 1922.

²⁶ Le Populaire, 21. 3. 1922.

²⁷ Le Populaire, 21. 3. 1922 (»L'Allemagne Paiera«); 12. 7. 1922 (»En Allemagne«); 12. 1. 1923 (»Après l'Occupation«); 13. 2. 1923 (»L'occupation de la Ruhr – Le Bilan«).

²⁸ Le Populaire, 3. 8. 1923.

Sozialdemokratie liege, die deutsche Republik vor einem reaktionären Umsturz zu bewahren.²⁹

Damit galt die Sozialdemokratische Partei im französischen Lager spätestens seit 1922/1923, mit der Fusion von USPD und MSPD, als »rehabilitiert«. Verschiedene Gründe waren hierfür ausschlaggebend: Erstens meinte man mit Breitscheid, Crispian, Kautsky, Hilferding neue verlässliche Köpfe gefunden zu haben, deren Bekenntnis zur »proletarischen Solidarität« außer Frage stand und die nach der Partiefusion wichtige Ämter ausübten; zweitens wurde die Ruhrbesetzung der französischen Regierung dazu verwendet, die deutsche Arbeiterklasse als »Opfer« des franz. Imperialismus darzustellen; drittens stand die SFIO aufgrund der anstehenden Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Internationalen (IASP und Zweite Internationale), die sich in Hamburg im Mai 1923 vollzog, geradezu in der »Pflicht«, die bestehende Fehde mit der rechten Sozialdemokratie zu begraben und ein neues Kapitel der Beziehungen aufzuschlagen.

An dieser Stelle soll ein Zeitsprung vollzogen und die deutsch-französische Annäherung zwischen 1928 und 1930, genauer gesagt die Bewertung der Regierung Hermann Müller durch die SFIO, in den Fokus gerückt werden. In diesem Zeitabschnitt wurde die SPD, wie bereits Heinrich August Winkler deutlich gemacht hat,³⁰ in einem besonderen Maß von ihrer französischen Schwesterpartei unterstützt. Obwohl sich die SFIO seit jeher dezidiert gegen eine Regierungsbeteiligung stemmte, forderte Léon Blum in einem im Juni 1928 veröffentlichten Artikel in der »Populaire«, dass die SPD Regierungsverantwortung in Deutschland übernehmen müsse.³¹ Zugleich machte Blum aber in einem Folgeartikel deutlich, dass man die deutsche Situation kaum mit der französischen vergleichen könne: Wäre die SFIO wie die SPD die stärkste Partei in ihrem Land, dann würde sie ebenso wie SPD und Labour Party Verantwortung übernehmen, so das Fazit des Sozialistenführers.³² Auf diese Art und Weise wurde die »originäre« Stellung der französischen Arbeiterpartei gewahrt und zugleich die Haltung der SPD ausreichend legitimiert. Um das »richtige« Verhalten der deutschen Schwesterpartei zu unterstreichen, zielte Blum wiederholt auf die schwierige innenpolitische Lage in Deutschland ab und zeichnete hierbei erneut das Bild vom »guten« und »schlechten« Nachbarn: »*La différence entre les socialistes allemands et les nationalistes [...] c'est que les uns ont cherché à réaliser les conditions nécessaires de l'évacuation par le maintien des institutions républicaines, [...] par le rappro-*

²⁹ Artikel in der Populaire hierzu: 15. 1. 1923 (»Les socialistes allemands«); 5. 1. (»Socialistes allemands et français«); weitere Artikel hierzu: Le Populaire, 2. 6. 1923 (»La Socialdémocratie«); 16. 8. 1923 (»Le Socialisme allemand«); 28. 8. 1923 (»Le socialisme en Allemagne«).

³⁰ Vgl. H. A. WINKLER, Klassenkampf versus Koalition; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 17, 1991, S. 183–219; hier: S. 198 ff.

³¹ Le Populaire, 14. 6. 1928 (»La social-démocratie au pouvoir«).

³² Le Populaire, 20. 6. 1928 (»L'Exercice du pouvoir. On ne peut pas nous opposer l'exemple allemand«).

chement avec la France.»³³ Zugespitzt formuliert sendete Blum also die Botschaft aus, es sei im Sinne Frankreichs, auf jene Kräfte in Deutschland zu setzen, die an einer Annäherung, an einem Ausgleich mit dem Nachbarland interessiert seien – hier im Besonderen die deutschen Sozialdemokraten. In diesem Sinne sprach er sich auch dafür aus, im Falle eines möglichen »Anschlusses« – d. h. den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich –, der im Sommer 1928 in französischen Medien diskutiert wurde, *nicht* zu intervenieren von französischer Seite, sondern stattdessen das Wilsonsche Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu wahren.³⁴ Selbst im Zuge der Debatte über den Panzerkreuzerbau, der am 10. 8. 1928 vom Kabinett Müller beschlossen wurde, war Léon Blum sichtlich darum bemüht, die deutsche Schwesterpartei nicht fallen zu lassen. »Pour le socialisme allemand« lautete sein Fazit, auch wenn er zugleich Kritik an der SPD übte, sie in die »internationale Pflicht« nahm und sich bitter darüber beklagte, dass die SFIO nunmehr den nationalistischen Spöttern hilflos ausgeliefert sei.³⁵ Im November 1928 veröffentlichte er erneut einen Artikel »Constance et Courage« über die SPD, die einen Antrag im Reichstag zur Einstellung des Panzerkreuzerbaus eingereicht hatte. In seinem Artikel kam Blum zu dem Schluss, dass die SPD damit ihre »internationale Pflicht« erfüllt und sich als verlässliche Hüterin der deutschen Demokratie präsentiert hätte: »Or les socialistes allemands ont fourni tout au contraire, dans cette conjoncture difficile, la preuve éclatante de leur constance avec eux-mêmes et de leur courage.«³⁶ Dass indes mit dieser Entscheidung das Fortleben der Regierung Müller aufs Spiel wurde und die Parteiräson über das Regierungskabinett gestellt wurde, sparte Blum konsequent aus und sprach stattdessen von einem Musterbeispiel von »Parteidisziplin«.³⁷

Im November machte der Franzose in seinem Artikel »A chacun ses Allemands« hinreichend deutlich, dass es nicht Gustav Stresemann sei, auf den aus Sicht der SFIO Verlass sein könne, sondern die deutsche Sozialdemokratie.³⁸ Um Hermann Müller auch in der Räumungsfrage zu unterstützen, forderte er fast schon polemisch: »Evacuons-nous la Rhénanie! [...] sans condition préalable.«³⁹ Im Juli 1929 wurde er sogar noch deutlicher und argumentierte: »Sans évacuation pas de ratification et pas de revision!«.⁴⁰ In diesem Artikel bezog er sich ausdrücklich auf Rudolf Breitscheid respektive die deutsche Sozialdemokratie und betonte, dass eine Ratifikation des Young-Planes ohne eine Verknüpfung der Reparations- mit der Räumungsfrage nicht möglich sei. Während der Haager Konferenz im Sommer 1929 kritisierte Blum die

³³ Le Populaire, 5. 7. 1928 (»Le rapprochement franco-allemand«).

³⁴ Le Populaire, 27. 7. 1928 (»La Question de l'Anschluss«).

³⁵ Le Populaire, 19. 8. 1928 (»Fausse note«); hierzu auch der Artikel von O. Rosenfeld: Le Populaire, 18. 8. 1928 (»Le croiseur allemand«).

³⁶ Le Populaire, 20. 11. 1928 (»Constance et Courage«).

³⁷ Vgl. H. A. WINKLER, Klassenkampf versus Koalition; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 17, 1991, S. 183–219; hier: S. 194 f.

³⁸ Le Populaire, 27. 11. 1928 (»A chacun ses Allemands«).

³⁹ Le Populaire, 9. 5. 1929 (»Evacuons-nous la Rhénanie«).

⁴⁰ Le Populaire, 7. 7. 1929 (»Sans évacuation pas de ratification et pas de revision!«).

englische Regierung und hier insbesondere den Finanzminister, Philip Snowden,⁴¹ während die SPD weiterhin als Friedenspartei gefeiert wurde.

Daraus geht hervor, dass die bedingungslose Unterstützung Blums für die deutsche Schwesterpartei 1928–1930 fast schon groteske Züge annahm und Erinnerungen an die Idealisierung der »guten Deutschen« in Madame de Staels »De l'Allemagne« hervorrief.⁴² In seinem Nachruf über die Regierung Müller im März 1930, die inzwischen abberufen worden war, kam Blum zu dem für ihn einzig logischen Schluss, die SPD habe aus der Koalition austreten *müssen*, da ihre Parteitagebeschlüsse nicht mit der Kabinettspolitik bzw. den Forderungen der bürgerlichen Koalitionspartner vereinbar gewesen seien.⁴³ Konkret stellte er die Schwesterpartei als »Überzeugungstäter« dar, die erst zur Machtausübung gezwungen worden seien und während ihrer Regierungszeit stoisch, hartnäckig und mutig ihre Ziele verfolgt hätten. Niemand habe das Recht, wie Blum deutlich machte, an der Sozialdemokratie zu zweifeln, ihre Redlichkeit in Frage zu stellen: Den Young-Plan nannte der Franzose ein einzigartiges »Friedenswerk«, das voll und ganz auf das Verdienst der deutschen Arbeiterpartei zurückgehe.⁴⁴ Oreste Rosenfeld prophezeite anlässlich des Nachfolgers von Müller, Heinrich Brüning, Deutschland stünden unruhige Zeiten bevor,⁴⁵ Blum zog Parallelen zwischen SPD und SFIO, die nunmehr beide Oppositionsparteien seien.⁴⁶ Vor der Reichstagswahl im September 1930 bescheinigte er der deutschen Schwesterpartei, zwischen 1920 und 1930 ehrlich und aufrichtig für die internationale Solidarität gekämpft zu haben – die SPD habe sich der Internationale als würdig erwiesen und ihre Treue ausreichend unter Beweis gestellt.⁴⁷

Diese hagiographische Bewertung des deutschen Nachbarn wurde erst im Mai 1933, Monate nach der Machtergreifung Hitlers, zu den Akten gelegt. Im Folgenden wurde scharfe Kritik geübt an der SPD, vor allem Léon Blum verabschiedete sich von dem Trugbild, die deutsche Partei könne die Kräfte der Reaktion weiterhin in Schach halten.⁴⁸ Hintergrund hierfür war der spektakuläre Austritt von Otto Wels aus dem Büro der SAI, der das Bild von der »internationalistischen« Schwesterpartei SPD radikal dekonstruiert hatte. Noch im Frühjahr 1933 war in der »Populaire« von Rosenfeld behauptet worden, Hitlers Aufstieg sei von kurzer Dauer und seine Dekla-

⁴¹ Le Populaire, 8. 8. 1929.

⁴² De Stael zeichnete 1810 das Bild von einem militärisch harmlosen, etwas rückständigem Deutschland, das indes auf geistiger Ebene ein fortschrittliches Volk der »Dichter und Denker« darstelle. Die idealisierte und verharmlosende Skizzierung de Staels führte in Frankreich zu einer jahrzehntelangen Unterschätzung des deutschen Nachbarn, insbesondere auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene. Vgl. W. LEINER, Das Deutschlandbild in der französischen Literatur, 1989, S. 17.

⁴³ Le Populaire, 29. 3. 1930 (L'oeuvre de paix de la Social-Démocratie).

⁴⁴ H. A. WINKLER, Klassenkampf versus Koalition; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 17, 1991, S. 183–219; hier: S. 199.

⁴⁵ Le Populaire, 30. 3. 1930 (»Les partis constituent un bloc antisocialiste«).

⁴⁶ Le Populaire, 6. 4. 1930 (»En Allemagne et en France«).

⁴⁷ Le Populaire, 14. 9. 1930 (»L'Allemagne vote aujourd'hui«).

⁴⁸ Le Populaire, 4. 4. 1933 (»La démission de Wels«).

denz ein Zeichen für seinen nahenden Untergang.⁴⁹ Als sich diese Hoffnung zerbrach, setzte indes ein radikales Umdenken im Lager der SFIO ein. Daraus resultierend musste auch das Bild von der »Friedenspartei« SPD zerschlagen werden, was geradezu zwangsläufig zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen Arbeiterpartei führte. Infolgedessen wurde das Verhalten der deutschen Genossen retrospektiv als »zögerlich« interpretiert, die langjährige »Tolerierungspolitik« scharf kritisiert, die Koalitionen mit bürgerlichen Parteien als zunehmende Distanzierung von der Parteibasis ausgelegt.⁵⁰

3.2. *Nationalparlament & Parteitage: Die Konstruktion des »guten Deutschlands«*

Bis zur Machtergreifung 1933 wurde innerhalb der SFIO eine archetypische Zweiteilung vorgenommen zwischen einem »guten« und »schlechten« Deutschland. Ersteres wurde als Synonym für die deutsche Arbeiterbewegung – fortschrittliche Kräfte – verwendet, letzteres als Äquivalent für die nationalistische Reaktion. Wie Franco Ilic in seiner Studie über das »Deutschlandbild im französischen Parlament« darlegt,⁵¹ machte sich dieses Muster auch in der französischen Kammer immer wieder bemerkbar.

Der wohl hervorstechendste Redner der SFIO, Léon Blum, kritisierte die deutsche Republik noch im Jahr 1923 in der französischen Kammer für ihre »unvollkommene Revolution« und die fehlende »politische Säuberung«.⁵² Dies kann in gewisser Weise als Fortsetzung der Kritik an der MSPD interpretiert werden, die, nach Auffassung der SFIO, die Revolution eher gebremst denn beschleunigt habe.⁵³ Allerdings zeichnete Blum die deutsche Arbeiterpartei auch als Teil des »guten« Deutschlands, als eine Art Garantiemacht für Frankreich auf eine friedliche Zukunft.⁵⁴ In diesem Kontext muss vor allem die bereits erwähnte Parlamentsrede des Sozialistenführers vom 11. 1. 1923 – dem Tag des Einmarsches der französischen und belgischen Truppen in das Ruhrgebiet – hervorgehoben werden, in deren Verlauf er vor den Folgen der Besatzung warnte, insbesondere einem Erstarken der Nationalisten in Deutschland.⁵⁵ In diesem Sinne äußerten sich auch Vincent Auriol und Marcel Sembat, die ebenfalls von einer »Zweiteilung« sprachen und die sozialistische Schwesterpartei dezidiert in ein positives Licht rückten: Sembat erinnerte an den Einmarsch französischer Truppen in Düsseldorf 1921, als sich die dortigen Arbeiter geweigert hatten, an anti-französischen Kundgebungen teilzunehmen. Ähnlich äußerten sich

⁴⁹ Le Populaire, 1. 1. 1933 (»L'année de la grandeur de Hitler fut aussi celle de sa décadence«).

⁵⁰ Le Populaire, 4. 4. 1933 (»La démission de Wels«).

⁵¹ F. Ilic, Frankreich und Deutschland, 2002.

⁵² Ebd., S. 117.

⁵³ Beispielsweise wurde nach Darstellung der französischen Polizei während einer CAP-Sitzung der SFIO im Jahr 1919 der Vorwurf vonseiten der franz. Sozialisten erbracht, die MPSP wolle die Revolution gezielt niederschlagen. Hierzu: A.N., SÉRIE F/7. POLICE GÉNÉRALE, Jean Longuet, Polizeibericht vom 17. 12. 1919, F7/15979.

⁵⁴ J.O., Déb. Parl. Chambre 1923, 11. 1. 1923, S. 20–23.

⁵⁵ Ebd.

auch Albert Thomas, Jean Longuet und Joseph Paul-Boncour, die ebenfalls als Parlamentsredner zwischen 1919 und 1924 auftraten. Insbesondere Thomas muss hierbei hervorgehoben werden, insofern er im französischen Parlament Kautsky, Haase, Bernstein namentlich nannte und als »neue Elemente« des besiegten Deutschlands aufzählte⁵⁶.

An der »Zwei-Deutschland-Theorie« wurde auch in den Folgejahren festgehalten, wie bereits am Beispiel der »Populaire« gezeigt.⁵⁷ Hierbei muss festgehalten werden, dass die Unterscheidung zwischen einem »sozialdemokratischen«, »guten« und einem »nationalistischen« bzw. »schlechten« Deutschland auch dem Vorwurf der französischen Rechten, die SFIO sei germanophil, entgegenwirken sollte. Indem die SFIO dezidiert ihre deutschen Genossen in ein positives Licht rückte und parallel hierzu die »Kräfte der Reaktion« in Deutschland anprangerte, entschärfte sie automatisch den Vorwurf, sie agiere gegen das eigene Vaterland.⁵⁸ Einer jener Protagonisten, die sich in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre auch im Parlament inszenierten, war der vielfach erwähnte Salomon Grumbach, der zugleich als Deutschlandexperte seiner Partei auftrat.⁵⁹ In Bezug auf das Nachbarland sprach er davon, es gebe dort einen »bon esprit« und einen »mauvais esprit« – oder auch: das republikanisch-pazifistische und das nationalistisch-revanchistische Deutschland.⁶⁰ Wie Blum skizzierte auch er die SPD als »Fels in der Brandung«, der gegen die kommunistische und die nazistische Bedrohung ankämpfen müsse.⁶¹ Um seine Ausführungen zu untermauern, verwies er u. a. darauf, dass er in den Parlamentsferien in Deutschland gewesen sei und sich vor Ort einen Eindruck über die aktuelle Situation verschaffen konnte.⁶²

Eine weitere Ebene, auf der die »Zwei-Deutschland-Theorie« übermittelt wurde, waren die SFIO-Parteitage: Auch hier bemühten sich die Parteistrategen darum, das Argument, die deutsche Arbeiterklasse sei der wichtigste Garant gegen eine kriegsgerische Resurrektion des Reiches, regelmäßig in den Fokus zu rücken. So wurde bereits auf dem Straßburger Kongress 1920 verkündet: »*Les explications ultérieures que les délégués allemands ont données au cours des débats sur la Société des Nations, ont convaincu la Conférence que, dorénavant, les classes ouvrières unies du monde entier constitueront la plus forte et la plus durable garantie contre tout réveil du militarisme et toute tentative d'anéantir la*

⁵⁶ Zur Rede von Thomas: J.O., Débats parl. Chambre, 30. 8. 1919, S. 4072/4073; Ilic, Frankreich und Deutschland, S. 120 ff.

⁵⁷ Le Populaire, 27. 11. 1928 (»A chacun ses Allemands«).

⁵⁸ Hierauf reagierte die SFIO, wie auch die SPD, »extrem sensibel«, wie T. Judt in seiner lesenswerten Arbeit über die Geschichte der französischen Partei deutlich machte. T. JUDT, La reconstruction du parti socialiste, 1976, S. 119 ff.; F. ILIC, Frankreich und Deutschland, 2002, S. 187 ff.

⁵⁹ Indes war Grumbach nur zwischen 1928 und 1932 Teil der französischen Kammer. Vgl. F. TAUBERT, Salomon Grumbach; in: H. ABRET / M. GRUNEWALD, Visions Allemandes de la France (1871–1914), 1995, S. 373–388; hier: S. 375.

⁶⁰ J.O., Déb. Parl. Chambre, 24. 12. 1929, S. 4610–4614; F. ILIC, Frankreich und Deutschland, 2002, S. 189.

⁶¹ J.O., Déb. Parl. Chambre, 24. 11. 1931, S. 3996 f.

⁶² F. ILIC, Frankreich und Deutschland, 2002, S. 190.

démocratie internationale«⁶³ Ähnlich hierzu merkte Vincent Auriol auf dem Pariser Kongress 1921 an, dass es die Aufgabe der SFIO sei, die Arbeit der Sozialdemokraten, den Frieden zu erhalten, zu erleichtern »et éviter le retour au pouvoir des pan-germanistes.«⁶⁴ Diese Linie wurde im Zuge des SFIO-Parteitages in Lille 1923 bekräftigt – im Parteitagsprotokoll wurden zudem zahlreiche Deutschlandreisen französischer Sozialisten aufgeführt, um die enge Bande zwischen beiden Parteien zu demonstrieren.⁶⁵ Gleichermäßen wurde im Rahmen des Marseiller Parteitages im Jahr 1924 verkündet, dass die Administrativkommission der Partei die Politik Poincarés strikt ablehne, da er sich einerseits weigere, Verhandlungen mit der deutschen Regierung aufzunehmen, »tandis qu'il a accepté de négocier avec le grand patronat de la Ruhr et spécialement avec M. Hugo Stinnes, organisateur de la dévastation des usines du Nord, ennemi de la République allemande, commanditaire des nationalistes bavarois.«⁶⁶

Dass die beiden Initiatoren der »Zwei-Deutschland-Theorie«, Grumbach und Blum, auch dazu bereit waren, ihre Ansichten SFIO-intern zu verteidigen, wurde auf dem Lyoner Parteitag 1927 deutlich: Im Vorfeld des Kongresses hatte der links-extreme Sozialist Maurice Maurin in seinem Journal »L'Étincelle socialiste« die deutschen Genossen als »Socialistes du Kaiser« bezeichnet. Hintergrund für diese Verbalinjurie war die Kritik der deutschen Sozialdemokraten an den Verbindungen der deutschen Reichswehr zu sowjetischen Militärs, die Maurin offensichtlich zu verteidigen suchte. Salomon Grumbach verurteilte diese Haltung, weswegen er Maurin auf dem Lyoner Parteitag heftig kritisierte: Der Elsässer betonte in seiner Rede zunächst, dass die Bezeichnung »Socialistes du Kaiser« eine von der rechts-radikalen Zeitung »Action française« insbesondere während des Ersten Weltkrieges verwendete Redewendung sei. Damit unterstellte er Maurin im Umkehrschluss, seine extremistische Propaganda bei den Rechtsradikalen gestohlen zu haben. Die SPD verteidigte Grumbach im Folgenden so resolut wie möglich: Die SFIO könne stolz auf die SPD sein, die große Courage bewiesen habe, indem sie sich seit Jahren gegen den deutschen Militarismus gestellt hätte, so auch im vorliegenden Fall. Sowohl die

⁶³ Parti Socialiste (Section Française de l'International Ouvrière): XVIIIe Congrès National, Février 1920, Strasbourg. Rapports de la Commission Administrative Permanente. 1920, S. 64.

⁶⁴ Parti Socialiste (Section Française de l'International Ouvrière): XIXe Congrès National, 29.30.31 Octobre – 1^{er} Novembre 1921, Paris. Rapports de la Commission Administrative Permanente. Rapport du Groupe Socialiste au Parlement, 1921, S. 104.

⁶⁵ »Avec les ouvriers d'Allemagne et d'Autriche ont été renoués de liens de cordiale camaraderie. Délégations Paul Faure, René Cabannes, Grumbach, MAuranges, P. Renaudel au Congrès de Leipzig; réunions à Francfort, Leipzig, Berlin, etc. Délégation à Francfort en mars: P. Faure, Léon Blum, V. Auriol, Bracke, R. Evrard, Grumbach, Jean Longuet, Pierre Renaudel; délégation à Berlin en avril: Paul Faure, Bracke, Compère-Morel, Jean Longuet; en juin, délégation J. Longuet à Francfort, en octobre, Compère-Morel au Congrès de Nuremberg; réunions de Grumbach en Bavière.« Parti Socialiste (Section Française de l'International Ouvrière): XXe Congrès National, 3,4,5, et 6 Février 1923, Lille. Rapports de la Commission Administrative Permanente. Rapport du Groupe Socialiste au Parlement, 1923, S. 41.

⁶⁶ Parti Socialiste (Section Française de l'International Ouvrière): XXIe Congrès National, 30–31 Janvier – 1^{er}. 2./3. Février 1924, Marseilles. Rapports de la Commission Administrative Permanente, 1924, S. 54.

französischen als auch die internationalen Sozialisten seien stolz auf diese Partei, so sein Fazit.⁶⁷

Auch auf dem Kongress von Tours 1931 wurde die germanophile Haltung der SFIO erneut bekräftigt in einem *»appel aux travailleurs de France«*. Hier wurde bezogen auf die deutschen Genossen bemerkt, dass die Hoffnungen der Franzosen, ja der ganzen Welt auf der deutschen Arbeiterklasse lägen: *»Et l'espoir que met actuellement le monde tout entier dans la Social-Démocratie-allemande, pour qu'elle assure contre les racistes, nationalistes et communistes revanchards, le développement pacifique de la jeune République allemande, est le témoignage le plus pathétique de la confiance qu'inspire le socialisme à tous ceux qui désirent épargner à l'humanité de nouvelles catastrophes.«*⁶⁸ Ergo wurde das Zwei-Deutschland-Bild von Vertretern der SFIO sowohl auf Parteitag, als auch in der Parteizeitung und im französischen Parlament wiederholt kommuniziert. Mit dieser Vorgehensweise sollte die Pauschalkritik, die SFIO agiere per se deutschlandfreundlich, unterbunden und stattdessen das Bild einer starken deutsch-französischen Freundschaft zwischen deutschen und französischen Sozialisten gegenübergestellt werden.

Jedoch war das Vertrauen in die deutschen Genossen nicht unendlich: Auf dem Pariser Parteitag im Juli 1933, wenige Monate nach der Machtergreifung Hitlers, wurde ein vollkommen anderes Bild von der deutschen Schwesterpartei gezeichnet. Zwar erklärten alle Anwesenden – inkl. dem ausländischem Delegierten Emile Vandervelde – ihre Solidarität mit den gebeutelten deutschen Sozialdemokraten, jedoch wurde erstmals scharfe Kritik an der Politik der SPD geübt. Renaudel unterstellte, dass ein Teil der Sozialdemokratie mit Hitler verbündet sei und erinnerte zugleich an den emotionalen Austritt von Otto Wels aus dem Bureau der SAI.⁶⁹ Anders als Renaudel enthielt sich Grumbach eines vernichtenden Urteils, erklärte indes über- raschend pointiert: *»L'Allemagne hitlérienne, j'en suis profondément persuadé, prépare la guerre.«*⁷⁰ Erstmals ging es auf einem SFIO-Kongress also nicht mehr nur um die internationale Friedenspolitik oder Details der *»défense nationale«*, sondern um einen erneuten Ausbruch eines europäischen Krieges, der als unmittelbare Bedro-

⁶⁷ Indes muss ausdrücklich betont werden, dass Maurins Artikel sowie seine ebenfalls auf dem Lyoner Kongress formulierte Gegenrede *»sur certains bancs«* einen gewissen Eindruck hinterlassen hatten: So wurde im stenographischen Protokoll mehrfach vermerkt, dass Maurin Bezug auf Ph. Scheidemann genommen und diesen für seine *»nationalistischen Vergehen«* während des Weltkrieges kritisiert habe. Hierfür erhielt er offensichtlich wiederholt Applaus von einigen Delegierten. Allerdings muss Maurin generell als *»persona non grata«* betrachtet werden, da er bereits im Vorfeld des Kongresses für sein Verhalten von der CAP temporär aus der Partei ausgeschlossen worden war. Neben Grumbach ergriffen u.a. auch Blum, Renaudel und Auriol Partei für die SPD; auch Breitscheid, der ebenfalls in Lyon anwesend war, mischte sich mit Zwischenbemerkungen in die Diskussion ein. Parti Socialiste (Section Française de l'International Ouvrière): XXIVe Congrès National Tenu à Lyon les 17, 18, 19 et 20 avril 1927. Compte rendu sténographique, 1927, S. 403–417.

⁶⁸ Parti Socialiste (Section Française de l'Internationale Ouvrière): XXVIIIe Congrès National, 24–25–26–27 Mai 1931, Tours. Rapports, 1931, S. 18 f.

⁶⁹ Parti Socialiste (Section Française de l'Internationale Ouvrière). XXXe Congrès Nationale, les 14, 15, 16, et 17 juillet 1933, Paris. Compte rendu sténographique, 1933, S. 67 f.

⁷⁰ Ebd., S. 215.

hung empfunden wurde. Am deutlichsten über Deutschland äußerte sich jedoch weder Renaudel, noch Blum, noch Grumbach, sondern der Parteisekretär Paul Faure, der scharfe Kritik am Verhalten der SPD übte, insbesondere im Hinblick auf ihre in den letzten Jahren praktizierte Tolerierungspolitik: *»Il ne faut certes pas accabler les vaincus, mais tout de même si depuis six ans, la social démocratie allemande, au lieu d'être à la traîne des partis bourgeois (vis applaudissements), au lieu d'accepter la baisse des salaires, la compression des traitements jusqu'à l'absurde, était restée en contact avec les ouvriers, si elle les avait appelés au combat; si elle avait dressé face au capitalisme allemand son programme de salut humain et de rénovation sociale, entraîné l'ensemble des travailleurs et la masse des chômeurs, ceux-ci n'auraient pas suivi les fifres d'Hitler. La social-démocratie aurait sans doute empêché l'hitlérisme, et nous ne verrions pas la patrie de Bebel et de Liebknecht placée aujourd'hui sous la botte de la plus abjecte des dictatures.«*⁷¹ Gewiss muss die Kritik Paul Faures insofern relativiert werden, als er, Mitglied der Parteimehrheit, sich in der Vergangenheit mehrfach gegen Regierungsbeteiligungen seiner Partei ausgesprochen hatte.⁷² Daher wurde die »Tolerierungspolitik« der SPD, trotz der Blumschen Erklärungsversuche in der »Populaire«, von vorneherein kritisch beäugt. Die von Grumbach und Blum forcierte »Zwei-Deutschland-Theorie« – und hier insbesondere das fast schon entschuldigende Begründen der SPD-Regierungsbeteiligung und der hieraus entstehenden Diskrepanzen – fand allerdings nach 1933 kaum noch Anklang innerhalb der französischen Partei. Faure unterstellte der SPD in seiner Rede, in den letzten sechs Jahren die Distanz zur Parteibasis verloren zu haben, was durchaus Parallelen zu den SFIO-internen Konflikten zwischen Fraktion und Partei aufweist, die sich vor allem in der Frage der Regierungsbeteiligung uncins waren.⁷³ Grundsätzlich müssen die Äußerungen Faures aber vor allem als Ausdruck der Enttäuschung interpretiert werden, der das Stimmungsbild der Gesamtpartei gut widerspiegelte: Es steht außer Frage, dass die französische Partei in den zwanziger Jahren, trotz der deutsch-französischen Konflikte während des Ersten Weltkrieges, ihre ganzen Hoffnungen in die friedenserhaltenden Kräfte der deutschen Sozialdemokratie gesetzt hatten. Die fast schon hingebungsvolle Unterstützung der SFIO machte das »Scheitern« der SPD auch zu einem »Scheitern« der eigenen Politik – und umso größer war die Enttäuschung nach dem katastrophalen Zusammenbruch der deutschen Demokratie und dem überfallartigen Einbruch der Sozialdemokratie.

⁷¹ Ebd., S. 299.

⁷² Vgl. D. NERI-ULTSCH, Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz, 2005, S. 180.

⁷³ Ebd., S. 341.

4. Foren und Formen der Kooperation – ein Resümee

4.1. *Transnationale Kontakte vor und nach dem Ersten Weltkrieg – Kontinuität und Diskontinuität*

Wie unter anderem die Studien von Marie-Louise Goergen unter Beweis gestellt haben,¹ waren die Beziehungen zwischen transnationalen sozialistischen Akteuren vor dem Ersten Weltkrieg äußerst intensiv. Wie gezeigt, entstanden hieraus eine Vielzahl *persönlicher* sowie *institutioneller* Kontakte, die die Zusammenarbeit zwischen den Parteien auf verschiedene Art und Weise befruchteten.

Was die Zwischenkriegszeit anbelangt, so setzte sich diese Entwicklung, die ihren Ausgang bereits in der Gründung der IAA 1864 nahm,² in gewisser Weise fort. Zwar kam es im Zuge des Ersten Weltkrieges zu einem Kontaktabbruch zwischen den Parteien – dieser wurde jedoch sukzessive von jenen Akteuren durchbrochen, die an einer raschen Beendigung des Krieges interessiert waren und die Sozialistische Arbeiterinternationale neu aufleben lassen wollten.³ So verwundert es nicht, dass es nach dem Ersten Weltkrieg trotz der zahlreichen Konflikte, die insbesondere zwischen den rechten Parteiflügeln von SPD und SFIO ausgetragen wurden,⁴ zu einer raschen Revitalisierung der Arbeiterinternationale kam. Hierbei tat sich vor allem die britische Labour Party als Mittlerpartei hervor, die zum ersten Mal eine Führungsrolle übernahm.⁵ Auch wenn die Periode zwischen 1919 und 1922 von vielen Missverständnissen und ideologischen Differenzen geprägt war, die 1920/21 zur Abspaltung und Neuformierung der kommunistischen Parteien führte, konnte im Jahr 1923 in Hamburg ein Kompromiss erzielt und die Sozialistische Arbeiterinternationale neu begründet werden.⁶

Während jedoch im Zuge dessen die *institutionellen Kontakte* sprunghaft anstiegen und die Führungstreffen zwischen Vertretern von SPD, SFIO und Labour Party in regelmäßigen Abständen stattfanden,⁷ kann im Hinblick auf die *persönlichen Beziehungen* keine solche Entwicklung festgestellt werden. Dies mag sicherlich mit dem vorhandenen Quellenmaterial zusammenhängen, das gemeinhin als dürftig einzustufen ist,⁸ allerdings reicht dieses Erklärungsmuster alleine keineswegs aus, um die – mutmaßliche – Abnahme persönlicher Kontakte schlüssig zu begründen. Viel

¹ Hierzu: M.-L. GOERGEN, *Les relations entre socialistes allemands et français à l'époque de la Deuxième Internationale*, 1998.

² Vgl. A. KRIEDEL, *Les internationaux ouvrières*, 1966, S. 25.

³ Im Lager der SPD können hierbei Luxemburg, Liebknecht, Haase, Bernstein, Grumbach, Kautsky genannt werden; im Lager der SFIO insbesondere Jean Longuet, Alexandre Bracke, auch Pierre Renaudel; im Lager der Labour Party vor allem Keir Hardie, Ramsay MacDonald.

⁴ Vgl. J. BRAUNTHAL, *Geschichte der Internationale*, 1963, Bd. 2, S. 51.

⁵ Arbeiter- und Sozialistenkonferenz in Bern, 3. bis 10. Februar 1919; in: G. A. RITTER (Hrsg.), *Die II. Internationale 1918/1919*, 1980, Bd. 2, S. 831 f.

⁶ Hierzu: G. NOLLAU, *Die Internationale*, 1959.

⁷ Unter anderem im Zuge der Vierparteientreffen, SAI Exekutivsitzungen, Treffen des SAI Bureaus sowie speziellen Komitees/Kommissionen.

⁸ W. HARDTWIG, *Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit*, 2003, S. 46.

wahrscheinlicher ist, dass die Transformation der Parteien von reinen Oppositions- hin zu Regierungsparteien und insbesondere die damit verbundenen Beschwerlichkeiten einen veränderten Umgang auch auf transnationaler Ebene zur Folge hatten. Selbst wenn tragende Akteure wie Breitscheid und Grumbach nachweislich freundschaftliche Beziehungen zueinander unterhielten,⁹ so waren die dokumentierbaren Zusammenkünfte dennoch zu einem großen Teil von politischen Streitpunkten bestimmt, weswegen zumindest in den Quelldokumenten der Eindruck entsteht, die Zusammenkünfte seien weniger persönlich als vielmehr politisch motiviert gewesen.¹⁰ Mit in dieses Bild passt auch, dass die transnationalen Kontakte zwischen »Parteieliten« im Allgemeinen in einem nüchternen, sachlichen Ton gezeichnet wurden. Ob dies jedoch dem veränderten Selbstbild der Parteien geschuldet war sowie der dazu gehörigen Berichterstattung, oder ob die Zusammenkünfte generell hektischer, zweckorientierter waren und gänzlich unter dem Eindruck der internationalen Situation stattfanden, kann retrospektiv kaum geklärt werden. Es steht allerdings außer Frage, dass eine Kompromissfindung zwischen Parteien, die in ihren jeweiligen Nationalstaaten eine quasi-»gouvernementale Außenpolitik« verfolgten und sich sukzessive an Regierungen beteiligten,¹¹ weitaus schwieriger zu realisieren war, als das noch im Vorfeld des Ersten Weltkrieges der Fall war, als SPD, SFIO und Labour Party im Regelfall gegen die Politik ihrer Staaten agitierten und reine Oppositionsparteien waren.

Betrachtet man den Zeitraum vor 1914, in dem die persönlichen Kontakte wie bereits erwähnt außerordentlich intensiv waren, so fällt außerdem auf, dass diese vor allem von Linkssozialisten/Marxisten (SPD-SFIO)¹² oder Reformisten (SPD-Labour Party)¹³ formiert wurden. Insofern kann durchaus die These formuliert werden, dass die Zwischenkriegszeit als Übergangsperiode, in der das Parteiendreieck permanent zwischen Opposition und Regierungsverantwortung lavieren musste und hierbei mit Ausnahme von Hilferdings »realistischer Außenpolitik« keine ideologische Neuorientierung fand,¹⁴ nicht ohne Folgen für die Wahrnehmung und Realisierung der transnationalen sozialistischen Zusammenarbeit blieb. Grundsätzlich bewegten sich die Parteien, nicht zuletzt aufgrund ihrer veränderten parlamentarischen

⁹ P. PISTORIUS, Rudolf Breitscheid 1874–1944, 1970, S. 223.

¹⁰ Hierzu unter anderem: A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Salomon Grumbach, Brief von Breitscheid an Grumbach, 13.10.1931, F7/15961; A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Salomon Grumbach, Brief von Breitscheid an Grumbach, 4.6.1932, F7/15961; A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Salomon Grumbach, Brief von Breitscheid an Grumbach, 12.7.1932, F7/15961; A.N., SÉRIE F/7. POLICE GENERALE, Salomon Grumbach, Brief von Grumbach an Breitscheid, 15.7.1932, F7/15961.

¹¹ Vgl. M. STÜRMER, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik, 1967, S. 110.

¹² Hier insbesondere zwischen den deutschen und französischen Marxisten, Bebel, Luxemburg, Liebknecht, Zetkin, Sender, Kautsky sowie J. Guesde, A. Bracke, J. Longuet.

¹³ Hervorzuheben sind hier vor allem die Kontakte zwischen Eduard Bernstein und den Fabiern (Sidney, Beatrice Webb).

¹⁴ W. EUCHNER, Literaturbericht: Marxismus-Leninismus; in: GWU 21, 1970, S. 443–452; hier: S. 443.

Rolle, beobachtbar in Richtung Reformismus. Dies hatte zur Folge, dass der linke Flügel der SAI nach dem Brüsseler Kongress 1928 seine Unzufriedenheit über den Status quo der transnationalen Kontakte sowie der ideologischen Ausrichtung der Organisation im Allgemeinen äußerte und in der Folgezeit damit begann, ein eigenes Netzwerk aufzubauen.

4.2. *Bi- oder multilateral? Beziehungen innerhalb und außerhalb der Internationale*

Die Frage, ob die Kooperation des Parteiendreiecks in der Zwischenkriegszeit eher bi- bzw. trilateral organisiert wurde, oder vielmehr unter dem Schirm der Arbeiterinternationale stattfand, ist bislang noch nicht ausreichend geklärt worden.¹⁵

Diesbezüglich muss zunächst zur weiteren Klärung auf die Struktur der 1923 gegründeten Sozialistischen Arbeiterinternationale verwiesen werden, da die SAI zumindest nominell die maßgebende transnationale Organisation für das Parteiendreieck darstellte. In ihren Statuten beschloss die Organisation auf ihrem Gründungskongress, die innere Struktur der Mitgliederorganisationen nicht anzutasten, ähnlich wie das in der Zweiten Internationale der Fall war. Der wesentliche Unterschied zur Vorkriegszeit bestand allerdings darin, dass die äußere Politik der Mitgliederorganisationen stark eingeschränkt werden sollte: Beschlossen wurde 1. die Parteien an die »Beschlüsse in allen internationalen Fragen« zu binden (Artikel 3) sowie 2. im Falle von Konflikten die Mitgliederorganisationen dazu zu verpflichten, die SAI als höchste Instanz anzuerkennen und ihren Beschlüssen unbedingt Folge zu leisten (Artikel 4).¹⁶

Dieser Beschluss war eine direkte Antwort auf die Ereignisse im Juli 1914, als jede Mitgliederorganisation souverän über Wohl und Wehe der europäischen Staatenwelt entschieden und sich hierbei für die Gewährung der Kriegskredite in den jeweiligen Nationalparlamenten und somit gegen die »proletarische Solidarität« ausgesprochen hatte. Eine Wiederauflage dieser uneinheitlichen und zerstörerischen Haltung der assoziierten Parteien sollte aus nachvollziehbaren Gründen vermieden werden.¹⁷ Eben deshalb besaß die neu gegründete SAI gegenüber den assoziierten Parteien eine Art Hoheitsrecht in Sachen Außenpolitik und war mit ihrer inhaltlichen Ausgestaltung – zumindest in Krisenzeiten – beauftragt worden, was zumindest formal einen massiven Einschnitt in die Souveränität der Einzelparteien zur Folge hatte.

In der politischen Praxis wurde dieses Hoheitsrecht jedoch ausgesprochen flexibel umgesetzt. Paradigmatisch hierfür steht die sozialistische »Locarno-Krise« 1925/26, als sich SFIO und SPD für die Verwirklichung eines deutsch-französischen Sicherheitspaktes aussprachen, die Labour Party indes geradezu dogmatisch auf die Ver-

¹⁵ S. BERGER, Internationalismus als Lippenbekenntnis?, in: J. MITTAG (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration, 2006, S. 197–213; hier: S. 210 ff.

¹⁶ Hierzu: IISG, SAI, Kongresse, Hamburger Gründungskongress, 1923, Resolutionen, IISG/SAI/Kongresse/7/7 ff.; K. RIESEBERG, Die SPD in der Locarno-Krise, Oktober/November 1925; in: VfZ 30, 1982, S. 130–161; hier: S. 136.

¹⁷ Ebd.

wirklichung des Genfer Protokolls pochte, das »regionale Abkommen« strikt ablehnte.¹⁸ Dies hatte zur Folge, dass die Briten im Rahmen der Vierparteientreffen und SAI-Exekutivsitzen schlichtweg ignoriert wurden und die britischen Arbeitervertreter um MacDonald oder Henderson keine andere Möglichkeit hatten, als die Realisierung des deutsch-französischen Sicherheitspaktes zu tolerieren.¹⁹ Maßgeblich hierfür waren nicht zuletzt die bilateralen Verhandlungen zwischen SPD und SFIO, die in einem engen Austausch mit den jeweiligen außenpolitischen Ministerien stattfanden.

Wie am Beispiel der »Modernisierung der Außenpolitik« gezeigt, fand die Kooperation des Parteiendreiecks sowohl innerhalb als auch außerhalb der Sozialistischen Arbeiterinternationale statt. Zwar war die SAI weiterhin das eigentliche Forum, in dem Verhandlungen und Zusammenkünfte der assoziierten Parteien stattfanden, jedoch kam es auch außerhalb des gesteckten Rahmens zu wichtigen Treffen mit sozialistischer Beteiligung, die insbesondere von SPD und SFIO organisiert wurden. Zusammenfassend ist hervorzuheben, dass die SAI zwar de jure eine Art Hoheitsrecht innehatte, dieses wurde jedoch de facto allzu flexibel gehandhabt und den jeweiligen realpolitischen Rahmenbedingungen angepasst.

4.3. *Proletarischer Internationalismus oder transnationales Blendwerk?*

Entsprach die transnationale sozialistische Zusammenarbeit des Parteiendreiecks der Marxschen Vision einer »proletarischen Solidarität«? Gab es einen »aufrechten« Internationalismus, oder waren die blümerant klingenden Phrasen der tonangebenden Akteure nichts weiter als ein loses »Lippenbekenntnis«.²⁰ Wie bereits zu Beginn der Dissertation betont,²¹ spielen diese Fragen eine eher untergeordnete Rolle für die vorliegende Analyse. Dessen ungeachtet bleibt offen, welche Maßnahmen von den handelnden Akteuren getroffen wurden, um dem Idealbild einer grenzüberschreitenden Schicksalsgemeinschaft entsprechen zu können. Genau dieser Aspekt wird im Folgenden im Fokus stehen.

Dass die proletarische Solidarität zumindest einen hohen symbolischen Wert für den internationalen Sozialismus besaß, war auch den Zeitgenossen hinreichend bekannt: Die Sozialistische Arbeiterinternationale betrieb großen Aufwand, um die im zweijährigen Turnus stattfindenden Kongresse möglichst aufwendig für die Delegierten

¹⁸ Zum Rededuell zwischen Hilferding und Buxton über den deutsch-französischen Sicherheitspakt bzw. das Genfer Protokoll auf dem Marseiller Kongress der SAI 1925, siehe: Arbeiterzeitung, Wien, 27.8.1925; Leipziger Parteizeitung, 28.8.1925; Arbeiterzeitung, 28.8.1925; Zweiter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Marseille, 22. bis 27. August 1925, 1975, S. 262.

¹⁹ Dies geschah im Rahmen der SAI-Exekutivsitzen im Mai 1925. LHASC, LSI, Exekutivkomitee, Paris, 9./10. 5.1925, LSI/19/1.

²⁰ Im Hinblick auf die Formulierung per se siehe auch: S. BERGER, Internationalismus als Lippenbekenntnis?; in: J. MITTAG (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration, 2006, S. 197–213.

²¹ Vgl. Prolog: Sozialistischer Internationalismus.

zu gestalten. Kevin Callahan hat in einer Studie über den Stuttgarter Kongress 1907 bereits festgestellt, dass die Zweite Internationale bereits Jahre vor Beginn des Ersten Weltkrieges dezidiert auf eine »structured and dignified atmosphere« setzte.²² Konkret wurde in Stuttgart zum ersten Mal eine musische Untermalung des Kongresses realisiert und der Kongress als solches mit festen Ritualen und zeremoniellen Gesten begangen. Hintergrund für diese symbolische Konstruktion der proletarischen Solidarität sei die vorab getroffene Entscheidung, der öffentlichen Kritik mit nationaler Entschlossenheit entgegenzutreten: »*Set against the backdrop of domestic and foreign tensions, socialists began to articulate more clearly their own nationalist sentiments and a vision of a socialist nation.*«²³ Verantwortlich für diese Entwicklung sei in erster Linie die mediale Kritik an den als »Vaterlandsverrättern« stigmatisierten Sozialisten gewesen, die eben deshalb, so Callahan, den Versuch unternommen hätten, sowohl diskursiv als auch symbolisch »nationaler« aufzutreten. Mit in dieses Bild passt auch der Beschluss des Stuttgarter Kongresses, das Prinzip der Landesverteidigung als Teilbestand der internationalen »Doktrin« anzuerkennen, gegen den Widerstand des linksextremen Flügels um Gustave Hervé.²⁴ Der Stuttgarter Feldversuch, die Kongresse der Arbeiterinternationale mit internationalistischer Symbolik und Ritualen künstlich anzureichern, erscheint daher wie ein Versuch, die stärkere Hinwendung zum Nationalstaat mit Musik, touristischen Attraktionen und individuellen Teilnehmerkarten zu kompensieren. Kongresse der Arbeiterinternationale sollten fortan vor allem ein »Event« sein, eine eindrucksvolle Erfahrung für jeden Teilnehmer, eine Manifestation proletarischer Solidarität, die auch nach außen hin via Parteizeitungen, individuellen Erlebnisberichten und internationalen Journalen entsprechend aufbereitet werden konnte. Wie Callahan deutlich macht, sei der Stuttgarter Kongress 1907 nur ein erster Auftakt gewesen – was bedeutet, dass die begonnene Inszenierung in der Folgezeit fortgesetzt wurde.²⁵

Wendet man sich der Zwischenkriegszeit zu, wird dieser wenig schmeichelhafte »Event-Charakter« in der Tat bestätigt. Das Programm des Wiener Kongresses 1931, das an dieser Stelle beispielhaft analysiert werden soll, strotze nur so vor Attraktionen, Symbolik und Ritualen: Am Abend des 24. Juli 1931 war beispielsweise eine Visite bei sozialistischen Kleinbauernverbänden im Wiener Parteihaus geplant; zwei Tage später ein »Empfang beim Bürgermeister Seitz im Rathaus«; am Montag, den 27. Juli eine »Zusammenkunft der Delegierten im Burggarten, veranstaltet von der Organisation Wien (bei schlechtem Wetter in der Hofburg)«; am Morgen des 29. Juli ein »ganztägiger Ausflug ins Alpengebiet (Schneeberg, Rax, Semmering) [...] gleichzeitig: Führungen des sozialdemokratischen Erziehungs- und Schulver-

²² K. CALLAHAN, Performing Inter-Nationalism in Stuttgart in 1907; in: International review of social history, Bd. 45/1, 2000, S. 51–87; hier: S. 86 f.

²³ Ebd.

²⁴ Internationaler Sozialistenkongress zu Stuttgart, S. 86–102; hier insbesondere die Diskussion zwischen Bebel und Jaurès.

²⁵ K. CALLAHAN, Performing Inter-Nationalism in Stuttgart in 1907; in: International review of social history, Bd. 45/1, 2000, S. 51–87; hier: S. 87.

eins »Freie Schule-Kinderfreunde« [...], Arbeiterheime, Tagungserholungsstätten, Ferienkolonien«,²⁶ Kurzum: Von Seiten der SAI wurde gezielt der Versuch unternommen, die auf dem Kongress anwesenden Delegierten zu »unterhalten«. Gleichzeitig sollten musikalische Untermalungen, pompöse Gestaltung und gezielt angewandte Symbole dafür sorgen, die Veranstaltung zu einer einmaligen Erinnerung für die Anwesenden zu machen und zudem ausreichend Material für die zahlreiche Berichte über die internationalen Sozialistenkongresse liefern.²⁷

Die Diskussion darüber, ob der Internationalismus der Arbeiterinternationale nur ein Lippenbekenntnis gewesen sei, hat in der Geschichtswissenschaft bereits mehrfach für Aufsehen gesorgt. Jolyon Howorth²⁸ und Kevin Callahan²⁹ haben in ihren Studien den »symbolischen Charakter« internationaler Veranstaltungen festgestellt, vor allem Erstgenannter unterstellt den deutschen und französischen Sozialisten »nationalistische Züge« – »it is easy to be internationalist at home«.³⁰ Diesem Bild tritt Marie-Louise Goergen entschieden entgegen und bekräftigt in ihrer Dissertation, dass die Beziehungen zwischen beiden Parteien äußerst intensiv und geradezu von Internationalismus beseelt gewesen seien. Zwar weist auch sie auf »nationalistische Tendenzen« hin und konstatiert eine stärker werdende Hinwendung zum Nationalstaat in beiden Lagern, macht jedoch zugleich die »relations bilatérales« stark, die sich zwischen 1889 und 1914 zwischen SPD und SFIO ergeben hätten. Daraus folgert sie, dass die Bejahung der Kriegskredite in den jeweiligen Parlamenten keineswegs abzusehen gewesen sei.³¹

Diese ambivalente Darstellung erscheint in weiten Teilen durchaus wirklichkeitsnah und kann daher auf die Zwischenkriegszeit übertragen werden: Wie gezeigt, lässt sich in diesem Zeitraum ein hohes Maß an persönlichen und institutionellen Kontakten zwischen transnationalen Akteuren und den jeweiligen Parteien feststellen. Zwar kann argumentiert werden, dass die von Arbeitervertretern beklagte »Zeitknappheit«, bedingt durch die stärker werdende Verschmelzung der Parteien in ihre jeweiligen parlamentarischen Systeme, immer wieder für Irritationen und Terminfindungsschwierigkeiten sorgten und eben dieser Umstand kein Beleg für einen lebhaft-

²⁶ Hierzu: Internationale Information, Programm des Wiener Kongresses, Juli 1931, Bd. 8.2., 1931, S. 389/390; Bulletin: Serie 2, Nr. 12; Juli 1931, Bulletin der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Vierter Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 25. Juli bis 1. August 1931.

²⁷ Es steht außer Frage, dass die Kongresse der Internationale sowohl von Kritikern als auch von Sympathisanten respektive den jeweiligen Parteizeitungen ausführlich publizistisch dargestellt wurden. Eine entsprechende Sammlung diverser Zeitungsberichte zu den jeweiligen Kongressen der SAI findet sich in: IISG, SAI, Kongresse, Allgemein: Zeitungsausschnitte/Presseartikel [1923, 1925, 1927, 1929, 1931, 1933].

²⁸ J. HOWORTH, The Left in France and Germany, Internationalism and war: A dialogue of the deaf 1900–1914; in: E. CAHM / V. C. FISERA (Hrsg.), Bd. 2, 1979, S. 81–100.

²⁹ K. CALLAHAN, Performing Inter-Nationalism in Stuttgart in 1907; in: International review of social history, Bd. 45/1, 2000, S. 51–87.

³⁰ J. HOWORTH, French Workers and German Workers; in: European History Quarterly, Vol. 15, 1985, S. 71–97; hier: S. 88 f.

³¹ M.-L. GOERGEN, Les relations entre socialistes allemands et français à l'époque de la Deuxième Internationale, 1998, S. 847–858.

ten Internationalismus gewesen sei, jedoch war die Frequenz transnationaler Zusammenkünfte summa summarum äußerst hoch, auch im Vergleich zur Vorkriegszeit. Gewiss, die Beteiligung an Konferenzen/Exekutivsitzungen/Parteitage/etc. wurde mehrheitlich als »Pflichtübung« angesehen und man sollte sich in diesem Kontext auch unbedingt von der historiographisch gepflegten Idee verabschieden, die internationalen Treffen seien eine Art »Happening« gewesen, das den Zweck hatte, »Freunde« aus anderen Ländern zu besuchen und ein »transnationales Miteinander« in Eintracht zu zelebrieren.³² Faktisch ging es darum, politische Kompromisse zu erzielen, gemeinsame Richtlinien festzulegen und konzentriert den Versuch zu unternehmen, die zwischenstaatlichen Beziehungen zu beeinflussen. Diese Erkenntnis widerspricht indes nur bedingt dem Bild von einer »solidarischen« Gemeinschaft – zumindest wenn die sozialistische Phraseologie nicht als eigentlicher Bewertungsmaßstab verwendet wird.³³ Wie Dieter Kramer in seinem Aufsatz über den Internationalismus in der Arbeiterkultur der SPD festgestellt hat, kann sich eine historische Analyse der transnationalen Zusammenarbeit nicht darauf beschränken, das Versagen der Internationale bzw. des »proletarischen Internationalismus« hervorzuheben und hierbei die relativen Erfolge der transnationalen Zusammenarbeit außen vor zu lassen.³⁴ Eben deshalb muss festgehalten werden, dass es in der Zwischen-

³² Indem der Arbeiterinternationale und ihren wichtigsten Protagonisten gemein unterstellt wird, sie seien ihrer »internationalen Pflicht« nicht nachgekommen oder hätten ihr »Prinzipien« verraten, wird das gedankliche Idealbild einer durch und durch solidarischen Gemeinschaft suggeriert, das utopischer nicht sein könnte. Konkret werden die SAI und ihre assoziierten Parteien gerade in der älteren Forschungsliteratur an ihrer eigenen Propaganda (»proletarische Solidarität«, »Internationalismus«) gemessen – nur um abschließend festzustellen, dass die Realität anders aussehen würde, kaum Solidarität vorhanden gewesen wäre, und die Geschichte des internationalen Sozialismus daher durchweg negativ bewertet werden müsse. Dadurch wird aber im Umkehrschluss die Forderung erhoben, eine positive Bewertung der SAI und ihrer Einzelparteien könne nur dann erfolgen, wenn sich die Protagonisten diametral anders verhalten hätten. Was in diesem Fall so viel bedeuten würde wie: Unbedingte Wahrung der »proletarischen Solidarität«, keine Konflikte zwischen den Parteien, Einheitlichkeit, transnationales Miteinander.

³³ Um nur einige Beispiele anzuführen, wo ein solcher Bewertungsmaßstab verwendet wird: Rolf Steininger bescheinigt der SAI eine »Geschichte des Niedergangs«, ohne dabei auch nur annähernd zu klären wie eine gegenteilige »Erfolgsgeschichte« auszusehen hätte. Auch Eberhard Knopp konstatiert in seiner Dissertation über die Sozialistische Internationale, dass es ihr zu keinem Zeitpunkt gelungen sei, die außenpolitischen Vorstellungen ihrer Mitgliederparteien auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen – was bei näherem Hinsehen unvollständig erscheint. Jörg Später unterstellt der Labour Party des Weiteren, die sozialistische Theorie sei Mitte der 30er Jahre einer »Realpolitik« gewichen, sträflich außer Acht lassend, dass eben jene »Realpolitik« bereits Anfang der 20er Jahre programmatisch akzeptiert wurde – und zwar nicht nur von der britischen Arbeiterpartei, sondern von der SAI als Ganzes. R. STEININGER, Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg, 1979, S. 10; Später, J. SPÄTER, Vansittart, 2003, S. 103; E. KNOPP, Die Sozialistische Internationale, 1992.

³⁴ »Was die Wirkung internationalistischen Denkens anbetrifft, so genügt es nicht, Internationalismus in seinen programmatischen Manifestationen hochzubalten und zu feiern, darüber aber die Widersprüche der Praxis zu vergessen. Sicher war in vielen Fällen das Prinzip des Internationalismus verbal anerkannt. Wenn aber »Organisationsgeschichte« nur auf die Beschlusslage Rücksicht nimmt, dann lassen sich damit keine Aussagen über Breiten- und Tiefenwirkung internationalistischer Haltungen gewinnen. »Arbeitergeschichte von unten« dagegen läuft Gefahr, augenblickliche Zustände für die Realität zu nehmen. Die Arbeit der Kulturorganisation, sicher

kriegszeit wiederholt zu Formen »proletarischer Hilfeleistungen« kam – sowohl in organisatorischer, kultureller, finanzieller, und politischer Hinsicht. Dieser Aspekt steht paradigmatisch für das Bemühen der handelnden Akteure, die proletarische Solidarität nicht zu einem Lippenbekenntnis verkommen zu lassen, ungeachtet aller ideologischen Unklarheiten.

meist nur auf Minderheiten bezogen, sagt etwas aus über das, was auch möglich ist. Es genügt nicht, nur das Versagen, das Ungenügen des proletarischen Internationalismus zu beschreiben und darüber seine relativen Erfolge zu vergessen [...].« D. KRAMER, Internationalismus in den deutschen Arbeiterkultur-Organisationen: Eine Problemskizze; in: F. VAN HOTHON / M. VAN DER LINDEN (Hrsg.), Internationalism in the Labour Movement, 1830–1940, Bd. 2, 1988, S. 217–232; hier: S. 220 ff.

Zusammenfassende Schlussbetrachtung

a) Das Parteidreieck und die Modernisierung der Außenpolitik

Auf den zurückliegenden Seiten konnte aufgezeigt werden, dass das Parteidreieck (SPD, SFIO und Labour Party) einen wertvollen Beitrag zur Modernisierung des internationalen Systems leistete, insbesondere im Zeitraum der »Locarno-Ära« von 1924 bis 1929. »Sicherheit, Schiedsgericht und Abrüstung« waren hierbei der »spiritus sanctus« der internationalen Sozialdemokratie, wie das Rudolf Hilferding auf dem Marseiller Kongress der Arbeiterinternationale 1925 treffend formulierte. Alle drei Parteien standen felsenfest auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie, traten geradezu als »Herolde« der Verständigung auf und unternahmen darauf aufbauend den Versuch, die internationale Staatenwelt unter diesen Vorzeichen zu reformieren – im steten Austausch mit bürgerlich-liberalen Kräften. Der Erfolg des Parteidreiecks bestand darin, dass ihre Strategie zwischen 1923 und 1929 weitestgehend aufging: Der Modernisierungsprozess der Außenpolitik, der in gewisser Weise ein Vorbild für die internationale Staatenwelt nach 1945 war, konnte mit großem Elan vorangetrieben werden. Damit war die Phase der »relativen Stabilisierung« auch ein Verdienst der Sozialisten.

Allerdings ist zu betonen, dass die sozialistischen Mittlerfiguren fast ausschließlich im Windschatten zwischenstaatlicher Verhandlungen operierten. Mit Hilfe ihrer transnationalen Kontakte halfen Akteure wie Breitscheid, Hilferding oder Grumbach zwar tatkräftig mit, einen inoffiziellen Meinungsaustausch zwischen den Regierungen zu ermöglichen – jedoch taten sie dies vornehmlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Eben deshalb vermag es nicht zu verwundern, dass die Früchte der Verständigungspolitik in erster Linie den beiden großen Staatsmännern, Stresemann und Briand, zugeschrieben werden, während die im Hintergrund operierenden Sozialisten in der Historiographie bislang kaum Beachtung finden.

Die historisch-politische Deutung der Locarno-Politik als »Briand-Stresemann-Ära« erscheint insofern nachvollziehbar, als die sozialistischen Parteien zwischen 1924 und 1929 fast ausschließlich als Oppositionsparteien in Erscheinung traten. Die beiden Arbeiterregierungen in Großbritannien (1924; 1929–31) sowie die Wiederauflage der Großen Koalition unter Hermann Müller (1928–30) fallen zwar zeitlich in die »Locarno-Ära«, können jedoch, mit Ausnahme des ersten Kabinetts MacDonald, nicht als die eigentlichen Träger der Verständigungspolitik auf Regierungsebene bezeichnet werden, die vielmehr im bürgerlich-liberalen Spektrum zu suchen sind. Dessen ungeachtet besaß das transnationale sozialistische Netzwerk unbestritten einen hohen Stellenwert für die zwischenstaatliche Annäherung: Die enge Kooperation zwischen den sozialistischen Parteivertretern sowie den jeweiligen Ministerialbeamten und Diplomaten belegt hinreichend, dass die diplomatischen Aktivitäten des Parteidreiecks auch von staatlicher Seite geschätzt und gefördert

wurden. Die Anwesenheit von tragenden Akteuren wie Breitscheid oder Grumbach z.B. auf der Londoner Konferenz 1924 verleiht dieser These zusätzliches Gewicht. Vor diesem Hintergrund ist zu konstatieren, dass der außenpolitische Modernisierungsprozess in der »Phase der relativen Stabilisierung« mitnichten eine reine Co-Produktion der beiden Friedensnobelpreisträger Briand und Stresemann war – wie oft von Vertretern der »Diplomatiegeschichte« suggeriert wird – sondern vielmehr ein zähes Verhandlungswerk mit großen und kleinen Architekten, zu denen auch die sozialistischen Parteien, SPD, SFIO und Labour Party, gerechnet werden müssen. Außen- und Sicherheitspolitik waren nicht mehr das alleinige Hoheitsgebiet traditioneller staatlicher Akteure, sondern schlossen zunehmend auch gesellschaftliche Gruppierung mit ein.

Die starke Involvierung sozialistischer Mittlerpersonen in den zwischenstaatlichen Verständigungsprozess hatte indes auch eine Kehrseite: Transnationale sozialistische Mittlerfiguren mussten zunehmend ihre »doppelte Loyalität« unter Beweis stellen und zwischen den Bedürfnissen der eigenen Regierung (respektive der zuständigen Diplomaten) und den Beschlüssen der eigenen Parteiführung sowie den Tagungen der SAI-Exekutive hin- und herlavieren. Der stete Konflikt zwischen nationalen und internationalen Verpflichtungen konnte jedoch aus Sicht des Parteiendriecks immer wieder aufs Neue gelöst werden, da die Protagonisten auch auf transnationaler Ebene dazu in der Lage waren, ihre eigenen außenpolitischen Vorstellungen flexibel anzupassen und Kompromisse zu erzielen. So verliefen die internationalen Zusammenkünfte des Parteiendriecks (z.B. im Rahmen der Sitzungen der SAI-Exekutive, des SAI-Bureaus oder der Vierparteientreffen) zwar selten konfliktfrei, allerdings stets kompromissorientiert. Die Fortsetzung der Verständigungspolitik um jeden Preis war die eigentliche Maxime, die die Handelnden antrieb und miteinander verband.

Der häufig erbrachte Vorwurf, die sozialistischen Akteure hätten in der Zwischenkriegszeit keine eigenen außenpolitischen Vorstellungen entwickelt und das liberale Konzept Woodrow Wilsons in großen Teilen kopiert, ist, oberflächlich betrachtet, sicherlich triftig. Er unterschlägt jedoch auf sträfliche Art und Weise den ideologischen Wandel, den das Parteiendrieck auf dem Feld der Außenpolitik zwischen Ruhrkrise (1923) und dem Zusammenbruch der deutschen Demokratie (1933) zurücklegte: Anders als vor dem Ersten Weltkrieg waren SPD, SFIO und Labour Party keine radikalen oder systemfeindliche Oppositionsparteien mehr, sondern gestaltende Kräfte, die aktiven Einfluss auf die internationale Politik ausüben wollten. Hierfür war es freilich nötig, althergebrachte Dogmen zu überwinden und eine Flexibilisierung der eigenen außenpolitischen Zielvorstellungen zu erreichen. Der »realistische Pazifismus« von Rudolf Hilferding ist Ausdruck dieses ideologischen Wandels, insofern die Praktikabilität sozialistischer Politik in den Vordergrund und das Primat der Theorie in den Hintergrund gerückt wurde. Paradigmatisch hierfür steht auch der Abschied von »transnationalen Generalstreikphantasien« – und dem radikalen Duktus der Vorkriegszeit. Stattdessen verfolgte das Parteiendrieck eine »gou-

vernementale Außenpolitik« auf nationaler Ebene, die jeden Fortschritt in der Verständigungspolitik parlamentarisch unterstützte, unabhängig vom eigenen Status als Regierungs- oder Oppositionspartei. Dementsprechend rückten weltanschauliche Motive hinsichtlich der *praktischen* Ausgestaltung der eigenen Außenpolitik klar in den Hintergrund, gleichermaßen wurde kein messerscharf definiertes außenpolitisches Programm formuliert, das einer Forcierung der zwischenstaatlichen Annäherung eher hinderlich gewesen wäre.

Die Nachteile dieser »realistischen« Polit-Strategie liegen auf der Hand: Solange die »Mitspieler« in den Außenministerien und auf Regierungsebene vorhanden waren, konnte die »neue Außenpolitik« reüssieren. Doch als eben dieser Umstand nach 1930/31 nicht mehr gegeben war, musste die Arbeiterinternationale nahezu hilflos mitanschen, wie ihrer Politik die Grundlage nach und nach entzogen wurde. Für einen Strategiewechsel der SAI – weg von legalistischen Strategien, hin zu revolutionär-außerparlamentarischen Maßnahmen – fehlte bereits vor dem Zusammenbruch der deutschen Republik 1933 die innere Einheit, da sowohl die Labour Party als auch die skandinavischen Parteien eine Einheitsfront kategorisch ablehnten, die wiederum von der SFIO und Teilen der SOPADE mit Nachdruck befürwortet wurde.

b) Zur Periodisierung der Zusammenarbeit von SPD, SFIO und Labour Party (1919–1933)

Es steht außer Frage, dass das Parteiendreieck im Untersuchungszeitraum unterschiedliche Phasen der Zusammenarbeit durchlebte: Nach dem Ende des Weltkrieges und bis zur Ruhrkrise nahm die Labour Party die führende Rolle innerhalb der Arbeiterinternationale ein. Trotz der sich fortsetzenden Gegnerschaft zwischen SFIO und MSPD, vermochte die britische Arbeiterpartei eine dauernde Spaltung der internationalen Arbeiterschaft zu verhindern und die Parteien der IASP und der Zweiten Internationale zusammenzuführen. In diesem Zeitabschnitt war die Kooperation zwischen Labour Party und MSPD/SFIO besonders eng; demgegenüber weigerte sich die SFIO, Kontakt zur Mehrheitssozialdemokratie aufzunehmen, die als »Arbeiterverräterpartei« gebrandmarkt wurde und bevorzugte stattdessen eine enge Zusammenarbeit mit der Unabhängigen Sozialdemokratie um Kautsky, Crispin, Hilferding, Breitscheid, Bernstein, die bereits während des Ersten Weltkrieges ihren Anfang genommen hatte.

Die Besetzung des Ruhrgebietes durch belgische und französische Truppen sowie die Parteizusammenführung von USPD und MSPD änderte diese Konstellation allerdings grundlegend: Frankreichs Rückkehr zum internationalen Faustrecht animierte SPD und SFIO dazu, die innersozialistischen Konfliktherde einzudämmen und die deutsch-französische Annäherung maßgeblich voranzutreiben, insbesondere nach der Abwahl Poincarés im Jahre 1924 und der Formierung des Linkskartells in Frankreich. Die »Locarno-Ära« stand sinnbildlich für die »Renaissance« des deutsch-französischen Tandems, SPD und SFIO, während die Labour Party aufgrund ihres doktrinären Festhaltens am Genfer Abkommen lange Zeit eine Außen-

seiterrolle einnahm. Im Zeitabschnitt der »Paktomanie« (Dawes-Plan, Locarno, Genf, Thoiry) gelang es den Parteien, maßgeblichen Einfluss auf die zwischenstaatliche Ebene auszuüben und im Austausch mit verständigungsorientierten Kräften des bürgerlichen Lagers eine Modernisierung der Außenpolitik zu erwirken.

Diese für das sozialistische Lager höchst positive Entwicklung fand spätestens 1929/30 ihr jähes Ende: Der Abbruch der Verständigungspolitik auf zwischenstaatlicher Ebene markierte eine tiefe Zäsur, insofern die Einflussmöglichkeiten sozialistischer Akteure stetig abnahmen. Infolgedessen verlor auch die Kooperation des Parteiendreiecks, SPD, SFIO und Labour Party, sukzessive an Bedeutung. Die als Trias erscheinende Krise – die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise, der Aufstieg politischer Zentrifugalkräfte in Deutschland und Frankreich sowie die Blockade der Verständigungspolitik – entzog den Mittlerfiguren nach und nach die politische Grundlage für ihre Arbeit. In der Folgezeit übernahm die SAI als Kristallisationszentrum des Protestes zwischen 1930 und 1933 den fruchtlosen Versuch, mittels außerparlamentarischer Aktionen die zwischenstaatlichen Verhandlungen (Abrüstung, Reparationen) zu beschleunigen.

c) *Akteure, Foren und Formen der Kooperation*

Betont werden muss, dass die Kooperation zwischen den Parteien vornehmlich eine Aufgabe der jeweiligen nationalen Parteieliten war. Die wiederholt auf Kongressen, Parteitag und sonstigen internationalen Zusammenkünften auftretenden Genossen lassen sich somit auf einen kleinen Personenkreis einschränken. Innerhalb der SPD taten sich insbesondere Breitscheid und Hilferding als Mittlerpersönlichkeiten hervor, während Hermann Müller oder Otto Wels eher im Rahmen der Sozialistischen Arbeiterinternationale wirkten. Gleichmaßen können im Lager der SFIO einige wenige Persönlichkeiten hervorgehoben werden, die auf transnationaler Ebene als Mediatoren tätig waren: Léon Blum, Salomon Grumbach, Pierre Renaudel und Jean Longuet beteiligten sich in regelmäßigen Abständen an informellen Zusammenkünften und Tagungen, während sich der Wirkungskreis von Jean Zyromski oder Paul Faure eher auf die Treffen der SAI beschränkte. Für die Labour Party traten insbesondere Arthur Henderson, Ramsay MacDonald, William Gillies, H. N. Brailsford, Fenner Brockway sowie Tom Shaw in Erscheinung, wobei vor allem die beiden erstgenannten im Untersuchungszeitraum als Mittlerfiguren agierten und sich an der informellen Diplomatie des Parteiendreiecks beteiligten.

Im Hinblick auf die »Foren der Kooperation« fungierte die Sozialistische Arbeiterinternationale als Plattform für die transnationalen Aktivitäten des Parteiendreiecks. Treffen des sozialistischen Bureaus oder des Exekutivkomitees der SAI fanden mehrfach jährlich statt, so dass die sozialistischen Akteure wiederholt die Gelegenheit erhielten, sich persönlich zu begegnen und über aktuelle Entwicklungen auszutauschen. Dessen ungeachtet kam es auch im Rahmen von Parteitag oder speziellen Reisedelegationen zu bi- oder trilateralen Zusammenkünften, die außerhalb der SAI organisiert wurden. Grund hierfür waren zumeist aktuelle politische Ent-

wicklungen, die nach einer besonderen Koordinierung zwischen den Parteien verlangten. Häufig kam es dabei auch zu Zusammenkünften mit staatlichen Akteuren, die zu Verhandlungszwecken eingeladen oder aufgesucht wurden.

Die Art und Weise der Zusammenarbeit gestaltete sich ausgesprochen vielfältig: *Erstens* kam es zu einem organisatorischen Austausch, der sich insbesondere zwischen SPD und Labour Party nachweisen lässt. Im Vorfeld des Labour-Wahlkampfes 1928/29 wurden vonseiten der deutschen Sozialdemokratie hilfreiche Anregungen gewährt, wie die britischen Genossen ihre Propaganda verbessern könnten. *Zweitens* konnte am Beispiel der SFIO gezeigt werden, dass die französischen Genossen auf publizistischer und parlamentarischer Ebene gezielt den Versuch unternahmen, ein positives »Bild« von der deutschen Schwesterpartei zu zeichnen und dies mit entsprechenden politischen Forderungen auf nationaler Ebene zu verbinden. *Drittens* lassen sich wiederholt finanzielle Hilfeleistungen zwischen den Parteien nachweisen, die vornehmlich über die SAI organisiert und koordiniert wurden: So transferierte die britische Labour Party beispielsweise zwischen 1918 und 1923 umgerechnet eine Million Euro auf das Konto der SPD. *Viertens* wurden vor allem von der deutschen und der französischen Arbeiterpartei eine Reihe von bilateralen Treffen organisiert, die eine Zurschaustellung der proletarischen Solidarität sowie der deutsch-französischen Verständigung zum Zweck hatten. Hervorgehoben muss diesbezüglich vor allem die Zusammenkunft von Champigny im Winter 1929. *Fünftens* kam es zu der bereits erwähnten politischen Zusammenarbeit, die eine Initiierung bzw. Fortsetzung der internationalen Verständigungspolitik zum Ziel hatte und mittels informeller Diplomatie verfolgt wurde.

Für eine positive Beeinflussung der internationalen Beziehungen war vor allem die Herausbildung realpolitisch denkender sozialistischer Parteieliten, die sich mehrfach jährlich versammelten, ein wichtiger Erfolgsfaktor. Die Tatsache, dass bürgerlich-liberale (Regierungs-)Akteure stets auf gut informierte und transnational vernetzte Ansprechpartner in den Reihen des Parteiendreiecks zurückgreifen konnten, war mithin ein wichtiger Grund, sozialistische Mittlerfiguren immer wieder aufs Neue in Verhandlungsprozesse miteinzubeziehen.

d) Grenzen der Zusammenarbeit: Raum- und Zeitvorstellungen, sprachliche Probleme

Trotz der zunehmenden Professionalisierung der länderübergreifenden Zusammenarbeit war die praktische Ausgestaltung transnationaler Treffen häufig mit Problemen verbunden: Nur ein kleiner Teil der transnationalen Akteure konnte sich flüssig in einer Fremdsprache ausdrücken, weshalb die internationalen Zusammenkünfte vielfach mit sprachlichen Komplikationen verbunden war. In diesem Kontext war es umso wichtiger, dass sich zumindest ein Teil der Mittlerfiguren adäquat verständigen konnte. Hervorzuheben sind hier vor allem Rudolf Breitscheid sowie Salomon Grumbach, die beide über hervorragende Deutsch- und Französischkenntnisse verfügten, letztgenannter sogar als Muttersprachler.

Des Weiteren kann im Untersuchungszeitraum festgestellt werden, dass es den sozialistischen Akteuren gegen Ende der 20er Jahre immer schwerer fiel, nationale und internationale Verpflichtungen zeitlich zu bewältigen. Anfragen des SAI-Sekretariats nach möglichen Terminen für transnationale Treffen wurden dementsprechend häufig abgelehnt oder auf unbestimmte Zeit verschoben. Hierbei ist zu betonen, dass etwaige Reisestrapazen, die mit im Ausland stattfindenden Sozialistentreffen für gewöhnlich einhergingen, kaum ein Problem für die in Frage kommenden Akteure darstellten – insgesamt kann in der Zwischenkriegszeit von stark verbesserten Reise- und Transportbedingungen ausgegangen werden. Deutlich schwerer wogen die ab 1929/30 einsetzende Erosion des internationalen Staatensystems, zunehmende interne Probleme der drei Parteien sowie eine generelle »Zeitknappheit« der tragenden Akteure in Folge zunehmender parlamentarischer Belastung.

e) *Proletarischer Internationalismus – ein Lippenbekenntnis?*

Die transnationale Zusammenarbeit in außenpolitischen Fragen war für SPD, SFIO und Labour Party vornehmlich eine Aufgabe der jeweiligen Partieliten. War die proletarische Solidarität deshalb nichts weiter als ein bloßes »Lippenbekenntnis«?

Man geht sicherlich nicht fehl in der Annahme, dass die Perzeptionen über die Ausgestaltung der proletarischen Solidarität mitunter verschieden waren innerhalb des Parteiendreiecks, vor allem hinsichtlich der politischen Zusammenarbeit: Während die SFIO tendenziell eine hohe Schlagzahl an gemeinsamen Treffen der SAI einforderte und die Relevanz außerparlamentarischer Aktionen wiederholt akzentuierte, gab sich die Labour Party deutlich zurückhaltender und erteilte dem Aktionismus der französischen Genossen mehr als einmal eine Absage. Zwischen diesen beiden Polen nahm die SPD gewissermaßen eine Zwischenstellung ein, da die tragenden Akteure um Breitscheid oder Hilferding sowohl auf die Labour Party als auch die SFIO angewiesen blieben, nicht zuletzt aufgrund der in der Zwischenkriegszeit stets virulenten Konfliktfelder zwischen Berlin, Paris und London.

Trotz dieser kleineren und größeren Missverständnisse begriffen sich die Parteien in ihrer Gesamtheit jedoch als festen Bestandteil einer transnationalen Organisation. So wurde ein gesteigerter Wert darauf gelegt, die identitätsstiftende Wirkung der Arbeiterinternationale nicht nur nach außen, sondern auch nach innen zu tragen. Das wichtigste und für Parteimitglieder vermutlich greifbarste Forum hierfür waren die jeweiligen Parteizeitungen, in denen regelmäßig über die Aktivitäten der Schwesterparteien oder aber transnationale Zusammenkünfte im Rahmen der SAI berichtet wurde. Des Weiteren wurde Mitgliedern der Parteibasis die Möglichkeit eröffnet, mit Hilfe von Arbeiter-Reiseunternehmen ins Ausland zu fahren und an dort stattfindenden Veranstaltungen teilzunehmen. Dieser »Graswurzelinternationalismus« wurde insbesondere vonseiten der Labour Party forciert. Auf transnationaler Ebene legte auch die SAI großen Wert darauf, die stattfindenden Kongresse regelrecht zu »zelebrieren« und mit anspruchsvollen Aktivitäten neben der eigentlichen Tagung – z. B. Opernbesuche, Besichtigung von Museen, Wanderungen – anzureichern. Die

SAI-Kongresse waren somit ein wohlorchestriertes »Event«, das der Festigung eines länderübergreifenden Zusammengehörigkeitsgefühls dienen sollte.

Allerdings sollte man den proletarischen Internationalismus nicht nur als eine Art »kollektives Happening« begreifen, das den Zweck hatte, ein wie auch immer geartetes »transnationales Miteinander« in Eintracht zu zelebrieren. Faktisch ging es auch darum, im Kreis der Parteiliten politische Kompromisse auszuhandeln, gemeinsame Richtlinien festzulegen oder um die Unterstützung der Schwesterparteien zu werben (einerlei ob organisatorisch, kulturell, finanziell, oder politisch). Betrachtet man die »proletarische Solidarität« unter diesem Gesichtspunkt, dann war die transnationale Zusammenarbeit in der Zwischenkriegszeit alles andere als ein Lippenbekenntnis.

*f) Transnationale Kooperation des Parteiendreiecks –
Verfalls- oder Erfolgsgeschichte?*

Bislang wurde in der Historiographie mehrheitlich die Tendenz vertreten, die Sozialistische Internationale – und speziell das Parteiendreieck – sei darin »gescheitert«, den Triumphzug politischer Zentrifugalkräfte, Faschismus und Kommunismus, aufzuhalten. Diese Interpretation hat zweifelsohne eine gewisse Überzeugungskraft, impliziert jedoch eine Überbetonung der beiden historischen Zäsuren 1933 sowie 1939. Des Weiteren wird der irreführende Eindruck erweckt, der internationale Sozialismus hätte – eine konstruktive Zusammenarbeit vorausgesetzt – den Zusammenbruch der deutschen Demokratie oder gar den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verhindern können.

In der vorliegenden Dissertation wurde nachhaltig unter Beweis gestellt, dass die transnationale Zusammenarbeit von SPD, SFIO und Labour Party zwischen 1923 und 1929 durchaus als »Erfolgsgeschichte« bezeichnet werden kann. Die in diesem Zeitabschnitt begonnene Modernisierung der Außenpolitik wurde maßgeblich von dem Parteiendreieck mitgestaltet. Des Weiteren muss hervorgehoben werden, dass es fernab der politischen Kooperation wiederholt zu wechselseitigen Austausch- und Transferprozessen zwischen den Parteien kam, die auf eine gewinnbringende und fruchtbare Zusammenarbeit schließen lassen.

Was die Nachhaltigkeit der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit anbelangt, so fällt auf, dass eben diese nach 1945 fortgesetzt wurde. Insbesondere die deutsch-französische Zusammenarbeit wurde auf Initiative der SFIO perpetuiert, was sich unter anderem auch anhand der Beteiligung diverser Akteure an zivilgesellschaftlichen Austauschprozessen zwischen deutschen und französischen Intellektuellen manifestierte. Des Weiteren blieb das »Erbe« der Locarno-Ära auch nach 1945 gewahrt, insofern die Schaffung eines supranationalen Staatensystems inklusive dazugehöriger transnationaler Institutionen dauerhaft realisiert werden konnte. Es dürfte daher kaum eine Organisation geben, die im »Zeitalter der Weltkriege« und in der Zeit danach einen vergleichbaren Aufwand betrieb, den Grad der länderübergreifenden Vernetzung nachhaltig zu verbessern.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ACIQ	Advisory Council for International Questions
ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik
ADAV	Allgemeiner deutscher Arbeiterverein
AdsD	Archiv für soziale Demokratie
A.N.	Archives Nationales, Paris
AIU	Bibliothèque de l'Alliance israélite universelle
BA	Bundesarchiv
BIT	Bureau International du Travail
BL	British Library
BN	Bibliothèque Nationale, Paris
CAP	Commission administrative permanente
C.G.T.	Confédération Générale du Travail
CHS	Centre d'Histoire Sociale du XXème Siècle
CHSP	Centre d'histoire de Sciences Po
DBFP	Documents on British foreign policy
IAA	Internationale Arbeiter-Association
IASP	Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien
IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
IISG	Internationales Institut für Sozialgeschichte
ILP	Independent Labour Party
ISB	Internationales Sozialistisches Büro
J.O.	Journal Officiel de la République Française
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LHASC	Labour History Archive & Study Centre
LHR	Labour History Review
LSE	London School of Economics
MEW	Marx-Engels-Werke
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OURS	Office Universitaire de Recherche Socialiste
PA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
PCF	Parti Communiste Français
POB	Parti Ouvrier Belge
SAI	Sozialistische Arbeiter-Internationale
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SFIO	Séction Française de l'Internationale Ouvrière
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TNA, PRO	The National Archives, Public Record Office
TUC, PRO	Trade Union Congress
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Quellen und Literatur

I. Ungedruckte Quellen

a) Archives Nationales (AN), Paris

Série AP (Archives Privées)

Papiers Paul-Boncour

Papiers Albert Thomas

Papiers Léon Blum

Série F7:

F/7/12884. Ligue des droits de l'homme (1923–1924)

F/7/12884. Partis socialistes (1894–1923)

F/7/12897–12902. Agissement communistes en France et à l'étranger (1909–1929)

F/7/12904–12907. Attentats anarchistes (1892–1923)

F/7/12930–12943 Affaires internationales (1880–1925).

F/7/13053–13252. Surveillance des partis politiques (1894–1936)

F/7/13080–13085. Activités socialistes. Classement départemental (1926, 1928–1932).

F/7/13086–13089 Ligue des droits de l'homme (1915–1932)

F/7/13245–13252 Fascisme et antifascisme (1924–1935)

F/7/13249–13252. Activités antifascistes en France. Notes rapports, presse (1926–1933)

F/7/13349–13352 Antimilitarisme pendant et après la guerre (1915–1935)

F/7/13416–13519. Relations internationales (1906–1936)

F/7/13424–13434 Allemagne (1915–1936)

F/7/13950–13965 Mèlanges (1886–1936)

F/7/13973–13976 Propagande et menées révolutionnaires (1920–1929).

F/7/14683–14684 Attentats (1908–1940)

F/7/14711–14763 Étrangers (1908–1940)

F/7/15924–16048. Service central d'identification ou fichier central. – Fonds dit « Panthéon » (v. 1890–v.1939)

b) L'Office universitaire de recherche socialiste (l'OURS), Paris

Fonds Jean Longuet

Fonds Moscou

c) Centre d'Histoire Sociale du XXème Siècle (CHS), Paris

Fonds Jean Zyromski

d) Centre d'histoire de Sciences Po (CHSP)

Fonds Léon Blum

e) Bibliothèque Nationale de France (BnF), Paris

Papiers Raymond Poincaré

f) Bibliothèque de l'Alliance israélite universelle (AIU), Paris

Fonds Salomon Grumbach

- g) Institut für Sozialgeschichte (IISG), Amsterdam
 - NL Rudolf Breitscheid
 - NL Paul Hertz
 - NL Otto Bauer
 - NL Karl Kautsky
 - NL Eduard Bernstein
 - NL Albert Grzesinski
 - Kleine Korrespondenz, SPD
 - Labour and Socialist International. London Secretariat Archives
 - Labour and Socialist International
 - Second International Archives
 - Independent Labour Party
 - Labour Party
- h) Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn
 - NL Hermann Müller-Franken
 - NL Franz Künstler
 - NL Carl Severing
 - NL Paul Levi
 - NL Otto Wels
- i) Auswärtiges Amt (AA), Berlin
 - NL Gustav Stresemann
 - Akten d. Reichsministerium
 - Akten d. Staatssekretariats
 - Deutsche Botschaft, London
 - Deutsche Botschaft, Paris
- j) Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde (BA)
 - NL Hermann Müller-Franken
- k) The John Rylands University Library, Manchester
 - MacDonald, James Ramsay, Papers
- l) The Labour History Archive and Study Centre (LHASC), Manchester
 - Labour Party General Correspondence
 - Labour Party International Department
 - Labour Party. William Gillies papers
 - Labour Party. Labour and Socialist International
 - Other Organisations
 - Henderson papers
 - Parliamentary Labour Party executive committee and parliamentary committee (shadow cabinet) minutes
 - National Executive Committee
- m) The National Archives (TNA) / Public Record Office (PR), London
 - F.O. 371: Germany, France
 - F.O. 800: Correspondance of Ramsay MacDonald
 - PREM 5/198: R. MacDonald

- n) London School of Economics (LSE), London
 Independent Labour Party: minutes, circulars, corresp, pamphlets, other papers, foreign relations
 Webb; Martha Beatrice (1858–1943); nee Potter, social reformer and Webb; Sidney James (1859–1947), papers
 Citrine; Walter McLennan, papers
 Lansbury; George, papers
 Buxton; Charles Roden, papers
 Dell Robert Edward, papers
- o) British Library (BL), London
 D'Abernon papers

II. Protokolle von Parteitag / Internationalen Sozialistenkongressen

Kongress-Protokolle der Zweiten Internationale: Bd. 1/2, Paris 1889 – Brüssel 1914, Glashütten im Taunus 1975.
 Lademacher, Horst: Die Zimmerwalder Bewegung, Protokolle, Bd. 1/2, Paris 1967.
 Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien: vom 22.–27. Februar 1921, mit Einleitung von Konrad von Zwehl, Berlin, Bonn 1978.
 Kongresse der Sozialistischen Arbeiter-Internationale: 1923–1933, Glashütten im Taunus 1974f.
 Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Die II. Internationale 1918/1919. Protokolle, Memoranden, Berichte und Korrespondenzen, Berlin, Bonn 1980.
 Reports of the Annual Conference of the Labour Party: 1919–1933, London: Labour Party.
 Parti Socialiste (Section Française de l'International Ouvrière): XVIIIe-XXXVIe Congrès National, 1920–1939, Rapports de la Commission Administrative Permanente, Compte rendu sténographique, Paris, Librairie Populaire 1920–1939.
 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: 1919–1933, Glashütten im Taunus 1974f.
 SPD (Hrsg.): Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie, 1926–33, Berlin.

III. Akteneditionen, Dokumentationen

Bartel / Horst, Dlubek, Rolf / Gemkow, Heinrich (Hrsg.): August Bebel. Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1970.
 Bonnafous, Max (Hrsg.): Oeuvres de Jaurès, Bd. 5, Toulouse 1995.
 Candar, Gilles / Prochasson, Christophe (Hrsg.): Cashin, Marcel, Carnets 1906–1907, Paris 1993.
 Chambelland, Colette / Maitron, Jean (Hrsg.): Syndicalisme révolutionnaire et communisme: Les archives de Pierre Monatte, Paris 1968.
 Compère-Morel et al. (Hrsg.): Encyclopédie socialiste: syndicale et coopérative de l'Internationale ouvrière, Band 1, Paris 1912.
 Dale, Ian (Hrsg.): Labour Party General Election Manifestos: 1900–1997, Oxford 2000.
 Die Internationale und der Weltkrieg: Materialien gesammelt von Carl Grünberg. Erste Abteilung vor dem Kriege und während der ersten Kriegswochen, Leipzig 1916.
 Dowe, Dieter (Hrsg.): Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD, Bd. 2, 1912–1921, Berlin, Bonn 1980.

- Haase, Ernst (Hrsg.): Haase, Hugo, Sein Leben und Wirken. Mit einer Auswahl von Briefe, Reden und Aufsätzen, Berlin 1940.
- Journal officiel de la République française: Débats parlementaires. Chambre des députés. Comptes rendus in extenso, Paris 1919–1933.
- Kautsky, Karl Jr. (Hrsg.): August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky, Assen 1971.
- L'OURS: Publications mensuelle éditée par l'Office Universitaire de Recherche Socialiste. Cahier et Revue, No. 32, 1972: Histoire du Parti Socialiste, SFIO: Troisième partie (1920).
- Mackenzie, Norman (Hrsg.): The letters of Sidney and Beatrice Webb, Volume III, Pilgrimage 1912–1947, Cambridge 1978.
- Matthias E. / Morsey R. (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1960.
- Michel, Albin (Hrsg.): L'Oeuvre de Léon Blum, Bd. 3.1/3.2., Paris 1972.
- Miller, Susanne (Hrsg.): Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918, Düsseldorf 1966.
- Nachrichten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien: 1921–23, Glashütten im Taunus 1973.
- Partei Vorstand der Sozialistischen Partei Österreichs (Hrsg.): Victor Adler. Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954.
- Pendant la guerre: Le parti socialiste, la guerre et la Paix, Paris 1918.
- Political and Technical Background of the General Disarmament Conference 1932: London 1932.
- Position of the Socialists of All Countries: with Special Reference to Their Peace Policy, New York 2001.
- Potthoff, Heinrich / Weber, Hermann (Hrsg.): Die SPD-Fraktion in der deutschen Nationalversammlung, 1919–1920, Düsseldorf 1986.
- The Labour Party and the Trade Union Congress: Memorandum on War Aims, Approved by the Special Conference of the Labour Movement held at the Central Hall, Westminster, London, on Friday, December 28th, 1917, London 1929.
- Walling, William English: The Socialists and the War: a documentary statement of the position of the socialists of all countries, with special reference to their peace policy; including a summary of the revolutionary state socialist measures adopted by the governments at war, New York 1915.

IV. Memoiren, Zeitgenössische Schriften

- Andler, Charles: Le socialisme impérialiste dans l'Allemagne contemporaine. Dossier d'une polémique avec Jean Jaurès (1912–1913), Paris 1918.
- Angell, Norman: The Peace Treaty and the Economic Chaos of Europe, London 1919.
- Beer, Max: Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Band 5, Berlin 1923.
- Ders.: A History of British Socialism, London 2002.
- Bernstein, Eduard: Aus den Jahren meines Exils (Völker zu Hause). Erinnerungen eines Sozialisten, Berlin 1918.
- Ders.: Jules Guesde, Pioneer of Marxism in France; in: Science and Society, Bd. 4, 1940, S. 29–56.
- Ders.: Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg, Berlin 1915.
- Bogart, Ernest Ludlow: Direct and indirect costs of the great world war, New York 1919.
- Boulanger, Omer: L'Internationale Socialiste a vécu, Paris 1915.

- Brailsford, H. N.: *The Covenant of Peace: An Essay on the League of Nations*. London, 1918.
- Buxton, D. F.: *The war for coal and iron*, London 1921.
- Dittmann, Wilhelm: *Erinnerungen*, Frankfurt, New York, 1995.
- Graf Kessler: Harry, *Tagebücher, 1918–37*, Frankfurt am Main 1961.
- Ders.: *Das Tagebuch*, Bd. 7/8/9, Stuttgart 2004 ff.
- Erdmann, Lothar: *Die Gewerkschaften im Ruhrkampf*, Berlin 1924.
- Grumbach, Salomon: *Das Schicksal Elsaß-Lothringens. Reden eines elsässischen Sozialisten an zwei Nationen*, Neuchâtel 1915.
- Guérin, Daniel: *Sur le fascisme: I- La peste brune; II- Fascisme et grand capital*, Paris, Maspero, 1965.
- Karl Marx: *Friedrich Engels. Werke*.
- Kautsky, Karl: *Sozialisten und Krieg. Ein Beitrag zur Ideengeschichte des Sozialismus von den Hussiten bis zum Völkerbund*, Prag 1937.
- Keil, Wilhelm: *Erlebnisse eines Sozialdemokraten*, Band II., Stuttgart 1948.
- Keynes, John Maynard: *The Economic Consequences of the Peace*, London 1919.
- Kampffmeyer, Paul: *Friedrich Ebert, ein Lebensbild*, Berlin 1923.
- Korsch, Karl: *Recht, Geist und Kultur: Schriften 1908–1918*, Bd. 1, University of California 2007.
- Luxemburg, Rosa: *Die Sozialistische Krise in Frankreich, I-VII*, in: *Die Neue Zeit* 19 und 20 (1900–1902), S. 495–500, 516–526, 548–558, 619–631, 676–688, 710–718, 751–758.
- Nadolny, Sten: *Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf d. Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler*, München 1978.
- Poincaré, Raymond: *Memoiren*, Berlin 1929.
- Paul-Boncour, Joseph: *Entre Deux Guerres. Souvenirs sur la III. République*, Bd. 1: *Les luttes républicaines 1877–1918*, Bd. 2: *Les lendemains de la victoire 1919–1934*, Paris 1945/46.
- Renaudel, Pierre: *L'Internationale à Berne*, Paris 1919.
- Rolland, Romain: *Journal des années de guerre 1914–1919*, Paris, 1952.
- Rosmer, Alfred: *Le mouvement ouvrier pendant la première guerre mondiale. De Zimmerwald à la Révolution Russe*, Bd. 1, Paris 1993.
- Scheidemann, Philipp: *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Erster Band, Dresden 1928.
- Schiffrin, Alexander: *Die Internationale und die deutsche Krise*; in: *Die Gesellschaft*, Bd. 2, 1931, S. 294–213.
- Schippel, Max: *Weltwirtschaftskrise und internationaler Wiederaufbau*; in: *Sozialistische Monatshefte*, Bd. 27, 1921, S. 78–83.
- Sender, Toni: *Autobiographie einer deutschen Rebellin*, Frankfurt am Main 1981.
- Severing, Carl: *Mein Lebensweg*, Band 2: *Im Auf und Ab der Republik*, Köln 1950.
- Slocombe, George: *The tumult and the shouting: the memoirs of George Slocombe*, New York 1936.
- Stampfer, Friedrich: *Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik*, Hamburg 1947.
- Sorel, Georges: *Réflexions sur la violence*, Paris 1906.
- Stresemann, Gustav: *Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden*, Bd. 1, Berlin 1932.
- Tucholsky, Kurt: *Gesammelte Werke in zehn Bänden*, Band 4, Reinbek bei Hamburg 1975.
- Wachenheim, Hedwig: *Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie. Memoiren einer Reformistin*, Berlin 1973.
- Zweig, Stefan: *Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers*, Frankfurt am Main 1982.

V. Presse

Die Gesellschaft
 Die Neue Zeit
 Die Sozialistischen Monatshefte
 »Für die Abrüstung!« [Beilage der Internationalen Information, hrsg. v. der gemeinsamen
 Abrüstungskommission v. SAI und IGB, 1932]
 Internationale Information [für Presse Zwecke, hrsg. v. dem Sekretariat der SAI, 1926–1932]
 La Bataille socialiste
 Labour Magazine
 Le Populaire
 L'Echo de Paris
 L'Ere Nouvelle
 L'Humanité
 L'Oeuvre
 Le Temps
 La vie du Parti
 La vie socialiste
 Manchester Guardian
 Socialist Review
 The Times
 Vorwärts

VI. Literatur

Abendroth, Wolfgang: Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung, Heilbronn 1985.
 Ders.: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, Köln 1978.
 Adolph, Hans: Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939. Eine politische Biographie, Berlin 1971.
 Andler, Charles et al. (Hrsg.): Le congrès de Tours, Paris 1980.
 Artaud, Denise: Die Hintergründe der Ruhrbesetzung 1923. Das Problem der interalliierten Schulden; in: VfZ, 27, 1979, S. 241–259.
 Badia, Gilbert: Salomon Grumbach – ein anonymer Interpret französisch-deutscher Politik, in: Roussel, Hélène / Winkler, Lutz (Hrsg.), Rechts und links der Seine. Pariser Tageblatt und Pariser Tageszeitung 1933–1940, Tübingen 2002, S. 95–113.
 Baechler, Christian: Gustav Stresemann (1878–1929). De l'Impérialisme à la sécurité collective, Straßbourg 1996.
 Bariéty, Jacques: Le »Plan Briand Kellogg de renonciation à la guerre« de 1928; in: Heideking, Jürgen / Hufnagel, Gerhard / Knipping, Franz (Hrsg.), Wege in die Zeitgeschichte, Berlin, New York 1989, S. 448–459.
 Ders.: Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale, 10 novembre 1918–10 janvier 1925 de l'exécution à la négation, Paris 1977.
 Bealy, Frank / Pelling Henry: Labour and Politics, 1900–1906. A History of the LRC, London 1958.
 Becker, Jean Jacques: Les internationales socialistes et le révisionnisme (1914–1939); in: Dreyfus, François-Georges (Hrsg.), Réformisme et révisionnisme dans les socialismes allemand, autrichien et français, Paris 1984, S. 107–122.
 Ders. / Kriegel, Annie: 1914: La guerre et le mouvement ouvrier français, Paris 1964.

- Ders., 1914: *Comment les Français sont entrés dans la guerre*, Paris 1977.
- Ders.: *Les Français dans la grande guerre*, Paris 1980.
- Ders.: *Le Carnet B. Les Pouvoirs Publics et l'Antimilitarisme avant la guerre de 1914*, Paris 1973.
- Bédarida, François: Sozialismus in Großbritannien; in: Droz, Jacques (Hrsg.), *Geschichte des Sozialismus*, Band XI, Frankfurt am Main 1978.
- Behring, Rainer: *Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Die außenpolitischen Vorstellungen deutscher Sozialdemokraten im Exil, 1933–1945*, Düsseldorf 1998.
- Behring, Rainer: Option für den Westen. Rudolf Hilferding, Curt Geyer und der antitotalitäre Konsens; in: Schmeitzner, Mike (Hrsg.), *Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2007 S. 135–160.
- Beichelt, Timm: *Deutschland und Europa. Die Europäisierung des politischen Systems*, Wiesbaden 2009.
- Beilecke, François: Netzwerke und Intellektuelle. Konzeptionelle Überlegungen zur politischen Rolle eines zivilgesellschaftlichen Akteurs; in: Beilecke, François / Marmetschke, Katja (Hrsg.), *Der Intellektuelle und der Mandarin. Für Hans Manfred Bock*, Kassel 2005, S. 49–65.
- Berger, Stefan: Herbert Morrison's London Labour Party in the Interwar Years and the SPD. Problems of Transferring German Socialist Practices to Britain; in: *European Review of History*, Vol. 12, Nr. 2, Juli 2005, S. 291–306.
- Ders.: Labour in comparative perspective; in: Tanner, Duncan / Thane, Pat / Tiratsoo, Nick (Hrsg.), *Labour's First Century*, Cambridge 2001, S. 309–340.
- Ders.: Ungleiche Schwestern?: Die britische Labour Party und die deutsche Sozialdemokratie im Vergleich. 1900–1931, Bonn 1997.
- Ders.: Internationalismus als Lippenbekenntnis? Die transnationale Kooperation sozialdemokratischer Parteien in der Zwischenkriegszeit; in: Mittag, Jürgen (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa*, Essen 2006.
- Ders.: Die europäische Arbeiterbewegung und ihre Historiker: Wandlungen und Ausblicke; in: *Jahresbuch für Europäische Geschichte*, Band 6, 2006, S. 151–182.
- Bergounioux, Alain / Grunberg, Gérard: *Le long remords du pouvoir. Le parti socialiste français 1905–1992*, Paris 1992.
- Ders.: L'évolution doctrinale du socialisme français dans l'entre-deux-guerres; in: Collotti, Enzo (Hrsg.), *L'Internazionale operaia e socialista tra le due guerre*, 1983/84, S. 1157–80.
- Bering, Dietz: *Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes*, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1982.
- Berkman, Alexander: *The Russian Revolution*, 1917, New York 2000.
- Berndt, Roswitha: »Rudolf Breitscheid (1874–1944)«. In: Dankelmann, Otfried (Hg.), *Lebensbilder europäischer Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts*. Wien 1995, S. 109–120.
- Berstein, Serge: Léon Blum, Paris, 2006.
- Besson, Waldemar: *Friedrich Ebert. Verdienst und Grenze*, Göttingen, Berlin, Frankfurt am Main 1963.
- Blackwood, William Lee: German Hegemony and the Socialist International's Place in Interwar European Diplomacy; in: *European History Quarterly*, Bd. 31/1, 2011, S. 101–140.
- Ders.: The Socialist Imprint on International Relations in Interwar Europe; in: Biskupski, M. B. B. (Hrsg.), *Ideology, politics, and diplomacy in East Central Europe*, Rochester 2004, S. 80–119.
- Blänsdorf, Agnes: *Die zweite Internationale und der Krieg*, Stuttgart 1979.
- Blessing, Ralph: *Der mögliche Frieden. Die Modernisierung der Außenpolitik und die deutsch-französischen Beziehungen 1923–1929*, München 2008.

- Bloch, Charles: Die Dritte Französische Republik. Entwicklung und Kampf einer parlamentarischen Demokratie (1870 – 1940), Stuttgart 1972.
- Bock, Hans Manfred / Marmetschke, Katja: Mittlerpersönlichkeiten. Neuere biographische Arbeiten zur Mittlerfunktion zwischen Frankreich und Deutschland; in: Lendemains, Bd. 98/99, 2000, S. 239–257.
- Boll, Friedhelm (Hrsg.): Arbeiterkulturen zwischen Alltag und Politik. Beiträge zum europäischen Vergleich in der Zwischenkriegszeit, Wien 1896.
- Bornscher, Volker: Weltgesellschaft. Grundlegende soziale Wandlungen, Zürich 2004.
- Bournazel, Renata: Rapallo, Ein französisches Trauma, Köln 1976.
- Bracher, Karl-Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Düsseldorf⁵ 1978.
- Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale, Bd. 2, Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1963.
- Brejora, Sascha: Gewalt für die Demokratie?: Die Kampfverbände von SPD und SDAP (1932–1934) im Vergleich, Magisterarbeit, München 2008.
- Britain, Ian: Fabianism and culture: a study in British socialism and the arts c. 1884–1918, Cambridge 1982.
- Brüggemeier, Franz-Josef: Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert, München 2010.
- Buchholz, Marlis / Rother, Bernd: Der Parteivorstand der SPD im Exil. Protokolle der Sopade 1933 – 1940, Bonn 1995.
- Buschak, Willy: Das Londoner Büro. Europäische Linksozialisten in der Zwischenkriegszeit, Amsterdam 1985.
- Bussfeld, Christina: Democracy versus Dictatorship: Die Herausforderung des Faschismus und Kommunismus in Großbritannien, 1932–1937, Paderborn, München, Wien, Zürich 2001.
- Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik, 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008.
- Callahan, Kevin: Performing Inter-Nationalism in Stuttgart in 1907; in: International review of social history, Bd. 45/1, 2000, S. 51–87.
- Candar, Gilles: Jean Longuet. Un internationaliste à l'épreuve de l'histoire, Rennes 2007.
- Ders.: Jean Longuet (1876–1938). S.F.I.O. et deuxième Internationale. thèse de doctorat, Paris 1995.
- Carlton, David: MacDonald versus Henderson. The Foreign Policy of the Second Labour Government, London 1970.
- Carsten, Francis L.: Eduard Bernstein 1850–1932 – eine politische Biographie. München, 1993.
- Cavaillé, Marie-Dominique: Rudolf Breitscheid et la France. Frankfurt am Main u.a., 1995.
- Christ, Herbert / Bredella, Lothar: Didaktik des Fremdverstehens im Rahmen einer Theorie des Lehrens und Lernens fremder Sprachen; in: Dies. (Hrsg.), Didaktik des Fremdverstehens, Tübingen 1995, S. 8–19.
- Cole, G. D. H.: A History of the Labour Party from 1914, London 1948.
- Collette, Christine: The international faith. Labour's attitude to European Socialism, 1918–39, Aldershot 1998.
- Dies.: »Friendly spirit, comradeship and good-natured fun.« Adventures in Socialist Internationalism; in: International Review of Social History, Bd. 2, 2003, S. 225–244.
- Conrad, Sebastian: Doppelte Marginalisierung. Plädoyer für eine transnationale Perspektive auf die deutsche Geschichte; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 28, Heft 1, 2002, S. 145–169.
- Ders.: Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich, München 2006.
- Conze, Werner / Groh, Dieter: Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung, Stuttgart 1970.
- Dolata-Kreutzkamp, Petra: Transnationale Akteure in transnationalen Wirtschaftsbeziehungen, Arnold, Fortas & Porter als »political broker« im Kohlenstreit 1958–1962; in: Lehmkuhl,

- Ursula / Wurm, Clemens / Zimmermann, Hubert (Hrsg.), Deutschland, Großbritannien, Amerika: Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2003, S. 137–154.
- Dreyfus, François-G.: Histoire des Gauches en France 1940–1974, Paris 1975.
- Droz, Jacques: Einfluss der deutschen Sozialdemokratie auf den französischen Sozialismus (1871–1914), Opladen 1973.
- Droz-Humbert, Jules: Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, Wien 1964.
- Duchêne-Lacroix, Cédric: Von französischen zu plurikulturellen Archipelen: Lebensformen von Franzosen in Berlin; in: Kreutzer, Florian / Roth, Silke (Hrsg.), Transnationale Karrieren. Biografien, Lebensführung und Mobilität, hrsg. v. Kreutzer, Florian / Roth, Silke, Wiesbaden 2006, S. 240–259; hier: S. 248.
- Duroselle, Baptiste: La grande guerre des Français, 1915–1918, Paris 1998.
- Eiber, Ludwig: Die Sozialdemokratie in der Emigration. Die »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien« 1941–1946 und ihre Mitglieder. Protokolle, Erklärungen, Materialien, Bonn 1998.
- Eley, Geoff: Forging Democracy. The History of the left in Europe, 1850–2000, Oxford 2002.
- Engelmann, Dieter / Naumann, Horst: Zwischen Spaltung und Vereinigung: Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922, Berlin 1993.
- Euchner, Walter: Rudolf Hilferding, 1988–1941; in: Lösche, Peter / Scholing, Michael / Walter, Franz (Hrsg.), Vor dem Vergessen bewahren: Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988, S. 170–192.
- Ders.: Literaturbericht: Marxismus-Leninismus; in: GWU 21, 1970, S. 443–452.
- Favez, Jean-Claude: Le Reich devant l'occupation franco-belge de la Ruhr en 1923, Genf 1969.
- Feucht, Stefan: Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), Frankfurt/M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien, 1998.
- Fischer, Conan: The Ruhr Crisis, 1923–1924, Oxford, u. a. 2003.
- Fletcher, Roger: Revisionism and Empire. Socialist Imperialism in Germany 1897–1914, London 1984.
- Gankin, Olga Hess / Fisher, H. H.: The Bolsheviks and the World War. The origins of the third International, Stanford 1968.
- Gassert, Philippe: Transnationale Geschichte, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 29.10.2012; http://docupedia.de/zg/Transnationale_Geschichte_Version_2.0_Philipp_Gassert?oldid=92887 [zuletzt abgerufen am 1.6.2013].
- Geppert, Alexander C. T. / Jensen, Uffa / Weinhold, Jörn: Verräumlichung. Kommunikative Praktiken in historischer Perspektive, 1940–1930; in: Dies. (Hrsg.), Ortsgespräche. Raum und Kommunikation im 19. und 20. Jahrhundert, Bielefeld 2005, S. 15–52.
- Goergen, Marie-Louise: Militärische und »militaristische« Einstellung in der deutschen und französischen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg; in: Jansen, Christian (Hrsg.), Der Bürger als Soldat. Die Militarisierung europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert. Ein internationaler Vergleich, Essen 2004, S. 248–297.
- Dies.: Les relations entre socialistes allemands et français à l'époque de la Deuxième Internationale, 1889–1914. thèse de doctorat, Paris 1998.
- Dies.: Paris, un lieu de rencontre pour les socialistes allemands et français avant 1914; in: König, Mareike (Hrsg.), Deutsche Handwerker, Arbeiter und Dienstmädchen in Paris. Eine vergessene Migration im 19. Jahrhundert, München 2003, S. 169–194.
- Gombin, Richard: Les socialistes et la guerre. La SFIO et la politique étrangère française entre les deux guerres mondiales, Paris, 1970.

- Graml, Hermann: Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher, München 2001.
- Groh, Dieter. / Brandt, Peter: »Vaterlandslose Gesellen«. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990. München 1992.
- Groh, Dieter: Jean Jaurès und die deutsche Sozialdemokratie; in: Brummert, Ulrike (Hrsg.), Jean Jaurès. Frankreich, Deutschland und die Zweite Internationale am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Tübingen 1989, S. 1–17.
- Ders.: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt 1974.
- Grossheim, Heinrich: Sozialisten in der Verantwortung. Die französischen Sozialisten und Gewerkschafter im ersten Weltkrieg 1914–17, Bonn 1978.
- Grüner, Stefan: Ambivalente Partnerschaft. Neuere Literatur zu den britisch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit; in: Francia, Bd. 33/3, 2006, S. 145–152.
- Guérin, Daniel: Albert Thomas au BIT 1920–1932. De l'internationalisme à l'Europe, Genf 1996.
- Günsche, Karl-Ludwig / Lantermann, Klaus: Kleine Geschichte der Internationale, Bonn Bad Godesberg 1977.
- Hachtmann, Rüdiger: Tourismus-Geschichte, Göttingen 2007.
- Hagspiel, Hermann: Die Auffassung und die Benützung von Konzepten der »neuen Diplomatie« in der deutsch-französischen Verständigungspolitik (1924–1928); in: Bariéty, Jacques / Fleury, Antoine (Hrsg.), Mouvements et initiatives de paix dans la politique internationale: 1867–1928, Bern 1987, S. 335–353.
- Ders.: Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder, Bonn 1987.
- Hanagan, Michael P.: An Agenda for Transnational Labor History; in: International review of social history, Bd. 49, Heft 3, 2004, S. 455–474.
- Hannig, Alma: Angst und die Balkanpolitik Österreich-Ungarns vor dem Ersten Weltkrieg; in: Bormann, Patrick / Freiburger, Thomas / Michel, Judith (Hrsg.), Angst in den internationalen Beziehungen, Göttingen/Bonn 2010, S. 93–114.
- Hardtwig, Wolfgang: Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, München 2003.
- Haupt, Georges: Der Kongress fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914, Wien 1967.
- Ders.: Programm und Wirklichkeit. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914, Neuwied und Berlin 1970.
- Ders.: Socialism and the great war. The collapse of the second international, Oxford 1973.
- Ders.: Aspects of International Socialism 1871–1914, Cambridge 1986.
- Heimsoeth, Hans-Jürgen: Der Zusammenbruch der Dritten Französischen Republik. Frankreich während der »Drôle de Guerre« (1939/1940), Bonn 1990.
- Herren, Madeleine: Hintertüren zur Macht. Internationalismus und modernisierungsorientierte Außenpolitik in Belgien, der Schweiz und den USA 1865–1914, München 2000.
- Herrmann, K. Georg: Der britische Bergarbeiterkampf 1926 und die internationale Gewerkschaftsbewegung: Schwierigkeiten eines »kämpferischen« Internationalismus; in: F. Van Hothoon / M. Van der Linden (Hrsg.), Internationalism in the Labour Movement, 1830–1940, Bd. 2, 1988, S. 489–517.
- Heyde, Philipp: Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929–1932, Paderborn 1998.
- Hildebrand, Klaus: Das vergangene Reich: Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, München 2008.

- Ders.: »Staatskunst und Kriegshandwerk«. Akteure und System der europäischen Staatenwelt vor 1914; in: Ehlert, Hans / Epkenhans, Michael / Groß, Gerhard P. (Hrsg.), *Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente*, Paderborn, München, Wien, Zürich 2006.
- Hochschild, Ulrich: Sozialdemokratie und Völkerbund: Die Haltung der SPD und S.F.I.O. zum Völkerbund von dessen Gründung bis zum deutschen Beitritt (1919–1926), Karlsruhe 1980.
- Hoffmann, Michael: *Ordnung, Familie, Vaterland: Wahrnehmung und Wirkung des Ersten Weltkrieges auf die parlamentarische Rechte im Frankreich der 1920er Jahre*, München 2008.
- Horne, James: *Labour at War. France and Britain 1914–1918*, Oxford 1991.
- Howe, Stephen: *Labour and international affairs*; in: Tanner, Duncan et al. (Hrsg.), *Labour's First Century*, Cambridge 2000.
- Howell, D.: *MacDonald's Party. Labour Identities and Crisis 1922–31*, Oxford 2002.
- Howorth, Jolyon: *The Left in France and Germany, Internationalism and war: A dialogue of the deaf 1900–1914*; in: Cahm, Eric / Fisera, Vladimir Claude (Hrsg.), *Socialism and Nationalism in contemporary Europe (1848–1945)*, Bd. 2, Nottingham 1979, S. 81–100.
- Ders.: Edouard Vaillant. *La création de l'unité socialiste en France – La politique de l'action totale*, Paris 1982.
- Ders.: *French Workers and German Workers: The Impossibility of Internationalism, 1900–1914*; in: *European History Quarterly*, Vol. 15, 1985, S. 71–97.
- Ilic, Franco: *Frankreich und Deutschland. Das Deutschlandbild im französischen Parlament, 1919–1933*, Münster 2002.
- Jacobsen, Jon: *Locarno Diplomacy. Germany and the West 1925 to 1929*, Princeton, University Press 1972.
- Joll, James: *The second international 1889–1914*, Oxford 1974.
- Jones, Stephen: *The European Workers' Sport Movement and Organised Labour in Britain between the wars*; in: *European History Quarterly*, Bd. 18, 1988, S. 3–32.
- Judt, Tony: *La reconstruction du parti socialiste 1921–1926*, Paris 1976.
- Jurt, Joseph: *Die Tradition der engagierten Intellektuellen in Frankreich*; in: Ders. (Hrsg.), *Intellektuelle – Elite – Führungskräfte und Bildungswesen in Frankreich und Deutschland*, Freiburg im Breisgau 2004, S. 33–58.
- Keller, Katharina: *Modell SPD? Italienische Sozialisten und deutsche Sozialdemokratie bis zum ersten Weltkrieg*, Bonn 1994.
- Kennan, George F.: *Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung 1875–1890*, Berlin 1981.
- Kießling, Friedrich: *Gegen den »großen Krieg«? Entspannungen in den internationalen Beziehungen 1911–1914*, München 2002.
- Kirchseisen, Peter: *Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Versuch einer reformistischen Friedenspolitik*, 3/2, Halle 1978.
- Klär, Karl-Heinz: *Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale*, Frankfurt, New York 1981.
- Klinkhammer, Raimund: *Die Außenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Zeit der Weimarer Republik*, Diss. Freiburg 1955.
- Knipping, Franz: *Deutschland: Frankreich und das Ende der Locarno-Ära, 1928–31. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise*, München 1987.
- Knopp, Eberhard: *Die Sozialistische Internationale. Herkunft, Aufbau und Ziele einer transnationalen Parteienorganisation*, Diss. Heidelberg 1992.
- Kocka, Jürgen (Hrsg.), *Europäische Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1983.
- Kolb, Eberhard / Mülhausen, Walter: *Demokratie in der Krise. Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik*, München 1997.

- Ders.: *Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik im Krieg und die Friedensanbahnung 1870/71*, München 1989.
- Ders.: Internationale Rahmenbedingungen einer demokratischen Neuordnung in Deutschland 1918/1919; in: Bracher, Karl Dietrich / Funke, Manfred / Jacobsen Hans-Adolf (Hrsg.), *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft*, Bonn 1987, S. 257–284.
- Köller, Heinz: *Für Demokratie – Brot – Frieden. Die Volksfront in Frankreich 1935–1938*, Bonn 1996.
- König, Rudolf / Soell, Hartmut / Weber, Hermann (Hrsg.): *Friedrich Ebert und seine Zeit. Bilanz und Perspektiven der Forschung*, München 1990.
- Koshar, Rudy: *German travel cultures*, Oxford 2002.
- Kowalski, Wolfgang et.al.: *Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940)*, Berlin 1985.
- Kramer, Dieter: Internationalismus in den deutschen Arbeiterkultur-Organisationen: Eine Problemskizze; in: Hothoon, F. van and Linden, M. van der (Hrsg.), *Internationalism in the Labour Movement, 1830–1940*, Leiden 1988, S. 217–232.
- Krell, Christian: *Sozialdemokratie und Europa: die Europapolitik von SPD, Labour Party und Parti Socialiste*, Wiesbaden 2009.
- Kriegel, Annie: *Les internationales ouvrières*, Paris 1966.
- Dies.: Die II. Internationale (1889–1914); in: Droz, Jacques (Hrsg.), *Sozialismus. Zweite Internationale und Erster Weltkrieg. Geschichte des Sozialismus*, Band IX, Frankfurt am Main u.a. 1976, S. 7–44.
- Dies.: *Aux origines du communisme français 1914–1920*, Bd. 1, Paris 1964.
- Krieger, Wolfgang: *Labour Party und Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Außenpolitik der britischen Arbeiterbewegung zwischen Programmatik und Parteitaktik (1918–1924)*, Bonn 1978.
- Kronenbitter, Günther: Staaten, Nationen und Internationale Beziehungen als Bezugspunkt historischer Forschung; in: Wirsching Andreas (Hrsg.), *Oldenburg Geschichte Lehrbuch Neueste Zeit*, München 2006, S. 177–194.
- Krüger, Peter: *Versailles – Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung*, München 1986.
- Ders.: Friedenssicherung und deutsche Revisionspolitik. Die deutsche Außenpolitik und die Verhandlungen über den Kellogg-Pakt; in: VfZ, 22, 1974, S. 227–257.
- Ders.: *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985.
- Krumeich, Gerd: Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit den militärpolitischen Ideen von Jean Jaurès; in: Hansen, Ernst Willi / Schreiber, Gerhard / Wegner, Bernd (Hrsg.), *Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neuen Geschichte Deutschlands und Frankreichs*, Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, München 1995, S. 63–73.
- Ders. / Schröder, Joachim (Hrsg.): *Der Schatten des Weltkrieges: Die Ruhrbesetzung 1923*, Essen 2004.
- Ders.: *Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg*, Wiesbaden 1980.
- Kruse, Wolfgang: *Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15*, Essen 1993.
- Lacaze, Yvon: *L'opinion publique française et la crise de Munich*, Berne 1991.
- Lacouture, Jean: *Léon Blum*, Paris 1977.
- Lademacher, Horst: Kosmopolitismus, Solidarität und Nation. Einige Bemerkungen zum Wandel von Begriff und Wirklichkeit im internationalen Sozialismus; in: Van Hothoon / Van der Linden, Marcel (Hrsg.), *Internationalism in the Labour Movement 1830–1940*, Leiden 1988, S. 371–391.

- Langkau-Alex, Ursula: Deutsche Volksfront, 1932–39. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau, 2 Bde., Berlin 2004.
- Lauter, Anna-Monika: Sicherheit und Reparationen. Die französische Öffentlichkeit, der Rhein und die Ruhr (1919–1923), Essen 2006.
- Le Béguec, Gilles: Phénomène de majorité et relation de majorité en régime parlementaire. Le cas du Bloc National en France dans le premier après-guerre européen (1919–1924), 3 Bde, Paris 1991.
- Lefranc, Georges: Le mouvement socialiste sous la Troisième République, 1875–1940, 2 Bde, Paris 1963.
- Ders.: Der Sozialismus in Frankreich von 1919 bis 1939; in: Droz, Jacques (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus, Band XIII, Frankfurt am Main 1978.
- Leiner, Wolfgang: Das Deutschlandbild in der französischen Literatur, Darmstadt 1989.
- Lemke, Matthias: Republikanischer Sozialismus. Positionen von Bernstein, Kautsky, Jaurès und Blum, Frankfurt a.M. 2008.
- Leventhal, F. M.: Arthur Henderson, Manchester 1989.
- Ders.: Towards Revision and Reconciliation. H. N. Brailsford and Germany, 1914–1949; in: Briggs, Asa / Saville, John (Hrsg.), Essays in Labour History 1918–1939, Vol. III, London 1977, 163–189.
- Loth, Wilfried: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas, 1940–1950, Stuttgart 1977.
- Ders.: Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1995.
- Marcowitz, Rainer: Paris. Von der Diplomatiegeschichte zur Geschichte der internationalen Beziehungen. Methoden, Themen, Perspektiven einer historischen Teildisziplin; in: Francia, Bd. 32/3, 2005, S. 75–100.
- Marmetschke, Katja: Zwischen Feindbeobachtung und Verständigungsarbeit: Edmond Vermeil und die französische Germanistik in der Zwischenkriegszeit; in: Beilecke, François / Marmetschke, Katja (Hrsg.), Der Intellektuelle und der Mandarin. Für Hans Manfred Bock, Kassel 2005, S. 503–526.
- Marquand, David: Ramsay MacDonald, London 1977.
- Mayer, Herbert: Die deutsche Novemberrevolution und die internationale Sozialdemokratie 1933; in: Marx-Engels Stiftung (Hrsg.), 75 Jahre deutsche Novemberrevolution, Bonn 1994, S. 229–235.
- McDougall, Walter: France's rhineland Diplomacy, 1914–1924. The last Bid for a Balance of Power in Europe, Princeton 1978.
- Menges, Franz: Die Reaktion der sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich (SPD und S.F.I.O.) auf die Ruhrbesetzung 1923; in: Francia, 4, 1976, S. 625–658.
- Mergel, Thomas: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 28, 2002, S. 574–606.
- Meurer, Bärbel: Bürgerliche Kultur und Sozialdemokratie. Eine politische Ideengeschichte der deutschen Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1875, Berlin 1988.
- Meyer, Thomas / Karl-Heinz Klär / Susanne Miller / Klaus Novy / Heinz Timmermann (Hrsg.): Lexikon des Sozialismus, Köln 1986.
- Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf, Bonn Bad-Godesberg 1974.
- Dies.: Die SPD und die Zweite Internationale; in: Schönhofen, Klaus / Staritz, Dietrich (Hrsg.), Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 136–152.
- Mitchell, Harvey / Stearns, Peter: Workers and Protests. The European Labour Movement, the Working Class and the Origins of Social Democracy 1890–1914, Ithaca, New York 1971.

- Mittag, Jürgen: Grenzüberschreitende Interaktion politischer Parteien in Europa; in: Ders. (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 13–60.
- Ders. / Grebing, Helga: Parteienkooperation vor dem Ersten Weltkrieg; in: Ders. (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006.
- Ders.: Sozialdemokratische Parteienkooperation, 2008, S. 1–21; <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/06100.pdf> [zuletzt abgerufen am 1.6.2013].
- Möller, Horst: Europa zwischen den Weltkriegen, München 1998.
- Mommsen, Hans: Arbeiterbewegung und nationale Frage. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1979.
- Ders.: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar, 1918–1933, Berlin 1998.
- Ders.: Friedrich Ebert als Reichspräsident; in: Ders. (Hrsg.), Arbeiterbewegung und nationale Frage. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1979.
- Mühlhausen, Walter: Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006.
- Müller, Guido: Europäische Gesellschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Das Deutsch-Französische Studienkomitee und der Europäische Kulturbund, München 2005.
- Nachtwey, Oliver: Marktsozialdemokratie – Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009.
- Neff, Bernhard: »Wir wollen keine Paradetruppen, wir wollen eine Kriegstruppe ...« Die reformorientierte Militärkritik der SPD unter Wilhelm II. 1890–1913, Köthen 2004.
- Neri-Ultsch, Daniela: Sozialisten und Radicaux – eine schwierige Allianz. Linksbündnisse in der Dritten Französischen Republik, 1919–1938, München 2005.
- Newman, Michael: Democracy versus Dictatorship. Labour's Role in the Struggle against British Fascism 1933–1936; in: History Workshop Journal, 1978, S. 67–88.
- Newton, Douglas J.: British Labour, european socialism and the struggle for peace 1889–1914, Oxford 1985.
- Niedhart, Gottfried: Die Außenpolitik der Weimarer Republik, München 1999.
- Nollau, Günther: Die Internationale. Wurzeln und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus, Köln 1959.
- Osterhammel, Jürgen: Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats, Göttingen 2001.
- Ders.: Transnationale Gesellschaftsgeschichte, Erweiterung oder Alternative?; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 27, Heft 3, 2001, S. 464–479.
- Owetschkin, Dimitrij: Transnationale Parteiengeschichte. Anmerkungen zur Transnationalisierung und Europäisierung aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive; in: Mittag, Jürgen (Hrsg.), Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation und europäischer Parteien, Essen 2006, S. 61–76.
- Ders.: Internationale Solidarität oder nationale Loyalität? Die Haltung der deutschen Arbeiterbewegung zu Deportationen belgischer Arbeiter nach Deutschland 1916 bis 1917; in: Tenfelde, Klaus / Seidel, Hans-Christoph (Hrsg.), Zwangsarbeit im Bergwerk. Der Arbeitseinsatz im Kohlenbergbau des Deutschen Reichs und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Bd. 1, Essen 2006, S. 63–72.
- Patel, Kiran Klaus: Transatlantische Perspektiven transnationaler Geschichte; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 29, Heft 4, S. 625–647.
- Pfeil, Alfred: Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte, Darmstadt 1976.
- Pistorius, Peter: Rudolf Breitscheid 1874–1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, Dissertation, Universität Köln 1970.

- Pollard, Sydney: Krise des Sozialismus in der Zwischenkriegszeit: Großbritannien; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 17, 1991, S. 160–181.
- Portelli, Hugues: *Le socialisme français tel qu'il est*, Paris 1980.
- Pyta, Wolfram: *Weimarer Republik*, Opladen 2004.
- Ders.: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.
- Quillot, Roger: *La S.F.I.O. et l'exercice du pouvoir 1944–1958*, Paris 1972.
- Raithel, Thomas: Das »Wunder« der inneren Einheit. Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkrieges, Bonn 1996.
- Ders.: Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationskrisen der 1920er Jahre, München 2005.
- Rebérioux, Madeleine: Sozialismus und Erster Weltkrieg; in: Droz, Jacques (Hrsg.), *Sozialismus, Zweite Internationale und Erster Weltkrieg. Geschichte des Sozialismus*, Band IX, Frankfurt am Main 1976.
- Reiseberg, Arnold: Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1970.
- Rieseberg, Klaus: Die SPD in der Locarno-Krise, Oktober/November 1925; in: VfZ 30, 1982, S. 130–161.
- Ritschl, Albrecht: Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre, Berlin 2002.
- Ritter, Gerhard A.: Parlament und Demokratie in Großbritannien. Studien zur Entwicklung und Struktur des politischen Systems, Göttingen 1972.
- Ders.: Friedensbewegung in Großbritannien 1914–1918/19. Die Union of Democratic Control und ihr Kampf um eine gerechte Friedensordnung; in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 22, Bonn 1982, S. 403–471.
- Rosdolsky, Roman: Zur nationalen Frage. Friedrich Engels und das Problem der geschichtslosen Völker, Berlin 1977.
- Ruck, Michael: Die freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923, Köln 1986.
- Rürup, Miriam: Historikertag 2012: Transnationale Geschichte / Neue Diplomatiegeschichte, in: H-Soz-u-Kult, 12.02.2013; <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=2022&type=diskussionen> [zuletzt abgerufen am 1.6.2013].
- Salewski, Michael: Zur deutschen Sicherheitspolitik in der Spätzeit der Weimarer Republik; in: VfZG, 1974, S. 121–147.
- Sauvy, Alfred: *Histoire économique de la France entre les deux guerres, 1918–1931*, Paris 1965.
- Schäfer, Rainer: SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930–1933, Frankfurt 1990.
- Schäfer, Claus W.: André François-Poncet als Botschafter in Berlin (1931–1938), München 2004.
- Schober, Frank: Der internationale Reformismus und die Reparationsfrage, Diss. Halle-Wittenberg 1984.
- Schreiner, Reinhard: Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944–1948, Frankfurt/Main, Bern, New York 1985.
- Schröder, Joachim: Internationalismus nach dem Krieg. Die Beziehungen zwischen deutschen und französischen Kommunisten 1918–1923, Dissertation, Düsseldorf 2006.
- Schüle, Klaus: Politische Determinanten u. Schwerpunkte im Deutschlandbild der französischen Résistance. Eine Untersuchung ihrer Einstellung zum Nationalsozialismus an Hand der Widerstandspresse, Bremen 1975.
- Schulz, Heiner: Marx und Engels über England, oder der ständige Anfang des unvermeidlichen Endes, Diss. Augsburg 1989.

- Schulze, Hagen: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie. Propyläen, Frankfurt M 1977, Ullstein, Frankfurt M – Berlin 1981.
- Schwabe, Klaus (Hrsg.): Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkte der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1984.
- Seebacher-Brandt, Brigitte: Ollenhauer, Biedermann und Patriot, Berlin 1984.
- Siebert, Ferdinand: Aristide Briand: 1862–1932. Ein Staatsmann zwischen Frankreich und Europa, Erlenbach-Zürich 1973.
- Sieburg, Heinz-Otto: Das Gespräch zu Thoiry 1926; in: Schulin, Ernst (Hrsg.), Gedenkschrift Martin Göhring. Studien zur europäischen Geschichte, Wiesbaden 1968.
- Siegel, Robert: Die Geschichte der Zweiten Internationale 1918–1923, New York, Frankfurt 1986.
- Skidelsky, Robert: Politicians and the Slump. The Labour Government of 1929–1931, London 1967.
- Snell, John L.: The German Socialists and Wilson's peace policy, 1914–1918, Diss., North Carolina 1950.
- Später, Jörg: Vansittart. Britische Debatten über Deutsche und Nazis, 1902–1945, Göttingen 2003.
- Steen, Jürgen / Weiden, Gabriele: Tony Sender 1888–1964. Rebellen, Demokratin, Weltbürgerin, Frankfurt am Main 1992.
- Steinberg, Hans-Josef: Die deutsche Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Ideologie und Taktik der sozialistischen Massenpartei im Wilhelminischen Reich; in: Mommsen, Hans (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt a.M. 1974, S. 52–61.
- Steininger, Rolf: Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg. Die deutsche Frage, die Internationale und das Problem der Wiederaufnahme der SPD auf den internationalen sozialistischen Konferenzen bis 1951, unter besonderer Berücksichtigung der Labour Party; Darstellung und Dokumentation, Bonn 1979.
- Steller, Verena: Zwischen Politik und Öffentlichkeit. Die Pariser Friedensverhandlungen 1919 und die Krise der universalen Diplomatie; in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History, Bd. 8, Nr. 3, 2011, S. 350–372.
- Stephan, Cora (Hrsg.), Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904–1940, Berlin 1982.
- Stübling, Reiner: Salomon Grumbach – ein Elsässer in Frankfurt, in: König, Fritz / Stübling, Rainer (Hrsg.), Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Friedensfreunde in Frankfurt am Main 1900–1933, Frankfurt 1985, S. 169–183.
- Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928, Düsseldorf 1967.
- Taubert, Fritz: Salomon Grumbach, Korrespondent des Vorwärts in Paris. – Das politische Leben Frankreichs, deutschen Sozialdemokraten geschildert von einem sozialdemokratischen Elsässer; in: Abret, Helga / Grunewald, Michel (Hrsg.), Visions Allemandes de la France (1871–1914), Bern 1995, S. 373–388.
- Ders.: Das Deutschlandbild der französischen Linken in der Zeit der Volksfront; in: Grunewald, Michel / Schlobach, Jochen (Hrsg.), Médiations – Vermittlungen. Aspekte der deutsch-französischen Beziehungen vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Bern 1992, S. 333–341.
- Tombs, Robert and Isabelle: That Sweet Enemy. The French and the British from the Sun King to the Present, London 2006.
- Van der Linden, Marcel: Vorläufiges zur transkontinentalen Arbeitergeschichte; in: Geschichte und Gesellschaft, Bd. 28, Heft 2, 2002, S. 291–304.

- Ders.: Transnationale Arbeitergeschichte; in: Budde, Gunilla / Conrad, Sebastian / Janz, Oliver (Hrsg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2006, S. 164–175.
- Van Goethem, Geert: *The Amsterdam International. The World of the International Federation of Trade Unions (IFTU), 1913–1945*, Aldershot 2006.
- Vogt, Martin: Hermann Müller; in: Von Sternburg, Wilhelm (Hrsg.), *Die deutschen Kanzler. Von Bismarck bis Kohl*, Berlin 1998, S. 191–206.
- Wacker, Wolfgang: *Der Bau des Panzerschiffes »A« und der Reichstag*, Tübingen 1959.
- Wala, Michael: Weimar und Amerika. Botschafter Friedrich von Prittwitz und Gaffron und die deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1927 bis 1933, Stuttgart 2001.
- Walter, Franz / Lösche, Peter: *Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei; zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*, Darmstadt 1992.
- Walters, F. P.: *A History of the League of Nations*, Bd. 1, Oxford 1952.
- Weber, Petra: *Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918–1933/39)*, München 2010.
- Weckerlein, Friedrich: *Streitfall Deutschland. Die britische Linke und die »Demokratisierung« des Deutschen Reiches, 1900–1918*, Göttingen, Zürich 1994.
- Wehler, Hans-Ulrich: Transnationale Geschichte – der neue Königsweg historischer Forschung?; in: Budde, Guilla / Conrad, Sebastian / Janz, Oliver (Hrsg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2006, S. 161–174.
- Ders.: *Sozialdemokratie und Nationalstaat. Nationalitätenfragen in Deutschland, 1840–1914*, Göttingen 1971.
- Ders.: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949*, Bd. 4, München 2003.
- Welskopp, Thomas: Von der Geschichte der Staaten zur Geschichte der Gesellschaft; in: Wirsching, Andreas (Hrsg.), *Oldenbourg Geschichte. Lehrbuch Neueste Zeit*, München 2006, S. 195–214.
- Ders.: *Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz*, Bonn 2000.
- Werner, Michael / Zimmermann, Bénédicte: Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der *Histoire croisée* und die Herausforderung des Transnationalen; in: *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 28, Heft 4, 2002, S. 607–636.
- Wette, Wolfram: *Friedenspolitische Bestrebungen der deutschen Sozialdemokraten in der Zwischenkriegszeit*; in: Gröbl, Evelyn (Bearb.), *Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, 19. Linzer Konferenz 1983, Arbeiterbewegung und Friedensfrage 1917–1939. Spontaneität und Organisation in der Arbeiterbewegung als methodologisches Problem*, Linz 1983, S. 185–218.
- Wheeler, Robert F.: *USPD und Internationale – Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution*, Frankfurt am Main 1975.
- White, Dan S.: *Reconsidering European Socialism in the 1920s*; in: *Journal of Contemporary History*, Bd. 16, Heft 1, 1981, S. 251–272.
- Ders.: *Lost Comrades. Socialists of the Front Generation 1918–1945*, London 1992.
- White, Stephen: *The Origins of Détente. The Genoa Conference and Soviet-Western Relations, 1921–1922*, Cambridge 2002.
- Wiesemann, Falk: Kurt Eisner, Studie zu seiner politischen Biographie; in: Bosl, Karl (Hrsg.), *Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918. Ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen*, München, Wien, 1969, S. 387–426.
- Williamson, Philip: *National Crisis and National Government. British Politics, The Economy and the Empire, 1926–1932*, Cambridge, New York 1992.

- Winkler, Heinrich August: Klassenkampf versus Koalition. Die französischen Sozialisten und die Politik der deutschen Sozialdemokraten 1928–1933; in: *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 17, 1991, S. 183–219.
- Ders.: Weimar, 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München ³1998.
- Ders.: Streitfragen der deutschen Geschichte. Essays zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1997.
- Ders.: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin, Bonn, 1984.
- Ders.: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 1924–1930, Berlin ³1987.
- Winkler, Henry: *Paths Not Taken. British Labour and International Policy in the 1920s*, London 1994.
- Winock, Michel: *Le socialisme en France et en Europe, XIXe-XXe siècle*, Paris 1992.
- Winter, J. M.: Arthur Henderson, the Russian Revolution, and the Reconstruction of the Labour Party, in: *Historical Journal*, Vol. 15 (1972), No. 4, S. 753–773.
- Wirsching, Andreas: Großbritanniens Europapolitik und das deutsch-französische Problem nach den beiden Weltkriegen; in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Bd. 47, 1996, S. 209–224.
- Ders.: *Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft*, München ²2008.
- Ders.: *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918 – 1933/39. Berlin und Paris im Vergleich*, München 1999.
- Ders. (Hrsg.): *Herausforderungen der parlamentarischen Demokratie. Die Weimarer Republik im europäischen Vergleich*, München 2007.
- Wittek, Thomas: *Auf ewig Feind? Das Deutschlandbild in den britischen Massenmedien nach dem Ersten Weltkrieg*, München 2005.
- Wittig, Peter: *Der englische Weg zum Sozialismus. Die Fabier und ihre Bedeutung für die Labour Party und die englische Politik*, Berlin 1982.
- Wrynn, J. F.: *The Socialist International and the Politics of European Reconstruction 1919–1930*, Amsterdam 1976.
- Wurm, Clemens A.: *Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung, 1924–1926*, Frankfurt a.M. 1979.
- Zarusky, Jürgen: *Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzungen und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933*, München 1992.
- Zieburg, Gilbert: *Léon Blum. Theorie und Praxis einer sozialistischen. Politik*, Bd. 1, Berlin 1963.
- Zimmermann, Ludwig: *Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles zum Dawes-Plan*, Göttingen, Zürich, Frankfurt am Main 1971.

Personenregister

- i. Marquess Curzon of Kedleston, Curzon, George 99, 170, 173, 191
i. Viscount D'Abernon, Edgar Vincent 167, 170, 173, 238–239, 380
- Abramowitsch, Raphael 177, 191, 271, 316, 400
Adamson, Jennie 345
Adler, Friedrich 89, 94, 96, 110, 115, 119–123, 125–126, 150, 154–156, 176, 180, 185, 190–191, 223, 225, 229, 243–244, 246–247, 255, 258, 261, 266, 293, 299–301, 307, 309–310, 316, 322, 340–342, 345–348, 352, 357, 360–362, 364–365, 398–400, 402–404
Adler, Victor 38, 52, 68, 70, 378
Albarda, Johan Willem 68, 255, 314, 319, 328, 334
Angell, Norman 103, 107, 232
Attlee, Clement 361–362, 385
Aufhäuser, Siegfried 345, 347, 390,
Auriol, Vincent 109–110, 130, 144, 169, 173, 175, 196, 226, 235, 250, 259, 261, 287, 345, 380, 389, 399, 405, 413, 415–416
Aveling, Edward 375
- Baldwin, Stanley 182, 190–191, 213, 221–222, 232, 317
Bauer, Gustav 145
Bauer, Otto 151, 227, 246, 266, 314–316, 318, 327, 347, 348–352, 400
Bebel, August 29, 31–32, 37–38, 42–46, 48, 58, 68, 89, 93, 176, 180, 282, 378, 390, 398, 408, 417, 419, 422
Bernstein, Eduard 39, 41, 60–61, 69, 70–73, 76, 81, 87, 94, 98, 176, 309, 374–376, 379, 399–400, 407, 414, 418–419, 429
Bidault, Georges 367
Blatchford, Robert 376
Blum, Léon 17, 21, 26, 41, 94, 109–113, 129–132, 144–147, 150–151, 157–158, 164, 168–169, 173, 175, 177–181, 184–189, 191–192, 194, 196, 201, 205–207, 209–214, 218–220, 223, 225–229, 231, 235–237, 241, 245–246, 248–250, 252–253, 259, 261, 263, 265–266, 268–269, 273, 275–276, 279–282, 285, 287, 293, 298, 302, 305–307, 310, 312–316, 321, 323, 325, 330–332, 336–337, 339, 342–343, 345, 347, 349–351, 360–361, 366–367, 369–380, 382, 384, 387, 389, 396–397, 399, 403, 405, 408–417, 421, 430
Böchel, Karl 345
Bock, Wilhelm 72
Bonar Law, Andrew 153, 171
Bourderon, Albert 71–72, 74
Brace, William 74
Bradbury, John 204
Brailsford, H. N. 103, 106, 172, 222–223, 226, 300, 375, 383, 390, 430
Brandt, Willy 369
Branting, Hjalmar 46, 69, 76, 79, 85, 88–89, 95–96, 98–99
Braun, Adolf 185–187, 191, 200, 404
Braun, Otto 66, 123, 239, 338, 358–359, 381
Breitscheid, Rudolf 17, 23, 26, 28, 117, 129, 152–153, 160–161, 165, 167–168, 170–173, 183–184, 194, 199, 202–215, 217, 219–220, 226, 230, 235–238, 241, 250, 252, 257–261, 263–265, 268, 273–279, 291–295, 301, 308–309, 311–312, 315–316, 326, 329, 332, 334, 338, 342, 345, 355, 358, 360, 363, 366, 377, 379–381, 385, 387–390, 396, 399–401, 408–411, 416, 419, 427–432
Breitscheid, Tony 358, 381
Briand, Aristide 127–128, 143, 145, 247, 250, 256–261, 264, 267–269, 272–275, 277, 282, 289, 294, 296, 298, 303–304, 307–308, 329, 380, 400, 427–428
Brockdorff-Rantzau, Ulrich von 87
Brockway, Fenner 242–244, 255, 269, 297, 322, 334, 384, 430
Brüning, Heinrich 304–307, 311, 330, 342, 412
Bücher, Hermann 166
Bülow, Bernhard von 45, 304
Buxton, C. R. 98, 104–105, 133, 154–155, 161, 181, 232–233, 235–236, 375–376, 421
Buxton, Dorothy Frances 104
- Cashin, Marcel 54, 61, 69, 79, 86, 99, 343, 379
Chamberlain, Neville 213, 232, 277, 361

- Citrine, Walter 27, 310, 329, 333–334, 355–358
- Clemenceau, Georges 99–100, 133
- Comert, Pierre 214
- Compère-Morel, Adéodat 69, 396, 415
- Compton, Joseph 345
- Cramp, Charlie (Concemore Thomas) 87, 200, 255, 270, 310
- Crispien, Arthur 117, 123, 150, 156, 161, 179–182, 185, 261, 269–270, 297, 322, 341, 358, 386, 408–410, 429
- Cuno, Wilhelm 153, 166, 170, 173, 175, 182, 187–188
- Curtius, Julius 304
- Daladier, Edouard 307
- Dallas, George 345, 362
- Dalton, Hugh 269, 292–294, 345, 348–349, 351, 362, 383
- David, Eduard 56, 66–67, 69, 116, 395, 406
- Dawes, Charles Gates 204
- De Brouckère, Louis 140, 142, 145, 151, 200, 237, 255, 259, 285, 328, 334, 361, 365
- De Gaulle, Charles 366, 367
- De Man, Hendrik 64–65, 145
- Dell, Robert 383, 388, 389
- Desrousseaux (Bracke), Alexandre-Marie 54, 123, 129–130, 156, 161, 169, 176, 177, 180, 191–192, 196, 227, 236, 248, 255, 270, 272, 283, 287, 297, 307, 316, 345, 398, 415, 418–419
- Dißmann, Robert 198
- Dittmann, Wilhelm 61, 65, 69
- Ebert, Friedrich 66, 68, 71, 88, 91–92, 116–117, 189, 198, 207, 381, 391, 395, 406
- Ehrmann, Heinrich 363
- Eisner, Kurt 72, 88, 92, 94–96, 112, 179, 358
- Engels, Friedrich 29–33, 35, 40–41, 93, 374, 398
- Faure, Paul 23, 86, 122, 124, 126, 130, 168, 181, 189, 191, 236, 245, 261, 283, 316, 323, 329, 342, 361, 388, 415, 417, 430
- Fimmen, Edo 148–149, 151, 159–161
- Frank, Ludwig 49
- Frossard, Ludovic-Oscar 23, 86
- George, Lloyd 81, 88, 99–100, 105, 114, 128, 143, 145, 153, 212
- Gillies, William 103–104, 120, 126, 129, 145, 172, 261, 270, 283, 293, 297–299, 309, 371, 319, 322, 328, 343–345, 360, 362, 364–365, 375, 377, 385, 393, 401, 430
- Glasier, Bruce 53, 74
- Göring, Hermann 341, 357
- Gould, Barbara 345
- Green, W. H. 362
- Grey, Edward 51, 62
- Grimm, Robert 71, 74, 350
- Grumbach, Salomon 26, 66, 68, 70, 94, 112, 122–123, 130, 144, 153–154, 158, 182–183, 196, 199, 202–208, 211, 215–219, 236, 248, 250, 259, 263, 265, 287, 292, 307–308, 311, 326, 329, 339, 345, 349, 363–364, 366, 377, 379–382, 385, 387, 389, 390, 396, 398–399, 406, 414–419, 427–428, 430–431
- Guesde, Jules 41, 60, 65, 67, 73, 378, 390, 419
- Haase, Hugo 52–56, 62, 66, 68–70, 72–73, 75, 88, 94, 179, 358, 379, 395, 402, 404, 407, 414, 418
- Hardie, Keir 47, 50–53, 74, 375, 383, 390, 418
- Harmsworth, Cecil 120
- Henderson, Arthur 23, 51, 57, 69, 73, 79, 81, 84, 86–88, 95, 97–99, 101, 104, 106–108, 119–121, 123–124, 133, 135, 142–143, 145, 149, 155, 172, 180, 184–185, 189–191, 195, 197, 207–208, 221–224, 226–233, 236–237, 240, 242–243, 247, 253, 268–270, 276, 283–286, 288, 290–296, 301, 309–310, 371, 328, 330, 333, 336–337, 343, 351, 384, 390, 396, 403, 421, 430
- Herriot, Edouard 158, 168, 193, 199–204, 206–207, 209–211, 213–214, 216, 218, 220–221, 233–234, 236, 250, 336, 381
- Hertz, Paul 309, 341, 355, 360, 363, 390
- Hervé, Gustav 44–45, 55, 69, 75, 422
- Hilferding, Rudolf 28, 72, 111, 117, 145–146, 152–153, 161, 165, 167–169, 173, 175, 177–181, 189, 191–192, 194, 205–206, 208–215, 219, 226, 230, 232–236, 238–239, 241–242, 244, 250–251, 253, 273, 275, 280, 293, 302, 305, 308–309, 315, 329, 338, 342, 344–345, 350–351, 360, 364, 366, 379–380, 390, 396, 398, 409–410, 419, 421, 427–430, 432
- Hitler, Adolf 313, 337–340, 343, 345, 354–357, 382, 412, 416–417
- Hoesch, Leopold von 211
- Hollweg, Bethmann 49, 54, 93, 268
- Hölterman, Karl 343–344

- Huysmans, Camille 63, 67–68, 74, 76–77, 79, 83–84, 87, 98–99, 101, 129, 235
- Hyndman, H. M. 48, 51, 376
- Jaurès, Jean 40–43, 45, 48–50, 52–58, 60–61, 63, 73, 75, 91, 110, 176, 179, 180, 201, 266, 352, 354, 378, 380, 383, 390, 407–408, 422
- Jouhaux, Léon 56, 70, 150–151, 161, 163, 330–331, 334, 342, 357, 388
- Jowett, Frederick William 74, 123, 244, 391
- Kahn, Emile 248
- Kautsky, Karl 41–42, 48, 51, 53, 61, 66, 68–73, 76, 81, 88, 93–94, 176, 308, 314, 341, 354, 377–390, 398, 407, 410, 414, 418–419, 429
- Kellogg, Frank B. 204, 267, 269
- Kessler, Harry Graf 27, 143, 145–146, 152–155, 158, 167, 170, 172–173, 182–183, 192, 199, 202–203, 206–207, 209–212, 214–215, 218–219, 222–224, 226–227, 231–232, 250–251, 263–264, 272, 381
- Kirkwood, David 270
- Köster, Adolph 117, 145
- Kreyssig, Gerhard 363
- Lampson, Miles W. 170–171, 206
- Lansbury, George 343, 345, 383
- Larfargue, Laura 378
- Ledebour, Georg 47–48, 71–72, 74, 122–123, 126, 181, 407
- Legien, Carl 56, 72
- Leipart, Theodor 162, 356, 357
- Lenin, Wladimir I. 60, 70, 76, 78, 112, 125, 127, 419
- Levi, Paul 27, 244, 263, 391
- Liebknecht, Karl 45, 48, 50, 58, 71–72, 90, 92–93, 112, 125, 179, 342, 377, 378–379, 407, 417–419
- Liebknecht, Wilhelm 29, 31–32, 37–38, 89
- Löbe, Paul 238, 338, 341
- Longuet, Jean 23, 26, 54–55, 61, 66–70, 73–78, 81, 83, 86, 94–96, 99, 110–111, 116, 119, 122–123, 126–127, 129–130, 134, 145, 169, 180, 245–246, 270, 297, 322, 345, 379, 382–385, 389, 395–396, 398–399, 405–408, 413–415, 418, 419, 430
- Lord Cecil, Robert 99, 120, 163, 321
- Loriot, Fernand 86, 119
- Loucheur, Louis 152–153, 168, 185, 250, 258, 260, 380
- Luther, Hans 209, 212–213, 215, 227, 230, 236, 238, 244
- Luxemburg, Rosa 45, 52, 58, 71–72, 105, 112, 125, 179, 377–379, 398, 407, 418–419
- MacDonald, Ramsay 17, 23, 44, 50–51, 57, 62, 67, 69, 74–77, 81–84, 87, 97–101, 103–108, 115, 120–121, 124–125, 132–133, 135, 139–142, 145, 148–149, 158, 163, 172–174, 180–184, 187–188, 193–194, 197, 199–201, 204–208, 213, 218, 220–228, 231–233, 236–239, 250, 254, 258, 286–287, 290–293, 295–297, 299, 309–310, 317, 320, 323, 328, 336–337, 376–377, 382–384, 390, 396, 401, 403, 418, 421, 427, 430
- Marx, Karl 29–35, 39, 41–43, 45, 73, 76, 93, 127, 334, 374, 376, 404, 421
- Marx, Wilhelm 250, 279
- Matteotti, Giacomo 363
- Maurin, Jean 196
- Maurin, Maurice 415–416
- Maxton, James 314
- McKenna, Reginald 193
- Mehring, Franz 71–72, 398
- Merrheim, Alphonse 71–72, 74
- Millerand, Alexandre 41, 128
- Mistral, Paul 76, 83, 86, 90, 113, 130, 407
- Molkenbuhr, Hermann 65, 68, 88, 94
- Morel, E. D. 107
- Morgari, Oddino 71
- Morrison, Herbert 292, 375, 385, 391, 393
- Mosley, Oswald 317
- Müller, Adolf 87, 117, 166–167
- Müller, Hermann 23, 27, 54–55, 57, 63–65, 68–69, 83, 88, 92–94, 117, 180–182, 197, 207, 212, 231, 235, 238, 255, 261, 264–266, 270, 277–278, 280–282, 286–288, 292–295, 304–306, 312–313, 376–377, 386, 395–397, 402, 410–412, 427, 430
- Noel-Baker, Philip 222, 344, 362
- Noske, Gustav 112, 154, 381, 406, 408
- Ollenhauer, Erich 345, 362–363, 369, 382
- Painlevé, Paul 158, 168
- Papen, Franz von 338
- Parvy, Jean 74
- Paul-Boncour, Joseph 196, 217, 224, 233, 244, 246–249, 254, 261, 264–266, 272, 276, 281, 283, 307, 326, 331, 380, 414
- Phipps, Eric 205–206, 213–214, 231, 250

- Pichon, Stephan 49
 Poincaré, Raymond 60–61, 128, 133, 137–138,
 143–145, 147, 153, 155–157, 161, 164–169,
 171, 175, 181–183, 185–187, 189–193, 198,
 201, 205, 207, 246, 257, 259–260, 268,
 274–275, 286–289, 409, 415, 429
 Pressemane, Adrien 73, 83, 86, 245–246
- Radek, Karl 119, 124, 155
 Raffin-Dugens, Jean-Pierre 74
 Rauscher, Ulrich 117
 Renaudel, Pierre 23, 26, 54, 60–61, 63–67,
 69–70, 73, 75–78, 86, 92, 94–96, 99,
 108–110, 112, 115, 123, 130, 134, 145, 147,
 158, 165, 169, 196, 203, 229, 236, 246, 250,
 255, 259, 261, 265–266, 269–270, 282–
 283, 285, 307–308, 322, 328, 331, 345, 349,
 352–353, 355, 379, 390, 395–396, 415–418,
 430
 Roberts, G. H. 74, 261
 Rosenfeld, Oreste 244, 280, 312, 336, 368,
 391, 411–412
 Rothstein, Andrew 73
 Rumbold, Horace 97
 Rusanov, Nikolay 271
- Scheidemann, Philipp 23, 48–49, 55, 61,
 64–66, 75, 78–80, 83, 88, 91–92, 94–95,
 116–117, 123, 174, 358, 378, 388, 395, 406,
 408, 416
 Schevenels, Walter 334, 336–337, 357, 363
 Schiff, Victor 286–288, 298–300, 302, 320,
 341, 343, 355–358, 389
 Schmidt, Robert 145, 189, 192, 261
 Schubert, Carl von 170–171, 173, 183, 205,
 209–211, 213–220, 251, 258, 263–264, 304
 Schumacher, Kurt 368
 Schuman, Robert 368
 Sembat, Marcel 23, 65, 67, 73, 75, 130, 145,
 413
 Sender, Toni 378, 388, 398, 419
 Severing, Carl 27, 280
 Seydewitz, Max 244, 312, 391
 Shaw, G. B. 51, 376, 390
 Shaw, Tom 106, 122–123, 125, 129–132, 135,
 140, 145, 149–152, 156, 159, 176, 180–183,
 185, 188–191, 224–226, 228–229, 235, 376,
 388, 397, 403–404, 430
 Simon, John 317
 Singer, Paul 377
 Snowden, Ethel 87, 104
- Snowden, Philip 23, 76, 97, 103, 106–108,
 172, 182, 192, 206, 223, 226, 250, 286, 290–
 291, 295–302, 317, 384, 386, 397–398, 412
 Sollmann, Wilhelm 189, 192, 261
 Stampfer, Friedrich 49, 145, 191, 338, 341,
 344–345, 379, 390
 Stauning, Thorvald 79–80
 Stelling, Johannes 297, 341
 Stresemann, Gustav 137, 189–192, 199, 202–
 207, 212, 244, 250, 256–261, 263–264,
 273–275, 277, 292–296, 303–304, 306,
 318–319, 380, 411, 427–428
 Stuart-Bunning, George H. 87, 94–95, 99
 Südekum, Albert 54, 64
 Sutherland, Marie 345
- Tardieu, André 153, 304, 307, 321, 330–333
 Thomas, Albert 13, 23, 26, 49, 55, 65, 67, 69,
 76, 79–81, 84, 86, 89–97, 99, 109–110,
 112–113, 132, 135, 152, 165–167, 170, 194,
 282–283, 306, 378, 379, 382, 384, 389–
 390, 396, 406, 414
 Thomas, James 87, 98, 149, 151, 155, 160, 171,
 180, 317
 Tillett, Ben 123, 130, 135, 146–147, 154
 Tortelier, Joseph 40
 Troelstra, Pieter 65, 68, 78–79, 83, 104, 140,
 163, 184
 Tucholsky, Kurt 381
- Vaillant, Edouard 37, 41, 45, 47–48, 50–52,
 56, 60, 69, 378, 390
 Van Kol, Henri Hubert 67, 79
 Vandervelde, Emile 52, 67, 69, 83–84, 101,
 121–122, 124, 130–132, 140, 168, 179, 184–
 185, 187, 268, 293, 297–299, 301–302, 312–
 313, 316, 321, 325–326, 330–332, 334, 357,
 360, 384, 388, 390, 400, 416
 Verfeuil, Raoul 86
 Vliegen, Willem 162
 Vogel, Hans 165–166, 297, 341, 362–363
 Vollmar, Georg von 39
- Wachenheim, Hedwig 379
 Waldeck-Rousseau, Pierre 41
 Wallhead, R. C. 123, 149, 151, 386
 Wauters, Arthur Alexis Joseph 151, 162, 169
 Webb, Beatrice 27, 192, 310, 376, 390, 401,
 419
 Webb, Sidney 27, 51, 84, 102, 177, 376, 390,
 419

Wels, Otto 13, 27, 39, 88, 90-95, 101, 114-115, 117, 121, 123, 125-126, 132, 138, 140-143, 148-152, 154, 156-163, 176, 180-185, 191, 207, 224-225, 227, 229, 231, 238, 255, 258, 260-262, 270, 284-285, 307, 309, 314, 316, 338, 340-343, 345-346, 350, 352-355, 357-358, 364, 376, 382, 396, 402-403, 412-413, 416, 430
 Wertheimer, Egon 222, 253-254, 292, 294, 388

Wilson, Woodrow 35, 84-87, 97, 99, 112, 114, 116-117, 133, 178, 212, 240-241, 251, 286, 319, 324, 411, 428
 Winnig, August 116-117
 Wirth, Joseph 141, 143, 146, 148
 Woolf, Leonard 102, 106-107, 130, 158, 165

Young, Owen D. 284, 288-289

Zetkin, Clara 48, 378, 419
 Zyromski, Jean 130, 196, 236, 246, 248, 283, 345, 390, 430

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



EX OFFICINA

2018

Schriften

Caspari (dtl)

Elzevir (dtl)

Satz

SatzWeise GmbH, Trier

Umschlag

31 grad branddesign, Berlin

Druck und Herstellung

Westkreuz-Druckerei Ahrens KG

Berlin

Printed in Germany